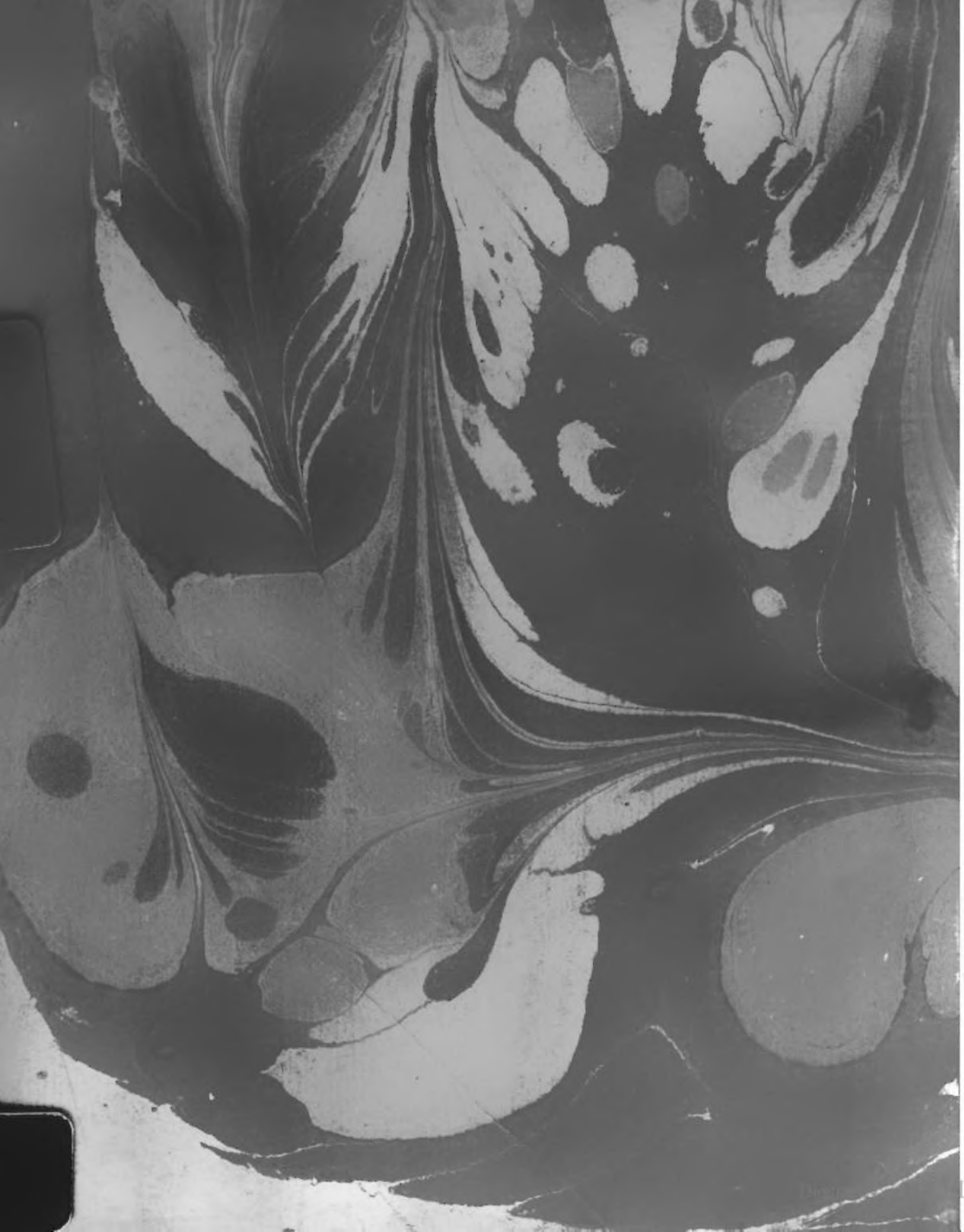
Digitized by Google



<36628256880019

<36628256880019

Bayer. Staatsbibliothek

4° J. publ. g
810/2
Moser

Digitized by Google

Digitized by Google

EG 2753.a

Digitized by Google

Johann Jacob Mosers

Persönliches Staats-Recht derer Teutschen Reichs-Stände.

Zweyter Theil.

1775.

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Digitized by Google

Innhalt.

Drittes Buch.

Von geiſt- und weltlichen Reichsſtänden zugleich.

1. Cap. Von dem Regierungs-Antritt. S. 1.
2. Cap. Von allerley perſönlichen Sachen. S. 38.
3. Cap. Von der Landesregierung bey Abweſenheit des Landesherrns. S. 61.
4. Cap. Von der Reſidenz, dem Hofſtaat, denen Orden, und der Leibwache eines Reichsſtandes. S. 71.
5. Cap. Von Religionsſachen eines Reichsſtandes. S. 93.
6. Cap. Von Cameral- und Oeconomie-Sachen. S. 114.
7. Cap. Von Cameral- und privat-Schulden. S. 117.
8. Cap. Von Contracten und Schenckungen. S. 187.
9. Cap. Von Verbrechen. S. 205.
10. Cap. Von der Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers. S. 211.
11. Cap. Von dem Abſterben, Begräbniß und Trauer. S. 238.
12. Cap. Von Teſtamenten, u. ſ. w. S. 254.
13. Cap. Erbſchaffts-Sachen. S. 361.

Digitized by Google

Digitized by Google

Drittes Buch.

Von geist- und weltlichen Reichsständen zugleich.

Erstes Capitel.

Von dem Regierungs-Antritt.

Innhalt.

Von denen Evangelischen geistlichen Reichsständen.

§. 1. Etwas weniges.

Von denen Catholischen geistlichen Reichsständen.

§. 2. a Schrifft. §. 2. b. Besorgung der Staatssachen nach der Wahl. §. 3. Einzug. §. 4. Antritt der Landes-Regierung. §. 5. Eyd. §. 6. Bestättigung der Landesfreyheiten. §. 7. Huldigung. §. 8. Landes-Präsenten.

Von denen weltlichen Reichsständen.

§. 9. Schrifften. §. 10. Wann der Regierungs-Antritt geschehe? §. 11. Crönung. §. 12. Andere Solennitäten. §. 13. Huldigung und Confirmation der Privilegien. §. 14. Von denen Oesterreichischen Erblanden, §. 15. Bayern, §. 16. Chur-Sachsen, §. 17. Chur-Brandenburg, ꝛc.

Chur-Pfalz, ꝛc. §. 19. Chur-Braunſchweig, §. 20. Anhalt, §. 21. Braunſchweig-W. §. 22. Heſſen, §. 23. Holſtein, §. 24. Mecklenburg, §. 25. Oſtfrießland, §. 26. Pommern, §. 27. Sachſen, §. 28. Würtemberg, §. 29. Quadt, §. 30. Waldeck. §. 31. Noch etwas davon. §. 32. Mehreres *remiſſive*. §. 33. Präſent.

* * *

Von denen Evangeliſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 1.

Von denen Evangeliſchen geiſtlichen Reichsſtänden weiß ich nichts zu ſagen, auſſer, was wechſelweiſe zu Oßnabrück ſtatt findet; (davon hernach.)

In dem Vergleich zwiſchen Biſchoff Ernſt Auguſt I. zu Osnabrück und ſeinem Domcapitul von 1662. wurde §. 6. wegen der bey der Inthroniſation zu beobachtenden Solennitäten eine vorläuffige Abrede genommen; wie auch wegen des von dem Biſchoff zu leiſten ſchuldigen Eydes. (1)

Ein Inſtrumentum Notariale über den von Biſchoff Ernſt Auguſt II. zu Osnabrück Anno 1717. genommenen Beſitz von dem Hochſtifft iſt beym LÜNIG (2) zu leſen.

* * *

Von denen Catholiſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 2 a.

Schrifft. Hieher gehörige Schrifft:

DÜRR (Franc. Ant.) Diſs. de Ingreſſibus ſolennibus Regum & Principum, præſertim Eccleſiaſticorum, Germaniæ. Maynz, 17--.

§. 2 b.

Beſorgung der Staatsſachen nach der Wahl. Iſt eine Wahl ruhig abgegangen, ſo unterziehet ſich ein Erwählter alſobalden aller Reichs- Crays- und anderer Staatsangelegenheiten; wie dann Churfürſt Friderich zu Cölln ſo zu ſagen von der Wahl hinweg- und nach Franckfurt gereiſet iſt, um einen Röm. Kö-

(1) v. LÜNIGS R. Arch. Spicil. eccleſ. Cont. 1. p. 668.
(2) l. c. p. 673.

König wählen zu helffen: Und ſo legitimiren ſie auch alſogleich ihre bey Reichs- und Crays-Tägen befindliche Geſandte, ꝛc.

Herr P. SCHMIDT ſchreibt (1): In Germania, *Electione* legitima & concordi peracta, *Electus* Adminiſtrationem illico in utriusque fori rebus adit, - - neque ad eam rem idcirco ſpeciali illis Indulto opus eſt.

Ob er aber gleich nur von der Election redet, und die admiſſio Poſtulationis an Seiten des Pabſts res gratiæ iſt; ſo halten es doch, meines Wiſſens, die ruhig Poſtulirte eben ſo.

Wann hingegen die Wahl ſtreitig iſt, ſo iſt der ordentliche Weg, daß, biß zu erfolgender Päbſtlicher Entſcheidung, das Dom-Capitul die Adminiſtration, wie ſonſt, ſo auch in publicis, continuire: Alleine zuweilen wollen ſich dennoch beede Erwählte pro talibus geriren, oder das Capitul kommt auch wegen der Adminiſtration ſelbſt an einander, und ſuchet ein Theil den andern von denen Publicis auszuſchlieſſen.

So zoge An. 1688. nach erfolgter zwiſpaltiger Wahl zu Cölln der von dem einen Theil poſtulirte Cardinal von Fürſtenberg die Correſpondenz mit dem Comitial-Geſandten allein an ſich, diſponirte ihn auch dahin, daß er ihme den Churfürſtlichen Titul gab und ſeine Parthie auf dem Reichstag nahme: Die Bayriſche Parthie hingegen erſuchte den Chur-Bayriſchen Geſandten, die wahre Beſchaffenheit der Sache denen Reichs-Collegiis vorzuſtellen, und daran zu ſeyn, daß, biß zur Päbſtlichen Entſcheidung, alles ausgeſtellt verbleiben möge; worüber es biß zur Replic kame.

Hierauf haben die Churfürſtliche Geſandten den Chur-Cölniſchen erinnert: Daß er zwiſchen beeden der Wahl zu Cölln halber ſtreitenden Partheyen indifferent verbleiben, und, dafern er in dem Churfürſtl. Collegio ſeinen Siz behalten wollte, nichts anders in demſelben anbringen möge, als was ihme nomine totius Capituli reſcribiret würde; weilen ſie vernommen, daß ihme eine gedruckte Deduction von neun Bogen lang, worinnen der Cardinal von Fürſtenberg darthue, daß er canonice poſtulirt ſeye, zugefertiget worden, um ſie unter die Geſandte auszutheilen; womit er dann auch nach der Hand zurückgehalten, indeſſen aber dem Franzöſiſchen Legations-Rath Friſchmann die Exemplaria zugeſtellet, welcher ein- und anderm Geſandten davon Communication ertheilet hat. Das

(1) in Inſtit. Jur. eccleſ. Tom. 1. p. 293.

gesammte Dom-Capitul faßte auch den 13. Sept. disen Schluß ab: „Demnach in nähere Proposition kommen: Ob hiesigem Dom- und Erzstifftischen Geheimen Rath und nacher Regenspurg Abgeordneten Hn. Lic. Holzemio nicht näher Befehl zu ertheilen, sich bey der Seßion und Voto totius Capituli & communi tam Eligentium quam Postulantium nomine bester Gestalt zu manuteniren? Ist solches zumalen, aber jedoch dergestalt, billig befunden und concludirt worden, daß Er, Herr Holzemius, à Jure tam Eligentium quam Postulantium abstrahiren, und sich in Comitialibus, und was des Reichs Angelegenheiten erfordern, zu halten, so dann auch künfftig seine Relationes der Nothdurfft von Post zu Post immediate an hieselbsten zu Cölln sich aufhaltendes Capitul gelangen lassen solle.„ Es erfolgte aber noch in eben disem Monath der Päbstliche Ausspruch für den Prinzen Joseph Clemens, und damit hatte diser Streit ein Ende.

Bey der Münsterischen und allen übrigen strittigen Wahlen wurde es ebenfalls also gehalten, daß währender Litispendenz über der Wahl indessen Siz und Stimme auf dem Reichstag, ꝛc. Namens des gesammten Capituls geführet wurde.

Als zu Lüttich An. 1763. eine zwispaltige Wahl entstunde, verordnete der Kayser wegen Führung der Regierung biß zu Entscheidung dises Streits dasjenige, was ich schon oben erzählet habe.

§. 3.

Einzug. Bey vilen Erz- und Hochstifftern ist herkommlich, daß, nach der Confirmation, der Erwählte einen offentlichen und solennen Eintritt oder Einzug in seine Residenz hält, und sich inthronisiren lässet.

In einer Fürstlich-Brixischen Deduction heißt es (1): „Krafft des Einrittrechts sind die Unterthanen gehalten, auf Verlangen ihrer Herren, in signum territorialis Jurisdictionis, entgegen zu ziehen, die Thorschlüssel zu übergeben, und mit Aufbot des Ausschusses zu begleiten, oder doch seiner mit Präsentirung des Gewehrs zu erwarten. Dergleichen solenne Einritte nun, welche bey Antrettung der Regierung, oder Aufnehmung der Huldigung, geschehen, seynd ein unfehlbares Merckmal der Landesherrlichen Oberbotmäßigkeit:„ Weil nun die Bischöffe zu Brixen dergleichen auch gethan hätten; so wird daraus ein Schluß auf die Landeshoheit derselben gemacht.

Zu Oßnabrück hielte Bischoff Franz Wilhelm Anno 1628. mit

(1) v. Lünigs Grundfest. ꝛc. 1. Theil, 771. S.

mit denen in einem darüber errichteten Notariats-Instrument beſchribenen Solennitäten, ſeinen Einritt.

Von Biſchoff Hermann Werners zu **Paderborn** An. 1684. zu Paderborn gehaltenem Einzug liſet man unter anderem (1): „Als Se. Hochfürſtl. Gn. vor die Statt kommen, wurde Sie von der Ritterſchafft und dem Magiſtrat empfangen, und Deroſelben, præmiſſis Curialibus, die Stattſchlüſſel präſentiret; worauf allerſeits die gewöhnliche Eydes-Leiſtung, dem Gebrauch nach, auf freyem Felde geſchehen. Nach ſolchen geendigten Solennitäten war der Einzug ſehr prächtig, und die Suite wohl eingerichtet. Als nun diſer herrliche Comitat in ſeiner Ordnung, unter Paucken- und Trompeten-Schall, in die Statt, und biß auf den Marckt, kommen, hat ſich die dabey verhandene Infanterie und Cavallerie auf den Kirchhof um den Dom, die Leibgarde aber auf den Marckt geſtellet, allwo der Fürſt vor der Apothecken abgeſtigen, und deſſen Marſchall das Pferd gehalten, Ihre Fürſtl. Gnaden aber, mit denen anweſenden Herren Abgeſandten, ſich in die Apotheck verfüget, denen dann die Domherren, nach angezogenem ihrem geiſtlichen Habit, gefolget, und den Fürſten mit dem Biſchöfflichen Ornat, Hut und güldenen Staab bekleidet, auch mit gewöhnlichen Solennitäten, unter einem getragenen Himmel, und Geſang, von den Cartheuſern und Obſervanten empfangen, und nach dem Dom geführet, auch endlich, nach gehaltener Meſſe und etlichen Ceremonien, wie auch dem Domcapitul geleiſtetem Eyde, vor dem Dom zu der allda im Gewehr ſtehenden und verſammleten Bürgerſchafft wieder herausgeführet, und auf einen auf rothen Tuch ſtehenden, und mit Sammet überzogenen, Seſſel geſezet worden, woſelbſt Ihrer Hochfürſtl. Gnaden die geſammte Bürgerſchafft das Homagium präſtirt, der Fürſt auch hinwiederum ſich eydlich verbunden, daß er dieſelbe bey ihren alten Gerechtigkeiten und Herkommen, worinnen er anizo ſolche befunden, hinfüro laſſen, auch jedesmahl ſie dabey handhaben und ſchüzen wolle; womit alſo alles beſchloſſen, von der Bürgerſchafft noch einmahl Salve gegeben, und hochgedacht Ihre Fürſtl. Gnaden ſamt denen Abgeſandten, Domherrn, und andern vornehmen Cavalieren und Herren, nach der Canzley zur Tafel geführet, und demnächſt alle Völcker, auſſer der Leibgarde, wieder abzumarſchiren befehliget worden.„

(1) in Lünigs Theatr. Cerem. Tom. 2. p. m. 333.

Allerley andere Nachrichten davon finden ſich in meinem T. Staatsrecht.

Wie die Biſchöffe zu Speyer und Worms in diſen Stätten, von Rechtswegen, nach Antritt ihrer Regierung einen ſolennen Einzug in ſolche Stätte halten, und bey diſer Gelegenheit beyde einander eine Art einer Huldigung leiſten ſollten, davon iſt in dem Teutſchen nachbarlichen Staatsrecht nachzuſehen.

§. 4.

Antritt der Landesregierung.

Was den Antritt der Landesregierung betrifft, ſo berichtet LAMBERTI: Es ſeye zu Münſter, und bey andern Teutſchen Hochſtifftern, üblich, daß das Domcapitul nach dem Tode eines Biſchoffens die Adminiſtration des Stiffts ein Jahr und ſechs Wochen in Handen behalte: Wann nun inner ſolcher Zeit ein neuer Biſchoff erwählet werde und wolle die Regierung inner ſolcher Zeit ſelbſt führen, müſſe er ſich mit dem Domcapitul deßwegen abfinden: Ob und wie weit nun diſes Grund habe? kan ich nicht ſagen; wohl aber haben wir oben vernommen, daß, nach anderer Bericht, ein geiſtlicher Reichsſtand ſich der Landesregierung nicht unterziehe, biß er von dem Pabſt das: *Placet* erhalten habe.

In der Osnabrückiſchen Capitulatione perpetua aber heißt es Art. 23. „Als auch das Domcapitul verbunden, innerhalb 3. Monathen à die mortis Epiſcopi jedesmal unfehlbarlich mit würklicher Election oder Poſtulation eines neuen Biſchoffen zu verfahren, und ſelbige dem Herrn Electo vel Poſtulato ohngeſaumt zu notificiren; ſo ſoll hinfüro kein Electus oder Poſtulatus aus dem Fürſtlichen Haus Braunſchweig-Lüneburg, weder für ſich ſelbſt, noch durch einige Herrn Anverwandte und Freunde, ſich keiner Regierung, oder was davon dependiret, vor Ablauff ſechs Monath, à die mortis Epiſcopi proxime defuncti an zu rechnen, regulariter unterfangen noch gebrauchen; es wäre dann, daß bey Kayſerl. Maieſtät derſelbe innerhalb ſechs Monathen die Regalia erhalten, welchen Falls die Adminiſtratio Capituli alsbald ceßiren und dem Herrn Poſtulato vel Electo, der ſechs Monathe unerwartet, die Regierung unweigerlich abgetretten werden ſolle: Wie denn auch, wenn der Electus oder Poſtulatus noch vor Ablauff der ſechs Monathe durch einen Schein aus der Kayſerlichen Canzley, oder, in Verweilung deſſelben, ſonſten, legitime documentiren und beybringen wird, daß er am Kayſerlichen Hof die Regalia geſucht, die Adminiſtration des

Stiffts

Stiffts zwar die sechs Monathe über bey dem Domcapitul verbleibet; es sollen aber auf disen lezten Fall die Stiffts-Intraden, so bald von Zeit documentirter Requisitionis Regalium an zu rechnen, biß zum End der sechs Monath, zwischen dem Bischoff und Domcapitul richtig getheilet, vorhero aber und biß zu vorgemelter Documentirung dem Domcapitul völlig gelassen werden. „

In der Osnabrückischen Capitulation de Anno 1698. endlich lautet es: „ 1. Soll und will der Herr Eligendus, aut Postulandus, weder durch sich selbsten, noch durch seine Herren Verwandte und Freunde, noch durch jemand anders, sich einiger Regierung, noch auch des Stiffts Osnabrück Stätte, Aemter, Häuser, jährliches Einkommen, Renten, Zinsen, Pfächte, Brüchten, Zölle, und wie diß Namen haben möchte, mit Worten und Wercken nicht anmassen, noch unterziehen; sondern, benebenst völliger Regierung, biß zu würcklicher Ausbringung, Expedition und Insinuation der Päbstlichen Confirmation und Röm. Kayserl. Majestät Regalium, auf seine selbsteigene Kosten, ohne Beyschiessen und Zuthun des Hochehrwürdigen Domcapituls und des Stiffts, dem Domcapitul ruhig und unturbirt belassen, und alles dasjenige, was dises unter währender Zeit vorgenommen, verhänget und verordnet, sich durchaus gefallen lassen und ratificiren. 2. Da sich gleichwohl mittlerweile einige Mißverständnisse, Spen oder Stiffts-Beschwerungen in- oder ausserhalb desselben eräugten, soll und will der Herr Eligendus aut Postulandus, auf des Hochehrwürdigen Domcapituls Schreiben oder Ansuchen, jedoch ohne des Stiffts Bekostigung, in bevorstehenden Nothsachen seinen gnädigen Rath, Gutachten und hülfflichen Arm herstrecken und darbieten. „

Es ist also ziemlich wahrscheinlich, daß ein Erzbischoff oder Bischoff, ꝛc. sich der Landesregierung nicht gleich anmassen dörffe, sondern die Capituls-Administration so lange fortwähre, biß er entweder obgedachtes Päbstliche Placet und die würckliche Kayserliche Belehnung, oder doch wenigstens ein Lehenindult, erhalten habe.

Zuweilen aber geschichet es, daß das Domcapitul einwilliget, daß der Erwählte auch noch vor erhaltener Päbstlicher Confirmation die Landesregierung antrette, und die Bischöffliche Jurisdiction ausübe: Es pfleget aber so wohl der Kayser, als der Pabst, oder dessen Nuncius, in dessen District das Stifft gehöret, um ein Indult deßwegen ersuchet zu werden.

So

So gabe An. 1651. 6. Febr. der Kayſer Ferdinand III. dem neuerwählten Biſchoff zu Münſter ein in meinem T. Staatsrecht befindliches Indult.

Der Päbſtliche Nuntius zu Cölln aber ertheilte bereits Anno 1650. den 6. Dec. eine Licenz.

Das Domcapitul erwartete auch, nachdeme es diſes erhalten, nicht einmal den Kayſerlichen Conſens, ſondern lieſſe gleich den 22. Dec. ein Edict ausgehen, daß es dem Neu-Erwählten die Regierung aufgetragen habe.

Was aber die zwiſpaltige Wahlen betrifft, ſo lieſſe die Fürſtenbergiſche Parthie zu Cölln An. 1688. nach der Wahl alle Erzſtifftiſche Civil- und Militar-Bediente ſchwören, keinen für einen Churfürſten zu erkennen, der nicht von dem mehreren Theil des Capituls erwählt ſeye, wogegen aber die Bayriſche Parthie proteſtirte. Ferner nahme der Cardinal von Fürſtenberg währender Zeit, als die Hauptſache zu Rom anhängig ware, die Churfürſtliche Stätte Bonn, Rheinberg, Kaiſerswerth, und Neuß in Beſiz, und belegte ſelbige mit ſeinen Völckern, die er vorhero hatte werben laſſen. Ja der Cardinal lieſſe gar ſub dato 12. Sept. ein Patent ergehen. Weil er aber ſelber wohl wußte, daß diſes lauter Attentata ſeyen, die nicht beſtehen könnten; ſo nußte ſein Anhang im Domcapitul den Namen mit darzu ſpendiren, er aber legte ſich die contradictoriſche Prädicate als Dom-Dechant und poſtulirter Erzbiſchoff und Churfürſt bey, daß man nicht wußte, was er eigentlich und mehrers in diſer oder jener Qualität gethan habe? Bey allem deme aber lieſſe er dannoch auf dem Reichstag und überall vorgeben, daß er alles in ſtatu quo lieſſe: Nachdeme aber der Päbſtliche Spruch gegen ihne ausgefallen ware, machten die Alliirte Waffen auch diſen Anmaſſungen bald ein Ende.

Anno 1706. 20. Aug. reſcribirte der Kayſer, nachdeme er dem Biſchoff zu Paderborn die Excluſivam zu Münſter hatte geben laſſen, an das Domcapitul allda: „Wir haben euch durch Unſer Reſcriptum vom 14. diſes allergnädigſt zu vernehmen gegeben, was es mit der von Unſerm Geſandten, dem Grafen von Eck, den 26. verfloſſenen Monats wegen des Biſchoffs zu Paderborn in Eurer Capitular-Verſammlung gethanen Erklärung Unſers allerhöchſten Orts für eine Meynung habe; wobey Wir es annoch bewenden laſſen, und Uns gnädigſt verſehen, daß Ihr ſamt und ſonders euch darnach gehorſamſt achten, und euch einer rechtſchaffenen Canoniſchen, auch

Uns,

Uns, dem Stifft und gemeinen Weſen, anſtändigen nüzlichen Wahl alſo vereinbaren werdet, daß es der Adminiſtration halber von Uns keiner anderweiten Verordnung bedürffe: Damit aber, im Fall, wider Unſer beſſeres Vermuthen, diejenige, welche ſich für den Biſchoffen von Paderborn erkläret, dabey, mit Hindanſezung Unſerer wohlbefugten Contradiction, ohnbeweglich beharren, und mit deſſen Erwählung per Majora durchzudringen vermeynen wollen, alle Unordnung und Weitläufftigkeiten verhütet werden; ſo befehlen Wir euch wohlmeynend, gnädigſt und ernſtlich, daß Ihr gedachtem Biſchoffen, Falls er ſolcher Geſtalt durch etliche mehrere Stimmen erwählet würde, weder die Regierung oder Adminiſtration, noch einige derſelben anklebende Functiones oder Verrichtung, einräumen, ſondern ſelbige, unter der gewöhnlichen Direction des Decani, bey dem Capitulo nicht anderſt, als wie es zur Zeit der Sedisvacanz Herkommens, ſo lange halten ſollet, biß Wir mit Ihro Päbſtlichen Heiligkeit Uns über ſolche Wahl weiter vernommen haben würden, und Euch ein anders verordnen; allermaſſen Ihr dann auch diſem zu Folge = = = nichts zu thun, zu verhängen, oder zu verſtatten haben werdet, was ſothaner Unſerer Intention und Befehl einiger maſſen zuwiderlauffen möchte.„ Ich getraue mir aber nicht, einen dergleichen Befehl aus dem Teutſchen Staatsrecht zu vertheidigen.

Nach dem zwiſchen dem Hochſtifft Chur und dem Gotteshausbund An. 1541. errichteten Vertrag, ſezte der Bund den Biſchoff, wann er die verglichene Articul beſchworen hatte, in den würcklichen Beſiz des Biſthums ein.

§. 5.

Auſſer dem Eyd, welcher dem Pabſt zu leiſten iſt, und von welchem ich ſchon im 1. Buch, 2. Cap. geredet habe, ingleichem dem auf die Landesfreyheiten abzulegenden Eyd, (davon gleich das mehrere folget,) und endlich den dem Kayſer bey der Belehnung ſchuldigen Eyd, haben, meines Wiſſens, die Teutſche geiſtliche Reichsſtände keinen Eyd abzulegen, auſſer dem Teutſchmeiſter, und, wie ich vermuthe, dem Johannitermeiſter, auf die Ordensverfaſſung. Eyd.

Dem Herrn Prinzen Carl von Lothringen, wurde vorgeworfen (1): Daß er den einem jeden Teutſchmeiſter obligenden Eyd nicht

(1) v. mein R. Staatshandb. 2. Th. 250. S.

nicht abgelegt habe; biß dahin alſo nicht für einen würcklichen Teutſchmeiſter gehalten werden könne.

§. 6.

Beſtättigung der Landesfreyheiten.

Den eigentlichen Anfang der Landesregierung ſollen von Rechtswegen alle geiſtliche Reichsſtände damit machen, daß ſie ihrer Landſtände und anderer Unterthanen Freyheiten beſtättigen; davon ich ſchon anderwärts (1) manches geſagt habe.

In der Osnabrückiſchen Capitulation von 1626. heißt es: „Zum 4ten: Nach erlangter Päbſtlicher Bewilligung, Confirmation und Kayſerlichen Regalien, ehe und zuvor Wir zu der würcklichen Regierung Uns einlaſſen, wollen Wir, vor allen Dingen, 1. alle gute und neue Stiffts-Privilegia, auffgerichtete Capitulation-Schrifften, Vereinigung, Abſcheid, Ordnungen und Juramenta, wie dieſelbige mit dem Thum-Capitul und Stiffts-Ständen, ſamt und ſonders, hiebevor verglichen und rechtmäßig herkommen, und andere vorhero geleiſtet haben, vornemlich auch des Capituls zu St. Johann beweislich habende Privilegia, Freyheiten und Immunitäten, erneueren, beſtättigen, und mit Fürſtlichen Glauben und Aiden betrauen, verſiegeln.„ Den ſehr langen Eyd, welchen Krafft deſſen Biſchoff Franz Wilhelm zu Osnabrück bey eingenommener Huldigung hat ablegen müſſen, kan man beym Lünig (2) leſen.

§. 7.

Huldigung.

Hinwiederum aber leiſten auch die Landſtände und übrige Unterthanen (gemeiniglich zu gleicher Zeit,) dem neuen Regenten die Huldigung.

Wie von denen Ständen des Biſthums Oßnabrück An. 1651. Herzog Ernſt Auguſten zu Braunſchweig, als zukünfftigen Biſchoff, die eventual-Huldigung geleiſtet worden ſeye, erhellet aus dem darüber gefertigten Notariat-Inſtrument beym Lünig (3).

Von der darauf 1662. eben diſem Herzog Ernſt Auguſten, als würcklichen Biſchoffen, geleiſteten Huldigung ſehe man abermalen Lünigen. (4)

§. 8.

Landes-Präſenten.

Einem neuen Erz- oder Biſchoff wird bey dem Antritt ſeiner Regie-

(1) im Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. p. 1158. ſqq.
(2) in des R. Archivs Spicil. eccleſ. Cont. 1. p. 1649.
(3) im Theatr. cerem. Tom. 1. p. 825.
(4) l. c. pag. m. 1533.

Regierung von dem Land um ſo mehrers und billiger ein freywilliges Geſchenck gemacht, als derſelbige um diſe Zeit mancherley Unkoſten beſtreiten muß, hingegen nicht eben allezeit einen geſpickten Beutel mitbringt, und noch über das geſchehen laſſen muß, daß der Pabſt und die Domcapitul ſelbſten ihme ſeine erſte Cameral-Einkünffte beſchneiden.

In dem Hoch-Stifft **Münſter** iſt eine Willkomm-Schazung oder Steuer üblich, welche zur Einfarth des ankommenden Landes-Herrn, Erwerbung der Kayſerlichen Regalien, Einrichtung Seiner Hofſtaat, und anderen bey dem Antritt der Regierung hoch-nöthigen Ausgaben, nach deren fleißiger Ueberlegung in publicis Comitiis, cum plena deliberatione Statuum, eingewilliget, per publica Edicta ausgeſchriben und gegen die Moroſos executive beygetriben wird. (1)

* **Bronckhorſt** behauptete: Daß ſelbige auch von denen, ſo auſſer dem Stifft Münſter im Holländiſchen geſeſſen ſeynd, aber zur Münſteriſchen Diöces gehören, gereichet werde: Es wurde aber Demſelben vom Cammer-Gericht An. 1687. 13. Dec. beſſerer Beweis diſes Vorgebens auferlegt. Weil es aber nicht geſchehen, wurde Gehmen An. 1694. 26. Oct. ſchuldig erkannt: Einem jeden ankommenden neu-erwählten zeitlichen Biſchoffen die auſſerhalb des Fleckens Gehmen hergebrachte Willkomm-Schenck- oder Schazung zu entrichten.

Als der neue Biſchoff Ferdinand II. An. 1679. 13. Nov. in der Statt Münſter einzoge, verehrten Ihme die Landſtände 30000. Rthlr. (2)

In der **Osnabrückiſchen** beſtändigen Capitulation wird *Art. 36.* bewilliget, daß ein Biſchoff, bey Antrettung ſeiner Regierung, an ſtatt derſelbigen zugehöriger Willkomm, 10000. Rthlr. annehmen und erheben möge.

* * *

Von denen weltlichen Reichsſtänden.

§. 9.

Einige hieher gehörige Schrifften von **Oeſterreich** finden ſich in Lünigs **Grundfeſt. Europ. Potenz. Gerechtſ.** *Tom. 1. p. 54. 58.* Schrifften.

(1) Münſter. Actenmäß. gründl. Vorſtell. contra Bronckhorſt, de An. 1699.
(2) Lünigs Theatr. Cerem. Tom. 1. p. m. 75.

§. 10.

Wann der Regierungs-Antritt geſchehe?

Wann die weltliche Reichsſtände einander Jure ſanguinis ſuccediren, iſt der ordentliche Weg, daß ein Sohn ſeinem Vater, oder ein Agnat ſeinem Vetter, alsdann ſuccediret, wann diſer mit Tod abgegangen iſt: Auſſerordentlicher Weiſe aber geſchiehet es jezuweilen, daß ein Regent noch bey ſeinen Lebzeiten die Regierung niderlegt, und ſie deme, welchem ſie auf ihne Jure ſanguinis zukommt, überläſſet.

Noch ungewohnlicher aber iſt, wann ein Regent die Regierung nicht niderleget, und doch ſeinen eventualen Succeſſorem in diſer Qualität würcklich erkläret, erkennen, und ihme ſolcher geſtalten huldigen läſſet. Man trifft dergleichen Exempel ſonderlich im Hauſe **Oeſterreich** in denen vorigen Zeiten an; da nemlich die Väter ihre Erbprinzen noch bey ihrem Leben zu Königen in **Böhmen** haben crönen und ſie den würcklichen Königlichen Character annehmen laſſen, ohne ihnen deßwegen an der Regierung einigen Antheil zu geſtatten; und iſt die Abſicht dabey ohne Zweifel geweſen, die Erbfolge dadurch gegen derer Böhmiſchen Stände zu behaupten vermeinte Wahlgerechtigkeit um ſo mehrers in Sicherheit zu ſtellen, und die Röm. Königs-Wahlen zu facilitiren: Aber auch in **Oeſterreich** ſelbſt (in welcher Provinz doch unſtreitig keine Wahl ſtatt hatte,) hat z. E. Kayſer Ferdinand III. An. 1651. ſeinen erſtgebohrenen Prinzen Ferdinand IV. und nach deſſen Abſterben An. 1655. den zweyten Prinzen, Leopolden, zum eventualen Landes-Succeſſore erkläret, und ihme von denen Ständen huldigen laſſen, obgleich der Kayſer die Regierung behielte; und mag man damit der Landſtände Prætenſion auf die Interims-Regierung haben begegnen wollen.

So bald nun der Anteceſſor ſtirbt, oder von der Regierung abtritt, ſo bald folget ihme der oder die Geblüts halber darzu berechtigte alſo gleich ipſo Jure in ſolcher Regierung nach.

Nur die **Oeſterreichiſche** Landſtände haben (1) behaupten wollen, daß, nach Abgang eines Landesregentens, ihnen die Beſtellung der Interims-Regierung, biß nach geleiſteter Huldigung, zukomme; deſſen aber das Haus Oeſterreich nicht hat geſtändig ſeyn wollen: Wie nun der Miles perpetuus alle Landſtände andere Mores gelehret hat; alſo ſcheinet, daß auch die Oeſterreichiſche diſe Prætenſion haben fallen laſſen; maſſen dann ins beſondere Anno 1711. nach

(1) v. LONDORPII Acta publ. Tom. 1. p. m. 607.

nach Abſterben Kayſer Joſephs I. des neuen abweſenden Regentens Frau Mutter, Krafft der von ihrem Herrn Sohn ertheilten Vollmacht, ja ſchon vor Erhaltung derſelben, die Interims-Regierung biß zu beſagten neuen Regentens, Kayſer Carls VI. Ankunfft, ruhig geführet hat; dahero ich auch von diſer Sache nichts weiter gedencken will.

Eine faſt gleiche, ja noch ärgere, Querelle, daß nemlich der Landesherr die Regierung nicht einmal ohne der Stände Conſens antretten ſolle, machten die Oſt-Frieſiſche Landſtände ihren Regenten, in ſpecie auch An. 1649. und 1662. Weil aber das Haus ausgeſtorben iſt, und diſer Fall ſich nicht mehr zutragen wird, will ich nichts weiter davon melden.

§. 11.

Die Crönung wird unter denen Teutſchen Reichsſtänden nur bey dem König in Böhmen angetroffen, und ich will mich dabey nicht aufhalten. Wer will, ſehe H. von BERGERS *Tr. de Coronatione Bohemica*, desgleichen GLAFEY (1) und LÜNIG (2). Crönung.

§. 12.

Bey anderen weltlichen neuangehenden Regenten ſeynd meiſtens bey Antritt der Regierung keine andere Solennien üblich, als daß man die Gratulationes abſtattet und annimmt, ſo dann die Miniſtres, Räthe und Bediente, auch Landſtände und Unterthanen, mit neuen Pflichten beleget; doch kommt es dißfalls auf eines jeden Herrns eigenes Belieben an, und haben etliche, wann ſie auch gleich nicht auſſer Landes geweſen, noch mehrers aber, wann ſie aus der Fremde gekommen ſeynd, (z. E. An. 1744. der von Berlin nach Stuttgart gekommene neue Herzog zu **Würtemberg**,) einen ſolennen Einzug in ihre Reſidenz gehalten, Gedächtniß-Münzen prägen laſſen, u.ſ.w. davon beym LÜNIG (3) nachgeſchlagen werden kan. Andere Solennitäten.

Als Kayſer Carl VI An. 1711. erſtmals nach **Tyrol** kame, wollte Er, daß, weil die Reiſe per Poſta geſchehe, und alſo für keinen ordentlichen Einzug zu halten ſeye, die Läutung der Glocken da, wo Er durchpaßiere, unterbleiben ſollte; es geſchahe aber dennoch ein- und anderer Orten.

(1) in ſeiner pragm. Geſchicht. der Cron Böhmen, p. 741. ſqq. 847. ſqq.
(2) im Theatr. cerem. Tom. 2. p. 87.
(3) l. c. p. 807. 821. ſqq.

§. 13.

Huldigung und Confirmation der Privilegiorum.

Mit dem Antritt der Regierung pfleget insgemein so balden die Erbhuldigung, und mit diser die Confirmation derer Landesprivilegien, verbunden zu seyn. Und zwar wird es in denen meisten Teutschen Provinzien also gehalten, daß die Landstände forderist zur Huldigung beschriben werden; dise erklären sich so dann willig darzu, bitten aber um Confirmation ihrer Freyheiten: Dieselbige wird ihnen præliminariter versprochen; darauf leisten sie die Huldigung, und erhalten so dann, (meistens alsogleich uno eodemque actu,) die Confirmationem Privilegiorum. In verschidenen Landen aber muß die Confirmatio Privilegiorum vorhergehen, und darauf erfolgt die Huldigung.

§. 14.

Von denen Oesterreichischen Erblanden.

In der erneuerten Mährischen Landes-Ordnung vom Jahr 1628. liset man:

„Von der Erb-Huldigung.

§. Wann und so offt einer oder mehr Innwohner in diesem Unserm Erb-Marggrafthumb Mähren an- und aufgenommen werden, oder es sonst zum Fall kombt, daß dem König, als Marggraffen in Mähren, die Erb-Huldigung zu leisten; Soll solche Erb-Huldigung, mit aufgehobenen Fingern, leiblich geschworen und erstattet werden, als nemblich: Ich N. schwere GOTT dem Allmächtigen, der Gebenedeyten von der Erb-Sünd Unbefleckten Mutter GOttes, allen Heiligen, und Euch, dem (Titulus) N. N. als König zu Böheimb, und Marggraffen in Mähren, und meinem rechten Erb-Herren, Euer Majestät, Dero Erben, nachkommenden Königen zu Böheimb, und Marggraffen in Mähren, getreu, gehorsamb und gewertig, auch nimmermehr wissentlich in dem Rath, oder Zusammenkunfften zu seyn, da wider Euer Majestät Person, Ehr, Würde, Recht, oder Stand etwas vorgenommen würde, noch darein bewilligen, oder gehölen, in keinerley Weg; sondern Euer Majestät, Deroselben Erben, Nachkommmender Königen zu Böheimb und Marggraffen in Mähren, Ehr, Nutz, Frommen betrachten und befördern: Und ob ich verstünde, daß etwas vorgenommen, oder gehandelt würde, wider Euer Majestät, dem soll und will ich getreulich fürseyn, und Euer Majestät ohne Verzug warnen, und sonst alles das thun, was einem gehorsamen, getreuem Unterhanen gegen seinen Erb-Herrn gebühret, getreulich und ohn Gefährde; So wahr mir GOtt

GOtt helffe, die Gebenedeyte von der Erb-Sündt Unbefleckte Mutter GOttes und alle Heiligen! „ Diſes Jurament wird, nach Gelegenheit, auf die Stände zu formiren ſeyn. „

In Oeſterreich wird es, nach des Freyherrn von Becks Bericht (1) mit der Erb-Huldigung in Anſehung derer Landſtände alſo gehalten: Hanc conſuetudinem, ut reliqui Germaniæ Principes, ſic etiam Archi-Duces Auſtriæ, ſervare ſolent, ut regiminis Gubernacula accedente voto & ſacramento ſubditorum ſuſcipiant, vel potius ſuſcepti jam regiminis 3), id quod poſt mortem anteceſſoris ipſo jure in Succeſſorem transfertur, ſolennem Panegyrim habeant. —

3) Indicat hoc formula in convocatione Statuum anno 1740. adhibita: „Und andurch Dero ſammentliche Erb-Königreich und Länder Uns, als Dero älteſten Tochter, erblich angefallen, Wir auch deren Regierung im Nahmen und unter Beyſtand des Allerhöchſten würcklich angetretten; dannenhero Uns, als Erb-Frau und Lands-Fürſtin, aus Landes-mütterlicher Liebe und Sorgfältigkeit, bevorab GOtt zu Ehren, und diſem Unſerm Erz-Herzogthum Oeſterreich, und deſſen treu-gehorſamſten Ständen und Innwohnern, zu Troſt, Aufnehmen, Ruhe und Wohlfarth gnädigſt entſchloſſen, in gleichgedacht Unſerm Erz-Herzogthum Oeſterreich unter der Enß die Erbhuldigung fürgehen und Uns leiſten zu laſſen etc. etc. „

§. II. Hinc primo ſtatim loco ordines provinciales de ſuſcepto regimine & capeſſenda ſolenni inauguratione per Decretum Aulicum certiores fiunt, quorum Deputati, miſſis per provincias literis patentibus, omnes & ſingulos ſubditos ad obedientiam & fidelitatem novo Principi præſtandam hortantur ac jubent.

§. III. Poſteaquam vero per Commiſſarios Archi-Ducis & Deputatos Statuum de Ceremoniis in ſolenni inauguratione obſervandis conventum eſt, ad præſtitutum diem quatuor ordines provinciæ à Mareſchallo provinciali, Officiales autem hereditarii, & quibus præterea aliquid negotii in hoc actu incumbit, per Decreta ſpecialia evocantur, Corona non minus Archi-Ducalis è Neoburga clauſtrali, ubi cuſtoditur, à Commiſſariis & Præpoſito Viennam deportatur - - - -

§. IV.

(1) in Jur. publ. Auſtr. Specim. 1. p. m. 160.

§. IV. Ubi dies inaugurationis illuxit, Archi-Dux ſolenni pompa ad templum S. Stephani procedit, præeuntibus officialibus hæreditariis cum Clenodiis Archi-Ducalibus. Camerarius Sceptrum cum clave, Dapifer globum aureum cum Cruce, Pincerna Coronam Archi-Ducalem, Mareſchallus equo vectus enſem nudum præfert. Hos antecedunt Venationum Magiſter, cum cane & cornu venatorio, Magiſter Curiæ cum baculo, Bannerius cum vexillo armis Ducalibus inſignito, Bacilliſer cum baculo nigro argento afferuminato, Falconarius cum pera nigra venatoria, falcone ejusque tegmine in pileo, Scutifer cum Scuto, cui inſignia auſtriaca inſculpta ſunt. Præfectus Stabuli a latere Archi-Ducis equitantis incedit.

§. V. Ante portam templi Archi-Dux ab equitibus Aurei Velleris, poſt ingreſſum templi ab Archi-Epiſcopo Vindobonenſi, Epiſcopo Neoſtadienſi, reliquis Prælatis & Capitulo Sti. Stephani, excipitur, atque in templi interiora ad Altare deducitur, ubi in throno conſidet. Sacra peragit Archi-Epiſcopus Viennenſis, Neoſtadienſis autem Epiſcopus Evangelium & Pacem Sereniſſimo Archi-Duci ad deosculandum porrigit, 1) adſiſtente ex antiqua conſuetudine Præpoſito ad St. Hippolitum, tanquam Sacellano Auſtriæ hereditario.

1) Hoc abſente tempore noviſſimæ inaugurationis anno 1740. ejus locum & officium proviſorio modo, & pro illo tantum actu, occupavit Præpoſitus Neoburgæ clauſtralis.

§. VI. Reduce è templo Principe, à tribus prioribus ordinibus juramentum fidelitatis conſuetis ceremoniis, prælegente Cancellario, pronunciatur, à quarto vero ordine, urbium nempe Deputatis, erectis digitis præſtatur. Quo facto, Confirmatio Privilegiorum & immunitatum, ſubſcriptione & ſigillo Archi-Ducali roborata, Mareſchallo provinciali traditur. 1) Tandem in Capella Aulica hymnus Ambroſianus decantatur, & tormenta in urbis mœnibus iterum iterumque exploduntur.

1) Formula hæc eſt: „Daß Wir ihnen, denen getreuen Ständen, auf Ihr gehorſamſtes Erſuchen, alle ihre Freyheiten, Privilegien, alt-löbliches Herkommen, und gute Gewohnheiten, als ihre Frau und Landes-Fürſtin, mit Gnaden, wie von Alters herkommen iſt, confirmiren, beſtättigen, ſie dabey handhaben und verbleiben laſſen, darzu auch ob aller vier Ständen und

Inn-

Innwohner des Landes Freyheiten, Ehren, Würden und Gerechtigkeiten festiglich halten, sie dabey schützen, schirmen und darwieder nicht dringen noch beschweren lassen wollen und sollen, gnädigst und ohngefährlich ꝛc. ꝛc.

§. 7. Solemnia claudit epulum regale, in quo hereditarii officiales ministeriis suis funguntur. Scilicet Præfectus Culinæ dapes & fercula curat, Bacillifer fercula ad mensam ferentes præcedit ac turbam submovet, Dapifer lances apponit, quas Argentarius in mensa ordinat, Incisor Dapium cibos incidit & porrigit, Camerarius pelvim abluendis manibus præsentat, Pincerna potum Archi-Duci ministrat, Præsul ad St. Hippolitum consuetas preces ante & post prandium præit, Janitorum Magister portam Cameræ Archi-Ducalis, quando vel intrat, vel exit Princeps, cum clave leviuscule pulsat. Præfectus monetæ distribuit monetas aureas, argenteasque, memoriæ inaugurationis dicatas. Reliqui officiales mensæ adstant, universi autem ab Archi-Duce pro muneris ratione sequentem in modum remunerantur. Præfectus Aulæ baculum Auro inductum, Camerarius clavem inauratam, Præfectus Stabuli equum, quo Archi-Dux vectus erat, Mareschallus gladium, Pincerna poculum, Præfectus Venationum canem cum laqueo sericeo viridis coloris, cornu venatorium & pugionem, Hirschfänger, Argentarius pelvim argenteam, Janitorum Magister clavem ferream cœrulei coloris, Magister Falconum peram venatoriam & falconem cum tegmine in Capite, dono accipiunt. Unusquisque præterea officialium mensam separatam cum convivis, quos eligere voluerit, occupat.

§. 8. Eodem fere ritu inauguratio Archi-Ducis in reliquis Ducatibus & Provinciis hereditariis peragitur, ut ad singulas descendere super vacuum videatur. Mos enim antiquus Carinthiorum inaugurandi Ducem per Colaphum, 1) ut lenis imperii periculum faceret, sanctam illorum temporum simplicitatem accusat, ab institutis & moribus recentioribus abhorret, ideoque ab anno 1414. plane eliminatus est.

1.) Ritum describunt Aeneas Sylvius, *de Statu Europæ Cap. 20.* Fugger. *Lib. 3. Cap. 5. pag. 310.* Comes à Kevenhüller *in annal. Ferdinandeis ad ann. 1597.*

Nach dem Tode Kayſers Matthiä ſezte es wegen der Huldigung Schwürigkeiten. (1)

Von der noch bey Lebzeiten Kayſer Ferdinands III. ſeinem Erbprinzen Ferdinanden IV. geleiſteten Huldigung findet man die Beſchreibung beym LÜNIG, (2) und Herrn Grafen von WURMBRAND (3); auch iſt ſie einzeln gedruckt.

Von der dem Erzherzogen Leopold An. 1655. geleiſteten Erb-Huldigung liſet man forderiſt beym Herrn Grafen von WURMBRND (4) und beym LÜNIG (5) ein Directorium über die bey einer löbl. Nider-Oeſterreichiſchen Landſchaffts-Regiſtratur ſich befindende Acta, die Erb-Huldigung Erzherzogs Leopoldi Ignatii betreffend; ſo dann noch eine andere Nachricht (6).

Kayſer Joſephen I. wurde, als Erzherzogen zu Oeſterreich, von den Ständen in Oeſterreich unter der Ens 1705. ſo gehuldiget, wie beym LÜNIG (7) zu leſen iſt;

Desgleichen, wie es An. 1712. bey Kayſer Carl VI. gehalten worden iſt. (8)

Wie in **Steyermarck** Kayſer Carl VI. gehuldiget worde ſeye, erzählet LÜNIG (9).

Von der berüchtigten alten Erb-Huldigung in **Kärndten** findet man beym LÜNIG (10) Nachrichten.

Noch Erzherzog Carl von Oeſterreich hat im Jahr 1564. den Eyd auf dem Lehnſtuhl im Zoll-Felde gethan: Doch iſt Er, auf ſeines Herrn Vaters Vorbitte, und gegen deſſen Schadlos-Verſchreibung, mit den übrigen Ceremonien verſchont worden; wiewohl es etwas hart gehalten, biß man Ihn bewogen, Sich auf den Lehn-Stuhl zu ſezen.

Wie

(1) v. LONDORPII Acta publ. Tom. 1. p. 579. ſqq.
(2) im Theatr. cerem. Tom. 2. p. 832.
(3) de hæred. Provinc. Auſtr. Official. Cap. 20. p. m. 120. ſqq.
(4) l. c.
(5) l. c. pag. 536.
(6) beym LÜNIG l. c. pag. 775.
(7) l. c. Tom. 2. p. m. 894.
(8) ibid. p. 916.
(9) von der landſ. Ritterſch. Tom. 1. p. 414.
(10) im Theatr. cerem. Tom. 2. p. m. 934. und von der landſ. Ritterſch. Tom. 1. p. 422.

Wie in Tyrol An. 1711. Kayſer Carl VI. gehuldiget worden ſeye, iſt aus der gedruckten Beſchreibung des damaligen Landtages erſichtlich.

§. 15.

In der Erklärung der Bayriſchen Landesfreyheit von 1516. heißt es: „Wir, Unſer Erben und Nachkommen, regierende Fürſten, ſollen auch im Eingang Unſers Regiments, vor und ehe Uns ein Landſchafft Erbhuldigung thut, diſe gegenwärtige Erklärung und Mäßigung der Freyheit gnädiglich beſtätten, und von Wort zu Wort in dieſelb Beſtättigung inſeriren und ſchreiben.„ Bayern.

§. 16.

Churfürſt Johann Friderich zu Sachſen nahme An. 1532. zu Torgau die Huldigung ein, und hielte darauf ſeinen erſten Land-Tag. (1) Chur-Sachſen.

Anno 1592. 29. Mart. (2) geſchahe zu Dreßden die Landes-Huldigung von denen Ständen von wegen der dreyen unmündigen Brüdere, an den Adminiſtratorn der Chur Sachſen, und Churfürſt Johann Georgen zu Brandenburg. Die Erbhuldigungs-Notul war folgender Geſtalt eingerichtet: „Ihr ſollet geloben und ſchwören, als den Durchlauchtigen, Hochgebohrnen Fürſten und Herrn, Herrn Chriſtian, Herrn Johann Georgen, und Herrn Auguſten, Herzogen zu Sachſen ꝛc. ꝛc. auch von Ihrentwegen in Ihren unmündigen Jahren, und biß daß Sie mündig werden, dem Durchlauchtigſten, Hochgebohrnen Fürſten und Herrn, Herrn Friderich Wilhelmen, Herzogen zu Sachſen, der Chur Sachſen Adminiſtratorn, und anſtatt des auch Durchlauchtigſten, Hochgebohrnen Fürſten und Herrn, Herrn Johann Georgens, Margrafens und Churfürſtens zu Brandenburg, in geſammter Vormundſchafft Ihrer Fürſtlichen Gn. Gn. Gn.„ und ſo fortan.

Wie Churfürſt Johann Georg IV An. 1691. 8. (18.) Nov. zu Dreßden, nachdeme Er, nach geſchehener Huldigungs-Predigt, von der Ritterſchafft in dem Schloß auf dem ſteinernen Saal die Huldigung eingenommen, ſelbige hernach auch von dem Magiſtrat und Burgerſchafft zu Dreßden und in anderen Stätten empfangen habe, iſt beym Lünig (3) mit mehrerem nachzuleſen.

(1) Müllers Sächſiſ. Annal pag. 87.
(2) ibid. pag. 207.
(3) im Theatr. Ceremon. Tom. 2. p. m. 886. ſqq.

In der Ober-Lauſiz huldigten die Stände Anno 1621. alſo (1): „Wir geloben und ſchwören, daß wir ſämmtlich, und jeder inſonderheit, der Römiſch-Kayſerlichen, auch in Ungarn und Böhmen Königl. Maj. als unſerm rechten Herrn, und dem Churfürſten zu Sachſen, und Burggrafen zu Magdeburg, als Kayſerlichen Hochanſehnlichen Commiſſario, unſerem allergnädigſtenund gnädigſten Herrn, ſchuldigen Gehorſam leiſten, in Deroſelben Devotion beſtändig verbleiben, Dero Ehr, Autorität und Wohlfahrt befördern, wider Ihre Kayſerliche und Königliche Majeſtät und Churfürſtliche Gnaden durchaus nichtes ſelbſten, oder durch andere tractiren, oder, daß es von anderen geſchehe, verſtatten, und nachlaſſen; ſondern, da es über Zuverſicht erfolgen würde, daſſelbe alles Fleiſches verhüten, Ihro Römiſchen Kayſerlichen und Königlichen Majeſtät und Churfürſtlichen Durchlauchtigkeit ohne Aufzug und Scheu alsbald offenbaren, dasjenige, was in Ihro Kayſerlichen Königl. Majeſtät und Churfürſtl. Durchlauchtigkeit Namen verordnet, biß zu derſelben weitern Erklärung unverändert laſſen, auch ſonſten das alles thun wollen, wozu wir ſchrifftlich uns anerboten und erkläret, und getreuen, gehorſamen Unterthanen gebühret und obliget. So wahr uns GOtt helffe, und ſein heiliges Evangelium.„

Anno 1622. aber alſo (2): „Wir geloben und ſchwören, daß wir ſämmtlich, und ein jeglicher inſonderheit, von diſem heutigen Tage an, allezeit treu und gehorſam ſeyn wollen, wider alle Menſchen, Euch, dem Durchlauchtigſten und Hochgebohrnen Fürſten und Herrn, Herrn Johann Georgen dem Erſten, Herzog zu Sachſen, Jülich, Cleve und Berg, des Heil. Röm. Reichs Erzmarſchall und Churfürſt ꝛc. unſerm gnädigſten Herrn, als rechtmäßigen Erb-Herrn und Marggrafen in Ober-Lauſiz, Ew. Churfürſtl. Durchlauchtigkeit Leibeserben, und mit-beſchribenen nachkommenden Marggrafen in Ober-Lauſiz, vermöge des zu Prage getroffenen Receſſes, und darauf erfolgten erblichen Traditions-Abſchides, und daß wir Ew. Churfürſtl. Durchl. Ehr und Nuz, nach unſerm höchſten Vermögen, allezeit treulich ſchaffen und thun, und Ew. Churfürſtlichen Durchlauchtigkeit Schaden und Arges treulich verhüten, alle Dinge, die zum Marggrafthum Ober-Lauſiz gehören, getreulich halten, und alles das thun wollen, das getreue Unterthanen von Recht und alter

(1) Lünig von der landſ. Ritterſch. Tom. 1. p. 830.
(2) ibid. p. 835.

alter Gewohnheit wegen, zu thun ſchuldig und pflichtig ſeyn, ohne alles Gefehrde und arge Liſt; ſo wahr uns GOtt helffe, durch JEſum Chriſtum, ſeinen Sohn, unſern Herrn.„

Was nach Churfürſt Johann Georgs II. Abſterben und Churfürſt Johann Georgs III. Regierungs-Antritt in der Ober-Lauſiz vorgefallen ſeye, iſt beym LÜNIG (1) ſehr weitläufftig beſchriben.

§. 17.

Eine Beſchreibung der Erb-Huldigungs-Solennitäten, mit welchen Churfürſt Friderich dem III. von Dero Landſtänden und Unterthanen der Chur- und Marck Brandenburg diſſeit der Oder und jenſeit der Elbe in der Churfürſtl. Reſidenz zu Cölln An. 1688. geleiſtet worden; Berlin, fol. finde ich im Druck angeführt; ſie iſt mir aber unbekannt. Chur-Brandenburg ꝛc.

Wie die Neumarck Churfürſt Friderich III. zu Braudenburg, und in eventum der Cron Schweden An. 1699. gehuldiget habe, belehret uns LÜNIG (2).

So auch von der an König Friderich Wilhelm in Preuſſen An. 1713. geleiſteten Huldigung derer Chur- und Märckiſchen Landſtände. (3)

Sonſt iſt davon im Druck heraus:

Marqu. Lud. von Prinzen, Huldigungs-Rede an die verſammlete Ritterſchafft auf dem Schloſſe zu Cölln 1713. gehalten. Berlin, fol.

Frid. von Görne, Beantwortungs-Rede im Namen der Ritterſchafft bey der Erb-Huldigung; ibid. fol.

M. L. von Prinzen, Huldigungs-Rede an die Deputirten aus den Hauptſtätten, wie auch an den Magiſtrat und Burgerſchafft hieſiger Reſidenzien; ibid. fol.

Lud. Senning, Rede im Namen der Chur-Märckiſchen Deputirten aus den Hauptſtätten, wie auch des Magiſtrats und Burgerſchafft der Reſidenzien, an dem Huldigungs-Tage für dem Balcon gehalten; ibid. fol.

Die Cleviſche Landſtände leiſteten Churfürſt Friderichen III. zu Brandenburg im Jahr 1689. die Huldigung dergeſtalten, wie beym LÜNIG (4) zu ſehen iſt.

(1) im Theatr. Cerem. Tom. 2. p. 867. ſqq.
(2) l. c. p. m. 888. ſqq.
(3) ibid. p. 919.
(4) im Theatr. Cerem. Tom. 2. p. m. 881.

Was ſich im Herzogthum **Magdeburg** Anno 1650. wegen der eventualen Erbhuldigung an Chur-Brandenburg zugetragen habe, beſaget eine Churfürſtliche Reſolution beym LÜNIG. (1)

§. 18.

Chur-Pfalz. In denen **Pfalz-Neuburgiſchen** Landesfreyheiten de Anno 1562. heißt es: „Wir, Unſer Erben und Nachkommen, regierende Fürſten, ſollen auch im Eingang Unſers Regiments, vor und ehe Uns eine Landſchafft Erbhuldigung thut, diſe gegenwärtige Erklärung und Mäßigung der Freyheit gnädiglich beſtätten und von Wort zu Wort in dieſelbe Beſtättigung inſeriren und ſchreiben.„

§. 19.

Chur-Braunſchweig. Herzog Ernſt Auguſten zu **Braunſchweig-Hanover** wurde An. 1650. von denen geſammten Landſtänden zu Hanover dergeſtalten gehuldiget, wie LÜNIG (2) erzählet.

§. 20.

Anhalt. In dem Fürſtenthum **Anhalt** leiſtet nicht das ganze Corpus der Landſchafft zumahl und allen regierenden Herrn zugleich die Huldigung, ſondern jeder regierender Herr empfangt ſolche in ſeinem Landesantheil in das beſondere; dahero ich mich auch hier nicht dabey aufhalten will.

Wie ſolcher geſtalten Fürſt Leopold zu **Cöthen** An. 1716. die Huldigung eingenommen habe, kan beym LÜNIG (3) nachgeleſen werden.

Als Fürſt Johann zu **Zerbſt** die Regierung antrate, ware er mit der Statt Zerbſt wegen der Religion und Privilegien in einige Weiterungen verwickelt, derentwegen die Statt nicht huldigen wollte: Es lieſſe aber Kayſer Ferdinand III. im Jahr 1643. den 3. Mart. einen Befehl an alle und jede im Zerbſter Antheil Geſeſſene von Adel, Ritter- und Landſchafft, ingleichem Burgermeiſter, Rathmannen, Burger ꝛc. ꝛc. ergehen, Ihne, als ihren rechten Herrn, zu ehren und zu halten, Ihme die Lehenspflicht und Huldigung zu leiſten, ꝛc. ꝛc. So ergienge auch den 16. Mart. ein Kayſerlicher Befehl an die drey Vettern, und auf Chur-Sachſen wurde ein Protectorium erkannt, dem Fürſten auf allen Fall die Hand zu bieten, damit Er zu ſeinem ge-

(1) von der landſ. Ritterſch. Tom. 2. pag. 861.

(2) l. c. Tom. 2. p. m. 866.

(3) im Theatr. ceremon. Tom. 2. p. m. 920.

gehörigen Land mit Ruhe gelangen und davon nicht länger möge abgehalten werden; worauf die Huldigung geleiſtet wurde.

§. 21.

In dem Auszug der Braunſchweig-Wolfenbüttelischen Landesfreyheiten liſet man: „Die Landſtände ſind nicht ſchuldig, zu huldigen, bevor ſie nicht über den punctum Primogenituræ, und alſo über das Pactum Henrico-Wihelmianum zur Genüge aſſecurirt; per Teſtam. Julii de An. 1582. p. 13. 14. 15. & 20. adde Rec. de An. 1355. 1394. & 1535.“ Braunſchweig-W.

§. 22.

Wie es vor Alters in Heſſen mit der Erbhuldigung gehalten worden ſeye? ſiehe bey Herrn G. R. Estorn. (1) Heſſen.

Beym Lünig (2) trifft man diſen Huldigungs-Eyd der Landgräflich-Heßiſchen Unterthanen an:

„Ihr ſollet mit Hand-gebenden Treuen angeloben und einen leiblichen Eyd mit aufgehobenen Fingern zu GOtt dem Allmächtigen ſchwören, daß ihr wollet dem Durchlauchtigen Hochgebohrnen Fürſten und Herrn, Herrn N. Landgrafen zu Heſſen, Grafen zu Cazenelnbogen, Dietz, Ziegenhain und Nidda ꝛc. und nach Seiner Fürſtlichen Gnaden tödtlichen Hintritt (welchen der getreue GOtt noch lange verhüten wolle!) Dero älteſten Sohn (allhier pflegt abermal der Ordo ſuccedendi gar ausführlich inſerirt zu werden) und, auf gänzlichen Abgang des männlichen Stamms der Fürſten zu Heſſen, den Chur- und Fürſten zu Sachſen, vermög der Erb-Verbrüderung, ſo im Jahr 1587. und folgends in Anno 1614. zu Naumburg erneuert worden, getreu, hold, gehorſam, und gewärtig ſeyn, Sr. Fürſtl. Gnaden Frommen, Ehr, Nuzen und Beſtes fordern, Schaden warnen und wenden, nach euern beſten Vermögen, auch nicht im Rath, vilweniger bey der That ſeyn, da wider Se. Fürſtl. Gnaden etwas gehandelt, berathſchlaget oder vorgenommen wird, noch weniger aber ſolches thun, oder darzu Anlaß oder Urſach geben; auch, wie die Vergleichung des Hauſes Heſſen, wie dieſelbe am 24. Sept. An. 1627. verfaßt, von der Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät confirmirt, ſodann in einem neuen Erbvertrag den 24. Mart. An. 1628. datirt, aufgericht, angezogen iſt, ſo vil dieſelbe euch angehen und

(1) in Origin. Jur. publ. Haſs. Cap. 41.

(2) von der landſ. Ritterſ. Tom. 2. pag. 831.

und concerniren, halten, und ſonſten alles anders thun und laſſen, was getreue Unterthanen ihrem Herrn und Landesfürſten, von Rechts-Pflichten und Gewohnheit wegen, zu thun ſchuldig ſeyn; alles getreulich und ohne Gefährde. Eyd: Alles was mir jezo vorgeleſen worden, und ich wohl verſtanden, und darüber meine Hand-Treu gegeben habe, das ſchwöre ich ſtet und unverbrüchlich zu halten; als mir GOtt helffe durch ſeinen Sohn JEſum Chriſtum, unſern HErrn.„

§. 23.

Holſtein. Denen Holſteiniſchen Ständen ſtellte König Chriſtian III. in Dänemarck und die Herzoge Johann und Adolf zu Holſtein wegen der dem Prinzen Friderich geleiſteten Mit-Huldigung einen Revers aus. (1)

Anno 1564. mußten die Schleßwig-Holſteiniſche Landſtände nach diſer Formul huldigen (2):

„Der Prälaten und Ritterſchafft Eyd und Pflicht. Der Königlichen Maj. zu Dännemarcken-Norwegen, Unſerm gnädigſten Herrn, gereden Wir, als einem Herzogen zu Schleßwig-Holſtein, neben Deroſelbigen Vettern, Herzog Hanſen und Adolfen, getreu und hold zu ſeyn, Ihro Königl. Maj. und Fürſtl. Gnaden Beſtes zu wiſſen, und Arges zu wenden, und unſer Erbe, Güter und Lehn nach altem Gebrauch zu verdienen: Als uns GOtt helffe und ſein heiliges Evangelium.

Der Stätte Eydes-Pflicht. Der Königl. Maj. zu Dennemarck ꝛc. Unſerm gnädigſten Herrn, gereden wir, als einem Herzog zu Schleßwig-Holſtein, neben Deroſelbigen Vettern, Herzog Hanſen und Adolfen, unſern auch gnädigen Herrn, getreu und hold zu ſeyn, Ihro Königlichen Maieſtät und Fürſtlichen Gnaden Beſtes zu wiſſen, und Arges zu wenden, und Uns, als treuen Unterthanen eignet und gebühret, gegen unſern gnädigſten und gnädigen Herrn zu verhalten: Als uns GOtt helffe, und ſein heiliges Evangelium.„

Die Huldigungs-Acten von denen Jahren 1588. 89. und 90. hat Lünig (3) aufbehalten.

§. 24.

(1) Lünig von der landſ. Ritterſch. Tom. 2. p. 891.

(2) l. c. Tom. 2. p. 1017.

(3) ibid. p. 954. ſqq.

§. 24.

In Mecklenburg hatten die Landstände hergebracht, vor der Huldigung die Bestättigung der Landesfreyheiten zu erhalten: Als aber Herzog Carl Leopold zur Regierung kame, und nicht im Sinn hatte, dise zu ertheilen, verlangte er auch keine Huldigung; und ob gleich Ritter- und Landschafft auf denen Landtägen An. 1713. und 14. sich darzu erbote, nahme er sie doch nicht an. Mecklenburg.

§. 25.

Die Acten und Streitigkeiten in Ostfrießland wegen des Antritts der Landesregierung, der Bestättigung der Landesfreyheiten, und der Huldigung erforderten eine eigene Abhandlung; ich verweise dahero den Leser auf Herrn Canzlers von BRENNEISEN **Ost-Friesische Historie und Landes-Verfassung**, und melde bloß dises. Ostfrießland.

Graf Rudolf Christian erklärte sich An. 1626. dahin: „Wenn sich ein Fall begibt, daß ein regierender Landesherr mit Tode abgehet, und der Nachfolger die Huldigung von denen Unterthanen gesinnet und begehret, soll er schuldig seyn, ihnen alle ihre Privilegia, Rechte und Freyheiten, so sie von Alters hergebracht, oder durch Verträge, Abscheide und Resolutiones erlangt, bey Gräflichen Treuen und Glauben, an Eydes statt, zu confirmiren und zu bestättigen; worauf auch die Unterthanen die Huldigungspflicht nicht sollen verweigern: Hätten aber die Unterthanen einige Beschwerung, oder von dem angehenden Herrn nach billigen Dingen etwas zu bitten, damit sollen sie gehört, und alles, was ihren Privilegien, Rechten, Freyheiten und Exemtion zuwider eingerissen, gebessert, corrigirt und abgeschafft werden. „

Um das Jahr 1691. stritten der Fürst und die Landstände, am Kayserlichen Hof und sonst, lang mit einander wegen der von dem Fürsten auszustellenden Huldigungs-Reversalien, und der Kayserliche Hof schriebe endlich eine Form denselbigen vor; wobey es aber nicht verbliebe:

Sondern Anno 1693. verglichen sich der Fürst und die Landstände dahin: „1. Erklären Sich des Fürsten zu Ostfrießland Durchlaucht gegen Dero getreue Landstände in Gnaden dahin, daß Sie, zu Bezeugung Ihres Landesväterlichen gnädigsten Willens und Gemüths, und gänzlicher Aufhebung alles Mißtrauens zwischen Haupt und Glidern, nach Unterschreibung dises, alle Kayserliche Decreta und Resolutiones, Compactata, Apostillen, Decisionen und Abschi-

de, ins gemein Accorden genannt, als Grundveſten der Oſtfrieſiſchen Regierung, confirmiren, und zu ſolchem Ende einen Huldigungs-Reverſal, wie ſub Lit. A. beygefüget, denen Ständen ausgeben wollen.„

Was darauf wegen Abthuung derer Landesbeſchwerden folget, habe ich ſchon anderwärts (1) angeführt.

Endlich gediehe es dahin, daß die Ritterſchafft, die Stätte Norden und Aurich, und der dritte Stand, An. 1695. die Huldigung ſchrifftlich ablegten.

Anno 1708. wurde die Huldigung alſo abgeſtattet:

„Wir Ritterſchafft, Städte und dritter Stand, repräſentirende die Stände von Oſt-Frießland, geloben und verſprechen, den Durchlauchtigſten Fürſten und Herrn, Herrn Georg Albrecht, Fürſten zu Oſt-Frießland, Herrn zu Eſens, Stedesdorff und Wittmund ꝛc. als unſern gnädigſten Fürſten und Herrn zu erkennen, zu reſpectiren und zu gehorſamen, auch Demſelben getreu und hold zu ſeyn; Alles nach Einhalt der Accorden, bey wahren Worten, Treuen und Glauben, an ſtatt eines ſolennellen cörperlichen Eydes, ohne einige Exception und Einrede. Uhrkundlich unſerer eigenhändigen Unterſchrifft und beygedruckter Pittſchaffte. So geſchehen Aurich auff allgemeinem Land-Tage, den 21. Novembr. 1708.

(L. S.) Claes Moritz Freſe. (L. S.) Joeſt Moriz v. Hane. (L.S.) D. Ferd. v. Knyphauſ.
(L. S.) Victor Hane. (L. S.) Folckmar Benigna. (L.S.) Arnhold Tydo Eger
(L. S.) P. H. Ripperda. (L. S.) Claes Mor. Vict. Freſe. v. Diepenbroeck.

Wegen der Stadt Norden:

(L. S.) Ferdinand Anthon Haſt Dr. (L. S.) Redolph Koch. Dr.
(L. S.) Johann Volradt Siltman. (L. S.) Hengo Abram Brauer.

Wegen der Stadt Aurich:

(L. S.) Ulrich Ludewig Solling. (L. S.) Martin Flesner.
(L. S.) Koop Broyels. (L. S.) Eberhard Ficken.

Wegen Ember-Amt:

(L. S.) Herm. Arnold v. Lengerinck Dr. (L. S.) Folpt Ulrich Harringa v. Hazum.
(L. S.) P. Homfeld.

Wegen Gretmer-Amt: (L.S.) Eggo Ulfferus. Roelff Ebbels.

Wegen

(1) im Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. S. 1222.

Wegen Ortmer-Amt: (L.S.) Lübbert Röling. (L.S.) Rudolph von Rehden.
(L.S.) Laurentz Schröder. (L.S.) Luppo Luppen.
Wegen Auricher-Amt: (L.S.) Edo Aicken Peters. (L.S.) Paul Harſebruch. Ockel
Wegen Norder-Amt: Jacob Hinrichs. Wilgrub Jibben. Gerds.
Wegen Behrumer-Amt: Jibbo Ocken. Frerich Arends. Albertus Gnaphæi Gerdes.
Wegen Stickhauſer-Amt: Schwer Frerichs. Epke Frerichs. Tonnies Weyer.
Wegen Friedeburger-Amt: (L.S.) Otto Bley. Gercke Gercken. „

Der Land-Stände bey diſer Gelegenheit ausgeſtellter Neben-Revers lautet:

„Demnach heute Dato von den Ständen ein general-Huldigungs-Revers des Fürſten zu Oſt-Frießland Durchlaucht unterthänigſt eingereichet worden; So iſt dabey Fürſtlicher Seiten reſerviret, daß ſolche ſchrifftliche general-Huldigung Ihro Durchlaucht Succeſſoren am Regiment in Forderung der perſönlichen Homagial-Pflicht nicht præjudicirlich ſeyn ſolle; Dannenhero die geſammte Stände unter dero hiezu beſonders authoriſirten Secretarii Subſcription dieſerwegen gegenwärtigen Schein Sr. Hoch-Fürſtlichen Durchlaucht aushändigen und unterthänigſt präſentiren laſſen. So geſchehen Aurich, auff allgemeinem Land-Tage, den 21. Novemb. 1708.

Ad mandatum ſpeciale:

Cornelius Wouter. Secr. „

Die Fürſtliche Verwahrung iſt alſo abgefaßt:

„Georg Albrecht von GOttes Gnaden, Fürſt zu Oſt-Frießland, Herr zu Eſens, Stedesdorff und Wittmund, ꝛc. ꝛc.

Demnach Unſer in GOTT ruhender Herr Vater, der Durchlauchtigſte Fürſt und Herr, Herr Chriſtian Eberhard, Fürſt zu Oſt-Frießland, Herr zu Eſens, Stedesdorff und Wittmund, ꝛc. Unſern getreuen Land-Ständen in dem zu Hannover Anno 1693. den 11. Februarii geſchloſſenen Tractat in Gnaden verſprochen, daß er ihnen einen Huldigungs-Revers, ſo wie derſelbe beſagtem Tractat ſub Lit. A beygefüget worden, gegen ihren abgeſtatteten Huldigungs-Eyd extradiren wolle, nachgehends aber Ihme beliebet, daß die Homagial-Pflicht vor dismahl auf Maaß und Weiſe, wie es Anno 1668. geſchehen, in Scriptis von denen Ständen ſimultaneè abgeleget werden möchte; Wir es Uns vor dieſes mahl auch gefallen laſſen, wiewol Wir ſonſt lieber geſehen hätten, daß die Huldigung perſön- und mündlich geſchehen wäre, und hingegen die Ritterſchafft in Unterthä-

terthänigkeit dafür gehalten, daß ſie Unſers Herrn Groß-Vaters Gnaden nur bloß Treue und Hulde, ohne Beyfügung des Worts: „Gehorſahm„ geſchworen hätten, und ſie alſo auch anjetzo mehrgemeldte Huldigungs-Pflicht auf eben ſolche Weiſe lieber abſtatten wollten; Als wird hiemit beuhrkundet und beſcheiniget, daß die jetzt bevorſtehende ſchrifftliche General-Huldigung auch nur vor dieſesmahl ohne Conſequentz und Præjuditz jedes Theils habender Befugſahmkeit beliebet und alſo würcklich geſchehen ſey. Uhrkundlich haben Wir dieſen gegenwärtigen Schein unter Unſerer Fürſtlichen Unterſchrifft und Inſiegel ertheilen wollen, und dagegen ein gleichlautendes Original von denen Deputirten Unſerer Ritterſchafft ebenmäßig unterſchreiben, und mit deren Pittſchafften bedrucken laſſen, auch zu Unſerer Nachricht zu Uns genommen. Geſchehen auf Unſerm Reſidenz-Hauſe Aurich, den 21. Novemb. 1708.

(L. S.) Claes Moritz Freſe. (L.S.) Petrus Hieronimus Ripperda. (L. S.) Victor Hane. „

Der Fürſtliche Huldigungs-Revers endlich iſt diſes Innhalts: „Wir von GOttes Gnaden Georg Albrecht, Fürſt zu Oſt-Frießland, Herr zu Eſens, Stedesdorff und Wittmund &c., bekennen öffentlich mit dieſem Brief, und thun kund jedermänniglich: Nachdem GOtt der Allmächtige, nach Seinem unwandelbahren Rath und Willen, Weyl. den Durchlauchtigen Fürſten und Herrn, Herrn Chriſtian Eberhard, Fürſten zu Oſt-Frießland, Herrn zu Eſens, Stedesdorff und Wittmund, Unſern hochgeehrten Herrn Vater Chriſt-ſeligen Andenckens, in dieſem jetztlauffenden Jahre den 30. Junii von der Mühſeligkeit zeitlichen Lebens abgefordert, und zu Sich in die ewige Herrlichkeit auch himmliſche Freude erhoben und angenommen, dadurch das ganze Oſt-Frießland, zuſammt deſſelben Adminiſtration und Verwaltung, auch anhangender Dignität, Hoheit und Regierung, Recht und Gerechtigkeit, auf Uns, als Sr. väterlichen Gnaden hinterlaſſenen erſtgebohrnen Sohn und unzweifelhafften Succeſſoren, krafft des bey Unſerm Fürſtlichen Hauſe beſtändig hergebrachten, zu Recht erſtrittenen, und von Römiſchen Kayſern und Königen allergnädigſt confirmirten Rechtens und Gewohnheit der Erſtgebohrenheit, verſtammet und gefallen, und Wir darauff ſo fort nach hochgedachten Unſers Herrn Vaters Gnaden Abſterben, und auf von Ihr. Kayſerl. Majeſtät ertheilte Conceſſion veniæ ætatis ſolche Regierung in allen und jeden Stücken in der That angetretem

treten haben, in dem feſten Vertrauen, daß ſolches alles vermittelſt des Göttlichen Beyſtandes zu Ihres allerhöchſten Nahmens Ehre, und fernerem Auffnehmen Unſers Fürſtl. Hauſes und Landes ausfallen möge; Daß Wir darauff bey angetretener ſolcher Unſerer Regierung Uns gnädigſt auch Landes-väterlich erinnert, was maſſen die Römiſche Kayſerliche Majeſtät, Weyl. Kayſer Rudolph der Andere allerglorwürdigſten Andenckens, von Anno 1589. bis auf den 13. Octobr. des 1597ten Jahres, zu Halt- und Fortſetzung guten Regiments in Unſerer Grafſchaft Oſt-Frieſland gewiſſe Kayſerliche Decreta, Ordnung und Reſolution publiciren und eröffnen laſſen, und darin unter andern diſponiret, daß die ſuccedirende Graffen, nunmehro Fürſten zu Oſt-Frießland, verpflichtet ſeyn ſollen, bey Einnehmung der ſchuldigen Pflicht und gewöhnlichen Erb-Huldigung, die Reſolution, ſo Ihr. Kayſerliche Majeſtät den 13. Octobr. 1597. eröffnet, Ritterſchafft, Städten und Ständen zu confirmiren und zu beſtätigen, und derowegen Wir, als jetzt-regierender Fürſt und Herr zu Oſt-Frießland, nicht allein ſolche Reſolution, Abſchied und Ausſpruch hiemit, der Schuldigkeit nach, und wie das von Recht und Billigkeit wegen ſich eignet und gebühret, confirmiren und beſtätigen, ſondern auch zu mehrerer Bezeigung Unſerer gnädigſten Zuneigung und Begierde zu dem Auffnehmen und Wolfahrt Unſerer Land und Leute Uns weiter dahin erklären, den 20ten Articul gedachter Kayſerlichen Reſolution, daß nemlich in Landes- und Regierungs-Sachen Eingebohrne und nicht Ausländiſche gebrauchet oder beſtellet werden ſollen, würcklich zu effectuiren; Verſprechen auch ferner hiemit Unſerer getreuen Ritterſchafft, Städten und drittem Stand, zuſammt allen deren Verwandten, An- und Zugehörigen, tam in genere quam in ſpecie, dieſelbe bey allen ihren Privilegien und Freyheiten, altem Herkommen, Gebräuchen, Ordnungen, Recht und Gerechtigkeit zu ſchützen und zu handhaben und geruhiglich dabey zu laſſen. Wie Wir dann nicht weniger wolwiſſentlich verſprechen, vorallerhöchſt-mentionirter Kayſerl. Majeſtät und Dero höchſtlöblichen Herren Vorfahren am Reich eröffnete Kayſerliche Decreta, Executions-Receſſe und Reſolutiones, auch alle zwiſchen Unſern Vorfahren und denen Ständen auffgerichtete Compactata, Verträge, Receſſen, Apoſtillen, Deciſen, Abſchiede, Siegel und Briefe, ſammt und ſonders, in ſpecie den Norder Landtags-Schluß de Anno 1620., ſo die gemeine Land-Stände damahls an Herrn Graff Enno übergeben, letztlich was bis anno 1662. und 1663. incluſive, und

hiernechſt anno 1693. den 18. Februar. zu Hannover und 1699. den 18. Febr. zu Aurich geſchloſſen und verglichen worden, jedoch mit Vorbehalt Ihrer Kayſerlichen Majeſtät und des heil. Reichs Ober-Jurisdiction und Hoheit, auch von denen würcklich regierenden Herren Graffen und Fürſten zu Oſt-Frießland, und erfolglich von Unſerm hoch-mentionirten hochſel. Herrn Vater den 11. Febr. 1695. durch Huldigungs-Reverſalen beſtätiget ſeyn, in allen Puncten und Clauſulen, es mag Nahmen haben wie es wolle, krafft dieſes wolwiſſentlich und wolbedächtlich confirmiren und beſtätigen, alſo, daß ſolches in allen Puncten ſtrictè unterhalten, und dawider von Uns ſelbſt, noch Unſern Bedienten oder jemand anders, wer der auch ſeyn möchte, nichts vorgenommen, geattentiret oder gehandelt werden ſolle, in keinerley Weiſe noch Wege: Daß auch alle dawider lauffende Contraventiones dem zu Folge ungeſäumt abgeſchafft werden ſolten. Getreulich und ohne Gefehrde, bey Fürſtlichen Ehren, wahren Worten und Glauben an Eydes Statt, ohne einige Exception und Einrede.

Deſſen zu Urkund und ſteter Feſthaltung haben Wir dieſen Unſern Huldigungs-Revers für Uns, Unſere Erben und Nachkommen, regierende Fürſten und Herren zu Oſt-Frießland, mit eigener Hand unterſchrieben, und mit Unſerem Fürſtl. Inſiegel bekräfftiget. Geſchehen auf Unſerm Reſidentz-Hauſe Aurich, den 21. Novembr. 1708.

(L.S.) Georg Albrecht. „

§. 26.

Pommern. Die **Pommeriſche** Landesherrliche Confirmatio Privilegiorum vom Jahr 1622. iſt folgendes Jahr von dem Kayſer confirmiret worden, unter der Clauſul: Daß der Religions-Punct ſo verſtanden werde, wie ſolches die Reichs-Conſtitutionen und Religions. Frid mitbringen. (1)

Von der in Vor-Pommern König Carl XI. in Schweden geleiſteten Huldigung der geſammten Stände liſet man diſes (2):

„Es waren zu dieſer ſolennen Handlung befehliget, der Reichs-Admiral, Graf Carl Guſtav Wrangel, der General-Major, Paul Würtz, und der Vice-Præſident im Tribunal zu Wißmar, D. David Mævius. Im Monat Aprilis verſammleten ſich vor der ſogenann-

(1) MICRÆLII Antiqu. Pomer. Lib. 4. p. m. 91.

(2) in LÜNIGS Theatr. Cerem. Tom. 2. p. m. 850.

nannten Haupt-Commission, die sämtlichen Stände in der Stadt Wolgast, und machten allerhand gute Verordnungen im Kirchen- Justitz- und übrigen Policey-Wesen. Der 15. Julii aber ward zur allgemeinen Huldigung anberaumet, und, nach dem die sonst bey dergleichen Handlungen überall gewöhnlichen Solennitæten verrichtet worden, auch der Cantzler Sternbach denen Ständen die Eydes-Formul vorgelesen, und sie demselben nachgesprochen hatten, wurde ihnen fernerweit angezeiget, daß, wie sie würden verlesen werden, sie also nach einander auf die Bühne steigen, und die Belehnung empfangen solten. Dem zu Folge, ruffte der Cantzler, aus dem in Händen habenden Register, ein Geschlecht nach dem andern auf, und zwar nach der Ordnung des A. B. C. Wenn nun ein Geschlechte, von denen das stärckeste dißmahl in 13. Personen bestund, hinauf kam, musten sie alle, von solchem Geschlechte, mit einander an den Hut, welchen der Reichs-Admiral ihnen darhielte, zugleich angreiffen; und dann sagte er zu ihnen: „Ich belehne euch, im Nahmen des Königs zu Schweden über eure Lehen-Güter.„ Wenn solches nun geschehen, machten sie ein Reverentz, und giengen auf der andern Seite von der Bühne wieder herunter in den Schrancken, allwo ihnen, nach dem sie ins gesamt gehuldiget hatten, die Königlichen Land-Privilegia ausgehändiget wurden. Worauf nachgehends auch die Huldigung zu Stralsund, Stettin, Greifswalde, und anderer Orten, erfolgete. „

§. 27.

Eine sonderbare Huldigung ware, welche An. 1567. des gefangenen Herzogs Johann Friderichs des Mittleren zu Sachsen Brudern, Johann Wilhelm, geschahe; davon ein Auszug Berichts also lautet: Sachsen.

„Auf den 8. Januarii den Tag Erhardi zu obbenannter Stunde, seyn die Grafen und Herren, beschehenen Begehren nach, auf dem Rathhause erschienen, die haben die Chur-Fürstliche Abgesandten samt den Kayserlichen Ehrenholden, in Gegenwärtigkeit unsers gnädigen Fürsten und Herrn, Herzog Johann Wilhelms, für sich erfordern lassen, darauf in Beywesen des Ehrenholden, die Chur-Fürstliche Gesandten, Krafft Kayserl. Majestät Seiner Chur-Fürstlichen Gnaden, und andern Kayserl. Commissarien gegebenen Befehls, Ihr. Majestät beschehene Abforderung, Loßzehlung und Pflicht-Verwandniß abermahls erinnert, und die Grafen und Herrn hiermit von Herzog Johann Friedrichs Gehorsam, an Unsern Gnädigen Fürsten und Herrn

Herrn Herzog Johanns Wilhelmen gewieſen, auch darauf der Huldigungs- und Pflicht-Leiſtung gewärtig ſeyn wollen, auf welches die Grafen einen Bedacht unterthäniglich gebethen, der Ihnen auf vorhergehende Unſers gnädigen Fürſten und Herrn, Herzog Johann Wilhelms, ſelbſt beſchehene mündliche Anzeige, wie Se. Fürſtliche Gnaden zu dieſen Dingen kommen, auch inſonderheit mit was brüderlichen, emſigen und getreuen Fleiſſe, Se. Fürſtl. Gnad. den Bruder vermahnet, geflehet und gebethen, ſich von dieſem Werck der Aechter Anhang abhalten zu laſſen, darinnen aber Se. Fürſtl. Gnad. keine Folge noch Gehör haben können, gnädiglich verſtattet, und auf der Grafen und Herren wieder erſcheinen, auch ihre beſchehene unterthänige Entſchuldigung, Suchung und Bitten, iſt ihnen die geſtellte Mottel der Erb-Huldigung verleſen worden, darauf ſie das andere Bedencken gebethen, und folgendes angezeiget, daß ſie ſich auf Kayſerl. Majeſtät Ueberweiſung alles unterthänigen Gehorſams und Gebühr halten und erzeigen wollten ꝛc. Endlich haben ſich Grafen und Herren darein begeben, und obbenannten Erb-Huldigungs-Eyd, erſtlich Unſerm gnädigen Fürſten und Herrn, mit unterſchiedlichen gegebenen Hand-Treuen perſöhnlich angelobet, und darnach folgends in Gegenwärtigkeit der Chur-Fürſtl. Geſandten und Kayſerlichen Ehrenholden cörperlich geſchworen. Deſſen Unſer gnädiger Fürſt und Herr, ſich gnädiglich bedancket, und, gegen Grafen und Herren, aller Gnaden und Gutens erbothen. ꝛc. „

Die Erb-Huldigungs-Formul lautete damahls alſo: „Nachdem die Röm. Kayſerl. Majeſtät Unſer allergnädigſter Herr, den Durchleuchtigen, Hochgebohrnen Fürſten und Herrn, Herrn Johans Fridrichen den Mittlern, Herzogen zu Sachſen etc. von wegen vielen Ungehorſams, ſo in der Receptation der Aechtere und ſonſt begangen, Krafft des jüngſten zu Augſpurg durch gemeine Stände bewilligten Abſchiedes, in die Pœn des Land-Fridens, Acht und Ober-Acht, laut Ihrer Majeſtät ausgegangenen Executions- und Ankündigungs-Mandats, erkläret, dadurch denn hochgedachter Herzog Seine Lehen, Land und Leute gegen Ihre Majeſtät und dem H. Reich verwürcket und verfallen, darauf auch höchſtgemeldte Kayſerliche Majeſtät durch Deren Ehrenhold und auf überſchickte Mandata, gemeine Landſchafft der Grafen, Herrn, Ritterſchafft und Stätte, von allem Gehorſam, Eyd und Pflicht, damit Wir dem Herzogen bißhero verwandt geweſen, abgefordert, und uns derſelben ledig zählen, und an den auch Durchleuchtigen, Hochgebohrnen

Fürſten

Fürſten und Herrn, Herrn Johann Wilhelmen, Herzogen zu Sachſen, Landgrafen in Thüringen und Marckgrafen zu Meiſſen ꝛc. Deren Fürſtl. Gn. Wir hiebevor, als Unſerm ordentlichen, natürlichen Erb-Landesfürſten und Herrn, mit Erbhuldigung-Pflichten zugleich verwandt geweſen, allein zu hulden, anweiſen laſſen; ſo gerede, gelobe und verſpreche ich darauf, daß ich mich nun fort Herzog Johann Friderichs äuſſern, auch mich an Ihn mit Eyd, Pflichten und Gehorſam nicht halten, ſondern Herzog Johann Wilhelmen und Sr. Fürſtl. Gn. Erben, Innhalt der Kayſerl. Maj. Anweiſungs-Mandaten, allein getreu, hold, gewärtig, gehorſam und gefolgig ſeyn, auch Sr. Fürſtl. Gn. und Deren Erben Schaden warnen, Beſtes werben, und alles das thun will, was einem getreuen Unterthanen gegen ſeinen Erb-Herrn und Landesfürſten von Gott-Rechts- und Gewohnheits wegen gebühret und eignet. Und auf den Fall, welches Gott der Allmächtige gnädiglich verhüten wolle, daß Herzog Johans Wilhelm und Deren Leibs-Lehenerben mit Tode abgehen ſollten; ſo will und ſoll ich, Krafft derer im Hauſe zu Sachſen aufgerichteten Erb-Verbrüderung und Erb-Huldigung, mich alsdann an Herzogen Auguſten, Churfürſten zu Sachſen, und derer Leibs-Lehenerben, und, im Fall, da Dieſelbige auch nicht mehr im Leben wären, an den Landgrafen zu Heſſen, und Deren rechte, natürliche, ehlich-gebohrene Leibserben, halten; und darwider keineswegs wiſſentlich thun, oder Jemandes zu thun verſtatten; alles treulich und ohne Gefehrde. So wahr mir Gott helffe, durch Jeſum Chriſtum, Seinen lieben Sohn, unſern HErrn.„

§. 28.

Der **Würtembergiſchen** Landſchafft iſt in dem Tübingiſchen Vertrag von 1514. zugeſtanden worden: „Und ſollen die obangezeigte Freyheiten von Herzog Ulrichen, und darnach für und für von aller Herrſchafft, allwegen im Anfang ihres Regiments, zu halten, deß ihr Brief und Sigel, darinn ſie ſich bey Ihren Fürſtlichen Würden, im Wort der Wahrheit, dieſelbe Freyheit zu halten, verpflichten ſollen, gemeiner Landſchafft übergeben werden, und darvor ſie einzulaſſen, oder ihnen Gehorſam zu leiſten, nicht ſchuldig ſeyn.„ Würtemberg.

Es wird auch auf diſen Fuß noch biß auf den heutigen Tag gehalten; und iſt bey beeden lezten Regierungen Catholiſcher Herrn auch die Religions-Aſſecuration und reſp. deren Confirmation, als ein weſentlich- und anſehnliches Stück derer Landesfreyheiten, ebenfalls mit erfordert und geleiſtet worden, ehe die Huldigung geſchahe.

In dem Erbvergleich von 1770. iſt diſes noch weiter ausgedehnet worden.

In Anſehung der Art, die Huldigung einzunehmen, ergienge Anno 1734. 6. Febr. ein Herzogliches Decret, des Innhalts:

1. Dieſelbe ſolle durch die Obervögte von jedem in ſeiner Ober-Vogtey, nachdeme zuvor das denenſelben hierunter ertheilende Legitimations-Reſcript und Inſtruction zum Fürſtl. Geheimen Rath zu Beſorgung der Unterſchrifft übergeben und diſe erfolget ſeyn wird, forderiſt mit der Geiſtlichkeit beſonders, ſo dann mit Vogt, Burgermeiſter und Gericht, und dann endlich mit der gemeinen Burgerſchafft, und zwar bey diſer, nebſt Zuziehung des Unter-Vogten, als Con-Commiſſarii, vorgenommen,

2. in diejenige Obervogteyen aber, wo die Obervögte ſich jener Verrichtung nicht unterziehen könnten noch wollten, in die gröſſere ein Adelicher, in die kleinere aber ein gelehrter Regierungs-Rath zu derſelben Vornahm, ſo wohl daſelbſt, als auch in denen nächſtgelegenen Stätten und Aemtern, wie es ſonſten in dergleichen Fällen hiebevor gehalten worden, abgeordnet und behörig inſtruirt, nicht weniger

3. denenſelben zugleich in ſpecie mit aufgegeben werden, an denenjenigen Orten, wo Condominia oder ratione der Landeshoheit Differentien fürwalten, fleißig zu invigiliren, daß bey ſothanem Huldigungs-Actu diſſeits nichts vergeben, ſondern alles dabey, denen diſſeitigen Befugſamen und der ehemaligen Obſervanz gemäß, eingerichtet werden möge, wie ſie, Commiſſarii, dann auch bey in ein oder dem anderen ſich etwa ergebendem Anſtand in Zeiten bey denen Fürſtlichen Collegiis, befindenden Dingen nach, anzufragen und Beſcheid darauf zu gewärtigen hätten.

Die Cammer- und Cammerſchreiberey-Orte, auch Veſtungen und Lehens-Orte im Lande betreffend, ſollen ratione der beyden erſten die Commiſſarii angewiſen werden, ſolcher Orten Innwohnerſchafft mit anderen Unterthanen des Landes huldigen zu laſſen. Wegen der beeden Veſtungen Urach und Hohen-Neuffen aber (allermaſſen ratione Hohentwiel ſchon Verfügung geſchehen,) ſolle die Huldigung zugleich durch den Commiſſarium, welcher in demjenigen Diſtrict, wo ſelbige gelegen, die Huldigung ohnehin zu erforderen hat, gewohnlicher maſſen, und dann auch in denen Lehens-Orten ſolche auf Art und Weiſe, wie es hierunter ehedeſſen bey Veränderung des Regenten gehalten worden, eingenommen werden.

§. 29.

§. 29.

In Sachen: Zu Wickerad Burgermeiſter und gemeine Einſeſſene contra Freyherrn von Quad, ꝛc. erkannte der Reichs-Hofrath An. 1751. 16. Jun. „ 2. Wird denenſelben (Impetranten,) mit Verwerffung ihres, nach Beſchaffenheit des allhier vorhandenen Poſſeſſorii, unſtatthafften Einwendens, alles Ernſtes aufgegeben, denen vormals ergangenen Kayſerlichen Patenten vom 16. Jun. a. p. zu allerunterthänigſter Folge, den Huldigungseyd, ohne weitere Bedingung, oder Reverſales zu begehren, ohnweigerlich, und zwar nach der von Impetranten producirten Eydesformul, abzulegen; ſ. ſ. bey Vermeidung ohnnachbleiblicher Execution. „ Quadt.

§. 30.

Die Waldeckiſche Ritterſchafft hat den Huldigungs-Eyd An. 1701. auf offentlichem Landtag abgeſchworen. Waldeck.

§. 31.

Wo die Confirmatio Privilegiorum vor der Huldigung hergehet und würcklich erfolget, mithin das Land in Anſehung des neuen Regentens ſicher ſtehet, kommt es alsdann lediglich auf den Landesherrn an, wie bald oder ſpat hernach er die Landeshuldigung einnehmen laſſen will, und bekümmeren ſich die Landſtände ſo dann weiter nicht darum, ſondern erwarten bloß des Landesherrns Citation darzu; da hingegen in denen Landen, wo die Huldigung vorhergehet, die Landſtände ſelbſt um Einnehmung der Landeshuldigung zu bitten pflegen, um per conſequens ihre Confirmationem Privilegiorum zu erhalten: Wann aber der Landesherr entweder die Confirmationem Privilegiorum directe abſchläget, oder trainiret, oder doch per indirectum durch unterlaſſene Erforderung der Huldigung dergleichen ſuchet, können die Landſtände wohl darauf dringen, daß, (nachdeme es Herkommens iſt,) entweder forderiſt die Confirmatio Privilegiorum ausgeſtellet, und ſo dann die Huldigung eingenommen werden, oder erſtlich diſes geſchehen, und ſo dann auch jenes darauf erfolgen möge: Helffen aber Vorſtellungen nichts, ſo gibt es eine befugte Urſach, an einem Reichs-Gericht darüber Klage zu führen. Noch etwas davon.

Jedoch verſtehet ſich von ſelbſten, daß, wann entweder die Huldigung oder die Confirmatio Privilegiorum nicht in priori forma begehret wird, kein Theil befugt ſeye, hierinnen wider des anderen Willen eine Aenderung zu treffen, ſondern daß es dißfalls auf gütliche Tractaten zwiſchen dem Landesherrn und denen Landſtän-

ſtänden ankomme; wie dann auch, wann es gleich auf dem alten Fuß gelaſſen wird, ordentlicher Weiſe dannoch forderiſt das Concept der neuen Confirmationis Privilegiorum denen Landſtänden ad inſpiciendum & eventualiter ad monendum zugeſtellet wird. Was es in Oſtfrießland auch dißfalls für Streit geſeſet habe? ſiehe im T. Staatsrecht *Tom. 17. p. 546. ſqq.*

Wo keine Landſtände vorhanden ſeynd, da pfleget dannoch in der Huldigungs-Propoſition an die Unterthanen Namens des Landesherrn die Verſicherung gegeben zu werden, daß ſie bey ihren wohl hergebrachten Rechten und Freyheiten erhalten werden ſollten.

§. 32.

Mehreres remiſſive.

Mehreres von der Erbhuldigung ſehe man in dem Tr. von der Landeshoh. in Anſehung der Perſonen ꝛc. Cap. 6.

§. 33.

Präſent.

Gemeiniglich pfleget einem neuen Regenten von denen Landſtänden, oder, wo keine dergleichen vorhanden ſeynd, ſonſten von dem Land, ein Præſent oder Don gratuit überreichet zu werden; deſſen Summ an einigen Orten zwar gerne auf dem herkommlichen Fuß gelaſſen wird; jedoch machet man billig auf die Umſtände Reflexion, und erhöhet dieſelbige zuweilen, nach Beſchaffenheit derſelben, bald aus Liebe, bald aus Forcht, bald ſonſt ex ratione Status, &c.

Als K. Carl VI. An. 1711. als neuer Regent nach Inſpruck kame, präſentirten Ihme die Tyroliſche Landſtände 5000. neue ſpecies-Ducaten.

Die Chur-Sächſiſche Ritterſchafft bewilligte An. 1657. dem neuen Churfürſten 60000. fl. zu einem freywilligen Donativ. (1)

Herr H. R. Jargow berichtet (2): Die Mecklenburgiſche Landſtände haben An. 1713. dem Herzogen Carl Leopold bey Antritt ſeiner Regierung ein anſehnliches Don gratuit präſentiren laſſen.

Als Herzog Chriſtian Ludwig zur Regierung kame, bote die Ritterſchafft ihme ebenfalls ein freywilliges Geſchenck an: Weil er aber mit derſelben in Streitigkeiten verfangen ware, nahme er es nicht an.

Von Pommern berichtet Micrælius (3): „Hierauf iſt im Jahr 1601. die Huldigung vollzogen, doch mit ſolcher Manier, daß die

(1) Müllers Sächſ. Annal. pag. 414.
(2) in den Anmerck. zu Struvens Diſcurs von Landſtänd. p. m. 278.
(3) in Antiqu. Pomer. p. 401.

die Stätte dem Herzogen für die gewöhnliche kostbare Ausrichtung 20000. Gulden, nebst den gewöhnlichen Geschencken, erstatteten, und einen Ausschuß und gewisse Personen zu Stettin stelleten, die den Herzogen im Namen ihrer Mitbürger den Huldigungs-Eyd leisteten, und daß darauf etliche Fürstliche Gesandten in alle Städte abgefertiget wurden, die von den Gemeinen und Bürgerschafften auch die Huldigung aufnahmen. Darauf haben die Schloß-Gesessene, und folgends der andere Adel, zu Stettin den schuldigen Lehens-Eyd abgeleget, und obwol das Geschlecht der Borcken ihre alte Befreyung, daß es vermöge derselben zu keiner Eydes-Leistung oder Lehens-Empfahung gegen die Herrschafft verbunden wäre, anziehen wollte, und, sie bey derselben zu lassen, gebeten; so hat dennoch der Herzog, eben wie zuvor sein Bruder Johann Friderich, ihnen solches nunmehr weiter nicht geständig seyn wollen, und haben sie sich also endlich in Empfahung der Lehen den andern gleich machen müssen. Eben in gemeldtem Jahre ist auch Herzog Philippo Julio in Wolgastischer Regierung die Erbhuldigung von seinem Adel und Stätten geleistet, und er ist nach altem Gebrauch allenthalben wohl empfangen, und Fürstlich tractiret worden.„

Auf dem Pommerischen Landtage zu Treptow An. 1607. (1) wurde von der Erbhuldigung gehandelt: Und kurz nach gehaltenem Landtage ist, solchem Schluß zu Folge, der Anfang gemachet worden, und hat der Landesfürst, zu Vermeidung der Beschwerden, die daraus zu entstehen pflegen, wann die Erbhuldigung nach der alten Manier, da die Fürsten selbst persönlichen anziehen, aufgenommen wird, nach dem Exempel Barninj, seines in GOtt ruhenden Vettern, die Geschlechte und Ritterschafft an bequeme Oerter vorbescheiden, und sie nach Leistung des Eydes belehnet, nach Piritz, Gartz, Wollin, und Cammin etliche Fürstliche Räthe zu Aufnehmung der Huldigung abgeschicket, zu Stettin aber und in anderen Stätten bey vorhandener Reise nacher Lauenburg im Durchzuge die Erbhuldigung persönlich aufgenommen. Weil nun solches alles ohne sondere Unkosten, mit Verschonung gebührender Ausrichtung der Stätte, zugieng, haben sie zu danckbarlicher Recognition eine Summa Geldes erleget, und nichts minder dem Landsfürsten und dessen Gemahlinne, wie auch den Fürstlichen Officiren, dem alten Herkommen nach, gebührende Präsente verehret, und den Unter-Officiren ein genanntes erleget.„

(1) MICRÆLIUS l. c. Lib. 4. p. m. 17.

Herzog Franz zu Stettin (1) traff An. 1618. mit ſeinem Ausſchuß wegen der Erbhuldigung einen Vergleich, daß, an ſtatt der koſtbaren Ausrichtungen von den Stätten, ein Abtrag in einer gewiſſen Summa gegeben, und nichts deſto weniger die Erbhuldigung, entweder in der Perſon von Sr. Fürſtl. Gn. und alſo auf dero Koſten, oder durch Fürſtliche abgeordnete Räthe, mit der Stätte geringen Unſtaten, aufgenommen würde.

Zweytes Capitel.

Von allerley perſönlichen Sachen.

Innhalt.

Von denen Evangeliſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 1. Schrifften. §. 2. Geiſtlicher §. 3. und weltlicher Stand. §. 4. Titul. §. 5. Canzley-Ceremoniel. §. 6. Wappen. §. 7. Vermählung. §. 8. Familie. §. 9. Erblande. §. 10. Einiges *remiſſive*.

Von denen Catholiſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 11. Prieſterſtand. §. 12. Weltlicher Stand. §. 13. Titul. §. 14. Wappen. §. 15. Siegel. §. 16. Creuz-Vortragung. §. 17. Ehloſer Stand. §. 18. Vormundſchafften. §. 19. Gefangenſchafft. §. 20. Erbfolge.

Von denen weltlichen Reichsſtänden.

§. 21. Schrifften. §. 22 a. Namen und Würde. §. 22 b. Titul. §. 23. Wappen. §. 24. Sigille.

Von geiſt- und weltlichen Reichsſtänden.

§. 25. Titul. §. 26. Wappen. §. 27. Privatleben. §. 28. Religion. §. 29. Reſpects-Verlezung. §. 30. Ausforderung. §. 31. Injurien. §. 32. Gefangenſchafft. §. 33. Ceremoniel. §. 34. Einiges *remiſſive*.

* * *

Von denen Evangeliſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 1.

(1) MICRÆLIUS l. c. pag. 72.

§. 1.

Hieher gehörige Schrifften: Schrifften.

Eisenhardt (Joh. Frid.) Diſs. de Dotalitio Viduarum ſummorum in Germania Præſulum Proteſtantium; Helmſtatt, 1748. 4. und in ſeinen *Opuſc. jurid. var. arg. n. 1.* ſ. H. Schotts Critic, 3. Band, S. 409.

von Eyben (Hulder.) Judicium ſuper Quæſtione: Daß eine der Evangeliſchen Religion zugethane Abbtißin in Teutſchland, wenn ſie ſich verheurathet, nicht nöthig habe, zu reſigniren; in ſeinen *Scriptis p. 900.* wie auch in dem Anhang zu Thulemarii Schrifft.

Thulemarii (Heinr. Günth.) Rationes, daß eine der Evangeliſchen Religion zugethane Abtißin, wann ſie ſich verheurathet, die Abtheyliche Würde, Regierung und Einkommen Zeit währenden Eheſtandes behalten könne. Franckfurt, 1691. 1704. 4. in der Europ. Staatscanzl. *Tom. 2. pag. 88.* und in Lünigs Europ. Staats-Conſil. *Tom. 2. p. 1114.*

§. 2.

Die Evangeliſche Biſchöffe und Abbtißinnin werden zwar als geiſtliche Perſonen betrachtet: Sie ſeynd es aber weder in bibliſchem Verſtand, noch auch nach dem Sinn der canoniſchen Rechte; ſondern ſie betragen ſich, und zwar nach unſerer Teutſchen Staats-Verfaſſung mit Recht, in allem als weltliche Perſonen; von denen ſie nur darinn unterſchiden ſeynd, daß ſie 1. die Religion nicht ändern, und ihr Stifft doch darneben beybehalten dörffen; ſo dann 2. daß ihre Würde nicht erblich iſt. Geiſtlicher

§. 3.

Wegen des weltlichen Standes derer Evangeliſchen geiſtlichen Reichsſtände aber iſt eben dasjenige zu ſagen, was hernach von denen Catholiſchen wird bemercket werden. Und weltlicher Stand.

§. 4.

Von denen Titulaturen derer Evangeliſchen geiſtlichen Stände heißt es in *Inſtr. Pac. art. 5. ſ. 22.* De Titulis Principum eccleſiaſticorum ex Auguſtana Confeſſione ita convenit, ut, abſque tamen præjudicio Status & Dignitatis, titulis *Electorum* aut *Poſtulatorum* in Archi-Epiſcopum, Epiſcopum, Abbatem, Præpoſitum, inſigniantur. Titul.

Es

Es beſchwerete ſich nemlich Magdeburg unterm 29. Octobr. 1645. daß man Catholiſchen Theils denen pro tempore geweſenen Erzbiſchöffen den gewohnlichen Titul entzogen, und dieſelbe nur vor Innhaber des Erz-Biſsthums agnoſciren wollen. Und m. Dec. verlangten die Evangeliſche in ihrem Grav. Eccl. 1. die Catholiſche ſollten, wie bißhero ohne allen Fug geſchehen, der Evangeliſchen Erz-Biſchöffe und Prälaten gebührenden Titul hinfürter nicht fechten.

m. Jul. erklärten ſich die Catholiſchen: „Was die Intitulatur = = = anbelangt, ſo die Innhabere der ungemittelten Erz- und anderer dergleichen Stiffter = = zu haben begehren, da wird nachgegeben und bewilliget, daß ſolche Innhabere hinfüro mit diſem Titul: „Erwählter zum Erz- oder Biſchoff, Abt, Probſt, ꝛc.„ beſchriben und gewürdiget werden ſollen: „ Welches ſie jedoch in dem folgenden alſo limitirten, daß ihnen diſer Titul erſt gegeben werden ſolle, wann ſie ſich wegen ihrer Wahl bey dem Kayſer legitimirt, ein Indult erhalten, und ihme das Homagium abgeſchworen hätten.

Doch bliebe das leztere hernach weg.

Biſchoff Ernſt Auguſt I. zu Osnabrück und ſein Domcapitul verglichen ſich An. 1662. wegen des Tituls und der Subſcription, deſſen ſich das Domcapitul gegen den Biſchoff bedienen ſollte. (1)

§. 5.

Canzley-Ceremoniel.

Von dem übrigen Canzley-Ceremoniel gegen ſie kan ich ſo vil melden, daß denen Biſchöffen zu Lübeck ſo wohl, als auch denen Evangeliſchen Abtißinnen, von allen hohen und nideren Standes-Perſonen, neben dem ihnen von Geburts wegen zukommenden Titul, auch das Prädicat (nachdeme der iſt, ſo an ſie ſchreibt:) „Hochwürdig„ oder: „Hochwürdigſt„ gegeben wird. An eines Biſchoffs zu Lübeck Gemahlin aber wurde von Chur-Sachſen ſo geſchriben, daß ihres Gemahls Biſchofflichen Characters nicht gedacht, ſondern ſie bloß als gebohrene Herzogin zu Sachſen und vermählte Herzogin zu Holſtein tractiret wurde.

Die Abtißin zu Quedlinburg, wann ſie eine gebohrene Prinzeßin iſt, bekommt von dem Kayſer im Eingang: „Ehrwürdig-Hochgebohrene, liebe Muhm, Fürſtin und Andächtige.„ Im Contexte: „Dr. Andacht und Liebden.„

Herr Lünig macht dabey folgende Anmerckungen: 1. Wann eine Aebtißin Fürſtlichen Standes ſich von unterſchidlichen Fürſtlichen

(1) v. Lünigs R. Arch. Spicil. eccleſ. Cont. 1. p. 668.

chen Landen schreibet, so solaet das Wort: Aebtißin, erst nach ihren angeerbten Titeln; weil sie der Abtey wegen auf Reichs-Tägen keinen (eigenen) Sitz im Fürstlichen Collegio hat, sondern nur unter die ungefürstete Prälaten mit gerechnet, jedennoch aber deshalber denen Gräflichen Landen vorgesezet wird. 2. Weil die gefürstete Aebtißinnen Fürstliche Dignität haben, so kan man Sie weder: Hoch-Wohlgebohrnen, noch: Wohlgebohrnen tituliren, sondern es bleibt bey dem Wort: Hochwürdig, sind sie aber gebohrne Fürstinnin, so sezt man noch: Durchlauchtig hinzu, wo aber nicht, so heisset es: Hochwürdig-Hochgebohrne. 3. Daß man die Abtißinnen, ohnerachtet sie niemahlen vermählet gewesen, Frau, tituliret, will man von ihrer Würde herleiten; indem das Wort: Frau, zu Latein: Domina, eine Herrschafft anzeiget, etc. „

§. 6.

Die Evangelische geistliche Stände sollen sich gleicher Wappen, wie die Catholische, bedienen, daß sie nehmlich hinter dem Schild einen ins Andreas-Creuz gestellten Stab und Schwerdt, auf dem Schild aber die Bischöffe eine Bischoffs-Müze, führen; doch habe ich von dem Herrn Bischoff Adolf Friderich zu Lübeck dessen Sigill in Handen, auf welchem sich von allem disem nichts findet, sondern bloß das Stiffts-Wappen dem angebohrenen Herzoglichen als der Herz-Schild einverleibet ist. Wappen.

§. 7.

Wegen der Vermählung eines Evangelischen Erz- oder Bischoffs sezte es vor dem Westphälischen Friden allerley Streitigkeiten: Seithero aber hat die Sache gar keinen Anstand mehr; wie die vile Exempel derer vermählten Bischöffe zu Osnabrück und Lübeck beweisen. Vermählung.

Anlangend aber die Ev. Abbtißinnen; so ist gar keine Frage noch Streit, daß sie heurathen können, wann sie das Stifft verlassen wollen: Man hat auch verschidene Exempel, daß solches geschehen ist. Z. E.

Zu Gandersheim heurathete die Abbtißin Elisabeth, Prinzessin zu Braunschweig, An. 1583. Grafen Adolf von Schauenburg, und die Abbtißin Dorothea Hedwig, Prinzeßin zu Holstein-Norburg, An. 1678. Grafen Christoph zu Ranzau.

Ob sie aber, wann sie sich vermählen, das Stifft darneben behalten können? darüber wird gestritten. Forderist möchte es da-

bey auf ihre Wahl-Capitulationen ankommen: Wann aber selbige nichts davon enthalten, scheinet eher Ja als Nein darzu zu sagen seyn.

§. 8.

Familie. Herr G. R. Estor meint: Ein Evangelischer Bischoff könne seiner Gemahlin ein Wittum aus dem Bißthum vermachen, weil dergleichen Bißthümer ordentliche Fürstenthümer und Reichs-Lehen seyen, deren Besizern dises Recht zukomme, auch denen Evangelischen Bischöffen erlaubt seye, zu heurathen: Gleichwie aber das erste nicht erweislich, vil mehr, erinnerter massen, die Evangelische Stiffter die Natur von Stifftern keineswegs verlohren haben, dieselbe auch nicht mehr Reichs-Lehenbar seynd, als Catholische Stiffter, und endlich, aus der Erlaubniß zu heurathen, die Macht, ein Land, woran man kein Erb-Recht hat, und einen titulo singulari succedirenden Nachfolger, zu beschweren, meines Ermessens gar nicht folget; so könnte ich es auch nicht mit Herrn Estorn halten, wann gleich bey Oßnabrück dißfalls kein besonderes Pactum vorhanden wäre, und ein Bischoff zu Lübeck, aus gleichem Pacto, gar nicht einmal sich vermählen solle: Und wann auch gleich mit dem lezteren dispensiret wird, stehet es doch lediglich bey dem Dom-Capitel, sich, gleich dem zu Oßnabrück, auszubedingen, daß das Stifft nicht dadurch beschweret werde, wie es auch ganz gewiß thun wird.

Indessen hat Herr Hofrath Eisenhart in der vorhin angezeigten Schrifft ebenfalls das Gegentheil vertheidigt.

Mit der Vormundschafft eines Evangelischen Bischoffs hinterlassener Kinder hat das Stifft abermalen lediglich nichts zu thun, sondern es wird damit gehalten, wie bey weltlichen Ständen; und eben so wenig hat ihnen das Stifft jemalen das geringste währenden Lebens ihres Herrn Vaters, oder hernach, zu ihrem Unterhalt zu reichen.

§. 9.

Erblande. Wann ein Evangelischer Herr zu der Zeit, wann er Bischoff wird, eigene Erblande hat, kan er sie wohl daneben behalten.

Wann ferner einem Evangelischen Bischoff erst währender seiner Bischofflichen Regierung weltliche Erblande anfallen, kan er nicht davon ausgeschlossen werden.

Herzog Johann Friderich zu Holstein ware Erzbischoff zu Bremen und Bischoff zu Lübeck, verlangte und erhielte aber doch An. 1606. seinen Antheil an der väterlichen Erbschafft.

Herzog Ernst August zu Braunschweig ware Bischoff zu

Osna-

Oenabrück: Als aber sein Bruder Johann Friderich starb, erhielte er dessen hinterlassene Calenbergische Lande, und wurde An. 1692. noch über dises Churfürst.

Wann ein solcher Evangelischer Herr geist- und weltliche Lande zugleich besizet, sezet er die geistliche Titulatur vor: Wenigstens aber sollte er es in seinen weltlichen Erblanden anderst halten.

§. 10.

Von Streitigkeiten zwischen Evangelischen geistlichen Reichsständen und deren Capituln sehe man meinen Tr. von der Teutschen Relig. Verfass. *Lib 2. Cap. 14.* Einiges remissive.

Auch beziehe ich mich auf das nun weiters folgende; in so ferne es sich auf Evangelische geistliche Reichsstände schicket.

* * *

Von denen Catholischen geistlichen Reichsständen.

§. 11.

Von Rechtswegen solle ein jeder Erzbischoff, Bischoff, oder Prälat, Priester seyn; oder es doch gleich nach seiner Erwählung werden: So gar erforderen solches einige Landes-Verträge; z. E. Priester-Stand.

In der Erz-Stifft-Cöllnischen Landes-Einigung vom Jahr 1550. heißt es: „Wann das Capitel einträchtiglich, oder das meiste Theil von dem Capitel, einen Herrn gekohren und erwählet hat; so soll Er von Stund nach der Confirmation Priester werden, und sich lassen consecriren. „

In der Westphälischen Landes-Vereinigung von 1590. lautet es ebenfalls: „Item, wann das Capitul einträchtig, oder das meiste Theil vom Capitul, einen Herrn gekohren und erwählet hat; so soll er von Stund nach der Confirmation Priester werden, und Sich consecriren lassen. „

Es geschiehet aber dennoch zum öfftern entweder gar nicht, oder erst nach vilen Jahren; zumalen bey Prinzen aus grossen Häusern.

§. 12.

Alle Teutsche unmittelbare Erz- und Bischöffe haben den Fürstenstand, wann sie auch gleich nur bürgerlicher Herkunfft wären; so auch die gefürstete Aebbte und Pröbste, so eigenen Siz und Stimme im Reichs-Fürstenrath haben: Weltlicher Stand.

Unter denen übrigen Prälaten und Abbtißinnen aber seynd nur diejenige Fürsten und Fürstinnen, deren Stifft von dem Kayser be-

ſonders damit begnadiget worden iſt, daß deſſen Haupt den Fürſtenſtand führen dörffe.

Die Abtey St. Corneli-Münſter ſizet auf dem Reichstag unter denen ungefürſteten Prälaten, auf den Weſtphäliſchen Craystagen aber unter denen Fürſten.

§. 13.

Titul. Von der Titulatur derer geiſtlichen Catholiſchen Stände will ich hier nur ſo vil melden.

Der Erzbiſchoff zu **Salzburg** bekommt von dem Kayſer: „Hochwürdiger Fürſt, lieber Andächtiger,„ und im Contexte: „Euer Liebden: „ (1)

Die übrige Biſchöffe hingegen nur: „Ehrwürdiger,„ und: „Dr. Liebden. „

Die Päbſte hatten ſonſten denen geiſtlichen Churfürſten: *Dilecti Fratres*, geſchriben, An. 1770. aber reſolvirte der Pabſt, ihnen: *Valde dilecti Fratres*, zu geben, und ſie dadurch von andern Erz- und Biſchöffen zu unterſcheiden.

Der Churfürſt Clement Auguſt zu **Cölln** ware Kayſer Carls VII. Bruder, und der jezige Churfürſt Clemens Wenzel zu **Trier** iſt ein Königlich-Polniſcher Prinz: Beede aber enthielten ſich des Titels: **Königliche Hoheit.**

Hingegen führen alle geiſtliche Chur- und Fürſten, ſo aus Königlichen, Chur- und alt-Fürſtlichen Häuſern abſtammen, den Titul reſp. **Chur-** oder **Fürſtliche Durchlaucht**, die übrige aber **Chur-** oder **Fürſtliche Gnaden.**

Ferner pflegen die geiſtliche Chur- und Fürſten, ſo aus Kayſer- König- Chur- oder Fürſtlichen Geſchlechtern abſtammen, ihre Familien-Titulatur mit der von ihren Stifftern zu verbinden:

Herrn aus alt-Gräflichen Häuſern thun es etwa auch, z. E. der jezige Churfürſt Maximilian Friderich zu **Cölln** aus dem Hauſe **Königseck**: Von neu-Gräflichen hingegen habe ich es nicht gefunden; z. E. bey Churfürſt Franz Georg zu **Trier** aus dem Hauſe **Schönborn.**

Der Abbt zu **Werden** und Helmſtätt ſchreibt ſich: **Von GOttes Gnaden.** (2)

§. 14.

(1) v. Neueſt. Staatsacta, 4. Theil, 318. S.
(2) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 9. Th. 144. S.

§. 14.

Von ihren Wappen überhaupt ist bereits vorhin geredet worden. Wappen.

§. 15.

Bey denen geistlichen Chur- und Fürsten heißt das grössere Sigel das Pontifical-Insigel. Z. E. in einem Lehenbrieff Bischoffs Johann Conrads zu Basel von 1726. 7. Jan. „Zu Urkund haben Wir Unser grösser Pontifical-Innsigel thun hencken an disen Brief.„ Sigel.

Auf einem **Chur-Maynzischen**, so ich gesehen, sizet der Erzbischoff in Pontificalibus auf seinem Erzbischofflichen Stuhl.

§. 16.

Unter die persönliche Vorrechte derer Erzbischöffe gehöret, daß sie sich, wann kein Pabst, noch Legatus à latere, zugegen ist, in ihrer Provinz ein Creuz vortragen lassen dörffen: Es haben aber die Teutsche Erzbischöffe dises mit allen anderen Erzbischöffen gemein. Creuzvortragung.

Ein Bischoff hingegen darff sich dergleichen nicht anmassen, wann er nicht ein besonderes Päbstliches Privilegium darüber erhalten hat. Ein solches besizet der Bischoff zu **Eichstätt**; (1) Und der Bischoff zu **Würzburg** bekame An. 1752. auch eines dergleichen, welches an unten (2) bemercktem Ort gelesen werden kan.

§. 17.

Nach denen Grundsäzen der Catholischen Religion und ihrer Kirchen-Verfassung müssen alle geistliche Erz- und Bischöffe, auch Prälaten und Abbtißinnin, Lebenslang ausser der Ehe leben: Ehloser Stand.

Wann sie aber in disem ehlosen Stande dennoch Kinder zeugen, auch selbige selbst dafür erkennen, verbleiben sie deßwegen dennoch, wer sie seynd; wie z. E. die Beyspile vom Churfürsten und Erzbischoff Ernsten zu **Cölln** und dem Cardinal Andrea von Oesterreich, Bischoffen zu **Costanz**, bezeugen.

§. 18.

Ob ein Catholischer geistlicher Stand fähig seye, eine weltliche Vormundschafft zu verwalten? habe ich schon oben untersucht. Vormundschafften.

Ob das Ansehen und die Würde eines Bischoffens und Reichs-Fürstens, der als Vormund de versione in rem Pupilli sui attestiret, die eingewandte Exceptionem de non in rem verso, simplici-

(1) Freyh. von KREITTMAYR ad Cod. civ. Bavar. p. m. 1993.

(2) in der Europ. Staatscanzl. 113. Theil, 121. S.

ter hebe? hat der Freyherr von CRAMER (1) unterſucht, und verneint.

§. 19.

Gefangenſchafft. Daß die Catholiſche Geiſtliche ſich auf alle Weiſe vorgeſehen haben, daß ja kein Weltlicher ſich an ihrer Perſon vergreiffen möge, ſie führen ſich auch gleich auf wie ſie wollen, iſt eine aus dem Päbſtlichen Kirchen-Recht bekannte Sache: Daß ſich aber auch die Catholiſche weltliche Herrn nicht allemal vil darum bekümmern, ſondern deſſen ohnerachtet dann und wann einen beym Kopf genommen und vile Jahre, oder auch biß in den Tod, feſtgehalten haben, iſt aus der Trieriſchen, Cöllniſchen, Salzburgiſchen, ꝛc. Hiſtorie bekannt.

§. 20.

Erbfolge. Ob und wann ein Catholiſcher Reichsſtand fähig ſeye, in einem ihme angefallenen weltlichen Land zu ſuccediren? davon ſehe man das Teutſche Familien-Staatsrecht.

* * *

Von denen weltlichen Reichsſtänden.

§. 21.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften:

GLEICHMANN (Joh. Zach.) Comm. de magno Ducali Sigillo Majeſtatis Saxonico. Jena, 1740. 4.

K. . . . . von der althergebrachten Titulatur des Gräflich-Lippiſchen Hauſes: „Von GOttes Gnaden;„ in H. Schotts juriſt. Wochenbl. 1. Jahrg. n. 17.

WALDSCHMID (Joh. Wilh.) de mutatione Inſignium & Sigillorum S. R. I. Statuum. Marburg, 1718. 4.

§. 22 a.

Namen und Würde. Daß weltliche Reichsſtände nicht leiden wollen, daß Andere ſich neuerlich derſelbigen Geſchlechts-Namen und Würde gebrauchen, oder auch von dem Kayſer beylegen laſſen, davon gibt diſes Reichs-Hofraths-Concluſum ein Beyſpil an die Hand:

31. Mart. 1648.

von Fürſtenberg Graf Friderich Rudolph für ſich vnd geſamte Herrn Grafen von Fürſtenberg contra Herrn Johann Baptiſta Grafen von Verdenberg lub præſ hodierno beſchweren ſich, daß jezt gedachter Herr ſich von Werdenberg vnd alſo ihres Namens anmaſſe,

(1) in ſeiner Wezlar. Beytr. 3. Theil, 56. S.

se, auch ein Händlein auß ihren Wappen führe, Bitten per Decretum demselben aufzuerlegen, daß er sich solcher Anmassung enthalte.

Conquiratur privilegium des Grafen von Werdenberg & iterum referatur.

Es ist auch nun in der Kayserl. Wahlcapit. Art. 22. §. 3. ausdrücklich versehen: Der Kayser wolle keinen neu-erhöheten Fürsten, Grafen, oder Herrn, wer der auch seye, zum Präjudiz oder Schmälerung einigen alten Hauses oder Geschlechts, desselben Dignität, Standes, und üblichen Tituls, mit neuen Prädicaten, höheren Tituln und Wappenbriefen begaben.

§. 22 b.

Von denen Tituln derer weltlichen Teutschen Reichs-stände, nach deren verschidenen Gattungen und Classen, habe ich in dem Tr. von denen Teutschen R. Ständen hin und her gehandelt. Titul.

Die Geschichte der Fürstlich-Badischen Titulatur, und deren von Zeit zu Zeit beschehene Vermehr- und Abänderung habe ich anderwärts (1) beygebracht.

Es würde auch bey manchen Gelegenheiten nicht ohne Nuzen seyn, wann man dergleichen von allen Reichsständen hätte.

Hier ist aber nur noch zu bemercken, daß, Krafft Reichsherkommens, ein jeder Teutscher Reichsstand Freyheit hat, seine Titulatur nach eigenem Wohlgefallen zu vermehren, oder sonsten zu verändern; in so ferne es nicht zu des Kayſers, Reichs, oder sonsten eines Drittens, Nachtheil gereichet:

Indessen werden dadurch weder der Kayser, noch das Reich, noch sonsten ein Dritter, verbunden, sich darnach nothwendig zu richten; sondern, wann es geschiehet, ist es eine Gefälligkeit: Und besonders bleibet man am Kayserlichen Hof so lang bey der alten Titulatur, biß man, auf beschehenes Ansuchen und Bewilligung, gegen die Gebühr, eine Abänderung erhält.

Wann aber ein Reichsstand eine Titulatur annimmt, wodurch ein Dritter sich an seinen Gerechtsamen verkürzet zu seyn glaubet, leget er nicht nur jenem soche Titulatur nicht bey, sondern proteſtiret auch, entweder nur ein- für allemal, oder wohl gar bey allen öffentlichen Gelegenheiten, dagegen; wohin z. E. die bekannte Streitigkeiten wegen der Titulaturen von Preussen, Jülich, Cleve, Ostfrieß-

land,

(1) in meinem Badisch. Staatsrecht, S. 8. u. f.

land, Sachsen-Lauenburg, Würtemberg, Sayn, u. s. w. gehören.

Ordentlicher Weise führen der Besizer eines Landes und das Land einerley Titulatur und von gleichem Grad:

Doch hat öffters der Besizer eine höhere, als das Land; z. E. die Fürsten von Salm schreiben sich so; da doch Salm nur eine Grafschafft und denen Fürsten zu Salm noch erst kürzlich vom Reichs-Hofrath verboten worden ist, disem Land das Prädicat eines Fürstenthums beyzulegen.

Hinwiederum geschichet es auch, (doch seltener,) daß der Besizer eine geringere Titulatur führet, als sein Land. Z. E.

Die Freyherrn von Gumpenberg seynd Innhabere der Grafschafft Braiteneck, führen auch Stimm deßwegen in dem Bayrischen Crays, schreiben sich aber nicht Grafen, weder von Braiteneck, noch sonst.

Zu denen Titulaturen gehören auch die Curialien; davon ich nur diſes wenige melden will.

An unten (1) angezeigtem Ort heißt es: Ad Carolum IV. usque Episcopi: *Venerabiles*, *Reverendi* tantum ab Imperatoribus titulati; postea vero ille Titulus, testante Capitulatione Caroli VI. in Titulum: *Reverendissimi*, Hochwürdigst, mutatus; ad exemplum forsan Archiepiscoporum Italiæ, qui eum Titulum usurparunt:

Gleichwie aber diſes leztere wohl unstreitig keinen Grund hat, da ein Teutscher geistlicher Churfürst sich mit keinem Italiänischen Bischoff ins gleiche sezen läßt, auch hier nicht die Frage von deme ist, was einer selber für Titul usurpire, oder von Andern bekomme, sondern was für Curialien er aus der Reichscanzley erhalte; also gehet auch das in der Wahlcapitulation stipulirte nur die geistliche Churfürsten an, und die teutsche Bischöffe bekommen noch jezo von dem Kayser nicht weiter, als: Ehrwürdiger.

Die weltliche Churfürsten haben sich von dem Kayser in der Wahlcapitulation Art. 3. §. 2. das Prädicat: Durchlauchtigster ausbedungen.

Alle weltliche Fürsten bekommen vom Kayser ordentlicher Weise nur: Hochgebohrener; vile haben aber sich eigene Urkunden darüber geben lassen, daß sie aus der Reichscanzley: Durchlauchtig-Hochgeboh-

(1) in des Freyh. von Cramer Obs. 1433. Tom. 6. Part. 1. p. 326.

gebohrener erhalten; und Einigen wird allein: Durchlauchtiger zugeschriben; davon anderwärts (1) das mehrere nachzusehen ist.

In Reichs-Gutachten, u. d. werden alte Fürsten: Fürstliche Durchlaucht genannt, neue Fürsten: Fürstliche Gnaden.

Einz lne Reichsstände halten es in den bey dem Reichsconvent übergebenden Schrifften und ablegenden Stimmen, wie sie wollen. Z. E.

In dem Reichs-Fürstenraths-Protocoll von 1772. 17. Jan. wurde der Fürst von Hohenzollern-Hechingen von Oesterreich genannt: „Se. Fürstl. Gnaden;„ von Passau: „Durchlaucht;„ so auch von Lüttich: Hohenzollern selbst nannte sich: „Hochfürstliche Durchlaucht.„

Einige Grafen affectiren nun das Prädicat: Erlaucht; sie können aber Niemand nöthigen, es ihnen zu geben.

Von dem Alter der Titulatur: Erlaucht wird an unten (2) angezeigtem Ort gehandelt, und einige Beyspile aus dem 14den und 15den Jahrhundert beygebracht: Es bedeutete aber damals, wann es gebraucht wurde, so vil, als: Durchlaucht.

§. 23.

Von denen Wappen ist eben das zu sagen, was ich von denen Wappen. Tituln gemeldet habe: Uebrigens beziehe ich mich auf das, was der Tr. von denen teutschen R. Ständen, wie auch das teutsche Familien-Staatsrecht, hievon enthält, und füge nur noch dise Reichs-Hofräthliche Erkenntnisse bey.

Jovis 14. Apr. 1763.

Zu Würzburg Herr Bischoff und Fürst, contra die Herrn Fürsten zu Hohenlohe und Waldenburg pto sub-obreptæ meliorationis Armorum in præjudicium Episcopatus Wirceburgensis, nunc vice versa Revisionis &c.

Hat derer Herrn Fürsten zu Hohenlohe angebrachtes Revisions-Gesuch, tam ob defectum formalium, quam ob qualitatem causæ, nicht statt.

Jovis 19. Jul. 1764.

Zu Hohenlohe und Waldenburg sämtliche Herrn Fürsten, pto Investituræ.

Nach-

(1) im Tr. von den Kayserl. Regier. Recht. ꝛc. S. 450.

(2) in des krit. Wörterb. 8. Alph. S. 489.

Nachdem der Herr Fürſt Carl Albrecht zu Hohenlohe bey dem ſub 12. Jul. nup. Ihro Kayſerlichen Maj. allerunterthänigſt übergebenen Schreiben ſich, derer wiederhohlten rechtskräfftigen Kayſerlichen Verordnungen unerachtet, des ihme zu führen verbottenen Wappens gebrauchet; als ſind Deſſen Anwalden die von ihme exhibirte Literæ anwieder hinaus zu geben; mit dem weiteren Anfügen: Daß er ſich deſſen in Zukunfft ſo gewiß enthalten, und die allerhöchſte Kayſerliche Verordnungen beſſer, als bißanhero geſchehen, ſeiner Schuldigkeit nach, allergehorſamſt befolgen ſolle, als anſonſten nicht allein, unter Beyfügung diſes Wappens, von Demſelben nichts weiters angenommen, ſondern auch, in Verfolg der in Sachen bereits ergangenen Concluſorum, mit ſchärfferen Kayſerlichen Verordnungen gegen ihn fürgefahren werden ſolle. add. S. 51.

§. 24.

Sigille. Obiges muß ich auch von der teutſchen Reichsſtände Sigillen ſagen.

Von Marckgraf Bernhard zu Baden, (der gegen Ende des 14den Jahrhunderts regieret hat,) wird angemerckt(1): „Unter ſeiner Regierung kamen die Sigilla equeſtria ab, und der Gebrauch des rothen Wachſes auf; da hingegen ſich die geiſtliche Fürſten und die Grafen des grünen Wachſes bedieneten: Wie dann die Grafen erſt im Anfang des 16den Jahrhunderts rothes Wachs zu gebrauchen angefangen haben.„

Die gröſte oder Staatsſigille pfleget man öffters das Majeſtäts-Sigel zu nennen.

Von einem **Braunſchweigiſchen** Majeſtätsſigel von 1501. ſehe man Herrn H. R. von SELCHOW. (2)

Von den alten Sigeln der Marckgrafen und Churfürſten zu **Brandenburg**, beſonders von dem zweyköpfigten Adler, hat der K. Preußiſche Staatsminiſter, Freyherr von HERZBERG, (3) gehandelt.

Die Grafen haben ſich zum Theil Kayſerliche Privilegien darüber geben laſſen, daß ſie mit rothem Wachs ſiglen dörffen. Z. E.

Graf

(1) H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 3. Band, S. 48.
(2) l. c. 1. Band, 904. S.
(3) in den Mémoir. de l'Acad. de Berlin, und in H. GERCKENS Cod. dipl. Brand. Tom. 3. ſ. H. SCHOTTS Critic, 4. Band, 598. S.

Graf Hermann zu Manderscheid erhielte dergleichen Anno 1583. von Kayser Rudolfen II. (1)

* * *

Von geist- und weltlichen Reichsständen.

§. 25.

Titul. Alle geist- und weltliche Chur- und Fürsten, auch Prälaten und Grafen, bedienen sich des Tituls: Wir.

Die geistliche und weltliche Chur- und Fürsten schreiben sich auch: Von GOttes Gnaden; die Prälaten und Grafen hingegen ordentlicher Weise nicht.

Von Bayern meldet der Freyherr von KREITTMAYR (2): „Herzog Albrecht V. war der erste, welcher sich nicht mehr: Wir, von GOttes Gnaden,„ sondern umgekehrt: „Von GOttes Gnaden, Wir„ zu schreiben anfieng, seit welcher Zeit auch diſe Ordnung so beybehalten worden ist.„

§. 26.

Wappen. Als die Fürsten zu Hohenlohe-Waldenburg vom Kayser An. 1757. eine Verbesserung des Wappens erhielten, welche das Hochstifft Würzburg nicht gleichgültig ansahe, klagte diſes darüber An. 1760. bey dem Reichs-Hofrath, und die Sache wurde allda gerichtlich verhandelt, auch den 15. Dec. denen Fürsten befohlen, das erhaltene Kayserliche original-Diploma an die Reichs-Canzley einzuschicken, um die aus dem Fürstlich-Würzburgischen Wappen entnommene und in den neuen Herzschild gekommene drey im rothen Feld aufsteigende silberne Spizen, dann die zwey auf den einen Helm neuerlich gebrachte, oben roth und unten weiße, mit ermeldten drey weissen Spizen bezeichnete Büffelhörner, auszulassen und abzuändern. add. S. 49.

Der lezte Graf Johann zu Sponheim verordnete An. 1425. Sein einer Erbe, der Marckgraf zu Baden, solle das Sponheimische Wappen weiß und roth geschacht führen, dessen Miterbe, der Graf von Veldenz, aber blau und gelb geschacht.

Die Landesherrliche Wappen pflegen an denen Statt-Thoren, Herrschafftlichen oder anderen Amtshäusern und offentlichen Gebäuden, auf allerley Weise angebracht zu werden; zumalen in Kriegszeiten. Eben diſes geschiehet auch an denen Gränzen durch Gränzstöcke, Gränzsteine, u. s. w.

(1) LÜNIGS R. Arch. Spicil. secul. S. 529.
(2) im Bayr. Staatsr. §. 128. pag. 240.

§. 27.

Privatleben. Teutſche Reichsſtände ſeynd wegen ihres privat-Lebens, wann es gleich nicht ſehr regelmäßig wäre, niemanden, als GOtt, Rechenſchafft zu geben ſchuldig; es wäre dann, daß durch Capitulationen, oder andere Verträge, in ein- oder anderem Fall eine Ausnahm darinn gemacht worden wäre.

Auch rede ich hier nur von denen Fällen, wo das Betragen zwar nicht zu billigen iſt; es aber doch auf keine grobe Verbrechen hinauslaufft, als von welchen hernach wird geredet werden.

Auf eben diſe Weiſe, und unter eben diſer Einſchränckung, haben die Reichsſtände ordentlicher Weiſe auch Niemand Rechenſchafft zu geben, wie ſie mit ihren Einkünfften umgehen, und worzu ſie dieſelbige anwenden; davon aber in dem **Tr. von der Landeshoheit in Cameral-Sach. S. 20. u. f.** das mehrere nachzuſehen iſt.

Doch verſtehet ſich ſolches nur von denen Geldern, worüber ein Herr frey diſponiren kan, z. E. ein Geiſtlicher von ſeinen Hand- und Tafel-Geldern, u. d. nicht aber von denen übrigen Stiffts-Gefällen.

So auch ein weltlicher Herr von ſeinen Cammer- und Chatoulle-Gefällen, nicht aber von dem unter ſeiner Verwaltung ſtehenden Kirchen-Gut, u. d.

Z. E. in dem **Würtembergiſchen** Erbvergleich von 1770. heißt es unter anderen: „2. Bleibt es ein feſtgeſezter Grundſaz, daß das Kirchen-Gut zur Muſic niemals mehr beyzutragen ſchuldig ſeye, als die kirchliche Beſtimmung derſelben in der Evangeliſchen Schloßkirche erfordern kan: Inzwiſchen verwilligt treugehorſamſte Landſchafft, in Betrachtung des gegenwärtigen Cameralzuſtandes, zu diſem Behuf auf die Lebenszeit Sr. Herzoglichen Durchlaucht jährlich die Summe von 15000. Gulden; welche Summe in Zukunfft von keinem der Herzoglichen Herren Nachfolgere ſo wenig zu einiger Folge ſoll angezogen werden können, daß es vil mehr alsdann bey dem jährlichen Quanto von 10000. Gulden ſein unabänderliches Verbleiben haben ſolle.„

§. 28.

Religion. Die weltliche Reichsſtände ſeynd, was ihre Perſonen betrifft, von Rechtswegen und ordentlicher Weiſe nicht befugt, eine im Reich nicht eingeführte Religion anzunehmen.

Herr Prof. SCHOTT (1) ſchreibt zwar: „Mir iſt keine Stelle in

(1) in ſeiner Critic, 5. Band, S. 433.

in einem Reichs-Geseze, und namentlich in dem Westphälichen Friden, bekannt, wo denen weltlichen Reichsständen bey Verlust ihrer Reichsstandschafft untersagt wäre, sich für ihre **Person und Familie** zu einer in Teutschland nicht öffentlich angenommenen Religion zu bekennen. Freylich mögen unsere Vorfahren bey Errichtung derselben an so etwas nicht gedacht haben: Aber ein Fall, daran man bey Abfassung eines Gesezes gar nicht gedacht hat, kan wohl schwerlich als gesezwidrig, sondern höchstens nur als unentschiden, angesehen werden.„

Ich hingegen halte dafür, 1. allerdings seye so wohl bey dem Religions- als Westphälischen Friden an disen Fall gedacht worden, und 2. die in beeden Fridensschlüssen enthaltene Clausul: Daß ausser der Catholischen Religion und der Augsp. Confeßion keine andere Religion im Reich auch nur geduldet werden solle, gehe so wohl den grösten Churfürsten, als den geringsten Bauren, an.

Das, was sich mit Churfürst Friderichen zu **Pfalz** auf offenem Reichstag, wegen angenommener reformirter Religion, zugetragen hat, und wie er bloß dadurch, daß die Evangelische Stände ihn nicht als einen ihrer Religion Zugethanen haben mißkennen wollen, der Entsezung seiner Churwürde und Landesregierung entgangen ist, bestättigen dises zur Genüge.

Zwar haben wir dermalen einen der Griechischen Religion zugethanen Herzogen zu **Holstein-Gottorff**: Weil aber derselbige zugleich Thronfolger einer diser Religion beypflichtenden Crone ist; so können wenigstens Ander sich nicht auf dises Beyspil beruffen.

Was sonst von dem Hof-Gottesdienst zu sagen wäre, davon sehe man hernach **Cap. 5.**

§. 29.

Auch dritte Personen und Ausländer haben den einem teutschen Reichsstand gebührenden Respect nicht aus den Augen zu sezen; oder es wird von denen Reichs-Gerichten, ja gar von dem Kayser und Reich, geahndet. Respect-Verlezung.

Aus dem vorigen Jahrhundert kan ich dises Beyspil anführen:

27. Jan. 1634.

Zu **Lauenburg** Herzog Franz Julius contra Helmuth Schack de præs. 5. Dec. jüngsthin exhibet accusationem contumeliæ, sambt eventual-Acceptation und salvation Schrifft, cum annexa petitione legitima pœnæ banni.

Fiat communicatio cum termino trium mensium.

Zu Anfang des jezigen Jahrhunderts klagte der Biſchoff zu Würzburg dem Kayſer und geſammten Reich, daß der Cammer-Gerichts-Aſſeſſor Wigand ſich ſehr gegen den dem Biſchoff ſchuldigen Reſpect vergangen hätte, auch bey dem Cammer-Gericht keine Genugthuung deßwegen zu erhalten geweſen ſeye.

Die vile deßwegen an das Licht gekommene Schrifften erzählet Lünig. (1)

Endlich ſchloſſen An. 1704. 18. Apr. alle drey Reichscollegia (2): „Als man in allen dreyen Reichscollegiis dasjenige, welches ſo wohl von des Herrn Biſchoffen zu Würzburg Fürſtl. Gn. als dem Aſſeſſore Camerali Wigand, und dem Kayſerl. und Reichs-Cammer-Gericht zu Wezlar, in puncto læſi reſpectus Principis und deßwegen geſuchter Satisfaction, wie auch, was dagegen von gemeldtem Wigand eingewendet und vor verſchidene Prätenſionen gemacht, nicht weniger was hierinn von beſagtem Kayſerl. und Reichs-Cammer-Gericht ratione des geführten Proceſſes an allhieſigen Reichsconvent berichtet worden, in behörige Berathſchlagung gezogen; iſt, nach der Sachen reiffer Ueberlegung, davor gehalten und geſchloſſen worden: Daß hochgedachter Sr. Hochfürſt. Gn. zu Würzburg wegen des in denen pro extrahendis Proceſſibus übergebenen Supplicationen und andern durante Proceſſu producirten Handlungen, Schrifften und Impreſſis, lädirten Fürſtlichen Reſpects, der obgemeldte Aſſeſſor Wigand, über die durch zwey Memorialia dem Reich bekannt gemachte, noch eine fernere billigmäßige Reparation zu geben hätte: Diſer punctus læſi reſpectus Principis aber, und die deßwegen Sr. Fürſtl. Gn. gebührende Satisfaction, mit der am Kayſerl. Cammer-Gericht angebrachten Hauptſach, an eine Commiſſion für dißmahl, absque ulla conſequentia, dergeſtalt zu verweiſen ſeye, daß von diſer nicht allein ernannte Satisfaction in der Güte vergnüglich gegeben, ſondern auch mithin die ganze Hauptſache zwiſchen beyden Theilen und allerſeits Intereſſenten unterſucht, und gleicher maſſen amicabiliter erhoben; in deren Entſtehung aber der völlige Hergang und Verlauff, cum Voto, ad Cæſarem & Imperium von denen verordneten Commiſſarien referirt werden ſoll ꝛc.„

Den

(1) in der Biblioth. Deduct. 4. Theil, S. 126. Edit. 1745.
(2) v. Europ. Staatscanzl. 9. Theil, 257. S.

Den weiteren Erfolg habe ich anderwärts (1) erzählt; der endliche Ausgang aber ist mir nicht bekannt.

Anno 1705. 26. Jan. (2) liesse **Chur-Maynz** ebenfalls der gesammten Reichsversammlung eine ausführliche Vorstellung thun, wie der Cammer-Gerichts-Assessor von Pürck sich gegen des Churfürstens zu Maynz Person und Reichs-Erzcancellariatamt auf mancherley Weise gröblich vergangen habe.

Darauf wurde den 4. Apr. (3) ein Conclusum trium Collegiorum S. R. I. dahin abgefaßt: „Als in allen drey Reichscollegiis vorkommen, was gestalt der Assessor von Pürck, = = = wider besseres Versehen und Vermuthen, = = sich unterstanden, ein so genanntes Pürckisches Echo = = in Druck zu geben, und solches nicht allein an Ihre Churfürstl. Gn. zu Maynz, und andere vornehme Dero Herrn Mitstände, sondern in das ganze Reich, auch an die mehreste hiesige Gesandtschafften, ohne einigen Scheu keck herum zu schicken, und ferner anzüglich zu schreiben; wodurch er = = jetzthöchstgedachter Sr. Churfürstl. Gn. zu Maynz höchstes Reichs-Erz-Cancellariat und davon dependirendes Reichsdirectorium, = = auf eine ärgerliche, impertinente, böse Weise zu calumniiren und zu despectiren sich erkühnet; = = so ist, nach der Sachen reiffer Ueberlegung, und allen erwogenen dabey vorgegangenen wichtigsten Umständen, dafür gehalten und geschlossen worden: Daß = = er ein incorrigibler Mann, so die Justiz zu administriren um so weniger fähig, als er durch solches Ehrenrühriges Echo in der höchsten Person mehrhochgemelt Sr. Churfürstl. Gn. zu Maynz, als Erzcanzlern des Reichs und Ihres Reichsdirectorii, gegen alle Churfürsten und Stände, sonderlich das Churfürstliche hochlöbl. Collegium, gar zu empfindlich den ihnen gebührenden höchsten Respect verlohren, und deren höchst- und hohe Personen, die ihnen anklebende höchste Würde, Dignität und Præeminenz, damit allzusehr beleidiget, auch die Reichs-Gesandtschafften und characterisirte Ministros verächtlich tractiret, und gar zu vermessentlich anzugreiffen gesucht; = = = und dahero, diser seiner im Reichs nie erhörter übergrossen Vermessenheit und ärgerlichen offenbaren Incorrigibilität halber, als eine in der Notorietät bestehende Ungebühr, mit desto mehrerem und höchstem Fug und Recht,

(1) im Tr. von dem Recurs an den R. Convent, Cap. 2. §. 52. p. 180. Edit. 1737.

(2) v. Europ. Staatscanzl. 10. Th. 131. S.

(3) l. c. pag. 138.

1. der ihme vom Reich gegönneter hoher Aſſeſſorats-Stelle pro nunc & in futurum zu priviren, 2. die Schmähcarte, oder Pürckiſches infame Echo, ſamt den übrigen Schrifften, zu caßiren, 3. nebſt ſcharffer Verweiſung ſeiner (wohl eine mehrere Beſtrafung verſchuldeten,) groben Exceſſe, und unter Bedrohung härterer Strafe, zu Extradition eines genugſamen ſchrifftlichen Reverſes ernſt- und nachdrücklich anzuweiſen ſeye, daß ers fürs künfftige Ihro Churfürſtl. Gn. zu Maynz, als des Reichs Erzcanzlern, und Ihro Churfürſtl. Gn. zu Trier, als Kayſerl. und des Reichs Cammerrichtern, auch allen übrigen Churfürſten, Fürſten und Ständen des Reichs, und deren characteriſirten Miniſtris, mehreren und beſſeren ſchuldigen Reſpect bezeugen und beobachten, und weder mit Worten noch Wercken dagegen handlen, auch von dergleichen Calumnien ſo wohl in Schrifften, als dem Druck, ſich enthalten ſolle und wolle, u.ſ.w.„

In Sachen: Holſtein-Plöniſche Succeßion betreffend, floſſe Anno 1748. 12. Jul. ein Reichs-Hofraths-Concluſum ein:

4. Wird dem Innpetrantiſchen Juden Wertheimer ſeine anzügliche und, gegen einen Fürſten des Reichs zumahl, unziemliche Schreibart auf das nachdrücklichſte verwiſen; mit dem Anhang, ſich derſelben künfftig ſo gewiß zu enthalten, als ſonſten die Schrifften wieder hinausgegeben und weitere Kayſerliche Ahndung verhänget werden würde.

Was der Reichs-Hofrath An. 1720. 7. Mart. in Sachen: **Sachſen-Meiningen contra Sachſen-Meiningen** wegen des von einem von Adel verlezten Reſpects gegen den Erbprinzen Carl Friderich zu Sachſen-Meiningen reſolviret habe, ſehe man an unten (1) angezeigtem Ort.

Herzoglich-Würtembergiſcher Seits gabe man Anno 1744. in Druck:

Vorſtellung des verlezten Reichsfürſtlichen Reſpects, Hoheit und Würde insgemein, beſonders aber des Herzoglichen Hauſes Würtemberg, durch die von dem ehemaligen Würtembergiſchen General, Baron Franz Joſeph von Remchingen, nach ſeiner Eydbrüchigen Flucht, in das Publicum ausgeſtreuete Schmäh-Schrifften. fol.

Diſe wurde von der Würtembergiſchen Ober-Vormundſchafft dem

(1) in meinen auserl. R. Hofr. Concl. S. 173.

dem Reichsconvent mit dem Ersuchen communicirt (1): Einen solchen Comitialschluß zu veranlassen, wodurch dergleichen Lästermäuler in dem Publico gestopfet und reprimiret, der Reichsfürstliche Respect insgemein aufrecht erhalten und gerettet, Ihr, der Obervormundschafft, und dem Fürstl. Hause, die behörige Genugthuung verschafft, insonderheit aber gegen die schändliche Impressa so wohl, als den von Remchingen und seine Helffere, wie sichs, nach Maaßgab derer hieher einschlagenden Reichssazungen, wider solcherley famose und seditiose Libellen und deren Auctores & Propalatores, bey vorligenden aggravirenden Umständen, gebühre, von gesamten Röm. Reichs wegen verfahren werden möge etc. Die Sache kame aber bey dem Reichsconvent in keine Bewegung.

Der Fürst zu Ostfrießland verlangte An. 1691. am Reichs-Hofrath: Daß die Landstände, ordinaire Deputirte und Aßignatores, Se. Hochfürstl. Durchlaucht, auch Dero hohe angehörige Personen, etc. inn- und ausserhalb Landes, als am Kayserlichen Hof, und anderswo, mit Worten und Wercken nicht beleidigen: Und der Kayser resolvirte darauf: „Der Herr Fürst, und die Ihme angehörige Personen, = = inn- und ausserhalb Landes, sollen weder mit Worten noch Wercken beleidiget werden. „

Anno 1760. (2) beklagte sich **Solms-Braunfels** bey dem Reichsconvent, daß ein Cammergerichtlicher Senat einen Commissarischen Bericht, darinn Fürstliche Personen auf das verächtlichste mißhandelt worden seyen, gegen den Visitations-Abschid von 1713. §. 19. und 101. nicht verworffen und den Verfasser zur Strafe gezogen, vil mehr disen Bericht in einer Urtheil ad Acta zu registriren verordnet, und also seinen Innhalt gutgeheissen habe; mit Bitte um eine extraordinaire Reichscommißion und zu verschaffende hinlängliche Genugthuung: Die Sache kame aber bey dem Reichsconvent in keine Berathschlagung.

Anno 1744. 10. Oct. ergienge bey dem Cammergericht die Urthel (3): „Dann ist wider Lic. N. wegen seiner am 13. Jul. und 7. Sept. 1742. abgehaltenen höchst-anzüglichen, insolent-zumalen gegen Fürsten und Stände des Reichs und ihre Dicasteria, respectlosen Recessen, nicht nur die Straffe 5. Marck Silbers in den Armen-

Seckel

(1) v. THUCELII Acta Comit. 1744. Tom. 1. p. 233.
(2) H. OERTELS R. Tagsdiar. 1760. S. 111.
(3) Freyh. von CRAMER Nebenst. 1. Theil, 141. S.

Seckel = = reserviret; sondern es sollen auch gedachte beyde Recesse jezo in offentlicher Audienz durch den Pedellen durchstrichen und ausgelöschet werden; mit der Verwarnung, sich fürohin dergleichen Unternehmens, bey schwererer Strafe, zu enthalten. „

In Sachen: **Holstein-Plön contra** ꝛc. Juden **Wolf Wertheimer**, resolvirte der Reichs-Hofrath An. 1748. 12. Jul. „4. Wird dem Impetratischen Juden Wertheimer seine anzügliche, und gegen einen Fürsten des Reichs zumal unziemliche, Schreibart auf das nachdrücklichste verwisen; mit dem Anhang, sich derselben künfftig so gewiß zu enthalten, als sonsten die Schrifften wieder hinausgegeben, und weitere Kayserliche Ahndung verhängt werden würde. „

Was der **Teutschmeister** und einige Teutsch-Ordens-Rittere wegen eines von dem Fürsten zu **Oettingen** herausgegebenen, von Jenen gegen sie injurios gehaltenen, Impreßi am Reichs-Hofrath angebracht haben, ist in dem **nachbarlichen T. Staatsrecht** nachzusehen.

Und was in den Puncten der Ehrerbietung einschläget, welche Unterthanen ihren Landesherren schuldig seynd; davon ist der **Tr. von der Landeshoheit im Weltlichen** *Lib. 8. Cap.* 7. nachzuschlagen: So auch, was die Injurien und Thathandlungen derer Unterthanen gegen ihre Landesherrschafft betrifft.

§. 30.

Ausforderung.

Die Duelle seynd in Teutschland durch einen Reichs-Schluß überhaupt verboten; also gehet es auch nicht an, einen Reichsstand auszuforderen: Am allerwenigsten ist dergleichen Personen zu gestatten, die nicht gleichen Standes, und wohl gar eines anderen Standes Unterthanen, seynd.

Dahero wurde von dem Kayser An. 1766. 23. Jan. an den Teutschmeister rescribirt: Derselbe werde aus der beygeschlossenen Fürstlich-Oettingischen Anzeige ersehen, was massen der Landcommenthur, Freyherr von Lehrbach, ingleichem der Noviz von Bubenhofen, aus Veranlassung der annoch auf Kayserlicher Decision beruhenden Streitigkeit mit dem Herrn Fürsten von Oettingen, so weit gehe, daß ersterer so gar, sich an des ersagten Herrn Fürsten eigener Person mit Thätlichkeiten zu vergreiffen, auf eine so sträflich- als verbottene Art drohe, und gegen das Duell-Edict Vorwürffe mache, lezterer aber so gar ermeldten Herrn Fürsten zu Oettingen zu einem Zweykampf auffordere: Wie nun dergleichen gegen die offenbare

Reichs-

Reichsgeseze, den Landfriden und gegen das in das Reich erlassene Duell-Edict lauffende Beginnen Kayserliche Majestät, Krafft tragenden allerhöchsten Amts, nach Vorschrifft derer Reichsgeseze, auf das nachdrücklichste bestrafet wissen wollen; als befehlen Dieselbe dem Herrn Teutschmeister, dem von Lehrbach und von Bubenhoven alle Thätlichkeiten gegen des Herrn Fürsten zu Oettingen Person, ernstlich, und bey nahmhaffter in den Reichsgesezen vorgeschribener Strafe, zu untersagen, zugleich aber, wegen der bereits schrifftlich ausgestossenen Drohungen, Vorwürffe und Ausforderung, gegen ersagten Freyherrn von Lehrbach und von Bubenhoven, nach Innhalt des Duelledicts, mit der Untersuchung und Bestrafung vorzuschreiten, und, wie derselbe die Untersuchung angefangen habe, und solche ferner fortzustellen gemeinet seye, bey Ihro Kayserlichen Majestät inner zwey Monathen um so gewisser unverzüglich anzuzeigen, als Sie sonsten, nach Verfluß ersagter zweyer Monathen, nach Vorschrifft der Geseze, gegen die Thäter Selbst hervorgehen würden. Den 12. Dec. erfolgte auch ein inhäsiv-Rescript (1): Von dem weiteren Erfolg aber ist mir nichts bekannt.

§. 31.

Injurien.

Hinwiederum aber haben auch die Reichsstände sich aller Injurien gegen Andere zu enthalten, oder sie müssen es sich gefallen lassen, daß sie deßwegen gerichtlich belangt werden; davon dises Reichs-Hofraths-Concluſum ein Beyspil an die Hand gibt:

3. Jun. 1651.

v. Metternich Emmerich Wilhelm vnd Lotharii Gebrüdere Freyherren, contra Herrn Philipps Christophen des Geschlechts von Sötern, Erzbischoffen zu Trier, de præs. hesterno docent per instrumentum Notarii, daß sie den Herrn Churfürsten in puncto injuriarum nach Anleitung der in dem Januario hujus anni ergangenen interlocutori vmb Benennung 3. Churfürsten oder Fürstenmeßig requiriret, derselbe aber einen Monath verstreichen lassen, vnd sich, ob neglectam formam, des privilegii 1.mæ instantiæ vnfähig gemacht vnd ihnen den Weg ihrer Action bey Ihrer Kayserl. Majestät fortzusezen eröfnet, exhibiren derentwegen ein articulatum libellum injuriarum, vnd bitten zu erkennen, daß dem Herrn Churfürsten nit gebührt, sie geklagter massen an ihren Ehren anzugreiffen, sondern daß er daran zu viel vnd unrecht gethan, vnd zur

(1) v. Mein R. Staats-Handb. Part. 2. p. 263.

reparation 300. Gold-Gulden zu erſtatten ſchuldig ſeye, Falls aber vorhero eine Citation vonnöthen, ſo bitten ſie ſolche neben Beyfügung des articulati libelli zu erkennen. Apponit ſub A. copiam Chur-Trieriſcher Supplication vnd darauf über den Lottringiſchen erfolgten arreſt. Apponit inſtrumentum Notarii.

„Fiat Citatio, cum inſertione libelli, an den Herrn Churfürſten ſub termino 2. menſium.

§. 32.

Gefangenſchafft.

In dem Tübingiſchen Vertrag von 1514. zwiſchen Herzog Ulrichen zu Würtemberg und ſeinen Landſtänden heißt es unter anderem: „Dergeſtalt ſoll es auch gehalten werden (1), wo ein regierender Fürſt, das GOtt verhüt, gefangen würde; und ſoll die Landſchafft alsdann zu Erledigung ihres regierenden Landesfürſten treulich helffen, und ſolche Hülff mit ihrem Rath und Wiſſen fürgenommen werden; wie dann bey Herzog Ulrichs Voreltern geſchehen iſt. „

§. 33.

Ceremoniel.

Wie es ein jeder Herr mit dem ſeine Perſon betreffenden Hofceremoniel, z. E. der Galatäge, Gratulationen, Condolenzen, u. ſ. w. wolle gehalten haben, kommt lediglich auf ihne ſelber an. Z. E.

Der Churfürſt zu Cölln lieſſe An. 1768. 3. Sept. diſes Edict ergehen: „Gleichwie Wir gnädigſt entſchloſſen haben, ſämtliche Uns Untergebene in Zukunfft wegen ſchrifftlicher Anwünſchung des neuen Jahrs der Mühe mildeſt um ſo mehr zu überheben, als Wir Uns ohnehin ihrer getreueſten Devotion verſichert halten; = = = als laſſen Wir diſe Unſere gnädigſte Willensmeinung hierdurch mit dem Befehl bekannt machen, daß ſich Jedermann darnach gehorſamſt zu achten habe etc. „

Von dem Ceremoniel des Kayſerlichen Hofes gegen Reichsſtände von allen Gattungen in Perſon wünſchte ich eine Abhandlung von Jemanden, der darzu mit denen benöthigten Subſidien verſehen iſt.

Anno 1773. berichteten die Zeitungen: Als der Erzbiſchoff zu Salzburg auf dem Kayſerlichen Luſtſchloß zu Laxenburg angelangt, ſeyen ihme, auf allerhöchſten Befehl, Zimmer in diſem Schloß zur Bewöhnung angewiſen worden.

Dergleichen habe ich noch von keinem weltlichen regierenden Reichsfürſten geleſen.

§. 34.

(1) Nemlich, daß die bewilligte Landſteuer ſtillſtehen ſolle.

§. 34.

Ob unh wie ferne die in disem Capitel angezeigte Stücke einen Beweis der Landeshoheit abgeben, oder ni t? gehöret nicht hieher, sondern in die Abhandlung von der Landeshoheit überhaupt. Einiges remissive.

Drittes Capitel.

Von der Landes-Regierung bey Abwesenheit des Landesherrns.

Innhalt.

Von denen Evangelischen geistlichen Reichsständen.

§. 1. Abwesenheit.

Von denen Catholischen geistlichen Reichsständen.

§. 2. Regiments-Bestellung in der Abwesenheit. §. 3. Particular-Statthaltere.

Von denen weltlichen Reichsständen.

§. 4. Statthaltere, etc. §. 5. Von Oesterreich ꝛc. §. 6. Bayern, §. 7. Chur-Sachsen, §. 8. Chur-Brandenburg, §. 9. Baden, §. 10. Hessen, §. 11. Holstein, §. 12. Ostfrießland, §. 13. Pommern, §. 14. Würtemberg; §. 15. Noch einiges.

* * *

Von denen Evangelischen geistlichen Reichsständen.

§. 1.

Abwesenheit.

Ausser deme, was bereits in dem nächstvorhergehenden Capitel vorgekommen ist, weiß ich nichts besonderes zu sagen, so sich hieher schickte.

* * *

Von denen Catholischen geistlichen Reichsständen.

§. 2.

Regiments-Bestellung in der Abwesenheit.

Weil es sich bey denen Catholischen Erz- und Hochstifftern leicht-

leichtlich zuträget, daß Ein Herr mehrere Stiffter bereits hat, oder doch künfftig zusammen bekommen dörffte; so pfleget in ihren Wahl-Capitulationen vorgesehen zu werden, wie es auf solchen Fall mit der Landesregierung zu halten seye. s. 2. Theil, S. 115.

In der Osnabrückischen Capitulatione perpetua wird §: 34. verordnet: „Da die Nothdurfft erforderte, daß ein Bischoff wissentlich ein ganzes Jahr, oder länger, von dannen ausser dises Stiffts sich begeben müßte, und also in obgedachter oder längerer Zeit disem Stifft in Person nicht vorstehen könnte; so mögen zwey aus dem Domcapitel, nebens dem Canzler und Räthen dises Stiffts, interimsweise biß zu seiner Wiederkunfft die Regierung führen. „

In der Osnabrückischen Capitulation de An. 1698. aber lautet es: „8. Da Er (Electus) ein ganzes Jahr, oder länger ausser Stiffts sich erheben, oder ab Electione, vel Postulatione anfänglich ausbleiben, oder post Confirmationem & Regalia hinwider absentiren, und selbigem in eigener Person nicht vorstehen würde; soll nothwendig, & absque ulla exceptione, die Regierung und Canzley durch einen Landes-Fürstlichen Statthalter aus dem Hochehrwürdigen Domcapitul administriret werden. „

In einer Regenspurgischen Capitulation liset man art. 37. In absentia vero per reliquum temporis, præsertim cum justis de causis longiori tempore Nos abesse contingeret, certum à Nobis, cum Capituli consensu, deputatum Canonicum, Decano solo excepto, ad vices gerendas constituemus, qui in Nostra absentia providenter commissam sibi administrationem in temporalibus solum, cum Consilio Capituli, gubernabit, cui & Sigilli Nostri, litterarumque Diœcesim concernentium aperiendarum, potestas collata erit; semper tamen, pro temporis circumstantia, resolutionem à Nobis de quibusvis temporalibus rebus expectabit.

In der Würzburgischen Capitulation de An. 1684. heißt es art. 36. Quoties, cum consensu Capituli Nostri, extra Diœcesim Nostram ob secularia negotia alio proficisci, vel in Diœcesi hinc inde iter faciendum sit, obligati erimus, vel D. Præpositum, vel D. Decanum, vel, si hi nolint, alium Canonicum capitularem, pro Locumtenente ordinare, qui Nostro nomine omnia negotia secundum Justitiam administret, tractet & expediat; sin vero graviora occurrerent, & in mora periculum foret, cum consensu Capituli exequentur, ac sive in sive extra Diœ-

Diœceſin Noſtram proficiscamur, ſemper duo Canonici Nobis aderunt. Der Biſchoff aber gloßirte nachhero darüber: Caſſato Capitulationis juramento R. C. Suæ fas & jus eſt, pro ſuâ libertate, diſcedendo à Diœceſi, deputare & conſtituere Canonicos & Miniſtros ſibi bene viſos, quibus cum fiducia ſingulari poteſt adminiſtrationis ac ſollicitudinis Suæ partes tam in ſpiritualibus quam in temporalibus domi ſecure & ita demandare, ne per alios forte in Capitulatione præſcriptos & ſibi ex variis cauſis adverſantes plus in adminiſtratione deſtruatur, quam ædificetur.

Der jezige Johanniter-Ordensmeiſter iſt ſchon vile Jahre in Maltha; dahero in Teutſchland ein Statthalter deſſen Stelle verſiehet: Von dem Streit aber: Ob er denſelbigen ohne Bewilligung des provincial-Capituls abſchaffen könne? iſt in dem Tr. von den Rechten der Teutſchen Unterthanen nachzuſehen.

§. 3.

Es gibt aber auch particular-Statthaltere, welche nur über gewiſſe Diſtricte geſezet ſeynd. Z. E. ſo hat der Churfürſt zu Maynz einen Statthalter im Eichsfeld, und einen zu Erfurt; ja in Maynz ſelbſten iſt, auch bey Anweſenheit des Churfürſtens, ein Statthalter. Alle werden aus denen Domcapitularen genommen. Particular-Statthaltere.

* * *

Von denen weltlichen Reichsſtänden.

§. 4.

Ein reſp. beſtändig oder eine Zeitlang abweſender Regent kan, ordentlicher Weiſe, nach freyem Belieben diſponiren, wie es während der Abweſenheit mit der Landes-Regierung gehalten werden ſolle, und zu ſolchem Ende entweder ganze Collegia, oder einzele Perſonen, zu ſeinen Statthaltern, oder Bevollmächtigten, oder wie man ſie ſonſt nennen will, erkieſen: Zuweilen aber gibt die Statthalterſchafft auch ein Objectum ab, worüber zwiſchen dem Landesherrn und denen Landſtänden Receſſe getroffen werden, oder worüber auch wohl gar Streitigkeiten entſtehen. Statthaltere, etc.

§. 5.

Die Oeſterreichiſche Regenten halten zuweilen in ihren Niderlanden einen General-Gouverneur, oder Gouvernante. Dergleichen ware unter Kayſer Carl VI. deſſen Prinzeßin Schweſter, und unter der jezigen Kayſerin-Königin erſtlich ihre Frau Schweſter, vermähl- Von Oeſterreich, ꝛc.

vermählte Prinzeßin von Lothringen, und seit deren Tod ihr hinterlassener Gemahl, Prinz Carl von Lothringen.

Prinz Carl Philipp zu Pfalz ware, ehe er Churfürst wurde, des Kayſers, seines Neveus, Statthalter in Tyrol.

Die Evangelische Landstände in Oesterreich ob der Ens behaupteten zwar An. 1619. ein Statthalter könne nicht ohne ihren Willen bestellet werden: Nun aber werden sie dergleichen nicht mehr verlangen.

§. 6.

Bayern. Als An. 1514. Herzog Wilhelm in Bayern einen Reichs-Convent besuchen wollte, gab er seiner Landschafft zu überlegen (1): Wem Er in seinem Abwesen die Fürstliche Regierung befehlen solle?

§. 7.

Chur-Sachsen. Als Churfürst Friderich August zu Sachsen An. 1697. König in Pohlen wurde, ernannte er den Fürsten Anton Egon zu Fürstenberg zum Statthalter seiner Churfürstlichen Lande, und liesse es mit in ein Mandat vom 17. (27.) Jul. einfliessen.

§. 8.

Chur-Brandenburg. In dem Chur- und Marckischen Landtagsabschid von 1653. liset man: „ſ. 70. Betreffend dasjenige, was Unsere getreue Landstände wegen Bestellung eines Statthalters erinnert; wissen Wir anders nicht, als daß Wir die ganze Zeit Unserer Churfürstlichen Regierung, so offt Wir Uns aus Unsern Landen begeben müssen, Uns in disem Stück allemal dergestalt erwisen, daß Unsere getreue Stände damit fridlich gewesen; und sind nochmals des gnädigsten Erbietens, auf dergleichen Fall ins künfftige solche gnädigste Anstalt zu machen, daß die Stände, darüber mit Fug Klage zu führen, nicht Ursache haben mögen. „

In dem Clev- und Marckischen Landtagsabschid de A. 1649. heißt es: „Dabeneben (Wir) so wohl in Staats- und Justiz- als auch œconomischen Sachen Graf Moritzen zu Nassau zu Unserem jetzigen Statthalter anordnen wollen, welche stets in loco residiren, alle Staats- und Landes-Sachen, insonderheit aber Unsere Landes-Fürstliche Hoheit und Regalia, mit schuldigen Treuen, nach Anleitung Ihrer Pflichten, damit Sie Uns und Unsern Nachkommen jedesmahl sich verwandt zu machen schuldig, auch Unserer Ihnen ertheilten sonderbahren Instruction, respiciren und beobachten sollen: Wann aber diser

(1) v. STRUVENS histor. polit. Archiv. Part. 4. p. m. 115.

diſer Unſer Statthalter ins künfftige abgehen, und Wir einen andern wieder einſezen würden, wollen Wir zuforderſt den Ständen andeuten, was für eine Perſon Wir darzu aufzunehmen gnädigſt gemeint, da ſie alsdann dagegen etwas erhebliches einzuwenden hätten, ſollen ſie, die Stände, darüber gehöret und darinn nach Befinden ſtatuiret werden.„

In dem Landtagsabſchid de Anno 1660. aber liſet man nur: „Dabeneben aber auch ſo wohl in Staats- und Juſtiz- als öconomiſchen Sachen Fürſt Mauritzen zu Naſſau Lbd. bey dem allbereit etliche Jahre verwalteten Statthalter-Amt continuiren wollen, welche ſtets in loco reſidiren, alle Staats- und Landesſachen, inſonderheit aber Unſere Landesfürſtliche Hoheit und Regalien, mit ſchuldigen Treuen, nach Anweiſung Ihrer Pflichten, damit Sie Uns und Unſeren Nachkommen jederzeit ſich verwandt zu machen ſchuldig, auch Unſerer Ihnen ertheilten ſonderbaren Inſtruction, reſpiciren und beobachten ſollen: Wann aber diſer Unſer Statthalter ins künfftige abgehen, und Wir einen andern wieder anzuſtellen nöthig zu ſeyn ermeſſen würden, wollen Wir ſolches, und was es vor eine Perſon ſeyn ſoll, Unſern getreuen Ständen zeitig notificiren.„

In dem Reichs-Hofraths-Protocoll finde ich diſes:

30. Jun. 1650.

von Blumenthal Joachim Friderich Freyherr; ſive der Herr Churfürſt zu Brandenburg in literis ad Imperatorem de præs. 26. Maij huj. anni, notificat Suæ Majeſtati, daß er gedachtem von Blumenthal zu ſeinem Geheimben Rath vnd Statthalter des Fürſtenthumbs Halberſtatt aufgenommen vnd geordnet habe, der vnterthänigſten Zuverſicht gelebend, Ihre Kayſerl. Maj. werden Ihro ſolches gefallen laſſen.

Reſpondeatur Domino Electori, daß Ihro Kayſerl. Maj. damit gnädigſt wohl zufriden.

So vil ich aber finden kan, ware die Urſach, warum der Churfürſt diſen Bericht, (der ſonſt ſonderbar ſcheinen würde,) an den Kayſer erſtattet hat, ware diſe, weil diſer Freyherr von Blumenthal vorhin als Kayſerlicher Miniſter an dem Chur-Brandenburgiſchen Hof geſtanden hatte.

§. 9.

Marckgraf Chriſtoph I. zu Baden übergabe, (ſchon oben berührter maſſen,) Anno 1515. Leibes Blödigkeit halber, ſeine Lan- Baden.

de seinen Prinzen, daß sie solche in seinem Namen, als seine Statthaltere, vier Jahr lang führen sollen ꝛc.

§. 10.

Hessen. König Friderich in Schweden ernannte, als ihme die Hessen-Casselische Lande anfielen, seinen Bruder, Prinz Wilhelm, zum Statthalter derselbigen.

§. 11.

Holstein. Die Schleßwig-Holsteinische Landesfreyheiten vom Jahr 1460. enthalten einiges von der Statthalterschafft des Königs in Dänemarck in disen Landen.

Wie König Christian Anno 1466. Graf Gerharden zu Oldenburg zu seinem Statthalter im Holsteinischen gemacht habe; davon kan die Urkund beym LÜNIG (1) nachgelesen werden.

Anno 1762. 14. Nov. liesse die Kayserin in Rußland in ein Schreiben an den Reichsconvent einfliessen, daß sie, als Vormünderin ihres Prinzens, des Herzogs zu Holstein-Gottorff, den Prinzen Georg Ludwig zu Holstein zum Administratore und Statthalter seiner Lande verordnet habe.

§. 12.

Ostfrießland. In Ostfrießland wurde Anno 1663. verglichen: „Wenn Ihro Hochfürstl. Gnaden sich auſſer Landes begeben müssen, sollen Dieselben einen qualificirten Landsassen zum Statthalter machen, und davon denen ordinarien Deputirten Nachricht geben, damit selbige, an wen sie sich bey unverhofftem Fall zu addreßiren hätten, wissen mögen.„

Anno 1691. brachten die Ostfriesische Landstände beym Reichs-Hofrath an: „*Gravamen 6.* Besagen auch bemeldte Accorden ausdrücklich, wann ein regierender Landesfürst eine Zeitlang auſſer Landes sich begeben möchte, daß er alsdann, in währender seiner Abſenz, einen Statthalter, der ein qualificirter Landsasse seye, anstellen und davon denen ordinair-Deputirten der Stände und der Statt Emden Notification thun solle; Haagische Accord *de An. 1662.* Statt Emden *Gravam. Art. 2. V. 2. p. 174.* Emder Vergleich *de An. 1662. ibid. p. 225. Final-Recess de An 1663. ibid. p. 354. & 355.* Weil aber auch dises eine Zeit her nicht observirt worden, sondern die Regierung in solchen Fällen denen Fürstlichen

(1) von der landsäß. Ritterſch. Tom. 2. pag. 854.

lichen Canzlern und Räthen ſamt und ſonders, welche meiſtentheils Ausländer, anvertrauet worden; ſo wird gebeten, daß ins künfftige diſen Texten der Accorden ſtricte nachgelebet werden möge.„

Die Kayſerliche Reſolution darauf lautete: „Werden die Landſtände auf die Fürſtliche Reverſales und die von ihnen allegirte in denen Reverſalibus beſtättigte Accorden und Emdiſchen Vergleich von An. 1662. und final-Receß von Anno 1663. verwiſen.„

§. 13.

Von Pommern berichtet MEVIUS (1): „Die erſtgemeldte Landesverfaſſung thut inſonderheit von des Statthalters Perſon und Amt alſo verordnen, daß darzu eine Perſon, die ihres Standes und Qualitäten halber mehr authoriſiret, zu beſtellen, und zwar, da im Lande jemand Gräfliches oder Herrenſtandes dazu qualificiret, vor andern darzu employren: Sonſt aber, da es nach Gelegenheit der der Zeit und Umſtände ſich nicht allwege ſchicken wollte, den Ritter- und Adelſtande, wann aus diſem jemand genugſam darzu qualificiret befunden würde, der Acceß darzu offen ſey; jedoch je und alle Wege für und für zu ſolchem vornehmen Amte niemand, wes Standes er ſey, ohne vorgehabten Rath der ſämmtlichen Landſtände, und auch ſonderlich der Collegen des Regierungs-Collegii, beruffen und beſtellet werden ſoll. Des Statthalters Amtsverrichtungen beſtehet nach Einhalt jeztgemeldter Verfaſſung hierinn: Daß er 1. in Abweſenheit der hohen Landesobrigkeit, an dero ſtatt, an dem Orte, da das Collegium der Regierungs-Räthe und das Archivum, reſidire. 2. Als das Caput Conſilii, und Ober-Regierungsrath, die Ober-Direction und Inſpection über Geiſt- und Weltliche Sachen, wie ſie Namen haben, in Kriegsläufften und in Fridenszeiten führe und beſtelle. 3. Auf alle Occurenzien, inſonderheit, daß die beym Collegio der Regierungs-Räthe, bey das Hof-Gericht, Oeconomie auf Aemtern, oder ſonſt, beſtellet werden, und alle, ſo der Herrſchafft mit Dienſten und Pflicht verwandt, der Regimentsverfaſſung und ihrer Beſtallung zu Folge, ihre Amtsſchuldigkeit verrichten, Aufſehen habe, und bey verſpürten Mängeln, ſolche beſſere und corrigire. 4. Was in wichtigen Sachen vorkommt, auf vorhergehende Communication mit dem Präſidenten, durch denſelben, oder für ſich ſelbſt, in den Regierungs-Rath bringe, proponire, die Conſultationes und Vota befördere. 5. Zu allerlezt darüber ſein Votum Pommern.

(1) in der Pommer. Landesverfaß. Cap. 8. p. m. 966.

tum eröffne, und, daß der Rathſchlag zum Schluß komme, dirigire. 6. Daß alles, ſo in publicis, oder andern importanten Sachen, vorläufft, und ſo wohl der Reſolution als Expedition bedürfftig, durch die Räthe oder andere Beamte, welchen es obliget, verrichtet und ausgeführet werde, beſchaffe. 7. Was von ſonderlichen Wichtigkeiten, nachdem es von dem Präſidenten und Canzler revidiret, im Namen der Landesfürſtlichen Obrigkeit unterſchreibe. 8. Zum öfftern, inſonderheit wann es die Nothdurfft erfordert, im Lande viſitire, die Mängel, ſo in Eccleſiaſticis, Publicis & Oeconomicis etwan fürkommen möchten, erkundige, und derſelben Remedirung anordne. 9. Dem Landtage beywohne. 10. Jährlich zu unterſchidlichen mahlen diejenige, welchen das öconomiſche Weſen anbefohlen, zuſammenfordere, die Anſchläge examinire, Austheilung der Fürſtlichen Aemter Intraden mache, und anordne; inſonderheit ſich eines gewiſſen Schluſſes mit dem Cammer-Rath vereinige, wie dieſelbe wieder angerichtet, verbeſſert, und adminiſtriret werden. 11. Darob ſeyn, daß allen beſtalten Räthen, Officiern und Dienern ihr gebührendes Salarium und Deputat zu rechter Zeit gereichet und abgefolget werde. „

Und in der Regierungs-Form der Königlich-Schweden-Vor-Pommeriſchen Lande de Anno 1663. ſtehet: „ Tit. 4. Weil Wir = = in Perſon daſelbſt nicht gegenwärtig ſeyn können; ſo wollen Wir, an Unſere Stelle, eine vornehme hohe qualificirte Perſon, und zum wenigſten aus Unſerm Reichs-Rath, allemahl einen Statthalter beſtellen und authoriſiren, welcher in Unſerm Namen, ſamt denen ihm zugeordneten Perſonen, = = die Regierung führen ſoll. „ Ferner Tit. 6. „ Von des Statthalters Amt und Perſon. Weil Uns ſo wohl, als nachkommender Herrſchafft, zu ſonderlichem Reſpect und Ruhm, Unſern Unterthanen auch zu Ehren und Frommen, gereichet, wenn zu diſem vornehmen Amte beſtellet werden, die ihres Stands und Qualitäten halber mehr als andere authoriſiret; ſo ſind Wir entſchloſſen, eine vornehme hohe qualificirte Perſon, und zum wenigſten aus Unſern und der Cron Schweden Reichs-Rath, allemahl einen Statthalter bey Unſerer Regierung in Pommern zu conſtituiren, jedoch von Gräflichen und Herrn-Stands-Familien: Wann auch andere rittermäßige Adels-Perſonen in Pommern ſich ſolcher Geſtalt qualificiret, und vermittelſt ihrer Tugend und Affection gegen Uns und Unſer Cron ſich meritirt machen, daß einer oder der ander in den Reichs-Rath von Uns oder Unſern Succeſſoren künfftig

tig mitgenommen werden könnte, oder würde, ſollen dieſelbe nicht ausgeſchloſſen, ſondern der Acceß zu ſolcher Dignität ihnen unbenommen ſeyn. Die Munia Officii oder Verrichtungen des Statthalters anreichende, ſoll er allemahl dem Collegio der Regierungs-Räthe in loco Regiminis zu Alten-Stettin, oder wo es Uns, Unſern Succeſſoren und Cron Schweden, gelegen ſeyn möchte, an Unſer oder Unſerer Succeſſoren ſtatt reſidiren, das Caput ſelbigen Collegii repräſentiren, die Ober-Direction und Inſpection über geiſt- und weltliche Sachen, wie ſie Namen haben und in vorigen Tituln mit mehrerem ſpecificiret, führen und beſtellen, auf alle Occurrentien ein ſtetes aufmerckendes Auge haben und ſonderlich dahin ſein Abſehen richten, daß alle und jede, ſo wohl bey dem Civil- als Militarſtaat in Pommern verordnete hohe und nidrige Bediente, jeziger Verfaſſung und ihrer Beſtallung zu Folge, ihr Amt, Schuldigkeit und Gebühr verrichten, und, wenn daran ein Mangel verſpühret würde, alsdenn, nach befundenen Umſtänden, durch oder nächſt denjenigen, denen es ihrem Beruff nach zuſtehet, Aenderung, und, nach der Fälle Gelegenheit, Beſtraffung befordern: Was auch in obberührten wichtigen Sachen vorkommt, zuforderſt mit dem Hof-Gerichts-Präſidenten, als nächſt dem Statthalter dem vornehmſten Regierungs-Rathe, communiciren, durch deſſen Perſon, oder, wo es ihme beliebet, für ſich ſelbſt, über dem, was in Rath zu bringen nöthig, die Conſultationes befördern, demſelben, wie auch allen andern Audienzien, wenn es der Sachen Wichtigkeit erfordert, perſönlich beywohnen, was in publicis und andern importanten Sachen einkommt, und ſo wohl einer Reſolution als Expedition bedürfen, oder auch in geiſtlichen und öconomiſchen Sachen fürfällt, durch die darzu verordnete Bediente, oder auch ſämtliche Räthe, wohl erwegen, verrichten, und von denen, welchen es zuſtehet und gebühret, ausfertigen laſſen; was auch alſo von ſolcher Wichtigkeit expediret worden, muß der Präſident und Canzlar revidiren, und wann er, der Statthalter, ſolches geſehen und approbiret hat, zur Ausfertigung befördern, auch darauf derſelbe, nebſt dem Präſidenten und Canzlar, ſolches unterſchreiben. Der Statthalter ſoll ſich auch der Mängel, ſo in eccleſiaſticis, politicis & œconomicis etwa vorkommen möchten, erkundigen und derſelben mögliche Remedirung anordnen, denen Landtägen, wenn ſie gehalten werden, beywohnen, und dieſelbe dirigiren, auch, neben denen andern Regierungs-Räthen, dahin gute Vorſorge tragen, daß ein

jeder der Bedienten sein ihm zugeordnetes Salarium richtig und zu rechter Zeit bekommen möge. „

§. 14.

Würtemberg. In Kayser Carls V. als Inhabers des Herzogthums Würtemberg, Commissarien Erläuterung vom Jahr 1520. des Tübingischen Vertrags vom Jahr 1514. ist zu lesen: „Zum 3ten: Nachdem Königl. Maj. Unserm allergnädigsten Herrn, und disem Fürstenthum an einem Statthalter, als dem obristen Haupt diß Regiments, darauf alle andere Glieder ein Aufsehens haben sollen, nit wenig, sondern mercklich gelegen ist, und Wir dann den Wohlgebohrnen Herrn, Herrn Maximilian von Bergen, Königl. Majest. obristen General-Orator in Teutschen Landen, an Ehren, Tapferkeit, Gottesforcht und Weißheit dermassen hören rühmen, auch zum Theils selbs bey Sr. Gnaden gesehen und erfunden haben, daß wir Sein Gnad zu solchem und grösserm sonderlich geschickt erkennen, und deshalben vor allen andern hohen unterthänigen und geneigten Willen zu Sr. Gnaden tragen; so bitten wir (die Landschafft) auf das allerhöchst, so wir immer können, ganz demüthig und unterthäniglich, Sein Gnad wolle, uns zu Gnaden und Willfahrung, sich solches Amts gnädiglich unterfahen, dasselb versehen und annehmen; wollen wir unser Ehr, Leib und Gut, auch alles unser Vermögen, zu Se. Gnaden treulich sezen, und in allweg als fromm Prälaten und gehorsame Unterthanen bey Se. Gnaden das Best thun; ungezweifelt, es werde Se. Gnaden, auch Land und Leuten zu Wohlfahrt und Gutem erschiessen: Wo es aber je Sr. Gnaden Gelegenheit nicht seyn wollte oder möchte, im Land persönlich zu bleiben, daß doch Se. Gnad die Ehr und den Namen desselbigen Amts gnädiglich auf sich nehmen, durch einen andern an Sr. Gnaden statt versehen, und dannoch daneben ein gnädiges Aufsehen auf diß Land haben, dasselbig mit Gnaden bedencken, und im gnädigem Befehl, Schuz und Schirm halten und handhaben, damit Prälaten und gemeine Landschafft zu Sr. Gnaden Person tröstlich Zuflucht suchen und haben mögen: Das wollen wir um Se. Gnad insonderheit demüthigst und unterthänigst verdienen. „ (Das folgende betrifft den Canzlar Lamparter.)

(Resolution darauf:) „Auf disen Articul haben Wir Maximilian von Bergen, Herr von Sibenbergen ꝛc. und ich, Doctor Georgius Lamparter, dise Antwort geben: Daß Wir uns zu disem gros-

groſſen Werck und Laſt nicht genugſam erkennen; zu dem Ihr Königl. Maj. Räth und Diener ſeyn, und diſe Beſatzung zu Ihr Majeſtät ſtehe, darzu Wir uns auch darinn bedencken und halten, wie Uns gegen Ihr Majeſtät zu thun wohl gebührt. „

Anno 1522. machte der Kayſer ſeinen Bruder, Erzherzog Ferdinanden, zum Statthalter diſes Herzogthums, trate ihme aber ſolches bald hernach eigenthümlich ab.

Nun pflegen die Herzoge zu **Würtemberg** in der Fürſtlichen Grafſchafft **Mömpelgart** und deren Zugehörden bald einen Gouverneur, bald einen Präſidenten, zu halten.

§. 15.

Worinn die Verrichtungen ſolcher Perſonen beſtehen, und wie weit ſich ihre Gewalt erſtrecke oder nicht? kommt auf die Landesverträge, auſſer deme aber auf jeden Regentens ſelbſteigenes Belieben, an. Noch Einiges.

Viertes Capitel.

Von der Reſidenz, dem Hofſtaat, denen Orden und der Leibwache eines Reichsſtandes.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Reſidirung im Stifft; der Evangeliſchen, §. 3. der Catholiſchen. §. 4. Aufenthalt im Land der Weltlichen. §. 5. Reſidenz, der Geiſtlichen, §. 6. der Weltlichen. §. 7. Schloßbau. §. 8. Freyheiten der Reſidenzien. §. 9. Luſtgärten ꝛc. §. 10. Hofſtaat, der Geiſtlichen, §. 11. der Weltlichen. §. 12. Erbämter. §. 13. Lehen-Hofdienſte. §. 14. Ritterorden, der Geiſtlichen, §. 15. der Weltlichen. §. 16. Schloßwacht. §. 17. Leibwache, der Geiſtlichen, §. 18. der Weltlichen. §. 19. Hofbefreyte. §. 20. Hofſtaatsfrohnen. §. 21. Landreiſen. §. 22. Hofceremoniel.

§. 1.

Hieher gehörige Schrifften: Schrifften.

Beuttel (Joh. Mart.) Tr. Juris publici: de Reſidentiarum S. R. I. Electorum, inprimis Archiepiſcopi Colonienſis, ut & Sedis Judicii Cameræ Imperialis, immunitate ab onere Hoſpitii militaris. Berlin, 1764. 4.

Carrachs (Joh. Phil.) Grundſäze und Anmerckungen zur Känntniß des Teutſchen Hofrechts; in den Hall. Anz. 1757.

von Moser (Frid. Carl.) Teutſches Hofrecht. 2. Theile. Franckfurt und Leipzig, 1754. 55. 4.

Struve (Ge. Ad.) de juribus Palatii Principalis. Jena, 1689. 4. 1737. 4.

Stryck (Joh. Sam.) de Sanctitate Reſidentiarum; vom Burgfriden. Halle, 1697. 4. 1739. 4.

Die Schrifften von denen Erbhofämtern und von der adelichen Lehenleuten Hofdienſten kommen in dem Tr. von der teutſch. Lehens-Verfaſſung vor.

§. 2.

Reſidirung im Stifft; der Evangeliſchen.

Von der Reſidirung Evangeliſcher geiſtlicher Reichsſtände in dem Stifft will ich diſes zum Beyſpil anführen.

Die Abbtißin zu Gandersheim mußte An. 1612. in ihrer Capitulation verſprechen: Um mehrerer guten Regierung willen, bißweilen bey dem Stifft ihre ordentliche Reſidenz zu halten.

Anno 1726. bate das Capitul des Stiffts Hervorden beym Cammergericht, die Frau Abtißin anzuhalten, daß ſie ſich wieder nach Hervord verfügen, und daſelbſt der Adminiſtration perſönlich abwarten ſolle: Das gebetene Mandatum wurde aber den 17. Jan. abgeſchlagen, mit dem Anhang: Wann das Domcapitul von diſem leztern Klag-Punct nicht abſtehen wolle, möge es ſolches in andere competirende Wege, auch allenfalls facta Reproductione des in anderen Stücken erkannten Mandati, judicialiter, vorbringen.

§. 3.

Der Catholiſchen.

Auch die Catholiſche Capitul pflegen öffters dafür beſorgt zu ſeyn, daß das Stifftshaupt, zumalen wann es mehrere Stiffter hat, einige oder auch eine gewiſſe verglichene Zeit, in ihrem Stifft perſönlich anweſend ſeyn möge; damit das Geld nicht immer zum Land hinausgehe.

In der Osnabrückiſchen Capitulation von 1698. heißt es: „9. Soll der Herr Eligendus vel Poſtulandus wenigſtens ſechs Monathe (des Jahrs) hier im Stifft reſidiren.“

In

In der Regensburgiſchen Capitulation von 1641. Art. 37. liſet man: Realem aggreſſi Adminiſtrationem Epiſcopatus, perſonaliter in Epiſcopali Palatio hic Ratisbonæ, aut certe in Diœceſeos bonis, maiore tempore Anni, ſive continuo ſive interpolato id fiat, non obſtantibus aliis Noſtris Dignitatibus, iam habitis, vel acquirendis ulterius, apud Eccleſiam reſidebimus & ipſimet regemus.

In der Würzburgiſchen Capitulation von 1684. Art. 12. iſt verſehen: Der Biſchoff ſolle ohne Conſens des Capituls nicht auſſer der Diöces verreiſen.

§. 4.

Aufenthalt im Land, der Weltlichen.

Ordentlicher Weiſe hat ein weltlicher Reichsſtand freye Hände, ob? wann? und wie lang er von ſeinen Landen abweſend ſeyn will: Die, ſo mehrere Lande zu regieren haben, kommen öffters ihr Lebenlang, oder doch in langen Zeiten, nicht in diſes oder jenes ihrer Länder: Und manche, welche auch nur ein einiges Land zu beherrſchen haben, gehen in fremde Hof- oder Kriegs- oder andere Dienſte, welche ſie ebenfalls nöthigen, ihre Zeit beſtändig, oder doch meiſtens, auſſer ihrem Land zuzubringen; wogegen auch das Land, wann die Regierungs-Sachen nur ſonſt behörig beſorget werden, nicht wohl etwas einwenden kan:

Wann aber ein Herr ohne Noth, etwa einer Maitreſſe zu lieb, u. ſ. w. auſſer Landes herumziehet, die Regierung ligen läſſet und das Geld hinausſchleppet; ſo kan niemand den Kayſer verdencken, wann er, als Ober-Haupt des Reichs, einem ſolchen Herrn eine Weiſung gibt. Und noch weniger kan man es Landſtänden übel nehmen, wann ſie bey einem ſolchen Herrn Vorſtellungen deßwegen thun, und, wann ſelbige nichts verfangen, entweder höherer Orten Hülffe ſuchen, oder aber ſich mit Bewilligung derer Steuren, Cammer-Beyträge, u. ſ. w. ſo fern darinnen etwas auf ihren freyen und guten Willen ankommt, ſich darnach richten.

Herzog Chriſtian Ludwig zu Mecklenburg-Schwerin hielte ſich lang in Franckreich auf: Als nun der Krieg vom Kayſer und Reich gegen diſe Cron erklärt und Mandata avocatoria gegen dieſelbe erlaſſen wurden, reſcribirte der Kayſer den 2. Dec. 1675. an den Herzog, ſich in ſein Land zu begeben: Der Herzog entſchuldigte ſich: Er ſeye bißhero in Franckreich wider Willen aufzuhalten gleichſam gezwungen worden, wolle aber nun nach Haus, zu welchem Ende er um einen Kayſerlichen Paß bate; welcher ihme auch An. 1676.

14. Febr. ertheilet wurde (1): Der Herzog bliebe aber dennoch, wo er ware.

Darüber (2) nahme ſein Bruder, Friderich, Bützow ein, lieſſe ſich die Unterthanen huldigen, und befahle ihnen, des regierenden Fürſtens Regierungs-Citationen und Befehle nicht zu achten, ertheilte hingegen durch ſeine Canzley zu Grabow Beſcheide, ja er bate auch den Kayſer, zu Verhütung des gänzlichen Ruins, ihme die Adminiſtration der Mecklenburgiſchen Lande, Schweriniſchen Antheils, zu demandiren:

Der Reichs-Hofrath hingegen reſolvirte den 23. Jul. 1. gegen den Prinzen ein Mandatum, de non ulterius turbando, nec violando iure territoriali, neque ſe immiſcendo in Regalibus & Regimine regentis & inveſtiti Dn. Ducis, ſub pœna 50. marcarum auri.

2. Wurde dem Herzog Chriſtian Ludwig reſcribirt: „Wie aber Dr. Lbden, durch ſo lange Abweſenheit von ihrem Land und Leuten, und Aufenthaltung bey Unſerm und des Reichs öffentlichen Feind in Franckreich, groſſen Anlaß zu ſolchen Inconvenientien gegeben, und ſich auch noch der Zeit in ihren Landen nicht einfinden; da zumalen Wir ihro zu dero Zurückkunfft Unſern Kayſerlichen Paß bereits zufertigen laſſen; als befehlen Wir Dr. Lbden hiemit nochmals ernſtlich, daß ſie ihre Herauskunfft in das Reich, um ihres eigenen und der Land und Leut Beſtens willen, alſo beſchleunigen, daß ſie innerhalb den nächſten drey Monathen unfehlbar darinn ſich einfinden, und deſſen ferner nicht mahnen laſſen. „

3. Wurde dem König in Dänemarck unter anderm reſcribirt: Der Prinz habe zwar in vilen und unterſchidlichen Memorialien gebeten, ihme beſagte Adminiſtration aufzutragen, der Kayſer habe aber erhebliches Bedencken gehabt, ihme darinn zu willfahren, ſondern vilmehr dem Herzog verſchidentlich anbefohlen, denen ins Reich publicirten Kayſerlichen Mandatis avocatoriis gemäß, ſich in das Reich und ſein Fürſtenthum und Lande zu erheben; dahero dem Prinzen keineswegs zugekommen, ſich gewaltthätiger Weiſe dergeſtalten in ſeines Bruders Lande zu intrudiren: Weilen nun vorkommen, daß ſolches alles mit Hülff des Königs Völcker verübt worden ſeye; als erſuche der Kayſer den König, Er wolle dem Prinzen hinfüro keine Bey-

(1) Poetkers 2te Samml. Mecklenb. Schrifft. S. 57.
(2) Poetker l. c. S. 42. u. f.

Beyhülff oder Vorſchub leiſten, ſondern denſelben von ſich ab- und zur Obſervanz des Inſtr. Pacis, Reichsconſtitutionen und Rechten anweiſen.

Der Prinz wiederhohlte zwar ſein Geſuch um die Adminiſtration: Der Reichs-Hofrath aber lieſſe es den 11. Sept. bey dem erkannten Mandat bewenden; ſo auch den 12. Nov.

Anno 1688. 26. Oct. wurde dem Herzogen abermalen vom Kayſer reſcribirt: Er ſolle ſich in ſein Land in das Reich begeben; Und den 17. Nov. wurde es wiederhohlt: Daß er ſich ganz förderlich in ſein Land erheben ſolle.

In dem Reichs-Hofraths-Concluſo von 1738. 2. Apr. die Naſſau-Siegiſche Landesadminiſtration betreffend, wurde hingegen dem Fürſten Wilhelm Hyacinth, wann er auſſer Teutſchland zu bleiben gedencke, zugeſtanden, nach ſeinem Gutfinden Regierungsräthe zu verordnen, welche die Regierung zu führen hätten.

An den Herzog Anton Ulrich zu Sachſen-Meiningen reſcribirte der Kayſer An. 1748. 9. Mai.: Es ſeye bekannt, wie ſehr offt der Herzog von ſeiner Zurückkunfft in ſein Land habe Verſicherung thun laſſen, dieſelbe aber doch niemals in das Werck gerichtet habe; dahero der Kayſer auch ihme die Sachſen-Weymar- und Eiſenachiſche Vormundſchafft nicht anvertrauen könne, biß er in ſein Land zurückkehre, und werckthätig zeige, daß er, in demſelben zu bleiben, geſinnet ſeye.

Der Graf von Schaumburg-Lippe-Bückeburg wurde An. 1707. 5. Apr. von dem Kayſer erinnert: Sich, ſo bald nur möglich, in ſein Land zu begeben, und denen ihme obligenden Regierungs- und andern Geſchäfften fleißig abzuwarten.

§. 5.

Reſidenz der Geiſtlichen.

Meiſtens hat es in jedem Stifft ſeinen gewohnlichen Ort, wo der Regent ſich ordentlicher Weiſe mit ſeinem Hofſtaat und Collegiis aufzuhalten pfleget.

Die Biſchöffe zu Regensburg und Worms haben ihre Reſidenzien in denen Reichsſtätten diſes Namens: Dem Biſchoff zu Spever aber wollte ſolches in der Reichsſtatt Speyer nicht geſtattet werden.

Mehreres davon findet ſich in dem Teutſchen nachbarlichen Staatsrecht

Als der Pabſt um das Jahr 1746. bey Beſtättigung derer Biſchöffe

ſchöffe zu Coſtanz und Worms denenſelbigen einiges wegen Reparirung ihrer Biſchofflichen Reſidenz einbedingete; wollte der Kayſer es (wie wir ſchon oben im 1. Buch, Cap. 2. gehöret haben,) nicht leiden.

Ein ſonderbarer Fall truge ſich im Hochſtifft Lüttich zu, davon folgende Reichs-Hofraths-Concluſa das mehrere belehren:

1. Oct. 1648.

Lüttich contra Lüttich; ſive der Herr Churfürſt zu Cölln, alß Biſchoff zu Lüttich de dato 5. & præſ. 23. Septbr. conqueritur, daß, als er zu ſtillung deren in ſeiner Stadt immer mehr vnd mehr zunemmenden empörungen (welche vornehmlich durch den daſelbſt reſidirenden Franzöſiſchen miniſtrum verurſacht werden,) ſich den Zehenden Auguſti von Viſet nach Lüttich erhoben, vnd eine halbe ſtundt von der Statt angelangt, ihme die Thor gleichſam vorn Geſicht geſpert vnd auf ferner Annahen ihn mit Gewalt abzuhalten betrohet worden, dahero Er, aus Rath ſeiner meiſten Thumb-Capitularen, daß Capitulum nach Huy zu transferiren, vnd demſelben ſeine reſidenz bey der Stifts-Kirchen zu aſſigniren, verurſacht worden, welchem zu Folge der Thumb-Probſt vnd die meiſte Capitularen, ihre Capitular-Reſidenz daſelbſt zu Huy den 1. Septembris angefangen vnd nit anderſt vermaint, als daß die übrige Capitularen ſich auch darzu bequemen würden, ſo verſpühre er aber hingegen, daß der Thumb-Dechant von Buchholz vnd ettliche wenige Capitularen ſo noch zu Lüttich vnd dem widerſpenſtigen Stadt-Rath ſich allzuviel anhengig machen, zu widerſezen ſich vnderſtanden; derowegen er ſo wohl alß ſeine anjezo zu Huy reſidirende Thumb-Capitularen der Sachen Bewandtniß an Ihr Bäbſtl. Heyl. gelangen vndt dieſelbe zu mehrer Hindertreibung alles widrigen Beginnens vmb interpoſition dero authoritæt vnd Beſtättigung deren von Ihme gemachten Anordnung erſuchen laſſen. Petit Ihr Kayſerl. Majeſt. geruhen, dero allda reſidirenden Oratori aufzutragen, daß er dieſes ſein ſuchen aufs beſte ſecundiren vnd ſeinem Agenten die hülfliche Hand bieten ſolle. Apponit Breve ſuum translationis dicti Capituli nach Huy & deſignationem omnium Capitularium, welche daſelbſt Ihr reſidenz genohmmen.

Dicatur Suæ Cæſ. Majeſtati loco voti: Wiewohl dieſes gebettene patrocinium allerhandt Bedencken haben könne, ſo vermaine jedoch Reichs-Hof-Rath, daß dem Herrn Churfürſten in ſo weit möchte gewillfahrt werden, daß dem Kayſerl. Oratori

zu

zu Rom zugeſchriben würde, Er ſolle Seiner Churfürſtl. Durchlaucht anſuchen, ſo viel als ohne Præjudiz Ihr Kayſerl. Majeſt. vnd deß heiligen Reichs, wie auch Ihrer Bäbſtl. Heylichkeit auctoritet vnd Gerechtſamen geſchehen kan, ſecundiren: Halte aber Reichs-Hof-Rath auch darfür, daß Ihr Churfürſtl. Durchlaucht durch eine Kayſerl. commiſſion geholfen könnte werden, vnd ſtelle derowegen zu Ihrer Kayſerl. Majeſtät allergnädigſten Belieben, ob Sie hierüber deß Herrn Churfürſten gedancken vernehmen wollen, auf welchen Fall von Ihr Kayſerl. Majeſtät Hoff einer mit genugſamer Inſtruction geſchickt werden möchte.

Lectum coram Sac. Cæſ. Majeſtate in Conſilio Secreto 14. Octobr. 1648. & approbatum, wie gerathen, jedoch daß in demjenigen Antwortſchreiben, ſo ahn Ihr Churfürſtl. Durchlaucht abgehen ſolle, expreſſe nicht gedacht werde, daß Ihr Kayſerl. Majeſtät die Commiſſion von Hoff aus verordnen, ſondern, wann Ihr Churfürſtl. Durchlaut vermainen, daß Ihr Kayſerl. Majeſtät deroſelben etwa mit Verordnung einer Commiſſion zu deſto förderlicher Beylegung dieſer Mißverſtände zu ſtatten kommen und ſolche einigen Verfang gewinnen ſolte, daß Ihr Majeſt. ſeiner Churfürſtl. Durchlaucht darmit gern an die Handt gehen wollen.

2. Dec. 1648.

Lüttich contra Lütich: ſive Herr Churfürſt zu Cölln per litteras de dato den 14. Octobr. & pr. 21. Novembr. agit gratias, daß Ihr Kayſerl. Majeſt. dieſe Strittigkeiten ihrem zu Rom reſidirenden Oratori allergnädigſt recommendiret, zweifle nit, es werde einen guten Effect erlangen vnd wolle Er, Kur-Fürſt, ſich der angebottenen Commiſſion, da einige diſpoſition ſich darzu erzeigen, daß ſolche mit Ihrer Kayſerl. Majeſtät reputation geſchehen könnte, gern gebrauchen, pittet, die vorgenommene translation ſeiner tribunalien nacher Huy allergnädigſt durch ein Kayſerl. Decret zu beſtettigen vnd waß vor dieſem von ſeinem Reſidenten alhier gebeten worden.

Annectatur priori voto, Reichs-Hoff-Rath halte daruor, daß Ihre Churfürſtl. Durchlaucht eingerathener maſſen ſelbſt zu beantworten weren.

Die Reichsprälaten pflegen ihre Abtey-Wohnungen nun (we-

nigſtens zum Theil,) ebenfalls Reſidenzien zu benennen: Worüber aber ſchon öffentliche ſtarcke Gloſſen gemacht worden ſeynd.

§. 6.

Der Weltlichen.

Ein weltlicher Landesherr kan ordentlicher Weiſe ſeine Reſidenz in ſeinem Land halten, wo er will, und verlegen, wann, wie und wohin er will.

So hat z. E. zu unſerer Zeit der Marckgraf zu **Baden-Baden** ſeine Reſidenz von Baden nach Raſtatt verlegt, der Marckgraf von **Baden-Durlach** von Durlach nach Carlsruhe (1), der Marckgraf von **Brandenburg** von Culmbach nach Bayreuth, u. ſ. w.

Sehen es auch gleich einige Orte oder Unterthanen nicht gerne, oder leiden darunter; ſo können ſie zwar Vorſtellungen dagegen thun, aber es nicht hindern.

So verlegte der Churfürſt zu **Pfalz** An. 1719. aus Unwillen über die Statt Heidelberg, ſeine Reſidenz von da nach Mannheim, und lieſſe ſich nichts davon abhalten.

Wann aber ein Herr durch formliche Verträge ſich verbunden hat, ſeine Reſidenz an einem gewiſſen Ort zu halten, bleibet es billig dabey.

So verſicherte Herr Herzog Carl zu **Würtemberg** die Statt Stuttgart An. 1744. durch eine feyerliche Urkund, daß dieſelbige die ordentliche Herzogliche Reſidenz verbleiben ſollte.

Anno 1764. klagten die Landſtände, daß der Herzog den Bedacht genommen habe, der Statt Stuttgart das Hoflager zu entziehen. (2)

In dem Vergleich von 1770. wurde *Cl. 6. §. 2.* von neuem feſtgeſezt: „Es beſtättigen Höchſt-Dieſelbe, (der Herzog,) was die erſte Reſidenzſtatt Stuttgart anbetrifft, die bey Dero Regierungsantritt, ſo wohl treu-gehorſamſter Landſchafft d. d. 20. Apr. 1744. als auch ihr, beſagter Statt, ſub dato 8. Apr. ej. Anni ausgeſtellte Urkund ihrem ganzen Innhalt nach, und wiederhohlen ſolche nochmalen dahin, daß mehrgedachte erſte Reſidenzſtatt Stuttgart der beſtändige Siz von Hof und Canzley ſeyn und bleiben, auch alle Ausrichtungen des Landes und Regiments, (es erforderten dann Sterbensläuffte, oder andere dergleichen Zufälle, auf eine Zeitlang ein anderes,) in Stuttgart gehalten werden ſollen.„

Nun

(1) add. mein Badiſch. Staatsr. S. 18.
(2) Neue Staatscanzl. 17. Theil, S. 131. u. f.

Nun kan zwar auch in ſolchen Fällen ein Herr für ſeine Perſon nicht ſo gebunden werden, daß er nothwendig beſtändig an einem ſolchen Ort ſich aufhalten müßte; doch muß er 1. wenigſtens ſein ordentliches Hoflager allda haben, auch 2. ſeinen Hofſtaat und 3. ſeine Canzley-Collegia daſelbſt ihre Wohnung nehmen laſſen.

Ein Herr erkläret zuweilen auch verſchidene Orte zu gleicher Zeit zu Reſidenzien, z. E. in Würtemberg wird Stuttgart die erſte und Ludwigsburg die zweyte Reſidenz benannt.

Heidelberg führet auch das Prädicat einer Haupt- und erſteren Reſidenzſtatt.

Es kan ſich aber auch zutragen, daß eine Statt keine Reſidenz ſeyn will, und dagegen proteſtiret; z. E. Roſtock in Mecklenburg.

Anno 1719. verlangte die Statt Roſtock, daß die in denen Mecklenburgiſchen Angelegenheiten ernannte Conſervatores ſich ihrer annehmen ſollen, weil der Herzog ſie mit Gewalt zu einer Reſidenzſtatt machen wolle, welches ſie doch vorhin niemalen, ſondern eine Mecklenburgiſche Communionſtatt, geweſen ſeye: Der Kayſer aber reſcribirte den 28. Jul. an die Conſervatoren: Daß ihre Subdelegirte diſem Puncten nicht nachſezen, ſondern deßhalben mit ferneren Verordnungen zurückhalten ſollen, weil weder das Land, noch die Statt, darüber jemals Klage geführet hätten, mithin auch der Herzog nicht darüber vernommen worden, noch cognitio cauſæ vorgegangen ſeye.

Anno 1733. 13. Apr. aber wurde doch hernach dem Herzog der Gebrauch diſes Prädicats unterſagt. An. 1739. 6. Mart. wurde ferner reſolvirt: „2. Werden die von dem Herzog Carl Leopold an die Statt Roſtock abermals, gegen die Kayſerliche Reſolutionen vom 13. Apr. 1733. und 12. Nov. 1734. unter dem Namen ſeiner Reſidenzſtatt Roſtock erlaſſene Reſcripta hierdurch caßirt, und dem Stattmagiſtrat zu Roſtock hiemit anbefohlen, ſo offt ſich diſes Prädicat der Reſidenzſtatt, (als Kayſerlichen Erkenntniſſen entgegen lauffend,) in der Aufſchrifft befindet, die Herzogliche Schreiben nicht anzunehmen, ſondern mit in geziemenden Terminis gefaßter Proteſtation zurück zu ſchicken, und ſich desfalls auf die Kayſerliche Erkenntniſſe zu beruffen ꝛc. „

In dem An. 1755. getroffenen Erbvergleich aber wurde Roſtock doch ſo wohl §. 519. etc. als auch in der Unterſchrifft die Herzogliche Erb- unterthänige und Reſidenzſtatt Roſtock benahmſet.

Die

Die Residenzien oder Wohnungen eines Landesherrns können auch sonsten allerley Streitigkeiten und Verträge oder obristrichterliche Erkenntnisse veranlassen. Z. E.

In denen Ostfriesischen Streitigkeiten resolvirte der Kayser An. 1597.:

„42. Zu mehrer der Statt (Emden) künfftiger Sicherheit, = = soll, zu Folge des Grafen beschehener Verwilligung, sein Haus oder Burg in der Statt Emden ausserwärts der Statt ohne Pforten, Brücken, oder Ausgang, und hineinwärts gegen der Statt ohne Wall und Graben, oder einige Befestigung, seyn, auch hinfüro keine mehr dergestalt gemacht werden. = = =

50. Zu dem allen sollen auch Burgermeister und Rath, auf gemeiner Statt Unkosten, des Grafen Burg nach der Statt-wärts mit einer Mauer und ansehnlichen Pforte schliessen, auch für Dämpfung und Ausfüllung des Grabens einen Canal oder Röhren, zu Abfliessung des Koths und Unflaths, machen lassen; darzu mit allerehesten, als es möglich, auf der Burg ein bequem Haus anfangen zu bauen, an dem Ort und Stelle, welches sie darzu am gelegensten finden werden: Wofern aber sie, Burgermeister und Rath, nicht zu bauen begehrten, sondern der Graf selbst bauen wollte, so sollen sie zu Erbauung bemelten Hauses in Einer Summa erlegen 20000. Gulden: Jedoch soll derselbige Bau nicht gegen der Statt zu, oder nach länges der Statt, fürgenommen, auch, an statt des alten Garten, ein anderer Garte von der Brücke oder dem Gerichtshause an, nach der Statt zu, da anjezo der Graben ist, zugerichtet werden; der alte Garten aber zu einem offenen Plaze frey unbebaut und ohne Wohnung ligen bleiben. „

Von den Residenz- auch Lust- Jagd- und Landschlössern derer teutschen Reichsstände sehe man auch meines l. Sohnes oben angeführtes teutsches Hofrecht: (1) So auch besonders von dem Burgfriden. (2)

§. 7.

Schloßbau. Wer die Kosten zu Erbauung eines Landesherrlichen Residenzschlosses zu tragen habe? davon habe ich in dem Tr. von der Landeshoh. in Steuersach. Cap. 5. geredet.

Im Erzstifft Trier sezte es um das Jahr 1625. Streit zwischen dem

(1) 2. Band, S. 251.
(2) allda, S. 795.

dem Churfürſten und ſeinen Landſtänden wegen der Frohnen zu denen Churfürſtlichen neuen Reſidenz-Gebäuden.

Als der Fürſt zu Hohenzollern-Hechingen Anno 1760. ſein Reſidenzſchloß ausbeſſeren wollte, und deßwegen verlangte, daß 25. Mann von der Statt und dem Land die dazu erforderliche Materialien herbeyfahren ſollten, baten die Unterthanen bey dem Cammer-Gericht um ein Mandatum S. C. es wurde aber den 17. Jul. (1) noch zur Zeit abgeſchlagen, und des Fürſtens Bericht erfordert; mit dem Anhang: Daß die Unterthanen indeſſen die quäſtionirte Frohnden, biß zu anderweiter Verordnung, ohnweigerlich verrichten ſollen ꝛc.

In Sachen: Zu Wickerad Burgermeiſter und gemeine Eingeſeſſene contra den Freyherrn von Quad erkannte der Reichs-Hofrath An. 1751. 18. Jun. Daß die Klägere die Span- und Handdienſte zum Schloßbau ſchlechterdings zu verrichten ſchuldig ſeyen, bey Vermeidung ohnnachbleiblicher Execution; ingleichem ſeyen ſie, diejenige Baudienſte, ſo die beklagte Herrſchafft, während der Klägere Widerſpenſtigkeit, durch Andere vor baares Geld verrichten laſſen, zu bezahlen, und Diſer ihre dißfalls gethane Auslage, nach richtig conſtituirtem Liquido, zu erſezen, ſchuldig.

Hingegen erkannte der Reichs-Hofrath auch, in Sachen der Unterthanen des Gerichts Gründau gegen den Grafen zu Yſenburg-Meerholz: Er ſolle, wie in allen, alſo auch des Schloß- und Gartenbaues zu Meerholz, Frohndeen unter ſeinen Unterthanen eine Gleichheit halten, auch einen vor dem andern nicht prägraviren.

§. 8.

Die Reſidenzſtätte oder Orte haben, Krafft Reichsherkommens, die Freyheit, daß ſie in Kriegszeiten, ſo vil möglich, mit natural-Einquartierungen verſchonet werden. Freyheiten der Reſidenzien.

Noch vil mehreres aber iſt diſes von denen Reſidenzſchlöſſern derer Reichsſtände zu ſagen.

Benebens genieſſen die Landesherrliche Wohnungen auch des Rechts einer beſonderen Sicherheit gegen alle andere Arten von Gewaltthätigkeiten: Dahero ſehr hoch geſtrafet zu werden pfleget, wann bey Hof Händel und Schlägereyen angefangen werden.

Und

(1) v. Freyh. von CRAMER Wezlar. Beytr. 3. Theil, 166. S.

Und ſo pflegen auch die Hofdiebſtähle an denen meiſten Orten härter beſtrafet zu werden, als die ſonſt begangene.

Daß ein Graf befugt geweſen ſeye, die eigenmächtige Oeffnung der Stattmauer in ſeiner Reſidenz, remota omni Appellatione, ſogleich abzuſtrafen, hat die Juriſten-Facultät zu Marburg vor Recht erkannt. (1)

Auf Anhalten des Hochſtiffts **Worms**, erkannte der Reichs-Hofrath An. 1755. 30. Jan. gegen die Statt **Worms** ein Mandatum, de non violando Immunitatem Palatii epiſcopalis, neque amplius turbando, deſuperque idonee cavendo S. C. &c.

§. 9.

Luſtgärten ꝛc. Luſtgärten, Luſt- und Jagd-Häuſer, Faſanerien, Alleen, Herrſchafftwege, Remiſen für das Wild u. d. kan freylich ein Landesherr nach Gefallen anlegen, wann es auf dem ſeinigen und von dem ſeinigen geſchiehet: Aber wann die Unterthanen Geld, oder Naturalien, oder ihre Felder, (auch wohl unentgeltlich,) darzu hergeben, Bäume lifern oder führen, Frohnen darzu leiſten, denen daran arbeitenden Perſonen Quartiere verſchaffen ſollen, u. ſ. w. lauffet es am Ende meiſtens auf Landesbeſchwerden und Proceſſe an denen höchſten Reichs-Gerichten hinaus. add. §. 7.

§. 10.

Hofſtaat, der Geiſtlichen. Meiſtens ſtellet jeder geiſtlicher Herr ſeinen Hofſtaat nach freyem Belieben an, und kan aus dem 2ten Theil des Franckfurtiſchen jährlichen Handbuchs erſehen werden, wie ſolcher von Zeit zu Zeit hier und da beſchaffen ſeye.

Doch werden zuweilen Einigen auch hierinn die Hände durch ihre Wahlcapitulationen gebunden; z. E. daß ſie keine Hofbediente von anderer Religion haben ſollen.

Nach der **Würzburgiſchen** Capitulation von 1684. Art. 18. ſollte der Biſchoff, ohne beſondere Bewilligung des Capituls, keinen Marſchall, Stall- oder Jägermeiſter, annehmen, der nicht Röm. Catholiſch ſeye; auch ſollten ſie dem Capitul mit-ſchwören: Der Biſchoff wollte aber hernach nicht daran verbunden ſeyn.

So dann haben die Biſchöffe, welche in Reichsſtätten reſidiren, zwar allemal Verträge mit diſen Stätten, wie es in Anſehung der Gerichtbarkeit in civil- und peinlichen Sachen, der unbeweglichen Güter, der Steuer, des Zolls, Acciſes, u. d. bey denen zu dergleichen

(1) in des Freyh. von CRAMER Nebenſt. 55. Theil, 23. S.

chen Hofstant gehörigen Personen solle gehalten werden; indessen ereignen sich dennoch öffters Streitigkeiten deßwegen, welche auch wohl zu Processen an denen höchsten Reichs-Gerichten ausschlagen; davon das teutsche nachbarliche Staatsrecht mehreres an die Hand gibt.

§. 11.

Der Weltlichen.

Auch jeder weltlicher Regent richtet den Hofstaat nach seinem Wohlgefallen, Phantasie und Einkünfften ein: Und da die teutsche Reichsstände, nicht nur der verschidenen Classen, sondern auch derer in einerley Classe befindlichen, in Ansehung besagter Einkünfften gar sehr von einander abgehen; so ist ganz natürlich, daß darinn sich ein grosser Unterschid äussere.

Der 2te Theil des Franckfurtischen jährlichen genealogischen Handbuchs gibt das mehrere von der jeztmaligen Beschaffenheit derer meisten teutschen Höfe in disem Stück an die Hand:

Noch vollständiger aber seynd die von so vilen Kayser-Königlich-Chur- und Fürstlichen Höfen, oder auch ganzen Crayſen, z. E. Francken, Schwaben, Westphalen ꝛc. (resp. jährlich,) herauskommende Addreßbücher, Staatscalender, Schematismi, u. s. w.

Dise Materie wird sehr erläutert durch dasjenige, was der Freyherr von Kreittmayr (1) von Bayern berichtet: „Der Bayrische Hofstaat bestehet 1. in den Hofstäben, das ist in jenen Aemtern, welche mit der Bedienung bey Hof meistentheils beschäfftiget und mit der Jurisdiction über ihre Untergebene begabt, auch eben deßwegen mit dem Staab, als dem Zeichen der Gerichtbarkeit, bey Hof zu erscheinen berechtiget sind. = = Dergleichen gibt es bey hiesigem Hofe nicht mehr als vier, nemlich den Obristhofmeister, Obristkämmerer, Obristmarschall und Obrist-Stallmeisteramtsstab: Ein jeder hat seine besondere schrifftliche Instruction. = = Die einem jeden untergebene Personen und Aemter sind im Hofcalender specificirt. Der Obristjägermeister, Obristfalckenmeister, Obristkuchenmeister und Obristsilberkämmerer, wie auch der Intendant de Musique & du Theatre und die beede Capitains de Garde haben keinen Stab, sondern stehen vilmehr selbst unter dem Obristhofmeister- und resp. Obristmarschallamtsstab, so vil die Gerichtshändel betrifft; in Amtssachen haben sie ihren Subalternen allerdings zu gebieten. = = = In den Jurisdictionsstreitigkeiten zwischen den Stäben haben sich

(1) im Bayr. Staatsr. §. 113. p. m. 206.

Ihro Churfürstl. Durchl. (laut der neuverb. Hofr. Ordn. Art. 3. §. 13.) die Entscheidung selbst vorbehalten, und den Hofrath dahin angewiesen, daß er sich bey vorfallendem Zweifel hierinn höchster Orten allzeit anzufragen hätte. „

Ins besondere ist erst zu unseren Zeiten aufgekommen, daß auch einige Fürsten Cammerherren ernennen; wo hingegen andere von gleichem oder wohl höherem Rang sich noch biß jezo mit Cammerjunckern begnügen.

Und so wird auch an einem Hof mehr als bey dem anderen bey adelichen Bedienungen auf den alten Adel gesehen, oder nicht.

Von Chur-Bayern hat man eine gedruckte Hofordnung von 1748.

Und Marckgraf Carl Friderichs zu Baden-Durlach Hofordnung von 1750. 2. Nov. ist so wohl einzeln in fol. gedruckt, als auch an unten (1) angezeigtem Ort zu lesen.

Zuweilen gibt der Landesherrliche Hofstaat gar eine Materie zu Landtäglichen Handlungen und Verträgen ab. Z. E.

Anno 1592. wurde auf dem Chur-Sächsischen grossen Landtag zu Torgau auch von Religions-Sachen gehandelt, und unter anderem beschlossen, daß von nun an kein Hof-Diener, weder groß noch klein, in Bestallung und Dienst genommen werden sollte, welcher nicht vorher, neben dem Eyde der Treue, auch zugleich das Juramentum Religionis würcklich abgeschworen hätte. (2)

Nachdeme in denen Br. Wolfenbüttelischen Landesfreyheiten von 1770. Art. 1. verordnet worden ware, daß nur der unveränderten Augsp. Conf. Zugethane zu Bedienungen genommen werden sollten, wurde beygefügt: „ Wie denn auch die geringere Diener, welche Se. Durchl. zu Dero Bedienung gebrauchen, zwar ebenfalls der unveränderten Augsp. Conf. zugethan seyn sollen: Sollte aber darunter sich auch diser und jener von einer andern Lehre finden; so wird desselben Beybehaltung des Herrn Herzogs Durchl. anheimgestellet. „

Und so ist auch in denen Würtembergischen Landesreversalien versehen, daß die hohe Hofämter mit keinen anderen, als der Evangelisch-Lutherischen Religion zugethanen, Personen besezet werden sollen.

In-

(1) in meines l. Sohns Teutsch. Hofrecht, 1. Theil, in den Beyl. S. 86.
(2) MÜLLERS Sächsisch. Annal. pag. 207.

Ingleichem geſchiehet mehrmalen, daß auf Land- und Ausſchuß-Tägen über einen allzugroſſen, oder auch ſonſt allzukoſtbaren, Hofſtaat Klagen geführet, auch wohl Verträge deßwegen geſchloſſen werden. Man ſehe den Tr. von der Landeshoh. in Cameral-Sachen. Cap. 2.

Uebrigens hat ein Regent ſeine hohe und nidrige Hofbediente gebührlich zu behandlen.

Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg nahme gegen ſeinem Hofmarſchall von Wendeßen eine ſo ſchimpflich- als gewaltſame Handlung vor. Es kame davon in Druck:

Wahrhaffte Relation des enormen Facti, ſo von dem Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg und Dero Bedienten wider Deroſelben geweſenen Hofmarſchallen B. H. von Wendeſſen zu Wismar den 9. Sept. 1735. vorgenommen worden. Mit Beyl. A. -- N. fol.

Der Kayſer verſchaffte auch dem von Wendeſſen eine Genugthuung.

Von den Rechten und Pflichten des Regenten bey Beſezung der Hofämter und Bedienungen hat mein l. Sohn vil gutes geſagt; (1) ſo auch anderwärts (2) in einem ganzen Buch: „Von denen zu dem Hof gehörigen Perſonen, deren Aemtern und Bedienungen.„

§. 12.

Erbämter. Von derer geiſt- und weltlichen Chur- und Fürſten, auch wohl Prälaten, Erb-Hofämtern iſt bereits in dem Tr. von denen Teutſchen R. Ständen (3) gehandelt worden; ingleichem in dem Tr. von der Teutſchen Lehens-Verfaſſung einiges davon nachzuſehen.

In des genealogiſchen Handbuchs zu Franckfurt 2tem Theil trifft man auch hievon mancherley an.

§. 13.

Lehen-Hofdienſte. In meinem Tr. von der Teutſch. Lehensverfaſſung iſt auch von denen Hofdienſten, welche die Lehenleute ihren Lehenherren ſchuldig ſeynd, nachzuſchlagen.

§. 14.

Ritterorden, der Geiſtlichen. Einige geiſtliche Reichsſtände haben Ritter-Orden von verſchidenen Gattungen geſtifftet.

(1) in ſeinem Teutſch. Hofrecht, 1. Band, S. 75.
(2) allda, 2. Band, S. 89. u. f.
(3) S. 428. 654. 789.

Chur-Cölln hat den St. Michaelis Orden: Und Salzburg hat einen militar-Orden St. Ruperti; von welchen das jährliche genealogiſche Handbuch Nachricht ertheilet.

§. 15.

Der Weltlichen. Von derer weltlichen Chur- und Fürſten civil- und militar-Ritterorden iſt in dem Tr. von denen Teutſch. Reichsſtänden kurze Erwähnung geſchehen:

Es ſeynd zwar ſeithero bey Chur-Pfalz und Heſſen-Caſſel neue hinzugekommen: Ich finde aber nicht dienlich, mich dabey aufzuhalten; man ſehe davon den zweyten Theil des Franckfurtiſchen jährlichen genealogiſchen Handbuchs: Nur will ich einiges weniges von etlichen melden.

Von dem Chur-Bayriſchen Ritter-Orden St. Georgii, Defenſorum immaculatæ conceptionis B Virginis Mariæ, welchen Churfürſt Carl Albrecht Anno 1729. erneuert, Pabſt Benedict XIII. aber beſtättiget und privilegiret hat, ertheilet der Freyherr von KREITTMAYR (1) einige Nachricht.

Von dem Badiſchen erloſchenen Orden von der blauen Binde, und dem noch florirenden de la Fidelité, habe ich anderwärts (2) gehandelt.

Ein einiger Hof hat zuweilen verſchidene Orden; z. E. der Chur-Pfälziſche den St. Huberts- und den Löwen-Orden; Würtemberg den groſſen Jagd-Orden und den militar-Orden von St. Carl.

Nun fangt man an, hin und her die Rittere eines Ordens in drey Claſſen zu theilen: 1. Großcreuze, 2. Commenthure und 3. Ritter.

Anno 1772. meldeten die öffentliche Nachrichten:

„Der Landgraf von Heſſen-Caſſel hat in ſeinen Landen vier Comthureyen angelegt, um dadurch einigen Miniſtern und Generals Präbenden zu verſchaffen. Die Comthurey zu Marburg iſt dem General von Wutgenau, die zu Ziegenhayn dem General Boſe, die zu Carlshaven dem Geheimen Rath von Waitz, und die zu Rothenburg dem General von Oheimb ertheilt worden. Jede derſelben bringt jährlich 1000. Rthlr. ein.„

„Fer-

(1) im Bayr. Staatsr. §. 114. p. m. 208.
(2) im Badiſchen Staatsrecht, S. 21.

Ferner: „Bey einem gehaltenen Ordens-Capitul hat der Herr Landgraf den Präſidenten der Regierung zu Halberſtatt, Herrn Baron von Hornberg, mit den Zeichen des Heßiſchen Ordens bekleidet. Nemlichen Tages machte das Capitul Stifftungen, und beſchloß, vile Wittwen und andere gute Anſtalten zu unterhalten. Se. Hochfürſtl. Durchl. hielten allein mit den Rittern offene Tafel.„

Manche Glider diſer Orden haben nichts davon, als die Ehre: Gewiſſe Andere genieſſen einen beſtimmten Gnadengehalt, oder es iſt mit einigen Stellen eine Bedienung, Würde, oder Rang, verbunden. Einige Herrn glauben auch, wann ſie einer bürgerlichen Perſon einen ſolchen Orden beylegen, werde ſie dadurch geadelt: Das iſt aber irrig.

Von den Ritterorden Teutſcher Höfe ins beſondere ſehe man eine ſyſtematiſche Abhandlung in meines l. Sohnes Teutſchem Hofrecht. (1)

§. 16.

Schloß-wacht.

In vorigen Zeiten begnügten ſich vile Teutſche Reichsſtände mit Schloß- und Hofwächtern, Thorſtehern, oder etwa einigen Trabanten, Schweizern, u. ſ. w. Es gibt auch noch hin und her dergleichen.

Es entſtunde dabey leicht die Frage: Ob die Unterthanen ſchuldig ſeyen, ſolche Hofdienſte entweder ſelber unentgeltlich zu leiſten, oder aber wenigſtens Geld zu geben, um ſolche durch andere Leute verſehen laſſen zu können? Wo weder Verträge noch Herkommen die Sache entſcheiden, wäre nicht unbillig für das erſte zu ſprechen; doch nur zur Nothdurfft.

In Sachen: Baſel contra Baſel ſprache der Reichs-Hofrath Anno 1736. 10. Jan. „Hat das Geſuch wegen Abſchaffung der Elus oder Schloßwächter nicht ſtatt; ſondern es ſollen dieſelbe, (als welche dem Land ohnedem wenig koſten, und doch reſp. nöthig und nüzlich ſind,) hinkünfftig noch ferner aus der gemeinen Landescaſſa erhalten werden.„

Von dem zwiſchen Naſſau-Oranien, als Landes-Succeſſore, und einer verwittweten Fürſtin zu Naſſau-Siegen, entſtandenen Streitigkeiten wegen einer Wache im Schloß zu Siegen iſt in dem Teutſchen Familien-Staatsrecht nachzuſehen.

In

(1) 2. Band, S. 687. u. f.

In (1) der Fürstlich-Schwarzenbergischen Herrschafft Gimborn ist von langen Zeiten her der Gebrauch gewesen, daß täglich, unter dem Namen der Wache, ein Unterthan auf dem Schloß zu Gimborn seyn, und daselbsten 24. Stunden bleiben muß; welches unter den Unterthanen nach der Reyhe herumgehet; da hingegen, wenn ein zeitiger Vogt und Gerichtsschöffe in Landschafftlichen Angelegenheiten zu Kriegs- oder Fridenszeiten Bothen abgeschickt, oder sonst jemand gebraucht, demselben ein Wachtfreyheitsschein gegeben worden; welches aber das Oberamt nicht mehr leiden wollen, und behauptet: Weil die Schloßwachten eigenthümlich Herrendienste seyen; so könnten die Schöffen sich hierunter keiner Disposition anmassen, sondern es bleibe dem Oberamte und Vogten vorbehalten, in herr- und landschafftlichen Affairen die Wachten nachzusehen: Die Juristen-Facultät zu Göttingen aber hielte Anno 1771. dafür: Daß es bey dem Herkommen in Ansehung diser Wachtfreyheitsscheine billig zu lassen seye.

In Sachen: Zu Wickerad Burgermeister und gemeine Eingesessene contra den Freyherrn von Quad sprache der Reichs-Hofrath Anno 1751. 18. Jun. „ 4. Wird die von impetratischer Herrschafft beygebrachte Bescheinigung in puncto possessionis derer Wachtdienste am Schloß so Tag- als Nachts-Zeiten vor hinlänglich angenommen, und sind Impetranten auch dise, bey Vermeidung der Execution, zu leisten verbunden. „

§. 17.

Leibwache der Geistlichen.

Denen geistlichen Chur- und Fürsten bestreitet Niemand an und für sich das Recht, wann sie wollen, eine eigene formliche Leibwache in militarischer Gestalt halten zu dörffen: Nur entstehen zuweilen Streitigkeiten darüber: 1. Wer die Kosten darzu hergeben solle? so dann 2. ob und wie ferne sie sich derselbigen auch in denen Reichsstätten, allwo sie ihre Domkirchen haben, bedienen dörffen? Von jenem ist aber der **Tr. von der Landeshoh. in Steuersachen Cap. 5.** und von disem **das Teutsche nachbarl. Staatsrecht** *Lib. 2. Cap. 2.* nachzusehen.

§. 18.

Der Weltlichen.

Alle grosse, und die meiste mittlere, weltliche Teutsche Reichsstände halten nunmehro formliche militarische Leibgarden; vile darunter haben zweyerley Garden, eine zu Pferd und eine zu Fuß; Einige

(1) H. Pütters auserl. Rechtsfäll. 2. Band, S. 624.

ie haben auch eine adeliche oder ſonſt eine dreyfache Garde, z. E. ein Leibcorps, eine Garde zu Pferd, und eine zu Fuß.

Der eigentliche Zweck derer Leib-Wachen ſollte ſeyn, dem Landes-Herrn Sicherheit für ſeine Perſon, Familie und zugehörige Mobilien etc. zu verſchaffen: Alleine heutiges Tages kommt bey denen Leib-Wachen auch noch eine andere Abſicht hinzu; man will ſich ziemlich dadurch ein Anſehen machen.

Wer die darzu nöthige Koſten hergeben müſſe? iſt nicht ausgemacht; noch ſcheinen beyde höchſte Reichsgerichte darinn einerley Geſinnungen zu haben: Das mehrere aber ſehe man in dem Tr. von der Landesh. in Steuerſach. Cap. 5.

In Chur-Sachſen ſolle die Compagnie derer adelichen Cadets nur mit Landes-Kindern beſezet werden. Reſolut. auf der Stände Bewillig. Schrifft de An. 1715. *Cod. Auguſt. 1. B. p. 373.*

Der Clev- und Marckiſche Landtagsabſchid vom Jahr 1649. enthält wegen der Churfürſtlichen Leibgarde *ſ. 34.* folgendes:

„Wie es mit Einführung der Leib-*Guarde* zu Roß *Anno* 1648. gemeinet, und hinfüro in ſolchen Fällen gehalten werden ſoll.

Als auch Unſere Landſtände aus Ritterſchafft und Städten dieſes Herzogthumbs Cleve, bey ihrem erſten novo Gravamine es dafür gehalten, daß ihnen durch die im Januario 1648. in dieſes Fürſtenthumb herein geführte Compagnie zu Roß, wider ihre Privilegia, Freyheiten, Rechten und altem Herkommen, und in ſpecie wider Unſeren Revers, welchen Wir ihnen ſub dato den 16. Novembris des 1647. Jahrs außgegeben, wäre præjudiciret, und inſonderheit durch Reichung der Servicen in den Städten, und erfolgte Einlogirung auffm platten Lande, eine ungewöhnliche und unbewilligte Beſchwer zugefügt, mit unterthänigſter Bitte, daß ihnen darüber eine Recognition de non præjudicando gnädigſt möchte ertheilet werden; ſo reſolviren Wir Uns gnädigſt dahin, daß es die Meinung und den Verſtand damit keinesweges gehabt, ſondern Wir Uns derſelben Compagnie, als Unſerer Leib-Guarde, zu Verſicherung Unſerer hohen Perſon und bey Uns habender hoher angehörigen Bedienten, und es alſo Unſerer Stände Privilegiis und gemeltem Revers unpræjudicirlich und unabbrüchig ſeyn ſolle: Da auch Unſeren Ständen und Unterſaſſen einige unbewilligte übermäßige Servicen und andere Beſchwerung zugefüget; gereichet Uns ſolches zu ſon-

derbarem ungnädigſten Mißfallen, und ſoll inskünfftige von Uns, oder Unſern Succeſſorn, nicht mehr vorgenommen, noch in gefährliche Conſequentz gezogen werden; ſondern wenn Wir, oder Unſere Nachkommen, in Perſon künfftiger Zeit, in Unſerem Fürſtenthum Cleve, oder Grafſchafft Marck, zu kommen und zu reſidiren nöthig haben, alsdann eine Leib-Guarde von 200. zu Fuß und 100. zu Pferde, und mehr nicht, zu Verſicherung Unſerer hohen Perſon, mit hineinbringen, dieſelbe aber von Uns, oder Unſern Erben und Nachkommen, allerdings unterhalten, ausgenommen das bloſſe Logement und moderirte Servicen, mit nichten aber ichtwas anders an Gelde oder Geldes-Werth, ohne vorhergehenden unterthänigſten Conſens Unſerer Landſtände, gereichet, noch deren Erforderung von Uns, oder Unſere Succeſſoren, zugelaſſen noch geſtattet, ſondern die Contraventores davor angeſehen und geſtrafet werden ſollen. „

Dem Herzog zu Sachſen-Hildburghauſen wurde An. 1771. vom Reichs-Hofrath auferlegt: Seine bißher unterhaltene koſtbare Garde an Officiers und Gemeinen gänzlich zu entlaſſen: Die Urſach davon waren ſeine vile Schulden.

Herzog Anton Ulrich zu Sachſen-Meiningen wollte ſeinem Herrn Bruder, Friderich Wilhelm, keine Garde zu Pferd zugeſtehen, weil er kein regierender Herr, ſondern nur Vormund, wäre, deme dergleichen nicht gebührte; widrigen Falles würde er der Landſchafft Befehl geben, diſer Garde nichts mehr zu reichen.

Anno 1735. 2. Maj. wurde dem Kayſerl. Commiſſario in Mecklenburg, Prinz Chriſtian Ludwig, vom Kayſer reſcribirt: Daß ihme nicht verſtattet werde, die (zu des Landes Schuz angenommene) Reuterey für ſich und als eine Guarde zu gebrauchen.

Sachſen-Weymar wollte vormals dem Fürſten zu Schwarzburg auch nicht geſtatten, daß er zu Arnſtatt eine Grenadier-Garde halte. (1)

Ob eines Reichsſtandes Gemahlin eine Garde halten könne? werde ich anderwärts berühren.

Von der Bewachung des Regentens, beſonders denen Garden, hat mein I. Sohn (2) in einem eigenen Capitel von 21. §§. gehandelt.

§. 19.

Hofbefreyte. An manchen Orten gibt es gewiſſe beſondere Hof-Künſtler, Hand-

(1) v. Elect. Jur. publ. Tom. 4. p. 751.
(2) in ſeinem Teutſch. Hofrecht, 1. Band, S. 223.

Handwercksleute, Commiſſarien, Factors, u. d. welche bald einige Vorrechte in Anſehung derer bürgerlichen perſönlichen Beſchwerden, bald Vorzüge im Handel und Wandel, vor Anderen haben: Weil aber ſo dann die Leztere klagen, daß ihnen dadurch jener Beſchwerden zuwachſen, oder etwas an ihrer Nahrung entgehe; ſo kan es leicht darüber zu Landesbeſchwerden kommen: Es läſſet ſich aber darinn keine Regel geben, ſondern wo die Landesverträge oder das Herkommen die Sache nicht entſcheiden, muß ein billigmäßiges unpartheyiſches richterliches Erkenntniß den Ausſchlag beſtimmen.

§. 20.

Hofſtaats-Frohnen.

Gleiche Bewandtniß hat es auch mit denen von den Landesherrſchafften zum Behuf ihres Hofſtaats erforderenden Frohnen; weßfalls ich mich auf den **Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Perſon. Cap. 11.** beziehe.

§. 21.

Land-Reiſen.

Und ſo iſt es auch mit derer Teutſchen Reichsſtände Landreiſen beſchaffen; welche in manchen Landen groſſe gemeinſchafftliche Klagen verurſachen, wann ſelbige allzuofft und mit einem allzuſtarcken Gefolg vorgenommen werden, worzu die Unterthanen vile Frohndienſte leiſten, auch wohl Better und andere Meubles anſchaffen, dem Hofſtaat und den Soldaten Quartiere geben müſſen, u. ſ. w.

Was dißfalls An. 1772. in **Würtemberg**, mittelſt eines eigenen Receſſes, verglichen worden ſeye, habe ich anderswo (1) gemeldet.

Von den Reiſen des Hofs in Abſicht auf Teutſche Regenten findet man auch vil Brauchbares in **meines l. Sohnes Teutſchem Hofrecht.** (2)

§. 22.

Hofceremoniel.

Das Hofceremoniel erforderte eine eigene Abhandlung, und braucht ein eigenes Studium: Ich will nur etwas ganz weniges davon melden.

Das Ceremoniel kan hier auf verſchidene Weiſe betrachtet werden; nemlich 1. in ſo weit es den Landesherrn und deſſen Unterthanen betrifft; 2. ſo ferne es eines Reichsſtandes eigenen Hof angehet.

Der Freyherr von KREITTMAYR ſchreibt (3) von dem Staats-

(1) im Tr. von der Landeshoh. in Militarſach. S. 140.
(2) 2. Band, S. 588
(3) in ſeinem allgem. Staatsr. §. 29. S. 56.

ceremoniel: „Es bestehet solches theils in der Titulatur, theils in dem Rang, und übrigen Ehrenzeichen. = = Von dem Ceremoniali inter Principem & Subditos bemercken wir hier nur folgendes; und zwar, so vil den Rang betrifft, ist wohl der geringste Zweifel nicht, daß solcher dem Regenten vor all seinen Unterthanen sammt und sonders gebühre; indem er sie nicht nur an der Macht, sondern auch Würde und Hoheit, Thurnhoch übertrifft. Quoad titulare pflegen souveraine Herrn (add. und Teutsche Reichsstände,) sich: Von GOttes Gnaden zu schreiben, und in Plurali zu reden, werden auch: gnädigst, und respective (wann sie Könige sind,) allergnädigste Herrn von ihren Unterthanen genannt, dise aber unterschreiben sich in ihren Bitt- und andern Schrifften (gegen Könige:) allerunterthänigst- oder (gegen Chur- und Fürsten ꝛc.) unterthänigstgehorsamste, welche Submission bey ihnen kein blosses Compliment, sondern der Natur und Wesenheit ihrer Subjection ganz gemäß ist. Unter die Ehrenzeichen gehört insonderheit das Landesherrliche Wappen (an denen Thoren und öffentlichen Gebäuden,) und andere Insignia (der Chur- oder Fürstenhut, Schwerdt, Bischoffsstab ꝛc.) wie auch die Kniebeugung, Baldachin (bey Chur- und Fürsten,) Lehnstuhl oder Armsessel; item, daß man sich in Gegenwart des Landsherrn nicht bedecken darff, demselben bey seiner (ersten oder sonst solennen) Ankunfft in einer Landstatt die Thorschlüssel präsentiret, ihn mit offentlichem Freudengeschrey, unter Paradirung der Miliz oder Bürgerschafft, solenniter empfangt, an fortificirten Orten, (oder auch anderwärts,) mit Abfeurung des groben Geschüzes salutirt, Triumphporten errichtet, und was dergleichen Gepränge mehr ist; welches bey der Huldigung, (bey Königen) bey der Crönung, Reichs- und Landtags-Conventen, Vermählungen, Leichbegängoder Begräbnissen, dann Geburt- Tauff- und hunderterley andern solennen Actibus vorzugehen pflegt, auch seiner Weitschichtigkeit und Mannigfaltigkeit halber mit der Feder kaum zu beschreiben, geschweigens in richtige Generalregeln zu bringen ist. „

Von Bayern und dessen Hofceremoniel besonders schreibt der Freyherr von KREITTMAYR (1): „Vor disem hielt man sich genau an das Spanisch- u. Burgundische Etiquete, welches mit Carolo V. und Ferdinando I. nach Oesterreich und von dort auch nach Bayern kam. Seit der Zurückkunft des Churfürsten Maximilian Emanuel aus Franck-

(1) l. c. §. 129. p. 242.

Franckreich wurde solches mit dem Französischen Etiquete in vilen Stücken vermischt, und dadurch das allzugeschraufte Wesen, womit man gleichsam nach der Tabulatur zu essen, zu trincken, zu schlafen, zu bethen pflegte, einiger massen temperirt; annebens der Unterschid zwischen den Hof- und Landetiquet angenommen. Die geschribene Gesezе und Ordnungen, welche man diser Sache halber hat, sind hier eben so dünne, als anderer Orten, gesäet: Dann das wenige, was die gedruckte Hof- und Cammerordnungen de An. 1748. & 69. nebst den Instructionen, welche den Hofstäben ertheilet sind, mit sich bringen, betrifft nur ein Stück des Hofdiensts und das Entrée: All übriges beruhet lediglich auf der Observanz, welche meistentheils sehr ungewiß oder veränderlich ist: Dann die vorgehende Actus, welche den folgenden zur Vorschrifft dienen sollten, sind offt gar nicht, oder nicht vollkommen, registrirt und aufgezeichnet. Oft ändert der mindeste Umstand den ganzen Casum, und der Hofschlendrian ist auch in den nemlichen Umständen nicht allemal des nemlichen Sinns oder Geschmacks. Bey diser Unbeständigkeit läßt sich das Hofceremoniel in gewisse Regeln so wenig, als, ihrer Weitwendigkeit halber, in das Enge, zusammen fassen. Verschidene Particularia finden sich davon so wohl bey Lünig *in Theatro cerem.* als bey Moser in dem Hofrecht. „

Im Jahr 1774. meldeten die offentliche Nachrichten: Den 9. Jan. seye an der Churfürstlichen Hoftafel zu München zum erstenmahl ein so genanntes pêle mêle eingeführt worden: Der Churfürst und die Churfürstin hätten sich jedes an das Ende einer Seite der Tafel gesezt, und den Fremden die Ehre erwisen, sie neben sich sizen zu lassen.

Das mehrere gibt Lünigs *Theatrum ceremoniale* und meines I. Sohnes Teutsches Hofrecht (1) an die Hand.

Fünftes Capitel.

Von Religionssachen eines Teutschen Reichsstandes.

Innhalt.

§. 1. Schrifften.

(1) 1. Band, S. 8. u. f.

Von denen Evangeliſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 2. Religions-Veränderung.

Von denen Catholiſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 3. Religions-Veränderung.

Von denen weltlichen Reichsſtänden.

§. 4. Religions-Freyheit. §. 5. Religions-Clauſul bey Erbſchafften. §. 6. Hofgottesdienſt eines anderen Religions-Verwandtens Regentens. §. 7. Reichsgeſeze. §. 8. Von Oſtfrießland, §. 9. Chur-Brandenburg, §. 10. Mecklenburg, §. 11. Anhalt. §. 12. Reichstags-Acta *An. 1653.* §. 13. Heſſen, §. 14. Mecklenburg, §. 15. Sachſen-Lauenburg, §. 16. Braunſchweig-Hanover, §. 17. Heſſen-Homburg, §. 18. Bentheim, §. 19. Chur-Pfalz, §. 20. Chur-Sachſen. §. 21. *Acta An. 1705.* §. 22. Braunſchweig-Wolfenbüttel, §. 23. Hohenlohe, §. 24. Chur-Pfalz, §. 25. Würtemberg, §. 26. Heſſen-Caſſel. §. 27. Norm. §. 28. Verträge. §. 29. Osnabrückiſcher Frid. §. 30. Reichsherkommen. §. 31. Nicht regierende Herrn. §. 32. Reſidenz. §. 33. Von dem: *ſecum.* §. 34. Schloßkirchen ꝛc. §. 35. Hofprediger. §. 36. Offentlicher Gottesdienſt. §. 37. Hofſtaat. §. 38. Gottesdienſt bey Abweſenheit des Hofs. §. 39. Zulaſſung der Fremden. §. 40. Proceßionen ꝛc.

§. 1.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften:

Fleischer (Joh. Laur.) ob ein Fürſt, welcher zu der Catholiſchen Religion ſich begiebet, die Schloß- und Hof-Kirche, welche den 1. Jan. 1624. Lutheriſch geweſen, ſich zueignen und den Catholiſchen Gottesdienſt in derſelben einführen könne? in der Berlin. *Intellig. 1737. n. 34.*

Meine hiſtoriſche Unterſuchung: Ob in denen Verzichten derer Oeſterreichiſchen Prinzeßinnen vor dem Jahr 1719. eine Religions-Clauſul enthalten ſeye? in meinem Teutſch. Staatsarchiv *1756. Tom. 1. p. 210.*

Meine Abhandlung von dem Hof-Gottesdienſt eines Landesherrns, ſo

ſo einer anderen Religion iſt, als ſein Land. (Stuttgart,) 1765. 4. und in der 1ſten Samml. einiger neuen Abhandl. von Teutſch. Staats-Sach. *n. 5. p. 187. ſqq.* vid. H. von Selchow jur. Bibl. 2. Band, S. *418.* Allgem. deutſch. Bibl. 3. Band, 2. St. *266.* S.

Von den Religionsübungen bey Hof, in Abſicht auf die Teutſche Regenten, handelt auch das ganze Zehende Buch meines I. Sohnes Teutſchen Hofrechts. (1)

* * *

Von denen Evangeliſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 2.

Es ſtehet zwar jedem Evangeliſchen Reichsſtand frey, von diſer Religion ab- und zu der Catholiſchen zu tretten: Daß aber eine ſolche Veränderung der Religion den Verluſt der geiſtlichen Würde und der damit verbundenen Einkünfften nach ſich ziehe, haben wir ſchon oben *Lib. 1. Cap.* 7. vernommen. Religions-Veränderung.

* * *

Von denen Catholiſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 3.

Das allererſt geſagte gilt aber auch alsdann, wann ein Catholiſcher Reichsſtand ſich von der Catholiſchen Religion hinweg- und zu der Evangeliſchen begibt. v. *ibid.* Religions-Veränderung.

* * *

Von denen weltlichen Reichsſtänden.

§. 4.

Bey denen weltlichen Reichsſtänden hingegen iſt es auſſer allem Streit, daß ſie, welcher im Reich erlaubten Religion ſie auch zugethan ſeyen, ihre Religion ändern und zu einer andern im Reich erlaubten tretten können, ohne daß es ihnen an ihren Reichsſtändiſchen oder Landesregierungs-Rechten etwas benähme. Religions-freyheit.

Marckgraf Friderich V. zu Baden-Durlach verbote An. 1649. in ſeinem Teſtament, die Religion zu ändern: Der Kayſer aber nahme An. 1654. diſen Punct von der ertheilten Confirmation des Teſtamentes aus.

Eltern können dahero auch zwar in ihren Teſtamenten verordnen,

(1) 1. Band, S. 601. u. f.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

nen, in was für einer Religion ihre minderjährige Kinder sollen erzogen werden: Wann aber diese ihre Discretionsjahre erreichen, stehet ihnen dennoch die Wahl einer selbstbeliebigen Religion vollkommen frey.

Marckgraf Jacob II. Baden-Durlachischer Linie verordnete An. 1590. in seinem Testament: Seine Kinder sollten in der Catholischen Religion erzogen werden, und da der einige Prinz als ein Kind starb, drungen der Kayser und Bayern darauf, die beede Prinzeßinnen an einem Catholischen Ort zu erziehen: Weil aber die Prinzeßinnen, so indessen volljährig worden waren, erklärten, daß sie bey der Evangelischen Religion verbleiben wollten, mußte man sie dabey lassen. (1)

§. 5.

Religions-Clausul bey Erbschafften.

Nur entstehet die Frage: Ob ein Reichsstand seine Nachkommen von seiner Erbfolge auszuschliessen berechtiget seye, im Fall sie die Religion änderten? Man sehe aber davon das Teutsche Familien-Staatsrecht, 1. Cap. §. 16.

§. 6.

Hofgottesdienst eines anderen Rel. Verwandten Regentens.

Was nun den Hofgottesdienst eines Reichsstandes betrifft, welcher nicht der Religion seines Landes beypflichtet; so will ich aus meiner oben angezeigten Abhandlung folgendes anführen, und mit einigen Zusäzen bereichern.

§. 7.

Reichs-Gesezе.

Wie es dißfalls zwischen einem Evangelischen Regenten und seinem Catholischen Land, oder auch einem Catholischen Regenten und seinem Evangelischen Land, solle gehalten werden? davon melden die Reichsgesezе nichts.

Bey denen Westphälischen Fridenshandlungen schlugen die Evangelische An. 1646. m. Febr. vor: „Und kan beyderseits in solchen Fällen, da die Erz- und Bischöffe das ius reformandi nicht haben, denenselben, in ihren Hofcapellen oder Curiis das Exercitium ihrer Religion zu üben, freystehen.„ Es bliebe aber bloß ein Vorschlag.

Hingegen lautet es im *Instr. Pac. Osn. art.* 7. von denen Evangelischen, oder Lutheranern und Reformirten, unter sich: Ipsi (dem Landesherrn,) quidem Concionatores aulicos suæ Confessionis, citra Subditorum onus aut præiudicium, secum atque in Residentia sua habere liceat; at fas ei non sit, - - Templa - - prioribus adimere, suorumque Sacrorum hominibus applicare &c.

§. 8.

(1) H. Sachsens Badisch. Gischicht. 4. Theil, S. 207. u. f. 246. u. f.

§. 8.

In denen Ostfriesischen (1) Concordaten von 1599. wurde §. 78. beliebt: „1. Soll Uns (dem Grafen,) freystehen, wann Wir Unser Hoflager wesentlich in der Statt (Emden) halten, daß Wir auf Unserm Hause, vor Uns, Unsere herzliebste Gemahlin, Räthe, Amtleute, Diener, und Hofgesinde, Unsere Predigten ohne Verhinderung halten, und den Gottesdienst daselbst verrichten lassen mögen, als Wir dasselbe in Unserm Christlichen Gewissen gegen Gott verhoffen zu verantworten. „ Von Ostfriesland.

§. 9.

Als Churfürst Johann Sigmund zu **Brandenburg** die reformirte Religion angenommen hatte, raumte er seinen neuen Glaubensgenossen Anno 1614. den Dom zu Cölln an der Spree, (der zugleich die Schloßkirche ist,) ein. Chur-Brandenburg.

§. 10.

Herzog Johann Albrecht zu **Mecklenburg-Güstrau** wurde auch reformirt, reversirte sich aber Anno 1621. (2) daß er in dem Dom allda, wie auch auf andern seinen Residenzhäusern, sich bloß für sich und seine Religionsverwandte, die Begräbniß und Leichpredigten vorbehalte; ingleichem auf oder an seinen Residenzhäusern die bereits gebaute Capellen erweitern, oder neue Kirchen bauen, und, wann er sich mit seiner Hofstaat allda aufhalte, durch die zu seiner Schloßkirche zu Güstrau bestellte Hofprediger, für sich und seine Hofdiener, predigen zu lassen. Mecklenburg.

§. 11.

Als Fürst Johann zu **Anhalt-Zerbst** die reformirte Religion mit der Lutherischen verwechselte, bekame er Anno 1643. mit der Statt Zerbst und seinen reformirten Vettern wegen der Schloßkirche zu St. Bartholomäi, (welche zugleich eine Pfarrkirche ware,) einen Streit; er führte aber Anno 1644. dennoch den Ev. Lutherischen Gottesdienst darinn ein, und in dem Westphälischen Friden wurde es dabey gelassen. Anhalt.

§. 12.

Auf dem Reichstag An. 1653. brachte das Reichsdirectorium die Fragen vor: R. Tags-Acta. 1653.

„ 2.

(1) In disen Beyspilen habe ich der Zeitordnung gefolgt.
(2) Lünig von der landsäß. Rittersch. Tom. 1. p. 337.

„ 2. Ob einem Landesherrn verwehret seyn solle, in einer ihme zugehörigen Landstatt, für sich selbst, sein Hofgesinde, oder auch für die der Enden befindliche Catholische, oder der anderen Religion zugethane Unterthanen, so vil deren de facto vorhanden, oder noch künfftig darzu kommen möchten, diejenige Kirchen, Clöster und Gotteshäuser, so öde stehen und verlassen sind, gleichwohl aber dem bürgerlichen Magistrat nicht, sondern dem Landesherrn, oder einer geistlichen Obrigkeit, welche derselbe in Spiritualibus für seine Seelsorger erkennet, zugehörig sind, zu seinem Gottesdienst zu gebrauchen, denselben darinn aufzurichten und einzuführen? ꝛc.

3. Wann zweyerley Stände verschidener Religionen eine gemeine Herrschafft, mit aller hohen und nideren Obrigkeit, zugleich im Besiz haben, ob demjenigen, welcher einer anderen Religion, als die Einwohner des Orts gemeiniglich, zugethan ist, seiner Religion öffentliche Uebung in derselben Kirchen zu gebrauchen freystehe, und dabey auch diejenige Unterthanen zuzulassen, welche seiner Religion schon zuvor gewesen, oder erst neuer Dingen darzu tretten, ohngeachtet dergleichen Religions-Uebung in selbiger Kirche Anno 1624. nicht im Gebrauch gewesen wäre?

Es wurde aber nichts darauf resolvirt.

§. 13.

Hessen. Ob gleich die Exempel derer abgetheilten Herrn nicht ganz hieher gehören; so erläuteren sie doch dise Materie mit; dahero ich anführen will, was Anno 1654. zwischen **Hessen-Cassel** und **Hessen-Rheinfels** verglichen worden ist. Es lautet nemlich: „Was aber das Catholische Religions-Exercitium belangt, ist, um Fridens und Einigkeit willen, auch zu Abwendung allerhand Weiterung, diser Passus dahin resolvirt und verglichen worden: Daß Herrn Landgraf Ernstens (zu Rheinfels) Fürstl. Gn. und dero Mann-Leibes-Lehens-Erben und Nachkommen in der Nider-Grafschafft Kazenellenbogen = = das freye Exercitium Catholicæ Religionis auf dem Schloß Rheinfels, wie auch sonst auf allen ihren Residenz- und Amthäusern, wann Sie Selbst, oder Dero Gemahlin und Fürstl. Kinder persönlich Sich darauf befinden, vor Sich, neben Ihrer Fürstlichen Hofstaat, ruhig und unperturbiret gebrauchen und behalten, ꝛc. „

§. 14.

Mecklenburg. Von Herzog Christian Ludwigs I. zu **Mecklenburg-Schwerin** An. 1660. beschehenen Einführung des Catholischen Gottesdienstes

ſtes in der Schweriniſchen Schloß-Capelle meldet Herr Jargow (1), daß ſelbige nicht mit denen Landſtänden überleget worden ſeyn möge.

Als darüber bey dem Reichsconvent unter denen Evangeliſchen berathſchlaget wurde, giengen die meiſte Stimmen dahin: Daß dem Herzog, geſtalten Sachen nach, die Schloßkirche zur Uebung ſeiner Religion zu gebrauchen, nicht würde verwehret werden können.

§. 15.

S. Lauenburg. In dem zwiſchen Herzogen Julio Heinrich zu Sachſen-Lauenburg und dem Land Hadeln Anno 1654. 30. Maj. St. v. errichteten Vertrag heißt es: „ Dabey gleichwol Se. Fürſtl. Gn. Söhne oder Töchtere, auch Dero der Catholiſchen Religion zugethane Bediente, = = auf dem Fürſtlichen Hauſe Otterndorff, oder wo Sie ſonſten im Lande mit Ihrem Hofſtaat Sich aufhalten möchten, durch ihrer Religion Geiſtliche Gottesdienſt verrichten zu laſſen, ganz unverwehrt ſeyn ſoll; wiewohl dahin Niemand eingepfarret, weniger den Eingepfarrten und der Gemeine der Kirche zu Otterndorff, oder ſonſt im Lande, an ihrem Exercitio der Lutheriſchen Religion dadurch einige Behinderung und Eintrag, weder per directum noch indirectum, zugefüget werden ſolle. „ (2)

Und ſo wird auch berichtet, daß die Catholiſche Regenten diſes Hauſes auf gleiche Weiſe in dem Lauenburgiſchen ſelbſten ſich nur des privat-Gottesdienſtes bedienet haben.

§. 16.

Braunſchweig-Hanover. Herzog Johann Friderich zu Braunſchweig-Hanover begnügte ſich, nach ſeinem Uebertritt zur Catholiſchen Religion, mit einem privat-Gottesdienſt: Nur erbauete er denen Capucinern bey ſeinem Schloß zu Hannover ein Cloſter; welches ſie aber nach ſeinem Tode wiederum haben raumen müſſen. (3)

§. 17.

H. Homburg. Als Landgraf Friderich II. zu Heſſen-Homburg die reformirte Religion ergriffe, ward in des von ihme neu-erbauten Schloſſes zu Homburg vor der Höhe Capelle der reformirte Gottesdienſt eingeführet; welcher auch noch jezo durch zween diſer Religion zugethane Hofprediger in teutſcher und franzöſiſcher Sprache fortgeſezet

(1) in den Anmerck. zu Struvens Diſcurs von Landſtänd. p. 164.
(2) Lünig von der landſäß. Ritterſch. 1. Theil, 1343. S.
(3) H. Schelds Anmerck. zu meinem Braunſchw. St. Recht. S. 34.

wird, und können alle der reformirten Religion Zugethane ſich deſſen bedienen.

§. 18.

Bentheim. Gegen den Catholiſchen Grafen zu **Bentheim** bezoge das Corpus Evangelicorum An. 1678. 2. Aug. Sich Selbſt auf den Art. 7. *Inſtr. Pac.*

§. 19.

Chur-Pfalz. Churfürſt Philipp Wilhelm zu **Pfalz** raumte Anno 1685. denen Catholiſchen zu Heidelberg einſtweilen die Garniſonskirche allda mit aus diſem Grunde ein, weil die Catholiſche von dem Churfürſtlichen Hofſtaat in dem allzuengen und kleinen teutſchen Haus nicht genugſame Gelegenheit zu ihrem Gottesdienſt hätten:

Und als er das Simultaneum zu Friderichsburg in der Concordienkirche einführete, bediente er ſich mit des Grundes: Weil zu Friderichsburg auch eine Churfürſtliche Reſidenz und diſe nächſt an der Herrſchafftlichen Wohnung ſtehende Kirche billig als eine Hof-Capelle anzuſehen ſeye.

§. 20.

Chur-Sachſen. Nachdeme Churfürſt Friderich Auguſt zu **Sachſen** Catholiſch worden ware, lieſſe man zwar denen Evangeliſchen Anfangs die Hofkirche, verwandelte aber das Opernhaus in eine Catholiſche Capelle; hernach bauete man eine Catholiſche Kirche mit einem Thurn und Geläute; endlich mußte auch die Evangeliſche Hofkirche zu Erweiterung der Schloßzimmer hergegeben werden: Nicht weniger entſtunden Beſchwerden über Exceſſe derer Catholiſchen Hofgeiſtlichen:

Wegen diſer lezteren wurde in dem Landtagsabſchid von 1718. 28. Maj. verſehen: Daß ſelbige unterſuchet und abgeſtellet werden ſollten: Wegen des übrigen aber wurden bloß unter der Hand Schrifften pro & contra gewechſelt. (1)

§. 21.

Acta Anno 1705. Anno 1705. 14. Aug. ſchriebe das **Nider-Sächſiſche Crays-Ausſchreibamt** an das Domcapitul zu **Hildesheim**: Es ſeye aus dem Weſtphäliſchen Friden wohl zu behaupten, daß ein Landesherr auf ſeiner Reſidenz den Gottesdienſt nach Anleitung ſeiner Religion anordnen könne.

§. 22.

(1) v. Europ. Staats-Canzley, Tom. 30. p. 572. Tom. 31. p. 590. 614.

§. 22.

Herzog Anton Ulrich zu **Braunschweig-Wolfenbüttel** versicherte, nach seinem Uebertritt zur Catholischen Religion, An. 1710. seine Lande (1): Er wolle auch die auf seiner Fürstl. Residenz und Häusern befindliche Capellen denen Röm. Catholischen nicht zuwenden. Ferner: „3. Auch an Unserm Hofe, ausser einem, oder höchstens zwey, Röm. Catholischen Geistlichen, der nur die Sacra zu Unserer privatim haltenden Andacht Uns administrire, keine mehrere Röm. Catholische Geistliche, am allerwenigsten aber Jemanden aus dem Jesuiter-Orden, toleriren wollen.“ Braunschweig-Wolfenbüttel.

§. 23.

Der lezte Evangelische Graf von **Hohenlohe-Pfedelbach** vergliche sich Anno 1710. mit seinen präsumtiven Landesfolgern dahin (2): „Wobey jedoch ratione des privat-Exercitii Religionis Catholicæ mehrhochbemelter Herrn Landes-Successorum Hochgräfl. Excell. Excell. für Sich, und Dero Catholische Domestiquen, und Andere an dem Ort, wo Dieselbe mit solchem Ihrem Hofstaat hiernächstens, nach begebenem Succeßionsfall, residiren, oder sich jeweils befinden möchten, dasjenige unverhindert seyn solle, was diß-falls bey hoher Herrschafften eigenem Gottesdienst fast durchgehends im Röm. Reich gebräuchlich ist, auch ohne Beeinträchtigung deren in Anno 1624. und bißhero in Uebung gewesener Evangelischer Religion und deren Exercitii publici geschehen kan.“ Hohenlohe.

Als (3) sich aber der Pfedelbachische Succeßionsfall ereignete, wurden mehrere Catholische Geistliche in das Schloß zu Pfedelbach eingeführt, denen Capucinern ein Hospitium gebaut, und mit allen Erfordernissen eingerichtet, in der neuaufgerichteten Schloßcapell zu Pfedelbach der solenneste offentliche Catholische Gottesdienst, mit Beyziehung viler benachbarten Fremden, eingeführt, ja gar daraus eine ordentliche Catholische Pfarrkirche gemacht, in welcher die Capuciner alle actus parochiales & ministeriales, unter starcker Herrschafftlicher Manutenenz, ausgeübt, u. s. w.

§. 24.

Churfürst Carl Philipp zu Pfalz nahme An. 1719. denen Refor- Chur-Pfalz.

(1) Europ. Staatscanzl. 17. Theil, 194. S.
(2) l. c. 90. Theil, 751. S.
(3) l. c. 44. Theil, 217. S. u. f.

mirten die heil. Geist-Kirche zu Heidelberg, (daran die Catholische bereits den Chor bekommen hatten,) vollends ganz hinweg, weil sie zu einer Hofkirche gestifftet, zum Catholischen Gottesdienst gewidmet und zur Churfürstlichen Begräbniß gebraucht worden, auch die kleine Schloßcapelle nur als eine Hauscapelle anzusehen, und der Chor der heil. Geistkirche nicht hinlänglich seye, eine grosse Gemeinde zu fassen, ꝛc.

Die Sache machte im ganzen Reich grosse Bewegung, der Churfürst mußte aber endlich, auf Kayserlichen Befehl, die Kirche wieder zurückgeben, und in dem Kayserl. Commissionsdecret von 1720. 11. Apr. ward gemeldet: Dise Wegnehmung seye nur eine Würckung eines irrigen Chur-Pfälzischen Suppositi gewesen ꝛc.

§. 25.

Würtemberg. In denen Reversalien derer beyden Catholischen Herrn Herzoge Carl Alexanders und Carls zu Würtemberg ist versehen: „Gleichwie der Westphälische Fridensschluß Uns erlaubet, Hofprediger von Unserer Religion, ohne Unserer Unterthanen Beschwerde und Präjudiz, bey Uns und in Unserer Residenz zu haben; also wollen Wir allezeit darzu verträgliche Personen nehmen; nicht weniger zur Uebung Unseres privat-Gotterdienstes in Unserm Fürstl. Schloß allhier (zu Stuttgart,) eine besondere Capelle von dem Uns Landschafftlicher Seits hierzu unterthänigst offerirten Geldquanto erbauen und einrichten lassen, keineswegs aber dadurch weder den statum Anni regulativi, noch das publicum exercitium Religionis Evangelicæ, immutiren: Gestalten Wir dann auch in disem Betracht denen Evangelisch-Lutherischen die dermalig-so genannte Hofcapelle allhier in Stuttgart ferner auf beständig lassen, und Uns, auch Unsere Successoren am Regiment, zugleich verbinden, weder deßwegen, noch auch überhaupt in allem, etwas zu unternehmen, oder unternehmen zu lassen, welches dem statui dicti Anni decretorii und denen ratione ungekränckt-durchgängiger Beybehaltung dessen Status führenden Principiis derer Evangelischen Fürsten und Stände des Reichs nur in einigen Weg entgegen lauffen könnte.„

Anno 1741. ertheilte der Costanzische Weyhbischoff zu Stuttgart einem Herzoglichen Prinzen die erste Tonsur, und der Prinzeßin die Confirmation: Die Landschafft beschwerte sich darüber, und die verwittwete Herzogin stellte einen Revers deßwegen aus: Der Bischoff zu Costanz beklagte sich zwar darüber weitläufftig bey dem

Kay-

Kayſer, und fochte obbeſagte des Herzogs Reverſalien ſtarck an: Er erhielte aber nicht nur nichts; ſondern es wurden auch die Herzogliche Reverſalien, auf erſtattetes Reichs-Hofraths-Gutachten, vom Kayſer beſtättiget.

Herzog Carl ſtellte ferner Anno 1745. 21. Mart. diſe Reſolution aus: „Nachdeme Unſere treugehorſamſte Landſchafft bey Uns wiedermalen unterthänigſt angeſucht, Wir möchten die Hofcapelle zu Ludwigsburg, welche Unſers in Gott ruhenden Herrn Vaters, Herzog Carl Alexanders, Gnaden zu Haltung des Catholiſchen Gottesdienſtes an ſich gezogen, zu dem Evangeliſchen Gottesdienſt gnädigſt wiederum reſtituiren, und für Uns und Unſern Hofſtatt einen andern gelegenen Ort aptiren laſſen; = = So haben Wir, nach eingenommener genugſamer Einſicht und Ueberlegung, Uns zwar nicht entſchlieſſen können, bemeldte von Unſers Herrn Vaters Gn. zu Ihrem privat-Hofgottesdienſt eingezogene, auch zu Ihro und der Ihrigen künfftiger Ruheſtätte gewidmete Hofcapelle zurück zu geben; hingegen dabey keinen Anſtand nehmen können, Unſerer treugehorſamſten Landſchafft die wiederhohlte Landesväterliche Erklärung und gnädigſte Verſicherung beyzufügen, daß Wir bey ſolchem Unſerm privat-Gottesdienſt kein Geläut, noch ſonſten andere nur ad Cultum publicum gehörige Zeichen und Handlungen, gebrauchen oder vornehmen, ſondern alles hierunter durchaus nach denen von Uns eigenhändig unterſchribenen Religions-Aſſecurationen und Reverſalien beobachten, vornemlich aber Unſern privat-Gottesdienſt daſelbſt durch keinen anderen beſonderen Prieſter, ſondern durch Unſere ohnehin habende Hofcaplans, verſehen laſſen wollen: Da hingegen Wir Uns gnädigſt entſchloſſen haben, zu künfftiger Haltung des Unſerm (Evangeliſchen) Hofſtaat gebührenden öffentlichen Gottesdienſts, in Unſerm Fürſtl. Schloß das Unſerer Hofcapelle gegen über ſtehende Gebäu einzuraumen, und ſolches aus denen Mitteln des geiſtlichen Guts zu ſolchem Gebrauch einrichten, den Gottesdienſt aber durch Unſere Evangeliſche Hof- oder andere Prediger verrichten zu laſſen: = = Dabey Wir Uns aber zu Unſerer treugehorſamſten Landſchafft des weiteren gnädigſt verſehen, daß ſie, aus unterthänigſter Devotion und Liebe gegen Uns, ſich nicht werde entgegen ſeyn laſſen, daß die wenige Catholiſche Einwohner zu Ludwigsburg die zum privat-Gottesdienſt für Uns und Unſern Hofſtaat gewidmete Hofcapelle auch bey Unſerer Abweſenheit beſuchen mögen. Wobey Wir die weitere Fürſtliche bündigſte Verſicherung anhängen,

daß

daß diſe beſondere Anordnung nicht allein auf keinerley Art mißbraucht, oder zur Conſequenz auf andere Orte in dem Land gezogen, ſondern auch, daß ſolche Unſeren vorhin ertheilten Aſſecurationen in keinem andern Stück nichts präjudiciren = = ſolle, ꝛc. „

Anno 1749. wurde am Frohnleichnamsfeſt in dem Herzoglichen Schloß zu Ludwigsburg eine Proceſſion gehalten: Die Landſchafft beſchwerte ſich darüber, und der Herzog ertheilte An. 1750. 30. Maji die Reſolution: Daß hinkünfftig weder zu Ludwigsburg, noch ſonſten irgendwo in dem Herzogthum, eine ſolche ſolenne Proceßion jemalen mehr gehalten werden ſolle, ꝛc. welches das Corpus Evangelicorum den 29. Jul. ad Acta nahme, um darüber auch ſeines Orts zu wachen und zu halten.

Was die Würtembergiſche Landſtände Anno 1764. für Beſchwerden in Anſehung des Herzoglichen Hofgottesdienſtes und der Hofgeiſtlichen geführet haben, findet man an angezeigter Stelle. (1)

Eben diſer Landſtände Vorſtellung an den Herzog von 1765. 13. Jul. wegen der zu Grafeneck und auf der Solitude erbauenden Catholiſchen Capelle, nebſt der Herzoglichen Reſolution darauf vom 23. Jul. iſt an unten (2) bemercktem Ort zu leſen.

In dem Vergleich von 1770. Cl. 2. wird gemeldet:

„ §. 5. Sr. Herzogl. Durchl. iſt nicht entfallen, was ſie wegen des offentlichen Geläuts bey ihrem privat-Gottesdienſt zu Ludwigsburg unterm 21. Mart. 1745. der Landſchafft zu erkennen gegeben haben: Und wie es Höchſtderoſelben Abſicht keineswegs iſt, dem Sich vorbehaltenen privat-Gottesdienſt die Geſtalt eines Cultus publici beyzulegen; alſo erklären Sie hiemit, daß Sie bey ſothanem Ihrem privat-Gottesdienſt weder beſagten Geläuts künfftig Sich bedienen, noch ſonſten irgend einige andere, nur ad Cultum publicum gehörige, Zeichen und Handlungen gebrauchen, ſondern auch hierunter Dero ausgeſtellte Religions-Reverſalien beobachten wollen;

§. 6. Auch ſoll Höchſtdero privat-Gottesdienſt durch keine fremde Prieſter, ſondern durch Dero ordentliche Hofgeiſtliche, verſehen werden.

§. 7. Es haben hiernächſt Se. Herzogl. Durchl. aus denen an Höchſtdieſelbe abgelaſſenen Landſchafftlichen unterth. Vorſtellungen er-

(1) in der neuen Staatscanz. 16. Theil, 198. S. u. f.
(2) l. c. S. 245. 251.

erſehen, daß gemeine Prälaten und Landſchafft den zu Grafeneck und auf der Solitüde angefangenen Catholiſchen Capellenbau als gegen Dero Reverſalien anſtoſſend angeſehen: Gleichwie Sie nun deſſen, was beſagte Ihre Reverſalien verordnen, Sich auch in diſem Stück gar wohl erinnern; alſo haben Sie, bey weiterer Ueberlegung der Sache, die gn. Entſchlieſſung gefaßt, gedachten Capellenbau zu Grafeneck und auf der Solitüde forderſamſt ein- und abzuſtellen, und es mithin allein bey denen beeden Capellen zu Stuttgart und Ludwigsburg, als Dero Reſidenzien, zu Uebung Ihres privat-Gottesdienſts, auf immer bewenden zu laſſen. „

§. 8. Wo es auch inzwiſchen ein- und das anderemahl geſchehen iſt, daß von der Catholiſchen Hofgeiſtlichkeit, entweder bey Verſehung der Krancken die erforderliche Requiſition unterlaſſen, oder ſie ſonſten bey Krancken, Maleficanten, oder deren Execution, ſich eingedrungen, oder auch einige Ehecopulationen, Tauff- oder andere Actus eccleſiaſtici, verrichtet worden; ſo wiederhohlen Se. Herzogl. Durchl. nicht allein Dero, auf die davon ehedem erhaltene ſpecial-Anzeigen, verſchidentlich zu erkennen gegebene Mißbilligungen, ſondern erklären auch fernerweit gn. daß alle dergleichen Actus fürs Vergangene denen Reverſalien im geringſten nicht abbrüchig ſeyn, noch zu Nachtheil derſelben jemalen angeführt werden ſollen; Höchſtdieſelbe wollen auch fürs künfftige ſolcherley Vorgänge nicht weiter zugeben, ſondern es hierunter bey denen Reverſalien gelaſſen wiſſen; vermög welcher überhaupt der allergeringſte Actus eines Catholiſchen Gottesdienſts, auſſer was Höchſtdero privat-Gottesdienſt = = = betreffen mag, in dem ganzen Land nicht ausgeübt, = = werden ſoll. „

§. 26.

In denen Heſſen-Caſſeliſchen Religions-Reverſalien heißt es: Heſſen-Caſſel.
„8. Angehend aber Unſern privat-Gottesdienſt: Da die bißher im Teutſchen Reich übliche Obſervanz denen zu der Catholiſchen Religion übertrettenden regierenden Fürſten Proteſtantiſcher Lande erlaubet, Hofprediger von ihrer Religion, ohne ihrer Unterthanen Beſchwerde und Präjudiz, bey ſich und in ihrer Reſidenz zu haben; ſo wollen Wir gleichwohlen, wann Uns dereinſt die Landesregierung zufallen wird, darzu jederzeit verträgliche Perſonen ausſuchen, auch keine Ordensleute, ſondern nur allein Weltgeiſtliche, annehmen, auch keineswegs die in dem hieſigen Schloß befindliche Kirche, gegen den Statum des Anni regulativi und ſeitherige Verfaſſung, darzu gebrauchen, ſondern darinn den herkommlichen Evangeliſch-Reformirten

Gottesdienſt allein und unverändert fortſezen, zu Behuf gedachten Unſers privat-Gottesdienſtes aber alsdann, eine beſondere Capelle in oder nächſt dem hieſigen Schloß erbauen und einrichten zu laſſen, Uns vorbehalten. „

Was der bekannte Herr Abbt KRAUS zu St. Emeran dagegen eingewandt hat, und was ihme darauf geantwortet worden iſt, kan an denen unten (1) angezeigten Orten nachgeſehen werden.

§. 27.

Norm. Die Gründe, wornach diſe Materie beurtheilet werden muß, ſeynd 1. die vorhandene Reichsconſtitutions-mäßige, auch ſonſt zu Recht beſtändige, Verträge; 2. in deren Ermanglung die Reichsgrundgeſeze, beſonders der Osnabrückiſche Fridensſchluß; ſo dann 3. das Reichsherkommen.

§. 28.

Verträge. Die beſondere Verträge über diſen Puncten haben vor anderen Verträgen in Religionsſachen nichts eigenes oder voraus; dahero ich mich dabey nicht aufhalten will

§. 29.

Osnab. Frid. Bey der oben angeführten Stelle des Osnabrückiſchen Fridens fragt es ſich: 1. Auf was für Religions-Verwandte ſie gehe? Antw. Es belehret der Zuſammenhang des ganzen Fridensſchluſſes, beſonders derer Art. 5. und 7. wie auch der klare Buchſtab des Art. 7. daß er allein von denen Proteſtirenden unter ſich handle.

Bey denen verſchidenen wegen diſer Sache bey denen Fridenshandlungen gemachten Entwürffen iſt zu bemercken: 1. Daß man endlich nachgegeben hat, es dörffe mehr als Ein Hofprediger gehalten werden; 2. daß man hingegen nichts von Reſidentien in der mehreren Zahl, ſondern nur von Einer Reſidenz wiſſen wollen; 3. dagegen aber zugeſtanden hat, daß der Landesherr ſeine Hofprediger auch auſſer der Reſidenz bey ſich haben dörffe; 4. hinwiederum aber abgeſchlagen worden ſeye, daß der Hofgottesdienſt ſich auch auf alle Confeſſioni Domini territorialis accedentes erſtrecken ſolle.

2. Entſtehet die Frage: Ob und wie ferne ſich demnach ein Schluß aus diſem 7den Art. auf den Fall machen laſſe, wann Evangeliſche und Catholiſche es mit einander zu thun haben? Antw. Man kan zuverläßig ſchlieſſen, daß der Paciſcenten Meinung keinesweges

(1) in meinem Teutſch. Staatsarch. 1756. 2. Band, S. 792. und 1080.

weges dahin gegangen seye, daß die Evangelische gegen die Catholische, oder die Catholische gegen die Evangelische, sich auf diſe Stelle sollten beziehen können: Wann man also einem Catholischen Herrn vergönnet, was die Evangelische hier unter sich bedungen haben, ist es keine Schuldigkeit, sondern eine bloſſe Gefälligkeit und Condescendenz.

Ob endlich der Westphälische Fride, (wann man den 7den Art. beyseit sezet,) in andern Stellen, wo nicht ausdrücklich, doch virtualiter, nach einer gesunden Analogie, und mittelst vernünftig- auch rechtlicher Schlüsse, einem Landesherrn, der mit dem Land verschidener Religion ist, mehr oder weniger beylege, als der Art. 7. enthält? habe ich in obiger Schrifft umständlich untersucht, und gezeigt, daß nach strengen Rechten ein Landesherr bloß mit der Hausandacht sich begnügen müßte, der Wohlstand hingegen der Gestattung eines privat-Gottesdienstes das Wort spreche.

In einem Schreiben des Corporis Evangelicorum von 1678. 2. Aug. an den Catholisch gewordenen Grafen von Bentheim-Tecklenburg (1), meldet es, (schon oben berührter massen,) Selbst: „Benebens aber offtangezogenes Instr. Pacis Art. 7. ganz klares Zil und Maaß gibet, wie es in dem Fall, da die Herrschafften die Religion ändern, zu halten ꝛc. „

An unten (2) angezogenem Ort aber heißt es: „Sollten auch Catholici ein argumentum Legis aus dem auf die Protestirende unter sich allein gehenden Art. 7. *Instr. Pac. Westph.* ziehen, und durch Reichs-Constitutionsmäßige Interpretation oder Vergleichung, wie die Gesezе erfordern, es dahin bringen können, daß ihnen, gleich als denen Protestirenden unter sich erlaubt, (wie die Worte des Art. 7. lauten,) Concionatores aulicos suæ Confessionis, citra Subditorum præiudicium & onus, secum & in Residentia habere; so muß 1. jedermann gestehen, daß diß wenigstens noch unausgemacht, und gar nicht klar für die Catholische Landesherrschafften disponiret seye, folglich 2. denenselben auch nicht freystehe, ohnangefragt und mit Gewalt, die Reichsgesezе zu erklären, und de facto sich dasjenige zuzueignen, was bloß und allein denen Protestirenden unter sich nur erlaubt; oder man müßte behaupten wollen, das Faustrecht seye wieder aufgekommen. „

Der eyferige Herr Abbt Kraus zu St. Emeran hingegen schrie-

(1) v. Schauroths Samml. der Concluſ. Corp. Evang. 1. Theil, 109. S.
(2) Ungrund des Simultan. §. 53.

be (1): „Was von Haltung eines Hofpredigers in des Landesfürsten Residenz gesagt wird, bindet die zwey Protestantische Religionen unter sich lediglich. vid. Art. 7. §. 1. *Instr. Pac. Westph.* „

Der Catholische Freyherr von KREITTMAYR (2) ist auch der Meinung: Daß im besagten Art. 7. die Frage wegen des Hofgottesdienstes inter Catholicos & Protestantes nicht entschiden seye, sondern, dem ohngeachtet, noch in lite & controversia verbleibe.

Jedoch wir wollen auch noch vernehmen, was selbst ein Catholischer Bischoff, nemlich der zu Costanz, An. 1740. 30. Mart. an den Kayser geschriben hat, da er sich forderist darüber aufhält, daß eine ganz fremde Disposition aus dem Art. 7. §. 1. *Unanimi quoque &c.* wegen Haltung des Exercitii privati & Ministrorum, (daran doch ein Catholischer Successor in einem angefallenen Land keinesweges gehalten seye,) entlehnet und in die Würtembergische Religions-Assecuration und Reversalien eingeschaltet und eingeschoben worden seye; und hernach noch umständlicher schreibet: „Wo herentgegen das beym 2ten Punct, worinnen hochgedachtem Herzog Carl Alexandern nur ein privat-Exercitium mit Hof-Predigern zu halten erlaubt seyn solle, aus dem Westphälischen Fridenschluß beygebrachtes Motivum irrig, ungegründet, und wider dessen offenbaren Buchstaben und Verstand lauffendes Assertum in dise Herzogliche Religions-Assecurationen und Reversales mit-eingeführet, und als eine richtig- und unzweifelhaffte und Ihrer Seits verbindliche Disposition, (oben schon gedachter massen,) eingeschalten und eingeschoben worden. Daß deme also und nicht anders seye, darunter geben die Acta diser weltberühmten Pacification den klaren Ausschlag: Dann als die Stände von der Reformirten Glaubens-Bekenntniß, in den Religions- und Westphälischen Friden mit eingeschlossen zu werden, gar nachdrücklich verlangten, hingegen verschidene mächtigere Lutherische Churfürsten und Stände, selbe in Consortium aller und jeder daraus erhaltenen Vortheile und Wohlthaten schlechterdings aufzunehmen, wichtige Anstände und Bedencken gemacht, und von jenen gewisse Reversales, darinnen sie sich gegen die Lutherische des Juris reformandi und anderer in das Religions-Wesen und den Gottesdienst einschlagender Puncten halber begeben sollten, pro Conditione sine qua non ausbedungen, und darüber etwelche Jahr lang unter beyden Theilen, (ohne daß die Catholische sich damit sonderlich beladen,) weit-

(1) v. mein T. Staatsarch. 1756. 2. Band, 792. S.
(2) ad Cod. civil. Bavar. S. 2234.

weitſchichtige Handlungen gepflogen worden, ſo zwar, daß die Augſp. Conf. Verwandte, (wie uns deſſen die unlängſt zu Hanover im Druck herausgekommene Sammlung Actorum Pacis Weſtphalicæ ausführliche Nachricht geben,) An. 1645. durch den Sachſen-Altenburgiſchen Geſandten ein Entwurff gewiſſer Conditionen, welche alle auf den Gottesdienſt, und deſſen Annexa und Uſus, daß vornemlich denen Lutheriſchen Unterthanen, weder ſub prætextu Juris territorialis, epiſcopalis, vel Patronatus, jemalen reformirte Prediger aufgedrungen werden ſollen, eingerichtet geweſen, denen Reformirten, um in Friden eingeſchloſſen zu werden, vorlegen und zuſtellen laſſen; (Tom. 2. p. 8. & ſeqq.) Daß die Reformirte An. 1646. dem Schwediſchen Geſandten, Grafen von Oxenſtirn, die Erklärung gethan, daß ſie die Lutheraner nicht reformiren, aber auch darüber keinen Revers ausſtellen wollten; dabey Oxenſtirn ihnen zu erkennen gegeben, daß die Königin in Schweden, das Chur-Haus Sachſen, Braunſchweig-Lüneburg und Würtemberg etc. vor ihre Glaubens-Genoſſen hielte, die Reformirte aber nicht, ſondern diſe würden in Schweden Reformirte oder Calviniſten genennet: (Tom. 2. p. 230.) Daß Schweden An. 1646. vorgeſchlagen, es ſollte kein Theil, weder Lutheriſche, noch Reformirte, in Succeßions- und dergleichen Fällen die Unterthanen von ihrem Glauben abziehen, noch zu ſeiner Religion zwingen: (Tom. 2. p. 28.) Daß die Evangeliſche An. 1647. zu Osnabrück ein Project, die Einſchlieſſung der Reformirten betreffend, und hingegen von der Chur-Brandenburgiſchen Geſandtſchafft, Namens aller Reformirten, ein Gegen-Project, nebſt einer Clauſul, ſtatt des von den Evangeliſchen verlangten Reverſes, entworffen: (Tom. 6. p. 248.) Daß die Schweden und Evangeliſchen eines Aufſazes ſich verglichen, und denen Reformirten ausſtellen laſſen: (Tom. 6. p. 248. & ſeqq.) Daß die Reformirte darinn vile Veränderungen und Zuſäze gemacht, (ibid. p. 259.) und daß darüber die Sachen eine Zeitlang ligen gebliben, indeme die Evangeliſche Geſandtſchafften den Entſchluß gefaßt, den Paſſum de Reformatis lieber mit einander in Inſtr. Pacis zu übergehen, als mit ſolchen präjudicirlichen und verfänglichen Terminis demſelben einverleiben zu laſſen; (ibid. p. 261.) Daß ſich die Evangeliſche und Reformirte An. 1647. einer Formul des Articuls verglichen: (Tom. 6. p. 274. & ſeqq.) So iſt zulezt circa negotia Religionis & ius reformandi, weilen die Augſp. Conf. Verwandten mit denen Reformirten Ständen ratione controverſiæ Religionis ebenfalls ſich nicht

vergleichen konnten, in vorerwehntem Art. 7. §. 1. *unanimi conſenſu*, ihrenthalben beliebt worden, daß, wann unter Ihnen, nemlich Auguſtanæ & Reformatæ Religionis, ein Fürſt oder Landesherr ad alterius Partis Sacra hierüber tretten, und ein Fürſtenthum, oder Landſchafft, da der andere Theil für jezo ſein offentliches Religions-Exercitium hat, entweder iure Succeſſionis, oder Krafft der Fridens-Handlung, oder ſonſten unter einem anderen Titulo, überkommen, oder wieder erlangen würden, ſelbige für ſich einen Hofprediger ihrer Confeſion, ohne der Unterthanen Beſchwerung und Nachtheil, bey ſich und in ihrer Reſidenz zu haben, erlaubt ſeyn ſolle etc. Alſo, daß von daher das Exercitium privatum auf den Fuß, wie ſolches in die Würtembergiſche Religions-Aſſecuration und Reverſales eingerücket worden, ſeinen Urſprung hat, Status Catholicos aber die darunter gepflogene Handlung und errichtete Vergleich in nichts verbinden thut. (1) „

§. 30.

R. Herkommen. Das Reichsherkommen ſtimmet darinn meiſtens überein, daß einem Landesherrn von anderer Religion bloß der privat-Gottesdienſt gebühre; ob gleich nicht alle Fälle und Handlungen einander ganz gleich ſeynd, und groſſe Höfe zuweilen etwas thun, das eben nicht ſeyn ſollte, die Unterthanen aber dabey für räthlich halten, durch die Finger zu ſehen, um nicht aus übel ärger zu machen.

Beſonders iſt auch merckwürdig, daß der Kayſer und Reichs-Hofrath die Würtembergiſche Reverſalien und den Vertrag von 1770. reſp. etlichemahl beſtättiget haben, ob gleich dem Landesherrn darinn der bloſſe privat-Gottesdienſt zugeſtanden worden iſt.

§. 31.

Nicht regierende Herrn. Nicht regierende Herrn haben, nach dem ſtrengen Recht, noch weit weniger, als der regierende Herr, etwas weiteres zu forderen, als die Hausandacht: In Betracht ihres Standes aber wird man doch wohl überall ſo nachgebend ſeyn, daß man ihnen den privat-Gottesdienſt ihrer Religion nicht verſagen wird; doch nur für ſich und ihre Hausgenoſſen:

Und eben diſes iſt dann auch von Gemahlinnin, Wittwen und Töchtern aus der Landesherrlichen Familie zu ſagen.

§. 32.

Reſidenz. Was heißt die Reſidenz? Antw. Das Schloß, oder Haus, wo

(1) v. Anmerck. über die Würtemb. Grund-Veſte. p. 5. ſeqq.

wo der Landesherr ordentlicher Weiſe zu wohnen pfleget, oder welches doch darzu gewidmet iſt, wann der Herr es auch nicht würcklich, oder doch nicht meiſtens, bewohnet: Und nach denen Weſphäliſchen Fridenshandlungen hat man unter der Reſidenz nicht die Reſidenzſtatt, ſondern das Reſidenzſchloß gemeint; doch kan in gewiſſen Fällen das Wort: Reſidenz ſich auch auf Schloßkirchen, die auſſer dem Bezirck des Reſidenzſchloſſes gelegen ſeynd, erſtrecken.

Wechſelt ein Herr mit ſeinen Reſidenzien ab; ſo iſt in diſer Materie nur der Ort die Reſidenz, wo er ſich jedesmalen aufhält.

Luſtſchlöſſer, Jagd- und Amtshäuſer, u. d. qualificiren ſich niemalen zu dem Namen: Reſidenz.

§. 33.

Von dem: Secum.

Krafft des Worts: *Secum* kan der Landesherr ſeine Hofgeiſtliche mit ſich nehmen, 1. wohin es ihm beliebt, 2. ſo offt es ihm beliebt, 3. ſo lang es ihm gefällig iſt; doch allemal ohne Nachtheil der Unterthanen: Mithin darff er ſich nicht ihrer Kirchen und Capellen als eines Surrogati ſeiner Hofcapelle bedienen.

§. 34.

Schloßkirchen ꝛc.

Schloßkirchen ſeynd in weiterem Verſtand formliche Kirchen, darinn der Hofgottesdienſt mittelſt Verwaltung der Sacramenten und anderer Pfarr-Verrichtungen verſehen wird; in engerem aber dergleichen Kirchen, ſo in dem Bezirck des Schloſſes ſtehen.

Hofkirchen ſeynd entweder einerley mit den Schloßkirchen, oder es ſeynd die auſſer dem Bezirck des Schloſſes gelegene, aber bloß zu dem Hofgottesdienſt gewidmete, Kirchen.

Offt iſt auch eine Schloß- oder Hof-Kirche zugleich eine gemeinſchafftliche Pfarrkirche des Orts.

Hofcapellen ſeynd entweder, zumalen bey Evangeliſchen, eben das, was eine Schloß- oder Hof-Kirche iſt; oder es ſeynd Capellen, darinn keine Pfarrliche Verrichtungen vorgenommen worden.

Es gibt auch wohl verſchidene Arten von Hofcapellen in einerley Schloß, nemlich eine Cammercapell zum privat-Gottesdienſt des Landesherrens, oder ſeiner Familie, ſo dann eine Hofcapelle zum öffentlichen Hofgottesdienſt.

Bey dergleichen Kirchen und Capellen kommt lediglich nichts darauf an, auf welcher Religionsgenoſſen Koſten ſie erbauet worden, und zu welcher Religion Gebrauch ſie Anfangs gewidmet worden ſeyen.

Darff

Darff ein Landesherr, ſo ſeine Religion ändert, oder zur Regierung eines Landes von anderer Religion kommt, ſeine Schloßkirche oder Capelle reformiren? Antw. 1. Wo Verträge vorhanden ſeynd, verbleibt es dabey: Seynd keine vorhanden, iſt es ſo zu halten. 2. Iſt eine Schloßkirche zugleich eine bürgerliche Pfarrkirche, kan, wider den Willen der Gemeinde, keine andere Religion darein eingeführet werden. 3. Nil weniger kan man den darinn hergebrachten bürgerlichen Gottesdienſt abſtellen: 4. Iſt ſie aber eine bloſſe Hofcapelle, kan ſie der Herr zu ſeinem Gottesdienſt gebrauchen.

Anno 1771. 11. Oct. (1) wurde am Cammergericht geſprochen: „In Sachen der Gemeinde Redwiz, Impetranten eines= wider von Redwiz, tutorio nomine von Redwiz zu Redwiz, anderen Theils, Mandati, de non turbando in exercitio publico Religionis Evangelicæ in Sacello Redwiz, nec impediendo reparationem dicti Sacelli S. C. iſt allem An= und Vorbringen nach zu Recht erkannt: Daß impetrantiſche Gemeinde Redwiz, des von Impetraten gethanen Einwendens ohngehindert, bey dem Beſiz des öffentlichen und freyen Exercitii Religionis Aug. Conf. in der Schloßkirchen zu Redwiz, ſo, wie ſie ſchon vor Erregung diſes Streits hergebracht, weniger nicht bey der bißherigen Beſorgung der nöthig findenden Reparaturen an der Kirche und Schulhaus, (jedoch nach vorläuffig deßfalls der Herrſchafft, oder deren nachgeſezten Beamten davon gethaner Anzeige,) zu manuteniren und zu belaſſen; = = = Im übrigen aber gleichwol Impetratiſchem von Redwiz, und ſeiner der Catholiſchen Religion zugethanen Nachkommenſchafft, der Mitgebrauch ſolcher ſeiner Schloßkirche, zu Zeit und Stunden, wo, biß hiehin geübter maſſen, dem darinn ferner zu pflegenden Gottesdienſt Aug. Conf. in keinem Stück einiger Abbruch oder Hinderniß geſchiehet, zur Ausübung ſeines Catholiſchen Gottesdienſtes gleichfalls zuzuſprechen ſeye, etc. „

In wie fern ein Erbfolger Catholiſcher Religion in Evangeliſchen Landen die Schloß= und Hofkirchen, welche den 1. Jan. 1624. zu Ausübung des Evangeliſchen Gottesdienſtes würcklich gebraucht worden, ſich zuzueignen, und, den Catholiſchen Gottesdienſt darinnen einzuführen, berechtiget ſeye? davon iſt ein Votum eines Evangeliſchen Cammergerichts=Aſſeſſoris bey dem Freyherrn von CRAMER (2) zu leſen.

Neue

(1) v. Freyh. von CRAMER Obſ. 1446. Tom. 6. p. 544.
(2) Obſ. 1443. Tom. 6. p. 518.

Neue Hofkirchen oder Capellen mit Thürnen und Glocken darff kein Landesherr bauen, der nur die privat-Religions-Uebung hat: Eine andere gemeine Capelle aber zu bauen kan man ihme in seiner Residenz nicht wohl versagen, wann er keine hat: Auf Lustschlössern, u. d. hingegen gehet es nicht an, wann selbige gleich in Abwesenheit des Herrn geschlossen werden wollten.

§. 35.

Hofprediger oder Hofcaplane ꝛc. seiner Religion kan ein solcher Landesher zur Nothdurfft halten. Hofprediger.

Wen er er darzu gebrauchen wolle, oder nicht? stehet, wann er sich zu nichts verbunden hat, in seinem freyen Belieben. Eines Fremden kan er sich im Nothfall, oder auf dem Land, bedienen: Aber ohne Gefährde; zumalen nicht in Absicht auf ein in dem Westphälischen Friden abgestelltes Jus diœcesanum.

§. 36.

Evangelische Landesherrn, so einer anderen Religion seynd, als das auch Evangelische Land von der andern Art, (das ist, Evangelische und Evangelisch-Reformirte,) dörffen einen öffentlichen Hofgottesdienst halten: Evangelische Regenten Catholischer Lande und Catholische Regenten Evangelischer Lande aber nur einen privat-Hofgottesdienst; wann nemlich schon im Jahr 1624. die dermalige Landesreligion allein die herrschende darinn ware. Offentlicher Gottesdienst.

§. 37.

Der des Landesherrns Religion zugethane Hofstaat darff sich auch seines privat-Gottesdienstes bedienen: Nur müssen es wahre und nicht blosse titular-Hofbediente seyn: Und so muß auch dem der Landesreligion zugethanen Hofstaat überall, wo möglich, der öffentliche, sonst aber doch wenigstens der privat-Gottesdienst, gestattet werden. Hofstaat.

§. 38.

Wo der Hof eine offentliche Religions-Uebung hat, kan es keinen Anstand haben, daß der Hofgottesdienst auch bey Abwesenheit der Herrschafft fortgehe: Bey einem privat-Gottesdienst hingegen sollte es zwar nach denen strengen Rechten nicht seyn; doch wird ein Land auch, wann es sonst nicht mißbraucht wird, oder ein Herr sich gegen das Land widrig bezeuget, nichts daraus machen, wann es dennoch geschiehet. Gottesdienst bey Abwesenheit des Hofs.

§. 39.

Und eben dises ist auch in Ansehung der Zulassung fremder der Zulassung der Fremden.

Landesreligion nicht beypflichtender Personen zu des Landesherrns öffentlichem oder privat-Gottesdienst bey seiner An- oder Abwesenheit zu sagen.

§. 40.

Proceßionen. ꝛc.

Daß Proceßionen, welche ein Landesherr innerhalb dem Bezirck seines gewohnlichen Residenzschlosses, darinn sich die Hofcapell seiner Religion befindet, halten lassen will, kein Stück seines privat-Hofgottesdienstes seyen, habe ich anderwärts (1) erwisen.

Eben so habe ich auch allda (2) gezeigt: Daß es nicht angehe, die Firmung, oder eine Weyhe, von einem Bischoff oder Weyhbischoff ertheilen, oder eine Capell durch ihn weyhen zu lassen, wo man nur ein Recht zu dem privat-Gottesdienst hat.

Sechstes Capitel.

Von Cameral- und Hof-Oeconomie-Sachen.

Innhalt.

Von denen Evangelischen geistlichen Reichsständen.

§. 1. Einkünffte. §. 2. Hofoeconomie.

Von denen Catholischen geistlichen Reichsständen.

§. 3. Einkünffte, §. 4. besonders der Abwesenden.

Von denen weltlichen Reichsständen.

§. 5.

* * *

Von denen Evangelischen geistlichen Reichsständen.

§. 1.

Einkünffte.

Die derer Evangelischen geistlichen Reichsstände Personen zustehende Einkünffte seynd von eben der Art, wie gleich jezo von denen Catholischen wird gesagt werden.

§. 2.

(1) in den Grundsäz, von dem offentl. ꝛc. Gottesd. §. 41. p. 54.
(2) l. c. §. 42. p. 54.

§. 2.

Von der Hofœconomie und denen Hofmobilien lautet es in der Lübeckiſchen Capitulation von 1707. Art. 19. „So ſollen auch Unſers Sohns Liebden Ihre Haus- und Hofhaltung bey Dero Antrettung zu Euthin alſo anſtellen, daß durch deren Uebermaaſſe und Weitläufftigkeit das Stifft nicht beſchweret noch geſchwächet, der jährliche Vorrath und Gebey des Stiffts nicht aus dem Stifft an andere Oerter indiſcrete verführet, und dadurch das Haus Euthin und die darzu gehörige Höfe entblöſſet; wie denn alles, was Sr. Lbden an Silbergeſchirr, Hausgeräth, Viehzucht, und ſonſten mehr, ſub Inventario vom Domcapitul in Annehmung Ihrer Regierung überantwortet wird, nach Deroſelben Abtritt oder Abgang, ſub eodem Inventario, Fürſtlich und getreulich wiederum, mit einem ehrlichen anſehnlichen Augmento, geliſert, und ad Succeſſores transferiret werden ſoll.„ Hofœconomie.

* * *

Von denen Catholiſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 3.

Derer Catholiſchen Erz- und Biſchöffe ꝛc. perſonelle Einkünffte beſtehen 1. eigentlich und hauptſächlich in deme, was die der Erz- oder Biſchofflichen ꝛc. Tafel einverleibte Güter abwerffen; 2. in deme, was ſie, oben gedachter maſſen, nach ihrer Erwählung, oder 3. ſonſt jährlich, oder von Zeit zur Zeit, für Präſenten, Subſidien, u. ſ. w. vom Land bekommen. Einkünffte.

Bey denen Reichs-Prälaturen aber wird es, ſo vil ich erfahren kan, verſchidentlich gehalten: In einigen bekommt der Prälat bloß alles, was er vonnöthen hat; in anderen hingegen wird ihme auch noch über diſes eine gewiſſe Summ zu Handgeldern, über welche er nach freyem Wohlgefallen diſponiren kan, bewilliget.

In denen Chur-Braunſchweigiſchen An. 1764. u. ſ. w. ans Licht geſtellten Schrifften heißt es: Das Stifft Osnabrück habe dem vorigen Biſchoff jährlich 120. biß 145000. Rthlr. Subſidien gegeben. In einem pro memoria vom 6. Nov. 1767. aber wird gemeldet: Anno 1764. habe man dem Biſchoff 20000. Rthl. bewilliget; bey dem folgenden 60000. Rthl. und bey dem ferner gefolgten 50000. Rthl.

Krafft eines Anno 1541. zwiſchen dem Hochſtifft Chur und dem Gotteshausbund errichteten Vertrags, ſollte jeder Biſchoff

ſchuldig ſeyn, dem Gotteshausbund Rechnung abzulegen; und noch Anno 1754. verlangte der Bund: Daß die gewöhnliche Rechnung von der Verwaltung des verſtorbenen Biſchoffs in Gegenwart der Landesdeputirten abgeleget werde: Das Domcapitul aber wollte ſich nicht darzu verſtehen.

§. 4.

Beſonders der Abweſenden.

Weil aber die Catholiſche geiſtliche Reichsſtände, ſo mehrere Stiffter beyſammen haben, nicht zugleich in allen reſidiren können; ſo pfleget in ihren Wahlcapitulationen vorgeſehen zu werden, wie es mit denen während ihrer Abweſenheit fallenden Einkünfften ſolle gehalten werden.

In der **Osnabrückiſchen Capitulation von 1626.** lautete es: „Zum 10den: So offt ſich der Fall würde zutragen, daß Wir eine Zeit von dannen in ein ander Stifft, oder ſonſten anderswohin, Uns begeben würden, ſoll Uns kein Proviant oder Nothdurfft diſes Stiffts von Unſeren jährlichen Aufkumbſten folgen, ſondern alles bey dem Stifft und deſſelben Amthäuſern bleiben und gelaſſen werden. = =

Zum 18den: So Wir = = = auſſerhalb Landes verblieben, alſo, daß Wir ein Jahr, oder länger, diſem Stifft nicht könnten vorſeyn, oder hieher perſönlich erſcheinen; ſo ſollen Unſere Droſten, Rentmeiſter und Amtleute, auf Erforderung und Heiſchen, dem Domcapitul die befohlene Amthäuſer des Stiffts mit Rheidtſchafft, beſeyeten und unbeſeyeten Lande, Hausgeräthe, und ſonſten aller Zubehör, vermög des Inventarii, ohne einige Widerrede, Einſag und Verzug, oder unter keinem Schein einiger vermeinter Schuld, oder habenden Obligation, zu Behuf diſes Stiffts, williglich wiederum einraumen und überantworten.„

In der beſtändigen Osnabrückiſchen Capitulation aber wurde §. 35. verſehen: „So offt ſich der Fall würde zutragen, daß ein Biſchoff eine Zeit aus dem Stifft anderswohin ſich begeben würde; ſo bleiben ihme zwar des Stiffts Intraden ſamt und ſonders einen Weg wie den andern bevor: Es ſollen aber die Unterthanen, ihme die Proviant und andere Gefälle auſſerhalb Landes, über altes Herkommen, nachzuführen, nicht ſchuldig ſeyn.„

* * *

Von denen weltlichen Reichsſtänden.

§. 5.

Dißfalls beziehe ich mich lediglich auf den **Tr. von der Landeshoheit in Cameralſachen.**

Siben

Sibendes Capitel.

Von Cameral- und privat-Schulden.

Innhalt.

§. 1. Vor-Erinnerung. §. 2. Schrifft.

Von Evangelischen geistlichen Reichsständen.

§. 3. Schulden.

Von Catholischen geistlichen Reichsständen.

§. 4. Schulden. §. 5 a. Vorschüsse. §. 5 b. Unbezahltes.

Von weltlichen Reichsständen.

§. 6. Schrifften. §. 7. Cameral-Schulden. §. 8. Von Oesterreich, §. 9. Bayern, §. 10. Sachsen. §. 11. Brandenburg, §. 12. Pfalz, §. 13. Braunschweig, §. 14. Anhalt, §. 15. Baden, §. 16. Hessen, §. 17. Holstein, §. 18. Mecklenburg, §. 19. Sachsen-Lauenburg, §. 20. Würtemberg, §. 21. Unbenahmster Fall. §. 22. Von Hohenzollern, §. 23. Nassau. §. 24. Ostfrießland, §. 25. Salm, §. 26. Schwarzburg, §. 27. Bentheim. §. 28. Berlepsch, §. 29. Castell, §. 30. Erbach, §. 31. Fugger, §. 32. Hanau, §. 33. Hohenems. §. 34. Hohenlohe, §. 35. Königseck, §. 36. Lemingen, §. 37. Leiningen-Westerburg, §. 38 a. Limburg, §. 38 b. Lippe, §. 39. Löwenstein, §. 40. Mannsfeld, §. 41. Montfort, §. 42. Oettingen, §. 43. Plettenberg, §. 44. Pückler, §. 45. Reichs-Erbtruchsessen, §. 46. Reuß, §. 47. Rheingrafen, §. 48. Schaumburg, §. 49. Schönborn, §. 50. Solms, §. 51. Stollberg, §. 52 a. Sulz, §. 52 b. Waldeck, §. 53. Wartemberg, §. 54. Wied, §. 55. Witgenstein, §. 56. Ysenburg. §. 57. Unbenahmster Fall. §. 58. Bentinck. §. 59. Pappenheim. §. 60. Diser Materie Frequenz, §. 61. Wichtigkeit, §. 62. und Schwürigkeiten. §. 63. Was dabey zu thun? §. 64. Es kommt vile auf das *Factum* an. §. 65. Wie, wo *Pacta &c.* wegen der Schulden vorhanden seynd? §. 66. Wie,

wo keine seynd? §. 67. Wie es mit dem *Modo* der Bezahlung zu halten? §. 68. Ob und wie die allodial-Erben ꝛc. concurriren? §. 69. Andere Anmerckungen von diser Sache. §. 70. Reichsgerichtliches Verfahren bey einzelnen Schuldklagen, §. 71. und bey Concursen. §. 72. Mehreres *remissive*.

§. 1.

Vor-Erinnerung.

Es ist zwar von diser Materie auch schon in dem Tr. von der R. Stände Landen p. 214 sqq. und in dem Tr. von der Landeshoheit in Cameralsachen, Cap. 4. S. 61. gehandelt worden; indessen wird nicht unangenehm noch ohnnüzlich seyn, auch hier folgendes (davon nichts an besagten Orten zu finden ist,) zu lesen.

Es betrifft aber solches nur 1. die Verfügungen gegen die Machung der Schulden, 2. die Schuld- oder nicht-Schuldigkeit der Bezahlung der gemachten Schulden, 3. die Streitigkeiten derer bey dem Schuldenwesen passive Interessirten unter sich, u. d.

Was hingegen die Zahlung der Schulden selbst, und die verschidene Arten derselben ꝛc. betrifft; davon ist mein eigener Tr. von dem Schuldenwesen derer weltlichen Reichsstände nachzusehen.

§. 2.

Schrifft.

Ueberhaupt kan man hiebey einige derer Cap. 8. angezeigten Schrifften gebrauchen.

* * *

Von Evangelischen geistlichen Reichsständen.

§. 3.

Schulden.

In Ansehung derer Evangelischen geistlichen Reichs-Stände Schulden halte ich eben das Rechtens zu seyn, was gleich jezo von denen Catholischen geistlichen Reichsständen folgen wird.

* * *

Von Catholischen geistlichen Reichsständen.

Wann ein geistlicher Reichsstand Schulden hinterläßt, ist ein grosser Unterschid, ob er sie als Regent, oder als eine privat-Person, gemacht hat.

Hat er sie als Regent gemacht; so kommt es darauf an: Ob das-

dasjenige dabey beobachtet worden seye, was nach der Stifftsverfassung darzu erforderlich ist, oder nicht? Ersteren Falles muß das Stifft davor hafften, lezteren Falles aber nicht.

In der Hild. ehemischen Capitulation de Anno 1562. heißt es Art. 36. Debita Prædecessorum meorum & alia debita justa & legitime contracta, etiam Sede vacante, solvam, vel saltem rationabilem & idoneam cautionem pro ipsis persolvendis faciam, quantum jure teneor, juxta posse.

Und in der de Anno 1688. art. 36. Obligationes quoque Prædecessorum Nostrorum, ratione Castrorum Peina & Steurwald ratas & gratas habebimus, atque ad eorundem debitorum juste & legitime, vel etiam solo Capituli Nostri consensu, contractorum solutionem Nos obligabimus, prout præsentium tenore obligamus, sicut de Jure efficacius possumus & debemus; Reversales etiam per Reverendissimum & Serenissimum Dominum Prædecessorem Nostrum, Dominum Ernestum, pientissimæ memoriæ, hoc nomine Capitulo datas toto suo tenore integre & inviolate observabimus.

Wo aber ein geistlicher Reichsstand als eine privat-Person Schulden macht, muß er zwar, wegen seiner Würde, in gehöriger Ordnung vor denen Austrägen, oder an einem Reichsgericht, belanget werden: Uebrigens aber gehet die Sache so dann ihren Gang, wie bey weltlichen Reichsständen auch; so wohl bey seinen Lebzeiten, als auch nach seinem Tode. Z. E.

Lunæ 3. Sept. 1759.

von Rost Freyherr contra seine Schwester von Rost und übrige Creditores des leztabgelebten Herrn Bischoffs zu Chur, Appellationis &c.

1. Mit Verwerffung der von dem Herrn Bischoffen zu Chur anmaßlich eingewendeter Exceptionis Fori declinatoriæ, detur eidem ex officio terminus duorum mensium &c.

§. 5a.

Vorschüsse.

Auch will ich nur ganz kurz der Vorschüsse, die ein Regent seinem Stifft thut, gedencken.

In der Oßnabrückischen beständigen Capitulation §. 37. ist davon versehen: „Wie dann auch die zeitliche Bischöffe, oder Landesfürsten, zu des Stiffts Besten, animo repetendi, ohne Consens der Stände, einen nahmhafften Vorschuß nicht thun noch anwenden mögen.„

§. 5b.

§. 5 b.

Unbezahltes. Hat endlich ein Erz- oder Biſchoff ꝛc. etwas unbezahlt gelaſſen, ſo er von denen ihme zugekommenen Gefällen hätte beſtreiten ſollen; ſo muß ſeine Erbſchafft allerdings dafür hafften: Entſtehet aber ein Streit deßwegen; muß allerforderiſt die präjudicial-Frage: Wer von Rechtswegen die Zahlung zu leiſten habe? gehöriger Orten ausgemacht werden.

Die Chur-Trieriſche Rentcammer erhielte beym Cammer-Gericht eine Citation, ad videndum, exigi debita Hæreditati Franciſci Georgii, Electoris Trevirenſis, incumbentia.

* * *

Von weltlichen Reichsſtänden.

§. 6.

Schrifften. Nebſt anderen Schrifften, gehören auch folgende hieher:

An Succeſſor in Electoratu, Ducatu, Principatu, aut Comitatu, teneatur ſolvere æs alienum, & Conſiliariorum aliorumque Officialium Salarium à Prædeceſſore ſuo contractum ac debitum? *in Reſolut. jurid. Decade*, Leipzig, 1720. 4.

Bedencken: Wie fern ein Nachfolger in der Regierung verbunden ſey, die Schulden ſeines Vorfahren zu bezahlen? nebſt Vorſchlag und Mittel, wie öffentliche Schuld bezahlt werden kan. Koppenhagen, 1771. 4. ſ. H. Schotts Critic, 5. Band, S. 546.

Zweyer berühmten Rechtsgelehrten ausführliche Erörterung der Frage: Ob ein Landesherr ſeiner Vorfahren Schulden zu bezahlen gehalten ſeye? 1752. 4.

Die beſondere Titul lauten: Ob und wie der L. zu H. D. (Landgraf zu Heſſen-Darmſtatt) ſeines Vaters Paſſiva zu bezahlen verbunden? wobey, daß dergleichen Verbindlichkeit ſich wenigſtens auf die nach denen Pactis Familiæ nicht qualificirte, ſondern heimlich gemachte, Cabinetsſchulden keineswegs erſtrecken könne, erwiſen wird.

So dann: Beweis, daß der L. zu H. D. ſeines Vaters Paſſiva, inſonderheit aber diejenige, worüber ein Vergleich errichtet, der von dem Kayſer dergeſtalt confirmiret, daß darüber tanquam ſuper re judicata gehalten werden ſolle, zu bezahlen verbunden; und ſtandhaffte Widerlegung obiger Erörterung ꝛc.

Die

Die erſte diſer Schrifften findet ſich auch in denen *Select. Jur. publ. Tom. 28. Cap. 2. p. 37.* ſo dann beyde in des Freyherrn von CRAMER *Suppl. Opuſc. n. 13.* S. 665.

BERGERS (Frid. Ludw. von) gründliche Erörterung der Frage: Ob ein in einem Reichs-Lehen ſuccedirender Agnat das von ſeinem Vorfahren denen Unterthanen illicite und contra Leges Provinciæ abgedrungene Vermögen, oder ſonſt gemachte Schulden, wiederum zu erſezen und allenfalls vermittelſt Wieder-Erſtattung des erlittenen Schadens, oder auch Nachlaſſung anderer ihme mit allem Recht gebührenden Contributionen und behörigen Compenſation, völlige Satisfaction zu leiſten ſchuldig ſeye? in ſeinen *Opuſc. miſcell. Jur. publ. p. 224. ſeqq.*

von CRAMER (Joh. Ulr. Freyh.) Ob die Agnaten zu Bezahlung der Schulden gehalten ſeyen, die ein Succeſſor in Territorio Germaniæ ex cauſis neceſſariis machen müſſen? in ſeiner *Opuſc. Tom. 2. n. 3. p. 42.*

Idem de obligatione Succeſſoris in Territorio Germaniæ, ad debita Anteceſſoris, ex honeſta neceſſitate, non tantum Principatus, ſed & Perſonæ ſuæ Familiæque principalis, contracta, ſolvenda; allda, *Tom. 4. n. 14.* S. 386.

ESTOR (Joh. Ge.) de Conturbatione Illuſtrium tentamentum, ſive de cura Imperatoris Auguſti, ut ære diruti Status Imperii exeant illo; vulgo: Adminiſtrations-Commiſſion, &: Debitweſen; Marburg, 1759. 4. und in ſeiner *Opuſc. Vol. 1. Part. 3. n. 19. p. 819.*

KAHRELS (Herm. Frid.) zufällige Gedancken über das wichtige Rechtsſtück, was eigentlich wegen Zahlung der Schulden der Vorfahren bey einem Reichsfürſten und Grafen Rechtens ſeye. Wezlar, 1753. 4.

Mein Tr. von dem Reichsſtändiſchen Schuldenweſen, ſo viſ es derer weltlichen Churfürſten, auch regierender Reichsfürſten und Grafen, Cameral-Schulden, und die Art, ſelbige abzuſtoſſen und zu bezahlen, betrifft; beſonders nach der würcklichen Praxi derer beyden höchſten Reichsgerichte. Franckfurt und Leipzig, 1774. 4.

MUSÆI (Joh. Dan. Henr.) Commentatio de iure Commiſſionum, quæ in Concurſu Illuſtrium ſolent conſtitui. Göttingen, 1774. 4.

Sorge (A. F.) von Kayſerlichen Schuldenkommißionen, im Grundriſſe; in ſeinen Kleinigkeit. S. 49. — 58.

Oeffentliche Streitſchrifften, ſo hieher einſchlagen, habe ich in meinem Teutſch. Staatsrecht, *Tom. 23. p. 461. ſqq.* erzählt.

§. 7.

Cameral-Schulden.

Unter denen Strittigkeiten, welche darüber entſtehen: Ob und wie ferne ein weltlicher Stand des Reichs ſeines Regierungs-Vorfahrers Facta præſtiren müſſe? iſt eine der frequenteſten und beſchwerlichſten: Ob und wie ferne er deſſen hinterlaſſene Schulden bezahlen müſſe? Dahero ich hier etwas umſtändlicher davon handlen und deme zugleich mit beyfügen will, was auch ſonſten hin und her in Familien-Verträgen, Teſtamenten, u. ſ. w. von bereits gemachten und künfftig machenden Schulden vorkommt.

Ich handle aber hier nicht von denen eigentlichen Landes-Schulden, oder von denen Paſſivis, welche die Landſtände oder Unterthanen entweder von ihrem Landes-Herrn übernommen, oder für welche ſie ſich für ihn verſchriben, oder welche ſie auch ſelbſt gemacht haben, kurz: Von keinen Schulden, wofür nicht der Landes-Herr, ſondern das Land, reſponſabel ſeyn muß. (1)

Es iſt hier ferner nicht die Rede davon: Ob und wie ferne Landſtände und Unterthanen ihrem Landes-Herrn, ex Pacto vel æquitate, zu Hülff zu kommen ſchuldig ſeyen, oder zu kommen pflegen, wenn er, zumalen ohne eigenes Verſchulden, ſo tieff in Schulden ſteckt, daß er ſie, auch bey ordentlicher Haushaltung, aus ſeinen Cameral-Einkünfften nicht wohl bezahlen kan?

Endlich gehöret auch nicht hieher: Ob, wann, und wie fern, ein Stand des Reichs ſeine Güter und Gefälle Schulden halber würcklich zum Unterpfand einraumen, oder gar, wiederkäufflich oder völlig, alieniren dörffe? oder ob, wann, und wie ferne, dergleichen unterpfändlich, wiederkäufflich oder ſonſt, Schulden wegen abgekommene Güter von denen Nachkommen wieder an ſich gezogen, oder eine Anſprache daran formiret werden könne? als von welchem allem anderwärts das mehrere vorkommt; ſondern es iſt hier eigentlich theils um die current-Schulden zu thun, wofür höchſtens die Güter nur verſchriben werden, theils um die Verbindlichkeit, ſolche Schulden zu bezahlen.

§. 8.

(1) v. den Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. Lib. 6. p. 1317. ſqq.

§. 8.

Anno 1458. vergliche ſich Kayſer Friderich III. und ſeine Oeſterreichiſche Agnaten: Die alte Geld-Schulden ſollen alle drey Herzoge, jeder ſeinen dritten Theil, bezahlen. Von Oeſterreich.

Anno 1522. wurde in dem zwiſchen Kayſer Carl V. und ſeinem Bruder Ferdinand getroffenen Erb-Vertrag wegen der Schulden etwas paciſciret.

Kayſer Ferdinand I. machte allerley Diſpoſitionen deßwegen An. 1543. 47. und 54.

Und An. 1602. 1608. und 1623. wurden einige Verträge im Hauſe Oeſterreich deßwegen getroffen.

Wie die Kayſerin-Königin Maria Thereſia Sich Ihre Kriegsſchulden von dem Hals geſchaffet habe, ſehe man anderwärts. (1)

Marckgraf Carl zu **Burgau**, der bekannte Appendix des Hauſes Oeſterreich, diſponirte wegen ſeiner Schulden, wie im T. **Staatsrecht** *Tom. 19. p. 16.* zu ſehen iſt.

§. 9.

Herzog Georgs des Reichen zu **Bayern** allodial-Erben wurden An. 1505. von dem Kayſer condemnirt, deſſen hinterlaſſene perſonal-Schulden zu bezahlen. Siehe im T. **Staatsrecht** *Tom. 16. p. 161.* Bayern.

Von dem jezigen Chur-Bayriſchen Schuldenweſen ſehe man an unten (2) angezeigtem Ort.

§. 10.

Von **Sachſen** finden ſich Nachrichten von 1410. 36. 45. und 1547. im **Staatsrecht**, *l. c. pag. 470. ſq.* Sachſen.

In dem brüderlichen Vertrag **Chur-Fürſt** Johann Georgs I. Prinzen de An. 1657. wurde beliebt: „So vil die Cammer-Schulden und Kriegs-Reſte betrifft, bleibt es bey denen Worten des Teſtaments;„ worauf noch einiges von particular-Schuld-Poſten folget.

Denen Umſtänden nach betrifft ein An. 1712. von denen JCtis zu Halle ertheiltes Reſponſum (3) das Herzogliche Haus **Sachſen-Weiſſenfels**: Hat ein gewiſſer Reichs-Fürſt drey Söhne hinterlaſſen, unter welchen ihme der Primogenitus in Principatu ſucceditet:

(1) im Tr. von der Landesh. in Steuerſach. S. 40.
(2) in des Freyh. von KLEITTMAYR Bayr. Staatsr. §. 180. S. 408.
(3) vid. Conſil. Halenſ. Tom. 2. Lib. 2. p. 1167.

tet: Nachdem aber diser gestorben, ist die Regierung an den Secundo-genitum ex providentia Majorum gefallen, der aber die Fürstliche Lande in einem so schlechten Zustand verlassen gefunden, daß nicht allein eine grosse Schulden-Last vorhanden, vile wichtige Aemter versezet, sondern auch die Bediente ihrer von vilen Quartalen und Jahren her restirenden Besoldungen halben noch vile 1000. zu fordern haben: Bey welchen Umständen dann von denen Fürstlichen Intraden kaum so vil übrig bleibet, daß davon der jezo regierende Herr mit dessen Gemahlin und unentbehrlichen Bedienten, nebst der hinterlassenen Frau Wittwe und Prinzessinnen, wie auch andern Fürstlichen Geschwister, ihr Fürstliches Auskommen und Nothdurfft haben mögen. Wenn nun bey dem allem die vorige Fürstliche Bediente und dero Erben auf die Bezahlung ihrer rückständigen Besoldungen dringen; als entstehet die Frage: Ob der jezige regierende Landes-Herr, bey einem solchen Zustand seiner Lande, selbige zu bezahlen schuldig seye?

Resp. Daß, gestalten Sachen und Umständen nach, der Successor ex latere in Rechten nicht gehalten seye, die so vile Quartal und Jahre restirende Salaria des Antecessoris zu bezahlen; wobey sie doch dises gedächten: Daferne gleichwohl noch ein Mittel zu Befridigung der Bedienten übrig seyn sollte, man unter denenjenigen, die dem Landes-Herrn nur zum Staat und Plaisir gedienet, und denenjenigen, deren Dienste mit dem Interesse des Landes verknüpft und folglich unentbehrend gewesen seyen, disen Unterschid zu halten habe, daß die leztere denen ersteren vorgezogen und vor deren Befridigung, absonderlich in Ansehung der lezteren Quartale und Jahre, Sorge getragen werden müsse. Wann aber der Concipist dises Responsi in solche Umstände gerathen wäre, daß er einem dergleichen Herrn hätte dienen müssen, und sonst nirgendshin gewußt hätte, oder doch, um anderer erheblicher Ursachen willen, keine andere Dienste hätte annehmen können, und indessen bey halb-hungerigem Magen villeicht gleichsam Esels-Arbeit hätte verrichten sollen, würde er wohl einen andern Text im Corpore Juris nachgeschlagen haben.

Ferner wird ohne Zweifel auch noch ein anderes Hallisches Responsum de An. 1721. (1) eben disen Fall betreffen. Die Frage ware überhaupt dahin gerichtet: Ob der jezt-regierend. Fürst die von seinem Bruder, ohne seinen, noch der Lehens-Vettern, Consens, gemachte Schulden zu bezahlen verbunden seye? Die Antwort fiele dahin aus: Daß

(1) in H. BOEHMERS Consult. & Decis. Vol. 1. Part. 2. p. 506.

Daß der jezige Herzog die von ſeinem Herrn Bruder auf das Groß- und Alt-Väterliche Lehen ohne ſeinen Conſens gemachte Schulden zu bezahlen nicht gehalten ſeye.

Uebrigens gelangte diſes Debit-Weſen hernach an den Reichs-Hof-Rath.

Den 5. Aug. 1727. ſcheinet allda ein Haupt-Concluſum ergangen zu ſeyn, von dem ich aber nur ſo vil weiß, daß es in deſſen §. 10. heißt: „Das eingeſchickte Reſpoſum von der Juriſten-Facultät zu Wittenberg betreffend, da wird es quoad 1. Quæſtionem, aus denen darinnen angeführten erheblichen Urſachen, von Ihro Kayſerlichen Majeſtät allergnädigſt approbiret. „ Es gehet aber berührtes Reſponſum auf die erſte Frage dahin: Daß des Herrn Herzogs zu Weiſſenfels Fürſtl. Durchlaucht der von Dero lezt-verſtorbenen Herrn Bruders Durchlaucht beſchehene Alienationes vor genehm zu halten, oder die von Deroſelben contrahirte Schulden, auſſer denen, ſo in utilitatem publicam verwendet, oder worinn Sie ſelbſt conſentiret, zu bezahlen in keine Wege verbunden ſeyen. ꝛc. Deme ſeye aber, wie ihme wolle, ſo iſt doch ſicher, daß der Reichs-Hof-Rath und die Commißion ſelbſt den ſuccedirenden Herzog, deſſen ohnerachtet, zu viler Schulden Bezahlung verbunden gehalten haben müſſen, weil ich finde, daß von der Commißion dem Herzog jährlich 60000. fl. Meißniſch zum Subſiſtenz Quanto beſtimmet, und das übrige zu Bezahlung der Schulden gewidmet worden iſt. Unter diſem Verlauff ſtarb An. 1736. auch der zweyte Bruder und hinterlieſſe die Regierung dem dritten.

Der Herr von LUDEWIG ſezte damals, ohne Zweifel aus Gelegenheit diſes Succeßions-Falles, ein rechtliches Gutachten auf über die Frage: Ob ein Reichs-Fürſt, Graf oder Herr, ſeines Vorfahren Schulden zu bezahlen verbunden ſeye? (1)

Die Antwort ware: Daß, im Fall der Fürſtliche Succeſſor ſich der väterlichen Erbſchafft begäbe, derſelbe zu Bezahlung der väterlichen Schulden keineswegs gehalten, deſſen ohngeachtet aber bey der Succeſſion in dem Fürſtenthum zu laſſen und zu ſchüzen ſeye.

Weiter handlet wahrſcheinlich davon auch diſes fernere LUDEWIGiſche Gutachten (2): Findet ſich ein gewiſſer Reichs-Fürſt, welcher ſeines Vaters oder Vetters Erbſchafft, aus Beyſorge, das Lehen deßwegen zu verliehren, ſich nicht entſchlagen, ſondern vilmehr der-

(1) vid. ſeine gelehrt. Anzeig. Tom. 2. p. 367.
(2) l. c. p. 377.

ſelben ſich, beneficio Inventarii, unterziehen wollen: Solchemnach entſtunde die Frage: Ob derſelbe befugt, die ab onere Fideicommiſſi & Feudi befreyte Väterliche Verlaſſenſchafft cum beneficio Inventarii anzutretten? Antwort: Daß der Fürſtliche Landes-Succeſſor wohl befugt, die väterliche befreyte Verlaſſenſchafft oder Allodia cum beneficio Inventarii anzutretten, und ſo dann ultra ejus vires die väterliche Schulden zu bezahlen nicht verbunden.

Mehreres davon ſehe man in meinem Tr. von dem Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

Eine H. Zeiziſche Diſpoſition von 1681. und eine Altenburgiſche von 1668. ſiehe im Staatsrecht.

Eodem Anno 1668. 1. Oct. haben ſich die Fürſtliche Häuſer **Gotha, Altenburg** und **Weimar** wegen der von der **Coburg**- und **Eiſenachiſchen** in Anno 1638. beſchehenen Succeßion herrührenden und biß hieher in Gemeinſchafft gehabten Rent-Cammer-Schulden verglichen.

In dem **Weimariſchen** Erb-Vertrag de An. 1641. liſet man: „Was zum 25ſten Unſere geſammte Schulden, ſo Wir beydes mit Unſerm väterlichen Fürſtenthum Weimar, als auch den neuen angefallenen Landen, bekommen, oder ſonſten insgemein gemacht haben, betrifft, ſollen dieſelbe unter Uns getheilet, auch, wenn die Creditores ſich an einen alleine halten wollen, demſelben von den andern Herrn Gebrüdern gebührliche Aſſiſtenz geleiſtet werden. „

In dem Receß zwiſchen **Gotha** und **Weimar** de An. 1672. wegen der Altenburgiſchen Succeſſion heißt es: „Zum 7den, dieweil ſich auch, nebenſt denen Steuer- und Landſchafft-Schulden, noch einige zimliche und nahmhaffte Summa Cammer-Schulden, rückſtändige Diener-Beſoldung, auch unverglichener Forderungen, finden, = = deßhalben Wir, Herzog Ernſt, bewogen werden könnten, auf einem proportionirten Beytrag zu beharren, bevorab Uns auch die Laſt der zweyerley Reſidenzien, Regierungs- und andern Collegien und zumahl der Veſtungen Unterhalt, obliget; ſo haben Wir dennoch, auf beſchehene fleißige Unterhandlung, Uns endlich reſolvirt, Unſerer drey Herrn Vettern Lbd. Lbd. Lbd. ſolchen Beytrags ganz und gar zu entnehmen, damit Sie deſto mehr, in Anmerckung hierinnen angeführter und anderer ihnen beywohnender und eröfneter wichtigen Motiven, zu diſem Vergleich mit guter Vergnügung ſchreiten, und Uns den Vorzug, den Wir dabey, nach Göttlicher Schickung und auf getroffene Transaction, erlangt, Unſerer gewiſſen Zuverſicht nach, deſto lieber

her und freundlicher gönnen, und von aller Peræquation, Angefällen, Steuren, Lehnschafften, Jagden, und dergleichen, ganz und gar abstehen möchten; welches dann Wir, die drey Gebrüdere, aus aufrichtigem wohlmeinendem Gemüth, wollen contestirt und hingegen geschehenes Erbieten der Schulden-Uebernehmung zu sonderbarem Danck angenommen haben. „

* * *

Anno 1662. verglichen sich die Herzoge zu S. Weimar, Jena und Eisenach: „Dahero (die Güter und Gefälle) ohn Unser allen und jeder gutes Vorwissen, Willen und Bewilligung, von keinem unter Uns mit Schulden beschweret, vilweniger jemands verschriben, verpfändet, versezt, wiederkaufflich verkaufft, oder in andere Weiß und Weg beläsiget, geschwächet und geringert werden sollen; so haben Wir Uns doch im Ende mit einander dahin vereinbaret, daß, wenn irgend einer unter Uns, aus höchst-dringender Noth, unumgänglich Geld borgen und aufnehmen müßte, Wir, die andern Brüdere, Sr. Lbden auf vorgangene Remonstration und Ersuchung, zu solcher Geld-Aufnahme und Verpfändung ihrer Portion, doch höher nicht, als biß uf 6000. Thl. Unsern Consens ertheilen, auch, da etwa wegen entstandenen Brandes zu Wiederaufrichtung der Gebäude und sonsten der äusserste Nothfall zu bescheinigen, denselben vollends biß auf 10000. Rthl. alsdenn erstrecken wollen. Ausser dem verpflichten Wir Uns mit einander ferner dahin, daß Wir alle insgesammt, und Unser jeglicher besonders, dahin sehen und trachten wollen, daß Wir mit Unsern assignirten Einkünfften wohl reichen und auskommen, fremde Geld-Aufnahme, Schulden, wie auch Bürgschafft, meiden, jezige Cammer- und Land-Schulden, mittelst Unserer getreuen Landschafften erschwinglicher Hülff, mindern und abtragen, und solche in keinen andern Nutzen wenden, Brief, Sigel und verpfändete oder versetzte und wiederkaufflich verkauffte Aemter und Güter wieder einlösen, jährlich einen Vorrath erhegen, also Fürstliche Reputation und auf den Nothfall Credit erhalten = = wollen. „

Anno 1663. pacisirten diſe Herzoge zu S. Weimar, Jena und Eisenach ferner: „Als auch 5. Uns allen sehr vil hieran gelegen, damit das Credit-Wesen in steißige Obacht genommen und Unsere gesammte Cammer von Zeiten zu Zeiten, so vil nur immer möglich, desselbigen erlediget werden möchte, auch darauf Unser allerseits und Unsers Fürstl. Hauses Respect nicht wenig beruhen thut, dagegen sonst allerhand schädliche Inconvenientien sehr zu besorgen, und Wir gleichwohl

wohl befunden, daß Unsere gesammte Cammer mit andern Ausgaben jeziger Zeit zimlich beschweret, haben Wir Uns dahin Freund-Brüderlich vereinbahret, daß jeder Bruder an der restirenden Diener-Besoldung, jedoch nur dißmahl, = = Fl. über sich zu nehmen, mit denenselben, aufs beste er mag, der Bezahlung halber zu tractiren, und solche von dem seinigen zu leisten, sich erkläret. Jedoch, damit hierinn Gleichheit gehalten werde, sollen von Unserer gesammten Cammer an dergleichen Posten = = fl. ausgesezet, in 4. Theile zerschlagen, und darum zwischen Uns geloset werden. Auf daß aber auch die Diener die Bezahlung auf Maaß und Weise, wie mit ihnen tractirt worden, erlangen mögen, haben Wir allerseits vor billg ermessen, da über Verhoffen ein Mangel hieran erscheinen, und einer oder ander an Unsere gesammte Cammer sich wiederum wenden, und auf die Bezahlung dringen würde, daß so dann zwar solche, wie sie veraccordiret, aus der Cammer geleistet, allein dem Herrn, welcher selbige hiebevor übernommen, an demjenigen, was er in gesammter Cammer jährlichen zu fordern, ohne Widerrede zu- und abgerechnet werden solle. Ingleichen ist vor gut befunden worden, daß zu Erleichterung und Abtilgung der Schulden-Last, wenn nach GOttes Willen einer unter Uns Gebrüdern ohne männliche Leibes-Lehens-Erben mit Tode abgehen sollte, die Nuzungen und Intraden dessen Fürstl. Portion in die gesammte Cammer gezogen und zu Abfindung der Schulden, so lang, biß solche getilget, angewendet werden sollen; jedoch daß es bey dem verschribenen Fürstl. Witthum und desselben auf solchen Fall in Unserm Fürst-Brüderlichen Haupt-Vergleich vorbehaltener Verbesserung, allerdings sein Verbleiben habe; auch, da Fürstliche Fräulein vorhanden, sie zuförderst ihren gebührenden Unterhalt daraus unfehlbar bekommen mögen, und wären die Gerichte inzwischen von denen gesammten Beamten daselbst zu administriren, die Jagden aber könnten alsdenn sobalden getheilet werden; welches denn nicht weniger, da sonst ein Fall, wodurch Unserer gesammten Cammer eine merckliche Accession geschehen könnte, sich ereignen möchte, zu beobachten, und solche dabey zu lassen; gestalt dann zu dem Ende bey denen Heimfällen der Lehengüter, da sich deren begeben würden, wie solche am besten zu nuzen und anzuwenden, reiflich erwogen, die Ilmen-Flösse jedes Jahr unnachläßig, so wohl die Saal-Flösse, nach Möglichkeit, fortgestellet, auch, weil ohne Zweifel die Beamten und Steuer-Einnehmer ein zimliches schuldig bleiben dürfften, sie zu Eingebung ihrer Rechnung und Justificirung derselben, ohne Ansehung einiger Person, mit Ernst, und bey Verlust ihrer Dienste,

und

und Vermeidung anderer höheren Straffe, angehalten, die alten Reste, so vil möglich, eingetriben, eine anderweitige Steuer-Rediſion gleich durchgehend angeſtellt, dadurch weitere Confuſion verhütet, und die Steuer dermaleinſt auf einen gewiſſen Fuß geſezet, auch mit denjenigen Creditorn, die am dringenſten und gefährlichſten, zu erſt tractiret, und nach denenſelben die andern gleichfalls von Zeiten zu Zeiten contentiret, keinem aber mehr, als man gewiß halten könne, verſprochen, ſondern ſie lieber noch etwas zur Gedult ermahnet und allenfalls auf leidliche Penſiones mit ihnen gehandelt werden ſolle. „

* * *

In dem Anno 1691. zwiſchen Weimar und Eiſenach wegen der Jenaiſchen Succeßion getroffenen Vergleich heißt es: „ Geſtalt dann, vors 9te, = = von beeden Fürſtlichen Theilen verbindlich abgeredet worden, daß alle andere auf der Fürſtlich-Jeniſchen Landes-Portion bißhero geſtandene Onera, Schulden und Beſchwerungen, ſie haben Namen wie ſie wollen, zu zwey gleichen Theilen übernommen = = = werden ſollen. = = Zum 21ſten wollen Wir Unſere Fürſtenthume und Lande ohne vorhergehende Communication keinesweges mit Schulden beſchweren, vil weniger jemals verſchreiben, verpfänden oder wiederkauffs-weiſe überlaſſen, am allerwenigſten aber ein und ander Stück gar davon alieniren. Jedoch haben Wir Uns dahin vereinbaret, wann irgend einer unter Uns, aus höchſtdringender Noth, Geld aufnehmen müßte, daß Wir, der andere Theil, auf vorgegangene Remonſtration und Erſuchung, zu ſolcher Geld-Aufnahme und Verpfändung, ratione diſes Anfalls biß auf 6000. Thl. Unſern Conſens ertheilen wollen; auſſer dem verpflichten Wir Uns nochmals gegen einander, allerſeits dahin zu trachten, daß Wir mit dem Ertrag Unſerer Lande wohl auskommen, fremder Geld-Aufnahme entrathen, Bürgſchafft meiden, und Unſere Fürſtenthume, Lande und verarmte Unterthanen wieder in den Stand ſezen mögen, wie ſie vor denen verderbten Kriegs-Läufften in flore geweſen. „

Herzog Johann Ernſts zu Weimar Anno 1683. gemachte Diſpoſition wegen Bezahlung der Schulden, ſiehe im Teutſch. Staatsrecht *Tom. 15. p. 124.*

Wie Herzog Johann Georg I. zu Eiſenach Anno 1685. in ſeinem Teſtament dem Primogenito die Bezahlung der Schulden auferlegt habe? ſiehe *ibid. Tom. 14. p. 42.*

Anno 1672. disponirte Herzog Ernst zu Gotha, daß die mit dem Fürstenthum Altenburg und Coburg ihme angefallene Schulden zuforderst ohne Beschwerung der alten Lande, entweder aus gesammten Mitteln, oder aus der neuen Lande Nuzung, abzulegen seyen. Und wieder: „Ferner ist Unser Will und Meinung, im Fall künfftig neue Lande Unsern Söhnen und Nachkommen anfielen, so mit Schulden beschweret wären, daß sie so dann vor allen Dingen die Schulden, ohne Beschwerung der alten Lande, entweder aus ihren gesammten Mitteln, oder aus der Abnüzung derselben neuen Lande, als bey jezigem Anfall auch zu geschehen verordnet ist, tilgen sollen.„

Anno 1681. 8. Jun. wurde zwischen Gotha und Meiningen paciscirt: „Die nomina passiva - - sind nach denen Verzinsungarten in 4. Classes eingetheilet worden, daß nehmlichen deren etliche mit 6. von 100. etliche mit 5. etliche mit 4. etliche aber gar nicht, verpensioniret werden. Die übrige allgemeine Bürden und Abgaben bleiben wiederum, ausser denen auf den Fürstenthümern und Aemtern gleichsam ut in fundo hafftenden, und, wie obgedacht, hiebey in keine der obangezogenen, sondern jede an ihren Ort gelassenen, Oneribus, in dreyerley Sorten auseinander gesezt, also daß nehmlich deren etliche fast beständig auf denen Fürstenthümern und Landen bleiben und jährlich bezahlt werden müssen; etliche aber nur ad dies vitæ, oder sonst ad certum tempus, gewissen Personen, und zwar mehrentheils von Ihrer Fürstl. Durchl. dem hochseeligem Herrn Vater, verordnet seynd, und nach und nach wieder abgehen und erlöschen, dann die leztern auch sonst mit den zweyten von gleicher Beschaffenheit und ebenfalls guten Theils von höchstermeldter Ihrer Hochseel. Durchl. zum Theil aber auch von Herrn Herzog Friderichen, Zeit währender gemeinschafftlichen Administration, verordnet worden, und noch eher, als die vorgehende, nach gewissen Umständen einige Aenderung leiden möchten. Wann dann die Beschaffenheit des ganzen Schuldenwesens und anderer denen sämtlichen Fürstlichen Herrn Interessenten obligenden Onerum theils in offtberührter zu Ausarbeitung der Fürst-Brüderlichen Portionen deputirt gewesener Cameralen erstatteten Berichten, theils auch, und zwar, mit Correction des wegen gewisser Stifftungen damals vorgegangenen Verstosses, in einer besonderen Beylage, welche noch einstens zu durchgehen und vollends zu rectificiren, mit mehrerem enthalten, auch daraus, was eines jeden Fürstl. Theils zukommende

mende Quota austrage, zu ersehen; als hat es dabey sein völliges Verbleiben, und stehet nun Ihren Fürstl. Durchl. bevor, wohin sie ferner den Verlaß zu nehmen gemeinet, wie nehmlich = = die übrige zinsbare nomina activa gegen gewisse passiva zu sezen und einem oder andern Herrn Bruder zur Eintreib- und resp. Bezahlung zu überweisen, zugleich auch in die andern passiv-Schulden nach deren unterschidlichen Arten zu vertheilen, oder deren etliche, nach Gelegenheit, gegen andere bey der Fürstlichen Gesammtschafft annoch habende Zusprüche, heimzuschlagen; ingleichen was zur jährlichen Abgabe derer gemeinen Bürden, welche entweder nicht wohl, oder doch nicht so bald, abzulegen, zuverläßig auszusezen, und was endlich mit einem oder andern Provisionarien insonderheit vor Gehalt zu treffen und wie sich in deren Verpflegung zu vertheilen? Inzwischen ist dises, so vil Summam rei und die Fürst-Brüderliche Intention und Meinung wegen Vertheilung der Schulden und Onerum hauptsächlich betrifft, und was jedem Fürstlichen Theile davon zukommt, disem Vergleich mit inserirt und deßwegen verbindliche Abrede genommen worden. „

Der Vergleich zwischen Gotha und Coburg de eod. Anno den 24. Sept. ist disem auch gleich; nur daß es am Ende, post: zukommt, heißt: „ Bey ehist künfftiger Zusammenschickung beyderseits Cammerdeputirten verbindlich abgeredt werden solle. „

* * *

In dem Succeßions-Receß wegen Coburg von 1699. wurde beliebt: Die paßiv-Schulden sollten nach eines jeden Interessenten Befügniß vertheilet werden.

Anno 1720. trafen derer Herzoge zu S. Coburg, Eisenberg und Römhild Landesfolgere wegen deren hinterlassenen Schulden einen neuen Vergleich.

* * *

Herzog Ernst Ludwig zu S. Meiningen disponirte An. 1712. wegen seiner hinterlassenen Schulden.

Mehreres so wohl von Sachsen-Meiningen- als Hildburghausischen Schuldensachen trifft man in meinem cit. Tr. vom Reichsständischen Schuldenwesen an.

* * *

Die Sächsisch-Brandenburg- und Heßische Erbverbrüderungen disponiren auch wegen der Schulden eines aus ihnen abgegangenen Hauses. (1)

§. 11.

Brandenburg.

Anno 1557. starb Marckgraf Albrecht zu Brandenburg, und hinterliesse sein Land mit einem grossen trefflichen überschwänglichen Schuldenlast beschweret: Sein Successor, Marckgraf Georg Friderich, liesse bey Ergreiffung des Besizes, mit Vorwissen des Kayſers, ausdrücklich protestiren, daß er Land und Leute, wie solche von seinen Altvätern hergebracht, angenommen, jedoch des verstorbenen Marckgrafens Erbschafft auf das solemneste, als es nur geschehen möge, repudiiret und von sich abgelehnet haben wollte, mithin sich nicht gehalten zu seyn erachtete, denen Creditoribus des Verstorbenen etwas zu bezahlen: Und ob sich gleich in dem Burggrafthum Nürnberg neuerworbene Stücke fänden, wären doch auch solche denen Reichslehen einverleibt; welche dannenhero so wenig, als die leztere, angegriffen, oder, dem Lehensfolger zum Nachtheil, beschweret werden möchten.

Anno 1558. solle beym Cammer-Gericht in causa Haller contra Brandenburg für den Successorem gesprochen worden seyn: Es scheinet aber, die sammtliche Creditores haben hernach gegen Marckgrafen Georg Friderichen am Cammer-Gericht causam communem gemacht.

Von denen in diser Sache ergangenen Urtheilen seynd mir folgende bekannt: Anno 1601. „In Sachen der Brandenburgischen Creditorn, und in specie Philipps Geyern, Klägern, eins, wider Herrn Georg Friderichen, Marckgrafen zu Brandenburg, Beklagten, andern Theils, ist allem Vorbringen nach zu Recht erkannt: Daß gedachter Beklagter ihme, Klägern, die geklagte Summen, vermög dessen zu Regenspurg Anno 1541. aufgerichteten Vertrags, samt Interesse und Schäden, von Zeit der zu Rotenburg an der Tauber An. 1560. angestellter Tagsazung, nemlich 5. von 100. oder, so vil er dessen weiter, wie sich gebühret, liquidiren und darthun mag, zu erstatten, oder aber dieselbe Güter, darauf Kläger verwisen, mit samt bißhero aufgehobenen Nuzungen, einzuraumen und abzutretten, schuldig und darzu zu condemniren und ver-

(1) v. mein T. Staatsr. Tom. 17. p. 22. 43. 66.

verdammen ſey; ꝛ ꝛ jedoch gedachtem Beklagten ſeine in der gemeinen Anzeig am 12. Mart. An. 88. vorbracht Sprüch und Forderung, ſo vil die auf Unterpfand verſicherte Poſten belangt, in puncto Liquidationis fürzubringen, ohnbenommen, ſondern vorbehalten.„

Eine in der Hauptſache gleiche Urthel ergienge Anno 1602. in ſpecie Sigmund und Ernſten von Crailsheim und Conſorten, Citationis per Edictum, die im Jahr 1547. ausgeliehene 10000. fl. belangend.

Anno 1608. aber wurde in Sachen der Brandenburgiſchen Creditoren, und in ſpecie weil. Ernſten und Hanſen von Wallenfels nachgelaſſenen Erben, in Actis benannt, Klägern, eins, wider weil. Herrn Georg Friderichen, jezo Herrn Chriſtian und Herrn Joachim Ernſten, Marckgrafen zu Brandenburg, als deſſen Succeſſoren, Beklagte, andern Theils, zu recht erkannt: „Daß gedachte Beklagte diſe Sach, vorgewendter Einred ohnverhindert, zu reaſſumiren, dann ihnen, Klägern, die von weil. Hanſen von Wallenfels Anno 50. Dienſtag nach Michaeli auch weil. Marckgrafen Albrechten vorgeſezte 6000. Rthl. ſo dann Dienſtags nach Cathedra Petri Anno 44. demſelben geliehene 4000. fl. auſſerhalb deſſen, was von den Bürgen daran bezahlt, wie auch die in Bürgſchafft für ermeldten Marckgrafen Hans Stiebern, Georg Groß Pfersfelden und Wolfen von Schaumburg ausgezahlte Poſten, ſamt Intereſſe und Schäden von Anno 60. nemlich 5. von 100. oder, ſo vil ſie deſſen weiters, wie ſich gebührt, liquidiren und darthun mögen, zu erſtatten, oder aber dieſelbe Güter, darauf Kläger verwiſen, mit ſamt bißhero aufgehobenen Nuzungen, einzuraumen und abzutretten, ſchuldig und darzu zu condemniren und verdammen, aber der im Jahr 42. von ermeldtem Hanſen von Wallenfels ausgezahlten 2000. wie auch Anno 83. Montags nach Oculi 1000. und 13. Nov. hernach 1500. fl. ſo wohl auch deren in Bürgſchafft weil. Daniels von Felſchen Erben erlegter und ſpecificirter Summen und allenthalben aufgewandter Koſten wegen, von angeſtellter Klag zu abſolviren und zu erledigen ſeyn, als Wir ſie condemniren und verdammen, reſp. abſolviren und erledigen, die Gerichtskoſten derowegen aufgelöffen aus bewegenden Urſachen gegen einander compenſirend und vergleichend; jedoch gedachten Beklagten ihre Sprüch und Forderung an den in weil. Marckgraf Georg Friderichs angegebenen Teſtament geſezten oder nachgeſezten Erben, ſo ſie deren einige zu

haben vermeinen, wie auch ihnen, Klägern, ihre Anforderung an weil. Marckgraf Albrechts frey ledige eigene Güter, so vil sie deren, wie sich gebührt, anzeigen und bescheinigen werden, hiemit ohnbenommen, sondern vorbehalten. Endlich die weil. Pangraz von Eglofsteins Erben in Bürgschafft designirte und erlegte Hauptgut und Zinsen belangend, ist der Bescheid: Wofern Klägere die Hauptverschreibung, darinn ihr Vater als Bürg weil. gemeldtem Eglofstein verhafftet gewesen, in glaubwürdiger Form vorbringen werden, daß alsdann ergehen soll, was Recht ist.„ So soll auch Anno 1610. eine, und zwar, wie es scheinet, Haupturtheil in diser Sache ergangen seyn.

In Sachen deren von Haus contra Anspach solle auch contra Successorem gesprochen worden seyn.

In dem Brandenburgischen Stammvertrag de Anno 1603. wurde bedungen: „Es sollen auch Unserer Söhne, Gebrüder und Vettern keiner, weil Wir im Leben seyn, dem andern Schuld machen; welcher die aber machen würde, soll er seibst die nach Unserm Tod von seinem angebührenden Theil Landes oder Deputat, ohne Hülf oder Entgeltniß der andern, bezahlen: Was aber Wir, der Churfürst, vor Schulden verliessen, oder noch in Unserm Leben machten, durch Uns selbst, oder Unsere Befehlhaber, dieselbe werden von Unserer hinterlassenen Erbschafft und dem succedirenden Churfürsten billig abgetragen, Unsere, Marckgraf Georg Friderichs, ververlassene Schulden aber werden von den regierenden Herrn in Francken entrichtet, und also hierinnen den alt-Väterlichen Verträgen nachgegangen, wie Wir dann dasselbige hiemit beederseits wollen cavirt und versehen haben.„

In unten (1) angezeigter Schrifft heißt es: „Weil so gar bey dem Chur- und Fürstlichen Hause Brandenburg kein Nachfolger in der Chur, noch andern Fürstenthümern, gehalten ist, seines Vorfahren gemachte Schulden zu bezahlen, noch zum Schaden des Landes dessen vorgenommene Facta zu prästiren und zu halten. Dann obgleich solches überhaupt allen Geschlechts- und Stamms-Fürstenthumen gemäß ist, als welche in einem gemeinsamen nexu fideicommissario mit einander verbunden, welches Band keiner ohne den andern trennen, noch, der solches thut, seinen Nachfolger verbinden mag, das veräusserte in andern Händen zu lassen; so ist doch

diſes

(1) Rechtsgegr. Preuß. Eigenth. auf Jägerndorff ꝛc. Cap. 3. §. 3. 4.

diſes weit kräfftiger, wann in einem Fürſtlichen Haus dergleichen durch eigentliche Hausverträge feſtgeſezet und darinnen buchſtäblich verſehen, daß keinem Beſizer erlaubt ſeyn ſolle, ſeinen Nachfolgern hierunter dasjenige zu entziehen, was die Vorfahren in ewige unaufhörliche Zeiten ihren Deſcendenten erworben und auf dieſelbe ex Pactis Majorum gekommen iſt. „

In der Antwort auf diſe Schrifft heißt es: „ Nicht zu gedencken, daß der Auctor des gegneriſchen Scripti diſen Gerauiſchen Vertrag in verſchidenen Stücken, und inſonderheit, als ob bey dem Chur- und Fürſtlichen Haus Brandenburg kein Nachfolger in der Chur, noch andern Fürſtenthümern, gehalten ſeye, ſeines Vorfahren gemachte Schulden zu bezahlen, wider den klaren Buchſtaben ſelbſten, mißbrauchet, maſſen darinnen mit deutlichen Worten die Erläuterung geſchehen: = = = Wie iſt es alſo möglich, daß in der gegneriſchen Schrifft vorgegeben werde, daß ſo gar bey dem Chur- und Fürſtlichen Haus Brandenburg kein Nachfolger in der Chur, noch andern Fürſtenthümern, gehalten ſeye, ſeines Vorfahren gemachte Schulden zu bezahlen? „

In der Replic liſet man: „ Man hat nur von denen Schulden geſprochen, die auf die incorporirte Länder gemacht worden: Denn diſe dürfen nicht von dem Suucceſſore, ſondern müſſen aus der Erbſchafft, bezahlet weden. Es iſt diſes ja Juris communis, daß der Succeſſor keine Schulden ex Fideicommiſſo, ſondern bloß ex hæreditate, zu bezahlen ſchuldig ſeye. „

Nach Abſterben des lezten Marckgrafens Friderichs Chriſtians zu Brandenburg-Bayreuth (1) lieſſe deſſen Frau Schweſter, die verwittwete Königin in Dännemarck, Anno 1770. 10. Maji durch ein pro memoria auf dem Reichsconvent bekannt machen, daß Sie nicht Urſach daran ſeye, daß ſo manche Creditores bißanhero ihre Befridigung nicht erhalten hätten ꝛc.

Brandenburg-Onolzbach aber lieſſe durch ein pro memoria vom 22. Jun. (2) antworten: Die Wege, welche der Herr Marckgraf zu Wiederherſtellung der Ordnung in denen zerrütteten Finanzen des Marckgrafthums Culmbach eingeſchlagen, hätten keine andere Abſicht, als die Befridigung der Glaubiger ꝛc.

§. 12.

(1) ſ. H. Oertels N. Tags-Diar. 1770. S. 53.
(2) S. 69.

§. 12.

Pfalz. Pfalzgraf Ruprecht und Wolfgang verglichen sich An. 1543. „ So soll auch Herzog Wolfgang alle Schulden, so auf dem Land stehen, der seyen wenig oder vil, ohne Zuthun Herzog Ruprechts bezahlen; ausgeschiden die Gülten und Beschwerung, so uf den Schloßen und Gütern stehen, die Herzog Ruprechten geben sind, welche Se. Lbden selbst tragen soll. „

Klock berichtet: Chur-Pfalz habe sich wegen etlicher von Pfalzgraf Richarden herrührender Schulden Bezahlung dadurch loswürcken wollen, quod Succeſſor ex pacto & providentia non teneatur factum Anteceſſoris præſtare, cujus non eſt hæres; es habe aber das Cammer-Gericht dadurch nicht überführen mögen.

Anno 1733. verstunde sich, in dem wegen der Pfalz-Zweybrück- und Veldenzischen Succeßion getroffenen Vergleich, das jezige Haus Zweybrücken, auf den Fall, da es zur Chur gelangte, zu denen auf den Chur- und Fürstlich-Pfalzgräflichen Landen hafftenden Schulden dergestalt: „ Daß wegen der an Kayserliche Mai. wie auch die Cron Engelland und Staaten von Holland, habender Churfürstlicher Anforderung von ruckständigen Subsidien-Geldern, dergleichen wegen der Fürstlichen Radziwillischen Indemnisationsleistung, eine verbindliche Verschreibung hauptsächlich dahin gemachet werde, daß dasjenige, was an jeztgedachten Forderungen bey Leben Sr. Churfürstl. Durchl. und des Durchlauchtigsten Prinzens von Sulzbach eingehet, zu keinen andern Ausgaben, sondern blosserdings zu Tilgung der Schulden, quartaliter verwendet werden solle. 3. Daß Se. Churfürstl. Durchl. wie Sie ohne diß die rühmliche Intention haben, gleichermassen die verbindliche Zusag thun, daß an vilgedachten Schulden jährlich, (es wäre dann, daß durch Kriegs-Unruhen und andere Landverderbliche Fatalitäten die Landes-Revenuen einen mercklichen Abgang erlitten,) die Summa von 150000. fl. auch, wo möglich, ein mehreres ohnfehlbar abgetragen, und dadurch die Ihro Churfürstl. Durchl. oder dero Fürstlichen Erben, eventualiter zu Last kommende Schuldenlast unter der Hand vermindert werden möge. „

Was auch die damalige Vormundschafft des jezigen Herzogs zu Zweybrücken wegen Bezahlung Pfalzgraf Gustavs hinterlassener Schulden ex Allodio in offentlichem Druck deduciret habe? siehe im Teutschen Staatsrecht, *Tom. 20. p. 311.*

Und

Und An. 1736. 9. Maj. reſolvirte der Reichs-Hofrath in Sachen Pfalzgraf Guſtavs zu Zweybrücken hinterlaſſener Wittib, der Gräfin von Hofmann, an Pfalz-Zweybrücken machender Prätenſionen: „Nachdem = = Ihro Kayſerl. Majeſtät der Vormundſchafft des Herrn Herzogs zu Zweybrücken allergnädigſt anbefohlen, Autoritate Cæſarea aus denen Zweybrückiſchen Räthen, die man ad hanc cauſam ihrer Eyd und Pflichten zu entlaſſen habe, eine Commißion niderzuſezen, davor ſämtliche Creditores, nach vorher beſtelltem Contradictore, ſo wohl ſuper liquido Debiti, als ratione prioritatis, zu hören, und, nach genugſam inſtruirter Sache, die Acta ad Impartiales zu verſchicken, das eingeholte Urthel aber verſchloſſen an Ihro Kayſerl. Majeſtät allerunterthänigſt einzuſchicken; als werde ſie, Gräfin von Hofmann, an beſagte Commißion gleichfalls hiedurch verwieſen, damit ſie ihre Nothdurfft ſo wohl, welche Creditores ex Allodio oder Feudo zu bezahlen ſind, auch was ratione Liquidi zu beobachten iſt, und endlich wie weit ihre Mobiliar-Donation in ordine ad Creditores allodiales ſubſiſtire? daſelbſt verhandeln könne. „

Mehreres von Palz-Neuburg- und Zweybrückiſchen Schuldenſachen kommt in dem Tr. von dem Reichsſtändiſchen Schuldenweſen vor.

§. 13.

Von Bezahlung der Schulden in dem Hauſe Braunſchweig habe ich anderwärts (1) geredet; wobey Herr H. R. Schbid (2) mit nachzuſehen iſt. Braunſchweig.

Der Erbvertrag von 1535. zwiſchen denen Herzogen Wilhelm und Heinrichen enthält auch einiges vom Schuldenmachen.

Herzog Julius diſponirte An. 1582. gegen das künfftige Schuldenmachen und wegen Bezahlung der bereits vorhandenen.

Herzog Wilhelms zu Zelle Söhne verglichen ſich in dem An. 1592. auf 8. Jahr getroffenen Vertrag unter anderem: Sie wollten nichts borgen, noch Schulden machen, noch bey Handwerckern ſondere Schulden machen ꝛc. Wie ſie ſich dann auch ihres Herrn Vaters hinterlaſſener Schulden wegen verglichen haben.

Anno 1641. verglichen ſich die Herzoge Chriſtian Ludwig und Georg Wilhelm wegen der Zell- und Calenbergiſchen Schulden.

Weſſen ſich Herzog Ludwig Rudolf zu Braunſchweig-Wolfenbüt-

(1) in meinem Braunſchw. Staatsrecht, p. 71. 91.
(2) in den Anmerck. darzu. p. 59.

fenbüttel An. 1731. wegen ſeines Herrn Bruders, Auguſt Wilhelms, hinterlaſſener Chatoulle-Schulden mit deſſen Frau Wittwe verglichen habe? ſiehe im T. Staatsrecht *Tom. 21. p. 249.*

§. 14.

Anhalt. Was im Fürſtlichen Hauſe Anhalt wegen des Schuldenmachens verglichen worden iſt, iſt in meinem Anhalt. Staatsrecht *Cap. 2. §. 90 p. 96.* nachzuſchlagen.

Anno 1718. ware im Hauſe Bernburg diſer Streit: Es ware ſo wohl in dem Pacto Primogenituræ, als in Fürſt Victors Amadei Teſtament, verſehen, daß der Primogenitus die contrahirte Schulden allein abtragen ſollte, der Primogenitus weigerte ſich aber deſſen; es wurde alſo gefragt: Was hierinnen Rechtens ſeye? Die JCti zu Halle antworteten (1): Daß der Primogenitus die Nomina paſſiva allein zu bezahlen ſchuldig ſeye.

Von denen Anhalt-Schaumburgiſchen Schuldenſachen ſehe man meinen Tr. von dem R. Ständiſch. Schuldenweſen.

Des Fürſtens Victors Amadei Adolphi zu Anhalt-Schaumburg Teſtament wurde An. 1753. 29. Mart. von dem Reichs-Hofrath zwar confirmirt; ſalvo tamen Creditorum & cuiuscunque iure, & excepto *§. 20.* als weßhalben der Kayſer begebenden Falls Sich die Cognition allein vorbehalte.

§. 15.

Baden. Was im Hauſe Baden An. 1537. bey der Erb-Theilung wegen der Schulden verglichen worden iſt, belehret der deßwegen ausgeſtellte weitläufftige Revers. v. St. R. *l. c. p. 516.*

Anno 1592. ſolle in cauſa Lützelburg contra Baden pro Succeſſore geſprochen worden ſeyn.

Marckgraf Eduardus Fortunatus, Badiſcher Linie, machte unnöthige groſſe Schulden, welches Kayſer Rudolfen II. bewegte, die Landes-Adminiſtration denen Herzogen in Bayern und Lothringen aufzutragen, welche ihre vices Marx Fuggern committirten. Marckgraf Friderich, Durlachiſcher Linie, hingegen ſtellte dem Kayſer vor, daß er auch ſtarcke Anforderungen habe, und nahme An. 1595. das ganze Land in Beſitz; worüber der berühmte Proceß zwiſchen beeden Linien entſtunde, in welchem der Kayſer An. 1622. die Urthel dahin ergehen lieſſe, daß Durlach das ganze Land, nebſt denen genoſſenen Einkünfften, auch Gerichts-Unkoſten, Eduardi Kindern reſtituiren ſollte.

In

(1) vid. H. Boehmers Conſult. & Deciſ. Vol. 1. Part. 2. p. 191.

In dem darauf An. 1627. getroffenen Vergleich wurde eine Abrede genommen wegen der Schulden, die, von Zeit der beſchehenen Occupation der obern Marckgrafſchafft Baden biß zu der Wiederabtrettung, entweder von Marckgraf Ernſt Friderich, oder deſſen Vater, bemeldter obern Marckgrafſchaft auferlegt, oder von derſelben übernommen, oder durch die jährlich aufgeſchwollene Penſionen vermehret worden ſeyen.

Anno 1629. wurde zu Ettlingen ein anderweiter Vertrag getroffen:

Endlich wurde die Sache in dem Osnabrückiſchen Friden Art. 4. §. 26. gänzlich entſchiden; wiewol doch auch noch hernach neue Streitigkeiten wegen einiger aus diſem Handel herrührenden Schulden erreget wurden; welche aber von keinen Folgen waren.

Anno 1654. erhielten beede Marckgrafen zu B. Baden und B. Durlach von Kayſer Ferdinanden III. ein Moratorium.

Anno 1680. bate Marckgraf Friderich Magnus zu B. Durlach den Kayſer wieder um ein Moratorium, und die beyde höhere Reichscollegia erſuchten Ihn ebenfalls, es dem Marckgrafen auf 8. oder 10. Jahre zu bewilligen; er erhielte es auch An. 1681. auf 8. Jahre.

Als An. 1713. das Cammergericht in einer alten Schuldſache die Execution gegen B. Baden erkannte, bate Diſes den Reichsconvent um ein Reichsgutachten: Daß der Kayſer dem Cammergericht aufgeben möchte, mit Erkennung der Proceſſen und Mandaten wegen alter auf dem Fürſtlichen Haus und denen Unterthanen hafftender vermeintlicher Schulden ſo lang an ſich zu halten, biß die Fürſtliche Lande nach damaligem Krieg ſich in etwas wieder erhohlet hätten: Es kame aber zu keiner Berathſchlagung in der Sache.

Hernach ſuchte B. Baden an, bey dem Kayſer um ein Moratorium auf 10. Jahre, in Abſicht auf des Fürſtlichen Hauſes alte Schulden, zu intercediren; worein auch An. 1713. 10. Apr. dergeſtalt willfahrt wurde, daß das Moratorium 1. auf etliche wenige Zeit, biß ſich das Fürſtliche Haus wiederum erhohlet, zu ertheilen; doch 2. nur, was die bey dem Cammergericht eingeklagte, (folglich aber nicht die andere und würcklich lauffende,) Schulden betreffe.

Anno 1727. erhielte B. Baden ferner ein Kayſerliches Decret an den Reichs-Hofrath: Daß derſelbe, aus denen angeführten Urſachen, in denen wider diſes Fürſtliche Haus vorkommenden Schuld-Proceſſen Es nicht übereile, ſondern vil mehr deſſen Glaubiger, bey

gegenwärtigen Zeiten und Umſtänden, zu gütlichem Vergleich und möglichſter Geduld angewieſen, auch mit denen etwa würcklich erkannten Executionen, ſtill geſtanden werden möge.

Noch mehreres von Fürſtlich-Badiſchen Schuldſachen habe ich anderswo (1) angeführet.

§. 16.

Heſſen. Landgraf Philipp zu Heſſen diſponirte An. 1562. „Unſere Söhne ſollen mit Fleiß bey der Landſchafft handeln, daß die Tranck-Steuer nach Bezahlung des von Naſſau noch etliche Jahr und ſo lang bewilligt würde, daß ſie damit alle Aemter und Schulden, ſo hin und wieder uf den Aemtern und uf der Cammer, da ſie Penſion von geben, an Geld und Frucht ſtehen, ablöſen und alle Aemter und Zehenden frey, ohne Penſion, Geld oder Frucht hätten; ſie ſollen aber das Geld nicht zu ihren Handen nehmen, ſondern die Landſchafft ſoll jemands ordnen, der das Geld erheben und ein Amt nach dem andern, auch die Schulden und was uf den Aemtern und der Cammer an Geld- und Frucht-Penſion ſtehet, biß die allerdings ledig gemacht, löſe; doch nicht allein in dem Fürſtenthum zu Heſſen, ſondern auch in den Grafſchafften und ſonſt allenthalben. „

Landgraf Ludwig zu Marburg ſezte Anno 1595. in ſein Teſtament: Seine Erben ſollen ſeine Schulden bezahlen.

Anno 1627. wurde in dem zwiſchen Caſſel und Darmſtatt getroffenen Vertrag beliebt: „Und ſollen Wir, Landgraf Georg, um diejenige Capital-Schulden, ſo auf denen wieder ausräumenden Pfand-Aemtern ſtehen, auch um die Zinſe, ſo davon vor oder in Zeit Unſerer, Landgraf Georgens, Innhabung erſchienen und aufgeloffen ſind, zu ewigen Tagen unangefochten bleiben, auch von Unſers Vettern, Landgraf Wilhelms, Lbden und Dero Erben, Fürſten zu Heſſen, Caſſeliſcher Linie, kräfftiglich, würcklich und mit Beſtand hierinnen vertretten und enthebet werden. Zum 9ten wollen Wir, Landgraf Georg, auf Uns und Unſere Fürſtliche Heſſen-Darmſtättiſche Linie laden alle Capital-Schulden, ſo auf dem Caſſeliſchen Antheil an Umſtatt ſtehen, als vil deren aus Händen des geweſenen Fürſtlichen Heßiſchen Samtkellners daſelbſten, und nit aus der Rent-Cammer zu Caſſel, biß dato verzinſet ſeyn worden, deren hinkünfftige Verpenſionirung (jedoch ausgeſcheiden die allbereits verfallene Zinſen,) Wir auf Uns nehmen. „

In dem final-Vergleich de An. 1648. aber lautet es: „Was zum

(1) in meinem Badiſch. Staatsrecht, S. 71. u. f. und in dem Tr. von dem Reichsſtändiſch. Schuldenweſ.

zum 3ten die Schulden belanget, hat man ſich endlich dahin verglichen, daß diejenige verbrieffte Schulden, welche bey Zeit tödtlichen Abſchids weyland Herrn Landgraf Ludwigs des Aeltern zu Heſſen in deſſen Erbſchafft ſich befunden haben, und annoch entweder aus der Rent-Cammer, oder aus den Aemtern Marpurgiſchen Theils, verpenſioniret werden, nach der Proportion, wie die Lande, unter die beyde Fürſtliche Linien vertheilt werden ſollen. „

Von Fürſtlich-Heſſen-Darmſtättiſchen Schuldenſachen ſehe man meinen Tr. von dem Reichsſtättiſchen Schuldenweſen.

Von eines verſtorbenen Heſſen-Darmſtättiſchen apanagirten Prinzens Schuldenweſen ſehe man an unten (1) angezeigtem Ort nach.

Landgraf Ernſt zu H. Rheinfels diſponirte An. 1676. 11. (21.) Mart. wegen ſeiner Schulden in ſeinem Teſtament: Landgraf Wilhelm aber legte nach des Herrn Vaters Tod An. 1694. 11. Mart. eine Proteſtation coram Notario & Teſtibus gegen diſes Teſtament ein, darinn er unter andern meldet: „Wir behalten Uns auch wegen Unſerer obigen Erklärung ratione acceptationis des Uns zugedachten Prælegati und der mit dabey Uns aufgelegten onerum expreſſe bevor, daß Wir ſolches nicht anders, als cum beneficio Legis & Inventarii, acceptiret haben, auch, daferne, auſſer denen Uns bekannten und in das Inventarium gebrachten Schulden, ſich noch andere mehr Uns unbekannte, oder etwa vorhin ſchon ſopirte, und von Unſers hochſeel. Herrn Vaters Brudern herrührende, Debita hervorthun ſollten, Wir, vermög ausdrücklicher Diſpoſition des Teſtaments, an diſe leztere einſeitig ex capite dicti Prælegati ganz nicht, und anders nicht, als ſo weit ſich die vires des Prælegati, die ratione Mobilium in ein ordentliches Inventarium gebracht, ratione Immobilium aber an ſich ſelbſt manifeſt und vor Augen ſind, erſtrecken, gehalten ſeyn, und Uns durch diſes alles in beſter Form Rechtens, als das immer geſchehen ſoll, kan oder mag, verwahret haben wollen. „

Noch einiges von Heſſen-Rheinfelſiſchen Schuldenſachen findet ſich in dem cit. Tr. von dem Reichsſtändiſch. Schuldenweſen.

Von dem Heſſen-Eſchwegiſchen Schuldenweſen liſet man einiges in der 1750. gedruckten Imploration pro Reſtitutione in integrum in Sachen: Diel contra Heſſen-Rheinfels.

Das Fürſtlich-Heſſen-Homburgiſche Debitweſen wurde von

(1) im T. Staatsr. 14. Th. 492. S.

An. 1715. an vor dem Reichs-Hofrath verhandelt, und von demſelbigen die jährlich von Darmſtatt an Homburg zu zahlen gehabte 12000. fl. zu Beſtridigung der Creditoren ausgeſezt. v. das Staatsrecht, *l. c. pag. 523. ſqq.* und den cit. Tr. von dem Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

§. 17.

Holſtein. Der Herr von LUDEWIG berichtet: *Holſatiæ* Ducibus conſcientia eſt mora â JCtis, cum Brandenburgico Electori æs alienum ſolvere nollent, contractum ab Anteceſſore, interprete SCHRADERO *Vol. 1. Conſ. 3. n. 399. 400. atque Conſ. 9. univerſo.*

Ferner ſehe man vom Jahr 1544. von Sonderburg und von Plön etwas im T. Staatsr. *l. c. pag. 532. ſq.*

In einer Rethwiſchiſchen die Plöniſche Succeßion betreffenden Deduction heißt es: „Es kan der Catlſteiniſche Cauſidicus ſelbſten nicht in Abrede ſtellen, daß der leztverſtorbene Herr Joachim Friderich, Herzog zu Holſtein-Norburg, als An. 1706. der lezte junge Herzog Leopold Auguſt, Plöniſcher Linie, den 4. Novembris Todes verblichen, und er die Fürſtlich-Plöniſche und Norburgiſche Lande zuſammen in Beſiz bekommen, nicht nur auf dem Plöniſchen Landes-Theil eine ziemliche Schulden-Laſt vorgefunden, ſondern auch er ſelbſten ziemliche Schulden auf ſich gehabt, wovon vile deren Creditorum hefftig auf die Zahlung getrungen: Weilen nun gedachter Herzog keine männliche Deſcendenz hatte; ſo wollte demſelbigen niemand das geringſte Darlehen thun, es habe dann hierzu des Herrn Herzogs zu Holſtein-Rethwiſch Durchl. als unſtrittiger Agnatus proximus, und künfftiger Succeſſor des Reichs-Lehenbahren Fürſtenthums Plön, und demſelben unzertrennlich anhangenden Norburgiſchen Landen, ſeinen Conſens ertheilet. Als nun Herzog Joachim Friderich dergleichen Conſens-Ertheilung gar zu offt, abſonderlich An. 1712. auf eine gar nahmhaffte Summ von 50000. Reichs-Thaler verlangete; ſo ſind des Herrn Herzogens zu Holſtein-Rethwiſch Durchl. die Augen aufgangen, und er weitere Conſens-Briefe zu ertheilen billigmäßiges Bedencken getragen hat, biß endlichen Ihro Königl. Majeſtät zu Dänemarck ſich interponiret, und, zu Herſtellung eines guten Vernehmens unter ſo nahen Fürſtl. Anverwandten, dero geheimden Räthen, Herrn von Jeſſen, von Breitenau, und von Blome, die Commiſſion aufgetragen; wie dann auch dieſelbe, vigore Extractus Literarum -- de dato Lübeck den 3. Auguſti 1715. an des Herrn Herzogen zu Holſtein-Rethwiſch Durchl. geſchriben haben, daß, wann die vorſeyende Sache vorjezo nicht zur

Richtig-

Richtigkeit gebracht, ſondern in bisheriger Confuſion beſtecken bleiben würde, man vilerhand Ungelegenheiten zu beſorgen, die vor allen Ihro Hochfürſtl. Durchl. hauptſächlich mit incommodiren, auch, wann es uns zu ſagen erlaubet, deroſelben den eventualen importanten Succeſſions-Fall der Fürſtlich-Plöniſchen Landen ſehr ſchwehr machen dörfften: Wie dann auch unter Königlich-Däniſcher Mediation zwiſchen Herrn Joachim Friderich, Herzogen zu Holſtein-Plön und Herrn Johann Ernſt Ferdinand zu Holſtein-Rethwiſch, der oben = = erſtgedachten Monaths Auguſti 1715. zu Lübeck vor die Hand genommene gütliche Vergleich abgeſchloſſen, von dem Herrn Herzogen Joachim Friderich daraufhin den 14. Januarii 1716. zu Plön gefertiget, und nomine Regis Daniæ von denen Königl. Commiſſariis mit unterſchriben worden. „

Diſer Vergleich lautet unter anderem: „Da vigore deſſelben (Vergleichs de An. 1706.) des Herrn Herzogs Joachim Friderichen zu Plön Durchl. die Laſt der Schulden = = allein obliget, zu Abtragung ſolcher Schulden aber, wie ſelbige von Zeit zu Zeit losgekündiget werden, eine Verſur, durch Erhebung anderer Capitalien, nach und nach zu machen erforderlich; wie dann auch, wann über kurz oder lang, (wie bey gegenwärtigen Kriegs-Zeiten geſchehen,) eine extraordinaire Noth vorfällt, dero Behuf unumgänglich eine neue Geld-Anleihung geſchehen müßte, daß in beeden Fällen des Herrn Herzogen zu Holſtein-Rethwiſch Durchl. als nächſter Agnatus, auf geziemende Requiſition ihres Herrn Vetters Durchl. ihren Conſens zu ſothaner Verſur und nothwendigen Anleihungen allemal ertheilen wollen; mit diſem Vorbehalt jedoch, daß von des Herrn Herzogen zu Holſtein-Plön Durchl. (wie Sie Sich auch darzu erboten,) vorhero die Beſchaffenheit der losgekündigten Capitalien und die erforderliche Verſur, oder auch die erwähnte nothwendige Anleihung neuer Capitalien, und daß beedes zum Nuzen und Conſervation des Fürſtlichen geſammten Hauſes und deſſen Credits, angeſehen und gereiche, demonſtriret und dargethan werde; weßfalls dann beede hohe Intereſſenten ſich freund-Vetterlich mit einander, es ſeye ſelbſt oder durch ihre Räthe, (zu welchem Ende dann des Herrn Herzogs zu Rethwiſch Durchl. einen verſtändigen, hieſiger Lande und ihrer Fürſtlichen Affairen ſo vil möglich, kundigen Mann zum würcklichen Rath mit ſattſamer Vollmacht und Inſtruction beſtellen wollen,) zuſammenthun und vernehmen, übrigens aber beederſeits, auſſer denen ſpecificirten Fällen, ihre Lande mit keinen neuen Schulden und Capitalien beſchweren, noch dergleichen Conſens

hinc

hinc inde requiriren, ſondern vil mehr gefliſſen ſeyn wollen, die bereits habende Schulden, (abſonderlich bey GOtt gebe! beſſern Zeiten und ceßierenden Witthümern,) nach Möglichkeit abzutragen. „

Als diſer Herzog Johann Adolf Ernſt Ferdinand zu Holſtein-Rethwiſch An. 1729. mit Tod abgienge, und der Herzog zu Holſtein-Plön in deſſen Landesantheil folgte, erhielten verſchidene Rethwiſchiſche Creditores beym Reichs-Hofrath Reſcripte, ſie aus des Fürſtl. Debitoris Verlaſſenſchafft befridigen: Der Herzog von Plön behauptete: Es habe gegen ihn keine Action ſtatt, weil er ſich keineswegs in die Allodialerbſchafft immiſcirt, noch weniger das geringſte davon ſich zugeeignet habe. Die Creditoren replicirten: Der Herzog von Plön habe ſo vil, und noch ein weit mehreres, von Rethwiſchiſchem beydes à nexu feudali & fideicommiſſario freyen allodial-Vermögen in Handen, daß ſämtliche Creditores ihre Bezahlung daraus erlangen könnten. Der Herzog widerſprache es, und bate, die Creditores an die Austräge zu verweiſen. Diſes wurde abgeſchlagen, und mit der Execution gedrohet. Der Herzog ergriffe die Reſtitution in integrum, welche auch An. 1742. 4. Jul. bewilliget wurde. Ingleichem lieſſe der Herzog verſchidene Schrifften an das Licht ſtellen, welche ich anderwärts (1) mitgetheilet habe.

Endlich fiele die Urthel An. 1753. 28. Jul. dahin aus: Daß der Herzog zu Plön, des Herzogen zu Rethwiſch bey dem Kayſer eingeklagte Schulden zu zahlen, nicht anzuhalten ſeye; ſondern leztbeſagten Herzogens ſämtliche Creditores aus deſſelben freyen allodial-Nachlaß, bey einem darüber anzuſtellenden Concurs, in rechtlicher Ordnung ihre Nothdurfft abzuhandlen und die Befridigung zu erwarten hätten; Gleichwie aber der Herzog von Plön die dem Verſtorbenen ſeit 1722. vorenthaltene jährliche Deputatgelder von 5000. Rthl. nebſt dem darzu gehörigen Augmento, biß auf deſſen Tod, ſamt denen à tempore moræ davon biß jezo aufgeſchwollenen Intereſſen zu 5. pr. Cent, ſo dann 2. das Intereſſe von gewiſſen 18000. Thl. Fideicommißcapital, ebenfalls biß auf den Todestag des Herzogen von Rethwiſch, (in ſo weit jedoch beſagte Schulden von dem Herzogen zu Plön, oder in ſeinem Namen, durch erweisliche Rechtsbeſtändige Zahlungen nicht vermindert worden;) ferners 3. dasjenige, was etwa ſonſten von der zum Lehen oder Fideicommiß nicht gehörigen freyen Mobiliar-Verlaſſenſchafft des Herzogens zu Rethwiſch zu ſeinen Handen genommen wäre,

inner-

(1) in meinem T. Staatsarch. 1753. 2. Band, 981. S. u. f.

innerhalb zweyen Monathen zur Herzoglich-Rethwischischen obersagten Masse heraus zu geben und abzuliefern, schuldig erkläret werde; also bleibe ihme hingegen, seine in Actis angezogene Forderungen an die Masse bey dem Concurs in rechtlicher Ordnung anzubringen, ins besondere vorbehalten ꝛc.

Anno 1756. 4. Jun. wurde dem Herzogen zu Holstein-Plön reſcribirt: Da das Haupturtheil vom 28. Jul. 1753. vollkommen klar, vermöge dessen auch der Herzog von allem, so die Rethwischische Creditores in Actis an ihn gefordert, (ausser demjenigen, so besagten Creditoribus in specie dabey vorbehalten worden,) ohne einige Ausnahme absolviret seye; als habe es bey dessen Erbieten dahin sein Bewenden, daß er, 1. Wann das dem verstorbenen Herzogen von Rethwisch von dessen Gemahlin vermachte Legat und Leib-Geding nicht ganz, oder zum Theil, an ihn bezahlt worden, desfalls denen Creditoribus zu nichts gehalten seye; 2. das Amt Rethwisch, als Fideicommiß, zu der Massa des verstorbenen Herzogen nicht gehöre; 3. wegen der Holstein-Plönischen nach dem Tode Herzogs Joachim Friderichs eingegangenen Einkünfften kein Anspruch an denselben statt finde; 4. auch er nur die Usuras des Fideicommiß-Capitals biß zum Tode des Herzogen Ferdinand, nicht aber wieder davon Usuras Usurarum, zu präſtiren habe; mithin 5. dasjenige, so denen Creditoribus von ihm zu forderen zustehe, nur auf die zu dessen Handen etwa gekommene Mobilien des verstorbenen Herzog Ferdinands, der Sache Beschaffenheit und dem deutlichen Innhalt der Sentenz gemäß, gehen könne und solle: Was aber des Herzogs an die Massam machende Prätensionen betreffe; seye desfalls eben wohl vollkommene Vorsehung geschehen, und solle so dann durch Impartiales, dem Urthel zu Folge, desfalls erkannt werden: Es habe demnach der Herzog solches, zu Abschneidung aller Weitläufftigkeit, authoritate Cæsarea denen Creditoribus zu publiciren, und sich an dem legalen Fortgang der Sache, allenfalls in contumaciam, nicht weiter aufhalten zu lassen.

add. den mehr cit. Tr. von dem Reichsständisch. Schuldenwesen.

§. 18.

Herzog Johann Albrecht I. zu Mecklenburg disponirte An. 1573. in seinem Testament wegen seiner Schulden. Mecklenburg.

In dem Erbvertrag von 1621. wurde beliebt: „ Sollten auch „ „ noch etliche von Herzog Carln „ „ herrührende Schulden in künff-

tig ſich ereignen, wollen Wir dieſelbe zu gleichen Theilen erlegen und abtragen. = = Andere = = gemeine Schuldforderungen, wie dieſelbe immer Namen haben und ausgeſtellet werden mögen, ſtehet zu rechtlichem Austrag; und da in denſelben etwas widriges erkannt, wollen Wir ſolches zu beeden Theilen erſtatten: Sollten aber ſolche und dergleichen Rechtfertigungen durch gütliche Mittel und Wege, mit Zuziehung des andern Theils, componiret und beygeleget werden, und dahero ein oder anderer Theil eine Geldſumma herausgeben, oder mit Gütern Erſtattung thun müſſen; ſo ſoll ihm von dem Andern der halbe Theil wiederum entrichtet und abgetragen werden. „

Herzog Adolf Friderich I. diſponirte Anno 1654. wegen ſeiner Schulden in ſeinem Teſtament.

Von des lezten Herzogs zu **Mecklenburg-Güſtrau** hinterlaſſenen Schulden ſehe man in meinem Tr. von dem **Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.**

Ohne Zweifel betrifft es auch eben diſen Fall, was wir *in Conſil. Halenſ. Tom. 2. Lib. 2. p. 1045.* leſen, nemlich: Finden ſich zwey Fürſtliche Linien, welche ab uno ſtipite communi abſtammen, deren beyder Proavus ehemals die Länder insgeſammt allein beſeſſen, deſſen Söhne aber, von welchen ermeldte beyde Linien herkommen, eine Theilung gemacht und zwey Häuſer conſtituirt, auch dabey per Pacta unter ſich bedungen: Daß keiner ſeine ſämmtliche Aemter höher, als auf 300000. Thlr. zu beſchweren Recht haben ſollte, und da einer, ohne des andern Conſens, mehr Schulden machen würde, der andere zu Abſtattung der Uebermaaß, es wäre dann, daß einem oder dem andern durch Kriegsverheerung, Durchzüge, und dergleichen Unheil, würcklicher und kundbarer Schaden zugefüget würde, auf den Todesfall nicht ſollte verbunden ſeyn. Hat ſich der Fall zugetragen, daß die eine Linie ohne männliche Erben verloſchen, und nur Prinzeßinnen, welchen per Teſtamentum paternum alles, was nomen Allodii hat, vermachet, dabey aber auch groſſe Schulden hinterlaſſen worden, darauf der ſuccedirende Agnatus ſo fort bey Antrettung der erledigten Lande die allodial-Stücke mit in den Beſiz genommen, auch einen Concurſum Creditorum erreget, und durch ſeine dazu verordnete Räthe Sententiam prioritatis und diſtributionis ausſprechen laſſen, dazu die Hæredes allodiales nicht citirt worden; dahero wurde erſtlich gefragt: Ob inter Principes Imperii zuläſſig und üblich, einen Concurſum Creditorum zu erregen? und hierauf geantwortet: Daß, wenn

wenn gleich ſonſt inter Status Imperii zuläßig wäre, einen formalem Concurſum Creditorum zu excitiren, dennoch in gegenwärtigem Fall alles, was vorgenommen und erkannt worden, ob incompetentiam Judicis & neglectam Citationem, vor null und nichtig zu halten ſeye; ſondern, wann ja der Succeſſor etwas hierinnen zu Recht beſtändiges vornehmen wollen, hätte ſolches coram Judicio Imperii Aulico, als woſelbſt die Hauptſache ratione Succeſſionis Rechtshängig ſeye, verrichtet werden müſſen.

2tens wurde gefragt: Ob der ſuccedens Agnatus nicht gehalten, im Fall ſich über die paciſcirte 300000. Thlr. annoch einige Uebermaaß an Schulden finde, ſolche auch dahero zu agnoſciren, weilen der caſus Belli auſſer obiger Summe der 300000. Thlr. reſervirt, das Pactum auch An. 1621. geſchloſſen, und die vilfältige clades bellicæ poſt Anno 1621. ſattſam bekannt? und es ward hierauf zur Antwort ertheilet: Daß der ſuccedens Agnatus, im Fall ſich über die paciſcirte 300000. Thlr. eine Uebermaſſe in Schulden fände, ſolche gleichfalls zu agnoſciren und zu bezahlen gehalten ſeye.

Auf die dritte Frage: Ob auch von dem ſuccedirenden Agnato mit Beſtande Rechtens eingewendet werden könne, daß die ſtipulirte 300000. Thlr. nur in ſubſidium alsdenn ex Feudo erſtlich zu zahlen, wenn kein Allodium vorhanden? wurde geantwortet: Daß der ſuccedirende Agnat die veraccordirte Summ der 300000. Thl. an ſeines Vorfahren gemachten Schulden zu bezahlen verbunden ſey, ob gleich noch ſo vil Allodia vorhanden, womit die Schulden abgeführet werden könnten.

Als unter Herzog Carl Leopold zu M. Schwerin durch den Reichs-Hofrath vile Aemter denen Herzoglichen Creditoren zum Genuß eingeraumt wurden, lieſſe ſein Bruder, Chriſtian, eine Gründliche Vorſtellung ꝛc. in Druck ausgehen. Der Innhalt diſer wichtigen Deduction beſtehet darinnen: §. 1. Das Herzogthum Mecklenburg kommt in groſſe Schulden wegen der Irrung mit der Ritterſchafft, 2. ſowohl in Anſehung der Executions-Koſten, als der Ritterſchafftlichen Schadens-Forderungen, 3. worzu alle Perſonal-Creditores ſich eindringen, 4. obſchon der Kayſerl. Commißion eigentliches Objectum das Debit-Weſen nicht ſeyn können: 5. Hierauf werden vor die Executions-Koſten pro hypotheca ſpeciali acht Fürſtl. Aemter angewiſen und eingeräumet, 6. dergleichen hypothecam ſpecialem die Mecklenburgiſche Ritter-

ſchafft ebenfalls ſuchet, und, obſchon der einige Fürſtl. Bruder, als vermuthlicher Succeſſor, gegen ſolche Verpfändungen proteſtiret, in das ſchöne Amt Doberan erhält: Daher die Frage: Ob und wie weit ein Succeſſor im Herzogthum Mecklenburg an des Anteceſſoris Schulden verbunden ſey? entſtehet. 7. Die dabey wider den Succeſſorem gemachte Einwendungen werden angeführet, 8. und geprüfet; daß die Succeſſio territorialis nach teutſchen alten Rechten zu beurtheilen ſey, angenommen, 9. und, daß nach ſolchen der Erbe ohne ſeine Bewilligung an keine Verſchuldung gebunden ſey; in ſpecie nach Sachſen-Recht, nach Fränckiſchem Recht, nach Bayeriſchem Recht, nach Schwäbiſchem Recht; 10. deſſen Verbindlichkeit und Obſervanz in dem Fürſt- und Herzoglichen Hauſe Mecklenburg vom Anfange her ſtatt gehabt, da es noch Eigenthum und kein Reichslehen geweſen, 11. welches mit Diplomatibus erwieſen wird. 12. Auſſer ſolchen teutſchen Landesrechten ſind ferner im Herzoglichen Hauſe Mecklenburg beſondere Pacta, Diſpoſitiones, Uniones, vorhanden, welche den Agnatum und Succeſſorem entbinden, als nemlich der Erb-Vertrag de Anno 1347. Erbvertrag de Anno 1504. Erbvertrag de Anno 1507. Erbvertrag de Anno 1513. und 1518. ingleichen An. 1527. das Exemplum Herzogs Henrici Pacifici, de Anno 1547. das Teſtamentum Herzogs Joh. Alberti I. wegen der Primogenitur de Anno 1573. Proteſtatio Herzogs Hans Albrechts II. zu Güſtro de Anno 1608. Fürſtl. Brüderlicher Erbtheilungs-Vertrag de Anno 1611. beſonders aber der Güſtrowiſche Neben-Vertrag de Anno 1621. worinnen das Quantum auf 600000. Reichsthaler in beyden Linien reſtringiret wird, die darauf gegründete Proteſtation und Reſervation des Primogeniti Herzogs Chriſtians de An. 1654. und Herzogs Friderich Wilhelms conforme Folge bey dem Güſtrowiſchen Anfall, Hamburgiſcher Vertrag de Anno 1701. die neue Fürſt-Brüderliche Unions-Vergleiche de Anno 1707. und deren reſtringirte Diſpoſition ad 200000. Reichsthaler per Teſtamentum. 13. Die Vermengung des Eigenthums mit dem Lehen machet bey Succeſſoribus illuſtribus keine Obligation an Schulden des Anteceſſoris, ohngeachtet die gemeine Lehen in Mecklenburg anjezo Schulden tragen; welches die Fürſtliche Primogenitur-Häuſer, ohnerachtet der Vermengung, beſtärcken, wegen der damit verknüpfften Prohibition de alienando. 14. Beantwortung der gemachten Einwürffe. Es iſt nicht auf den Urſprung der Reichslehenbaren Corporum, ſondern

dern auf den Contractum feudalem und Intention der Contrahentium, zu ſehen; daher in dubio die Feuda Regalia vor Feuda propria, nicht hæreditaria, zu achten ſind; 15. welches auch bey denen aufgetragenen Lehen wider deren angeblichen Vorzug ſtatt findet, womit zugleich der Einwurff von der im Hauſe Mecklenburg gebrauchten Teſtamentirung abgelehnet wird. 16. Daß das Herzogthum Mecklenburg ein wahres Feudum proprium regale, non hereditarium, abgebe, wird ex primis Litteris Inveſtiturarum, erwiſen, und zugleich die Clauſul von der geſammten Hand und ungeſchidenen Lehen erläutert. 17. Das Objectum univerſale Succeſſionis würcket keine Obligationem in Succeſſore, weil alle Bona publica und Partes integrantes eines Ducatus feudalis demſelben incorporirt und in dubio feudal ſind; welches inſonderheit in dem Herzogthum Plaz findet: Noch weniger mag eine vermeintliche Univerſalitas eine Repræſentationem Perſonæ wircken; als welche in teutſchen Rechten, ſo wohl in jure allodiali, als feudali & publico, unbekannt iſt, hauptſächlich aber bey dem Succeſſore ex Jure Primogenituræ ceſſiret, und weder 18. ex putatitia verſione in rem auf den Succeſſorem erwachſen, noch 19. ex capite Indemnitatis zuſtehen kan, weil die Ratio der Neceſſitatis ſupremæ ceſſiret, auch allenfalls eine Compenſatio nicht difficil ſeyn würde, und in concurſu Privatorum mit dem publico ſtatus Principatus diſer billig den Vorzug hat. 20. Recapitulation derer pro Succeſſore wider die imputirte Schulden-Obligation waltenden Rechts-Gründe und Befugniſſen.

Die Einmiſchung der alten obſoleten und nur particular-privat-Rechten dörffte wohl nach dem Geſchmack der wenigſten Höfe und Leſer ſeyn, und zur Sache wenig beytragen; hingegen wäre gut geweſen, wann dafür ausgeführet worden wäre, was diſſfalls bey anderen hohen Häuſern Obſervantiæ und bey denen höchſten Reichs-Gerichten Styli ſeye.

Uebrigens fruchtete diſes alles nichts: S. meinen Tr. von dem Reichsſtandiſch. Schuldenweſen.

§. 19.

In einer Anhaltiſchen Deduction (1) heißt es: „Allermaſſen Eu. Kayſerl. Maj. und Dero höchſtpreißlichen Reichs-Hofrath aus dem Wackerbartiſchen Proceß contra Sachſen-Lauenburg & noviſ- Sachſen-Lauenburg.

(1) in Elect. jur. publ. curioſ. Continuat. P. 439.

vissime aus gegenseitigen sub præs. den 9. Aug. 1691. in causa exhibirten allerunterthänigsten Producto, Dero Kayserl. Cammer-Gericht aber aus dem daselbst angefangenen & ad ultimum usque punctum Executionis ausgeführten Processu, notorie bekannt, wie daß Pars diser Sachsen-Lauenburgischen Reichslehen im Jahr 1565. absque ullo consensu Domini vel Agnatorum um ein nahmhafftes Capital verhypothecirt und oppignorirt, und, da die Schuld über ein Seculum verjähret, und gar auf vil 1000. fl. sich erstrecket, unangesehen der super qualitate feudali & super defectu consensu Augustissimi Patroni & Agnatorum vilfältig beschehenen Exceptionen, nicht nur allein contra Debitoris Descendentes & Successores in Feudo, in Annis 1614. 71. 74. und 86. Mandata S. C. de solvendo vel dimittendo hypothecam, auch unterschidliche Paritoriæ, cum annexis Executorialibus, sondern so gar extincta tota Debitoris generatione, sive Linea descendenti masculina, im Jahr 1690. post mortem ultimi Vasalli und da die Lehen quæst. si non relictis Filiabus, jedoch Ew. Kayserl. Majestät, als Lehenherrn, bereits eröffnet gewesen, contra Vasallos Commissio ad exequendum in Camera decernirt und insinuiret worden. „

§. 20.

Würtemberg. In der Erectione Ducatus *Würtembergici* ist zwar wegen der auf dem Land, nicht aber der auf der Fürstlichen Familie, hafftenden Schulden Vorsehung geschehen.

Der Tübingische Vertrag de Anno 1514. gehet eigentlich auf die Landesschulden; doch hat die Landschafft so wohl damals, als auch hernach verschidenemal, gegen gewisse Bedingungen, ansehnliche Summen von Cammerschulden zu bezahlen übernommen.

In dem Fürst-Brüderlichen Vertrag de Anno 1617. findet sich dises wenige von Vorlehnungen zu Erkauffung Land und Leut: „ Da einer oder der ander unter Ihren Fürstlichen Gn. Gn. Gn. Gn. Gn. oder deren Nachkommen, zu Erkauffung Land und Leuten Geldes benöthiget, daß er alsdann dieselbe (Herrn Brüdere, oder Vettern,) um ein Vorlehen anlangen, Sie auch Ihme, so vil eines jeden Gelegenheit alsdenn seyn und erleiden würde, gegen genugsame Versicherung, freund- und brüderlich willfahren sollen. „ Und von denen nachgebohrenen Herrn heißt es: „ Daß = = von einem jeden selbsten, was aufgegangen, oder er auch sonsten für Schulden jezo oder künfftig machen oder aufwenden würde, abgelegt und ausgezahlt werden soll. „

In

In dem Landtags-Abſchid de Anno 1629. würde bedungen: Daß das Cammer-Gut mit wenig oder vil Schulden nicht beſchweret, noch verſezet werden ſolle.

In dem Landtags-Abſchid de Anno 1652. iſt wieder ein Vergleich wegen der Fürſtlichen Schulden enthalten, des Innhalts: „Alſo wollen Wir auch, ohne äuſſerſte andringende Noth und Vorbewußt Unſerer Landſchafft des engeren Ausſchuſſes, Uns mit Schulden keineswegs weiter vertieffen, auch Unſere Poſterität getreulich dahin anweiſen, daß ſie ſich gleichergeſtalt davor hüten ſolle.„

In Herzog Eberhards III. Teſtament heißt es, bey Einſezung des Erſtgebohrenen Prinzens zum univerſal-Erben in Eigenthum und Lehen: „Deme hingegen auch, um ſolcher Succeßion und Rechtens willen, obgelegen, alle Zinſen, Gülten, Leibgeding, darum Land und Leut, Stätt und Aemter, auch Cammer-Gut, verſchrieben, als auch alle andere von den Vorfahren, regierenden Herzogen zu Würtemberg, glaubhaffte, noch ohnbezahlt hinterlaſſene, Schulden, ſo vil deren nicht allbereit entrichtet und abgethan, oder von Unſerer gehorſamſten getreuen Landſchafft zu bezahlen übernommen, oder auch Andere durch gewiſſe Vergleichungen und Handlungen zu bezahlen überwiſene, abzuſtatten.„ Und hernach: „Inſonderheit aber, ohne erforderende äuſſerſte Noth, ohne vorgehende Berathſchlagung und Mit-Einwilligung der Landſchafft, das Land und die Fürſtliche Cammer mit neuen Schulden, (es wäre dann, daß durch einige Aufnahm zu Vermehrung Unſerer Herzogthum und Landen neue Herrſchafften, Güter und Unterthanen erhandelt und beygebracht würden,) nicht beſchweren, oder beſchweren zu laſſen.„

Als Herzog Eberhard Ludwig einen groſſen Schuldenlaſt hinterlieſſe, und ich bey diſer Gelegenheit meine Meinung darüber entdecken mußte, gienge ein Stück davon dahin: Bey der Frage: Ob ein Succeſſor ſchuldig und gehalten ſeye, ſeines Anteceſſoris defuncti facta zu präſtiren und deſſen hinterlaſſene paſſiv-Schulden zu bezahlen? muß, wann man accurat in der Sache verfahren will, wohl unterſchiden werden, 1. was Juris communis ſeye, 2. was die Obſervanz der höchſten Reichs-Gerichte dißfalls mit ſich bringe, 3. wie die Sache nach denen Pactis einer Familie und des Landes Verträgen anzuſehen ſeye, und 4. was nach denen vorligenden Umſtänden conſilii & prudentiæ ſeyn möchte.

Den erſten Puncten anbelangend, nemlich: Ob und wie ferne ein Succeſſor illuſtris de Jure communi ſeines Anteceſſoris Facta

zu

zu präſtiren und deſſen Paſſiva zu bezahlen ſchuldig ſeye? ſo ſynd davon, wie ich ſchon gemeldet, verſchidene eigene, theils weitläuffige, Schrifften im Druck vorhanden, ohne derer vilen anderen zu gedencken, welche diſe Materie incidenter berühret haben, z. E. MYLERI *in Nomolog. Cap. 10.* biß 17. STRYCKII *de Jure allodial. Princip. Imper. Cap. 6.* KLOCKII *de Contribut. Cap. 8. n. 78. ſeqq. & 2. Conſ. 29. n. 133. Vol. 3. Conſ. 154. n. 34. 95. Conſ. 155. n. 114. ſeq.* STRUVII *in Synt. Jur. feud. Cap. 14. apb. 29.* BOEHMERI *in Conſultat. & Decis. Jur. Vol. 2. Part. 2. p. 188. 418. 421. 520.* RHETII *de transmiſſ. Territ. in bæred. Cap. 3. n. 18. ſeq. & ad 1. Feud. 3. n. 19. p. 189. ſeq.* LYNCKERI *Deciſ. 802.* HERTII *Reſponſ. Conſil. & Deduct. Tom. 1. p. 194.* SCHILTERI *ad Jus. Feud. Alem. C. 26. §. 11. & Inſtit. Jur. publ. Libr. 3. Tit. 1. §. 3.* LYNCKERI *de Libert. Stat. Imp. Sect. 2. §. 15. &c. &c.* Weilen aber ſo wenig in denen Reichs-Conſtitutionen, als dem Römiſchen Recht, diſer Caſus in terminis entſchiden iſt, noch ſich das, was die gemeine civil- und Lehen-Rechte von der Schuldigkeit eines Sohnes oder Lehenfolgers ſtatuiren, nur ſo auf die mit der Landeshoheit begabte Stände des Reichs appliciren läſſet; ſo iſt es auch darüber geſchehen, daß ſich die Rechts-Gelehrte über diſer Materie in ungemein vilerley Meinungen getheilet, je nachdeme einer vorgefaßte Opiniones im Kopf gehabt, oder die Sache eingeſehen, oder ſein oder ſeines Principalen, oder des ihne um Rath Fragenden, Intereſſe erforderet hat, diſer oder jener Meinung beyzupflichten. Doch kan man die meiſte diſer Meinungen unter drey Claſſen bringen: Einige abſolviren den Nachfolger völlig, die andere wollen denſelben abſolute condemniren, und die dritte wollen allerley Diſtinctiones beobachtet wiſſen: Ob nemlich der Succeſſor ein Sohn oder Agnat ſeye? ob er bloß in allodialibus, oder bloß in feudalibus, oder in beeden, ſuccedire? wann es Lehen ſeynd, ob es neuacquirirte oder alte Stam-Lehen ſeyen? ferner, ob er ex teſtamento oder ab inteſtato ſuccedire? ob er die allodial-Erbſchafft repudiirt, oder ſimplicitet, oder cum beneficio Inventarii, angetretten habe? ob der Anteceſſor in diſer oder jener Sach als Regent oder als Privatus gehandelt habe und zu conſideriren ſeye? ob verſio in rem erwiſen ſeye oder nicht? ob die abſolute Nothwendigkeit, oder ein wahrhafftig- oder anſcheinender Nutzen, oder der Splendeur des Hauſes, die gemachte Depenſes erforderet habe? oder ob ſelbige exceſſiv, und zu unnöthigen

und

und wohllüſtigen Ausgaben verwendet worden ſeyen? ob die ertheilte Privilegia exorbitant? ob die gegebene Lehen res infeudari ſolitæ geweſen oder nicht? und was 100. andere dergleichen Diſtinctionen mehr ſeynd. Doch da 1. das meiſte in allen ſolchen Caſibus von der Erörterung derer drey übrigen Fragen abhanget, 2. es alles auf die Meinung diſer oder jener privat-Scriptorum hinauslaufft, 3. faſt ſo vile Autores vor die eine als die andere Meinung aufzubringen wären, 4. das meiſte auf allgemeine Principia ankommt, welche gar leicht pro & contra appliciret werden können, dahero auch, 5. man adoptire welches Principium man wolle, dannoch niemand ſagen, vil weniger reſponſabel dafür ſeyn kan, ob und daß man damit hinauslangen werde, ſondern es auf einen bloſſen Hazard und Glück oder Unglück ankommt, wie, wann die Sache zur Contradiction, ad Proceſſum und es auf das Jus commune ankäme, dieſelbe von dem Richter angeſehen würde, und ob er diſer oder jener Meinung beypflichten wollte? ſo kan hier genug ſeyn, vorſtehendes davon angeführet zu haben. Kürzlich ſcheinet damit am beſten auszulangen, und es der Billigkeit am gemäſſeſten zu ſeyn, wann diſer Grund-Satz angenommen wird: In ſo ferne ein Nachfolger ſeinem Vorfahren in etwas ſuccediret, ſo er ihme per Teſtamentum hätte entziehen können, in ſo ferne (wann er zumalen die Erbſchafft unter ſolchem Beding angetretten hat,) iſt er ſchuldig, ſeine Facta zu præſtiren und ſeine Schulden zu bezahlen, es mögen hernach diſe von einer Art ſeyn wie ſie wollen: Wann aber ein Nachfolger ſeinem Vorfahren nur in ſolchen Gütern ꝛc. folget, welche diſer jenem weder entziehen noch ungebührlich beſchweren können; ſo iſt alsdann der Nachfolger ſeines Vorfahren Facta nur in ſo ferne zu præſtiren und ſeine Schulden in ſo ferne zu bezahlen gehalten, in ſo ferne der Vorfahrer, unpartheyiſcher Leute Erachten nach, die Pflichten eines guten Regenten beobachtet, oder auch etwa nur aus menſchlicher Schwachheit, nicht aber, dem Anſehen nach, aus Vorſatz gefehlet hat: Wie dann auch in dubio billig (vid. BOEHMER *l. ſupr. cit. p. 188.*) dafür zu halten, daß die Schulden intuitu Principatus & Dignitatis von dem Anteceſſore gemacht worden ſeyen: Alleine auch bey diſem Principio hat die Sache eben nicht in theſi groſſe, wohl aber in applicatione ad caſus præſentes, offt die allergröſte und faſt unüberwindliche Schwürigkeiten.

Die zweyte Frage anbelangend: Was die Obſervanz der höchſten Reichs-Gerichte diſſfalls mit ſich bringe? ſo hat zwar beſagter NUNNROOD *p. 184. ſeqq.* ſo wohl von dem Reichs-Hof-Rath als Cammer-Gericht durch einige beygebrachte Præjudicia darzuthun geſucht,

ſucht, daß bemeldte beede höchſte Reichs-Gerichte nur in dem Fall einen Succeſſorem zu Bezahlung ſeines Anteceſſoris Schulden angehalten haben, wann und wie ferne er ihme in Allodialibus, über welche er libere hätte diſponiren können, ſuccediret: Alleine, die Wahrheit zu geſtehen, es ſeynd ſolche angeführte Præjudicia nicht hinlänglich, diſen wichtigen Satz zu beſtärcken, indeme ihrer 1. gar wenige, 2. alle von Einem Hauſe, 3. theils ſehr dunckel ſeynd, und 4. die nöthige Acta darzu abgehen, aus denen man urtheilen könnte, wie ſich die Sache eigentlich in facto verhalten, ohne welches man unmöglich ſich auf ſolche Præjudicia verlaſſen kan; welches dann auch von dem von Herrn BOEHMER *in Conſult. & Deciſ. Jur. Vol. 1. Part. p. 421.* angeführten Caſu zu ſagen iſt, daß nemlich M. E. (vermuthlich von Oettingen,) zwar mehr als 100000. fl. Schulden hinterlaſſen, und doch habe deſſen Nachfolger, Graf N. W. ſo jure proprio ſuccedirt, ein Kayſerlich Abſolutorium erhalten. Der Cammer-Gerichts-Aſſeſſor Herr von LUDOLF ſchreibt zwar auch *in Symphor. Conſult. & Deciſ. forenſ. T. 1. p. 185.* Ego libenter quidem majorum judicio cedo, ſed tamen meam non poſſum diffiteri opinionem, quod in Succeſſione, quæ fit ex Jure Primogenituræ, Parentis ea poteſtas non ſit. Scio equidem, quæ de debitis contractis & obligatione Succeſſorum, cumprimis Filiorum, pro & contra tradant JCti, ITTERUS *de Feud. Imp. Cap. 18.* STRUV *Iur. Feud. Cap. 14. Aph. 29.* in Exegeſi aliique plures in utroque Autore allegati. In Primogenituræ Jure conſtituto, ſicut in Fideicommiſſo, non obligari Succeſſorem exiſtimo ad æs alienum Parentis, quod non ex neceſſitate contractum eſt & ad utilitatem, multo minus ad ratihabendam diſpoſitionem, qua reditus Succeſſoris in perpetuum minuuntur, non certe in levi quadam ſumma, ſed reditibus integræ Præfecturæ, qui ſane non ſunt mediocres. Hanc Quæſtionem alibi a me tractatam hic prolixius adducere ſupervacuum eſſe puto. Sufficiat hic allegare LYNCKERUM *Deciſ. 802.* Alleine 1. ſagt er ſelbſten, diſes ſeye nur ſeine privat-Meinung, und kan man alſo nicht darauf fußen, daß das ganze Cammer-Gericht ſolche adoptiren würde, 2. ſagt er dem Schein nach ganz das Gegentheil in eben diſem Werck *p. 581.* An Succeſſor Primogenitus ad ſolvendum æs alienum Defuncti obligetur? Reſp. Affirmando. Videatur LYNCKERUS *Deciſ. 102.* & quæ dicta ſunt de Conditione Territoriorum Imperii in Tract. *de Iure Fœm. Illuſtr. Sect. 2. Membr. 2. p. 198.* Der Herr von LUDEWIG *de Oblig. Succeſſ.* erzählet gleichfalls allerley

Exem-

Exempel, da in dergleichen Fällen von dem Cammer-Gericht und Reichs-Hof-Rath pro Succeſſore & contra illum geſprochen worden; contra, in Sachen der Brandenburgiſchen Creditorum contra **Brandenburg**, von Haus contra **Anſpach**, Annâ de Lavenna wider den Biſchoff von **Lüttich** und Pleumers Erben contra **Schauenburg**; pro, in Sachen Haller contra **Brandenburg**, Sachſen contra **Schwarzburg**, N. contra **Bayern**, Lützelburg contra **Baden** ꝛc. In denen von mir edirten 8. Tomis von Reichs-Hof-Raths-Concluſis finden ſich von denen Fürſtlichen Häuſern **Naſſau-Dillenburg**, **Heſſen-Homburg**, **Sachſen-Hildburghauſen**, **Sachſen-Weiſſenfels** ꝛc. gar vile Reichs-Hof-Raths-Concluſa, ſo das Debit-Weſen derſelben angehen; alleine es mangelt dannoch auch allda an genugſamer Actenmäßiger Nachricht, ohne welche man von ſolchen Præjudiciis nicht wohl urtheilen kan; doch iſt bedencklich, daß, ohnerachtet aus theils diſer Concluſorum ſelbſten erſichtlich iſt, daß vile der eingeklagten Schulden alte ererbte Schulden geweſen, man doch die geringſte Spuhr nicht findet, daß ein Unterſchid zwiſchen den Schulden wäre gemacht, vilmehr die beklagte Fürſten ſolche durch die Banck, (es hätten dann die Creditores ſelbſten gutwillig etwas nachgelaſſen,) zu bezahlen angehalten worden ſeynd. Ingleichem iſt noch erſt den 27. Aug. 1731. die Abbtißin zu **Gandersheim** condemnirt worden, denen von Schulenburg Krafft einer ihnen An. 1571. ertheilten Expectanz ein gewiſſes Lehen, cum fructibus à tempore litis conteſtatæ perceptis, abzutretten, wiewol mir wieder die eigentliche und völlige Beſchaffenheit der Sache übrigens unbekannt iſt. Ferner iſt der Herr Marckgraf Georg Wilhelm zu **Brandenburg-Bayreuth** condemnirt worden, eine von ſeinem Herrn Vater ausgeſtellte Donationem remuneratoriam zu agnoſciren, und der Herr Herzog zu Würtemberg hat den Herrn Marckgrafen ſelbſten darauf exequirt; ſo daß es faſt an deme iſt, was der Herr von Ludewig *in Præfat. Opuſc. p. 19.* von diſer Materie ſchreibt: Titubant, hæſitant variantque hic ſuprema etiam Imperii Tribunalia ſuntque multiplicia ſibique ipſis adverſa. Und in *Diſſ. de Oblig. Succeſſ. Cap. 7. §. 5.* ibi: Reſtant illi, qui ad obligandum ex facto Deceſſoris Succeſſorem extollunt Imperialium Curiarum Sententias atque Judicata, quibus ſtandum ſit hodieque: - - Verum opponemus nos Sententias Sententiis, judicatis judicata &c. Und wieder: Deinde in noſtro hoc argumento Sententiæ Camerales ſibi invicem ſunt adverſæ, ut adeo certum ſit, olim Aſſeſſoribus ea in cauſa non conſtitiſſe. Mithin iſt wenigſtens ſehr mißlich, es

auf Proceſſe bey denen höchſten Reichs-Gerichten in dergleichen Fällen ankommen zu laſſen, und könnte ich einem wenig gegründete Hoffnung machen, daß, wann die Sache nach denen principiis Juris communis und der praxi des Reichs-Hof-Raths tractiret würde, auſſer denen Fällen, wo der Anteceſſor, oder unter deſſen Nahmen Andere, gar zu exceſſiv weit gegangen, für den Succeſſorem würde geſprochen werden.

Die dritte Frag belangend: Wie die Sache nach denen Pactis Familiæ und Landes-Verträgen anzuſehen ſeye? ſo kommt villeicht viles darauf an; maſſen der Herr von LUDOLF *de Introd. Iuris Primogen. Part. Spec. §. 6. n. 9. p. m. 43.* ſagt: Pleræque de Imperii Feudis & Obligatione Succeſſorum controverſiæ ex Pactis Familiarum ſunt decidendæ. (Der Reſt meines Bedenckens tauget nicht für das Publicum.)

Herzog Carl Alexander zu Würtemberg diſponirte An. 1737. §. 3. 6. und 12. auch etwas wegen der Schulden.

Mehreres von Würtembergiſchen Schuldenſachen gibt **mein Tr. vom Reichsſtändiſchen Schuldenweſen** an die Hand.

§. 21.

Unbenahmſter Fall.

So iſt auch allda von einem mit Fleiß unbenahmſten Fall nachzuſehen.

§. 22.

Hohenzollern.

Die Hohenzolleriſche Erbeinigung von 1575. enthält einiges gegen das Schuldenmachen.

Der Fürſt zu Hohenzollern-Hechingen nahme dahero An. 1752. (1) den Recurs an den Reichsconvent, weil das Cammergericht ihne condemniret habe, eine gewiſſe An. 1617. gemachte Schuld an Yſenburg zu bezahlen, ohnerachtet ſelbige absque conſenſu Agnatorum contrahiret worden, ſo mit nach klarer Vorſchrifft der Hohenzolleriſchen Erbeinigung von 1575. an und vor ſich ſelbſten allſchon nichtig und krafftlos ſeye, und, gegen die von den Röm. Kayſern beſtättigte, durch die Reichsgeſeze, und beſonders die Kayſerl. Wahlcapitulation, corroborirte Erb- und Hausverträge, dem Hohenzolleriſchen Fideicommiß nicht aufgeladen werden könne, er, der Fürſt, auch, ohne an der allodial-Erbſchafft des angeblichen Debitoris einigen Theil zu haben, lediglich ex Pacto & Providentia Maiorum in die Succeſſionem Fideicommiſſi eintrette.

Yſenburg excipirte aber (2): Die Hohenzolleriſche Erbeinigung werde

(1) v. mein T. Staatsarch. 1753. 1. Band, 823. S.
(2) l. c. 2. Band, 455. S.

werde nicht durchlöchert, wann ein Sohn und Urenckel, seines Vaters und Urgroßvaters entlehnte Gelder zu bezahlen, schuldig erkannt werde: Die Hohenzollerische Erbeinigung fordere des Sohnes Consens zu des Vaters Aufnahm als kein wesentliches Stück, sondern nur der Agnaten Consens, wann dise zahlen sollen.

Bey dem Reichsconvent kame auch nichts weiter in der Sache vor.

Was in dem Pacto gentilitio zwischen Brandenburg und Hohenzollern de An. 1695. wegen der Hohenzollerischen Passivorum enthalten seye? sihe im T. Staator. *Tom. 17. p. 120.* und Anmerckungen darüber *ibid. p. 126.*

In dem neueren Pacto de An. 1707. §. 7. aber heißt es: „Demnach auch die in dem Pacto in fine §. 5. dem Durchlauchtigsten Hause Brandenburg von den Fürstlich Hohenzollerischen Häusern versprochene = = Specification der auf den Fürstlich-Hohenzollerischen Landen hafftenden paßiv-Schulden noch nicht extradiret worden; so wollen Se. F. Fürstl. D. Durchl. zu Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen möglichst daran seyn, damit in beederseitigen Archivis, (mit deren Wieder-Einrichtung man jezo würcklich beschäfftiget ist,) ungesaumt nachgesehen, und = = oberwehnte = = Specification - - Sr. Königlichen Maj. in forma authentica communiciret werde, und zwar um so mehr, als unterschidliche Umstände dermalen eine genaue und gründliche Information von allem disem erforderen. „

§. 23.

Graf Johann der ältere zu Nassau-Catzenelnbogen disponirte An. 1597. wegen seiner Schulden. Nassau.

Seine Söhne verglichen sich An. 1607. ebenfalls wegen der Schulden.

In der Nassau-Catzenelnbogischen Erb-Verein de eod. A. 1607. wurde beliebt: „Und dieweil Wir auch aus der täglichen Erfahrung gelernet, daß zu Zeiten, (wie dann dessen wohl frische Exempel, da nöthig, aus andern Familien anzuziehen wären,) etliche Agnaten, welche unser Herr Gott mit keinen mannlichen Kindern gesegnet gehabt, sich unterstanden haben, ihre Graf- und Herrschafften unter allerhand Schein mit unnöthigen Schulden zu beladen, und dasselbig aufgenommene Geld entweder übel zu verprassen, unnützen nichtswürdigen Leuten zu verschencken, oder in andere ihnen gefällige Wege zu verschwenden: Ob Wir wohl nun gar nicht hoffen wollen, daß jemand unter Uns oder Unsern Erben eines solchen Gemüths jezt oder ins künfftig seyn, sondern vilmehr

auf Unſer und Unſers löblichen Hauſes Naſſau-Catzenelnbogen ꝛc. Aufkommen zu ſehen, und daſſelbige, ſo vil an ihm, zu erheben und aufzubringen geneigt und gewillet ſeyn werde: Jedoch aber, und damit allem demjenigen, was diſer Unſer Erb-Verein zuwider in einigem Weg erdacht und vorgenommen werden möcht, ſo vil möglich, durch zeitigen Rath möge vorgekommen werden; ſo iſt, vor Uns, Unſern Pflegſohn, auch Unſere und Unſers Pflegſohns Erben, verglichen und vereiniget, daß ein ſolches keinem unter Uns und Unſern Erben ſoll paßiret und gut geheiſſen werden; ſondern, ſo bald man vermercken wird, daß der ein oder der ander übel hauſen und ſeine Sachen zum Verlauffen gerathen wollen, ſo ſoll derſelbige zuförderſt verwarnet und zu Red geſtellt werden, er auch von ſeinem Thun Rede und Antwort zu geben ſchuldig ſeyn, und, da er ſich deſſen verweigern wird, alsdann ipſo facto in die hierinn verordnete Straffe verfallen ſeyn, und gegen ihn anderſt nicht, als wie in nächſtvorhergehendem §. verabſcheidet und verglichen iſt, verfahren werden.„

Anno 1620. 21. 29. und 51. wurden fernere Vergleiche getroffen.

Von **Naſſau-Dillenburg.** und **Saarbrückiſchen** Schuldenſachen ſehe man **meinen Tr. von dem Reichsſtändiſch. Schuldenweſen.**

Als ſich der Fürſt Wilhelm Hyacinth zu N. Siegen um das Jahr 1709. über 1½. Jahre zu Regenſpurg aufhielte, wurde er ſeinem Wirth 11480. fl. ſchuldig; weil nun diſer zwar eine Kayſerliche Verordnung an die damalige Sequeſtrations-Commißion der N. Siegeniſchen Lande erhielte, ſolche aber ihn ad Concurſum Creditorum verweiſen wollte, ſo ſtellte der Wirth ſeinen Nothſtand dem Reichs-Convent in einem Memorial vor, und bate, ihme zu diſen Aliment-Geltern, durch eine an den Kayſer zu erlaſſende Interceſſion, behülfflich zu ſeyn; es floſſe auch würcklich in das den 19. Jun. 1709. in der N. Siegiſchen Sache erſtattete Reichs-Gutachten mit ein: Der Kayſer möchte den Fürſten in den Stand ſezen, damit Derſelbe die zu Regenſpurg zu ſeiner Subſiſtenz, vermöge der Beylage, aufgeloffene groſſe Koſten eheſtens gebührend abführen könne. Der weitere Erfolg aber iſt mir unbekannt.

* * *

Anno 1736. paciſcirten **Naſſau-Dillenburg** und **Weilburg**, auf den Fall des Abgangs der einen Linie, daß „6tens die bißher gemachte redliche und ohngefährliche Schulden zu übernehmen und abzutragen: Daferne aber von nun an neue Schulden gemacht werden möchten;

möchten; ſo ſoll der Agnat und künfftige Succeſſor der andern Linie ſolche zu zahlen nicht ſchuldig ſeyn, es ſeye dann, daß er darzu ſeinen Conſens ertheilt, welchen er, auf Erfordern, ohne rechtmäßige Urſachen nicht weigern kan. „ Dietz und Uſingen accedirten diſem Pacto ebenfalls.

§. 24.

In denen innerlichen Streitigkeiten zwiſchen denen Grafen von Oſtfrießland. Oſtfrießland wurde in dem Emdiſchen Executionsreceß von 1590. verſehen: „Der alten Schulden = = = halber = = haben ſich beyde Gräfliche Theile verheiſſen, zu ehiſter Gelegenheit, und, wo möglich, innerhalb Eines Monaths, einen allgemeinen Landtag zu halten, und in ſolchen Puncten, mit Rath und Zuthun Dero getreuen Landſchafft, Richtigkeit zu treffen: Die neue Schulden aber ſind, vermöge Abſchiedes, billig demjenigen, und einem jeden, der ſie gemacht, heimgewiſen; und ſind die Herrn Grafen auch dabey erinnert, dahin zu ſehen, und zu verhüten, daß an die Röm. Kayſerliche Majeſtät keine Klage deßwegen gelanget werden möge. „

Von des abgeſtorbenen Fürſtlichen Hauſes Oſtfrießland hinterlaſſenen Schulden aber ſehe man den cit. Tr. von dem Schuldenweſen der weltl. R. Stände.

§. 25.

Anno 1701. verglichen ſich Salm und die Rheingrafen we- Salm. gen der Kyrburgiſchen Succeßion: „6. So vil die paßiv-Schulden belanget, ſollen ſelbige, ſo vil diſen drey Häuſern pro rata zukommen, wie die Lande, auch in drey gleiche Theile getheilet werden. 7. Die Renten und Gefälle an Geld, Früchten und andern, ſo wohl von laufenden Jahren, als was die Rückſtände betrifft, ſollen zur gemeinſchafftlichen Schulden-Zahlung angewendet = = werden. „

Anno 1723. 9. Mart. ergiengen am Cammer-Gericht diſe Urtheile: „In Sachen Herrn Carl, Wild- und Rheingrafen zu Dhaun, wider Herrn Ludwig Otto, Fürſten zu Salm und Conſorten, Citationis ad videndum ſe condemnari, Juri communi & initis Pactis conformiter, ad reſp. reſtituendum pro Rata, plenarie indemniſandum, ac ſuſcipiendum & liberandum vel dimittendum portionem hæreditariam Kyrburgenſem: Iſt die von Lt. Steinhauſen und Dr. Schmid fürgewandte Exceptio Fori non competentis hiemit verworffen, darauf allem Vor- und Anbringen nach in der Haupt-Sache zu Recht erkannt: Daß die Herrn Beklagte nach Proportion ihres Kyrburgiſchen Erbtheils den Herrn Klägern nicht nur an der würck-

würcklich bezahlten Spina- oder Clappmeyerischen Schuld zu indemnisiren, und die von Zeit beschehener Bezahlung verfallene Reichsübliche Interessen zu entrichten, sondern auch die übrige noch zu bezahlen stehende, und propter Jus reale dem Rheingräflichen Hause Dhaun zur Last fallende, Kyrburgische Passiva pro Rata zu übernehmen schuldig und dazu zu verdammen seyen, etc. „

In Sachen ⁂ ist die durch Dr. Hofmann Seniorem eingewandte Exceptio Fori non competentis hiemit verworffen, darauf und allem Vorbringen nach in der Haupt-Sache zu Recht erkannt: Daß der Herr Beklagte, falls er zu dem über die Kyrburgische Passiva errichteten so genannten Schulden-Etat sich nicht freywillig einverstehen wolle, nach Proportion seines Erbtheils, an allen von Herrn Klägern würcklich bezahlten, oder noch künfftig zu zahlen habenden, Kyrburgischen Passiv-Schulden zu concurriren, nebst denen à tempore moræ verfallenen Reichs-üblichen Zinsen den Herrn Klägern pro Rata zu indemnisiren, schuldig und gehalten seye, etc. „

§. 26.

Schwarzburg. In Sachen: Sachsen contra Schwarzburg solle pro Successore gesprochen worden seyn.

In der Schwarzburgischen Erb-Theilung de An. 1671. heißt es, daß der Kayser Jahrs zuvor durch seine Räthe zwischen denen Grafen Günther, Hans Günther und Albrecht, an einem, und Graf Wilhelm am andern Theil, zwey Recesse aufrichten lassen, unter anderen des Innhalts, welcher gestalt die Schuld-Last erblich getheilt werden solle? Ferner wurde zwischen denen Grafen von Schwarzburg Anno 1571. recessiert: „Da ein Herr um Bezahlung oder Ablegung willen Schulden, die ihme in der Schuld-Theilung zugefallen, eine oder mehr Summa Gelds erborgen, und auf ein Amt, Statt, Fleck, Dorff, Furwerg, oder ein ander Stück Guts, Versicherung thun müßte; so sollen ihn die andern Herrn daran nicht hindern, sondern ihren Consens alsbald, oder zum längsten in einem Monath, dazu geben, wo Ihr Gnaden das Geld selbsten nicht darstrecken wollten. „

Anno 1584. verglichen sie sich weiter: So auch An. 1610. und 1631.

§. 27.

Bentheim. Die Grafen Johann Adolf und Friderich Moriz zu Bentheim paciscirten Anno 1681. in ihrem Interims-Theilungs-Receß: „Dann ist auch verabscheidet, daß ein jeder die Väterliche Schulden,

den, ſo auf denen ihme zugefallenen Graf- und Herrſchafften ſtehen, daraus verzinſen und bezahlen laſſen, ſelbſtgemachte Schulden aber ſelbſt auch vor ſich bezahlen, und den andern, wann Immiſſiones und Arreſta deßwegen vorgehen ſollten, allerdings ſchadlos halten; zu welchem Ende dann auch der Schulden halben fürderſamſt Information genommen und eine Erbtheilung gemacht werden ſolle. „

§. 28.

Was Anno 1727. vom Reichs-Hofrath wegen des Gräflich-Berlepſchiſchen Schuldenweſens geſchloſſen worden iſt, ſiehe im St. Recht. *Tom. 4. p. 390.* Berlepſch.

§. 29.

In dem Caſtelliſchen Erbvertrag de Anno 1560. wurde beliebt: „ Es ſoll kein Graf mehr über 3000. fl. ohne Verwilligung der andern, auf ſein Theil der Grafſchafft und Wertheimiſchen Erbſchafft entlehnen; es wäre dann = = zur Ausſteuer der eheleiblichen Töchtern, oder zu wiſſentlicher Abzahlung der jezigen Schulden, ſo auf der Grafſchafft ſtehen. „ Caſtell.

§. 30.

In dem Erbachiſchen Vergleich von 1530. heißt es: „ Als = = Vellten Herr zu Erpach = = abgeſtorben, = = und hinter ihme nichts dann Stamm- und Mannlehen, ohn einig erblichen Eigenthum oder Pfandſchafft, darzu etliche Schulden, verlaſſen, daß Uns die Schulden vom Stamm- und Mannlehen zu bezahlen beſchwerlich. „ Erbach.

Eine wahrſcheinlich das Haus Erbach betreffende, beym Reichs-Hofrath abgelegte Relation, und An. 1744. 10. ergangene Urtheil, wodurch der beklagte Gräfliche Theil, als Succeſſor univerſalis, angehalten worden iſt, eine Wechſelſchuld von 25020. fl. zu bezahlen, findet man bey dem Freyherrn von CRAMER. (1)

Vil anderes von Erbachiſchen Debitſachen ſiehe in dem Tr. von dem Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

§. 31.

Von Fuggeriſchen Schuldenſachen ſiehe l. c. Fugger.

§. 32.

Hanauiſche Diſpoſitionen und Verträge von 1641. und 1652. finden ſich in dem T. Staatsrecht. Hanau.

Anno

(1) Opuſc. Tom. 4. p. 404.

Anno 1687. 7. Jul. ergienge beym Cammer-Gericht diſe Urthel: „ In Sachen Vorſtehern der armen beeden Hochteutſchen und Niderländiſchen Gemeinden zu Franckenthal, Klägern, wider weyland Herrn Friderich Caſimirn, jezo Herrn Philipp Reinharden, Grafen zu Hanau, Beklagten, reſcripti Mandati de ſolvendo, vel dimittendo hypothecam S. C. iſt in puncto dicti Mandati de dimittendo hypothecam erkennet, daß angeregtes Mandatum zu caßiren und aufzuheben ſeye; = = = So vil aber berührtes Mandatum de ſolvendo betrifft, iſt von Amts-wegen der Beſcheid: Wofern D. Ziegler ſein Angeben, daß vorgemeldter Herr Beklagter des leztverſtorbenen Herrn Grafen, oder der weyland contrahirenden Gräflichen Gebrüdern, Erbe worden, oder ſonſten zur Zahlung verbunden ſeye, der Gebühr Rechtens beſcheinen wird, wozu ihme Zeit 3. Monathen pro termino & prorogatione angeſezet, daß ſolches gehöret werden, und, auf ferner Anruffen, alsdann in der Sachen ergehen ſolle, was Recht iſt. „

Anno 1695. 25. Oct. aber wurde in einer Cameral-Urtheil unter anderem erkannt: „ In Sachen weyland Annä Magdalenä, Pfalzgräfin bey Rhein und Conſorten, als weyland Herrn Johann Reinhards, Grafen zu Hanau, hinterlaſſener Kinder Vormunder, jezo Herrn Philipps Reinharden, Grafen zu Hanau, Klägern, wider Ludwig Wilhelmen von Stauff und weyland Philipps Kolben ſämtliche Erben, in Actis benannt, Beklagte, Citationis ad domum & per Edictum, ad videndum vindicari Bona Fideicommiſſo gravata; iſt allem Vorbringen nach zu Recht erkannt: = = Wofern gedachte Kolbiſche Erben weyl. Herrn Albrechten, wie auch weyl. Herrn Friderich Caſimir, allerſeits Grafen zu Hanau, nachgelaſſene allodial-Erben in diſer Schuldſachen = = der Perſönalſprüch und Forderung zu erlaſſen nicht gemeinet, iſt ihnen, ſolches gehörliger Ordnung vorzubringen, und der Gebühr Rechtens auszuführen, ohnbenommen, ſondern vorbehalten. „

Joh. Dan. Beydal klagte beym Cammer-Gericht gegen Grafen Philipp Reinharden zu Hanau wegen 2000. fl. ſo Graf Philipp Ludwig Anno 1599. aufgenommen und den Flecken Hochſtatt dafür verſchriben hatte. Der Graf excipirte unter anderem: Daß er ein bloſſer Majorats- und Fideicommiſs-Succeſſor ſeye, welcher weder des erſten Debitoris, noch des lezten Majorats-Beſizers, Erbe worden ſeye, ſondern dem primo Acquirenti jure proprio ſuccediret habe, mithin ſeye er an ſeines Prædeceſſoris, der denen Pactis Fami-

Familiæ zuwider gehandelt habe, Facta nicht gebunden, noch deſſen Schulden zu zahlen verpflichtet. Die Beydaliſche Wittwe fragte hierüber 1. bey der Juriſten-Facultät zu Maynz an: Diſe antwortete: Der jezige Graf müſſe zahlen: Die Juriſten-Facultät zu Tübingen ſtimmte diſem Reſponſo bey; und die Juriſten-Facultät zu Marburg oder Gieſſen accedirte beeden vorigen: Hanau lieſſe aber diſe drey Conſilia widerlegen; worauf die Tübingiſche Rechtsgelehrte replicirten; Hanau hingegen duplicirte.

Der Ausgang diſes Streits iſt mir unbekannt. Vil mehreres davon findet ſich in meinem teutſchen Staatsrecht.

§. 33.

Von Hohen-Embs ſehe man den cit. Tr. von dem Reichs-ſtändiſchen Schuldenweſen. Hohenems.

§. 34.

Von Hohenlohe theile ich forderiſt diſes Reichs-Hofraths-Concluſum mit: Hohenlohe.

22. Nov. 1636.

Zu Hohenlohe Graf Crafft ſub pr. 14. Octobr. die Hohenloiſche geſamte Schulden betr. petit Commiſſionem auf Herrn Biſchoff zu Wormbs vnd Landgraf Geörgen zu Heſſen, ſamt vnd ſonders, ſeinen Brudern Geörg Friderichen vnd Langenburgiſche Hohenlohiſche Regierungs-Räthe für ſich zu beſchaiden, die Güte zu tentiren, auch die Weickersheimiſche vnd Langenburgiſche Linien dahin zu halten, damit ſie ihne Supplicanten wegen der an geſambten Schulden gezahlten Poſten nicht allein quittiren, ſondern auch in andern auf der Grafſchafft haffenden Capitalien der Gebühr vertretten, vnd deswegen caviren, ingleichen in Entſtehung der Güte die Herrn Commiſſarii cum Voto referiren ſollen. Apponit copiam laudi Cameralis.

Decernatur Commiſſio petito modo & moneatur Fiſcalis, daß er bey ſolcher Commißion die Jura Fiſci reſpectu Graf Geörg Fridrichens in Obacht nehmen wolle.

Im 17den Seculo hatten die Neuenſtein- und Langenburgiſche Linien lange Jahr wegen der gemeinen Stamm- und altväterlichen Linien Schulden, inſonderheit der Weickersheimiſchen Schuldenlaſt, groſſe Spänn und Irrungen, darinn der Reichs-Hofrath unterſchidliche Urthel und Reſcripta ergehen, auch vilerley Commißionen anordnen laſſen; wie dann in ſpecie Anno 1684. 14. Jul. denen

Craysausschreibenden Fürsten in Francken aufgetragen wurde, daß, weilen diſes Schuldenwerck bloß in puncto Liquidationis haffte, ſie ſelbe von Puncten zu Puncten unterſuchen laſſen, nach deren Befindung jedem Theil zum Vergleich zuſprechen, und, in Entſtehung der Güte, wie ſich die Liquidation befunden, mit räthlichem Gutachten an den Kayſer zu deſſen ferneren Verordnung überſchreiben ſollten.

Nachdeme man nun zu denen Tractaten coram Commiſſione geſchritten, und mit denen Liquidationen hinc inde verfahren, hielte die Commißion dafür, daß ein Hauptvergleich wegen des altväterlichen Schulden-Wercks, und inſonderheit der Weickersheimiſchen Schulden-Tertz, am füglichſten zu erhalten, wann die Sach per Bauſch tractiret und die beede Gräfliche Intereſſenten durch gütliche Transaction aus einander geſezet würden; zu ſolchem Ende iſt das zu Anfang der Tractaten determinirte Quantum der altväterlich- und gemeinen Schulden-Maſſæ, beſag einer ſolcher geſtalt und ſo wohl von der Kayſerlichen Subdelegation, als beeden intereßirten Gräfl. Theilen, ſubſcribirt- und beſiaelten Beylag, auf 756026. fl. geſtellet worden, und ſolchemnach jedem Theil 252008. fl. zu einer Tertz ausgeworffen, auch darauf, nach verſchidener gepflogener Handlung, und der Commiſſariorum ſubdelegirten Räthen Zureden und Interpoſition, zu Wiederreſtabilirung der eine Zeit hero zwiſchen beeden Gräflichen intereßirten Theilen unterbrochenen Freund-Vetterlichen Intelligenz und Wohlvernehmens, die Sache dahin gediehen, und in Conformität der Kayſerlichen Intention, in der Güte tranſigiret und verglichen worden, wie im T. Staatsrecht mit mehrerem zu ſehen iſt.

Diſer Vergleich wurde von dem Fränckiſchen Craysausſchreib-Amt 16. (26.) Febr. 1685. confirmirt und garantirt.

Anno 1686. 4. (14.) Aug. wurde wegen des Compromiſſi ein neuer Receß errichtet: Es entſtunden aber doch hernach, ehe das Compromiß ſeine völlige Würckung erreichte, vile neue Verdrießlichkeiten, welche zu gedruckten Schrifften Anlaß gaben; und ich weiß nicht zu ſagen, wie die Sache endlich ausgegangen iſt.

§. 35.

Königseck. Die damalige Freyherrn von **Königseck** paciſcirten An. 1558. „Ferners iſt auch unter Uns abgeredt und beſchloſſen, ſezen und ordnen derowegen, für Uns, Unſere Erben und Nachkommen, daß weder

weder Wir noch ſie hinfüran nimmermehr und gegen niemanden, wer der ſey, in einige Verbürg- oder Gewehrſchafft oder Aufbringung über 1000. Gülden Gelds, zugleich auch, da unter Uns drey weltlichen Gebrüdern einem oder mehr ein Nothfall, Geld aufzunehmen, zuſtünde, einige Güter ohne der andern weltlichen Brüdern und Agnaten Bewilligung und Zulaſſung, verſchreiben, noch begeben ſollen: Da auch ſolches hierwider beſchähe; ſo ſollen doch ſolche Verſchreibungen, Gewalt, oder Bürgſchafft, an ihm ſelbſt krafftlos und nichtig ſeyn.„

Graf Haugens Diſpoſition, ingleichem einen Vertrag von 1708. findet man in dem T. Staatsrecht.

§. 36.

Von Leiningiſchen Debitſachen ertheilet der Tr. vom Reichsſtändiſchen Schuldenweſen Nachricht. Leiningen.

§. 37.

Leiningen-Weſterburgiſche Verträge in Schuldenſachen von 1598. und 1705. habe ich in dem T. Staatsrecht *Tom. 24. p.* 73. angeführt. Leiningen-Weſterburg.

Reichsgerichtliche Handlungen von Leiningen-Weſterburgiſchen Schulden ſehe man in dem Tr. von dem Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

§. 38 a.

Grafens Friderich Ernſtens von Welz hinterlaſſener zwey Töchtern, (welche Mit-Erbinnen an denen Gräflich Limburgiſchen Landen ſeynd,) Vormunder erlangte am Cammer-Gericht wider ſamtliche mit Hypothequen auf dem Gräflich-Schönburgiſchen Antheil an der Grafſchafft Limburg-Schmiedefeld und Sontheim verſehene Creditores eine Edictal-Citation ad exhibendum Chirographa, ſub pœna perpetui ſilentii, & videndum, declarari paſſus in illis de Hypotheca in Terras Limburgico-Schœnburgenſes prætenſe conſtituta obvenientes pro nullis ac invalidis. Limburg.

§. 38 b.

Graf Simon zur Lippe diſponirte Anno 1597. „Was Wir an Schulden und Unſchulden hinter Uns unverrichtet laſſen werden, ſoll auch auch alles in zwey Theil ausgeſezet werden, davon Bernhard der regierende Herr die Helffte, Simon, Otto und Hermann zuſamt die übrige Helffte, zu tragen und abzulegen zugleich ſchuldig ſeyn ſollen.„ Lippe.

Anno 1616. aber verglichen ſich ſeine Söhne, wie im Staatsrecht *Tom. 14. p. 270.* zu ſehen iſt, und Anno 1621. wie *l. c. p.* 272. geleſen werden kan.

Einen Lippiſchen Familien-Vertrag aber wegen der nachgebohrenen Herrn Schulden ſiehe *Tom. 13. p. 272.*

§. 39.

Löwenſtein. In dem Löwenſteiniſchen Statuto gentilitio de An. 1597. iſt nicht nur verboten, übermäſſige Schulden zu machen, ſondern es muß auch dagegen befohlen ſeyn, daß die Agnaten es hintertreiben ſollen; wie ſich dann Graf Eucharius Caſimir An. 1691. ausdrücklich darauf verpflichtete.

Anno 1715. wurde beym Cammer-Gericht Graf Wilhelm Friderich zu Löwenſtein unter anderem zu zulänglicher Abtilgung der per Transactionem übernommenen brüderlichen Schulden condemnirt, und Anno 1716. wurde er weiter verbunden, annehmliche Bürgſchafft zu leiſten, daß er in denen noch übrigen Receß-Jahren nicht allein die particular-brüderliche, ſondern auch die $\frac{2}{3}$ im brüderlichen Receß übernommene alſo genannte Graf Caſimiriſche Schulden, ſo vil davon annoch ohnbezahlt ſeye, völlig abführen wolle: Als er aber deme nicht nachkame, wurde der Receß caßirt, ſein Bruder Ludwig Moritz dagegen in integrum reſtituirt, zugleich aber auch verbunden, ſo vil von ſolchen Schulden ohnbezahlt, pro rata temporis abzuführen und ſeinen Bruder hierinn zu indemniſiren.

Um das Jahr 1744. (1) klagten des regierenden Fürſten Carls zu Löwenſtein Brüdere gegen beſagten ihren älteſten Bruder, daß er in ſeinen wenigen Regierungs-Jahren nicht nur alle Activa durchgebracht, ſondern auch über 300000. fl. Schulden gemacht, und bereits das Tafelſilber à 791. Marck verſezet habe, ſo daß in wenigen Jahren, wann es ſo fortgehe, der totale und irreparable Verfall des Hauſes unausbleiblich ſeye; das Großväterliche Teſtament und die darauf, tanquam lapidem angularem, ſich gründende väterliche Diſpoſition enthielten ſehr ausdrücklich: Daß kein Succeſſor ohne die äuſſerſte Noth mehr als 4000. fl. ſollte aufnehmen können, und zwar mit Conſens der Brüder oder Agnaten, und unter der Clauſula commiſſoria, daß widrigen Falles der Primogenitus ſeines Erbrechts dadurch gänzlich verluſtigt und die Brüder berechtigt ſeyn ſollten, jenen ipſo facto zu depoſſeſſioniren: Wogegen aber der Fürſt allerley einwandte.

Der

(1) ſ. Select. Jur. publ. 13. Theil, S. 376.

Der Reichs-Hofrath erkannte eine Unterſuchungs-Commiſſion auf Chur-Maynz und Würzburg, welche aber der Fürſt nicht erkennen wollte. Der weitere Verlauf der Sache iſt mir unbekannt. add. der Tr. vom Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

§. 40.

Beym LÜNIG (1) kan man einen Abſchid leſen, welcher An. 1539. durch Chur-Maynziſche, Erzbiſchöfflich Magdeburgiſche, Biſchofflich Halberſtattiſche und Fürſtlich Sächſiſche Räthe und Commiſſarien zwiſchen Graf Gerharden zu Mannsfeld und ſeinen Creditoren getroffen worden, wodurch er diſen die Nuzungen ſeiner Landesportion abgetretten hat. Mannsfeld.

Einen anderen ſolchen Vergleich de Anno 1548. zwiſchen denen Grafen Gebhard, Hanns Georg und Hanns Albrecht zu Mannsfeld einer- und einem Theil von Graf Albrechts Gläubigern anderer Seits, ſiehe auch allda. (2)

Anno 1570. wurde durch Chur-Sachſen, Magdeburg und Halberſtatt, zwiſchen ſamtlichen Grafen und ihren Creditoren ein Vertrag gemacht, mittelſt deſſen die Grafſchafft in die noch daurende Sequeſtration derer Lehenherrn gerathen iſt. Diſer Receß erläutert die Materie vom Schuldenweſen in vilen Stücken, iſt aber hieher vil zu weitläufftig. Anno 1571. wurde ein neuer weitläufftiger Vertrag in eodem gemacht; An. 1573. wurde zwiſchen denen Grafen und ihren Gläubigern abermals ein Abſchid errichtet; Anno 1574. geſchahe ein gleiches; An. 1585. ebenfalls; An. 1588. auch.

An unten (3) bemeldtem Ort ſchreibt ein alter Cameraliſt: „Nun weiß ich mich eines gar gleichmäßigen Falls über weyl. Graf G. von M. hinterlaſſene Güter zu erinnern, indeme die jezige Grafen von M. die Lehen eingezogen, aber, als darunter das Eigenthum durcheinander vermengt und die Eigenthums-Erben ihnen die Bezahlung der gemachten Schulden, ſo ſich auf die anderthalb Tonnen Goldes angelauffen, ſo dann 40000. fl. gegen Abtrettung bemeldtes Eigenthums ihnen herauszugeben, angemuthet, welches aber ſie vor übermäßig gehalten, hat ſich begeben, das, nach zerſchlagener Güte, beſagte Lehensfolgere allhier Separationem Bonorum gegen den Eigenthumserben geſucht, ſo dann wider die Creditores Citationem per

(1) in ſeinem R. Archiv Part. ſpec. Cont. II. unter Graf. und Herrn p. 577.
(2) Im Spicil. ſecul. p. 565.
(3) vid. Seleciſſ. Jur. Reſpons. à J. F. HOFFMANNO edit. p. m. 90.

per Edictum ad impoſitionem perpetui ſilentii erhalten. Als nun die Eigenthumerben ſolches erſt geſpührt, haben ſie den Lehenfolgern neben dem Schuldenlaſt die eigenthumliche Güter lediglich und umſonſt abgetretten. „ Ob nun ſolches nicht auch die Grafen von Mannsfeld angehe? laſſe ich dahin geſtellt ſeyn.

§. 41.

Montfort. Viles von Montfortiſchen Debitſachen gibt mein Tr. vom Reichsſtändiſchen Schuldenweſen an die Hand.

§. 42.

Oettingen. Von Oettingen will ich, auſſer dem in dem allererſt angeführten Tractat gemeldeten, noch folgendes beyfügen.

Der Graf von Oettingen-Baldern bekame Anno 1719. auf ſeine beſchehene Anfrage: Ob ein Succeſſor, der nicht als Hæres ſeines Vatern, ſondern proprio Jure & ex pacto & providentia Majorum, ſuccedirt, von dergleichen Gütern diejenige Debita, welche ſeine Anteceſſores gemacht, zu entrichten ſchuldig ſeyen? von Herrn Canzler BOEHMERN zur Antwort (1): Er ſeye der rechtlichen Meinung, daß ein ſolcher Succeſſor, von dergleichen Gütern ſeines Anteceſſoris Debita zu entrichten, nicht verbunden ſeye.

In der Oettingen-Wallerſteiniſchen, vom Kayſer An. 1766. 18. Febr. confirmirten, Primogenitur-Diſpoſition ware Art. 2. und 12. etwas von denen nachlaſſenden Schulden eines Primogeniti enthalten, welches aber der Kayſer nicht genehmigte, ſondern ſich die jederzeitige Erkenntniß darinn vorbehielte: Ferner wurde ausführlich verordnet (2), wie es mit denen bey Abſterben eines Erſtgebohrenen verpfändeten Mobilien an Silber, Jubelen, oder Spizen, ſolle gehalten werden.

§. 43.

Plettenberg. Von Plettenbergiſchen Debit-Sachen ſehe man abermalen meinen Tr. vom Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

§. 44.

Pückler. So auch von Gräflich-Pückleriſchen;

§. 45.

Reichs-Erb-Truchſeſſen. Ingleichem von Reichs-Erb-Truchſeſiſchen.

§. 46.

(1) vid. ſeine Conſult. & Deciſ. Vol. 1. Part. 2. p. 421.
(2) ſ. mein R. Staatshandbuch, 2. Theil, S. 361.

§. 46.

Von einem in dem Gräflich-Reußischen Hause entstandenen Fall wegen Concurrenz des nachgebohrenen Herrn zu Väterlichen Passivis siehe an unten (1) angezeigtem Ort. Reuß.

§. 47.

Von Rheingräflichen Concurs-Sachen ertheilet offtangeführter Tr. vom Reichsständischen Schuldenwesen Nachricht. Rheingrafen.

Nach Abgang der Rheingräflich-Dhaunischen Linie entstunde die Frage: Wer der Rheingrafen Christian Otto und Johann Friderich zu Dhaun hinterlassene Schulden bezahlen müsse? Der Göttingischen Juristen-Facultät rechtliches Gutachten darüber ist bey Herrn Geh. Just. Rath PÜTTER (2) zu lesen. Er fasset die Hauptsäze desselbigen also zusammen: 1. Agnatus, Successor in Feudo, non simul in Allodio, ea solum Anteçessoris debita suscipit, quæ Feudo inhærent, aut quæ illo consentiente facta sunt. 2. Ex universali Familiarum illustrium observantia impensæ in funus Prædecessoris in aulicum instructum erogandæ, nec non Laudemium & Dotationes, è fructibus Feudi præstari debent; aut, si æs alienum eam in rem est contractum, illud Agnatus, in Feudo Successor, non, nisi prius excusso Allodio, solvere obligatur. 3. Nec in Familia Wild- & Rhingraviorum observantia in contrarium doceri potest. 4. Exstinctis Lineæ masculis & pluribus Hæredibus allodialibus in diversarum Stirpium Allodiis succedentibus, ii soli Debita allodialia solvere tenentur, qui ei Stirpi, in qua Debita sunt contracta, succedunt.

§. 48.

In Sachen: Pleumers Erben contra Schaumburg solle der Successor zu Bezahlung der Schulden condemniret worden seyn: Schaumburg.

Der Herr von LUDEWIG schreibt auch: Schaumburgenses Comites, licet Successores Agnatos, ad æs alienum à Defuncto contractum condemnavit Curia Imperialis, ex rationibus, quas habet KLOCKIUS *Tom. 3. Conf. 154. n. 119. p. 595.*

§. 49.

Von Schönbornischen Schulden- und Güteradministrations-Sachen Schönborn.

(1) in den Consil. Halens. Tom. 2. Lib. 2. p. 1902.
(2) in seiner auserl. Rechtsfäll. 1. Band, S. 486.

Sachen ſchlage man in dem Tr. von dem Reichsſtändiſchen Schuldenweſen nach.

§. 50.

Solms. In der Solmſiſchen Erb-Einigung de An. 1578. lautet es: „Im Fall auch einer in Unſerm Geſchlecht, ein Graf zu Solms, der hätte ehliche Leibes-Erben oder nicht, ſeine Graf-Herrſchafften, Güter, Zinſen, Renten und Gefälle, zum Nachtheil ſeiner Kinder oder Agnaten, mit vorſezlichen unnöthigen Schulden, oder andern wegen, zum Theil oder gänzlich beſchweren, veräuſſern, oder in Abgang gefährlicher Weiſe kommen laſſen wollte, darum ſollen ihn ſeine Vettern und Verwandten in der Güte zu beſprechen und zu verwarnen haben, und, im Fall ſolches nicht ſtatt finden würde, obgeſetzter maſſen mit demſelben für Freunden vorkommen, und ſich beſcheiden laſſen, auch der Freunde Spruch in alle Wege geleben, ſich ſolchen Beſcheid und Erkenntniß, weder für ſich ſelbſten, noch mit Rath und Hülffe gleiches oder höheres Standes Perſonen, noch männiglichen, weder mit Worten noch mit Wercken, nicht widerſezen, bey Verluſt des beſchuldigten Theils guten Nahmens, auch aller ſeiner ligenden und beweglichen Gütern, Landen, Leuten, Zins und Renthen, welche die Agnaten zum Beſten des ungehorſamen Grafens Kindern, oder, da deren nicht wären, den Brüdern oder Vettern, einzuziehen und zu ſich zu nehmen, auch zu behalten, Macht haben ſollen, biß ſo lang der Ungehorſame oder verthunlichen Weſens Beſchuldigte ſich gnugſam zur Beſſerung erkläret und gegen ſeine Brüder und Vettern verſöhnet hat; doch den nächſten Agnaten und Erben in ſolcher Occupation ihr Recht vorbehalten: Da auch Unſer, der Grafen zu Solms, einer oder mehr für andere Bürge zu werden, angelanget würden, auf daß er oder ſie dann hinkünfftig ſich anderer Leute halben deſto baß für Schaden verwarnen und hüten mögen, ſoll der- oder dieſelben, ſo zu Bürgen angeſprochen, daß ihnen Krafft Unſerer habenden Einigung Bürge zu werden nicht gebühre, zur Entſchuldigung vorzuwenden, aber gleichwohl mit aller Grafen zu Solms, ſo nicht in unmündigen Jahren, ſonderlich deren, welche in der Regierung ſeyn, Rath zu handeln, Macht haben; es wäre dann die Summa ſo gering, oder ſonſt die Umſtände dermaſſen beſchaffen, daß der Grafſchafft keine Beſchwerung oder Nachtheil daraus zu beſorgen. „

Alles von Solmſiſchen Debitſachen findet man in dem offtangeführten Tr. vom Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

* * *

Anno 1724. entſtunde im Hauſe Solms-Laubach die Frage: Ob

Ob der Rückſtand von Beſoldungen an die Bediente inter nomina paſſiva zu rechnen ſeye? Die JCti zu Halle antworteten (1): Es ſeye der Rückſtand der Beſoldung inter nomina paſſiva gehörig, folglich von denen Hæredibus, ohne den Regentem ein mehrers zu beſchweren, zu entrichten.

§. 51.

Graf Eberhard zu Königſtein ſetzte ſeiner Schweſter Sohn, Graf Ludwigen zu Stollberg, zum Erben ein, und ſubſtituirte ihm ſeinen Bruder, Graf Chriſtophen. Graf Ludwig entlehnte bey gewiſſen Perſonen 1000. fl. und verſchriebe ihnen dafür die Kellerey Königſtein. Als nun Graf Chriſtoph ſeinem Bruder ſuccedirte, wollte er an diſe Schuld nicht gehalten ſeyn: Ein hierüber conſulirter JCtus antwortete: ad Qu. Ob ſolche Verſchreibung auch den Succeſſorem obligire? Nein. Stollberg.

Noch einiges von Stolbergiſchen Schuldenſachen ſehe man in dem cit. Tr. vom Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

Bey Herrn Geh. Juſt. Rath Pütter (2) befindet ſich diſer Fall: Hat in einem alt-Reichsgräflichen Hauſe, (deſſen Lande in nichts anders als Stammgütern beſtehen, welcher halben von alten Zeiten her diſponiret geweſen, daß dieſelbe bey dem Stamme bleiben ſollen, daher die Töchter bey ihrer Vermählung auf die Lande Verzicht thun müſſen,) noch zu Ende des vorigen Jahrhunderts der Graf Titius ein Teſtament gemacht, und darinn folgendes geordnet: „2. Was die nomina paſſiva und Schulden anbetrifft, welche Wir, oder Unſere Vorfahren, contrahiret und hinterlaſſen, ſolche ſoll, bey allen und jeden Fällen ohne Unterſchid, in ſo weit Unſer Haus ſie zu agnoſciren ſchuldig, Unſer erſtgebohrener oder älteſter Sohn, und weiter derjenige, der diſem ſuccedirt, allein übernehmen, ohne daß die Poſtgeniti darzu concurriren dörffen. „ Den übrigen Innhalt faſſet H. Pütter kurz alſo zuſammen: Primogenitus, vel, eo deficiente, Senior ſuperſtes, ad normam Succeſſionis linealis, vocatur &c. Feminæ â Bonorum Fideicommiſſo obnoxiorum Succeſſione arcentur. Alienationes ſub pœna nullitatis prohibitæ ſunt. Interdicta demum, ſplendoris Familiæ conſervandi cauſa, diviſione, ius Primogenituræ obtinet. Hat hierauf des Grafen Titii zweyter Sohn Cajus ſein Antheil Landes nicht nur ganz frey, ohne alle Schulden, ſondern auch ein anſehnliches an baarem Gelde darzu,

(1) v. Conſil. Halenſ. Tom. 2. Lib. 2. p. 1574.
(2) in ſeiner auserl. Rechtsfäll. 2. Band, S. 648.

erhalten, welches mit zu dem Fideicommisse geschlagen worden: Als derselbe aber nichts deslo weniger in eine grosse Schuldenlast gerathen, und nicht nur Agnaten, sondern auch seine Söhne, zu mehreren Obligationen ihren Consens ertheilet; hat endlich der Graf Cajus eine Kayserliche Administrations-Commißion bekommen, und ist bereits eine Claßifications-Urtheil eröffnet worden: Ehe jedoch der Graf Cajus mit Tode abgegangen, ist sein Sohn Sempronius, auf den die Succeßion fallen sollte, schon vorher gestorben, und hat einen ganz unmündigen Sohn, Namens Sejus, hinterlassen; in dessen Namen wegen der väterlichen Erbschafft die nöthige Vorsicht gebraucht worden, und der hernach, als der Graf Cajus verstorben, dessen einziger Landesfolger geworden: Dessen Vormundschafft aber, da sie vom Lande Besiz genommen, vor Notarien und Zeugen sich erkläret, daß sie die Succeßion nicht anders, als ex Pacto & Providentia Majorum, anzutretten, und sich auf keine Weise in die Erbschafft des vorigen Regenten zu immiscren gemeint sey; wie sie denn auch zu solchem Ende die Mobilien, so weit solche nicht zum Fideicommisse gehörig, obsigniren lassen: Da inzwischen die Kayserliche Administrations-Commißion noch immer im Gange ist, und die Zahlung an die Glaubiger fortgehet, der jezigen Landesregentenschafft aber zu ihrer Competenz weniger, als der vorigen Landesherrschafft, von welcher die Schulden herrühren, gereichet wird: Und dann übrigens in disem Hause keine Statuten, vermöge deren ein Landesfolger, seines Vorfahren Schulden zu bezahlen verbunden wäre, vorhanden, das Land auch nicht etwa mit Allodialstücken, die unter des Landesherrn freyer Disposition stünden, untermischet, sondern, biß auf einige wenige Meliorationen, ganz Fideicommiß ist; die Grösse der Schuldenlast aber so weit gehet, daß, wenn die Schulden mit den Interessen biß zur Eröffnung (Erschöpfung) des Locationsurtheils bezahlet werden sollten, der Landesherr, wenn er auch ein hohes Zil des menschlichen Alters erreichen sollte, dennoch keine Hoffnung haben würde, jemals ein freyes Land zu bekommen.

Es wurde solchemnach An. 1770. bey der Juristen-Facultät zu Göttingen angefragt: 1. Ob der unmündige Graf Sejus die von seinem Großvater Cajo gemachte Schulden, wegen deren es zur Kayserlichen Administration gekommen, weiter, als sie zum Besten des Fideicommisses verwandt worden, zu agnosciren schuldig? oder ob er nicht vil mehr berechtiget sey, der großväterlichen Schulden sich ganz zu entschlagen, mithin auch den weiteren Fortgang der Kayserlichen Admi-

Administrationscommißion zu verbitten, und ob ihm dißfalls der bekannte Lehenstext 2. F. 45. entgegen stehe? Antw. Daß der unmündige Graf Sejus die von seinem Großvater Cajo gemachte Schulden, wegen deren es zur Kayserlichen Administration gekommen, weiter, als sie zum Besten des Fideicommisses angewandt worden, zu übernehmen nicht schuldig, sondern daß er vil mehr berechtiget, der großväterlichen Schulden sich ganz zu entschlagen, mithin auch den weitern Fortgang der Kayserlichen Administrations-Commißion zu verbitten, ohne daß ihm deßhalb der bekannte Lehenstext 2. F. 45. entgegen gesezet werden möge.

Das übrige in disem Gutachten enthaltene kommt anderwärts vor.

Uebrigens ergeben alle Umstände, daß dises Gutachen ganz sicher **Stolberg-Gedern** betreffe.

§. 52 a.

An unten (1) angezeigtem Ort wird gemeldet: Der ohneinslezte Landgraf von **Sulz** habe biß auf 700000. Gulden Schulden hinterlassen; dise habe sein Sohn, der lezte Landgraf Johann Ludwig, biß auf 70000. Gulden, und disen Rest dessen älteste Tochter und ihr Gemahl, der Fürst von Schwarzenberg, völlig abgeführt; daran die andere angebliche weibliche Miterbinnen auch hätten zahlen müssen. **Sulz.**

§. 52 b.

Anno 1575. paciscirten die Grafen zu **Waldeck**: „Leztlich: Dieweil Wir auch, nach Absterben obgemeldtes Unsers Herrn Vaters und gnädigen Herrn, seine nachgelassene und nunmehr unter Uns, die Gebrüder und Vettern, getheilte Land und Leute mit einem merklichen hohen Schulden-Laste beschweret befunden; so haben Wir Uns derhalben miteinander, was ein jeder derselben Schulden auf seinem Orte Landes genommen, in einem sondern Neben-Abscheide freundlich, brüderlich und vetterlich, verglichen; demselben wollen Wir auch, ein jeder zu seinem Theil, treulich nachsezen, und mit allem Fleiß und guter Haushaltung daran seyn, daß dieselben abgestattet, und Unsers Vaters und gnädigen Herrn Treu und Glauben in dem allem erhalten werde.„ **Waldeck.**

In der Waldeckischen Primogenitur de An. 1685. ist disponirt: Der Primogenitus solle seine Gebrüdere aller Schulden-Last gänzlich entheben und befreyen.

Mehreres von Waldeckischen Schuldensachen gibt mein **Tr. von dem Reichsständischen Schuldenwesen** an die Hand.

(1) Samml. der R. Hofr. Gutacht. 3. Theil, S. 29.

§. 53.

Wartenberg. So auch von Wartembergiſchen Debitſachen.

§. 54.

Wied. Anno 1692. wurde im Hauſe Wied receßiert: „6. Die auf denen beeden Grafſchafften Wied hafftende activ- und paſſiv-Schulden betreffend; ſo iſt unter beyden hohen tranſigirenden Theilen verglichen, daß ein jeder ſeine Grafſchafft (auſſer was hierinn ausdrücklich reſervirt worden) cum onere & honore, commodis & incommodis, und folglich activ- und paſſiv-Schulden, haben, alſo dann Herrn Graf Friderichs zu Wied Hoch-Gräfl. Excell und Dero Herr Sohn, Graf Friderich Wilhelm, die Nider-Grafſchafft Wied, mit allen darauf hafftenden Schuld- und Beſchwerungen, ſo dann die Hoch-Gräfl. Pupillen die Ober-Grafſchafft Wied, und was in Krafft diſes Vergleichs dazu geleget, mit denen darauf ſtehenden Schulden, = = übernehmen.„

§. 55.

Witgenſtein. Graf Ludwig der ältere zu Witgenſtein teſtierte An. 1593. „Ehe und zuvor die Theilung der Güld-Brieffe und Baarſchafft geſchieht, ſollen davon, ſo fern es reichen mag, alle Verſchreibungen, ſo in Original unverſehrt vorgelegt werden können, ſie belangen Schulden, Begnadigung, Beſtallung, Pfandſchafft, Wiederkauff, ꝛc. eingelößt und erledigt, auch, wo die Zeit der Ablöſung nicht erſchienen, oder anderer vorgefallener Verhinderung halben dieſelbige eingeſtellt, als ſoll, ſo vil zu deren Erledigung vonnöthen befunden, zuvor beygelegt und denmach zu der Theilung geſchritten werden.„

Anno 1604. verglichen ſich ſeine Söhne: „1. Weilen in wohlgedachten Unſers freundlichen lieben Herrn Vaters Teſtament verſehen, daß ein jeder die Pfandſchafft- und Beſchwerungen, ſo auf eines jeden zugewiſenen Aemtern, Landen und Leuten ſtehen, auf ſich nehmen, dieſelbige tragen und allein ablegen und befreyen ſoll, ſich aber aus Ueberſchlagung der Schulden und Beſchwerungen dißfalls Ungleichheit befunden; ſo haben Wir Georg und Ludwig, Grafen zu Wittgenſtein, Gebrüdere, Uns, auf vorgangene Unterhandlung wohlgedachtes Unſers freundlichen lieben Bruders und Schweſter, dahin verglichen, daß ſolche befindliche Schulden und Beſchwerungen in zwey gleiche Theile geſezet werden, deren ein jeder die Helffte annehmen, und, ſeiner beſten Gelegenheit nach, tilgen und abſtatten ſoll.„

Anno 1607. verglichen ſich die Grafen von Witgenſtein weiter: „Da einer in 1000. fl. weniger oder etwas mehr ungefährlich, aus Nothdurfft, aufnehmen müßte; ſo ſoll einer ſolchen geringen Summ halber

halber der Agnaten Conſens zu erhalten nicht nöthig ſeyn: Doch ſoll diſer Erlaubniß und Diſpenſation ſich keiner, Unſer Erb-Einigung zum Nachtheil, mißbrauchen, oder ein Annuum daraus machen. „

Graf Guſtav zu Witgenſtein lieſſe ſich durch einen Juriſtiſchen Mausfallenmacher bereden, ſeinen Sohn in der verſchuldeten Grafſchafft Hohnſtein nur quoad Legitimam einzuſezen, und von denen Allodiis zu excludiren: Als aber An. 1694. zu Halle angefragt wurde: Ob er hiedurch wider die Creditores eine beſtändige Exception erlanget habe? bekame er zur Antwort (1): Daß diſes Teſtament in effectu contra Creditores nicht zu ſtatten kommen möge.

§. 56.

Anno 1680. ſprache das Cammer-Gericht in Sachen: Yſenburg contra Yſenburg: „ = = So vil die von weyland Herrn Wilhelm Otto ſeiner Frau Gemahlin, und folgends weyland Herrn Johann Ernſten, gethane reſp. Donation mortis cauſa und Vermächtniß betrifft; läßt man es, in ſo weit ſelbige ſein, Herrn Wilhelm Ottens, Errungen- und Gewonnenſchafft an Mobilien und gehabten Actionen ꝛc. in ſich begreifft, bey der am gedachten 20. Oct. An. 1676. ergangenen Urtheil, und daß ſelbige in Recht beſtändig ſeye, auch bey der Theilung beobachtet werden ſolle, nochmals bewenden; woraus dann ſein, Herrn Wilhelm Ottens, Erben diejenige Schulden, welche nicht vorhin auf denen eröffneten theilbaren Graf- und Herrſchafften gehaftet, noch conſentirt, ſondern von ihnen gemacht worden, wie auch die eingeklagte Leich-Koſten, Heurathgut, Morgengab und Diener-Beſoldungen abzuſtatten, ſchuldig ſeyn ſollen. „ Yſenburg.

Von Yſenburgiſchen Concurſsſachen ſehe man den Tr. von dem Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

§. 57.

Ein gewiſſer König ſchriebe vor Jahren an eine Fürſtliche Perſon: „So iſt freylich wohl kein ander Mittel, um aus der Sache heraus zu kommen, übrig, als auf eine Pauſch-Handlung wegen der Legitimæ anzutragen, um ſo mehr, als nicht nur, wann der Schulden-Punct, wie weit ſolche von dem Succeſſore zu übernehmen, oder ſelbige die Erbſchafft afficiren? zur rechtlichen Diſcuſſion veranlaſſet werden wollte, die Sache, wegen der hierüber ſehr differenten Meinungen derer Rechtsgeleherten, gar ſchwehr und weitläufftig werden und der Ausſchlag Unbenahmter Fall.

(1) vid. Conſil. Halenſ. Tom. 1. Part. 2. p. 364.

ſchlag ziemlich mißlich ſeyn dörffte. „ Mehreres ſiehe in dem T. Staatsrecht, *T. 24. p. 152.*

§. 58.

Bentinck. Von Gräflich-Bentinckiſchen Debitſachen findet man Bericht in dem Tr. von dem Reichsſtändiſchen Schuldenweſen.

§. 59.

Pappenheim. So auch eben allda von denen Gräflich-Pappenheimiſchen Schulden.

§. 60.

Diſer Materie Frequenz, Was nun meine eigene Anmerckungen (*) über diſe Materie anbelangt, ſo iſt auch nur aus denen vorhin angeführten Exempeln, (deren Anzahl jedoch von anderen leicht noch mit ſehr vilen weiteren wird vermehret werden können,) erſichtlich, wie häuffig diſe Materie in praxi vorkomme; deſſen bekannte Urſachen ich, als hieher nicht gehörig, gerne übergehe.

§. 61.

Wichtigkeit Nicht weniger kan man daraus erlernen, von was vor groſſer und oft äuſſerſter Wichtigkeit die Sache ſeye, und daß öffters nicht nur das Wohl und Wehe, ſondern gar der totale Ruin, entweder der Familie, oder des Landes, oder viler 100. oder gar 1000. ehrlicher dabey als Creditoren intereßirten Leuten, davon abhange.

§. 62.

und Schwürigkeiten. Was aber das allerſchlimmſte iſt, ſo belehren uns endlich auch ſo wohl die angeführte Exempel, als auch die Meinungen derer berühmteſten Rechts-Gelehrten, daß man in diſer ſo wichtigen Sache weder hinlängliche und ſichere Principa theoretica habe, noch auch aus denen ſo häuffig vor Augen ligenden Diſpoſitionen, Pactis, rebus judicatis, u. ſ. w. ſich ein gewiſſes allgemeines Herkommen, wogegen nichts plauſibles einzuwenden wäre, darthun laſſe; indeme theils beſagte Exempel und res judicatæ nicht nach allen Umſtänden bekannt, theils einander entgegen ſeynd, theils auf willkührlichen Verordnungen und Verträgen, welche im Hauptwerck nicht zuſammentreffen, beruhen: So vil aber die Rechte belangt; ſo haben wir kein Teutſches Geſez hievon, die Römi-

(*) Der Chur-Bayriſche Herr Staatsminiſter und Geheime Raths-Canzler, Freyherr von KREITTMAYR (1) hat die Gütigkeit gehabt, öffentlich zu bezeugen, daß in meinem T. Staatsrecht *Tom. 24. p. 153. &c.* diſe (zumal bey den höchſten Reichsgerichten,) ſo offt vorkommend- und wichtige Materie mit ſo viler Mühe, als Geſchicklichkeit, aus dem Grunde abgehandelt, unterſucht und beurtheilt ſeye.

(1) ad Codic. iudiciar. Bavar. Cap. 19. §. 1. p. m. 253.

Römiſche Rechte ſeynd, wann auch ſonſt kein Bedencken wäre, und wann es, wie bey Privatis, angienge, einem obærirten Stand des Reichs zu nehmen, was er hat, dannoch meiſt deßwegen inapplicabel, weil faſt überall Lehen und Fideicommiſſe vorhanden ſeynd, welche ſich nicht nach diſen Rechten beurtheilen laſſen; und mit denen Lehen-Rechten, es ſeyen nun die Teutſche oder Longobardiſche, hat es gleiche Bewandtniß, weil die Lehen, welche von denen Ständen des Reichs beſeſſen werden, von ſo gar verſchidener Natur und überall ſo mit Allodiis vermiſcht ſeynd, daß meiſtentheils die Separatio Feudi ab Allodio faſt oder gar unüberwindlichen Schwürigkeiten unterworffen iſt, auch eben wiederum an vilen Orten die Fideicommiſſe hinzukommen, und ſo endlich auch gewiß das caput rationis Status einer- ſo dann æquitatis anderer- und conſilii dritter-Seits, oder, wann man es kürzer und in eines zuſammen faſſen will, ſalus Reipublicæ, ſuprema omnium Lex, in dergleichen Fällen nicht ganz auſſer Augen geſezet, hingegen auch ſolche ſalus Reipublicæ nicht allein nach der Convenienz des Debitoris und ſeines Hauſes abgemeſſen werden kan.

§. 63.

Bey diſer der Sachen Bewandtniß iſt es ein Unverſtand, wann man denen höchſten Reichs-Gerichten oder Rechts-Gelehrten verargeт, wo ſie entweder ſehr ſchüchtern in ſolchen Fällen verfahren, und der Sache, wo möglich, durch gütliche Tractaten, oder andere Temperamenten, abzuhelffen ſuchen, oder reſp. ihre Meinung ſuſpendiren, oder in einem Fall ſo und in anderen, der doch ganz gleich ſcheinet, oder auch würcklich iſt, ganz anderſt, geſprochen haben, weil ja jeder Richter und Rechtsgelehrter in Fällen, wo das Jus in theſi ungewiß iſt, verbunden iſt, derjenigen Meinung zu folgen, welche er nach ſeinem beſten Wiſſen und Gewiſſen der Wahrheit, der Analogiæ Juris, und der Billigkeit, am gemäſſeſten zu ſeyn erachtet; nun aber, eben deßwegen, weil in diſer Materie ſo vilerley Meinungen ſeynd, welche alle ihre plauſible Gründe haben, nach der Beſchaffenheit der menſchlichen Gemüther, nicht anderſt geſchehen kan, als daß einem diſes, dem anderen aber ein anderes, und wohl gar das Gegentheil, wahrſcheinlicher, gerechter, und billiger vorkommt, und es iſt ein abgeſchmackter Hochmuth, wann ein Mann, er ſeye auch ſo gelehrt und berühmt als er immer will, auf die Thorheit verfällt, nicht nur von ſich ſelbſt zu glauben, ſondern auch wohl offentlich vorzugeben, als ob er der ſeye, der allen Rich-

Was dabey zu thun?

tern und Rechtsgelehrten gleichsam den Staaren ſtechen, ihren Irrthum benehmen, und ſie zu recht weiſen könne, ja gar die lächerliche Einbildung zu haben, Andere müßten oder würden doch künfftig nun alle die Sache auch eben ſo wie er anſehen, darnach ſprechen, und bey dergleichen Sprüchen ſich beruhigen; ſondern ein jeder iſt zwar befugt, ſeine Meinung zu ſagen, ja er iſt vor GOtt und Menſchen berechtiget, darnach zu ſprechen; aber er muß es nicht nur gewärtig ſeyn, ſondern auch ſich gefallen laſſen, wann andere ſeiner Collegen, oder andere Rechts-Gelehrte, oder andere Gerichte, anderſt dencken und urtheilen, und die Parthien, es ſeyen nun Creditores oder Debitores, müſſen es ebenfalls erwarten und ſich gefallen laſſen, ob und wann die Majora des Reichs-Gerichts, wo die Sache anhängig gemacht wird, diſer oder jener Meinung beypflichten, und die Sache von eben der oder einer anderen Ecke, als ſie, die Parthien, anſehen.

§. 64.

Es kommt viles auf das Factum an.

Diſes vorausgeſezt und in ſolchem Sinn wird mir dann auch vergönnet ſeyn, meine, niemand ein Geſez gebende, privat-Meinung hievon zu entdecken; da ich dann forderiſt mit denen habilen Herrn von LUDOLF und von SENCKENBERG allerdings dafür halte, daß gar offt viles auf das Factum ankomme, und wann man diß-falls in claris verſiret, alsdann ſich in puncto Juris noch wohl eine Auskunfft finden laſſe; indeſſen kommt es dannoch freylich mehrmalen auch auf Quæſtiones Juris in theſi an: Und zwar theilet ſich, meines Erachtens, die Sache hauptſächlich in zweyerley Fragen und Fälle: Ob nemlich bey einem Hauſe Verordnungen oder Verträge wegen der Schulden vorhanden ſeyen, oder nicht?

§. 65.

Wie, wo Pacta &c. wegen der Schulden vorhanden ſeynd?

Wo auch dergleichen Diſpoſitionen, Pacta &c. vorhanden ſeynd, müſſen doch wiederum mancherley Umſtände in Betracht gezogen werden, wann man der Sache weder zu wenig noch zu vil thun will. Z. E. 1. Und vor allen Dingen muß es ſeine Richtigkeit haben, daß ſie zu ihrer Vollſtändigkeit gekommen, und es nicht nur bloſſe Projecte, Tractatus præparatorii, u. d. ſeyen. 2. Müſſen ſie auch ſonſten zu Recht beſtändig ſeyn und keine gültige Exceptionem ratione Formalium vel Materialium gegen ſich haben. 3. Kan dadurch keines Tertii juri quæſito ein Nachtheil zugefüget werden; mithin können z. E. unmöglich diejenige Schulden, ſo bereits zuvor rechtmäßig contrahiret worden ſeynd, darunter begriffen wer-

werden. 4. Da nicht einmal ein Geſez, ſo nicht promulgiret worden iſt, jemanden obligiren kan, wie vil weniger ein Pactum, oder elterliche Diſpoſition, u. d.? Eines wie das andere iſt Facti: Facta aber laſſen ſich weder präſumiren, noch errathen. Es wäre alſo nicht nur die höchſte Unbilligkeit, ſondern auch eine der Ehre und Würde eines Reichsſtandes unanſtändige Handlung, wann man dergleichen Verordnung oder Vertrag zwar machen, ſelbige aber geheim halten, und erſt, wann die, ſo das ihrige bona fide hergegeben haben, es wieder forderen, damit herausrücken wollte; ſondern, wann ein ſolches Pactum &c. ſeine Krafft gegen jemand anderes, als die Compaciſcenten, oder deren Nachkommen und Erben, äuſſern ſolle, muß es, wenigſtens quoad paſſus concernentes, ſolcher Geſtalten offentlich zu des Publici immerwährender Notiz gebracht werden, daß die, ſo ſich im Lande befinden, nicht in einer ignorantia moraliter invincibili deſſelben verſiren. 5. Iſt die Publication einmal alſo geſchehen, und es entſtehet Streit darüber: Ob die Einwohner des Landes haben legale Notiz davon haben können oder ſollen? ſo muß das richterliche Ermeſſen den Ausſchlag geben. 6. Ein fremder Creditor kan ordentlicher Weiſe ſich hierinn keines mehreren Vorzugs anmaſſen, als ein Einheimiſcher, ſondern wie, wann einer in einem fremden Land contrahirt, er ſich zu erkundigen hat, was allda Rechtens ſeye, und nach ſolchen Rechten ſich richten laſſen muß; alſo muß auch ein ſolcher Creditor billig an gehörigen Orten ſich hinlänglich unterrichten laſſen, wie weit er gehen dörffe oder nicht. 7. Wie nach allen Rechten die Noth gewiſſer maſſen kein Geſez hat; alſo mag auch eine Diſpoſition, Pactum &c. noch ſo ſcharff und noch ſo verclauſuliert ſeyn, als ſie will; ſo kan ſie doch ihre Würckung alsdann nicht äuſſeren, wann Rechtsgenüglich erweislich iſt, daß ein wahrer Nothſtand des Hauſes, oder Landes, worzu der Debitor keine Veranlaſſung gegeben, erforderet hat, die Schulden qu. zu machen. 8. Eben diſes iſt auch davon zu ſagen, wann verſio in rem Familiæ oder des Landes erweislich iſt, weil niemand, denen Rechten nach, cum alterius damno locupletior werden kan noch ſoll. 9. Ob gleich unſtreitig iſt, daß, wann jemand, krafft Pactorum &c. kein Geld aufnehmen ſoll, er eben ſo wenig die ſchuldige Præſtanda anſtehen laſſen und alſo Schulden machen ſolle; ſo iſt doch, wann es geſchichet, allerdings ein Unterſchid zu machen: Z. E. wann einem Creditori die Intereſſen nicht bezahlt worden ſeynd, und er hat nicht, zu rechter Zeit, gradatim,

alles, was er denen Rechten nach konnte, angewandt, zu seiner Bezahlung zu gelangen; so mag er es haben, wann er hernach nichts bekommt: Wann hingegen ein Regent die Besoldungen seiner Bedienten anstehen lässet, diſe haben sich auch zwar darum von Zeit zu gemeldet, aber nichts erhalten; so ist es, zumalen wann dergleichen Leute noch darzu im Lande angesessen seynd, und ihre Wohnung nicht so leicht anderwärts aufschlagen können, keine cerebrina æquitas, sondern recht und billig, daß solche Leuee, wann sonst gegen ihre Besoldungen oder Dienste keine rechts-erhebliche Einwendungen vorhanden seynd, von dem Landes-Successore befridiget werden, weil es nicht von ihnen dependiret hat, zu dem ihrigen zu gelangen, die Zumuthung aber, solchen Falles lieber die Dienste zu quittiren und ausser dem Vaterland Brod zu suchen, nach einer Tinctur von Barbarey schmecken würde, daß also das ex quasi delicto des vorigen Regentens herfliessende Damnum billig zwischen dessen Nachfolgern und diſen Creditoribus also getheilet wird, daß jener zahlen muß, diſe aber sich gefallen lassen müssen, zu warten, bis es seyn kan. 10. Und so können sich auch sonsten noch allerley Fälle ereignen, wo man dem Buchstaben eines sothanen Pacti, &c. salva Justitia, eben so wenig nachgehen kan.

Wer eine Prob davon ex Praxi verlanget, daß Fideicommissa, u. s. w. einen Regierungs-Nachfolger gar nicht nur so platt von Bezahlung seiner Vorfahren Schulden liberiren, der besehe die in der Montfortischen Sache ergangene Reichs-Hofraths-Conclusa, so wird er finden, daß man zwar auch an Seiten des Reichs-Hofraths die fideicommissarische Disposition gegen die Creditores, so vil möglich und billig, urgiret hat, um sie zu raisonablen Vergleichs-Tractaten zu bewegen, daß aber am Ende eben doch, des Fideicommissi ohnerachtet, die Schulden nicht nur von dem damals regierenden Grafen haben bezahlt werden müssen, sondern auch dem, der ein grosses Capital zu Abstossung diſer Schulden hergeschossen hat, eben die mit dem Fideicommiss belegte Güter vom Reichs-Hofrath selbst unterpfändlich verschriben, ja der neue Creditor endlich gar darein immittiret und gegen allen Widerspruch derer künfftigen Regierungs-Successorum autoritate Cæsarea sicher gestellet worden ist. Und als in der Nassau-Dillenburgischen Debitsache die Herrn Agnaten auch auf die Familien-Pacta provocirten, hielte ihnen der Reichs-Hofrath mit gröſtem Fug vor: Wann sie um deßwillen nicht gesonnen gewesen seyen, eventualiter

zu

zu zahlen, ſo hätten ſie in Zeiten Vorſtellung thun und verhüten helffen ſollen, damit die Schulden nicht ſo hoch anwachſen; maſſen das bekannte: Lex vel Pactum interpellat pro homine, in dergleichen zum Nachtheil derer Tertiorum gereichenden Fällen gar offt ſeine Abfälle leidet. Uebrigens iſt auch manches ex §§. ſeqq. hieher applicabel.

§. 66.

Wie, wo keine ſeynd?

Wo nemlich keine Pacta, Diſpoſitiones, u. d. vorhanden ſeynd, da iſt, ſo vil ich finde, das uralte teutſche Principium geweſen: Ein Nachfolger im Land muß ſeiner Vorfahren erweisliche und redliche Schulden bezahlen, ohne daß darauf reflectirt worden wäre, ob der Succeſſor ein Sohn, oder Agnat, oder ein Fremder, ſeye, und ohne daß auf den Unterſchid der Güter geſehen worden wäre. Der Beweis diſes Sazes liget in denen oben und ſonſt angeführten häuffigen Exempeln und Verträgen aus alten und neuen Zeiten, und ich glaube, es ſollte leicht erweislich ſeyn, daß erſt in neueren Zeiten, da man dergleichen Dinge bald nach diſen bald nach jenen ſubſidiariſchen Rechten, oder nach eigenwilligen Meinungen, oder intereßirten Abſichten, zu beurtheilen und zu entſcheiden angefangen hat, die zuvor berührte Confuſion, darinn wir jezo leben, entſtanden ſeye.

Was nun erweisliche Schulden ſeyen, iſt aus denen Rechten bekannt genug, und verurſachet in Anſehung des puncti Juris keine Schwürigkeit.

Anlangend aber die andere Qualität, nemlich: redliche Schulden, ſo iſt damit ohne Zweifel gemeint, daß weder ex parte Debitoris noch Creditoris dabey ein Dolus erhelle; ein Dolus wird aber ſo wenig hier, als ſonſten, præſumirt, noch machet auch, wann wir die Wahrheit geſtehen, und nach denen Exempeln voriger Zeiten urtheilen wollen, eine jede üble Haushaltung eines Regentens einen ſolchen Dolum aus, welcher den Regierungs-Nachfolger von Bezahlung deſſen Schulden überhaupt liberirte. Es iſt ſchon erinnert worden, und nach der Hiſtorie mittlerer Zeiten platterdings unlaugbar, daß die Reichsſtände, zumalen Fürſten, Grafen und Herrn, deren Lande nicht gleichſam origenus, oder zur Zeit, da ihre Familie darzu gelanget iſt, ein ordentlich formirt- und geſchloſſenes Corpus geweſen, ſondern nur ſo nach und nach, variis temporibus, modis & titulis, zuſammengekommen ſeynd, in Beſchwer- und Veräuſſerung ſolcher Güter ungebundene Hände gehabt haben,

und wie eines Hauſes Glück geweſen iſt, wann ein Regent geſpahrt und acquirirt hat, ſo ware es eben auch eines Hauſes Unglück, wann ein Regent verthan, verſezt und verkaufft hat; indeſſen mußten es ſich nicht nur ſeine Nachkommen, ſondern auch ſo gar ſeine Agnaten, eben ſo wohl gefallen laſſen, als Privati, wann ihre Eltern oder Vettern vil oder wenig hinterlaſſen; dahero man erſt in neueren Zeiten diſem Verderben durch Fideicommiſſe und andere Pacta, &c. hat vorbiegen müſſen. Es ware auch damalen dem Publico Imperii darum nichts daran gelegen, ob ein Haus zu Grund gienge, und dagegen ein anderes aufkame, weil es in ſelbigen Zeiten ſo wohl mit denen Stimmen auf Reichstägen, als mit der Hülffe, die ein jeder im Fall der Noth zum Dienſt des gemeinen Weſens leiſten mußte, eine ganz andere Bewandtniß hatte, als heutiges Tages; wiewol auch, von dem Seculo 15. an retro zu rechnen, immer weniger von einem Schuldenweſen nach heutiger Art vorkommt, und einer, der damals übel gehauſet, oder ſonſt vil Geld gebraucht hat, nicht, wie jezo, ſo leicht auf Hypothequen oder Handſchrifften etwas hat bekommen können, ſondern, wollte er Geld haben, ſo mußte er etwas verkauffen, oder doch wiederkäufflich an den Creditorem überlaſſen, oder ihne ſonſt in ſein Unterpfand immittiren.

Wo nun keine Pacta oder Diſpoſitiones in contrarium vorhanden ſeynd; da hätte ich kein Bedenken, auch noch jezo diſem Principio nachzugehen, wo es ſo dann aller von andern angebrachten Diſtinctionen unter denen Perſonen der Nachfolger und der Natur derer Güter oder Schulden nicht bedarff, ſondern genug iſt, wann eine Schuld erweis- und redlich iſt, worinn, bey entſtehender Contradiction, das arbitrium Judicis den Ausſchlag geben muß.

§. 67.

Wie es mit dem Modo der Bezahlung zu hrlten?

Indeſſen und wann alſo auch, meiner Meinung nach, der Succeſſor in regula alle Schulden zahlen muß, kommt doch noch dabey ſehr viles auf den Modum an, und da läſſet es ſich nicht thun, daß man, wann gleich keine Pacta oder Verordnungen ꝛc. vorhanden ſeynd, nur zufahre, dem Debitori nehme, was er hat, oder Güter verkauffe, u. ſ. w. weil darunter die ſeithero ſich gar ſehr veränderte Reichs- Crays- und Collegial-Verfaſſungen leiden würden; ſondern es iſt, wie der Praxi, ſo auch der Billigkeit, gemäß, und kan, ob ſalutem publicam, nicht anderſt ſeyn, als daß zwar des Debitoris privat-ligende Güter, wie auch activa, entbehrliche Mobilien, u. d. angegriffen und zum Beſten derer Creditorum zu Geld

ge-

gemacht, oder ihnen in ſolutum überlaſſen werden; Land und Leute hingegen, auf welchen Siz und Stimme, wie auf die Reichs- Crays- und Collegial-Onera, hafften, laſſen ſich ordentlicher Weiſe nicht veräuſſern, oder vereintzeln; mithin iſt kein anderes, als das mehrmalen practicirte und ſehr billige Mittel übrig, daß nemlich dem Debitori eine, theils nach ſeinem Stand, theils nach Beſchaffenheit des entweder ſelbſt gemacht- oder ererbten Schuldenweſens, wie auch der Anzahl ſeiner Kinder, ꝛc. proportionirte Competenz ausgeworffen, dann auch die Onera publica abgezogen, das übrige aber in eine Schulden-Caß geworffen, einer wohleingerichteten Adminiſtration eines Tertii untergeben, die Creditores, prævia Liquidatione, und nach Vernehmung derer Intereſſenten, denen Rechten nach gehörig claßificirt, und in ſolcher Ordnung bezahlt werden: Weil aber die Kayſerliche Commißionen ungeheures Geld koſten, und dadurch, da ſich dergleichen Concurs-Sachen nicht ſo ſchnell expediren laſſen, das Schuldenweſen ſich leichtlich noch mehreres zum Nachtheil derer Creditorum häuffet, oder doch die Commiſſion ꝛc. die parateſte Mittel ſelbſt wegnimmt; ſo iſt freilich gut, wann beede Theile ihr Beſtes bedencken, ſelbſt unter einander tranſigiren, lieber, gegen baare oder baldige Bezahlung, ein erkleckliches nachſehen, und ſich ſo dann entweder ſelber eines Zahlungs-Plans vergleichen, oder jemand ausſuchen, der eine groſſe Summ vorſchießt, die kleine oder mittlere Poſten davon abſtoßt, und ſich ſo dann aus der Schulden-Caſſe auf die verglichene Termine für Capital und Intereſſe bezahlt macht.

§. 68.

Ob und wie die allodial-Erben ꝛc. concurriren?

Indeme ich aber geſagt habe: Der Nachfolger in der Regierung und in Landen und Leuten müſſe die Schulden bezahlen, iſt diſes von dem Fall zu verſtehen, der ſich meiſtens zuträget, wann nemlich Land und Leute, nebſt der allodial-Erbſchafft, auf einerley Perſon fallen: Wann hingegen beederley Erbſchafften getheilet werden, müſſen freilich die allodial-Erben zu Bezahlung derer Schulden concurriren, und es heißt allerdings auch in Anſehung ihrer: Hæreditas non datur, niſi deducto ære alieno. Wann man aber weiter fragt: Wie, oder nach was für einer Proportion dann, beede concurriren? laſſet ſich nicht wohl eine Regel geben, ſondern es kommt auf die Unterſuchung derer Schulden an: Zu was Ende ſie ſeynd gemacht, und worzu das Geld verwandt worden iſt? Iſt es dem Land oder Succeſſori zum Beſten gebraucht worden, oder

doch

doch die Abſicht darauf gegangen, ſo muß es ſich auch der Landes-Succeſſor anrechnen laſſen, widrigen Falles aber hafftet das Allodium dafür. Es iſt aber dabey nicht nur auf das zu ſehen, was nächſtens in die Augen fällt, und wie es dem erſten Anblick nach einen Schein hat: Denn manchmahl hat es das Anſehen und man gibt vor, es ſeye zum Nuzen des Hauſes oder Landes geſchehen; wann man aber weiter nachforſchet, ergibet ſich entweder deutlich, oder doch wahrſcheinlich, daß man es nur ſo gekartet hat, um die gleich Anfangs gehabte Abſicht, das künfftige Allodium dadurch zu vermehren, zu bedecken, welches ſich ſonderlich zuträget, wann ein Herr ohne Söhne iſt, aber etwa Töchtern hat, und gerne denen Agnaten, ſo vil er nur kan, entziehen und diſen zuwenden möchte. Dahero auch gar nicht als eine allgemeine Regel angeſehen werden kan, als ob ein Landes-Succeſſor nothwendig alle, zumalen ohne Conſens derer Intereſſenten, auf das Land verſchribene Schulden über ſich nehmen müßte; dann ein Herr könnte ſolchergeſtalten ſeinen Succeſſorem unmäßig graviren, und die allodial-Erben ungebührlich bereichern: In dubio aber kommt eben alles auf gütlichen Vergleich oder richterlichen Ausſpruch an. Ob und wie ferne nachgebohrene nicht regierende Herrn, Töchtern und Agnaten, mit an Schulden zuzahlen gehalten ſeyen, oder nicht? ſehe man in dem teutſchen Familien-Staatsrecht.

§. 69.

Andere Anmerckungen von diſer Sache.

Ob ein Succeſſor die von ſeinen Vorfahren gemachte Schulden aus denen, krafft derer Verträge, zum Haus gehörigen Pretioſis und Meublen zu bezahlen ſchuldig ſeye? werden wir auch allda vernehmen.

Wie ſich verſchuldete Reichsſtände mehrmalen durch ein Kayſerliches Moratorium zu helffen ſuchen, und was diß-falls zu beobachten, auch ſonſt von diſer ganzen Materie zu wiſſen nöthig ſeye? diß-falls iſt im T. Staator. *Tom. 4. p. 391.* nachzuſchlagen.

Wie einige Häuſer auf die üble Haushaltung ihrer Agnaten gar die Abſezung von der Regierung bedungen haben, haben wir oben vernommen: Wie übel es aber Baden-Durlach bekommen ſeye, als es der Badiſchen Linie Lande wegen derer contra Pacta Familiæ darauf gemachten Schulden occupirte, iſt bekannt.

Von denen Schulden nicht regierender Herrn habe ich *l. c. Tom. 14. p. 487. ſqq.* gehandelt, deme verſchidenes in diſem Capitel davon enthaltenes beyzufügen iſt.

Was

Was in ſpecie die von einer Gemahlin ihrem Gemahl vorgeliehene Gelder betrifft, ſo iſt davon *ibid. Tom 20. p. 332.* geredet worden.

Ob eine Wittwe zu Bezahlung derer von ihrem Gemahl hinterlaſſenen Schulden concurriren müſſe oder nicht? davon iſt das Teutſche Famil. Staatsrecht nachzuſchlagen.

Uebrigens kan aus denen oben angeführten Exempeln mit Nutzen erlernet werdea: 1. Auf was für mancherley Weiſen man ſich hin und wieder bey Theilung der elterlichen Verlaſſenſchafft, oder auch anderer Anfälle, wegen derer zugleich mit überkommenen Schulden gütlich verglichen habe. 2. Was Eltern, oder auch Andere für verſchidene Diſpoſitionen wegen ihrer hinterlaſſenden Schulden gemacht, und was ſie ihren künfftigen Erben diſſfalls eingebunden, diſe aber auch jezuweilen nachmals excipirt, oder ſich vorbehalten haben; in ſpecie auch, wie jene ihre Schulden ſeparirt, und unter ihre Kinder, oder andere Succeſſores, repartiret haben, auch wie wegen des dadurch bey einem oder dem anderen ſich ereignenden Abgangs eine Peræquation habe getroffen werden ſollen. 3. Man lernt, wie ſich die Schulden in verſchidene Claſſen eintheilen laſſen, z. E. man liſet von Current-Schulden, darüber keine Verſchreibungen vorhanden ſeynd, von ſolchen, worüber Verſchreibungen da ſeynd, und deren verſchidenen Arten, von Chatoul-Schulden; ferner, wie Schulden in Anſehung ihrer Verzins- oder nicht-Verzinſung unter vier Claſſen gebracht, andere aber darnach, ob es beſtändige, oder nur auf Lebenslang, oder nur auf gewiſſe Zeit verſchribene Schulden ſeyen? rangiret worden ꝛc. 4. Zeigen ſich verſchidene Arten, die Schulden zu tilgen, ingleichen Præ-Conſultationes, wie ein Modus, ſich der Schulden zu entledigen, ausfündig zu machen ſeye. 5. Kommt allerley vor von Tranſcription der Schulden, Anweiſung derer Creditoren an einen oder mehrere derer Mit-Erben, von der von diſen unter ſich bedungenen Eviction, von Entſcheidung derer Streitigkeiten, ſo wegen dergleichen Schulden entſtehen möchten, oder würcklich entſtanden ſeynd, ꝛc. 6. Wie insbeſondere der Kayſerliche Reichs-Hof-Rath in dergleichen Sachen zu verfahren pflege, wann entweder der Debitor ſich ſelbſten angibt, daß er nicht mehr zahlen könne, oder ſo vile und ſtarcke Creditores auf ihne andringen, daß man beſorget, oder klar ſiehet, der Sache könne nicht anderſt, als durch einen Concurs, oder ein anderes glimpflicheres, in der Haupt-Sache aber dannoch gleichgültiges, Mittel geholffen werden; und kommet hiebey manches in der That ſehr klüglich und billig ausgemeſſenes vor, ſo die Debitores, Creditores, Commiſſarii ſubdelegati, und

andere, auch der Reichs-Hof-Rath selbst, in künfftigen Fällen wohl werden nuzen können. 7. Man ersiehet, was wegen Repudiirung der allodial-Erbschafft und Adition der Erbschafft cum beneficio Inventarii theils quoad Punctum Juris in thesi, theils in der Praxi selbst, vorgekommen ist. 8. Trifft man allerley Familien-Verträge und elterliche Dispositionen an, wie es ins künfftige wegen Machung neuer Schulden, wie auch wegen des Consenses derer Agnaten, gehalten werden solle, was es aber auch jezuweilen wegen derselben Execution in Praxi für Streit und Schwürigkeiten gesezet habe? u. s. w.

Wann in Debitsachen dem confirmirten Zahlungsplan, oder andern dergleichen Kayserlichen Verordnungen, zuwider gehandelt wird, erkennet der Reichs-Hofrath zuweilen eine Kayserliche Manutenenz-Commißion.

Ob Gemeinden, die ein Capital für sich aufgenommen, ihrem Landesherrn aber zum Nuzen überlassen, sich gegen den Creditorem mit der Exceptione pecuniæ non versæ schüzen können? untersucht der Freyherr von Cramer (1), verneint es, und belegt es mit einer Cameral-Urthel von 1761.

Der Freyherr von Cramer (2) hat ferner 1. den Saz: Citatio Edictalis Creditorum cuiusdam Immediati in supremis Imperii Tribunalibus locum habet, etsi illi certi sint, mit einem Cameral-Decret von 1747. belegt.

2. Hat er (3) den Saz: Commissio Cæsarea Concursus Creditorum causa constituta Creditores immissos exmittere nequit, mit einem Reichs-Hofräthlichen Erkenntniß von 1758. bestättiget.

3. Hat er den Saz (4): Si, Commissione Cæsarea puncto Concursus Creditorum alicuius Immediati constituta, Creditor singularis ad Judicium supremum recurrit, supplicando pro Mandato aut Rescripto de solvendo, ad Commissionem remitti debet, auf gleiche Weise dargethan.

§. 70.

N. Gerichtliches Verfahren bey einzelnen Schuldklagen,

Kan ein Reichsstand einer Seits seine Glaubiger nicht befridigen, oder er will es wenigstens nicht, und anderer Seits kan er auch seine Landstände und Unterthanen nicht bewegen, daß sie seine Cammerschulden übernehmen; so ist es meistens ganz natürlich, daß, wann die

(1) in seiner Nebenst. 70. Th. 25. S.
(2) Obs. 227. Tom. 1. p. 520.
(3) Obs. 449. Tom. 1. Part. 1. p. 22.
(4) Obs. 1301. Tom. 5. p. 65.

die Glaubigere zulezt müde werden, und wiſſen, es iſt gegen ihren Schuldner an einem Reichsgericht noch Juſtiz zu erhalten, ſie ſich an eines derſelbigen wenden.

Klagt nur einer, oder etliche, oder mehrere, ſo ergehen, nach Beſchaffenheit der Umſtände, Reſcripta oder Mandata, cum vel ſine clauſula, de ſolvendo, vel dimittendo hypothecam, und endlich wird die Execution auf das Crays-Ausſchreibamt, oder einen andern Reichsſtand, erkannt. Häuffige dergleichen Exempel finden ſich in allen Sammlungen derer Sprüche beeder höchſten Reichsgerichte, und es iſt eine ſo bekannte Sache, daß es überflüßig wäre, einen Beweis davon beyzubringen.

§. 71.

Wann aber ein Reichsſtand ſelber bey einem Reichsgericht die Anzeige thut, daß er einen groſſen Schuldenlaſt auf ſich habe, oder wohl gar nicht mehr in dem Stande ſeye, ſeine Schulden zu bezahlen; ſo wird es verſchidentlich gehalten; davon aber mein Tr. von dem Schuldenweſen der weltlichen Reichsſtände umſtändlich nachzuſehen iſt. Und bey Concurſen.

§. 72.

Von dem Schuldenweſen derer Reichsſtände, in ſo ferne es in den Proceß der höchſten Reichsgerichte einſchläget, habe ich in meinem Tr. von der Teutſch. Juſtiz-Verfaſſ. 2. Buch, 46 b. Cap. gehandelt. Mehreres remiſſive.

Von dem Schuldenweſen, in ſo ferne ſolches mit Verpfändungen, u. d. verknüpfet iſt, oder ſo ferne die Schulden nicht ſo wohl auf dem Regenten und ſeinem Haus, als vilmehr auf dem Lande, hafften, iſt der Tr. von der R. Stände Landen etc. S. 1357. u. f. nachzuſchlagen:

Endlich ſo wird auch unten Cap. 13. noch einiges hieher mitgehöriges vorkommen.

Achtes Capitel.

Von Contracten und Schenckungen.

Innhalt.

§. 1. Schrifften.

Von geiſtlichen Reichs-Ständen.

§. 2.

Von weltlichen Reichs-Ständen.

§. 3. *Principia.* §. 4. Minorenne. §. 5. *Mandata ad contrahendum.* §. 6. Worzu ein Contrahent gehalten seye? §. 7. *Exceptio non numeratæ pecuniæ.* §. 8. Eyde. §. 9. Bürgschafften, ꝛc. §. 10. Rescißion der Contracte, ꝛc. §. 11. Einstandsrecht. §. 12. Confirmation. §. 13. *Mutuum.* §. 14. Andere Contracte. §. 15. Schenckungen. §. 16. Gerichtsstand. §. 17. Noch einige Anmerckungen. §. 18. Fall zwischen Holstein und Görz. §. 19. Mehreres *remissive.*

§. 1.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften:

Beier (Adr.) Diss. de Donationibus Principum. Jena, 1704. 4.

Berger (Joh. Henr.) Diss. de Donatione Principis. Witteberg, 1700. 4. und in seinen *Diss. iur. sel. p. 1245.*

Lochners (Joh. Mich. Frid.) Abhandlung von der insinuatione Donationis inter Personas illustres; stehet in seinen *Otiis, p. 51.* s. meine neuest. Bibl. des allgem. T. Staator. S. *261.* und mein T. Staatsarch. *1751. 8.* Theil, S. *182.*

Mein rechtliches und politisches Bedencken von fürsichtiger Anlehnung auf Güter, Gefälle und Gerechtsamen, welche Reichs- oder Landständen im heil. Röm. Reich zustehen; in meiner vermischt. Schrifft. 2. Theil, S. *1.*

Neumann (Joh. Frid. Wilh. de) de Pactis & Contractibus Principum. Franckfurt, 1752. 4.

Schulz (Petr.) Diss. de Donationibus Principum. Franckfurt an der Oder, 1685. 4. und in *Frisii Jur. Doman. Part. 3 p. 79.*

Stavinsky (Dav.) Diss. de Donationibus Principum Imperii. Halle, 1697. 4.

Struvii (Ge. Ad.) Diss. de Contractibus Principum. Jena, 1688. 4. 1743. 4.

* * *

Von geistlichen Reichsständen.

§. 2.

Von selbigen weiß ich bey diser Materie nichts besonderes zu sagen, sondern das jezo folgende ist auch auf sie applicabel.

Von

* * *

Von weltlichen Reichs-Ständen.

§. 3.

Auch hiebey kommt es forderiſt darauf an: Nach was für rechtlichen Grundſäzen in diſer Sache zu ſprechen ſeye? Principia.

Da ſtehen dann allerdings oben an die beſondere Haus- und andere Verträge, rechtskräfftige Teſtamente, und alle andere in gewiſſen Familien, oder in Anſehung gewiſſer Fälle, vorhandene ſpecial-Gründe, etc.

Alsdann folgen unſere Teutſche Reichs-Grund- und andere Geſeze, nebſt dem Reichsherkommen.

Endlich kommen ſo dann die gemeine Rechte: Und da iſt die gemeine Lehre: Auch Reichs-Stände werden in dergleichen Fällen nach denen gemeinen Rechten beurtheilt, in ſo ferne dieſelbe nicht offenbar ihrer Würde zuwider ſeynd: TITIUS aber will ſolche Sachen nach dem Völcker-Recht, und GRIBNER nach dem Natur-Recht, entſchiden wiſſen; es iſt auch ſonderlich der lezte ſehr ungehalten auf den Gebrauch des Römiſchen Rechts in diſen Materien, weil er in denen Gedancken ſtehet, es gehe ſolches die Reichs-Stände nichts an, und ſie hätten nur ihre Unterthanen daran verbunden. Ich halte es aber wiederum mit der gemeinen Meinung: Dann einmal iſt ganz unwiderſprechlich, daß Chur-Fürſten, Fürſten und Stände in dergleichen cauſis die Jurisdiction derer höchſten Reichs-Gerichte über ſich erkennen müſſen, ſie auch würcklich erkennen; und eben ſo unwiderſprechlich iſt auch, daß beſagte Reichs-Stände ſelbſt in denen mit ihrem Wiſſen, Willen und Zuthun verfertigten Ordnungen diſer Reichs-Gerichte dieſelbige überhaupt, und in allen Sachen, ohne Ausnahm, in Subſidium, und in Ermanglung eigener Teutſcher Rechte, nicht auf das Natur- und Völcker-Recht, ſondern auf die gemeine, das iſt die Römiſche und Päbſtliche, Rechte gewiſen und eydlich darauf verpflichtet haben, darnach zu ſprechen; daß auch ſolches von etlichen 100. Jahren her geſchehen ſeye, und alljährlich geſchehe, und doch in ſo langer Zeit, ſo gar auch ſeit deme einige dergleichen Eigendünckler ihre neuausgeheckte Meinungen zu Marckt gebracht haben, kein Stand des Reichs verlangt habe, daß er hierinn nicht nach denen gemeinen Rechten beurtheilet werden ſolle, oder ſich beſchweret habe, wann es würcklich und ausdrücklich geſchehen iſt: Mithin bleiben eben ſolche vermeinte neue und unerkannte Wahrheiten unnüze Grillen, ja ſchädliche, den ohnehin genug verworrenen Zuſtand unſerer Rechts-Gelehrſamkeit vollends gar umkehrende, Lehren.

Es wird aber dadurch dem Mißbrauch des Röm. Rechts, der ſich ſonderlich in vorigen Zeiten äuſſerte, gar nicht das Wort geredet; nur müſſen wir das, was die Stände ſelbſt für keinen Mißbrauch halten, ſondern, weil es nun einmal mit ihrem guten Willen eingeführet iſt, gelten laſſen, nicht als etwas ihnen unanſtändiges traduciren, und nodum in ſcirpo ſuchen.

Diſes alles nun hat nicht nur in dem Fall ſtatt, wann es Reichs-Stände mit einander unter ſich zu thun haben, ſondern auch, wann ſie mit ihren eigenen Unterthanen contrahiren; weil denen Reichs-Gerichten in beeden Fällen nur einerley Norm und principium decidendi vorgeſchriben iſt, und der würde den Spott zum Schaden haben, wer ſich auf GRIBNERS Einſichten und Sätze verlaſſen, und damit bey einem Reichs-Gericht angeſtochen kommen wollte.

§. 4.

Minorenne. Eben diſes iſt nun auch von dem ſeltſamen Einfall zu ſagen, als ob minorenne Reichs-Stände ſo bald, als ſie plenum uſum rationis hätten, privat-Contracte ſchlieſſen könnten. Unſer Teutſches Reich weißt von ſolcher, unendlichen Schwürigkeiten unterworffenen, Distinction der Staats- und privat-Geſchäffte nichts; ſondern es iſt ſo wohl Reichs-Herkommens, als ſubſidiariſchen Rechtens, daß, ſo lange junge Herrn in Anſehung derer Publicorum minorenn ſeynd, auch ihre privat-Handlungen ohne Zuziehung der Vormundſchafft keine Rechts-Krafft haben, und wann ſie majorenn werden, werden ſie es zugleich in Anſehung derer privat- und derer Staats-Geſchäfften. Es iſt alſo ein neu-fabricirtes Decorum, daß einem Fürſten unanſtändig ſeye, exceptionem Minorennitatis zu opponiren; quaſi vero, als wann Fürſten und Herrn klüger zur Welt, oder doch eher zum Gebrauch ihres Verſtandes kämen, als andere ehrliche Leute.

Hat nun exceptio Minorennitatis auch bey ihnen ſtatt; ſo folget von ſelbſten, daß ihnen auch die reſtitutio in integrum ex hoc capite, ſuppoſitis terminis habilibus, zu ſtatten kommen müſſe.

§. 5.

Mandata ad contrahendum. Was die Mandata ad contrahendum betrifft; ſo belehret abermalen die Praxis, daß die Reichs-Stände diſſfalls an denen Reichs-Gerichten und im gemeinen Leben nichts zum Voraus haben, und wann, erwiſener maſſen, zum Grund geleget wird, daß ſie hierinn ordentlicher Weiſe wie Privati angeſehen werden, ſo iſt allerdings reſp nöthig, oder doch nüzlich, daß ihre Mandata procuratoria mit eben denen Clauſuln verſehen ſeyen, welche von verſtändigen Rechts-Gelehrten und Richtern

bey

bey Privatis erfordert werden. Z. E. auf die Clauſul: für ſich und ſeine Erben und Nachkommen, kommt offt gar viles an, wann eines Theils das Negotium darnach beſchaffen iſt, daß der Contrahent ſeine Erben und Nachkommen Rechts-kräfftig hat verbinden können, und anderen Theils aus dem Contract ſelbſt nicht ſonſt klar genug iſt, ob derſelbe nur auf derer Contrahenten Lebenlang gültig, oder aber ein ewig- und unwiderrufflicher Contract habe ſeyn ſollen. Und warum ſollte die clauſula rati & grati vergebens ſeyn? Gewißlich operirt ſie auch bey einem Reichs-Stand in contradictorio denen Rechten nach ſo vil, daß das in Krafft einer ſolchen Vollmacht geſchloſſene keiner weiteren Ratification des Principalens bedarff.

Ob und wann aber ein Mandatum ad contrahendum erfordert werde? dißfalls halte ich SCHILTERS Gedancken für den beſten: Wann nemlich eines Reichs-Standes Bedienter über Sachen, welche dergeſtalt in ſeine Bedienung einſchlagen, daß ſie ihme lediglich überlaſſen ſeynd, und von ihme ordentlicher Weiſe allein und ohne Rückfrage oder Ratification expedirt zu werden pflegen, einen Contract ſchließt, ſo iſt der Principal daran verbunden; in dubio aber müſſen die Umſtände und das arbitrium Judicis den Ausſchlag geben. Gleiche Bewandtniß hat es auch damit, wann ein ganzes Collegium, z. E. die Cammer, im Nahmen ihres Herrn contrahirt. Auſſer dergleichen Fällen aber muß freilich entweder eine Vollmacht vom Landes-Herrn vorhanden ſeyn, oder doch deſſen Ratification hinzukommen, wann ihn der Contract binden ſolle.

Ob eine Standesperſon einen von ihrem vereideten Diener, unter ſeines Principalens Namen, geſchloſſenen Contract zu erfüllen ſchuldig ſeye, und deßwegen actione inſtitoria utili belanget werden könne? wird an unten (1) angezeigtem Ort unterſucht. Der Schluß gehet dahin: Daß vorgedachte Standesperſon den von ihrem Kornſchreiber geſchloſſenen Contract, (ungeachtet deſſelben erfolgter Entlaſſung,) zu erfüllen ſchuldig ſeye, auch darzu actione quaſi inſtitoria wohl belanget werden könne.

§. 6.

Weiter: Nachdeme ich gezeiget habe, daß die Reichs-Stände in alle Wege in Contract-Sachen nach dem Röm. Recht beurtheilet werden; ſo folget daraus von ſelbſten, daß alſo auch dieſelbe nicht nur zu dem, quod Jure Naturæ, ſondern auch zu deme, quod Jure Romano Contractui ineſt, in regula gehalten ſeyen. Worzu ein Contrahent gehalten ſeye?

Aus

(1) in den Conſil. Halenſ. Tom. 2. p. 19.

Aus eben disem Principio flieſſet auch, daß, wo es auf Solennitates Juris ankommt, dieſelbige auch von denen Reichs-Ständen beobachtet werden müſſen, wann ſelbige nicht insgemein zu jezigen Zeiten dafür, daß ſie nicht auf ſie applicabel ſeyen, geachtet werden.

§. 7.

Exceptio non numeratæ pecuniæ.

Die Exceptio non numeratæ pecuniæ iſt der Würde eines Reichs-Standes auf keinerley Weiſe nachtheilig; ſondern es kan ſich ja durch Nachläßigkeit oder Bosheit derer Bedienten, oder durch einen anderen Zufall, begeben, daß ein Herr, in Hoffnung der Bezahlung, eine Quittung oder Obligation, ꝛc. von ſich ſtellt, aber das Geld nicht erhält: Warum ſollte denn ein ſolcher des beneficii Juris beraubt werden, innerhalb der vorgeſchribenen Zeit ſich zu beſchweren, daß er nichts erhalten habe.

§. 8.

Eyde.

Was die Eyde derer Reichs-Stände anbelangt; ſo müſſen forderiſt zwey ganz verſchidene Fragen nicht mit einander confundiret werden, nemlich: Ob man nicht bey Reichs-Ständen in manchen Fällen, wo von einer geringeren Perſon ein würcklicher Eyd würde erforderet werden, zufriden ſeye, daß ſelbige ſich bloß bey Fürſtlichen oder Gräflichen Ehren, ꝛc. verbinden? und 2. ob eine ſolche Verpflichtung bey Fürſtlichen oder Gräflichen Ehren, ꝛc. ſtatt eines wahren und würcklichen Eydes angenommen werden müſſe? Das erſte iſt zu bejahen, das andere aber zu verneinen. Wo alſo jenes Herkommens iſt, oder wo es beliebt wird, da bleibt es billig eben ſo wohl dabey, als im Krieg bey der Officiers-Parole: Wo aber ein würcklicher Eyd erfordert wird, da iſt man weder in noch auſſer Gericht ſchuldig, dergleichen Fürſt- oder Gräfliche Parole dafür anzunehmen, noch würde, wann man es thun wollte, und es hernach ad contradictorium käme, es denen Rechten nach ſo können angeſehen und in Gerichten darauf geſprochen werden, als ob ein würcklicher Eyd vorhanden wäre.

So vil aber die Relaxationem Juramenti betrifft, hätte forderiſt Herr Gribner den Unterſchid zwiſchen der gänzlichen Relaxation und der Relaxatione bloß ad effectum agendi nicht auſſer Acht laſſen ſollen: So dann confundirt es das Forum conſcientiæ und das Forum civile mit einander; in dem Staats-Recht wird eigentlich nur von dem lezten und von denen effectibus civilibus Juramenti gehandelt; da gilt nun der Eyd ſo lang, biß er von dem Ober-Richter in totum vel tantum relaxirt iſt, er mag nun innerlich beſchaffen ſeyn, wie er will; und wann und in ſo weit er relaxirt iſt, gilt er nicht mehr,

er

er mag nun ebenfalls innerlich beſchaffen ſeyn, wie er will. Wie ferne aber ſolches eine reſp. beeden Reichs-Gerichten gemeinſchafftliche oder dem Kayſer allein zuſtändige Sache ſeye? ſiehe in dem Staats-Recht *Tom. 4. p. 482.*

§. 9.

In Anſehung derer Bürgſchafften, Unterpfande, und was dahin gehöret, greiffet wiederum die Diſpoſition derer gemeinen Rechte, krafft des oben zu Grund gelegten univerſal-Principii, auch hier allerdings Plaz. Bürgſchafften ꝛc.

§. 10.

Und ſo iſt auch das, was bey denen Contracten derer Reichsſtände in puncto reſciſſionis & reſtitutionis ex capite doli, metus, erroris, læſionis & Legis commiſſoriæ, &c. vorkommt, nothwendig nach denen gemeinen Rechten zu entſcheiden, in ſo ferne von ſolchen nicht ſonſten überhaupt abgegangen wird. Daß ob ſalutem publicam ein Contract umgeſtoſſen werden könne, will ich zwar nicht laugnen; aber es gehöret vil darzu, wann es mit Recht ſolle geſchehen können, und läſſet ſich dißfalls nicht wohl eine Regel geben, ſondern es kommt auf die Umſtände und das darnach abzumeſſende arbitrium Judicis an: Wann aber ein Stand gegen die Landesverträge, u. ſ. w. gehandelt hat, iſt nicht nöthig, auf dergleichen Caſſation ex capite ſalutis publicæ zu verfallen; ſondern der Contract iſt null, weil der Contrahent nicht befugt ware, einen dergleichen Contract einzugehen. Reſciſion der Contracte ꝛc.

Was dann die Clauſul: Rebus ſic ſtantibus betrifft; ſo halte ich es mit SCHILTERN, daß ſich nemlich eine ſolche Veränderung zutragen müſſe, daß, unpartheyiſcher, billiger und verſtändiger Leute Ermeſſen nach, die Contrahenten ſelbſt nicht würden gewollt haben, daß der Contract, nach der ſich alſo zugetragenen Veränderung, doch noch in totum vel tantum bey Kräfften bleiben ſolle.

Daß endlich ein Reichsſtand einen mit ſeinem Unterthanen getroffenen Contract nicht ex capite plenitudinis poteſtatis, der Landeshoheit, u. ſ. w. aufheben könne, hat freylich ſeine vollkommene Richtigkeit.

§. 11.

Ein Beyſpil, da bey einem vorgegangenen Kauff das Einſtands-Recht hat ausgeübet werden wollen, gibt folgendes Reichs-Hofraths-Concluſum an die Hand: Einſtands-Recht.

24. Mart. 1650.

Sulz contra Sulz vnd Graf Friderich Rudolphen zu Fürſtenberg, in puncto caſſationis des Wunthaliſchen Kauffs, ſub præs. 24 Januarij petit, weilen er vnd ſein Bruder Chriſtoph Albig vi pactorum Familiæ bey den im vorhabenden Kauff begriffenen Dörfern intereſſirt, ſolchen Kauff vor nichtig zu halten, ihn und ſeinen noch minderjährigen Brudern bey habenden Kayſerl. Reichs-Regalien vnd zuſtehender Jurisdiction zu manuteniren, oder doch in omnem eventum, wann er ſich auf die Solennitates retractus weiſen laſſen müſte vnd die Zeit der Wiederlöſung bereits laufen ſollte, in Erwegung jeziger des Reichs höchſte beſchwerliche Obliegenheit die ad retrahendum geſezte Zeit Jahr vnd Tags ex plenitudine poteſtatis auf mehrere gewiſſe Jahr zu extendiren vnd immittels beeden Käuffern vnd Verkäuffern biß zu weitern Austrag der Sachen alle fernere Handlung zu inhibiren.

Communicetur etiam hoc dem Grafen Vlrich zu Sulz vnd Friderich Rudolphen Grafen zu Fürſtenberg als reſpective Käuffern vnd Verkäuffern.

§. 12.

Confirmation.

Daß die Contracte derer Reichsſtände ordentlicher Weiſe keiner Kayſerlichen Confirmation bedörffen, daran zweifelt Niemand: Finden aber die Parthien ſelbſt für gut, ſelbige zu ſuchen, muß es bey einem Reichs-Gericht geſchehen, welches ſolche, nach beſchehener Unterſuchung der Sache, reſp. ordentlicher Weiſe ohne ein Gutachten deßwegen an den Kayſer zu erſtatten, bewilliget.

Als aber der Churfürſt in Bayern dem Grafen Johann von Tylli die Herrſchafft Breitenegg ſchenckte, truge der Reichs-Hofrath in einem Gutachten von 1635. 8. Jan. auf die Beſtättigung diſer Donation an.

27. Oct. 1651.

Zu Werden vnd Helmſtätt Abt Heinrich per Franciſcum Mayer ſub præs. 7. & 26. huj. per Johann Graas, berichtet, was geſtalt er ſich mit Ihrer Churfürſtl. Durchl. zu Brandenburg, als Grafen von der Marck, über die bishero zwiſchen demſelben vnd ihme obſchwebende Streitigkeiten wegen der Advocatiæ territorii Werdenenſis vnd was davon dependirt, am 30. Aug. 1647. verglichen, laut beygelegter Abſchrifft ſub Lit. A. ingleichen auch die von Werden auf der Ruehr gelegene Mühl jure antichreſeos an ſich gebracht vnd darüber einen Contract aufgerichtet ſub dato Cle-

ve

ve den 1. Aug. Anno 1648. ſodann 3. das Exercitium jurisdictionis oder Gerichts zu Werden in civilibus & criminalibus, ſo von dem Prälaten dem Churfürſten zu Lehen aufgetragen worden, gegen einer gewiſſen Summa Gelds wieder cum pacto reluendi an ſich gebracht, laut darüber aufgerichten Vergleichs de dato 3. Jul. An. 1649. bittet zu mehrer der Sachen Beſtändigkeit, Ihr Kayſ. Maj. wollten diſe 3. Contractus allergnädigſt confirmiren vnd beſtättigen, in Erwegung ſelbige Sach mit der Gülchiſchen Succeßions-Streitigkeiten keine Gemeinſchafft habe.

Wann beede Theil werden einkommen, folgt alsdann weiter Beſcheid.

18. Mart. 1652.

Bleymann Hubert ſub præs. 20. Febr. nächſthin, petit confirmationem deſſen mit Herrn Landgraf Geörgen zu Heſſen-Darmſtadt über den Mechtilhauſer Bauhoff in der Grafſchafft Ebſtein getroffenen Kauffs, Apponit vidimatam copiam des Kauffbrieffs, wie auch des Herrn Landgrafen Quittung über die erlegte Kauffgelder ſub A. B.

Includatur dem Herrn Landgraf Geörgen mit der Erinnerung, wann Se. Fürſtl. Gnaden kein Bedencken haben; ſo wären Ihr Kayſerl. Maj. geneigt, die gebettene Confirmation zu ertheilen.

2. May 1652.

Bleymann Hubert; in puncto confirmationis das mit Herrn Landgraf Georgen zu Heſſen-Darmſtatt getroffenen Kauff-Contracts; ſive jeztgedachter Herr Landgraf Geörg per literas de dato 5. Martii & præs. 1. hujus ad literas Cæſareas vom 28. Mart. jüngſthin, überſchickt den abgeforderten Bericht und bittet gleichfalls um beſagte Confirmation.

Fiat.

1. Jul. 1653.

von Vehlen Graf Alexander, ſive ejus nomine Daniel Johann Puzer, berichtet de præs. 10. Juny nächſthin, was geſtalt Chur-Brandenburg ihme den Kirchſpiel Hunſe genannt, ſo er und ſeine Voreltern vor etlich hundert Jahr vor ein hypothec poſſedirt und etliche mehr Regalia, darüber er zwar allezeit inveſtirt geweſen, actualiter cedirt und überlaſſen, petit, Ihr Kayſerl. Maj. wollten ſolchen Contract gnädigſt confirmiren, zumalen Chur-Brandenburg ihr ſolches auch nit zuwider ſeyn laſſen werde.

Communicetur den Chur-Brandenburgiſchen anweſenden Abgeſandten, ob ſie wider die geſuchte Kayſerl. Confirmation einiges Bedencken nicht hätten.

Daß aber auch zuweilen vorhero ein Gutachten an den Kayſer erſtattet werde, belehret ferner diſes:

17. Nov. 1650.

von Ranzau Chriſtian der Zeit Königl. Dänemärckiſcher Abgeſandter ſub præs. 14. hujus, exponit, daß er von dem regierenden Herzog Friderichen zu Holſtein-Gottorp mit Conſens des Herrn Herzogs Bruder auch der Königl. Würden zu Dänemarck, ſodann der Herrn Herzogen Sonderburgiſchen Lini das Amt Barmbſtett, mit aller unmittelbarer Superioritât vnd zugehörigen Pertinentien zu Anfang diſes lauffenden Jahrs, ſo dann von der Königl. Würden zu Dänemarck das Gut zu Welne genannt, Steinburgiſchen Amts, neben zweyen im Kirchſpiel Kelingshauſen gelegenen Dörfern vnd etlichen darzu gehörigen Mühlen erkaufft, Petit über ſolchen Kauffbrief Kayſerl. Confirmation in optima forma allergnädigſt zu ertheilen. Apponit copias der Kauf: Wie auch darüber ertheilten Conſensbrief, ſodann ein Schreiben von Herrn Herzog Friderichen zu Hollſtein-Gottorff de pr. 18. Sept. darinnen derſelbige gleichfalls um Confirmation des über das Gut Brambſtett getroffenen Contracts anhält.

Dicatur Suæ Cæs. Majeſtati loco voti. Weilen nit allein die Kauff- ſondern auch die Conſensbrief der intereſſirten Agnatorum vorhanden, als wäre dem Supplicanten mit der gebettenen Confirmation zu willfahren, jedoch weilen das Amt Barmbſtett zu der Grafſchafft Pinneberg gehörig geweſen vnd dieſelbe vor ein Reichslehen gehalten werden wollen, ſo ſeye das Dubium vorgefallen, ob nit die clauſula ſalvo jure directi dominii & cujuscunque, darzuzuſezen; demnach aber die quæſtio an fuerit feudum? jederzeit ſtrittig geweſen, auch noch unerörtert, vnd durch ſolche Clauſul dem Supplicanten nicht wenig präjudicirt würde, ſo ſeye per majora dafür gehalten worden, es möchte diſe Clauſul (jedoch vns vnd dem heil. Reich vnd ſonſten menniglichen ohne Nachtheil vnd Schaden) beygeruckt werden.

*

Ihrer Kayſ. Maj. im Geheimen-Rath vorgebracht, vnd von derſelben geſchloſſen worden, wie gerathen und ſolle die Clau-

Clauſula: jedoch uns und dem Reich und ſonſt menniglich an ſeinen rechten unnachtheilig und unſchädlich, bey beyden Confirmationibus inſerirt werden.

Bey Confirmation eines gewiſſen wichtigen Vergleichs forderte das Reichs-Hofcanzley-Taxamt 2. von 100.

§. 13.

Nun ſollte ich auch etwas von denen einzelnen Gattungen deren Contracte melden; ich will mich aber nicht lang dabey aufhalten. Mutuum.

Anno 1746. 3. Maji kame beym Reichs-Hofrath diſes zum Protocoll:

„Zu Holſtein-Plön, Herr Herzog Friderich Carl, in puncto Confirmationis contractus mutui, ſive von Hatten, Carl Chriſtian, Chriſtian Ulrich Stoltenberg und Wolfgang Chriſtian Adolf Wedel, ſub præs. 28. Apr. a. c. übergeben per à Gay allerunterthänigſte Anzeige eines beſagtem Herrn Herzogen dargeliehenen Capitals ad 20000. Rthl. mit Bitte, pro clem. confirmatione contractus mutui. appon. Lit. A.

Fiat petita Confirmatio, ſalvo jure Tertii.

Bey dem Herrn von Ludewig (1) findet ſich diſes: Hat ein Kauffmann, auf vilfältiges Anhalten eines Reichsfürſtens, ihme 100000. Rthler vorgeſezet: Weil aber der Anleiher aus ſeinen Büchern gewiſen, daß er ſelbſten in ſeiner Verkehrung 10. und 12. von 100. verzinſe, mithin, ohne eigenen Verluſt zu leiden, wenigſtens 12. von 100. an uſuris oder Wucher gereichet werden müßten, iſt ihme auch diſe Summa der 12. von 100. jährlich verwilliget wordet: Als nun mit der Bezahlung es ſich verzogen, und die Sache an den höchſten Reichs-Gerichten klagbar worden, haben die Fürſtliche Räthe die Ausflucht in verbotenem übermäßigen Wucher geſuchet, womit es dann auch zum ordentlichen Proceß gediehen. Bey ſolchen Umſtänden nun wurden die JCti zu Halle über die Frage: Was diſſfalls Rechtens? um ein Gutachten erſucht; Sie hielten davor: Daß auf dergleichen mit Wechslern und Geldhändlern verſchribene 12. pro Cent Intereſſe die Beſchuldigung übermäßigen Wuchers keine ſtatt habe, und weder den Rechten noch einer wohleingerichteten Policey zuwider zu halten ſeye.

Das meiſte kommt auch hiebey darauf an: Ob die Reichsſtände an die gemeine Rechte, ins beſondere an die Reichs-Abſchide, gebunden ſeyen? Da nun die affirmativa oben überhaupt dargethan

(1) in ſeinen gelehrt. Anzeig. Tom. 2. p. 221.

worden, und wegen des Mutui nirgendswo eine Exception gemacht iſt; ſo bleibt es bey der Regel. Der Einwurff: Die Stände machen die Receſſe ſelbſt; ergo ſind ſie nicht dadurch obligirt, iſt lächerlich. Die Churfürſten machen auch die Capitulation, und ſeynd deßwegen doch daran verbunden. Eo ipſo, da die Reichsſtände begehren, daß ſolche Reichsabſchide denen Reichs-Gerichten von dem Kayſer als eine allgemeine Norm in allen dahin erwachſenden Geſchäfften inſinuirt werden ſollen, und ihre Angelegenheiten von diſer Art nicht davon ausnehmen; willigen ſie darein, daß auch darinn darnach geſprochen werde. Daß der Reichs-Hofrath jemals 10. oder 12. pro Cent als Zinſen ex mutuo habe paßieren laſſen, weiß und glaub ich nicht. Wohl hätte es geſchehen können, daß, wann jemand dargethan hätte, daß ihme entweder ſo vil Intereſſe entgangen, oder ſo vil Schaden zugewachſen ſeye, ihme ein gleiches zugeſprochen worden wäre; das wären aber ſo dann keine Zinſen und wie vorſichtig auch in ſolchem Fall der Reichs-Hofrath verfahre, belehret das den 26. Mart. 1727. in cauſa derer Gebrüdere *Lotticchiorum* contra den Herrn Biſchoffen zu Augſpurg und deſſen Regierung ergangene Concluſum, darinn es unter anderem heißt: „Belangend die 10000. fl. Handelsgewinſt, wann Impetranten, 1. daß ſie zu handlen pflegen, und ferner handlen wollen, auch 2. daß ſie darinnen, und wie vil ſie, nach Gelegenheit und Zeit, gewonnen und 3. was dieſelbe darzu anzulegen, und woher ſie die Mittel zu nehmen gemeint geweſen, auch wie ſie 4. gewiſſenhafft zu erhalten getrauen, daß ihnen bey denen 10000. fl. nicht ein ſonderbarer Schade begegnen und abbrüchig ſeyn können? eigentlicher vorſtellig machen werden; ſo ergehet darauf, nach Befinden, was Recht iſt.„ Daß der Kayſerliche Hof offt ſelbſt mehr Intereſſe gibt, macht die Sache gar nicht aus; dann nicht deſſen privat-Handlungen, ſondern die Reichs-Geſeze, ſeynd zur Norm vorgeſchriben, und es iſt nicht die Frage: Was geſchehe? ſondern: Wie geſprochen werden müßte, wann eine ſolche Sache zur Contradiction käme, und an ein Reichs-Gericht gelangte? Wann ein Kauffmann ſelbſt ſo vil gibt, berechtiget ſolches ihn noch keineswegs, auch wieder ſo vil zu nehmen; dann 1. alſo hat der Kauffmann und ſein Creditor gefehlt, & habeat ſibi, daß er ſo vil gegeben, zumalen wann es Zinſen ſeyn ſollen; 2. ein anderes iſt, wann ein Kauffmann ſchnell, oder auf kurze Zeit, Geld braucht, oder mit ſolchem Geld offenbar wieder mehr gewinnen kan, oder wann er Gelder auf kurze Zeit weggibt

und

und gewärtig ſeyn muß, daß ſie ihm hernach einige oder geraume Zeit todt in Caſſa da ligen, oder wann er etwas riſquiren und gewärtig ſeyn muß: Ob er Profit oder Schaden davon habe? ein anderes, wann er ſein Geld als ein ordentliches Capital, auf eine unbeſtimmte oder doch nicht gar kurze Zeit, gegen genugſames Unterpfand, herleihet; in jenen Fällen kan freylich mehr paßieren, in dem lezteren aber keineswegs mehr als 5. oder etwa 6. pro Cent.

§. 14.

Andere Contracte.

Was GRIBNER, RHETIUS, SCHILTER, &c. von dem Depoſito, und bey diſer Gelegenheit von dem Sequeſter, ingleichem von Pfändern und Verpfändungen, von geliehenen Sachen, von Pachtungen, von Kauffen und Verkauffen, von Geſellſchafften, u. ſ. w. melden, kommt theils anderwärts in diſem meinem Werck vor, theils enthält es nichts beſonderes, theils laufft es bey Herrn GRIBNERN darauf hinaus: Sunt circa hos Contractus non pauca Jure Romano præter naturalem rationem conſtituta, quæ ad Contractus Principum referri nequeunt, niſi, ſe eo jure uti velle, declaraverint; welches aber bereits zur Genüge widerlegt worden iſt.

Kurz: An alle Gattungen Contracte, die ein R. Stand mit ſeinen Unterthanen, oder Fremden, in der Eigenſchafft eines Regentens, oder einer privat-Perſon, ſchlieſſet, iſt er in ſo weit gehalten, als ein jeder Anderer, und kan allenfalls deßwegen vor einem R. Gericht belanget werden.

§. 15.

Schenckungen.

Von denen Schenckungen, die ein Gemahl ſeiner Gemahlin thut, iſt das teutſche Familien-Staatsrecht nachzuſehen.

Der Reichs-Hofrath hat die angebliche Pfalz-Zweybrückiſche Wittwe, Gräfin von Hofmann, angewiſen, mit ihres prätendirten Gemahl Creditoren wegen der Gültig- oder Ungültigkeit derer ihr (wie ſie geſagt,) geſchehenen Schenckungen ſich vor einer Kayſerlichen Commißion ein- ſo dann aber Imparciales darüber ſprechen zu laſſen.

Bey Herrn Canzler BOEHMER (1) findet ſich eine Rechtsbelehrung, welche eben diſen Fall betrifft. Das (augenſcheinlich von der Gräfin von Hofmann an die Hand gegebene) Factum lautet alſo: Hat Auguſtus, ein vornehmer Reichsfürſt, ſo bey Antritt der ihm an-

(1) in Conſult. & Decis. Vol. 1. Part. 2. p. 518.

angefallenen Länder nicht die geringſte Mobilia vor ſich gefunden, und mit ſeiner Gemahlin keine Fürſtliche Kinder und Erben erzeuget, an ſeine Fürſtliche Gemahlin in Anno 1725. eine Donation gethan, auch, zu Ablehnung alles widrigen Verdachts, etliche Jahre hernach eine Abſchrifft von dem Donations-Reſcript an ſein Fürſtlich Regierungs-Collegium mit einem Reſcript, darinn er ſich weiters erklärt, nicht nur überſchickt, ſondern auch das in dem Donations-Schein bemerckte Inventarium errichten laſſen, ſelbiges eigenhändig unterſchriben und beſigelt, ꝛc. über diß bey ſeiner lezten Kranckheit Dero Gemahlin die Schlüſſel zu demjenigen Kuffer, darinn er die Baarſchafften zu verwahren pflegen, mit darzu gelegtem eigenhändig geſchribenen Billet, wohl-eingewickelt zugeſtellt. Sind nun nach deſſen Tod Land und Leute an den nächſten Agnaten, dasjenige aber, ſo in eben erwehnter Donation nicht begriffen, an den noch näheren Cognaten, verfallen, wobey ſich auch verſchidene Schulden hervorgethan, die jedoch mehrentheils im leztern Jahre aufgeſchwollen, oder doch nach bereits geſchehener Donation allererſt contrahiret worden; dahingegen, wo nicht die meiſten, jedoch ein ſehr groſſer Theil, der Landesrevenüen, abſonderlich die Fruchtzehenden und der Wein, weil der Todesfall kurz nach Ablauff des Auguſti erfolget, annoch unerhoben geweſen; dahero bey diſer Succeßionsſache unterſchidene Dubia vorgefallen; weßwegen zum 1. gefragt worden: Ob die gedachten Donation inter vivos oder mortis cauſa zu achten? reſp. Daß die qu. Schenckung als eine Donatio inter vivos anzuſehen ſeye. Qu. 2. Ob die unter die im Inventario befindliche Rubriquen nicht mit eingetragene Stücke, ſo nachhero angeſchaffet worden, in ſothane Donation mit gehören? reſp. Es ſeyen auch diejenige Stücke, ſo nicht in das Inventarium eingetragen und hernach erſt angeſchafft, ſub Donatione mit begriffen. Qu. 3. Ob ſolchem nach die Donation alles dasjenige begreiffe, was in Jure unter dem generalen Wort: *Mobilia*, verſtanden und denen Immobilibus und Actionibus entgegen geſezet werde, mithin der würckliche Vorrath an Wein, Früchten und Gelde, und das auf denen Schäff- und Melckereyen vorräthige Vieh darunter mit begriffen ſeye? reſp. Es ſeye zwar zu denen genannten Effecten das baare Geld und was in Inventario ſpecificirt, oder denen ſpecificirten gleich ſeye, zu referiren, der Vorrath aber an Wein, Früchten und Vieh auf denen Schäff- und Melckereyen, auszuſchlieſſen.

Einige fernere Beyſpile geben folgende Reichs-Hofraths-Concluſa an die Hand: 15. Oct.

15. Oct. 1550.

Johann Goldſchmidt Oſtfrieſiſcher Rentmeiſter, vmb Confirmation ettlicher Donation, Jme von den Grauen zu Oſtfriesland Graue Eberharten, Enno vnd Johann gegeben, vnd anderer dazu erkaufften Güeter. Mit beiligenden Copien der Donationen mit A. vnd B. verzaichnet.

Iſt Confirmation der Donation in forma communi & cum clauſula: ſalvo jure erkannt.

9. Aug. 1635.

zu Dennemarck König ſive ablegatus ſuus Friderich Günther, petit Confirmationem Donationis à Rege in Filium nominatum Vlrich Chriſtian Guldenlaw ſuper duobus dominiis Zybuel vnd Galentin in Meckelnberg factæ. Apponit vidimatam Copiam derſelben Donation.

Dicatur dem Abgeordneten, wann der ander Thail gleichfalls vmb die Confirmation werde einkommen, daß alsdann Ihre Kayſerl. Majeſtät ſich ferner allergnedigſt erklären werde.

21. Nov. 1650.

Schwarzkopff Johann, Doctor, Confirmationis donationis & privilegiorum per litteras ad Imperatorem ſub dato Wolfenbüttel 26. Sept. & pr. 12. hujus, berichtet, was geſtalt von dem Herrn Herzogen Auguſto zu Braunſchweig vnd Lüneburg ihme unterſchiedliche ſowohl Lehen als allodial-Güter abgetretten vnd geſchenckt worden ſeind, mit vnterſchiedlich in dem memorial begriffenen privilegien, zu welchen Güttern er auch vnterſchiedliche erkaufft vnd noch ins künfftige darzu zu erlangen hoffet. Pittet um ein Kayſerl. Diploma, Confirmation vnd Schuzbrief, vermög welches ihne niemand via facti darinn turbiren oder moleſtiren, ſondern daß alldiejenige, ſo wider Jhne Anſpruch zu haben vermeinten, daſſelbe via juris vnd für den hohen Gerichten des Fürſtenthums Braunſchweig Wolfenbütteliſchen Theils fürnehmen ſolle, cum annexa pœna in contravenientes 60. oder 30. Marck löthigen Golds. Apponit vidimirte Copias über oberwehnte donationes vnd privilegia.

Includatur dem Herrn Herzogen vmb Bericht.

Daß ein Stand des Reichs etwas, darüber er nicht befugt iſt, zu teſtiren, denen Intereſſenten auch nicht per Donationem inter Vivos entziehen könne, hat zwar vorjin, denen Rechten nach, ſeine Richtigkeit; indeſſen iſt es doch in einigen Diſpoſitionen, u. d. zum Ueberfluß verſehen worden.

Iſt hingegen eine ſolche Donatio inter vivos zu Recht beſtändig; ſo muß derſelbigen auch Folge geleiſtet werden. Z. E.

Mercurii 2. Dec. 1767.

zu Schwarzburg-Sondershaußen verwittibte Frau Fürſtin Eliſabeth Albertine contra den Herrn Herzog zu Sachßen-Coburg-Saalfeld als Erben des Herrn Fürſten Heinrichs allodial-Verlaſſenſchafft in puncto donationis inter vivos; ſive implorantiſcher Anwald Hermann ſub præſ. 12. Novembris noviſſimi überreicht allerunterthänigſte Klage ſamt Bitte: pro clem. decernendo Reſcriptum de præſtando donationem factam inter vivos cum uſuris & refuſione damni ac Expenſarum S. C. cum adj. ſub Lit. A. usque L. incluſive in duplo.

Idem ſub præſ. eod. legitimando ſe ad acta ſupplicat pro clem.ma procuratorii communicatione ac reſpective regiſtratione. appon. mandatum procuratorium in duplo.

1. Cum Incluſione Exhibiti de præſ. 12. Novembris 1767. fiat gegen den Herrn Herzogen zu Sachßen Coburg-Saalfeld petitum Reſcriptum cum termino duorum menſium. Et
2. Communicetur eidem ſimul partis impetrantis mandatum procuratorium altero Exemplari ad acta repoſito.

* * *

Unter die ſelten vorkommende Geſchichten darff man rechnen, was Herr H. R. Schmauss (1) von Erz-Biſchoffen Paris zu Salzburg meldet; nemlich, Er habe kurz vor Seinem An. 1653. erfolgten Tod der Landſchafft 200000. fl. geſchenckt.

Weiter halte ich dafür, wann ein Privatus einem Reichs-Stand etwas ſchenckt; ſo bedörffe es zwar keiner Inſinuation, aber nicht deßwegen, weil ein Landes-Herr diſe Verordnung des Röm. Rechts in ſeinem Land gar aufheben könne, (dann, wann ſolches geſchichet, müſſen freilich die Reichs-Gerichte nach dem Jure provinciali ſprechen; wann und ſo lang es aber nicht geſchichet, ſeynd ſie auf das Jus commune gewiſen,) ſondern weil ein Reichs-Stand in Sachen, ſo die Landes-Hoheit betreffen, ordentlicher Weiſe Jura Majeſtatica hat, und alſo in ſo ferne wohl von dem Principe Romano auf einen Reichs-Stand geſchloſſen werden kan: Weil aber doch die Reichs-Stände auch in dergleichen Fällen einen Richter zu erkennen haben; ſo müſſen ſie freilich, wann ſich ein Contradictor findet, Red und Antwort deßwegen geben.

Was

(1) In ſeinem Staat von Salzburg. p. m. 129.

Was hingegen die Schenckungen, ſo Reichs-Stände ſelber thun, anlanget; halte ich es in alle Wege mit denen, welche glauben, daß das Römiſche Recht durchaus nicht auf ſie applicabel ſeye, die Schenckung ſeye geſchehen, wem ſie wolle, weil zwiſchen dem Vermögen eines Römiſchen Burgers und eines Reichs-Standes, und zwiſchen denen Gerechtſamen der lezten und erſten über ihr Vermögen, ein aus der ganz differenten Staats-Verfaſſung beeder Reiche herflieſſender ſo groſſer Unterſchid iſt, daß man der Würde eines mit ſo hohen Vorrechten in Anſehung ſeiner Perſon und Güter begabten Reichs-Standes vil zu nahe tretten würde, wann man ſelbige hierinn mit einem Römiſchen Burger in Gleichheit ſezen wollte; zumalen da unlaugbaren Reichs-Herkommens iſt, daß die Reichs-Stände in ruhigem Beſiz ſeyen, ihre Schenckungen nicht inſinuiren zu laſſen.

Was aber die Revocation der Schenckung eines Reichs-Standes ex capite utilitatis publicæ anbelangt, ſo bin ich der Meinung: Entweder hat ein Reichsſtand freye Hand gehabt, die verſchenckte Sachen überhaupt zu alieniren, oder nicht: Lezteren Falles hat er ſie auch nicht verſchencken können; erſteren Falles hingegen kan ich nicht finden, daß er zwar befugt geweſen wäre, ſie z. E. zu verkauffen, und mit dem Erlös daraus nach Belieben zu verfahren, nicht aber eben ſo wohl, ſie zu verſchencken: Hat er ſie nun aber alieniren, mithin auch verſchencken, können; ſo hat auch keine Revocatio ex capite utilitatis publicæ ſtatt.

§. 16.

In Anſehung des Gerichtsſtandes derer Reichsſtände in dergleichen Sachen läſſet ſich nichts beſonderes ſagen; ſondern ſie gehören ebenfalls an die Orte, allwo Reichsſtände, bewandten Umſtänden nach, in erſter Inſtanz belanget werden können und müſſen. Gerichtsſtand.

§. 17.

Diſem bißherigen will ich noch folgende vermiſchte Anmerckungen beyfügen. Noch einige Anmerckungen.

Verſchidene Stände des Reichs haben in ihren Teſtamenten ihre Nachfolgere verbunden, ihre geſchloſſene Contracte bey Kräfften zu erhalten, und ſelbigen nachzuleben. Siehe unten Cap. 10.

In Sachen: Corvey contra Chur-Cölln, einen Wiederkauffcontract betreffend, entſtunde bey dem Cammergericht die Frage: Ob, ohne Production der Originalien, auf ſchlechte Copien, definitive zu

ſprechen ſeye? und es wurde auf Producirung derer Originalien geſprochen. (1)

Der Freyherr von CRAMER (2) hat ferner unterſucht: Ob der R. Abſch. *1551. §. 79.* (vermöge deſſen keine von einem Chriſten an einen Juden ausgeſtellte Obligation gelten ſolle, es ſeye dann ſolche vor der ordentlichen Obrigkeit des contrahirenden Chriſtens errichtet,) auch von Perſonis illuſtribus zu verſtehen ſeye? und es verneint.

Weiter findet man bey ihme (3) den Saz: Wenn Unterthanen ihre Herrſchafften aus einem Contract belangen, oder wann der Fiſcus gegen die Unterthanen aus einem Contract agirt, iſt der Herrſchafft der via facti ſo wenig, als denen Unterthanen, erlaubt, ſondern die Sache iſt bloß gerichtlich auszumachen, mit Cameral-Urtheln belegt.

Auch (4) iſt der Saz von ihme ausgeführt: Donatio inter Vivos à Minorenni, etſi Perſona illuſtri, ſine conſenſu Curatoris facta, ipſo iure invalida eſt, und mit einer Cameral-Urthel von 1755. beſtärckt.

Von Streitigkeiten, welche zu einem Proceß am Cammergericht erwachſen ſeynd, wegen eines von dem Biſchoffen zu Straßburg mit einigen Perſonen An. 1731. errichteten Bergwercks-Beſtands-Contracts, ſehe man gleichfalls den Freyherrn von CRAMER. (5)

Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg hatte An. 1746. einem von Wenckſtern erlaubt, den Herrſchafftlichen verpfändeten Hof Roggentin einzulöſen, auch ihme verſprochen, ihne 30. Jahr lang dabey zu laſſen: An. 1771. 20. Apr. aber erkannte das Cammergericht dennoch (6): Daß er ſchuldig ſeye, das Gut, gegen Auszahlung des Pfandſchillings, und was ihme ſonſt etwa noch, prævia liquidatione, zu gut kommen möchte, an die Herzogliche Renteammer abzutretten, auch die von 1761. (als der Zeit der Aufkündigung des Pfandcontracts,) mehr als die Zinſen von dem Pfandſchilling betragende und erhobene Nuzungen, nach vorgängig-gleichmäßiger Liquidation, zu erſtatten.

§. 18.

Fall zwiſchen Holſtein und Görz.

Noch will ich eines diſe Materie erläuterenden Falles gedencken. Anno 1714. nemlich verſchriebe die Holſtein-Gottorffiſche Vor-

(1) v. Freyh. von CRAMER Nebenſt. 86. Th. 149. S.
(2) in ſeiner Wezlar. Beyträg. 2. Theil, 93. S.
(3) in ſeiner Nebenſt. 2. Th. 150. S.
(4) Obſ. 61. Tom. I. p. 218.
(5) Obſ. 1384. Tom. 5. p. 618.
(6) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 116. Theil, S. 527.

Vormundſchafft G. H. Freyherrn von Görz 4500. Rthl. jährliche Gefälle aus dem an ihne wiederkäufflich überlaſſenen Amt Reinbeck: Der Herzog von Holſtein-Gottorff wollte aber nachhero an diſen Contract nicht gehalten ſeyn; dahero die Görziſche Erben An. 1740. an das Cammergericht giengen, und, weil der Glaubiger nicht zum Beſiz gekommen ware, um ein Mandatum di- & immiſſoriale S. C. baten, es auch erhielten.

Als der Proceß zu Ende gienge, machten die Görziſche Erben eine „ſuccinctam Status cauſæ expoſitionem„ bekannt (1), darinn folgende Fragen unterſucht wurden: 1. Ob der Wiederkauffscontract und die Liquidation der Schuld zu Recht beſtändig ſeye, oder diſſfalls noch eine weitere Liquidation geſchehen müſſe? 2. Ob diſes Wiederkauffscontracts und habender Anforderungen halber an dem Cammergericht ein Mandat geſucht werden können, und deſſen Jurisdiction hierinn gegründet ſeye? 3. Ob nicht vilmehr diſe Sache vor die Austräge, oder 4. vor das Forum Adminiſtrationis geſtæ zu verweiſen ſeye? 5. Ob nicht das Forum præveniret worden ſeye? 6. Was in Anſehung der Hauptſache ſelbſt von denen gegentheiligen weiteren Einwendungen und Gegen-Forderungen zu halten ſeye, und ob durch ſolche die geſuchte Di- und Immiſſion in die verkauffte Gefälle des Amts Reinbeck verhindert, oder die Bezahlung der diſſeits liquidirten Forderungen aufgehalten werden könne? Es kommt dabey manches vor, ſo auch in theſi einen Nuzen hat.

§. 19.

Uebrigens iſt in dem Tr. von der R. Stände Landen von Verpfänd- und Veräuſſerung derer Lande und Gefälle, und in dem T. Familien-Staatsrecht von denen in das Fideicommißweſen einſchlagenden Sachen das mehrere nachzuſehen. Mehreres remiſſive.

Neuntes Capitel.

Von Verbrechen.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Verbrechen, was hier? §. 3. Gattungen. §. 4. Staats-Verbrechen. §. 5. Juſtiz-Verbrechen.

(1) v. meines l. Sohnes Samml. der neueſt. Deduct. 8. Theil, 241. S.

chen. §. 6. Lehens-Verbrechen. §. 7. Regiments-Verbrechen. §. 8. Privat-Verbrechen. §. 9. Grade. §. 10. Gerichtsſtand. §. 11. Art, zu verfahren. §. 12. Strafen. §. 13. Praxis. §. 14. Mehreres *remiſſive.*

§. 1.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften:

à BELLMONT (Phil. Franc.) Diſſ. de iure puniendi Principem, in proprio vel alterius Territorio delinquentem. Erfurt, 1717. 4.

CRAMER (Joh. Ge.) de Delictis & Pœnis Statuum Imperii Rom. Germ. Franckfurt an der Oder, 1728. 4. Leipzig, 1738. 4.

de CRAMER (Joh. Ulr. L. B.) de Jurisdictione Cæſaris in cauſis criminalibus Immediatorum; in ſeiner *Opuſc. Tom. 4. n. 23. p. 530.*

MEISTER (Chriſt. Frid. Ge.) oder der Reſp. Juſt. Ad. Voigt, de iure, quod in Delictis Perſonarum illuſtrium obtinet. Göttingen, 1748. 4.

à NEUMANN (Joh. Frid. Wilh.) de Delictis & Pœnis Principum. Franckfurt, 1753. 4.

TREUER (Gottl. Sam.) Progr. de iure criminali publico cautiſſime dijudicando. Göttingen, 1740. 4.

§. 2.

Verbrechen, was hier? Verbrechen derer Teutſchen Reichsſtände heiſſen hier ſolche Handlungen derſelbigen, welche von Rechtswegen nicht ungeſtraft bleiben ſollten.

§. 3.

Gattungen. Herr VOIGT hat ſelbige artig eingetheilt in Delicta Principum, quibus læduntur 1. Subditi, 2. Æquales, 3 Superiores: Gleichwie aber, nach meiner Abſicht, das Zweyte in das Teutſche nachbarliche Staatsrecht gehöret; alſo gefället mir doch noch beſſer die Eintheilung in 1. Staats- 2. Juſtiz- 3. Lehens- 4. Regiments- und 5. privat-Verbrechen.

§. 4.

Staatsverbrechen. Staatsverbrechen ſeynd, wann ein Reichsſtand entweder gegen ausdrückliche Reichsgeſeze, oder andere Reichs-Schlüſſe, oder ſonſten überhaupt gegen ſeine dem Kayſer und Reich ſchuldige Pflichten, auf

auf eine Weiſe handelt, die nach beſagten Reichsgeſezen, oder dem Reichs-Herkommen, nicht ungeahndet verbleiben kan.

Dahin gehöret, wann ein Reichsſtand die Kayſerliche Majeſtät beleidiget, wider den Kayſer oder das Reich Bündniſſe ſchließt, es mit erklärten Reichsfeinden hält, denen Kayſerl. Avocatorien nicht gehorchet, den Land- Religions- oder Weſtphäliſchen Friden bricht, gegen die Reichsſchlüſſe in Münz- Policey- Religions- oder anderen Sachen handelt, u. ſ. w.

Im Reichs-Hofraths-Protocoll finde ich diſes:

26. Maji 1634.

von Gimenich, Johann, Reichs-Ehrenhold, accuſat den Herzogen zu * * * criminis læſæ Majeſtatis, petit, ſe admitti ad proſequendum actionem.

Ad Acta.

Wie in einem Reichs-Hofraths-Gutachten von 1758. 27. Mai. ein groſſer Reichsfürſt des Criminis Rebellionis hat beſchuldiget werden wollen, iſt an unten (1) angezeigtem Ort nachzuſehen.

§. 5.

Juſtiz-Verbrechen ſeynd, 1. wann ein Reichsſtand derer höchſten Reichsgerichte Erkenntniſſen, zumalen denen, darinn ihme bey einer gewiſſen Strafe befohlen wird, etwas zu thun oder zu laſſen, nicht nachlebet, deren Vollzug ſich widerſezet, die Reichsgerichte ungebührlich antaſtet, u. ſ. w. Allerley davon kommt in dem Tr. von der Teutſchen Juſtizverfaſſung vor. Juſtiz-Verbrechen.

2. Wann ein Regent ſich ſeiner Landeshoheit in Juſtizſachen auf eine unverantwortliche Weiſe mißbrauchet; davon aber der Tr. von der Landeshoheit in Juſtizſachen nachzuſehen iſt.

§. 6.

Lehensverbrechen ſeynd, wann ein Reichsſtand, der vom Kayſer und Reich, oder auch von einem Reichsmitſtand, etwas zu Lehen träget, einen ſtrafbaren Lehensfehler begehet: Das mehrere davon ſehe man in dem Tr. von der Teutſch. Lehens-Verfaſſ. Lehens-Verbrechen.

§. 7.

Regiments-Verbrechen ſeynd, wann ein Reichsſtand ſich ſeiner Landeshoheit, durch Unterlaſſung deſſen, was er thun ſollte, oder Begehung deſſen, was er nicht thun ſollte, ſich ſo mißbraucht, daß es von Kayſerlichen obriſt-richterlichen Amtes wegen nicht ungeſtraft gelaſſen Regiments-Verbrechen.

(1) in der neuen Staatscanzl. 8. Theil, 19. S.

laſſen werden kan. Davon handelt mein Tr. von der Landeshoh. überhaupt, Cap. 19.

§. 8.

Privat-Verbrechen. Privat-Verbrechen endlich ſeynd diejenige widerrechtliche Handlungen eines Reichsſtandes, die auch eine jede andere privat-Perſon begehen kan, z. E. Mord, Nothzüchtigung, Ehebruch, Vilweiberey, andere öffentliche Aergerniſſe, u. ſ. w.

§. 9.

Grade. Gleichwie es ſich aber bey privat-Perſonen ſo verhält, daß nicht alles, was ſtrafbar iſt, deßwegen auch in einerley Grad ſtrafbar iſt, ſondern ein Verbrechen, denen Rechten nach, ungleich härter oder gelinder beſtrafet werden kan und muß; eben ſo verhält es ſich dann auch mit denen ſtrafbaren Handlungen derer Teutſchen Reichsſtände.

§. 10.

Gerichtsſtand. Der Ort, wo dergleichen Verbrechen unterſuchet und beſtrafet werden, ſeynd entweder 1. der Reichsconvent, oder 2. die höchſte Reichsgerichte, oder 3. beyde in ſeiner Maaſſe, z. E. in Achtsſachen; da ein Reichsgericht den Proceß inſtruirt, der Kayſer und das Reich aber alsdann die Urtheil fällen.

Ob und wie ferne R. Stände wegen ihres privat-Lebens einer Gerichtbarkeit und Straffe unterworffen ſeyen? iſt nicht ſo ausgemacht: Man hat Exempel, aber wenige und von nicht allzumächtigen. Indeſſen iſt ein Kayſer, als Reichs-Oberhaupt, allerdings befugt, wann ein Reichs-Stand es arg macht, Sich ſeines Anſehens gegen ihme, nach Umſtänden, zu bedienen und ihne einzuſchräncken.

In einem Reichs-Hofrathsgutachten von 1647. 11. Maji habe ich angetroffen: Daß, als ein Marckgraf von Brandenburg um Legitimation ꝛc. ſeines Vettern auſſer der Ehe erzeugten Kinder angehalten, der Reichs-Hofrath darauf angetragen habe, daß das Geſuch von Rechtswegen dem Reichs-Hof-Fiſcalen zu communiciren ſeye, weilen ſie auf eine inceſtuoſe Art erzeuget worden ſeyen.

Auſſer allem Streit aber iſt, daß, wann Land-Stände und Unterthanen, in Corpore oder einzeln, darüber, oder über andere privat-Verbrechen, z. E. einen Mord ꝛc. klagen, das Kayſerliche obriſt-richterliche Amt darinn allerdings vollkommen Plaz greiffet.

So auch, wann dritte Perſonen um Satisfaction, Alimentation, u. d. bitten. (1)

§. 11.

(1) ſ. Staatsſchrifft. unter K. Franz, 1. Theil, S. 573.

§. 11.

Art, zu verfahren.

Wird nun etwas dergleichen auf dem Reichsconvent von Kayserlichen Amts wegen anhängig gemacht, oder auch von denen Interessenten klagend angebracht; so gehet die Sache ihren gewöhnlichen Gang, wie in andern Comitial-Materien auch: Die Stände erstatten nemlich ein Gutachten an den Kayser: Genehmiget Er es, so verbleibt es dabey; wo nicht, so beruhet die Sache auf sich, oder man pfleget weitere Handlungen.

Wann aber eine solche Sache an einem Reichsgericht verhandelt wird, ist der ordentliche Weg, daß das Gericht den Reichsfiscal excitirt, welcher so dann Amts-halber klagt, worauf, wie in anderen Rechtssachen auch, biß zur Urtheil und deren Vollziehung verfahren wird:

Oder der Beleidigte klagt selbst, und es wird so dann darinn, wie in anderen ordentlichen Rechtssachen, verfahren;

Oder die Sache wird auch durch eine Kayserliche Commißion verhandelt; und zwar entweder schlechthin, wie andere Commißionen auch geführet werden; wie also z. E. eine Kayserl. Commißion gegen einen jungen Grafen Fugger, puncto inculpati Homicidii, um das Jahr 1742. angeordnet wurde:

Oder es wird ausdrücklich gemeldet, daß die Commißion criminaliter verfahren, und den Inquisiten ad articulos vernehmen solle, etc. dergleichen An. 1770. einem regierenden Reichsgrafen begegnet ist. s. Cap. 7.

Eine Capitulation, darauf Herzog Ulrich zu Würtemberg, nach dem Smalkaldischen Krieg, mit Kayser Carl V. ausgesöhnet worden ist, von 1547. 3. Jan. ist beym Lünig (1) zu lesen: So auch eine dergleichen Capitulation von 1547. 27. Jan. nebst anderen darzu gehörigen Urkunden, zwischen Kayserlichen Commissarien und Graf Conraden zu Tecklenburg. (2)

§. 12.

Straffen.

Daraus folget nun natürlicher Weise, daß es also auch allerley Gattungen von Strafen derer Teutschen Reichsstände gibt.

1. Die höchste ist die Reichs-Acht, welche den Verlust der Ehre, aller Lande und Güter, wie auch des Reichs Schuz und Schirms, nach sich ziehet. So dann gehöret 2. hieher die Privation

(1) im R. Archiv, Part. spec. Contin. 2. unter Würtemberg, p. 733.
(2) l. c. Spicil. secul. 1. Theil, S. 30. u. f.

tion derer Regalien bey denen Geiſtlichen, 3. die perſönliche Gefangenſchafft, 4. die Suſpenſion von Siz und Stimm auf Reichs- oder Craystägen, 5. die Suſpenſion von der Landesregierung, 6. der Verluſt eines einzelnen Rechtes, 7. die Suſpenſion von einem einzelnen Recht, 8. die Confiſcation gewiſſer Güterſtücke, Münzſorten ꝛc. 9. Geldſtrafen, 10. perſönliche Abbitten, etc.

Von Lebensſtrafen haben wir in neueren Zeiten kein Exempel, als das, da Kayſer Carl V. dem gefangenen Churfürſten Johann Friderichen zu Sachſen den Kopf abgeſprochen, doch diſe Urthel nicht vollzogen hat; auch iſt bekannt, daß der Kayſer es allein für ſich und im Krieg gethan hat.

Von perſönlicher Gefangenſchafft hat man (auſſer denen Beyſpilen, wogegen ſich Einwendungen machen laſſen, z. E. Landgrafens Philipps zu Heſſen, Churfürſtens Philipps Chriſtophs zu Trier, ꝛc.) das bekannte Exempel von Herzog Johann Friderich dem Mittleren zu Sachſen, der wegen der ſich zugezogenen Reichsacht lange Jahre biß in ſeinen Tod gefangen gehalten wurde.

Von der Acht haben wir vile Proben, die ich anderwärts (1) erzählet habe: Das neueſte Exempel aus dem jezigen Jahrhundert von Chur-Bayern iſt bekannt:

Und ſo haben wir auch zu unſeren Zeiten an dem Churfürſten zu Cölln einen Beweis gehabt, daß geiſtliche Reichsſtände ihrer weltlichen Regalien priviret werden können.

Der Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg wollte zwar vom Kayſer von Siz und Stimme auf dem Reichstag ſuſpendiret werden: Getrauete aber Sich doch nicht, es würcklich zu wagen. Und obgleich jezo des Reichs Bewilligung mit darzu erforderet wird; ſo belehret doch eben diſe Erforderniß, daß es an und für ſich ein möglicher Fall ſeye.

Eben diſes iſt auch in Anſehung der Suſpenſion von der Landesregierung überhaupt, und ins beſondere ermeldten Herzogens, (2) zu ſagen.

Bekanntlich haben ferner Kayſer Carl V. den Churfürſten Johann Friderich zu Sachſen, und Kayſer Ferdinand II. den Churfürſten zu Pfalz ihrer Churwürde entſezet, und ſelbige Anderen übertragen; wiewol beydes ſich währender innerlicher Teutſcher Unruhen zugetragen hat, und alſo nicht ganz auf andere Zeiten paſſet.

Von

(1) im Tr. von R. Tagsgeſchäfft. p. 185. ſqq.
(2) add. Samml. von R. Hofr. Gutacht. 6. Theil, S. 123.

Von der Suſpendirung von Ausübung eines gewiſſen Rechts gibt die Kayſerliche Wahlcapitulation in der Materie von dem Münzweſen eine Probe an die Hand.

An Confiſcationen verwürckter Lehen und geringhaltiger Münzſorten mangelt es auch nicht.

Von Geldſtrafen, ſo Reichsſtänden angeſezet, auch würcklich von ihnen beygetriben worden ſeynd, finden ſich nicht wenige Fälle in denen Sammlungen derer von denen höchſten Reichsgerichten abgefaßten Urtheile.

Zu einer perſönlichen fußfälligen Abbitte gegen Kayſer Carl V. mußte ſich Herzog Ulrich zu Würtemberg nach dem unglücklichen Ausgang des Smalkaldiſchen Krieges bequemen.

Was aber die privat-Satisfaction ꝛc. klagender privat-Parthien betrifft; ſo gehen dergleichen Sachen an denen höchſten Reichsgerichten den gewohnlichen Proceßgang; auch werden gerne Kayſerliche Hofcommißionen zur Güte darinn erkannt. (1)

§. 13.

Uebrigens iſt mehr als zu bekannt, daß in Teutſchland viles geſchiehet, ſo ſich unter eine oder die andere Claſſe derer vorhin erzählten Verbrechen qualificirte; daß es auch offt dem Kayſer und denen höchſten Reichsgerichten nicht am guten Willen fehlet, ſelbige gebührend zu ahnden: Weil man aber die Unmöglichkeit vorausſiehet, einen Spruch, ſo man darinn ergehen lieſſe, zum Vollzug zu bringen; ſo will man lieber das obriſt-richterliche Amt nicht noch darzu verächtlich machen, und nimmt alſo keine Notiz davon, oder, wann diſes nicht angehet, behandelt man es ſo langſam, daß endlich alles auf ſich beruhet. Praxis.

§. 14.

Mehreres hievon ſehe man in dem Tr. von der Teutſch. Juſtizverfaſſ. 2. Buch, 19. Cap. Mehreres remiſſive.

Zehendes Capitel.

Von der Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers.

Innhalt.

§. 1. Eingang. §. 2. Schrifften.

(1) ſ. cit. Staatsſchrifft. unter K. Franz, 1. Band, S. 575.

Von denen geiſtlichen Reichs-Ständen.

§. 3. Regel. §. 4. Von Cölln, §. 5. Hildesheim, §. 6. Lüttich, §. 7. Münſter. §. 8. Noch etwas.

Von denen weltlichen Reichs-Ständen.

§. 9. Regel. §. 10. Von Oeſterreich, §. 11. Bayern, §. 12. Sachſen. §. 13. Erbverbrüderung zwiſchen Sachſen, Brandenburg und Heſſen. §. 14. Von Brandenburg, §. 15. Pfalz, §. 16. Braunſchweig, §. 17. Heſſen, §. 18. Holſtein, §. 19. Mecklenburg, §. 20. Naſſau, §. 21. Oſtfrießland, §. 22. Würtemberg, §. 23. Hanau, §. 24. Oettingen, §. 25. Sayn, §. 26. Wied, §. 27. Witgenſtein. §. 28. Unbenahmte Fälle. §. 29. Meine Meinung. §. 30. Vindicirung des Abgekommenen. §. 31. Noch etwas. §. 32. Mehreres *remiſſive*.

§. 1.

Eingang. Nachdeme wir derer Teutſchen Reichsſtände eigene Handlungen betrachtet haben, wollen wir nun auch ſehen, ob und wie ferne ſelbige, wider ihren Willen, an ihrer Regierungs-Vorfahrere Handlungen verbunden ſeyen? wobey ich jedoch das bereits *Cap.* 7. geſagte vorausſeze.

§. 2.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften (1):

Beyer (Ge.) de Obligatione Succeſſoris illuſtris; Witteberg, 1714. 4. und in ſeinen *Opuſc. p. 326.*

Chladenius (Juſt. Ge.) de Obligatione ex Facto Prædeceſſoris; Witteberg, 1725. 4.

Coccejus (Henr.) de Obligatione Succeſſorum; Heidelberg, 1685. und in ſeinen *Diſpp. Vol. I. n. 62.*

von Cramer (Joh. Ulr. Freyherr) was darzu erfordert werde, wenn der Succeſſor die Facta Anteceſſorum zu präſtiren verbunden ſeyn ſolle? in ſeiner Nebenſt. *116.* Theil, S. *507.*

Gerdes (Frid.) de Obligatione Succeſſorum; Greifswalde, 1682. 4. und in ſeinen *Oper. T. 2. p. 636.* Er hat aber von denen vorgehabten 3. Abhandlungen nur die erſte, de Succeſſore univerſali, ausgearbeitet.

Lude-

(1) add. Cap. 7.

Ludewig (Joh. Petr. à) de Obligatione Succeſſoris in Principatus & Clientelas; Halle, 1714. 4. und in ſeinen *Opuſc. miſcell. Tom. I. p. 539.*
Müller (Caſp. Matth.) de Obligatione Succeſſoris feudalis ex facto Anteceſſoris; Roſtock, 1692. 4.
Rudell (Joh. Mich.) de Succeſſore in Regimine; Altorff, 1727. 4.
Summermann (Joh. Guil.) Qu. num Succeſſor ſingularis ex Pactis Anteceſſorum obligatus ſit? bey ſeinem *Comm. de natura ſervitutum*; Berlin, 1735. 4.
Vitriarius (Phil. Reinh.) de iure Anteceſſoris in Succeſſorem. Straßburg, 1673. 4.
Unger (- - -) de Pactis Anteceſſorum à Succeſſore præſtandis vel non. - - - 1753.

Die von Schuldenſachen handlende ſehe man Cap. 7.

* * *

Von denen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 3.

Ein Regierungs-Nachfolger iſt ordentlicher Weiſe ſchuldig, alle Staats- und andere Handlungen ſeines Vorfahrens genehm zu halten: Glaubt er aber, an einige derſelbigen nicht verbunden zu ſeyn, muß er es inner beſtimmter Zeit durch den Weg Rechtens ſuchen. Regel.

Bey denen Erz- und Hochſtifftern pfleget mehrmalen etwas deßwegen in die Capitulationen geruckt zu werden.

§. 4.

In der Erz-Stifft-Cölniſchen Landes-Vereinigung vom Jahr 1550. iſt verſehen: „Daß ein zukommender Herr alle Brieffe und Siegel halte, die Seine Vorfahren und Capitel zuſammen gegeben und beſiegelt haben, und auch ein zukommender Herr und Sein Capitel hernachmals geben, oder unſer Herr ſelbige dem Capitel gegeben hätte, und der zukommende Herr hernachmals dem Capitel allein geben würde.“ Von Cölln.

In der Weſtphäliſchen Landes-Einigung von 1590. lautet es ebenfalls: „Item der Herr ſoll alle Brief und Siegel halten, die Er, Seine Vorfahren und das Capitul zuſammen geben und beſiegelt haben, oder hernachmahls ſämtlich geben und verſieglen werden, und der Herr dem Capitul gegeben hat.“

§. 5.

In der Hildesheimiſchen Capitulation de An. 1562. lautet Hildesheim.

der art. 49. Omnia promiſsa pollicitata per quoslibet Prædeceſſores meos, Epiſcopos Hildeſienſes, de conſenſu Capituli Hildeſienſis, & per Capitulum Hildeſienſe facienda, agenda, ſolvenda & adimplenda per Succeſſorem præfatorum Prædeceſſorum meorum, aut Prædeceſſoris mei, Ego, ut talium, aut talis, Succeſſor adimplebo, ſolvam, illisque ſatisfaciam, & parebo, quæ, qualia & quantumcunque ſint, juxta poſſe ſervabo.

Ob die nachgefolgte Biſchöffe zu Hildesheim ein von Biſchoff Bartholden An. 1487. auf die Steinberg-Wiſpenſteiniſche Lehen ertheiltes Geding zu erkennen ſchuldig ſeyen? unterſucht und bejahet der Freyherr von CRAMER (1); und ſo hat auch das Cammergericht geſprochen.

§. 6.

Lüttich. Von Lüttich iſt nachzuſehen:

Species Facti cum Deductione Juris in cauſa Franc. Seb. Petit contra Capitulum Cathedrale Leodienſe, Mandati, de non impediendo in exercitio & uſu Privilegii (über eine Lotterie) à defuncto Principe Leodienſi titulo oneroſo conceſſi &c. Wezlar, 1766. fol.

§. 7.

Münſter. In dem Münſteriſchen Landes-Privilegio vom Jahr 1570. heißt es: „Siegel und Brieffe, die mit Unſer Vorfahren am Stifft und des Capitels zu Münſter Inſiegeln, und dann die mit Unſerem und jeztgedachten Capitels Inſiegel beſigelt ſeyn und werden, ſollen Wir ſtet, veſt und unverbrochen halten.„

Als des Biſchoffs zu Münſter Völcker An. 1673. nach geſchloſſenem Friden, gegen denſelben, von einem adelichen Gut in der Marck vile Früchte wegnahmen ꝛc. belangte der Beſizer nach des Biſchffs Tode deſſen Teſtaments-Executoren deßwegen: Das Cammergericht aber ſprache An. 1760. 19. Maj. (2) „Daß gedachte Executores von der gegen ſie angeſtellten Klage zu abſolviren und zu entledigen; die Landſtände hingegen, wegen der abgeführten Früchten, 5534. Rthl. und wegen der zu lang continuirten Einquartierung 414. Rthl. nebſt Reichsüblichen Zinſen von beyden Poſten, von Zeit erhobener Klage an zu rechnen, zu entrichten ſchuldig ſeyen: In ſo ferne jedoch bemerckte Landſtände, daß dem Land Münſter, oder dem Succeſſori in Epiſcopatu, von des obgedachten Fürſtens Acquiſitis nicht ſo vil, als

(1) Opuſc. Tom. 3. p. 513.
(2) v. Freyh. von CRAMERS Nebenſt. 23. Th. 164. S.

als die 5543. und 414. Rthl. ausmachen, zu Handen kommen, noch erweislich beybringen können, daß ihnen solches (doch ohnaufhaltlich derselbigen hierdurch auferlegten Zahlung,) gegen die Executores in separato auszumachen; und den Regreß gegen sie zu nehmen, vorzubehalten seye etc. „

§. 8.

Daß geistliche Fürsten Immunitatem ab Oneribus publicis, in specie Collectis, zum Nachtheil derer übrigen Unterthanen, für beständig, ohne Consens des Capitels ertheilen können, wann gleich die Befreyung wegen guter Verdienste geschichet, wird von dem Freyherrn von CRAMER (1) verneinet, und mit einer Cameralurthel belegt. Noch etwas.

Ferner untersucht der Freyherr von CRAMER (2) die Frage: Ob ein Nachfolger eines Prälaten (geistlichen Reichsstandes,) an eine von seinem Vorfahrer ertheilte Expectanz gebunden seye, ob sie gleich erst nach dises seinem Tod purificiret worden, entweder allein wegen Einwilligung des Capituls, oder allein wegen Verdienste?

* * *

Von denen weltlichen Reichsständen.

§. 9.

Auch in Ansehung derer weltlichen Reichsstände hat die vorhin angeführte Regel ebenfalls statt. Regel.

Der Freyherr von CRAMER schreibt (3): „Das axioma generale, quod Successor ex pacto & providentia Maiorum non teneatur facta Antecessoris præstare, hat vilfache Abfälle, besonders bey einem cum Allodialibus vermischten Herzogthum: Und eben daher, wenn ein Agnat den ganzen complexum eines Ducatus oder Principatus iure Successionis antritt; so folget aus der Incorporation solcherley zusammen vererbender Landen keineswegs, daß dergleichen Bona unita unius eiusdemque qualitatis seyen: Vil mehr wird ex hac indistincta & universali Successione ein Argumentum stringentissimum pro obligatione Successoris von berühmten Rechtslehrern hergeleitet. „

§. 10.

Oesterreich betreffend, so sezte Kayser Ferdinand II. An. 1621. in sein Testament: „Wie Wir Uns, zum 12ten, nicht zu erinneren wissen, daß Wir Jemanden was zugesagt und versprochen, oder auch Von Oesterreich.

(1) l. c. 26. Theil, 1. S.
(2) allda, 113. Theil, S. 23.
(3) in seiner Nebenst. 15. Theil, S. 98.

auch ſtatuiret, geordnet, oder eingewilliget haben, das wider Unſers Hauſes Herkommen, Hochheit oder Freyheiten ſeye, oder dadurch Unſer chriſtliches Gewiſſen beſchweret, oder fürter ſolches zu thun bedacht ſeyn; ſo verſehen Wir Uns zu Unſerm älteſten Sohne, Er werde dasjenige, ſo beſagter maſſen von Uns zugeſagt und verordnet worden, nicht weniger, als wann es von Ihm Selbſt herrührete, ſteiff und feſt halten. „

§. 11.

Bayern. Von Bayern ſchreibt Herr von LUDEWIG: De Bojoariæ forte Ducibus accipiendum eſt Reſponſum pro obligatione ex facto Deceſſoris, quod lucubravit Henning. GODEN *Conſ. 32. n. 5. 6.* & noviſſime, ni fallor, quod reperitur inter *Altorfenſia Tom. 2. Conſ. 14. n. 19. 20.*

§. 12.

Sachſen. Weiter führet er an: *Saxoniæ* Ducibus - - - aliquoties mota eſt lis, cum ſtare nollent Factis Anteceſſorum. Memorabile eſt Reſponſum anonymo ſcriptum An. 1639. quod edidit FRITSCHIUS *Conſ. 4. num. 30. 31.* Aliud contra eosdem habet in gratiam Viduæ Electoralis, cui Succeſſores negaverant Victalitium, KLOCKIUS *Tom. 3. Conſ. 155. n. 191. ſeqq.*

Herzog Georg wollte ſeine Lehens-Folgere An. 1539. auch in Allodio zu Erben einſezen, aber unter anderem mit dem Beding: „Daß ſie = = alle andere Unſere Verſchreibung, ſie ſeyen um Schuld oder aus Gnaden, halten, und nach derſelbigen Innhalt Bezahlung und Ausrichtung thun. „

Churfürſt Johann Georg I. zu Sachſen meldete in ſeinem Teſtament: „Was Wir geordnet, und einem oder mehr Unſerer Diener, oder ſonſten, verſchriben, geſchencket, oder mit Unſerer Subſcription bekräfftiget, (ſollen die Söhne) vor genehm halten, und dergleichen Verſchreibung und Verehrungen nicht zuwider leben. „

Bey dem Herrn von LUDEWIG (1) findet ſich diſer Fall, ſo ſich An. 1736. (ohne Zweifel bey der Sachſen-Weißenfelſiſchen Succeſſion) ereignet hat: Stirbt ein Reichs-Fürſt, nachdem er vor ſeinem Tode alle ſeine Aemter und Cammer-Güter gegen ein leidliches Pacht-Geld ausgethan. Will der Fürſtliche Landes-Folger dieſelbe auf das neue verpachten, oder durch gewiſſe Amtleute ſolche ſelbſten verwalten laſſen: Beziehen ſich aber dagegen die Pächter auf ihre von dem verſtorbenen Landes-Fürſten verſchribene Pacht-Brieffe und vorgeſchoſſene Gelder

(1) in ſeinen gelehrt. Anzeig. Tom. 2. p. 381.

Gelder und vermeinen, daß ihnen solche Pacht-Zeit der Landes-Folger auszuhalten schuldig. Hierüber wurde angefragt: Ob der Fürstliche Landes-Folger an die Pächte seines Vorfahren nicht gehalten, sondern mit desselben Tode alle Fürstliche Aemter und Cammer-Güter wieder frey worden; mithin, dieselbe aufs neue zu verpachten oder administriren zu lassen, ihme dadurch ohnbenommen seye?

Herr von Ludewig hielte vor Recht: Daß denen natürlichen, weltlichen Römischen, so dann geistlichen Kirchen- wie auch Teutschen Rechten, Gesezen und Herkommen nach, kein Fürstlicher Landesherr gehalten seye, seines Vorfahren verglichene Pächte fortzusezen, vilmehr aber dem Landes-Folger freystehe, die von dem Vorfahren verpachtete Aemter und Cammergüter, so wie ihm dieselbe nach dem Tode des Vorfahren ipso jure heimgefallen, wieder an sich zu nehmen, die Pachter daraus zu entsezen, und selbige, eigenem Gutfinden nach, entweder verwalten zu lassen, oder an andere wiederum, nach verglichenem Pachtgelde und Zeit, zu verpachten.

Herzog Christian zu Merseburg meldete An. 1688. in seinem Testament: „Gestalt Wir Ihme (Primogenito,) dann hiebey insonderheit und väterlich aufgeleget und eingebunden haben wollen, alle Unsere Handlungen, ertheilte Privilegia, Expectanzen und Begnadigungen und was Wir sonst verschriben und verbriefft, redlich und Fürstlich zu erfüllen, zu halten und dawider nichts fürzunehmen. „

Herzog Moritz zu S. Naumburg disponirte An. 1681. „Gestalt Wir dann hiebey insonderheit Unserm geliebten ältesten Sohn und Landes-Successoren auferlegt haben wollen, alle Unsere Acta & Gesta, und was Wir verschriben und verbriefft, aufrechtlich und Fürstlich zu erfüllen, zu halten, und dawider nichts fürzunehmen. „

Herzog Johann Wilhelm zu Weimar ordnete An. 1573. „Alle Unsere Verschreibungen, so in Originali unversehrt können vorgelegt werden, sie betreffen Schulden, Begnadigungen, Bestallungen, Leibgedinge, Gunsten, Lehnbriefe, Geleite, Pfandungen, Wiederkäuffe, Confirmationes, Consens, oder was sie sonsten betreffen mögen, so mit Unserer eigenen Hand unterschriben, (dann die andern, so von Uns nicht unterschriben, unkräfftig zu halten,) die sollen Unsere liebe Söhne, als Unsere instituirte Erben, treulich halten, und dawider ohne sonderliche beständige und zu Recht gegründete Ursachen nichts handeln lassen, und hierinn den gemeinen Spruch bedencken: Quod etiam nuda oratio Principis plus momenti habere debeat, quam alterius Juramentum. „

Was der Herzog Ernst August zu S. Weimar, für Streit darüber bekommen habe, da er sich, nach dem Anfall derer Eisenachischen Lande, nicht für verbunden achten wollen, in seiner Landes-Vorfahren Fußtapfen einzutretten, sehe man in dem T. Staatsrecht *Tom. 22. p. 222.*

Herzog Ernst zu S. Gotha ordnete in seinem Testament: „Was Wir verschriben, die Verschreibungen belangen gleich Schulden, Begnadigungen, Bestallungen, Leibgeding, Confirmationes, Consens und Gunsten, Lehen-Brieffe, Wiederkäuff, oder was sonsten mehr, welche unversehrt in Originali unter Unserer eigenen Hand und Unterschrifft vorzulegen, das sollen Unsere Erben und Landes-Successores Fürstlich und treulich halten, und dawider, ohne sonderliche beständige und zu Recht gegründete Ursachen, nichts handeln lassen, in Betrachtung, daß, ob wohl insgemein von einem jedweden das Gesetz der Natur erfordert, daß er demjenigen erbar und aufrichtig nachkomme, was er zugesaget, dasselbige jedoch einem Fürsten noch vil mehr obliget, und sonders wohl anstehet, also daß desselben blosses Wort, wegen seiner Person Hoheit, mehr oder so vil Nachdruck, als eines Privati Eydschwur, haben solle. „

§. 13.

Erb-Verbrüderung zwischen Sachsen, Brandenburg und Hessen.

Wessen sich die erb-verbrüderte Häuser Thüringen, (nun Sachsen,) und Hessen, dann auch Brandenburg, wegen Festhaltung dessen, was die Vorfahren gehandelt, gegen einander verpflichtet haben, siehe *l. c. Tom. 17. p. 22. 43. 66.*

§. 14.

Von Brandenburg.

Anno 1686. und 1695. wurden zwischen Oesterreich und Chur-Brandenburg gewisse Verträge, von denen anderwärts ein mehreres vorkommt, getroffen: Als aber An. 1740. König Friderich II. in Preussen eine Ansprach an einen Theil Schlesiens formirte, liesse er in dem Rechts gegründeten Eigenthum ꝛc. behaupten: Dise Verträge seyen nichtig; worüber ein Schrifftwechsel entstunde: Man sihet aus der ganzen Sache so vil, daß beede Höfe gar sehr in facto discrepirten, und da Niemand ware, der den einen oder anderen Theil zum Beweis seiner Narratorum anhalten und über die Beschaffenheit solches Beweises urtheilen konnte; so bliebe am Ende doch alles ungewiß, ein vernünfftiger Leser behielte seine zollfreye Gedancken: Die Hauptsache aber wurde mit dem Degen ausgemacht.

§. 15.

Pfalz.

Als Churfürst Carl Ludwig zu Pfalz mit seinem Patruo über Sim-

Simmern und Lautern ſtritte, dehneten deſſen Schrifften-Stellere das Primogenitur-Recht ſo widerrechtlich aus, daß ſie behaupteten: Wann der Primogenitus gleich ſeines Groß-Vaters und Vaters Erbe in feudalibus & allodialibus worden wäre, ſeye er doch nicht ſchuldig, deren Facta zu præſtiren, in ſo ferne durch dieſelbe ſein Primogenitur-Recht, (welches ſie aber nach eigenem Belieben abmaſſen,) geſchwächet würde.

Einen anderen auch hieher gehörigen Streit aus dem Hauſe Pfalz aber ſiehe *Cap. 13.*

In dem An. 1748. 16. Nov. zwiſchen **Chur-Pfalz** und der Ober- und **Nider-Rheiniſchen Reichsritterſchafft** geſchloſſenen Vergleich lautet es im Eingang: „Demnach Wir (der Churfürſt,) bey angetrettener Unſerer Chur- und Landesfürſtlichen Regierung verſchidentlich, und nicht ohne ſonderbares Unſer Befremden, wahrgenommen, daß unter vorigen alt- und jüngeren Regierungs-Zeiten ſehr vile und anſehnliche Unſeres Chur-Hauſes Regalien und Jura, fort mit diſen auch das durch kundbare Kayſerliche Privilegia hergebrachte, und mittels uralter Obſervanz beſtättigte, Wildfangs- und Leibeigenſchaftsrecht, mit allen Zugehörden, mehrmalen, und faſt durchgehends auf ſolche Art und Weiſe, welche, denen Reichs-Grundgeſezen und Unſeres Chur-Hauſes ſonderbaren Verträgen nach, zu Recht nicht beſtehen mögen, cediret, veräuſſert, ſo fort, zu nicht geringer Schmälerung Unſeres Churhauſes ſonſten ſo illuſtren Vorrechten, veralieniret worden ſeyen; mithin Wir, oberwehnten Reichs-Grundgeſezen und Unſern Hausverträgen nach, billig davor gehalten haben, an diſe und dergleichen in præiudicium Domus Electoralis Palatinæ unternommene, ſo wohl ohne Unſerer hohen Vorfahren, benanntlich Unſers Herrn Groß- und Herrn Vatern Hochfürſtl. Durchl. Durchl. als auch des Hochfürſtl. Hauſes Pfalz-Zweybrücken, erhaltene Conſenſe, und noch über das der bereits vorhin gemeldten Unſerer hohen Vorfahren auf ſamtliche Churfürſtliche Lande, Recht- und Gerechtigkeiten in caſum aperturæ ertheilten eventualen Succeßionsverſicherung zuwider, eingegangene Veräuſſerungen, und deßfalls errichtete Verträge, keineswegs gebunden, ſondern vilmehr als ein Jure ſuo & proprio ex pacto & providentia Maiorum ſuccedirender Landesfürſt, berechtiget zu ſeyn, ſothane veräuſſerte Stücke und Regalien, tanquam Partes integrantes Electoratus Palatini, und als Unſer mit der beybehaltenenen Poſſeſſione civili conſolidirtes Eigenthum, hinwiederum zu vindiciren und zurück zu ziehen: Und aber dahero zwiſchen

Uns und der ohnmittelbaren Ober- und Nider-Rheinischen freyen Reichsritterschafft beschwerliche Irrungen, fort bey denen höchsten Reichsgerichten weitwendige Rechtfertigungen, entstanden; solcher gestalt, daß endlich ersterwehnte Reichsritterschafft vor gerathener angesehen, sich zu Unseren Chur- und Landesfürstlichen Gnaden zu wenden, als den angetrettenen unsicheren Streitweg fortzusezen; folglichen deßwegen zu Erhaltung einer anderweitigen gütlichen Auskunfft und fridlichen Beylegung der bißhero obgewalteten beyderseits beschwerlichen Weiterungen bey Uns verschidene geziemende Vorstellungen, theils persönliche Abschickungen, vorgekehret, daß Wir so fort in dessen und in Betracht derenselben geäusserten devotesten Betrags, fort zu Bezeugung Unseres fridliebenden Gemüths, auch mehrgemeldter Reichsritterschafft zutragenden besonderen Neigung und Wohlgewogenheit, (so vil die Uns so starck angelegene Beybehalt- oder Wiederherbeybringung der durch vorige Zeiten entwichenen sehr schäzbaren Gerechtsamen Unseres Churhauses erleiden mag,) gnädigst bewogen worden, dahin Uns zu erklären etc. „

Und am Ende: „So dann schließlichen über dise ganze Abhandlung, nebst dem von Unsern nächsten Agnaten, des Herrn Herzogen zu Pfalz-Zweybrücken Liebden und Dero Herrn Bruders, Prinzens Friderich zu Pfalz-Zweybrücken Lbden, ersuchen werdenden Beytritt und Einwilligung, der Röm. Kayserlichen Majestät allergnädigste Confirmation, so vil an Uns ist, zu beförderen, Uns angelegen seyn lassen wollen etc. „

Eben so lautet es auch im Eingang des An. 1749. 4. Aug. zwischen **Chur-Pfalz** und dem **Johanniter-Orden** getroffenen Vergleichs: „Demnach, unter verschidenen bey vorigen alt- und jüngeren Regierungs-Zeiten beschehenen Alienationen und Begebungen Unsers hohen Churhauses Pfalz sehr ansehnlichen und schäzbaren Jurium und Regalien, welche Wir bey angetrettener Regierung Unserer Chur- und Fürstlichen Landen, nicht ohne Unser sonderbares Befremden, wahrnehmen müssen, sich auch Unser alterseßenes und wohlhergebrachtes Wildfangsregale und Leibeigenschafft über gesammte Unterthanen und Eingeseßene in denen dreyen in Unserem Oberamt Germersheim gelegenen des Ritterlichen Johanniterordens Dorffschafften = = = mit befunden hat, welches nicht nur nur durch eine Unserm hohen Chur-Hause Pfalz allerdings unanständige, fort bey Uebertragung dergleichen hohen Churrechten ungewöhnliche, Erbverleyhung, sondern auch ohne Consens und Einwilligung deren übrigen hohen Herrn Chur-

Agna-

Agnaten, im Jahr 1721. veräuſſeret worden: Und dann Wir Uns berechtiget zu ſeyn erachtet haben, an diſe und dergleichen Begebungen, (als wodurch die innerliche Würde und Weſenheit Unſers Churfürſtenthums der Pfalzgrafſchafft bey Rhein, wider die güldene Bull, Reichsgrundgeſeze, fort ſonderbare Churhausverträge, mercklich geſchwächet worden,) Uns keineswegs zu binden, ſondern ſolche veräuſſerte Churhauſes-Gerechtſame, als ein Succeſſor novus, non ex iure hæreditario, ſed ex pacto & providentia Maiorum, wie geſchehen, hinwiederum zu Uns zu nehmen: Und aber dahero zwiſchen Uns und gemeldten ritterlichen Ordens Obriſtmeiſtern und Fürſtens zu Heydersheim Lbden beſchwerliche Irrungen, fort bey Kayſerlichem Reichs-Hofrath weitwendige Rechtsfertigungen entſtanden ſeynd; ſo haben der löbl. ritterliche Orden und deſſen Obriſtmeiſtern in Teutſchen Landen, Herrn Fürſten von Heydersheim, Lbden, durch ihre eigens abgeſchickte Deputirte ⁂ verſchidene nachdrückliche Vorſtellungen pro Confirmatione gedachten Tractats de An. 1721. thun laſſen: Weilen Wir aber, an denſelben, und ſonderbar an die ganz befremdliche Erbleyh, nicht gebunden ſeyn zu wollen, Uns mehrmalen erkläret, in neue Handlung und anderweite fridliche Vergleichswege einzutretten, ſich geziemend anerboten; welchem Anerbieten Wir, aus ſonderbaren in diſem Caſu vorwaltenden Bewegurſachen, fort zu Bezeugung Unſers fridlichen Gemüths, auch mehrbeſagtem ritterlichen Orden zutragender Neigung und Wohlgewogenheit, (jedoch ohne mindeſte Conſequenz auf andere dergleichen Unſerem hohen Churhaus nachtheilige und faſt verkleinerliche ſo genannte Verträge,) ſtatt gethan, mithin, auf hin und wieder gepflogene Commiſſariſche Unterred- und Handlung, Uns folgender maſſen erkläret haben etc. „

Der Schluß lautet wie in dem vorhin gemeldeten Vergleich mit der Reichsritterſchafft.

Herzog Johann I. zu Zweybrücken diſponirte An. 1591. „Was Wir mit ⁂ Fürſtlich-Gräflich-Adelichen, oder auch privat-Perſonen, inſonderheit mit Unſerer getreuen Landſchafft, für Pacta, Abſchid, Verträg, Vergleichungen, oder Contract, getroffen und aufgerichtet, ſolches alles, ſamt den Begnadigungen, Freyheiten, Donationen, Belehnungen, Expectanzen, Alienationen, und was Wir ſonſt aufſetzen, verbrieffen, verſiglen oder verſichern laſſen, oder noch thun möchten, ſoll durch Unſere Succeſſores treuſich, redlich und Fürſtlich gehalten, gehandhabt, vollnzogen, auch Unſere Fürſtliche Brieff und

Sigel keineswegs disputirt oder geschmälert, vil weniger cassirt, verkleinert, oder zu nicht gemacht werden. „

Herzog Johann II. testierte An. 1629. auch: „Was Wir dann, zum 12ten, mit = = Fürstlichen, Gräflichen, Adelichen, oder auch privat-Personen, wie nicht weniger mit Unserer getreuen lieben Landschafft und Dienern, vor Pacta, Abschids-Verträg, Vergleichungen und Contract getroffen und aufgericht, solches alles, samt den Begnadigungen, Freyheiten, Donationen, Belehnungen, Expectanzen, Alienationen, und was Wir sonsten aufrichten, verbrieffen, versiglen oder versichern lassen, oder noch künfftig thun möchten, soll durch Unsere instituirte und substituirte Erben und Successores treulich, redlich und Fürstlich gehalten, gehandhabt und vollzogen, auch Unsere Fürstliche Brieff und Sigel keineswegs disputirt oder geschmälert, vilweniger cassirt, verkleinert, oder zu nicht gemacht = = werden. „

Herzog Friderich Ludwig endlich ordnete An. 1675. „Und nachdem in allem übrigen Unsere Actiones vornehmlich dahin gezwecket, wie das Fürstenthum und dessen Intraden und Gefälle von Zeiten zu Zeiten möglich gebessert, wenigst im geringsten nichts davon alienret, noch einige Gefälle in perpetuum und beständig gemindert werden; also seynd Wir auch deßfalls der ungezweifelten guten Zuversicht, Unser künfftiger Successor die Verträge, Contract und Handlungen, so Wir Zeit Unserer Regierung getroffen, durchgehends vor genehm, stet und fest zu halten genugsame Ursach finden werde; = = wie Wir doch zum Ueberfluß Demselben ein solches = = bester massen recommendiret haben wollen. „

Von Pfalz-Zweybrücken meldet der Freyherr von Cramer (1): Man seye im Stande, besonders aus denen Testamenten derer Herzoge Johannes I. II. und Friderichs, darzuthun, daß die Regierungs-Nachfolgere verbunden seyen, die Verträge, Contracte und Handlungen, so ihre Vorfahrer zur Zeit ihrer Regierung getroffen, stet und fest zu halten.

§. 16.

Braunschweig.

Der Herr von Ludewig sagt: Adversus Duces *Brunsvicenses*, quod obligari nollent ex factis Antecessorum, acuit calamum Klockius *Vol. 3. Cons. 154. num. 19. 20. p. 565.* Adversus illos etiam in hac causa consultus respondit Carpzovius *Part. 1. Decis. 88.* Stuckius - - (contra) Duces Brunsvicenses liberatos

(1) in seiner Nebenst. 15. Theil, S. 98.

tos vult ab obligatione ex factis & ære alieno ſuorum Anteceſſorum *Conſil. 26. 27.*

Ein An. 1638. geſtelltes Straßburgiſches Conſilium mag auch wohl Braunſchweig betreffen, deſſen Innhalt der Herr von LUDEWIG alſo erzählet: Obwohlen in Erb-Lehen die Succeſſores die facta ihrer Anteceſſorum zu halten ſchuldig, dafür gleichwol das quæſtionirte Herzogthum zu halten ſeye, weil es auch auf die weibliche Deſcendenten komme und des Worts: Erben in den Lehen-Brieffen gedacht ſeye, auch denen Agnaten ſchimpflich ſeyn wolle, die facta Anteceſſoris zu caßieren: Dieweil aber die Erblichkeit nicht erwiſen, ſondern in dubio ſolches Herzogthum pro Feudo pactitio zu halten ſeye, da die Agnati ex facto Anteceſſoris nicht gebunden zu werden pflegen, es wäre dann etwas mit der Agnaten Conſens verſehen; als ſeyen, geſtalten Sachen nach, die Agnaten an der Vorfahren Pacten, Handlungen und Contracten nicht verbunden.

Daß das jetztregierende Haus **Braunſchweig-Wolfenbüttel** nicht ſchuldig ſeye, eine Reviſion fortzuſezen, die von einer längſt erloſchenen Linie wider ein durch ihre perſönliche Verfügungen veranlaßtes Cammergerichts-Urtheil eingewandt worden ꝛc. hat, in Sachen: Corvey contra Braunſchweig-Wolfenbüttel, das ehemalige Cloſter Kemnade betreffend, Herr Geh. Juſt. Rath PÜTTER (1) ausgeführet.

§. 17.

Landgraf Philipp zu **Heſſen** diſponirte An. 1562. „Wir verord- **Heſſen.**
nen auch ausdrücklichen, was Wir Unſern Räthen, Cammer-Dienern, Edelleuten, auch Doctorn, Predigern, Secretarien, und andern, weß Stands oder Würden die ſeyn, klein oder groß, geſchenckt, mündlichen gegeben, das ſie empfangen hätten, auch was Wir ihnen verſchriben, oder noch verſchreiben werden, daß ihnen das treulich gehalten, ihnen nicht entwendet noch genommen, oder ſie darinn in einigen Weg beleidiget, oder angefochten werden ſollen. „

Landgraf Ludwig zu **Marburg** ſezte An. 1595. in ſein Teſtament: „Und als die Zeit Unſer Regierung Unſer Statthalter, Cantzlar, Cammermeiſter, Secretarien, und andere Räthe und Diener, in Unſern Sachen ganz treulich und wohl gedienet; ſo bitten und ermahnen Wir Unſere freundliche liebe Vettern und Brudern, Landgraf Moritzen und Landgraf Georgen, daß Ihre Lbd. Lbd. bemeldte Unſere Räthe und Diener nicht allein jederzeit in gnädigem Schutz und Befehl haben, ſondern ihnen

(1) in ſeiner auserl. Rechtsfäll. 2. Band, S. 278.

ihnen auch alles dasjenige, ſo Wir ihnen geſchenckt, verſchriben, oder auch noch bey Unſerm Leben verſchencken, verſchreiben, oder durch ein Codicill, oder andere Verordnung, unter Unſerm Handzeichen und aufgedrucktem Secret vermachen, welches dann die Krafft und Macht eines Teſtaments haben und dafür geachtet werden ſoll, als ob es diſem Unſerm Teſtament inſerirt und einverleibet, bleiben, lifern und erlegen, und dabey Fürſtlich manuteniren und handhaben, ihnen auch davon nichts wollen entziehen laſſen; immaſſen Wir dann ihnen, Unſern Erben, ſolches hiemit auferleget und befohlen haben wollen. „

Anno 1759. 9. Jul. ſprache das Cammergericht in Sachen: Von Brener contra Heſſen-Rheinfels (1): Daß der Landgraf die beyde durch ſeine Fürſtliche Vorfahren dem Kläger vormals remuneratorie conferirte Lehen, die Erbamtmannſchafft zu Reichenberg und das Lehen Gerolſtein, fernerweit zu continuiren, und, denſelben und ſeine männliche Leibeserben damit zu belehnen, ſchuldig ſeye; doch wurde dem Landgrafen freygeſtellt, die lehenbare Erbamtmannſchafft mit der Helffte des ſelbſt gemachten Anſchlags, nemlich mit 10000. Thl. abzulöſen.

§. 18.

Holſtein. In denen Holſteiniſchen Landes-Privilegien heißt es: „Thom 15. dat alle Segel und Breve, ſo ſe und ere Vorfaren gegeven, ſcholen geholden werden, de Schulde betolt und hiriegen keinerlei Behelp Kon. M. und Forſten Begnadung gebruket werden ſcholen und jedern vorhelpen, dat he luth Segel und Breven thor Betalinge kamen möge. „

Der Herr von Ludewig ſchreibt: Holſatiæ Duces, cum Pacta Majorum migrare vellent inita cum Civitatibus Hamburgo & Lubeca, impetiit Herm. Vultejus *Vol. 3. Conſil. Marpurg. 35. d num. 110. ad num. 150.* ni fallor, in eadem aut ſimili cauſa adverſus eosdem ſcripſit ſenſitque Michael *in Kilonienſ. reſp. 14. p. 118. 119.* Es heißt darinn unter anderem: „Und wann auch dargethan worden, daß die Oerter quæſtionis Feuda ex Pacto & providentia geweſen; ſo können doch die Herrn Herzoge darauf deßwegen keinen Anſprach machen, weil ſelbige von dem Principe cedente abſtammen: Jam vero Deſcendentes etiam ex facto obligari Anteceſſorum in Feudis ex pacto & providentia, licet obligatione ſolvantur Agnati. „

Das Haus Holſtein-Gottorff berühret ohne Zweifel das in denen

(1) von Cramers Nebenſt. 94. Th. 62. S.

nen Conſiliis Halenſibus *Tom. 2. Lib. 1. p. 631.* befindliche Reſponſum de An. 1703. deſſen Innhalt dahin gehet: Hat ein verſtorbener Herzog An. 1701. 8. Jul. mit einigen Capitularen des Dom-Stiffts zu H. (Hamburg) wegen des Amts T. und R. (villeicht Tritow und Reinbeck,) einen gewiſſen Accord auf 10. Jahr, jährlich zu 25000. Thl. Cronen, und überdem den gewöhnlichen canonem an das Dohm-Capitul in H. abzutragen, getroffen, auch ihnen alle Ober- und Unter-Jurisdiction mit verſchriben, und nichts, als die Fürſtliche Landes-Superiorität, wie auch ſecundam inſtantiam, vorbehalten. Sucht man aber nach Abſterben des Herrn Herzogs obgedachten Capitularibus Difficultäten in dem getroffenen Contracte zu machen, ungeachtet die Confirmation aus dem geheimen Rath und der Cammer würcklich erfolget; daher gefraget werde: 1. Ob nicht der Herr Adminiſtrator und interims-weiſe Succeſſor in der Fürſtlichen Regierung gehalten ſeye, den von dem verſtorbenen Herzog geſchloſſenen und vollzogenen Contract zu adimpliren und die verſchribene Heuer-Jahre zu halten? 2. Wie weit man jure verbunden, die Confirmation zu ſuchen? 3. Ob man nicht um ſo vil mehr bey dem Contract billig und von Rechtswegen zu mainteniren, da man ſelbigen titulo maxime oneroſo beſizet, und vil 1000. erſt zur Melioration des Amts darinn verwandt? 4. Ob man ſie aus der Poſſeſs de facto ſezen kan? 5. Wie bey ſo bewandten Sachen man ſich am beſten zu verhalten? Auf die erſte Frage wurde geantwortet: Daß der Adminiſtrator und interims-weiſe Succeſſores in der Fürſtlichen Regierung verbunden ſeyen, den von dem verſtorbenen Herzog geſchloſſenen und vollzogenen Contract nebſt denen Heuer-Jahren zu halten. Die andere Frage betreffend: So erachteten ſie, daß ſolche Confirmation nicht de neceſſitate Legis, ſondern nur zu beſſerer Præcavirung und Sicherheit, zu ſuchen ſeye. Bey der dritten Frage hielten ſie davor, daß um ſo vil mehr die Capitulares bey diſem Contract zu mainteniren. Bey der vierten Frage hielten ſie davor, daß man bey ſo geſtalten Sachen die Capitulares de facto aus der Poſſeſſion nicht ſezen könne. Die lezte Frage betreffend, erachteten ſie, daß, obigen Uniſtänden nach, woferne man etwas thätliches von der Fürſtlichen Regierung ausüben ſollte, alsdenn, den Recurſum ad Imperatorem zu ergreiffen, nöthig ſeyn würde.

§. 19.

Herzog Johann Albrecht I. zu Mecklenburg diſponirte An. 1573. „Was Wir, oder Unſere löbliche Vorfahren, jemanden überge- Mecklenburg.

ben, geſchencket, oder ſonſten verſchriben, ſo in Originali unverſehrt vorgelegt werden kan, es betreffe was es wolle, und darunter Unſer Hand-Zeichen befindlich, ſollen Unſere liebe Söhne, gleich als ihre eigene Verſchreibungen und Obligationes, vollziehen und halten, auch darwider ohne ſonderliche beſtändige und zu Recht gegründete Urſachen nichts handeln laſſen. „

Neben deme iſt bekannt, wie vilerley wichtige Kayſerliche Verordnungen, ſo in die Mecklenburgiſche Landes-Verfaſſung einſchlagen, gegen den Herzog Carl Leopold erlaſſen worden ſeynd. Allerley davon ſiehe in denen folgenden Capiteln. Ich bemercke hier nur: 1. Was der Kayſerliche Hof ſtatuire? welcher nemlich, über die unten befindliche Reſolutiones, auch noch folgende abgefaſſet hat:

Lunæ 26. Sept. 1735.

„7) Hätten Sich Ihro Kayſerliche Majeſtät allerunterthänigſt vortragen laſſen, was er, Herr Commiſſarius, gegen die Kayſerliche Reſolutiones vom 2. Maji und 21. Junii anni curr. vorgeſtellt: Sie könten aber nicht begreiffen, wie derſelbe vorgeben dörffte, als wann verſchidene Puncten derſelben auf einem fehlſamen Bericht beruheten, da doch alle diſe Reſolutiones auf ſein, des Commiſſarii, Anzeigen und Berichte, nebſt denen von ihme adjungirten Beylagen, ergangen, oder auf vorherige Kayſerliche Verordnungen, die nicht bloß in contumaciam des Herzogs Carl Leopolds, ſondern poſt plenam cauſæ cognitionem, ertheilet worden, und alſo vim definitivæ hätten, ſich gründeten: Es könnten alſo Ihro Kayſerliche Majeſtät allerdings ihme, Commiſſario, nicht erlauben, daß er ſolcherley Kayſerliche Verordnungen wieder in Controvers ziehe; als wodurch die mit ſo vilen groſſen Koſten und durch ſo vile Jahre geführte Mecklenburgiſche Proceſſe (da von der vormahligen Commiſſion alles ſo legal und gründlich unterſuchet, und von Ihro Kayſerlichen Majeſtät hierauf die nöthige Verordnungen ertheilet,) in denen meiſten Puncten gleichſam wieder aufs neue anfiengen. Er, Commiſſarius, habe ſich zuförderſt ſeiner den 7. Mart. 1733. eigenhändig unterſchribenen und mit ſeinem Fürſtlichen Petſchafft corroborirten Reverſalen zu erinnern, da er, bey der Pflicht, Treu und Gehorſam, womit er Ihro Kayſerlichen Majeſtät und dem Reich, als ein Reichs-Fürſt, verhafftet iſt, verſprochen, ſeine Commiſſion nach Maaßgab der Landes-Verträge, Reverſalen und Herkommen,

kommen, ingleichen der darauf gegründeten gesammten Kayserlichen Rechts-kräfftigen Erkänntnissen, und anderer Verordnungen, zu führen, nicht weniger, nebst seiner Fürstlichen Posterität, bey begebendem Successions-Fall, darwider nichts zu verhängen; sondern oberwehnte Verträge, Reverſalen und Herkommen, ingleichem sämtliche darauf ergangene, oder noch künfftig ergehende, Kayserliche Verordnungen, auf das genaueste zu beobachten, auch selbsten festiglich darüber zu halten. Ihro Kayserliche Majestät versehete Sich also von ihm, dem Herrn Commissario, daß er dasjenige, worüber Kayserliche Verordnungen ergangen, nicht weiter in neue Disceptation ziehen, sondern vilmehr, wie seines Amts ist, dieselbe zur Execution zu bringen, nach denen ihme zukommenden Kayserlichen Rescriptis und Befehlen, trachten werde. ꝛ ꝛ ꝛ

6. Fiat Rescriptum an den König in Preussen, als Churfürsten zu Brandenburg, des Innhalts: Ihro Kayserl. Majest. hätten sein, des Königs, sub præs. den 7. Junii anni current. wiederholtes Protestations-Schreiben sich, dessen ganzen Innhalt nach, vortragen lassen. Gleichwie nun Ihro Kayserliche Majestät von selbsten jederzeit geneigt wären, ihme, dem König, als Churfürsten zu Brandenburg, alle rechtliche Befugnissen angedeyhen zu lassen; also könnten hingegen Ihro Kayserl. Majestät nicht anders finden, als daß er, der König, so vil die Liquidation der Mecklenburgischen Ritterschafft von dem Herzog Carl Leopold zugefügten Schäden betrifft, ganz unrecht berichtet worden sey, indem bey derselben die genaueste legale Untersuchung vorgegangen und die Kayserliche Erkänntnisse sich auf dieselbe lediglich gründen. Ob nun schon Ihro Kayserliche Majestät weder ihm, dem König, noch seinen Successoribus, an Dero Befugnissen und Rechten hierdurch das mindeste hätten abschneiden wollen; so könne doch hingegen auch sein, des Königs, wiederholte Verwahrung der Mecklenburgischen Ritterschafft an ihrem post plenam causæ cognitionem ex Sententia erhaltenen Recht und Forderung das mindeste præjudiciren, noch die Krafft einer Sententiæ definitivæ dadurch unterbrochen werden. Falls auch in Holland von Privatis, zuförderist zu Abzahlung der Rückstände an Chur-Hannover, und sodann vor die Ritterschafft, auf Abschlag, 500000. Thaler zu erhalten seyen; so würden sich schon Mittel finden, solche Wiederbezahlungs-Fristen zu sezen, daß die Hypo-

thec nicht verewiget werde. Ihro Kayserliche Majestät würden auch nicht entstehen, auf obbesagte Maasse das Holländische Geld-Negotium mit Ernst treiben zu lassen, so bald die Mecklenburgische Lande nur in solche Umstände gesezet würden, daß sich etwas fruchtbarliches unternehmen lasse. Wie dann Ihro Kayserliche Majestät zu sein, des Königs, Gemüths-Billigkeit das Vertrauen hätten, zu Beförderung desselben auf alle Weise zu concurriren, und alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, zumalen dem Mecklenburgischen Lande, und denen künfftigen Besizern desselben, höchstens daran gelegen, daß so wohl die rückständige Executions- und Commissions-Kosten mit baarem Gelde baldmöglichst abgezahlet, als auch, daß die Ritterschafft durch etwelche auf Abschlag vor ihre Schäden erhaltende Summe von ihrem gänzlichen Untergang, der das ganze Land endlich in Ruin sezen würde, errettet werde. Im übrigen hätten Ihro Kayserliche Majestät, was die der vorigen Commission bis zu völliger Bezahlung constituirte special-Hypothec anlangt, keine andere und Dero Kayserlichen Resolution entgegen lauffende Versicherung niemals geben lassen, wohl aber hierinnen nichts verhänget, als was denen Reichs-Constitutionen und gemeinen Rechten gemäß seye. Demnach müßten Ihro Kayserliche Majestät es, so vil seine, des Königs in Preussen, Protestation betrifft, bey Dero vorherigen Kayserlichen Resolutionen nochmals lediglich bewenden, und unter denen vorherigen Bedingnissen, und nicht anders, dise wiederholte Verwahrung des Königs ad Acta nehmen lassen.

7. Ponatur unter oben angeführten Conditionen des Königs in Preussen wiederholte Verwahrung sub præs. 17. Junii ann. curr. ad Acta.

Was besagter Prinz Christian Ludwig zu Mecklenburg-Schwerin, als ihme die Kayserliche (Administrations-) Commißion über seines Bruders, des Herzogs Carl Leopolds Lande aufgetragen, oder auch nachhero wieder erneuert worden, für Reversalien, besonders auch auf den Fall, wann er zur Landesregierung käme, hat ausstellen müssen, auch was dißfalls zwischen ihme und dem Kayserlichen Hof, auch Chur-Sächsischen Reichs-Vicariats-Hofgericht, vorgegangen ist, davon sehe man ferner des 2ten Buchs 4tes Cap.

§. 20.

Nassau. Was Graf Johann der ältere zu Nassau-Catzenelnbogen wegen

gen der Verbindlichkeit ſeiner Succeſſorum verordnet hat, wollen wir Cap. ſeq. vernehmen.

§. 21.

In dem Kayſerlichen Executions-Receß zwiſchen denen Grafen von Oſtfrießland von 1590. heißt es: „Wie ſie (Grafen,) auch nicht weniger willig, als ſchuldig, ihrer geliebten Ahnherren und Vorfahren von ſich beſtändig gegebene Brieffe und Siegel, ſo wohl auch die ihren, ſtet und feſte zu halten, und in vollen Würden und Kräfften bleiben zu laſſen. „ Oſtfrießland.

§. 22.

Im Würtembergiſchen Vergleich von 1770. heißt es: „Und wie dieſer Receß auf Se. Herzogl. Durchlaucht und höchſtdero Nachfolger in der Regierung, ſo wie auf die Landſchafft und ihre Nachkommen, die verbindlichſte Beziehung hat; alſo wird man ſich Landſchafftlicher Seits bemühen, die Beyſtimmung der Herzoglichen Herrn Agnaten ebenfalls beyzubringen: „ welche auch erfolgte. Würtemberg.

§. 23.

Anno 1743. oder 1745. (1) lieſſe der Landgraf zu Heſſen-Caſſel, als Landesfolger derer Grafen von Hanau, den 31. Jul. alle von ſeinen Vorfahren an der Regierung, denen bey dem Gräflichen Hauſe Hanau hergebrachten Familienverträgen zuwider, ſo wohl vor als nach dem Jahr 1648. es ſeye gegen Annehmung baaren Gelds, oder Begnadigungsweiſe, oder auch unter dem Schein eines getroffenen Austauſches und Vergleichs, zur Ungebühr ertheilte Befreyung derer Dienſte, und laſtbarer bürgerlicher oder Bauren-Güter ꝛc. von gemeinen Laſten ſamt und ſonders dergeſtalt caßiren und annulliren, daß die darüber ertheilte Exemtionsbrieffe Niemanden jemals zum Behelff dienen, ſondern die ab Oneribus eximirt- und befreyte Güter demjenigen Cataſtro, worinn ſie vorhero geſtanden, wieder einverleibt, und die darauf hafftende Beſchwerden von denen Beſitzern abgetragen und ohne Ausnahm entrichtet werden ſollen; jedoch vorbehaltlich eines jeglichen Regreſſes, gegen wen er ſelbigen zu haben vermeinen möchte. Hanau.

Von einem darüber bey dem Cammergericht entſtandenen Proceß iſt der Freyherr von Cramer (2) nachzuſehen.

§. 24.

Der Graf zu Oettingen-Baldern fragte An. 1719. bey Herrn Oettingen.

(1) Freyh. von Cramer Nebenſt. 14. Th. 112. S.
(2) l. c. pag. 110. ſqq.

Boehmern an: Ob demjenigen, der nicht als Hæres seines Vatern, sondern proprio jure & ex pacto & providentia Majorum succediret, die Transactiones und Renunciationes Parentis præjudiciren können? und der leztere antwortete (1): Daß einem Sohn, der proprio jure und nicht als hæres seines Vatern succedire, die Transactiones und Renunciationes Patris nicht præjudiciren können.

§. 25.

Sayn. Graf Heinrich zu **Sayn** ordnete An. 1592. in seinem Testament: „Es soll auch ferner wohlgemelte Unsere geliebte Baas und Tochter und eingesetzte Erbin, und ihre Manns-Erben = = schuldig und pflichtig seyn, = = alle = = **Pacta**, Verschreibung und Begnadigung, so Wir, ausserhalb dessen, so Wir bevor expresse renovirt (forte: revocirt,) aufgerichtet, oder noch aufrichten und hinterlassen möchten, zu halten und zu vollziehen: Im Fall sie, oder ihre Manns-Erben, das nit thäten, (sollen sie) Unsere Nachgelassenschafft verwürckt und sich deren unfähig gemacht haben. „

Und in dem An. 1603. zwischen ihm und seinem Successore, Graf Wilhelmen zu **Witgenstein**, getroffenen Receß heißt es: „Zum 6ten sollen = = Graf Heinrichs und dessen löblicher gottseliger Vorfahren an der Grafschafft Sayn mit gutem Bedacht aufgerichte rechtmäßige Contracten, Brieff und Siegel gehalten, und denselbigen unerkennten Rechtens mit der That nit zugegen gehandelt oder derogiret werden. „

§. 26.

Wied. Anno 1691. verglichen sich die Grafen Friderich und Ludwig Friderich zu **Wied**: „13. Alle Verpfachtungen und Contracten, so Zeit währender Regierung Herrn Graf Ludwig Friderichs vorgegangen, und unter dero Hand und Sigel producirt werden können, sollen Herrn Graf Friderichs Excell. zu manuteniren schuldig seyn, in so fern solche Verpfachtungen und Contracten nicht gegen alle Rechten und Billigkeit, oder auch gegen die Gräfliche Wiedische Stamms-Vereinigung, streben, oder sonsten dem Gräflichen Hause Wied zum mercklichen Præjudiz gereichen. „

§. 27.

Witgenstein. Graf Gustav zu **Witgenstein**-Witgenstein gienge circa An. 1694. damit um, seine Lande bey seinem Leben zu theilen und sie seinen Söhnen abzutretten, um dadurch, wie er meinte, sie ab onere, seine **facta** zu præstiren, zu liberiren; die JCti zu Halle aber antworteten:

(1) vid. Selne Consult. & Decis. Vol. 1. Part. 2. p. 417.

ten (1): Es möchte hiedurch wider die vorhandene Creditores nichts zu Recht beſtändiges ausgerichtet, oder denen Söhnen das Jus revocandi Feudum & impugnandi factum Parentis erworben werden.

§. 28.

Unbenahmte Fälle.

Bey dem Herrn von LYNCKER (2) findet ſich ein Jenaiſches Reſponſum, des Innhalts: Princeps quidam remilit einem Renthmeiſter die Rechnung, und quittirt ihn mit eigener Hand. Qu. An Succeſſor Principis teneatur factum illud ſervare? Reſp. Ja.

In denen Conſiliis Halenſibus (3) liſet man ein Reſponſum über diſen Fall: Hat ein gewiſſer Potentat, ſo wohl zu Erweiterung des Commercii, als dem Bono publico zum Beſten, zu Beförderung guter und gerechter Münz-Sorten, in ſeinem Lande einen gewiſſen Contract mit Cajo wegen Liferung der Silber-Spedirung, der Wechſel, Anſchaffung der Materien an Holz, Kohlen, Tigeln, getroffen, auch diſem Cajo freygegeben, ſeines Gefallens nach, jemand ſich zu aſſociiren. Hat hierauf Cajus mit Sempronio einen Societät-Contract aufgerichtet, welcher nicht allein von des Landes-Fürſten Cammer-Collegio confirmirt und approbirt, ſondern auch von dem Landes-Herrn ſelbſt unter eigener hoher Hand und Sigel ratihabiret, auch dahin extendirt worden: Daß, dafern Cajus, es geſchehe auf was Maaß es wolle, entweder durch Todes-Fall, oder durch andere Begebenheit, von der vorerwehnten Einrichtung los werden möchte, Sempronius dennoch dabey, biß die 10. Jahre verfloſſen, conſervirt und geſchüzet werden ſolle; in welchem Societät-Contract Sempronius dem Cajo verſprochen: Daß er nicht allein dem Landes-Fürſten die demſelben von Cajo bewilligte 3. Gr. Schlägeſchaz von einer jeden ausgemünzten Marck fein Silbers richtig abtragen, ſondern annoch über dem Cajo 1. Gr. von jeder Marck gegen Herſchieſſung eines gewiſſen Capitals von 50000. Thaler entrichten wollte. Iſt hierauf Cajus von dem jezigen Landes-Fürſten mit perſönlichen Arreſt beleget, und alſo von Sempronio, da die Sache mit Cajo in einen ganz andern Stand gerathen, ein mehres an Schlägeſchaz gefordert worden, Sempronius aber ſich auf ſeinen confirmirten Contract bezogen, und endlich annoch 1. Gr. auf jede Marck der Schiede-Münze zuzulegen bewilliget, bey welcher Gelegenheit ſich Titius angemeldet, und die mit dem Sempronio abgeredte Verfaſſung in allen Puncten zu übernehmen, auch von jeder Marck fein, ſo wohl grober

(1) vid. Conſil. Halenſ. Tom. II. Part. 2. p. 565.
(2) Deciſ. 353.
(3) Tom. 2. Lib. 1. p. 94.

ber als Schiede-Münze 1. Gr. mehr zu geben, ſich anerboten. Daher wurde gefragt: Ob Sempronius bey obbeſagtem Contract die abgehandelte 10. Jahre über ungehindert zu laſſen, oder ob ſelbiger, weil der von Titio gethane Vorſchlag des Landes-Fürſten Intereſſe verträglicher ſeye, caßirt und aufgehoben, hingegen aber mit Titio, vor Sempronio, weil jener ein mehreres zu geben offeriret, tractiret werden könnte? Hierauf antworteten die JCti Halenſes: Daß die Fürſtliche Cammer ſo wohl, als der Landes-Herr ſelbſt, den mit Sempronio getroffenen Contract biß zu Ende diſer 10. Jahr zu halten verbunden, und ſie mit Titio, ohnerachtet derſelbe ein mehreres offerire, zu contrahiren nicht befugt ſeyen.

Vil anderes ſiehe Cap. prox. ſeq.

§. 29.

Meine Meinung.

Die gröſte Confuſion und Schwürigkeit machet, wie in der ganzen Jurisprudentia privata Illuſtrium, ſo auch ins beſondere hier, die Uneinigkeit: Nach was für Principiis man die Sache anzuſehen und zu beurtheilen habe? und daß auch diejenige Rechts-Gelehrte, welche doch ſonſten von dem Longobardiſchen Lehen-Recht in unſerem Staats-Recht nichts wiſſen und hören wollen, hier, da ſie etwas darinn antreffen, wodurch ſie manche Succeſſores von ihrer Verbindlichkeit losmachen zu können vermeinen, ſo facil ſeynd, auf beſagtes Lehen-Recht zu provociren, ohne zu bedencken, daß ſolches erſt in ſubſidium ſtatt habe, und daß, (wie es ſich bey Abgang eines Reichs-Standes Familie allemal ausweiſet, und in der Materie von denen Landen derer Reichs-Stände ausführlich vorkommt,) eines Theils bey der Verlaſſenſchafft derer Reichs-Stände ſich ordentlicher Weiſe vil mehrere und vil wichtigere Allodialien finden, als man insgemein glaubt, daß hingegen anderen Theils ſelbige mit dem Lehen ſo verwickelt und beede dergeſtalt in einander gemenget ſeynd, daß ſie zuweilen platterdings, man adhibire dann gladium Alexandrinum, inſeparabel ſeynd, oder doch kaum mit gröſter Mühe ausfündig gemacht und ſortirt werden können.

Ich dencke aber, man könne diſer Schwürigkeiten wohl überhoben ſeyn, und diſe Scopulos wohl evitiren, wann man nur der ſo offt inculcirten und in unſerer Staats-Verfaſſung unwiderſprechlich gegründeten Ordnung derer Principiorum nachgehet. Unter ſolchen nun ſtehen oben an die Reichs-Geſeze; dergleichen haben wir aber keine, die hieher applicabel wären. Das nächſte Principium iſt alſo das Reichs-Herkommen. Da möchte man nun freilich anfänglich bedencklich

dencklich seyn, ob es möglich seye, daß es dißfalls ein allgemeines Herkommen gebe, und daß solches rechts-behörig erwisen werden könne? weil doch unlaugbar ist, daß jedes Haus seine eigene Verfassung hat, daß bey einem Casu sich dise bey einem anderen jene Umstände finden, welche der Sache den Ausschlag geben, und daß des einen Reichs-Standes Lande meist aus Reichs-Lehen, des anderen aus particular-Lehen von seinen Mit-Ständen, und des dritten aus Allodialien, bestehen, u. s. w. Ich habe aber schon oben dargethan, daß es allerdings angehe, und man nur das Wort: Herkommen in dem bey uns Teutschen in Actis publicis in dergleichen Materien üblichen Verstand nehmen müsse, da nemlich das Herkommens heißt, was ohngefähr bey denen meisten Häusern gleiches Standes meistens üblich ist. Und so getraue ich mir wohl, zu erweisen, daß bey allen weltlichen Reichs-Ständen Herkommens seye: Ein Regierungs-Nachfolger seye an alle seines Regierungs-Vorfahrers Handlungen ohne Unterschid verbunden; in so ferne diser Vorfahrer nicht denen Reichs-Gesezen und dem Reichs-Herkommen, oder besonderen Verträgen, Privilegien und Herkommen, zuwider gehandelt hat.

Der Haupt-Beweis dises Satzes wird erst aus deme klar werden, was bey der Materie von denen Landen derer Reichs-Stände vorkommt und kürzlich dahin gehet: Alle Lande derer weltlichen Reichs-Stände (ausser etwa Böhmen und Oesterreich,) bestunden nur noch vor 2. 3. 4. und 5. Seculis gar nicht in denen jezigen grossen Corporibus; sondern seynd, wie man bey jedem Haus unwidersprechlich erweisen kan, erst nach und nach aus vilen kleinen Graf- und Herrschafften, oder auch Ritter-Gütern, in die jezige Grösse zusammen erwachsen. Dise Graf- und Herrschafften aber waren meist allodial, und seynd erst nach und nach zu Lehen gemacht, oder dem Lehen einverleibt worden, oder auch noch allodial: Es mochten aber die Güter dise oder jene Qualität haben, so hatten die Besizere (wann nur ein Lehen nicht auf dem Fall stunde,) freye Macht, damit nach Gefallen zu handlen, sie zu verkauffen, zu versetzen, denen Töchtern zum Heurath-Gut mitzugeben, u. s. w. ohne daß sich jemand regte oder regen konnte; sondern ware etwas Lehen, so ware die Sache damit gethan, wann nur das Lehen dem Lehenherrn von dem alten Vasallen gebührend aufgekündigt und von dem neuen Besizer gebührend empfangen wurde: Die Kinder und Vettern aber durfften ihnen nicht traumen lassen, etwas dergleichen anzufechten, sondern sie mußtens eben haben, so gut als eines Privati Kinder oder Vettern es haben müssen, wann er das seinige verthut und ihnen

wenig oder nichts hinterläßt. Theilten Brüdere ihre Elter- und Groß-Elterliche Güter, so konnte ein jeder mit seinem Theil thun, was er wollte; starb er ohne Söhne, so fiele seine Portion, (wann es nur kein Fürstenthum ware, deren man aber dazumal im Reich wenige und keine so grosse hatte,) auf die Töchtern. Wer die Wahrheit diſes bißhero erzählten laugnen wollte, der müßte sich als einen Ignoranten in denen Urkunden des medii ævi, in specie des 13. 14. und 15den Seculi, darstellen; man sehe die in Herrn Georgischs Regestis angezeigte Diplomata diſer Zeiten an, man beſehe Crusii Schwäbiſche Chronic und andere Geſchicht-Schreibere anderer Gegenden; so wird sich zeigen, daß in diſen Seculis unter denen weltlichen Reichs-Ständen so vile Contracte über Land und Leute vorgegangen seynd, als kaum jezo noch unter Edelleuten über Ritter-Gütern. Wenn diſes noch nicht genug iſt, der schlage zu theuerſt in denen hiſtoriſchen Lexicis und in denen allda angezeigten Fontibus nach, wie diſes und jenes Haus oder Stifft in Francken, Schwaben, am Rhein, in Bayern, Sachſen, Weſtphalen, u. ſ. w. zu diſem oder jenem Diſtrict, Amt, Schloß, Statt, ꝛc. gekommen seye? er unterſuche die Hiſtorie so sehr viler abgegangener Häuſer und sehe, wie ſie nach und nach auf ſolche Weiſe um ihre Güter gekommen und erſt verdorben, hernach aber darüber gar abgeſtorben seynd, z. E. derer Grafen von Helffenſtein, Calw, derer Pfalzgrafen von Tübingen, u. ſ. w. Ja er nehme auch vile noch biß jezo vorhandene Häuſer, wie ſelbige ſolchergeſtalten vormals um einen offt groſſen oder gröſten Theil ihrer Lande gekommen seynd, und es in ihren Erb-Verträgen, zumalen mit namentlicher Benennung derer Avulſorum, (ſihe z. E. den Hohenzolleriſchen Erb-Vertrag de An. 1575.) bedauren, oder auch es dem Kayſer und Reich in publicis Comitiis als einen Beweg-Grund, eine Matricular-Moderation zu erhalten, vorlegen, ohne daß ſie nur daran gedächten, oder daran dencken dörfften, dergleichen abgekommene Güter wieder zu vindiciren, weil nimmermehr nur wahrſcheinlich zu machen, geſchweige erweislich, wäre, daß die Güter damals nicht haben können alienirt ꝛc. werden, und weil ein ſolches Principium vil gröſſere Revolutiones im Reich, als die Franzöſiſche Reuniones, anrichten würde; ſondern, weil man ſelbſt erkannte, daß an und für ſich nichts gegen ſolche Handlungen eingewendet werden könne, ſo geriethe man ſucceſſive, um den totalen Untergang noch mehrerer Häuſer zu verhüten, auf die weisliche Einfälle, daß man die Töchtern zum Vortheil des ganzen Manns-Stamms Verzicht thun lieſſe, und die Lande mit Fideicommiſſen belegte, ꝛc. ſeit welcher Zeit dann auch

die

die Contracte, u. d. über Lande und Leute unter denen weltlchen Reichs-Ständen nothwendiger Weiſe immer mehrers abgekommen ſeynd; mithin iſt freilich in ſo ferne nunmehro Herkommens, daß ein Landes-Herr ordentlicher Weiſe nicht mehr die alte uneingeſchränckte freye Diſpoſition über Land und Leute hat, ſondern ſich nach denen vorhandenen Stamm-Verträgen, elterlichen Diſpoſitionen, u. d. richten muß, und daß es vergeblich ſeyn würde, diſes neuere Herkommen anzufechten und auf das alte, nach welchem er ungebundene Hände hatte, zu provociren: Wo und in ſo ferne aber diſe Pacta u. ſ. w. und das mit ſelbigen gleiche Krafft habende ſpecial-Herkommen ceßiren, in ſo ferne iſt auch dem alten Herkommen durch das neuere noch nicht derogirt, ſondern es bleibt noch dabey, und folglich auch bey der Regel: Ein Regent hat in Regierungs-Sachen freye Hände, ſo ferne ihme keine Pacta, u. ſ. w. ſelbige binden; nur müſſen denen ſpecial-Pactis und Herkommen ꝛc. auch noch die allgemeine Reichs-Geſeze beygefüget werden, als denen freilich jenes alte Herkommen weichen muß.

Hat nun aber alſo diſes ſeine Richtigkeit, ſo folget nothwendig daraus: Daß, wann ein Regent, in ſo ferne ihme Reichs-Geſeze, Verträge, ꝛc. ſeine Gewalt nicht einſchräncken, in denen Land und Leut betreffenden Angelegenheiten nach Gefallen handlen und ſie ſeinen Nachkommen oder Vettern gar entziehen kan, ſeine Nachfolger noch vil mehr verbunden ſeyn müſſen, das minus zu erkennen, und das, was er gehandelt hat, und weder gegen Geſeze, noch Verträge, ꝛc. laufft, genehm zu halten. Es führet auch nicht die geringſte Unbilligkeit mit ſich, ſondern iſt Juris Naturæ & Libertatis naturalis bey einem jeden privato Anteceſſore, Obligationis naturalis hingegen bey deſſen Succeſſore; warum dann nicht auch bey groſſen Herrn? Salus publica (welche hiebey aber offt mißbraucht und mit dem privat-Intereſſe als etwas gleichgültiges genommen wird,) leidet auch an und für ſich unter diſer Sache keineswegs, ſondern nur, wann ſie mißbraucht wird; dem Mißbrauch kan man aber auf andere Weiſe ſo vorbiegen, daß die Regel dannoch bleibet. Endlich ſo iſt es auch Juris Gentium, und ein bey allen vernünfftigen Völckern üblicher Satz, daß eines Regentens Handlungen nicht nur bey ſeinem Leben, ſondern auch nach ſeinem Tode, in ſo weit gültig ſeynd und bleiben, als ſie nicht gegen die Reichs-Grund-Geſeze, u. ſ. w. anſtoſſen.

Was nun diſe Exceptiones belangt, ſo habe ich geſagt: 1. So weit einem Regenten nicht durch die allgemeine Reichs-Geſeze und Herkommen die Hände gebunden ſeyen. Daß diſe Ausnahm ihren

guten Grund habe, wird hoffentlich kein vernünfftiger Menſch läugnen; ich verſtehe aber unter diſen allgemeinen Rechten auch die Jura ſubſidiaria, (als worauf die Reichs-Gerichte zu ſprechen verpflichtet ſeynd,) in ſo ferne mit, als ſelbige mit dem zuvorgedachten alten und neuen Herkommen compatibel ſeynd; dann daß diſes ihnen vorgehe, iſt ſchon daraus klar, weil ſie nur in ſubſidium deficientis Juris vel Obſervantiæ Patriæ recipirt ſeynd.

Und ſo iſt auch nach denen anderwärts gelegten Principiis ohnwiderſprechlich, daß, was gegen Rechts-kräfftige Familien-Verträge und Teſtamente vorgenommen wird, unverbindlich ſeye. Wie ferne aber Tertii an ſolche Familien-Verträge verbunden ſeyen? ſiehe das Teutſche Famil. Staatsrecht Cap. 18.

Uebrigens kommt, wie bereits ſchon Andere vor mir, (namentlich auch der Herr von LUDEWIG,) ebenfalls wohl erinneret haben, in Applicatione und wann es zum Streit kommt, gemeiniglich das meiſte auf die vorligende beſondere Umſtände an: Da ſich aber ſolche ohnmöglich in Reglen faſſen laſſen, muß das arbitrium Judicis den Ausſchlag geben, welches deßwegen gar nicht vagum iſt, noch ſeyn darff, ſondern der Richter muß forderiſt das Factum in Richtigkeit ſtellen, ſo dann aber das Recht, nach jenes Beſchaffenheit, darauf appliciren.

Bey diſem Principio brauche ich alle von andern adhibirte und oben in Menge angeführte Diſtinctiones, Limitationes, &c. ob der Regent ein Sohn oder Vetter ſeye? ob er Erbe ſeye oder nicht? ob er etwas in Qualität eines Regentens, oder eines Privati, gethan habe? ob die Handlung dem gemeinen Weſen zum Nuzen oder Schaden ausgeſchlagen ſeye? ob nicht wenigſtens die Abſicht gut geweſen ſeye? u. ſ. w. nicht; ſondern entweder fallen ſie gar hinweg, oder ſie müſſen ſich nach denen vorligenden Umſtänden und der Verfaſſung des Hauſes oder Landes, davon die Frage iſt, richten, und gehören mithin zu denen Exceptionen und nicht zur Regel.

Was nun alſo überhaupt Juris iſt, eben das iſt auch Juris in denen ſpecial-Fällen und Fragen, dergleichen einige oben vorgekommen ſeynd: Ob nemlich ein Succeſſor an ſeines Vorfahrens Pacht- oder andere Contracte, Rechnungs-Erlaſſung, Transactiones, Renunciationes, Pacta, u. ſ. w. verbunden ſeye?

Endlich die Obligationem Succeſſoris ex delicto Anteceſſoris belangend; ſo iſt ein Unterſchid unter denen Delictis zu machen: Wo es um die Uebertrettung Kayſerlicher und Reichs-Avocatorien zu thun, oder einer in die Acht erkläret worden iſt, gehet es nach denen

Reichs-

Reichs-Geſezen und dem Reichs-Herkommen; in andern Fällen aber nach denen vorhin angezeigten Principiis.

§. 30.

Vindicirung des Abgekommenen.

Wann aber auch ein Regierungs-Nachfolger glaubt, von ſeinem Regierungs-Vorfahrern in etwas dergleichen verkürzet worden zu ſeyn; ſo darff von Rechts- und Billigkeit wegen der Nachfolger dennoch nicht gleich zufahren, und das angeblich widerrechtlich veräuſſerte, verpfändete, ꝛc. eigenmächtig an ſich ziehen, ſondern er muß forderiſt den Beſizer an gehörigen Orten belangen, und des rechtlichen Ausſpruches über die präjudicial-Frage: Ob das geſchehene verbindlich ſeye, oder nicht? abwarten: Alleine groſſe Herrn, die ſich gar nicht, oder doch nicht ſehr, vor denen Reichsgerichten förchten, kehren ſich meiſtens wenig daran, ſondern ſezen ſich ſelbſten in den Beſiz, und laſſen ſo dann den andern klagen, in Hoffnung, ihne damit müde und mürbe zu machen, daß er lieber quid pro quo nehme, als einen Proceß anfangen oder fortſezen werde, deſſen Ende leicht er, ja wohl ſeine Kinder und Enckel, nicht erleben, und am Ende doch etwa wohl eine Urthel, aber keine Execution derſelbigen, erhalten.

Uebrigens habe ich von Wiederherbeybringung derer von der Reichsſtände Landen abgekommenen Stücke bereits anderwärts (1) ausführlich gehandelt; worauf ich mich demnach hiemit bezogen haben will.

§. 31.

Noch etwas.

Bey dem Freyherr von Cramer (2) iſt die Frage unterſucht: Ob der activ-Receß eines Beamten, der durch allzuvile Anweiſungen nothgedrungen worden, mehr zu zahlen, als er eingenommen, und zwar bey Gefahr, ſeinen Dienſt zu verliehren, unter die Onera realia Territorii zu zählen ſeye? Sie wird bejahet, und mit einer Cameral-Urthel von 1760. gegen Erbach beſtättiget.

2. Unterſucht er (3): Ob ein Landesherr, welcher ein Salzwerck neuerlich errichtet, deſſen Ertrag dergeſtalt verpfänden könne, daß auch ein Succeſſor ſingularis ſo wohl, als allodialis, daran gebunden ſeye? Es wird gleichfalls bejahet, und eine Cameral-Urthel von 1760. beygefügt.

3. Fragt er (4): Ob ein Agnat dasjenige, was ein Rechnungsführer aus Amtsrechnungen active zu fordern behalten, als Landes-

(1) in dem Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. 1. Buch, 19. Cap. 250. S.
(2) in ſeiner Nebenſt. 110. Theil, 210. S.
(3) l. c. 20. Theil, S. 101. 137.
(4) l. c. 21. Theil, 147. S.

Succeſſor, (ohneracht Allodialerben vorhanden,) zu bezahlen, wie auch die von einem Rechnungsführer vorgeſchoſſene Cautionsgelder, ſamt Zinſen, abzuführen ſchuldig ſeye? Auch diſes wird bejahet, und mit einer Cameralurthel beſtärcket.

Ob ein Catholiſcher Regierungs-Nachfolger, gegen das Entſcheidjahr, in Religionsſachen Neuerungen anfangen könne, und was die Unterthanen vor Schuz und Freyheiten dagegen haben, wann er ſich des Reformationsrechts gegen ſeine Evangeliſche Unterthanen gebrauchen will? davon können des Corporis Evangelicorum Geſinnungen bey Herrn Reg. Rath von SCHAUROTH (1) nachgeſehen werden.

§. 32.

Mehreres remiſſive.

Mehreres von der Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers iſt auch in dem T. Familien-Staatsrecht *Cap. 19.* nachzuſehen.

Eilftes Capitel.

Von dem Abſterben, Begräbniß und Trauer.

Innhalt.

§. 1. Schrifft.
Von denen geiſtlichen Reichsſtänden.
§. 2. Begräbniß.
Von denen weltlichen Reichsſtänden.
§. 3. Obſignation. §. 4. Zerbrechung der Siegel. §. 5. Zurückſendung der Ordens-Zeichen. §. 6. Familien-Begräbniſſe. §. 7. Begräbniß-Anſtalten. §. 8. Lezter eines Hauſes. §. 9. Adhibirung Catholiſcher Ceremonien. §. 10. Pflichten derer Vaſallen. §. 11. Ceremoniel. §. 12. Landtrauer. §. 13. Begräbnißkoſten. §. 14. Begräbniß der Gemahlinnin, ꝛc. §. 15. Der nachgebohrenen Herrn. §. 16. *Epitaphia.* §. 17. Landſtändiſche Rechte und Pflichten.

§. 1.

(1) in ſeinen Schlüſſ. des Corp. Evang. 2. Theil, S. 313. 315. 3. Theil, S. 176.

§. 1.

Hieher gehörige Schrifft: Schrifft.

Boehmer (Just. Henn.) de eo, quod iustum est circa Luctum publicum. Halle, 1705. 4. 1735. 4.

Man sehe auch noch vil anderes hievon an unten (1) angezeigtem Ort.

* * *

Von denen geistlichen Reichsständen.

§. 2.

Von der Begräbniß eines verstorbenen Catholischen geistlichen Reichsstandes habe ich in meinem Teutsch. Staatsrecht, *Tom. 12. p. 138.* einiges gemeldet. Begräbniß.

Das Begräbniß eines Teutschmeisters lässet man anstehen, biß die Land-Commenthure und Raths-Gebietigere sich zu einer neuen Wahl versammlet haben, deren Discretion auch überlassen ist, wie es mit der Begrabniß gehalten werden solle; nur haben sie zuzusehen, damit dem Orden nicht verkleinerlich nachgeredet und dem abgeleibten Großmeister seine gebührende lezte weltliche Ehre, seinem Stande nach, gethan werde.

Was der Erb-Marschall des Erz-Stiffts Cölln bey der Begräbniß eines Churfürstens für ein Accidens hergebracht habe, erhellet aus disem Attestat des Dom-Capituls zu Cölln d. d. 1688. 30. Jul. „Nachdeme einem Hochwürdigen Thum-Capitul dises Erz-Stiffts Cölln von des Herrn Grafen Franz Ernsten zu Salm-Hochgräfl. Excel. gebührend remonstriret worden, was gestalten von uralten Zeiten hero bey beschehen- und vorgangenen Begräbnüs eines zeitlich gewesenen Erz-Bischoffen und Chur-Fürsten zu Cölln ꝛc. der ältist-regierende Herr von dero Hochgräflichen Haus Salm, oder der nechste Anverwandte und Agnatus, (so in obigem Fall die Marschallen-Stelle tempore Minorennitatis des ersteren vertretten,) wegen obgedachten Marschallen-Amts jederzeit mit der Leib-Kutschen, Zug-Pferden und Zubehör, regaliret und beschencket worden; mit Bitt, deroselben dessentwegen ein Attestatum, um sich desselben gehöriger Orten bedienen zu können, zu ertheilen: Und dann obbocherwehntes Thum-Capitul hierüber Information einnehmen lassen, und, nach beschehener Relation, deme also zu seyn, oberzehlter massen befunden; als hat dasselbe obgedachtes Attestatum nit abschlagen, sondern hiermit ertheilen wollen. „

Von

(1) in meines l. Sohnes Teutsch. Hofrecht. 1. Band, S. 377.

* * *

Von denen weltlichen Reichsständen.

§. 3.

Obſignation. Weſſen ſich Landgraf Ludwigs zu Heſſen-Marburg Succeſſores zum Voraus wegen Obſignation der Literalien und Mobilien auf Abſterben diſes ihres Vetters verglichen haben? ſiehe im T. Staator. *Tom. 15. p. 451.*

§. 4.

Zerbrechung der Sigel. Herzog Johann Wilhelm zu Sachſen-Weimar diſponirte An. 1573. „Ferner ordnen und ſezen Wir, daß Unſer Fürſtlich groß Inſigel, nach Unſerm ſeel. Abſterben, ſamt Unſerm Daum-Ringe und kleinen geheimen Inſigel, ſo Wir ſtets an Unſerm Halſe tragen, neben dem Canzeley-Secret, ſoll in eine verſchloſſene Laden hinterleget und Unſern lieben Söhnen alsbald ein groß neu Inſigel gefertiget, und daſſelbige in einer eigen Laden hinterleget werden, ſamt einem Sigel-Regiſter, und mit dreyen Schlöſſern verwahren, darzu Unſer Statthalter, Canzler und Cammer-Secretarius jeder einen ſondern Schlüſſel haben und alle Quartal Lehn-Brieff und anders mehr, ſo vonnöthen, in aller dreyer Beyſeyn, ſigeln, einſchreiben, und das Fürſtliche Inſigel wiederum einſchlieſſen, und in das Gewölbe zu Unſern verlaſſenen vornehmſten Händeln und Original-Brieffen gethan und bewahret werden. So ſoll auch ein neu Canzley-Sigel gleichergeſtalt gefertiget und täglich zu der Canzley Sachen gebraucht, da in einem Lädlein verſchloſſen gehalten werden. „

Herzog Julius zu Braunſchweig diſponirte An. 1582. „So bald Wir nach GOttes Willen hierauf Unſer ſeliges Ende durch GOttes Hülffe und Beyſtand ſeliglich beſchloſſen, ſollen hochermelte Unſere Gemahlin und denn Ihro Liebden zugeordnete Unter-Vormündere, Mit-Executores und Adminiſtratores, Unſer Fürſtliches groſſes, wie auch das kleine Cammer-Canzley- und Buchhalterey-Inſigel, deßgleichen das geiſtliche Conſiſtorial-Hof-Gerichts- und alle andere Secreta, von einem jeden, deme Wir ſie bey Unſerem Leben vertrauet und befohlen, abforderen, und Unſere Gemahlin ſie zu ſich nehmen, die Silber-Inſigel und Secret zur Stund, in hochermelter Unſerer Gemahlin und der andern Unter-Vormündere Beyſeyn, zerſchlagen, oder die durch einen Goldſchmid im Tigel zergehen und zerſchmelzen, und aus dem Silber ander Inſigel, Cammer- und Canzley- auch Conſiſtorial-Hofgericht- und Buchhalterey-Secret, ſo vil deren nöthig, in Unſer Gemahlin, als der geſetzten obriſten Vormünderin und Verwalterin der Regierung,

gierung, Namen machen sollen, und die in jedem vorfallenden Handel zur Nothdurfft gebrauchen. „

Wo nichts besonderes also wegen der Sigel verordnet ist, wird es damit gehalten, wie es bey jedem Hause herkommlich ist.

§. 5.

In dem Project Herzogs Georgens zu Sachsen Testament de An. 1539. liset man: „Wir ordnen und befehlen auch Unsern Executorn Unsers Testament, daß sie bald nach Unserm 30sten eine ansehnliche Botschafft ordnen in Niderlande ans Regiment, und sich erkundigen: Wohin man das göldne Vließ, samt dem kleinen Vließ, den man täglich am Halse träget, samt des Ordens Buch, welches mit Unsern Pitzschier verpitzschieret seyn soll, zu überantworten? und so sie dasselbe erfahren, sollen sie es dahin überantworten, und bitten, man wolle, der Seelen Heyl zu suchen, ingedenck seyn. „ Zuruckfendung der Ordens-Zeichen.

Gemeiniglich ist in eines jeden Ritter-Ordens Statuten versehen, wie es nach Absterben eines Ritters mit dessen hinterlassenen Ordens-Zeichen gehalten werden solle; wie dann auch diser Punct mit dem Staats-Recht keine Verwandtschafft hat.

§. 6.

Einige hohe Häuser haben keine besondere Familien-Begräbnisse, z. E. **Braunschweig.** (1) Familien-Begräbnisse.

Vile andere grosse Häuser hingegen pflegen Erb- oder Familien-Begräbnisse zu haben, darein ordentlicher Weise alle regierende und nachgebohrene Herrn vom Hause, auch deren Gemahlinnen, Witwen und Kinder beederley Geschlechts, beygesezet werden; es wäre dann, daß eines davon in der Fremde stürbe, und nicht gut gefunden würde, den Cörper nach Hause abhohlen zu lassen, oder daß die verstorbene Person es selbst anderst verlangt hätte. Oeffters gibt auch die in einem Hause vorgegangene Religions-Veränderung Gelegenheit, neue Erb-Begräbnisse zu erwählen, u. s. w.

Das neuere Bayrische Erbbegräbniß befindet sich zu München in der Gruft bey den Theatinern, mit der Ueberschrifft: Hic Duces Bavariæ, quidquid habent mortale, deponunt. (2)

Anno 1716. verglichen sich die beyde Gebrüdere, Fürsten zu Anhalt-Cöthen, unter anderem: „So reserviren Sich = = Herrn Fürst

(1) S. Herrn H. R. SCHEIDS Anmerck. zu meinem Braunschw. Staatsr. p. 70.

(2) Freyh. von KREITTMAYR Bayr. Staatsr. §. 130. p. 245.

Fürſt Auguſt Ludwigs Durchl. (der Poſtgenitus,) = = daß = = in dem Fürſtlichen Begräbniß die Leichen aus deſſen Fürſtlicher Linie mit beygeſezet werden ſollten. „

Wann man aber einer Perſon quæſtionem Status bey Lebzeiten movirt, und ſie nicht als ein Glid des Hauſes hat erkennen wollen; ſo können leicht auch nach ihrem Tode Streitigkeiten entſtehen; wohin folgendes Reichs-Hof-Raths-Concluſum gehöret, welches man Impetrantiſcher Seits ſich voraus hätte einbilden können, weil die Verſtorbene nun einmal (ſive bene, ſive male,) in den Fürſten-Stand erhoben worden ware, deren alſo auch die Beyſezung in dem Fürſtlichen Begräbniß um ſo weniger hat verſagt werden können, als ſelbſt am Kayſerlichen Hof, und ſo auch anderwärts, kein Bedencken getragen wird, auch anderen in loco verſterbenden Standes-Perſonen in dergleichen ſonſt und eigentlich der Familie gewidmeten Begräbniſſen zuweilen einen Platz zu vergönnen.

Martis d. 1. Sept. 1744.

Zu Sachſen-Meinungen, Herr Herzog Friderich Wilhelm, den Todesfall auch reſp. Begräbniß weyland Frau Gemahlin des Herrn Herzogs Anton Ulrich betreffend, etc.

1. Haben die von des Herrn Herzogs Friderich Wilhelm Mandatario und Hofrath Rehbohm gebetene Kayſerliche Inhibitoriales an die Sachſen-Meinungiſche Collegia und Subalternen nicht ſtatt; ſondern es werden vilmehr
2. Die von dem Herrn Herzog Friderich Wilhelm an das Sachſen-Meinungiſche Conſiſtorium, an den Kirchner oder Meßner, und auch ſonſten in das Land, wegen des Trauer-Geläuts, der Muſic, der Beyſezung in die Fürſtliche Grufft, und dergleichen ergangene einſeitige und ungebührliche, auch reſp. pœnal-Verbote, oder dergleichen Verfügungen, in ſpecie auch der, Nahmens des Herrn Herzogs Friderich Wilhelm, ergangene ſo genannte Umlauff und Verbot de 15. Aug. nup. hiemit, als einſeitig und unzuläßig, aufgehoben und caßirt.
3. Dahingegen aber wird dem Herrn Herzog Anton Ulrich zu Sachſen-Meinungen und mit-regierenden Landes-Fürſten, (ob zwar auch die von ſeiner verordneten Deputation angemaßte einſeitige Befehle eben wohl hiemit caßirt werden) nunmehro autoritate Cæſarea gnädigſt erlaubt, ſeine Fürſtliche Frau Gemahlin, nach der gewöhnlichen Trauer-Ordnung, wie es im vorigen Jahr bey Beerdigung der damaligen Fürſtlichen Leiche

zu

zu Coburg beobachtet worden, zur Erden, und zwar in die Fürstliche Grufft zu Meinungen, (als wozu die Schlüssel, auf jedesmaliges Begehren des Herrn Herzogs Anton Ulrich, oder seiner Räthe, unweigerlich verabfolget werden sollen,) ohngehindert bestatten, auch zu dem Ende den Sterbfall und Trauer von den Canzeln in Stätten und Lande abkündigen, auch daselbsten die Glocken (wie sonsten in dergleichen Fällen gebräuchlich) läuten, und weniger nicht die Music (ausser in der Kirchen, wo eine stille Music erlaubt seyn solle,) auf denen Gassen auf drey Monath verbieten, auch das Spil mit der Trommel und dergleichen Getös untersagen lassen möge.

4. Fiat Rescriptum notificatorium an den Herrn Herzog Friderich Wilhelm zu Sachsen-Meinungen, etc.

5. Eaque notificentur quoque per Rescripta & resp. Decreta an die gemeinschafftliche Sachsen-Meinungische Regierung, an das gemeinschafftliche Consistorium allda, wie auch an das gemeinschafftliche Cammer-Collegium, um nicht allein solchen Trauer-Anstalten nichts hinderliches in Weg zu legen, sondern auch dazu allen möglichsten Vorschub zu thun und thun zu lassen.

6. Fiat etiam Rescriptum horum omnium notificatorium an den Herrn Herzog Anton Ulrich zu Sachsen-Meinungen, um seine Veranstaltung ratione der Standes-mäßigen Begräbniß seiner weyland Fürstlichen Frau Gemahlin, in Gefolg obiger Kayserlicher Verordnung, machen zu lassen.

§. 7.

Begräbniß-Anstalten.

Wann ein Stand des Reichs ein Testament errichtet, pfleget er ordentlicher Weise darinnen selbst zu befehlen, wie es mit seiner Leich-Bestattung solle gehalten werden; Einige machen auch noch über dises ausdrückliche Dispositionen deßwegen, welches alles aber, theils nach Unterschid der Religion, theils nach dem hoch- oder demüthigen Sinn, auch übrigen Gusto und Einsichten, des Testatoris gar sehr variiret, auch an sich nicht in das Staats-Recht gehöret.

Herzog Carl Alexander zu **Würtemberg** verordnete An. 1737. „Daß = = Unser Fürstlicher Leichnam, = = nach dem bey Unserm Fürstlichen Haus in solchen Fällen vilfältigen üblichen Herkommen, zur Erden bestattet werden solle. „

Und in Graf Philipps zu **Schaumburg-Lippe** Codicill de An. 1672. liset man: „Nachdem = = Wir den 3ten Mart. 1671. wegen der Sepultur in Unserm Gräflichen Hause eine Verordnung

gemacht; ſo wollen Wir dieſelbe hiemit nochmalen erneuert haben, Unſere Söhne und Nachkommen erinnerende, daß ſie bey Unſerer Sepultur auch ſollen darnach verfahren; jedoch wollen Wir, daß bey Unſerer Sepultur 10. Adeliche, an ſtatt Burgermeiſter und Rath, ſollen verſchriben werden, dasjenige zu verrichten, was Wir diſen ſonſt darinnen aufgegeben, und laſſen einem jeden Unſerer Nachkommen in dem Punct gleiche Freyheit. „

Gleich wie es aber etwas ganz auſſerordentliches iſt, daß ein Herr ſich hat einfallen laſſen, ſeiner ganzen Nachkommenſchafft ein Begräbniß-Reglement vorzuſchreiben; alſo kan ich auch nicht finden, warum diſe ſchuldig ſeyn ſollte, ſich ihre natürliche Freyheit hierinnen einſchränken zu laſſen; zumalen da es pars libertatis teſtandi iſt, welche nach aller Völcker Rechten jedem gelaſſen werden muß; wie ſich dann auch die Zeiten, manchmalen auch die beſondere Umſtände ſothanen Hauſes, änderen, daß, was jezo ſchicklich iſt, ein andermal unſchicklich wäre.

Hat nun der Verſtorbene nicht ſelber diſponirt, wie es mit der Trauer gehalten werden ſolle, ſo dependiret es von dem Succeſſore an der Landes-Regierung, wie er es hierinn anordnen und halten laſſen will, und wird auch wohl zum Voraus deßwegen eine eventual-Abrede genommen, zumalen, wann die Succeſſion auf mehrere Collateralen fällt. Z. E. An. 1604. 14. Jan. verglichen ſich die Landgrafen zu **Heſſen-Caſſel** und **Darmſtatt** auf den Fall, da ihr Vetter zu **Marburg**, der keine Kinder hatte, abſterben würde.

Wann das Lehen und Erbe getrennet wird, kommen dem Succeſſori in Land und Leuten diejenige Trauer-Anſtalten zu, welche zur Landes-Hoheit gehören, z. E. die Muſic zu verbieten, das Trauer-Geläut anzuordnen, u. ſ. w. denen allodial-Erben aber, wann ſie den Beutel darzu öffnen müſſen, muß man das übrige, ſo fern es Geld koſtet, zu ihrer ſelbſt-beliebigen Anordnung heimgeſtellt ſeyn laſſen: Wann ſie aber bey diſer Gelegenheit ſich allzuſparſam erweiſen wollten, kan der Succeſſor wohl verlangen, daß es damit gehalten werde, wie es ſonſt im Hauſe, oder bey anderen Perſonen gleiches Standes und Vermögens, üblich iſt.

Kayſer Ferdinand I. diſponirte An. 1543. „So dann, jetzt-vermelter maſſen, Unſer Seele von Unſerm Leib geſchaiden iſt, wollen Wir, daß Unſer Leichnam in ein Sarg gelegt, wie Unſere Erben und **Teſtamentarien** für gut anſehen wirdet. „

§. 8.

§. 8.

Wann ein Haus ganz ausstirbt, ist herkommlich, daß alsdann Schild und Helm des Hauses mit in das Grab gegeben, auch wohl gar zerbrochen wird. Letzter eines Hauses.

So meldet Müller (1) von der An. 1584. 9. Jan. beschehenen Beerdigung des letzten Fürstens von Henneberg: „Als der Sarg ins Grab gelassen, ist Schild und Helm (so nicht ohne Vergiessung viler Thränen anzusehen gewesen,) mit Schauffeln zerstossen und zerbrochen und hinein auf den Sarg geworffen worden. „

Was aber An. 1464. bey Beerdigung des letzten Herzogs zu Stettin für Streit darüber entstanden ist, als das Wappen mit in das Grab geworffen wurde, sihe im T. Staator. *T. 15. p. 381.*

Wegen des lezten Herzogs zu Pommern Begräbniß wurde zwischen Dessen Landesfolgern, (der Cron Schweden und Chur-Brandenburg,) ein Vergleich getroffen, darauf vile Jahre nach seinem Tode ihme eine solenne Leichbegangniß gehalten, und von denen Pommerischen Landständen zu denen Kosten auf dem Landtag An. 1654. ein Beytrag verwilliget. (2)

§. 9.

Herzog Carl Alexander zu Würtemberg verordnete An. 1737. „Daß = = die Catholische Geistlichkeit, nach des Catholischen Glaubens Herkommen und Gebrauch, Uns zur Erden zu bestättigen, und die Exequias zu halten, und, so lang dise dauren, nicht allein jeder täglich eine heilige Messe zu lesen, sondern auch von der Zeit des Absterbens biß zu Unserer Bestattung, das heilige Meß-Opfer für Unsere abgeleibte Seele zu verrichten, solle angewisen = = werden. „ Weil man aber an Seiten der Administration disem nicht weiter nachkame, als so weit man es denen Schrancken eines Exercitii privati Religionis Catholicæ gemäß hielte, so rescribirte der Kayser An. 1737. 17. Jun. an den Herrn Administratorem: „So wenig Wir verstatten würden, wann das Land in Exercitio publico Religionis der Augspurgischen Confession gekränket und dem Westphälischen Fridens-Schluß entgegen lauffende Einschränckungen oder Verordnungen hätten gemacht werden wollen; so wenig können hingegen Wir ohngeandet lassen, daß Dr. Liebden bey der Beerdigung des letzt-verstorbenen Landes-Regenten Sich unterstanden haben, die Gebräuche, welche nach der Catholischen Religion in solchen Fällen nöthig und gewohnlich seyn, zu verbieten, Abhibirung Catholischer Ceremonien.

(1) in Annal. Sax. p. 187.
(2) v. Lünig von der landſ. Ritterſch. 2. Theil, 196. Col.

und nicht einmal die Vortragung des Creutzes, den Gebrauch des Rauch-Fasses, und der Lichter, zugeben wollen, ja denen Catholischen Geistlichen verwehret haben, die Leiche in dem Umfang des Fürstlichen Schlosses zu begleiten; da doch keinem Landes-Regenten verwehret werden kan, ohne Abbruch der in seinen Landen üblichen Religion, den Gottesdienst seiner eigenen Religion, zu welcher er sich bekennet, zu haben, und alle Gebräuche, die nach derselben erfordert werden, adhibiren zu lassen: = = Wir befehlen also Dr. Liebden hiedurch gnädigst an, die forderſamste Anstalt zu machen, daß, = = = was bey der Beerdigung an Christcatholischen Gebräuchen unterlassen worden, zu keiner Consequenz gezogen werde. „

§. 10.

Pflichten derer Vasallen.

Unter die Pflichten derer Lehen-Leute gehöret, daß die geringere in Person, die fürnehmere aber wenigstens durch ansehnliche Deputirte, bey denen Begräbnissen ihrer Lehen-Herrn und derer Ihrigen erscheinen.

Anno 1657. bedunge sich Churfürst Johann Georg II. zu Sachsen bey seinem Herrn Bruder zu Merseburg aus: „Wie Wir denn auch, die Grafen und Herrn zu = = Begräbnissen, = = zur Aufwartung zu beschreiben, Uns vorbehalten. „

In denen Actis Compromissi zwischen Chur-Pfalz und Orleans findet sich ein ins Lateinische übersetztes Ausschreiben zur Leiche an die Chur-Pfälzische Vasallen.

Zwischen Chur-Pfalz und Orleans wurde An. 1687. wegen derer Unkosten, welche auf dise also zu der Churfürstlichen Leiche beschribene Vasallen gegangen seynd, ein Vergleich getroffen.

Unter die Observantien des Hohenlohischen Lehen-Hofes solle ebenfalls gehören, daß, wann die Vasallen zu Gräflichen Exequien eingeladen werden, sie erscheinen müssen.

Bey Müllern (1) liset man, daß bey der An. 1668. verstorbenen Herzogin zu Sachsen-Altenburg Leichen-Begängniß zugegen waren, so vom Land beschriben worden, in Person 62. von Adel: Die auch beschribene Grafen und Herrn Reussen, von Leiningen, Solms, Hohenlohe und Schwarzburg aber erschienen nicht selbst, sondern schickten Junckern, oder Cavaliers.

§. 11.

Ceremoniel.

Wer mehreres von denen bey dergleichen Gelegenheiten üblichen Solennitäten wissen will, der kan sich in Lünigs *Theatro Ceremoniali*,

(1) in Annal. Saxon. p. 475. ſq.

mali, *Tom.* 2. was aber ins besondere das Haus Sachsen betrifft, in MÜLLERS Sächsischen *Annalibus* und in WECKENS Dreßdnischer Chronic Raths erhohlen.

§. 12.

Weil nun bey dem Absterben des Regentens, oder auch anderer Personen vom Haus, im ganzen Land gewisse Trauer-Bezeugungen angestellet werden müssen, so wird von dem Landes-Herrn dißfalls das nöthige an die Unterthanen und Vasallen ausgeschriben. Z. E. An. 1662. 19. Maj. ist von Herzog Johann Ernsten zu Sachsen-Weymar dero Herrn Vaters, Herzog Wilhelms, Todesfall denen Grafen zu Schwarzburg-Arnstadt, wie auch zu Mörsberg und Hohenlohe, notificiret, und ihnen zugleich die Trauer-Ankündigungs-Notul zugeschicket worden, mit Begehren, solche von den Canzeln ablesen zu lassen, und nicht allein vor sich selbst das Orgeln in den Kirchen, so wohl alles andere Freuden- und Saitenspil bey Hochzeiten, Kindtauffen, Gastereyen, und sonsten allenthalben, biß auf fernere Verordnung, einzustellen, sondern auch bey den Unterthanen dergleichen anzuordnen, sich derer bey unnachläßiger Straffe nicht zu gebrauchen. Land-Trauer.

Anno 1716. verglichen sich die beede Fürsten und Gebrüdere zu Anhalt-Cöthen: „Als auch die Billigkeit erfordert, bey des Herrn Postgeniti, oder Seiner Posteritat, Fürstlichen Begräbnissen das Geläute, gleich dem Landes-Fürsten, zu thun; so reserviren Sich dises Herrn Fürst August Ludwigs Durchl. = = ausdrucklich. „

Was es zwischen Hessen-Darmstatt und Hessen-Homburg Anno 1624. wegen einer Fürstlichen Leichen-Predigt für eine Dispute gesezet habe? sihe im T. Staator. *Tom. 14. p. 161.*

Im Hause Lippe wurde An. 1661. paciscirt, wie *l. c. Tom. 14. p.* 275. zu sehen ist.

Wo Stände wegen der Landes-Hoheit über gewisse Orte strittig seynd, geschiehet es leicht, daß, wann der eine Theil durch Zumuthung der Landes-Trauer einen Actum der Landes-Hoheit ausüben will, Processe darüber entstehen. Z. E.

Lunæ 7. Mart. 1712.

Nürnberg contra Brandenburg-Bayreuth, Mandati, In puncto angesonnener Land-Trauer, etc.

Fiat paritoria in Contumaciam.

Lunæ 3. Aug. 1716.

Nürnberg contra Brandenburg-Onolzbach, Dero Regierung und Beamte zu Cadolzburg, Schwobach, Stauff, Burgthann und Her-

Herrieden, in puncto der Land-Trauer, ſive Implorantiſcher Anwald, Daniel Hieronymus von Praun ſub præſ. 24. Jul. nup. exponendo: Welchergeſtalten von dem Gegentheil ſich angemaſſet würde, denen Nürnbergiſchen Unterthanen die Land-Trauer anzubefehlen, und hingegen die Muſic, Spielleute und Tänze, gänzlich zu verbieten, ſupplicat humill. pro clementiſſ. decernendo Mandato pœnali inhibitorio de non amplius turbando, ut & reſtitutorio, & deſuper præſtanda cautione idonea S. C. annexa Citatione ſolita. Appon. Lit. A. usque U. incluſive in duplo.

Fiat petitum Mandatum S. C. ſub pœna 20. Marcarum auri & termino duorum Menſium, annexa Citatione ſolita.

Der Freyherr von CRAMER (1) ſagt: Aliud eſt, Campanis uti zum Trauergeläute vi Superioritatis territorialis; aliud ad uſum Eccleſiæ, in conformitate Ordinationis conſiſtorialis: Jenes gehört allein dem Landesherrn.

Einen anderen Streit, der wegen der Land-Trauer für eines mit-regierenden Herrns verſtorbene Gemahlin, (welche man im Haus für keine Standes-mäßige Gemahlin hatte paßiren laſſen wollen,) im Hauſe **Sachſen-Meiningen** entſtanden iſt, ſiehe zuvor.

Herzog Carl Alexander zu **Würtemberg** diſponirte An. 1737. ſelbſt: „Daß = = die Trauer vor Uns ein halbes Jahr in allem angeleget = = werden ſolle; „ Gemeiniglich aber überläſſet man es dem Succeſſori, da es dann ſo wohl in Anſehung der Zeit, als derer Specierum und Graduum der Trauer, nicht nur unter Häuſern gleiches Standes, ſondern auch in einerley Haus, öffters gar verſchidentlich gehalten wird, und iſt es eine res mere arbitraria.

§. 13.

Begräbniß-koſten.

Einer der hauptſächlichſten hieher gehörigen Puncten iſt: Wer die auf die Begräbniß, Trauer, u. ſ. w. gehende Unkoſten bezahlen müſſe?

Bey dem Herrn von LUDEWIG (2) findet ſich diſer, (wahrſcheinlich im Hauſe **Sachſen-Weißenfels** entſtandener,) Fall: Stirbt ein gewiſſer Reichs-Fürſt, mit Hinterlaſſung anſehnlicher Erb-Stücke. Da nun die Begräbniß-Koſten hoch anlauffen, entſtehet unter dem Landes-Folger und denen ordentlichen Erben ein Streit: Wer ſolche zu tragen ſchuldig? Der Landes-Folger will das Lehen damit nicht beſchweren laſſen; im Gegentheil verſezen die leztere, als Erben, daß ſolches eine Lehen-Schuld und Landes-Trauer, mithin auch der Landes-Folger

(1) Obſ. 299. Tom. 1. p. 660.
(2) in den gelehrt. Anzeig. Tom. 2. p. 379.

Folger die Leich- und Begräbniß-Koſten über ſich zu nehmen, die Land-Erben aber damit gänzlich zu verſchonen. Solchemnach die Frage entſtehet: Ob die Leich-Koſten ex Fideicommiſſo, oder Feudo, oder puren Allodio der hinterlaſſenen Erbſchafft, zu bezahlen? Der Herr von LUDEWIG antwortete: Es ſeyen die Leichen-Koſten aus dem puren Allodio der eigenthumlichen Verlaſſenſchafft zu nehmen, der Succeſſor aber in Feudo & Fideicommiſſo dißfalls ſo lange zu verſchonen, biß in Allodio nichts mehr vorhanden ſeye.

In dem An. 1672. zwiſchen **Sachſen-Gotha, Weimar und Eiſenach** wegen der Sachſen-Altenburgiſchen Erbſchafft getroffenen Vergleich heißt es: Herzog Ernſt zu Gotha hätte zwar einen proportionirten Beytrag zu Ausrichtung des Fürſtlichen Begräbniſſes verlangen können; er habe aber freywillig davon abſtrahirt.

Anno 1687. wurde zwiſchen **Chur-Pfalz** und *Orleans* wegen der Leich-Unkoſten Churfürſt Carls ein Vergleich getroffen.

COCCEJI antwortete damals auf die Frage: An defuncti Principis Agnatus, qui ex providentia Majorum ſuccedit, ſumtus funebres debeat, an vero Heres allodialis, inprimis cum ſolvendo ſit Hæreditas? alſo: (1) Die Erbin wolle es dem Succeſſori in der Würde und Landen zumuthen; es gehöre aber ihr.

Als Herzog Guſtav Samuels zu **Pfalz-Zweybrücken** hinterlaſſene anmaßliche und unſtandesmäßige Wittwe deſſen Mobiliar-Erbin ſeyn wollte, excipirte der Landes-Succeſſor unter anderem: Es ſeyen die ſamtliche Trauer- und Beyſezungs-Koſten des Herzogs aus denen lauffenden Cameral-Gefällen des Succeſſoris hergenommen und zu dem Ende eine Summ von 18344. fl. 12. B. 9. Pf. vorgeſchoſſen worden, welche aus der Mobiliar-Verlaſſenſchafft des Herzogs, zumalen da die ad Funus ducendum nöthige Unkoſten darinn vorräthig ſich befunden haben, hergenommen werden, und um ſo vorzüglicher daraus wieder erſezet werden müſſen, als ſothane Koſten denen dem Succeſſori gehörigen ordinairen Landes-Revenuen nicht zur Laſt zugewiſen werden können ꝛc.

Auch wurde (vermuthlich von der Gräfin von Hofmann) zu Halle angefragt: Ob nicht von dem Succeſſore feudali diejenige Trauer-Koſten zu bezahlen ſeyen, was die Trauer vor die Bediente in denen Collegiis und im Land ertrage? Die Antwort fiele dahin aus (2): Es

(1) Sihe ſeine Deduct. Conſ. & Reſp. in cauſ. Illuſtr. p. 634.
(2) v. H. BOEHMERS Conſult. & Deciſ. Vol. 1. Part. 2. p. 522.

Es seyen die gemeldete Trauer-Kosten von dem Successore feudali aus denen Landes-Revenuen nicht unbillig zu tragen.

Herzog August Wilhelm zu **Braunschweig-Wolffenbüttel** setzt in seinem Begräbniß-Reglement d. d. 1731. 12. Mart. gleich im Anfang: „Weil man ohnedem ein merckliches durch meine Regierung erworben, und es sich ohnedem gebühret, daß die Folger in die Regierung die Unkosten darzu hergeben müssen; als habe ich allbereits ordiniret ꝛc. „

Herzog Joachim Ernst zu **Holstein-Plön** verordnete: „Die Begräbniß-Kosten sollen nicht über 3000. Rthl. sich belauffen, und soll solch Geld von der Baarschafft, so vorhanden seyn wird, vorab genommen werden, oder von samtlich-meiner Söhnen ihren Antheilen, nach gemachter Austheilung, herbeygeschaffet werden. „

Herzog Carl Alexander zu **Würtemberg** disponirte An. 1737. „Daß = = die bißhero bey Absterben eines regierenden Landes-Herrn abgegebene Trauer-Gelder nach dem Fuß verschidener Höfe Teutschlandes an die in Trauer zu kleiden nöthige Hof- und Canzley-Stellen, auch Livrée-Bedienten, ohne Uebermaaß und ohne Erstreckung auf solche Beamte und Bediente, welche weder bey Hof zu ::scheinen, noch darnach jene zu tragen oder zu gebrauchen haben, abgereichet werden sollen. „

Anno 1736. 8. Aug. resolvirte der Reichs-Hof-Rath; Wann die Gräflich Bentheimische Wittib in puncto der Funeral-Kosten der Kayserlichen Resolution de 12. Aug. 1733. Membro 3. mittelst behöriger Berechnung und Bescheinigung derenselben, in termino duorum mensium ein besseres Genügen, als geschehen, leisten werde, so folge darauf weiter, was sich gebühre.

Um das Jahr 1724. mag im Hause **Solms-Laubach** die Frage entstanden seyn: Wer die Kosten wegen der Trauer, Leichen-Predigt und zu errichten seyenden Epitaphii und anderes, so hierzu gehörig, trage? Die JCti zu Halle antworteten: (1) Daß die Begräbniß-Trauer- und andere behörige und gewohnliche Leichen-Kosten, aus denen erbschafftlichen Activis, im Fall der Landschafftliche Beytrag wegfiele, zu nehmen, und der Primogenitus oder Landes-Folger damit allein nicht beschweret werden möge. „

Anno 1727. klagte die verwittibte Gräfin Johannetta zu **Waldeck** bey dem Reichs-Hof-Rath gegen den Fürsten zu Waldeck und bate, unter anderem, ihme auch sub brevi termino refusionem Expensa-

rum

(1) v. Consil. Halens. Tom. 2. Lib. 2. p. 1582.

rum funeralium aufzulegen, und der Reichs-Hof-Rath willfahrte damit den 10. Jan. 1728.

Anno 1680. sprache das Cammer-Gericht: Daß Graf Wilhelm Ottens zu Ysenburg allodial-Erben die eingeklagte Leich-Kosten abzustatten schuldig seyn sollen.

Die JCti zu Tübingen haben darauf gesprochen, daß die von einer Herzoglichen Wittwe angeschaffte Trauer-Kleidung für ihren Gemahl nicht von denen ihr gewidmeten Kleider-Geldern, sondern aus des Gemahls Verlassenschafft, zu bezahlen seyen.

Bey dem Freyherrn von CRAMER (1) heißt es: Daß die Kosten von der Landtrauer von dem Landesfolger gemeiniglich bestritten werden, ist nachzugeben.

Was nun meine eigene Meinung anbelangt, so ist mir forderist fast kein Exempel bekannt, daß irgendwo üblich wäre, von dem Land eine Begräbniß-Steuer zu forderen; es ist also unbillig, was der Herr von LUDEWIG dißfalls angibt; dahero der hierinn geäusserte Anstand der Kayserlichen Sequestrations-Commißion im Pfalz-Zweybrückischen seinen guten Grund gehabt hat: Hingegen pflichte ich darinn ihme und der gemeinen Lehre bey, daß alle solche Kosten, dem Herkommen und denen in subsidium recipirten Rechten nach, ex Allodio bezahlet werden müssen; wo und in so fern aber dises nicht hinreichend ist, müsse der Lehens-Folger darzu concurriren. Wo zwar Allodia vorhanden, aber dem Lehen gewisser massen incorporirt seynd, also, daß selbige, so lang der Manns-Stamm des Hauses dauert, bey demselbigen verbleiben, und die allodial-Erben nichts davon bekommen; da ist es Herkommens, daß von dergleichen Allodio, so lang es dem Lehen gleich geachtet wird, auch zu denen Begräbniß- und Trauer-Kosten nichts beygetragen werde; wie es dann noch vor kurzem in dem Gräflich Reußischen Hause eben so gehalten worden ist. Sollte ein Herr, wie bey Br. Wolffenbüttel geschehen, durch eine Disposition die Allodial-Erben dises Oneris entheben, und selbige dem Landes-Successori aufbürden wollen; so kommt es darauf an: Ob diser aus Generosité deme nachkommen will? oder auch: Ob er sonst ex alio capite zu Beobachtung solchen lezten Willens verbunden ist? ausser deme ist er, denen Rechten nach, nicht gehalten, sich darnach zu richten, weil der Verstorbene nicht befugt ist, dergleichen zu verordnen. Doch muß ohne Zweifel der Landes-Successor die Trauer-Kosten, welche auf seine eigene Person, Familie, Zimmer und Equipage, wie auch auf seine particu-

(1) in seiner Nebenst. 71. Theil, 76. S.

ticular-Bediente, die nicht in des Verſtorbenen Pflicht und Sold geſtanden ſeynd, gehen, ſelber tragen, gleichwie auch die übrige collateral-Anverwandte die Trauer auf eigene Koſten anlegen. Sollte aber in einem Hauſe in einem derer hier angemerckten Stücke ein anderes Herkommens ſeyn; ſo bleibet es, als bey einem Jure particulari, billig dabey. Wann derer reſp. Succeſſorum oder Erben mehrere ſeynd, concurriret ein jeder pro rata. Wo das Erſtgeburts-Recht eingeführet iſt, kommt es forderiſt auf die ſpeciale Einrichtung deſſelben oder das Herkommen in ſolchem Hauſe an; in dubio aber halte ich dafür, daß die Trauer-Koſten für die Familie und deren Hof-Bediente aus der mobiliar-Verlaſſenſchafft zu nehmen, die eigentliche Beyſezungs- wie auch die Trauer-Koſten vor die Landes-Bediente aber anderen Regierungs-Oneribus gleich zu ſchäzen, mithin, wo diſe von dem regierenden Herrn allein getragen werden, auch jene von ihm zu bezahlen ſeyen. Daß endlich eine Wittwe lediglich nichts zu allem diſem beyzutragen habe, vilmehr die Trauer ihr und denen ihrigen angeſchaffet werden müſſe, hat ſeine unſtreitige Richtigkeit.

§. 14.

Begräbniß der Gemahlinnin ꝛc.

Von dem Begräbniß derer Gemahlinnin und Wittwen conf. das T. Familien-Staatsrecht.

Der Röm. König Ferdinand I. ordnete in ſeinem Codicill, wie es mit ſeiner Gemahlin Grabmahl ſolle gehalten werden.

§. 15.

Der nachgebohrenen Herrn ꝛc.

Von dem Begräbniß nicht-regierender Herrn conf. das T. Staatsrecht *Tom. 14. p. 490.* und von derer Töchtern ihrem *Tom. 22. p. 293.*

§. 16.

Epitaphia.

Kayſer Ferdinand I. diſponirte An. 1543. auch wegen ſeines eigenen Epitaphii.

In dem Mecklenburgiſchen Erb-Vertrag de An. 1621. liſet man: „Wir wollen auch Herzog Carln hochlöbl. Andenckens auf gemeinen Koſten ein Fürſtlich Epitaphium im Thum zu Güſtrow ſezen und das von Sr. Liebden darzu deputirte Geld abfordern laſſen.„

Und An. 1610. wurde beym Cammer-Gericht geſprochen: Daß Graf Dieterichs zu Manderſcheid Erben ſchuldig ſeyen, die von der Wittwe des Epitaphii wegen angewandte Unkoſten ſich in Rechnung bringen zu laſſen.

Es kommt diß falls lediglich auf des Teſtatoris Diſpoſition, und,

in

in deren Ermanglung, auf seiner Erben Gutbefinden an, welche lezstere auch die Unkosten tragen müssen.

§. 17.

Auch die Landstände haben bey dergleichen Gelegenheiten meistens gewisse so wohl Gerechtsame, als Pflichten. Z. E. Landständische Rechte und Pflichten.

Als Kayser Leopold An. 1705. mit Tod abgienge, und der 9te Maji zu Seiner Beysezung bestimmet ware, wurde auch dem Nider-Oesterreichischen Land-Marschall und gesammten Nider-Oesterreichischen geist- und weltlichen Landständen befohlen, bey dem Leichen-Begängniß zu erscheinen; wie dann geschahe: Und zwar gienge der Statt-Rath zu Wien vor Ihnen her, und auf sie folgte der Kayserliche Hof-Staat. (1)

Als Kayser Joseph An. 1711. beygesezet wurde, hielte man es eben so. (2)

Anno 1657. bewilligten die **Chur-Sächsische** Land-Stände 40000. fl. zum Beytrag der jüngst-aufgewendeten Chur-Fürstlichen Begräbniß-Kosten, in 4. Jahren zu entrichten. (3)

Bey Chur-Fürst Friderich Wilhelms zu **Brandenburg** An. 1688. (4) den 12. Maj. einstweiliger Beysezung in der Schloß-Capelle wurde die Leiche auch von einigen von der Ritterschafft und deputirten Ständen begleitet. Den 12. Sept. am Tage der solennen Begräbniß, concurrirten die Landstände abermalen; wie an unten angezeigten Ort zu ersehen ist.

So auch bey der Begräbniß König Friderichs I. in **Preussen** An. 1713. (5)

Als Herzog Georg Wilhelm zu **Braunschweig-Zell** im Jahr 1705. beygesezt wurde, ist (6) ab Seiten der Ritterschafft des Fürstenthums Lüneburg gegen das dabey gebrauchte Ceremoniel ein- und andere Vorstellung und Verwahrung geschehen; und dises insonderheit daher, weil 1. denen Landräthen keine Verrichtungen in dem Reglement zugeschriben worden, 2. man den Landmarschall dem Hofmarschall nachgesezt, und 3. denen Erbämtern nicht ihre hergebrachte Vorzüge beygelegt worden: Darauf wurde überhaupt erkläret: Daß dise

(1) v. Lünigs Theatr. Cerem. Tom. 2. p. m. 666. sqq.
(2) v. Lünig l. c. pag. 695.
(3) Müllers Sächsisch. Annal. pag. 414.
(4) v. Lünigs Theatr. Cerem. Tom. 2. p. m. 619. sqq.
(5) v. Lünig l. c. pag. 708. sqq.
(6) v. Lünig l. c. pag. 683.

ganze Handlung Niemand nachtheilig seyn solle; besonders aber ad 1. Daß selbiges dem Landraths-Collegio zu Ehren geschehen, indeme kein Minister bey der Function mit-reuten sollen; ad 2. daß solches darum geschehen, weil der Hofmarschall dem Herzog bey seinem Leben der nächste gewesen; wiewohl ohnedem der Landmarschall die Concurrenz vermieden, und sich in der Proceßion vor die Ritterschafft postirt gehabt; ad 3. daß bey vorfallenden künfftigen Solennitäten der Rang dem Herkommen und der Billigkeit gemäß reguliret werden solle.

Zwölftes Capitel.

Von Testamenten, u. s. w.

Innhalt.

Von Evangelischen geistlichen Reichsständen.

§. 1.

Von Catholischen geistlichen Reichsständen.

§. 2. Schrifft. §. 3. Testamente verbotten. §. 4. Dispensation. §. 5. Exempel. §. 6. Capitulation. §. 7. Johanitermeister. §. 8. Aebbte, ꝛc.

Von weltlichen Reichsständen.

§. 9. Schrifften. §. 10. Eingang. §. 11. Von Oesterreich, §. 12. Bayern, §. 13. Sachsen, §. 14. Brandenburg, §. 15. Pfalz, §. 16. Braunschweig, §. 17. Anhalt, §. 18. Baden, §. 19. Hessen, §. 20. Holstein, §. 21. Mecklenburg, §. 22. Würtemberg, §. 23. Hohenzollern, §. 24. Nassau, §. 25. Salm, §. 26. Schwarzburg, §. 27. a. Schwarzenberg. §. 27. b. Unbenahmeter Fall. §. 28. Von Bentheim, §. 29. Erbach, §. 30. Fugger, §. 31. Hazfeld, §. 32. Hohenlohe, §. 33. Kirchberg, §. 34. Königsegg, §. 35. Leiningen, §. 36. Leiningen-Westerburg, §. 37. a. Limburg, §. 37. b. Limburg-Styrum, §. 38. Lippe, §. 39. Löwenstein, §. 40. Oettingen, §. 41. Reuß, §. 42. Rheingrafen, §. 43. Schönborn, §. 44. Solms, §. 45. Stollberg, §. 46. Waldeck, §. 47. Wied, §. 48. Wirgenstein, §. 49. Ysenburg.

Von

Von denen Formalitäten derer Teſtamenten.

§. 50. *Principia.* §. 51. Wer teſtieren könne? §. 52. *Requiſita.* §. 53. Freyheit, zu teſtiren. §. 54. Gemeinſchafftliche Teſtamenten, u. d. §. 55. *Solennia Juris civilis.* §. 56. Von Gemahlinnin ꝛc. §. 57. Gattungen. §. 58. *Clauſula codicillaris.* §. 59. Concept, ꝛc. §. 60. Allerley Umſtände. §. 61. Codicille, §. 62. Conſens, §. 63. Clauſuln, §. 64. *Executores Teſtamenti.* §. 65. Andere Manutenenz-Mittel, §. 66. Confirmation. §. 67. Revocation. §. 68. Aenderung einiger Umſtände. §. 69. Publication. §. 70. Executions-Receſſe. §. 71. *Editio Teſtamenti.* §. 72. Mehreres *remiſſive.*

Von der Teſtamente Innhalt, Anfechtung, ꝛc.

§. 73. Schrifft. §. 74. Enterbung, §. 75. Erbeinſezung, §. 76. Fideicommiſſe, §. 77. Legaten. §. 78. Mehreres von der Enterbung, §. 79. *Legitima*, §. 80. Erbeinſezung. §. 81. Ungleiche Theile. §. 82. Gravirung des Nachfolgers. §. 83. Undeutliche Teſtamente. §. 84. Worüber teſtiret werden könne? §. 85. Andere *Materialia Teſtamentorum.* §. 86. *Spatium deliberandi.* §. 87. Der Teſtamenten Agnition, §. 88. Vollziehung, §. 89. und Anfechtung. §. 90. Andere Streitigkeiten. §. 91. Verzichte auf Teſtamente. §. 92. Landſtändiſche Rechte und Pflichten.

* * *

Von Evangeliſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 1.

In Anſehung diſer findet alles das ſtatt, was hernach von denen weltlichen Reichsſtänden gemeldet wird; auſſer daß ſich von ſelbſten verſtehet, ſie können über nichts, als über ihr privat-Eigenthum, diſponiren.

* * *

Von Catholiſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 2.

Hieher gehörige Schrifft: Schrifft.

Buder (Chriſtian Gottl.) oder der Reſp. Dav. Guther, de Teſtamentis Epiſcoporum Germaniæ. Jenæ, 1745. 4.

§. 3.

§. 3.

Teſtamente verbotten.

Teſtamente zu machen iſt denen Teutſchen Erz- und Biſchöffen noch heutiges Tages (ſo vil ich finden kan,) verbotten. Wer nun kein ſeltſamer Geizhals iſt, oder beſondere Urſachen hätte, ſich nachſtehenden Mittels nicht zu bedienen, und ſeine Familie gerne verſorget ſehen möchte, der kan ja diſes und alles andere, was er per Teſtamentum thun könnte, bey Lebzeiten thun, und dafür noch den groſſen Danck ſelbſt einnehmen, da er ja wohl weißt, daß es ihme an nöthigem und reichlichem Unterhalt nicht ermangelt, ſo lang er lebt.

§. 4.

Diſpenſation.

Doch finden ein- und andere jezuweilen vor beſſer, ſich von dem Pabſt diſpenſiren und facultatem teſtandi ertheilen zu laſſen, womit dann auch willfahret wird; doch daß die ſo genannte Apoſtoliſche Cammer forderiſt den Abzug nimmt, welcher, wie aus einem Indult von 1691. zu erſehen iſt, in dem dritten Theil der Verlaſſenſchafft beſtehet, wiewol man auch aus eben diſem Indult erlernet, daß auch dagegen Diſpenſation ertheilet wird; es wird aber ohne Zweifel ſtatt deſſen ein erkleckliches per Bauſch und Bogen bezahlet werden müſſen.

Zur Prob einer ſolchen Diſpenſation kan die von Pabſt Innocentio XII. An. 1691. Biſchoff Jobſt Edmund zu Hildesheim ertheilte dienen, welche im Druck vorhanden, und auch in meinem Teutſch. Staatsrecht befindlich iſt.

Aus diſem Indult erhellet zugleich, daß ſolches ſich dahin erſtrecke, daß, wann einer, ſo dergleichen erhalten hat, auch ohne Teſtament verſtürbe, alsdann ſeine Anverwandten ihme doch ab inteſtato ſuccediren können, da widrigen Falles alles dem Stifft heimfiele.

§. 5.

Exempel.

Eine Prob eines Teſtamentes eines geiſtlichen Reichsſtandes, nemlich Churfürſtens Schweickhards zu Maynz, vom Jahr 1620. kan beym Lünig (1) geleſen werden.

Von Churfürſt Maximilian Heinrichs zu Cölln Teſtament findet ſich etwas bey dem Freyherrn von Kreittmayr. (2)

Der An. 1761. (3) verſtorbene Herr Chur-Fürſt Clement Auguſt zu Cölln hatte ein mündliches Teſtament gemacht: Der Chur-Fürſt zu Bayern und Conſorten erlangten am Cammergericht gegen jenes Succeſſoren, den Churfürſten Maximilian Friderichen und Conſorten,

(1) in ſeines Reichs-Archivs Spicil eccleſ. 1ſten Theils Fortſez. p. 154.
(2) im Bayr. Staatsr. §. 162. p. 345.
(3) v. neue Staatscanzl. 20. Th. 310. S.

ſorten, eine Citation, ad videndum caſſari Teſtamentum, ſeque ex Interdicto: *Quorum Bonorum*, immitti in Poſſeſſionem rerum hæreditariarum à defuncto Domino Electore Colonienſi relictarum, Partem ream vero ad reſtitutionem perceptorum, cum omni cauſa & expenſis, condemnari.

Was das Cammergericht währender Zeit, als über diſem Teſtament geſtritten wurde, wegen ſeiner Verlaſſenſchafft für proviſional-Verordnungen gemacht hat, kan man bey dem Freyherrn von CRAMER (1) leſen.

Endlich aber fiele die Urthel den 23. Jan. 1767. dahin aus: Daß die in dem producirten Inſtrumento enthaltene mündliche lezte Willens-Verordnung weyl. Herrn Clemens Auguſt, Churfürſten und Erzbiſchoffen zu Cölln, für Rechtsbeſtändig zu erklären, fort Herr Beklagter und Conſorten von der wider ſie erhobenen Klage zu abſolviren und entledigen ſeyen; compenſatis expenſis.

An unten (2) angezeigtem Ort findet ſich ein von Nic. Hier. GUNDLING aufgeſeztes rechtliches Gutachten wegen eines von einem Biſchoff des heil. Röm. Reichs errichteten Teſtaments, conſtituirten Fideicommiſſes und ausgeſezten Legaten, auch dabey vorgefallener Streitfragen: Einen Auszug davon aber liſet man an dem (3) bemerckten Ort.

§. 6.

In der Regensburgiſchen Capitulation de An. 1641. lautet es Art. *41*. Teſtamentum facere non poterimus citra Capituli voluntatem ac ſpecialem conſenſum, niſi caſſum & invalidum eſſe velimus: Obtento autem conſenſu Capitulari ſecundum Jura ſupra ſcripta Teſtamentum illud ordinabimus; nihil tamen præjudicando ſuperioribus punctis, quibus per non obſervationem præmiſſorum omnia Bona noſtra oppignorata ſunt. Capitulation.

§. 7.

Der Johanniter-Meiſter darff, vermöge ſeines Ordens Statuten *Tit. 18. §. 1.* auch kein Teſtament machen; dahero verfertigen dergleichen Perſonen ihr Teſtament gemeiniglich eher, als ſie in dem Orden Profeß thun: Doch kan der Großmeiſter erlauben, über das anererbte Vermögen, wie auch über den fünften Theil deßjenigen, ſo in dem Orden Johanniter-Meiſter.

(1) Obſ. 1306. Tom. 5. p. 82.
(2) in GUNDLINGS rechtl. Ausarbeit. 1. Theil, aus dem Staatsr. n. 1.
(3) in H. Schotto Critic, 4. Band, S. 809.

Orden erworben ist, zu testiren; das übrige fället der Ordens-Cassa heim.

§. 8.

Aebbte, ꝛc. Was dann endlich die Pröbste, Aebte und Abtißinnen derer Religiosen belangt; so ist bekannt, daß sie keine Testamente machen können, sondern, wo sie Tafel- oder Handgelder, u. d. haben, bey ihrem Leben von ihrem übrigen denen, so sie es gönnen, gutes zu thun vermögen, das übrige aber dem Closter lassen müssen.

* * *

Von weltlichen Reichsständen.

§. 9.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften:

Kurze Erörterung der Frage: Ob ein Reichsfürst an die Solemnia testamentaria gebunden seye? in dem Welt- u. Staatsspieg. *1749. p. 3.*

Coccejus (Henr.) de Testamentis Principum; Franckfurt an der Oder, 1699. 4. und in seinen *Exercit. Vol. 2. n. 19.*

Eyben (Hulder. ab) de Testamento Principis vel Comitis S. R. I. Giessen, 1662. 4. in seinen *Scriptis Part. 2. p. 378.* und in *Fritschens Exerc. var. Jur. publ. Vol. 2. p. 362.*

Felz (Joh. Henr.) Delibata Juris publici controversi: de Testamentis Principum Imperii; Straßburg, 1709. 4.

Gambs (Paul. Godofr.) de Testamentis Principum ordinandis; Straßburg, 1690. 4.

Luther (Ge. Wilh.) de Testamentis Principum; Altorff, 1707. 4.

Mülhause (Joh. Ge.) de Testamentis Principum; Marburg, 1733. 4.

Struve (Ge. Ad.) de Testamentis Principum Imperii; Jena, 1688. 4.

Stryck (Sam.) de Principe Testatore; Halle, 1701. 4.

Wincop (Eberh. Sigism.) de eo, quod circa Principis Imperii Dispositionem testamentariam justum est; Erfurt, 1732. 4.

Einige Streitschrifften seynd in dem Teutsch. Staatsrecht, *Tom. 24. p. 413. sq.* angezeigt.

§. 10.

Eingang. Die Testamente werden zwar noch bey Lebzeiten errichtet, werden aber erst durch den Tod bekräfftiget und nach dem Tode publicirt

und

und exequirt; dahero ich dann, derſelben hier in diſer Ordnung zu gedencken, für gut gefunden habe. Ich will hiebey wiederum forderiſt melden, was ich hin und her in facto angetroffen habe, und zwar ſo wohl von formlichen Teſtamenten und Codicillen, als auch von andern elterlichen Diſpoſitionen.

§. 11.

Bey dem Hauſe Oeſterreich kommen in Betracht: 1. Kayſer Rudolfs I. Succeſſions-Ordnung zwiſchen ſeinen Söhnen Albrecht und Rudolf, in Anſehung derer Herzogthümer Oeſterreich, Steyermarck, Cärnthen und der Marck, ꝛc. d. d. 1283. 1. Jun. Das wichtigſte daraus iſt im T. Staatsr. *Tom. 12. p. 382. ſeq.* zu leſen; das völlige Diploma aber findet ſich in der Oeſterr. vollſtänd. Beantw. der Chur-Bayr. *Prætenſ.* auf die Oeſterr. *Succeſſ.* 1. Abſatz *p. 243.* Von ſeines jüngeren Sohns, Herzog Rudolfs, Teſtament aber ſiehe einige Spuhr *Tom. 17. p. 195.* Von Oeſterreich.

Weiter iſt *Tom. 12. p. 385. ſeqq.* gedacht worden: Herzog Albrechts II. Diſpoſition inter Liberos de An. 1355. Herzog Leopolds III. Diſpoſition de An. 13-- Herzog Albrechts III. Teſtaments de An. 1380. Man hat aber von allen dreyen die eigentliche Urkunden bißhero noch nicht im Druck.

Von Kayſer Albrechts II. teſtamentlichen Diſpoſition ſiehe etwas *Tom. 17. p. 188.* Und von Kayſer Friderichs III. eventualem Vermächtniß an Böhmen *Tom. 15. p. 275.* ſo dann von ſeiner Vormundſchaffts-Ordnung *Tom. 17. p. 199.*

Von Kayſer Maximilians I. Teſtament und der darinn befindlichen Erb-Einſezung findet ſich zwar *Tom. 12. p. 390. ſeq.* auch einige Spur; aber das Teſtament ſelbſt iſt dem Publico meines Wiſſens noch nicht mitgetheilet worden.

König Philipp in Caſtilien, derer Kayſere Carls V. und Ferdinands I. Vater, machte auch ein Teſtament, auf welches ſich in diſer beeder Gebrüdere Vertrag d. d. 1522. 7. Febr. bezogen wird; ich weiß aber wiederum nicht, daß es gedruckt wäre.

Daß Kayſer Carl der V. ein Teſtament gemacht habe, iſt richtig, ob mir gleich ſonſt nichts eigentliches davon bekannt iſt: Von ſeinen Codicillen aber meldet der Röm. König Ferdinand I. in ſeinem eigenen Codicill de 1547. etwas.

Der damalige Römiſche König, nachmalige Kayſer, Ferdinand I. machte ſein erſtes Teſtament zu Linz An. 1532. den 17. Sept. Als er aber mehrere Kinder bekame, auch etliche ſeiner Lande und andere

Sachen ſich in mehrere Wege verkehrt und verändert, caßierte er beſagtes Teſtament zu Prag An. 1543. den 1. Jul. wieder und machte dagegen ein anderes, welches dem An. 1741. gedruckten und vilen Sammlungen derer Actorum publicorum einverleibten Reſponſo ad bina Scripta ab Hiſpano Oratore, Comite Montijo Francofurti exhibita, ſub num. 1. beygefüget iſt.

Anno 1547. 4. Febr. machte König Ferdinand I. ein Codicill, ſo ebenfalls gedachtem Reſponſo &c. beygedruckt iſt.

Endlich machte König Ferdinand I. An. 1554. 25. Febr. noch eine Väterliche Diſpoſition, welche in der Oeſterr. vorläuff. Beantwort. der Chur-Bayr. *Prætenſ.* an die Oeſterr. *Succeſſ.* Beyl. 37. anzutreffen iſt. Nun wird zwar dieſelbe in eben diſer Deduction ſelbſt als ein neueres und ſpäteres Teſtament angegeben; es iſt aber in der That kein Teſtament, dahero auch weder von einer Caſſation des vorigen Teſtaments und Codicills, noch von einer Erbs-Einſezung, ſo doch das weſentlichſte Stück eines Teſtamentes iſt, etwas darinn geleſen, vilmehr aber gleich im Eingang auf das Teſtament de An. 1547. ſich ausdrücklich bezogen wird; ſondern König Ferdinands Abſicht ware, wie die Worte des Eingangs und des Schluſſes deutlich belehren, nur diſe, unter ſeinen Söhnen eine nähere Theilung ſeiner ihnen hinterlaſſenden Lande zu machen, bey welcher Gelegenheit er dann auch noch einige andere Väterliche Verordnung hinzugethan hat. Dahero findet ſich auch nicht, wie bey dem Teſtament und Codicill, die Mit-Unterſchrifft einiger Zeugen, ſondern nur des Königs und ſeiner Söhne.

Auf diſe Kayſer Ferdinands I. elterliche Diſpoſitionen, (welche von ſeinen Nachkommen in allen Stücken erkannt worden ſeynd,) iſt in folgenden Zeiten gar viles bey dem Hauſe Oeſterreich angekommen, zumalen in denen Succeſſions-Händeln zwiſchen Oeſterreich und Spanien um das Jahr 1617. und in der Succeſſions-Streitigkeit zwiſchen Oeſterreich, Spanien und Bayern, An. 1741. ſeqq.

Erz-Herzog Carl in Steyermarck, der Stiffter der lezten regierenden Linie des Hauſes Oeſterreich, errichtete An. 1584. 4. Jun. ein Teſtament, davon im T. Staator. *Tom. 12. p. 400.* eine Spur anzutreffen iſt.

Beym Besold (1) findet ſich ein rechtliches Gutachten, daß diſer lezte Wille für kräfftig zu halten ſeye, ob es ihme gleich an denen Solennien gemangelt habe.

Kayſers

(1) Conſ. 150.

Kayſers Matthiä und ſeiner Gemahlin Anna lezteren Willens gedencket Kayſer Ferdinand II. in ſeinem Teſtament.

Kayſer Ferdinand II. lieſſe ſeinen lezten Willen erſtlich An. 1616. 20. Jun. zu Papier bringen; weil ſich aber nachhero ſolche Veränderungen zugetragen, derenthalben er, um künfftiger mehrer Richtigkeit willen, für gut und nothwendig angeſehen, ſeine Gedancken gleichfalls anderſt zu richten, und zu beſſerer Ordnung deſſen, ſo er gewillet, weiters zu eröffnen; ſo machte er An. 1621. 10. Maji ein neues Teſtament, welches in der vorl. Beantw. Beyl. *40.* zu leſen iſt, und An. 1635. 8. Aug. ein Codicill, ſo *ibid. num. 41.* nachgeſchlagen werden kan. add. mein Teutſch. Staator. *Tom. 12. p. 414. 416.*

Von Kayſer Leopolds An. 1703. unter ſeinen Prinzen gemachten und von ihnen in vim Pacti angenommenen Diſpoſition wegen der Succeſſion vid. *Tom 12. p. 418. Tom. 15. p. 477.* Und was er ſonſt noch vor ſeinem Tod ſolle verordnet haben, *Tom. 12. p. 420.*

Von Kayſer Carls VI. Sanctione pragmatica de An. 1713. conf. *Tom. 12. p. 420. Tom. 15. p. 477. Tom. 16. p. 292. ſqq.* Von ſeinem Teſtament aber hat das Publicum noch nichts zu ſehen bekommen.

Ich gedencke hier Anhangs-Weiſe bey dem Hauſe Oeſterreich nicht unbillig Erz-Herzog Ferdinands mit der Welſerin erzeugten Sohnes, Carls, Fürſtens und Marggrafens zu Burgau, von deſſen Teſtament d. d. Ueberlingen, 1618. 20. Oct. Herr KEYSLER (1) ein groſſes Stück bekannt gemacht hat.

§. 12.

Kayſer Ludwig aus dem Hauſe **Bayern** ſolle An. 1340. eine väterliche Diſpoſition gemacht haben. vid. *Tom. 12. p. 423.* Bayern.

Herzog Albrecht III. machte An. 1460. eine elterliche Diſpoſition, davon *Tom. 12. p. 425.* einiges zu leſen iſt.

Was Herzog Georg zu Landshut An. 1496. für ein Teſtament errichtet habe und was für üble Folgen daraus entſtanden ſeyen? ſiehe *l. c. Tom. 16. p. 132. ſqq.*

Eine von Herzog Wilhelmen IV. An. 1535. ex Pacto mit Oeſterreich gemachte Väterliche Verordnung ſihe *Tom. 12. p. 430.*

Von Herzog Albrechts V. Teſtament de An. 157-. conf. *l. c. p. 431.* Weiter weiß ich dermalen nichts davon.

Herzog Wilhelm V. machte An. 1597. 15. Oct. ein Teſta-

(1) in ſeinen Reiſen Tom. 1. p. 30.

ment; daraus ſich an unten (1) bemercktem Ort ein Auszug findet.

Churfürſt Maximilian I. machte An. 1641. 1. Febr. ein Teſtament, und 1650. 5. Jun. ein Codicill; daraus einiges (2) bekannt worden iſt.

Herzog Maximilian Philipp, der An. 1705. verſtorben iſt, machte ein Teſtament.

Anno 1706. 20. Jun. ſtarb ſeine Wittwe, Mauritia Phrebonia, gebohrene Herzogin von Bouillon und Auvergne, worauf deren Beicht-Vater, ein Jeſuit, den 26ſten ejusd. dem Grafen von Löwenſtein, Kayſerlichen Adminiſtratori in Bayern, in Gegenwart zweyer Perſonen, ein Teſtament und Codicill einhändigte, Krafft deſſen der Prinz Franz Egon von Auvergne zum Erben eingeſezt wurde, der auch beym Kayſerlichen Hof um Verabfolgung der Herzogin Verlaſſenſchafft anſuchte: Hingegen wollte der verſtorbenen Herzogin nächſter Anverwandter, der Prinz Emanuel d'Elbœuff, das Teſtament nicht als gültig erkennen, noch die Erbſchafft ausfolgen laſſen. Der Kayſer erklärete, daß er, denen obhandenen erheblichen Umſtänden nach, die ganze Sache, mit Abſchneidung aller Weitläufftigkeit, vor einem Judicio delegato ſummariiſſime wollte abthun, inzwiſchen aber auch ratione Poſſeſſorii ſolche Verfügung ertheilen laſſen, daß weder ein- noch der andere Theil deßhalben ſich zu beſchweren Urſach haben ſolle. Es wurde darauf von beeden Parthien vor beſagtem Kayſerlichen Judicio delegato in verſchidenen Schrifft-Sätzen verfahren.

Von dem Ausgang diſes Streits iſt mir nur ſo vil bekannt, daß aus folgendem Reichs-Hof-Raths-Concluſo erhellet, es ſeye in Poſſeſſorio pro Teſtamento geſprochen worden, wie auch billig ware, indeme d'Elbœuffiſcher Seits das meiſte auf bloſſe Chicanen hinauslieffe.

Martis 8. Januarii 1715.

In Bayern weyland Frauen Herzogin Teſtament und Verlaſſenſchafft betreffend, in ſpecie d'Elbœuff contra d'Auvergne, &c.

Reſcribatur der Kayſerlichen Adminiſtration in Bayern: Ihro Kayſerliche Majeſtät hätten bey Decidirung des Poſſeſſorii vor die Princeßin d'Auvergne einmahl die Meinung gehabt, derſelben nicht allein eine nudam detentionem, ſondern eine vollkommene poſſeſſionem, mit allen deren effectibus, zuzulegen; weßwegen

(1) in der Käpler. Deduct. von den Domain. in Bayern, in den Beyl. 28. S. 60. 63.

(2) in diſer Käpler. Deduct. von den Domain. in Bayern, Beyl. p. 65. add. mein T. Staatsr. l. c. S. 432.

wegen ſie nochmahl erinnert würde, ihr, oder ihrer Vormünder Bevollmächtigten, die völlige Verlaſſenſchafft, mit darzu gehörigem Inventario, und ſeithero verfallenen fructibus, ausfolgen zu laſſen, dabey aber dahin zu ſehen, daß vor allen Dingen nicht nur aus denen bißhero erſchienenen fructibus, ſondern auch, da diſe nicht zulänglich wären, aus der ſubſtantia hæreditatis ſelbſt, die Legata, Schulden, und andere Erbſchafftliche Onera, (jedoch ohnbeſchadet des etwan gebührenden rechtlichen Regreſſus,) an die Tranſigenten bezahlet, nach deſſen Beſchehung aber die offerirte Caution, ſo weit ſolche, deductis oneribus, annoch vonnöthen, auf die anerbotene Weiſe anzunehmen.

§. 13.

Anno 1486. 26. Aug. am Sonnabend nach Bartholomæi hat Churfürſt Ernſt zu Sachſen (1) kurz vor ſeinem Tode, zu Colditz ein Teſtament aufgerichtet. Sachſen.

Anno 1493. 9. Febr. Dienſtags nach Lätare errichtete Chur-Fürſt Friedrich der Weiſe zu Sachſen, ehe er ſeine Reiſe ins gelobte Land antrat, zu Torgau ein Teſtament, welches ſein Bruder, Erz-Biſchoff Ernſt zu Magdeburg, unter eben ſolchem dato ratificirte.

Anno 1517. 4. Oct. am Sonntage St. Franciſci vollzoge Churfürſt Friedrich der Weiſe ſein anderweites Teſtament zu Torgau.

Anno 1499. Montags nach Invocavit, machte Herzog Albrecht, der Stiffter der jezigen Chur-Linie, eine väterliche Diſpoſition wegen ſeiner hinterlaſſenden Lande. Diſe Verordnung, (welche der Herzog vom Kayſer confirmiren laſſen,) wird in der Chur-Linie noch jezo als ein Grund-Geſetz betrachtet, und iſt ſonderlich in denen Streitigkeiten mit denen Sächſiſchen Stifftern und mit denen nachgebohrenen Herrn der Chur-Linie ſich öffters darauf bezogen worden. vid. die Anmerckungen zu diſem Teſtament in Herrn H. R. Glafeys Kern der Sächſiſ. Geſchichten *p. 1004. ſeqq.*

Anno 1516. 11. Dec. Donnerſtags nach Conceptionis Mariæ, richtete Herzog Johannes, nachmals Chur-Fürſt zu Sachſen, ſub dato Weimar, ein Teſtament auf.

Anno 1529. 24. Aug. am St. Bartholomäi-Tag hat Churfürſt Johannes ein anderwertiges Teſtament zu Torgau aufgerichtet. Diſes Teſtament haben, nebſt dem Vater, die beeden Söhne, Herzog Johann Fride-

(1) Sihe von diſen Sächſiſchen Teſtamenten Müller in Annal. Saxon. bey den allegirten Jahren.

Friderich und Herzog Johann Ernſt, nachdem ſie es in Gegenwart des Vaters von Wort zu Wort geleſen, eigenhändig unterſchriben.

Herzog Georg zu Sachſen hatte ein Teſtament gemacht; als aber ſeine beede Söhne Hans und Friderich ſturben, und alſo ſein lezter Wille zu nicht wurde, lieſſe er An. 1539. durch ſeinen Canzler, Simon Piſtorius, ein anderes Teſtament entwerffen, welches zwar in Lünigs R. Arch. *Part. ſpec. Cont.* 2. unter Sachſ. *p.* 270. *ſqq.* zu leſen, aber nicht zu Stande gekommen, ſondern ein bloſſes Project gebliben iſt.

Was nun die jezige Chur-Linie anbelangt, ſeit deme diſe Würde auf ſie gekommen iſt, ſo habe ich folgendes davon angetroffen.

An. 1553. wurde Churfürſt Moritz den 9. Jul. in einer Schlacht tödtlich verwundet; Tages darauf hat er ein Teſtament in Beyſeyn 7. Perſonen aufgerichtet, und ſolches durch Chriſtoffen von Carlowitz zu Papier bringen laſſen.

Von Chur-Fürſt Chriſtians I. Teſtament de An. 1591. ſiehe etwas im T. Staator. *Tom. 17. p. 215.*

Anno 1652. 20. Jul. hat Chur-Fürſt Johann Georg I. ein Teſtament aufgerichtet. Das Datum in diſem Chur-Fürſtlichen Teſtament, wie auch die Legata, nebſt den Oertern und Aemtern, ſo darinnen einem und dem andern verordnet, hat der Teſtator mit eigenen Händen in das Original eingetragen; ſo iſt auch das Concept von diſem Teſtament nicht nur von dem Chur-Fürſten ſelbſt, ſondern auch von denen Räthen, als: 1. Heinrich von Frieſen, dem Aeltern, 2. Abraham von Sebottendorff, 3. Friderich Metſchen, 4. Johann Georg Opeln und 5. Heinrichen von Frieſen dem Jüngern, unterſchriben worden.

Anno 1653. 26. Jul. errichtete er ein Codicill.

In der Kayſerlichen Confirmation des Teſtaments d. d. 1652. 10. Nov. heißt es: „Allermaſſen Wir ſolches hiermit in beſter Form freund-gnädiglich confirmiren, ratificiren und beſtätigen, = = wollen auch inskünfftige, wenn es eröffnet wird, von tragenden Kayſerlichen Amteswegen, daran ſeyn, und darob feſtiglich halten, daß berührte Ihrer Liebden väterliche Diſpoſition alles ihres Innhalts exequiret und vollzogen werden ſoll.„ Uebrigens kommt darinn die Clauſul vor: Es ſoll ſolche Confirmation des Kayſers Erb-Hauſe unſchädlich ſeyn; hingegen wurde nicht, wie ſonſt insgemein geſchiehet, wegen des in Religions-Sachen diſponirten, auch eine Clauſa reſtringens beygerucket.

Anno 1656. 26. Jul. machte der Churfürſt noch ein Codicill wegen der Sächſiſchen Stiffter: Es iſt aber daſſelbe, ſo vil ich finde, nie öffentlich zum Vorſchein gebracht worden.

Anno

Anno 1656. 18. Nov. (als der Chur-Fürſt den 8ten Oct. zuvor geſtorben ware,) iſt diſes Teſtament, ſo in einem von dem Chur-Fürſten ſelbſt mit 12. Sigeln bedruckten Käſtlein verwahrt gelegen, publicirt worden. Es wurde darauf An. 1657. den 22. April zwiſchen des Chur-Fürſtens hinterlaſſenen Prinzen ein Haupt-Receß zu Erläuterung des Väterlichen Teſtaments getroffen.

Was aber doch hernach unter Chur-Fürſt Johann Georgen III. von neuem wegen diſes Teſtamentes geſtritten worden iſt, auch vil anderes erſtberührtes Teſtament betreffendes, ſiehe im T. Staator. *Tom. 12. p. 448. ſeqq. Tom. 14. p. 10. ſeqq.*

Die Chur-Sächſiſche Reverſalien, ſo auf jedem Landtage ausgeſtellet werden, enthalten auch einiges von Landesherrlichen Teſtamenten.

Von Herzog Auguſts, des Stiffters der Weiſſenfelſiſchen Linie, An. 1671. errichteten Teſtament conf. *Tom. 14. p. 31.*

Vermuthlich betrifft ein An. 1726. von Herrn Cantzlar Boehmern erſtattetes Gutachten (1) der ſelbiges Jahr verſtorbenen Herzogin Johannetten Antonietten zu Sachſen-Weiſſenfels (oder damals Dahme,) Teſtament. Die Frage war unter anderem: Ob die zum Vorſchein gekommene Diſpoſitio teſtamentaria quoad Externa ihre Beſtändig- und Gültigkeit habe? Reſp. Es ſeye davor zu halten, daß die qu. Diſpoſition nicht zwar als ein Teſtamentum judiciale beſtehe, jedoch die Krafft eines Codicilli haben müſſe. Auf die weitere Frage: Ob der im Teſtament angedrohete Unſegen von der Würckung ſeye, daß man von Impugnation des Teſtaments ſich abhalten laſſen ſolle? wurde geantwortet: Daß der angedrohete Unſegen nichts mehr würcke, als daß der Herzogin Vater, daß er ſeines Rechts, aus beſonderem Regard gegen ſeine Tochter und deren ernſtlichen Willen, ſich nicht bediene, deſto eher bewogen werden möge.

Herzog Chriſtian I. zu Merſeburg errichtete An. 1673. ein Teſtament; als ſich aber nachhero mancherley Veränderungen zutrugen, forderte er das Original und Concept wieder ab, und machte An. 1688. den 24ſten Oct. ein anderes Teſtament: Auch wird in diſem Teſtament eines bereits errichteten Codicills gedacht.

In der Kayſerlichen Confirmation diſes Teſtaments heißt es: Der Kayſer habe das Werck zuforderſt, ſeiner Wichtigkeit nach, durch Niderſezung einiger ſeiner hierzu abſonderlich deputirter geheimen und Reichs-Hof-Räthe in reiffe Erwegung und Deliberation ziehen laſſen: Hernach

(1) Siehe ſeine Conſult. & Deciſ. Vol. 1. Part. 2. p. 194.

Hernach aber wird gesagt: „Und nicht allein in obeinverleibte dero väterliche Disposition Unsern gnädigsten Kayserlichen Consens ertheilet und dieselbe confirmiret, sondern auch darüber die Festhaltung der Execution über Uns genommen haben: = = Allermassen Wir auch zu dem Ende, wann sothane Disposition eröffnet wird, von tragenden allerhöchsten Kayserlichen Amts wegen, daran seyn und darob festiglich halten wollen, auf daß dieselbe alles ihres Innhalts exequiret und vollstrecket werden solle.„ add. das T. Staatsr. *Tom. 14. p. 35.*

Anno 1689. 20. Mart. machte er ein Codicill, welches, meines Wissens, noch ungedruckt ist.

Von Herzog Christians II. auch zu S. Merseburg Testament kommt *Tom. 17. p. 221.* eine Spuhr vor.

Herzog Moritz zu S. Zeitz machte An. 1667. ein Testament und An. 1671. und 1674. Codicille darzu; als aber mancherley Veränderungen erfolgt, insonderheit seine erste Gemahlin gestorben, und er sich anderweit verheurathet, liesse er sub dato 1681. 4. Febr. eine neue Disposition zu Papier bringen, jene aber, durch würckliche Abthuung der Originalien und Concepten, cassieren.

Den 21. Febr. übergabe Herzog Moritz in eigener Person dises sein Testament seiner Regierung zu Zeitz, mit Befehl, solches behörigen Orts beyzulegen.

Anno 1667. 30. Maj. machte seine andere Gemahlin, Dorothea Maria, gebohrene Herzogin zu Sachsen-Weimar, wegen Ihrer Verlassenschafft auf einen hiernächst in GOttes Händen stehenden Fall, dero vier Brüdern zum Besten, eine Fürstliche Disposition: Nachdeme aber Herzog Adolf Wilhelm zu Eisenach mit Tod abgegangen, änderte sie An. 1672. 6. Oct. ihre vorige Disposition, und legirte denen übrigen dreyen Fürstlichen Gebrüdern ein gewisses auf gewisse Weise.

Die Ernestinische Linie, nachdeme die Chur von selbiger abgekommen ist, belangend; so hat An. 1553. 12. Dec. Sonnabends nach Nicolai, der gebohrene Churfürst, Johann Friderich der Aeltere, auf dem Schloß Grimmenstein ein Testament aufgerichtet, und solches seine drey Söhne, Johann Friderichen den Mitlern, Johann Wilhelmen und Johann Friderichen den Jüngern, nach vorher beschehener Ablesung, mit unterschreiben lassen.

Anno 1573. 19. Febr. hat Herzog Johann Wilhelm zu S. Weimar ein Testament errichtet, welches sich gleich Anfangs, auch sonst, auf seines Vatern Testament beziehet.

Von

Von Herzog Friderich Wilhelms I. des Stiffters der Altenburgiſchen Linie, Teſtament ſiehe einige Spuhren *Tom. 17. p. 229.*

Herzog Friderich Wilhelm II. zu Sachſen-Altenburg teſtierte An. 1668. 21. Mart. leztmals. add. das T. Staater. *Tom. 17. p. 232.* Den 29ſten Jul. eod. An. aber fügte er ein Codicill hinzu.

Anno 1611. 3. Oct. hat Herzog Johanns zu S. Weimar Wittib, Dorothea Maria, gebohrene Fürſtin zu Anhalt, ein Teſtament aufgerichtet; auf welches ſich Herzog Ernſt zu S. Gotha in dem ſeinigen de An. 1654. beziehet.

Anno 1631. 7. Nov. machte Herzog Wilhelm zu Weimar ein Teſtament. Conf. das T. Staater. *Tom 17. p. 262.* An. 1645. 24. Apr. hat er ein neues Teſtament aufgerichtet, welches nebſt demſelben drey Perſonen mit unterſchriben. An. 1651. 8. Aug. machte er abermalen ein Teſtament. An. 1658. 13. Febr. hat Herzog Wilhelm wieder ein Teſtament gemacht. Endlich hat er An. 1662. 5. Febr. noch einen Codicill zu Stand gebracht.

Anno 1659. 14. Jun. hat ſeine Gemahlin, Eleonora Dorothea, gebohrene Fürſtin zu Anhalt, ihren lezten Willen und mütterliche Diſpoſition aufgerichtet. Nebſt der Herzogin haben diſe Diſpoſition, als Zeugen, mit-unterſchriben und beſigelt fünf Perſonen. An. 1664. 4. Jul. aber hat ſie durch einen unter diſem dato mit eigenen Händen geſchribenen und unterſchribenen, auch ihrem Anno 1659. aufgerichteten Teſtament mit dero Fürſtlichen Petſchafft aufgeſigelten Zettul, der Kirchen, Geiſtlichen und Schulen 300. Gülden legiret.

Anno 1639. 8. Jul. hat Herzog Bernhard zu S. Weimar ſeine lezte Willens-Diſpoſition durch einen Rath und Canzley-Directorem, D. Hans Ulrich Rehlingern von Leder, zu Papier bringen, darauf ein und das andere, ſonderlich von Legatis, ad marginem ſezen laſſen und es alſo unterſchriben: Tages darauf wurde es, und zwar nur der Punct, was die Armee betrifft, in Beyſeyn des General-Majors von Erlach, Obriſten Oehms, des Grafen von Naſſau und Obriſten Roſa, (welchen allen insgeſammt, Krafft diſes Teſtaments, das Commando über die Armée anvertraut worden,) publicirt: Den 25ſten Sept. aber iſt, auf Veranlaſſung der Fürſtlichen Brüdere zu Weimar, Wilhelms, Albrechts und Ernſts, diſes Teſtament, zu Breiſach, völlig publicirt, und denen Fürſtlichen Sächſiſchen Mandatariis Abſchrifft davon zugeſtellet worden.

Anno 1682. 26. Nov. machte Herzog Johann Ernſt I. zu S. Weimar ein Teſtament. An. 1683. 7. Apr. hat er einen Zuſatz und beſon-

besondere Erinnerungen hinzugethan. Nachdeme er nun den 15den Maj. darauf verstorben, wurde den 18den solches Testament, nebst dem Anhang, Beyseyns des in die Regierung getrettenen Herzogs, Wilhelm Ernsts, und dero Prinzeßin Schwestern, etc. publicirt und von dem Gerichts-Secretario, Johann Wallichen, Notario publico, offentlich verlesen.

Von seines Sohns, Herzogs Johann Ernsts II. zu Weimar, Testament siehe einiges im T. Staater. *Tom. 17. p. 263.*

Und von seines An. 1715. im 19den Jahr verstorbenen Prinzens gleiches Nahmens Testament wird im T. Familien Staater. einiges vorkommen.

Von Herzog Wilhelm Ernsts zu Weimar und Eisenach A. 1724. errichteten Testament siehe das T. Staatsrecht *Tom. 12. p. 473.*

Herzog Ernst August zu Sachsen-Weymar und Eisenach solle An. 1748. kurz vor seinem Tode seinem obrist-Stallmeister seinen lezten Willen dictirt und diser solchen in die Schreibtafel aufgezeichnet haben; worüber nach des Herzogs Tod viles gestritten worden ist. Siehe oben Cap. 2.

Herzog Ernst August Constantins zu Sachsen-Weymar und Eisenach Testament von 1758. 21. Febr. und sein Codicill vom 22. Mart. besagten Jahres seynd an unten (1) angezeigtem Ort zu lesen.

Herzog Adolf Wilhelm zu Eisenach richtete An. 1668. 1. Nov. ein Testament auf.

Herzog Johann Georg I. zu Eisenach machte schon um die Jahre 1678. und 1683. lezte Dispositionen, und suchte deren Kayserliche Confirmation; welche aber damals ins Stecken geriethe. v. T. Staater. *13. Theil, S. 483. 486. 488.*

Anno 1685. machten er und seine Gemahlin, (eine Gräflich-Saynische Erbtochter,) wiederum jedes ein besonderes Testament, welche aber in dem Successionspunct auf eines hinauslieffen; dahero sich auch eines auf das andere bezoge und ein Theil des anderen Testament unterschriebe. Den 1. Dec. darauf hat der Herzog auch noch ein Codicill hinzugethan.

Ferner haben bereits sub dato 1685. 11. Aug. und also noch ehe, als das väterliche Testament ganz zu Stande kame, beede Herzogliche Prinzen ein Pactum fraternum errichtet, aus dem väter- und mütterlichen Testament den passum Successionis substantialiter wiederholt, mit der Clausul: „Welchen elterlichen wohl-gemeinten und ersprießlichen

(1) in der Eur. Staatscanzl. 115. Theil, 660. S.

chen Diſpoſitionen ganz willig und gehorſam Uns zu untergeben, mit ſolchen allerdings wohl zufriden zu ſeyn, und deren Innhalt nachzuleben, Wir des beſtändigen und unwiderrufflichen Vorhabens ſind und bleiben wollen.„ add. das T. Staater. *Tom. 14. p. 50.*

Der Kayſer confirmirte auch ſo wohl das väterliche Teſtament, als den brüderlichen Vertrag: Wie aber doch hernach der jüngere Prinz beedes angefochten und was die Sache für einen Ausgang gewonnen habe? ſihe *l. c. Tom. 14. p. 51. ſeqq.*

Die Herzogin Johannetta, erſtgedachten Herzogs Johann Georgs I. zu Sachſen-Eiſenach Gemahlin, ernſuchte in ſchon berührtem ihrem Teſtament die Chur-Fürſten zu Sachſen und Brandenburg zu Teſtaments-Executoren: Am Ende diſes Teſtamentes aber findet ſich eine Clauſula codicillaris ac reſervatio mutandi &c.

Anno 1695. 27. Sept. machte ſie würcklich ein Codicill.

Anno 1697. 26. Apr. machte die Frau Herzogin mit ihren beeden Prinzen einen Vertrag, darinn ſie freund- und mütterlich ſich erklärt und paciſcirt, Dero Fürſtliche Diſpoſition, worauf weyland Dero Hoch-Fürſtl. Herr Ehegemahl hochſeel. And. mit Dero Genehmhaltung, das väterliche Teſtament unter anderem mit gegründet, in unveränderlichem Valor und unwiderrufflich zu laſſen.

Das Protocollum über die beſchehene ſolenne Publication diſes Teſtaments der Herzogin Johannettæ iſt in meinem T. Staatsrecht, *Tom. 24. p. 471.* zu leſen.

Auf diſem Teſtament beruhet auch das Brandenburg-Onolzbachiſche Recht zu der Sayn-Altenkirchiſchen Succeſſion, und iſt in dem zwiſchen demſelben und Heſſen-Philippsthal vor dem Reichs-Hof-Rath anhängigen Proceß über ſolche Succeſſion viles davon pro & contra geſchrieben worden, auch ſuchte der Herzogin jüngerer Prinz, Johann Wilhelm, in ſeinem An. 1707. 15. Sept. errichteten Teſtament der Sache eine andere Tour zu geben.

Herzog Wilhelm Heinrich zu S. Eiſenach, der letzte ſeiner Linie, machte An. 1736. 23. Jan. ein Teſtament.

Anno 1678. 18. Mart. richtete Herzog Bernhard zu S. Jena ein Teſtament auf.

Seine Wittwe Maria, gebohrene Herzogin von Tremouille, machte An. 1679. 16. Apr. ein Teſtament und hernach ein Codicill. Die Tochter ware Anfangs mit der Mutter Teſtament nicht zufriden; als aber ihr Bruder ſtarb, wollte ſie es erkennen; die Agnaten dagegen excipirten: Habe ſie es vorhin nicht wollen gelten laſſen, ſo könne ſie

ſich nun auch nicht darauf beziehen. Es entſtunden darüber, wie auch ſonſt aus Gelegenheit diſes Teſtaments, die Fragen: 1. An, qui impugnavit Teſtamentum, agere ex eo Jure queat? 2. an valeat Teſtamentum Principis fœminæ minus ſolenne, non rite inſinuatum? 3. an confirmetur Teſtamentum invalidum per agnitionem Tutoris, in præjudicium Pupilli & Agnatorum?

Anno 1654. 31. Aug. machte Herzog Ernſt zu S. Gotha ein Teſtament, und lieſſe es den 26. Sept. judicialiter ad Acta legen. An. 1661. 21. Jan. hat Herzog Ernſt ferner eine Regiments-Verfaſſung, oder Inſtruction, wie es nach ſeinem Tode diſsfalls zu halten, aufrichten laſſen; welche aber meines Wiſſens nicht in Druck kommen iſt. An. 1672. 9. Febr. machte er eine anderweite Verordnung, wie es, auf deſſen erfolgten tödtlichen Hintritt, mit der Landes-Regierung anzuſtellen ſeye. Eodem An. 9. Nov. hat Herzog Ernſt noch eine Regiments-Verfaſſung, welche nach ſeinem in GOttes Händen ſtehenden tödtlichen Hintritt zu beobachten, zu Papier bringen laſſen und vollzogen. An. 1674. 27. Aug. lieſſe er über die Regiments-Ordnung de An. 1672. eine Erläuterung projectiren und vollzoge ſolche eigenhändig. Den 22. Oct. aber hat er ein fernerweites Codicill zu Papier bringen laſſen und daſſelbe eigenhändig unterſchriben.

Nach des Herzogs Tod verglichen ſich ſeine Söhne Anno 1675. 2. Jun. Nun gienge man zwar durch die An. 1680. ſeqq errichtete Verträge in Regierungs-Sachen von Herzog Ernſts Diſpoſitionen in denen Haupt-Stücken ab; doch heißt es in dem Haupt-Receß de An. 1680. §. 21. „Inmaſſen daran (zu denen Austrägen,) Ihre Durchlauchtigkeiten allerſeits, ſo wohl auch zu dem übrigen allen, das in denen Fürſt-Väterlichen Diſpoſitionen und denen Pactis Majorum Familiæ enthalten, und durch diſen Vergleich keine Aenderung bekommen, ſich ſtets verbunden erachten.„ In der Kayſerlichen Confirmation diſes Pacti aber liſet man: „Jedoch ſolle diſe Unſere Kayſerliche Confirmation und Beſtättigung auf diejenige = = väterliche Verordnungen, welche in den Vergleichen angezogen und nicht beygeleget, noch hiebevor von Uns = = confirmiret, nicht extendiret werden.„

In Herzog Friderichs I. zu S. Gotha Primogenitur-Conſtitution d. d. 1685. 22. Apr. ſtehet: „Geſtalt Wir auch ſolches Recht der Primogenitur bereits im verſchienenen 1680ſten Jahr in Unſerm damals von Uns Selbſt mit eigener Hand abgefaßten und bey Unſerer Regierung allhier zum Fridenſtein hinterlegten Teſtament und väterlichen Diſpoſition unter Unſeren Fürſtlichen Kindern, (welche Wir unter heuti-

heutigem dato bloß wegen der durch Unſerer hochſeel. erſten Gemahlin, wie auch Frauen Mutter und geliebten Schweſter, inzwiſchen ſich ereigneten Todes-Fälle auch eigenhändig umgefertiget, im vorigen Haupt-Punct aber es dabey allerdings gelaſſen haben,) würcklich conſtituiret, ꝛc. „ Das Ende aber iſt alſo ſtyliſirt, wie im T. Staater. *Tom. 13. p. 465.* zu leſen iſt. Der Kayſer ertheilte auch ſo wohl über diſe Primogenitur-Conſtitution, als den paſſum concernentem Teſtamenti, An. 1688. 6. Febr. ſeine Confirmation.

Herzog Albrecht zu Coburg machte An. 1694. 16. Jun. ein Teſtament und An. 1699. 18. Apr. ein Codicill; aus welchen ſich Fragmenta in einer S. Gothaiſchen *Deduction* wegen der Coburg. ꝛc. *Succeſſion de An. 1724.* Beyl. *16.* und *17.* finden.

Herzog Bernhard zu Sachſen-Meiningen machte An. 1688. ein Teſtament, ſolle aber An. 1706. vor ſeinem Tod einiges darinn mündlich geänderet haben. Es ſeynd aber doch hernach, wegen diſer vorgegebenen mündlichen Abänderung des väterlichen Teſtamentes, Strittigkeiten entſtanden.

Deſſen Wittwe, Eliſabetha Eleonora, gebohrene Prinzeßin zu Braunſchweig-Wolffenbüttel, machte ebenfalls ein Teſtament, davon Copiam authenticam an ſeine Schweſter Eleonoram Fridericam zu ediren, dem Herzog Anton Ulrichen vom Reichs-Hof-Rath An. 1729. 22. Nov. auferlegt wurde.

Herzog Ernſt Ludwig zu S. Meiningen machte An. 1721. 28. Febr. ein Teſtament. Der Kayſer confirmirte diſes Teſtament nach ſeinem Tod, wie folgender Extractus Reichs-Hof-Raths-Protocolli belehret:

Lunæ 19. April. 1725.

Zu Sachſen-Coburg und Meinungen weyland Herrn Herzog Ernſt Ludwigs nachgelaſſener Kinder Vormundſchafft betreffend, ſive Implorantiſcher Ober-Vormundſchafftlicher Sachſen-Gotha- und Meinungiſcher Anwald Schlegel ſub præſ. 20. Mart. nup. ſupplicat hum. pro clem Confirmatione Teſtamenti & Diſpoſitionis paternæ inter Liberos. appon. num. 1. 2. 3. & 4.

Fiat petita Confirmatio ſub Clauſulis ſolitis.

Herzog Friderich Wilhelm zu Sachſen-Meiningen machte ein Teſtament, darinn er ſeine Fr. Schweſter, die Herzogin zu Sachſen-Gotha, zur Erbin einſetzte: Diſe bate darauf An. 1746. beym Reichs-Hofrath um deſſen Confirmation und Manutenenz; erhielte aber den 18. Mart.

zum

zum Vorbeſcheid (1): Wann ſie das Teſtament in originali beybringen werde, ergehe wegen des gebetenen Decreti Manutenentiæ und der Manutenenz-Commißion fernere Kayſerliche Reſolution ꝛc. Als diſes befolget worden, ergienge den 6. Apr. das Concluſum: Nachdeme das in originali producirte Teſtament nullo vitio viſibili laborire, auch der Innhalt deſſelben mit der bey denen Acten befindlichen Copie in allem gleich befunden worden; als könne das Original, retenta Copia authentica apud Acta, zurück gegeben werden.

Das weitere kommt in dem folgenden Capitel vor.

Was hernach wegen Herzog Friderich Wilhelms Teſtamentes weiter vorgekommen iſt, ſiehe Cap. 13. (2)

Herzog Anton Ulrich zu Sachſen-Meiningen machte An. 1763. ein Teſtament, welches an unten (3) angezeigtem Ort zu leſen iſt.

Von deſſen beym Reichs-Hofrath beſchehenen Publication zeuget diſes:

Lunæ 7. Febr. 1763.

Zu Sachſen-Coburg-Meiningen Herrn Herzogs Anton Ulrichs Teſtament betr. ſive ermeldter Herr Herzog ſub dato 18. & præſ. 24. Jan. nov. überreichen per à Fier das original-Duplicat ſeines lezten Willens, mit Bitte, pro clem. decernenda ejusdem poſitione ad Acta. appon. Lit. A. & B.

1. Ponantur weyl. Herrn Herzogen Anton Ulrich zu Sachſen-Coburg-Meinungen Literæ ad Imperatorem d. d. 18. Jan. nup. & præſ. 24. ej. una cum Originali Teſtamenti ad Acta; &
2. publicetur das Herzogliche Teſtament, und kan denen Intereßirten davon ex Cancellaria, auf Anmelden, Copey verabfolgt werden.

Bey eben diſem Reichs-Hofrath aber wurde An. 1763. 25. Febr. ſeiner Wittwe Geſuch puncto Approbationis & Confirmationis Teſtamenti ihres Gemahls, ꝛc. in ſo weit es dem Reichsgutachten vom 28. Jul. 1747. (welches mit der Kayſerlichen den 4. Sept. eod. geſchehenen Ratification zum Reichsſchluß geworden,) zuwider ſeye, abgeſchlagen.

Die Herzoge zu S. Gotha, Coburg und Hildburghauſen hingegen behaupteten: Daß Herzog Anton Ulrichs ganzes Teſtament auf der ſtrafwürdigſten Impoſtur beruhe, und als ein förmliches Pactum oder Contractus innominatus: facio, ut facias, anzuſehen, folglich auch das

(1) ſ. Staatsſchr. unter K. Franz, 2. Band, S. 394.
(2) add. Staatsſchrifft. unter K. Franz, 5. Band, S. 903.
(3) in der neuen Staatscanzl. 10. Theil, 163. S.

das ganze Teſtament, ꝛc. nichtig ſeye: Nachdeme ſich aber die ſtreitende Theile in Anſehung der S. Meiningiſchen Vormundſchafft verglichen haben, iſt diſes Teſtamentes nicht weiter gedacht worden.

Von Herzogs Franz Joſias zu S. Coburg den 1. Oct. 1733. errichteten väterlichen Teſtament, auch An. 1735. 18. Maj. hinzugethanen Erläuterungs-Diſpoſition und An. 1736. über beede erhaltenen Kayſerlichen Confirmation conf. das T. Staatsr. *Tom. 12. p. 499 ſqq.*

In der Erb-Verbrüderung zwiſchen Sachſen, Brandenburg und Heſſen iſt wegen der Herren eines abgegangenen Hauſes Teſtamenten *l. c. Tom. 17. p. 66.* eine Diſpoſition enthalten.

§. 14.

Von Brandenburg berichtet der Herr von GUNDLING (1): „Nach geendigter Leichen-Begängniß wurde das Teſtament Chur-Fürſt Friderichs I. geöffnet und alles dem Innhalt gemäß in Stand gebracht.„ add. *l. c. Tom. 12. p. 502.* Brandenburg.

Chur-Fürſt Albrecht machte An. 1473. Mittwochs nach Matthiä eine väterliche Diſpoſition, welche in der Königlich Preußiſchen *Facti Specie*, die *Succeſs.* in die Fränckiſch. Fürſtenth. betreff. *Lit. P. P.* anzutreffen iſt. add. das T. Staatsr. *Tom. 12. p. 507.* Kayſer Friderich beſtättigte ſie *eod. An.* Montags vor Auffahrts-Tag. vid. *cit. Fact. Spec. Lit. QQ.* add. LIMNÆUM *T. 4. Addit. ad J. P. Lib. 5. Cap. 7. §. 139. p. 846.*

In dem Stamm-Vertrag des Hauſes Brandenburg de An. 1599. liſet man: „So haben Wir in alle Wege einmüthig dafür geachtet, des Chur-Fürſt Alberti Achillis Verordnung, (welche auch Kayſer Friderich III. auf dem Reichs-Tag in aller Stände Verſammlung, mit derſelben Vorwiſſen, Bewilligung und Vollwort, confirmiret hat, wie ingleichem mit Vorbewußt, Conſens und Vollwort Ihrer Gn. Söhne gemacht iſt,) von Uns und Unſern Nachkommen, von nun an zu ewigen Zeiten zu halten; wie dann dieſelbe pro Pacto, pro Statuto Familiæ, quod tranſiit in formam Contractus, ja, weil dieſelbige dergeſtalt, wie angezogen, confirmiret, pro pragmatica Sanctione & Lege publica zu achten.„

Von Marckgraf Friderichs des ältern in Francken Verordnung unter ſeinen Kindern de An. 1507. vid. *l. c. Tom. 12. p. 511.*

Marckgraf Georg zu Anſpach machte An. 1543. ein Teſtament.

In

(1) im Leb. u. That. Churf. Frid. II. p. 14.

In schon gedachtem Brandenburgischen Stamm-Vertrag de An. 1599. wurde bedungen: „Wir statuiren und wollen auch, was Wir, Marckgraf Georg Friderich, künfftig sonsten („ausserhalb des capitis Successionis,„) vor lezten Willen, Ordnung und Testament hinterlassen, daß alle Unsere freundliche geliebte Vettern dawider nicht handlen, noch dasselbig jemand anders zu thun gestatten, sondern, deme allerdings gemäß zu geleben und nachzukommen, schuldig seyn sollen.„ Auf dises sein Testament haben sich auch seine Successores an dem Cammer-Gericht bezogen: Der Innhalt desselbigen aber ist mir ohnbekannt.

Von Chur-Fürst Joachims I. Dispositione inter Liberos siehe einige Spuhr *l. c. p. 513.*

Und von seines Prinzens, Chur-Fürst Joachims II. elterlichen Verordnung de An. 1553. vid. *l. c. p. 514.* und *Tom. 19. p. 513.*

Von Chur-Fürst Johann Georgs Testament und denen darüber entstandenen Disputen siehe gleichfalls *Tom. 12. p. 514.*

Chur-Fürst Friderich Wilhelm machte An. 1664. 23. Mart. ein Testament, in welchem er sich unter anderem auf Chur-Fürst Albrechts Achillis seines beziehet. Der Kayser confirmirte auch dises Testament den 29sten Apr. e. a.

Der Tod des Chur-Prinzens nöthigte aber seinen Herrn Vater, ein anderes Testament zu machen. In der An. 1741. zu Wien ans Licht getrettenen kurzen Beantwort. der Chur-Brandenb. näher. Ausführ. wegen Schlesien ꝛc. wird allerley davon gemeldet: In denen Preußischen kurzen *Remarqu.* über dise Schrifft aber will behauptet werden, die ganze Erzählung seye ein Roman und kein wahres Wort daran.

Ich besaße aber noch ferner eine Copie eines den 20. Mart. 1688. von eben disem Chur-Fürsten nur etliche Wochen vor seinem Tod errichteten Testaments. Uebrigens ist der Innhalt dises curiosen Testamentes dem Chur-Prinzen favorabel, und ein Theil desselben kommt ziemlich mit des Chur-Fürstens lezter in seinem geheimen Rath gehaltenen Rede überein, wie sie PUFENDORFF (1) aufgezeichnet hat; hingegen will es mit denen vorhin angeführten Nachrichten nicht übereinstimmen.

Von Marckgraf Christians zu Bayreuth Testament findet sich einige Spuhr im T. Staater. *Tom. 19. p. 515.*

Der

(1) de reb. gest. Frid. Wilh. Lib. 19. §. 100.

Der An. 1723. verſtorbene Marckgraf Friderich Wilhelm zu Onolzbach hinterlieſſe ein von dem Kayſer beſtättigtes Teſtament, von deſſen Innhalt aber nur etwas weniges, ſo den Vormundſchaffts-Punct betrifft, bekannt worden iſt.

§. 15.

Anno 1395. machte Chur-Fürſt Ruprecht II. zu Pfalz die be- Pfalz.
ruffene Conſtitutionem Rupertinam, darüber im vorigen und jetzigen Seculo ſo vil geſtritten worden iſt. vid. T. Staator. *Tom. 13. p. 4. ſeqq.* ingleichem die Compromiß-Acten zwiſchen Chur-Pfalz und Orleans, ſo dann STRUVEN. (1)

Von Kayſer Ruprechts letztern Willen kommt etwas in ſeiner Söhne Theilung von 1410. vor.

Von Chur-Fürſt Ludwigs III. An. 1427. errichteten Teſtament vid. *l. c. Tom. 13. p. 18.*

Daß Chur-Fürſt Friderich I. ein Teſtament hinterlaſſen habe, erſiehet man aus *Tom. 18. p. 78.*

Chur-Fürſt Philipp errichtete An. 1506. ein Teſtament. vid. *Tom. 13. p. 19.*

Chur-Fürſt Otto Heinrich machte An. 1559. ein Teſtament. Conf. *l. c. p. 27.* und *Tom. 14. p. 87.*

Anno 1438. wollten Pfalzgraf Stephan, deſſen Schwäher, Graf Friderich zu Veldenz, und ſeine Tochter Anna, des Pfalzgrafens Gemahlin, eine gemeinſchafftliche Diſpoſition machen, welche ihrer reſp. Söhne und Enckel geiſtlich werden und wie die weltliche die Lande unter ſich theilen ſollten? Pfalzgraf Stephans vier Söhne ſtellten auch zum Voraus einen Revers darüber aus: Darauf brachten Pfalzgraf Stephan und ſein Schwäher Friderich, (deſſen Tochter inzwiſchen geſtorben ware,) An. 1444. ſolche Diſpoſition würcklich zu Stand, deren obiger Revers wortlich einverleibt wurde.

Sein Ur-Enckel, Pfalzgraf Johann II. machte An. 1553. in vigilia Thomæ Apoſt. eine Verordnung, davon im T. Staator. *Tom. 14. p. 29.* etwas zu leſen iſt.

Von Chur-Fürſt Friderichs III. Teſtament de An. 1576. vid. *l. c. Tom. 13. p. 30.*

Chur-Fürſt Friderich IV. machte An. 1602. ein Teſtament, und An. 1610. ein Codicill, davon *l. c. Tom. 13. p. 30. ſqq.* und *Tom. 17. p. 324. ſqq.* einiges zu leſen, aber auch *Tom. 13. p. 31. ſeqq.* zu ſehen

(1) in Formul. Succeſſ. Palat. p. 44. ſeqq.

iſt, wie hernach Chur-Fürſt Carl Ludwig An. 1652. diſes Groß-Väterliche Teſtament angefochten und was die Sache für einen Ausgang gewonnen habe.

Chur-Fürſt Carl Ludwig machte An. 1670. 4. Apr. ein Teſtament. Chur-Pfalz meldete hernach in dem Proceß gegen Orleans: Mirandum, - - Sereniſs. Duciſſæ Plenipotentiarium Teſtamentum iſtud (Caroli Ludovici,) quod ad perfectionem nunquam pervenit & ab ipſo Sereniſs. Electore Carolo, cujus ſe Hæredem gerit Sereniſs. Dn. Actrix, ut publice notum, pro imperfecto, nullo & invalido habitum & declaratum eſt, pro vero & perfecto allegare non erubuiſſe. Orleans antwortete: Hoc Teſtamentum validum eſſe, idem Plenipotentiarius dubitare non potuit, tum quia ex Annalibus & Indicibus Archivi Palatini doctus fuerat, inde à tribus integris Seculis nullum fere Electorum Palatinum deceſſiſſe, qui non de Bonis ad minimum allodialibus Teſtamentum condiderit & cujus ultima voluntas etiam circa Ditiones, ſcilicet hæreditarias, Erb-Landen, rata habita non fuerit; tum quia à Doctoribus Juris publici Germanici didicerat, Teſtamenta Electorum & Principum Imperii, etiamſi absque ulla ſolennitate Juris civilis confecta ſint, nihilominus valida eſſe. Sic enim ſcribit de his teſtamentis D. Mylerus ab Ehrenbach *in tractat. de Principibus & Statibus Imperii Romano-Germanici, part. 1. cap. 26. ſ. 4. In Imperio Romano-Germanico Principes & Status Imperii, Teſtamenta conficientes, ſolennitates à Jure communi præſcriptas obſervare adſtricti non ſunt, ſed illos meri Iuris Gentium ſolennitates adhibuiſſe ac Iuri militari elogia ſua conſcripſiſſe omnino ſufficit. - - Quod privilegium, tanquam perſonale, inter Principes Imperii obtinet ratione dignitatis, illuſtriſſimæ Nobilitatis, ſummæ fidei ac legalitatis, - - - ad quem modum teſtamentum Caroli Auſtriaci, Marchionis Burgavienſis, etiam omnibus teſtibus deſtitutum, pro valido & legitimo judicatum fuit à Facultate Iuridica Tubingenſi apud* Besold. Chur-Pfalz meldete ferner: Teſtamentum Sereniſs. Electoris Caroli Ludovici quod attinet, nullam aliam illud, reſpectu Sereniſſimi Domini Rei conventi, cauſam, nempe nullam ab illo, ſed à primo Acquirente, in Succeſſione feudali mere & fideicommiſſaria avita habentis, rationem habet ac ſcriptura privata, quæ contra ſcribentem ejusque hæredes plenam quidem fidem facit, non vero pro ſcribente. - - - Mirandum de reliquo, Sereniſſimæ Duciſſæ Plenipotentiarium - - - nec perpen-

pendiſſe, quod, etiamſi in ficta hypotheſi omnibus fuiſſet numeris abſolutum, & reſpectu Liberorum ac Hæredum obligatorium, reſpectu tamen Sereniſſimi Electoris Palatini, cui, prout ſupra inſinuatum, cauſam à primo Acquirente, & non à Sereniſſimo Electore Carolo Ludovico habenti, iniqua per iſtud non potuiſſet inferri conditio, defectu poteſtatis, omnino nullum foret & invalidum. Die von Orleans darauf ertheilte Antwort gehöret eigentlich nicht hieher, auſſer, wann es heißt: Nec pudendum minus, quod idem tradit Plenipotentiarius, Teſtamentum ex defectu poteſtatis atque ſolemnitatis nullum atque invalidum, contra ſcribentem tamen & ejus hæredes valere: cum tyrones infimæ claſſis ſciant, quodnam diſcrimen inter ſcripturam privatam actuum inter vivos & inter ſcripturam ultimæ voluntatis intercedat, quodque Teſtamenta, quæ valent, ſint Juris publici, quæ vero ipſo Jure nulla ſunt, pro non ſcriptis habeantur, adeoque nec contra ſcribentem, nec contra ſcribentis Hæredes, allegari poſſint.

Chur-Fürſt Carl Ludwigs verſtoſſene Gemahlin, Charlotta, gebohrene Landgräfin zu Heſſen-Caſſel, hinterlieſſe ein Teſtament, welches nach ihrem Tode publicirt, auch von ihrer Tochter und eingeſezten Erbin, der Herzogin von Orleans, angenommen und die darinn enthaltene Legata denen Hof-Bedienten abgeſtattet worden.

Nach Chur-Fürſt Carls zu Pfalz An. 1685. erfolgten Tod fande ſich ein Teſtament, deſſen Innhalt man in WEBERS, unter den Buchſtaben L. V. A. edirten Tr. durch Unluſt vergallte Luſt des ehlichen Lebens *p. 68. ſeqq.* leſen kan; es heißt aber *p.* 72. davon: „Alldieweilen man vermuthete, daß diſes durch den Hof-Prediger Langhans und den Leib-Medicum D. Winckler wäre expracticirt worden; als kame es in keine Conſideration.„ Bey dem Herrn von LUDOLF (1) liſet man ebenfalls den Innhalt beſagten Teſtaments und folgende darzu gehörige Nachrichten: „Zu Teſtamenti Executoren ſind ernannt Chur-Brandenburg, Herr Marckgraf zu Onolzbach, Herr Herzog zu Hanover und Herr Landgraf zu Heſſen-Caſſel, wie auch ferner Herr Graf von Caſtell, Groß-Hofmeiſter, Herr Hof-Marſchall von Steincallenfels, die Herrn Churfürſtliche geheime Räthe, der Vice-Canzler Pfeil und die übrige Räthe. Im Teſtament hat der Chur-Fürſt alle Seiten eigenhändig unterſchriben, auch hienge das Churfürſtliche Inſigel daran. Uebrigens ware es mit Gold und ſchwarzer Seide vernä-

(1) de Jur. Fœm. illuſt. App. 3. p. 1.

her und folgende Ueberschrifft von des Chur-Fürstens eigener Hand auf-senher darauf geschriben worden: „Wir Carl, Pfalzgraf bey Rhein, Chur-Fürst, bekennen, daß hierinn Unser Testament und lezte Willens-Beschreibung enthalten sey.„ Solches verschlossene Testament ist denen Zeugen, wie auch dem Notario, zwar nicht von dem Chur-Fürsten selbst, sondern von dem Groß-Hofmeister, Grafen von Castell, also vorgewisen, und sie sind von demselben, nach beschehener Recognition der Chur-Fürstlichen Hand auf der Ueberschrifft, auch Siglung, als Zeugen, der Notarius aber zur Verfertigung eines ordentlichen Instruments hierüber, requiriret worden; welche dann auch sich unterschriben und ihre Signete beygedruckt, darüber des Notarii Signet aufgedruckt worden; so geschehen den 12. Sept. 1684. Der unterschribenen Zeugen waren 10. und der Notarius bezeugete in dem darüber aufgerichteten Instrument, daß ihme die Chur-Fürstliche Hand, die er dafür erkenne, in der Aufschrifft des verschlossenen Testaments vom Grafen von Castell vorgewisen worden und sonst die Requisition und Unterzeichnung ordentlich ergangen seye.

Anno 1684. 25. Sept. hat der Chur-Fürst ein Codicill gemacht und eigenhändig unterschriben, dasselbe aber nicht in das Testament hinein gesteckt, sondern also offen, wie es auch gefunden worden, hinterlassen: In disem Codicill wurde das Testament allerdings confirmirt.

Anno 1685. 24. Aug. ist die Apertur des Testaments vorgegangen, wobey von Chur-Brandenburg, Hanover und Hessen-Cassel Deputirte zugegen gewesen. Neben disem seynd, als Intervenienten, der Königlich Französische Abgesandte und von der Herzogin von Orleans bevollmächtigte Abbé Morel, wie auch von beeden Wittwen Dero Wittums-Räthe, neben denen Testaments-Zeugen, samtlich persönlich erschienen, und seynd so wohl die Chur-Fürstliche Hand auf der Aufschrifft und das grosse Insigel, wie auch der Zeugen Hand und Pettschafft, recognoscirt, so dann nicht weniger von gedachtem Französischen Envoyé, als denen Deputirten der Chur-Fürstinnin, eine ordentliche Protestation und Reservation ihrer allerseits habenden Rechten, dafern denselben das Testament zuwider seyn sollte, abgelegt worden; wie dann auch wegen des jezt-regierenden Chur-Fürstens seine anwesende geheime und Regierungs-Räthe gleiche Protestation præmittiret haben: Darauf dann das Testament abgelesen und nach disem so fort von dem Abbé Morel die Examination der Testaments-Zeugen: Ob sie von dem verstorbenen Chur-Fürsten, als Testatore, zu Zeugen Selbst requirirt und das Testament ihnen vorgelegt worden wäre? vorgenommen worden:

Wie

Wie aber dieſelbe zu diſer Depoſition ſich nicht verſtehen wollen, und man darüber, nach einiger Conteſtation, von einander gegangen; ſo iſt nachgehends, auf fernekes Anhalten des Abbé Morels, der Notarius, ſo das Inſtrument über die Teſtaments-Sieglung verfertiget, von denen Executoren abgehöret worden, der dann deponiret, wie bereits vorhero mit mehrerem gedacht, daß nemlich nicht von dem Chur-Fürſten, ſondern, auf deſſen angegebenen Befehl, von dem Grafen von Caſtell allein, das Chur-Fürſtliche Teſtament und deſſen eigenhändige Aufſchrifft den Zeugen ſo wohl, als dem Notario, wäre dargelegt und vorgewiſen worden. Worauf dann nachgehends zwiſchen der Executoren Abgeſandten und dem Franzöſiſchen Envoyé, verſchidene Conferenzen hierüber gehalten worden. (1)

In dem Proceß zwiſchen Orleans und Chur-Pfalz meldet jenes in einer Schrifft: Electorem Philippum Wilhelmum Teſtamentum Ser. Electoris Caroli, propter multas notorias & palpabiles nullitates, pro deſerto habuiſſe.

Von Herzog Ludwig Philipps zu Simmern teſtamentlicher Verordnung ſiehe etwas im T. Staator. *Tom. 17. p. 356.*

Von Herzog Ludwigs des Schwarzen zu Zweybrücken Teſtament de An. 1479. vid. *l. c. Tom. 13. p. 40.*

Pfalzgraf Alexander zu Zweybrücken machte An. 1514. 26. Oct. ein Teſtament und lieſſe einen Notarien und Zeugen ein Inſtrument darüber errichten.

Anno 1520. machten Herzog Alexanders hinterlaſſene Söhne, in Conformität und zur Execution diſes Teſtaments, einen Vertrag, und die beede Söhne, ſo geiſtlich wurden, ſtellten noch über diſes einen Revers aus.

Anno 1568. 18. Aug. verfertigte Herzog Wolfgang zu Zweybrücken, der Stamm-Vater des jezo noch übrigen Pfälziſchen Hauſes, ein Teſtament. Sihe davon etwas *l. c. Tom. 13. p. 44 ſqq.* Kayſer Maximilian II confirmirte auf Anſuchen derer hinterlaſſenen Söhne, diſes Wolfgangiſche Teſtament An. 1570. 7. Apr. in gewohnlichen Terminis. add. *Tom. 13. p. 51.* und *Tom. 15. p. 326. ſqq.*

Anno 1694. ſchriebe der Pfalzgraf zu Sulzbach den 6. Nov. an Chur-Pfalz: „Oberſagtes Wolfgangiſches Teſtament, (= = welches pro unica norma præſentium & futurarum Hæreditatum in Unſerm Fürſtlichen Hauſe, in ſo weit es inzwiſchen durch anderwärtige Ver-

(1) add. von FINSTERWALD, oder vilmehr D. HEMPEL in Ludewigs erläutert. Germ. Prins. Tom. von Pfalz p. 529. ſeqq.

Vergleich und ſpecial-Pacta nicht anders verſehen, allezeit gehalten worden,) ꝛc. „ Und in dem Zweybrück- und Veldenziſchen Succeſſions-Proceß hat das Haus Birckenfeld, (nun Zweybrücken,) ebenfalls mit aller Macht behauptet (1), daß diſes Wolfgangiſche Teſtament ein Lex fundamentalis des Hauſes Pfalz ſeye. Was hingegen die Neuburgiſche Chur-Linie hierwider eingewandt habe? ſiehe im T. Staator. *Tom. 15. p. 329. ſeqq.* Da aber nunmehro die Sulzbachiſche Linie zur Chur gelanget iſt, wird ſie ſich auch die vormalige Sulzbachiſche Principia hierinn müſſen gefallen laſſen; wiewol villeicht kein Fall mehr exiſtiren wird, da wegen diſes Teſtamentes Streit entſtünde.

Pfalzgraf Philipp Ludwig zu Neuburg brachte An. 1592. 12. Dec. ſeinen lezten Willen zu Papier. vid. *l. c. Tom. 13 p. 52.*

Anno 1633. findet ſich diſes im Reichs-Hofraths-Protocoll:

21. Jan. 1633.

Neuburg, Pfalzgraf Herr Wolfgang Wilhelm berichtet Ihr Majeſt. ſeiner Fraw Muetter Todtfall, vnd das Sie ein Teſtamentariſche diſpoſition in duplo hinderlaſſen, deren die eine hinder dem Herzogen von Wüerttemberg vnd die andere hinder der Statt Nüermberg deponiert, vnd darinnen pro Executoribus beede König zu Dennenmarckh vnd Schweden verordnet ſein ſollen. bittet derowegen, wann vmb Confirmation ſolcher diſpoſition ſolte angelangt werden, Ihr Majeſt. wollen diß fallß nichts verhengen.

Ad acta vnnd zu ſeiner Zeitt eingedenckh zu ſein.

Pfalzgraf Otto Heinrich zu Sulzbach machte ein Teſtament, von welchem und deſſen limitirter Agnition *cit. Tom. 13.* nachzuſehen iſt.

Pfalzgraf Johann I. zu Zweybrücken hinterlieſſe ein Teſtament de An. 1591. 18. Jun. vid. *Tom. 13. p. 53.* An. 1605. wurde ein Executions-Tag wegen diſes Teſtamentes gehalten und den 11. Mart. durch die Executores Teſtamenti ein Vergleich zwiſchen denen Fürſtliche Gebrüdern veranlaſſet. An. 1611. traffen die drey Zweybrückiſche Gebrüdere einen neuen Receß.

Herzog Johann II. zu Zweybrücken machte An. 1629. 12. Jun. ein Teſtament.

Magdalena, Herzogin zu Zweybrücken, gebohrene Herzogin zu Jülich, machte auch An. 1629. ein Teſtament.

Herzog

(1) Facti Spec. Pfalzgr. Chriſt. III. &c. näher. Succeſſ. Recht an Zweybrück. vorſtellend.

Herzog Friderich zu Zweybrücken hinterlieſſe ein Teſtament d. d. 1658. 18. Maj.

Herzog Friderich Ludwig zu Zweybrücken errichtete An. 1673. ein Teſtament, machte aber An. 1675. 2. Dec. ein anderes, davon im T. Staater. *Tom. 13. p. 54.* nachzuſehen iſt.

Pfalzgraf Carl zu Birckenfeld machte An. 1597. ein Teſtament. vid. *l. c. p. 57.*

Von Herzog Chriſtians I. Teſtament ſiehe eine Spuhr *l. c. p. 58.*

Von Herzog Ruprechts zu Veldenz letztem Willen ſiehe etwas *l. c. Tom. 17. p. 358.*

Von Herzog Georg Johanns An. 1571. 20. Dec. gemachtem Teſtament ſiehe *l. c. Tom. 13. p. 58.* Seine Söhne und reſp. deren Vormundſchafft paciſcirten An. 1595. 5. Jul. deßwegen mit einander: Und An. 1598. 11. Nov. verglichen ſich alle vier Brüder ferner.

Von des letzten Herzogs Veldenziſcher Linie Leopold Ludwigs Teſtament conf. *ibid. p. 60.* und *Tom. 15. p. 339. ſqq.*

§. 16.

Braunſchweig.

Herr RECHENBERG (1) ſchreibt von Braunſchweig: Teſtamentariæ Succeſſionis major uſus & autoritas fuit in definiendo habendi modo, quam adſignanda omni hæreditate. Ut enim taceam Henrici Longiſpathæ ultimam voluntatem, - - parum ab Ottone Puero obſervatam, nec majoris autoritatis alias teſtamentarias diſpoſitiones fuiſſe deprehendimus. Julius Brunſvicenſis Teſtamento Primogenituræ jura firmaverat, quæ tamen, temporis circumſtantiis aliud ſuadentibus, dein parum obſervata. Georgii Zellenſis teſtamento - - duo Principatus & optio Senioris inſtituta fuerat, id quod etiam initio obſervatum legimus: utrique tamen dein, illi introducto Primogenituræ jure, huic per Receſſum Hildeſienſem, derogatum. - - Videbatur ſcilicet juſto durius, Principibus Patriæ, ſalutis tam cupidis quam peritis, æternas imperii habendi leges Teſtamento poni. Hinc regimen rerum ſtatui magis, quam Teſtamento, attemperare ſatius ducebant omnisque Domus commodis potius, quam privatæ ſingulorum utilitati, invigilabant.

Man ſehe auch Herrn H. R. SCHEIDENS Anmerck. zu meinem Braunſchw. Staater. *p. 46. 65.*

Von

(1) de var. ſucced. mod. in Dom. Guelf. uſit. Cap. 2. §. 49.

Von Herzog Albrechts I. An. 1279. unter ſeinen Söhnen gemachten Succeſſions-Ordnung ſiehe im T. Staater. *Tom. 13. p. 67.*

Von Herzogs Magni I. Teſtament de An. 1351. ſiehe etwas *l. c. p. 69.*

Herzog Friderich teſtierte Anno 1477.

Von Herzog Wilhelms, des Lezten von der alten Lüneburgiſchen Line, Teſtament ſiehe *l. c. Tom. 16. p. 191. ſq.*

Von Herzog Heinrichs des ältern Teſtament findet ſich einige Spuhr in ſeines Enckels, Herzogs Julii, lezten Willen. vid. *Tom. 13. p. 80.*

Eben diſes iſt auch von Herzog Heinrichs des Jüngern Diſpoſition zu ſagen. vid. *l. c.*

Herzog Julius teſtirte An. 1582. Derer Zeugen Unterſchrifft iſt ſehr umſtändlich, in der Haupt-Sache dahin gehend: Daß ſie geſehen und gehöret, daß Herzog Julius alles vorgeſchribene aus eigener Bewegniß für ſeinen lezten Willen und Teſtament gehalten habe. Kayſer Rudolf II. beſtättigte es in eben diſem Jahr. add. *Tom. 13. p. 79.*

Von derer Herzoge Ferdinand Albrecht I. und II. zu Br. Bevern Teſtamenten und Codicillen findet ſich einige Spuhr *l. c. Tom. 14. p. 107. ſeqq.*

Herzog Georg machte An. 1641. ein Teſtament. add. *l. c. Tom. 13 p. 100.* Wie auch ſeine Söhne An. 1641. 1646. und 1665. diſes väterliche Teſtament erkannt und ſich darzu verpflichtet haben? ſihe *l. c. p. 103. ſq. it. p. 108. Tom. 14. p. 110.*

In einer Chur-Braunſchweigiſchen Reſolution von 1710. 19. Febr. wird gemeldet (1): Churfürſt Georg Ludwig habe ſeines Herrn Vaters lezte Willens-Diſpoſition beſchworen.

§. 17.

Anhalt. Von Fürſtens Victors Amadei zu Anhalt-Bernburg Teſtamenten und denen Streitigkeiten darüber ſihe das T. Staater. *Tom. 13. p. 110. ſqq.*

Ein Reichs-Hofraths-Concluſum lautet:

Jovis 15. Jul. 1717.

Zu Anhalt-Bernburg Herr Fürſt Victor Amadeus, in puncto Confirmationis Teſtamenti & Codicilli.

Publicatur Reſolutio Cæſarea: Ihro Kayſerliche Maieſtät haben Dero gehorſamſten Reichs-Hof-Raths in diſer Sache allerunterthänigſt

(1) v. Calenb. Landesordn. 1. Th. 1030. S.

thänigſt erſtattetes Gutachten und Annectatur allergnädigſt approbiret; und wird ſolchemnach, Einwendens ungehindert, das von dem Herrn Fürſten Victor Amadeo zu Anhalt errichtete Teſtament d. d. 16. Jan. 1714. und Codicill d. d. 13. Jun. 1716. allem ihrem Innhalt nach confirmiret; fiatque nunc petita Confirmationis Expeditio.

Der Fürſt Carl Friderich zu Bernburg machte ebenfalls ein Teſtament und præſentirte es dem Kayſer zur Confirmation: Ob er aber ſolche erhalten habe? weiß ich nicht.

Als nun der Fürſt im April An. 1721. verſtorben ware, entſtunde, aus denen *l. c. Tom. 22. p. 252.* berührten Urſachen, zwiſchen deſſen Erb-Prinzen und Succeſſore, ſo dann ſeiner hinterlaſſenen unſtandesmäßigen Wittwe und deren Kindern, Streit über diſem Teſtament und es wurde zu Halle angefragt: Ob diſes Teſtament wider die Rechte und das von dem verſtorbenen Fürſten mit ſeinem Erb-Prinzen eingegangene Pactum ſtreite, und dahero der jezige Fürſt daſſelbe zu agnoſciren nicht gehalten ſeye, auch allenfalls von der Fürſt-väterlichen Erbſchafft gänzlich abſtiniren möge? Die JCti allda antworteten (1): Gleichwie in facto zu verificiren ſeyn werde, daß gar keine allodia weder in immobilibus, noch mobilibus, vorhanden; alſo ergebe es ſich von ſelbſten, daß, biß ſolches geſchehen, der Fürſt weder das quæſtionirte Teſtamentum paternum anzufechten berechtiget, noch auch, nach Erwählung des Lehens, das allodium, zum præjudiz der Söhne, repudiiren, oder davon abſtiniren möge.

Fürſt Friderich zu A. Harzgerode, ſo An. 1670. verſtorben, machte ein Teſtament, von welchem *l. c. Tom. 13. p. 110.* etwas zu leſen iſt.

Von Fürſt Wilhelm zu Anhalt-Harzgerode hat man ein Teſtament d. d. 1709. 22. Mart.

Anno 1702. machte Fürſt Emanuel Lebrecht zu Cöthen ein Teſtament: Es wollte aber der jüngere Prinz diſes Teſtament nicht gelten laſſen, weil es nicht vom Kayſer confirmirt ſeye; wogegen der ältere Prinz replicirte, daß es denen Hausverträgen und denen Elterlichen Ehepacten gemäß ſeye: Es kame darüber Anfangs zum Proceß, und endlich An. 1716. zu einem Vergleich.

Anno 1753. 29. Mart. wurde des Fürſtens Victoris Amadei Adolphi zu Anhalt-Schaumburg Teſtament vom Reichs-Hofrath confirmirt; ſalvo tamen Creditorum iure.

(1) vid. Conſil. Halenſ. Tom. 2. Lib. 1. p. 743.

Ein mehreres von Fürſtlich-Anhaltiſchen Teſtamenten ſiehe in meinem Staats-Recht diſes Fürſtl. Hauſes *p. 96. ſeq.*

§. 18.

Baden. Von denen Teſtamenten derer Marckgrafen auch Marckgräfinnin etc. zu **Baden** habe ich anderwärts (1) Nachricht ertheilt; deme ich hier noch diſe Reichs-Hofraths-Concluſa beyfüge:

3. Jan. 1654.

Zu Baaden-Durlach, Marggraf Friderich in literis ad Imperatorem de dato Carlsburg, den 10. Octobris & præſ. 12. Decembris anni præteriti, exponit, daß er noch anno 1649. den 31. Decembr eine Teſtamentliche Diſpoſition unter ſeinen Söhnen und hinterbleibenden Erben den Reichs-Conſtitutionibus und pactis familiæ gemäs verfertiget, und beeden darinn verordneten Executorn Herrn Eberhardten, Herzogen zu Württemberg und Herrn Georgen Landgrafen zu Heſſen-Darmſtadt einhändigen laſſen. Demnach er aber Ihrer Kayſerl. Majeſtat höchſter Authoritæt und Confirmation benöthiget, als bittet er ihme die hohe Kayſerl. Gnad zu erzeigen und angeregtes Teſtament zu deſſen gänzlicher perfection mit Ertheilung dero allergnädigſten Confirmation vollkommentlich zu bekräftigen. Apponit copiam teſtamenti, darinn alle Blätter von ihme Herr Marggrafen eigenhändig unterſchrieben.

Fiat votum ad Cæſarem: Daß Reichs-Hof-Rath bey dieſer Confirmation in 3. Puncten anſtehe:

1. Daß welcher ſuccedirender Marggraf die Augſpurgiſche Confeſſions-Religion werde verlaſſen und abſchaffen, alſobald ipſo facto ſeines Succeſſions-Rechtens privirt und verluſtigt ſeyn ſolle.
2. Daß der Herr Marggraf bey Verordnung willkührlicher Austrag-Richtern, unter ſeinen Succeſſorn, den Kayſerl. Reichs-Hof-Rath und Cammer-Gericht allerdings excludiren, auch die appellation dahin abſchneiden wolle. Sodann
3. ſich vorbehalten thue, da er etwas ferners, als er in dem Teſtament ſpecificirt, diſponirt, mindern, endern oder vermindern und daſſelbige ſelbſt zu End des Teſtaments oder in einem ſonderbahren Zettul ſchreiben und unterſchreiben werde, daß alles und jedes, als ob es von Wort zu Wort dem Teſtament einverleibt wäre, gehalten und vollzogen haben wolle.

Wäre

(1) in meinem Badiſch. Staatsrecht, S. 86. u. f.

Wäre Reichs-Hof-Rath deswegen der gehorſamſten Meinung, daß, ſo viel den punctum religionis anbelangt, gleichwie den Grafen von Montfort und Reckheim ihre vorgebrachte Teſtamenta wegen der denſelben einverleibten privativ Clauſul nicht confirmirt werden wollen, es ſeye dann ſolche zuvor geändert und ausgelaſſen, dieſe Erinnerung dem Herrn Marggrafen wegen Aender- und Auslaſſung dieſes gleichfalls geſchehen möchte.

Und weilen auch in puncto religionis etliche bedenckliche Wort zu finden, es möchte der Confirmation dieſe Clauſul einverleibt werden: „Was die Religion anbelangt, was ſie nach Innhalt des Religion- auch Münſter- und Osnabrückiſchen Fridensſchluſſes darinn zu confirmiren haben, allergnädigſt confirmiren und beſtättigen.„

Etliche Räthe aber ſeyen der gehorſamſten Meinung, daß die Confirmation von Ihrer Kayſerl. Majeſtät izt alſobald bewilligt, jedoch in verbis confirmationis ausdrücklich geſezt werde: Daß Ihr Kayſerl. Majeſtät dieſen Articul und deſſen Confirmation ausgenommen, und, als dem Religion- und Münſteriſchen Fridenſchlus zu entgegen, nicht confirmiret haben wollen.

So viel aber den andern Puncten wegen der Austrag betreffe, möchte dieſe diſpoſition wegen willkührlicher Austrag an ſtatt deren, ſo in der Cammer-Gerichts-Ordnung vorgeſehen, confirmirt, jedoch die confirmation dahin reſtringirt werden, daß ſolches allein auf die erſte Inſtanz und auſſer deren Fällen, derentwegen Jurisdictio Conſilii Imp. Aul. & Cameræ Spirenſis immediate fundirt, zu verſtehen, auch die appellation der gravirten Theilen von der Urtheil erſter austräglichen Inſtanz unbenommen ſeyn ſolle.

Sodann wegen des dritten Puncts nemlich der reſervatori Clauſul könne in der confirmation geſezt werden, daß ſolche allein auf dasjenige, was in dem Teſtament mit ausdrücklichen Worten verordnet, und weiter nit gemeint ſeyn ſolle.

21. Apr. 1654.

Zu Baaden-Durlach Herr Marggraf; ſive der Durlachiſche Abgeſandte Dr. Lindemann in pto petitæ Confirmationis teſtamenti ſub præſ. 24 January & 19 Febr. allgat cauſas, warum Ihre Fürſtl. Gnaden bedenclich falle, und inſonderheit ihr hohes erlebtes Alter nit zugeben wollte, dero Teſtament wieder umſchreiben zu laſſen, Sie haben aber ihme Abgeordneten anbefohlen, Ihr Kayſerl. Majeſt.

allerunterthänigſt vorzutragen, daß deroſelben ſie hierinn einige Ziel oder Maaß vorzuſchreiben nimmermehr gedächten, dannenhero auch gern geſchehen laſſen wollten, daß Ihr Kayſerl. Majeſtät mit Auslaſſung der bedencklichen Puncten dero allergnädigſte Confirmation allein auf die übrige diſpoſition ergehen laſſen möchten. Bittet derowegen der Abgeordnete, ſolche übrige Puncten zu confirmiren.

Idem de præſ. 29. January petit confirmationem privilegiorum. Apponit ſub No. 1. Confirmationem Rudolphi ſecundi.

In 1o. annectatur priori voto: Reichs-Hofrath ſeye der gehorſamſten Meinung, es möchte nunmehr auf dieſe des Herrn Marggrafen Erklärung die gebettene Confirmation mit den vorhin eingerathenen Clauſuln bewilligt werden.

In 2do. Fiat confirmatio privilegiorum in priori forma prævia collatione in Cancellaria.

*

Lectum coram Sac. Cæſ. Mte in Conſilio ſecreto 25. April. 1654. & ab Eadem concluſum, wie die leztere Meinung des vorigen Gutachtens vermög; jedoch Ihrer Kayſerl. Majeſtät, dem Reich und männiglich an ſeinen Rechten ohne Nachtheil.

Die Marckgräfin Anna Maria zu Baden-Durlach machte An. 1649. ein Teſtament, darinn ſie ihren Gemahl zum Erben ihrer Anſprüche an die Hohengeroldseckiſche Verlaſſenſchafft einſezte. (1)

Die Marckgräfin Chriſtina Magdalena zu B. Durlach hinterlieſſe auch ein Teſtament von 1662. 4. Aug. darinn ſie ihre Anſprüche an Schweden unter ihre Kinder vertheilte, welche ſolche an verſchidene Familien gebracht haben. (2)

Marckgraf Friderichs VI. zu Baden-Durlach Prinzeßin Catharina Barbara errichtete An. 1726. ein Teſtament, darinn ſie den regierenden Marckgrafen Carl Wilhelm zu B. Durlach zum Erben einſezte. (3)

§. 19.

Heſſen. Von Landgraf Heinrichs II. des eiſernen zu Heſſen reſp. vorgehabt- und würcklichen angeblichen lezten Willen vid. das T. Staatsr. *Tom. 17. p. 20.*

Land-

(1) ſ. Vorſtell. der Bad. Durl. Gerechtſ. auf die Allod. Verlaſſenſch. der Herrn von Geroldseck, S. 15.

(2) H. SCHOEPFLINS Hiſtor. Zar. Bad. Tom. 4. p. 305. H. SACHSENS Badiſch. Geſchicht. 4. Theil, S. 698.

(3) H. SACHSENS Badiſch. Geſchicht. 4. Theil, S. 696.

Landgraf Wilhelm der Mittlere zu Heſſen hinterlieſſe ein Teſtament d. d. 1506. Donnerſtags nach Laurentii. vid. *l. c. Tom. 18. p. 405.*

Landgraf Philipp machte verſchidene Teſtamente, änderte aber ſelbige nachhero wieder und machte An. 1562. ein neues.

Selbiges iſt zwar auch beym LÜNIG (1), aber vil correcter bey H. SCHMINCKEN (2), anzutreffen.

Anno 1568. machten ſeine hinterlaſſene Prinzen einen Vertrag, darinn das väterliche Teſtament zu Grund geleget wird. Es wurde auch die Landgraf Philipps Söhnen geleiſtete Erb-Huldigung ausdrücklich auf das väterliche Teſtament eingerichtet.

Landgraf Wilhelm IV. zu Caſſel, der An. 1592. den Weg aller Welt gegangen, hinterlieſſe ein Teſtament d. d. 1586. 25. Jun. Siehe *l. c. Tom. 18. p. 406.*

Landgraf Moritz teſtierte ſub dato 15. Jul. 1620. vid. *l. c. Tom. 18. p. 406.*

Landgraf Wilhelm V. zu Heſſen-Caſſel machte ein Teſtament, und zwar zu der Zeit, als er mit dem Kayſer ſehr brouillirt ware; doch ware er nicht in die Acht erkläret. Die Land-Stände bezogen ſich nach ſeinem Tod auf diſes Teſtament; der Kayſer aber meldete in einem An. 1637. an ſie erlaſſenen Patent: „Weil vilbeſagter euer voriger geweſener Landes-Fürſt in notorio & permanenti crimine Rebellionis & Pacitragii wider Uns und das H. Reich biß an ſein unglückſelig Ende verharret, und darinnen ohne alle Reu, ſchuldige Submiſſion, und alſo in der Kayſerlichen Ungnad und gerechten Straffe, ja mit beharrlichem feindlichen Vorſatz, Uns, als das Ober-Haupt, und andere getreue Ständ, wie obgehört, noch ferner zu beleidigen, geſtorben, auch noch darzu ein Teſtament, (deſſen er doch in ſolchem ſeinem beharrlichen ſtraffmäßigen Stand nicht befugt geweſen,) gemacht haben ſolle, welches auch zum höchſten Nachtheil Unſer und des heil. Röm. Reichs und wider deſſen Statum laufft: = = Hierum ſo thun Wir alle ſolche und andere widrige Handlungen, inſonderheit das obgemeldte ungültige Teſtament, = = als an ihme ſelbſt null und nichtig, hiemit gänzlichen caſſieren, und vor null und nichtig erklären.„ Und Landgraf Georg zu Darmſtatt ſchriebe An. 1637. 16. Dec. ebenfalls an ſie: „Daß ihr euch auf Unſers Vettern, Herrn Landgraf Wilhelms zu Heſſen L. Teſtament beruffen wollet; ſo iſt nicht weniger daſſelbe, als auch die darauf fun-

(1) im Reichsarch. Part. ſpec. Cont. 2. unter Heſſen, p. 776.
(2) in der Monim. Halliac. 4. Th. n. 5. S. 577.

fundirte jezige Nider-Heßische Regierung, von Ihrer Kayserlichen Maj. ebenmäßig vor ganz untüchtig, null und nichtig erklärt; wie Ihr aus angezogenem erneuerten Kayserlichen Mandat mit mehrerem wiederum zu vernehmen habt; und ist euch ohne das bekannt, daß, nach Ausweis und Erheischung der gemeinen beschribenen Rechte und Gesetze des H. Röm. Reichs, es Unserm Vettern, Landgraf Wilhelmen, in dem Stand, darinn Sich Se. Lbden zu Dero Todes-Zeit befunden, an der potestate & facultate condendi Testamentum gemangelt hat, und daß Sie kein gültig Testament aufrichten, oder darinn einige Vormundschafft oder Regierung anordnen können, Sie hätten dann zuvor von ihren biß in den zeitlichen Tod ohnablaßlich continuirten schweren Commissis abgelassen, und wären wieder ausgesöhnet, oder in die Amnistiam eingenommen worden.„

Landgraf Ernst zu Hessen-Rheinfels machte An. 1676. 11. (21) Mart. ein Testament, davon *l. c. Tom. 14. p. 134.* einiges zu lesen ist; gleichwie ich auch *ibid. p. 139. sqq.* item *p. 484. seq.* gemeldet habe, wie sich, nach seinem An. 1693. erfolgten Tod, sein älterer Prinz Wilhelm in Ansehung dises Testamentes erkläret habe, und was weiter darauf erfolgt seye.

Landgraf Ludwig zu **Marburg** machte An. 1595. ein Testament: An. 1601. 30. Dec. St. v. thate er ein Codicill hinzu. Die beede Landgrafen zu Cassel und Darmstatt aber verglichen sich noch bey seinem Leben An. 1604. 14. Jan. Daß die Publicirung dises Testamentes nächstfolgenden Tag nach dem Begräbniß fürgenommen, zu Werck gerichtet und den Interessenten dessen Abschrifft zu ihrer Nachrichtung mitgetheilet werden solle. Wie es nun hernach bey würcklicher Publication des Testamentes, u. s. w. ergangen, und was für ein fataler Proceß über disem Testament entstanden seye? siehe *l. c. Tom. 13. p. 134. sqq. Tom. 15. p. 362.* und *Tom. 16. p. 541.* Herrn G. R. Estors Gedancken über dises Testament siehe gleichfalls *Tom. 16. p. 542.* allwo auch meine Anmerckungen über solche Gedancken zu lesen seynd.

Landgraf Georg I. zu **Darmstatt** machte An. 1593. den 25. Oct. ein Testament. vid. *l. c. Tom. 20. p. 14.* und *200.*

Wie Landgraf Ludwigs V. zu Hessen-Darmstatt Testament An. 1626. 9. Sept. St. v. publiciret worden seye, siehe im **Teutsch. Staatsrecht**, *Tom. 25. p. 24. sqq.*

Landgraf Georg II. zu H. **Darmstatt** machte disen Umschlag um sein Testament: „Hierinn ligt Unser, Georgens, von GOttes Gnaden

Gnaden Landgrafens zu Heſſen, = = = Teſtament. Nach Unſerm tödtlichen Hintritt ſoll Unſer verblichener Cörper nicht lang über der Erden gelaſſen, ſondern in der vierdten, fünfften, oder, aufs allerlängſte, wo immer möglich, in der ſechſten Wochen, Chriſtlich, ohn groß Gepräng, zu Darmſtatt beygeſetzet werden; mit Eröffnung diſes Unſers Teſtaments ſoll mans dergeſtalt halten, wie es bey Publicirung Unſers Gottſeeligen liebſten Herrn Vaters, weyland Herrn Landgraf Ludwigs des Jüngern zu Heſſen, nachgelaſſenen letzten Willen auch obſerviret worden, und wie Wir in einem ſonderbahren an Unſers freundlichen geliebten Sohns, Landgraf Ludwigs zu Heſſen, Lbd. gerichteten Schreiben, welches Ihrer Liebden eher nicht, dann nach Unſerm Tod, præſentirt und eröffnet werden ſoll, noch ferner verordnen. Urkundlich haben Wir Landgraf Georg zu Heſſen, ꝛc. diſe Verordnung Publicationis Teſtamenti und diſen Umſchlag ums Teſtament mit eigenen Händen unterſchriben, auch mit Unſerm eigenen Ring-Pittſchafft verwahrt. Geſchehen und geben zu Darmſtatt, den 4ten Monats-Tag Junii Anno Chriſti 1660.

(L. S.) Georg, Landgraf zu Heſſen. „

Anno 1661. 19. Jul. geſchahe die Publication diſes Teſtamentes in Anweſenheit Chur-Sächſiſch- Sachſen-Halliſch- und Marckgräflich Brandenburg-Onolzbachiſcher Geſandten, auch derer Fürſt- und Gräflichen Perſonen, deputirten Land-Ständen, ꝛc. auf eben die Weiſe, wie des Herrn Vaters.

Landgraf Ludwigs VI. zu Darmſtatt Teſtament wurde An. 1678. 23. Maj. abermals faſt auf gleiche Weiſe publicirt.

Von des An. 1643. verſtorbenen Landgrafens Philipps zu Buzbach Teſtament, vid. *l. c. Tom. 14. p. 161.*

Landgraf Friderich zu H. Homburg errichtete An. 1701. 27. Sept. ein Teſtament, welches ſeine Söhne in dem An. 1718. geſchloſſenen Vergleich erkannt und zum Grund des Vergleichs geleget haben. (1)

Wie die Prinzeßin Eleonora Margaretha zu Heſſen-Homburg An. 1762. ihr Teſtament bey dem Cammergericht deponirt, auch um deſſen Vollſtreckung gebeten habe, und was von dem Cammergericht darauf reſolvirt worden ſeye, kan bey dem Freyherrn von CRAMER (2) erſehen werden.

Den

(1) Freyh. von CRAMER Opuſc. Tom. 2. p. 42.
(2) Obſ. 778. Tom. 2. Part. 2. p. 542. und in der Nebenſt. 59. Theil, 135. S.

Den 25. Jan. 1764. verordnete das Cammergericht nach ihrem Tode weiter: Daß Commissio Cæsarea Terminum ad publicationem Testamenti præfigendum durch ihre Procuratores in Camera Imperiali anzeigen, darauf das original-Testament von Wezlar aus durch einen Cammerboten in Termino præfixo denen im Sterbhaus zu Homburg befindlichen beederseitigen Subdelegatis ad publicandum eingehändiget werden soll.

§. 20.

olstein. Von König Christians I. in Dänemarck und Herzogens zu Holstein Testament sehe man das T. Staatsr. *Tom. 13. p. 158.*

Von Herzogs Johanns zu Sonderburg Testament aber *ibid. p. 168.*

Anno 1668. 6. Oct. liesse Herzogs Johann Christians zu Holstein-Franzhagen Wittwe bey ihrer Anwesenheit zu Weimar eine testamentarische Disposition aufrichten, und bey der Fürstlichen Regierung allda deponiren.

Von Herzog Joachim Ernsts des ältern zu H. Plön Testament vom Jahr 1671. sehe man das T. Staatsr. *13.* Theil, *169.* S. und *25.* Theil, *39.* S. Ganz ist es auch an unten (1) angezeigtem Ort zu lesen:

Und von seiner Prinzen theils vorläuffigen, theils hernach gefolgten, Genehmigung desselbigen findet sich ebenfalls allda (2) ein mehreres.

Herzog August zu Holstein-Norburg, (so An. 1699. gestorben,) machte ein Testament, davon *l. c. Tom. 19. p. 127.* einige Spuhren anzutreffen seynd.

Sein Prinz, Herzog Christian Carl, machte An. 1702. 22. Sept. eine gewisse Disposition, An. 1703. aber ein ordentliches Testament: Ueber jener ist sonderlich in der Holstein-Plönischen Successions-Streitigkeit controvertirt worden. conf. *l. c. Tom. 19. p. 118. seqq.*

Von Herzog Johann Adolfs zu Gottorff väterlichen Disposition de An 1608. vid. *l. c. Tom. 13. p. 171. seqq.*

Von Herzog Friderichs III. Testament und dem darüber entstandenen Streit vid. *l. c. p. 177.* und *Tom. 15 p. 157. sqq.*

§. 21.

Mecklenburg. Herzog Johann Albrecht I. zu Mecklenburg hinterliesse ein Testament d. d. 1573. 22. Oct. Von dessen Kayserlichen Bestättigung und Folgen vid. das T. Staatsr. *Tom. 13. p. 187.*

Herzog

(1) im T. Staatsarch. 1753. 2. Band, 1016. S.
(2) S. 1020. 1021.

Herzog Adolf Friderich I. zu Mecklenburg-Schwerin machte An. 1653. entweder würcklich ein Teſtament, oder hatte doch dergleichen vor: Des Herzogs älteſter Prinz, Chriſtian, aber thate dem Kayſer eine Vorſtellung gegen deſſen Confirmation. Was auch zwiſchen dem Vater und Sohn für weitere Schrifften diſer und anderer Streitigkeiten wegen auf offentlichem Reichs-Tag gewechſelt worden ſeyen? ſiehe *l. c. Tom. 22. p. 170.* add. *Tom. 13. p. 196.*

Anno 1654. 31. Oct. machte Herzog Adolf Friderich würcklich ein Teſtament. Bey dem Herrn von LUDOLF findet ſich (1) allerley, ſo diſes Teſtament angehet. Unter anderem heißt es: „Quæſtio de validitate Teſtamenti ware allerdings ab An. 1661. her beym Kayſerlichen Hof anhängig, und konnte in Camera Imperiali darüber nicht cognoſciret noch judiciret werden. Neque etiam Teſtamentum poterat pro parte valere & non valere. Es dörffte wenigſtens bedencklich ſeyn, die Gültigkeit des Teſtaments allenthalben feſt zu ſtellen und dadurch die hernach gefolgte Pacta, Renunciationes und Kayſerliche Judicata, auch Lehen-Brieffe, in Unſtand oder Diſputation und neuen Streit zu ſetzen. - - - Non ſequitur, Rubrica Mandati fuit Anno 1702 de non contraveniendo Teſtamento avito; Paritoriæ ſunt latæ: ergo Teſtamentum declaratum eſt pro valido, quod ſane nec factum, ſed ratio decidendi erat vis ſpoliativa, nec fieri poterat, quia quæſtio de Teſtamento pertinebat ad Judicium aulicum Viennenſe. - - Si enim competiiſſet hæc poteſtas Adolpho Friderico poſt conſtitutum dudum Jus Primogenituræ, - - validum quoque tunc fuiſſet Teſtamentum in cæteris capitibus, cumprimis in articulo principali Succeſſionis, & Principatuum & Diviſionis: Atqui non fuiſſe Teſtamenrum agnitum à Succeſſore Primogenito, cujus effectus à Filiis reliquis, ætate ſequentibus, lite deſuper in Judicio Imperiali aulico ſuborta, obtineri non potuit, ſed eidem renunciarunt, initio ad tempus, deinde in perpetuum, id docent Documenta - - ex Anno 1669. - - Anno 1682. - - ubi Adolphus Fridericus - - renunciavit plenarie Teſtamento paterno; An. 1687. - - idem Adolphus Fridericus repetiit efficaciſſime renunciationem. An. 1694. - - idem Adolphus Fridericus renunciat iterato allen Anſprüchen ex Teſtamento paterno. - - Ergo ex Teſtamento nunquam agnito & cui renunciatum fuit efficaciſſime, nulla poteſt formari actio contra Succeſſorem ex Jure Primogenituræ. Sequitur alia ratio non

(1) Symphor. Tom. 1. p. 164. ſeqq.

minus ſtringens. Poſt extinctam An. 1695. Lineam Güſtrovienſem novæ lites exortæ ſunt inter Adolphum Fridericum & Principem Schwerinenſem, cui competebat ex Jure Primogenituræ Succeſſio in Principatu Güſtovienſi; ſed contra Teſtamentum Adolphi Friderici I. adjudicata eſt Succeſſio Primogenito in Judicio aulico Cæſareo An. 1697. adeoque Teſtamentum Adolphi Friderici in *ſ.* eine ebenmäſſige Bewandtniß ꝛc. *19.* ipſo facto reprobatum & declaratum, non competiiſſe ei, diſpoſitionem ejusmodi Juri Primogenituræ adverſam condere. - - Quibus inſpectis quid, quæſo, clarius eſſe poteſt, quam quod Adolphus Fridericus I. Succeſſores ſuos reſpectu Cœnobii Rhune in ſtatu priſtino relinquendi in perpetuum obligare vel non voluerit, vel non potuerit; denn ſonſt die folgende Kayſerliche Lehen-Brieffe den Effect in ihrer völligen Maaße nicht haben würden. Nirgends wird in ſolchen Kayſerlichen Lehen-Brieffen einige Ausnahme vermöge Groß-Väterlicher Diſpoſition gemacht, ſondern alle ſolche Diſpoſitiones ipſo facto vor ungültig und dem Primogenitur-Recht, auch ex Inſtrumento Pacis erlangter Befugniß, zuwider gehalten.„ add. *l. c. Tom. 13. p. 194.*

Von Herzog Johann Albrechts II. zu Güſtrau An. 1636. 19. Mart. errichteten Teſtament und denen darüber entſtandenen Motibus conf. *l. c. Tom. 17. p. 381.* und *Tom. 18. p. 5. ſeqq.* Als die Sache an den Reichs-Hof-Rath gediehe, kame die Mecklenburgiſche Ritter- und Landſchafft interveniendo ein, und ſtellte vor, daß ſolche teſtamentaria Diſpoſitio und Verordnung diſes Landes Gebrauch und Gewohnheit, auch diſes Fürſtlichen Hauſes uralten Herkommen, ganz zuwider ſeye, nicht weniger wider die ihnen ertheilte und von dem Kayſer confirmirte Reverſales lauffe.

§. 22.

Würtemberg. Herzog Eberhard I. zu Würtemberg machte An. 1492. ein Teſtament, welches ſein Vetter und Succeſſor Eberhard II. mit-beſigelte. Man hat es aber bißhero noch nicht im Druck. vid. das T. Staator. *Tom. 13. pag. 224.*

Herzog Ulrich machte zwar An. 1504. ein Teſtament, welches aber durch die nachhero erfolgte Geburt ſeines Prinzens von ſich ſelbſt zerfiele. vid *l. c. p 226.* Man hat es auch nicht im Druck.

Herzog Chriſtoph verſicherte bereits An. 1565. in dem damals errichteten Land-Tags-Abſchid, daß er in ſeiner vorhabenden väterlichen Diſpoſition und Ordnung wegen Erhaltung der Evangeliſchen Religion gewiſſe Vorſehung thun wolle. Wie er darauf ſeinen lezten

Willen

Willen An. 1566. der Landſchafft zu erkennen gegeben, und, als dieſelbe ſich ſolchen mitgefallen laſſen, ihn An. 1568. ſolenniſiret habe? ſiehe *l. c. p. 232. ſeq.* In dem Land-Tags-Abſchid de An. 1566. lautet es unter anderem: „Derowegen und demnach Wir hergegen ſelbige Unſerer Prälaten und Landſchafft Uns übergebene Antwort dahin verſtanden, daß ſie auf künfftigen Fall (welcher in dem gnädigen Willen und Hand GOttes ſtehet,) demſelben ihres Theils, und ſo viel er ſie belangt, gehorſamlich Folg und Statt thun wöllen, das nehmen Wir zu gnädigem Gefallen an: Dem allem ſoll auch beederſeits von Unſern Söhnen, Herzog Eberharden und Herzog Ludwigen, auch ihnen, Unſern Prälaten und Landſchafft, künfftiger Zeit zutragenden Falls, veſtiglich, würcklich und unverwaigerlich gelebt und nachkommen werden.„ Diſes Teſtament und der darauf gegründete Land-Tags-Abſchid de An. 1565. werden als Grund-Geſeze des Landes angeſehen, auch im Familien-Vergleich de An. 1617. dafür erkannt.

Er thate nachhero noch ein Codicill hinzu.

Von Herzog Ludwigs Teſtamenten und Codicillen, auch ſeines eingeſezten Erbens darauf ertheilten Aſſecurationen conf. *l. c. Tom. 13. p. 236. ſeq.* und *Tom. 25. p. 51. ſqq.*

Die An. 1593. 12. Mart. gefertigte Urkund über des Herzogs eingeſezten Erbens und nachmaligen Succeſſoris, Grafens Friderichs von Würtemberg-Mömpelgart, geſchehene feyerliche Annahm diſes Teſtamentes und Codicills, noch bey Herzog Ludwigs Lebzeiten, iſt nun bey Herrn Geh. Arch. SATTLER (1) zu leſen.

Die Hauptſtellen von beyden ſeynd von Herzog Friderichen in der ausgeſtellten Confirmation der Landes-Freyheiten vom Jahr 1595. auf das neue beſtättiget worden; auch wurde auf dem damaligen Landtag ſonſten von Vollziehung diſes Teſtamentes gehandelt.

In dem Fürſt-Brüderlichen Vergleich de An. 1617. wird diſes Herzoglich Ludewigiſche Teſtament als ein Grund-Geſez der Herzoglichen Familie reſpectiert.

Graf Georg zu Würtemberg-Mömpelgart machte ein Teſtament, von welchem ſich *l. c. Tom. 17. p. 393.* Spuhren finden.

Herzog Eberhard III. errichtete Anno 1664. den 19. Mart. zu Regenſpurg, allwo er ſich auf dem Reichs-Tag befande, ein Teſtament, das nun in der **Würtemb. Land-Grund-Verfaſſ.** ganz gedruckt zu leſen iſt.

(1) in der Geſchicht. der Herzog. zu Würtemb. 5. Theil. Beyl. 26. S. 147.

Die Kayſerliche Confirmation iſt d. d. 1664. 29. April. An. 1674. verfertigte Herzog Eberhard III. noch über diſes ein Codicill. Beede, ſonderlich das erſte, werden wiederum von der Fürſtl. Familie und dem Land als Grund-Geſeze geachtet; doch hat Herzog Wilhelm Ludwig das Eberhardiniſche Codicill nur mit Modification und Ausnahm derer caſuum inopinatorum & fortuitorum angenommen. add. das T. Staater. *Tom. 13. p. 245.*

Anno 1698. 4. Aug. geſchahe die Publication der den 29. Jun. zuvor verſtorbenen Herzogin Maria Dorothea Sophia, Herzog Eberhards III. Frau Wittwe, hinterlaſſenen Teſtaments auf die in dem Staatsrecht, *Tom. 25. p. 60. ſq.* beſchribene Weiſe.

Herzog Eberhard Ludwig machte ein Teſtament, welches aber ſolche Fehler hatte, daß es in keinen Betracht kommen konnte.

Herzog Carl Alexander lieſſe An. 1737. 7. Mart. ſeinen lezten Willen zu Papier bringen. Es heißt darinn: „Und gleichwie Wir, 34ſtens, gnädigſt befehlen, daß diſe Unſere ordentliche lezte Willensmeynung, nach Unſerem in GOttes Händen ſtehenden Tod, ſo bald es füglich wird geſchehen können, ohne Verweilung, in Gegenwart der hierinn verordneten Ober- und Mit-Vormundſchafft, eröffnet und verkündet werde; als ſollen dieſelbe ſamtlich, das iſt, Unſers Herren Vettern zu Neuſtatt und Gemahlin Lbd. Lbd. und Unſer hinterlaſſenes Geheimes Cabinetsraths-Collegium, gehalten ſeyn, ſich ſo gleich zu deſſen Veſthaltung, und darnach eingerichteter Führung der ganzen Vormundſchafft und des Landes Adminiſtration, durch einen cörperlichen in Teutſchland gewöhnlichen Vormunder-Eyd zu GOtt dem Allmächtigen zu verbinden; wie dann nicht weniger von ſothaner beſchehener Eröffnung denen abweſenden Obervormündern die ohngeſaumte Nachricht zu ertheilen iſt, um das nöthige dabey ihrer Seits ebenfalls beobachten zu können. Indeme Wir auch,

35ſtens, ſo wohl als regierender Reichsfürſt, als auch in Krafft der Uns zuſtehenden väterlichen Macht und Gewalt, da Wir von Unſern Erbfolgern und Nachkommen gleichſam als ihr neuer Stammvater anzuſehen und zu betrachten ſeynd, all vorſtehendes, ſeinem ganzen Innhalt nach, Unſerm Fürſtlichen Haus und Unſern Leibeserben und Nachfolgern zu gemeinem Beſten, wohl zu verordnen, und damit alle von Uns abſtammende, nicht weniger auch die übrige, Regenten des Herzogthums Würtemberg, durch diſen Unſern leztern Willen zu verbinden vermögen, ſo fort hierzu ohne Ausnahm allerdings hiemit verbunden haben; als ſezen und ordnen Wir, daß diſe Unſere wohlbedacht- und befugte lezte Willens-

ſensmeinung und Teſtament, ſamt denen Codicillen, welche von Unſerer eigenen Hand unterſchriben und gefertiget werden gefunden werden, in allen Puncten, Clauſuln und Articuln zu ewigen Zeiten zur Grundregul und Richtſchnur diſer Unſerer Erbfolge und der ganzen Regierung geleget, darüber unverbrüchlich gehalten, und in keinem Stück davon abgewichen, ſondern alles in vim Sanctionis pragmaticæ, perpetuo valituræ Legis & Conſtitutionis, item Statuti gentilitii perpetui Domus, in vim hæreditatis & Fideicommiſſi perpetui, cum ordine & iure Primogenituræ, beybehalten, und in dem Haus in allen vorkommenden Fällen ſich darnach gerichtet, und ſolche nüzlich gehalten, auch durch den nicht-Gebrauch oder eine widrige Obſervanz nicht entkräfftet, ſondern diſe vilmehr als ein ſchädlicher abuſus angeſehen und abgeſtattet werden ſoll.

Damit auch über diſe Unſere, aus väterlicher und Landesfürſtlicher Sorgfalt, Macht und Wohlmeinung, hergefloſſene Verordnung ſteiff und unverbrüchlich gehalten werde; ſo wollen Wir, daß alle Unſere Erben und Nachkommen einen eidlichen Revers und Verſicherung vor Antrettung ihrer Regierung innerhalb acht Tagen ausſtellen, und diß-falls von Unſerm Fürſtlichen geheimen Cabinetsraths-Collegio und Unſerer treugehorſamſten Landſchafft erinnert, ſolcher im Fürſtlichen Archiv verwahrlich beygelegt, wie nicht weniger der jederzeit herkommlichen Confirmation derer Landſchafftlichen Privilegien nach deſſen weſentlichen Innhalt einverleibet werden ſolle. „

Was aber die zu diſem Teſtament verfertigte beede Codicille belangt, conf. das T. Staator. *Tom. 17. p. 450. ſqq.*

Was darauf gleich nach des Herzogs Tod An. 1737. 13. Mart. zwiſchen dem Adminiſtratore, Herzog Carl Rudolfen, und dem Geheimen-Raths-Collegio, ſo dann zwiſchen beſagtem Herrn Herzog und der Frau Wittwe am Kayſerlichen Hof fürgegangen ſeye? ſiehe *l. c. p. 453. ſeqq.*

Die Juriſten-Facultät zu Franckfurt an der Oder antwortete auf die an ſie beſchehene Frage: Ob das Fürſtliche Teſtament ſolcher Geſtalt (bey denen in einigen vorhergehenden Fragen bemerckten Umſtänden) beſtehen könne? „So ſehen wir nicht ab, wie diſes Fürſtliche Teſtament beſtehen könne, zumalen in denen ſpecifice angeführten Puncten; da ja etwas unerhörtes wäre, daß per Teſtamenta die Reichs- oder eines Landes Grund-Geſeze, oder rechtmäßige Pacta und Herkommen, ſollten einſeitig können aufgehoben werden. „

Der Herr von Ickstatt dagegen ſuchte in der dritten Abhandlung

lung ſeiner Würtembergiſchen Grundfeſte die Gültigkeit des Herzoglichen Teſtamentes zu behaupten.

Die Würtembergiſche Landſchafft aber lieſſe in denen Anmerckungen darüber darauf antworten.

In dem An. 1737. 5. Nov. getroffenen Vergleich zwiſchen der Herzoglichen Frau Wittwe und dem Adminiſtratore, Herzog Carl Rudolphen, findet ſich *ff. 10.* der *l. c. Tom. 17. p. 484.* befindliche paſſus wegen des Teſtaments qu. dem es alſo ſchließlichen ergangen iſt, wie mit einem überſpannten Bogen; wie denn auch die neueſte Confirmation der Landesfreyheiten deſſen mit keinem Wort gedencket.

Von Herzog Julii Friderichs, des Stiffters der Weilting- und Oelſiſchen Linie, Diſpoſitione inter Liberos ſiehe *l. c. Tom. 14. p. 233.*

Herzog Friderich Ferdinand zu Weiltingen machte An. 1691. 26. Sept. vor einem Notario und Zeugen ein Teſtament. An. 1705. 30. Jul. fügte er ein Codicill bey. Der Herzog zerſchnitte aber hernach das Teſtament wieder, confirmirte hingegen den Codicill: Da ware nun die Frage: Ob diſer wenige Tage ante mortem confirmirte Codicillus pro teſtamento, oder der Herzog als inteſtatus verſtorben, zu achten ſeye? Die Würtembergiſche Ober-Räthe waren zweyerley Meynung.

§. 23.

Hohenzollern. Von Graf Carls zu Hohenzollern, des Stamm-Vaters des jezigen Fürſtlichen geſammt-Hauſes, An. 1575. errichteten und von ſeinen Söhnen in vim Pacti angenommenen Diſpoſition, (die noch nicht ganz im Druck heraus iſt,) vid. das T. Staatsr. *Tom. 13. p. 251. ſqq.*

§. 24.

Naſſau. Von einem Teſtament de An. 1713. welches vermuthlich Fürſt Wilhelm Heinrichs zu Naſſau-Uſingen iſt, vid. *l. c. Tom. 13. p. 258.*

Anno 1472. verſchrieben ſich die Grafen Engelbert und Johann der jüngere zu Naſſau gegen ihren Eltern, ihr Teſtament zu vollziehen.(1)

Prinz Renatus von Oranien und Graf zu Naſſau, erhielte An. 1544. von Kayſer Carl V. die Erlaubniß, daß er ſo wohl über ſeine Lehen, als Erbgüter, teſtiren möge; worauf er auch noch diſes Jahr ein Teſtament errichtete, und der Kayſer es beſtättigte. (2)

Graf Johann der ältere zu N. Catzenelnbogen machte erſtlich An. 1558.

(1) S. Lünigs Spicil. ſecul. S. 644.
(2) Lünigs R. Arch. Part. ſpec. Cont. 2. unter Naſſau, S. 464. und im Spicil. ſecul. S. 648. 650.

1558. im Feld-Lager bey Lützen ein Teſtament; An. 1597. aber errichtete er ein anderes und caßierte darinn jenes. (1)

Anno 1607. errichteten Graf Johanns Söhne, nach Anleitung diſes Teſtamentes, eine Erb-Einigung, add. *l. c. Tom. 13. p. 259.*

Graf Johann der Mittlere zu N. Siegen machte An. 1607. ein dem erſtgebohrenen Sohn vortheilhafftes Teſtament; An. 1617. aber durchſchnitte und caßirte er es wieder, laut ſeiner darauf geſezten eigenen Hand, und errichtete An. 1618. ein anderes Teſtament, hube aber auch diſes wieder auf und verfertigte An. 1621. 3. Jul. das dritte, welches er auch mit ſeinem Tode beſtättigte und welches dem Erſtgebohrenen nicht favoriſirte. Von dem darüber entſtandenen Streit vid. *l. c. Tom. 13. p. 261.*

Von des reformirten Fürſtens Johann Moritzens zu N. Siegen Teſtament und denen darüber entſtandenen Streitigkeiten conf. *l. c.*

Was der Reichs-Hofrath An. 1751. 5. Jul. wegen des Fürſtens Wilhelm Hyacinths zu Naſſau-Siegen Teſtaments Publication beſchloſſen habe, ſehe man hernach.

Um das Jahr 1697. wurde geſtritten: Ob eine von der Fürſtin Albertinen zu Naſſau-Dietz hinterlaſſene Schrifft, welche ſie aber nicht ſelbſt geſchriben, ſondern nur den 22. Apr. 1696. unterſchriben, ohne einige Zeugen es mit unterzeichnen zu laſſen, die Krafft eines Teſtaments oder Codicills habe, und die von ihr ihren Enckeln, Schnur und Fremden hinterlaſſene Legata zu entrichten ſeyen? Die Juriſten-Facultät zu Leyden antwortete: In Anſehung der Kinder und Schnur habe ſie Beſtand, weil es nach denen Römiſchen Rechten zu einer Diſpoſition inter Liberos genug ſeye, wann Eltern eine von einem anderen aufgeſezte Schrifft, auch ohne dabey gebrauchte Zeugen, unterſchriben haben, wann nur an der Unterſchrifft kein Zweifel ſeye; in Anſehung derer Fremden aber greiffe diſes nicht Platz.

Von Fürſt Heinrich Caſimirs zu Dietz Teſtament von 1695. 19. (29.) Jun. ſiehe etwas *l. c. Tom. 17. p. 533.* und *Tom. 20. p. 55.*

Von Fürſt Ludwig Heinrichs zu Naſſau-Dillenburg Teſtament von 1662. aber *l. c. Tom. 13. p. 262.*

Von Deponirung der verwittweten Fürſtin Iſabelle Charlotte zu Naſſau-Dillenburg Teſtaments bey dem Cammergericht ſehe man den Freyherrn von CRAMER. (2)

§. 25.

(1) LÜNIG cit. Spicil. S. 654.
(2) Obſ. 17. Tom. 1. p. 75.

§. 25.

Salm. Was es wegen des von Fürst Ludwig Otten zu Salm, dem lezten seiner Linie, errichteten Testament für einen Streit gesezet habe? vid. das T. Staatsr. *Tom. 13. p. 342.* und *Tom. 16. p. 543. sqq.*

Ein Extract seiner An. 1725. bey dem Reichs-Hofrath übergebenen Supplic aber pro venia testandi, seu disponendi de Feudis Imperii intra Domum & Familiam, ist an unten (1) angezeigtem Ort zu lesen.

§. 26.

Schwarzburg. Von Graf Carl Günthers zu Schwarzburg lezter Willens-Disposition werden wir hernach ein mehreres vernehmen.

Fürst Christian Wilhelms zu Schwarzburg-Sondershausen Testament d. d. 1716. 21. Sept. steht in HEYDENREICHS Histor. des Hauses Schwarzburg *p. 247. seqq.*

Eine Spuhr einer von Grafen Albrecht Anton zu Rudolstatt hinterlassenen Disposition vid. im T. Staatsr. *Tom. 13. p. 357.*

Von Fürst Günthers zu Schwarzburg-Sondershausen Testament findet sich etwas an unten (2) angezeigtem Ort.

§. 27. a.

Schwarzenberg. Michael der ältere, Herr zu Schwarzenberg, machte An. 1460. ein Testament. Er liesse sich auch seinen ältesten Sohn erster Ehe einen Revers darüber ausstellen, welchem das Testament wortlich einverleibt ist. Ja der Testator woare, (weil es um seine 2te Ehe nicht recht aussahe,) damit noch nicht zufriden, sondern liesse sich auch noch von dem Bischoff und Dom-Capitel zu Würzburg einen Consens- und Manutenenz-Brieff geben.

Was An. 1732. beym Reichs-Hof-Rath wegen Fürst Adams Franz zu Schwarzenberg Testamentes vorgegangen ist, siehe im T. Staatsr. *Tom. 17. p. 556.*

§. 27. b.

Unbenahmter Fall. An unten (3) angezeigtem Ort findet sich ein Gutachten über den Fall: Ein Fürst errichtet mit seinem Erbprinzen einen Vergleich, was diser seiner Wittwe und deren Söhnen geben solle, und läßt denselben beschwören: Nach des Fürsten Tod kommt aber ein Testament zum Vorschein, darinn ihnen mehr beygeleget wird. Die Gültigkeit

diſes

(1) in meinem T. Staatsarch. 1732. 2. Band, 867. S.
(2) in des Freyh. von CRAMER Opusc. Tom. 2. p. 537.
(3) GUNDLINGS rechtl. Ausarbeit. 1. Theil, aus dem Staatsr. n. 72. add. H. Schotts Critic, 4. Band, S. 812.

Digitized by Google

diſes Teſtaments wurde angefochten, aber dafür geſprochen, in ſo ferne die Vermächtniſſe aus dem allodial-Vermögen hinterlaſſen worden.

§. 28.

Graf Ernſt Wilhelm zu Bentheim machte, als er Catholiſch wurde, ein Teſtament, darinn er ſeine Kinder erſter Ehe von der Succeßion ausſchloß; woraus hernach groſſe Streitigkeiten entſtunden. Bentheim.

Von Graf Friderich Morizens zu Bentheim Teſtament ſiehe etwas in meinem T. Staator. *Tom. 18. S. 39.*

Anno 1736. 8. Aug. ſchloſſe der Reichs-Hofrath, in Sachen: Bentheim, Grafſchafft, in puncto Adminiſtrationis & Tutelæ, unter anderem: „Uebrigens wird derſelben (Wittwe) auferleget, weyland Ihres Gräflichen Gemahls, Hermann Friderichs, Grafens zu Bentheim, ihrem Angeben nach, den 21. Jul. 1719. errichtetes Teſtament bey Kayſerlichem Reichs-Hof-Rath ſub termino duorum menſium in Originali zu produciren, und dabey glaubwürdig anzuzeigen: Auf was Weiſe ſich daſſelbe in ihren Händen eröffnet befinde? von wem? an welchem Ort? und mit was für Legalität daſſelbe publicirt worden ſeye? An. 1737. 15. Apr. aber wurde weiter reſolvirt: „Ponatur das erbrochen producirte Teſtament weyland ihres, (der Wittwe) Gräflichen Ehegemahls ad Acta. „

§. 29.

Von Schenck Valentins zu Erbach, der An. 1531. geſtorben, zu faveur ſeiner Schweſter errichteten Teſtament, und diſer Verzicht darauf, ſihe einiges im T. Staator. *Tom. 22. p. 258.* Erbach.

Was um das Jahr 1618. zwiſchen Grafens Friderichs Magni zu Erbach Wittwe und ſeinen Brüdern wegen Gültig- oder Ungültigkeit des von ihme hinterlaſſenen Teſtaments geſtritten und wie es endlich verglichen worden ſeye? ſiehe *l. c. Tom. 21. p. 405.*

Von des Anno 1647. verſtorbenen Grafens Georg Albrechts Teſtament vid. *ibid. Tom. 13. p. 282.*

Von Graf Philipp Carls zu Erbach-Fürſtenau hinterlaſſenem Teſtament ſiehe eine Spuhr *l. c. Tom. 18. p. 57.*

Von Grafen Georg Auguſts zu Schönberg väterlichen Diſpoſition vid. *l. c. Tom. 13. p. 287.*

Grafens Georg Wilhelms zu Erbach-Reichenberg, (nicht Schönberg,) ganzes Teſtament, nebſt dem darüber errichteten Notariats-Inſtrument, habe ich anderwärts (1) bekannt gemacht. Selbiges wurde

(1) in meinem T. Staatsarch. 1757. S. 923.

An. 1757. 3. Oct. beym Reichs-Hofrath publicirt, und dafür 24. fl. als Tax bezahlt.

§. 30.

Fugger. Herr Jacob **Fugger** hat ein Teſtament hinterlaſſen, deſſen in dem Fuggeriſchen Vertrag de An. 1575. gedacht wird.

Herr Hieronymus der ältere Fugger errichtete ebenfalls ein Teſtament, davon Spuhren in dem cit. Vertrag anzutreffen ſeynd.

Herr Anton Fugger machte An. 1550. 20. Maj. ein Teſtament, ſo dann An. 1554. 26. Oct. 1560. 11. Jul. und 26ſten Jul. drey Codicille.

Von einem anderen Maximilian Fuggeriſchen Teſtament zeuget diſer Extract Reichs-Hofraths-Protocolls:

10. Sept. 1635.

Fugger Herr Hanß Ernſt & cum eo alle drey Fuggeriſche Linien, alß Antoni Marx, Hanß vnd Jacob tutorio nomine Herrn Graf Hans Fuggers hinderlaſſener Erben weilend Herrn Maximilian Fuggers hinderlaſſenes Teſtament betreffend, bitten, nachdem der darin inſtituirte Hæres Jacob Fugger vor Nürnberg todts verblieben, vnd dieſe Erbſchafft an ſein Jacob Fuggers eltern Brudern Graff Hans Franzen Fuggern gefallen, auf den Fahl ein oder der ander dieſer drey Linien nit vogtbar, oder mit tauglichen Subjectis nit verſehen, die von beeden andern, oder auch der dritten allein, bis der oder die Ihre vollkommene Jahr erreichen, die adminiſtration führen mügen, vnd da auch bey allen drey Linien dergleichen Defect ſich befinden, alßdann die zween Eltiſte beeder andern anwartenden Linien interimsweiß guberniren, hernach aber wieder abtreten vnd den nähern Agnaten cediren ſolten, vnd alſo die adminiſtration bey denen continuirlich verbleibe, für welche ohne daß die præſumptio Ihrer anwartſchafft militiren thue.

In ſecundo Memoriali bitten ſie ſich beym Teſtament, welches den pactis familiæ, fideicommiſs, privilegien vnd altem herkommen gemäß, zu manuteniren.

So viel das Teſtament an ſich ſelbſten belangt, bleibts bey der Kayſerl. Confirmation. In ſecundo die gebettene declaration betr. Communicetur Herrn Geörg Fuggern innerhalb 2. Monathen gleichergeſtalt ſein Erklärung einzugeben.

Daß Graf Ruprecht Joſeph Anton Fugger zu **Babenhauſen** ein Teſtament hinterlaſſen habe, erlernet man aus meinem **Teutſch. Staator. 18. Theil, S. 58.**

§. 31.

§. 31.

Was um das Jahr 1727. zwiſchen denen Grafen von Hatzfeld am Reichs-Hof-Rath für Streitigkeiten wegen ihres Vaters, Graf Alexanders, hinterlaſſenen Teſtamentes obgeſchwebet haben? davon geben diſe Concluſa einige Anzeige: Hatzfeld.

Veneris 28. Junii 1726.

Von Hatzfeld, Citationis in puncto Recognitionis Teſtamenti, &c.

1. Communicetur Exhibitum de præſentato 21. Junii nuperi denen beyden jüngern Gebrüdern, Grafen von Hatzfeld, mit der Auflag, ſich bey der auf den Magiſtrat zu Aachen erkannten Kayſerl. Commiſſion perſönlich einzufinden, um allda die vätterliche Hand-Unterſchrifft in originali zu recognoſciren, oder jurato zu diffitiren, idque ſub termino duorum menſium & pœna recogniti.
2. Et hoc notificetur Commiſſioni Cæſareæ, um ſich hiernach richten zu können.

Jovis 30. Januarii 1727.

Von Hatzfeld contra von Hatzfeld, Citationis, in puncto Recognitionis Teſtamenti, &c.

1. Der von Partibus Impetratis in puncto juratæ diffeſſionis des Elterlichen Teſtaments Hand-Unterſchrifft gethaner unförmlich und unſtatthafften Declaration und Einwendens ungehindert, wird nunmehro die vätterliche Hand pro recognita gehalten, und das Teſtament vor ein nullo vitio viſibili behafftetes erkannt; mithin Impetrant bey ſeiner Krafft deſſen erlangten Poſſeſſion ferners manuteniret, Impetrati aber auf den faſt zum Schluß gediehenen Citations-Proceſs gewieſen.
2. Et hoc notificetur Commiſſioni Cæſareæ, um in ſolcher ihr aufgetragenen Commiſſion nunmehro nicht weiters zu verfahren.

Von dem weiteren Erfolg ſiehe das T. Staator. *Tom. 13. p. 288.* (1)

Von Graf Franzens zu Hatzfeld Teſtament ſiehe etwas *l. c. Tom 18. p. 68.*

§. 32.

In der Hohenlohiſchen erneuerten Erb-Einigung de An. 1609. iſt ins beſondere verſehen, daß der darinn bedungenen Succeſſions-Ord- Hohenlohe.

(1) oder meine R. Famam, 4. Theil, S. 530.

Ordnung durch kein Teſtament oder Codicill derogiret werden ſolle; ſub pœna nullitatis.

Um das Jahr 1656. hatten Grafen Craffts zu Hohenlohe (Neuenſtein) hinterlaſſener Kinder Vormündere und Conſorten wider Grafens Georg Friderichs zu H. Weickersheim hinterlaſſener Tochter verordnete Tutores und Conſorten Mandata de conficiendo Inventario, edendo integras Tabulas Teſtamenti, poſt-Teſtamenti, Codicilli cum Adjunctis, præſtando Solennia, &, illis non præſtitis, non adminiſtrando S. jam alienatis reſtituendis C. annexo autem Mandato Arreſti S. C. erhalten; den 7. Jul. d. a. aber wurde das Mandatum Arreſti, auf geleiſtete Caution, wieder aufgehoben, auch An. 1659. 19. Maj. die Reſtitution dagegen abgeſchlagen; den 20. Sept. e. a. aber wurden auch die übrige Mandata caßirt, und die Klägere in die Unkoſten condemnirt, ihnen jedoch dabey vorbehalten, wo ſie die Beklagte wegen der Würd- und Gültigkeit des Teſtaments ꝛc. Spruch und Forderung zu erlaſſen nicht gemeint wären, es thun zu mögen.

Von Graf Carl Ludwigs zu Weickersheim An. 1717. gemachter väterlicher Diſpoſition vid. *l. c. Tom. 13. p. 289.*

Von Graf Albrecht Wolfgangs zu Langenburg An. 1713. 3. Jul. verfertigten lezten Willen conf. *ibid. Tom. 13. p. 291.*

Was es in der Hohenlohe-Bartenſteiniſchen Linie An. 1730. ſeqq. wegen Graf Philipp Carls Teſtament für Streit geſezet habe? ſiehe im T. Staator. *Tom. 13. p. 293.* Der Graf hatte nemlich An. 1705. ein Teſtament und An. 1712. ein Codicill gemacht und in diſem jenes beſtättiget. Es wurde aber dagegen excipirt: In dem Codicill werde zwar quoad verba gemeldet, daß es bey dem Teſtament ſein ohngeändertes Verbleiben haben ſolle: Weil aber ipſa diſpoſitio codicillaris der teſtamentariæ realiter contradicire; ſo könne der Codicill, utut cetera, quoad facultatem diſponendi eſſent paria, weder mit dem Teſtament, noch mit ſich ſelbſt, beſtehen, ſondern es ſeye eine Diſpoſitio ſo perplex und ungültig, als die andere: Daß aber auch der Herr Vater diſes Teſtament revociret habe, erhelle aus denen angeführten Gründen.

§. 33.

Kirchberg. Von Burggraf Georg Friderichs zu Kirchberg An. 1736. errichteten und An. 1737. vom Kayſer beſtättigten Teſtament vid. *l. c. Tom. 13. p. 294.*

§. 34.

§. 34.

Von Graf Haugens zu Königseck Teſtament de An. 1666. Königseck.
ſiehe LÜNIG (1).

§. 35.

Graf Chriſtian Carl Reinhard zu **Leiningen-Heidesheim** (2) Leiningen.
übergabe dem Cammergericht An. 1766. per Procuratorem ſeinen verſigelten lezten Willen, mit Bitte, ſolchen ad Depoſitum zu nehmen, hierüber ein Document zu verſtatten, das mitproducirte Duplicat zu reſtituiren, und eine Commißion auf den Fürſten zu Naſſau-Uſingen dahin zu erkennen, daß derſelbe bey ſeinem ſich ereigneten Sterbfall die Verlaſſenſchafft obſigniren, und, als von ihme erbettener Executor, ſeinen lezten Willen zur Vollziehung bringen ſolle: In welchem allem auch durch ein Decret vom 27. Febr. willfahret wurde.

§. 36.

Graf Reinhard zu **Leiningen-Weſterburg** machte aus Haß Leiningen-
gegen ſeinem Bruder Chriſtoph ein Teſtament, welches nicht nur ih- Weſterburg.
me, ſondern auch dem ganzen Geſchlecht, zum höchſten nachtheilig und beſchwerlich, ja verderblich, geweſen wäre; es legten ſich aber andere Standes-Perſonen ins Mittel, und brachten An. 1614. einen Vertrag zuwegen.

Anno 1622. 20. Jan. lieſſe ſich Graf Ludwig zu Weſterburg von ſeinen Söhnen einen Revers ausſtellen, ſein Teſtament zu erfüllen. (3)

Etwas von einem durch Graf Johann Caſimirs zu Leiningen-Weſterburg Wittwe An. 1636. in puncto Editionis Teſtamenti paterni &c. beym Cammer-Gericht erhobenen Streit ſiehe im **Teutſch. Staater.** *Tom. 21. p. 437.*

Anno 1653. kame beym Reichs-Hofrath diſes vor:

13. Jun. 1653.

Zu Leiningen Graf Georg Wilhelm per Franciſcum Mayr ſub præſ. 11. hujus, berichtet, was geſtalt er in Erfahrung kommen, daß ſein Vetter Graf Reinhard zu Leiningen-Weſterburg vor etlichen Jahren ein Teſtament verfaßt, und darinn ſeiner Tochter Mariæ Julianæ, Gräfin zu Leiningen, Grafen Friderichen zu Wied Ehefrauen eine ſehr ſtarcke Summa Gelds verſchaft, zugleich auch deroſelben die Unterthanen der Herrſchafft Weſterburg bis zur Abſtattung gemeltes Gelds und mehr andern in Teſtamento ernannten Verordnungen mit

Eyd

(1) in des R. Arch. Spicil. ſecul. S. 378.
(2) Freyh von CRAMER Nebenſt. 58. Theil, 147. S. 59. Theil, 143. S.
(3) ſ. LÜNIG l. c. S. 456.

Eyd und Pflichten angewieſen und dann von beſagter Gräfin zu Wied und ihrem Eheherrn ſolche ihre vermeinte Teſtaments-Forderungen in andere mächtigere Händt verhandlet, zumahl aber über dergleichen vorhabende Contract und das nichtige teſtament ſelbſten mit geſamter Hand oder diviſim ein Kayſerl. Confirmation hinterrucks ſeiner und conſequenter zu ſein und der Seinigen auch des Gräfl. Leiningiſchen Hauſes lang hergebrachten auch hochverpönten Erbverträgen und pacten familiæ, zumahlen darinnen vereinigter Succeſſion zuwider und höchſten Schaden geſucht werden wollen; Als bittet er, in dergleichen Anſuchen nichts einzuwilligen, ſondern alles dasjenige, ſo dieſer Sach halber angebracht werden mögte, ihme für allen Dingen um ſeine Verantwortung communiciren zu laſſen.

Ad acta und zu ſeiner Zeit eingedenck zu ſeyn.

§. 37. a.

Limburg. Von des An. 1713. verſtorbenen lezten Grafens von **Limburg** Teſtament und deſſen Folgen, ſehe man den Freyherrn von CRAMER (1).

§. 37. b.

Limburg-Styrum. Graf Hermann Otto zu **Limburg-Styrum** machte An. 1642. ſeinen lezten Willen. (2)

In Sachen: Zu Limburg-Styrum weyl. verwittibten Gräfin Teſtament ꝛc. betreffend, ſprache der Reichs-Hofrath An. 1746. 17. Mart. „Fiat Sententia dahin: Daß weyl. Mariä Annä, verwittibten Gräfin von Limburg-Styrum, den 1. Febr. 1736. aufgerichtetes Teſtament, worinnen unter ihren Kindern wegen des eigenthumlichen Guts Illereichen und übrigen Vermögens verordnet, vor Rechtsbeſtändig zu erklären, und in deſſen Gefolg die mütterliche Erbſchafft - - zu vertheilen ſeye ꝛc. „

§. 38.

Lippe. Graf Simon VI. zur **Lippe** teſtirte An. 1597.

Bückeburg meldet in einer Schrifft: Die Lippiſche Land-Stände hätten in einer Vorſtellung an Kayſerliche Majeſtät vom 12. Apr. 1709. gemeldet: Graf Simons des älteren Teſtament von 1597. ſeye in der Grafſchafft Lippe von denen regierenden und abgetheilten Herrn, auch Land-Ständen, bißher pro norma fundamentali gehalten worden; es ſeye auch noch dafür zu halten: An. 1710. den 18. Jul. aber hätten ſie in einer anderen Vorſtellung auch an Kayſerl. Majeſtät geſagt: Daß das alt-Väterliche Teſtament, ſalvo [illegible]mmo reſpectu Ihrer Gräfl.

(1) in ſeiner Nebenſt. 21. Theil, S. 16. u. f.
(2) ſ. LUNIGS Spicil. ſecul. S. 1786.

Gräfl. Gnaden hochſeel. Ged. nichts machen könnte, weil das eſſenziale Requiſitum, der Land-Stände Conſens, in hoc paſſu ermangelte.

Detmold hingegen antwortete darauf: Die Land-Stände hätten es nur quoad Jurisdictionalia und was die ſonſtige Gerechtigkeiten, ſo denen Poſtgenitis in Ihren loco Apanagii überkommenen Aemtern zugeſtanden worden, erkannt; wie auch an Seiten des regierenden Herrn in ſo weit geſchehe, ſi quidem multa facta teneant, quæ de novo fieri prohibeantur. BORCKHOLT *Part. 1. Conſ. 15.*

Ein mehreres von diſem Teſtament ſiehe im T. Staator. *Tom. 13. p. 312. ſeqq.*

Seine Söhne errichteten darüber einen Vergleich d. d. 1614. 21. Mart.

Was in dem Vergleich de An. 1616. wegen des väterlichen Teſtaments enthalten iſt, ſiehe *l. c. Tom. 14. p. 271.*

Anno 1747. 17. Jul. ſprache der Reichs-Hofrath nach diſem Teſtament. (1)

Anno 1621. 25. Jan. verglichen ſich die Grafen von der Lippe ferner: „Und damit dergleichen jezo ereignete Streitigkeiten und Irrungen hinfüro gänzlich verhütet und abgeſchnitten werden mögen, ſollen alle und jede nach dem väterlichen errichteten lezten Willen und brüderlichen Transactionen zuvorbeſchaffte oder künfftige Diſpoſitiones, Donationes, Alienationes und Vermachungen, wie die ſeyn und Nahmen haben möchten, ohn allein, was eines Jeden eroberte Baarſchafft, Früchte und Nutzungen betrifft, oder was deſſen ſonſten aus gemeiner Bewilligung geſchehen würde, nun oder ins künfftige keineswegs gültig und zuläßig, ſondern hiemit nochmals gänzlich caßiert, todt, verboten und jezo als dann und dann als jezo abe und nichtig ſeyn.„

Anno 1667. wurde zwiſchen denen Grafen Simon Heinrich und Jobſt Hermann ein Vergleich getroffen, darinn von der facultate teſtandi ebenfalls einiges enthalten, wie *Tom. 14. p. 296.* zu ſehen iſt.

Graf Simon Heinrich zu Detmold machte An. 1694. ein Teſtament, ſo beym Herrn von LUDOLF (2) zu leſen iſt. Es beziehet ſich ſolches auf ein älteres d. d. 1671. 1. Jun. welches er aber aufgehoben.

Von denen unter Graf Simon Heinrichs Söhnen darüber entſtandenen Streitigkeiten aber ſiehe *l. c. Tom. 14. p. 301. ſqq.*

Von

(1) Staatsſchrifft. unter K. Franz, 6. Theil, S. 238.
(2) in Suppl. ad Tr. de Introd. Jur. Primog. p. 175. bey dem Vol. 2. Symph.

Von Graf Philipps zu Schaumburg-Lippe-Bückeburg Teſtament de An. 1668. und Codicillen de An. 1672. und 1681. vid. *l. c. Tom. 13. p. 318. ſeqq.* und LÜNIG. (1)

Ganz ſind ſie beym LÜNIG (2) zu leſen.

Graf Auguſt zur Lippe machte An. 1696. 23. Maji ein Teſtament; von welchem an unten (3) angezeigtem Ort einiges zu leſen iſt.

Graf Ottens zur Lippe-Brack Teſtament von 1657. 9. Dec. findet ſich auch bey dem Freyherrn von CRAMER. (4)

§. 39.

Löwenſtein. Von Graf Ludwigs des ältern zu Löwenſtein und ſeiner Gemahlin An. 1597. errichteten Diſpoſition ſiehe das T. Staator. *Tom. 13. p. 324-528. ſqq.* und *Tom. 22. p. 95.*

Von des An. 1672. verſtorbenen Grafens Ferdinand Carls Teſtament vid. *l. c. Tom. 13. p. 325.*

Von Graf Friderich Eberhards An. 1682. errichtetem Teſtament ſiehe etwas *l. c. Tom. 18. p. 83.*

Auch findet ſich (5) eine Spuhr eines von Fürſten Carl Maximilian zu Löwenſtein-Wertheim, wie auch eines von ſeinem Sohn, Fürſten Dominico Marquard, errichteten Teſtamentes; und zwar hat jener Chur-Maynz pro Executore perpetuo des ſeinigen ernannt.

Als der Kayſer um das Jahr 1745. eine Commißion auf Chur-Maynz und Würzburg erkannte, die Großväterliche Diſpoſition in Erfüllung zu bringen, wurde Fürſtlicher Seits gegen Chur-Maynz excipirt, eben darum, weil er Executor des Teſtaments ſeye. (6)

§. 40.

Oettingen. In der Gräflich Oettingiſchen Erb-Einigung de An. 1495. iſt beliebt worden, daß nichts an Land und Leuten über 2000. fl. verteſtiert werden ſolle.

Anno 1492. machten die Grafen Joachim und Wolfgang ein Teſtamentum reciprocum.

Anno 1549. errichtete Graf Martin ein Teſtament.

Anno 1555. wurde in dem zwiſchen Grafen Ludwig dem älteren und

(1) in des R. Archivs Spicil. ſecul. S. 485. u. f.
(2) im Reichsarch. Part. ſpec. Cont. 2. unter Grafen und Herrn, p. 564. Spicil. ſecul. 1. Theil, S. 485. 487. add. Eur. Staatscanzl. 92. Theil, S. 671. 675. 678.
(3) in des Freyh. von CRAMER Obſ. 496. Tom. 2. Part. 1. p. 128.
(4) Opuſc. Tom 3. p 659.
(5) l. c. Tom. 24. p. 77.
(6) v. Select. Jur. publ. 13. Theil, 371. S.

und ſeinem Sohn Wolfgangen errichteten Vertrag bedungen: „Zum 3ten ſoll der alt Graf Ludwig keinen von ſeinen Söhnen in Zeit ſeines Lebens für die andern in Regierung der Grafſchafft einſetzen, und auch zu Nachtheil Graf Wolfgangs kein Teſtament oder anders aufrichten oder fürnehmen, ſondern, ſeinem gethanen Erbieten nach, denſelben väterlich bedencken, und keinen Sohn für den andern beſchweren, damit um ſo vilmehr brüderlicher Will, Lieb und Freundſchafft, zwiſchen ihnen möge erhalten werden; und nach Abſterben des alten Grafen ſoll es zwiſchen den Gebrüdern nach Ausweiſung der Grafen von Oettingen alten Erb-Einigung gehalten werden. „

Er machte darauf ein Teſtament, welches den 10. Maj. 1557. publiciret wurde.

Von ſeines Sohns, Graf Ludwigs des Jüngern, Teſtament trifft man im T. Staatsr. *Tom. 13. p. 327.* Spuhren an.

Anno 1569. machte Graf Wolfgang ein Teſtament.

Anno 1708. brachte ein anderer Graf Wolfgang zu Wallerſtein eine Väterliche Diſpoſition inter Liberos zu Stande, welche auch vom Kayſer confirmiret wurde.

Fürſt Albrecht Ernſt zu Oettingen machte auch ein Teſtament.

Was aber über einigen diſer Teſtamente für Streitigkeiten entſtanden und wie ſolche abgeloffen ſeyen, ſiehe *l. c. 16.* Theil, S. 497. u. f.

Abſonderlich iſt auch an unten (1) angezeigtem Ort nachzuſehen, was von folgenden Teſtamenten und deren Schickſalen gemeldet wird: 1. Graf Joachims und Graf Wolfgangs von 1491. 2. Graf Carl Wolfgangs von 1543. 3. Graf Martins von 1549. 4. Graf Ludwigs des ältern von 1557. 5. Graf Wolfgangs An. 1569. 6. Graf Ludwigs des jüngeren von 1569. 7. Graf Friderichs von 1577. 8. Fürſt Albrecht Ernſts von 1691. 9. ein Spilbergiſches, 10. Graf Wolfgangs.

Graf Anton Carl zu Oettingen-Wallerſtein machte An. 1736. ein Teſtament, welches, weil der Teſtator Schwachheit halber ſelbſt nicht ſchreiben können, Namens ſeiner, ein Graf von Hardegg unterſchriben hat. Der Teſtator behielte ſich dabey bevor, die Kayſerliche Confirmation darüber zu ſuchen: Weil aber ſolches, ob er gleich noch zwey Jahre gelebet hat, nicht geſchehen iſt; ſo entſtunde nach ſeinem Tode, wegen der in dem Teſtament eingeführten Primogenitur, ein Streit, von welchem in dem T. Familien-Staatsrecht das mehrere nachzuſehen iſt.

(1) Samml. der R. Hofr. Gutacht. 2. Theil, S. 97. u. f.

§. 41.

Reuß. In des Gräflich Reußischen Hauses Geschlechts-Receß de An. 1666. wurde beliebt: „Wie ohne das, zum 66sten, ein vorsichtiger Haus-Vather wohl thut, daß er in Zeiten, und noch bey gutem Verstand, durch einen lezten Willen, nach Befehl und Vermahnung des Allerhöchsten selbsten: Disponi domui tuæ &c. sein Haus beschicket; also soll billig ein jeder und noch vilmehr derjenige Herr, der Kinder hinter sich verlässet, und zwischen denenselben, oder sonsten, etwa Unrichtigkeit oder Streitigkeit nach seinem Tod befürchtet, solches in gute Acht nehmen, und auf eine väterliche, freundliche und wohl ersprießliche beständige Testaments-Verordnung reifflich dencken, und solche hinter sich lassen, darinnen aber nichts, so disem Vertrag in specie und denen Lehen-Rechten zu entgegen, (als welches auch billig von Unkräfften gehalten wird,) disponiren, sondern vilmehr die Seinen darinnen alles Ernsts ermahnen und befehligen, daß sie dise Unsere Erb-Vereinigung allerdings in guter Observanz halten, und derselben sich gemäß bezeugen; im übrigen aber sollen die überlebende Agnaten, bevorab diejenigen, so der Testator zu Vormunden oder Executoren geordnet, über des verstorbenen Herrn lezten Willens-Disposition nach alle desselben Innhalt, so nicht wider disen Geschlechts-Verein lauffet, mit allem Fleiß steiff und vest zu halten verbunden seyn: Darbey jedoch billich bedinget und vorbehalten wird, daß diejenigen Testament, Fideicommissa, Codicille, oder Donationes mortis causa, so vor diser Unser Vereinigung bereits gemacht, und nicht wider die Lehen-Rechte lauffen, derselben, und in specie dises abgehandelten Articuls, ungehindert, in ihren Kräfften, in welchen sie vor disem Vergleich gestanden, verbleiben.„

Von Graf Heinrichs I. zu Schlaitz An. 1679. gemachten Dispositione paterna inter Liberos conf. das T. Staatsr. *Tom. 13. p. 334. 338.* und *340. sq.*

Und von seines Herrn Sohns, Graf Heinrichs XI. Testament de An. 1726. vid. *l. c. ibid. p. 341.*

Von Graf Heinrichs II. zu Ober-Graitz Testament ist *l. c. Tom. 18. p. 117.* etwas weniges anzutreffen.

§. 42.

Rheingrafen. Rheingrafens Johann Christophs Testament mußte im Jahr 1586. so wohl seinen noch lebenden Brüdern, als dem Rheingrafen Otto zu Kyrburg, vorgeleget werden, welche, nach desselben Einsicht, beschlossen, daß es bey dem Testament sein Verbleibens haben solle. (1)

Rhein-

(1) Geschicht. des Rheingräfl. Hauses, S. 127.

Rheingraf Johann Georg zu Neuſville teſtirte An. 1641. und beſtättigte es An. 1647.

Rheingrafens Otto Ludwigs, ſo Domherr zu Straßburg geweſen, teſtamentariſcher Diſpoſition wird in ſeines ältern Brudern, Johann Georgens, Teſtament gedacht.

Bey SCHILTERN (1) findet ſich ein Reſponſum, welches ohne Zweifel des An. 1688. verſtorbenen lezten Rheingrafens zu Mörchingen Teſtament betrifft, und da hinausgehet: Es entſtehe vornemlich die Frage: Ob die quæſtionirte Species ultimæ Voluntatis dergeſtalt gültig ſeyne, daß die dadurch inſtituirte Fürſtliche Wittib, als univerſal-Erbin, die Immiſſionem in poſſeſſionem ex *L. fin. C. de Edict. Hadr. tollendo* mit Recht obtiniren möge? Reſp. Daß diſe ultima voluntas, als holographa, allerdings gültig und die Ermanglung der Zeugen für kein vitium viſibile zu achten ſeye.

Etwas von Rheingrafens Chriſtian Ottens Teſtament findet ſich an unten (2) angezeigtem Ort.

Von Teſtamenten derer Rheingrafen Johann Ludwigs und Johann Philipps, wie auch von einem Teſtament Rheingrafen Carls von 1718. finden ſich an unten (3) angezeigtem Ort Spuhren; ſo auch von des Rheingrafens Chriſtian Ottens. (4)

§. 43.

In Sachen: Von Schönborn zu Wiſentheid weyl. Graf Franz Erwein, pto Curatelæ & Adminiſtrationis Bonorum, beſchloſſe der Reichs-Hofrath An. 1757. 18. Mart. unter anderem: „Hat die gebetene Confirmation des angeblichen Teſtaments nicht ſtatt, & fiat eiusdem petita retraditio. „ Schönborn.

§. 44.

Graf Philipp zu Solms machte An. 1521. mit Bewilligung ſeiner Söhne, Reinhards und Ottens, eine Conſtitution und Ordnung, welche er ſo wohl durch die Freundſchafft mitſiglen, als auch durch den Kayſer eod. Anno beſtättigen laſſen: An. 1523. aber fügte er ein Teſtamentum nuncupativum hinzu. Solms.

Anno 1541. machten deſſen Sohn Reinhard, und ſeines zuvor verſtorbenen Sohns Ottens Sohn, Friderich Magnus, eine Erb-Einigung, in welcher es lautet: „So bekennen Wir, Reinhard und

(1) in Inſtit. Jur. publ. Tom. 2. in fin. p. 40.
(2) in meinem R. Staatshandb. 2 Theil, S. 318.
(3) in des Freyh. von CRAMER Nebenſt. 71. Theil, 67. S.
(4) S. 76.

Friderich Magnus, vor Uns und Unsere Erben, daß wir Uns die Constitution, Confirmation und Testament in allen seinen Articuln und Puncten, wie die gestellt, angenehm und wohlgefällig, vor Uns, Unsere männliche und Leibes-Erben, seyn lassen wollen, daß von Uns und Unsern Erben ewiglich, getreulich und festiglich gehalten werden solle. „

Wessen sich An. 1605. einige Grafen von Solms wegen der facultatis testandi verglichen haben und was darauf erfolgt seye? siehe im T. Staatsr. *Tom. 15. p. 423. seqq.*

Von derer Grafen Johann Friderichs und Friderich Ernsts zu S. Laubach Testamenten siehe einige Spuhren *Tom. 13. p. 358.* und noch mehr *l. c. Tom. 14. p. 343.*

§. 45.

Stollberg. Was in der Grafen von Stollberg Erb-Vertrag de An. 1548. von Testamenten fürkommt, gehöret in die Materien von der mobiliar-Verlassenschafft und von denen Landen derer Reichs-Stände.

In Graf Ludwigs zu Stollberg-Königstein zweyter Tochter, Elisabeth, vermählter Gräfin zu Manderscheid, Verzicht wird dem darinn begriffenen Vorbehalt der Succession auf gewisse Fälle angehängt: „In welchem allem doch wohlgemeldts Unsers freundlichen lieben Herrn Vaters Ordnung und Disposition (wo Ihre Lbden eine aufrichten würde,) Wir Uns gehorsamlich unterwerffen wollen. „ Es machte auch Graf Ludwig würcklich eine solche Disposition, welche seine Tochtermänner, die Grafen von Eberstein, Manderscheid und Löwenstein, mit unterschrieben, es auch in einem nach seinem Tode zu Wertheim An. 1576. 28. Febr. errichteten Receß, wie auch in einem anderweiten d. d. 1580. 1. Oct. dabey bewenden liessen.

Anno 1596. 17. Dec. befahle Kayser Rudolf II. dem Herrn von Criechingen, diser von ihm, dem Kayser, confirmirten Disposition, gleich seinen Vorfahren, zu geleben.

Graf Ludwigs älteste Tochter erkannte sie auch in ihrem Codicill d. d. 1598. 13. Aug. Der Freyherr von Criechingen aber erklärte sich bey Eröffnung dises Eberstein'ischen Testamentes nur: Den Puncten, die Disposition betreffend, wäre er erbietig, demselben so fern nachzukommen, als ohne Nachtheil des Compromiß und der Lehen-Herrn Gerechtigkeit geschehen könne, auch er von Rechts-wegen zu thun schuldig seye. An. 1609. 14. Jul. endlich befahle der Kayser obgedachtem Freyherrn von Criechingen nochmals, der Königstein'ischen Disposition nicht zuwider zu handlen. add. *l. c. Tom. 16. p. 444. seqq.*

Von Graf Christoph Friderichs von Stollberg zu Stollberg

um

um das Jahr 1729. gemachten Väterlichen Diſpoſition vid. *ibid. Tom. 13. p. 362.*

Und von Grafens Chriſtian Ernſts zu Wernigerode im Jahr 1739. zur Kayſerlichen Beſtättigung übergebenen väterlichen Verordnung vid. *l. c. p. 364.*

§. 46.

Von Graf Chriſtian Ludwigs zu **Waldeck** in Anſehung ſeiner Kinder, u. ſ. w. bey ſeinen Lebzeiten gemachten verſchidenen Verordnungen und deren Beſtättigung durch den Kayſer vid. das Teutſch. Staater. *Tom. 13. p. 365. ſeqq.* Waldeck.

Anno 1724. wurde von dem Reichs-Hof-Rath auf diſe Väterliche Diſpoſition, als ein den Fürſten, ſub clauſula annullationis, bindendes Statutum Familiæ perpetuum, geſprochen.

§. 47.

Was in der Gräflich **Wiediſchen** Stamm-Verein de An. 1613. wegen der Freyheit, Teſtamente zu machen, enthalten iſt, ſiehe unten. Wied.

Graf Hermann II zu Wied machte An. 1624. ein Teſtament: (1) Darinn werden alle vorige Teſtamente caßiert, auch das im Teutſch. Staater. *Tom. 18. p. 125.* wegen Execution diſes lezten Willens befindliche verordnet.

Von Graf Friderichs An. 1672. errichteten Teſtament und deſſen Folgen conf. *l. c. Tom. 13. p. 387. ſqq.*

Von ſeines vor ihme, dem Vater, verſtorbenen Sohnes Georg Hermanns Teſtament ſihe *l. c. p. 388.*

§. 48.

Graf Wilhelm zu **Witgenſtein** diſponirte An. 1553. inter Liberos (2) Witgenſtein.

Graf Ludwig der ältere machte An. 1593. ſein Teſtament (3) und An. 1601. 5. Febr. fügte er eine codicillariſche Erklärung bey (4): Es wurden auch beyde in ſeiner Söhne Erbeinigung von 1607. zu Grund gelegt.

Und weſſen ſich die Grafen zu Witgenſtein An. 1635. und 1652. ferner wegen diſes alt-väterlichen Teſtamentes verglichen haben? ſiehe *l. c. Tom. 13. p. 398.* und *405.*

Von

(1) LÜNIGS Spicil. ſecul. S. 1501.
(2) ſ. LÜNIG l. c. S. 1022.
(3) LÜNIG l. c. S. 1046.
(4) l. c. S. 1058.

Von Graf Georgs zu Berlenburg Teſtament de An. 1616. 26. Aug. ſiehe etwas *l. c. Tom. 13. p. 798.*

Graf Ernſt zu Sayn und Witgenſtein teſtierte An. 1632. (1)

Von Graf Johanns zu Witgenſtein An. 1654. errichteten Teſtament, wie auch Codicill, conf. *l. c. Tom. 13. p. 405.*

§. 49.

Yſenburg. Von Graf Diethers von Yſenburg und ſeiner Gemahlin An. 1444. gemachten Teſtament vid. *l. c.*

Graf Ludwig zu Yſenburg machte An. 1488. ein Teſtament.

Aus dem Vergleich der Kelſterbachiſchen Linie de An. 1594. erſiehet man, wie weit die Gebrüdere einander die Macht zu teſtieren zugeſtanden haben.

Von Graf Wolf (nicht Wilhelm) Ernſts zu Birſtein An. 1628. verfertigten väterlichen Teſtament und denen darüber entſtandenen Streitigkeiten, vid. *l. c. Tom. 13. p. 410.*

Anno 1653. kame beym Reichs-Hofrath diſes vor:

27. May 1653.

Zu Yſenburg Graf Wilhelm Otto contra Herrn Friderich Caſimir regierenden Grafen zu Hanau-Münzenberg, ſive der Yſenburgiſche Anwald Johann Graaß de præſ. heſterno, exhibet wahrhaffte gründliche deduction mit Beylagen à No. 1. bis 10. beklagt ſich, daß ſeiner verſtorbenen Gemahlin Catharinæ Eliſabethæ, gebohrner Grä-fin zu Hanau-Münzberg aufgerichte Teſtament bis dahero über alle geſuchte gütliche Vergleichung von dem Herrn Grafen von Hanau als nechſtem Agnato und Succeſſore univerſali in der Grafſchafft Hanau-Münzberg nit adimpliret werden wollen, bittet alſo, Ihr Kayſerl. Majeſtät demſelben durch gemeſſenen Befelch zu injungiren, daß ihme dem Teſtament gemäs von gemeltem Grafen von Hanau Satisfaction gegeben werden möge.

Includatur dem Grafen von Hanau um ſeinen Bericht, ſub termino 2. menſium.

* * *

Von denen Formalitäten derer Teſtamenten.

§. 50.

Principia. So vil von deme, was Facti iſt: Bey dem puncto Juris kommt es abermals forderiſt und hauptſächlich auf die Frage an: Was für Principiis man hierinnen zu folgen habe? Die ältere Rechts-Gelehrte fallen

(1) ſ. Lünig l. c. S. 1107.

fallen hierinn indiſtincte auf das Römiſche Recht; die neuere aber halten groſſen Theils dafür, es ſeye einem Stand des Reichs ſchimpfflich, ihne hierinn einem Römiſchen Burger gleich halten zu wollen, man ſollte es dahero von Rechts-wegen billig bloß bey deme laſſen, was Juris Naturæ & Gentium ſeye; doch weil nun einmal eingeriſſen ſeye, daß die Reichs-Gerichte nach den Römiſchen Rechten auch hierinnen ſprechen, ſo ſeye es wenigſtens nicht räthlich, die Römiſche Rechte aus der Acht zu laſſen.

Meine eigene Meinung hievon anbelangend, ſo iſt richtig, daß wir kein Reichs-Geſez haben, welches wegen der Teſtamente derer Stände des Teutſchen Reichs etwas verordnete; kein allgemeines von denen gemeinen Rechten abgehendes Herkommen findet ſich auch nicht, ſo gar, daß vilmehr das allgemeine Herkommen denen gemeinen Rechten gemäß iſt: Wie aber die Reichs-Gerichte auch an die particular- oder provincial-Geſeze oder Gewohnheiten verbunden ſeynd, und (als ins beſondere oben bey denen Materien von der Vormundſchafft, Majorennität, ꝛc. gezeigt worden iſt,) würcklich darauf reflectiren; ſo folget daraus, daß, wann in einem Hauſe in Anſehung derer Teſtamenten ein denen gemeinen Rechten ungemäſſer erweislicher Familien-Vertrag, oder Herkommen, anzutreffen iſt, oder die Landes-Geſeze von dem Römiſchen Recht abgehen, und jemand in diſen Landen nach ſolcher Landes-Art und -Recht hat teſtieren wollen, ſolchen Falles auch nothwendig darnach, und nicht nach denen gemeinen Rechten, geſprochen werden müſſe. Wo aber kein ſolches particular-Herkommen oder Land-Recht ꝛc. vorhanden, oder doch nicht erwiſen oder wahrſcheinlich iſt, daß man ſich ſolcher Art zu teſtieren habe bedienen wollen; da bleibt es allerdings bey der Norm derer gemeinen Rechten: 1. Krafft der offtangeführten unlaugbaren allgemeinen Regel, daß die Reichs-Gerichte in denen ihrer Jurisdiction unterworffenen Händeln, (dergleichen die Teſtaments-Sachen unſtreitig ſeynd,) in Ermanglung eigenen Teutſchen Rechtens und Herkommens, nach denen Römiſchen ꝛc. Rechten ſprechen dörffen und müſſen; 2. Krafft des allgemeinen Reichs-Herkommens, ſo diſe Regel beſtättiget; 3. weil, was die Reichs-Stände ſich ſelbſten nicht zur Schande rechnen, und ſich gar wohl von einer ganz anderen Ecke her betrachten läſſet, auch uns recht ſeyn muß.

Nach diſem general-Principio laſſen ſich nun die in diſer Teſtaments-Materie vorkommende faſt unzählige ſpecial-Fälle, Umſtände und Fragen, leicht entſcheiden; dahero ich auch hier nur diejenige berühren will, welche entweder in der Praxi unter Ständen des Reichs würck-

lich vorgekommen, oder doch auch von anderen neueren Staats-Rechts-Lehrern berühret worden seynd.

§. 51.

Wer testiren könne?

1. Also ist die Frage: Wer testiren könne? ins besondere: Ob ein Sohn oder Tochter, so noch unter der Väterlichen Gewalt stehet, ein Testament errichten dörffe? Ich bin in beedem diser Meinung: Ordentlicher Weise kan ein solcher Sohn (es wäre dann in einem Hause ein particular-Herkommen dißfalls vorhanden,) nicht testiren, in so ferne es denen Rechten, wornach wir sprechen müssen, zuwider ist, und weil auch Reichs-Stände allerdings potestatem civilem über ihre Kinder haben: Wann es aber der Vater erlaubt, kan es der Sohn; non obstante, daß nach dem Römischen Recht ein Vater es seinem Sohn nicht erlauben durffte: Dann bey denen Römern hatte ein Vater keine potestatem legislatoriam, und konnte also freilich nicht circa Jus commune dispensiren, die Reichs-Stände aber haben dises Recht unstreitig, und können ihren Unterthanen dergleichen erlauben, ja es in ihren Landen zu einem Jure communi machen; warum sollten sie dann dessen in ihrem eigenen Hause nicht berechtiget seyn? zumalen da es keinen Tertiis zum Nachtheil gereicht.

Ob und wie ferne nicht regierende Herrn Testamente machen können? habe ich im T. Staator. *Tom. 14. p. 490.* untersucht.

Ob ein in des Kayſers Ungnade gefallener Reichs-Stand befugt seye, ein Testament zu machen? darüber wurde zwischen Hessen-Cassel und Darmstatt ꝛc. gestritten, und es gienge damals, wie es offt gehet, daß nemlich eine Parthie, um ihres gegenwärtig davon anhoffenden Nuzens willen, Säze vertheidiget, welche, wann sie als denen Rechten gemäß paßieren sollten, ihnen selbsten in anderen Umständen, und ihren übrigen Reichs-Mit-Ständen, zum allerdusserſten Nachtheil gereichen würden; wie dann jezo niemand zweifeln wird, daß Darmstatt damals vil zu weit gegangen seye, und daß ein Reichs-Stand allerdings Testamenti factionem habe, so lange er noch nicht auf eine denen Reichs-Constitutionen gemässe Weise würcklich in die Acht erklärt worden ist; es wäre dann, daß (nachdeme jezo der Comitial-Consens zur Acht erforderet wird,) der Kayser und das Reich conjunctim ein noch zuvor abgefaßtes Testament, nach Beschaffenheit derer Umstände, für ungültig erklärten. Wer aber würcklich in die Acht erkläret worden ist, der verliehret auf alle Weise das Recht, ein Testament machen zu dörffen: Dann er wird pro civiliter mortuo geachtet und ist aller Rechts-Wohlthaten unfahig; nun ist aber die Freyheit, einen

nen lezten Willen errichten zu dörffen, ohne Zweifel eine wichtige Rechts-Wohlthat.

§. 52.

In Anſehung des Alters bleibt es hierinn bey denen gemeinen Rechten. Requiſita.

Daß einer, der nicht mehr bey gutem Verſtand und Sinnen iſt, kein Teſtament machen könne, iſt, wie der geſunden Vernunfft, ſo auch denen Rechten, gemäß; dahero deſſen in denen Teſtamenten ſelbſt, oder in der Zeugen Unterſchrifft, oder in dem Notariats-Inſtrument über die Verfertigung des Teſtaments, meiſtens gedacht zu werden pflegt, daran auch wohlgethan iſt, weil es bey diſem Aſſerto alsdenn um ſo mehr ſo lang bleibt, biß das Gegentheil erwiſen wird.

In Anſehung eines Blinden laſſe ich es auch lediglich bey dem gemeinen Recht bewenden.

§. 53.

Ordentlicher Weiſe nun ſtehet jedem Reichs-Stand, wie auch deſſen Gemahlin, Wittwe, und mündigen, nicht mehr unter väterlicher Gewalt ſtehenden, Kindern frey, zu teſtieren; wie dann auch ſolche facultas teſtandi in Ehe-Pacten, Erb-Theilungen, oder anderen Familien-Verträgen, u. ſ. w. öffters ausdrücklich reſerviret wird. Freyheit zu teſtiren.

Doch kan diſe Freyheit, zu teſtieren, zumalen bey uns in Teutſchland, durch Elterliche Rechtskräfftige Diſpoſitiones, oder Familien- oder Landes-Verträge ꝛc. gar ſehr eingeſchräncket werden; wie wir nicht nur auch davon in denen vorhergehenden §§. mancherley ſpecial-Exempel, (ſonderlich aber unter Oettingen bey Graf Ludwigen dem Aeltern ein ſehr notables,) haben; ſondern man kan auch überhaupt ſagen, daß faſt alle Reichs-Stände nicht berechtiget ſeynd, über den gröſten und wichtigſten Theil ihrer Verlaſſenſchafft zu diſponiren: Dann ihre Güter ſeynd entweder Lehen, über welche zu teſtiren kein Vaſall befugt iſt, oder, wann es gleich Allodial-Güter ſeynd, ſeynd ſie doch mit einem Fideicommiſs belegt, und müſſen in ſolcher Qualität nothwendig dem oder denen nächſten Stammens-Agnaten bleiben. Eben diſe Bewandtniß hat es auch faſt überall mit allen etwas importirenden einzelen, von dem Lande detachirten, Rechten, Gefällen, auch offt mit dem wichtigſten Theil der Mobilien ſelbſt: Nicht weniger iſt in denen meiſten Häuſern das Erſtgeburts-Recht eingeführt, welchem abermalen durch kein Teſtament derogiret werden kan; alſo daß manchem Stand wenig genug, und etwa nur eine gewiſſe ſpecifice ausgedruckte mäßige Summ, übrig bleibt, worüber er teſtiren darff:

Welches alles ſo richtigen und allgemeinen Herkommens in Teutſchland iſt, daß jemand ſich vergeblich bemühen würde, der es in Zweifel ziehen wollte.

Im Eingange der Teſtamente melden vile Teſtatores unter anderem, daß ſie ſolche ihre Diſpoſition ungezwungen gemacht haben: Wie nun die Rechte bey allen ſolchen Verordnungen den freyen Willen allerdings als ein nothwendiges Requiſitum erforderen; ſo iſt es zwar eben nicht nothwendig, daß es ausgedruckt werde, maſſen es auch ohne diß præſumiret wird: Da aber doch diſe Præſumtion um ſo vil ſtärcker wird, wann der Teſtator es ſelbſt eigenhändig oder mündlich vor denen Zeugen verſichert; ſo kan man auch nicht ſagen, daß es überflüßig ſeye.

§. 54.

Gemeinſchafftliche Teſtamente, u. d.

Ein Exempel eines von einem Herrn, ſo der lezte ſeines Stamms geweſen, und von ſeinem Tochter-Mann gemeinſchafftlich errichteten Teſtamentes ſihe unter **Pfalz-Simmern.**

Von zweyer Fürſtlicher Eheleute Teſtamentis correſpectivis aber hat man an Herzogs Johann Georgs I. zu Sachſen-Eiſenach und ſeiner Gemahlin Teſtamenten ein um ſo merckwürdigeres Exempel, weil ſie eine Erb-Tochter ware, die auch Land und Leute beſaſſe.

Auch findet ſich ein Exempel von zweyer Agnaten Teſtamentis reciprocis unter **Oettingen.**

Wie ferne aber ein Teſtament, ſo ſich auf ein anderes beziehet, ohne daß diſes zum Vorſchein käme, dannoch gültig ſeyn könne? ſiehe unter denen **Rheingrafen.**

§. 55.

Solennia Juris civilis.

Ob die Stände des Reichs in ihren Teſtamenten an die Solennien und übrige Rechts-Regeln circa Teſtamenta des Juſtinianeiſchen Rechts verbunden ſeyen oder nicht? darüber ſtreiten die Rechts-Gelehrte hefftig.

Die Juriſten-Facultät zu Halle, und in deren Nahmen der Herr von LUDEWIG, antwortete An. 1730. auf die Frage: Ob ein abgefundener Prinz in ſeinem Teſtament an die Solennia Juris privati verbunden ſeye? (1): Daß auch ein abgefundener Reichs-Fürſt an die Solennia juris civilis in ſeinem lezten Willen keinesweges gebunden, vilmehr deſſen Teſtament, dummodo de veritate conſtet, vor gültig anzuſehen ſeye.

Anno

(1) vid. Conſil. Halenſ. Tom. 2. Lib. 2. p. 1819.

Anno 1692. m. Apr. antwortete die Juriſten-Facultät zu Wittenberg auf die an ſie beſchehene Anfrage: Ob eine gewiſſe Schrifft vor einen beſtändigen lezten Willen zu halten ſeye? alſo (1): Weil in dem Documento qu. ſo gar diejenige Teſtamenti eſſentialia, quæ Iure naturali vel Gentium requiruntur, und ohne welche kein lezter Wille kräfftig ſeyn könne, quæque in Teſtamentis Principum nullo modo abeſſe poſſunt, gänzlich ermanglen, geſtalten es an deme ſeye, daß in beſagtem Documento und Schreiben, welches der verſtorbene Herr an ſeine damalige Regierung abgelaſſen, keine richtige und endliche Verordnung, wie er es nach ſeinem Ableben eigentlich gehalten wiſſen wolle, zu befinden; ſondern daraus nur ſo vil abzunehmen ſeye, daß er dazumal denen Räthen ſeine Gedancken, auf was Maße er eine ihnen zu verfertigen anbefohlene Diſpoſition etwan eingerichtet wiſſen wolle, entdecket und deren Gutachten darüber erwartet; ſo erſcheine daraus allenthalben ſo vil, daß das Document qu. vor keinen zu Recht beſtändigen lezten Willen zu achten.

Ferner kan man oben unter Bayern ſehen, wie darüber geſtritten worden iſt: Ob ein regierender, ſonderlich aber, ob ein apanagirter Herr, und deſſen Gemahlin oder Wittwe, in ihren Teſtamenten an die Solennitates Juris civilis gebunden ſeyen?

Einen anderen Streit ſuper Solennibus und beſonders darüber: Ob eines nachgebohrenen Herrn Wittwe ihr Teſtament nach denen in den Landes-Rechten ſelbiger Provinz vorgeſchribenen Solennien einrichten müſſe? ſiehe unter S. Weiſſenfels.

Noch einen Streit: Ob der Mangel derer Solennien ein eigenhändig geſchribenes Teſtament ungültig mache? ſiehe unter denen Rheingrafen.

Addatur, was von Chur-Fürſt Carls zu Pfalz Teſtament vorkommt.

Kayſer Ferdinand II. ſupplirte, qua Kayſer, in ſeinem väterlichen Teſtament alle Solennitates & Requiſita Juris, bedienete ſich aber diſer lezteren dannoch darneben.

Chur-Fürſt Carl Ludwig zu Pfalz hingegen meinte, den etwaigen Abgang der Solennitäten ſeines Teſtamentes durch ſeine Landes-Hoheit zu erſezen.

Es iſt hiebey forderiſt der Status controverſiæ feſt zu ſezen: Nemlich es iſt 1. nicht die Frage von einer bloſſen Diſpoſitione Parenten-

(1) vid. HORN in Juriſpr. feud. Longob. Teut. App. 2. p. 196.

rentum inter Liberos, noch von eines Vaters Theilung ſeiner Güter unter ſeinen Kindern: Dann diſe ſeynd bekanntlich nach denen Römiſchen Rechten ſelbſten von denen eigentlichen Solennien frey; ſo iſt auch 2. nicht die Frage von einem Teſtament, welches dem Kayſer zur Confirmation præſentirt, oder auch nur bey einem Reichs-Gericht deponiret wird; 3. iſt es hier ferner nicht um diejenige in Teutſchland herkommliche väterliche Verordnungen zu thun, welche entweder die Einführung des Erſtgeburts-Recht betreffen, oder Regierungs-Reglements ſeynd, oder bloß andere Publica pro objecto haben: Dann wie ſelbige keine eigentliche Teſtamenten ſeynd; ſo bedarff es ſich auch dabey derer bey formlichen Teſtamenten erforderten Solennien nicht. Ein notables Exempel einer dergleichen väterlichen wichtigen Diſpoſition, die doch kein eigentliches Teſtament iſt, haben wir an Kayſer Ferdinands I. ſeiner de An. 1554.; gleichwie wir auch von mehreren anderen gehöret haben, welche bloß den Punct der Vormundſchafft, oder die Art der Landes-Regierung, betroffen haben; wohin ſonderlich Herzog Ernſts zu S. Gotha momentoſe Regiments-Ordnungen zu zählen ſeynd; 4. iſt hier nicht die Rede von denen Teſtamenten, welche in Krafft eines beſonderen Familien-Herkommens, oder nach denen Geſezen des Landes, darinnen teſtirt wird, errichtet werden; 5. endlich iſt die Frage von dem Gebrauch des Römiſchen Rechts in diſer Sache nur in ſo fern, als es bey denen Privatis in uſu, und nicht etwa in diſem oder jenem auch bey denenſelben überhaupt, oder doch hier und da, entweder niemalen recipirt worden, oder doch wieder in Abgang gerathen iſt.

Was nun die formliche Teſtamente anlanget; ſo bleibe ich in meinem Theil nochmals dabey, daß das vorhin überhaupt geſagte auch hier in ſpecie anſchlage. Die dawider gemachte Einwürffe und die Gründe der widrigen Meinung concentriren ſich darinn: 1. Ein Landes-Herr könne die in denen Römiſchen Rechten vorgeſchribene Solennia in ſeinem ganzen Land gar aufheben, oder temperiren, oder, auf Begehren, diß-falls bey einzelen Perſonen diſpenſiren, warum ſollte er dann ſelbſt daran verbunden ſeyn? 2. Denen Ständen kämen, als Landes-Herrn, eben die Rechte zu, welche in denen Römiſchen Geſezen dem Kayſer beygelegt würden: Diſer aber ſeye an dergleichen Solennitäten nicht gebunden geweſen; 3. Die Reichs-Stände hätten privilegia Militum; 4. Marckgraf Carls zu Burgau Teſtament ſeye, des Mangels der Solennitäten ohnerachtet, für gültig erkannt worden; 5. Die Urtheile derer Reichs-Gerichte machten kein Jus; 6. Daß vile Stände

diſe

diſe Solennitäten beobachtet hätten, verbinde deßwegen die andere nicht zur Nachfolge; 7. Die Reichs-Abſchide und Notarien-Ordnung gehen nur die Unterthanen an; 8. man habe auch Exempla und 9. Præjudicia in contrarium; 10. Die Facultäten zu Wittenberg und Tübingen hätten ſo geſprochen; 11. es ſeye wider die Würde derer Reichs-Stände, ſie denen Burgern und Bauern gleich zu halten; 12. vile, zumalen neuere, Rechts-Gelehrte wären diſer Meinung; 13. Die Reichs-Stände hätten ſich in ihren Handlungen nie dem Römiſchen Recht ſubmittirt; 14. was in denen vorigen Zeiten diß falls vorgegangen, ſeye aus Unwiſſenheit geſchehen; 15. Die jezige Aſſeſſores derer Reichs-Gerichte ſeyen nicht an die Meinungen ihrer Vorfahren gebunden; 16. Die Reichs-Stände hätten diſes Recht Krafft eines ihrer Geburt anhangenden Privilegii, und wegen ihrer groſſen Autorität, auch der für ſich habenden höchſten Treu und Glaubens; 17. Der Kayſer habe in der Capitulation verſprochen, die Stände bey ihren Freyheiten, ꝛc. zu ſchirmen; 18. Wann die Teſtamenta Principi oblata deßwegen gültig ſeyen, weil er beſtändig genug verſtändige Räthe und Leute um ſich habe, ſo gelte diſer Grund auch in Anſehung ſeines eigenen Teſtamentes; 19. Die receptio Juris Romani ſeye, was die Stände betreffe, nicht ſecundum apices anzunehmen, auch mit Vorbehalt ihrer Landes-Hoheit und Würde; 20. Bey dergleichen Handlungen laſſe ſich die Würde eines Regentens von der privat-Handlung nicht trennen, dahero die Jura Privatis præſcripta hieher nicht applicabel ſeyen; 21. Es ſeye eine petitio principii, daß die Stände in dergleichen ſich des Juris communis active & paſſive bedienten, u. ſ. w.

Jedoch alles diſes fället dadurch zu Boden, daß einmahl die Reichs-Stände ſelbſt anderſt geurtheilt und gewollt haben, daß die Reichs-Gerichte in ſubſidium in allen Sachen, und ohne ihre privat-Handlungen überhaupt, noch ihre Teſtamenten ins beſondere, davon auszunehmen, nach denen Römiſchen Rechten ſprechen ſollen; nuthin probiret ad 1. diſer Schluß zu vil, folglich nichts, und ein Reichs-Stand kan zwar ſeinen Unterthanen Geſeze vorſchreiben, und bey ſelbigen circa ea, quæ Juris civilis ſunt, diſpenſiren, aber er kan denen Reichs-Gerichten keine andere normam decidendi, als worauf ſie in denen Reichs-Geſezen gewiſen und verpflichtete ſeynd, vorſchreiben, noch ſie diß falls in Anſehung ſeiner diſpenſiren: Da nun die Teſtamente derer Reichs-Stände unſtreitig der Jurisdiction derer Reichs-Gerichte unterworffen ſeynd, ſo müſſen diſe nothwendig ihrer general-Norm nachgehen, donec doceatur Exceptio; ad 2. Diſer Satz iſt

nicht

nicht universaliter wahr, und ist, wegen des allererst gesagten, überhaupt auf alle der Cognition derer Reichs-Gerichte unterworffene privat-Handlungen derer Reichs-Stände niemalen applicabel; ad 3. Die Absurdität dises offenbaren und lächerlichen Mißbrauchs, oder der üblen Application, des Röm. Rechts wird nunmehro insgemein erkannt; es ist also nicht nöthig, sich dabey aufzuhalten; ad 4. Forderist ist, oben erinnerter massen, das Factum wohl noch nicht ganz richtig; wo es aber auch wäre, so kan ja der Ausspruch einer einigen Juristen-Facultät die Sache nicht ausmachen; ad 5. Es ist wahr; wann aber die Reichs-Gerichte die ihnen vorgeschribene general-Principia auf die Handlungen derer Reichs-Stände appliciren, und dise bezeugen niemalen keine Unzufridenheit darüber, ist es ein Kennzeichen, daß die Reichs-Stände sothane Application ihrer Intention gemäß zu seyn erachten; ad 6. Dises ist gänzlich falsch, und schmisse das in der Jurisprudentia privata Illustrium so unentbehrliche Herkommen völlig über den Hauffen, ohne uns dagegen tüchtigere Principia an die Hand zu geben, geschweige im mindesten erweisen zu können, daß die Stände selbige beobachtet wissen wollen; ad 7. Auch dises ist falsch und schädlich, wie an seinem Ort mit mehrerem wird dargethan werden; vilmehr heißt es: ubi Lex non distinguit, ibi nec nostrum est distinguere; ad 8. & 9. Ich weiß eben so wenig, als andere vor mir, auch nur ein einiges Exempel, daß von einem Reichs-Gericht jemalen für ein solches Testament gesprochen worden wäre: Wann auch schon erwisen werden könnte, daß einige Testamente, welchen etwas an denen Rechts-behörigen Solennitäten ermangelt hat, ꝛc. nicht angefochten, sondern erkannt worden seyen; so thut doch dises lediglich nichts zur Sache, weil ja auch ein jeder Privatus, wann er will, ein Testamentum illegale & imperfectum respectieren kan, in so ferne es dabey nur um seinen privat-Vortheil zu thun ist; daß aber gar in denen Reichs-Gerichten in diser Sache, nachdem es an einen Referenten komme, heute so, morgen anderst gesprochen werde, ist eine derer unzahlbaren Ludewigischen Erfindungen; ad 10. Die Wittenbergische Facultät hat hingegen gerade das Gegentheil behauptet, wie oben zu sehen ist, und von Tübingen wird eben dises gar leicht erweislich seyn; da übrigens bekannt ist, wie weit sich das Ansehen derer Responsorum Academicorum erstrecke oder nicht. ad 11. Dises ist eine unerweisliche petitio principii; wäre es deme so, so würden doch ja die Reichs-Stände, wenigstens in neuern Zeiten, in denen grossen Listen derer gegen die Reichs-Gerichte führenden Beschwerden, oder bey denen Cammer-Gerichts-Visitationen, oder bey denen Comi-

Comitial-Handlungen wegen Verbeſſerung des Juſtiz-Weſens, oder in denen Monitis über die Ordnungen derer Reichs-Gerichte, diſer Sache im geringſten gedacht haben; ad 12. Diſe neue Meinungen haben biſhero bey denen Ständen ſelbſt, und bey denen Reichs-Gerichten, eben ſo wenig Beyfall gefunden, als vile andere ſolche neu-ausgeheckte Mißgeburten; ad 13. Allerdings; ſonſt hätten ſie denen Reichs-Gerichten in diſen Sachen, daran ihnen ja mehr gelegen iſt, und welche ſie ja näher angehen, als die privat-Händel derer Unterthanen, andere principia decidendi vorgeſchriben, oder ſie diß falls auf das Natur- oder Völcker-Recht verwiſen, u. d. g. deren aber keines geſchehen iſt; ad 14. Diſes iſt bald geſagt, aber ſchwer zu erweiſen; ad 15. Diſes iſt in ſeiner Maaße falſch, wie aus deme, was die Reichs-Geſeze wegen des Styli verordnen, erhellet; ad 16. Diſes iſt ein bloſſer privat-Gedancke, dem es an Beweis des Suppoſiti ermangelt; ad 16. Diſes ſupponirt, es ſeye ausgemacht, der Stände Freyheiten bringen mit ſich, in Teſtaments-Sachen nicht an das Römiſche Recht gebunden zu ſeyn: Aber das iſt eben die Sache, worüber man ſtreitet; ad 18. SCHILTER folgert ſelber nur ſo vil daraus: Alſo ſeyen die von einem Stand ſeiner Regierung oder Canzley übergebene Teſtamente gültig; davon iſt aber hier die Frage nicht; ad 19. Iſt bey n. 7. 12. und 13. beantwortet; ad 20. Davon iſt eben diſes zu ſagen, zumalen da die Römiſche Solennia &c nichts enthalten, was mit der Würde eines Regentens incompatibel wäre; ad 21. Iſt ebenfalls beantwortet; die ohne Unterſchid redende Reichs-Geſeze, die Acquiescenz derer Reichs-Stände bey denen nach dem Römiſchen Recht abgefaßten Sprüchen der Reichs-Gerichte, die einſtimmige Conduite derer Reichs-Stände in Abfaſſung ihrer Teſtamente, und die von ihnen, wann es zum Streit kommt, gebrauchende Gründe, zeigen genugſam, daß ſie es ſelber keineswegs pro petitione Principii, ſondern pro ipſo Principio, halten.

Indeme ich aber alſo behaupte, daß das Römiſche Recht zu beobachten ſeye, verlange ich dadurch keineswegs denen Chicanen das Wort zu reden; ſondern, wie auch bey Privatis ein Richter ein Teſtament, wobey kein Zweifel iſt, daß es würcklich des Verſtorbenen lezter Wille ſeye, wann es nur um einige apices Juris vel Solennitatum zu thun iſt, von GOtt und Rechtswegen billig ſo vil, als nur möglich iſt, ſalviret; alſo iſt von dem Teſtament eines Reichs-Standes ꝛc. eben diſes billig auch zu ſtatuiren.

§. 56.

Von Gemahlinnen, ꝛc.

Seynd nun meiner Meinung nach die regierende Herrn selbsten an das Römische Recht gebunden; so ist es bey mir nothwendig überflüßig, zu untersuchen: Ob ihre Gemahlinnen, Wittwen und Kinder, auch apanagirte Herrn, ebenfalls sich nach besagten Rechten achten müssen? dann sie ja nichts mehreres, oder besseres, verlangen können, als so gar ein regierender Herr.

§. 57.

Gattungen.

Was die verschidene Arten derer Testamenten anbelangt, so testieren die Teutsche Standes-Personen meistens in Scriptis; doch stehet es in eines jeden freyem Belieben, ob er es nicht lieber mündlich thun wolle.

Was es wegen eines eigenhändig geschribenen Testaments für Streit und Chicanen gesezet habe? siehe unter **Bayern.**

Exempel von Testamentis nuncupativis siehe unter **Königstein, Sayn, Solms, Witgenstein** ꝛc.

Einen Streit wegen eines mündlich gemachten Fideicommissi siehe hernach unter **Schwarzburg.**

Von Dispositionibus minus solennibus inter Liberos kommen oben häuffige Exempel vor.

Exempel würcklicher Testamentorum militarium hat man an Chur-Fürst Moritzens zu Sachsen seinem, und (wie es scheinet,) an Graf Edzard Ferdinands zu **Ost-Frießland.**

Ein Exempel eines gerichtlich beygelegten und darneben doch dem Kayser zur Confirmation prælentirten Testamentes siehe unter **Sachsen-Merseburg.**

Andere Exempel von Testamenten, welche Fürsten ihren Regierungen ad Acta insinuiret haben, siehe unter **S. Zeiz, S. Altenburg, Anhalt-Harzgerode, Anhalt-Cöthen,** ꝛc.

Einen Streit wegen eines judicialen Testamentes endlich siehe unter **S. Weissenfels.**

§. 58.

Clausula codicillaris.

Die Clausul: Daß, wann ein Testament denen Rechten nach nicht als ein solennes resp. Testament oder Codicill bestehen könnte, es doch quocunque modo alio Krafft haben möchte; ist keineswegs unnüzlich. GRIBNER hält zwar nichts auf den Gebrauch diser clausulæ codicillaris: Weil es aber aus dem Grund-irrigen Præsuppositio geschiehet, daß das Römische Recht in Testaments-Sachen derer Reichs-Stände unbrauchbar seye; so ziehet die Entscheidung sothaner præju-

præjudicial-Frage auch jener Erörterung von ſelbſten nach ſich. Uebrigens ſiehe von der Clauſula codicillari explicita & implicita und deren Nuzen unter S. Weiſſenfels ein mehreres.

§. 59.

Wie Chur-Fürſt Johann Georg I. zu Sachſen das Concept ſeines Teſtamentes durch ſeine Räthe habe unterſchreiben laſſen, ſiehe oben; ſo auch, wie er in dem Mundo ſeines Teſtamentes an einigen Orten ledigen Platz gelaſſen, und ſolchen nachhero eigenhändig ausgefüllet habe. Concept, ꝛc.

Manche Teſtatores melden am Ende: Wer das Teſtament concipirt oder mundirt habe? ob es auf Pergament oder Papier geſchriben ſeye? wie vile Blätter es habe? mit was für einer Schnur es durchzogen ſeye? u. ſ. w. Es ſeynd aber diſes lauter willkührliche Dinge.

§. 60.

Einige Teſtatores melden am Ende: Sie hätten ſich das Teſtament vor der Unterſchrifft nochmals vorleſen laſſen: Nun ſchadet wohl auch diſes nicht; hingegen iſt es aber auch nicht nöthig. Allerley Umſtände.

Was des Teſtatoris Unterſchrifft belangt; ſo habe ich Exempel angetroffen, daß einige ſo vorſichtig geweſen ſeynd, alle Seiten oben, neben und unten, ſo dann das ganze Teſtament am Ende, mit ihrem Nahmen zu bezeichnen; Andere aber haben es nur unten auf jeder Seite und am Ende, ſo dann noch Andere bloß am Ende unterſchriben. Gemeiniglich laſſen die Teſtatores es bloß bey ihrer Nahmens-Unterſchrifft bewenden; Andere aber bezeugen am Ende nochmals kürzlich eigenhändig, daß vorſtehendes ihr lezter Will ſeye.

Das Sigel wird nur am End angehängt oder beygedruckt, und iſt es, wann ein Teſtator mehrere Arten von Sigillen hat, indifferent, welches er ſich bedienen will; gemeiniglich aber erwählet man das gröſzte oder mittlere darzu.

Einen Streit wegen eines Teſtamentes, welches zwar von der Teſtatricin, aber von keinen Zeugen, unterſchriben worden, ſiehe unter Naſſau-Diez.

In manchen Teſtamenten folget nach des Teſtatoris Unterſchrifft gleich die Unterſchrifft derer Zeugen, ohne etwas weiteres; in anderen aber findet ſich dazwiſchen eine beſondere Erinnerung, daß in Anſehung derer Zeugen das beobachtet worden ſeye, was habe beobachtet werden ſollen: z. E. Die Unterſchrifft derer Zeugen ſeye in Gegenwart des Teſtatoris geſchehen, und er habe ihnen befohlen, derſelben eingedenck zu ſeyn, u. d. man kan es aber damit halten, wie man will; doch iſt der

lezte Modus räthlicher, zumalen wann sonsten kein Notariat-Instrument über den Actum testandi verfertiget wird.

Wie der Umstand, daß Chur-Fürst Carls zu Pfalz Testaments-Zeugen nicht von ihme selbst, sondern, in seiner Abwesenheit, von dem Groß-Hofmeister requirirt worden, einiges mit darzu beygetragen habe, daß das Testament in keine Achtung gekommen ist? siehe oben.

Wie im Hause Anhalt-Bernburg darüber gestritten worden: Ob ein Testament deßwegen verwerfflich seye, weil die Zeugen sich nicht uno Actu unterschrieben? siehe ebenfalls oben.

Sonderlich können auch die in dem Bayrischen Proceß fürgekommene Exceptionen einen Testatorem witzig machen, wie er disen und jenen Chicanen wegen Beruff- und Ersuchung derer Zeugen, auch der Testaments-Unterschrifft, zu begegnen habe.

Die Stelle belangend, wo sich die Zeugen unterschreiben; so geschiehet es gemeiniglich, auch am besten, zu Ende des Testamentes unmittelbar nach dem Testatore, oder bey einem verschlossenen Testament auf dessen besigelten Involucro, nicht aber auf einem besonderen Bogen. Sihe unter Bayern.

Die Testaments-Zeugen unterzeichnen sich mit ihren Tauff- und Zunahmen, pflegen auch von jenen nicht nur die Anfangs-Buchstaben, sondern den vollen Nahmen, zu sezen; manche fügen auch ihren Amts-Character bey, so aber indifferent ist.

Ob man unter der Zahl der Zeugen, oder auch noch über dieselbe, sich eines oder etlicher Notarien bedienen will, um zu bezeugen, daß alles legal zugegangen seye? stehet in dem Belieben der testierenden Person.

Wie Notarien bey Errichtung verschidener Testamenten adhibiret worden seyen und Instrumenta darüber haben errichten müssen? siehe unter Pfalz-Zweybrücken, Hessen, Königstein, Sayn, Wied, Witgenstein, ꝛc.

In dem Hause Anhalt-Bernburg entstunde Streit: Ob ein Notariats-Instrument super Tellamento von Zeugen mit-unterschriben werden müsse?

Es kommt auf jeden Testatoris eigenes Belieben an, wie vile Originalien seines lezten Willens er verfertigen lassen will, und es wird damit verschidentlich gehalten.

Eben dises ist auch davon zu sagen, wo, wann mehrere Originalien gemacht werden, dieselbe deponiret werden sollen? ingleichen, ob, wann die Publication des Testamentes bevorstehet, alle, oder nur einige, oder auch gar nur Eines davon, herbeygeschafft werden solle?

Der

Der Freyherr von CRAMER (1) hat de Cautela à Procuratoribus Cameræ in depoſitione Teſtamentorum obſervanda gehandelt.

Die Clauſul: Daß, wann der Teſtator dem Teſtament noch etwas mit eigener Hand beyfügen, oder doch von ihme unterſchriben hinterlaſſen würde, ſolches gleiche Krafft haben ſolle, als ob es im Teſtament ſelbſt enthalten wäre, iſt gemein und räthlich.

Einen Streit aber, der über einer ſolchen Scheda teſtamentaria entſtanden iſt, werden wir hernach vernehmen.

§. 61.

GRIBNER will zwar bey Reichs-Ständen von keinem Unterſchid zwiſchen Teſtamenten und Codicillen etwas wiſſen; es beruhet aber auch diſes auf dem oben verworffenen Grund, daß das Römiſche Recht bey diſer Materie in keine Conſideration komme, und es gibt es die tägliche Erfahrung, daß die groſſe Herrn und ihre Räthe dißfalls ganz anderſt dencken, als jener gelehrte, aber gar zu gern extravagirende, Mann. Codicille.

Wann alſo ein Teſtator Codicille macht, kommt es wieder auf ihn an, ob er eben ſo vil oder weniger Originalien davon, als von dem Teſtament ſelbſt, verfertigen, auch ob er ſie bey demſelben, oder wo ſonſt, verwahren laſſen will? Kayſer Carl V. gabe zwey ſeiner Codicille ſeinem Bruder in Verwahrung, von einem dritten aber, wobey der Bruder intereſſirt ware, lieſſe er ihme Copiam authenticam, um ſie bey ſeiner Linie zu behalten.

Was wegen eines gegen einander ſtreitenden Teſtaments und Codicills bey Hohenlohe-Bartenſtein vorgekommen iſt? ſiehe oben.

§. 62.

Exempel, wie Herrn, welche im Sinn gehabt haben, zu teſtieren, ſich zum Voraus von ihren Kindern oder Enckeln Reverſe haben ausſtellen laſſen, daß ſie ſolchem Teſtament nachkommen wollten, ſiehe unter Pfalz-Simmern, Naſſau-Catzenelnbogen, Leiningen-Weſterburg, ꝛc. Conſens.

Und wie andere Teſtatores ihre Söhne, oder auch weitere Nachkommen, in ihre würcklich verfertigte Teſtamente, oder andere elterliche Verordnungen, haben conſentiren, ſelbige mit-unterſchreiben und beſiglen, oder Reverſe darüber ausſtellen, oder ſie beſchwören laſſen? ſiehe unter Oeſterreich, Sachſen, Pfalz-Zweybrücken, Baden, Witgenſtein, ꝛc.

(1) Obſ. 17. Tom. 1. p. 70.

Wie hingegen Chur-Fürſt Johann Georg I. zu Sachſen zwar Anfangs gemeint geweſen ſeye, ſein Teſtament durch ſeine Söhne mitunterſchreiben zu laſſen, hernach aber ſeinen Sinn dißfalls geänderet habe? ſiehe unter **Sachſen**.

Wie Herzog Georg zu **Sachſen** ſeinen Bruder nicht zu Annehmung ſeines Teſtamentes habe bewegen können, welches auch darüber ein bloſſes Project gebliben iſt, ſiehe oben.

Ein Exempel eines von dem eventualen Succeſſore Agnato mitbeſigelten Teſtamentes ſihe unter **Würtemberg**.

Und wie ein Vater ſeine Diſpoſition durch die Freundſchafft mitſiglen laſſen, ſiehe unter **Solms**.

Von einer durch die Tochtermänner mit-unterſchribenen Dispoſition ſiehe unter **Stollberg**.

Löbliche Exempel, wie regierende Herrn wegen ihrer vorhabenden oder auch verfertigten Teſtamenten noch bey ihren Lebzeiten mit ihren Land-Ständen communiciret haben? ſiehe unter **Würtemberg, Waldeck**, ꝛc. Die Sache hat auch hernach um ſo vil ſichereren und mehreren Beſtand.

PFEFFINGER ſagt (1): Statuum Provincialium conſenſum priori caſu (wann über allodial-Güter teſtiret würde,) adhuc minus implorandum, ultro ſequitur, niſi pactis provilum ſit, ne alienentur inviti: Es läſſet ſich diſes auch wohl hören, wann nichts in ein Teſtament kommt, ſo die Landes-Verfaſſung mit betrifft; wo aber dergleichen geſchiehet, (wie es ſo offt geſchiehet,) da haben ja die Land-Stände ein Intereſſe dabey, folglich ein Jus contradicendi, mithin iſt es ganz keine unnöthige Sache, ihre Mit-Einwilligung zu erhalten.

Andere Teſtatores haben hingegen bloß ihren Land-Ständen, Unterthanen und Räthen, auf ihre Pflichten gebunden, ſo vil ſie könnten, darauf zu halten, daß ihrem lezten Willen nachgelebet werde: Herzog Georg zu Sachſen hat ſein Teſtament durch ſeine Land-Stände beſchwören laſſen wollen, es iſt aber nichts daraus worden.

§. 63.

Clauſuln. Neben deme bedienen ſich die Teſtatores auch ſonſt mancherley Mittel und Clauſuln, ihre Erben zu Feſthaltung ihres lezten Willens zu diſponiren: Bald bitten ſie, und geben gute Worte, halten ihnen den Seegen GOttes, rationes æquitatis & politicas für, u. ſ. w. bald ſezen ſie Flüche darauf. Ob der angedrohete Unſegen in caſum Impugna-

(1) in Vitriar. illuſtr. Tom. 4. p. m. 114.

pugnationis Teſtamenti von einem effectu Juris ſeye? ſiehe oben unter S. Weiſſenfelo.

Sonderlich aber iſt etwas gewohnliches, daß die Teſtatores auf den Contraventions-Fall ihre eingeſezte Erben der Erbſchafft, ſo vil ſie können, priviren.

Eine wohl-verclauſulirte Diſpoſition in caſum Contraventionis und ein bündiger darauf ertheilter Revers des inſtituirten Erbens kan unter Würtemberg bey Herzog Ludwigen nachgeſehen werden: Und ein merckwürdiges Exempel, da auf eine ſolche Clauſulam privatoriam geſprochen worden iſt, darüber ſich aber ſehr groſſe und ſchädliche Weitläufftigkeiten erhöben haben; ſiehe unter Heſſen: Gleichwie es aber mit diſem Fall ſeine ganz beſondere Bewandtniß gehabt hat; alſo kan man im Gegentheil vile Fälle aufweiſen, da zwar dergleichen Clauſul im Teſtament ſtehet, daſſelbe aber deßwegen doch nicht gehalten worden iſt; ja da man voraus verſicheren kan, daß, wann gleich aus ſolcher Clauſul auf Privation der Erbſchafft geklagt werden wollte, am Ende doch nichts herauskommen würde.

§. 64.

Executores Teſtamenti.

Gar offt ernennen und erſuchen auch die Teſtatores gewiſſe Perſonen, oder auch Corpora, zu Teſtamentarien, oder Executoribus ihres lezten Willens, und nehmen zu ſolchen bald den Kayſer, bald neben Ihme, oder ohne Ihne, ihre Vettern, oder andere Mit-Stände, oder einige aus ihren Rathen, Bedienten, Land-Ständen, u. ſ. w. Zuweilen ordnen die Teſtatores auch, wie es gehalten werden ſolle, wann einer oder der andere derer von ihnen ernannten Teſtamentarien mit Tod abgienge. Sie ſchreiben ihnen ferner öffters den Modum vor, wie ſie in Anſehung der ihnen aufgetragenen Execution verfahren ſollen, ingleichem, wie es mit denen darauf gehenden Unkoſten gehalten werden ſolle. Einige Teſtatores ſeynd ſo fürſichtig geweſen, daß ſie eine gewiſſe Zeit beſtimmet haben, inner welcher entweder das ganze Teſtament, oder doch ein und anderer ihnen beſonders angelegener Punct, zur Vollſtreckung gebracht werden ſollte.

§. 65.

Andere Manutenenz-Mittel.

Was ein Herr von Schwarzenberg von dem benachbarten Biſchoff und Dom-Capitul zu Würzburg ſich für einen Conſens- und Verſicherungs-Brieff der Manutenenz über ſein Teſtament habe ausſtellen laſſen? ſiehe oben. Ingleichem was von Chur-Fürſt Friderich Wilhelms zu Brandenburg Vorhaben, ſeinen Prinzen durch die Cron Franckreich zu Feſthaltung ſeines Teſtaments zu forciren, vorgegeben

und

und darauf geantwortet werden ist. Meistens und ordentlicher Weise aber wird der Kayser nicht so wohl zum Executore derer Testamente ernannt, als vilmehr ersucht, Krafft Kayserlichen obrist-richterlichen Amtes das Testament im Fall der Noth zu manuteniren.

§. 66.

Confirmation. Und noch gewohnlicher ist, daß die Testamente dem Kayser zur Confirmation übergeben werden; von welcher Uebergebung die Exhibirung eines Testamentes, die bloß zu dem Ende geschiehet, um es, tanquam judiciale ad Acta zu legen, wohl zu unterscheiden ist.

Die Frage: Ob es nöthig seye? ist bald abgethan: Wann in dem Testament etwas enthalten ist, wobey nach denen Reichs-Gesezen oder dem Reichs-Herkommen des Kayſers Gerechtsamen mit-interessirt seynd, da ist auch die Kayserliche Confirmation in so fern nothwendig: Wo aber zwar dises nicht ist, da ist die Confirmation nicht nothwendig, auch das einemal, nach Beschaffenheit des Innhalts, räthlicher oder überflüßiger, als das anderemahl.

Wann nun ein Testator die Kayserl. Confirmation suchen will, ist es der gewohnlichste und sicherste Weg, er thue es noch bey seinen Lebzeiten, weil sich da nicht so leicht, als nach dem Tode, Widerspruch ereignet, oder doch demselben noch eher begegnet werden kan; indessen findet sich doch, daß einige (vermuthlich, weil sie den Innhalt des Testaments bey ihrem Leben nicht haben wollen kund werden lassen,) ausdrücklich verlangt haben, die Confirmation solle erst nach ihrem Tod gesuchet werden. Man könnte zwar einwenden, daß denen bey der Sache Interessirten durch den Tod des Testatoris schon ein Recht anwachse, welches ihnen durch die erst hernach erfolgende Confirmation nicht mehr könne genommen werden: Wann man aber supponiret, etwas, so dem Kayser zur Confirmation übergeben und confirmabel erfunden wird, müsse seine innerliche Rechts-Krafft schon bey sich haben, ehe die Confirmation verlangt wird, und durch die Confirmation werde es nur für rechtskräfftig erklärt; so fället diser Einwurff von sich selbst hinweg. Oder betrifft es einen Punct, der des Kayſers Consens erfordert, so ist eigentlich diser, und kein anderer, dabey hauptsächlich interessirt, und so lange er seine Einwilligung noch nicht ertheilt oder abgeschlagen hat, hat auch kein Dritter in Ansehung dessen ein Jus quæsitum.

Exempel, da Testamente erst nach dem Tode des Testatoris von dem Kayser confirmirt worden, siehe unter Pfalz-Zweybrücken, u.s.w. add. das T. Staator. *Tom. 13. p. 480. seq.*

Die Confirmation eines Testamentes ist zwar keine Gnaden-Sache,

Sache, ſondern ein Stück des richterlichen Amtes, und diſes iſt dem Cammer-Gericht in regula eben ſo wohl anvertrauet, als dem Reichs-Hof-Rath; indeſſen finde ich doch keine Spuhr, daß das Cammer-Gericht in dem Beſitz ſeye, dergleichen Confirmationen zu ertheilen, ob es gleich Pacta, Transactiones, u. d. confirmirt; und weil es nun einmal ſo iſt, wird es wohl auch dabey verbleiben müſſen. Vermuthlich hat der aus übler Application des Römiſchen Rechts hergefloſſene Wahn, daß die oblatio Teſtamenti *Principi* geſchehen müſſe, Gelegenheit darzu gegeben.

Daraus, daß diſe Confirmatio res juſtitiæ, und nicht gratiæ, iſt, folget aber ferner, daß alſo am Kayſerlichen Hof ſolche Confirmationen bey dem Reichs-Hof-Rath, und nicht bey dem Reichs-Vice-Canzlar, oder der Reichs-Canzley, geſucht werden müſſen; weil diſer keine cauſæ cognitio zukommt, dahero auch eine allenfalls von ihnen ertheilte dergleichen Confirmation, wann es beym Reichs-Hof-Rath zum Widerſpruch käme, ohnmöglich in Betracht kommen könnte.

Nach der Reichs-Hof-Raths-Ordn. *Tit. 3. §. 15.* ſoll „wegen Beſtättigung und Confirmirung = = von vornehmen Reichs-Ständen aufgerichten Teſtamenten = = allezeit deren vidimirte Abſchrifft dem ſuppliciren beygelegt werden.„ Daß das Original oder eine Copie beygelegt werde, iſt darum nothwendig, weil vor einer Confirmation cauſæ cognitio hergehen muß; wann aber nur eine Copia exhibirt wird, iſt das Vidimus nöthig, weil die Copie ſonſt nicht glaubwürdig wäre.

Der Autor *Breviculi Praxis Imperialis aulicæ* gibt in Anſehung der beym Reichs-Hof-Rath geſuchten Confirmation eines Teſtamentes eben die Cautelen an die Hand, die wir wegen derer Familien-Verträge vernehmen werden.

Wie Kayſer Leopold ein Sachſen-Merſeburgiſches Teſtament durch eine Deputation von geheimen und Reichs-Hof-Räthen habe unterſuchen laſſen, ſiehe oben: Nunmehro darff dergleichen, Krafft der Kayſerlichen Wahl-Capitulation *art. 24. §. 13.* nicht mehr geſchehen.

Wie einige Söhne ſich am Kayſerlichen Hofe der Confirmation ihrer Väter Teſtamente widerſezet haben? ſiehe unter Anhalt-Bernburg, Mecklenburg, ꝛc. Der Herr von Ickstatt meint: (1) Daß die Confirmatio Cæſarea ertheilt werde, ohne derer Agnaten etwa machende weitausſehende Einſtreuungen zum Voraus in lange Deli-

(1) l. c. p. 10.

Deliberation zu ziehen, es wäre dann Sache, daß das negotium ohnehin das gesammte Fürstliche Haus mit-angienge, oder die von denen Agnaten gemachte Einwendungen statthafft erwisen und untrüglich dargethan würden; (dann daß in disen Fällen eine causæ cognitio vorhergehen müsse, werde niemand in Abrede stellen, seye auch der allgemeinen Reichs-Praxi conform;) welches dann um so gerechter seye, weilen dergleichen Confirmationes Cæsareæ gewohnlicher massen salvis Iuribus Cæsaris & Imperii ac cujuscunque Tertii pflegen ertheilt zu werden, und der Kayser voraus seze, daß der Impetrantische Testator in seinem Testament wider die Pacta Domus & Iura Agnatorum nichts einfliessen lassen, oder sich doch allschon mit selbigen werde abgefunden haben. Ich kan es aber denen Rechten nicht gemäß halten, daß der Richter dises supponiren dörffe: Der Innhalt des Testaments ist res facti, in facto aber darff der Richter nichts supponiren; es liesse sich auch in diser wichtigen Sache um so weniger thun, als es ja nicht an mehreren Exempeln von Testamentis quoad materialia illegalibus ermangelt, sondern eben darum wird causæ cognitio vorgenommen, daß man forderist sehe, wie das factum beschaffen seye; so dann aber urtheile: Ob es denen Rechten nach bestehen könne? Uebrigens kommt es freilich darauf an, wie die Einwürffe, so gegen die Confirmation gemacht werden, beschaffen seyn? Müßte, Falls sie Grund hätten, auch in Possessorio, wenigstens in summariissimo, Reflexion darauf gemacht werden, und die Einwendungen seynd nicht offenbar frivol; so muß die Confirmation so lange in suspenso bleiben, biß diser præjudicial-Punct abgemacht ist: Widrigen Falles aber, und wo die Einwürffe mehr in das Petitorium einschlagen, oder vom Zaun gebrochen zu seyn scheinen, kan man sie, der Confirmation ohnaufhaltlich, ad separatum verweisen. Ein Exempel einer, des von dem Erb-Prinzen dagegen gethanen Einwendens ungehindert, ertheilten Kayserlichen Confirmation siehe unter Anhalt-Bernburg.

Zuweilen, wann sich nemlich dergleichen Widerspruch ereignet, oder das Testament starck in das Publicum des Reichs oder eines Landes einschläget, oder sonst bedenckliche Sachen enthält, erstattet der Reichs-Hof-Rath forderist ein Votum ad Imperatorem; siehe z. E. unter Anhalt-Bernburg: Ausser deme aber ertheilt der Reichs-Hof-Rath die Confirmation für sich.

Die Confirmation pfleget in Substantialibus dises Innhalts zu seyn: Daß der Kayser das Testament in allen Worten, Clausuln, Puncten, Articuln, Innhaltung und (in Testamenten derer Evangelischen worin-

worinnen etwas wegen der Religion verordnet iſt,) was die Religion anbelange, ſo vil er daran vermöge des Religions- und Weſtphäliſchen Friedens zu beſtättigen habe, confirmire; und ob in demſelben einige Solennität abgehe, oder ſonſten ein Mangel ſich befinden ſollte, ſolchen erſeze. Doch findet ſich in der Kayſerlichen Confirmation de Anno 1689. des Herzoglich Sachſen-Merſeburgiſchen Teſtamentes kein ſolcher Vorbehalt wegen der Religions-Sachen, unerachtet dergleichen darinn vorkommen; es verſtehet ſich aber von ſelbſten. Sonſten kommen auch iezuweilen die Clauſuln vor: Daß es des Kayſers Hauſe unnachtheilig ſeyn ſolle, ꝛc. Clauſulæ ſolitæ aber ſeynd: Salvo Jure Imperatoris, Imperii & cujuscunque Tertii. Jedem wird dadurch ſo vil vorbehalten, als ſich bey allenfalls vorgehender Unterſuchung äuſſern werde, daß er Recht habe.

Formuln von Kayſerl. Confirmationen, deren einige allerley (vermuthlich von dem Teſtatore ſuppeditirte,) ſonſt ungewohnliche Clauſuln enthalten, ſiehe im T. Staatsrecht unter Sachſen, Braunſchweig, Würtemberg, ꝛc.

Wie, auf Verlangen, Copia Confirmationis è Cancellaria bewilliget, von dem Teſtatore aber dagegen proteſtiret worden iſt, ſiehe unter Anhalt-Bernburg.

Von der Würckung dergleichen Confirmationen iſt eben das zu ſagen, was von ſolcher rechtlichen Krafft bey denen Materien von dem Erſtgeburts-Recht, von Familien-Pacten, ꝛc. gemeldet worden iſt.

Wie ein Teſtator diſponiret habe: Wann er ſtürbe, ehe ſein Teſtament vom Kayſer confirmirt würde, ſollte es dennoch eben ſo vollkommen gelten, als wann es von dem Kayſer confirmirt wäre, ſiehe unter Mecklenburg: Es iſt aber diſes eine ſeltſame Clauſul, weil ein Teſtator ja nicht das officium ſupremi Judicis ſuppliren, noch in propria cauſa hujus cognitionem vernehmen, und den Ausſpruch thun kan, daß ſie zu Recht beſtändig ſeye.

§. 67.

In Anſehung der Revocation laſſe ich es bey denen gemeinen Rechten. Revocation.

Der Vorbehalt, ein errichtetes Teſtament in totum vel tantum wieder abändern oder gar aufheben zu können, iſt einer derer überflüſſigſten, weil es ohnehin Juris iſt; indeſſen mag es meinetwegen auch hier heiſſen: Superflua non nocent.

Daß, wann ein Herr ein Teſtament errichtet, hernach aber ſeinen Willen ändert, und würcklich ein anderes macht, das lezte und

nicht das erſte, zu beobachten ſeye, verſtehet ſich zwar ebenfalls von ſelbſten; indeſſen geſchichet doch nicht übel daran, wann, alle Chicanen um ſo mehr zu verhüten, die vorige Teſtamente in dem lezten ausdrücklich wieder aufgehoben und caßiert werden; davon man vile Exempel und Formuln antrifft.

Von einem aus Haß gegen den Bruder errichteten, nachhero aber, auf Interponirung anderer Mittels-Perſonen, per Pactum wieder caßirten, Teſtament ſiehe unter **Leiningen Weſterburg.**

Wie Landgraf Philipp zu Heſſen ſeine erſtere Teſtamente zwar revociret, ſelbige aber um gewiſſer Urſachen willen nicht habe caßiren wollen? ſiehe oben.

Und was ein Teſtator, der das Original ſeines vorigen Teſtamentes nicht zur Hand bringen können, wegen deſſen Revocation und Caſſation für Cautelen gebraucht habe? ſiehe unter **Sayn.**

Einen Streit: Ob, wann ein Teſtament caßirt worden iſt, der darzu gehörige und von neuem confirmirte Codicill dannoch beſtehe? ſiehe unter **Würtemberg.**

Einen Streit aber: Ob ein hinter einem Verſtorbenen geſundenes Teſtament nicht von ihme nachhero revociret worden ſeye? ſiehe unter **Hohenlohe-Bartenſtein.**

Und was eine angebliche mündlich geſchehene Abänderung eines ſchrifftlich hinterlaſſenen Teſtamentes für Streitigkeiten erregen könne? kan man unter **Sachſen-Meiningen** erſehen.

Ein Pactum zwiſchen einer Mutter und ihren Söhnen, daß jene ihr Teſtament nicht änderen wolle, ſiehe unter **S. Eiſenach.**

Die Gültigkeit dergleichen Pactorum beruhet auf eben denen Gründen, nach welchen ipſa facultas teſtandi eingeſchräncket, ja gar benommen werden kan.

§. 68.

Aenderung einiger Umſtände.

Wann nach errichtetem Teſtament ſich einige Umſtände ändern, und daſſelbe dadurch in diſem oder jenem (doch nicht in der Haupt-Sache,) auch alteriret wird, erinneren es die Teſtatores nicht unweislich in beygefügten Codicillen, und geben an die Hand, wie es nunmehro darinn ſolle gehalten werden.

§. 69.

Publication.

Wie noch bey Lebzeiten des Teſtatoris, gewiſſer beſonderer Umſtände wegen, die Publication ſeines Teſtamentes und Codicills habe geſchehen ſollen? ſiehe unter **Anhalt-Bernburg**: Es ſcheinet aber doch, es ſeye nicht würcklich dazu gekommen. Hieher gehöret auch, wann

Regen-

Regenten noch bey ihrem Leben ihre lezten Willens-Diſpoſition mit ihren Erben oder Land-Ständen communiciret haben. Man kan nicht ſagen, daß es widerſprechend ſeye; dann es ſtehet ja jedem frey, ob und auf was Weiſe er noch bey ſeinem Leben kund werden laſſen will, was ſein lezter Wille ſeye; nur wann er hernach ſeine Meinung andert, (daran ihm die beſchehene Publication nicht hinderlich iſt,) iſt es ein vergeblicher Actus geweſen; dahero und weilen die Teſtamente ordentlicher Weiſe erſt durch den Tod beſtättiget werden, deren Publication auch meiſtens biß nach deſſen Erfolg verſchoben wird.

Unten (1) bemerckter Autor ſchreibt von Publication derer beym Reichs-Hof-Rath deponirten Teſtamenten: I Si quis Teſtamentum ſuum offerat ſummo Principi, id eſt, in Conſilio Imperiali Aulico, Referens dicat: Ad acta, & probe aſſervetur. Quod proinde in Archivo & ſingulari ſcrinio bene aſſervandum erit. II. Si porro hæres poſt mortem Teſtatoris teſtamentum publicandum petat, decernatur: Fiat, præſentibus Intereſſatis, proxima die N. III. Comparente itaque Hærede, vel intereſſato, Teſtamenti publicationem conſecuto, teſtamentum coram pleno Conſilio aperitur, ſalvis integris Signaturis & porro deſuper ſcribitur: Publicatum die N. ejusque Copia concedatur Intereſſatis ex Cancellaria. IV. Neque enim opus eſt, ut legatur publice in præſentia teſtium, nec ut teſtes ex officio citentur, & manus ſigillique ſui ſignaturam recognoſcant. Hoc enim is demum movere & prætendere noverit, qui forte teſtamentum, ex capite teſtium, impugnare voluerit. V. Si vero Teſtes convocati comparuerint & ſigilla manusque ſuas recognoverint, dicatur: Publicatum die N. præſentibus teſtibus, manus ſuas & ſigilla recognoſcentibus; eoque evitatur Cavillatio ratione teſtium.

Von Publication derer beym Reichs-Hof-Rath deponirten Teſtamenten ſiehe auch unter Anhalt-Bernburg, Oettingen, ꝛc.

Die Depoſition der Teſtamenten kan aber auch bey dem Cammergericht geſchehen; ſiehe unter Heſſen-Homburg.

Wann die Publication des Teſtaments geſchehen ſolle? diſſfalls machen zuweilen die Teſtatores ſelbſt eine Verordnung. Wo das Sachſen-Recht üblich iſt, pflegt man bis nach dem 30ſten Tag nach erfolgtem Tod zu warten; anderwärts iſt es arbitrair. Zuweilen verordnen die Teſtatores, daß ein Stück, z. E. wegen der Begräbniß,

(1) Brevic. Prax. Imp. aul. Tit. 10. p. m. 53. ſq.

Vormundschafft, ꝛc. gleich nach dem Tod, das übrige aber zu gewohnlicher oder bestimmter Zeit, publiciret werden solle.

Sehr ausführliche Dispositionen wegen Publication derer Testamente und Relationen, wie selbige befolgt worden seyen, trifft man oben resp. unter Hessen-Darmstatt und Würtemberg an.

Was es im Hause Mecklenburg wegen der Publication eines Testamentes, welches der Agnat nicht hat erkennen wollen, für Streit gegeben habe? siehe oben; so auch, was von Publication Chur-Fürst Carls zu Pfalz Testaments erzählet worden ist.

§. 70.

Executions-Recesse. Mehrmalen geschiehet es, daß die Executores Testamenti ordentliche Executions-Recesse errichten. Noch mehrers aber geschiehet es, daß die Erben selbst unter einander solches thun; zumalen, wann das Testament hier oder da dunckel ist, oder sich Fälle ereignen, welche nicht darinn entschiden seynd; und kan man bey Chur-Fürst Johann Georgs I. zu Sachsen Söhnen ein Exempel sehen, wie sich jezuweilen Vettern, oder andere gute Freunde, oder auch die Land-Stände, in das Mittel schlagen müssen, um zu disem Zweck zu gelangen.

§. 71.

Editio Testamenti. Von Streitigkeiten pto Editionis Testamentorum siehe unter Oesterreich, Sachsen-Meiningen, Leiningen-Westerburg, ꝛc.

Einen Streit wegen der von einem Con-Domino verlangten Inspection des väterlichen Testamentes siehe unter Holstein.

§. 72.

Mehreres remittive. Schließlichen ist hiebey auch noch das folgende Capitel, wie auch das Teutsche Familien-Staatsrecht, nachzusehen.

* * *

Von der Testamente Innhalt, Anfechtung, ꝛc.

§. 73.

Schrifft. Schrifft hievon:

Meine Diss. de Legitima S. R. I. Statuum Liberorum utriusque Sexus, tam legitimorum, (sive ex æquali sive ex inæquali Matrimonio procreatorum,) quam naturalium; Franckfurt an der Oder, 1738. 4. und in meinen *Opusc. Acad. p. 182. seqq.*

So dann seynd auch die oben angezeigte Schrifften zu conferiren.

§. 74.

Enterbung. Ehe ich von der Erb-Einsezung rede, will ich noch einiges von der Enterbung melden.

Wie

Wie Kayſer Ferdinand I. ſeinen Prinzen gleiches Nahmens, wegen der von ihme getroffenen Miß-Heurath, habe enterben wollen; doch hernach diſſalls auf gelindere Gedancken gebracht worden ſeye? ſiehe im T. Staatsr. *Tom. 19. p. 13.*

Ferner ſollen in dem Hauſe Oeſterreich, Krafft einer noch nicht public gewordenen Verordnung, (deren Spuhren ſich aber *l. c. Tom. 15. p. 480.* finden,) alle, ſo nicht der Romiſch-Catholiſchen Religion beypflichten, von der Succeſſion ausgeſchloſſen ſeyn. Ob nun diſe anmaßliche Diſpoſition in einem Teſtament, oder wo ſonſt, zu befinden ſeye? weiß ich nicht.

Von denen im Hauſe **Bayern** darüber entſtandenen Händeln, als Herzog Ludwig der Bartigte ſeinen Sohn, Ludwig den Höckerigten, enterben wollen, conf. *l. c. Tom. 12. p. 366.*

Von Landgraf Albrechts des Unartigen zu **Thüringen** attentirter Enterbung ſeiner Prinzen erſter Ehe vid. *ibid. Tom. 19. p. 29. ſeqq.*

Wie Herzog Georg zu Sachſen ſeinem Bruder Heinrich, auf den Fall, da er ſeiner Vorſchrifft in Religions-Sachen nicht nachkommen würde, (vermeint- und vergeblich,) ſo gar die Succeſſion der Lande und Leute habe entziehen wollen? ſiehe hernach. add. *Tom. 24. p. 446.*

Den Schein einer Enterbung hatte es, ware es aber in der That nicht, als die Herzogin Johannetta zu **Sachſen-Eiſenach** ihren älteren Prinzen von der Succeſſion in ihrem Theil der Grafſchafft Sayn ausſchloſſe; dann diſer durffte dagegen ſeinem jüngeren Bruder aus dem Eiſenachiſchen um ſo vil weniger zur Apanage geben.

Graf Carl zu **Hohenzollern** enterbte An. 1575. ſeinen vierten Sohn, Graf Carl Joachimen. add. *l. c. Tom. 16. p. 564.* was wegen der Enterbung der Agnaten auch allda beliebt worden iſt.

Wie Graf Ernſt Wilhelm zu **Bentheim** ſeine aus erſter Ehe erzeugte Söhne ſolle enterbet haben? ſiehe im T. Staatsr. *Tom. 19. pag. 212.*

Daß der ſeltſame Graf Friderich Chriſtian zu Schaumburg-**Lippe-Bückeburg** gehofft habe, der Reichs-Hof-Rath werde wegen der mit ſeiner Gemahlin gehabten Händel gegen ſeine aus rechtmäßiger Ehe erzeugte Söhne die Exhæredation erkennen, erſiehet man aus deſſen anmaßlichen Ehe-Pacten mit der von Gall de An. 1725. *f. 10.* Er hat ſich aber in ſeiner Einbildung gar ſehr betrogen.

So haben wir endlich auch oben gehört, daß teſtierende Perſonen vilfältig die Straf der Enterbung darauf ſezen, wann ihre eingeſezte Erben ſich nicht ihrem lezten Willen gemäß bezeugen würden.

§. 75.

§. 75.

Erb-Einsezung.

Was aber die Erb-Einsezung anbelanget, so will ich zur Probe einiges in facto anführen.

Im Hause Oesterreich testierte K. Ferdinand I. An. 1543. „So ordnen und setzen Wir, wie one das von GOtt und der Natur und allen Rechten billig ist, vermeldt Unser liebste Sün und Töchtern, so Wir, wie oblaut, jetzt in Leben haben, und auch die, so Wir noch künfftiglich überkommen möchten, zu Unsern unwidersprechlichen, waren und rechten Erben, nach Unsern tödtlichen Abgang, Unsere Kunigreiche, Fürstenthumb, Land und Leut, on meniglichs Irrung und Verhinderung, erblich zu besitzen, zu regieren, zu niessen und damit zu handlen, wie hernach folgt. „ Er ordnete nemlich, daß die Söhne die Lande, die Töchtern aber, so lange ein Manns-Stamm vorhanden seye, ein gewisses Heurath-Gut und Heimsteuer für ihren gebührenden väterlichen Erbtheil, so dann für eine gewisse Summ Preciosa, oder den Werth dafür, bekommen sollen, ꝛc.

Wie Kayser Ferdinand II. An. 1621. alle seine Söhne und Töchtern zu Erben eingesezet habe? siehe im T. Staater. *Tom. 12. p. 414.* Indessen aßignirte er doch hernach denen Prinzeßinnen ebenfalls bloß ihr Heurath-Guth und Heimsteuer, statt ihres väterlichen Guts und Erb-Gebühr.

Chur-Fürst Johann Georg I. zu Sachsen berühret in seinem Testament forderist die Töchtern und sezet: Selbige würden sich an ihren Fürstlichen Ausstattungen, vermöge ihrer geleisteten Verzichte, genügen lassen; hernach aber meldet er von der Hæredis institutione das *L. c. Tom. 12. p. 445. sqq.* und *Tom. 14. p. 8. sqq.* angeführte.

Herzogin Johannetta zu Sachsen-Eisenach, Erb-Gräfin zu Sayn, testierte An. 1685. also: „Solchennach ist Unser mütterlicher Wille, daß Unsern ältern Prinzens, Herzog Johann Georgens zu Sachsen, Lbden die unzerstümmlete Ihro zukommende, obgleich nur väterliche, Lande dergestalt ansehen wollen, als wann darinnen zum Theil Wir Selbst zu Unserm mütterlichen Se. Lbden instituiret, und Ihro Ihr Antheil, nehmlich die Helffte, über welche Sie, vermöge Saynischen Rechts und Observanz, nicht prætendiren können, und, wann solches in Anschlag kommen sollte, nicht gar Unsers jüngern Sohns Lbden väterliches Deputat abwerffen würde, verschafft hätten: In mehrerer Erwegung, daß Unsere hochseel. Frau Mutter und Wir die Uns entzogene und von mächtigen Händen vorenthaltene Grafschafft mit grosser Mühe und schweren Kosten, (die, wann Wir sie

speci-

ſpecificiren ſollen, ſich auf viele 1000. belieffen, und nicht allein aus der Grafſchafft, ſondern anererbten Gräfl. und Heßiſchen Mitteln meiſtens genommen worden,) vindiciren und gleichſam von neuem acquiriren müſſen; alſo, daß Wir, über dieſelbe zu diſponiren, deſto freyere Hand haben, ſeynd auch zu Sr. Lbden und denen Rechten des Vertrauens, daß diſe Umſezung zu beyderſeits Unſerer Kinder Beſten und auf getroffene Vereinbahrung Unſers an Land und Leuten Uns zuſtehenden Vermögens unabwendigen Beſtand haben ſolle und müſſe: Und ſezen demnach, auf ſolche Weiſe des verglichenen Beytritts, in Unſer Antheil der Grafſchafft Sayn, wie Wir dieſelbe biß an Unſer End beſeſſen, oder beſizen mögen, an Lehn und allodial-Stücken, mit allen darzu gehörigen Landes-Hoheiten, Lehenſchafften, Regalien, Recht- und Gerechtigkeiten, Anſprüchen und Forderungen, ꝛc. ꝛc. zu einem wahren Erben ein, Unſern freundlich geliebten jüngern Sohn, Prinz Johann Wilhelmen, ſo lange derſelbe im Leben, oder, ꝛc. ꝛc. nach Sr. Lbden ſeel. Hintritt, deſſen älteſten Sohn, ſo ſelbiger vorhanden wäre, und nach demſelben deſſen Sohns Sohn, oder, wenn auch deren keiner vorhanden ſeyn würde, jezthochgedachten Prinz Johann Wilhelms andern und zweyten Sohn, und alſo förderiſt, als lange Sr. Lbden männliche Linie währet: Nach ſolcher Linien gänzlichen Abgang aber, oder, auf den Fall gemelter Unſer geliebter Sohn, oder deſſen männliche Erben, Unſern Tod nicht erleben ſollten, alsdann Unſern freundlich geliebten ältern Sohn, Prinz Johann Georgen, allermaſſen wie zuvor bey Prinz Johann Wilhelm und deſſen männlichen Nachkommen vermeldet, allerſeits nach dem Recht der Erſt-Geburt, und zwar alſo und dergeſtalt, daß, woferne nach GOttes Schickung beyde Unſere gedachte Söhne und deren männliche Poſteritat ohne männliche Leibes-Erben mit Tod abgehen würden, alsdann Unſer Antheil der Grafſchafft Sayn auf Unſere beyde geliebte Töchter, Frau Eleonora Erdmuth Louyſa, Herzogin zu Sachſen, vermählte Marggräfin zu Brandenburg, und Prinzeßin Friderica Eliſabetha, (Sie hätten gleich männliche Erben oder nicht,) zu gleichen Theilen, oder auch, da deren noch eine im Leben, auf ſelbige allein, fallen, dagegen aber beyde, oder leztern Falls die Eine, verbunden ſeyn ſollen, denen von Unſern Prinzen herrührenden Nachkommen weiblichen Geſchlechts (da deren vorhanden,) insgeſammt ſo vil an baarem Gelde, als der vierte Theil deren geſammten Intraden Unſers Antheils der Grafſchafft Sayn austrägt, binnen drey Jahren zum Abſtand zu erlegen.

Wie Chur-Fürſt Carls zu Pfalz Teſtament, darum, wo

unverſtändige Concipiſt die Hæredis inſtitutionem darinn vergeſſen hatte, als null verworffen worden? ſiehe oben.

§. 76.

Fideicommiſſe.

Die Materie von Fideicommiſſen, wie ſie in Teutſchland üblich ſeynd, verſpahre ich in das T. Familien-Staatsrecht: Doch will ich von denen nach Römiſchem Fuß eingerichteten Fideicommiſſen hier ſo vil melden.

Herzog Bernhard zu Sachſen-Jena ſubſtituirte ſeiner Wittwe in denen ihr legirten Mobilien und Inventarien ſeinen Prinzen, diſem ſeine Prinzeßin, und ihro ſeine, des Teſtatoris, Brüder: Als aber die Prinzeßin nach ihres Bruders Tod die Väterliche mobiliar-Erbſchafft cum intereſſe moræ forderte, excipirten die Agnaten: Teſtamentum paternum de eo caſu loqui, quo non tantum Uxor Maritum, ſed & Filius Patrem, morte præveniſſet: Incongrue ergo ad caſum diverſum trahi, & Fideicommiſſum tacitum fingi. Porro Filium factum fuiſſe Hæredem Patris & obſtare Sorori ſemper renunciationem; imo ſi Teſtator expreſſiſſet hunc caſum Filiamque nominaſſet, eſſe tamen diſpoſitionem Pactis & Conſuetudini Familiarum adverſam. Der Herr von Ludolf (1) iſt dabey ad Qu. an dicta Diſpoſitio Parentis Fideicommiſſum tacitum inducat? der Meinung: Non ex quibuslibet verbis tacitum Fideicommiſſum effingere licet; - - ſed Diſpoſitio, de qua erat quæſtio, non, niſi violenta interpretatione, ad Fideicommiſſum trahebatur.

Die Juriſten-Facultät zu Halle aber antwortete (2) auf die Frage: Ob aus dem §. 8. des Herzoglichen Teſtaments, darinn die Worte befindlich: „Wir wollen auf den Fall, wenn Unſerer Frau Gemahlin Liebden Unſern Todes-Fall nicht erleben, offtberührter Unſer Sohn auch vor Uns mit Tode abgehen ſolle, alle Unſere Mobilia und Inventaria Unſerer Fräulein Tochter, Prinzeßin Maria Charlotta, hiernächſt überlaſſen, und vermacht, und, daferne diſe alsdann gleichfalls nicht mehr am Leben ſeyn würde, dieſelbige nachgehends erſt Unſern Herrn Brüdern und Landes-Succeſſoren legiret haben;„ in gegenwärtigem Fall ein Fideicommiſs inducirt werden könne, und die Herzogin Maria Charlotta die vorhandene Mobilia und Inventaria daraus zu fordern berechtiget ſeye? Es ſeye die Herzogin, aus dem Väterlichen Teſtament

(1) de Jur. Fœm. ill. p. 126.
(2) vid. Conſil. Halenſ. Tom. 2. Lib. 1. p. 367.

ment die vorhandene Inventaria und Mobilia zu fordern, anjezo nicht berechtiget.

Bey dem von diſes Herzogs Wittwe hinterlaſſenem Teſtament entſtunde ebenfalls Streit: Ob die darinn befindliche Worte, darinn unter anderem von denen angeſchafften Tapeten, Silber-Geſchirr und anderen Sachen diſponiret worden ware, vor ein Fideicommiſs zu achten ſeyen? Die JCti zu Haile antworteten (1): Daß die in dem mütterlichen Teſtament befindliche Diſpoſition wegen der Tapeten und Silber-Geſchirr vor ein Fideicommiſs allerdings zu achten, daſſelbige auch in Rechten beſtändig ſeye, und der Teſtatricin Prinzeßin ſich deſſen billig annoch zu erfreuen habe.

Wie zwiſchen Heſſen-Caſſel und Darmſtatt hefftig geſtritten worden ſeye: Ob das Marpurgiſche Teſtament ein Fideicommiſs enthalte? u. ſ. w. ſiehe im T. Staater. *Tom. 15. p. 364. ſqq.*

Graf Carl Günther zu Schwarzburg gienge einige Zeit damit um, welchergeſtalt er etwa durch Aufrichtung einer gewiſſen Diſpoſition ſeine Gemahlin, wegen der ſonderbaren Lieb und Treue, ſo ſie ihme bey währendem Eheſtand bewiſen, mit einem anſehnlichen aus ſeiner Verlaſſenſchafft bedencken, und, nebſt demſelben, ſo ihr ohne das laut der Ehe-Pacten verſchriben, recompenſiren möchte: Dieweil er aber darüber in eine ziemlich harte Kranckheit gefallen, hat er kurz vor ſeinem Ende, bey guter Vernunfft, ſeinem ältern Bruder Ludwigen, in Beyſeyn ſeiner Schweſter, welche ihn beſucht, ſeine Gemahlin beſter maſſen recommendirt, ihre groſſe und mehr, als ſie ſchuldig zu thun geweſen, erwiſene Treue gerühmet, und den Bruder mit beweglichen Worten gebeten, daß derſelben dasjenige, was er mit gutem Gewiſſen, ohne jemands Vervortheilung, erworben hätte, gelaſſen werden möchte; welches Graf Ludwig, in Gegenwart des Beicht-Vaters und mehr als 10. anderer Perſonen, mit gegebener Hand, willig verſprochen, auch kurz hernach gegen ſeines Bruders Gemahlin, ſelbigem alſo nachzukommen, abermalen mit Handſchlag erkläret. Als nun nach ſeinem Tode hierüber bey verſchidenen Rechts-Gelehrten angefragt wurde, antwortete die Juriſten-Facultät zu Wittenberg: Es ſeyen deſſen Geſchwiſter, nach vorhergehender Beybringung, der Wittwe ihres Gemahls erworbene Güter auszuantworten ſchuldig, die Trebellianicam aber abzuziehen und vor ſich zu behalten wohl befugt: Wann auch gleich der dritte Bruder bey dem angeregten Fideicommiſſo ſelbſten

(1) vid. l. c. p. 364.

nicht gewesen; weil aber dasselbe sonsten zu Recht beständig, so seye doch derselbe, seines verstorbenen Bruders Willen auch seines Theils zu erfüllen, pflichtig.

Der Schöppen-Stuhl zu Jena antwortete: Es seyen die Erben ab intestato, nach Abkürzung ihrer Trebellianicæ, der Wittwe alle dasjenige, was ihr Gemahl zum ehrlichsten erworben, Krafft dises Fideicommissi zu restituiren, auszuantworten und abfolgen zu lassen, und darzu nicht weniger der abwesende Bruder, als die anwesende Geschwister, unzweifentlich verbunden.

Der Schöppen-Stuhl zu Leipzig endlich gabe zur Antwort: Des Verstorbenen anwesend gewesene Geschwister seyen, angeregter Disposition und Fideicommiss, wofern sie desselben geständig, allerdings nachzukommen, oder, auf den Fall ihres Verneinens, ihre Wissenschafft, auf Verlangen der Wittwe, vermittelst Eydes anzuzeigen und zu eröffnen, schuldig. Ob auch gleich der eine Bruder bey Aufrichtung angeregten Fideicommissi nicht gegenwärtig gewesen: Da aber dennoch solches in Beyseyn fünf Zeugen geschehen; so wäre solches Fideicommiss zu Recht kräfftig, und dennoch auch der abwesend gewesste Bruder, demselben seines Theiles allerdings gebührlich nachzukommen, schuldig.

Um das Jahr 1724. scheinet in dem Hause **Solms-Laubach** die Frage davon gewesen zu seyn: Ob die Clausul: die Capitalien nicht zu verthun, pro fideicommissaria zu halten seye? Die Juristi zu Halle antworteten (1): Es führen die Wörter: „nicht zu verthun„ allerdings ein Fideicommissum Familiæ mit sich.

§. 77.

Legaten. Von Legaten findet sich in denen oben angeführten Testamenten sehr viles; das allermeiste aber ist nichs besonderes; dahero ich hier nur folgendes davon melden will.

Im Hause **Anhalt-Bernburg** enstunde wegen eines Legats Streit.

Bey Coccejo (2) findet sich diser Fall: Eine Fürstin erklärte vor siben Zeugen ihren lezten Willen dahin: Daß sie ihren Gemahl zum Universal-Erben eingesezt, und, nachdem sie von demselben erhalten, daß sie dasjenige, was ihr von ihrem Gemahl geschencket worden, seiner Prinzessin Schwester verlassen möchte, hat sie dise Vermächtniß

(1) vid. Consil. Halens. Tom. 2. Lib. 2. p. 1575.
(2) in Deduct. in caus. Illustr. p. 1082.

niß dahin mit dem Zuſatz eingerichtet: Daß es der Prinzeßin vermacht ſeyn ſollte; jedoch nach ihres Gemahls Willen, Diſpoſition oder Belieben. Nach ihrem Tod lieſſe der Fürſt der Prinzeßin ſehr anſehnliche Stücke davon zukommen, auch, als dieſelbe ſich vermählt, eine Specification deſſen, was ihr ausgelifert worden, auffezen und von ihr unterſchreiben. Nachhero ſchritte er zur zweyten Ehe, und ſeyte diſe ſeine zweyte Gemahlin zur Erbin ex aſſe ein, mit der Erklärung: Daß er ſeiner Frau Schweſter und deren Fürſtlichen Angehörigen bey ſeinen Lebzeiten bereits nach ſeinem Vermögen ſo vil gedienet, daß ſie damit vergnügt ſeyn könnten, ſo, daß niemand etwas ferner von allem dem, ſo er verlaſſen würde, auſſer gewiſſe Perſonæ miſerabiles, von der Erbin fordern ſollte: Die obgedachte Prinzeßin machte aber dannoch eine Anſprach auf die aus der erſten Gemahlin Teſtament noch übrige Donationes. Als nun gefragt wurde: Ob ſolche Forderung zu Recht beſtändig ſeye? antwortete man: Man müſſe des Fürſten Teſtament für verbindlich und dadurch die Erbin nicht für obligirt halten.

Bey dem Herrn von LUDEWIG (1) findet ſich diſes: Iſt (circa An. 1730.) ein gewiſſer Reichs-Fürſt verſtorben, hat, wie es ſeine Kinder nach ſeinem Tod halten ſollen, eigenhändig aufgezeichnet, und dabey verſchidenen ſeinen Bedienten etwas von ſeiner Verlaſſenſchafft vermacht. Die Kinder erkennen nach des Vaters Tod ſeinen bloſſen Fürſtlichen Willen unter ſich; vermeinen aber, die Legata den Fremden, als Bedienten, deßwegen nicht gehalten zu ſeyn, weil in diſem lezteren Fall die Rechte bey der väterlichen Diſpoſition nothwendig Zeugen erforderten, und, der gemeinen Praxi nach, deren fünf, oder doch zween, ſeyn müßten: Es wird darauf ex Jure civili ausgeführt, daß die Kinder, oder Fürſtliche Prinzen und Prinzeßinnen, ſchuldig wären, den Bedienten die Vermächtniſſe ohne Widerrede zu bezahlen.

Was es wegen eines von Grafen Friderich Magno zu Erbach ſeiner Wittwe verſchafften Legats für Streit gegeben habe? ſiehe im T. Staatsr. *Tom. 21. p. 405.*

In dem An. 1643. 26. Jul. zwiſchen der Hanauiſchen Wittwe, Catharina Belgica, ihrer Tochter, der Landgräfin zu Heſſen-Caſſel, und Graf Friderich Caſimirs zu Hanau Vormundſchafft getroffenen Receß wurde der Punct wegen eines Legats von 50000. Reichsthaler, ſo Graf Philipps Moritz zu Hanau ꝛc. ſeiner Mutter und Schweſter im Teſtament de Anno 1637. vermacht, ausgeſezt.

(1) in ſein. gelehrt. Anzeig. Tom. 1. p. 100. ſqq.

§. 78.

Mehreres von der Enterbung.

Nun will ich auch meine eigene Gedancken über die bißhero abgehandelte Puncten beyfügen. Zwar was die Enterbung oder Ausschlieſſung von Land und Leuten belanget, habe ich das meiſte im T. Familien-Staatsrecht berühret, laſſe es auch bey meiner allda geäuſſerten Meinung in puncto Judicis competentis in diſer Sache nochmals bewenden.

Was aber die Urſachen der Enterbung anbelanget, ſo laſſen ſich davon keine Reglen geben; dann ich habe behauptet, es ſeye diſes keine ordentlicher Weiſe ſich vor die Reichs-Gerichte qualificirende Sache, ſondern eine Staats-Sache, ſo vor das ganze Reich gehöret, in welcher zwar, in gewiſſen Umſtänden, der Kayſer vileicht etwas proviſorie verordnen könnte, aber nicht als obriſter Richter, ſondern Krafft ſeiner obriſten Aufſicht in denen Reichs-Sachen: Nun hat aber das Röm. Reich das Römiſche Recht zwar in judicialibus zur Norm angenommen, aber niemalen in Staats-Sachen, und keine andere hieher applicable Principia haben wir, als das allgemeine Staats- und Völcker-Recht; mithin würde es, wann ſich ein ſolcher Fall zutragen ſollte, lediglich darauf ankommen, wie der Kayſer und das Reich die Sache nach leztbeſagten Gründen anſehen wollten.

Was ins beſondere die Religion belanget; ſo hat es zwar nach dem Völcker-Recht allerdings ſeine Richtigkeit, daß in ſouverainen Staaten ein Regent oder Familie, wegen Verſchidenheit der Religion, NB. mit Conſens derer Reichs-Stände, von der Regierung oder Thron-Folge ausgeſchloſſen werden kan; alleine in Teutſchen Staaten laufft es wider die Reichs-Grund-Geſeze, und die ſo gar dem geringſten Unterthanen in Teutſchland zuſtehende Freyheit, die Religion änderen zu dörffen; und entweder kan das, was von Oeſterreich geſagt worden iſt, in Anſehung deſſen teutſcher Erb-Lande nicht beſtehen, oder es ſeynd auch keine Catholiſche Herrn in Sachſen, Pfalz, Würtemberg ꝛc. und andern Häuſern, wo Stamm-Pacta wegen Erhaltung der Evangeliſchen Religion im Haus vorhanden ſeynd, Succeſſions-fähig. Das in der Marburgiſchen Succeſſions-Sache gefällte Urthel kan diſes ganz nicht umſtoſſen; Dann 1. ware vor dem Weſtphäliſchen Friden noch ein Problema: Ob die reformirte Religion unter die in Teutſchland erlaubte zu rechnen ſeye? 2. Fiele der Periodus diſer Urthel in die Zeit des 30. jährigen Krieges, und es iſt nach dem Friden nie ausgemacht worden, ob ſie unter die durch den Fridens-Schluß caßierte oder beſtättigte Urtheile gehöret habe.

Was

Was aber die privat-Erbſchafft eines Reichs-Standes anbelanget, (davon unten wird gehandelt werden,) weil diſes eine Sache iſt, darinn die Reichs-Stände, Falls ihnen nicht etwa per Pacta, u. d. die Hände gebunden ſeynd, vermöge Reichs-Herkommens eben ſo vile Freyheit zu teſtiren haben, als Privati, es auch weder ihre Ehre noch eigentliches Gut betrifft, mithin ſich dergleichen Streitigkeiten unfehlbar auch nicht an den Reichs-Convent, ſondern an ein Reichs-Gericht, qualificiren; ſo halte ich auch davor, daß diſſfalls in Enterbungs-Sachen die principia Juris Romani in ſo weit ſtatt finden, als ſie, nach der Ermeſſung des oberſten Richters, mit der Staats-Verfaſſung unſeres Reichs, und beſonders der hohen Würde eines Reichs-Standes, compatibel ſeynd.

Aus diſem Grund folget aber auch gegen GRIBNERN, daß es keinesweges angehe, einen Sohn quoad Patrimonium privatum zu exhæreditren, ohne eine Urſach anzuzeigen; ſondern der Teſtator muß allerdings melden, warum er es thue, und leiden, daß der Richter darüber cognoſcire: Ob diſe Diſpoſition denen Rechten nach beſtehen könne oder nicht? Wobey ich jedoch keinesweges laugne, daß unter ſolchen Standes-Perſonen noch mehr aus dem Natur- und Völcker-Recht hergeleitete Urſachen der Enterbung Platz greiffen können, als welche in denen Römiſchen Rechten in Anſehung derer privat-Perſonen angegeben werden.

§. 79.

Die nächſte Frage iſt: Ob die Reichs-Stände ihren Kindern eine Legitimam oder Pflicht-Theil (in ſenſu Juris Romani, nach welchem pars bonorum Lege debita, Liberis à Teſtatore ſine onere relinquenda, darunter verſtanden wird,) zu hinterlaſſen ſchuldig ſeyen? Einige ſagen ſimpliciter ja; andere überhaupt nein: Ich in meinem Theil dencke, man müſſe verſchidene Fälle von einander unterſcheiden. Legitima.

Was die Söhne betrifft, ſo iſt es entweder um Land und Leut, oder um die privat-Erbſchafft zu thun: Erſteren Falles hat das Primogenitur-Recht in dem Haus oder Linie, davon die Frage iſt, ſtatt oder nicht. Wo die Primogenitur gilt, da können die Nachgebohrene keine Legitimam verlangen; wie im T. Staater. *Tom. 14 p. 387. ſqq.* mit mehrerem gezeigt worden iſt: Wo aber die Primogenitur nicht üblich iſt, da haben, nach meiner zu Anfang diſes Capitels angeführten Diſſertation, folgende Säze ſtatt, bey denen ich nochmals bleibe: Scilicet Jure Primogenituræ non introducto, circa Feuda nullum eſt dubium, poſſe Patrem, accedente cauſæ cognitione

(1) at-

(1) atque approbatione Cæſarea, illa inter Filios inæqualiter dividere, (2) ita, ut uni alterive Legitima in ſenſu Juris Romani ſalva non maneat. (3)

(1) Qua in tantum opus eſt, ut appareat: an iis, quibus minor Portio fuit aſſignata, tantum ad minimum relinquatur, quantum pro Apanagio, ſive pro Suſtentatione, & Stemmate digna & reditibus Feudi conveniente, ex arbitrio Judicis ſive boni viri decet?

(2) An etiam ita, ut Primogenito minor portio tribuatur ipſo invito? dubito; cum neque Obſervantia neque Leges faveant.

(3) Qui enim poteſt majus, ſcilicet integrum Feudum unico Primogenito conferre, dummodo vel is, vel Pater, Poſtgenitis de Apanagio proſpiciat, eum poſſe & minus, per ſe patet.

Hinc nec excipiendus eſt is caſus, cum æqualis Succeſſio inter Liberos Obſervantiæ eſt in Familia quadam illuſtri; etſi enim in argumentis ſic dictæ Jurisprudentiæ privatæ illuſtris multum tribuatur ejusmodi Obſervantiis, id tamen tunc demum procedit, ubi contrarium legitimo quodam modo recenter non eſt conſtitutum. Si tamen Obſervantia hæc in Familia quadam Legis inſtar habeatur, tunc eidem contraveniri nequit.

Quodſi nec Approbatio Cæſarea accedat, Filii tamen paternam diſpoſitionem ratam habeant, (1) ab eadem Poſteri recedere non poterunt.

(1) Illuſtre eſt exemplum in Domo *Haſſiaca*, ubi Philippus Teſtamento An. 1562. condito Bona ſua inter Liberos ita diviſit, ut Filio Guilielmo Caſſellano ſemiſſem, Ludovico Marpurgenſi tres unicas, Philippo Butzbacenſi & Georgio Darmſtadino vero reliquas tres uncias attribueret, in quo etiam acquievere Filii.

(2) Niſi nimia ſit læſio & plane nulla proportionis redituum ratio habita. Extra hunc caſum vero ideo non poterunt agere, quia, per hactenus deducta, ſecundum Principia Familiarum Germanicarum illuſtrium, Obſervantia Imperii ſtabilita, Poſtgeniti non, niſi condigna Alimenta, petere poſſunt; neque efficacia Pactorum ejusmodi à Confirmatione Cæſarea pendet, ceu mox videbimus.

Si vero Diſpoſitioni paternæ neque Cæſarea Confirmatio, neque

neque Filiorum ratihabitio, acceſſerit, iſta Diſpoſitio non equidem erit nulla, (1) audiendi tamen contra eandem erunt contradicentes. (2)

(1) Confirmatio enim Cæſarea Teſtamenta, Pacta gentilitia, Transactiones, &c. non reddit, ſed declarat, validas, *arg. Capit. Carol. VI. art. 11.* idque operatur, ut nulla contra eas Exceptio admittatur, niſi Confirmationis ſub- & obreptæ.

(2) Eos enim, quorum intereſt, contra diſpoſitionem, ſingularem ſuccedendi modum ſtatuentem, excipientes audiendos atque rationum ab iis propoſitarum rationem habendam eſſe, jubet indubia Praxis Imperii, imo ipſa naturalis æquitas.

Cæterum Filiis junctim ſumtis non ſolum Legitimam in Feudo, ſed integrum Feudum, deberi & Juris communis (1) eſt & publici Imperii Germanici.

(1) *2. F. 8.*

Circa Bona allodialia immobilia, Fideicommiſſo aliisque Pactis de non alienando haud obnoxia, liberam Patri teſtandi facultatem eſſe arbitramur, (1) dummodo Filiis junctim ſumtis ſalva maneat Legitima. (2)

(1) Allodiorum enim hoc proprium eſt, quod libere circa ea poſſit diſponere Poſſeſſor.

(2) Cum enim Obſervantia Imperii hoc tantum velit, quod Filiis inter ſe Legitima non debeatur, de reliquo Jus commune obtinebit.

Poſtgenitis autem Legitima Juris Romani neque ex his allodialibus præciſe debetur. (1)

(1) Ex ſæpius adducta ratione, quod vi Obſervantiæ Imperii Alimenta tantum condigna petere queant.

In Bonis allodialibus Paternis mobilibus plerumque (1) ſuccedit ſolus Primogenitus, ubi Jus Primogenituræ introductum eſt; eo vero ceſſante equidem ab inteſtato æqualiter ſuccedunt Filii, neque tamen Pater prohibetur, inæquales Portiones conſtituere, (2) nullo ad Legitimam reſpectu habito.

(1) Inſtituti rationem habentes iterum aliquot modo ex quam pluribus exempla producimus: (nemlich die Pacta von Würtemberg de An. 1617. und de An. 1649. ſo dann das Sachſen-Gothaiſche Teſtament de An. 1688.)

Interdum vero major quidem pars Primogenito, natu tamen minoribus ſimiliter quædam Portio aſſignatur. (Siehe

Chur-Fürſt Johann Georgs I. zu Sachſen Teſtament und Codicill.)

(2) Hier wird Landgraf Philipps zu Heſſen Verordnung de Anno 1562. angeführt.

(3) Ex jam ſæpe dicta ratione, quod Pater, Status Imperii dignitate gaudens, Filiis poſtgenitis nil, niſi Alimenta Stemmate digna, relinquere teneatur.

Und ſo kan ich es allerdings auch bey deme laſſen, was ich wegen der Töchter ſtatuiret habe, nemlich:

Multo minus Legitima debetur hoc caſu (wo es um die Succeſſion in Lehen zu thun und das Erſtgeburts-Recht eingeführet iſt,) Filiabus, ſed aſſignata ſive dote & ornamentis &c. (Ausſteuer,) ſive portione alimentaria, eas oportet eſſe contentas. (Diſes erhellet nun noch mehr aus denen im Fam. Staatsrecht abgehandelten Materien von der Töchtern Verzicht, vom Heurath-Gut, von der Ausſteuer und von den Töchtern überhaupt.)

Minime itaque opus eſt Filiarum inſtitutione pro Hæredibus, quocunque nomine fiat. (1)

(1) Cum id ipſum alium effectum habere nequeat, quam quod Alimenta eis & in caſum Matrimonii Dos & Ausſteuer debeatur; at vero hæc ipſis tum quoque debentur, cum non ſunt ſcriptæ hæredes. Fieri tamen quandoque, ut diſerte Hæredes inſtituantur, novimus. (Z. E. in dem Lippe-Detmoldiſchen Teſtament de An. 1694.)

Filiabus & Feudis maſculinis (wann gleich das Erſtgeburts-Recht nicht eingeführt iſt,) nihil debetur de Praxi Germaniæ univerſali, (1) præter alimenta atque Dotem & Ausſteuer.

(1) Quæ adeo nota & ſibi ſemper conſtans eſt, ut nemo, niſi rerum Germanicarum inſigniter ignarus, de eadem poſſit dubitare; addimus tamen in horum gratiam Exemplum &c. (von Heſſen de An. 1562. und 1568.)

In Fœmininis Feudis extincta Sobole maſcula ſuccedunt Fœminæ & tunc idem in illis circa Fœminas juris eſt, quod in maſculis.

Filiæ, ſi (in Allodialibus) cum Fratribus concurrant, in Germania ab omni ævo fuere excluſæ ab Hæreditate paterna immobiliari, (1) ex qua tamen & alimenta & dotem (2) & Ausſteuer capiunt.

(1) In plerisque Familiis receptæ ſunt juratæ Filiarum illuſtrium renun-

renunciationes; neque in libero Filiarum arbitrio poſitum eſt: an renunciare velint, nec ne? ſed tenentur, teſtibus multarum Renunciationum formulis, Pactis dotalibus atque Gentilitiis, &c. imo ipſa renunciatio fit majoris tantum cautelæ gratia; ipſo enim omnino Jure haberi Filias pro renunciatis ex eo patet, quod & illæ Filiæ, quæ non renunciarunt, (renunciationes enim hujusmodi tum demum fieri conſueverunt, cum Filiæ nubunt,) nihil ex hæreditate paterna allodiali immobili capiant, teſte notoria totius Germaniæ Praxi.

(2) Niſi ad hujus ſolutionem teneantur Status provinciales, vel Subditi.

Majoribus dubiis involuta res eſt, ſi concurrant Filiæ cum maſculis Agnatis gradu remotioribus, neque vel per Pacta, vel Renunciationes, vel alio ſingulari titulo, Maſculis jus quoddam quæſitum ſit in Bona allodialia alterius Lineæ. Nobis ita videtur. In Familiis Electorum atque Principum Fœminas regulariter excludi per Agnatos, ſalvis ſemper Alimentis atque Dote &c. viciſſim autem in Familiis Comitum atque Baronum Agnatos regulariter cedere Fœminis, quibus tamen hoc quoque caſu Legitima per Patrem poteſt auferri. (1) Von denen Noten zu diſem Satz will ich nur die lezte beyfügen.

(1) Teſte Obſervantia Imperii, ex *ſeq. ff.* apparente, vi cujus Filias illuſtres, quomodocunque caſus ceciderit, dote vel alimentis contentas eſſe oportet.

Maſculino autem Stemmate prorſus extincto, ſuccedere quidem poſſunt Fœminæ, neque tamen neceſſario ſuccedunt, quin potius ſæpius & tunc per Pacta Jus ſuccedendi (ohne ihnen eine Legitimam zu laſſen,) ipſis aufertur, favente Imperii Obſervantia. (Die Noten mögen hier wegbleiben.)

Multo ergo minus (da die Nachgebohrene Söhne nicht einmal Legitimam davon fordern können,) (1) Filiæ Jus aliquod quæſitum, à nemine ipſis auferendum, habent circa talia (allodialia) Mobilia, vel Legitima in iisdem ipſis neceſſario eſt relinquenda, etiamſi eſſent ultimæ cujusdam Lineæ, (3) imo Stirpis univerſæ. (4)

(1) Concluſio hæc in antiquiſſima, continua & univerſali Imperii Obſervantia fundata eſt.

(2) Apparet id ex Diſpoſitionibus paternis ſupra allatis, per quas jubentur, Dote ſua eſſe contentæ, nec quicquam petere

ex hæreditate paterna. Ejusdem quoque plerumque tenoris sunt Renuntiationes. (Zum Exempel wird ein Hanauiſcher Verzicht angeführt.

(3) (Als ein Exempel habe ich eine Stelle aus dem Heßiſchen Erb-Vertrag de An. 1568. hinzugeſezt.) Interdum tamen certa quædam pecuniæ Summa per averſionem in hunc caſum ipſis aſſignatur. (vid. der Hanauiſche Stamm-Vertrag de An. 1610)

(4) Quem tamen in caſum iterum in compenſationem aliquam Filiabus paratæ pecuniæ ſumma quædam, nullam tamen ad Legitimam proportionem habens, conſtitui ſolet. (vid. Die Sächſiſch-Brandenburg- und Heßiſche Erb-Verbrüderung und die Heſſen-Caſſel- und Hanauiſche Pacta ſucceſſoria de Annis 1643. und 1714.) Sic dantur aliæ etiam Familiæ, ubi Filiabus Gentis ultimis ratione Mobilium per expreſſa Pacta proſpectum eſt. (vid. den Vertrag zwiſchen Oeſterreich und Würtemberg de An. 1599.)

Daß auch diſes alles dem Herkommen derer weltlichen Häuſer in Teutſchland gemäß, mithin Rechtens, ſeye, wird noch klärer werden, wenn man mit dem hier geſagten dasjenige verbindet, was von dem Verzicht der Töchter, von der Concurrenz derer Agnaten und derer Töchter, von der Erb-Folge derer Töchter und von denen Erb-Verbrüderungen in dem T. Familien-Staatsrecht ausführlich beygebracht worden iſt.

Wann nun ein Kind, oder Enckel, ꝛc. in Legitima inſtituiret wird; ſo erkläret ſich entweder der Teſtator zugleich auf eine denen bißherigen Sätzen gemäße Weiſe, was er damit meine, (z. E. die nicht regierende Söhne ſollten ihr Deputat, oder die Töchtern ihren Unterhalt und Heurath-Gut, loco Legitimæ haben,) alsdann iſt es gut, und es bleibt dabey: Oder er ſezet nichts weiteres hinzu; ſo müſſen forderiſt die Lehen- und Familien-Fideicommiſs-Güter, darinn der ordo ſuccedendi ſchon ausgemacht iſt und nicht geändert werden kan, weggerechnet werden; bleibet ſo dann noch etwas an Immobilien oder Mobilien übrig, ſo iſt ſolches als die Maſſa hæreditaria anzuſehen, und deducto ære alieno, &c. die Legitima darnach (ſalvis in ſubſidium Alimentis, Dote, &c.) zu berechnen: Bleibt aber nichts übrig, darinnen eine diſpoſitio teſtamentaria Defuncti ſtatt hätte, oder die Schulden abſorbiren es, u. d. ſo iſt es eben eine Mißgeburt eines Teſtamentes, die keine Würckung haben kan.

Ein

Ein mehreres von der Legitima ſiehe *Cap. prox. ſeq.*

§. 80.

Bey denen Römern ware die Erb-Einſezung in ihren Teſtamenten das wichtigſte Stück, weil es auf den guten Willen der teſtierenden Perſon ankame, wer ihre Erben ſeyn ſollten, oder doch wie fern? und ihre Verlaſſenſchafft ware das Haupt-Object des lezten Willens. Bey denen Teutſchen groſſen Herrn dagegen verhält es ſich anderſt, und ſie müſſen meiſtentheils den gröſten und wichtigſten Theil ihres Vermögens gewiſſen Perſonen, welche ſchon in denen Lehen-Brieffen und Rechten, oder doch in denen Familien-Verträgen, u. ſ. w. darzu ernennet ſeynd, überlaſſen, ſie mögen wollen oder nicht; dahero auch meiſtens der gröſte Theil ihrer Teſtamente von ganz andern Dingen handelt: Indeſſen, weil nun die Teſtamente bey uns einmal nach dem Römiſchen Fuß gemacht werden, hält und nennt man auch die Erb-Einſezung noch immer für das Haupt-Stück eines Teſtamentes, und ſie kan auch bey Reichs-Ständen, nach denen in diſer Teſtaments-Materie oben zu Grund gelegten principiis, absque vitio nullitatis, nicht unterlaſſen werden; dann es mag einer auch eine noch ſo ſehr eingeſchränckte Macht zu teſtieren haben, ſo muß er doch ſagen, wer das, was er frey hinterläßt, bekommen ſolle? Will er aber darinn der Sache bloß den Lauff laſſen, den ſie nach denen Verträgen oder gemeinen Rechten haben ſolle, und er will nur etwas wegen ſeiner Begräbniß u. d. verordnen, oder in Regierungs-Sachen, ꝛc. etwas diſponiren; ſo hat er nicht nöthig, ein Teſtament zu machen und ſich derer darzu erforderlichen Solennien zu bedienen, ſondern ſo darff er es nur machen, wie Herzog Ernſt zu S. Gotha und Andere, nemlich eine Regiments-Ordnung, Vormundſchaffts-Ordnung, Begräbniß-Reglement, u. d. machen, ſo iſt es eben diſes; es wäre dann, daß er in caſum contraventionis den Verluſt der Erbſchafft darauf ſezen wollte: Dann das ſupponiret eine Erbſchafft, worüber frey diſponiret werden kan, und die Ernennung eines Erbens, der darinn folgen ſolle; hierzu aber wird ein Teſtament erfordert. Erb-Einſezung.

Was aber die eigentliche Ausdrücke der Erbs-Einſezung anbelangt; ſo halte ich allerdings dafür, daß man einen Reichs-Stand an keine gewiſſe Formuln oder Worte zu verbinden habe, ſondern daß, (wie in Chur-Fürſt Friderich Wilhelms zu Brandenburg erſten Teſtament,) genug ſeye, wann an der Sache ſelbſt kein Zweifel iſt; ob man gleich, zu Verhütung aller Chicanen, beſſer thut, man bediene ſich derer gewohnlichen Worte eines Erbens und einer Erb-Einſezung.

Eine im Codicill beſchehene Erklärung der Erb-Einſezung ſiehe unter S. Coburg.

Wo das Erſtgeburts-Recht eingeführet iſt oder wird, da iſt, vorhin erwiſener maſſen, nicht nöthig, die Nachgebohrene in dem ihnen angewiſenen Deputat an Gütern, Gefällen oder Geld præciſe zu Erben einzuſezen; add. was auch bereits in dem T. Staater. *Tom. 14. p. 387.* geſagt worden iſt. Hinwiederum, wann auch gleich die nicht regierende Nachgebohrene, (ſie ſeyen nun mit Geld, Gefallen oder Gütern abgefunden,) mit zu Erben eingeſezet werden, alteriret doch ſolches in der Haupt-Sache lediglich nichts, noch macht es, wie Einige meinen, auch nur eine Præſumtion für die Nachgebohrene, daß deßwegen z. E. in Anſehung derer Mobilien, oder ſonſt, in dubio eher für ſie zu ſprechen ſeye, als wann ſie nicht zu Erben ernannt wären; maſſen ſolche Erb-Einſezung der Nachgebohrenen ebenfalls gar offt in denen ganz zu favor des Primogeniti eingerichteten Teſtamenten geſchiehet, ja wohl auch die Töchter auf eben die Weiſe, wie die Söhne, zu Mit-Erben ernannt werden, und doch hernach ausdrücklich diſponirt wird, ſie ſollen lediglich nichts, als ihr Heurath-Gut und Ausſteuer, oder reſp. ihren Unterhalt, bekommen.

Eben ſo wenig alſo, oder noch weniger, hat man Urſach, die Töchtern zu Erben zu ernennen.

Seynd nun aber alſo ein von der Regierung ausgeſchloſſener Sohn und eine Tochter keine eigentliche Mit-Erben, oder reſp. doch nur Hæredes in re certa, ſo können ſie auch in dubio nicht zu denen dem Succeſſori univerſali obligenden Oneribus angehalten werden: Doch kan es kommen, daß ſie, zumalen Söhne, Krafft ausdrücklicher Elterlicher Verordnung, oder in Conformität deren Analogie, pro rata daran mit-concurriren müſſen; davon an ſeinem Ort.

§. 81.

Ungleiche Theile.

Ob ein Reichs-Stand, in deſſen Haus das Erſtgeburts-Recht noch nicht eingeführet iſt, unter ſeinen Söhnen ungleiche Theile machen könne? diß-falls laſſe ich es bey meiner in dem Reichs-Herkommen gegründeten, und von Andern ebenfalls beliebten, Meinung bewenden; nemlich quod ſic.

§. 82.

Gravirung des Nachfolgers.

So wenig aber ein Vater in denen Fällen, wo die Legitima, oder ein Pflicht-Theil, ſtatt hat, denſelben graviren kan; eben ſo wenig kan ein Teſtator, der jemand nur in dem zum Erben einſezt, was

er

er ihm ohnedem, Krafft derer Rechte oder Verträge, ꝛc. hinterlassen muß, denselben etwas wider seinen Willen aufbürden.

§. 83.

Undeutliche Testamente.

Was für grosse Beschwerlichkeiten es nach sich ziehen könne, wann ein Testament, besonders was die Erb-Einsezung, oder die denen Erben zuzutheilen gesonnene Stücke oder Jura, antrifft, nicht deutlich genug abgefasset wird, davon kan unter anderem das im T. Staatsr. *Tom. 14. p. 7. sqq.* von Chur-Fürst Johann Georgens I. zu Sachsen Testament angemerckte zur Warnung dienen.

§. 84.

Worüber testiret werden könne.

Was endlich die Erbschaffts-Stücke selbst anbelangt, so seynd selbige entweder Land und Leute, oder Mobilien, und andere privat-Güter und Stücke; von jenen ist so vil zu wissen genug, daß selten ein Reichs-Stand über Land und Leute testieren kan, weil meistens die Successions-Ordnung durch die Lehen-Brieffe, Familien-Verträge, Primogenitur-Ordnungen, groselterliche Testamente, u. s. w. schon so regulirt ist, daß ein zeitiger Besizer nichts darzu noch davon thun, und nicht nur keinen Fremden, sondern auch nicht einmahl einen Stamms-Verwandten, an welchem die Reihe noch nicht ist, zum Erben einsezen kan: Von denen Mobilien und privat-Gütern aber wird das nächstfolgende Capitel handeln.

Es ist aber ferner hiebey eines besonderen, (denen Römischen Rechten ganz unbekanntens, doch bereits von verschidenen Staats-Rechts-Lehrern angemerckten,) Umstandes zu gedencken, daß nemlich vile testirende Reichs-Stände sich nicht in denen eigentlichen Schrancken eines Testamentes halten, und nicht bloß wegen ihrer Erben, deren allenfallsigen Tutel, Successions-Ordnung, u. s. w. disponiren, Legaten verschaffen, ihre Leiche bestellen, ꝛc. sondern daß manche auch über dises verordnen, wie es künfftig in disen oder jenen Stücken in Ansehung der Landes-Regierung, derer Land-Stände und Unterthanen ꝛc. gehalten werden solle; und zwar dises öffters nicht per modum einer wohlgemeinten Erinnerung, oder eines guten Raths, sondern præceptive, in vim Legis & Sanctionis pragmaticæ; wie dann verschidene Testatores ihren lezten Willens-Verordnungen selbsten ausdrücklich die Qualität eines Familien- oder auch Land-Grund-Gesezes beygeleget haben; siehe z. E. unter Braunschweig, Würtemberg, ꝛc. womit sie sich also nicht so wohl als Testatores, als vilmehr, wie Herr von Ickstatt wohl erinnert hat, als Gesezgebere aufführen. Daß auch manche Testamente und andere solche Verordnungen bey denen Nachkommen

kommen und von denen Unterthanen würcklich als Familien- und Land-Grund-Geſeze reſpectieret werden, davon haben wir Exempel in denen Häuſern **Oeſterreich**, **Sachſen**, **Brandenburg**, **Pfalz**, **Würtemberg**, **Lippe**, **Witgenſtein**, und vilen anderen; einen Reichs-Hof-Räthlichen Spruch aber auf ein ſolches Teſtament, tanquam Statutum Familiæ perpetuum, ſiehe unter **Waldeck**. Es iſt ferner unter Reichs-Ständen etwas gar gewohnliches, daß ſie ſich in ihren eigenen Teſtamenten, wie in Sachen, ſo eigentlich und gewohnlicher maſſen ein Objectum Teſtamentorum ſeynd, ſo auch in Publicis, auf ihrer Eltern und Vor-Eltern Teſtamente beziehen: So dann werden offt die Teſtamente derer Vor-Eltern, beſonders quoad Publica, noch in denen Familien-Verträgen derer ſpaten Nachkommen beſtättiget.

Wo nun alles diſes mit gutem Willen der Succeſſorum, auch Land und Leute, abgehet, da bedarff es auch keiner weiteren rechtlichen Unterſuchung: Volenti enim non fit injuria: Wie aber, wann Streit darüber entſtehet: Ob und wie weit ein Teſtator befugt ſeye, in dergleichen zu diſponiren? Des Herr von Ickstatts Säze ſeynd, (wie es in Streit-Schrifften gar offt ergehet,) in der latitudine, wie ſie da ligen, gar zu übertriben, und was würde für eine Confuſion in Teutſchland daraus werden, wann einem jeden bizarren Herrn, der wohl gar ſeinem Succeſſori gern etwas anhängen möchte, z. E. Herzog Carl Leopolden zu **Mecklenburg**, ja auch allen es gutmeinenden, aber es offt ſo übel treffenden, Regenten erlaubt ſeyn ſollte, ihren Succeſſoribus, die weder ihre Kinder ſeynd, noch eine wichtige Erbſchafft von ihnen erhalten, verbindliche Regierungs-Reglements vorzuſchreiben und in Landes-Sachen nach Gutfinden zu diſponiren? Billig machet man alſo forderiſt einen Unterſchid unter dergleichen teſtamentlichen Staats-Verordnungen, ſo ferne ſie die Succeſſores an der Regierung, oder Land und Leute, betreffen. Jene anbelangend; ſo iſt wiederum ein Unterſchid zwiſchen Kindern und Fremden: Jene ſeynd nach göttlichen Rechten freylich ihren Eltern in billigen, oder doch nicht wider das Gewiſſen und gemeine Beſte lauffenden, Dingen Gehorſam ſchuldig: In Anſehung derer Agnaten ꝛc. aber iſt ein Unterſchid zwiſchen deme, was ihnen der Teſtator nothwendig verlaſſen muß, und deme, was er ihnen entziehen könnte, zu machen. In dem lezteren kan er zwar ſeine Succeſſores verbinden, daß, wann ſie ſeine Erben ſeyn wollen, ſie auch die Conditiones, unter welchen er ihnen die Erbſchafft verläſſet, erfüllen, oder aber ſich der Erbſchafft entſchlagen müſſen; bey der erſten Sorte von Gütern aber ſuccedirt der Nachfolger dem Teſtatori nicht

aus

aus deſſen beneficio, ſondern Jure proprio, der Teſtator konnte ſie ihme nicht entziehen, alſo kan er ihm auch conditionem nicht duriorem machen, und ſo wenig ein Vater ſeines Sohnes Legitimam graviren kan, ſo wenig kan ein ſolcher Anteceſſor ſeinen Succeſſorem mit dergleichen Verordnungen graviren. Ein Reichs-Stand hat wohl poteſtatem legislatoriam, doch nur reſpectu ſeiner Unterthanen, aber nicht in Anſehung ſeiner Agnaten ꝛc. und wie eines Regentens poteſtas legislatoria ohnſtreitig mit ſeinem Tode aufhöret, alſo daß, cæteris paribus, ein Succeſſor die von ſeinem Regierungs-Vorfahren hinterlaſſene Geſeze, wann ſie ihme nicht länger anſtehen, eodem jure wieder aufheben kan, als ſie diſer gegeben hat; ſo iſt nicht abzuſehen, noch zu erweiſen, daß die Teſtamente Jure, ſive Naturæ, ſive Gentium, ſive Germanico, ſive civili, einen ſo exceſſiven favor hätten, daß etwas, ſo von einem Succeſſore, Krafft ſeiner, nicht von ſeinem Vorfahrer, ſondern von GOtt, dem Kayſer und Reich, habenden Landes-Hoheit und Regierungs-Amts, ſonſten abgeändert werden könnte, darum unveränderlich bleiben müßte, weil ſein Vorfahrer es in ſeinem Teſtament ſo gewollt habe.

So vil aber Land-Stände und Unterthanen betrifft, ſo kommt es forderiſt darauf an: Ob und wie fern ein Landes-Herr extra caſum Teſtamenti in Landes-Sachen Geſeze geben, Ordnungen machen kan? u. d. Dann ſo fern er diſes nicht, oder doch nicht ohne Concurrenz derer Land-Stände und Unterthanen, kan, in ſo ferne kan er auch nicht darüber teſtieren; weil eadem ratio iſt, und denen Land-Ständen und Unterthanen ſchlecht proſpiciret wäre, wann ein Landes-Herr zwar bey ſeinem Leben nichts ihnen nachtheiliges verfügen, oder etwas nicht ohne ihre Concurrenz vornehmen könnte, wohl aber vor ſeinem Tod: Und wie ein Anteceſſor ſeinem Succeſſori weder verbieten kan, Land und Leuten eine Gnade zu erzeigen, noch verhinderen kan, daß nicht Fälle exiſtiren könnten, da das Land ſich auſſerordentlich freywillig angreiffen müßte, hingegen aber alsdann billig ſich hinwiederum etwas anderes dagegen ſtipulirt; ſo kan auch eine ſolche teſtamentariſche Diſpoſition in Landes-Sachen weder einem Privilegio gratioſo, noch oneroſo, oder Pacto zwiſchen Herrn und Unterthanen, in dem Wege ſtehen.

Endlich iſt eine artige Anmerckung, welche unten (1) angezeigter Autor von denen Teſtamenten groſſer Herren macht: Sic virtus laudatur & alget, ſolentque voces ultimas Theologorum aut Præcepto-

(1) Herr Weismann in Hiſtor. Eccl. N. T. Tom. 2. p. m. 623.

ceptorum ſibi ingratas eadem nauſea contemnere & negligere Succeſſores vel Diſcipuli, qua Principes Teſtamenta Anteceſſorum vel Parentum, meliorem regiminis formam ſub finem vitæ ſuadentium, quam ipſi, cum viverent vigerentque, nunquam tenuerunt; und die Erfahrung beſtättiget, daß ſolcherley Teſtamente nicht nur in dergleichen, ſondern auch (zumalen, wo es der Teſtator gar zu ſehr nach ſeinem Kopf in ewige Zeit hat haben wollen,) darüber in manchen andern Puncten, ja wohl überhaupt, ſchlecht genug gehalten, oder auch wohl offentlich angefochten werden; dahero ein Regent, welcher ſeinen lezten Willen gerne beobachtet wiſſen will, ja nicht den Bogen in ſolcherley Sachen überſpannen, noch die Freyheit ſeines Succeſſoris allzuſehr einſchränckẽ, ſondern Mäßigung darinn gebrauchen, ſich ſelbſt in die Stelle eines ſolchen Succeſſoris ſtellen, GOtt und der Zeit auch etwas überlaſſen, ſo dann endlich bedencken muß, quod Lege inventa fraus inventa ſit, und daß er ein Menſch ſeye, der unmöglich alles über- oder durchſehen und bey ſeiner beſten Meinung irren, oder doch nicht alles auf alle Fälle weislich und verbindlich genug einrichten, alsdann aber erſt, gegen allen ſeinen Willen, ſein Haus und Land durch ſeine Diſpoſition in die gröſte Zwiſtigkeit und Schaden bringen kan; dahero Herzog Ernſt zu S. Gotha weislich verordnet hat, daß ſeine Deſcendenten, nach Erforderung der Umſtände, von deme, was er in Publicis verordnet hat, mit geſammtem Rath wieder ſollten abgehen können.

§. 85.

Andere Materialia Teſtamentorum.

Was die übrige Materien: Ob ein Stand ꝛc. nur über einen Theil ſeiner Verlaſſenſchafft teſtiren könne? item von Fideicommiſſen, von der Subſtitutione vulgari & pupillari, von der Falcidia und Trebellianica, de inofficioſo Teſtamento, u. ſ. w. betrifft, ſo bin ich der Meinung: Das Jus Romanum gelte darinn auch inter Illuſtres in ſo weit pro principio, als kein widriges Herkommen in einem Haus vorhanden und es auch inter Privatos in Teutſchland, oder doch in der Provinz, davon die Frage iſt, üblich iſt; und erinnere ich mich jezo keines dabey vorkommenden Umſtandes, von welchem ich glauben könnte, daß er unſerer Staats-Verfaſſung, oder der Würde und denen Freyheiten derer Reichs-Stände, zuwider wäre.

§. 86.

Spatium deliberandi.

Der Herr von Ickstatt glaubt: „Wann ein Fürſtliches Teſtament mit keinem weſentlichen Vitio behafftet, die Teſtaments-Erben auch, aut eorum nomine Tutores, ſelbiges zu agnoſciren und anzutretten

tretten nicht anſtehen; ſo mag ſolche agnitio voluntatis paternæ ohne fernere Hinderniß geſchehen, ohne daß jemand ſolche durch ein proprio nomine begehrtes ſpatium deliberandi, als welches notorie eigentlich nur denen Hæredibus zukommt, hintertreiben oder rückſtellig machen könne. Dann poſito, es werde eine Ueberlegungs-Friſt, oder deliberandi ſpatium, ad agnoſcendum Legatum, acceptandam Tutelam, aliosque Teſtamenti articulos, ſo doch das Haupt-Weſen Diſpoſitionis teſtamentariæ nicht betreffen, à Judice anverlangt; ſo ſtehet ſolches weder der Agnitioni, weder valori atque Confirmationi, Teſtamenti, im Wege, ꝛc.„ Ich kan ihme auch darinn wohl beyſtimmen; nur folget das noch nicht daraus, worzu er es angeführet hat, als ob nemlich, wann die Erben das Teſtament agnoſciren, ſelbiges deßwegen ſo gleich confirmirt und darnach (wenigſtens in Poſſeſſorio) geſprochen werden könne, ob gleich Diſpoſitiones quoad Publica darinn enthalten wären, welche dem Land, oder anderen Tertiis, nachtheilig ſeyn könnten: Sondern wie, vorhin deducirter maſſen, ein ſolches Teſtament eigentlich ein gedoppeltes Werck, und theils eine Diſpoſition wegen der Erbſchafft, theils ein Familien- oder Land-Grund-Geſez, ſeyn ſolle; alſo gehet freilich das, was die Rechte wegen des ſpatii deliberandi, u. d. verordnen, den oder die Erben allein an, und andere können kein ſpatium deliberandi begehren, ſie haben es aber auch nicht nöthig, ſondern wie das Teſtament differente Subjecta & Objecta betrifft, ſo mag der Erb ihretwegen, ſo vil die Erbſchafft belangt, thun was er will, und ſie ſalviren ebenfalls ihre mit der Erbſchafft und dem Erben in ſo weit ganz nicht connectirende Jura für ſich, und widerſezen ſich pro ſuo Intereſſe der Confirmation, oder ergreiffen andere Remedia Juris gegen das Teſtament.

§. 87.

Der Teſtamenten Agnition.

Exempel limitirter Agnitionen derer Teſtamente und Codicille ſiehe unter **Pfalz-Sulzbach, Heſſen-Rheinfels, Würtemberg**, ꝛc. Und wie **Darmſtatt** das Marpurgiſche Teſtament weder acceptiret noch verworffen habe, was aber hernach daraus erfolget ſeye? ſiehe im T. Staatsr. *Tom. 15. p. 363.*

§. 88.

Vollziehung.

Einige, denen ihr Gewiſſen ſagte, daß das, was ihre Vorfahren in ihren Teſtamenten geordnet haben, noch nicht vollzogen ſeye, haben ihre eigene Erben erſucht, ſolches nach ihrem Tode zu Werck zu richten; ein dergleichen Exempel ſiehe unter **Oeſterreich**: Und ein Exempel, unter was unhinlänglichen Ausflüchten man ſich jezuweilen von Be-

obachtung derer elterlichen Teſtamenten ſelbſt zu diſpenſiren ſuche, kan man unter S. Eiſenach ſehen: Wer es aber ſelbſt nicht ſo genau mit ſeinen Vorfahren nimmt, wie kan ſich der zu ſeinen Nachfolgern in Anſehung eben diſer Teſtamenten, oder auch ſeines eigenen, eines beſſeren verſehen?

§. 89.

Und Anfechtung.

Wie Chur-Fürſt Carl Ludwig zu Pfalz ſeines Groß-Vatern Teſtament über einen Hauffen werffen wollen, auch, bey damaligen Conjuncturen, ſeinen Zweck einiger maſſen erreichet habe, kan an denen oben angeführten Stellen nachgeſehen werden: Und wie Chur-Fürſt Carls zu Pfalz Teſtament ohne Würckung gebliben ſeye? ſihe auch oben. Von noch mehreren unerfüllten oder doch angefochtenen Teſtamenten ſihe unter Bayern, Braunſchweig, Anhalt-Bernburg und Cöthen, Mecklenburg, Würtemberg, Naſſau, Salm, Erbach, Hazfeld, Hohenlohe, Lippe, Oettingen, Salm, ꝛc. Von Teſtamenten aber, welche von denen Land-Ständen nicht als gültig haben wollen erkannt werden, ſiehe Exempel unter Mecklenburg, Würtemberg, ꝛc.

Von Pommern, und zwar des An. 1600. verſtorbenen Herzogs Johann Friderichs Teſtament, berichtet MICRÆLIUS (1): „Als Herzog Johann Friderich beſagter maſſen dieſe Welt geſegnet hatte, und die Fürſtliche Leiche von Wolgaſt nach Stettin abgeführet, und daſelbſt beygeſezet war, hat ihm, weil er keine Erben nachließ, laut vorgeſagter Verträge, ſein Bruder Barnimus XII. in der Regierung gefolget; da dann alſofort wegen des Teſtaments, ſo der hochſelige Fürſt aufgerichtet hatte, Streit vorgefallen iſt: Dann weil Herzog Barnim, neben der Landſchafft, vermercket, daß etliche Tiſch-Güter, und dem Hauſe zu Stettin angehörige Sachen entäuſſert, und weggegeben waren, darunter auch ſoll Friedrichswalde, der halbe Heydzinſe, die Jnenburg und Haffhauſen geweſen ſeyn; als hat er ausführliche Urſachen bey des Churfürſten zu Brandenburg und des Adminiſtratoren der Chur-Sachſen, als benannten Executoren des Teſtaments, Abgeſandten eingewandt, warum er das Teſtament kräfftig zu laſſen nicht verpflichtet wäre.„

Wie ferne nun in allen diſen Fällen der eine oder andere Theil Recht oder Unrecht gehabt habe? iſt hier der Ort nicht, es zu unterſuchen; noch vil weniger wird jemand überhaupt zu vertheidigen verlangen, daß alle Actores Recht oder Unrecht, auch nur in tantum, gehabt haben.

Wie in Poſſeſſorio auf ein nullo vitio viſibili laborirendes Teſtament geſprochen worden iſt, ſiehe unter Hazfeld; und einen anderen Fall,

(1) in Antiqu. Pomer. Lib. 3. p. m. 400.

Fall, da Austräge auf ein dergleichen Teſtament nach dem *L. fin. C. de Edict. D. Hadr. toll.* geſprochen haben, ſiehe im T. Staatsr. *Tom. 15. p. 363.* Daß hingegen, wann ſtarcke und gegründet ſcheinende in das Publicum Imperii, oder des Landes, einſchlagende Exceptiones contra Materialia Teſtamenti vorhanden ſeynd, nicht ſo gleich auf ein übrigens nullo vitio viſibili laborirendes Teſtament geſprochen werden könne, iſt in denen Mecklenburg- und Würtembergiſchen Streitigkeiten mit gröſtem Fug behauptet worden.

Der Herr von Ickstatt unterſucht (1): Ob? welcher Geſtalten? und weme? bey, ex defectu Solennitatum aut alio vitio, allenfalls entſtehenden Teſtaments-Irrungen die Fürſtliche lezte Willens-Verordnungen anzufechten in Rechten zuſtehe und erlaubt ſeye? In denen Anmerckungen über ſeine Schrifft aber heißt es: Was wegen der geheimen Räthe und Land-Stände vorgetragen werde, probire entweder zu vil, folglich nichts, oder lauffe wider die Würtembergiſche Landes-Verfaſſung, ſeye mithin nicht applicabel, ſtecke indeſſen aber gleichwol voller Anzüglichkeiten und heimlichen Neides, intendire auch nichts anderes, als zwiſchen Herrn und Unterthanen ein gefährliches Feuer anzuſtecken.

Ich dencke ſo: Der Herr von Ickstatt geſtehet ſelbſt, ein über Publica diſponirender Regent agire in ſeinem Teſtament theils einen Teſtatorem über ſeine Erbſchafft, theils einen Landesherrn, Legislatorem und Caput Familiæ; von diſem leztern weißt das Römiſche Recht nichts, es iſt folglich deßwegen ſo wohl, als auch wegen der diß-falls unmöglichen Analogie von einem privato auf einen regierenden Herrn, inapplicabel; mithin bleibt ein ſolches Teſtament ein Compoſitum, ſo zwey Haupt-Membra hat, deren eines ohne das andere beſtehen kan, und eines anderſt als das andere beurtheilet werden muß. Ein Regent kan ein Teſtament machen, ohne etwas von Regierungs- oder Landes-Sachen darein zu bringen: Und wann er bloß über Regierungs- und Landes-Sachen diſponiren will, ohne Erbſchaffts-Sachen darein zu mengen; ſo hat er nicht nöthig, ein Teſtament zu machen, ſondern er kan ſich, ſchon oben erinnerter maſſen, auch eines anderen Modi bedienen: Will er aber beedes in eines bringen, ſo muß er ſich ſo dann forderiſt derer zu der ſelbſt-erwählten Form eines Teſtamentes erforderlichen Solennien bedienen: Wann es aber auch damit ſeine Richtigkeit hat; ſo folget daraus noch gar nicht, daß das Teſtament deßwegen ſo gleich confirmabile ſeye, oder ſo gleich *ex L. fin. C.*

(1) l. c. §. 24. ſeqq.

de Edict. D. Hadr. toll. darauf geſprochen werden könne: Sondern, wie jezuweilen bey Kayſerlichen Confirmationen ſolcher Teſtamenten eine Separation vorgenommen und das Teſtament, ſo fern es von Erbſchaffts-Sachen, oder auch ſonſt von paſſablen Publicis, diſponirt, confirmirt wird, hingegen, wann ſich circa Publica bedenckliche paſſus darinnen finden, ſelbige à Confirmatione ausgenommen werden; ſo hat auch diſe Separatio derer diſtinctorum Objectorum überhaupt ſtatt: In Anſehung der Erbſchafft, und was nach dem Jure privato ad rem teſtamentariam gehört, hat freylich niemand kein Intereſſe, als wer ein Jus ſuccedendi hat, mithin greifft auch in ſo fern keines Tertii Contradiction Platz; hingegen iſt weder denen Römiſchen Geſezgebern, noch denen Teutſchen, jemalen zu Sinn gekommen, daß Familien- oder Land-Grund-Geſeze nach dem *cit. L. fin. C. &c.* ſollten beurtheilet werden, und das wäre eine artige Hiſtorie, wann man auf ein Teſtament, wodurch Jura Statuum provincialium, vel aliorum Tertiorum, offenbar oder doch probabiliter gekränckt ſeynd, ex iſta Lege einſtweilen in Poſſeſſorio ſprechen und den Gegentheil ad Petitorium verweiſen wollte: Das wäre der kürzeſte Weg, ſub ſpecie Legis, alle Landes-Verfaſſungen und Freyheiten derer Land-Stände und Unterthanen über einen Hauffen zu werffen. Es iſt auch ſeltſam, daß man bey dem Succeſſore Remedur gegen das in ſeines Vorfahrers Teſtament enthaltene widrige ſuchen ſolle: Kan denn ein Succeſſor über die Recht- oder Unrechtmäßigkeit, Verbind- oder Unverbindlichkeit, ſeines Anteceſſoris Teſtaments cognoſciren und ſprechen? wie cohæriret diſes mit denen vorigen Säzen von der poteſtate legislatoria Teſtamentorum? muß diſes nicht ein Reichs-Gericht thun? Weiter, ob gleich ein Regent bey Lebzeiten ohnſtreitig poteſtatem legislatoriam hat; ſo iſt doch auch ohnſtreitig, daß, wann er in dergleichen etwas ohne Concurrenz derer Land-Stände thut, wo doch dieſelbe darzu erfordert wird, oder wann er etwas wider die Landes-Freyheiten ergehen läſſet, die Unterthanen ihme darinn keinen Gehorſam zu leiſten ſchuldig ſeynd, und an einem Reichs-Gericht deßwegen klagen können, daß auch ſolches Reichs-Gericht keineswegs nur ſo nude crude in Poſſeſſorio vor die Landesherrliche Diſpoſition ſprechen und die Unterthanen ad Petitorium verweiſen darff; mithin muß eben diſes auch Juris ſeyn, wann ein Landes-Herr dem Land etwas dergleichen per modum ultimæ voluntatis aufdringen will; ja der Erbe ſelbſt kan das Teſtament, ſo weit es von Erbſchaffts-Sachen diſponirt, erkennen und annehmen; ſo ferne aber unter diſem Pallio ihme ohnbefugter Dingen in ſeine Jura

pro-

propria eingegriffen werden wollen, es impugniren, und alſo kan am Ende wohl judicialiter ein ſolches Teſtament reſpectu Hæredis & quoad punctum Hæreditatis für gültig, und reſpectu Tertiorum & quoad Publica für ungültig, erkläret werden, vel vice verſa.

§. 90.

Andere Streitigkeiten.

Was ſonſt aus Teſtamenten, die an ſich nicht angefochten werden, für weitläufftige Streitigkeiten entſtehen können, davon kan man Exempel antreffen unter Heſſen-Marburg, Königſtein, ꝛc. und einige Teſtatores ordnen zuweilen nicht unweislich, wie es ſolle gehalten werden, wann über ihrem Teſtament Streit entſtünde.

§. 91.

Verzichte auf Teſtamente.

Wie Chur-Fürſt Friderich Wilhelms zu Brandenburg Prinzen zweyter Ehe ſich durch Vorſtellungen ſollen haben bewegen laſſen, auf ihres Herrn Vaters zu ihrem Beſten gemachte teſtamentliche Dispoſition zu renunciren? ſiehe im T. Staatsrecht: Andere Exempel aber von Teſtamenten, darauf man renuncirt hat, ſiehe unter Würtemberg, Erbach, ꝛc.

Kayſer Ferdinand III. hat An. 1637. in einem an die Heſſen-Caſſeliſche Landſtände erlaſſenen Mandat Landgraf Wilhelms V. Teſtament caßiert: Es geſchahe aber im Krieg.

§. 92.

Landſtändiſche Rechte und Pflichten.

Von der Landſtände Rechten und Pflichten in Anſehung ihrer Landesherren Teſtamenten will ich, über das, ſo bereits hievon vorgekommen iſt, noch folgendes melden.

In Heſſen wurde An. 1509. wegen Eröffnung Landgraf Wilhelms II. Teſtamentes ein Landtag gehalten.

Anno 1567. wurde die Erb-Huldigungs-Formul der Heßiſchen Ritter- und Landſchafft auf Landgraf Philipps des Aeltern Teſtament gegründet und darnach eingerichtet. (1)

Anno 1616. communicirte Landgraf Ludwig zu Heſſen-Darmſtatt ſeinen Land-Ständen das Concept ſeines vorhabenden Teſtaments; worüber ſie ſich alſo erklärten (2):

„Durchlauchtiger Hochgebohrner Fürſt. E. F. G. ſeyen unſere unterthänige pflichtſchuldige Dienſte äuſſerſtem Vermögen nach jederzeit zuvor. Gnädiger Fürſt und Herr.

Als E. Fürſtl. Gn. durch Deroſelben Statthalter, Vice-Cantzler und

(1) v. Lünig von der landſäß. Ritterſch. Tom. 2. p. m. 803.
(2) v. Memes Sohns Samml. von Deduct. Tom. 6. p. 288.

und Räthe eine Proposition, samt darinn angezogenen Beylagen, daß E. Fürstl. Gn. jüngern Herrschafft nach Deroselben tödtlichen Hintritt, (das GOtt der Allmächtige lang verhüten wolle,) verordnetes Deputat, Bestellung der Vormundschafft und Verwaltung Ihres Fürstenthums betreffend, gnädig zustellen lassen; so thun E. F. G. Wir zuforderst vor soche Landes-Väterliche Vorsorge auch auf die künfftige Fäll ganz unterthänig Danck sagen, und Deroselben unsere unterthänige Erklärung auf beyde Puncten nachfolgender massen eröffnen.

1. Das E. F. G. jungen Herrschafft verordnete Deputat belangend; darab spühren Wir unterthänig, daß Dieselbe hierinn die Pietatem paternam und des Vaterlands Wohlfahrt Fürstlich und wohl betrachtet, und alles darnach angeordnet habe; gestalt auch solche uns zugestellte Disposition und Verordnung der jungen Herrschafft Deputat Wir uns unterthänig gefallen, und allein dises zu E. F. G. gnädigem Belieben wollen gestellt seyn lassen: Ob nicht in dem ſ. Nachdem Wir auch etc. um mehrerer Richtigkeit willen, der E. F. G. jungen Herrschafft ad dies vitæ aus der wider Herrn Landgrafen Morizen F. G. noch schwebenden Rechtfertigung auf den Fall des Obsiegs verordneter fünfter Theil der jährlichen Einkünfften auf ein gewisses angeschlagen, und etwa aus neun Jahren ein gewisser Anschlag gemacht werde. Darnach, und vors ander, ob nicht im ſ. Lezlichen aber, da nur Einer ꝛc. E. F. G. die 10000. fl., so Deroselben leztlebenden Sohn, nach Begebung der zweyer Fälle, erblich verordnet, aus väterlicher Zuneigung etwan auf 15000. fl. zu erhöhen, und allein 5000. fl. wiederum zurück-fallen sollen, zu verordnen seyen.

Auf den andern Puncten, E. F. G. nach Deroselben Todes-Fall (den GOtt der Allmächtige lang verhüten wolle,) verordnete Vormundschafft und Verwaltung Deroselben Fürstenthums belangend; lassen Wir uns solche wohlgemeinte Verordnung und väterliche Vorsorg nicht allein an unserm Ort ganz unterthänig gefallen, sondern thun auch Deroselben dafür gebührenden Danck sagen, mit dem unterthänigen Erbieten, derselben, wie getreuen Land-Ständen gebühret, in aller Unterthänigkeit und treulich nachzukommen, auch, so vil uns darinn berührt, dieselbe auf den noch unverhofften Fall würcklich zu vollziehen, wollen auch unterthänig hoffen, E. F. G. werden in dem in denen uns gnädig überreichten Documenten angezogenen lezten Willen die währende Zeit und Maaß solcher Administration gnädig also versehen haben, daß derentwegen hiernächst kein Streit oder Zweifel entstehen

ſtehen könne, auch dabeneben ganz unterthänig gebeten haben, weil Wir allbereit hiebevor in An. 1611. E. F. G. älteſtem Sohn auf das aufgerichte und confirmirte Erb-Statutum gelobet und geſchworen, ob nicht dem Revers, welchen Prälaten, Ritter- und Landſchafft von ſich geben ſollen, zu End diſe Clauſul: „Auch von Rechts und des „Erb-Statuts wegen, darauf Wir allbereit gehuldiget, gebühret und „obliget,„ nit möge eingerückt werden.„ Welches E. F. G. auf gethanen Befehl, zu unſerer unterthänigen Erklärung auf die uns gnädig vorgehaltene Puncten, Wir hiemit unverhalten ſollen; Dieſelbe dem allmächtigen getreuen GOtt zu langwühriger Geſundheit, glückſeliger Regierung, und allem Fürſtlichen Wohlſtand, uns aber Dero zu beharrlichen Gnaden ganz unterthänig empfehlende. Datum Nidda, am 27ſten Junii, Anno 1616.

E. F. G.

unterthänige, ſchuldige und bereitwillige,

Anweſende von Prälaten, Ritter- und Landſchafft.„

Darauf wurde decretirt: „Diſe Reſolution iſt in allem unſerm gn. Fürſten und Herrn, Landgraf Ludwigen zu Heſſen etc. gnädig beliebig geweſen, und haben Se. Fürſtl. Gn. bald verordnet, daß obige beyde erſte Erinnerungen dem Concept des Teſtaments inſerirt, auch die lezte Clauſula dem Gewalt, den Ritter- und Landſchafft der Gelobung halber von ſich ſtellen werden, eingeruckt werden ſoll. Actum Anno & die, ut ſupra. „

Dreyzehendes Capitel.

Erbſchaffts-Sachen.

Innhalt.

Von denen Evangeliſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 1. Was dem Stifft verbleiben müſſe? §. 2. Verlaſſenſchafft eines Evangeliſchen Biſchoffs zu Osnabrück. §. 3. Einkünffte des Sterbejahres.

Von denen Catholiſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 4. Schrifft. §. 5. Rayſerliches mobiliar-Erbrecht. §. 6. Spolien der Domherrn, §. 7. des Pabſts. §. 8. Eines geiſtlichen Standes Verlaſſenſchafft. §. 9. Streit wegen eini-

einiger Stücke. §. 10. Erbschafft *ab inteſtato*. §. 11. Erbschafft eines Reſignirten. §. 12. *Forum* in ſolchen Erbschafftsſachen.

Von weltlichen Reichsſtänden.

Von der väterlichen privat-Verlaſſenſchafft.

§. 13. Schrifft. §. 14. Eingang. §. 15. Von Oeſterreich, §. 16. Bayern, §. 17. Sachſen, §. 18. Brandenburg, §. 19. Pfalz, §. 20. Braunſchweig, §. 21. Anhalt, §. 22. Baden, §. 23. Heſſen, §. 24. Holſtein, §. 25. Mecklenburg, §. 26. Würtemberg, §. 27. Naſſau, §. 28. Salm, §. 29. Erbach, §. 30. Lippe, §. 31. Reuß, §. 32. Rheingrafen, §. 33. Solms, §. 34. Wied, §. 35. Witgenſtein, §. 36. a. Wurmbrand, §. 36. b. Yſenburg. §. 37. Unbenahmeter Fall. §. 38. *Principia*. §. 39. Macht, über die privat-Erbſchafft zu teſtiren. §. 40. Succeßion *ab inteſtato*. §. 41. Berechnung der *Legitimæ*. §. 42. a. Unſtandesmäßige ꝛc. Kinder. §. 42. b. Verzicht der Erbſchafft. §. 43. Mehreres *remiſſive*.

Von des Gemahls, der Gemahlinnin oder Wittwen Verlaſſenſchafft.

§. 44. Schrifften. §. 45. Von Oeſterreich, §. 46. Bayern, §. 47. Sachſen, §. 48. Brandenburg, §. 49. Pfalz, §. 50. Braunſchweig, §. 51. Anhalt, §. 52. Baden, §. 53. Heſſen, §. 54. Holſtein, §. 55. Mecklenburg, §. 56. Würtemberg, §. 57. Hohenzollern, §. 58. Naſſau, §. 59. Schwarzburg, §. 60. Schwarzenberg, §. 61. Bentheim, §. 62. Caſſel, §. 63. Erbach, §. 64. Hazfeld, §. 65. Hohenlohe, §. 66. Leiningen, §. 67. Limburg-Styrum. §. 68. Löwenſtein. §. 69. Oettingen, §. 70. Reichs-Erbtruchſeſſen, §. 71. Reuß, §. 72. Schönburg, §. 73. Solms, §. 74. Stollberg, §. 75. Waldeck, §. 76. Wied, §. 77. Witgenſtein, §. 78. Yſenburg. §. 79. Unbenahmete Fälle. §. 80. Mehreres *remiſſive*. §. 81. *Principia*, §. 82. Ehepacten, §. 83. Schenckungen bey Lebzeiten, §. 84. Teſtamente, §. 85. *Colliſio Principiorum*. §. 86. Umſtände, worauf bey dem Herkommen zu ſehen. §. 87. Allerley Fälle. §. 88. Mehreres von dem Gemahl, §. 89. Söhnen, §. 90. Töchtern. §. 91. Kinder aus ungleicher Ehe.

Digitized by Google

Ehe. §. 92. Natürliche Kinder. §. 93. Mütterliches Fideicommiß. §. 94. Heurathgut, §. 95. Ausſteuer, §. 96. Gemahlin, die nichts in die Ehe bringt, Verlaſſenſchafft. §. 97. Hochzeitgeſchencke, §. 98. Morgengabe, §. 99. Wiederlage, §. 100. Gerade, §. 101. Nuzungen des Sterbejahres, §. 102. Rückſtand, §. 103. *Reſtituenda*, §. 104. Meliorationen, §. 105. Begräbniß, §. 106. Schulden. §. 107. Wie der Rückfall verſicheret werde. §. 108. Manutenenz der Erben. §. 109. Vergleich, §. 110. Streitigkeiten. §. 111. Schluß-Anmerckung.

Von der Kinder Verlaſſenſchafft.

§. 112. Regel. §. 113. Exempel. §. 114. Mehreres davon.

Von der Collateralen Verlaſſenſchafft.

§. 115. Eingang. §. 116. Von Oeſterreich, §. 117. Bayern, §. 118. Sachſen, §. 119. Brandenburg, §. 120. Pfalz, §. 121. Braunſchweig, §. 122. Baden, §. 123. Heſſen, §. 124. Holſtein, §. 125. Würtemberg, §. 126. Naſſau, §. 127. Schwarzburg, §. 128. Lippe, §. 129. a. Löwenſtein, §. 129. b. Reuß, §. 130. Stollberg, §. 131. Wied, §. 132. Wirgenſtein. §. 133. Unbenahmte Fälle. §. 134. Mehreres davon.

Von Scheidung der Staats- und privat-Erbſchafft.

§. 135. Schrifften. §. 136. Eingang. §. 137. Von Oeſterreich, §. 138. Bayern, §. 139. Sachſen, §. 140. Pfalz, §. 141. Brandenburg, §. 142. Heſſen, §. 143. Mecklenburg, §. 144. Sachſen-Lauenburg, §. 145. Würtemberg, §. 146. Naſſau, §. 147. Schwarzburg, §. 148. Erbach, §. 149. Fugger, §. 150. Hanau, §. 151. Helffenſtein, §. 152. Leiningen, §. 153. Limburg, §. 154. Mannsfeld, §. 155. Oettingen, §. 156. a. Reuß, §. 156. b. Rheingrafen, §. 157. Solms, §. 158. Wirgenſtein, §. 159. Wolfſtein, §. 160. Yſenburg. §. 161. Unbenahmter Fall. §. 162. Wann diſe Separation vorkomme? §. 163. *Principia*. §. 164. Grundſäze. §. 165. Allodialvermögen. §. 166. Privat-*Immobilia*. §. 167. Mobilien überhaupt. §. 168. Baarer Geldvorrath, §. 169. Münzcabinete, u. d. §. 170. Activ-Capitalien, §. 171. Reſter bey Unterthanen, §. 172. Kleider, §. 173. Geſchmuck, ꝛc. §. 174. *Meubles* derer

Gebäude, §. 175. Gold- und Silber-Geschirr, ꝛc. §. 176. Geschüz, ꝛc. §. 177. Schiffe, ꝛc. §. 178. Marstall, ꝛc. §. 179. Stuttereyen, §. 180. Vorrath an Vieh, ꝛc. §. 181. an Naturalien, ꝛc. §. 182. Orengerien, §. 183. *Fructus pendentes*, §. 184. Bergtheile und Bergwercke, §. 185. Sterbquartal, §. 186. Bibliothequen, §. 187. Kunstkammern, u. d. §. 188. Gemählde, ꝛc. §. 189. Jagdzeug, §. 190. Soldaten etc. §. 191. Schulden, und andere Erbschaffts-*Onera*. §. 192. Consumirte Activa, §. 193. Deteriorationen, §. 194. Meliorationen. §. 195. Communication der Urkunden. §. 196. Streit über diser Separation.

Von Erbschaffts-Inventarien, Antrettung der Erbschafft cum beneficio Legis & Inventarii, Ergreiffung des Besizes, etc.

§. 197. Erbschaffts-Inventarium, was? §. 198. Desselben Errichtung. §. 199. Wann und worüber es errichtet werde? §. 200. Communication und Edition desselbigen. §. 201. Streit wegen dessen Unrichtigkeit. §. 202. Antritt einer Erbschafft *cum Beneficio Inventarii*. §. 203. *Traditio symbolica in diem*. §. 204. Ergreiffung des Besizes. §. 205. Manutenenz. §. 206. Ceßion. §. 207. Verlassene Erbschafft. §. 208. Erbschafft einer privat-Person ꝛc.

*) Es ist an deme, daß das meiste in disem Capitel enthaltene sich mehr in das Teutsche Familien-Staatsrecht qualificiret hätte: Aus denen oben angezeigten Ursachen aber habe ich es doch mitgenommen, weil nemlich 1. in dem Familien-Staatsrecht nicht von der Catholischen Geistlichen Verlassenschafft gehandelt werden konnte, und 2. damit das persönliche und Familien-Staatsrecht einander in der Stärcke des Bandes etwas näher kämen.

* * *

Von denen Evangelischen geistlichen Reichsständen.

§. 1.

Was dem Stifft verbleiben müsse?

Was ein Evangelischer Bischoff oder Abtißin von denen ihme oder ihr gewidmeten Gefällen erübriget, oder was ihme oder ihr davon zur Zeit

Zeit des Abtritts von dem Stifft noch ausstehet, darüber kan freilich, als über ihr völliges Eigenthum inter vivos oder auf andere Weise disponiret werden, es wäre dann, daß solches durch eine Rechtskräfftige Capitulation, oder sonst, in etwas eingeschräncket wäre, welchen Falles es dabey billig sein Bewenden hat.

Hingegen heißt es in der Ganderoheimischen Capitulation de Anno 1612. „Was dann auch dahero (von denen Einkünfften der Præbenden) und von der Abtey Auffkünfften, an Schulden abgelegt oder nüzlich verbauet, und womit nach der Zeit durch GOttes Hülffe die Abtey an unbeweglichen Dingen verbessert seyn wird, dasselbe soll auf tödtlichen Abgang, oder andern Abstand, vil hochermeldter Fürstin, Fräulein Hedewigs, von Ihr. Liebd. und F. Gn. oder deren Testamentarien und Erben nicht wieder aufgefordert, sondern bey dem Stifft gelassen werden und bleiben.„

Und so haben wir auch oben vernommen, daß ein Bischoff zu Lübeck schuldig seye, die ihme sub Inventario überliferte Mobilien ꝛc. nicht nur in gleichem, sondern auch in verbessertem, Zustand seinem Successori zu hinterlassen.

§. 2.

Verlassenschafft eines Evangelischen Bischoffs zu Oßnabrück.

In einem Vergleich zwischen Bischoff Ernst August zu Oßnabrück und dem Dom-Capitul allda de Anno 1662. heißt es von der Verlassenschafft eines Evangelischen Bischoffs zu Oßnabrück: „Damit auch, zum 7den, auf begebende Sterbens-Fälle eines aus dem Fürstlichen Hause Braunschweig-Lüneburg entstehenden Bischoffs zu Oßnabrück, keine Irrsalen oder Ohnrichtigkeit erwachsen möge; so ist beliebet, daß weder von Sr. Fürstl. Durchl. noch oberwehnter dero alternirender Successoren hinterbleibender Erben und Nachkommen, über dasjenige, was sich in deme bey jedesmahl antrettender Stiffts-Regierung aufrichtenden Inventario ausdrücklich specifice befindet, oder nachgehends von den Stifft-Ständen angeschaffet und dem Inventario fernets einverleibet wird, das allergeringste durch das Thumb-Capitel, oder einige dessen Mitglider, samt und sonders, vil weniger durch Amts- und andere Bediente, oder einigen Menschen, wer der auch sey, und ex quocunque capite vel prætextu solches erdacht werden möchte, nicht berühret, angegriffen, weggebracht, oder entwältiget; sondern alles und jedes, was Sr. Fürstl. Durchl. und vorstandene dero alternirende Successoren, an Gold, Silber, Kleinodien, Mobilien, Geräth, Vieh und Vorrath, und allen andern, mit in den Stifft gebracht, oder Zeit währender Regierung dazu erkaufft, verfertigen, oder ander Zeit verschaffen

laſſen, ohne einige Anſprache, Prætenſion und Sperrung, zu freyem ungehindertem Gebrauch, Diſpoſition, auch Ab- und Wegführung, allerdings unwegerlich verbleiben und gelaſſen, und nur allein dasjenige, was in bevorregten Inventario enthalten, von den Biſchöfflichen Erben dem Thumb-Capitel hinwieder geliefert werden. „

§. 3.

Einkünffte des Sterbejahres.

Von denen Einkünfften des Sterbejahres aber lautet es auch alda: „Wann fürs 8te ein zeitlicher Biſchoff aus dem Fürſtl. Hauſe Braunſchweig-Lüneburg für Jacobi-Tag die Welt geſegnet, haben deſſen Erben und Nachkommen ein mehrers nicht, denn pro rata temporis, darinnen er von nechſt-vorhergegangenen Neuen-Jahrs-Tage an die Regierung geführet, an den ordinairen Stiffts-Intraden zu bekräfftigen; ſtirbt aber ein Biſchoff nach Jacobi, ſo ſollen deſſen Hæredibus die völlige ordinarie Aufkümpſte ſelben ganzen Jahrs, ohne des Thumb-Capitels und männigliches Einſprache, ohnwegerlich gelaſſen werden. Der Reſtanten halber iſt endlich verglichen, daß diſelbe weiter nicht, denn von dem lezten Jahr, obgleich von den vorigen etwas nachſtehen möchte, den Biſchöfflichen Erben zum beſten eingetriben werden ſollen. „

* * *

Von denen Catholiſchen geiſtlichen Reichsſtänden.

§. 4.

Schrifft.

Hieher gehörige Schrifft:

Meibom (Henr.) Diſſ. de iure quodam antiquo & antiquato Cæſarum Germanicorum in decedentium maiorum Prælatorum relictis poſſeſſionibus; in ſeinen *Scriptor. rer. Germ. Tom. 3. p. 185.*

§. 5.

Kayſerliches mobiliar-Erbrecht.

Was die Verlaſſenſchafft derer Catholiſchen geiſtlichen Reichs-Stände anbetrifft, ſo behaupteten in denen älteren Zeiten die Kayſere das Recht, gewiſſer maſſen ihre Noth-Erben zu ſeyn, und nahmen dahero derer verſtorbenen Prälaten bewegliche Güter (ſo vil die, ſo um dergleichen ſterbende Perſonen waren, übrig lieſſen,) zu ſich, welches man das Recht der Regale, oder auch das Jus Exuviarum nannte.

Unter Kayſer Conrad III. wurde zwar auf dem von Pabſt Innocentio II. gehaltenen allgemeinen Lateranenſiſchen Concilio *Canone* 5. ein Schluß dagegen abgefaßt: Aber die Kayſere kehreten ſich nicht daran.

Endlich

Endlich begabe ſich Kayſer Otto IV. bey ſeiner Wahl diſes Rechts.

Kayſer Friderich II. beſtättigte diſes in einer denen geiſtlichen Reichs-Fürſten An. 1213. ertheilten güldenen Bull: Anderer mehrerer dergleichen Urkunden von eben diſem Kayſer nicht zu gedencken.

§. 6.

Nachdeme aber alſo der Kayſer abgetriben ware, kamen die ſo genannte Erbherrn derer Stiffter, die Domherrn, her, und machten es denſelben nach; eben als wann die Urſachen, warum man vorhin gegen die Sache, guten Theils nicht unbillig, geeyfert hat, hinwegfielen, wann das Geld in der Domherrn Beutel geſteckt würde. Das artigſte ware noch dabey, daß ſie das Kind mit ſeinem rechten Nahmen nannten; dann ſie hieſſen es Spolia, und da hätten ſie immer mögen die Lehre des Juris Canonici de Spolio und das: Non remittitur peccatum, niſi reſtituatur ablatum, darzu nehmen. Nach kräfftiger aber machte es Chur-Fürſt Philipp Chriſtoph zu Trier, welcher An. 1650. an ſein Capitel verlangte: Das Capitel ſollte weder nach dem Tode und noch vil weniger bey Lebzeiten („diſes wird wohl auf einen moribundum gehen,„) eines Erz-Biſchoffs einige Spolia begehen, oder widrigen Falles die, ſo dergleichen thun, für offentliche Diebe gehalten werden. Spolien der Domherrn.

Es wurde auch diſes Unternehmen von Anderen, ja von dem Pabſt ſelbſten, um ſo mehrers mißbilliget, als über das, daß die Sache an ſich ſelbſt höchſt-unbillig und dem Publico höchſt-nachtheilig ware, zuweilen auch noch andere groſſe Unordnungen daraus entſtunden, und die Domherrn ſich nicht einmal an der privat-Erbſchafft des Biſchoffs, ꝛc. begnügten, ſondern gar das in denen gemeinen Caſſen vorräthige entwandten. An. 1594. klagte dahero der Päbſtliche Legat, Cardinal Madrutius, dem Kayſer und denen Catholiſchen Ständen unter anderen Gebrechen: Vacante Sede Bona ab Epiſcopis relicta in privatos uſus convertuntur. Es ſahen auch endlich die Capitul an manchen Orten die Sache beſſer ein, und lieſſen in totum vel tantum davon ab.

Anno 1662. wurde zu Maynz ein Statutum perpetuum gemacht, daß hinfüro die Domherrn ſich wollten mit 100. Rheiniſchen Gülden aus der Verlaſſenſchafft eines verſtorbenen Erz-Biſchoffs begnügen.

Wie es bey dem Trieriſchen Dom-Capitul gehalten werde? ſihe mein Chur-Trieriſch. Staats-Recht, *p.* 32.

Zu Salzburg machte Erz-Biſchoff Paris An. 1628. mit Einwilligung des Pabſtes, die Verordnung, daß, an ſtatt des Spolii, welches die Domherrn nach Abſterben eines Erz-Biſchoffs in deſſen hinterlaſſe-

nen

nen Gütern zu thun pflegten, hinfüro jährlich an dem Wahl-Tag eines jeden Erz-Biſchoffs einem anweſenden Domherrn 100. Thl. ſollten bezahlet werden.

Anno 1651. verglichen ſich der Biſchoff und das Capitul zu Würzburg mit einander: „Eines ablebenden zeitlichen Biſchoffens zu Würzburg und Herzogens zu Francken hinterlaſſenes Aerarium, und damit daſſelbe als ein erſpahrtes Patrimonium Eccleſiæ, nicht etwan vacante Sede mißbrauchet, oder gar, wie Theils anderer Orten, vor GOtt, der Päbſtlichen Heiligkeit und der Kirchen und auch dem Stifft ohnverantwortlicher Weis, in abſonderliche Diviſion, Diſtraction und Appropriation, einfolgig ad uſus privatos, gebracht und uſurpirt werden möge, betreffend; da haben Wir Uns, in Erinnerung diſes Stiffts Würzburg uhralten Herkommens und üblicher Obſervanz, dahin ſämtlich, wohlbedächtlich mit einander unterredet, ſtatuirt und verordnet, ſtatuiren und verordnen auch hiemit nochmals, und oblauts, in vim perpetui Canonis & Statuti, daß ſothanes hinterblibenes Ærarium, nach erfolgtem Fall, von einem Dom-Capitel vorderiſt fleißig und ordentlich inventirt und beſchriben, darauf conſignirt und verſchloſſen, darzu zween Schlüſſel, einer vor den künfftigen Succeſſorn, ihme ſolchen alſobald nach der gewöhnlichen Capitular-Wahl und angetrettener Regierung zu liſern, der andere aber vor ein Dom-Capitel, ihn vor ſich zu behalten, gemacht, doch darvon einem jeden bey der Biſchöfflichen Fürſtlichen Election anweſenden Capitularen, oder wer ſonſt von einem Dom-Capitel, vermög der Statuten, Capitular-Schlüſſen und Herkommens, pro præſente gehalten werden möchte, von funffzig biß einhundert Reichsthaler, oder endlich auffs allerhöchſte, nach Geſtalt der Quantität u. Virium des Verlaßthums, ein hundert Goldgulden, und darob nicht, wohl aber darunter, von ſolchem Geld-Vorrath zur Chriſtlicher Gedächtniß des abgeſtorbenen Herrns gereichet und zugeeignet, der Ueberreſt aber gänzlich ohnangegriffen, einem neuerwählten Biſchoff, als Oberhaupt, verbleiben, und der eine Schlüſſel darzu eingehändiget, doch auch von demſelben anderer Geſtalt nicht, als mit Conſens eines Dom-Capitels, dem Stifft und dem Publico zu Nutzen und Beſten, auf Schutz und Schirm des Lands und der Unterthanen diſpenſirt und verwendet werden ſolle. „

§. 7.

Des Pabſts. Es iſt aber nicht zu vergeſſen, daß zwar die Päbſte nicht leiden wollen, daß die Domherrn die Biſchöffliche Erbſchafft ſpoliiren; hingegen iſt im 14den Seculo Pabſt Clemens VI. auf den feinen Gedancken gekom-

kommen, es ſchicke ſich beſſer für ihn: Zu ſolchem Ende ſind auch an dem Päbſtlichen Hof noch auf den heutigen Tag ſo betitulte Receptores SPOLIORUM beſtellt, und der Pabſt behält ſich diſes Beraubungs- oder Plünderungs-Recht noch immer bevor: Ich kan aber keine Spuhr finden, daß er in Teutſchland in dem Beſiz ſeye, etwas von denen Erbſchafften zu bekommen; es geſchehe dann auf die oben beſchribene Art per indirectum.

§. 8.

Abſtrahendo nun von deme, was da und dorten Statuti oder hergebracht iſt, ſo ſcheinet es in der Materie von der Erbſchafft eines Teutſchen Erz-Biſchoffs oder Biſchoffs, auch weltlichen Probſts, ꝛc. auf folgende Säze anzukommen. Eines geiſtlichen Standes Verlaſſenſchafft.

Was ein Erz-Biſchoff oder Biſchoff von Eltern oder Anverwandten her ererbt, oder ſonſt auf irgend einige Weiſe ohne Abſicht auf ſein Amt an beweg- oder unbeweglichen Gütern bekommen hat, darüber kan er bey ſeinen Lebzeiten frey diſponiren.

Die Bona induſtrialia, oder was ein geiſtlicher Stand in ſeinem Amt durch auſſerordentliche Bemühung und Fleiß erworben hat, ſeynd ebenfalls alſo ſein eigen, daß er damit bey ſeinem Leben thun kan, was er will; wiewohl die Canoniſten nicht eins ſeynd, ob diſes und jenes zu ſolchen Bonis induſtrialibus gehöre oder nicht?

Von denen Einkünfften aber, welche ein geiſtlicher Stand in Anſehung ſeines ordentlichen Amts von dem Stiffte ziehet, ſoll er, nach denen Canonibus, nur ſo vil gebrauchen, als er zu ſeinem Standesmäßigen Unterhalt vonnöthen hat, das übrige ſolle er denen Armen geben, oder auf andere pias cauſas verwenden. Die Canoniſten ſeynd aber ſo inventieus geweſen, daß ſie für den Standes-mäßigen Unterhalt, zumalen eines Teutſchen Erz- oder Biſchoffs, ꝛc. der zugleich ein Chur-Fürſt oder Fürſt, und wohl noch darzu ein gebohrener Prinz aus einem hohen Hauſe iſt, eine ſolche Apotheker-Rechnung zu machen wiſſen, daß, (da zumal die Spil-Gelder ein anſehnliches wegnehmen,) nicht nur für die Arme nichts übrig bleibt, es mag einer auch ſo vil Einkommens haben, als er will, ſondern daß er auch noch, ſalvis Canonibus, (vel quaſi!) Bona parſimonialia, oder einen Sparhafen von deme, was er ſich (ſcilicet!) an ſeinem Standes-mäßigen Unterhalt abgebrochen hat, übrig behält, und darüber bey Lebzeiten diſponiren kan. Nun ſollen zwar nach dem Concilio Tridentino *Seſſ. 25. de Reform. Cap. 1.* auch dergleichen Güter, über welche zu diſponiren erlaubt iſt, nicht denen Anverwandten, etc. zugewandt und dieſelbige damit bereichert

chert werden: Es iſt aber ſeithero wieder eine communis ſententia (welche doch nichts anderes, als eben das iſt, was das Concilium verboten hat,) aufgekommen, wodurch abermalen (ſi credere fas eſt,) das Gewiſſen derer ſalviret werden kan, welche es ſo genau nicht nehmen, und ihrer Familie ſo vil zuwenden, daß ſie es vile Jahrhunderte zu genieſſen haben; wobey ſie dencken: Machen es doch die Päbſte ſelber ſo!

Jedoch gehet das bißhero geſagte nur auf Lebzeiten: Von denen Teſtamenten derer Catholiſchen geiſtlichen Reichsſtände iſt ſchon *Cap. præc.* geredet worden; wie auch wann deren Anverwandte ab inteſtato erben können.

Von Cölln ſchreibt der Freyherr von KREITTMAYR (1): „Die Verlaſſenſchafft Churfürſten Maximilian Heinrichs wurde zwar gröſten Theils dem Churhaus per Diſpoſitionem anfällig; allein der Cardinal von Fürſtenberg raffte alles zu ſich, und wurde nicht nur von Franckreich mit Gewalt der Waffen, ſondern auch durch den 44ſten Artikel des Ryswickiſchen Fridensſchluß, dabey manutenirt. ꝛ ꝛ ꝛ Das einzige, was dem Haus von diſer conſiderablen Erbſchafft noch übrig bliebe, ware die Hofmarch Berg am Leim bey München, und Amerang bey Starnberg, welche gedachter Churfürſt in ſeinem Teſtament vorzüglich den Bayriſchen Prinzen geiſtlichen Standes zugedacht hat; nach deren Abgang beede Hofmarchen Sr. jeztregierenden Churfürſtl. Durchl. Krafft des nämlichen Teſtaments, zugefallen ſind. „

Von Erzbiſchoffs Albrechts zu Magdeburg Verlaſſenſchafft enthält das Reichs-Hofraths-Protocoll von 1550. diſes:

14. Jul. Auguſtæ.

Dechant und Capitel der Erz- und Stifft Magdenburg und Halberſtatt, in ſachen, weiland des Erzbiſchoven zu Magdenburg verlaſſene Erbſchafft und Fahrnus belangend, zeigen an, warum ſie Marggrave Albrechten von Brandenburg die verlaſſen Erbſtück und Güter mit folgen laſſen, mit angehängter Bitt, dem Marckgraven ernſtlich zu befehlen, gegen ihnen mit der That nichts fürzunehmen. ꝛ ꝛ ꝛ

Darauf iſt ihnen geantwort worden, welcher maſſen die Kayſerliche Majeſt. dem Marckgrafen ſchreiben laſſe der gütlichen und rechtmäßigen Handlung halben, und daß er ſich thäthlicher Handlung enthalten ſolle. ꝛ ꝛ ꝛ

14. Jul. 1550. Auguſtæ.

Marggrave Albrecht von Brandenburg. In Sachen weiland des Ertzbiſchouen zu Magdenburg verlaßne Erbſchafft vnd Farnus belan-

(1) im Bayr. Staatsr. §. 162. p. 345.

langend, zaigt an nachdem gedachter Ertzbiſchoue verſtorben, vnd kain Teſtament gemacht, daß er, Marggraue Albrecht, ſambt Marggrafe Georg Fridrichen vnd Landtgrafen Georgen zum Leuchtenberg, als die Blutsverwandte Freundt vnd Rechte natürliche Erben, bey denen vom Capittel, Landtſchafft vnd Rethen der Ertz vnd Stifft Magdenburg vnd Halberſtat, alle des verſtorbnen Ertzbiſchouen Erbſtück vnd Farnus, ſo nit zu den Stifften gehörig, erſuecht vnd erfordert, die Jme aber die vom Capittel vnd der Landtſchafft berürter Stifft nit volgenn laſſen wollen, derwegen er getrungen werde, andere Weg an die Hand zu nemen, mit Pitt, wo die ſach anderer geſtalt an die Kayſerl. Majeſtät gelangen würde, Jr Majeſt. wolle dem widrigen keinen Glauben zuſtellen, vnd Jne bey dem, ſo Jme von Rechts wegen gepüert vnd zueſtet, ſchützen vnd handthaben.

Darauf ſolle Jme geantwortet werden: Die Kayſerl. Majeſtät habe von den Capitteln der beeden Ertz vnd Stiffter Magdenburg vnd Halberſtat in berürter ſachen auch ſchreiben empfangen, darinn Sy vermainen, Jrer gegebenen Antwort befugt zu ſein, Dieweil es aber nunmehr an dem, das er der Marggraue auf dem Reichstag perſönlich ſelbs erſcheine, da dan ſein Gegentail Jre Geſandten auch haben werden, alda der ſachen in der güte oder durch andere gebührliche Wege vnd Mittel abgeholfen werden möge, ſo ſey Jr Majeſt. Beuelch, daß er zum fürderlichſten alhie erſcheine, vnd ſich mittler Zeit aller Tätlichenn Handlung enthalte, ſo wolle Jr Majeſt. in berürter Jrrung, dieſelbigen in der Güet hinzulegen, oder auf andere austrägliche Weege zu richten, Jrs theils kainen Vleiß erwinden laſſen, vnd ſolches ſeinem Gegenthail gleichermaßen zu wiſſen Thuen.

In der Hildesheimiſchen Capitulation von 1562. Art. 17. heißt es: Privilegia Eccleſiæ de rebus Epiſcopi decedentis in ſuis viribus obſervabo; und in der von 1688. ebenfalls: Privilegia Eccleſiæ de rebus Epiſcopi decedentis fideliter obſervabimus: Worinn aber die Privilegien oder das Herkommen diſes Stiffts in ſolcher Materie beſtehen, weiß ich nicht zu ſagen.

§. 9.

Wie über des Churfürſtens zu Trier und Biſchoffens zu Speyer, Philipps Chriſtophs, Erbſchafft in Anſehung gewiſſer Stücke Streit entſtanden ſeye, belehret diſes Reichs-Hofraths-Concluſum: Streit wegen einiger Stücke.

26. Jul. 1652.

Zu Speyer, Biſchoff, Lotharius Friderich, in litteris ad Impe-

ratorem de dato Speyer den 2. & pr. 24. hujus, exponit, daß der vorige Herr Bischoff und Churfürst zu Trier, Philipp Christoph, eine bey der Stadt Straßburg von dem Stifft Speyer angelegte starcke Summe dem Sœterischen Fideicommiss zugeeignet. Weilen nun solches den gemeinen Rechten, auch dem Fridenschluß zu entgegen, so habe er Herr Bischoff an den Rath zu Straßburg derentwegen gelangt, daß sie die pensiones nit dem Soeterischen fideicommiss, sondern dem Stifft Speyer und ihm als dessen Regenten ausfolgen lassen, aber keine andere Antwort, als daß sie sich blos der schuldigen Bezahlung entbrechen wollen, erhalten. Bitten derowegen, den Rath dahin zu weisen, daß er dem Stifft nit allein die verfallene, sondern auch künftig erscheinende Jahr-Zinß ohne einige fernere tergiversation förderlich bezahlen sollen.

Includatur dem Rath zu Straßburg mit dem Befelch, daß sie die Schuldigkeit von diesem Capital nit dem Soeterischen Fideicommiss, sondern dem Herrn Bischoffen abstatten sollen.

Bey Coccejo (1) findet sich ein Responsum über die Frage: Ob ein von einem gewissen Bischoff in seiner Residenz erbautes Haus für ein zu dem Land gehöriges Stück, oder für ein Erb-Stück, zu achten seye? Der Schluß gehet dahin: Es seye dises Haus so lange für ein Zugehör des Stiffts zu halten, biß besser erwisen seye, daß der Bischoff es bloß zu sein- und seiner Erben privat-Wohnung erkaufft und erbauet habe.

§. 10.

Erbschafft ab intestato.

Stirbt nun ein Erz-Bischoff, Bischoff, ꝛc. der kein solches Indult, als oben zu sehen ist, erhalten hat, ohne Testament; so ist de Jure communi alles dem Stifft verfallen, was er hinterläßt, ausgenommen die Familien-Güter und die auf selbigen sich befindliche nicht dem Stifft zugehörige Meubles ꝛc. Wann einer aber mehrere Stiffter besessen hat, masset sich jedes dessen an, was in demselbigen von solcher Erbschafft angetroffen wird.

In der Regenspurgischen Capitulation de An. 1641. aber lisset man *art.* 42. Quod si ab intestato è vita migraremus, tunc omnia per Diœcesim Ratisbonensem acquisita bona, nihilo excepto, quibuscunque locis sita, soli Diœcesi remanerent; Nostra vero patrimonialia, adventitia, profectitia, industrialia omnia, sive mobilia, sive immobilia fuerint, quibuscunque in locis reperta, ad Hæredes nostros devolventur, nisi forte eorum aliquid ad Eccle-

(1) in Deduct. Consil. & Resp. Tom. 1. p. 881.

Eccleſiam, aut alium pium uſum, diſpoſitum ac legatum à Nobis fuerit, vel ob prævaricationem dd. Punctorum in his Concordatis ea propria Noſtra bona, ſive ex toto, ſive ex parte, prædictis modis oppignorari ac detineri poſſent.

§. 11.

Einer, der ſein geiſtliches Amt würcklich reſigniret hat, kan alsdann auch nicht mehr in ſolcher Qualität betrachtet werden; folglich hat es mit ſeiner Erbſchafft und Teſtament eben die Bewandtniß, wie mit eines anderen gemeinen Clerici: Doch liſet man bey MEICHELBECK (1) folgenden curioſen Caſum: Mauritius Epiſcopus, (zu Freyſingen, der reſignirt hatte,) ceſſurus Erneſto Duci, Succeſſori ſuo, decreverat, huic aulam incolendam permittere & ſeceſſum in Urbe quærere: Cum vero pridie, quam id effectum daret, balneo in hoc eodem palatio uſus eſſet, ibique morbo apoplectico præoccuparetur, vix reportatus in lectulum, animam cœlo tranſcripſit; ſupellectilem vero ſuam Succeſſori & Collegio Cathedrali reliquit, quæ, ſi ipſe ſupervixiſſet, in Conſanguineorum uſus tranſiiſſet. Erbſchafft eines Reſignirten.

§. 12.

Entſtehen ſo dann über eines ſolchen geiſtlichen Standes Erbſchafft Strittigkeiten, werden ſelbige von denen Reichs- oder anderen weltlichen Gerichten, wohin ſich ſelbige qualificiren, erörtert; davon zur Probe die um das das Jahr 1719. biß 1726. in Sachen: Zu Paderborn und Münſter weyl. Herrn Biſchoffens Verlaſſenſchafft betreffend, ergangene Reichs-Hof-Raths-Concluſa dienen, aus welchen man erſiehet, daß über der Ebſchafft eines Herrn, der wichtige Stiffter beſeſſen hat, gar Concurſe entſtehen können. Ich theile davon nur diſes wenige vom 20. Oct. 1719. mit: Forum in ſolchen Erbſchaffts-Sachen.

Fiat Commiſſio auf den Herrn Biſchoffen zu Paderborn, qua talem, reſcribaturque eidem, cum incluſione horum Exhibitorum: Nachdeme über des nächſt verſtorbenen Herrn Biſchoffen zu Paderborn und Münſter, zumahlen in diverſis territoriis befindlichen, Verlaſſenſchafft unter denen auch aus verſchidenen Orten herkommenden Creditoribus ratione præferentiæ ſich Streit ereigene, und die cognition darüber an Kayſerliche Majeſtät erwachſen ſeye, Dieſelbe auch, auf Anlangen deren von Groote, darinne bereits Inhibitiones und Verordnungen ergehen laſſen, die Sache aber füglicher und mit zienlicher Erſparung Zeit und Koſten

(1) in Hiſtor. Friling. Tom. 2. p. 329.

ſten ander Orten, als dahier, unterſuchet und inſtruiret werden könne; ſo hätten Ihro Kayſerliche Majeſtät ihme, Herrn Biſchoffen, die Commiſſion auftragen wollen, daß er Autoritate Cæſarea 1.) einen beſtändigen Statum activum von gedachter Verlaſſenſchafft, es möge ſich auch von derſelben etwas befinden, wo es immer wolle, formire, zu dem Ende auch beede Dom-Capitula zu Paderborn und Münſter, daß ſie die propria autoritate præripirte ad maſſam noch gehörige Cameral-Gefälle dahin liefern, anhalte, und, wann ſie was zu prætendiren haben, ad Concurſum verweiſe, nicht minder auch den vom Curatore bonorum angegebenen Ducker zur Berechnung deren erhobenen Subſidien-Gelder ziehen laſſe, und ſonſten alles vorkehren möge, was ad integrandam maſſam erforderlich ſeyn würde, und wie in diſer Sache 2.) alle Judicia particularia hiemit aufgehebt würden, ſo hätte er, Biſchoff, eadem Autoritate Cæſarea alle Creditores, ſie mögen ſich befinden wo ſie immer wollen, edictaliter zu citiren, ſo dann förderſamſt dahin zu ſehen, ob ſine ulteriori ſtrepitu judiciario, jedoch mit deren Creditorum gutem Willen, aus der Sache gütlich zu kommen ſeyn möchte, in Entſtehung deſſen aber die Proceſſus Concurſus für ſich gehen zu laſſen, und nach allerſeits gemachtem Schluß die Acta mit räthlichem Gutachten dahier einzuſchicken; 3.) ſollten nun auch einige ad maſſam gehörige Baarſchafften würcklich vorhanden ſeyn, oder nach und nach aus denen verkauffenden im- und mobilien eingehen, ſo könnte der Herr Biſchoff ſelbige an ſichere Ort, um den jährlichen Zins zu Nutzen deren Creditorum zu profitiren, inzwiſchen anlegen, oder aber einigen ohnedem ratione hypothecæ im Vorzug ſtehenden Creditoribus, welche zinßbare Capitalien zu fordern hätten, und allenfalls de reſtituendo accepto cautionem idoneam præſtiren könnten, verabfolgen laſſen, damit der der Maſſæ ſehr beſchwerliche curſus ururarum wenigſtens ſiſtiret werden möchte.

Auch gehöret diſes noch hieher:

Lunæ 4. Apr. 1757.

Knebel von Catzenelnbogen, Freyherr, contra den Herrn Biſchoffen zu Eichſtätt, weyl. Biſchoff Johann Antons Erb- und Verlaſſenſchafft betreffend, etc.

2. Detur ex officio dem Herrn Fürſten und Biſchoffen zu Eichſtätt terminus duorum menſium, dem Kayſerlichen Reſcript vom 13. Sept. 1755. auch ſo vil die darinnen anbefohlene Beſtellung

ſtellung eines Vertretters derer bey gegenwärtiger Sache mit-intereßirten Armen, ſamt was deme anhängig, ein Genügen zu leiſten, und, wie ſolches geſchehen, allergehorſamſt anzuzeigen, damit die erkannte Kayſerliche Hofcommißion nicht aufgehalten werden dürffte, und, dißfalls ſchärffere Kayſerliche Verordnung zu erlaſſen, nicht nöthig ſeye.

* * *

Von weltlichen Reichsſtänden.

Von der väterlichen privat-Verlaſſenſchafft.

§. 13.

Zu diſem Capitel kan mit Nuzen gebraucht werden Schrifft.
UFFEL (Car. Aug. ab) Diſs. de Hæreditate mobiliari Perſonarum illuſtrium; Jena, 1740. 4.

§. 14.

Weilen von der Succeſſion in Land und Leute in dem T. Familien-Staatsrecht gehandelt wird; ſo haben wir es hier nur mit der übrigen, meiſtentheils bloß in Mobilien und Capitalien, beſtehenden, väterlichen Erbſchafft zu thun. Eingang.

§. 15.

Von Oeſterreich ſiehe allerley von denen Jahren 1310. 1404. 44. 77. 1522. 43. 47. und 54. in meinem Teutſch. Staatsrecht, *Tom. 25. p. 284. ſqq.* Von Oeſterreich.

Kayſer Ferdinand II. diſponirte An. 1621. „Betreffend dann fürter, und für das Zehende, Unſere Kleinoder, Pferd, Geſchütz, und andere Kriegs-Munition, item Tapezereyen, Silber-Geſchirr, zuſammt aller anderer Fahrnuß, ſo hin und wider in Unſeren Reſidenzen, Burgen, Schlöſſern, Veſtungen, Zeug-Häuſern, Palläſten, und anderen Häuſern, vorhanden ſeyn, und hinter Unſer gefunden würdet; ſolle es damit hinnach geordneter Maſſen gehalten werden, daß nemlich diejenigen Kleinoder, welche von Unſeren löblichen Vor-Eltern herkommen und zu Haus-Kleinodern dergeſtalt verordnet worden, daß ſie daraus nicht ſollen noch mögen veralieniret werden, und in Unſern Inventario mit H. K. bezeichnet ſeyn, dabey alſo verbleiben, und in des regierenden Herrn und Landes-Fürſten Handen gelaſſen werden. Ueber diſe jezt-gemelte machen Wir auch weiters zu Haus-Kleinoder und der verbotenen Alienation unterwürffig 1. den Mähel-Ring, darinnen ein groſſer Diamant verſezt iſt, und mit welchem ſo wohl Unſere liebe Elteren hochſeeligen Andenckens, als Wir und Unſere geliebſte Gemahlin

lin Seelige, mit einander ehelich verbunden und vermählet worden, mit der Erleuterung, daß jeder Regierender Herr aus Unsern Söhnen und Nachkommen seine freundliche Gespons und Braut damit verehelichen und ihne zu disem Ende bey dem Haus behalten solle. Zum anderen solle auch hinführan für ein Haus-Kleinod gerechnet und gehalten werden, das Kleinod mit dem Diamant, daran ein Perl oder Biern von lauter kleinen Diamant-Steinerl hangen thut, und der König aus Hispanien Unserer geliebten Frau Gemahlin seeligen zu der Hochzeit verehret hat; welche beede Stück gleichfalls wie die obbemelte mit H. K. bezaichnet seyn. Für Haus-Kleinoder seynd gleichwohl über diß auch zu rechnen die Kayserliche Cron, Scepter und Reichs-Apfel, so weyland Kayser Rudolph II. und Kayser Matthias, hochseeligen Gedächtniß, machen und vollenden lassen, also auch das Einhorn und die Schalen, wie es bey Unserm Haus herkommen. Aber alle andere Kleinoder und Fahrnus, welche bey Unserem Ableiben nach Uns gefunden werden und in disem Testament oder anderer Uns vorbehaltener Disposition und Vermächtniß nicht anderwerts verschaffen seyn, alles und jedes solle mehrgenannten Unserm ältesten Sohne, als regierenden Herrn, oder welcher Sohn nach göttlicher Fürsehung, auch diser Unserer Disposition, das Regiment führen würdet, eigenthumlich zustehen und verbleiben.„

§. 16.

Bayern. Wie nach Herzog Georgs des Reichen in **Bayern** Absterben die Agnaten dessen Tochter auch von der Mobiliar-Verlassenschafft excludiren wollen? siehe im T. Staater. *Tom. 16. pag. 137. seqq.* Den merckwürdigen Kayserlichen Ausspruch circa hoc punctum aber siehe *l. c. pag. 160. seq.*

Wessen sich Herzog Wihelm V. und sein Bruder Ferdinand An. 1588. wegen des Rückfalls derer dem lezteren in der Theilung zugekommenen väterlichen Mobilien verglichen haben? vid. *l. c. Tom. 19. pag. 22.*

Daß in dem Hause Bayern der Erstgebohrne universal-Erbe auch in aller Mobiliarverlassenschafft seye, sehe man im **T. Famil. Staater. Cap. 2.**

§. 17.

Sachsen. **Churfürst** Johann Georg I. zu **Sachsen** schriebe An. 1629. 18. Jan. an Herzog Wilhelmen zu S. Weimar: „Wir haben aus Euer Lbden Schreiben verstanden, welcher massen sie nochmalen erinneren, Wir wollten wegen der von der Frau Gräfin zu Schwarzburg gefor-

geforderten Nifftel-Gerade dasjenige aufſuchen laſſen, ſo auf dem An. 1539. zu Kemnitz gehaltenen Land-Tag in gleichmäßigen Fall fürgelauffen und Euer Lbd. communiciren. Mögen hierauf derſelben nicht bergen, daß zwar ſolche Landtags-Acten aufgeſucht, dabey aber diſes Puncts halben ein mehrers nicht befunden, als daß weyland Herzog Heinrich zu Sachſen hochlöbl. Gedächtniß, der Landſchafft Bedencken begehret: Nachdem Chur-Fürſt Joachim zu Brandenburg, wegen dero mit Herzog Georgens zu Sachſen ꝛc. Tochter erzeugten Kinds und denn Herzog Georgens Tochter, Fr. Chriſtina, Landgräfin zu Heſſen, ꝛc. nach Herzog Georgens und deſſen Gemahlin tödtlichen Abgang, das verlaſſene Erbe und Gerade fordern thäten: Aber weil viel Schulden vorhanden und zu bezahlen, und dahero, ſo wohl wegen aufgerichteter Verträge und Verbrüderungen, Herzog Heinrich ſich nicht ſchuldig erachtet, Chur-Brandenburg oder der Landgräfin ichtwas zu geben, was die Landſchafft vermeine hierinnen zu thun ſey? Darauf Herzog Heinrichen gerathen, woferne derſelbe gewiß, daß er Herzog Georgens Teſtament ohne Verlezung dero Gewiſſens annehmen könne, (darüber Herzog Heinrich ſtattlichen Rath halten laſſen ſollte;) ſo ſollte, nach Inhalt deſſelben, Chur-Brandenburg und die Landgräfin zufriden geſtellet werden; wo nicht, ſo ſtünde zu berathſchlagen: Ob die Erbnehmen zu vermögen, gütliche Handlung zu verſtatten, welche die Landſtände über ſich nehmen und verſuchen wollten: Ob die Sache in der Güte beyzulegen? welches leztere Herzog Heinrich bewilliget, und befindet ſich, daß in gepflogener gütlicher Handlung mit Chur-Fürſt Joachim zu Brandenburg ſich endlich dahin verglichen, daß Herzog Heinrich, für alle des Chur-Fürſtens Forderung an Herzog Georgens Erbe und Gerade, (welches die verba formalia ſeynd,) 30000. fl. zu geben und noch darüber 50000. fl. auf etliche Jahr ohne Verzinſung, doch auf Verſicherung, zu leihen verſprochen.„

Chur-Fürſt Johann Georg I. ſelbſt ſezte ſeinen Chur-Prinzen zum Erben ein in denen Zeughäuſern, Kellereyen, Bergwercken, auſſenſtehenden Reſten, Schulden, Jagdhäuſern, Kunſt-Rüſt- und geheimen Cammern, und denen darinnen befindlichen Mobilien; dargegen aber derſelbe die Cammer-Schulden und rückſtändige Diener-Beſoldung auf ſich nehmen, und die Inventaria, die über die Kunſt-Cammer, Zeughaus, Bibliothec, Münze, Stall und Jägerhaus, weil ſolche allerſeits ſonderbare Ornamenta bey der Reſidenz jederzeit geweſen, in eſſe erhalten, und, ſo vil möglichen, von Zeiten zu Zeiten vermehren, auch jedem Herrn Bruder etwas an Silber-Geſchirr, Tapezereyen, Pferden,

den, Stücken und Jagdzeug, beygefügtem Verzeichniß nach, reichen und abfolgen laſſen ſolle. In ſeinem Codicill hingegen ordnete er: „So vil aber oberwähnte Mobilia betrifft, iſt, an ſtatt der Specification, darauf ſich Unſere Diſpoſition beruffet, hiermit Unſer väterlicher Wille und Meinung, daß hochgedachtes Unſers geliebteſten älteſten Sohnes, Herzog Johann Georgen, Lbden, jedem unter denen dreyen Herren Brüdern ſo vil Silber-Geſchirr, als zu einer Fürſtl. Tafel von zwey Vorſätzen gehörig, ingleichen zu zweyen Fürſtlichen Zimmern Tapezereyen, und denn drey Züge Pferde, reichen und abfolgen laſſen ſoll: Wegen der Stücke und Jagdzeuges aber haben ſie ſich alle freund-brüderlich zu vergleichen; jedoch dergeſtalt, daß daran zum wenigſten drey Theile bey Unſerer Veſtung und dem Chur-Erben verbleiben ſollen, der 4te aber unter die andern Herren Brüder vertheilet werde. „

In der **Sachſen-Weimariſchen** Herrn Brüdere Vertrag de An. 1662. wurde bedungen: „Betreffend zum 20ſten die Tapezereyen, Bibliothec, ſo wohl dasjenige, was ſich im Fürſtl. Cabinet, Reiß- und Drehe-Stuben befunden, ſoll daſſelbe, Unſers hochſeeligen Herrn Vaters Gn. zu Ehren und ſtetswährenden Andencken, vermöge deroſelben väterlichen Diſpoſition, commun verbleiben; wie nicht weniger die andern im Haupt-Schloß befindliche Mobilien an Zinn, Küchen-Geſchirr, und andern Hausrath, ſo von Uns nur bey geſammten Ausrichtungen gebrauchet, hernach aber jedwedes wiederum an ſeinen Ort geſchaffet und im Haupt-Schloß verwahret werden: Jedoch da ein oder anderer von Uns an Inſtrumenten oder Büchern etwas daraus entlehnen und borgen wollte, wäre ihm ſolches auf eine gewiſſe Zeit, gegen einen Schein und Wiedererſtattung, unweigerlich zu folgen; inmaſſen denn alles in ein richtig Inventarium gebracht worden iſt: ꝛc. Was aber den übrigen, auf dem Haupt-Schloß allhier, an einem und andern Ort, befindlichen Hausrath, wie auch an Vieh, Pferden, Schiff, Geſchirre, und alten Getreydig, ſo in Vorrath annoch vorhanden, betrifft, ſoll daſſelbe in vier gleiche Theil zerſchlagen und unter Uns getheilet werden; es wäre dann, daß ein oder ander Theil die in deſſen Portion zur Theilung gehörige Mobilia vor ſich behalten wollte, welchenfalls man ſich eines billigmäßigen Anſchlags zu vergleichen und wäre ſo dann der daraus kommende Werth gleichfalls zu vertheilen. „

Anno 1667. aber beliebten ſamtliche Herrn Brüdere anderweit: „Endlich und zum 10den, obwohl im Fürſt-Väterlichen Teſtament und darauf geſchloſſenen Verträgen unter andern verſehen, daß Unſers weiland hochgeehrten in GOtt ruhenden Herrn Vaters Gnd. Cabinet,

net, wie auch die Dreheſtuben, und was zu beeden gehöret, aus ſonderbahren Abſehen, unvertheilet bleiben und bey hieſiger Reſidenz beyſammen gehalten werden ſollte, Wir auch, der älteſte Bruder, ſolchem nachzukommen, und hierinnen keine Aenderung zu treffen, vor Uns jederzeit geſonnen geweſen, Wir, jüngere Fürſtl. Gebrüdere, auch allerſeits ebenmäßig Anfangs und eine Zeithero in ſolcher Meynung geſtanden; ſo iſt doch, aus allerhand wichtigen Conſiderationen, endlich vor gut befunden, und durch einhellig von Uns allerſeits gemachten Schluß beliebet worden, daß ſolche Sachen, als welche ohne das in die Länge nicht zu erhalten, ſondern nach und nach Schaden nehmen und dergeſtalt vergehen würden, daß ſie hernach gar nicht mehr zu nutzen, noch zu gebrauchen ſeyn dörfften, ſonderlich aber die Bücher, koſtbare Uhrwercke, Mathematiſche Inſtrumenta, Muſicaliſche Sachen, ſchöne Gemählde, und dergleichen, vertheilet, und von einem jedwedern, zu Hochged. Unſers allerſeits weyland Hochgeehrten Herrn Vaters Gnd. Chriſtlöbl. Andenckens ſonderbahren Ehren, wohl in acht genommen und unverändert erhalten, dasjenige aber, was an verfertigter helffenbeinerer und anderer künſtlichen Arbeit vorhanden, in ein abſonderlich Zimmer ordentlich geſteilet werden und in gedachter hieſigen Reſidenz der Geſammtſchafft verbleiben; jedoch die Drechſel-Banck und darzu gehörige Inſtrumenta, weilen ſie nicht füglich von einander zu ſepariren, auch zu deren Conſervation je länger je mehr Unkoſten aufgehen möchten, entweder ein- oder anderm von Uns Gebrüdern, ſo darzu Belieben trüge, oder einer andern Fürſtl. hohen Perſon, um billigmäßigen Werth überlaſſen und zugeſchlagen werden ſoll.„

Von Herzogs Johann Georgs I. zu S. Eiſenach Diſpoſition wegen der Mobilien vid. *l. c. Tom. 14. p. 41.*

Von ſeiner Gemahlin aber, der Herzogin Johannetta, gebohrener Erb-Gräfin zu Sayn, teſtamentlichen Diſpoſition wegen ihrer Mobilien ſiehe hernach.

Von Herzog Bernharden zu Sachſen-Jena berichtet Herr von Ludolf (1): Viduæ omnia Mobilia & Inventaria, quæ in Palatio & Præfecturis tempore mortis Teſtatoris invenirentur, legat. - - Subſtituit tandem Uxori in legatis Mobilibus Filiam & huic Fratres Succeſſores.

Herzog Ernſts zu Gotha Diſpoſition de An. 1654. wegen ſeiner mobiliar-Verlaſſenſchafft ſiehe im T. Staator. *Tom. 25. p. 222.* add. *Tom. 17. p. 302.*

(1) de Jur. Fœm. ill. p. m. 122.

Anno 1672. aber ordnete er weiter: „Als iſt Unſer väterlicher Will und Meinung, daß Unſere geliebte Söhne nicht allein dasjenige, was bey Unſerm in GOttes Händen ſtehenden tödtlichen Hintritt, durch deſſen Seegen und Gnade, an Baarſchafft und von Uns ausgeliehenen Capitalien, ſich finden, auch was an Getrayde, Wollen und dergleichen, ſo von vorigen Jahren geſammlet, und bis dahin nicht verkauffet werden können, übrig und ligend bleiben, und zu denen ſo dann bevorſtehenden Ausrichtungen und ordentlichen Aufgang, wie auch zu Proviantirung der Orte, davon unten ein mehres gedacht, in natura zu behalten, nicht vonnöthen ſeyn wird, zu geſammtem Nutz als ein Capital angeleget, oder ausgeliehen, und zu ſolchem Zweck in Gemeinſchafft behalten (werden ſolle.) = = Ebener maſſen ſollen auch die Zeughäuſer, ſo wohl allhier, als im Altenburgiſchen und Coburgiſch- und Hennebergiſchen, und was an Geſchütz und Munition, auch an kleinem Gewehr und Rüſtung, allenthalben vorhanden iſt, ohne Abgang, wie auch die Archiva, Kunſt-Cammer und Bibliothecen, neben den Landen, ingemein behalten, auch die Inventaria darüber zu dero allerſeits Nachricht allwegen richtig gehalten werden. Und ſo von dem kleinen Gewehr, oder von Munition, aus erheblichen Urſachen, etwas zu verändern, oder loßzuſchlagen, vor gut und nützlich befunden würde, ſoll ſolches nicht auf einmahl, und mit Entblöſſung, ſondern mit Behaltung einer noch zulänglichen Quantität, und mit forderlicher Erſetzung deſſen, was weggelaſſen worden, geſchehen: Daferne es aber auf einigen Fall obberührter maſſen zu einer erblichen Landes-Theilung gerathen ſollte; ſo dann verbleiben bey jedem Fürſtenthum die darinn befindliche Veſtungen, ſamt darzu gehörigen Zeug-Häuſern, als zu deren Verſehung nothwendig, jedoch dergeſtalt, daß da an einem Ort an Stücken und Gewehr ein anſehnlicher Ueberfluß, an den andern aber deßfalls Mangel ſich befinden würde, ſo dann wegen Ueberlaſſung der Nothdurfft zu des mangelnden Orts nothwendigen Verſehung von des andern Orts Ueberfluß, ohne Entgelt, freundbrüderliche Vergleichung getroffen werden ſolle: = = Wie denn ebener maſſen in Succeſſions-Fällen, da einer oder der andere von Unſern Nachkommen eine oder mehrere Töchter, und keinen Sohn, hinterlieſſe, Innhalts der Erb-Verbrüderung, keine Mobilien = = ihnen gefolget werden ſollen. „

Sein Sohn, Herzog Albrecht, ſetzte An. 1678. unter ſeine Gravamina gegen ſeinen älteſten Herrn Bruder: Daß „Wir zum öfftern Erinnerung gethan, daß doch endlich die Inventaria des zu Unſeres weyl. hochgeehrten Herrn Vaters Gn. hochſeeligen Hintritt überall vorhan-

vorhanden geweſenen Vorraths an Baarſchafft, Mobilien, Getraidig, Wolle, und allem anderen, wie es Nahmen haben mag, behöriger maſſen verfertiget werden; welche Erinnerung Wir hiemit nochmalen der Gebühr wiederhohlet haben wollen. „

Herzog Bernhard aber meldete: „Schließlichen erinneren Wir Uns, daß Unſers in GOtt ruhenden Herrn Vaters Gn. Kleidung, unterſchidliche Bücher, Magneten, und was dergleichen mehr in Dero Gemach ſich bey deroſelben Ableiben gefunden, noch beyſammen verſchloſſen, und vermuthlich in die Länge ſich theils ſolche Sachen nicht wohl conſerviren laſſen dörffren; als ſähen Wir gerne, daß ſolche unter Uns, Herrn Brüder, vollends vertheilet werden möchten. „

Anno 1679. 13. Nov. verglichen ſich die Herzoge Friderich und Bernhard: „Diejenige gemeinſchafftliche Mobilien, ſo, auſſer denen zu den Veſtungen gehörigen Stücken, wie auch der Kunſt-Cammer und Bibliothec zu Fridenſtein, bey denen Reſidentien Gotha, Altenburg und Coburg, noch unvertheilt vorhanden, und, nach Innhalt der Fürſt-väterlichen Diſpoſition, zu vertheilen, ſind auf Maaſſe, wie neulich zu Altenburg angefangen, forderſamſt vollends zu vertheilen: Was aber an Mobilien und Inventarien ſich in denen Aemtern befindet, bleibet demjenigen, welchem das Amt zugetheilet, alleine. Von der Stutterey Rodach hat jeder Herr ſeine dabey befindliche eigene Pferde voraus hinweg zu nehmen, das übrige aber, was allda vorhanden, kommt ebenfalls in gleiche Theilung. „

Anno 1681. 24. Sept. aber paciſcirten Herzog Friderich und Herzog Albrecht: „Gleichwie die Theilung derer Mobilien bey denen Fürſtlichen Reſidentzien zu Altenburg und Coburg, ſo wohl auch mit der Stutterey zu Rodach, bereits würcklich vorgenommen worden; alſo ſoll zu demjenigen, was etwan dißfalls noch zurück, gleichfalls förderlichſt geſchritten, auch ſo dann bey der Reſidentz zum Fridenſtein, auſſer was die Bibliothec und Kunſt-Cammer betrifft, welche nächſt dem Zeughauſe und Magazin, wie obgedacht, Herzog Friderichs Durchl. allein zukommen, und Herzog Albrechts Durchl. ſich darauf des Anſpruchs begeben haben, dergleichen Theilung nach den vorhandenen Inventarien vorgenommen und Sr. Fürſtl. Durchl. ihre gehörige Portion abgefolget werden: Die übrige ſämmtliche bey denen Aemtern vorhandene Mobilien und Inventarien bleiben bey jeglichem Amte unzertrennt und demjenigen Herrn, welchem das Amt zukommen, alleine; und werden demnach von Herrn Herzog Albrechts Durchl. bey denen oben am Ende des 1ſten Puncts benahmten an Hrn. Herzog

Friderich durch jetzigen Vergleich zurückfallenden Aemtern die darzu gehörige Inventaria mit zurück-gelaſſen. „

Herzog Friderichs I. zu S. Gotha Diſpoſition wegen ſeiner hinterlaſſenden Mobilien ſiehe *l. c. Tom. 12. p. 490. 494.*

Von Herzog Ernſt Ludwigs zu S. Meiningen mobiliar-Diſpoſition vid. *Tom. 14. p. 80.*

§. 18.

Brandenburg. Chur-Fürſt Albrecht zu Brandenburg diſponirte An. 1473. „Angeſehen, daß dieſelben Unſere drey weltliche Söhne alle Bereitſchafft, Gold und Silber, gemünzt und ungemünzt, unter ſich gleich theilen ſollen, einem als vil, als dem andern, wären ihr aber minder, deßgleichen; aber mit den Kleinodien oder Silber-Geſchirr, das Wir, oder Unſere Söhne, in der Marck zu Brandenburg überkommen, ſoll in der Marck, und was Wir oder Unſere Söhne des in Landen zu Francken und auf dem Gebürge, überkommen, ſoll darbey bleiben, und die, ſo geiſtlich bleiben, es ſeyn Söhne oder Töchter, ſollen nichts daran haben. „

In dem Stamm-Vertrag de An. 1599. wurde beliebt: „Der Artholerei und Munition halben, ſammt allem dem, was zur Veſtung und Wehren gehöret, ordnen und ſetzen Wir inſonderheit, was von ſolchen Sachen in der Marck Brandenburg, daß es daſelbſt, dasjenige aber, ſo Wir, Marckgraf Georg Friderich, in Unſerm Land und Veſtungen unter- und oberhalb Gebürges, ſo wohl auch in Unſerm Hof-Lager und Zeughauſe zu Onolzbach, und alſo jedes Orts ſonderlichen, hinterlaſſen und verordnen werden, verbleibe. „

§. 19.

Pfalz. Zu der *Juſtitia cauſæ Palatinæ Romæ oſtenſa* findet ſich wegen des Herkommens im Hauſe Pfalz in Anſehung derer Mobilien eine merckwürdige Stelle, welche ich ganz herſezen will: Quod circa Mobilia in Domo Electorali Palatina juris ſit, accuratius explicaturi, omiſſis antiquioribus conventionibus & diſpoſitionibus, quarum etiam vigore Succeſſor in Electoratu, extantibus licet Filiabus, omnia à defuncto Electore relicta bona feudalia & allodialia, conſequi debet, brevitatis ſtudio ea tantum verba primi fundamenti loco nunc ſubjiciemus, quæ Pacto gentilitio inter omnes, tum ſuperſtites, Comites Palatinos Anno 1553. inito continentur, quæque ita habent: „Si Nos absque legitimis ex corpore Noſtro prognatis Hæredibus maſculis decedere contigerit, tum, & non alias, prænominatus Noſter Agnatus &c. vigore Aurearum Bullarum,

rum, aliarumque Imperialium, Regiarum & Electoralium Sanctionum, Decretorum & Ordinationum, Noſtrum Electoratum & Principatum Comitatus Palatini & Ducatus Rheni & Bavariæ, in ſtatu, quo tum temporis invenientur, & à Nobis relinquentur omnes, una cum ſuis dignitatibus, honoribus, præeminentiis, officio item Archidapiferiæ, Vicariatu, Vaſallagiis, ditionibus, ſubditis, *Bonis mobilibus* & immobilibus, omnibusque appertinentiis, uti cuncta hæc à Majoribus Noſtris Electoribus ad Nos pervenerunt, & adhuc pervenient, nullo excepto, ceu exiſtens tum Elector, & verus ac indubitatus Hæres & Comes Palatinus, occupare, poſſidere & tenere debet.„ Verba hæc, ſicuti clara ſunt, & ab Electore Carolo Ludovico in Scriptis Simmerenſibus ſæpiſſime allegata; ita non de iis tantum Mobilibus intelligenda, quæ defunctus Elector tanquam Elector & vigore Electoratus conſecutus eſt, uti ſunt ea, quæ ab Anteceſſore ad ipſum devoluta fuerunt, & quæ inter ornamenta domus reputantur, quæque vel ipſe in novi Regiminis auſpicium à ſubditis aliisque dono accepit, vel durante regimine ex terris Electoralibus collegit, vel ex talibus quibuscunque Electoratus reditibus emit, ſolvit, aut in meliorem formam redegit, pretioſe auxit, ſed etiam de quibuscunque Mobilibus aliis, quibus Elector uſus eſt, quamvis ea aliunde acquiſiverit, aut ſecum in Electoratum attulerit. Locupletes hanc in rem teſtes ſunt maximi nominis Jurisconſulti & Conſiliarii Electorales Palatini, CISNERUS, REINERUS, PROBUS, alii, qui unanimi omnes ore cenſuerunt, omnia ab Electore Ottone Henrico relicta Mobilia, etiam, quæ ſucceſſurus Electori Friderico II. Neoburgo ſecum Heidelbergam detulerat, eo ipſo ſtatim Electoralia facta & Electoratui unita eſſe, quæ proinde nec ipſe in præjudicium ſui in Electoratu Succeſſoris, Friderici III. primi ex linea Simmerenſi Electoris, Agnato Wolffgango Neoburgico poſteriore ultima voluntate relinquere potuerit, nec ille huic concedere debeat, aut teneatur, prout ex ipſorum deductionibus Juridicis, quarum authographa in Archivo Palatino cuſtodiuntur, exemplaria vero authentica ad manus hic ſunt, videre eſt. Neque vero ea ſolum Jurisconſultorum horum, Principis ſui gratiam captare volentium, mens fuit, qua tamen hic uſus non ſit, ſed illorum opinione & fundamentis nixus re ipſa obtinuit, ut ſolemni, quæ inter ſe & Ducem Wolffgangum, Mediatore Duce Chriſtophoro Wirtembergenſi, Anno 1562. facta fuit conventione, una

cum

cum pileo & pallio Electorali, reliquisque omnibus gemmis, ſuppellectile argentea, veſtibus, aliisque, quæ Dux Otto Henricus ex ſucceſſione Patrui Friderici II. Electoris acceperat, etiam illæ gemmæ, ſuppellex argentea, veſtes, aliaque Mobilia, quæ ab ipſo quidem Neoburgo Heidelbergam allata & Duci Wolffgango adſcripta, ex reditibus tamen Palatinis mercatoribus ſoluta, vel durante Ottonis Henrici regimine Electorali dimidia pretii parte aucta fuerant, in univerſum; Alia autem Mobilia hoc numero non comprehenſa pro tertia parte ſibi ceſſerint, ex defuncti Electoris diſpoſitione ægre duabus reliquis tertiis relictis, & in uſus Pauperum Heidelbergenſium, & non alios, deſtinatis omnibus iis veſtibus, lineis, aliisque ab Ott. Henr. relictis, quarum ſingulæ pretium decem floren. non exceſſerunt. Cujus conventionis integrum contextum jam alibi retulimus, & ejus, quoties lubebit, rurſus inſpiciendi copia fiet. Jus hoc, quo Fridericus III. Atavus Sereniſſimæ Duciſſæ Aurelianenſis, adverſus Agnatum Wolffgangum, Pro-Avum Sereniſſimi Electoris moderni, utut defuncto Ottoni Henrico pari gradu conjunctum, ejusque teſtamento innixum, uſus eſt, ſecutus deinceps quoque eſt Fridericus IV. Elector, Pro-Avus Sereniſſimæ Duciſſæ, cætera minime parcus adverſus unicam optime de ſe & Palatinatu meriti Patrui & Tutoris, Ducis Caſimiri Filiam, univerſa hujus bonorum, uti immobilium, ita mobilium, licet extra Palatinatum notorie quæſitorum, hæreditate ſibi retenta, doti Sororis Patruelis conſuetæ, veſtibus propriis & ſimilibus rebus præſtari ſolitis, haud magna ſumma paratæ pecuniæ addita, quam Patrem filiæ dilectiſſimæ deſtinaſſe conſtabat, ſub expreſſa conditione, ne ea liberalitas unquam in exemplum allegari debeat aut poſſit, uti vel ex ipſa lectione Inſtrumentorum dotalium inter illam, ſeu illius verbis & Principem Anhaltinum, illius maritum, confectorum elucet. Oſtenderant nimirum tunc temporis Conſiliarii Palatini, interque eos Dobbinus, rerum Germanicarum, & imprimis Palatinarum, peritiſſimus Juriſconſultus, fuſiſſimo in eam rem conſcripto Conſilio Juridico, pactis & conſuetudine totius Domus Palatinæ, filias, præter dotem, ab omni omnino ſucceſſione alia, etiam in res mobiles, excluſas ſemper fuiſſe & eſſe debere, donec ullus ex Domo Palatina & Bavarica maſculus ſuperſtes erit: cæteroquin in linea jam primogenita Filias Palatinas, ex iisque ab aliis Principibus procreatos Hæredes ſolos, aut cum aliis Principibus Palatinis, ſaltem

tem in Mobilibus ſucceſſuros ſæpius fuiſſe, ſi jure communi privatarum hæreditatum in ſucceſſione Parentum proximorumve, aut ſibi æque propinquorum Agnatorum, ſeu Cognatorum potuiſſent, recenſitis in eum finem plurimis exemplis ſpecialibus, quæ ad prolixitatem evitandam huc à nobis non referuntur, ipſam vero Scripturam legere cupienti, uti ſemper licebit, ſtatim obvia fient. Dominis Atavo & Proavo Sereniſſimæ Duciſſæ Aurelianenſis jure addemus exempla Dominorum Avi & Patris. Hic quippe in ſcriptis Simmerenſibus identidem aſſeverat, argumentisque & autoritatibus evincit, Primogenitum in Electoratu Succeſſorem, una cum Electoratu, in res omnes mobiles, Theſauros, aliaque cuncta a defuncto relicta ſuccedere, & ſe æque ac Patrem vigore Aureæ Bullæ & pactorum familiæ feudalia & allodialia a Prædeceſſoribus relicta, adeptum eſſe, & idem Domui Neoburgicæ, quam eo fine non ſemel expreſſis verbis nominat, jus competere debere: quodque illic de Succeſſione Electorali fatetur, id quoque in Succeſſione Simmerenſi, dum defuncti poſtremi Ducis ditiones jure Agnationis & Appanagii ad ſe redierant, ſi non ratione omnium Mobilium, ſaltem multorum, & nominatim ratione omnium equorum a Defuncto relictorum, uti & reliquarum rerum omnium ad ſtabulum pertinentium, exactiſſime obſervavit, his ſub numero rerum expeditioriarum ad Agnatum & territorii Dominum ſpectantium Heidelbergam adductis, & Dominæ Duciſſæ Viduæ, Hæredi univerſali à Domino Marito inſtitutæ, iis ſolum equis conceſſis, qui ipſius uſibus particularibus dicati fuerant. Quod factum, præterquam in recenti omnium memoria adhuc verſatur, & propria Domini Electoris Caroli Ludovici manu confeſtim probari poteſt, eo minus negari poterit, cum earum rerum complures ad Sereniſſimam Duciſſam Aurelianenſem poſt mortem Fratris pervenerint, ab aliis facile dignoſcendæ. Nemo igitur vitio vertere potuiſſet Sereniſſimo Electori, nunc rerum potienti, ſi pactis & exemplis his domeſticis inſiſtens, idem ſibi juris in Mobilibus defuncti Domini Electoris aſſeruiſſet, quod adverſus ſuos Majores Majores Sereniſſimæ Duciſſæ Aurelianenſis uſurparunt, maxime cum vel diem ex rationibus Cameralibus Heidelbergenſibus indicare facile fuiſſet, quo earum pleraque ex reditibus Palatinis parata fuerint, & non minus ſibi licuiſſet, contra reſervationes, poſterioribus quarundam Filiarum Simmerenſium, ipſiusque Ser. Duciſſæ Aurelianenſis, renunciationibus ratione Allodio-

lodiorum additas, niſi commodam interpretationem aliam verba admiſiſſent, uti ea ponderanti & pacta antiqua conferenti haud difficulter occurere poterat, optimo jure regerere, nullo Agnati facto derogari Aureæ Bullæ aliisque Imperialibus Sanctionibus & familiæ pactis potuiſſe, quin, ſi quid contra factum fuerit, ipſo jure id nullum eſſe, atque hoc fundamento Dominus Elector Carolus Ludovicus contra teſtamentum Domini ſui Avi voce & ſcriptis conſtantiſſime ſe tuitus eſt. Saltem a Sereniſſima Duciſſa Aurelianenſi negari nequiviſſet, rectiſſime ab Electore Carolo Ludovico in Succeſſione Simmerenſi inter res expeditorias, etiam equos defuncti Agnati cum Ephippiis, &c. relatos fuiſſe, eosque proinde ſimiliter Serenitati ſuæ Electorali cedere debere. Tantum vero abeſt, ut Elector, præter aliqua antiquiſſima Domus inſignia & ornamenta, eaque, quæ ad tutelam locorum aſſervantur, adeoque totius Germaniæ, aliorumque Regnorum praxi, numero Mobilium non veniunt, vel ex hiſce Mobilibus, equisve, aut, quæ alias ad inſtruendum Principis ſtabulum ſpectant, vel ex Palatinatu redacta, vel ex aliis reditibus, vini, frumenti & ſimilibus, quæ tempore mortis ſuperfuerant, ſibi quicquam arrogare voluerit, ut potius & ipſe eorum aliqua præſenti pecunia a Dominis Hæredibus Allodialibus emerit, & quæ a ſe, ſuisve conſumta fuerunt, juſto pretio ſolverit, &, ſi quæ alia ab Officialibus Palatinis, quorum curæ reditus huc relati commiſſi fuerant, deberi ex ipſorum rationibus apparuerit, promtam ad ea exigenda operam promiſerit, denique, concordiæ amore, etiam ea reliquerit, quæ vel a primis Progenitoribus in Decus Domus collecta, a belli tricennalis injuriis ſalva manſerant, vel ab Electore Carolo Ludovico in locum ejusmodi a Domino Patre Friderico V. deperditarum rerum eo animo ſubſtitui cœperant, ut æternum penes Electoratum manerent, à Sereniſſima Duciſſa Aurelianenſi, ejusve Sereniſſima Matre, aliis dein ceſſa, aut donata.

§. 20.

Braunſchweig. Herzog Julius zu Braunſchweig verordnete wegen ſeiner mobiliar-Verlaſſenſchafft forderiſt das im T. Staater. *Tom. 14. p. 106.* angeführte; alsdann aber fuhre er weiter fort: „Es ſoll auch hochgemelte Unſere Gemahlin nach Unſerm Abſterben ſo wenig, als die Ihro Liebden zugeordnete und hernach benannte Unter-Vormunden, auch ſonſten jemands, der ſey auch wer er wolle, niemand ausgeſchloſſen, in Unſere Schatz-Cammer und Geld-Gewölbe, (kommen,) vilweniger Geld-

Stock,

Stock, Kasten, Lade oder anders geöffnet, sondern das alles so lange gänzlich verschlossen gehalten und gelassen werden, biß Unserm ältesten regierenden Sohne, Herzog Heinrich Julio, die vollkommene ganze Regierung aufgetragen und eingeräumet ist; alsdann S. Lbdn. die Schlüssel zu sich nehmen, und darzu, auch ausserhalb S. L. darauf sonderlich beaydigt- und geschworenen Kämmerers, Tresoren- und Buchhalterey-Verwaltere, darzu nicht kommen, noch sonsten Sr. Lbdn. Vermögen und Geld-Vorrath jemands wissen lassen soll. Wir verordnen aber hiemit, und in Krafft dises, der gemeinen Unserer ehrbaren gehorsamen Landschafft aller dreyer Stände, als den Prälaten, denen vom Herrn-Stande auch Ritterschafft, Städten, gemeinen Landes-Unterthanen, zu einem sonderlichen Schatz und Vorrath dises Unsers gemeinen geliebten Vaterlandes des Fürstenthums Braunschweig an Unsern unterschidlichen Metallen und Bergwahren 700000 Rthlr. werth; wie Wir das allbereit auf Unser Haupt-Vestung Wolffenbüttel und der neu-befesteten Heinrich-Stadt darvon im Vorrath bey einander ligen haben; doch also und dergestalt, daß solcher ansehnlicher stattlicher Vorrath an gedachten Metallen und Bergwaaren vil-hochermeltem Unserm ältesten Sohn, Herzogen Heinrich Julio, regierenden Landes-Fürsten, eigenthümlich und erblich seyn und bleiben, von Sr. Lbdn. aber, ohne Willen und Rath und Zuthun gemeiner Unser Fürstenthum Landschafft, nicht angegriffen, und weder gantz, noch zum halben Theile, oder etwas davon, verkaufft, verlehnet, verschencket und vergeben, oder sonsten veräussert, distrahiret und verspilet, sondern stets für und für bey einander, als ein gemeiner Landschatz, auf alle fürfallende Noth-Fälle, unverrücket bleiben soll: Und wenn einmahl durch GOttes Verhängniß, über kurz oder lang, Unser ältester Sohn, Herzog Heinrich Julius, verordneter Landes-Fürst, und diß Unser geliebtes Vaterland mit Krieg und Heers-Krafft verfolget und beschweret, oder an Landen und Leuten bedrängt, auch sonsten unumgänglich disen Landschatz anzugreiffen, und sich, auch Land und Leute, zu retten und zu schützen benöthigt würde; alsdenn und in solchen Fällen soll Unser regierender Sohn, Herzog Heinrich Julius, und seine Erben für und für nach ihm, wohl mächtig und befugt seyn, solchen Unsern verordneten Landschatz anzugreiffen, und sein, auch der Landschafft und gemeiner Unterthanen, Bestes darmit thun. Würde auch Unser regierender Sohn, Herzog Heinrich Julius, nach Uns, oder seine Erben, Raths werden, die gemeine Unser Landschafft sich des auch mit gefallen lassen, und man darzu über kurz oder lang gute Gelegenheit ersehen, daß solche Metallen und Bergwaaren verkaufft und

verhandelt werden ſollten, und man befinden, daß dadurch des Landes-Fürſten, als des Eigenthums-Herrn, mehrer Vortheil und Zugang, auch alſo gemeiner Landſchafft Beſtes, mit geſchaffet werden könnte; ſo mag Unſer älteſter Sohn, Herzog Heinrich Julius, regierender Landes-Fürſt, und ſeine Erben, mit Rath und Vorwiſſen der Landſchafft, dieſelbe Waaren zu Gelde machen, und dieſelbe daraus löſende ganze Haupt-Summa der 700000 Thl. an gewiſſe ſichere Oerter, als bey fürnehme vermögende Städte, oder ſonſten, doch auf Bürgſchafft ezlicher Thum-Capitel und Städten in diſem Nider-Sächſiſchen und Weſtphäliſchen Crayſe, auf jährige Verzinſung und Penſion anlegen; welche jährige Nutzungen und Zinſe Unſerm Sohn, dem regierenden Landes-Fürſten, Herzog Heinrich Julio, und deſſelben Erben, jedesmahl folgen, und die auch zu Verbeſſerung und Weiterung Land und Leute, wie S. Lbdn. zum Beſten zu thun wiſſen werden, angewendet, der Hauptſtuhl der 700000. Thlr. aber unverrückt bey einander und zu Nothfällen, wie obſtehet, von Unſerm Sohn, Herzogen Heinrichen Julio, und Sr. Lbdn. nachkommenden Landes-Fürſten, zu des geliebten Vaterlandes Beſchützung gebraucht und angewendet, ſonſten aber nichts vergriffen, noch auch von abhanden gebracht werden. Wir rathen aber treulich, daß Unſer Sohn, Herzog Heinrich Julius, regierender Herr nach Uns, wie auch deſſelben Erben und Nachkommen, und die von der Landſchafft, ſolchen vermachten Vorrath an den verſchidlichen Metallen und Bergwaaren nicht einzeln, ſondern, ſo vil immer müglich, alles auf einmahl, in Einer Kauff-Summa, gegen baare Bezahlung, Zug um Zug, laſſen zahlen, damit die daraus löſende Summa um ſo vil beſſer und mehrer Nutz, dem regierenden Landes-Fürſten zu gute, wieder angeleget werden könne. Damit aber diſer Unſerer wohlmeinentlichen und väterlichen Verordnung jederzeit um ſo vil mehr nachgelebet, Unſere Landſchafft auch gewiß ſeyn möge, daß ohn ihr Vor- und Mitwiſſen der vorberührte verordnete Landſchatz an den unterſchidlichen Metallen und Bergwaaren anderer geſtalt nicht, denn Wir zuvorgemelt, von Unſerm Sohne, dem regierenden Fürſten, angegriffen oder verdiſtrahiret werde; ſo ordnen und wollen Wir, daß von wegen gemeiner Landſchafft ezliche zu ſolchem genugſam verſtändige taugliche Perſonen, als 3. von den Prälaten, 3. von der Ritterſchafft, 3. von Unſer Julius-Univerſität, 3. aus den Städten, und dazu 3. von der gemeinen Bauerſchafft, oder des Land-Volckes wegen, durch die gemeine Landſchafft erwehlet und ernannt, von Unſerm Sohne, dem regierenden Landes-Fürſten, Herzogen Heinrichen Julio, aber darzu confirmirt und beſtättigt, und allewege an des

Abge-

Abgestorbenen statt ein ander angewisen und verordnet werde, dieselben aber das darüber aufgerichtete Inventarium zu sich nehmen und mit Aufsehen haben sollen, daß diser Unser Disposition zuwider nichts darmit vorgenommen, noch Unserm letzten Willen zugegen gehandelt oder gebrauchet werde. „

Anno 1592. verglichen sich Herzog Wilhelms Prinzen mit einander: „Es ist auch dahin Verwilligung geschehen, daß ein gebührlich ordentlich Inventarium hochermelten Herzog Wilhelms zu Braunschweig und Lüneburg, Christmilder Gedächtniß, hinterlassenen güldenen Ketten, Kleinodien, Silber-Geschirr, und dergleichen, jetzo aufgerichtet, und, so ferne es sich schicket, zwischen J. F. G. jetzo der Ketten halber Vergleichung getroffen, oder es allesammt zu allerseits J. F. G. Besten, bey Herzog Ernsten, als regierenden Fürsten, behalten und verwahret werden solle, und was am Gelde vorhanden, daß solches zur Ablegung des Herrn Vaters hinterlassenen Schulden alsbald verwendet und es ordentlich, wohin es gewendet wird, verzeichnet werde. „

§. 21.

Anno 1603. verglichen sich die samtliche Fürsten zu **Anhalt**: Es solle die Rüst-Cammer zu Dessau, so wohl das Geschüz, so vorhanden und zu Zerbst stehe, in gemein bleiben. **Anhalt.**

In dem An. 1637. zwischen denen Gebrüdern, Fürsten Johann Casimirn und Georg Ariberten, getroffenen Vergleich wurde beliebt, daß des lezteren aus ungleicher Ehe erzeugte Kinder auch nicht von den Mobilien, Moventien, Baarschafft, Nominibus & Actionibus, wie das Nahmen haben möge, etwas zu gewarten haben sollen.

Anno 1676. verglichen sich die Herrn Fürsten zu Anhalt-Zerbst mit einander: „Hierüber werden auch 6tens Herrn Carl Wilhelms Durchlauchtigkeit alle und jede Mobilia in der Residenz zu Zerbst, an Silber-Geschirr, Tapeten, auch andern Dingen gelassen, und nur hiervon die Kleinodien und Jubelen, wesfalls ein in Quadruplo verfertigter beglaubter Aufsatz gemachet und jedwedem der Herren Gebrüdere ein Exemplar zugeschicket worden, ausgezogen; als welche Kleinodien und Jubelen in gesammt verbleiben, zu Zerbst verwahret und zu ein und den andern Nothfällen reserviret werden; wie dann bey einem solchen Nothfall ein oder der ander Herr Bruder, gegen Versicherung der Restitution in gewisser Zeit, und mit der andern dreyen Vorbewußt und Einbewilligung, solche verpfänden und sich damit retten kan: Wie man dann auch billig befunden, daß das Geschüz auf dem Schloß zu Jever nicht veralieniret, sondern nach dem deßfalls aufrichtenden Verzeichnis,

um der anderen Herren Brüdere künfftiges Intereſſe willen, daſelbſt unverrückt gelaſſen werden ſolle. Wo hingegen Herrn Fürſt Carl Wilhelms Fürſtliche Durchlauchtigkeit einem jedweden der anderen drey Herren Gebrüdere, und auch dero Fräulein Schweſter, Fräulein Sophien Auguſten, Fürſtin zu Anhalt, ꝛc. vor diſe Mobilien, Silber-Geſchirr, und andere Dinge, auch in Conſideration, daß auf den Aemtern Sie die Inventaria behalten, 2000. Rthlr. jedoch ohne Zins, baar erlegen laſſen wollen, mit welcher Summa, die ihnen bey dem Antritt ihrer neuen Hofhaltung gegeben werden ſolle, ſie das nothwendigſte anſchaffen mögen, und ſie alſo nicht mit lediger Hand den Anfang machen dürffen. Weil auch, 7dens, dem ältiſten Herrn Bruder die Pferde in den Marſtällen und Stuttereyen, ſo vil nicht einem oder dem anderen Bruder allein bereits zukommen, gelaſſen werden; ſo verſpricht derſelbe hingegen, ſeine zwey Herrn Gebrüdere, Herrn Fürſt Anthon Günthern und Herrn Fürſt Johann Adolphen, gegen die bevorſtehende Kriegs-Campagne mit Pferden nach ihrem ſelbſt-Belieben, und andern erfordernden Ausrüſtungen dergeſtalt zu verſehen, daß Sie mit Fürſtlicher Reputation zu Felde gehen können; dem jüngſten Herrn Bruder, Fürſt Johann Ludwigen, aber an ſeine Caretten oder Chaiſe Kutſch- und Reit-Pferde eine anſtändige Equipage zu geben, daß Seine Fürſtliche Durchlauchtigkeit damit zufrieden ſeyn können. „

Fürſt Victor Amadeus zu **Anhalt-Bernburg** hat in ſeinem Anno 1709. errichteten Pacto Primogenituræ §. 3. und 5. verordnet, daß die jedem ſeiner Prinzen aßignirte Aemter und Güter, prout inſtructa ſunt, verbleiben und einem jeden ſpecifice zufallen ſollen; wegen derer Meublen auf dem Schloſſe Bernburg aber verſahe er nichts ſpecifice. Als nun der Primogenitus ſolche allein an ſich ziehen wollte, wurde zu Halle angefragt: Ob der Primogenitus die Meublen, ſo tempore mortis des Herrn Vaters auf dem Schloß zu Bernburg vorhanden geweſen, allein zu prætendiren befugt und was eigentlich ad fundum inſtructum zu referiren ſeye? Diſe JCti antworteten (1): Daß der Primogenitus die Meublen, ſo tempore mortis des Herrn Vaters auf dem Schloß zu Bernburg vorhanden geweſen, allein zu prætendiren nicht befugt ſeye.

In dem Vergleich zwiſchen beeden Fürſten zu **A. Cörben** de Anno 1716. wurden dem Primogenito die Fürſtl. Patrimonial-Capitalien überlaſſen; hingegen reſervirte ſich der Secundogenitus den Halbſchied der Bibliothec und des Gewehrs.

§. 22.

(1) v. H. BOEHMERS Conſult. & Deciſ. Vol. 1. Part. 2. p. 189.

§. 22.

Marckgraf Chriſtoph zu **Baden** teſtirte An. 1515. Was poſt mortem Noſtram verlaſſen werde, an Gelt, Frucht und Wein, deßgleichen Bett, Bettgewand, Hausrath, Ufſchlag, Gewürck, Püchſen, Pulver, und allen andern Zeug zu der Wehr gehörig, von dem allen ſoll, was und wie viel deſſen an jeglichen Ende der obgemeldter Unſer Marckgraf- und Herrſchafften gefunden wird, zun Zeiten Unſers Abgangs zuſtehen und bleiben, & trib. filiis Bernhardo, Philippo, Erneſto, denen dieſelben dominia darinn, das gefunden wird, ut ſup. zugetheilt ſeyn, was auch zur Wehr gehört, und diſer Zeit in jedes zuverordneten Schlöſſern, Stätten und Flecken iſt und erfunden wird, ſoll darinn bleiben, und keineswegs verendert werden: Ob aber das bey Unſerm Leben daraus geführt und gebraucht würde, das ſoll mortuis Nobis in dieſelben Schloß, Stätt, Flecken, daraus es genommen worden, geführt, und den, ſo dieſelben Schloß, juxta hunc Vertrag, zugeordnet ſeyn, bleiben; doch ſoll der Landſchafft ihr zugeordnet Geſchütz bleiben. Ita quoque dictis tribus Filiis legat die Burgundiſche Schulden: Das Silbergeſchirr und die Kleinodien aber ſollen unter alle vier Brüder gleich getheilet werden: Prinz Rudolf, der geiſtlich worden ware, forderte, Krafft väterlichen Teſtaments, einige Stücke von ſeinen Herrn Brüdern; er wurde auch durch einen Vergleich befridiget, mußte aber aufs neue auf alle Erbſchafft ſeiner Eltern, Brüdern und Schweſtern, Verzicht leiſten. Baden.

Marckgraf Bernhards III. zu B. **Baden** Söhne machten An. 1556. einen Vertrag: Durch ſolchen behielte der ältere Prinz Philibert alle Fahrniß in der oberen Marckgrafſchafft Baden, ohne Ausnahm, biß auf die Kleidung ihres Herrn Vaters; worüber ſich die Herrn Brüder beſonders verglichen.

Marckgraf Carls II. zu B. **Durlach** bewegliche Güter wurden unter ſeine drey Prinzen gleich vertheilt. (1)

Marckgraf Georg Friderich zu B. Durlach verſchaffte An. 1615. ſeine ganze Mobiliarverlaſſenſchafft dem Regierungsnachfolger: Hingegen ſollte derſelbe, wann nur ein einiger nachgebohrener Prinz vorhanden ſeye, ihme 5000. fl. zahlen; wären es zween, jedem 4000. fl. wären es drey oder mehrere, jedem 2000. fl. doch erſt aldann, wann ſie ſich vermählen.

§. 23.

Landgraf Philipp zu **Heſſen** diſponirte An. 1562. „Das (nach Abzug eines Legats von der Baarſchafft) übrige, ſo noch ein ſtattliches Heſſen.

ſeyn

(1) H. Sachsens Badiſch. Geſchicht. 4. Theil, S. 196.

seyn wird, soll Landgraf Wilhelm zu einem Vorrath behalten, Ihme und seinen Brüdern zum Besten, ob sie jemands bekriegen wollte, sich darmit defensive zu wehren. Von dem Geschütz und Munition, so in Cassel und Ziegenhain ist, soll Landgraf Wilhelm das vierte Theil Landgraf Ludwigen geben und in Giessen folgen lassen. Deßgleichen noch ein vierten Theil Landgraf Philipsen und Landgraf Georgen geben in die Festung Rüsselsheim und Reinfelß; doch soll Landgraf George den halben vierten Theil haben, und darüber vom andern übrigen Geschütz noch ein dritten Theil haben, weil in Rüsselsheim das meiste Geschütz vonnöthen. = = = Die Kleider, Kleinoder, Silbergeschirr, Tapecerey und Hausrath, soll Landgraf Wilhelm halb, Landgraf Ludwig das vierte Theil, und Landgraf Philips und Landgraf George auch ein vierten Theil zusammen, haben. = = = Wir wollen auch hiemit ausdrücklichen geordnet haben, daß keine Töchter etwas im Fürstenthum Hessen = = an fahrender Haabe = = mit-erben sollen, so einige Manns-Personen von Unsern Söhnen und ihren Erben vorhanden. „

In dessen Conformität schlossen seine Söhne: „Als dann auch Unser Herr Vater = = verordnet, daß = = keine Tochter etwas = = an fahrender Haabe, alldieweil Manns-Personen von Uns, oder Unsern Nachkommen, vorhanden wären, erben = = sollen; = = so haben Wir darauf einander bey geschwornem Eyd versprochen und zugesagt, = = daß = = keine Töchter = = zu ewigen Zeiten, = = alldieweil Manns-Personen von Uns = = im Leben seyn, etwas an = = fahrender Haabe erben sollen. „

Landgraf Georg I. zu Darmstatt disponirte An. 1593. auch: Die Töchtern sollten, gegen ihr Heurath-Gut und Ausfertigung, unter anderem auch auf die Baarschafft und fahrende Haab Verzicht thun. Weiter ordnete er auf den Fall einer Theilung unter seinen Söhnen: „Dieweil Unser ältester Sohn, Land-Graf Ludwig, hiernechst die Onera, so ihme, als dem Aeltesten, in allerhand fürfallenden Sachen zuwachsen werden, tragen muß, und dahero billig, daß er auch dagegen eine Ergetzlichkeit habe, daß er derowegen aus dem Geld, so Wir neuerlicher Zeit, vermög innhabender unterschidlichen Verschreibungen, um gebührliche Verzinsung ausgeliehen und ausgelegt, 150000. Gülden, = = = zu Voraus haben, oder, da immittelst eine oder die andere Summe wieder abgelegt und nicht anderweit wieder ausgeliehen würde, ihme alsdann dieselbige aus der gemeinen Baarschafft gelifert werden soll, also, daß er solche 150000. fl. Batzen vollkömmlich zuvor bekommen möge: Wann er nun deßwegen contentirt und vergnüget, sollen sie alsdann

dann ⁂ die übrige Baarschafft, Silber-Geschirr, Hausrath, Geschütz, und alles anders, wie das Nahmen haben mag, ⁂ mit Rath der Vormünder, in vier gleiche Theile unter sich theilen, auch ein jeder seinen vierten Theil zu sich nehmen, und zum besten regieren und verwalten. „

Seine Söhne cedierten auch An. 1606. per Pactum ihrem ältesten Bruder, nebst Land und Leuten, die ligende und fahrende Haab und Güter, die seyen von ihrem Vater, Landgraf Georgen, oder ihrem Vetter, Landgraf Ludwigen zu Marburg.

In dem Vertrag de An. 1627. zwischen Landgraf Wilhelmen zu Cassel und seiner Frau Mutter, Namens seiner Geschwistrigte, heißt es: „Die Artillerie und Munition, und anders, so in und zu den Vestungen, auch dem gemeinen Defensions-Werck des Vaterlands, gehörig, sollen darbey zusammen unzertrennt verbleiben. „

Nach Absterben des Hessen-Bingenheimischen (1) Mannsstamms wollten die Erbtöchtern einige verpfändete Güter vindiciren: Es entstunde dabey die Frage: Ob Töchtern darinn folgen können, und ihnen nicht ihr Verzicht in dem Wege stehe? das Cammergericht aber sprache An. 1753. und 1762. für die Töchtern; weil der Verzicht nur auf das gehe, was zum Land gehöre, nicht aber auf das, was von der Mutter herkomme, oder sonst erworben worden seye; maßen darinn, als in allodial- privat- und separaten Gütern, auch die Töchtern folgen könnten.

§. 24.

Herzog Johann zu **Holstein-Sonderburg** verordnete: Alles Hausgeräthe, Heerzeug, Pferde, Rüstung, Kleider, Gold, Silbergeschirr, Geschmuck, und alle bewegliche Güter, sollten unter seine samtliche Söhne in gleiche Portionen vertheilet werden. Holstein.

§. 25.

Herzog Johann Albrecht I. zu **Mecklenburg** sezte An. 1573. zwar forderist seine beede Söhne in denen beweg- und unbeweglichen Gütern überhaupt zu Erben ein; hernach aber meldete er ins besondere: „Von allem Unserm Silber-Geschirr, Tapecerey und Kleidern, soll Unser ältester Sohn, Herzog Johanns, den dritten Teil Unserm jüngsten Sohn, Herzog Sigismund Augusten, zustellen, damit auch genannter Unser jüngster Sohn zufriden und derowegen keiner fernern Forderung sich anmassen soll. „ Mecklenburg.

Herzog

(1) s. Freyh. von CRAMER Nebenst. 34. Theil, S. 68. 91.

Herzog Adolf Friderich I. zu M. Schwerin vermachte An. 1654. seinem älteſten Prinzen das Herzogthum Mecklenburg, Schweriniſchen Antheils, mit beweg- und unbeweglichen (Gütern,) Pfandſchafften, Schuld- und anderen Forderungen, und alles, was er jezo habe, oder künfftig zu jezt-beſagtem Herzogthum quocunque titulo acquiriren und erlangen werde, es ſeye an Vorrath, Baarſchafft, Kleinodien, Silber-Geſchirr, Munition, Artollery, und allem andern, wie das Nahmen habe und genannt werden möge; dem zweyten Sohn verſchaffte er das Ratzeburgiſche, ſammt Schuld- und anderen Forderungen, und allem, was er anjezo daſelbſt habe, oder künfftig noch dahin, mit wohlbedachtem Muth, daß es dabey bleiben ſoll, bringen werde, es ſey an Vorrath, Mobilien, Silber-Geſchirr, Vieh und Haus-Geräthe, Betten, Leinen, Wollen, und allen anderen beweg- und unbeweglichen Gütern, wie dieſelbe nach ſeinem Tode darauf vorhanden ſeyn mögen, und ſo dem Dritten das Fürſtenthum Schwerin auf gleiche Weiſe: Endlich ſo diſponirte er auch noch: „Als auch Unſer in GOtt ruhender Groß-Herr-Vater eine anſehnliche Bibliothec von allerhand feinen Büchern in allen Materien zuſammengebracht, dieſelbe auch von Uns augiret und vermehret worden; ſoll Unſer Sohn, Unſers Landes Mecklenburg Succeſſor, dieſelbe alleine und beyſammen in gutem Weſen unverrückt behalten. „

§. 26.

Würtemberg. In dem **Würtembergiſchen** Stamm-Vertrag de An. 1617. bekame der Erſtgebohrne Würtemberg, ſamt allem ligenden und fahrenden, der Zweyte aber Mömpelgart, ſamt aller Fahrniß allda. Nach eben diſem Stamm-Vertrag ſolle, wann der Manns-Stamm einer Linie abſtirbt, die weibliche Deſcendenz an denen Kleinodien ⅓. ſamt dem übrigen erzeugten Silber-Geſchirr, erblich bekommen.

Herzog Carl Alexander diſponirte An. 1737. „Und weilen 9tens zu einem Fürſtl. Haus und Regierung, auſſer denen Immobilibus, noch vile andere Stücke, ſo wohl zu deſſen Gebrauch, als hohen Anſehen und Zierde, gewidmet zu werden pflegen, auch ohnabbrüchig gehören und bey nahe keine Regierung ſo gering iſt, die deren ermangle; ſo wollen Wir, wie Uns darinnen Unſere Vorforderen am Regiment zum Theil auch das löbl. Exempel gegeben, daß alle Stamm-Kleinodien, insbeſonder auch alle diejenige, ſo Wir Zeit Unſerer Fürſtl. Regierung beyſchaffen, und darüber nicht beſonders verordnen werden, als Silber, koſtbare Geſchirr, Gemählde, Kunſtkammern, Münz-Cabineten, Medallien, Bibliothequen, und auch andere vorhandene Beſonderheiten, insgeſamt, welche ſich bey Unſerm tödtlichen Hintritt befinden, als ein Fideicommiſſum

miſſum Familiæ perpetuum in nexu Juris & ordinis Primogenituræ beym Haus ohnzertrennlich verbleiben, und auf einen jedesmaligen Regenten zu deſſen Gebrauch fallen, dannenhero auch und zu diſem Ende alles in ein ordentliches Inventarium, (welches in dem Fürſtl. Archiv verwahrlich beyzubehalten iſt, auch Wir gegenwärtiger Unſerer Verordnung werden beylegen laſſen,) deutlich und ſorgfältig gebracht, ſothanes Inventarium durch einen jedesmahligen Erſten Miniſter, den Marſchall, den Cammer-Director, einen Hof- und einen Cammer-Rath, als in ſondern Pflichten, welche Wir hichero extendiret haben wollen, alle Neu-Jahr ſollen erneuert, der Zuwachs ſo wohl, als, wann etwas verlohren gienge, getreulich notirt und der Herrſchafft gehorſamſt erinnert, ſo fern aber etwas zu künfftigen Zeiten davon verlohren werden oder abgehen ſollte, von Succeſſoren zu Succeſſoren, und zwar allenfalls aus deren allodial-Vermögen, wieder erſetzt werden ſolle. Ein gleiches wollen Wir auch wegen der Jagd-Zeugen und von Hof- und Feld-Equipage, Schiff und Geſchirr, auch deren Mobilien, womit Unſere Reſidenzien und Land-Schlöſſer ausgeſchmücket ſeyn; indeme ſelbige zu mehrerem Anſehen des Hauſes und zum nöthigen Gebrauch eines regierenden Herzogs, mithin gleichſam perpetui uſus gratia, eigentlich angeſchaffet werden, und in Krafft diſer Unſerer Diſpoſition nunmehro von Uns hiemit dazu vor beſtändig erkläret ſeynd, dergeſtalt verordnet haben, daß ſolche bey deren Abgang jedesmahlen wieder erneuert, folglich jene damit in beſtändig wohnbarem Stand erhalten, und einem regierenden Herzogen nicht nur die leeren Mauren und Wände dererſelben überlaſſen werden möchten. Nicht weniger ſoll das geſammte in Unſern Landen angerichtete Geſtütt, und der ganze Marſtall, gleichfalls einem jedesmaligen Erben und Regenten ganz verbleiben.„ §. 31. aber ordnete er denen nachgebohrenen Prinzen ein Legat an Geld: „mit dem Anhang, daß dagegen alles in Unſerer Chatoul, Cammern, auf dem Land, oder auch ſonſten, vorräthige baare Geld, Getrayd, und alles anderes, es mag Namen haben, wie es will, Unſerm Erb-Prinzen und zukünfftigen Succeſſori am Regiment zu nutzlicher Anwendung verbleibe.„

§. 27.

Graf Johann der ältere zu Naſſau-Catzenelnbogen ordnete Naſſau. An. 1597. „9tens: Dieweil auch das Haus Dillenburg unſern ſämtlichen inſtituirten männlichen Erben, wie auch Unſern Landen und Leuten, zu Gutem, nothwendig mit Geſchütz und Munition, wie gleichfalls auch mit allerhand Mobilien, der Nothdurfft nach, muß verſehen ſeyn und bleiben; ſo ſetzen, ordnen und wollen Wir, daß das Geſchütz, mit

aller Munition und Zugehör, wie auch andere Kriegs-Rüſtungen, Gewehr und Waffen, nit zertheilet, ſondern beyſammen auf demſelbigen Haus gelaſſen, Unſere andere Mobilien aber, als Silber-Geſchirr, Tapezerey, Lein- und Bett-Werck, item Küchen-Geſchirr, Pferde, und dergleichen, was Wir zuvor davon nicht verſchencket, legirt, oder in andere Wege vermacht haben, unter Unſere inſtituirte männliche Erben in gleiche Theil getheilet, und einem jeden das ſeine ſoll gefolget werden; es wäre denn Sach, daß ſie ſich unter einander hierum ſelbſt freund- und brüderlich vergleichen, und, ſo vil die Nothdurfft und Gelegenheit erheiſchen wird, bey gedachtem Haus Dillenburg gegen eine leidliche Erſtattung bleiben laſſen wollten. „

In der Naſſau-Catzenelnbogiſchen Erb-Vereinigung de An. 1607. wurde beliebt: „Es ſoll aber darum keinem die factio Teſtamenti benommen ſeyn, ſondern einem jeden unter Uns, oder Unſern ehelichen Männlichen Erben, allerdings bevor- und frey ſtehen, von ſeiner Baarſchafft, Pfandſchafften, eingeſammleten Weinen, Früchten und allen andern, was ſo wohl von Gewohnheit, als auch von Rechtswegen, vor beweglich gehalten wird, zu teſtiren, und dißfalls, wie er will, unter ſeine eheliche Kinder utriusque ſexus, die Land und Leute aber einzig und allein unter ſeine eheliche männliche Leibs-Erben, in einer rechtmäßigen Diſpoſition zu vermachen und auszutheilen; und ſollen deſſelben Kinder, da gleich einem etwas mehr als dem anderen gegeben, oder auch von Uns, Unſerm Pfleg-Sohn, oder Unſern und Unſers Pfleg-Sohns ehelichen männlichen Erben, einem oder dem andern das Jus Primogenituræ eingeführt würde, damit zufriden und mit demjenigen, ob es ſchon geringer, als die Legitima, ſeyn würde, ſo ihnen alſo verordnet, ſich begnügen zu laſſen ſchuldig, auch desfalls ad complementum Legitimæ zu handlen nicht befugt ſeyn: Da aber einer unter Uns, oder Unſern männlichen ehelichen Erben, ohne Hinderlaſſung eines rechtmäßigen Teſtaments oder letzten Willens verſterben und von angeregten ſeinen Mobilien nichts würde diſponiret, noch auch das Jus Primogenituræ, wie gemeldt, eingeführet haben; ſo iſt abgeredt und beſchloſſen, daß alsdann alles dasjenige, was er an einem oder anderem, es wäre gleich genannt, wie es wolle, verlaſſen wird, ſeinen ehelichen männlichen Erben einzig und allein verbleiben = = ſolle. „

Anno 1651. wurde im Hauſe Naſſau-Saarbrücken verglichen: „Zum 12ten: Der Mobilien halben, weil unter denſelben das Silber-Geſchirr allbereit gleich getheilet; ſo ſtehet es mit den andern Mobilien auch zu brüderlicher Vergleichung, darinnen Herrn Graf Wilhelm

Wilhelm Ludwigs Gn. der beeden jungen Herrn Brüder Antheil inventiren und in Verwahrung nehmen zu lassen wissen wird. Was für Früchte und Vieh vorhanden, werden beede Ihre Gn. Gn. von denen, die es unter Handen haben, Bericht einnehmen lassen, und ebener massen Verordnung zu gleicher Abtheilung thun. „

Fürst Ludwig Heinrichs zu Nassau-Dillenburg Disposition de An. 1662. wegen seiner mobiliar-Verlassenschafft siehe im T. Staatsr. *Tom. 14. p. 243.*

§. 28.

Fürst Ludwig Carl Otto zu Salm-Salm erhielte gegen seinen Salm.
Vater, hernach seinen jüngeren Bruder, am Cammergericht ein Mandatum immissoriale ex L. fin. C. de Edict. D. Hadr. toll. & de restituendo Hæreditatem, cum omni causa, Documentisve ad eandem pertinentibus S. C. und den 12. Dec. 1770. erfolgte eine Paritoria; jedoch, daß die Fructus percepti nur von dem Tode des Vaters an zu rechnen seyen.

§. 29.

Graf Friderich Magnus zu Erbach verschaffte seiner Tochter Erbach.
Anna all sein Silber-Geschirr: Die Agnaten hielten ihn nicht darzu berechtigt gewesen zu seyn; endlich aber verglichen sie sich An. 1618. mit seiner Wittwe, unter dem *Tom. 21. p. 406.* angezeigten Vorbehalt, dahin: „Das geforderte Silber-Geschirr belangend, ist, auf beschehene Inventation, an Seiten Erbach, aus obgesetzten Ursachen, die freundliche Bewilligung beschehen, daß von dem hinterlassenen Silber-Geschirr Erbach das Alt-Väterliche, was nemlich von weyland Herrn Georgen Grafen zu Erbach, Christseeligen, noch unverändert vorhanden, hinwegnehmen, das ander aber alles, von des verstorbenen Herrn Vaters, Grafen Friderich Magni, erster Gemahlin herrührend, und was fürter seine wohlseel. Gn. in währendem Ehestande erzeuget, dem Fräulein, gegen einem Inventario, von beyden, der Frau Mutter und dem Fräulein, unterschriben, gefolgt werden, welches gleicher Gestalt, wie vorbenannte 5000. fl. da das Fräulein ohne Leibes-Erben versterben würde, wiederum mit einander auf die Grafen zu Erbach ohne männlichs Eintrag und Anspruch zurück fallen solle. Hingegen hat sich jetztermelts Fräulein, vor sich, und mit Rath und Bewilligung der Frau Mutter und Freundschafft, deren nach Anleitung obberührter Disposition prätendirter Forderung und Anspruchs auf alle Fahrniß und Mobilien, wie es Nahmen haben mag, freywillig und ungezwungen begeben und verziehen. „

§. 30.

Lippe. Graf Philipp zu Schaumburg-Lippe vermachte An. 1668. dem Primogenito unter der universal-Erbschafft auch die Mobilien; hingegen sezte er: „Und wollen zugleich, daß Unser älterer Sohn Unserm jüngern, ein Service zu kauffen, 2500. Rthlr. (daferne Wir bey Unserm Leben solches ihme nicht machen lassen,) baar erlege; was sonsten zu des Hauses Alverdissen Meublirung gehöret, dasselbe wollen Wir selbsten dahin verschaffen. „

Was aber Graf Simon Heinrich zu Lippe-Detmold in seinem An. 1694. errichteten Testament wegen derer Mobilien verordnet habe? siehe *l. c. Tom. 14. p. 299.*

§. 31.

Reuß. Was Graf Heinrich XI. Reuß zu Schlaitz Anno 1726. unter seinen Herrn Söhnen für eine Disposition wegen seiner mobiliar-Verlassenschafft gemacht habe? siehe im T. Staator. *Tom. 13. p. 341.*

§. 32.

Rheingrafen. Rheingrafens Johanns VII. zu Kyrburg Wittib schlosse mit ihrem Sohn Johann VIII. zu Merchingen einen Vertrag wegen ihrer Söhne und Töchter Erbfolge in der väterlichen Verlassenschafft. (1)

§. 33.

Solms. In denen Consiliis Halensibus (2) findet sich ein ohne Zweifel das Gräfliche Haus Solms-Laubach betreffendes Responsum, unter anderen dises Innhalts: Qu. 1. Ob die von eines verkaufften Dorffs Kauff-Schilling vorhandene Capitalien unter der dem Primogenito gewidmeten Zubehör mit-begriffen seyen? Resp. Daß der rückständige Kauff-Schilling von W = = dem Primogenito einig zu überlassen seye. Qu. 2. Ob die S = = Wise mit zu L = = zu rechnen? Resp. Es seye die S = = Wisen zur Herrschafft L = = allerdings mit gehörig und unter dem Wort: Zubehör dem Primogenito einig und allein zugetheilet worden. Qu. 3. Wohin das Haus zu W = = nebst denen Gärten und Meublen zu rechnen? Resp. Es gehöre W = = dem Primogenito, cum accessorio der Gärten und Meublen darinnen, allerdinges zu. Qu. 4. Ob dasjenige, was einer oder der andere an Besoldung zum Voraus bekommen, inter nomina activa zu rechnen seyn möchte? Resp. Es seye der Vorschuß an Besoldungen der Bedienten inter nomina activa zu rechnen, und ins Erbe beyzutreiben. Qu. 5. Ob die Rentey-Capitalien unter die nomina activa zu rech-

(1) St. Arch. 1752. 2. Band, S. 834. 856.
(2) Tom. 2. Lib. 2. p. 1571.

rechnen? Resp. Es seyen die Rentey-Capitalien zu denen activis nominibus gehörig, mithin dem Primogenito allein nicht zu reichen, oder zu lassen. Qu. 6. Ob die in Cassa vorräthige und noch ausstehende, aber verfallene, Gelder ad nomina activa gleichfalls gehörig? Resp. Es seyen die in Cassa vorräthige so wohl, als auch die ausstehende, Gelder und Zinsen inter Activa zu rechnen, und mit dem Postgenito in vorgeschribener Maaß zu theilen, keineswegs aber dem Primogenito allein zu überlassen. Qu. 7. Ob dem Primogenito zum Voraus ein silbernes Service gebühre? Resp. Es seye dem Primogenito billig ein silbern Service zum Voraus zu lassen. Qu 8. Wie vil Marck Silbers das legirte Service halten solle? Resp. Es seye dem Primogenito, gestalten Umständen nach, ein Service à 4. bis 5000. Thl. zum Voraus billig zu lassen. Qu 9. Ob die auf dem Schloß zu L = = und sonsten befindliche Meublen ins Erbe zu rechnen, oder dem Primogenito zum Voraus verbleiben? Resp. Es seyen dem Primogenito allein die Pertinentien, und was auf Kosten und Hülffe des Landes angeschaffet, obbeschribener massen, zu lassen, das übrige aber ins Erbe zu bringen. Qu. 10. Wie es mit dem Vich auf denen Höfen zu halten? Resp. Es seye, ausser dem Vich, welches zum Verkauff gehörig, das übrige dem Primogenito zu überlassen. Qu. 11. Wie es mit denen vorräthigen Früchten und Wein dißfalls zu halten, ob solche dem Primogenito allein zugehörig, oder was davon ins Erbe zu bringen? Resp. Es seye dem Primogenito an dem Vorrath an Früchten so vil, als zur Nothdurfft der Hofstatt und Aussaat gehörig, von dem Wein-Vorrath auch so vil, als auf ein und das andere Jahr erfordert werden möchte, allein und zum Voraus, als Landes-Folgern und Regenten, zu überlassen, der Ueberrest aber ins Erbe zu bringen, als nomina activa und Vermögen anzusehen, und so, wie von denen ausstehenden Schulden disponiret, zu vertheilen. Qu. 12. Worunter die D = = Kure zu rechnen? Resp. Es gehöre die D = = Kure ins Erbe, und müsse mit denen nachgebohrenen Söhnen à Primogenito getheilet werden. Qu. 13. Wer die Consumtions-Kosten des ersten Viertel-Jahrs, da noch keine Einrichtung gemacht gewesen, zu tragen schuldig? Resp. Es ligen, die auf den Hof und Bediente, auch andere denen Gräflichen Töchtern gehörige Consumtionskosten zu tragen, dem Primogenito, als Landesfolger, allein ob: In den übrigen aber concurriren die Hæredes in denen Activis jeder billig pro rata.

§. 34.

Graf Hermann zu **Wied** testierte An. 1624. „Nachdeme Wir **Wied.**

Uns

Uns auch erinnern, daß, auf begebenden ohnverhofften Fall Unſers tödtlich abgangenen Manns-Stamms, die Mobilia auf den Stammsmäßigen Succeſſoren, gegen Erſtattung 20000. Gülden, heimfallen ſollen, und aber ſolche Erſtattung vor die Mobilien ein gar geringes ſich ertragen, derohalben Wir billig erachten, Unſeren Töchteren auch eine Ergözung, neben der in Pactis familiæ exprimirten Eheſteuer, zu verordnen, und zuzulegen: Und dann Wir nit allein die Linziſche Forderung ganz, ſondern auch die Antorff- und Mörſiſche Forderungen, an Uns acquiriret und mehrentheils erkaufft haben, darüber Wir zu teſtiren wohl mächtig; ſo wollen und disponiren Wir hiemit austrücklich, dafern ſich jeztberührte Fälle, nemlich daß, in Ermangelung (welches GOtt gnädiglich verhüte,) Unſers männlichen Stamms, Unſere liebe Brüdere, oder deren eheliche Manns-Erben, Uns ſuccediren würden, zu einiger Zeit begeben thäte, ſo wollen Wir, beneben Ihnen, auch zu Unſern Erben geſezt, angeordnet und ernennt haben, die Wohlgebohrne, Unſere freundliche liebe Töchtere, Walpurgin Magdalenam, Johannam Mariam Annam, Sophiam Amœnam, Amaliam, Luiſam Julianam, und andere Unſere künfftige Töchtere, ſo Uns der liebe GOtt beſcheren wird, in die rechte Halbſchied der dreyer benennter Forderungen der Linziſchen, wie auch Antorff- und Mörſiſchen, geſtalt ſolche drey Forderungen zur Halbeſchied frey und franck, ohne einige Schulden-Laſt, ſie komme auch her, wo ſie wolle, und die jezo contrahirt ſeyn, oder ins künfftig contrahirt werden mögte, erblich und eigenthümlich haben, ererben und darein, Krafft dieſes, ſubſtituirt ſeyn ſollen, wie Wir Sie, Unſere Töchter, deren ſeyn alsdann, bey begebenem Fall, Eine oder mehr im Leben, hiemit in ſolche Halbeſcheid, wie auch Unſerer geliebten Brüdern, Grafen zu Wied ehelichen Manns-Stamm in die ander Halbeſcheid zu Erben benennen und inſtituiren, wiſſendt- und wohlbedächtlich, und weil die von der Linziſchen Forderung herrührende Pfenningen, zu Abzahlung Unſers jüngeren Brudern, Graf Philips Ludwigen hingewendet worden, ſolche aber Unſer Acquiſitum ſeyn, ſo ſoll auf nechſtbemeldten Fall Unſern Töchteren die Halbeſchiedt von dem ſuccedirenden Manns-Stamm herausgegeben und dieſelbe ſo wohl, als die Halbſchiedt von den Altorff- und Mörſiſchen Forderungen, auf ſichere Renthen bey einer Statt, oder ſonſten gewiſſen Unterpfänden, mit Vorwiſſen und Zuthun des Succeſſoris und älteren Manns-Stammes, angelegt, und darab den Töchtern die Jährliche Penſion, neben ihrem Deputat, ohne einige Behinderungen, gefolgt werden, auch, wann eine Tochter vor der andern ohne Leibes-Erben verſtirbt,

ſtirbt, ſoll deren Theil aus dieſer Halbſchiedt auf die im Leben verbleibende Unſere Töchtere zu gleichen Quoten verfallen und vererbt bis zur lezter zu. Begebe ſich aber der Fall alſo, daß die lezlebende Unſerer Töchtere ohne Hinterlaſſung einiger Leibs-Erben noch bey Lebzeiten Unſerer obwohlgemeldter geliebter Gemahlin Tods verfiele, alsdann ſolle die von Unſeren Töchtern alſo herkommende Halbeſcheidt der vorbenennten dreyen Forderungen Unſerer Herzlieben Gemahlin zufallen, doch alſo, daß Ihre Lbd. ſolche Capitalia aus dem von den Wiediſchen Uns vermög der Erb-Vereinigung ſuccedirenden Stamm zu vereuſſern keine Macht haben, ſondern dieſelbe nach Ihrem Unſerer Gemahlin tödtlichem Abſchiedt, wiederum zurück auf Unſere Stamms-Erben, welchem Ihre Lbd. ſolch Capital vor dem andern gönnen und gratificando zulegen, oder übergeben werden, verfallen ſollen, die penſiones aber, ſo bey Ihre Ldd. Zeit verfallen, oder aufgeloffen ſeyn, keine ausbeſcheiden, ſollen Ihr Lbd. beſtens Gefallens zu vermachen, darüber zu teſtiren, und damit nach Belieben zu thun, zu ſchalten und zu walten gute Macht haben, ohne männigliches Gegen- oder Einrede. Solte ſich auch der Fall nit begeben, daß Unſere Gemahlin den Abfall Unſer lezter Tochter, und deren Leibs-Erben, wie vorgerührt, erlebete, ſo iſt in allwege Unſere Meynung, daß alsdann die obgeſezte Halbeſchiedt der Capitalien, von mehrberührten dreyen Forderungen herrührendt, unter Diſpoſition Unſer aller lezter Tochter in deſcendenti Linea, dafern Dieſelbe keine Leibes-Erben hat, und Ihr frey bleiben ſoll, darüber inter vivos, vel cauſa mortis zu diſponiren, oder nach Gefallen zu teſtiren. „

§. 35.

Graf Ludwig der ältere zu **Witgenſtein** teſtirte An. 1593. Witgenſtein.
„Alle Unſere Baarſchafft, was deren vorhanden, es ſey an Geld, Silber-Geſchirr, Kleinodien, item Unſere Kleider, reiſige Pferde, Harniſch und andere Rüſtungen, ſollen Unſere Söhne zugleich theilen, und einem jeden mehr oder weniger nicht, als dem andern, zukommen; doch ausgeſcheiden, was an nothwendigem Haus-Geräthe, = = = item Munition, und was zu Beſchützung und Unterhaltung der Häuſer jedes Orts wird gefunden; ingleichen was Unſerer Hausfrauen an Silber-Geſchirr und ſonſten geſchencket und zuſtändig iſt, das ſoll ihr auch allein bleiben. = = Die Baarſchafft, Silber-Geſchirr, Kleinodien, ſamt andern vorgemeldten Mobilibus, ſollen getreulich inventirt, nach Unſerm tödtlichen Abgang durch die Vormünder, ſo noch zu ordnen, alsbald getheilet und denen, ſo allbereit mannbar, jedem ſein zugefallen Theil zugeſtellt werden; was aber den Unmannbaren zugetheilt, ſoll hingeſchloſſen und verſigelt

werden, alſo, daß drey unterſchidene Schlüſſel gemacht, dieſelbe unter die Vormündere getheilet, ſolche Kleinodien und anders verwahrlich gehalten, und, wann einer Mannbar und nicht länger in der Gemeinſchafft ſeyn wollte, demſelben ſein Theil von den Vormündern gefolget und diſer Unſer letzter Wille gebührlich exequirt werde. „

Die codicillar-Diſpoſition aber wegen ſeiner ohne manniche Descendenz verſterbenden Söhne Mobilien de An. 1601. lautet: „Belangend die bewegliche und fahrende Güter, ſollen vor allen Dingen die Schulden, ſo der Abgeſtorbene gemachet, zuvor daraus bezahlet, und die Töchtere des übrigen halber, nach Gelegenheit der Verlaſſenſchafft und mit Rath der Freunden, abgewilliget werden; in welchen aber darauf zu ſehen, daß die Häuſer nicht gar entblöſet werden. „

In dem Witgenſteiniſchen Erb-Vertrag de An. 1607. heißt es: „Dabey Wir Uns ferner hiermit ausdrücklich bedingen und vorbehalten, daß deßhalben keinem unter Uns, oder Unſern Erben, die Testamenti-faction ganz und gar benommen, noch abgeſtrickt, ſondern einem jeden freygelaſſen ſeyn ſoll, von ſeiner Baarſchafft, Pfandſchafften, eingeſammleten Früchten, Wein, und andern beweglichen Gütern, (welche nicht dem Heil. Römiſchen Reich zu Steuer, oder ſonſten von den Unterthanen, Unſern Landen und Leuten zum Beſten, aufgehoben, collectirt und erſpahrt worden, weil ſolche billig und von Rechtswegen bey dem regierenden Herren, nach eines jeden Theil, verbleiben, und, zu welchem Ende ſie erhaben, auch darzu verwendet werden,) nach ſeinem Wohlgefallen zu teſtiren, wie er will, unter ſeine Kinder utriusque ſexus auszutheilen. „

Anno 1635. vergliechen ſich die Grafen zu W. **Berlenburg**: „Vors ander, die Mobilien betreffend, wiewohl das Alt-Väterliche Teſtament Ziel und Maaß giebt, wie es darmit zu halten, was bey jederm Haus verbleiben und was unter die Söhne vertheilet werden ſoll; ſo haben doch Herrn Graf Ludwig Caſimirs Gnaden, gleichfalls aus freund-Brüderlichen Willen, dero Herrn Brudern, Graf Ernſten, den dritten Theil an den Mobilien, ſo laut Alt-Vätterlichen Teſtaments beym Haus bleiben ſollen, auſſerhalb dem Leinwand, daran Ihr Gnaden den halben Theil eingegangen, folgen zu laſſen, verwilligt; im übrigen es der Mobilien halber, welche unter die Herren Söhne vertheilt werden ſollen, bey dem Innhalt mehrbemelten Alt-Väterlichen Teſtaments bewenden laſſen. „

§. 36. a.

Wurmbrand. Graf Johann Wilhelm von **Wurmbrand** ſtarb An. 1750. ohne

ohne Teſtament. Seine drey Töchtern behaupteten: Ihnen gebühre, Krafft der Oeſterreichiſchen Landesgeſeze, an denen Wurmbrandiſchen Familiengütern noch nichts; hingegen an novitèr acquiſitis, mobiliaribus und activis haben die Töchter, wegen ermanglenden Verzichts, oder Familiengeſezes, ſo wohl ex iure Germanico & Obſervantia Illuſtrium, als ex Iure communi, gleichen Antheil mit dem Sohne, ohne noch des mütterlichen zu gedencken.

Am Reichs-Hofrath aber wurde gegen die Töchtern geſprochen. Sie ſuchten Reviſion; die vorige Urthel aber wurde confirmirt.

Mehreres davon findet man an denen unten (1) angezeigten Orten: Und vile darinn von Herrn Geh. Juſt. Rath PÜTTER für die Töchtern verfertigte Schrifften ſeynd in ſeinen auserleſenen Rechtsfällen zu leſen.

§. 36. b.

Graf Ludwig zu Yſenburg ordnete An. 1488. Der älteſte Sohn ſolle unter anderem haben: „Silbern und Goldgeſchirr, Baarſchafft, Hausrath, Profan, (Proviant,) Frucht, Wein, reiſige Pferde, und was vor Geſchüz vorhanden iſt, um zu vermeiden in derſelben Theilung, ſo die alle geſchehen ſollt, mercklichen Unwillen und Zutrennunge Freundſchafft Unſerer ehegenannten Söhne, daß dann etwan zwiſchen Geſchwiſtern und Freunden um faſt klein und leichtlich gewahr geſchehen iſt, davon denn groſſer und mercklicher Schaden, Unrath und Unfride kommen iſt, das dann bey Unſern Tagen und Gedächtniß mercklich und warlich geſchehen iſt. Solches mit GOttes Hülff zuvorzukommen, und zu vermeiden, ſo ſetzen, beſcheiden und ordnen Wir, daß an ſolchem keine Theilung geſchehen und vorgenommen werden ſolle, ſondern ſolches alles, wie das genannt oder gemelt iſt, ſolle alles Philippſen, Unſerm elteſten Sone, bleiben; ſonder allein vier übergolt Kopfe, der ſollen zwen Diethern Unſerm Sone, die andern zwen ſollen Johann Unſerm Sone, ſo ſie häuslich ſich von einander ſcheiden, wie obſtehet, und uff die Zeit ihres Abſchids, oder in ziemlicher Zeit darnach, ohn Gefehrde, ſolle Philips Unſer Sohne Diethern ſeinen Brudern, auch Unſerm Sohne, geben 1200. Gülden, Franckfurter Wehrung, daß er ſich damit möge rüſten, und darzu ſolle er ihme in ſeinen ehegenannten Schloſſen an Profan laſſen, 1000. achtel Haberns, 500. achtel Korns, 10. Fuder Weins, und ob etwas über die benannte Summ an Früchten und Wein in den genannten Stedten und Schloſſen wäre, daſſelbig übrig ſolle Philippſen, Yſenburg.

(1) in meinem Staatsarch. 1751. 9. Theil, 51. S. 1752. 1. Band, 222. S. 1753. 1. Band, 82. 199. S. 1754. 1. Band, 453. S.

Unſerm Sone, heraus werden: Gebräche aber der genannten Summen Frucht oder Wein, und die Zahl der Summ nicht aller in den Schloſſen ehegenannt wären, ſo ſolt Philipps, Unſer Sohn, ſeinem Bruder Dierhern die erfüllen und geben, oder ſich mit ihme darum ohnverlengt vertragen.„ Wann aber der älteſte Sohn ohne männliche Deſcendenz abgienge, ordnete er wegen der mobiliar-Verlaſſenſchafft das *Tom. 13. p. 408.* enthaltene.

§. 37.

Unbenahmster Fall.

Beym Herrn von LUDOLF liſet man: (1) Renunciaverat Margaretha, illuſtris filia, jurato paternæ, fraternæ, maternæque hæreditati, reſervata tamen Succeſſione, ſi omnes Maſculi defeciſſent. Moritur Pater relicto Filio Wilhelmo, & tribus Filiabus. Wilhelmus reliquas Sorores elocat & de hæreditate cum iis transigit. Moritur etiam Margaretha, relicta Filia. Wilhelmus decedit, Filia ſua Maria hærede inſtituta. Anna, Margarethæ filia, petit hæreditatem. Maria excipit: defunctam eſſe Margaretham conditione pendente, cujus eventu hæres ejus frui nequeat: Se interim teſtamento paterno adjuvari. Faciebat pro Maria, quod Margaretha renunciaſſet expreſſe hæreditati fraternæ, qua renunciatione etiam filia hæres eſſet obligata: Quod filia ſemel excluſa excludatur in perpetuum etiam a ſororibus: quod portio hæreditatis, cui renunciatum, fratribus accreviſſet, unde nulla amplius ſit hæreditas paterna maternaque: quod interpretatio pacti renunciativi facienda eſſet contra Margaretham ejusque hæredem: præſcriptio etiam plus quam XXX. annorum ei obſtaret. Sed judicatum pro Margarethæ filia & hærede (a), his rationibus: Pactum, quo hæreditas Catharinæ reſervata, Jure validum, ſequenti pactione inter alios celebrata non potuiſſe deſtrui: Exiſtente caſu, Jus ſuccedendi, tantisper quieſcens, revivixiſſe. Maſculorum tantum favori fuiſſe renunciatum. Hanc fuiſſe veroſimillimam paciſcentium mentem. Transmiſſam ſpem etiam hæreditatis ſub conditione pendentis, ad hæredem filiam. *ff. 4. inſtitut. de V. O.* Et tandem ſtricti Juris eſſe renunciationem, ad ea, quæ non expreſſa, non extendendam. Paternæ itaque hæreditati non renunciatum, ſi deficerent cum eo maſculi. (b)

(a) ab JCtis Ingolſtadienſibus. - - Ratio dubitandi: quæ adferebatur: filiam ſemel excluſam ſemper excludi, hodie, præſertim in Germania, a multis non recipitur. - - -

(b) Su-

(1) de Jur. Fœm. ill. p. 83.

(b) Supereſt quæſtio: An ſoli Annæ ſit adjudicanda ſucceſſio, an æquali parte, cum Wilhelmi filia Maria? Dubitandi ratio eſt, quod incertum ſit, cuinam ſuccedatur: patri an fratri? Si fratri, gradu eſſet proprior hujus filia; Si patri, obſtabit Annæ renunciatio matris. Sed Reſp. de Patris ſucceſſione hic eſſe quæſtionem, non de fratris. Fratrum favore renunciaverat Mater Annæ, cujus jus revivixiſſe in hærede filia poſt extinctos maſculos, recte reſponſum a JCtis, ergo ſi territorium eſt diviſioni obnoxium, ſuccedent ex partibus æqualibus. Si eſt individuum, aut commune erit utrique, aut, Jure Primogenituræ introducto, ſuccedet illa, quæ eſt non ætate ſolum, ſed etiam linea propior.

§. 38.

Die Principia, wornach diſe Materie beurtheilet werden muß, ſeynd 1. die etwa vorhandene Familien- oder andere Verträge, Ehe-Pacta, Erb-Verbrüderungen, u. ſ. w. 2. die Elter- und Groß-Elterliche Teſtamente, 3. das ſpecial-Herkommen einer Linie, oder des ganzen Hauſes und 4. das Herkommen mehrerer anderer Häuſer von gleichem Stand; wo aber alles diſes nicht hinreichet, wie es mehrmalen geſchiehet, da iſt offt guter Rath theuer, weil unſere Jura ſubſidiaria und deren Analogie keinen Ausſchlag geben, noch geben können, z. E. Ob etwas als ein Stück der Staats- oder privat-Erbſchafft anzuſehen ſeye? auch von dem Erſtgeburts-Recht und denen Verzichten der Töchter nichts wiſſen, mithin auch in denen zwiſchen dem Erſt- und denen Nachgebohrenen, ſo dann denen Brüdern und Schweſtern, entſtehenden Streitigkeiten offt nicht einmal nur remota Principia an die Hand geben. Principia.

§. 39.

Ordentlicher Weiſe ſtehet einem Reichs-Stand allerdings frey, über ſein privat-Vermögen zu teſtiren, und über ſelbiges, ſo weit es ſonſt die Rechte zulaſſen, zu Faveur ſeiner Kinder, oder Anverwandten, oder auch fremder Perſonen, eben ſo wohl zu diſponiren, als er bey ſeinem Leben ohnſtreitig befugt ware, ſelbiges zu verkauffen, zu verſchencken, oder ſonſt damit anzufangen, was ihme beliebt: Und wie ihn niemand genöthiget hat, es ſich anzuſchaffen, oder zurück zu legen, ſondern in ſeiner freyen Willkühr beſtund: Ob? und was? und wie vil? dergleichen er behalten, oder acquiriren, und wie lange aſſerviren wolle? ſo muß er ja, denen Rechten nach, auch die Freyheit haben, darüber zu teſtiren. Nur findet das von mir anderwärts (1) wegen der allodialen und ganz freyen Macht, über die privat-Erbſchafft zu teſtiren?

(1) in Diſs. de Legitima &c. §. 14.

Immobilien erinnerte auch hier ſtatt; nemlich: Dummodo Filiis junctim ſumtis ſalva maneat Legitima. Cum enim Obſervantia Imperii hoc tantum velit, quod Filiis inter ſe Legitima non debeatur, de reliquo Jus commune obtinebit. Wollte man ſagen: Sie bekämen ja die Staats-Erbſchafft, und alſo könnten ſie nicht auch noch an die privat-Erbſchafft Prætenſion machen, ſondern müßten jene ſtatt ihrer Legitimæ rechnen; ſo antworte ich: Die Staats-Erbſchafft muß ihnen der Vater ohnehin laſſen, und kan nicht darüber zu ihrem Nachtheil teſtiren; Legitima aber iſt der Antheil einer Erbſchafft, worüber der Beſitzer Macht hat, zu teſtiren: Und wie de Jure Romano, wann ein Kind von einem Tertio ad Fideicommiſſum beruffen iſt, der Vater ihme diſes Fideicommiſs nicht in die Legitimam rechnen darff, ſondern dieſelbe von dem ſeinigen hinterlaſſen muß; ſo iſt es auch hier.

Weiter kan auch hieher transferiret werden, was ich allda weiter geſagt habe: Poſtgenitis autem Legitima Juris Romani neque ex his allodialibus præciſe debetur, ex ſæpius adducta ratione, quod vi Obſervantiæ Imperii Alimenta tantum condigna petere queant. Und wiederum: Neque tamen Pater prohibetur, (circa Mobilia inter Filios) inæquales Portiones conſtituere, nullo ad Legitimam reſpectu habito; ex jam ſæpe dicta ratione, quod Pater, Status Imperii dignitate gaudens, Filiis poſtgenitis nil, niſi Alimenta Stemmate digna, relinquere teneatur. Multo ergo minus (1) Filiæ Jus aliquod quæſitum a nemine ipſis auferendum, habent circa talia Mobilia, vel Legitima in iisdem ipſis neceſſario eſt relinquenda, (2) etiamſi eſſent ultimæ cujusdam Lineæ, (3) imo Stirpis univerſæ. (4)

(1) Concluſio hæc in antiquiſſima, continua & univerſali Imperii Obſervantia fundata eſt.

(2) Apparet id ex Diſpoſitionibus paternis ſupra allatis, per quas jubentur Dote ſua eſſe contentæ, nec quicquam petere ex hæreditate paterna. Ejusdem quoque plerumque tenoris ſunt Renunciationes.

(3) - - Interdum tamen certa quædam pecuniæ Summa per averſionem in hunc caſum ipſis aſſignatur. - -

(4) Quem tamen in caſum iterum in compenſationem aliquam Filiabus paratæ pecuniæ ſumma quædam, nullam tamen ad Legitimam proportionem habens, conſtitui ſolet. - - Sic dantur aliæ etiam Familiæ, ubi Filiabus Gentis ultimis ratione Mobilium per expreſſa Pacta proſpectum eſt. - -

Indeſ-

Indessen ist freilich die Freyheit, über dises ursprüngliche privat-Vermögen zu disponiren, an vilen Orten auf mancherley Weise eingeschräncket, oder gar benommen, und dadurch sothane privat- zu einer Staats-Erbschafft gemacht worden. So seynd z. E. öffters auch die privat-Güter und Grund-Stücke dem Land incorporirt, oder, (wie z. E. in Würtemberg unter dem Nahmen der Cammerschreiberey-Güter geschehen ist,) gar in ein eigenes und besonderes Corpus redigirt, und mit einem Fideicommiss zum Besten des ganzen Hauses, oder einer oder etlicher Linien, belegt, mithin freilich der Testamentifactioni entnommen.

In Ansehung derer Mobilien aber haben wir nicht nur gehöret, wie vilfältig wichtige Kleinodien und andere Kostbarkeiten zu Haus- und Stamm-Kleinodien gewidmet werden, sondern es belehren auch die oben in disem Capitel vorkommende Pacta und Dispositionen, daß öffters Bibliothequen, Kunst-Cammern, Münz- und Medallien-Cabinete, die Meubles derer Residenzien, u. d. ebenfalls mit einem Fideicommiss belegt werden, daß sie nicht veräussert, noch zertrennet werden dörffen, sondern von einem regierenden Herrn auf den andern, oder, wo mehrere regierende Herrn seynd, jedesmals auf den Aeltesten derselbigen, fallen sollen.

Ferner wird zuweilen die vorräthige Baarschafft ganz oder zum Theil zu einem Landes- oder Haus-Schatz gewidmet, der nur im Fall der Noth angegriffen, ausser deme aber beysammen behalten werden solle. Ein gleiches geschichet auch etwa mit denen activ-Capitalien, damit der regierende Herr durch deren Abnuzungen um so mehr in den Stand gesezet werden möge, seinen Stand wohl, oder auch mit einem Lustre, führen zu können.

So erheblich aber auch die Gründe scheinen, oder würcklich seyn mögen, warum die benahmste Erbschaffts-Stücke mit einem Fideicommiss zu belegen und zur Staats-Erbschafft zu rechnen seyen; so ist es eben doch Facti, daß würcklich ein solches Fideicommiss errichtet worden sey, Facta aber werden nicht præsumirt, und es kan seyn, daß ein anderer Herr dafür hält, es seye genug, daß der Primogenitus Land und Leute bekomme, und es seye der allen seinen Kindern schuldigen Liebe und der Billigkeit zuwider, daß die Nachgebohrene, ꝛc. (so doch mit dem ältesten Bruder einerley Eltern haben und gleiches Standes seyen,) auch hierinnen leer ausgehen und an der offt so gar geringen Apanage hangen sollen: Es kan auch seyn, daß ein regierender Herr ohnehin so stehet, daß, wann er anderst sonst hausen will, wie sichs gebühret, er diser Beyhülffe nicht auch noch bedarff; wohl aber die andere

Söhne,

Söhne, die eben doch Glider des Hauſes ſeynd, mithin demſelben gleichfalls Ehre oder Schande machen helffen. Aus diſem allem nun folget ſo vil, daß in dubio dafür zu halten ſeye, es ſtehe einem Stand des Reichs frey, über dergleichen zu teſtieren.

Wie aber die Einſichten und Affecten derer Menſchen, auch ſogar in Anſehung ihrer eigenen Kinder, gar ſehr verſchiden ſeynd; alſo iſt auch leicht zu erachten und aus denen angeführten Exempeln erſichtlich, daß die Eltern diſe ihre privat- und mobiliar-Erbſchafft in ihren Teſtamenten auf gar mancherley Weiſe unter ihren Kindern eintheilen; davon ich aber deßwegen, weilen es aliquid arbitrarii iſt, nichts weiteres melden will.

§. 40.

Succeßion ab inteſtato.

Die meiſte Schwürigkeiten hat diſe Materie in Anſehung der Succeßion ab inteſtato in ſothane privat-Erbſchafft. Was bey Abgang des ganzen Manns-Stamms, wann es ſo dann auf Separation des Lehens und Egenthums, oder der Staats- und privat-Erbſchafft, ankommt, dißfalls Juris ſeye? werden wir hernach vernehmen; ob? wann? und wie ferne? Erb-Verbrüderte in der privat-Erbſchafft folgen oder nicht, kommt in dem T. Familien-Staatsrecht vor, ſo auch ob? wann? und was? eine Wittwe von ihres Gemahls Mobilien ꝛc. bekomme? und von der privat-Erbſchafft der Mutter, der Kinder, der Geſchwiſtrigte und anderer Agnaten wird unten die Rede ſeyn; hier handlen wir nur von der väterlichen privat-Erbſchafft.

Was die ehliche Standesmäßige Kinder anbelangt, ſo kommt es in Anſehung derer Töchter (in ſo ferne keine Stamm-Pacta, Elter- oder groß-Elterliche Diſpoſitionen, u. d. vorhanden ſeynd,) lediglich auf den in einem jeden Hauſe hergebrachten Verzicht derer Töchtern an: Müſſen ſie ſimpliciter auf die väterliche Erbſchafft renunciren, ſo bekommen ſie auch von diſer Erbſchafft nichts; gehet ihr Verzicht aber nur auf Land und Leut, ſo bleibt ihnen ihr Antheil an der väterlichen privat-Erbſchafft in ſalvo und ſie bekommen ordentlicher Weiſe mit ihren Brüdern gleiche Theile. Conf. das T. Staator. *Tom. 16. p. 85. ſeqq.*

Daß aber ein Vater ſeiner Tochter, welche Verzicht geleiſtet hat, oder doch zu leiſten ſchuldig iſt, über ihr Heurath-Gut und Ausſteuer, dannoch von ſeinem Vermögen, worüber er frey teſtieren kan, einen Particul, entweder per modum der Erb-Einſezung, oder Legats-Weiſe, verſchaffen könne, darinnen pflichte ich dem Herrn von Ludolf eben ſo wohl bey, als daß dadurch, wann der Vater die Tochter bloß zur

Erbin

Erbin einſezet, ohne zu melden worinn? ihr Verzicht keinesweges aufgehoben werde, ſondern daß ſie ſolchen Falls das im Haus herkommliche, ſo meiſtens bloß in dem Heurath-Gut und der Ausſteuer beſtehet, für die Legitimam annehmen müſſe.

Seynd endlich keine Söhne, ſondern nur Töchtern, vorhanden, ſo kommt es wieder darauf an: Ob der Verzicht derer Töchtern eines Hauſes nur ihren Brüdern, oder ihrer Linie, oder dem ganzen Manns-Stamm, zu gutem geſchiehet? wie auch reſp. ob noch Agnaten vom Haus vorhanden ſeynd oder nicht? Nach Verſchidenheit diſer Fälle nun ſuccediren ſie entweder in der privat-Erbſchafft, oder nicht: Doch werden durch Erb-Verbrüderungs- oder andere Verträge auch wohl die lezte Töchtern eines Hauſes, ſo gar von der mobiliar-Verlaſſenſchafft, u. d. ausgeſchloſſen und dergleichen Pacta ſeynd nach dem Herkommen in Teutſchland in alle Wege gültig; nur ſeynd ſie facti, und allerdings odioſa, dahero dergleichen in dubio nicht zu vermuthen iſt.

Von der Töchtern Succeßions-Fähigkeit in der privat-Erbſchafft ſehe man auch den Freyherrn von KREITTMAYR. (1)

Ein gewiſſer König lieſſe in ein Schreiben an eine verwittwete Erbprinzeßin unter anderem einflieſſen: „Zu geſchweigen, daß ſonſten in Regnis & Principatibus, wo entweder ſuper hæreditate allodiali keine, oder, welches auf eines hinaus laufft, deſtituirte Teſtamenta eines verſtorbenen Fürſten vorhanden, mithin die Sache ad ſtatum inteſtati kommt, die Legitima nicht wohl Plaz greiffen, ſondern die zurückgelaſſene Filiæ Principes eines Regierenden Herrns von dem Staat erhalten, und alimentirt, bey deren Verheurathung aber Fürſtlich dotirt, anmit, nach dem allgemeinen Reichs-Herkommen, auch ratione ſolcher Erbſchafften pro ipſo Jure renunciatis gehalten werden wollen.„

Bey Herrn Geh. Juſt. Rath PÜTTER (2) findet ſich der Fall, daß ein Fürſt (wahrſcheinlich zu Anhalt-Bernburg,) ſeine Töchtere in einer gewiſſen Summ Geldes zu allodial-Erbinnin eingeſezt; wogegen ſie ſeine Schulden, Begräbniß-koſten und Legaten bezahlen ſollten: Sie verlangten aber über 9. Fragen, und noch 2. angehängte Fragen, eine Rechtsbelehrung; welche an angezeigtem Ort zu leſen, hieher aber (auch nur Auszugsweiſe,) zu weitläufftig ſeynd.

Die Söhne ſuccediren, wo das Recht der Erſtgeburt nicht eingeführet, noch auch ſonſt ein widriges diſponiret oder paciſciret iſt, wie in

(1) ad Cod. civil. Bavar. p. 1348.
(2) in ſeiner auserl. Rechtsfäll. 2tem Band, S. 634. u. f.

in den väterlichen Land- und Leuten, ſo auch hierinn, zu gleichen Theilen. Es mögen aber übrigens die Söhne in Gemeinſchafft bleiben, oder theilen, ſo hat auch in Anſehung der väterlichen mobiliar- und anderen privat-Erbſchafft eben das ſtatt, was wegen der Gemeinſchafft und Theilungen an ſeinem Ort überhaupt geſagt worden iſt; nur mercke ich noch an, daß zuweilen zwar Land und Leute in Gemeinſchafft behalten, die Mobilien u. d. aber dannoch getheilt werden.

Wo hingegen das Recht der Erſtgeburt Platz greiffet, da wird meiſtens und weislich gleichbalden in der Primogenitur-Ordnung ſelbſten ausgemacht, wie es hierinn in künfftigen Fällen ſolle gehalten werden? Nimmt man nun die Primogenitur-Verordnungen zuſammen, um das allgemeine Herkommen daraus zu erſehen, ſo bleibt es dabey, was ich ſchon vormals (1) geſchriben habe: In Bonis allodialibus Paternis (mobilibus, und ſo auch in der übrigen privat-Erbſchafft,) *plerumque* ſuccedit ſolus Primogenitus, ubi Jus Primogenituræ introductum eſt; - - interdum vero major quidem pars Primogenito, natu tamen minoribus ſimiliter quædam portio, aſſignatur: Wann aber die Nachgebohrene gar von der mobiliar-Erbſchafft ausgeſchloſſen werden, iſt hingegen auch herkommlich, daß ſo dann der regierende Herr ſie ein- für allemal mit einer Standes-mäßigen Equipage und reſp. Silber-Service verſehen, oder, ſtatt deſſen, ihnen ein Stück Geldes zahlen laſſen muß. vid. *l. c. Tom. 14. p. 439.* und *475.*

§. 41.

Berechnung der Legitimæ.

Wann es nun ex teſtamento, oder ab inteſtato, darzu kommt, daß Kinder ihres Vaters Erben in Legitima ſeyn ſollen, ſo iſt die Frage: Wie ſolche ſo wohl ratione Co-Hæredum, als der maſſæ hæreditariæ, zu berechnen ſeye? Ich habe davon vormals (2) geſchriben: Ubi Legitima vel ipſo Jure obtinet, vel Liberi in Legitima Hæredes ſcribuntur, quoad Quantum ejus ſtandum eſſe arbitramur Juri Juſtinianeo, ſecundum quod, ſi Liberi ſint quatuor vel pauciores, portio legitima eſt triens, ſin quinque vel plures, ſemis Bonorum. *Nov. 18. Cap. 1. Nov. 39. & 92.* Cum enim aliud neque per Leges Imperii conſtitutum ſit, neque conſtans Imperii Obſervantia in contrarium doceri queat, locum omnino habere oportet Jus Romanum: quia lites hujus generis cognitioni & deciſioni ſummorum Imperii Tribunalium ſubjectæ ſunt, hæc ipſa vero Judicia, deficiente Jure patrio, ſecundum Jus Juſtinianeum judicare debent.

(1) cit. Diſſ. de Legitim. &c. §. 19.
(2) l. c. §. 33. ſeqq.

Digitized by Google

cent. - - Ubi vero ſoli Filii ſuccedunt, etiam ſolorum Filiorum habenda eſt ratio: Legitima enim eſt hæreditaria portio, jam vero eorum, qui hæreditariam portionem non capiunt, in diſtributione Hæreditatis ratio haberi nequit; Alimenta vero, Dos & Ausſteuer, Filiabus debita, tanquam æs alienum ex communi maſſa deducuntur. Ipſam Legitimæ Computationem ita inſtituendam eſſe arbitramur, ut regulariter quidem ſtatus Bonorum Legitimæ ſubjectorum, qualis fuit tempore mortis ejus, de cujus hæreditate agitur, ſpectari debeat, per *L. 6. C. de inoff. teſtam.* locum tamen habere poſſit quandoque Querela inofficioſæ non ſolum Donationis, ſed & Venditionis, Permutationis, &c. Legitima porro regulariter quidem computari nequit, niſi deducto ære alieno, per *L. §. §. 9. ff. de inoff. teſtam.* quod ſi tamen æs alienum contra Pacta Familiæ, vel Provincialia, &c. fuerit contractum, tunc tanta ſolum æris alieni ſumma deducitur, quæ maſſam hæreditariam Teſtatoris liberæ diſpoſitioni ſubjectam æquat. Si Poſtgenitis Appanagia ſolum conſtituuntur, æs alienum ſoli Primogenito incumbit; (alimenta enim onere gravari nequeunt, & ſufficit, quod renunciare debeant Legitimæ;) ſi vero Terras ex Hæreditate capiunt, aut pleno jure eas poſſident, aut non; ſi prius, pro rata ſolvunt, (quia Hæredes ſunt,) ſi poſterius, Frater regens regulariter onus hoc ſuſcipit. Multum tamen & circa hoc punctum valet Diſpoſitio paterna; dummodo Poſtgeniti alimenta habeant ſalva, ex ſæpius allegato fundamento. Ea, quæ in perpetum Familiæ, vel Regentis, vel Territorii, uſum deſtinata ſunt, non conferuntur in maſſam hæreditariam, ſed præcipui loco cedunt ei, cui Regimen Terræ obtingit.

Ich füge diſem lezteren nur noch bey, daß, wie ſolchen Falles dem regierenden Herrn billig der Beweis ſothaner Deſtination obliget, alſo es freylich offt gar ſchwer halte, damit aufzukommen; doch muß man das einſtimmige Herkommen mehrerer anderer Häuſer allenfalls auch als einen Beweis gelten laſſen; ſo dann verdienen wahrſcheinliche Vermuthungen auch einen Betracht.

§. 42. a.

Von der ehlichen, aber unſtandesmäßigen, Kinder-Succeßions-Recht in die väterliche privat-Erbſchafft conf. *l. c. Tom. 22. p. 304.* deme ich noch diſes beyfüge: 1. Daß das allda gemeldete nur auf den Fall gehe, wann keine Standesmäßige Kinder vorhanden ſeynd. 2. Unſtandesmäßige ꝛc. Kinder.

Habe ich anderwärts (1) von denen Lehen geſagt: In bonis paternis feudalibus privatis atque mediatis item Succeſſionis ſunt incapaces, adeoque nec Legitimam accipiunt; per Textum *2. F. 29.* ubi: (Procreati ex Matrimonio ad Morganaticam) *nec in Feudo* (ſuccedunt,) *etiam aliis non exiſtentibus: qui licet legitimi ſint, tamen in beneficio minime ſuccedunt.* Qui Textus etſi agat ſolum de natis ex Matrimonio ad Morganaticam, ad reliqua tamen etiam conjugia inæqualia trahi poterit, cum jam dictum ſit, eodem hæc cum iſtis Jure cenſeri in Germania, neque obſtet Obſervantia Imperii. Indeſſen dencke ich doch nunmehro, es finde dißfalls einiger Unterſchid ſtatt: Nemlich, wann ſolche Kinder von der Mutter Seite her wenigſtens gebohrene von Adel ſeynd, z. E. wann ein Chur-Fürſt eine von Adel heurathete; ſo ſeynd ſie auch adelicher Lehen theilhafftig, weil dergleichen Lehen nichts anderes als eine ehliche Geburt und den Adel-Stand erforderen, welches beedes ſich hier findet, auch dem angeführten Text nicht entgegen iſt, als welcher nur will, wann die Mutter ohngleichen Standes ſeye, können die Kinder in keinen Lehen ſuccediren, welche des Vaters Stand, oder Schild und Helm, erfordern; nicht zu gedencken, daß allda noch über das die Rede von einem Fall iſt, da gleich in denen Ehe-Pacten die aus diſer Ehe erzilende Kinder von aller väterlichen Succeſſion, auſſerhalb der benahmſten Summ, oder gewiſſen benannten Stücken, ausdrücklich ausgeſchloſſen worden waren: So auch, wann ein Lehen ſo beſchaffen iſt, daß es von bürgerlichen Perſonen beſeſſen werden kan, ceßiret die ratio Legis wiederum, und da ſolchen Kindern übrigens die Qualität ehlicher Leibes-Erben nicht gelaugnet werden kan, muß man ſie billig in bürgerlichen Lehen zulaſſen. 3. Habe ich geſetzt: In Bonis Paternis allodialibus mediatis iterum non ſuccedunt, hinc nec Legitimam capiunt, extantibus aliis Liberis ex æquali thoro natis. Sic enim *2. Feud 29.* diſponitur: *Iſti in proprietatem non ſuccedunt, aliis extantibus.* Qui Textus admodum convenit cum Analogia Obſervantiæ Imperii. Ich reſtringire aber diſen Satz nun billig auf den Fall, davon der Text handelt, wann nemlich ſchon per Pacta ausgemacht iſt, was ſolche Kinder aus ungleicher Ehe bekommen ſollen. 4. Wann ich endlich geſagt habe: Aliis vero Liberis non extantibus, ſuccedunt quidem Patri ab inteſtato in Immobilibus mediatis; Textus *2. F. 29.* - - Legitima tamen iis a Patre neceſſario non debetur, arg. ejusdem *2. F. 29.* - - quæ vero ſequuntur *in d. Tit. 29.* ſecundum contextum agunt ſolum de capacita-

(1) Diſſ. de Legit. &c. §. 25.

citate ſuccedendi, non de neceſſitate, hæreditatem ipſis relinquendi; ſo iſt ſolches wieder von dem Fall zu verſtehen, davon *2. F. 29.* handelt, wo nemlich denen Kindern Pacta entgegen ſtehen: Dann auſſer deme bleibt es bey dem Jure ſubſidiario Romano, nach welchem der Vater ehlichen Kindern die Legitimam ſchuldig iſt.

Von der natürlichen Kinder Succeſſions-Recht in die väterliche privat-Verlaſſenſchafft aber habe ich in dem T. Staater. *Tom. 22. p. 396.* meine Meinung geſagt, wobey ich es noch bewenden laſſe.

§. 42. b.

Verzicht der Erbſchafft.

Zuweilen ereignet ſich der Fall, daß ein Sohn, welcher weißt, daß ſein Vater eine groſſe Schuldenlaſt hinterlaſſen hat, gar nicht (und alſo auch nicht einmal cum beneficio Legis & Inventarii,) deſſen Erbe in ſeiner privat-Verlaſſenſchafft ſeyn will:

So auch ein Enckel nicht ſeines Großvaters.

So hat der jezige Herr Landgraf zu Heſſen-Darmſtatt ſich der väterlichen privat-Erbſchafft entſchlagen.

Des jezigen Fürſten von Stollberg-Gedern (1) Vormundſchafft hat ſich vor Notarien und Zeugen erklärt, daß ſie die Succeſſion nicht anderſt, als ex pacto & providentia Majorum, anzutretten, und ſich auf keine Weiſe in die Erbſchafft des vorigen Regenten zu immiſciren gemeint ſeye; wie ſie dann auch zu ſolchem Ende die Mobilien, ſo weit ſolche nicht zum Fideicommiß gehörig, obſigniren laſſen.

Gundling behauptete (2): Ein Reichsſtand könne ſich ſeiner väterlichen Allodialerbſchafft nicht verzeihen, weil ein Vaſall ſich entweder von dem Allodio und dem Lehen zugleich losſagen, oder, wann er das Lehen haben wolle, auch die Handlungen des Vaters vertretten müſſe:

Ich bin aber in Anſehung unſerer Teutſchen Reichsſtände anderer Meinung.

add. oben Cap. *12. §. 17.*

§. 43.

Mehreres remiſſive.

Schließlichen kan auch noch ſehr viles von diſer Materie in denen Capiteln von der Töchtern Verzichten, von Concurrenz derer Agnaten und Töchtern, von der Erb-Folge derer Töchtern, von der Müttern, Kinder, Geſchwiſtrigte und Verwandten Verlaſſenſchafft, ſonderlich aber von Separirung der Staats- und privat-Erbſchafft, nachgeſehen werden.

(1) ſ. H. Pütters Rechtsfäll. 2. Band, S. 653.
(2) H. Schotts Critic, 4. Band, S. 813.

* * *

Von des Gemahls, der Gemahlinnin oder Wittwen Verlaſſenſchafft.

§. 44.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften:

Von Holſtein.

Extractus dererjenigen Pactorum dotalium, ſo zwiſchen Herzogen Auguſt zu Holſtein, als Vater von der Prinzeßin Dorothea Johannetta, und dann dem Fürſten Heinrich zu Naſſau-Dillenburg, als Vater von dem Bräutigam, Prinzen Wilhelm, An. 1698. errichtet worden; mit Anmerckungen; in meinem Teutſch. Staatsarchiv, 1753. 2. Band, S. 972.

Von Würtemberg.

Kurzer Entwurff derjenigen Puncten, welche nach Abſterben Frauen Maria Dorothea Sophia, verwittweten Herzogin zu Würtemberg, ꝛc. wegen Dero im Leben genoſſenen Fürſtlichen Wittums und anderer Prætenſionen, zwiſchen Dero Tochter, Frauen Sophia Charlotta, verwittweten Herzogin zu Sachſen-Eiſenach, ꝛc. und dem regierenden Haus Würtemberg in Diſputat erwachſen, mit angehängter ein und anderer Erläuterung: Was ſolche Puncten, wann ſie hiernächſt zu den Auſtregis Familiæ gebracht würden, jedem Theil promittiren könnten? Stuttgart, 1699. fol.

§. 45.

Von Oeſterreich. Von Oeſterreich finden ſich zwar in meinem Teutſch. Staatsrecht, *Tom. 25. p. 360. ſq.* Nachrichten von denen Jahren 1310. 56. 1412. 77. Aus neueren Zeiten aber iſt mir nichts bekannt.

§. 46.

Bayern. In denen Bayer- und Oeſterreichiſchen Ehe-Pacten de An. 1635. heißt es: „Ihr zugebrachtes Heurath-Gut, ſamt der Morgengab, mit welchen beeden ſie frey und ihres Gefallens, durch GOtt oder Lieb willen, hinzugeben, zu verteſtiren, oder zu verſchaffen Macht haben ſoll, als mit andern ihren eignen Gütern, und wie freyen Morgengabs Recht und Gewohnheit iſt, unverhindert der Kinder, da deren vorhanden, und ſonſt männiglichs.„ Ferner: „Welche (zum Wittwen-Sitz verſchaffte) Fahrniß und Mobilia auch, wie ſelbige oben beſchriben, alle zugleich, nichts davon ausgenommen, ꝛ ꝛ nach Dero (der Wittwe) begebenden Tod-Fall, da nicht Kinder vorhanden, Ihren Erben väterlicher Linie erfolgen ſollen.„ Weiter: „Wäre dann ſach, daß Sy, Unſer freundlich geliebte Frau Gemahlin, Maria Anna, nach dem Willen

len des Allmächtigen vor Uns die Schuld der Natur bezahlte, ob nun alsdann Wir beede Eheleuth bey und mit einander durch den Seegen GOttes Kinder erzeugt, ſo noch im Leben wären; ſo bleiben Kinder, und all Ihr Verlaſſenſchafft in Unſers, Maximilian, Pfaltz-Grauens und Churfürſten, Gewalt und Handen: Im Fall aber keine Kinder, von Uns beeden erzeugt, im Leben vorhanden, oder, da deren vorhanden, aber dieſelben über kurz oder lange Zeit in unmündigen Jahren abgehen würden; ſo ſoll alsdann alles, wie obſtehet und ſpecificirt, Unſerer abgeleibten Frauen Gemahlin nächſten Erben, vermittels eines glaubwürdigen Inventarii, ſo deßhalben mit Ihr, der Erben, Vorwiſſen alsbald aufgericht werden ſoll, inner Jahrs-Friſt nach Ihrem tödtlichen Abgang, zugeſtellt und erfolgt werden; auſſerhalb des Heurat-Guts, das ſollen Wir die Zeit Unſers Lebens gegen genugſamer Verſicherung zu genüſſen haben, aber nach Unſerm Abſterben gleichfalls wieder an Unſerer Frauen Gemahlin nächſte Erben vätterlicher Linien und Stammens, daher es kommen iſt, oder wohin es Unſer Frau Gemahlin verſchaffen würde, fallen, denſelben auch von Unſeren Erben, ohn alles Verhindern, bezahlt werden. „

Anno 1650. wurde zwiſchen Bayern und Savoyen bedungen: Ut, ſi, Deo diſponente, eveniat, Sereniſſimum Principem, Ferdinandum Mariam, mori ante Sereniſſimam ſuam Conjugem, exiſtentibus Liberis, Sereniſſima Vidua liberam facultatem habeat de tota ſumma Morganaticæ ſeu ſponſalitiæ largitatis diſponendi inter Liberos; ſin vero nullii extent Liberi, tunc dimidium tantum ejusdem Morganaticæ pleno jure lucretur; altera vero dimidia hæredibus Sereniſſimi Principis Ferdinandi Mariæ pleno pariter jure proprietatis cedat. Idem obſervetur, ſi, ex diſpoſitione divina, conſummato matrimonio, Sereniſſima Domina Adelaidis præmoriatur, ut nimirum inter Liberos, ſi qui exſtant, jus habeat libere diſponendi de proprietate totius Summæ Morganaticæ, ſeu ſponſalitiæ largitatis, Liberis vero non exiſtentibus tantum de ſemiſſe, ſeu media ejus parte, altero ſemiſſe apud ſuperſtitem Sereniſſimum Maritum permanente. - - Sin autem, Divina voluntate ita diſponente, prædictam Sereniſſimam Principem Adelaidem, ſuperſtite Sereniſſimo Conjuge Ferdinando Maria, relictis ex ſe Liberis, ex hac vita migrare contingat, illo caſu proprietas omnium Serenitatis Suæ Bonorum tam dotalitiorum, quam paraphernalium, Liberis debebitur, utpote jure hæreditatis maternæ legitime ipſis delatæ, reſervato tamen Sereniſſimo Domino

mino Ferdinando Mariæ uſufructu. Ubi vero nullis relictis Liberis Sereniſſimam Dominam Adelaidem præmori contigerit, hoc caſu Serenitatis ſuæ Hæredibus ab inteſtato proximis, vel iis, quibus alia diſpoſitione legitime reliquerit, per prædictum Sereniſſimum Dominum Ferdinandum Mariam præfatæ Sereniſſimæ Conjugis ſuæ præmortuæ paraphernalia bona, ſi quæ habuit & reliquit, & inſuper ſupra memorata Clenodia, veſtes, jocalia, mundus muliebris & mobilia reſtituentur, Dos vero ita duntaxat, ut tamdiu, quamdiu Sereniſſimus Dominus Ferdinandus Maria vivit, ejus uſumfructum habeat non imminutum.

In denen Ehe-Pacten zwiſchen Bayern und Oeſterreich de An. 1685. heißt es ebenfalls: „Welche (zum Wittum-Sitz verſchaffte) Mobilia und Fahrnuß ſamt und ſonders = = nach Ihrem (der Frau Wittwe,) Abſterben, da nicht Kinder vorhanden, ihren Erben väterlicher Seiten erfolgen ſollen.„ Weiter: „Würde aber, achtens, dem unvermeydentlichen Willen GOttes nach, erfolgen, daß Unſere hertzliebſte Geſpons, oder zuekünfftige Frau Gemahlin, vor Uns von diſem zeitlichen zum ewigen Leben abgefordert werden ſollte, = = = ſo bleiben die Kinder, da deren = = = eine verhandten, ſamt der ganzen Mütterlichen Verlaſſenſchafft, in Unſerem, Churfürſt Maximilian Emanuels, Gewalt und Handen. Falls aber zur ſelben Zeit keine Kinder vorhanden; ſo ſolle alsdann alles ob-ſpecificirtes, ſo vil darvon in Unſere Gewaltſame kommen, Unſerer abgeleibten Frauen Gemahlin nechſten Erben, oder, weme dieſelbe es ſonſten durch Teſtament und letzten Willen gönnen und verſchaffen wird, inner Jahr und Tag nach ihrem ſeel. Ableiben ausgelifert und zugeſtellet, und deßwegen mit der Erben Vorwiſſen ein ordentliches Inventarium aufgerichtet werden; doch ausgenommen des zugebrachten Heurath-Guts, darvon Uns Unſer Lebenlang, gegen genugſamer Verſicherung des Capitals, die Abnutzung gebühren, nach Unſerem zeitlichen Hintritt aber gleichfalls wieder an Unſerer hertzliebſten Frau Gemahlin nechſte Erben vätterlicher Lini, als woher es kommen, wann ſie vorerwehnter maſſen nichts anderwärtig darmit diſponiret, fallen ſolle.„

Diſe Chur-Fürſt Maximilian Emanuels erſte Gemahlin, Kayſer Leopolds Prinzeßin, vermachte ihre auf 500000. fl. geſchätzte Juwelen in ihrem Teſtament ihrem Prinzen, und ſubſtituirte demſelben ihren Herrn Vater, den Kayſer, der auch ſelbige An. 1699. nach des Prinzens Tod abforderen lieſſe, welches aber der Chur-Fürſt übel empfand; wie er dann auch, unter anderen An. 1702. an den Kayſer gemachten Prætenſionen, verlangt haben ſolle, daß man ihm den Braut-Schatz und übri-

ges

ges Mütterliche beſagter ſeiner erſten Gemahlin völlig zukommen laſſe.

Nach dem An. 1730. erfolgten Abſterben der Churfürſtin Cunigunda Thereſia in Bayern (1) wurde ihre Verlaſſenſchafft in fünf Theile getheilt; wovon der Churfürſt Carl Albrecht, als Primogenitus, nicht nur ſeinen, ſondern auch ſeiner geiſtlichen Frauen Schweſter, Antheil, mithin zwey Portionen, behauptete, ohngeachtet dieſelbe ohne Verzicht in das Cloſter getretten, ſohin nur ipſo iure pro renunciata geachtet ware.

§. 47.

Von Sachſen liſet man beym Herrn von LUDOLF (2): Fridericus Placidus, Elector Saxoniæ, & Wilhelmus Frater cum Friderico Brandenburgico Electore & Ludovico Haſſiæ Landgravio, Nepotibus ex utraque Sorore, pacti fuere de Hæreditate materna, cui Frater Sigismundus, Herbipolenſis Præſul, renunciaverat: Si renunciationis hunc pœniteret, (forte ex Juris Romani Principiis,) obſtituros ſe ei conjunctis conſiliis. Renunciaverant Filiæ Hæreditati maternæ, Hæredes tamen earum, Brandeburgicus Elector & Haſſiæ Landgravius, ab Hæreditate, etiam Geradæ, non fuere excluſi; - - Excludi potuiſſe de jure exiſtimo, ſed erat tunc Sententia JCtorum communis, Nepotes renunciatione materna non teneri. Ratio etiam transactionis erat, ne, ſi Nepotes ex Sororibus Sigismundo aſſiſterent, cauſa Saxonum evaderet durior. Ita hodie etiam ſæpe quæſtio Juris mutatur in Conſilii quæſtionem, atque remittimus de Jure noſtro, cujus perſecutio videtur difficilior, ſed tamen hinc Juri præjudicium fieri non poteſt. Sachſen.

An unten angezogenem Ort (3) findet ſich eines alten Cameraliſten Gutachten, welches Pfalzgraf Johann Caſimirs Gemahlin, Chur-Fürſt Auguſts zu Sachſen Prinzeßin, Forderung an Sachſen, wegen ihrer Frau Mutter Verlaſſenſchafft zu betreffen ſcheinet, und dahin gehet: Es müſſe forderiſt zum fleißigſten nachgeforſchet werden: Ob die Chur-Fürſtin ein beſtändig Teſtament verordnet und hinter ſich gelaſſen oder nicht? dann wofern ein Teſtament vorhanden, wie aus denen zugeſchickten Abſchrifften allerhand Nachrichtung zu finden, hätte diſe Sache damit ihre Richtigkeit: Wofern aber kein Teſtament vorhanden wäre,

(1) Freyh. von KREITTMAYR ad Cod. Bavar. civil. p. 1348.
(2) de Jur. Fœm. ill. p. m. 82.
(3) In HOFFMANNS ſelectiſs. Jur. Reſp. p. 44.

wäre, könne er nicht befinden, daß des Pfalzgrafen Gemahlin ferner und weiter, als die Sächsische Land-Rechte zugäben, befugt seye; es gebühre ihr allein die Gerade, und was darein gehörig, und möge wohl nicht passiren, daß bey diser Succession man zugleich auf das gemeine und Sächsische Land-Recht sich legen wollte, ꝛc.

Was An. 1726. nach Absterben Herzogs Johann Adolfs zu Weissenfels erster Gemahlin, Johannetten Antonien Julianen, wegen ihrer Verlassenschafft für Streit entstanden seye? werden wir hernach vernehmen.

Nach dem An. 1730. erfolgten Tode Herzogs Johann Georgs zu Weissenfels hinterlassener Wittwe, Fridericâ Elisabethâ, forderte ihre einzige Tochter, die Herzogin zu Curland, die von ihrer Frau Mutter eingebrachte 40000. Rthl. von dem damaligen Herzog zu Weissenfels zurück. Es wurde An. 1732. bey der Juristen-Facultät zu Halle angefragt: Was hierbey Rechtens seye? und sie antwortete: (1) Daß die Herzogin von Curland die von ihrer Frau Mutter eingebrachte Ehe-Gelder von dem Fürstlichen Hause Weissenfels wieder zu fordern nicht berechtiget seye.

Anno 1712. wurde zu Halle angefragt (2): Herzog Christian Ulrich zu Würtemberg-Oels-Bernstatt habe seiner ins Haus Sachsen-Merseburg vermählten Princessin 20000. Thl. zum Braut-Schatz mitgegeben, sich aber dabey den Ruckfall, wann selbige vor ihrem Gemahl unbeerbt versterben würde, bedungen; es seye hingegen der Gemahl zu erst gestorben, und Herzog Christian Ulrich habe seine verwittwete Prinzeßin in denen empfangenen 20000. Thl. zur Erbin eingesetzt; solchemnach möchte man belehret seyn: 1. Ob auch nunmehro der bedungene Rückfall in seinem vigore bleibe, und der Fürstlichen Wittwe nicht vergönnet seye, über ermeldte 20000. Thaler, neque inter vivos, neque mortis causa, zu disponiren? Hierauf wurde geantwortet: Daß nunmehro, gestalten Sachen und Umständen nach, der Rückfall nicht statt habe, sondern der Prinzeßin frey bleibe, von ihrem Dote und nachhero den in Hæreditatem angewiesenen 20000. Thalern so wohl inter vivos, als mortis causa und per testamentum, eigenem Gefallen nach, zu disponiren. 2tens wurde gefragt: Ob nicht allenfalls, wenn der Rückfall statt haben sollte, von solchen Geldern der Prinzeßin Schulden bezahlet werden müßten? und geantwortet: Sie hielten davor, wann auch gleich der Rückfall noch jezo statt finden sollte,

(1) vid. H. BOEHMERS Conf. Vol. 1. Part. 2. p. 496.
(2) v. Conf. Halenf. Tom. 2. Lib. 2. p. 1161.

te, dennoch ſelbiger non, niſi ære alieno deducto, gefordert und præſtiret werden dürffte.

Anno 1555. 3. Nov. verehrte Herzogs Joh. Friderichs des mittleren zu Sachſen erſte Gemahlin, Tages vor ihrem Tod, ihrem Gemahl, über die ſchon m Aug. per Teſtamentum vermachte 20000. Thl. auch alles Silber-Geſchirr, Kleinodien, und was ihr auf dem letzten Beylager geſchenckt worden, und lieſſe darüber coram Notariis & Teſtibus ein Inſtrument aufrichten; es entſtunde aber dannoch Streit darüber; davon bey H. von LUDOLF (1) ein mehreres zu ſehen iſt, ſo ſich alſo ſchlieſſet: Transactione finita fuit controverſia, data Marito Dos, Legatum donatum, Donationes reliquæ omnesque fructus in Præfecturis Hypothecæ loco conſtituti.

Von Herzogs Johanns zu Weimar Gemahlin Erbſchafft erzählet der Herr von LUDOLF (2): Anna Sophia Anhaltina, Caroli Güntheri Comitis Schwarzburgici Uxor, petiit ex hæreditate Sororis, Dorotheæ Mariæ Vinarienſis, Geradam. Dorothea Marito Johanni, Saxoniæ Duci, dotalibus Pactis omnia mobilia, ſi ſine Liberis deceſſeret, reliquerat, ſubſtitutis primo gradu Principibus Anhaltinis, & ſecundo proxima Cognata. Quærebatur: an Gerada illa, quam Saxones die Mittel-Gerade appellant, locum haberet, &, ſi conſuetudo inter Principes recepta, an Pactis dotalibus fuerit ſublata? Diſcreparunt JCti de Jure Geradæ inter Principes. Omne hoc Jus ex conſuetudine pendet. Locum habere etiam inter Illuſtres, ubi Pactis aliter non conventum, & Fœminæ illuſtri extraneæ, quæ in Saxonia domicilium habuit, Saxonico Jure ſuccedi, docet LYNCKERUS *Deciſ. 1189.* Sed in caſu prædicto omnia Mobilia ad Maritum erant translata. Quis diceret adſtringi Illuſtres ad ſolennia Juris provincialis? Anno 1631. traffe die Gräfin Anna Sophia zu Schwarzburg mit denen Herrn Herzogen zu S. Weymar einen Vergleich darüber, darinn ſie ihre Forderung fallen lieſſe.

Anno 1634. hat Herzog Wilhelms zu Weimar Gemahlin Eleonora Dorothea, gebohrne Fürſtin zu Anhalt, eine Donationem inter vivos aufgerichtet, Krafft welcher ſie ihren Söhnen die Gerade geſchenckt, welchen Uebergabs-Brief Herzog Wilhelm eigenhändig mit unterzeichnet.

Anno 1654. hat Herzog Albrechts zu Sachſen-Eiſenach hinter-

(1) l. c. p. m. 115.
(2) l. c. p. m. 84 n. 13.

laſſene Wittib, Dorothea, gebohrne aus dem Hauſe Altenburg, Herzog Wilhelmen zu Weimar das ihr erblich zuſtehende Vorwerck zu beſagtem Eiſenach, die Klemme genannt, per Donationem inter vivos, jedoch mit Vorbehalt des Uſusfructus auf dero Lebenszeit, verehrt, und darüber einen ſchrifftlichen Donation-Brief, welchen zugleich der Canzlar von Altenburg, Wolf Conrad von Thumshirn, als hiezu verordneter Curator, mit unterſchriben, ausgehändiget.

In denen Sachſen-Eiſenach- und Würtembergiſchen Ehe-Pacten de An. 1688. heißt es: „Nach Ihrer Lbden (der Gemahlin) Abſterben aber, (es mag auch ſolches vor oder nach Unſerm Tode geſchehen,) da allein mit Uns erzeugte Leibes-Erben vorhanden, (ſolle) ſolch Heurath-Gut, neben aller Ihrer Liebden Verlaſſenſchafft, an Unſere mit Ihro erzeugte Kinder, da ſie nicht anderſt diſponiret, verfallen. Da Ihro Lbden mit Ihrem andern Ehe-Gemahl auch Kinder bekommen, die nach Ihrem Tod im Leben wären; ſo ſoll das gemelte zugebrachte Heurath-Gut, mit denen Paraphernalien, und übrigen Gütern, und was ſie ſonſten verlaſſen, und darob in diſen Ehe-Pactis nicht anderſt verordnet, wann ſie ohne teſtamentliche oder andere Diſpoſition diß Zeitliche geſegnet, auf die Kinder erſter und anderer Ehe zugleich in Capita verfallen, die Wiederlegungs-Gelder aber Unſerm, Herzog Johann Georgs, Succeſſori, mit Ausſchlieſſung der übrigen Geſchwiſtrige und Fürſtlichen Kinder anderer Ehe, es mögen Ihro Lbden ab inteſtato oder teſtato verſtorben, allein verbleiben, auch die der Verzinſung halber ausgegebene Caution alsdann caßiert und erloſchen ſeyn.„ Wann aber die Frau Wittwe ohne Kinder erſter Ehe verſterben würde, ſo heißt es: „Es ſolle nach Ihrem Abſterben das Heurath-Gut, und alles andere, (jedoch die Wiederlags-Gelder ausgeſchloſſen,) was Ihro Liebden zuſtändig, auf Ihre in zweyter Ehe erzeugte und noch im Leben ſich befindende Kinder, falls keine andere Diſpoſition von Ihro Lbden vorhanden, vererbet ſeyn; in Mangel derſelben aber das Heurath-Gut auf Herrn Eberhard Ludwigs, Herzogen zu Würtemberg, Unſers freundlichen lieben Vetters, des Herrn Land-Prinzen, Lbden, und Dero Succeſſoren und Nachkommen, und ſonſten niemand, ohne alle teſtamentliche und andere Verordnung, das übrige Vermögen und Verlaſſenſchafft aber, da keine Diſpoſition deßwegen vorhanden, auf Ihro Liebden nächſte Bluts-Verwandte und Befreundte, wie es der ordo ſuccedendi ab inteſtato erfordert, zurückfallen, = = = und voriezt-ermelte Ererbung und Widerfall vorgenannten Uns zugebrachten Heurath-Guts, und was Ihro Liebden weiter zur Zeit ihres tödtlichen Abgangs

nach

nach ſich verlaſſen würden, ſo ihr eigenthumlich zuſtünde, ſoll vermeltem des Herrn Land-Prinzen zu Würtemberg Lbden, Dero Erben und Succeſſoren, auch den übrigen Erben, der öffters gemeldte Witthum biß auf völlige Bezahl- und Abſtattung unterpfändlich hafften. Würde ſich aber nach dem Willen GOttes des Allmächtigen zutragen, daß Prinzeßin Sophie Charlotte vor Uns, Herzog Johann Georg, diſes Zeitliche geſeegnete, und keine Kinder von Uns erzeuget hinterlaſſen; ſo ſollen alsdenn beſagte 32000. fl. zugebrachten Heurath-Guts bey Uns, Zeit Unſers Lebens, mit obig ermeldter Verſicherung, bleiben, nach Unſerm Abſterben aber, wie gedacht, nach des Fürſtlichen Hauſes Würtemberg Obſervanz und Herkommenheit, wieder zurück an des Herrn Land-Prinzen zu Würtemberg Liebden, deſſen Nachkommen und Succeſſorn in dem Herzogthum, fallen. Die übrige Jhro Liebden Verlaſſenſchafft und Güter, als Silber-Geſchirr und anders, beweglich und unbeweglich, aber ſollen ebenmäßig Uns, Herzog Johann Georg, ad dies vitæ, gegen Verzeichniß und Inventirung, nutznießlich bleiben, (auſſer Jhrer Liebden Kleider, Kleinodien, und anders, ſo zu deroſelben Leib gehörig geweſen, welche Stück, ſo bald nach dero Abſterben, in Mangel einer anderwärtigen von Jhro Liebden hinterlaſſenen Diſpoſition, den Erben ab intestato zukommen,) nach Unſerm Tod aber, da keine andere Diſpoſition Jhro Liebden obhanden, an dero nächſte Bluts-Freunde, wie es die Ordnung der Succeſſion gibt, zufallen, und davor die Witthums-Aemter gleichmäßig hypothecirt ſeyn. Und weilen Wir, Herzog Johann Georg, oben angeführter maſſen, bewilliget, Prinzeßin Sophia Charlotte, Unſere künfftige Gemahlin, ſo bald nach geſchehenem Beyſchlaff, zu Bezeugung Unſers freundlichen Gemüths und Willens, mit einer Morgengabs-Verſchreibung auf 2000. Reichs-Thaler Capital oder 200. Thaler jährlicher Renten zu bemorgengaben, Jhro Lbden auch zu Habhafftwerdung deren Morgengab-Renten inſonderheit auf die obbeſchribene Wittums-Aemter, oder, da ſelbige ſolches nicht ertragen könnten, auf Unſere Rent-Cammer, mit nothdürfftiger Verſchreibung, mit ebenmäßiger Reichung 10. pro Cento, wie bey der Wiederlag, abſonderliche Verſicherung zu geben, daß Jhro Liebden davor jährlich, und eines jeden Jahrs beſonders, 200. Reichs-Thaler, wie obgemeldt, zu 24. guter Groſchen Meißniſcher Wehrung gerechnet, von den Beamten oder Rent-Cammer daſelbſten, ſollen entrichtet und geliefert werden; als haben Jhro Liebden guten Fug und Macht, ſolch Capital und Renten auf ihre Kinder, oder wohin ſie ſonſt wollen, zu verwenden und zu verſchaffen, und ſich deren nach Morgengabs-Freyheit zu Recht zu gebrauchen.

Im Fall aber gemeldte Prinzeßin, Unsere künfftige geliebte Gemahlin, ohne Leibes-Erben, oder ohnverschafft derselben, abgehen, oder sonsten ohnveräussert hinter sich lassen würden; alsdenn soll dieselbe Morgengab an Unsern, Herzog Johann Georgs, Successoren und Nachkommen, und sonsten niemand, fallen: Da aber hochermeldte Prinzeßin solche Morgengab bey Lebzeiten vergeben oder verschaffen würden, alsdenn solle Uns, Unsern Successoren und Nachkommen freystehen, solche 2000. Thl. doch daß auf den Lösungs-Fall ein viertel Jahr zuvor Verkündigung geschehe, abzulösen. „

In denen Sachsen-Eisenach- und Nassauischen Ehe-Pacten de An. 1690. heißt es: „Nach erfolgtem Todes-Fall (der Wittwe) aber fiele das Capital (der Wiederlage) und davor versprochene Pension, gewohnlicher massen, hinweg und auf das Land zurück. = = So vil den Rückfall des Heurath-Guts betrifft, ist darinn folgendes abgeredt und verglichen worden, daß, wenn sichs begäbe, daß Unserer zukünfftigen herzgeliebten Gemahlin Lbden vor Uns versterben würden, alsdann Wir die eingebrachten 16000. Rthlr. es wären gleich Kinder vorhanden oder nicht, Uns erb- und eigenthümlich verbleiben und auf Uns devolviret werden sollen. Kämen im Gegentheil Ihre Lbden als Wittwe, und ohne Kinder, zu sterben, oder wär von ihr durch ein Testament ausdrücklich und anders nichts versehen, alsdann fiele das Heurath-Gut zurück auf das Fürstliche Haus Nassau, nach Ordnung der alldort gewöhnlichen Art zu succediren. Ueber die Paraphernal-Güter, (worunter alles, was nicht in Dote begriffen, gerechnet werden soll,) ist folgender Vergleich geschehen, daß Unserer zukünfftigen herzlieben Gemahlin Lbden das Eigenthum, Wir aber den usumfructum ad dies vitæ. behalten sollen, es stehe gleich die Ehe annoch oder nicht; jedoch soll Uns nicht vergönstiget seyn, davon etwas anders, denn auf zu Recht beständige Weise, zu veräussern, sondern es soll alles, nach erfolgendem Todesfall, Ihrer Lbden Successori und Erben treulich extradiret werden; es wäre dann, daß selbe bey Lebe-Zeiten, aus sonderbarer zu Uns tragender Liebe, ihre Disposition anders eingerichtet, welches Ihrer Lbden dann, wie auch generaliter facultas testandi, allenthalben frey, ausser daß sie zum Präjudiz der erfolgenden Fürstlichen Kinder und Cassirung dessen, was in denen Ehe-Pactis ratione usustructus und sonsten bereits verglichen, durch ihren widrig errichteten letzten Willen nichts ändern wollen. „

In denen Sachsen-Eisenach- und Badischen Ehe-Pacten de An. 1698. heißt es von der Wittwe Wieder-Vermählung: „Auf den Fall

Fall nun Unsere Gemahlin hernach mit Tode abgehen und aus folgender Ehe keine Kinder verlassen würde; so soll deroselben Heurath-Gut, auch was sie an Kleidern, Kleinodien, Geschmuck, Silber-Geschirr, Baarschafft, und sonst mehr, verlassen, an die mit Uns erzeugte Leibes-Erben = = alsobald fallen und vertheilet werden. Da aber Ihre Lbden auch aus der andern Ehe Kinder bekommen, die nach Ihrem Tode am Leben wären; so soll das Heurath-Gut der 25000. fl. unter beyderley Kinder zugleich, die Immobilia aber, so deroselben mittler Zeit erblich gefallen seyn würden, nach des Landes Gelegenheit, Gebrauch und Gewohnheit, getheilet werden; die Mobilien aber, an Kleinodien, Kleidern, Silber-Geschirr, und anderes, so vil Ihrer Lbden zur Zeit des anderwärtigen Beylagers gehabt, oder in beyden Ehen ererbet und überkommen, (darüber auf zutragende Fälle ordentliche Inventaria aufzurichten,) was dieselbe davon nicht verschafft und weggegeben, an die Kinder, von welcher Ehe dieselbe erzeuget, fallen. = = = Im Fall aber Wir vor Unserer Gemahlin Lbd. ohne mit Deroselben erzeugten Kinder Todes verfahren würden, und Ihr Lbden als Wittwe ohne anderweitige Verheurathung Todes abgienge; so soll der Witthums-Sitz, samt aller Zugehör und dahin geschafften Mobilien, nebst den jährlichen Widerlags-Zinsen, an Unsere Nachkommen, alles übrige aber, so Ihro Lbden eingebracht, ingleichen, was sie währender Ehe ausserhalb Unsern, Herzog Johann Wilhelms, Landen an Gütern ererbet, wie auch dero Kleinodien, Kleidung, Silber-Geschirr, Baarschafft, und dergleichen, und was ihro, zur Zeit des Beylagers, vor und nach demselbem währenden Ehe-Standes von Uns geschencket, und sie bey Lebzeiten nicht selbst verschafft oder weggeben, das soll auf Uns, Marggraf Carl Gustav, wann Wir ihren Tod also erleben, andernfalls aber nach dem bekannten Successions-Recht, fallen und vererbet werden; die oberwehnte von dem regierenden Hause zum Heurath-Gut gegebene 10000. fl. aber, wie auch die zu desselben Vermehrung von Uns, Marggraf Carl Gustav, zugesetzte 5000. fl. sollen in alle Weg denen regierenden Herrn Marggrafen zu Baden-Durlach wieder rückfällig seyn. Begäbe sichs aber, daß Unsere Gemahlin vor Uns, Herzog Johann Wilhelm, Todes verführen, ohne Hinterlassung ehelicher Leibes-Erben von Uns erzeuget, alsdenn sollen Wir das geliferte Heurath-Gut der 25000. fl. Unser Lebenlang nutzen und geniessen, aber nach Unserm Absterben (dasselbe) auf das Fürstliche Haus Baden-Durlach = = fallen; desgleichen Ihr Lbden hinterlassene Kleider, Kleinodien, Geschmuck, Silber-Geschirr, Baarschafft, und anders, so dieselbe

ſelbe anfänglich zu Uns gebracht, darüber zwey gleichlautende Inventaria aufzurichten, auf Ihrer Lbd. Erben; was aber dieſelbe auſſer diſen an dergleichen Mobilien verlaſſen würden, das ſoll in zwey gleiche Theile getheilet, und die Helffte Unſern, die andere Helffte Unſerer Gemahlin, Erben zufallen; bey welchen allen Dero über ihre Verlaſſenſchafft, ſo vil dem Rückfall nicht unterworffen, frey zu teſtiren und zu verordnen unbenommen bleibet. Wenn aber Unſerer Frau Gemahlin Lbd. nach dero tödtlichen Hintritt von Uns erzilte Kinder verlieſſen; ſo ſoll das Heurath-Guth und alles, was ſie zu Uns gebracht oder währender Ehe acquiriret, ligend und fahrend, auch was nach dero Abſcheiden ihren Erben von Rechtswegen gebühret, es mag herkommen von weme es wolle, nichts davon ausgeſchloſſen, auf gedachte Unſer beyden Kinder und Erben fallen; doch daß Uns, Herzog Johann Wilhelm, auf Unſer Lebenlang der Beſitz und Nieſſung von demſelben, unbeſchadet des Eigenthums, vorbehalten bleibe. „

Von dem über Herzog Bernhards zu Sachſen-Jena Gemahlin, Maria de Tremouille, Verlaſſenſchafft entſtandenen Streit iſt auſſer denne, ſo ich ſchon oben davon angeführet habe, bey Herrn von Ludolf (1) ein mehreres zu ſehen.

Aus Gelegenheit eben diſes Streits wurde gefragt: Ob die Prinzeßin den Dotem maternam der 16000. Rthl. annoch zu fordern befugt ſeye? Reſp. Es ſeye ihre Frau Tochter, den Dotem maternam der 16000. Thl. annoch zu fordern, nicht berechtiget. 2. Wurde gefragt: Ob, wann ja etwas von Silber oder Tapeten, denen Rechten nach, zu reſtituiren wäre, ein Intereſſe davon gefordert werden könne? Reſp. Es müſſe ein Unterſchid gemacht werden: Ob etwa die Tapeten und das Silber deteriorirt worden, und alſo die Tochter davor den Werth derſelben fordere, oder aber, ob ſie ſolche in natura wieder haben wolle? und in diſem lezten Fall ſeye wiederum darauf zu ſehen: Ob ſie diſſfalls einiges Intereſſe liquidiren könne? z. E. daß ſie, weil die Reſtitution nicht ſo fort geſchehen, ihr ſonſt habendes Vermögen angreiffen und dafür dergleichen Sachen anſchaffen müſſen, oder nicht? So ſeye in dem erſten Fall die Tochter, nebſt dem Werth, auch die Zinſen davon, und in dem lezteren Fall dieſelbe gleichfalls die Zinſen von demjenigen Geld, davor ſie, ihr Tapeten und Silberwerck anzuſchaffen, genöthiget worden, von denen Lehens-Vettern zu fordern, den Rechten nach, wohl befugt. Endlich wurde auch noch gefragt: Dafern das mütterliche Fideicommiſſum vorhanden und gültig, ob die

(1) l. c. p. m. 122. ſeqq.

die Tochter befugt geweſen ſeye, die daraus flieſſende Prætenſiones, vel per Donationem inter vivos, aut mortis cauſa, oder per ceſſionem, an einen Vettern zu cediren und zu übergeben? Reſp. Sie ſeye nicht befugt geweſen, die ex Fideicommiſſo materno herflieſſende Prætenſiones, weder durch eine Schenckung unter den Lebendigen, oder auf den Todes-Fall, noch auch per ceſſionem, an jemand anderes abzutretten.

Anno 1685. diſponirte Herzog Friderich I. zu Gotha: Die mütterliche Erbſchafft bey appanagirten Herrn ſolle, wann keine Diſpoſition vorhanden, unter ſamtlichen Brüdern oder Vettern, nach denen bekannten Succeſſions-Rechten, vertheilet werden.

In Sachen der Herzogin zu S. Gotha gegen den Herzog zu S. Meiningen, der verwittweten Herzogin Eliſabethen Sophien zu S. Meiningen Verlaſſenſchafft betreffend, erkannte der Reichs-Hofrath An. 1752. (1)

1. ein Reſcript an den Herzog zu S. Meiningen: Der Kayſer könne Sich durchaus nicht darein finden, wie er das Erbrecht der Herzogin zu S. Gotha an ihrer Frau Stiefmutter Verlaſſenſchafft einer Seits immerfort eingeſtanden, auf der anderen Seite hingegen dieſelbe doch nicht nur vorenthalten, ſondern die Herzogin auch eines Theils auf gewaltthätige Weiſe aus dem bereits ergriffenen Beſiz geſezet habe; da er doch nichts, als den nichtigen Vorwand, für ſich habe, daß unter denen hinterlaſſenen Meublen auch noch zu dem S. Meiningiſchen Hauſe gehörige mit ſeyn würden; da ſich doch in diſem Fall gebühret hätte, nach dem Inventario ſo gleich eine Separation beſagter Effecten in von beederſeits Theilen Bevollmächtigter Gegenwart vorzunehmen, und der Herzogin von S. Gotha, was ihr zuſtehe, ohnweigerlich abfolgen, auch das Gut Sophienluſt in ihrigem Beſiz zu laſſen: Damit diſe an ſich klare und billige Sache ohne Aufſchub vollzogen werde; ſo habe der Kayſer der in Römhild ohnehin ſchon befindlichen Commiſſion aufgetragen, autoritate Cæſarea alles diſes zum Vollzug zu bringen; der Kayſer verſehe Sich alſo zu dem Herzog, daß er ſeiner Seits Jemand mit genugſamer Vollmacht verſehen, zu diſem Ende, auf der Commiſſion Verlangen, ohngeſaumt hinſchicken, die Separation vornehmen, und, was der Herzogin von S. Gotha nach Ausweis des Inventarii gebühre, abfolgen laſſen werde, damit es nicht ſchärffere Kayſerliche Verordnungen bedörffe etc.

2. Wur-

(1) ſ. mein Staats-Arch. 1752. 2. Band, S. 818.

2. Wurde der Kayſerl. Commißion zu Römhild reſcribirt: Nicht geſchehen zu laſſen, daß der Herzog zu S. Meiningen diſe Verlaſſenſchafft und Effecten wegbringen laſſe, ſondern beeden Fürſtlichen Theilen einen kurzen Termin anzuberaumen, und in Gegenwart beederſeits Gevollmächtigten, oder, wenn Ein Theil nicht erſcheinen ſollte, in Gegenwart des gehorſamen Theils, nach Maaßgab des vorhandenen Wittums-Inventarii, die Separation zu bewerckſtelligen, und beyden Theilen ſo dann anzukündigen, was jedem zukomme, es zu ſelbſteigener Beſorg- und Verwahrung an ſich zu nehmen etc.

Den 30. Jun. (1) ergienge, rejectis Exceptionibus, ein Reſcriptum paritorium an den Herrn Herzogen zu Meiningen, bey Vermeidung einer Kayſerlichen Reinmißions- und Manutenenz-Commißion.

Den 7. Dec. reſolvirte der Reichs-Hofrath unter anderem ein Reſcript an die zu Römhild angeordnete Kayſerl. Commißion: Nachdeme die Herzogin zu S. Gotha angezeiget, daß der Herzog zu S. Meiningen auch über die von der verwittibten Herzogin Eliſabetha Sophia auf ſie, nebſt dem Gut Sophienluſt, gekommene Römhildiſche mobiliar-Verlaſſenſchafft, in der Güte zu handlen und überein zu kommen, gemeinet ſeye, wie er dann zu diſem Ende bereits befohlen habe, beſagte Mobilien zu reſigniren und der Herzogin zu S. Gotha Bevollmächtigten ohnaufhaltlich, und ohne weitere Anbegehrung einer vorgängigen Separation, auszuantworten: Nachdeme nun dadurch, was ihr, der Commißion, mit legalen Formalitäten zu bewürcken aufgegeben worden, erlediget, auch die Herzogin zu S. Gotha ebenfalls zu dem Weg der Güte willig ſeye; als hätte die Commißion ſich auch ihres Orts nach diſen veränderten Umſtänden zu richten, und den Verſuch der Güte von beyden Theilen unter einander durch eine Commiſſariſche Erkemtniß über diſe Verlaſſenſchafft nicht zu hemmen, ſondern ihr den vollen Fortgang zu laſſen: Im Fall aber die Güte ſich zerſchlagen ſollte, würde der Kayſer keinen Anſtand nehmen, fernerweite Verordnung auch in diſer Sache an die Commißion ergehen zu laſſen; jedoch habe ſich die Commißion diſes Auftrags halber nicht in loco aufzuhalten.

Anno 1753. 23. Febr. wurde denen Commiſſarien nochmals reſcribirt: Der Kayſer genehmige, daß, nach vorgängig gemachter Specification der vorhandenen Effecten, nach des Herzogs zu S. Meiningen eigenem Anerbieten, die Extradition der vorhandenen mobiliar-

(1) l. c. S. 929.

biliar-Verlassenschafft an der Herzogin zu S. Gotha Bevollmächtigten geschehe.

Anno 1754. 14. Oct. wurde endlich die Anzeige, daß die wegen der Herzogin Elisabethen Sophien Verlassenschafft obgeschwebte Streitigkeit würcklich abgethan worden seye, ad Acta decretirt.

Was Braunschweig-Wolfenbüttel bey dem Reichs-Hof-Rath wegen Herzog Bernhards zu Coburg erster Gemahlin zurückgefallenen Heurath-Guts für ein Urthel erhalten habe, belehret dises:

Lunæ 4. Decembris 1719.

Braunschweig-Lüneburg contra die bey der Sachsen-Coburgischen Succession interessirte Herren Herzoge zu Sachsen, die zurückgefallene Ehe-Gelder betreffend.

Fiat Sententia: Daß in Actis beklagte sämmtliche Fürstliche Herren Theilhabere des Fürstenthums Coburg, nach ihren ins besondere an dem erledigten Anfall dises Fürstenthums habenden Ratis, denen Herren Klägern, nach der auf das so genannte Amt Neuhaus communi nomine ertheilten Verschreib- und Versicherung de dato 13. Julii 1676. die eingeklagte Summam der 17500. Rthlr. an groben Sorten, wie solche im Ober- und Nider-Sächsischen Crays dazumahl gangbar gewesen, (jeden Thaler zu 24. gute Meißnische Groschen gerechnet,) zusammt Reichs-Abschid-mäßigem Interesse an gleichen Münz-Sorten à tempore moræ, benanntlichen auf die vier erste Jahr nach Absterben Herzogen Albrechts, nach Maaß der bedungenen particular-Zahlung, zu bezahlen schuldig, wie auch in Schaden und Gerichts-Kosten, judiciali moderamine salvo, zu condemniren, mit denen in Duplicis aber angebrachten Compensations-Posten allenfalls ad Separatum zu verweisen seyen; annexis Executorialibus.

§. 48.

In Chur-Fürst Friderich Wilhelms zu Brandenburg Ehe-Pacten mit seiner zweyten Gemahlin wurde beliebt: „Da es aber GOtt gefiele, Uns, Dorothea, die Chur-Fürstin, gebohrne Herzogin von Holstein, vor Unsers Herrn Gemahls, des Chur-Fürsten zu Brandenburg, Lbden und zwar, daß Wir mit deroselben erzeugete Kinder hinterliessen, nach seinem unerforschlichen Rath und Willen abzufordern, auf solchen Fall bleibt alles und jedes, was Wir verlassen möchten, nichts überall davon ausgeschlossen, Unsern Kindern, der Gebrauch oder Ususfructus aber aller solcher Unser Verlassenschafft, so lange die Brandenburg.

Kinder nicht ihr eigen Weſen haben, Unſers Herrn und Gemahl Lbd. als Dero ohnedeß, nach Anweiſung der Rechte, ſolcher Uſusfructus gebühret: Würden Wir aber ohne dergleichen Ehe-Seegen und Kinder vor Unſers Herrn und Gemahls Lbden verſterben, auf ſolchen Fall haben Wir Uns Krafft diſes mit Ihrer Lbd. beſtändig und unwiderrufflich verglichen, daß Dieſelbe alle und jede Unſere Verlaſſenſchafft an ſich nehmen und erblich behalten ſollen und mögen; geſtalt Wir Uns denn auch hiemit, weil Wir mit einem erhöheten Wittum verſehen worden, auf Art und Weiſe, wie Wir vor diſem in dem Fürſtlichen Hauſe Braunſchweig mit Einwilligung Unſers Herrn Vatern hochſeel. Gedächtniß Lbd. als Unſer Wittum von dem Amte N. nacher N. transferiret und dadurch erhöhet wurde, gethan, des alſo genannten Rückfalls ausdrücklich und wohlbedächtlich begeben. „

In eben diſen Ehe-Pacten de An. 1668. iſt der Rückfall der Wiederlage bedungen und wegen des Dotis zu diſponiren erlaubt worden.

Was aber doch hernach für Streit über diſer 2ten Gemahlin Erbſchafft entſtanden ſeye? erzählet der Herr von LUDOLF (1) mit diſen Worten: Pacto Familiæ cujusdam e præcipuis in Germania An. 1599. & 1603. varii articuli fuere conſtituti, qui toti Familiæ in poſterum eſſent firmamento. Primogenituræ jus, & quæ ad Religionem pertinent, ſtabilita, ſed & illud conventum, ut Filiæ dotatæ paternæ, fraternæ, maternæque renunciarent hæreditati. Princeps Familiæ ſecundas Nuptias Pacto confirmat dotali Anno 1668. quo cavetur, ut ſuperſtes Conjux habeat cum Dotalitio omnia a Marito donata; ſi ad ſecunda Vota tranſeat Vidua, recipiat Dotem cum Donatione æquali propter nuptias, quæ defuncta Matre una cum Dote ad Liberos tranſeat, libera tamen ſit Matri de Dote diſpoſitio. Confirmatur hic articulus Pactorum dotalium Teſtamento paterno. Naſcitur dehinc a morte Matris, quæ Patri ſupervixerat, inter Fratres & Sorores controverſia: opponunt illi Pactum antiquum Familiæ, hæ nituntur dotalibus Pactis & Teſtamento paterno. Deciſio ſecuta pro Filiabus.

Der Herr von LUDOLF führet weiter (2) ein von LYNCKERN über diſen Fall gefertigtes und auch anderwärts (3) befindliches Reſponſum an, welchem diſe Facti Species vorangeſezet iſt: Theodoſia,

(1) de Jur. Fœm. ill. Part. 2. Cap. 1. §. 24. n. 1.
(2) l. c. App. 3. p. 30.
(3) in LYNCKERS Reſponſ. n. 177.

ſia, eine Fürſtliche Prinzeßin zu Verona, (Maria Amalia, Chur-Fürſt Friderich Wilhelms Tochter,) heurathet mit Conſens ihrer beyderſeits Eltern einen Prinzen zu Ferrara, (Herzog Carln zu Mecklenburg,) bekommt 20000. fl. mit dem Heurath-Gut und renunciiret in denen Ehe-Pacten der väterlichen und brüderlichen Erbſchafft. Nachdem nun hienächſt derſelben Mutter mit Tode abgeht und Theodoſia ratione derſelben Verlaſſenſchafft ſich als Mit-Erbin angibt, wollen ſie derſelben Brüder und noch unverheurathete Schweſter dazu nicht verſtatten; mit Vorgeben, es ſeye Herkommens und einigen alten Compactatis und Verträgen beym Fürſtlichen Hauſe gemäß, daß eine Prinzeßin vom Hauſe Verona bey ihrer Verheurathung nicht mehr denn 12000. fl. Heurath-Gut, über die beynoch beſchehene Ausfertigung, bekommen, hingegen ſich alles väterlichen, mütterlichen und brüderlichen Erbes verzeihen ſolle: Nun führe zwar ermeldte Theodoſia an, daß dergleichen Renunciation ratione Bonorum maternorum in ihrer Eheſtifftung nicht enthalten, noch dergleichen von ihr prætendirt worden ſeye; vilmehr wäre ſelbſten von denen Fürſtlichen Eltern bey Augmentation des Dotis aus oballegirter Verfaſſung geſchritten, und noch über diß bey erfolgter und nur expreſſe verlangter Renunciation des väter- und brüderlichen Erbes, dennoch fernere Diſpoſition und andere letzte Willens-Verordnung in favorem der Theodoſiæ reſerviret worden; dannenhero die unterblibene Renunciation des mütterlichen Erbes als eine wohlbedächtige Diſpoſition ihr um ſo mehr zu ſtatten komme. Allein es inhæriren dannoch ernannte Mit-Erben ſchlechterdings mehr-angeregten alten Compactatis, und wollen ſich davon nicht abweiſen laſſen; worüber dann diſe Frage entſtehet: Ob ſolche Compactata, welche vor nunmehro 100. Jahren von denen Vorfahren am Hauſe aufgerichtet, bey diſer Succeſſion zu conſideriren; oder ob nicht vilmehr, da die Renunciation des mütterlichen Erbes nicht geſchehen, ſondern, wie allerdings zu muthmaſſen, von denen Eltern ſtudio præteriret worden, nach der von mehr-ernanntem Vater ſelbſt mit-vollzogener Eheſtifftung ſich zu reguliren, und Theodoſia ſolchergeſtalt mit zu Participation der mütterlichen Verlaſſenſchafft zu laſſen ſeye?„ Lyncker's Reſponſum ſelbſt aber gienge dahin: Da der Prinzeßin nicht zugemuthet worden ſeye, ſich der mütterlichen Erbſchafft zu verzeihen; ſo könne nichts anderes daraus folgen, als daß man dadurch von dem in denen Compactaten diſponierten eben ſo wohl hierinn abgeſchritten, als dadurch geſchehen ſeye, daß man der Prinzeßin, an ſtatt 12000. gar 20000. fl. verſchriben; es ſeye auch diſes

ſes Quantum der 8000. fl. nicht pro Retributione der mütterlichen Erbſchafft geſetzt, weil man ſolchergeſtalt es hätte melden, oder doch die Prinzeßin derſelben namentlich renunciiren laſſen müſſen; alſo daß, indem dergeſtalt von denen Concordatis durch diſes Pactum abgegangen worden, und darauf dißfalls weiter nicht zu ſehen ſeye, in dem Pacto aber die Theodoſia ſich der mütterlichen Erbſchafft nicht begeben habe, der jezige caſus omiſſus, ſolchem allen nach, ſub diſpoſitione Juris communis billig bleibe und dieſelbe ab inteſtato zur Succeſſion, neben den andern Mit-Erben, billig gelaſſen werde.

Ohne Zweifel betrifft auch eben diſer Chur-Fürſt Friderich Wilhelms zweyter Gemahlin Verlaſſenſchafft, was man bey dem Herrn von LUDOLF (1) weiter liſet, nemlich: Pacto dotali fuit cautum, ſi Vidua iterato nupſerit, repetitionem haberet Dotis atque Donationis propter Nuptias, hanc vero relinqueret Liberis communibus. Apprehendit Uxor poſt mortem Mariti Dotalitium, cedit deinde id Succeſſori, ſtipulata ſibi 3000. Imperiales annuos. Moritur deinde in Viduatu. Liberi petunt Dotem & Donationem propter Nuptias cum reliqua hæreditate materna mobiliari a Succeſſore Territorii, Fratre conſanguineo. Opponebatur Liberis, conditionem huic articulo Pacti dotalis eſſe adjectam, ſi Vidua iterato nupſerit, ſed eam non extitiſſe, Dotalitium longe ſuperaſſe uſuras quadruplices Dotis, abunde igitur ſatisfactum Uxori Viduæ, abſumtam igitur Dotem per Dotalitium, quæ idcirco a Liberis peti non poſſit.

Anno 1704. den 17. Apr. wurde zwiſchen der Königin in Pohlen, dann Marckgrafen Chriſtian Ernſten zu **Brandenburg-Bayreuth** und deſſen Erb-Prinzen wegen der von beſagten Marckgrafens Gemahlin hinterlaſſener Erbſchafft ein Haupt- und Neben-Vergleich getroffen, daraus ich diſes mittheile: „Obwohl anfänglich des Herrn Marggrafen Hochfürſtl. Durchl. die bey dem Königl. Chur- und Fürſtl. Hauſe Brandenburg vorhandene Diſpoſition Churfürſt Albrechts Chriſtſeel. Andenckens, de An. 1473. und darauf gegründete revidirte und erneuerte Pacta, für ſich zu allegiren gemeinet geweſen, Krafft deren die verheurathete Prinzeßinnen, bey Erlangung dero Ausſtattung, des Vätter- Mütter- und Brüderlichen Erbes ſich gänzlich verzeihen ſolten; ſo haben doch endlich hochgedacht Se. Hochfürſtl. Durchl. ſo wohl auch dero Hochfürſtl. Erb-Prinz, der Durchl. Fürſt und Herr, Herr Georg Wilhelm Marggraf zu Brandenburg ꝛc. ꝛc. auf ein und andere

von

(1) de Jur. Fœm. ill. Part. 2. Cap. 2. §. 13.

von Seiten Ihro Königl. Maj. beschehene Gegen-Remonstrationes, gestalten Dingen nach, bey denen sich allhier ereignenden special-Umständen, darvon abgestanden; jedoch, daß hieraus in Zukunfft wider obangezogene alte Pacta, Verträge und Herkommen nichts nachtheiliges inferiret werden möge, zugleich Verwahrung anhängen lassen.

1. So vil nun disenmach gegenwärtiges Negotium an und vor sich selbst betrifft, so hat es zuförderst bey der im vorigen Jahr allbereit zwischen Ihro Königl. Majestät, der Königin, und des Erb-Prinzen, auch der Prinzeßin Eleonoren Hoch-Fürstl. Hoch-Fürstl. Durchl. Durchl. beschehener Vertheilung derer hinterlassenen Kleider, Etoffen und Gold- und Silbernen Garnituren, so wohl andern Kleinigkeiten, nochmals sein Bewenden; gleichwie auch des Herrn Marggrafen Hoch-Fürstl. Durchl. dasjenige, so Sie damals an unangeschnittenen Etoffen zu sich genommen, ebenfalls behalten.

2. Alles andere aber, es bestehe an Juwelen, wie solche theils in natura nach dem Ableben der hochseel. verstorbenen Frau Marggräfin Hoch-Fürstl. Durchl. unter deren Gewahrsam so gleich gefunden worden, oder auch an andern Orten, zu Franckfurt, Cleve, Leipzig, Eger, Lanckheim, und sonst, verpfändt ausgestanden, oder noch ausstehen, samt der Uebermasse deren Werths, gegen den Versatz an Capital und Zinsen, Silber, Meublen, allem, was zum Staat gehörig, aussenstehenden Activ-Schulden, und insonderheit dem vormals bey der Hoch-Fürstl. Vermählung constituirten, auch nachgehends bezahlten, Ehe-Gelde an 32000. fl. Rheinisch, item dem so genannten Rabensteinischen Hause zu Bayreuth, ingleichen dem Hammerwerck bey Bauenstein, der Salpeter-Hütte und Laboratorio zu Hennersreuth, Schmeltz-Hütte zu Bernstein, und denen hin und wieder gebaueten Kuxen und Bergtheilen, oder habe auch sonst Nahmen wie es wolle, nichts überall davon ausgeschlossen, treten Ihro Majestät die Königin zu Ihrem Antheil dero Herrn Vaters und des Herrn Erb-Prinzens Hoch-Fürstl. Hoch-Fürstl. Durchl. Durchl. gänzlich ab, und prætendiren hierauf keine weitere Participation, sondern überlassen lediglich Ihren Hoch-Fürstl. Hoch-Fürstl. Durchl. Durchl. alles dasjenige, was Ihnen sonst zugekommen wäre.

3. Hingegen versprechen beyde Hoch-Fürstl. Durchl. Durchl. der Regierende Herr Marggraf und Erb-Prinz, samt und sonders in solidum, zu völliger Abfindung Ihro Majestät der Königin, deroselben 25000. Thaler überhaupt zahlen zu lassen. = = = 4. Nicht weniger verbinden sich beyde Hochfürstl. Hochfürstl. Durchl. Durchl. wegen

desje-

desjenigen, so an Passiv-Schulden, oder andern Anforderungen, auf die Hochfürstliche Verlassenschafft prætendiret werden könnte, Ihro Majestät die Königin jederzeit zu vertreten, und solches ohne deren Zuthun und Beytrag, entweder durch gütlichen Vergleich, oder andere Vergnügung, zu befridigen; gleichwie Sie auch ihres Orts alle hiebevor selbst-gemachte Prætensiones gänzlich aufheben und fallen lassen. etc.„

In dem Neben-Receß wurde die Summ auf 35000. Rthl. erhöhet.

§. 49.

Pfalz. Als die Prinzeßin Maria von Oranien Pfalzgraf Ludwig Heinrichen zu Simmern ehlichte, wurde in denen Ehe-Pacten beliebt: Im Fall die Prinzeßin als Wittwe, ohne rechte aus der Ehe erzeugte Leibes-Erben, Todes verführe, solle derselben Erben das eingebrachte Heurath-Gut, und alle andere paraphernal-zugekommene und angestorbene Güter, wie nicht weniger die, so ihr in währender Ehe entweder von ihrem Gemahl, oder von andern, verehrt und geschenckt, oder auch sonst zugefallen seyn möchten, vollkommentlich von dessen Erben und Nachkommen erstattet werden.

Der Pfalzgraf starb auch vor seiner Gemahlin ohne Kinder; diese setzte darauf ihre beede Schwestern, die verwittwete Fürstin zu Oranien, und die Fürstin zu Anhalt-Dessau, zu Erben ein: Sie liesse sich auch von Kayser Leopold An. 1679. 24. Mart. ein Conservatorium geben. Vorgedachte ihre beede Schwestern und eingesetzte Erbinnen nun suchten die Abführung derer Ehe-Gelder, una cum interesse, an den Landes-Successorem, den Chur-Fürsten zu Pfalz; welcher sich aber nicht darauf erklärte. Sie fragten aber noch über dises bey Rechts-Gelehrten an: Quid Juris? und bekamen zur Antwort: Daß die Fürstliche Simmerische Erben die 60000. Rthl. Capital, una cum Interesse, von Zeit der Herzogin von Simmern Absterben, von Chur-Pfalz mit Recht zu fordern befugt, und sie sich allenfalls an die der verstorbenen Herzogin verschribene special-Hypothec zu halten berechtiget seyen.

Was in der Pfalz-Zweybrückischen Leibgedings-Verschreibung de An. 1545. von der Gemahlin Verlassenschafft enthalten ist? siehe in dem T. Famil. Staatsr.

In denen Pfalz-Zweybrück- und Jülchischen Ehe-Pacten de An. 1579. heißt es von der Summ, welche diese Pfalzgräfin auf den Fall bekommen sollte, da ihre ältere Schwester ihres Herrn Vaters Lande und Leute erbte: „Doch mit der Bescheidenheit, daß nach ihrem, Fräulein Magdalenen, tödtlichen Abgang, und ohne Hinterlassung einiger

niger ehlicher Leibes-Erben, Unſer freundlicher lieber Vetter, Schwager und Sohn, Pfalzgraf Johannes, Se. Lbden Lebelang die Abnutzung von ſolcher Summen Geldes haben, nach Sr. Lbden tödtlichen Abgang aber dieſelbige zurück- und auf ihre, Fräulein Magdalenen, nächſte Erben wieder fallen ſolle. „

Ferner gehöret diſes hieher:

Mercurii 9. Maji 1736.

Pfalz-Zweybrückiſche Succeßion, in ſpecie die von weyl. Herrn Herzogs zu Pfalz-Zweybrücken hinterlaſſener Wittib machende Prätenſionen betr.

Publicatur Reſolutio Cæſarea - - -

4. Wird ihr (der Gräfin von Hofmann,) hiermit auferlegt, an Ihro Kayſerliche Majeſtät eine juratam Specificationem von allem demjenigen, was ſie aus der Mobiliarverlaſſenſchafft des verſtorbenen Herrn Herzogs Guſtavs Samuels zu ſich genommen, in Zeit zweyer Monathe einzuſchicken, auch, was ſie davon in Handen hat, weder zu gebrauchen, noch ſonſten deterioriren, oder ab Handen kommen zu laſſen. ꝛ ꝛ ꝛ

8. Reſcribatur der verwittibten Frau Herzogin Carolinä, als Vormünderin des Herrn Herzogs zu Zweybrücken: ꝛ ꝛ ꝛ Alſo habe ſie, die Frau Herzogin, auch ein richtiges und vollſtändiges Inventarium von gedachten Herrn Herzogs Guſtav Samuels mobiliar-Verlaſſenſchafft, die in Zweybrücken ligt, wie ſich ſelbige bey Eröffnung der Sperr befunden und vor jezo noch vorhanden iſt, gleichfalls einzuſenden, auch nicht zuzulaſſen, daß die Mobilien daraus von Jemand gebraucht und dadurch abgenuzet werden: Hingegen ſeynd diejenige Dinge, welche ſich nicht halten laſſen, ſondern verderben würden, auf das wirthſchafftlichſte zu verkauffen, das erlöste Geld ad maſſam zu legen, und die Rechnung davon gleichfalls an Ihro Kayſerliche Majeſtät einzuſchicken: Die bey diſer Verlaſſenſchafft ligende Brieffſchafften aber, in Gegenwart eines von der Gräfin von Hofmann hierzu Deputirten, aus einander zu ſuchen, eine ordentliche Specification darüber zu errichten, und was an Brieffſchafften der Gräfin von Hoffmann zuſtändig iſt, ihr zu extradiren etc.

Die Diſpoſition der Pfalz-Zweybrückiſchen Ehe-Pacten de An. 1634. wegen der Gemahlin Verlaſſenſchafft vid *l. c.* „

Von der Zweybrückiſchen Leibgedings-Verſchreibung de An. 1658. ſiehe auch *l. c.*

Was An. 1707. zwiſchen dem König in Schweden, qua Pfalzgrafen zu Zweybrücken, und ſeinem Vetter Guſtav Samuel, wegen des Rückfalls des von jenem diſes ſeiner Gemahlin bezahlten Heurath-Guts, auf den Fall ſie ohne Leibes-Erben abſtürbe, bedungen worden ſeye? ſiehe *ibid.*

§. 50.

Braunſchweig.

Erneſtus, Dux *Brunsvicenſis* & Lüneburgenſis, (1) utriusque inclytæ Lineæ Parens communis, ultima voluntate, quæ pro Lege Statutoque Familiæ habebatur, caverat, ut Filiorum omnis eſſet ſucceſſio, non in avitis tantum, ſed & novis adquiſitis: Filiæ Dote contentæ eſſe jubentur. Wilhelmi, noviſſimi ex Filiis, Uxor, Dorothea, Chriſtiani III. Daniæ Regis Filia, Teſtamento condito etiam Filias Hæredes inſtituit, Regem Daniæ Executorem nominavit. Renunciaverat altera Filiarum etiam maternæ hæreditati, alteri avita ex Lege erat renunciandum. Quærebatur: an Teſtamento materno juvarentur Filiæ? Reſponſum fuit: Matri facultatem non fuiſſe condendi Teſtamentum, quo Pacto familiari præjudicaret. Tranſiiſſe enim eam in Familiam Mariti, obſtrictam ergo fuiſſe Familiæ Statutis. Executoris autem officium ceſſaturum, ubi nullum ſit Teſtamentum, Hæreditas nulla. . . (Reſponſum illud datum) à Joh. STUCKIO, inſigni Juriſconſulto, in Reſponſo, quod eſt *in Volumine Conſiliorum ordine primum*, ſæpe a nobis laudatum. Rationes allegatæ reſpondent Conſilii *numeris 72. 82. 77. 197. 511. 608.* In eodem Conſilio excerpta Teſtamenti Brunſvicenſis Ducis, cujus mentionem fecimus, leguntur.

Was Herzog Heinrich der Jüngere zu Braunſchweig wegen ſeiner zweyten Gemahlin, Prinzeßin Sophiä von Polen, Verlaſſenſchafft mit denen Königen Stephan und Sigmund III. in Polen für Streitigkeiten gehabt habe, iſt an unten (2) gemeldetem Ort zu leſen; deme ich diſe ungedruckte Reichs-Hofraths-Concluſa beyfüge:

7. Oct. 1647.

Pohlen contra Braunſchweig in puncto paraphernaliorum & hæreditatis; ſive nomine Sereniſſimi Poloniæ Regis Franciſcus Bibonius Reſidens de præs. 25. Nov. 1643. Exhibet proteſtationem ſolennem contra receſſum Goslarienſem, quantum concernit dictam prætenſionem, quod ille receſſus ſit omnino nullus, de jure inualidus & irritus, aliterque non cenſendus, ac ſi nunquam fuiſſet factus,

(1) Dn. de LUDOLF l. c. p. m. 86. n. 37.
(2) in den Hanover. Beyträg. 1759. S. 1026.

factus, verbumque Imperatorium Nicolspurgi Sereniſſimo Regi oretenus datum adhuc in integro ſit, adeoque etiam adhuc debeat conſervari, proteſtando inſuper de quibuscunque actibus in contrarium factis vel faciendis, relervando juris ſibi contra Duces Brunsuicenſes competentia vel competitura integra & illibata & petendo ut hæc proteſtatio Conſilii Imperialis Aulici protocollo judicialiter inſeratur, ſibique ratione exhibitionis factæ in forma Decreti Cæſarei atteſtatio authentica concedatur.

In eadem Sacra Cæſ. Majeſtas per Decretum de dato Pilſen 9. Septembr. & præſ. 3. Octobr. nechſthin, clementiſſime mandat über die von Hr. Franz Grafen zu Straßniz im Nahmen Ihrer Königl. Würden in Pohlen übergebenes memorial vnd Beylagen, Reichs-Hofraths gehorſambiſtes Gutachten vnverlengt zu überſchicken.

Idem Comes de pr. 9. Sept. petit, weilen dieſe Action in terminis meræ executionis beſtehe, durch des Herrn Gezentheils unnöthige tergiverſationes bis noch vnerörtert verblieben, vnd er deßwegen bewegliche Anregung zu thun gemeſſen inſtruirt ſeye, Ihr Kayſerl. Majeſt. wollen geruhen dero Reichs-Hof-Rath anzubefehlen, zu conſultiren, welcher geſtalt Ihr Königl. Würden in Pohlen dermalens der heilſamen bißhero verzögerten Juſtitien würcklich genußbar werden mögen. Apponit conſilium ſuum exhibitum, quum ultima vice ex Aula Cæſarea reuerſus eſſet. 2. Quietationem à Sereniſſimo Rege ratione actorum Brunsuicenſium 3. ratione eorundem quietationem ab Epiſcopo Culmenſi. 4. Specificationem der Schrifften zu Braunſchweigiſchen ſachen gehörig. 5. Conſilium Ducis Francini ſuper hac cauſa. 6. Conſilium ſuum ultimum de promovendo negotio Brunsvicenſi. 7. Capitulationem der Summen, auf welche die mandaten außgangen. 8. memoriale temporis.

Referuntur Acta.

8. Oct. 1647.

Pohlen contra Braunſchweig ꝛc.

Abſolvitur Relatio & Concluſum.

1. Fiat votum ad Suam Cæſ. Majeſtatem in quo deducatur ſtatus totius cauſæ.
2. Allegentur rationes, ob quas Goslarienſis Receſſus nihil impediat, quo minus Sereniſſimus Poloniæ Rex jura ſua hic in aula poſſit deducere.
3. Daß das von dem Magni allegirte Kayſerl. Decret de 20. Decembris anno 1631. weilen die ſach entzwiſchen in einen andern

ſtand gerathen, noch zur Zeit nit habe obſerviret werden können; Sondern

4. weilen immittelſt die Braunſchweig-Wolffenbüttelſiſche Liny abgangen vnd die Succeſſores, welche ad reaſſumendam cauſam citirt worden, ſich nicht pro hæredibus allodialibus, ſondern feudalibus ex pacto & providenta majorum erklären vndt mit dieſer Entſchuldigung exceptive einkommen, vndt ſolche Ihr Königl. Würden in Polen ſchon vorlengſt zue Handlung Ihrer gegennotturfft communicirt worden, ſo können Ihr Kayſerl. Majeſtät, ehe dann dieſe præjudicialis quæſtio erörtert, in der Hauptſach nit weiter fortkommen, ſie halten aber

5. dafür, daß aus dieſer ſachen ehender in der güte, (welche auch vormahlen ofters beliebt, ſelbſt vorgeſchlagen, vndt würcklich zwiſchen beyden Theilen vorgenommen worden,) nochmalen viel ſchleuniger, als durch den Weg Rechtens zu kommen ſey, bevorab weilen ſich die jezige Herzogen vermög des Goslariſchen Receſs zur gütlichen Handlung ſelbſt genaigt erzeigt haben. Im Fall nun Ihr Königl. Würden ſolche annehmliche gütliche Handlung annemblich, ſo wolten Ihr Kayſerl. Majeſtät den vorigen verordneten Commiſſariis Churbayern vnd Sachſen deßwegen von neuem Commiſſion auftragen, jedoch eines vnd andern Theils habenden rechten vnbeſchadet, Es auch unter wehrender Commiſſion Ihr Königl. Würden nichts deſto weniger mit Ihrer Gegenhandlung auf die Ihro communicirte exception ceſſionis limitatæ modernorum Ducum bey Ihr Kayſerl. Majeſtät einkommen, damit an dem Proceſs, da ſich die Güte zerſchlagen ſollte, gleichſamb nichts verabſäumt würde vnd dieſes möchte dem Grafen Magni pro prima Reſolutione per Decretum angedeutet werden, da er ſich aber zu keiner gütlichen Handlung vernehmen lieſſe, ſo wehre ihme

6. per aliud Decretum anzudeuten, weilen in dem Proceſs die Handlung bißhero bey Ihr Königl. Würden angeſtanden, vnd Ihr Kayſerl. Majeſtät offterwehnter Herzogen exceptiones ſine cauſæ cognitione nit vorbey gehen, noch vor deren Erörterung in der Hauptſach verfahren können, Als wollten Ihr Königl. Würden Ihre Antwort darauf nunmehr ſchleunig befürdern, vnd wann ſolche eingelangt, wollten alsdann Ihr Kayſerl. Majeſtät in der ſachen fürderlich ergehen laſſen, was recht iſt.

§. 51.

§. 51.

Der Herr von Ludolf berichtet ferner (1): Joachimi Erneſti, Anhalt. *Anhaltini* Principis, Vidua, Eleonora Würtembergica, poſt ſecundas Nuptias cum Georgio, Landgravio Haſſiæ Darmſt. Teſtamento Hæredes nominat Liberos prioris Matrimonii, ex quibus utræque Filiæ, altera Agnes Hedwigis, nupta primo Auguſto, Sax. Elect. deinde Johanni, Holſatiæ Duci, altera Dorothea Maria, Johannis, Ducis Saxo-Vinar. thori ſocia, more Gentis Hæreditati paternæ, fraternæ maternæque renunciaverant, interventu jurisjurandi, utræque etiam Matrem morte prævenerant. Dubitatum de Nepotibus ex Filiabus, an, qua in Teſtamento eſſent præteriti, ab inteſtato deberetur eis Hæreditas? An renunciatione Matris obligarentur? Negarunt hoc JCti Jenenſes & Lipſienſes, & deberi ab inteſtato Nepotibus Hæreditatem reſponderunt, communem tunc JCtorum Sententiam ſecuti; (Hæredes ſcil. non obligari renunciatione materna.) Contradixere Anhaltini, neque ex Teſtamento Hæredes fore Nepotes, quia ſit ruptum, neque ab inteſtato, obſiſtente renunciatione. Transactione controverſia ſopita fuit, & Nepotes ad Succeſſionem in ſtirpes admiſſi. - - - Valebat tunc ſententiæ communis auctoritas, de qua Conſiliarium quendam eximium tunc dixiſſe legi in Actis: Es würde bey manchem hohen Paciſcenten zu thun geben, daß man ihme die Subtilität diſer Chicane (quod mater ſcilicet, ſed non ejus liberi, pro excluſis eſſent habendi) beybringen könnte.

§. 52.

Eine Baden-Badiſche Abrede wegen der Gemahlin Verlaſſen- Baden. ſchafft de An. 1593. ſiehe im T Staater. *Tom. 21. p. 264*

Die Marckgrafin Sibylla Auguſta von B. Baden diſponirte An. 1703. und 1733. umſtändlich wegen ihrer hinterlaſſenden Herrſchafften in Böhmen ſo wohl, als auch wegen ihrer mobiliar-Verlaſſenſchafft: (2) Nachdeme ſie, vermöge derer Böhmiſchen Sazungen, den erforderlichen Landesherrlichen Conſens darzu erhalten hatte, machte ſie beſagte Herrſchafften zu einem Fideicommiß des Fürſtl. B. Badiſchen Mannsſtamms, und ſubſtituirte demſelben gewiſſe Perſonen aus dem Hauſe Bayern, welche aber noch vor dem Hauſe B. Baden abſturben:

Anno 1771. 7. Jun. wurde daher ein weiterer Vertrag deßwegen

(1) l. c. p. m. 81.
(2) ſ. mein Badiſch. Staatsr. S. 88. und 274.

zwiſchen dem lezten Marckgrafen zu B. Baden und ſeines Bruders Tochter errichtet.

Marckgraf Georg Friderich zu Baden-Durlach diſponirte An. 1615. Seiner erſten Gemahlin Verlaſſenſchafft ſolle unter ihre Prinzeßinnen vertheilet werden.

§. 53.

Heſſen. In dem Heßiſchen Stamm-Vertrag de An. 1568. heißt es: „Da aber der Mütterliche Anfall zu Zeit der Fräulen Verheurathens ſich noch nicht zugetragen, ſo ſollt derſelbige ihnen, den Fräulein, vorbehalten, und ſie deſſen, ſo bald er ſich begäbe, auch gewärtig ſeyn. „ Ferner: „Da aber auf diſen Fall Unſer oder Unſerer Erben und Nachkommen, Fürſten zu Heſſen, einer oder mehr mit Tod abgienge, und keine Leibs-Erben männliches Geſchlechts verlieſſe, ſondern ehlich gebohrene Fräulein zu Heſſen deſſelbigen Stamms und Linien noch vorhanden und im Leben wären, was dann denſelben, wann ihre Frau Mutter abgeſtorben, von wegen derſelben ihrer Frau Mutter zugebrachten und bezahlten Heurathsgeld, Wiederlag, Morgengab, auch hinterlaſſenen Geſchmucks, Kleidern, Kleinodern, Silber-Geſchirr, fahrender Haab, und dergleichen, vermacht oder gebührte, ſolches ſoll ihnen, ſo fern es in dem Fürſtenthum Heſſen, oder zugehörigen Grafſchaffen, und zu Nutz derſelben angelegt, und noch vorhanden, und der Mutter zuvor nicht wieder vergnüget, noch durch dieſelbe in die zweyte Ehe oder anderswohin verwendet, von den Nachfolgern, Fürſten zu Heſſen, unweigerlichen auch gefolgt und durch keinen Verzicht benommen werden. „

Der Landgräfin Eleonoren Catharinen zu Heſſen-Rheinfels Enckele, Herzog Ferdinand Albrechts I. zu Br. Bevern Kinder, machten An. 1713. an Heſſen-Rheinfels diſe Prætenſion: 1. Eingebrachte Fürſtl. Ehe-Gelder 4000. Rthlr. 2. Widerlags-Capital 4000. Rthlr. 3. Morgengabe-Capital 4000. Rthlr. Summa 12000. Rthlr. Diſe 12000. Rthlr. hätten von Rechts-wegen ſo fort nach Abſterben der Landgräfin, ſo den 3. Mart. 1692. erfolget, an dero Fürſtliche Erben ſollen abgeführet werden; nachdem es aber, alles Anmahnens ohnerachtet, bekannter maſſen, nicht geſchehen, und hochgedachte Erben diſes liquiden Capitals über 20. Jahr entrathen müſſen,; ſo wird nach aller Billigkeit das alterum tantum an Zinſen gerechnet, 12000. Rthlr. 4. Nachſtändige liquidirte Wittums-Gelder von des Rentmeiſters Rübekams Zeiten 12000. Rthlr. Hierauf könnte gleichfalls das alterum tantum an Zinſen prætendirt werden; man will aber vor der Hand ſelbige ausſezen 5. Nach der in den mehriſten Fürſtlichen Häuſern hergebrachten

brachten Obſervanz, die Wittums-Revenüen von dem Sterb-Jahr der Landgräfin, 3000. Rthlr. 6. Zuſchuß zu denen Begräbniß-Koſten 1000. Rthlr. Summa Capitals 29322. Rthlr. Noch iſt zu erinnern, daß in dem Fürſtlichen Wittums-Vergleich ſub dato Eſchwege den 20. Martii 1656. die Zinſe auf die Fürſtliche Ehe-Gelder bey währendem Wittum ausgeſezet werden; ſolche wollten von ohngefehr 35. Jahren jährlich à 200. Rthlr. eine Summa von 7000. Rthlr. ausmachen. Eodem Anno aber den 29. Jul. traffe Prinz Chriſtian zu Heſſen-Rheinfels mit Br. Bevern einen Vergleich.

Nach Abſterben des apanagirten Landgrafens Wilhelms Chriſtophs zu Heſſen-Bingenheim entſtunden unter anderem die Fragen: 1. Ob der Succeſſor in Apanagio von Rechts-wegen obligirt ſeye, des Defuncti Fräulein Töchtern, (da die maſſa Hæreditatis bey weitem nicht zulänglich ſeye,) das conſumirte mütterliche, aus dem Apanagio, oder ſeinen eigenen Mitteln, gut zu thun, um willen derſelbe die Heuraths-Pacta, (darinn ausdrücklich geſetzt, daß, wann der Vater ohne männliche Leibes-Erben verſterben würde, deſſen Erben das mütterliche erſtatten ſollten,) mit unterſchriben? oder: Ob es nur allein dahin zu verſtehen, daß die Erſezung aus der väterlichen Erb- und Verlaſſenſchafft, (von welcher, vigore Pactorum Familiæ, die Prinzeßinnen ohnedem ausgeſchloſſen ſeyen,) beſchehen ſollte; zumalen das Apanagium absque expreſſo conſenſu Agnatorum nicht könne beſchweret werden, ingleichem nicht præſumirlich ſeye, daß bey Ausfertigung ſothaner Heurathe-Pacten der nachmalige Succeſſor ſich die Rechnung nicht gemacht, daß der Bruder, neben denen ſtattlichen eigenen Mitteln, ſeiner Töchter mütterliches vor ſeinem Tod gänzlich conſumiren und nicht ſo vil hinterlaſſen werde, daß dieſelbe Satisfaction davon bekommen könnten; zu geſchweigen, daß einem Vater, ſonderlich Apanagiato, ſeinen Kindern und der Poſteritæt das ihrige zu entziehen, hingegen des Bruders hinterlaſſenen Töchtern zuzuwenden, unverantwortlich ſeye, und der ſelbſtredenden Billigkeit ſchnurſtracks zuwider lauffe, nicht weniger das ergriffene Beneficium Inventarii allerdings ohne Effect und Vortheil wäre; worzu endlich komme, daß der regierende Fürſt ſeinen Conſens nicht ertheilet, welches jedoch vor allen Dingen nöthig geweſen wäre, zumalen diſer (wann des Defuncti Bruder, als Proximus, nicht in dem Apanagio ſuccedirt hätte,) denen Töchtern eben ſo wohl den geringſten Heller nicht würde geſtanden haben. 2. Ob die von eines Fürſtenthums Landſchafft zu Ausſteurung des regierenden Herrn an ſeinen Vettern, (Principem Apanagiatum,) verheuratheten Prinzeßin bezahlte Gelder,

nach

nach ihrem Abſterben ohne Leibes-Erben auf jenen zurückfalle, oder diſer ſolche lucrire? Coccejus antwortete: (1) ad 1. Es ſeye dafür zu halten, daß die Erben, weil ſie cum beneficio Inventarii die Erbſchafft erhalten, nicht weiter, als nach deren Ertrag, den Abgang des Mütterlichen zu erſezen haben; ad 2. Diſer Frage Erörterung hange faſt an der vorigen, und, wann kein anderes paciſcirt oder hergebracht, falle das Heurath-Gut diſſfalls ohnzweiflich auf den Landes-Fürſten wieder zurück, und bleibe nicht bey dem Marito.

§. 54.

Holſtein. In denen Holſtein- und Däniſchen Ehe-Pacten de An. 1667. wurde beliebt: Wann die Herzogin nach ihres Gemahls Tod ſich wieder vermählen ſollte, ſolle ſo wohl die Morgengabe, als Wiederlage, an des Herzogs Haus zurückfallen. Im Fall die Prinzeſſin aus beeden Ehen Leibes-Erben gewönne, welche nach ihrem Tode im Leben wären, ſolle das Heurath-Gelt, und was ſie ſonſten mehr verlieſſe, auf die Kinder erſter und anderer Ehe zu gleichen Theilen und Portionen fallen. Sollte dann die Herzogin vor ihrem Gemahl und ohne Leibes-Erben, ſo in diſer Ehe erworben, mit Tod abgehen, ſolle der Herzog die vorgedachte Ehegelter und anderes Eingebrachtes, (da die Wittwe von ſolcher ihrer eigenen Haabſeeligkeit nicht teſtiret hätte, wie ſie ſonſten, auſſer dem Braut-Schatz, darunter zu thun Macht haben ſolle,) zu gebrauchen und Lebenslang zu genieſſen haben, doch alſobald nach der Gemahlin Tod ein richtiges Inventarium aller ihrer Verlaſſenſchafft extradiren und einſchicken; nach ſeinem, des Herzogs, Abſterben aber ſolle, bey Ermanglung Leibes-Erben, dem König, oder deſſen Erb-Succeſſoren an der Regierung, ſolch Heurath-Gelt, ſamt allen obgedachten Haabſeligkeiten, wieder heimfallen und folgen, und davor, biß zu völligem Abtrag, beſagtes Leibgeding-Schloß und Aemter, mit allen Pertinentien, verhypothecirt und verpfändet ſeyn, dergeſtalten, daß der König oder ſeine Erben jährlich 12000. Thlr. daraus, und von denen Nutzungen und Einkommen, ohne jemandes Hinderung, einnehmen ſollen und mögen, ſo lang, biß vorgedachtes Heurath-Gelt und andere Verlaſſenſchafft völlig vergnügt und wiederbezahlt. Wann aber die Wiederlage und Abſtattung mehrgedachter Ehe-Gelter geſchehe, ſolle der Herzog, und ſeine nachkommende Erben, dem König und deſſen Succeſſoren an der Regierung in der Statt E. oder, nach des Königs Gefallen, in der Statt K. (Kiel,) die Bezahlung richtig thun laſſen. Wann endlich der Herzogin mit dem Herzog erzeugende Leibes-Erben alle, oder etliche derſelben, des Herzogs und

(1) vid. ſeine Deduct. in cauſ. Illuſtr. p. 1066. ſeqq.

und seiner Gemahlin, oder doch der Herzogin, Tod erleben würden; alsdann sollen obberührte Heuraths-Gelter, und dann auch die Kleinodien, Silber-Geschirr, Baarschafften, und anderes, so die Herzogin ihrem Gemahl zugebracht, anererbt, oder verehrt, der Herzogin mit dem Herzog erzeugten Kindern erblich seyn und bleiben.

Nun truge sich zu, daß, als der Herzog starb, das von seiner Gemahlin, Innhalts der Ehestifftung, unter denen darinnen ernannten dreyen, erwählte Schloß noch nicht also aptirt und accommodirt ware, wie es nach Innhalt des Ehe-Recesses geschehen sollen, vilmehr ware es sehr baufällig, auch so gar das Dach nicht einmal in tauglichem oder einem solchen Stande, daß man darinnen überall hätte trocken seyn können; und ob schon die Wittwe wegen des Baues und Besserung vilmalige Erinnerung thun liesse, zumalen da sie öffters von ihren Anverwandten Visiten bekame, zu deren Accommodement, gestalten Sachen nach, keine Gelegenheit daselbst ware, so wurde doch das Bauwerck von einer Zeit zur andern verzögert, dahero endlich die Wittwe aus Ungedult und Noth solches Bauwerck aus eigenen Kosten thun lassen. Nach der Herzogin Tod ware von ihrem ältesten Prinzen, der schon verstorben ware, der Herzog Carl Friderich, so dann von der Herzogin noch ein Prinz und zwey Prinzeßinnen, vorhanden. Die Regierung nahme so gleich in des Herzogs Carl Friderichs Nahmen die Wittums-Aemter, oder Intraden, wieder an sich, in dem Schloß aber blieben der Herzogin Bediente, Meubles, und andere Verlassenschafft, und hatte die Erb-Prinzeßin zu Wolffenbüttel, ihre Frau Tochter, an der Frau Mutter premier-Ministre Commißion gegeben, daß er die Possession des Witthums und dessen Zubehör, ihr und den gesammten Erben zum Besten, so lange im Besitz behalten möge, biß die Theilung geschehen seye; gestalten dann auch so gleich nach Beerdigung der Herzogin eine Conferenz und Zusammenschickung allerseits Interessenten und Erben veranlasset wurde; es wurden auch die Güter und Sachen, so in dem Wittums-Schloß waren, inventirt und die Kleinodien und Jubelen durch verständige und erwählte Æstimatores in vier Theile, mit aller Interessenten Genehmhaltung, gesetzt, und jedes Stück in jedem Theil von deren Æstimatoribus werthiert: Als man aber darauf die würckliche Zutheilung vornehmen wollte, verlangten des Herzog Carl Friderichs Räthe 1. die 200000. Thaler Ehe-Gelder voraus, a) weil derselbe der einzige Stamm-Erbe des Herrn Vaters wäre, und in obigen Worten der Ehe-Pacten das Wort: Liebden in singulari, oder nur einmal, stünde, b) weil das dagegen vermachte Dotalitium excelliv und dem

Doti nicht egal wäre, c) weil billig und Rechtens seye, daß ein solches Dotalitium Dotem absorbire. 2. Prætendirten sie aus einem Statuto, so in denen Schleßwigischen Landen üblich wäre, von denen andern Erb-Gebühren zwey Portiones, und wollten denen Töchtern jeder nur Eine Portion lassen, sonderlich von denen Kleinodien und Juwelen, wann sie es gleich in denen anderen Kleinigkeiten nicht so genau suchen sollten; 3. meinten sie, daß vorgedachte Bau-Kosten nicht wieder gefordert werden könnten, weil unter der Herzogin Verlassenschafft sich ein Schreiben gefunden, darinn der älteste Sohn der Frau Mutter wegen dises Bauwercks gedanckt, woraus sie eine Donation zu inferiren vermeinten: Sie nahmen auch von denen Juwelen zwey Portiones de facto hinweg. Die andere Erben aber protestierten dagegen, und begehrten Restitutionem der Wittums-Aemter ad effectum Juris retinendi, konnten jedoch nichts erhalten, sondern es wurde ihrer jedem eine Quinta der Juwelen wider Willen ins Haus geschickt, mit dem Vermelden, daß es ipsorum periculo stehe, wann etwas davon verrückt werden sollte. Darauf wurde zu Tübingen angefragt: 1. Ob nicht der Herzog Carl Friderich zuforderist die Wittum-Aemter, als welche auch pro hypotheca hafften, den gesamnten Erben so lang in Besitz, auch den Genuß darinn der 12000. Thl. lassen, oder allenfalls restituiren müsse, biß denen andern Kindern und Mit-Erben, nach rechtmäßiger Theilung, ihre competirende Erbs-Portiones völlig vergnügt und abgefolget seyen, und was disen allenfalls für Remedia Juris diserwegen competiren? 2. Ob nicht so wohl die gedachte Ehe-Gelder, Juwelen und Kleinodien, als die übrige Dinge, pro numero Capitum succedentium Liberorum, in vier gleiche Theile getheilet und jedem ein vierter Theil zu gönnen und zu lassen seye? item: Ob unter solche Restituenda & Dividenda nicht auch die Morgengab- und Wiederlegurgs-Gelder, oder Zinsen, hoc in casu mit zu bringen und zu conferiren seyen? 3. Ob nicht auch die angewendete und vorgedachte Bau-Kosten den gesammten Erben gut gethan und pro partibus von dem regierenden Herrn, als alleinigen väterlichen Erben und Innhaber der gebauten Güter, erstattet werden müßten? Die JCti Tubingenses antworteten, (1) nach des Verfassers Art, ungemein weitläufftig, so daß es über 14. gedruckte Bogen ausmacht; ich will aber nur dises daraus anführen. Die 1ste Frage habe drey Membra, nemlich: a) ob der Landes-Successor nicht schuldig seye, die vinculo hypothecæ verhafftete Wittums-Aemter denen gesammten Cohæredibus so lang in Possession zu lassen,

oder

(1) vid. HARPPRECHTI Respons. 87.

oder ſolche an ſie zu reſtituiren, biß denen übrigen drey Mit-Erben um ihre geſammte Prætenſiones völlige Satisfaction gegeben ſeyn werde? Da der vorgelegte Caſus wohl nach dem Sächſiſchen Recht zu decidiren ſeyn dürffte, ſo könnte, hoc præſuppoſito, der Succeſſor wohl mit einem remedio poſſeſſorii judicii, ſeu retinendæ ſeu recuperandæ poſſeſſionis, conveniret und die Cohæredes dadurch auch der Poſſeſſionis facti theilhafftig werden, folglich die Wittums-Aemter Jure retentionis inne behalten: Sollte aber je das Jus commune obtiniren, ſo habe doch Hæres jus, poſſeſſionem rerum a Defuncto relictarum apprehendendi vel recuperandi: Ja wäre auch Poſſeſſio vacua geweſen, ſo ſeye doch eine ſolche eigenmächtige Præoccupatio in alterius injuriam pro vitioſa zu halten und tribuire keine Poſſeſſion, wie dann auch, wann jemand, jacente adhuc & nondum adita hæreditate, poſſeſſionem rei hæreditariæ ergreiffe, die Erben, nach angetrettener Erbſchafft, ex *L. ult. C. unde vi* gegen ihn agiren könnten. Woraus dann das dritte Membrum der erſten Quæſtion: Was nemlich allenfalls denen drey Cohæredibus für remedia Juris zukommen? zugleich ſeine Deciſion erhalte. Was dann das Membrum ſecundum anbelange: Ob die Cohæredes auch in dem Genuß der 12000. Rthl. gelaſſen werden müſſen, donec ipſis plena ſatisfactio præſtita fuerit? weil die Cohæredes an denen Ehe-Geldern ſo wohl Theil haben als der Landes-Succeſſor; ſo ſeyen ſie auch befugt, ſo lang diſer ihnen um ihre tres Quartas hæreditatis keine Verſicherung gebe, den Genuß der 12000. Thlr. zu ſuchen. Die 2te Frage habe wieder drey Membra; nemlich: 1. Ob die Ehe-Gelder und Pretioſa zwiſchen dem Landes-Succeſſore und denen Cohæredibus in gleiche Theile gehen ſollen? Reſp. Es ſeye billig dafür zu halten, die Verlaſſenſchafft müſſe in vier gleiche Theile gehen. Ob, 2tens, auch die Morgengab in vier Theile zu theilen ſeye? Reſp. Wollte man denen gemeinen Rechten nachgehen, ſo erbten alle Kinder gleich; wolle man aber nach der Analogie der Diſpoſition derer Ehe-Pacten ſchlieſſen, wie es gehalten werden ſolle, wann aus mehreren Ehen Kinder vorhanden ſeyen? ſo lauffe es wieder darauf hinaus. Das 3te Membrum der 2ten Frage, oder die Wiederlage, anlangend, ſo wären zwar die Cohæredes zu denen von der Wittwe Lebzeiten her etwa noch reſtirenden Intereſſen daraus pro rato berechtigt, auf das Capital ſelbſt aber können ſie keine Anſprach machen. ad 3. Die Reſuſion der Bau-Koſten betreffend: Es könnten diſe Bau-Koſten Actione, ſi non Mandati, ſaltem negotiorum geſtorum, pro tribus Quartis repetirt werden.

In denen Holstein- und Schwedischen Ehe-Pacten de An. 1698. lautet der §. 12. „Es behalten auch alsdann so wohl, als jetzo, J. K. Hoheit und Lbden die freye Disposition über die ausser dem Braut-Schatz von J. K. M. zu Schweden, an statt der Aussteuer und Paraphernalien, Ihro mitgegebene 50000. Rthl. = = = oder was J. K. Hoheit und Lbd. davor gekaufft und erworben hätten, ingleichen über alle ihr mitgebrachtes Eigenthum, und was Ihr sonsten durch Beschenckung oder Vermächtniß weiter zufallen möchte, welches alles so wohl nach erkaufften Paraphernalien davon übrig seyn möchte, da sie ohne Leibes-Erben abgehen würde, an Dero nächste Erben verfallen, so fern Ihro Kön. Hoheit und Liebden dißfalls nicht andere Verordnung durch Testament oder Verschenckung gemacht hätten; wie Sie dann deßfalls nach Belieben damit zu thun und zu lassen Macht hat. = = 21. Und da Ihro Königl. Hoheit und Liebden mit Uns Leibes-Erben gewönnen, die nach Ihrem Tode im Leben wären, sollen besagte beyde Haupt-Summen (des Heurath-Guts und Morgengabe,) und was Sie sonsten mehr verliesse, (im Fall sie sich zum 2tenmal vermählet hätte,) auf die Kinder der ersten und anderen Ehe zu gleichen Theilen und Portionen fallen. = = 24. Und ob sichs begäbe, daß J. K. Hoheit und Lbden, nach Ihrem Christlichen Beylager, vor Uns, Herzog Friderich, als Ihrem Ehe-Gemahl, ohne Leibes-Erben, die Wir miteinander erworben hätten, = = = mit Tode abgehen würde; so sollen Wir die vorgemeldte 100000. Rthlr. eingebrachten Braut-Schatzes, wie auch Silber-Geschirre, Kleinodien, Baarschafft, und anderes zugebrachtes Gut, da Ihro Kön. Hoheit und Lbden von solcher Ihrer eigener Haabseligkeit nicht testiret hätten, (das Ihro Kön. Hoheit und Lbden, ausser dem Capitale besagten Braut-Schatzes, zu thun Macht haben soll,) Unser Lebenlang zu gebrauchen und zu geniessen haben, also fort aber nach J. K. H. und Lbden tödtlichem Hintritt ein richtiges Inventarium aller Ihrer verlassenen und überblibenen Haabseligkeit, es sey an Kleinodien, Silber-Geschirr und andern Mobilien, wie die Nahmen haben mögen, an J. K. Maj. zu Schweden getreulich und ohne Gefährde extradiren und überschicken. 25. Nach Unser, Herzog Friderichs zu Holstein, Absterben sollen, bey Ermangelung Leibes-Erben, Uns Carln, der Schweden, Gothen und Wenden König, und Unsern Königlichen Erb-Successoren am Reich, solche 100000. Rthl. in specie, die Wir Unserer freundlich-geliebten Prinzeßin Schwester zum Braut-Schatz mitgeben, und worüber Sie nicht disponiren kan, samt aller andern deroselben verlassenen überblibenen Haabseligkeit, so weit J. K. H. und Lbden darüber nicht disponiret hätten,

hätten, wiederum heimfallen und folgen, dafür auch, biß zum völligen Abtrag, Uns, König Carln, und Unſern Erben, beſagtes Leib-Gut, Schloß, Aemter und Güter, mit allen Pertinentien, auf Maas und Weiſe, wie es hieoben verglichen worden, verhypotheciret und verpfändet ſeyn; dergeſtalt, daß Wir, oder Unſere Erben, jährlich 5000. Thlr. als die Zinſen obgedachten Capitals, daraus und von denen Nutzungen und Einkommen, ohne jemands Verhinderung einnehmen ſollen und mögen, ſo lange, biß Uns und Unſern Erben des obgemeldten Braut-Schatzes und übrigen Verlaſſenſchafft völlige Vergnügung und Bezahlung geſchehen iſt. 26. Wann aber die Wiedererſtattung ſolcher 100000. Rthlr. in ſpecie erwehnten Braut-Schatzes Gelder geſchiehet; ſo ſollen Wir, Herzog Friderich zu Schleswig-Holſten, und Unſere Nachkommen und Erben, J. K. M. zu Schweden und Dero Königlichen Erb-Succeſſoren am Reich, in Hamburg die Bezahlung ohne Mangel richtig thun laſſen. Wäre es nun Sache, daß J. K. Hoheit und Liebden mit Uns, Herzog Friderich zu Schleßwig-Holſtein, Leibes-Erben gewönne, die bey Unſerer beyder, oder Ihrer, der Prinzeßin, Leben, auch ohne Erben Ihres Geblüts mit Tode abgiengen und verſtürben; alsdann ſoll es mit dem Wiederfall des Braut-Schatzes und anderem gehalten werden, wie nächſt vorher gemeldet iſt. 28. Wann aber ſolche von Uns beyden erworbene Leibes-Erben alle, oder einige derſelben, entweder nach Unſer beyden, oder J. K. H. und Liebden, Tod verbleiben würden, ſollen obberegte 100000. Reichs-Thaler, in ſpecie die Braut-Schatz-Gelder, und die annoch vorhandene Kleinodien, Silber-Geſchirr, Baarſchafft und anders, ſo J. K. H. Uns, Herzog Friderich, zugebracht, oder Ihr ſonſten angehören und verehrt ſeyn möchte, Uns, Herzog Friderich, und mit Ihr K. H. und Liebden gezeugeten Leibes-Erben, erblich ſeyn und bleiben. „ Noch mehreres, ſo in diſen Holſtein- und Schwediſchen Ehe-Pacten wegen der Gemahlin Verlaſſenſchafft enthalten iſt, ſihe im T. Staator. *Tom. 21. p. 284.*

§. 55.

In denen Mecklenburg- und Sächſiſchen Ehe-Pacten de An. 1702. heißt es: „Iſt abgeredet und verglichen, daß, wenn Wir, Herzog Adolph Friderich, Unſerer künfftigen Gemahlin, Prinzeßin Johannen, Herzogin zu Sachſen, ꝛc. Lbden tödtlichen Hintritt erleben würden, und keine von Uns beyden erzeugte Fürſtl. Kinder obhanden, alsdann die 20000. Thlr. Heurath-Guth, ſamt der Morgen-Gabe, Kleidern, Kleinodien, Geſchmuck und Silber-Geſchirr, auch was Ihr Lbden mehr zu Uns bracht, Sie ſelbſt geſchafft, Ihr gegeben, geſchencket, und Mecklenburg.

durch Vermächtniſſe, oder andere Weiſe, zukommen, wie daſſelbe Nahmen haben mag, zwar Sr. Lbd. auf ihre Lebens-Zeit, doch nach Errichtung eines zuverläßigen Verzeichniſſes und Inventarii, gegen genugſame Verſicherung, zu gebrauchen, innen gelaſſen, auf dero tödtlichen Abgang aber an Uns, Herzog Friderichen, und Unſere in der Regierung ſucceditende Deſcendenten und Nachkommen, oder, nach Beſchaffenheit der Fälle, was ſonderlich die Stücke auſſer dem Fürſtl. Heyraths-Gute betrifft, auf dero übrige Fürſtl. Bluts-Verwandten und Erben, zurückfallen, und in dem jetzigen Valor der Münze, wie ſie von Uns bezahlet worden, ohne alle Reduction, wieder erſtattet werden ſollen: Es wäre denn, daß der Prinzeßin Liebden wegen der Morgengabe, Kleider, Kleinodien und übrigen Verlaſſenſchafft, wie dieſelbige genennet werden mag, durch ein zu Recht gültiges Teſtament, andere Diſpoſition gemachet, welchem ſo denn billig nachzuleben wäre. Da aber bey ſolchem Unſerer künfftigen Gemahlin Liebden Abſterben von Uns beyden erzielte Fürſtliche Kinder am Leben; ſo bleibet es wegen deren Beerbung bey denen gewöhnlichen Rechten, und ſoll, wenn Wir bey Ihrem, der Kinder, Leben zur andern Ehe ſchreiten würden, ſothanen mit der Prinzeßin Liebden erzeugten Fürſtlichen Kindern, das zugebrachte Heurath-Gut und übrige Paraphernalia, wie ſie ſich zur Zeit des Abſterbens befinden werden, alleine zufallen; gleichwie die Wiederlage und Wittums-Verbeſſerung den Fürſtlichen Landes-Succeſſoren auf ſolchen Fall ebenmäßig verbleibet. = = = Würde auch Prinzeßin Johanna mit Ihrem anderen Gemahl Kinder zeugen, die nach Ihrem Tode im Leben wären; ſo fället alsdann das Heurath-Gut der 20000. Thaler, ſamt übriger Verlaſſenſchafft, auf Ihre Kinder erſter und anderer Ehe zugleich, die Wiederlags-Gelder aber an Unſere, Herzogs Adolph Friderichs, Erben und Succeſſores alleine, und ſoll die der Verzinſung halber ausgeſtellte Caution alsdann caßirt und erloſchen ſeyn. „ Von dem Fall aber, da ſie als Wittib ſtürbe, lautet es, daß „die darinn (in dem Wittum) befindliche und hingebrachte Mobilia, = = jedoch mit Ausnahm des zum Wittum eigentlich gehörigen Inventarii, wie nicht weniger die Morgengabs-Gelder, und alle ihre übrige Verlaſſenſchafft, was ſie nicht in Ihrem Leben verſchencket, vermachet, oder verteſtieret, (gleichwie Sie, auſſer dem Heurath-Gut, zu thun befugt iſt,) ihren ehlichen Leibes-Erben, oder, in deren Ermanglung, an Uns, Herzog Friderichen, und Unſere Nachkommen, oder andere Ihre nächſte Erben, heimfallen. „

Nach diſer Herzogin Anno 1704. ohne hinterlaſſene Kinder erfolgtem Abſterben wurde den 25. Nov. wegen der Verlaſſenſchafft reſpecti-

respective Ausliferung, Versicherung des Rückfalls, Genusses der Heurathsgelder, und sonsten, ein Vergleich getroffen.

Aus Gelegenheit Landgraf Wilhelm Christophs zu Hessen-Bingenheim an den Herzog Friderich zu Mecklenburg-Grabau vermählten Prinzeßin, Christinä Wilhelminä, und ihrer Schwester, wurde gefragt: Ob das von eines Fürstenthums Landschafft des Principis apanagiati verheuratheten Prinzeßin bezahlte Heurath-Gut, nach ihrem Absterben ohne Leibes-Erben, auf den Vater, oder, nach dessen Tod, seinen Söhnen, oder auf den regierenden Landes-Herrn, zurückfalle? Es wurde geantwortet (1): Daß ein solches Heurath-Gut einer Prinzeßin nach dero Absterben, daferne nicht in specie ein anderes stipulirt, oder bey dem Fürstlichen Hause Herkommens seye, nach gemeinen Rechten alleine den nächsten Erben, nemlich Eltern und Brüdern, gebühre.

§. 56.

In dem Würtembergischen Stamm-Vertrag de An. 1617. liset man: Daß, wann Söhne und Töchter vorhanden wären, jene auch die vom Vater erheurathete Güter, ligend und fahrend, zu sich nehmen sollen; wo aber allein Töchtern, auf den Fall aber auch angefallene oder zugebrachte mütterliche Güter, ligend oder fahrend, vorhanden seyn würden, seye es mit denselben nicht unbillig nach Ausweis der gemeinen beschribenen Kayserlichen Rechte zu halten. Würtemberg.

In Herzog Eberhards III. Ehe-Pacten und Witthums-Verschreibung de An. 1656. mit und gegen seiner zweyten Gemahlin, der Gräfin von Oettingen, wurde beliebt: „Ob sich auch begäbe, daß vilgemelter Unser lieben Gemahlin, Frau Maria Dorothea Sophia, Lbden, nach Ihro Lbd. ehlichen Beylager, vor Uns, Herzog Eberharden, ꝛc. ohne Leibes-Erben, die Wir mit einander erzeugt, mit Tod abgienge, alsdann solle von Ihr Lbden Silber-Geschirr, Baarschafft, Geschmuck, Kleider, Ketten, Kleinodien und aller anderer Verlassenschafft, an Heurath-Gut, und sonsten, wie die Nahmen haben möchten, so sie zu Uns gebracht, oder in währender Ehe erzeugt, oder Ihr geschenckt, oder sonsten zugehörig wären, Uns, Joachim Ernsten, Grafen zu Oettingen, ꝛc. und Unsern Erben, ein Inventariums-Zedel übergeben werden; bey welchem allem Wir, Herzog Eberhard zu Würtemberg, ꝛc. Unser Lebelang den Besitz und Gebrauch haben; hernacher aber und auf Unser, Herzog Eberhards, Tod solle alles das, was Uns Ihr Lbd. an Heurath-Gut, und allem andern, nichts ausgeschiden, zugebracht, an Uns, Joachim Ernsten, Grafen zu Oettingen, ꝛc. und Unsere Erben, Unsers Stam-

(1) vid. Cocceji Deduct. in cauſ. Illuſtr. p. 1067.

Stammens gebohren, oder auch, ſo die nicht wären, ſonſten Frau Mariä Dorotheä Sophiä nächſte Erben, gefallen ſeyn und folgen. Was aber Ihr Lbden von Uns, Herzog Eberharden, ꝛc. Unſerer Landſchafft, oder ſonſten Unſerem Fürſtlichen Hauſe Würtemberg Zugewandten, und ſonderlichen der Landſchafft, geſchenckt auf dem Fürſtlichen Beylager, ſoll auch hinwiederum Uns, Herzog Eberharden und Unſern Erben, allein bleiben und gelaſſen werden: Und da alsdann noch etwas übrig, welches da weder von Unſerm, Herzog Eberhards, Fürſtlichem, oder auch dem Gräflich Oettingiſchen, Hauſe herkommt, ſondern ſonſten von andern bey der Hochzeit, oder ſonſten, geſchenckt, acquirirt oder erworben, daſſelbe ſolle in zwey gleiche Theile getheilet werden, davon die Helffte Uns, Herzog Eberharden, ꝛc. und Unſern nächſten Erben, die andere aber des Fräuleins nächſten Erben und dem Oettingiſchen Haus, abgefolget werden ſolle. Es hafftet auch Uns, Joachim Ernſten, Grafen zu Oettingen, Unſern Erben, oder, da die nicht wären, den nächſten gedachten Fräulins Erben, die benannte Schloß, Stadt und Amt Brackenheim, mit allen Obrigkeiten und Zugehörungen, vor ſolches alles unterpfändlich, alſo daß Wir auf Unſer, Herzogs zu Würtemberg, ꝛc. Abſterben, jedes Jahrs daraus und davon, ohne jemands Verhinderung, 200. Gulden zu Zinß von 4000. Gulden Heurath-Gut, einnehmen und aufheben ſollen und mögen, ſo lange Wir gedachtes Heuraths-Guts, und anders, Innhalt diſer Verſchreibung und des Inventariums, Bezahlung und Ausrichtung nicht erlangen; darauf auch alle Amtleut, Vögt und Unterthanen deroſelben Haus, Statt und Amt, was deren zum Wittum gehört, in Krafft Ihrer zum Wittum ohne das gethaner und hierüber verſtandener Pflichten, ſchuldig ſeyn ſollen, Ihr Lbden Erben mit 200. Gulden jährlicher Nutzung gehorſam und gewärtig zu ſeyn, ſo lang und biß Unſerer freundlich lieben Tochter, Fr. Mariä Dorotheä Sophiä, nächſte Erben des Heurath-Guts und anders Wiederfalls Vergnügung geſchehe. Wäre es aber Sache, daß Unſer, Herzog Eberhards zu Würtemberg, ꝛc. künfftige liebe Gemahlin, Fräulein Maria Dorothea Sophia, ꝛc. mit Uns Leibs-Erben gewonnen, die da bey Ihr Lbden Lebzeiten auch ohne ehliche Leibs-Erben Ihres Geblüts mit Tode abgiengen und verſtürben, alsdann ſoll es mit dem Wiederfall des Heurath-Guts und anderm gehalten werden, was jetzt nächſt vorgemeldet iſt. Wo aber ſolche mit genannter Unſerer künfftigen geliebten Gemahlin, Fr. Maria Dorothea Sophia, erzeugte Leibes-Erben, auch hinfüro derſelben ehliche Erben, von Unſer beeder Geblüt gebohren, alle oder eines Theils, Unſerer beeden, oder Unſers künfftigen Gemahls, Tod erle-

erleben würden, alsdann solle solch Heurath-Guts Wiederlegung und anders auf Sie vererbt seyn, unangesehen ob dieselbe Erben über kurz oder lang hernacher versterben würden; doch sollen Wir auf solchen Fall die Abnuzung und Gebrauch die Zeit Unsers Lebens ungehindert daran haben und behalten. In allweg aber, da die Fräulein Maria Dorothea Sophia, ꝛc. nach Annehmung Ihrer Lbden Wittums Schulden gemacht hätten, und unbezahlt hinterliessen, sollen Ihr Lbden nächste Erben und Wir, Herzog Eberhard zu Würtemberg, ꝛc. oder Unsere Erben und Nachkommen nach Uns, ein jedweder pro rata seines Empfangs, dieselben, wie oben stehet, abtragen, zahlen und gelten. Fügte aber die Schickung GOttes, daß hingegen Wir, Herzog Eberhard zu Würtemberg, vor Unserer künfftigen lieben Gemahlin verfielen, ⁎ ⁎ (solle) nach Ihrer Lbden Tod (der Wittum) den nächsten Wiederfalls-Erben für die 4000. Gulden Heurath-Guts so lang, biß dieselbe ermeldten Ihrer Lbden nächsten Erben ausgericht und bezahlt, verhafftet seyn und bleiben; ⁎ ⁎ Wie dann die Heuraths-Abredung und Verschreibung, deßhalben aufgericht, das weitere vermögen.„

Anno 1698. starb diſe Herzog Eberhards III. Wittwe, Maria Dorothea Sophia, da dann deren Erben an das regierende Haus forderten: 1. Das rückfällige Heurath-Gut. Das regierende Haus excipirte: Es könne sich so lang zu dessen Restitution nicht verstehen, biß die realis illatio probiret worden seye. 2tens forderten der Wittwe Erben 16000. fl. Widerlag. Das regierende Haus antwortete: Es seye hier nicht die Frage: Ob Herzog Eberhard seiner Frau Gemahlin versprochenes, wiewohl nicht eingebrachtes, Heurath-Gut der 4000. fl. vierfach, und also mit 16000. fl. widerlegen, ja diſe 16000. fl. Widerlag per Codicillum annoch mit 26000. fl. erhöhen und das jährliche Leibgeding damit, ohne die Morgengab, biß ad 4600. fl. erhöhen können? dann diſes habe man (wiewohl ohne Präiudiz des Fürstl. Hauſes,) ipſo facto also paßieren und den Fürstl. Wittum über 23. Jahr darnach berechnen lassen; sondern diſes seye die Frage: Ob, nach Absterben der Wittwe, deren Erben, sub nomine der Widerlag, cessante Dotalitio, über alles genossene, noch darzu 16000. fl. sollen herausgegeben werden? und da seye das regierende Haus dergleichen weder de Jure noch Pacto schuldig; wie dann auch weder in denen Heuraths-Pacten, noch Wittums-Verschreibung, noch dem Eberhardiniſchen Codicill, des lucri Antiphernæ gedacht seye. etc. 3tens hatte der Herr Herzog Eberhard III. paciſcirt, daß an dem jährlichen Leibgeding à 5000. fl. der Aymer Wein, nach Herren-Gült gerechnet, nur mit 3. fl. und die Frucht, zum

Rauen gerechnet, der Scheffel nur mit 30. Kr. an dem Wittums-Quanto abgerechnet werden ſolte. Da entſtunde nun ſchon bey der Wittwe Leben die Frage: Wie vil Naturalien, und nach was für einer Proportion, auf diſen Fuß gelifert werden ſollten? weil keine Quota von jeder Specie weder in denen Ehe-Pacten, noch Wittums-Verſchreibung, noch des Herzogs Teſtament oder Codicill, ausgeworffen ware. Die Wittwe provocirte auf ein altes Anſchlags-Regiſter de An. 1609. wogegen das regierende Haus einwandte: Solches ſeye der Herzogin Barbaren Sophien nicht taxationis & ſolutionis, ſondern allein demonſtrationis & aſſecurationis, cauſa gemacht, ihro hingegen nie kein Anſchlag über den Wittums-Ort gemacht noch extradirt worden; doch ſeynd ihr die Naturalien in obigem Preiß gelifert worden, da ſie den vor 3. fl. empfangenen Wein wieder um 30. biß 80. fl. verkaufft, daher das regierende Haus nach ihrem Tod excipirte, daß es gar zu ſehr lædirt würde, wann man Geld, Frucht und Wein, jedes ⅓. und zwar die letztere in beſagtem Anſchlag, oder gar, prætendirter maſſen, allemal an ſtatt 5000. fl. 1590. fl. an Geld, 621. Aymer Wein und 3094. Scheffel rauer Früchten zahlen ſollte; man ſollte forderiſt einen richtigen Calculum ziehen, was die Frau Wittwe an Geld, Frucht und Wein empfangen habe, und, wann man die paßierte ſchwere Kriegs-Zeiten, den Mißwachs an Wein und Frucht, auch Herzog Wilhelm Ludwigs modificirte Agnition des Eberhardiniſchen Codicills, und Ausnahm der Caſuum inopinatorum & fortuitorum, darzu nehme; ſo werde kein Unpartheyiſcher dem regierenden Haus mehr zumuthen, ſondern vilmehr das bißhero geliferte, da nach dem Tod noch mehr als 650. Aymer Wein vorräthig geweſen, für ganz übermäßig anſehen, indeme das nicht einmal eingebrachte Heurath-Gut zehenfach und darüber widerlegt und das Intereſſe auf 10. per Centum geſetzt worden, und nun wolle der geringe Anſchlag, deſſen die Ehe-Pacten gedencken, præter Literam, auch auf das augmentum Codicillare gezogen, und ſtatt der bey Lebzeiten Herzog Eberhards in Geld empfangenen 400. fl. Morgengabs-Gelder, an Geld 133. fl. 20. Kr. an Frucht 267. Schl. und an Wein über 44. Aymer prætendiret werden. etc. 4tens hatte Herzog Eberhard ſeiner Gemahlin, neben dem Genuß des ganzen Amts Sachſenheim, und dem ſtarcken Wittum an Frucht, Geld und Wein, auch noch einige Stücke ohne Aufrechnung und pro præcipuo zugehen laſſen, als: Buſſen, Frevel, Frohn-Dienſt, Fiſch-Waſſer, Vögel, kleines Weidwerck, und mehr andere dergleichen unbeſtändige Nutzungen; unter diſe wollte ſie nachhero auch den Zoll ziehen, und hohlte deßwegen zu Tübingen ein Conſilium ein, welches

ches ihro es abgeſprochen; wie ſie dann auch nichts davon erhalten. Nach ihrem Tod aber machte die Tochter diſe Prætenſion wieder rege. Das regierende Haus aber excipirte: In denen Ehe-Pacten ſeye in einer Parentheſi vermeldet, was der Wittib unaufgerechnet pro præcipuo gelaſſen werden ſolle, des Zolls aber ſeye darinnen nicht gedacht; welcher doch, als ein ſo nahmhaffter Poſt, der die ganze in denen Ehe-Pacten geſetzte Wittums-Summ übertroffen hätte, maſſen er circa An. 1609. 3. biß 5000. fl. getragen, eher als ein geringer, ausdrücklich hätte gemeldet werden ſollen. etc. 5. Prætendirte die Tochter die Maleſitz-Straffen, Confiſcationen und bona vacantia: Das regierende Haus aber bezoge ſich auf das, was es ad punctum 4. geantwortet. 6tens prætendirte die Herzogin zu S. Eiſenach einen Abtrag vor die Meliorationes und neu-acquirirte privat-Güter. Das regierende Haus antwortete: Man ſolle ſie ſpecificiren und liquidiren, auch habe man diſſeits Deteriorationes anzugeben. 7dens wurden die Nutzungen ultimi Anni zu Sachſenheim pro rato verlangt; da nun à tempore Donationis biß auf den Tod der Wittwe zu Compl rung des 42ſten Jahres nur noch 2. Monate mangleten, und die Wittwe das Dominium utile Statt und Amts Sachſenheim bis in ihren Tod gehabt, ſo gebühreten ihr, ad exemplum illius, qui rem ad dies vitæ ſuæ emit, die fructus pendentes naturales ſo wohl, als die civiles, quorum dies ante mortem Viduæ nondum ceſſit, pro rata. Das regierende Haus aber verſetzte: Die Wittwe ſeye mehr nicht als Uſufructuaria geweſen; wie ſie dann keinen effectum Dominii, Alienationis, Oppignorationis, &c. gehabt, noch, weil es ein pars integrans Ducatus ſeye, haben können; folglich ſeye die Sache nach denen Rechten des uſusfructus zu decidiren, &c. Von der 9ten Prætenſion, wegen Zahlung des Deputats der verſtorbenen Prinzen biß auf ihren Geburts-Tag, iſt anderwärts geredet worden; ſo auch von der 10den, wegen geforderter 1500. fl. entgangener Intereſſen. 11tens verlangte die Herzogin zu S. Eiſenach: Das regierende Haus ſollte die Begräbniß-Koſten der Wittwe und ihrer Prinzen tragen: Was nun diſe letztere betrifft, ſo iſt im T. Staatsr. *Tom. 14 p. 490.* davon geredet worden; wegen jener aber wurde angeführt: Es ſeye bey den Fürſtlichen Häuſern in Teutſchland eine general-Obſervanz, daß eines regierenden Herrn Wittwe auf des regierenden Hauſes Koſten begraben werde, wie dann ſolche Obſervanz auch bey dem Hauſe Würtemberg ſeye, etc. Es wurden aber von dem regierenden Hauſe eben die Gegen-Gründe gebraucht, und eben die Antworten ertheilt, wie wir anderwärts

von denen apanagirten Prinzen gehört, mit dem Anhang: Es seye nicht dargethan, daß solche Fürstliche Wittwen nicht von dem ihrigen, oder ihrer Erben, beygesetzt worden seyen. Indens verlangte das regierende Haus, der Wittwe Erben sollten die Schäferey, Melckerey, Meyereyen und Kellerey zu Sachsenheim in dem Stand restituiren, wie die Herzogin solche angetretten; ihre Tochter aber wollte nicht darzu gehalten seyn. Das regierende Haus machte ferner an der Wittwe Erbin diſe Reprætensiones: 1. Daß, wegen Sachsenheim wieder so vil Rind-Vieh, Schaaffe, Früchten und Wein, restituiret werden, als die Wittwe allda angetretten; 2. verschidene Reparationes, so die Wittwe übernehmen sollen, aber von der Fürstl. Rent-Cammer bezahlt worden; 3. die vorgeschossene Begräbniß-Kosten; 4. die Ersezung des aufgebürdeten Abgangs an Wein, deßgleichen des Weinfuhrlohns, so man, in Ermanglung der Frohnen, auch zu Ueberführung desjenigen Weins, der aus dem Wittum anderwertshin verkaufft, oder ausgezapft worden, baar bezahlen müssen; 5. die Zurückgebung der unternommenen Confiscationen, & bonorum vacantium; 6. die Helffte der von der Wittib hinterlassenen Fahrnus; 7. eventualiter die exacte Vergleichung der auf das erste Wittums-Jahr avancirten Wein und Früchten.

Vil mehreres davon siehe in dem Teutsch. Staatsrecht.

Was Herzog Carl Alexander An. 1737. wegen seiner Gemahlin Verlassenschafft disponiret hat, siehe im T. Staatsr. *Tom. 21. p. 324.* Auch ordnete er, daß „bey Einrichtung derer Heurats-Pacten darauf jederzeit gesehen und die Sach dahin eingeleitet werden (solle,) daß, wann eine Fürstliche Wittib den Wittib-Stuhl nicht verrücken, sondern vom regierenden Haus ihren Wittum begehrt und erhalten haben würde, deren zugebrachtes Heurath-Gut so dann dem Haus heimfallen und solcher Erben nicht wieder erstattet werden solle.„

§. 57.

Hohenzollern.

In der Hohenzollerischen Erb-Einigung de An. 1575. heißt es: „Und ob gleichwol bey denen Grafen von Zollern, auch deroselben alten Erb-Ordnungen und Einung, herkommen, daß die Töchtern, nach Vergnügung ihres Heurath-Guts, sich ungezwungen und mit gutem Willen desselben folgender Gestalt verziehen, nehmlich solches ihr Heurath-Gut, (wann sie ohne Leibes-Erben in GOtt verscheiden,) ihrem Herrn Vatern, Brudern, Vettern, und also ihren nächsten Agnaten, lieber, dann andern Freunden oder Fremden, zu vermachen und zu verschaffen; jedoch, damit hinfüran die Freyheit letzten Willens obgedachter

ter Frauen mehrer nicht, dann die gemeine geſchribene Kayſerliche Rechte zulaſſen, abgeſchnitten noch benommen werde, ſoll ihnen ſolch ihr Heurath-Gut durch Aufrichtung eines rechtmäßigen letzten Willens, ihrem Gemahl oder Andern ihres Gefallens zu verſchaffen und zu verteſtiren, zugelaſſen ſeyn, auch in dem obbeſagten Kayſerlichen Rechten, (jedoch mit hernachfolgender Beſcheidenheit) nachgegangen werden, alſo und dergeſtalt, da eine gebohrne von Zollern ihren Eltern, Geſchwiſtrigten, oder nächſten Freunden ihres Namens und Stammens, dannenhero es ihr kommen, auf berührten Fall mit ſolchem Heurath-Gut vor Andern allen bedencken und denſelben gönnen wollte, daß, wann eine, nach genugſamer Erinnerung und Ermahnung, daß ſolch ihr Heurath-Gut ihr eigen ſeye, und ſie damit thun möge, oder verſchaffen, was ſie wolle ꝛc. und, nach ſolcher Erinnerung, demnächſt noch eine ſolche kindliche, ſchweſterliche und freundliche Zuneigung hätt, denſelben alten Erb-Ordnungen nachzuſetzen und daran nicht zu mindern, damit auch Namen und Stammen durch ſie, wie billig, vilmehr zu Aufnehmen als zu Abgang gericht und befördert werde, ſich freywilliglich, mit Rath, Hülf und Zuthun ihres Vogts und Ehegemahls, ungezwungen, vor Notarien und Gezeugen dahin begibt und entſchließt, mehrbemeldt ihr Heurath-Gut wohlgedachten ihren Eltern, Vättern, Geſchwiſtrigten, oder Freunden, nach ihrem Ableiben und da ſie nicht Kinder verlieſſe, zu verteſtiren und zu verſchaffen, auch darüber briefflich Urkund aufgericht, daß es bey demſelbigen billig und beſtändiglich, ohnverhindert aller Exceptionen und Widerreden, endlich verbleiben, auch bey allen Rechten Statt und Krafft haben und nit geändert werden ſolle. „

Den Innhalt der Hohenzolleriſchen Ehe-Pacten de An. 1662. wegen der Gemahlin Verlaſſenſchafft ſiehe zum Theil im T. Famil. Staater. Weiter heißt es: „So ſich aber auch nach dem Willen GOttes begäbe, daß offtgedachte Prinzeßin Maria Sidonia vor Uns Todes verfallen und keine erzeugte lebendige Leibes-Erben verlaſſen würde; ſo ſollen Wir geſagter Prinzeßin zugebracht Heurath-Gut Unſer Lebtag genieſſen, nach Unſerem Tod aber daſſelbige wiederum an das Haus Baden fallen. Sonſten ſoll auf den Fall die Morgengab, auch was Unſere Gemahlin an mitgebrachten, vor und in währender Ehe geſchenckten, auch ſelbſt erzeugten und erſpahrten, ſamt halbem Theil aufm Hochzeitlichen Ehren-Tag gegebenen und geſchenckten Kleinodien, Kleidern, Gaben, Silber-Geſchirr, und alles andere an Geld und Geldes werth, hinterlaſſen würde, und in Ihrem Leben, wie in Ihrem Willen ſtehet, zum Theil oder gar, nicht verſchenckt, vermacht, verteſtiert oder über-

übergeben hätte, das halbe Theil auf das Haus Baden fallen und zwischen Uns und Ihnen gleich getheilt werden. „

§. 58.

Nassau. Einiges von deme, was wegen Fürst Wilhelms zu Nassau-Dillenburg hinterlassener Gemahlin Erbschafft beym Reichs-Hof-Rath vorgekommen ist, belehret folgendes Conclusum:

Veneris 26. Nov. 1728.

Zu Nassau-Dillenburg, weyland Frau Fürstin Dorotheä Johannettä, gebohrner Prinzeßin zu Holstein, Verlassenschafft betreffend, &c.

2. Fiat Commissio ex officio auf Chur-Maynz und Herrn Land-Grafen zu Hessen-Darmstadt, &, cum inclusione omnium Exhibitorum, rescribatur eisdem: Ihro Kayserl. Majest. hätten aus denen beygeschlossenen Exhibitis ersehen, wie der verstorbenen Frauen Fürstin Johannettä Dorotheä Verlassenschafft von dem Herrn Fürsten zu Nassau-Dillenburg indessen in Verwahrung genommen worden seye: Dieweilen aber scheinen will, als würden die sich häuffig anmeldende Creditores die ganze Massam hæreditariam erschöpffen, diese aber, worunter einige sehr bedürfftige und um ihren verdienten Liedlohn seuffzende Klägere seyn sollen, zu dem Ihrigen nicht wohl gelangen können, wann nicht vorhero unter ihnen eine förmliche Classification, nach angehörter allerseits Gerechtsame errichtet werde; disenmach hatten Ihro Kayf. Maj. allen Creditorn zum Besten, Sich allergnädigst entschlossen, dem Herrn Chur-Fürsten und Herrn Land-Grafen die Commission ex officio aufzutragen, damit selbige sämtliche Creditores authoritate Cæsarea für sich laden, und, nach eines jeden vorgebrachten Nothdurfft, zu Behauptung ihrer Forderungen, unter ihnen eine ordentliche Classification, denen Rechten gemäß, errichten, und, auf was Weise sie ehestens befriediget werden können, förderfamst an Ihro Kayserl. Maj. berichten sollen. Damit aber gleich nach zum Stand gebrachter und an Ihro Kayserl. Majestät zu fernerer allergnädigster Entschliessung einzuschicken habender Classification zu Contentirung derer Creditoren einiger massen geschritten werden könne; wäre Ihro Kayserl. Majest. allergnädigste Meynung, der Herr Chur-Fürst und Herr Landgraf möchten von dem Herrn Fürsten zu Nassau-Dillenburg die zu sich in Verwahrung genommene Verlassenschafft, samt dem ihm unter dem 30. Sept. dises Jahres anhero einzuschicken anbefohlen- und etwa schon verfertig-

fertigten Inventario, abfordern, diſemnach die vorhandene Mobilia und Effecten plus offerenti verkauffen laſſen, den Ertrag aber davon bis auf weitere Kayſerl. Verordnung aufbehalten. Dieweilen ferners aus dem von denen Impetranten zwar unvollkommen eingebrachten Inventario ſowohl, als auch aus dem von Seiten des Herrn Fürſten eingegebenen Exhibito, zu erſehen, daß verſchidene Pretioſa und Mobilia zum Unterpfand denen Creditoribus gegeben worden, ſelbe etwa eigenmächtig verkaufft und veräuſſert ſeyn, oder künfftig werden möchten; ſo verſehete ſich Ihro Kayſerl. Majeſtät gnädigſt, der Herr Chur-Fürſt und Herr Land-Graf werden auch dahin bedacht ſeyn, jene, ſo dergleichen Pfänder beſitzen, oder unrechtmäßig veräuſſert haben, in Wiſſenſchafft zu bringen, auch ihre darauf habende Forderungen unterſuchen, wie weit ſie ſelbe liquidiren können, damit der Ueberreſt derer verſetzten Geſchmucke und Mobilien denen übrigen Creditoribus zu Guten kommen möge. etc.

Was es wegen Fürſt Wilhelm Friderichs zu Naſſau-Diez Wittwe, Albertinen, Verlaſſenſchafft für Streit gegeben habe? davon meldet der Herr von LUDOLF (1) einiges: Ausführlichere Nachricht aber von diſem zwiſchen Fürſt Heinrich Caſimirs Kindern, als der Fürſtin Albertinen teſtamentariſchen Erben, wegen der Helffte ihrer Verlaſſenſchafft, und Herzog Johann Wilhelms zu Sachſen-Eiſenach Kindern, als teſtamentariſchen Erben der anderen Helffte, geführten Streit findet man in einem Reſponſo der Juriſten-Facultät zu Leyden de An 1697. (2), daraus ich diſes mittheilen will: 1. Non ſatis juſtum videri, quod contendatur ad reſtitutionem pretii arborum ex ſylvis Naſſovienſibus per Principem Albertinam inde ab An. 1680. usque ad finem Anni 1695. cæſarum, quarum pars diſtricta dicatur Thaleris Imp. 3116. partes ædificationi & aquæductibus Caſtri Oranienſtein adhibita ac 3450. Thaleris Imp. æſtimata, pars denique ad exercendam Ferriſodinam in Principatu Diezenſi abſumta ac 6000. Thal. Imper. æſtimanda. 2. Facti magis, quam Juris, quæſtionem eſſe: an & qualem partem 10000. Fl. Veredario ſolutorum à Principe Henrico Caſimiro ferre debeant Hæredes Albertinæ? juſtam tamen videri eſſe petitionem partis per Actionem negotiorum geſtorum, quatenus vel ex ipſis Veredarii rationibus, vel aliis legitimis modis probari poſſit, & Lite-

(1) l. c. p. m. 120.
(2) vid. Dn. de LUDOLF de Jur. Fœmin. ill. Append. 3. p. 143.

Literas & Sarcinulas Pr. Albertinæ fuiſſe inſcriptas, aut ſaltem ad eam pertinuiſſe. 3. Jure deſiderari condictione ſine cauſa reſtitutionem 2000. annuorum, quæ alimentorum nomine fuerint An. 1680. à Pr. Henrico Caſimiro promiſſa Pr. Ameliæ, Sorori innuptæ, ex reditibus Diezenſibus & Beilſteinenſibus præſtanda, idque ex quo Pr. Amelia An. 1690. ceſſerit in Matrimonium Joh. Wilhelmo, Saxoniæ Duci, usque ad obitum Matris Albertinæ, adeoque in univerſum 11000 Fl. 4. & 5. An Pr. Albertina, jure uſusfructus pleniſſimo conceſſi, habuerit etiam retinendi Collectas, ſeu Tributa, à Subjectis in regione Diezenſi, Beilſtein, &c. quotannis exigi ſolita? an potius id, quod ſuperfuit, deductis iis, quæ in uſus publicos regionis erogata ſunt, proprietario ſervandum ac reſtituendum ſit? Hujus diſputationis deciſionem vel ex probabili mente Cedentium & Acceptantium uſumfructum, vel ſaltem ex more & conſuetudine regionis, petendam eſſe. Quoad prius penitius inveſtigandum eſſe: an ordinariæ obventiones & reditus Territorium, quorum uſusfructus An. 1681. ceſſus fuit, vulgo ante uſusfructus iſtius conſtitutionem ac poſtea aſcendere ſoliti fuerint usque ad quantitatem illam, quæ ſufficiat exſolvendis annuis Fl. Carolinis 22250. Matri Albertinæ ex Conventione An. 1680. debitis, ut & annuis 2000. innuptæ Pr. Ameliæ ex ejusdem Anni conventione pendendis, ac denique uſuris 30000. & 16000. Thal. Imp. itidem ex proventu regionis Diezenſis, Beylſteinenſis, &c. præſtandis, ſecundum Conventionem An. 1681. an vero longe minores quotannis fuerint ordinarii reditus absque Collectarum ſeu Tributorum connumeratione, quod ex annuis Quæſtorum rationibus inſpectis facile manifeſtum fiat. Si enim non ultra 16. aut 17. aut 18000. Fl. Carolinorum, aut præter propter, reditus ordinarios annuatim aſcendere ſolitos fuiſſe appareat, non animadverti, quo Juris colore contendi poſſit, ex mente Contrahentium, ac uſumfructum pleniſſimum An. 1681. cedentium & acceptantium, non fuiſſe ſub reditibus & obventionibus iſtorum Territorium quibuscunque & quocunque nomine denotandis, (ut habeat Conventio An. 1681.) comprehenſas etiam Collectas ex more regionis quotannis exigendas. 6. Reſtituti oportere ex Pr. Albertinæ Hæreditate Principi nunc regenti pretia Feudorum ab Albertina durante uſufructu venditorum, aut ſaltem, Principe ea Feuda evincente, tanquam nullo jure alienata, Hæredes Pr. Albertinæ de evictione emtoribus obſtrictos fore.

Was ſich ferner wegen Fürſt Heinrich Caſimirs zu Naſſau-Diez Gemahlin, Henrietten Amalien, gebohrner Prinzeßin zu Anhalt, Verlaſſenſchafft und Debitweſen zugetragen habe, belehren die darinn ergangene Reichs-Hofraths-Concluſa, ſo in meinen Sammlungen anzutreffen ſeynd, denen ich folgende meiſt ungedruckte beyfüge:

Martis 18. Sept. 1736.

Zu Naſſau-Diez weyl. Frauen Fürſtin Amaliä Verlaſſenſchafft und darauf hafftende Schulden betr. ſive des Herrn Fürſten Wilhelm Carl Henrich Friſo zu Naſſau-Diez Anwald von Fabrice ſub præſ. 27. Aug. nup. ſupplicat hum. pro clem. decernenda Reſtitutione in integrum contra Hæreditatem Aviæ damnoſe aditam. appon. Lit. A. usque M. incl. in duplo.

In eadem Löw Heymanns Judens Anwald von Middelburg ſub præſ. 6. huj. ſupplicat hum. pro decernenda Commiſſione Cæſarea ad Auſtregas auf Chur-Maynz, nec non eadem extendenda ad ſpecificata privilegiata debita. appon. Lit. A usque H. incl.

In eadem Ihro Churfürſtl. Gn. zu Maynz in Lit. ad Imperat. ſub dato 21. & præſ. 29. Aug. nup. iucludunt, was die Prinzeßin Henrietta Albertina zu Naſſau-Diez ihrer Prätenſion halber an Sie gelangen laſſen; mit 3. Benl.

1. Hat die vom Herrn Fürſten zu Naſſau-Diez angeſuchte Reſtitutio in integrum contra cum beneficio Legis & Inventarii aditam hæreditatem nicht ſtatt.
2. Ponantur des Herrn Churfürſten zu Maynz Bericht und übrige Exhibita interim ad Acta.
3. Reſcribatur dem Herrn Churfürſten zu Maynz: Von dem aus der Vergantung der Frau Fürſtin Amaliä Verlaſſenſchaffts-Effecten erhobenen und weiters empfangenden Geldern Niemand nichts verabfolgen, ſondern, biß auf fernere Kayſerliche Verordnung, ſolche in ungefährte Verwahrung bringen zu laſſen, hiernächſt dahin bedacht zu ſeyn, womit diſe Gelder auf ſichere Verzinſung angelegt werden, und, wie ſolches geſchehen, eheſtens an Ihro Kayſerliche Majeſtät zu berichten.

Mercurii 31. Oct. 1736.

Zu Naſſau-Diez weyl. Frau Fürſtin Amaliä Verlaſſenſchafft und Schuldenweſen betreffend, in ſpecie Löw Haymann Jud contra den Herrn Fürſten zu Naſſau-Diez, debiti, ſive Impetrantiſcher Anwald von Middelburg ſub præſ. 29. huj. exhibendo allerunterthänigſte Vorſtellung ad Concluſa de 18. Sept. nup. & 12. huj. ſupplicat

hum. pro clem. decernenda petita Commiſſione ad Auſtregas in Dn. Electorem Moguntinum. appon. Lit. H. I. K. & L. in duplo.

Hat das Begehren nicht ſtatt, ſed remittatur ad Commiſſionem Cæſaream, mithin ad Judicium univerſale Concurſus.

Veneris 12. Oct. 1736.

Zu Naſſau-Diez weyl. Frau Fürſtin Amaliä Verlaſſenſchafft und darauf hafftenden Schuldenlaſt betr. ꝛ ꝛ ꝛ

1. Cum incluſione Exhibiti de præſ. 25. Sept. nup. reſcribarut dem Herrn Churfürſten zu Maynz, als Kayſerlichen Commiſſario: Daß, im Fall der Herr Prinz zu Naſſau-Diez in continenti erweiſen könnte, daß die ſpecificirte Portraits und andere Dinge nicht in das Eigenthum, folglich auch nicht in die Verlaſſenſchafft, der Fürſtl. Frau Großmutter gehörig ſeyen; ſo hätte der Herr Churfürſt ſeinem Subdelegato anzubefehlen, diſe unter die Vergantung nicht allein nicht zu ziehen, ſondern auch dem ſuppliciren-den Herrn Prinzen allerdings freyzulaſſen; worüber, und wie es geſchehen, Ihro Kayſerliche Majeſtät des Herrn Churfürſtens Bericht in termino duorum menſium gewärtigen wollten.

2. Cum incluſione reliquorum Exhibitorum, fiat ſimiliter extenſio Commiſſionis Cæſareæ auf den Herrn Churfürſten zu Maynz dahin, womit Dieſelbe durch Dero Subdelegation zuforderiſt den eigentlichen ſtatum der Verlaſſenſchafft qu. was nemlich dahin gehörig oder nicht, in loco des Sterbhauſes, genau und gründlich unterſuchen, hierüber ein vollſtändig und unmangelbares Inventarium errichten, auch diejenige, ſo bißhero ſothane Verlaſſenſchafft im Beſiz gehaht, zu Erſezung deſſen, was etwa davon entkommen, anhalten, ferner einen Curatorem Maſſæ, welchen die Creditores in Vorſchlag bringen werden, conſtituiren, demnächſt, adcitatis Creditoribus, & Intereſſatis, & Curatore, die Liquidation derſelben Forderungen vornehmen, endlich, nach ad Protocollum gepflogener genugſamer Vernehmung der ſämtlichen Partheyen, in puncto præferentiæ die Claſſification und Location beſagter Creditoren und übrigen Intereſſenten, ſamt all-obigem, ſumtibus Maſſæ, formiren, auch übrigens mit denen ex Subhaſtatione gehobenen und noch zu hebenden Geldern die Vorkehrung, nach Anleitung des lezteren Kayſerlichen Reſcripti, thun laſſen mögen: Nach deſſen gänzlichen Vollzug hätte ſo dann der Herr Churfürſt, nebſt Beyſchlieſſung der Protocollen, und all deſſen,

deſſen, was bey der Sach verhandelt worden, gutachtlich an Ihro Kayſerliche Majeſtät zu berichten.

Mercurii 5. Dec. 1736.

Zu Naſſau-Diez weyl. Frau Fürſtin Amaliä Verlaſſenſchafft und Debitweſen, in ſpecie der Prinzeßin Henriettä Caſimirä liquide Prätenſion betr. ſive Impetrantiſcher Anwald Haymerl ſub præſ. 3. huj. übergibt allerunterthänigſte Actenmäßige Deduction und höchſtgemüßigte Vorſtellung ad Concluſa de 18. Sept. & 12. Oct. nup. mit Bitte, pro clem. ex adductis Motivis legalibus ferenda petita Declaratione Cæſarea. appon. Lit. A. B. C. & D. in duplo.

Remittatur ad Commiſſionem, welche ohnehin nicht unterlaſſen wird, hierauf denen Rechten nach zu reflectiren.

Veneris 27. Sept. 1737.

Zu Naſſau-Diez weyl. Frauen Fürſtin Amaliä Verlaſſenſchafft betr. ꝛ ꝛ ꝛ

1. Ponatur des Herrn Churfürſten zu Maynz Bericht, ſamt Beylagen, wie auch das Exhibitum de præſ. 9. Maji ad Acta.
2. Reſcribatur dem Kayſerl. Herrn Commiſſario: Ihro Kayſerliche Majeſtät hätten aus des Herrn Churfürſten umſtändlichen und gründlich abgefaßten Bericht, wie dann auch aus denen Beylagen, genüglich erſehen, wie vorſichtig und befliſſen, zu wohlgedeyhlichem Nuzen der Creditorum, bißanhero in Sachen vorgeſchritten worden ſeye: Gleichwie nun ſolches Ihro Kayſerlichen Majeſtät zu mehrmaligem allergnädigſtem Wohlgefallen gereichete; ſo wollten Ihro Kayſerliche Majeſtät diſes in Sachen löblich geführte Verfahren nicht allein durchaus genehm halten, ſondern anbey auch an den Herrn Churfürſten gnädigſt geſinnen, Deſſelben Subdelegirten fernerweit dahin zu inſtruiren, damit er über den eigentlichen und vollkommenen dermaligen ſtatum activum genaue Kundſchafft einziehe, und hieraus indeſſen, nebſt gutachtlichem Vernehmen des Contradictoris Creditorum, was möglich, zu Vermehrung der Maſſä zu machen, befliſſen ſeye; hiernächſt den ſtatum activum mit dem wahr befundenen jezigen ſtatu paſſivo conferiren, und, da ſich äuſſerte, daß ſolcher durch die Activa nicht zu tilgen ſtünde, die Creditores in der Güte aus einander zu ſezen, alle Mühe anwende: Im Fall aber dahin nicht zu gelangen wäre, endlich die edictal-Citation vor ſich gehen laſſen, und nach Anleitung des formlichen Concurſes forthin legaliter, wie vorhin rühmlich beſchehen, verfahren. Wie nun

ein- oder anderes beſchehen, darüber wollten Kayſerliche Majeſtät des Herrn Churfürſtens Bericht, ſamt Dero räthlichem Gutachten und angeſchloſſenen Commiſſariſchen Handlungen, demnächſt gewärtigen.

Veneris 24. Jan. 1738.

Zu Naſſau-Diez weyl. Frau Fürſtin Amalien Verlaſſenſchafft und Debitweſen betr. der Fürſtlich-Naſſau-Dieziſchen Creditoren Anwald von Klerff ſub præſ. 16. huj. übergibt allerunterthänigſte Vorſtellung und Bitte, um an Ihro Churfürſtl. Gn. zu Maynz, als Kayſerlichen Commiſſarium, allergnädigſt zu reſcribiren, damit Derſelbe auch auf innvermeldter Creditoren liquide Prätenſionen bey vorzunehmender Liquidation und Claßification reflectiren möge. appon. num. 1. usque 47. incl. in duplo.

Remittatur ad Commiſſionem, welche diſe Prätenſionen denen Rechten nach zu erwägen wiſſen wird.

Martis 1. Jul. 1738.

Zu Naſſau-Diez weyl. der Frau Fürſtin Amalia Verlaſſenſchafft und Debitweſen betr. ſive der Herr Churfürſt zu Maynz in Lit. ad Imperat. ſub dato 14. & præſ. 25. Jun. nup. erſtattet allerunterthänigſten Commißionsbericht ad Reſcripta Cæſ. de 12. Oct. 1736. & 27. Sept. 1737. appon. ſeines Subdelegati Bericht, cum adj. n. 1. 2. 3. & 4.

1. Ponatur des Herrn Churfürſten zu Maynz Bericht ad Acta.
2. Reſcribatur Eidem: Ihro Kayſerliche Majeſtät billigten des Herrn Churfürſtens Antrag allerdings, und findeten, nach Gelegenheit diſer Sach, ſolchen zu vollziehen unumgänglich; weniger nicht, daß, wann dieſelbe von Kayſerlicher Commißion wegen das von Deſſen Subdelegato wohlverfaßte Decret würden allenthalben an ſeine Behörde haben ergehen laſſen, und doch darauf, im nicht-Erſcheinungsfall, denen Partibus anberaumten weiteren zweymonathlichen Friſt, es annoch an der Parition ermanglen ſollte, in contumaciam, nach Anleitung derer Rechten, in Sachen fernerhin von Kayſerlicher Commißion wegen vorzugehen ſeye.

§. 59.

Schwarzburg. Die Grafen zu Schwarzburg verglichen ſich An. 1599. Sie wollten in einer aufzurichtenden Erbeinigung unter anderem feſtſezen, was man hinfüro den Fräulein zur Gerade und Erbe, über den Schmuck und Kleider, geben ſolle.

In

In denen Schwarzburg- und Braunschweigischen Ehepacten von 1684. heißt es: „Sollten aber = = = der künfftigen Gemahlin Durchl. vor Ihres herzlieben Eheherrns, des Herrn Grafen, Gn. diſe Welt geſegnen; ſo iſt beliebet und von Braunſchweig-Lüneburgiſcher Seiten, aus ſonderbaren Bewegniſſen, nachgegeben worden, daß die 10000. Thl. Heurathgut nicht wieder zurück auf Ihrer Durchl. Anverwandten fallen, ſondern Sr. Gnaden und Deren Herrn Lehensfolgern erblich verbleiben ſollen. Was aber = = Ihre Durchl. an Kleidung, Geſchmuck, Kleinodien, Silbergeſchirr und paraphernalgut hinterlaſſen werden, und Dieſelbe nicht bey Dero Leben verſchencket, oder per Teſtamentum anderer Geſtalt verwendet hätten, (wie ſolches in Ihrem freyen Willen ſtehet,) das ſoll auf Ihro Durchl. hinterbliebene Leibeserben, Söhne und Töchter, zugleich, oder, im Fall keine Kinder vorhanden, auf Dero nächſte Erben, ab inteſtato, kommen und fallen. „

§. 60.

In denen Schwarzenberg- und Freundsbergiſchen Ehe-Pacten de An. 1571. wurde beliebt: „Dann und zum letzten, da, nach Schickung des Allmächtigen, die Frau vor dem Herrn Grafen von diſem Jammerthal abgefordert würde, und Kinder, aus ihrer beider Leiber gebohrn, nach ihr verlaſſen würde; ſo ſoll alsdann ihnen, den Kindern, alle und jede von ihrer abgeleibten Frau Mutter herrührende ligende und fahrende Haab und Güter, zugebracht und ererbt, unwegerlich und ungeſchmelert völliglich erfolgen und widerfahren: Da aber mehrwohlgedachte Frau ohne Verlaſſung ehlicher Leibes-Erben mit Tod abgehen würde; ſo ſoll alsdann dem Herrn Grafen allein die Abnutzung von dem Heurathgut, die Zeit Sr. Gnaden nachfolgenden Lebzeiten, verfolgen, und nach derſelben Abſterben ſolch jetztvermeldt Heurathgut (da es von der Frauen anderswohin nicht vermacht,) deßgleichen auch ihr, der Frauen, zugebrachte Fahrnuß, wie die Nahmen haben würde, ſamt dem halben Theil Silber-Geſchirrs, ſo ihnen baiden auf die Hochzeit und Heimführung, wie oblaut, verehrt, auch der Morgengab, von Herrn Heinrichen ſeeligen herrührend, und demjenigen, was ſie ererbt, Ihrer Gn. nächſten Erben einhändig gemacht werden. „ Schwarzenberg.

§. 61.

Wie Graf Friderich Moritz zu Bentheim-Tecklenburg ſich mit ſeines Bruders Johann Adolfs Töchtern, Sophia Johanna und Charlotta Mauritiana, An. 1701. wegen ihrer Frau Mutter eingebrachten Bentheim.

Dotis, Gegen-Vermächtnisses und Morgengabe verglichen habe? ſihe im T. Famil. Staatsr.

§. 62.

Castell. In denen Castellischen Ehe-Pacten de An. 1678. liset man: „Mit welchem (eigenthumlichen) samt und sonders, so wohl auch mit dem Heurath-Gut und Morgengabs-Geld, Ihre Lbden, als mit Dero eigenem Gut, ohne Maaßgebung zu handlen, auch ein Kind vor dem andern zu bedencken, befugt seyn (soll.) Würden auch solchen Falls Ihro Lbden nach Unserm Tode zur andern Ehe greiffen, und gleichergestalt mit Kindern von GOtt dem Allmächtigen in solcher Ehe gesegnet werden; alsdann solle nach Ihrer Lbden tödtlichen Abgang alle solche Ihre Verlassenschafft auf diejenige Kinder, so von Unser beyder Leibe gebohren, und auf die, so Ihro Lbden, gehörter massen, in der andern Ehe erzeuget, zugleich erblich kommen und fallen, auch einem Kind so vil als dem andern daran gebühren und zustehen. ∴ Ob es sich aber begäbe, daß Wir, Graf Friderich Magnus, Unsere künfftige Gemahlin überleben sollten, und keine Kinder, aus Ihrer Liebden Leib gebohren, auch dieselbe wegen der Fahrnuß und anderer ihrer eigenthumlicher Güter keine Testamentliche Verordnung, oder andern letzten Willen, hinter sich verliessen, (welches dann deroselben zu thun frey und bevor stehet,) alsdann sollen nicht allein die 4000. fl. zugebrachtes Heurath-Gut, sondern auch die Baarschafft, Gold, Silber-Geschirr, und andere Fahrnuß (ausserhalb Kleider, Kleinodien, Ketten, Geschmuck und anders, zu Ihrer Lbden Leib gehörig, als welches alles sobald nach dem dreyßigsten auf Christlichen Hintritt den nächsten Erben unaufhältlichen ausgefolget werden solle,) so vil sie dessen eingebracht, oder hernach überkommen, bey Uns, Graf Friderich Magno, jedoch nach ordentlicher Inventur, so lang Wir leben, in Unserm Gebrauch und Nutzen verbleiben, auch, wenn das Heurath-Gut noch auf Verzinsung stünde, die davon fallende Zinse Uns, Graf Friederich Magno, die Zeit Unsers Lebens abgestattet und entrichtet werden; nach Unserm Tod aber das Heurath-Gut Uns, dem Fürsten zu Oettingen, das übrige aber der Fräulein Susanná Johannâ nächsten Erben, welchen es ab intestato nach des Hauses Oettingen Herkommen gebühret, zu- und heimfallen. Und damit solches in desto gewisserer Versicherung bleiben möchte; haben Wir obvermeldtes Unser halbes Dorff Remlingen, und in subsidium das Gut Unter-Alterheim, auch alle Unsere Haab und Güter, so viel hiezu vonnöthen, zu einem wahren Unterpfand eingesetzet, dessen sich Unserer zukünfftigen Gemahlin hohe und Fürstliche Widerfalls-

falls-Erben, im Fall die Erstattung differiret werden wollte, eigenes Willens, mit oder ohne Recht, zu halten, gut Fug und erlangtes Recht haben sollen, biß des Heurath-Guts und der übrigen Fahrnissen halber von Unsern Erben völlige Satisfaction geschehen seyn wird.„

Wie der erste vorstehende passus derer Pactorum de An. 1678. abgefasset ist, so lauten auch die Castellische Ehe-Pacten de An. 1693. nur ist nach denen Worten: „nach Ihro Lbden tödtlichem Abgang,„ noch beygefügt: „Wofern keine Dispolition vorhanden, welches doch billig jederzeit zu Ihrem freyen Willen gestellet bleibt.„ Und so heißt es hernach ebenfalls: „Ob es sich aber begäbe, daß Wir, Graf Wolfgang Dieterich, Unsere künfftige Gemahlin überlebten und keine Kinder aus Ihro Lbd. Leib gebohren, auch dieselbe wegen der Fahrnuß und andern ihrer eigenthumlicher Güter keine testamentliche Verordnung, oder andern letzten Willen, hinter sich verliessen, (welches dann derofelben zu thun frey und bevorstehet,) alsdenn sollen nicht allein die 4000. fl. zugebrachtes Heurath-Gut, sondern auch die Baarschafft, Gold, Silber-Geschirr, und andere Fahrnuß, (ausserhalb Kleider, Kleinodien, Ketten, Geschmuck, und anders, zu Ihro Lbd. Leib gehörig, als welches alles so bald nach dem dreyßigsten auf Christlichen Hintritt den nächsten Erben unaufhaltlich ausgefolget werden soll,) so vil sie dessen eingebracht, oder hernach überkommen, bey Uns, Graf Wolfgang Dieterich, jedoch nach ordentlicher Inventur, so lang Wir leben, in Unserm Gebrauch und Nutzen verbleiben, nach Unserm Tode aber der Fräulein Dorothea Renata nächsten Erben, welchen es ab intestato gebühret, zu- und heimfallen. Und damit solches in desto gewisserer Versicherung bleiben möge, haben Wir obbemeldtes Unser Dorff Billinghausen, auch alle Unsere Haab und Güter, so vil hiezu vonnöthen, zu einem wahren Unterpfand eingesetzet, dessen sich Unserer zukünfftigen Gemahlin Widerfalls-Erben, im Fall die Erstattung differiret werden wollte, eignes Willens, mit oder ohne Recht, zu halten, guten Fug und erlangtes Recht haben sollen, biß des Heurath-Guts, und der übrigen Fahrnissen, halber von Unsern Erben völlige Satisfaction geschehen seyn wird.„

§. 63.

In denen Ehe-Pacten zwischen Graf Georgen zu Erbach und Erbach.
Annen Amalien, Gräfin zu Sayn, de An. 1567. heißt es: „Wann besagte Anna Amalia ohne Hinterlassung Leibes-Erben von dem Allmächtigen GOtt aus disem Jammerthal abgefordert werden sollte, alsdann zu dem Eigenthum der versprochenen 6000. fl. Heurathsgut,

Geld, auch ihre Baarschafft, Kleidung, Kleinod und Geschmuck zu ihrem Leib gehörig, doch mit Vorbehalt bemeldtem Unserm Schwager Graf George der Leibzucht, Uns und Unser Grafschafft Sayn zu- und heimgefallen seyn sollte. ꝛc. „

In Sachen: Das Erbach-Erbachische Debitwesen betreffend, resolvirte der Reichs-Hofrath An. 1756. 19. Jun. unter anderem: Die von dem Grafen begehrte Ausantwortung seiner Gemahlin Verlassenschafft habe dermalen und noch zur Zeit nicht statt, sondern die Commißion solle selbige, biß auf weitere Kayserliche Verordnung, secundum Inventarium übernehmen und immittelst im Commißionsbeschluß behalten, immittelst aber den von dem Grafen mit seiner verstorbenen Gemahlin Erben eventualiter getroffenen Vergleich über deren Verlassenschafft denen darauf versicherten Glaubigern zu erkennen geben, dise leztere auch durch diensame Vorstellungen dahin vermögen, daß sothane mobiliar-Verlassenschafft einstweilen denen Erben, gegen Caution, und salvo iure Creditorum, zu Vermeidung der ausser dem zu besorgenden Deterioration und Verderbens, abgefolget werde: Wann aber damit nichts auszurichten wäre, darüber zu weiterer Kayserlicher Resolution zu berichten.

§. 64.

Hatzfeld. Was es zwischen Graf Adolf Alexanders zu Hatzfeld, Wildenbergischer Linie, Söhnen wegen der mütterlichen Verlassenschafft für Streit gesezet habe? davon zeiget folgendes Reichs-Hof-Raths-Conclusum einiges an:

Jovis 30. Januarii 1727.

Von Hatzfeld Grafen Anton und Wolffgang contra Edmund Grafen von Hatzfeld, die Mütterliche Verlassenschafft betreffend, &c.

Communicetur Exhibitum de præsentato 27. Junii nuperi, dem ältern Grafen Edmund von Hatzfeld mit der Auflage, seine beyde jüngere Gebrüdere, Einwendens ungehindert, wegen ihrer mütterlichen Erbs-Portion fürdersamst und längstens sub termino duorum mensium klaglos zu stellen, damit im widrigen nicht nöthig seye, deßwegen schärffere Verordnung an ihne ergehen zu lassen.

§. 65.

Hohenlohe. Graf Wolfgangs Julii zu Hohenlohe-Neuenstein Gemahlin, Sophia Eleonora, gebohrene Prinzeßin von Holstein-Plön, starb An. 1689. ohne mit ihrem Gemahl Kinder erzeuget zu haben und er folgte ihr An. 1698. im Tode nach. Plön forderte darauf von dessen Landes-Successoribus 16000. Thaler Heurath-Gut zurück; dise wegerten

ten ſich der Bezahlung: Der Reichs-Hof-Rath condemnierte ſie aber An. 1710. 28. Jan. darzu. Die Grafen ſuchten dagegen Reſtitutionem in integrum und ſtellten bey der Juriſten-Facultät zu Tübingen vor: Plön excipire: Daß die drey Gräfliche Gebrüder bey der Aufrichtung der Ehe-Pacten nicht nur geſchehen laſſen, ſondern auch durch ihre erfolgte eigenhändige Subſcription conſentirt, daß, gegen die Hohenlohiſche Erbeinigungs-Diſpoſition, ihr Bruder, Graf Wolf Julius, nicht nur ein höheres Quantum, als die Erb-Einigung zugelaſſen, angenommen, ſondern auch für die würcklich ihme, Graf Wolf Julio, ausbezahlt- und empfangene 16000. Rthl. dem Fürſtl. Hauſe Plön der in Pactis dotalibus beſtimmte Wittum auf deſſelben in der brüderlichen Landes-Theilung ihme zufallenden Antheil unterpfändlich verſchriben worden, daß ſie auch geſchehen laſſen, daß die eingebrachte Heurath-Gelder zu Erkauffung der Herrſchafft Wilhermsdorff, und nicht in die Fideicommiſs-Güter, verwandt worden, zu welchem Conſens dieſelbe, woferne ſie bey der Erb-Einigung ſtricte verharren wollen, niemand wider ihren Willen hätte obligiren können; ſolchemnach obvermeldte Gebrüdere der in der Erb-Einigung enthaltenen Verordnung ſich ſelbſten begeben haben. Nun möchten ſie wiſſen: Ob diſem in ihrer Replic ſattſam begegnet worden ſeye, und was etwa ferner zu deren Elilion ſtandhafft beygebracht werden könne? ſonderlich: Ob der angeführte Conſenſus und beſchehene Subſcription derer übrigen Gebrüdere wegen höherer Acceptation der Dotal Gelder, und deren anderwärtigen Verwendung, von ſolcher in Rechten gegründeten Würckung und Effect anzuſehen ſeye, daß die ſubſcribirende Gebrüdere nicht nur hiedurch der in der Erb-Einigung enthaltenen Diſpoſition, ob certam ſolummodo ſummam inferendam & in rem ac utilitatem Comitatus vertendam, für ſich und reſp. ihre dermalig-ſuccedirende Söhne und Erben præjudicirt, und deren ipſo facto ſich begeben, mithin dem Fürſtl. Holſteiniſchen Theil an die in denen Ehe-Pacten auf den anfallenden Fideicommiſs-Landes-Antheil eventualiter conſtituirte Hypothec einiger Regreß von Rechts-wegen gebühre? oder: Ob nicht vil mehr im Stand Rechtens die auf dem Landes-Antheil verordnete Hypothec, weilen, nach deutlicher Erforderung der pro Lege Contractus angenommenen Erb-Einigung, kein Kreuzer in die Grafſchafft eingebracht und verwandt worden, gänzlich evaneſcire, mithin ſolcher Regreß einig und allein an die von ſolchen Dotal-Geldern mit-erkauffte und expreſſe conſtituirte Hypothec Wilhermsdorff zu verweiſen, und diſe pro unica &

principali hypotheca, woran Holſtein ſeinen Regreß zu ſuchen, nunmehro zu achten und anzuſehen ſeye? Die Tubingenſes antworteten (1): Sie hoffen, es werden die Grafen abſolvirt und Plön an die von Graf Wolf Julio mit den empfangenen Dotal- und Geſchmuck-Geldern, ſamt einem Zuſchuß, erkauffte, ſeiner Gemahlin zum Wittum und Leibgeding ſpecialiter verſchribene, nach ſeinem Tod aber ſeiner zweyten hinterlaſſenen Gemahlin vermachte, eigenthümliche Herrſchafft Wilhermsdorff und deren Innhaberin verwiſen werden, und habe gegen die Grafen weder actio perſonalis noch realis ſtatt. Was aber das 2te Membrum der vorgelegten Frage betreffe: Ob nemlich Plön nicht ſich ſimpliciter an die Herrſchafft Wilhermsdorff halten müſſe? ſo ſeye ſolches ſchlechterdings affirmative zu beantworten.

Von dem weiteren Verlauff diſer Sache iſt mir nur ſo vil bekannt, daß die Grafen von Hohenlohe Reſtitutionem in integrum erlangt haben, die Urthel in diſer Inſtanz aber ware An. 1726. noch nicht erfolgt.

In denen Hohenlohe-Waldenburg- und Hohenlohe-Langenburgiſchen Ehe-Pacten de An. 1646. wurde beliebt: „Hergegen und wiederum, da Fräulein Eva Chriſtina vor Graf Wolf Friderichen mit Tod abgehen würde, = = = ſie hätten gleich Kinder oder nicht mit einander erzeugt, ſoll Ihro Gnad. bey dem beſagten Heurath-Gut der 4000. fl. und 1000. fl. Morgengab, (da Fräulein Eva Chriſtina ſolche nicht vermacht hätte,) dero Lebenlang den Beſitz, Nutz- und Nieſſung haben, biß daß Ihro Gn. auch Todes verfahren: Alsdann, und auf den Fall, da Kinder von Ihrer beeder Leiber vorhanden, ſoll ſolch Heurath-Gut und Morgengab denſelben Kindern, da aber keine Kinder im Leben, ſo ſoll ſolch Heurath-Gut, ſamt der Morgengab, (ſo ferne es nicht verſchafft,) deren nächſten Erben männlichen Geſchlechts verbleiben: Alſo auch, woferne Ihro Gn. vor ihrem Herrn und Ehe-Gemahl mit Tod vergehen, und über ihr Eigenthum kein Teſtament aufgericht haben würden; ſo ſoll daſſelbe ihren nächſten Erben und Bluts-Freunden anheimfallen. So vil aber die Wiederlage betrifft, ſoll dieſelbe ebenfalls an Herrn Graf Wolf Friderichen, oder deſſen nächſte Erben, zuſamt der Morgengab, (da ſolche nicht vermacht,) zurückfallen und kommen.„

Der Fürſt Carl Thomas zu Löwenſtein-Wertheim hatte eine einige Tochter, Leopoldinam Carolinam, welche an den Erbprinzen zu Hohenlohe-Schillingsfürſt vermählet ware, aber An. 1765. ſtarb und

(1) vid. Conſil. Tubing. Vol. 6. p. 241.

und eine anſehnliche Erbſchafft hinterlieſſe, über welcher zwiſchen ihrem Vater und Gemahl Streit entſtunde, welcher aber durch eine Kayſerliche Hofcommiſſion dahin verglichen wurde, daß der Vater die ganze Erbſchafft behielte, hingegen an ſeinen Tochtermann 250000. fl. hinausbezahlte.

§. 66.

In denen **Leining-** und Solmiſchen Ehe-Pacten de An. 1658. heißt es; „Sollte ſich ferner und zum 12ten zutragen, daß offt-hochermeldte Frau Gräfin Eliſabetha Charlotta, ꝛc. vor dero Herrn und Gemahl mit Tod abgehen möchte, ꝛ ꝛ ꝛ ſolle der Wittum, wie auch die Morgengabe, dafern diſe nicht anderwärts von Ihrer Gn. vermachet worden, auch keine Kinder vorhanden, allerdings auf Herrn Graf Johann Philippſen, oder dero Gnaden Erben, wieder zurückfallen. Betreffend zum 13den die Mobilien und Fahrniß, iſt ausdrücklich abgeredt, daß, was offt-hochwohlbeſagte Gräfin an Ketten, Kleinodien, Ringen, gülden und ſilbern Geſchirr, Geſchmuck und Kleidung, Hausrath, und alles anders, was ſie immer in diſe Ehe apportirt und eingebracht, oder in währenden Eheſtand geſchenckt oder vermacht werden möchte, Ihro Gn. ganz und gar allein bleiben; inmaſſen dann auch daſſelbe ihres Gefallens zu legiren, verteſtiren, und ſonſten zu begeben, frey- und bevorſtehet. 14dens, deßgleichen und hinwieder die Kleinodien, Ketten, Ring, gülden und Silber-Geſchirr, ſamt aller andern Fahrniß, ſo auf des Herrn Grafen Seiten jetzo vorhanden, Deroſelben Gnaden und Ihren Erben auch allein verbleiben und ſeyn ſollen. ꝛ ꝛ Wo dann, für das 17de, jetzo hochermelte Frau Gräfin vor dero künfftigen Ehe-Gemahlen ohne Diſpoſition oder Vermächtniß aus diſem zeitlichen Leben abſcheiden und keine Kinder vorhanden ſeyn würden; ſo ſolle die Morgengab, neben dem Witthum, zurück-dahero ſie kommen, hingegen auch alles das, ſo die Gräfin vor ſich gehabt und dargebracht, es habe Nahmen wie es wolle, Ihrer Gnaden Erben zu- und heimfallen, auch biß zur würcklichen Liferung die vorbenahmte Ort, und daraus fallende Renten, verhafftet und hypothecirt ſeyn und bleiben.„ Leiningen.

§. 67.

Von **Limburg-Styrum** hat man eine Diſpoſition vom Jahr 1642. worüber eine Gemahlin zu teſtiren befugt ſeyn ſolle. Limburg-Styrum.

Wegen der verwittweten Gräfin Mariä Annä zu Limburg-Styrum Verlaſſenſchafft, (welche unter anderem in der unmittelbaren Herrſchafft Illereichen beſtunde,) wurde von ihren Kindern am Reichs-Hofrath

rath ein sehr weitläufftiger Proceß geführt, und ergienge die Haupturthel darinn An. 1746. 17. Mart. (1) Weil aber eben solche Herrschafft der Reichsritterschafft incorporirt ist, und dise Limburg-Styrumische Linie mehr zu der Reichsritterschafft, als denen Reichsständen, gehöret; so will ich mich hier nicht dabey aufhalten.

Viles davon findet sich in meinem T. Staatsarchiv. (2)

§. 68. a.

Lippe. Von Lippe kan ich dises Reichs-Hofraths-Conclusum mittheilen:

Martis 8. Nov. 1757.

Zur Lippe innvermeldte Grafen und Gräfinnen contra den regierenden Grafen Simon August zur Lippe, Rescripti, puncto Separationis Instrumentorum & Declarationis super Hæreditate materna &c.

1. Ponatur die geschehene Erbserklärung sub beneficio Legis & Inventarii wegen derer Impetranten ad Acta, &
2. detur dem Grafen Simon August, (cum Communicatione Exhibiti de præs. 28. Mart. nup.) terminus duorum mensium, um sich wegen der qualitatis Hæredis zu erklären, oder sich derselben zu entsagen etc.

§. 68. b.

Löwenstein. Was in Löwenstein- und Hohenlohischen Ehepacten von 1681. beliebt worden ist, kan man anderwärts (3) nachsehen.

Die resp. jezige Grafen von Löwenstein und ihre Schwestern bekamen nach Absterben ihrer Mutter am Reichs-Hofrath einen weitläufftigen Proceß mit einander.

Anno 1746. 8. Jun. wurde in demselbigen unter anderem resolvirt: (4) „Weilen = = ein ordentliches, und mit denen erforderlichen Solennitäten errichtetes, Inventarium höchstnöthig seye; als befehleten Ihro Kayserliche Majestät allergnädigst und allergerechtest, daß,

1. auf die Anfangs zwischen ihnen ganz wohl beliebte und verabredete Weise, ein fremder Notarius, und zwar der N. N. von Schwäbisch Hall, beruffen;
2. von selbigem alle der verstorbenen Mutter Bediente, oder welche einige Wissenschafft hievon haben, verpflichtet, und, so vil zur Sicher-

(1) v. R. Hofr. Protoc. unter K. Franz. 1. Theil, 193. S.
(2) in den Jahren 1751. 52. 55. 56.
(3) in meinem Teutsch. Staatsr. 25. Theil, S. 531.
(4) s. Staatsschrifft. unter K. Franz, 3. Band, S. 145.

Sicherſtellung der Maſſä gehöret, über ordentliche Interrogatoria, nach Erlaſſung ihrer ſonſtigen Pflichten, eydlich vernommen; auch

3. von ihnen beyden Grafen, Carl Ludwig und Wilhelm Heinrich, wie ingleichen von beeden Schweſtern, Amöna und Carolina, auf Verlangen deren ältern Brüdern, vor obgedachtem Notario und anderen Gezeugen, alle zur mütterlichen Verlaſſenſchafft gehörige, entweder vor oder nach der Erblaſſerin Ableben Schenckungsweiſe, oder ſonſten, wie diſes Namen haben mag, entkommene, oder annoch vorkommende, vorräthige Effecten eydlich ſpecificiret, auch dasjenige, was in ein oder andere Weiſe etwa entkommen, in natura beygebracht;

4. über alle ſo wohl Im- als Mobilia von beſagtem Notario, in Gegenwart allerſeits Intereſſenten, oder derer Mandatariorum, ein förmliches Inventarium errichtet werden ſolle; wobey jedoch

5. Ihro Kayſerliche Majeſtät geſchehen laſſen könnten, daß diejenige Mobilien, welche ein- oder anderer Theil titulo Donationis, oder ſonſten, vorzüglich zu prätendiren haben möchte, wann ſolches vorhero in das Inventarium ordentlich und ſpecifice eingetragen worden, ſalvo iure cujuscunque, von der übrigen Verlaſſenſchafft ſeparirt, und einsweilen in ein beſonderes Gemach in dem Sterbhaus, unter vorgehängten Pettſchafften ihrer, derer Intereſſenten, insgeſammt, biß zu der Sachen Austrag, in ſichere Gewahrſam gebracht, und biß auf weitere Kayſerliche Verordnung daſelbſten aufbehalten werde; da übrigens Kayſerliche Majeſtät den von dem Grafen Carl Ludwig in dem gedachten Sterbhaus eigenmächtig vorgenommenen Poſſeßions-Actum hiemit caßiret und gänzlich aufgehoben haben wollten: Damit aber auch das ganze Theilungsgeſchäfft ſo vil möglich beſchleuniget werde, hätten

6. die beyde Grafen Carl Ludwig und Wilhelm Heinrich, und deren beyde Schweſtern, ihren ältern Brüdern die in Handen habende mütterliche Donationsſcheine in Originali vorzulegen, ihnen auch allenfalls davon eine beglaubte Abſchrifft zu ertheilen, ſo fort diſe ſothane Schein coram Notario & Teſtibus entweder zu agnoſciren, oder aber ihre etwa dagegen habende Einwendungen, längſtens termino duorum menſium, dahier einzubringen etc.

Den 29. Oct. (1) ergienge ein fernerweites Concluſum, darinn unter anderem das vorige dahin modificiret wurde, daß der verſtorbenen Mutter Bediente, oder diejenige, welche einige Wiſſenſchafft von der Verlaſſenſchafft haben, zu Sicherſtellung der Maſſæ hæreditariæ

(1) l. c. 4. Band, S. 223.

über einige Interrogatorien vor erſt nicht vernommen, ſondern allein nach der von beyden Parthien Anfangs concertirten Eydesformul coram Notario & Teſtibus verpflichtet werden ſollen etc. Kayſerliche Majeſtät könnten auch geſchehen laſſen, daß, wann das Inventarium ordentlich geſchloſſen worden, die in lite nicht befangene Mobilia & Immobilia, und andere Effecten, inter Partes in gleiche Theile getheilet werden etc.

Anno 1747. 28. Jun. (1) wurde weiters unter anderem reſolvirt:

2. Bleibet denen Impetranten frey, ob ſie das Juramentum manifeſtationis in Perſon ablegen wollen; in welchem Fall ſie ſolches in præſentia des Gegentheils, oder deren Bevollmächtigten, coram Notario & Teſtibus zu thun hätten: Widrigen Falles hätten ſie termino duorum menſium ihre Vollmachten ad jurandum ſo gewiſſer einzuſchicken, als in deſſen Entſtehung der gegentheilige Mandatarius ohne längeren Anſtand ad Juramentum zugelaſſen, annebſt mit ſchärfferer Kayſerlicher Verordnung gegen ſie verfahren werden ſolle. = = = So vil

3. das Membrum 5. ultimi Concluſi belanget; ſo wird ſelbiges dahin erläutert, daß Impetrati diejenige Sachen, welche die Mutter ihnen an Kleidungen, Leinengeräth, und an Silber, zu einem neuen Jahr, oder Namenstag, bey Lebzeiten geſchenckt, zu Ergänzung der Erbſchaffts-Maſſa nicht, wohl aber die beyde Käſtlein qu. ſo die Mutter ihrer Tochter Amoná reſp. Anno 1739. und auf ihrem Kranckenbett geſchencket haben ſolle, ſamt denen darinnen befundenen Geldern, oder, woferne diſe baar nicht mehr vorhanden, ſtatt deren ſo vile Obligationen, ingleichem das Zier-vergulde Nachtguth ad Maſſam und in das Inventarium einsweilen, biß ſuper puncto Cautionis die Erklärung und Erkenntniß erfolget ſeyn wird, bringen laſſen ſolle. Belangend den von der Mutter ſchon längſt geſchenckt- und extradirt erhaltenen Antheil des Geſchmucks, hätten beyde Gräflich-Löwenſteiniſche Schweſtern, in vim des per Mandatarium annoch abzulegenden Juramenti, ſothanen Schmuck ordentlich zu ſpecificiren, ſo fort diſe Specification in dem Inventario eintragen zu laſſen. = = =

5. Im übrigen = = werden beyde Theile ernſtlich ermahnet, mit dem Inventario ſo gewiſſer den ohnverweilten Anfang zu machen, als widrigen Falls, auf des renitirenden Theils Koſten, eine Kayſerliche Theilungs-Commißion erkannt werden ſolle. etc.

Anno

(1) l. c. 6. Band, S. 266.

Anno 1748. 16. Aug. (1) ergiengen weitere inhäſiv-Verordnungen; ſonderlich auch wegen der Formul des Manifeſtationseydes, der Caution, u. ſ. w. wobey ich mich aber, nicht länger aufhalten kan.

Das An. 1751. 7. Jun. ergangene Concluſum findet ſich an unten (2) angezeigtem Ort; aus welchem ich diſes einige bemercke: „So vil 3. die Inventariſation des Limburgiſchen Landesantheils anbetrifft; ſo iſt diſer ſo wohl, als was tempore mortis der Erblaſſerin an Effecten, baarem Geld, Früchten, und ſonſtigen Vorrath, ſamt Reſtantien, ſich kürzlich vorgefunden, jedoch ſalvo iure cujuscunque, ad Inventarium zu bringen: Da hingegen ſind die ſeit diſer Zeit genoſſene Fructus davon wegzulaſſen. etc. „

Anno 1754. 15. Jul. (3) ſchloſſe der Reichs-Hofrath endlich, nebſt anderem: „So vil aber 4. den Fortgang der Inventariſation ſo wohl, als auch die ganze Hauptſache betrifft, fiat ex officio & ſumtu communi Commiſſio auf den Grafen zu Hohenlohe-Langenburg, atque 5. - - reſcribatur eidem: Nachdeme Ihro Kayſerliche Majeſtät bißanhero nicht ohne allerhöchſtes Mißfallen wahrnehmen müſſen, daß ſo wenig das Inventariſationsgeſchäfft, als auch die Hauptſache, einen rechten Fortgang gewinne, ſondern vornemlich Impetrantiſcher Seits vilfältig verzögert worden: Nachdeme auch durch das vorgefundene Teſtamentum reciprocum von dem 13. Apr. 1705. nebſt denen nachhero ebenfalls entdeckten weiteren der verſtorbenen Gräfin lezteren Willens-Aufſäzen, ſonderlich den vom 6. Apr. 1755. weniger nicht die kurz geſchehene Intervention, die ganze Sache in andere und neue Umſtände verſezet worden, über welche die Partheyen, wann ſich dieſelbe in Güte nicht vergleichen könnten, zu hören nöthig ſeye; als habe Kayſerliche Majeſtät der Nothdurfft zu ſeyn ermeſſen, endlich die ſo wohl ehedem verſchidentlich, als auch zulezt durch den Intervenienten, vorgeſchlagene Commißion ex officio zu erkennen; wobey Allerhöchſtdieſelbe auf ihn, den Grafen, als einen derer dortigen Umſtände kundigen allerſeitigen nahen Anverwandten, Dero allergnädigſtes Zutrauen gerichtet, ihme aber dabey aufgeben wollen, autoritate Cæſarea vorerſt einen Vergleich, zu allerſeitigem Beſten und Beruhigung, inter Partes zu verſuchen, und denſelben, nach der ihm beywohnenden Begabniß, auf alle Weiſe zu beförderen: Falls aber er verſpührete, daß die Güte nicht Plaz greiffen wollte, ſolle er zwar, an wem

(1) l. c. 7. Band, S. 948.
(2) in meinem Staatsarch. 1751. 9. Theil, S. 34.
(3) ibid. 1754. 2. Band, S. 757.

wem es etwa gehafftet, seinem künfftigen Commißionsbericht mit einfliessen lassen; jedoch sich so dann mit dem Vergleichswesen nicht weiter aufhalten, sondern, ohne Rückfrage, ohnausgesezt zu dem rechtlichen Verfahren schreiten, den Grafen Johann Philipp vor allen Dingen zu dem angesonnenen Juramento manifestationis anweisen, demnächst die Impetranten, Grafen Ludwig Vollrath und Friderich Ludwig, mit dem rechtlichen Verfahren den Anfang machen lassen, und sie nach seinem, des Commissarii, Ermessen, so wohl sonsten, als hauptsächlich über die vier präjudicial-Fragen, welche der Intervenient in der Ordnung erzählet, zu handlen bedeuten, darauf beede Theile gegen einander ordine Juris legitimo biß zum Schluß, kürzlich, doch genüglich, hören, die Documenten, so weit nöthig, dabey recognosciren lassen, und die Sache vollkommen zum Spruch instruiren. Damit aber die Inventarisation dabey nicht ligen bleibe, habe er mittlerweile den Limburgischen mütterlichen Antheil, bey der jezo noch sehr geringen Differenz, nach seinem von ihm billig befindenden Anschlag, in das Inventarium zu sezen, autoritate Cæsarea zu injungiren, die unterschidene Meinungen wegen der Limburgischen Cammer- und Aemter-Restantien aber zu untersuchen, und deßfalls das nöthige eadem autoritate Cæsarea zu verordnen, so dann die Beendigung des besagten Inventarisationsgeschäffts anzubefehlen etc. „

§. 69.

Oettingen. In Sachen, das **Oettingen-Spilbergische** Debitwesen betreffend, resolvirte der Reichs-Hofrath An. 1755. 10. Maj. unter anderem: Bey Anfang des Concurses solle ꝛc. mit Vernehmung der Creditorum, der verstorbenen Fürstin Vermögen von dem Oettingischen separirt, und wegen sothaner Separation ein besonderer Bericht und Gutachten erstattet werden.

Grafen Franz Albrechts zu Oettingen-Spilberg Gemahlin, eine Freyherrlich-Schwendische Erbtochter, so An. 1738. verstorben, machte eine mütterliche Disposition, über welcher hernach Streit entstunde, und der Reichs-Hofrath An. 1743. 30. Maj. ein Mandatum S. C. gegen den Fürsten zu Oettingen-Spilberg erkannte, selbige zu erfüllen. (1)

§. 70.

Reichs-Erb-Truchsessen. In denen **Reichs-Erb-Truchseß-** und Freundsbergischen Ehe-Pacten de An. 1550. liset man: „Wo sie dann in der andern Ehe auch Kinder mit ihrem Gemahl zeugen würde; so soll nach ihrem Absterben solch

(1) v. Freyh. von CRAMER Obs. 1292. Tom. 5. p. 39.

ſolch ihr Gut auf beyder Theil Kinder, wie ſich gebührt, erblich kommen und fallen, alſo, daß einem Kinde ſo vil verfolge und werde, als dem andern; doch ſollen die Kinder der andern Ehe nach Fräulein Catharinä Tod an den 6000. fl. Herrn Heinrich, Erb-Truchſeſſen ꝛc. Wiederlegung, keine Forderung noch Recht haben: So fern ſich aber gefügen würde, daß wohlgemeldtes Fräulein Catharina vor ihrem Gemahl, Herrn Heinrichen, Erb-Truchſeſſen ꝛc. = = = aus diſer Zeit ſcheiden wird; ſo ſoll wohlgemeldter Herr Heinrich, Erb-Truchſeß, ſie hätten mit und bey einander ehliche Kinder überkommen, oder nit, Fug und Macht haben, angeregte 6000. fl. ihr zugebracht Gut und ander ihr ererbet Gut, ſamt den 1000. fl. Morgengab, ob ſie anders dieſelben oder an anderm ihrem Erb angefallenem Gut in ihrem Leben nit verſchafft oder vermacht hätte, (deß ſie doch zu thun gut Fug und Macht hat und haben ſoll,) ſein Lebenlang in Widems-weiß innzuhaben, zu nutzen, die dann nach ihrer beyder Abſterben auf ihre eheliche Kinder, oder, ob ſie dieſelbigen nit verlieſſen, auf ihr beyder Erben, nemlich jeglichs daher es kommen iſt, fallen und kommen. „

§. 71.

In denen Reuß- und Schwarzburgiſchen Ehe-Pacten de Anno 1668. heißt es: „Sollte nun, vor das 8te, = = = des Fräulein Gn. vor Dero herzgeliebten Ehe-Gemahl diſe Welt geſeegnen; ſo bleibet zwar das eingebrachte Ehe-Geld in dem Lehen ohnrückfällig, mit den Paraphernalien aber ſollen die Herrliche Kinder, dafern deren nach GOttes Willen aus diſer Ehe erzielet und annoch am Leben wären, oder, da keine vorhanden, der künfftigen Frauen Gemahlin nächſte Bluts-Freunde, befället werden. „ Reuß.

Nach dem Geſchlechts-Receß von eben diſem Jahr aber hat zwar eine Wittwe, wenn mit ihr, an ſtatt des Viehes, Getreydigs, Bettgewandts und Utenſilien, oder Wittwen-Gerade, auf ein Stück Geldes gehandelt worden wäre, ſolches, wie auch die 500. Gulden Morgengabs-Gelder, wohin ſie will, ihres Gefallens zu verwenden; es wäre aber in dem Heurathsbrieffe mit zu gedencken, daß, auf den Fall mit ihrem Herrn erzeugte Kinder vorhanden, und von ihr dergleichen Verwendung, entweder per diſpoſitionem inter vivos, oder durch einen letzten Willen, nachbliebe, oder auch ſie, die Wittibe, nach ihres Herrn Tod ſich anderweit verehlichte, und in ſolcher andern Ehe gleichfalls Kinder erzilen würde, aus dero Verlaſſenſchafft denen mit dem erſten Marito erzeugten Kindern, ſolche von demſelben herkommende 500. Gulden Morgengabs- ſo wohl auch für die Gerade, Mußtheil,

theil, und andere weibliche Gerechtigkeit, erhaltende Gelder allein, (dargegen dann billig denen Kindern anderer Ehe, was von dergleichen Geld von ihrem Vater herrührete, zu lassen,) verbleiben, das übrige der Wittwen Vermögen aber, so sie hinter sich verlässet, wofern von ihr deßwegen keine sonderbare letzten Willens-Verordnung aufgerichtet, unter ihre Kinder erster und anderer Ehe, nach Erbgangs-Recht, zugleich vertheilet; jedoch ihre eigene Nifftel-Gerade denen Töchtern, so wohl von der ersten, als andern Ehe, oder, wenn keine Töchtere vorhanden, und von der verstorbenen Wittwen oder Gemahlin solche Gerade-Stücke bey lebendigem Leibe beständiger Weise nicht anderstwohin verwendet, denen nächsten Cognatinnen oder Freundin von der Spielmagschafft, welchen solche nach Sachsen-Recht gebühren, abgefolget werden sollten: Doch habe man hierbey das Jus Retorsionis billig in acht nehmen, daß man an diejenige Oerter, aus welchen dergleichen Nifftel-Gerade in die Reußischen Herrschafften nicht abgefolget würde, oder solche daselbst nicht bräuchlich wäre, dahin gleichfalls keine Gerade passiren und abfolgen lassen solle. Wenn eine Gemahlin vor dem Herrn, oder auch zwar nach desselben Tode, jedoch in ihrem Wittwenstand, und also anderweit unverheurathet, Todes verfahren würde, sollen die 4000. Gulden zugebrachtes Heurathgut, oder, so vil desselben Quantum nach der Disposition dises Recesses sich betragen möchte, denen Landes-üblichen Sächsischen Rechten nach, im Lehen unwiderrufflich verbleiben, und darvon ihren Erben und Erbnehmen nichts, weder von ihrem überlebenden Eheherrn, noch von desselben Lehensfolgern, wieder heraus gegeben, sondern vilmehr, da dasselbe gar oder zum Theile noch ruckständig, von ihnen, nebst dem Interesse davon, eingefordert und eingebracht werden, solches auch ein jeder Herr durch Abtragung Lehen-Schulden, oder sonsten, würcklich ins Lehen zu wenden, gehalten seyn. Es wäre auch auf theils jetztgeregten und fernern Fall, wenn nemlich die Gemahlin vor ihrem Herrn Todes verführe, und mit ihme erzeugte Kinder nach sich verliesse, nicht unbillig bey dem Heuraths-Brief mit zu bedingen, daß an ihren also überlebenden Herrn, nebst gedachtem Ehe-Geld, auch die 500. Gulden Morgengabs-Gelder, (daferne selbe Sie, die Gemahlin, bey dero Leben nicht anderer gestalt verschaffen würde,) sampt was sonsten weiter zu ihrem Erbe gehörig ist, fallen, dann nach seinem Tod solche Morgengabs- und Erb-Geldere auf ihrer beeden Kindere Mann- und Weiblichen Geschlechts kommen, die Kleinodien aber, Ketten und Geschmuck, und was zur Nifftel-Gerade gehöret, denen Töchtern, wie das Sachsen-

Recht

Recht vermag, alleine verbleiben, oder, da derselben keine vorhanden, und solche Gerade-Stücke nicht etwan denen Söhnen, oder ihren Ehe-Gemahlen, zu Recht beständiger Weise von Ihr actu inter vivos übergeben und zugeeignet wären, solches ihren nächsten Freunden von der Spielseiten, jedoch mit der Observanz des Juris Retorsionis, wie oben gemeldet, vererbet seyn sollen.

Wie ferne die abgefundene Herrn von Zurückfallung der Wittume, oder Alienations- und Dotal-Gelter ins Lehen participiren sollen? davon handelt der Geschlechts-Receß de An. 1690. §. 25.

Anno 1731. entstunde in der Gräflich Schlaizischen Linie die Frage: Ob ein Sohn zweyter Ehe seiner Mutter Heurath-Gut als mütterliche Erbschafft ansprechen könne? Der regierende Primogenitus erster Ehe excipirte: Daß solches Geld ins Lehen verwendet und es dabey, per Pacta Familiæ, sein Verbleiben haben müsse, daß es auch bey dem Lehen schlechterdings zu lassen, mithin der Sohn zweyter Ehe diserhalben nichts zum Voraus aus dem Lehen zu fordern berechtiget seye. Die JCti zu Halle (1) hielten davor: Daß der Postgenitus etwas aus dem Lehen, des Heurath-Guts seiner Mutter halben, zu fordern nicht befugt seye.

§. 72.

Was in denen Schönburgischen Ehe-Pacten wegen der Gemahlinnin Verlassenschafft vorzukommen pflegt? siehe zum Theil im T. Staater. *Lib. 3. Cap. 113. Sect. 3. §. 74.* Ferner heißt es: „Da aber, vors 8te, das Hochgräfliche Fräulein, nach gehaltenem Beylager, vor Herrn N. N. mit Tode abgehen sollte, = = = und über Verhoffen keine erzeugte Kinder verhanden wären; so soll es mit denen zugebrachten 4000. fl. Ehegeld und 1000. fl. Morgengabe (wann die seelig-Verstorbene hierüber nichts anders disponiret hätte,) auf alle und jede Fälle, sie mögen sich begeben wie sie wollen, nach denen gemeinen Rechten und Landes-Brauch gehalten werden; mit dem übrigen an Paraphernalien, Gerade, Schmuck, und andern Eigenthum, aber verbleibet es bey der Disposition der Sächsischen und gemeinen Rechte: Da aber ehliche Kinder, Söhne oder Töchter, vil oder wenig, erzeuget und am Leben wären, soll ihnen von aller ihrer Mutter Verlassenschafft die Legitima, nach der Ordnung derer Kayserlichen und allgemeinen Reichs- und Sächsischen Rechte, gegeben werden, die Gerade und Schmuck aber denen Töchtern allein vollständig gelassen, oder, da keine Töchter vorhanden, der Gräflichen Frau Mutter, oder auch, auf Schönburg.

(1) vid. Consil. Halens. Tom. 2. Lib. 2. p. 1909.

ihren tödtlichen Abgang, denen Fräulein Schweſtern, und nächſten Anverwandten, (es ſey dann, daß hochgedachtes Fräulein bey ihrem Leben deßwegen zu Recht beſtändiger Weiſe ein anders diſponirt,) verbleiben.„ MEIER (1) mercket dabey an: Maritus eſt Hæres mobiliaris Uxoris: - - Si igitur Dos in pecunia numerata aut aliis Mobilibus conſiſtat, ea poſt mortem Mulieris ſuperviventi Marito cedit, - - ita, ut nec Uxor de Dote ante mortem Mariti libere diſponere poſſit, quod per verba Pactorum: Wenn die ſeelig-Verſtorbene hierüber nicht anders diſponiret hätte, videtur quidem immutatum; certe tamen credo, hæc verba de terminis habilibus intelligenda & ad Morgengabam ſaltem referenda eſſe. Melius autem eſſet, ſi in hac parte Pacta dotalia immutarentur, cum hoc nihilominus dubitationibus anſam præbere poſſit. - - Paraphernalia, ſi in rebus mobilibus conſiſtant, poſt mortem Uxoris lucratur Maritus, - - ſi vero in rebus immobilibus, nihil de iis accipit. - - Licet itaque in Pactis dotalibus Schœnburgicis in genere dicatur: Daß das übrige NB. insgeſamt dem Herrn Vater verbleiben ſolle, hoc tamen iterum in terminis habilibus, nempe de Mobilibus, non de Immobilibus, intelligendum, quod ſatis innuunt verba: Nach der Ordnung der Kayſerlichen und allgemeinen Reichs- und Sächſiſchen Rechte. Nec obſtat, quod in his verbis Jura Cæſarea Saxonicis anteponantur, quia - - in Ditionibus Schœnburgicis obtinet Jus Saxonicum, & eo demum deficiente recurritur ad Jus commune ſeu Cæſareum.

§. 73.

Solms. Solmſiſche Ehe-Pacta de An. 1534. welche von der Gemahlin Verlaſſenſchafft diſponiren, ſihe im T. Famil. Staator. *l. c. §. 89.* In diſen Pactis lautet es weiter: „Und ſo dieſelbige zwey Eheleute ehelich beygelegen, wo dann ſie Erben mit einander überkommen, (als zu GOtt zu hoffen iſt,) die nach ihrer beyder oder Eines Tode im Leben wären, ſo ſollte das fürgemelte alſo im Leben wäre, Zu- und Gegen-Geld zuſtehn nach Lands-Gewohnheit, und gemeinen Rechten ererbet ſeyn; würde aber Graf Philips, ſein ehelich Gemahl, Unſere Tochter und Schweſter fürgemelt, überleben, und ſie nit Kinder, die ſie mit einander ehlich gehabt, hinter ihnen verlieſſen; ſo ſollten ihren Erben ihr zugebracht Geld, nemlich 6000. Gulden, ihren recht nächſten Erben vom Stamme Tecklenburg binnen nächſtfolgender Jahrs-Friſt wieder geliſert und zugeſtellt werden.„

Anno

(1) in Comment. ad hæc Pact. dotal. p. m. 44. ſeq.

Anno 1724. ware im Hauſe Solms-Laubach die Frage: Ob die Erb-Portion, welche Graf Friderich Ernſt von ſeiner Mutter geerbet, jezo deſſen beeden jungen Herrn als ein activ-Capital zugetheilet, oder insgemein ins Erbe ſub nexu Fideicommiſſi, geworffen werden ſolle? Reſponſum: (1) Daß die Erbsportion von den Maternis Graf Friderich Ernſts denen ſamtlichen Kindern, jedoch ſub cautione, zu gleichen Theilen, als ein Fideicommiß, zu geben ſeye, über welches Graf Friderich Ernſt, als fiduciarius Hæres, nicht diſponiren mögen.

Nach Abſterben Carolinä Adolphinä Gräfin zu Solms-Laubach, gebohrener Prinzeßin zu Naſſau-Siegen, entſtunde wegen deren Erbſchafft ein Proceß am Reichs-Hofrath zwiſchen dem Grafen zu Solms-Laubach, ſo dann der Prinzeßin Wilhelmine Charlotte Louyſe zu Naſſau-Siegen und Conſorten: An. 1755. aber verglichen ſie ſich.

§. 74.

Stollbergiſche Ehe-Pacten de An. 1499. darinnen von der Gemahlin Verlaſſenſchafft diſponiret wird, ſiehe im T. Famil. Staater. Noch findet ſich darinn: „Desgleichen würdees ſich fügen, daß die obgedachte Tochter von Königſtein eher, wann Graf Bott von Stollberg, ohne Leibes-Erben, von ihrer beyder Leib gebohren, abgehen würde; ſo ſollte Grafe Bott und Grafe Heinrich, ſein Bruder, und ihrer beyder Leibes-Erben von Stollberg, bey der Zugifft, und was von der Tochter von Königſtein darkommen wäre, geruhiglich bleiben.„ Stollberg.

§. 75.

Anno 1557. verglichen ſich die Grafen zu Waldeck unter einander: „Was = = die Frau Mutter, unſer freundlich liebe Mume und Gevatterin, nach ihrem tödtlichen Abgang, an baarem Gelde nachlaſſen würde, daß ſoll Grafen Philipſen zum dritten Theil zuſtehen und folgen, und von dem Silber-Geſchirr, das Ihre Liebden nachlaſſen werden, Graf Johann Grafen Philipſen fünf vergüldte Köpf reichen und geben.„ Waldeck.

Was in der Waldeckiſchen Wittums-Verſchreibung de Anno 1575. wegen der Gemahlin Verlaſſenſchafft verſehen iſt, ſiehe *l. c.*

Was in denen Waldeckiſchen Ehe-Pacten de An. 1604. wegen der Gemahlin Verlaſſenſchafft diſponiret worden iſt? ſiehe abermals *l. c.* deme noch diſes beyzufügen iſt: „Wird aber wohlermeldtes Fräulein eher, dann wohlermeldter Graf Chriſtian ꝛc. mit Tod abgehen; ſo ſolle Sr. Liebden auf dem zugebrachten Heurath-Geld oder Eheſteuer dero Lebenlang den Beſitz und Leibzucht haben; Nach Sr. Lbden Abſterben aber, wofern wohlermeldtes Fräulein, wie vorangeregt, ohn

(1) vid. Conſil. Halenſ. Tom. 2. Lib. 2. p. 1584.

Leibs-Erben Tods verfahren würde, daſſelbig auf Ihrer Lbden nächſte männliche Erben aus dem Haus Naſſau ꝛc. wieder fallen, und ohne Intrag ihres Herrn Erben, denſelbigen innerhalb Jahrs-Friſt, vermög obangeregter Verſprechung, gefolgt und gelifert werden: Wo aber vil wohlermeldte Eheleute, ꝛ ꝛ ꝛ Kinder, von ihnen ehlichen erzielet, im Leben hinterlaſſen würden, alsdann ſoll das zubracht Heurathgeld, ſamt dem andern mütterlichen Nachlaß, den Kindern und deren Erben bleiben, und nit wider zurückfallen, ſondern dißfalls die Ordnung der gemeinen beſchribenen Kayſerlichen Rechte gehalten werden. „

Anno 1727. klagte die verwittwete Gräfin Johannetta zu Waldeck gegen den regierenden Fürſten zu Waldeck am Reichs-Hof-Rath, mit Bitte, pro decernenda Manutentione Poſſeſſionis in Bonis Dotalitii, donec de Dote aliisque rebus illatis proprietariis & Melioramentis plenarie ſatisfactum fuerit, - - & eventualitee reſcribendo Conſervatoribus de manutenendo. &c. Der Reichs-Hof-Rath reſolvirte darauf An. 1728. 10. Jan.

1. Cum inclusione hujus reſcribatur dem Herrn Fürſten zu Waldeck: Impetrantin wegen ihrer beſcheinigten Anforderung, zu Bezeugung ſeiner Billigkeits-Liebe, völlig zu befriedigen, und, wie es geſchehen, bey Ihrer Kayſerlichen Majeſtät innerhalb zwey Monaten anzuzeigen.
2. Reſcribatur dem Herrn Land-Grafen zu Heſſen-Caſſel: Nachdeme bey Ihro Kayſerlichen Maj. die verwittibte Gräfin Johannetta zu Waldeck in einem unterm 18. Aug. letzthin eingereichten Memorial demüthigſt anſuchen laſſen, proviſionaliter allergnädigſt zu erkennen, daß, auf ihren erfolgten tödtlichen Hintritt, dero Söhn und Töchter den Wittums-Sitz und Gefäll, ehe und bevor ihnen die Mütterlicher Seits eingebrachte 8000. Gulden Dotal-Gelder, ſamt Meliorationen des Wittums, und andern eigenthümlich ihr zuſtehenden Stücken, wiederum ausgelifert, abzutretten nicht verbunden, ſondern in würcklicher Poſſeſſion zu behalten, und ſich alſo biß dahin des Juris retentionis zu erfreuen, befugt ſeyn ſollten; ſolches demüthigſte Mütterliche Anruffen auch, als auf die gebührliche Sicherheit ihrer künfftig hinterlaſſenden Erben, wegen unzweiflicher Bezahlung derer ihnen anfallenden ſämtlichen Mütterlichen Sprüchen und Forderungen, ſo vil ſie nemlich deren alsdann, wie Recht, liquidiren werden, und des deßhalben befugten ungeſtörten Gebrauchs des Juris Retentionis & Inſiſtentiæ abzilend, der Billigkeit gemäß iſt; als wollten

ten allerhöchſtgedacht Jhro Kayſerl. Majeſtät dem Herrn Land-Grafen zu Heſſen-Caſſel, aus beſonderm gnädigſten Vertrauen, Krafft diſes committiren, auch genugſame Macht und Gewalt ertheilen, genaues und ſorgfältiges Aufſehen zu tragen, damit nach Abſterben ernannter verwittibten Gräfin zu Waldeck ihre Söhne und Töchter beym ungekränckten ruhigen Mütterlichen Wittums-Sitz und Gefällen-Genuß, biß zu erlangter gänzlichen Abſtattung derer ererbten Mütterlichen Anforderungen, was ſie davon der Gebühr in continenti liquidiren und darthun können, oder, in Ermanglung gütlichen Vertrags, vermittelſt rechtlicher Erkänntniß pro liquido erkläret worden, verbleiben, und zu dem Ende alle an Seiten des Herrn Fürſtens wider Verhoffen unternehmende Thätlichkeiten und Turbationen, auf eingekommene Nachricht, alſofort, und ohne einige Verzögerung und Ruckfrage, auf deſſelben Koſten, auch mit Zuziehung bewehrter Hand, ſo offt es nöthig, gänzlich wiederum abgeſtellet werden mögen, und ſolchemnach die Beobachtung diſer Kayſerl. Manutenenz-Commiſſion ſich beſten Fleiſſes angelegen ſeyn zu laſſen, auch ſeine Willfährigkeit in denen künfftig ſich etwa begebenden angedeuteten Fällen an Jhro Kayſerliche Majeſtät binnen zwey Monaten zu berichten.

3. Notificetur diſe Kayſerliche Verordnung dem Herrn Fürſten zu Waldeck dahin: Wiewohlen Jhro Kayſerliche Majeſtät Sich zu demſelben gnädigſt verſehen, er werde, auf begebendes künfftiges Abſterben der Implorantin, von allem beſorgenden eigenmächtigen thätlichen Fürnehmen wider ihre hinterbleibende Kinder, ſo lange diſe wegen ihrer, auf vorgängige Liquidation, als richtig, entweder gütlich ſelbſt-anerkannten oder mit Richterlicher Determination dafür erklärten Mütterlichen Forderungen und Sprüchen die vollkommene Abfertigung nicht bekommen, ſich, erheiſchender ſeiner Obligenheit nach, ohne Erinnern enthalten, und zum Præjudiz des ihnen, biß zu erfolgter gänzlichen Befridigung, im Wittums-Sitz und Gefällen-Genuß zuſtehenden Juris Retentionis & Inſiſtentiæ nichts verhängen; ſo hätten jedoch allerhöchſt-Dieſelbe ihne hiermit zu Erfüllung des Kayſerlichen allergnädigſten Willens und Anordnung inſonderheit Reichs-Väterlich ermahnen wollen, damit der Herr Land-Graf zu Heſſen-Caſſel denen hierwider angefochtenen Mütterlichen Erben ſodann den Nachdruck der Kayſerl. Aſſiſtenz auf ſeine,

des

des Herrn Fürſtens, Koſten zu verſchaffen, nicht verurſachet und gemüßiget werden möge.

§. 76.

Wied. Anno 1613. paciſcirten die Grafen von **Wied**: „Dasjenige aber, ſo ihnen (denen Töchtern,) von der Frau Mutter hero gebühren würde, ſoll ihnen nicht vorenthalten, ſondern jederzeit unweigerlich gefolgt und gehandreichet werden. „

Graf Hermann zu Wied diſponirte An. 1624. „Wir laſſen auch Unſerer Gemahlin allen völligen Gewalt und Macht frey und bevor, über dasjenige, was Wir Ihr Lbden durch diſe Unſere Teſtamentariſche Verordnung, auch ſonſten per Pacta dotalia, Donationes, Verſchreibungen, und anderer Geſtalt, zugelegt, gegeben und aufgetragen haben, oder Ihr Lbden ferner künfftiger Zeit zulegen, geben und verlaſſen werden, wie auch die von Uns herrührende Acquiſita, was deren Ihr Lbden gegeben, oder vermacht, unter Unſern Kindern, ſo von Uns beyden erzeugt, nach gutem Willen und Wohlgefallen, zu teſtiren und einem Kind vor dem andern, beſten Ihr Lbd. Gefallens, zu gratificiren: Da aber nach Unſerm tödtlichen Abgang Unſere geliebte Gemahlin ſich anderwärtlich verheurathen wollte; ſo begehren Wir und iſt Unſer gänzlicher Will und Zuverſicht, Ihre Lbden werden eine Halbſchied deſſen allen, wie obgedacht, und was von Uns herrühret, Unſern mit einander erzeugten Kindern eigenthumlich laſſen, und die andere Halbeſchied, weiter aber nicht, zu ſolcher zweyten Ehe an- und zubringen; wie Wir ſolches Unſerer Gemahlinn fideicommiſſarie anvertrauen, auch gänzlich begehren und verordnen, daß Unſern Kindern der Eigenthum ſolcher Halbſchied nicht abgenommen, noch in einige Wege entzogen werden ſolle. „

§. 77.

Witgenſtein. Graf Ludwig zu **Witgenſtein** der ältere meldet in ſeinem An. 1601. verfertigten Codicill: „Nachdem auch mehr-wohlgedachter meiner herzlieben Gemahlin ſeeligen Kleinodien, Silber-Geſchirr, und anders zur Zeit Ihrer Lbden Abſterben, beſchehenem Begehren nach, allbereits geſchwiſterlich getheilet worden; ſo iſt es auch hiebey billig zu laſſen. „

In denen Witgenſtein- und Naſſauiſchen Ehe-Pacten de An. 1609. heißt es: „Würde ſichs aber zutragen, daß vilberührt Fräulein vor wohlgedachtem Graf Wilhelm mit Tod würde abgehen und eheliche Leibs-Erben nach ſich verlieſſe, und die Morgengab unverſchafft bliebe; ſo ſoll nächſtgemeldter Graf Wilhelm ſein Lebenlang darauf den Beyſitz und Nieſſung haben, aber der Eigenthum ſolcher Morgengab, wie auch

Klei-

Kleider, Kleinodien, und anders, ſo ſie dargebracht, den Kindern vorbehalten ſeyn und bleiben: Woferne ſie dann keine Kinder nach ſich laſſen würde, und ohnteſtirt mit Tod abgienge; ſo ſoll dieſelbe Morgengab zuruck, daher ſie kommen, eigenthumlich wiederfallen; aber das Heurath-Gut, Baarſchafft, Silber-Geſchirr, Kleider und Kleinodien, ſo vil ſie deſſen dargebracht, oder, als obſtehet, erzeugt, und was Ihr wegen der errungenen Fahrnuß oben zugeeignet, deſſen ein Inventarium ſoll aufgericht und alles treulich beſchriben werden, gleichermaſſen bey Graf Wilhelmen ſein Lebenlang in ſeinem Brauchen und Nieſſung, (doch unverruckt,) bleiben, und nach ſeinem Tod wohlgemeldten Fräuleins nächſten Erben zu- und heimfallen; dafür dann obgemeldte 3. Kirſpel, mit allen Zugehörungen, in ſpecie, und in genere alle andere Graf Wilhelms zu Sayn und Witgenſtein eigenthumliche Herrſchafft, Baarſchafft, bewegliche und unbewegliche Güter, wie und wo die auch gelegen, oder zu befinden, ſintemal offtangeregte 3. Kirſpel, wie oben gemeldt, Pfälziſch Lehen ſind, biß zu völliger Entrichtung, hypothecirt, unterpfandet und verſchriben ſeyn und bleiben ſollen, alſo und dergeſtalt, da die Liferung und Entrichtung ſollt verzogen werden, (das doch nicht ſeyn ſoll,) daß alsdann mehr-wohlgedachtes Fräulins Erben ſich zu ſolchen Unterpfanden nähern und halten mögen, biß ſo lang die Summa Gelds und anderes vorbeſtimmet davon allerdings erledigt, ausgericht und bezahlet iſt. „

In dem Witgenſteiniſchen Erb-Vertrag de An. 1635. heißt es: „Als, zum Achten, des Hoch-wohlgebohrenen Grafen und Herrn, Herrn Georgens des jüngeren, Grafen zu Sayn und Witgenſtein, Gn. über dero jährlichen Deputat, auch ihr Antheil an dero Frau Mutter ⁂ Verlaſſenſchafft, und inſonderheit an 8000. fl. Heurathgut, geſucht; iſt von beyden Herrn Gebrüdern ⁂ vor billig erkannt worden, in ſolchem Suchen deroſelben zu willigen, und Ihro Gn. dero Anpart an allem müterlichen folgen zu laſſen. „

In Sachen einer verwittweten Gräfin von Witgenſtein gegen die Agnaten ſprache das Cammergericht An. 1766. (1) „Daß die von Frau Klägerin (4) producirte Ehepacten für gültig und rechtsbeſtändig zu erklären; in deren Gefolg

1. alle weyl. des Herrn Grafen Carl Wilhelm Guſtavens bey ſeinem Tode vorhanden geweſene Meubelgüter;

2. von deſſen ingleichen bey ſeinem Ableben vorräthigen ſamtlichen

(1) Freyh. von Cramer Nebenſt. 63. Theil, S. 12.

chen Vermögen, (die zum Gräflichen Haus Sayn und Wittgenstein gehörige Stamm- und Fideicommiß-Güter ausgenommen,) die Nuznieſſung auf Frau Klägerin lebenslänglich, gegen von derſelben wegen Rückfall denen Eigenthumserben zu leiſtende Caution;

3. von der von beyden Eheconſorten währender Ehe gemachten Errungenſchafft die Halbſcheid, wenn ſie ſolche zuforderiſt gegen einander conferiret, eigenthümlich, von der andern Halbſcheid beſagter Errungenſchafft aber ebenfalls gedachter Frau Klägerin Zeit Lebens die Nuznieſſung, zuzuſprechen = = = ſeye. „

§. 78.

Yſenburg. Anno 1676. ergienge beym Cammer-Gericht, in Sachen: Johann Ernſtens, Grafens zu Yſenburg, jeze deſſen nachgelaſſener Wittib und Vormünderin, wider Johann Ludwigen, Grafen zu Yſenburg, eine Urthel, unter anderem des Innhalts: „Wofern Dr. G. diſer Sachen Beſchaffenheit nach, daß Dos qu. nicht würcklich eingebracht, noch mit der Agnaten Conſens auf die dem Fideicommiß einverleibte Güter verſichert ſeye, beweiſen wird, (worzu ihme obbeſtimmte Zeit, unter vorberührtem Præjudicio, pro termino & prorogatione von Amtswegen angeſezet,) daß ſolches gehört werden, und auf ferner Anruffen alsdann ergehen ſoll, was recht iſt. „

Anno 1680. ſprache das Cammer-Gericht, daß Graf Wilhelms Otto zu Yſenburg allodial-Erben ſeiner Gemahlin Heurath-Gut aus dem Allodio bezahlen ſollen; mit dem Anhang: „Dafern aber ſolches Eigenthum nicht erklecken, und Frau Klägerin durch ſich, oder ihren darzu abſonderlich gevollmächtigten Anwald, einen Eyd zu GOtt und auf das heilige Evangelium ſchwören wird, daß ſie veſtiglich glaube, auch niemahlen anders gehört, noch aus ihren Brieffſchafften, (deren ſie keine weder durch ſich noch durch andere ab Handen gebracht habe,) nach fleißiger Durchleſung erſehen, als daß diſes Heurathgut würcklich eingebracht worden ſeye, daß alsdann Herr Beklagter ihr, der Frau Klägerin, daſſelbige wieder zu erſtatten und auszurichten, ſchuldig ſeyn ſolle. „

§. 79.

Unbenahmste Fälle. Nun will ich noch einige hin und her angetroffene Fälle anführen, von welchen ich jezo nicht ſagen kan, oder auch nicht mag, was für Häuſer ſie berühren.

Bey Beiern (1) findet ſich diſer Caſus: Virgo quædam, Princeps Sereniſſima, Sponſo Principi 20000. uncialium Dotem attulerat,

(1) Diſs. de Legat. Liberat. ab indebit. §. 1. Opuſc. p. m. 183.

lerat, ſibique Dotalitium in Saxonia conſuetum, quadruplices quotannis uſuras continens, ſtipulata erat, adjecta cautione, ut, ſi Sponſa absque prole diem ſuum ante, quam Maritus Sereniſſimus, obiret, Dos ipſa ad Cognatos defunctæ reverteretur; quæ clauſula in eum eventum, ſi Liberis relictis Uxor Principis decederet, repetita non inveniebatur. Matrimonium iſtud feliciſſimum morte Mariti, poſtquam ipſe Filium & aliquot Filias inde ſuſtulerat, dirimebatur, quem demum Vidua, accepto per complures annos Dotalitio, ſecuta eſt, relicto Teſtamento, in quo ipſa caverat, ut ex ejus hæreditate Filius Princeps nominatim haberet Dotem 20000. uncialium à Teſtatrice ad Maritum prædefunctum illatorum. Controverſiam hoc Legatum inter Hæredes excitabat, Filio Principe quantitatem in teſtamento ſcriptam, ex bonis maternis petente, Filiabus contra non quantitatem, ſed liberationem ſolam legatam eſſe, contendentibus. Utraque pars in ea erat ſententia, Dotis reſtituendæ debitum à Dotalitio Viduæ Matri diu præſtito abſorptum evanuiſſe. - - Omnis ergo dubitatio eo redit: An Legatum liberationis, adjecta debiti quantitate, nullum ſit, Legatarius nihil debeat? an vero quantitas legata ex bonis Legantis præſtanda ſit? In unten (1) angeführter Schrifft heißt es: Diſes Legat ſeye von der Juriſten-Facultät zu Witteberg abgeſprochen, und die Sache endlich per Compromiſſum ausgemacht worden.

In denen von Joh. Frid. HOFFMANN ans Licht geſtellten ſelectiſſimis Juris Reſponſibus kommt auch die Frage vor: Ob eine gewiſſe gebohrene Marckgräfin ihr Heurathgut à 9000. fl. ihrem Gemahl habe vermachen können? und es heißt: Die Marckgräfin habe von ihrem Heurath-Gut nicht teſtiren, noch daſſelbe von ihrem Hauſe in andere Hände verwenden können.

Der Herr von LUDOLF (2) führet diſen Fall an: Filia illuſtris, Marito elocata, accepta Dote, renunciavit paternæ maternæque hæreditati, interpoſita fide loco juramenti, conſentiente Marito, nulla facta reſervatione, quam ſi Familia maſculina eſſet extincta. Moritur Pater inteſtatus, Liberis Maſculis non relictis, ſed Succeſſoribus Fratribus, quærebatur: an Filiæ eſſet jus petendi hæreditatem - - - maternam? - - Reſponſum: Neque defectum jurisjurandi ſolennis renunciationem reddere irritam, neque de læſione in Legitima Filiam jure conqueri, cum Dos in locum Legiti-

(1) In GRIBNERS Diſs. über die Jurispr. priv. ill. p. 152. 320.
(2) l. c. p. m. 82. n. 8.

gitimæ ſuccedat, cujus quantitatem ſtatuere in arbitrio ſit Familiarum. Recte omnino.

Ferner erzählt der Herr von LUDOLF (1): Lecta fuit in Pactis Dotalibus hujusmodi cautio: Sponſa, cum conſenſu Sponſi, anno poſt Nuptias renunciaturam ſe promittit paternæ, maternæ fraternæque hæreditati, reſervata fruitione ejus, quod Donatione vel Teſtamento ei foret tributum. Defuncta ante factam Renunciationem Matre, hæreditatem maternam cum Fratribus petit etiam Soror. Obtendit, Pactum de renunciando non æquipollere Renunciationi; Dotem, cum paciſceretur, nondum fuiſſe numeratam: eſſe etiam Jure prohibitum: tandem, ſe certiorem de Jure ſuo non redditam: ultra dimidium læſam, & quæ aliæ ex Romano Jure adferri poterant ſubſidiariæ rationes. Reſponſum fuit: Nihil tam congruum eſſe fidei humanæ, quam, quæ inter eos placuerint, cuſtodire. Ad promiſſionem itaque de renunciando implendam recte compelli Filiam, imo promiſſionem habendam eſſe loco factæ renunciationis, KELLENBENZ *quæſt. 8. Num. 8.* fidem interpoſitam juramento æquipollere. Juramentum ad vim Renunciationi addendam non requiri, niſi expreſſa Lege hæc ſolennitas introducta; & moribus Germanorum opus non eſſe jurejurando, *num. 64.* imo nec Jure civili, ſi fiat renunciatio non ſolum Patri, ſed etiam Fratri, *num. 79.* neque Canonico Jure requiri ſolenne jusjurandum, *num. 100.* neque ut certior fiat Filia, eſſe neceſſarium, ſi Patri fiat Renunciatio. *num. 105.* Pactum ut habeat effectum, ſufficere promiſſionem Dotis, *num. 109.* neque impedire Renunciationis vim, quod ex paternis, non maternis, facultatibus Dos ſit profecta. *num. 111.* Neque Dotis quantitatem ex Legitima Juſtinianea eſſe æſtimandam, *num. 118.* unde & fruſtra de læſione enormi filiam conqueri, *num. 162. 170.* - - Ita conſuluit A. 1621. Scabinatus Coburgici nomine, ejusdem Ordinarius Andreas GERHARDUS.

Dotalitium, ſchreibt endlich der Herr von LUDOLF auch noch, (2) erat conſtitutum modo plerumque uſitato, quem ſupra mediocrem diximus. Dotis reſtitutio Viduæ Hæredibus promiſſa. Contenta fuit Vidua tenuioribus reditibus, ſuperfluis ſumtibus & lautiori vitæ forte non adſueta. Agnati Succeſſores, quorum conſenſum ut expeteret Maritus, vel neceſſarium non putaverat, vel morte

(1) l. c. p. m. 86. n. 35.
(2) l. c. p. m. 118.

morte erat præventus, reſtitutionem Dotis Hæredibus Viduæ negant, ad regulam provocantes, quæ Dotem per Dotalitii uſumfructum vult abſorberi. Reponunt Hæredes, conditionem Agnatorum non eſſe redditam deteriorem, cum leviori reditu contenta fuerit Vidua, & reſtitutionem Dotis hodie conſuetudinis eſſe communis. Ultima ratione juvari Hæredes exiſtimo, probata Familiæ conſuetudine; univerſalem enim eſſe dici non poteſt. Prior ratio non majorem habebit vim, ſi pacto ſecuto non fuit effectum, ut redituum quantitas promiſſa non poteretur. Non enim negabitur Hæredibus reſiduum, & uterentur contra Agnatos jure compenſationis. Si vero Pactum interceſſit de non petendo, ſive cum Marito, ſive Filio, & conſuetudine Familiæ Dos abſorbetur per Dotalitium, Agnatis Succeſſoribus ideo, quod Vidua quantitati promiſſæ renunciaſſet, præjudicium fieri, ceu negotio inter alios acto, Juri, quo utimur, non foret conſentaneum. Non ergo ſemper conſultum, ea, quæ jure peti poſſunt, non exigere. Poterat Vidua, ſi ipſa non indigeret, alios beneficiis ſibi obſtringere. Integrum etiam erat, Pacto jus petendi integram quantitatem reſervare, ſi ad Agnatos devoluta eſſet Succeſſio.

In denen Conſiliis Halenſibus (1) findet ſich ein Reſponſum über diſen Fall: Es haben zwey Fürſtliche Perſonen Ehe-Pacten errichtet und darinn 1. abgeredt: „Sollte aber, nach GOttes Willen, die künfftige Gemahlin vor Dero Gemahl verſterben; ſo ſoll dasjenige, was dieſelbe an Kleidung, Geſchmuck, Kleinodien, Silber-Geſchirr und Paraphernal-Gut hinterlaſſen wird, und dieſelbe nicht bey dero Leben verſchenckt, oder per Teſtamentum anderer Geſtalt verwendet hätte, (wie ſolches in ihrem freyen Willen ſtehet,) das ſoll auf dero hinterbleibende Leibes-Erben, Söhne oder Töchter, zugleich, oder, im Fall keine Kinder vorhanden, auf diejenige, denen es nach Verordnung gemeiner Sächſiſchen Rechte gebühret, (auſſer was Dero Herr Gemahl an Geſchmuck und anderen Stücken in währender Ehe geſchenck et, welches alles Deroſelben wieder zurückgehen ſoll,) kommen und fallen.„ Nachdeme nun die Gemahlin zu erſt verſtorben und verſchidene Kinder hinterlaſſen, entſtunde Zweifel: 1. Ob unter den in §. 8. berührten Stücken, welche dem Herrn Wittwer zufallen ſollen, auch dasjenige zu verſtehen ſeye, was die Frau Gemahlin ſich von den Hand-Geldern und Weyhnacht-Geſchencken an Meublen und anderem angeſchafft, oder ob nicht vil mehr ſelbige de-

(1) Tom. 2. Lib. 1. p. 1180.

nen hinterlaſſenen Kindern zugehören? Reſp. Daß denen Leibes-Erben der Fürſtlichen Gemahlin alle ihre Bona mobilia jure hæreditario vi Pactorum gehören, an den Viduum aber mehr nicht, als was er, auſſer denen in Ehe-Pactis bedungenen ordentlichen neuen Jahrs-Geſchencken, ſeiner Gemahlin in annoch vorhandenen Stücken zugewendet und geſchencket, wieder zurückgehen ſolle. 2tens wurde gefragt: Ob der Trau-Ring von dem Viduo hierunter genommen werden möge, oder aber denen Leibes-Erben der Gemahlin verbleiben ſolle? Reſp. Daß der Trau-Ring à Viduo nicht wiederum zurückgefordert werden möge, ſondern, denen Rechten nach, der verſtorbenen Gemahlin Leibes-Erben billig verbleibe. 3tens wurd gefragt: Ob Viduus dasjenige, was er ſeiner Gemahlin conſtante Matrimonio geſchencket, und ſich den Rückfall davon bedungen habe, von einem Tertio, dem es die Gemahlin wieder geſchencket, fordern und vindiciren möge? Reſp. Ser. Viduus ſeyen denen Rechten nach nicht befugt, die von ſeiner Gemahlin veralienirte Stücke à Tertio zu vindiciren.

Vor mehreren Jahren beantwortete ich nachſtehenden Fall dergeſtalten: Quæritur: 1. Wann in einem hohen Haus durch Familien-Pacta eingeführet iſt, daß eine Tochter, gegen Erhaltung ihrer Dotal-Gelder, aller Väter- Brüder- Mütter- und Schweſterlichen Erbſchafft renunciren ſolle, eine ſolche Tochter heurathet aber zwar, es wird jedoch in vilen Jahren die würckliche Renunciation von ihro nicht exigirt, darüber exiſtirt der Erbſchaffts-Fall, ob es nicht pro diſpenſatione Pactorum Familiæ zu halten ſeye, und ſie mit erben könne? Ich præſupponire: 1. Daß die Pacta Familiæ ſo beſchaffen ſeyen, daß, wann ſelbige gleich auch von dem Kayſer nicht confirmirt wären, doch, wenigſtens in diſer Materie, nichts erhebliches dagegen eingewendet werden könne, 2. daß nicht per Pacta poſteriora, oder doch per contrariam obſervantiam, wieder davon abgewichen worden ſeye. Hiſce præſuppoſitis nun, halte ich dafür: Es ſeye nicht pro Diſpenſatione zu achten, und eine ſolche Tochter könne deßwegen doch nicht mit erben, ſo gar, daß wann ſie ihr Heurathgut, ꝛc. auch nicht erhalten hätte, ſie doch nicht weiter, als daſſelbe, nebſt dem Intereſſe, prætendiren könnte. etc.

2. Quæritur: Wann zwar ein ſolches Familien-Pactum vorhanden, hingegen in nachhero errichteten, auch von der Familie mit-unterſchribenen, Ehe-Pacten von dergleichen Renunciation auf die mütterliche Erbſchafft nichts enthalten iſt: Ob nicht wenigſtens daraus ſo vil folge, daß eine ſolche Tochter Succeſſions-fähig ſeye? Reſp. 1.

Kommt

Kommt es auf die Einſicht ſolcher Ehe-Pactorum überhaupt an: Ob ſolche von Rechts-verſtändigen Perſonen und in Rechtsüblicher Form, oder, wie es jezuweilen gehet, nur ſo von guten der Sache nicht gewachſenen Freunden, entworffen worden ſeyen? weil lezteren Falles die Præſumtio um ſo ſtärcker iſt, daß man dadurch nicht von denen Familien-Pacten habe abgehen wollen, ſondern daß es mehr ex ignorantia, vel incuria, geſchehen ſeye. 2. Haben aber die Ehe-Pacta ihre behörige Form, ſo kommt es darauf an: Ob dann darinn von allen Renunciationen gar nichts enthalten ſeye? Sollte diſes ſeyn, ſo wäre abermalen die Præſumtion, daß es der Concipiſt wenigſtens überſehen habe, weil doch in allen Ehe-Pactis derer Perſonarum Illuſtrium Styli iſt, daß auf die Materie vom Heurath-Gut, ꝛc. ſo dann folgt: Gegen ſolches Heurath-Gut, ꝛc. ſolle die Braut renunciren ꝛc. alſo gar, daß auch in dem Fall, wo das Heurath-Gut nicht gleich, oder doch nicht ſobalden, ganz bezahlet wird, die Renunciatio doch ſtipulirt und nur über das Heurath-Gut eine Schuld-Verſchreibung ausgeſtellet wird. 3. Wäre aber darinn zwar eine Renunciatio auf die Väter- und Brüder- nicht aber auf die Mütter- und Schweſterliche Erbſchafft enthalten; ſo gäbe diſes zwar in der That eine ſtarcke Præſumtion, daß man dadurch von denen Familien-Pacten habe abgehen wollen, zumalen, wann die Intereſſenten es mit unterſchriben hätten: Hinwiederum aber käme auch folgendes in Conſideration: a) Iſt nicht zu præſumiren, daß man von Familien-Pacten habe abgehen wollen, b) wann in denen Familien-Pacten nicht bey ein- oder anderem Puncten der deutliche Vorbehalt geſchehen iſt, daß die Intereſſenten darinn freye Hand haben ſollen, käme es auf die delicate Frage de colliſione Pactorum Familiæ & dotalium an, und ob durch diſe jenen derogiret werden könne? welches c) in regula allerdings zu verneinen iſt. d) Werden ſich leichtlich bey Inſpection derer Pactorum dotalium ſelbſt noch manche dubia circa conſenſum Intereſſentium finden, daß entweder nicht alle Intereſſenten, zumalen die, welche es proxime angehet, und die eigentliche Mit-Erben ſeynd, darein gewilliget, oder minorenn geweſen, und keine Vormünder, oder die Mutter zur Vormünderin, und diſe keine Rechtsgelehrte Aßiſtenten, gehabt, oder die Vormundſchafft nicht mit, oder doch ohne Raiſon, darein conſentirt, u. ſ. w. ohne was ſich ſonſt für Exceptiones machen laſſen. Wo nur Eine Tochter iſt, oder alle Töchtern verheurathet und aller Ehe-Pacten dißfalls gleich ſeynd, da lieſſe ſich abermalen mehreres für die Töchtern ſagen; aber wann, wie in ſubſtrato, nur Eine Tochter verheurathet, hingegen noch eine unvermähl-

vermählte Schweſter vorhanden iſt, wird die Sache aufs neue ungemein ſchwer; dann entweder ſollen beede Schweſtern erben oder nicht? Sollen beede erben, ſo kan ſich zwar die vermählte auf ihre Ehe-Pacten gründen, aber worauf ſolle ſich die unvermählte, welche keine Ehe-Pacta für ſich und die Familien-Pacta wider ſich hat, gründen? Solle aber nur die vermählte Schweſter erben und die unvermählte nicht? Welcher Richter wird ſo ſprechen, wann nicht, daß und warum die Eltern ſolches gekonnt und gewollt haben, und daß diſe Urſachen hinlänglich ſeyen, deutlichere und überzeugendere Gründe vorhanden ſeynd, als bloſſe Ehe-Pacten, welche denen Familien-Pacten zuwider ſeynd und eine in allen Teutſchen Häuſern ganz unbekannte und aller natürlichen Billigkeit widerſtrebende Ungleichheit zwiſchen Töchtern einführeten, von denen alſo eher zu vermuthen iſt, der Concipiſt und die, ſo ſich unterſchriben, haben entweder die Sache nicht verſtanden, oder doch nicht genugſam überlegt. Und diſes iſt, was ich, in Ermanglung derer Familien- und Ehe-Pacten zu melden vermag.

§. 80.

Mehreres remiſſive. Sihe auch einiges hieher gehöriges im T. Famil. Staator. und oben in der Materie von der Väterlichen Verlaſſenſchafft.

Was aber die Verlaſſenſchafft und Succeſſion einer Gemahlin, ſo eigene Erb-Lande hinterläſſet, anbelangt; ſo iſt davon eben das zu ſagen, was anderwärts wegen der Succeſſion in Land und Leute ſehr umſtändlich abgehandelt worden iſt.

§. 81.

Principia. Einen Streit: Nach was für Juribus dergleichen Erbſchaffts-Diſputen zu entſcheiden ſeyen? ſiehe oben unter Sachſen bey Chur-Fürſt Auguſts erſter Gemahlin Verlaſſenſchafft. Ich habe meine Meinung ſchon offt geſagt, was für Principia in allen dergleichen Materien ſtatt haben: Uebrigens kommt es freilich, wo es um Jura localia zu thun iſt, auf die Jura an, welche in des Gemahls Land und Reſidenz üblich ſeynd, nicht aber auf die, welche in der verſtorbenen Gemahlin oder Wittwe Vaterland gelten.

§. 82.

Ehe-Pacten. Der Herr von Ludolf (1) erinnert: Solent addi Pactis dotalibus de Succeſſione Conventiones, ex quibus duriſſimæ ſunt, quæ ad utilitatem Familiæ, ex qua Sponſa eſt electa, nihil non referunt, Maritum etiam à Succeſſione ea repellunt, quæ Parentibus ordinarie competit; puta, ſi Uxoris Paraphernalia ad hujus Libe-

(1) de Jur. Fœm. ill. Part. 2. Cap. 2. § 12.

Liberos quidem tranſire permittatur, ſed his ſine prole deficientibus, non ad Parentem, ſed ad Familiam Uxoris. Tolerabilior ratio mihi videtur illa, qua materna bona Liberis pleno jure ſine ullo Fideicommiſſi onere acquiruntur. Non dicam, ſi aliter placuerit, æquitati fore adverſum. Ex Jure enim eſt æquitas, non Jus ex æquitate. Qui æquitatem omnis Juris regulam dicunt, facile in cerebrinam æquitatem prolabuntur. Sed, ut dixi, ſunt iſta negotia non ſolum ex Jure, ſed ex conſilio metienda, quid expediat? judicandum. Regula dari non poteſt.

Ein Exempel, da eine Gemahlin, deren ein ſehr reichliches Wittthum ausgeſezet worden iſt, hinwiederum auf den Fall, da ſie ohne Kinder verſterben würde, ihren Gemahl per Pacta dotalia zum Erben aller ihrer Verlaſſenſchafft erkläret hat, ſiehe unter **Brandenburg** ad An. 1668.

§. 83.

Wie einige Dames noch bey Lebzeiten einen Theil ihres Vermögens ihrem Gemahl, Kindern, oder Anderen, geſchenckt, und was zum Theil für Streit darüber entſtanden iſt? ſiehe unter Sachſen bey Herzog Johann Friderichen, bey Herzog Wilhelmen zu Weimar und bey Eiſenach ad An. 1654. Schenckungen bey Lebzeiten.

§. 84.

In einigen Ehe-Pacten wird denen Gemahlinin und Wittwen zwar facultas teſtandi eingeräumt, doch daß ſie, falls Kinder vorhanden ſeynd, nichts zu deren Præjudiz verfügen, oder, daß ſie ihrer Verwandten und Freundſchafft Rath und Wohlmeinung dißfalls folgen ſollen. Was die Legitimam betrifft, ſo habe ich ſchon anderswo (1) geſchriben: Ex Immobilibus æque ac Mobilibus maternis allodialibus Legitima deberi videtur Filiis; cum nobis non conſtet de Obſervantia Imperii Matribus talem circa ea poteſtatem concedente, qualem habent Patres Illuſtres, adeoque in ſubſidium ſtandum ſit Juri communi. Idem agnovit etiam Fridericus Wilhelmus II. Dux *Saxo-Altenburgicus*, Filii Filiæque Parens, in Codicillo de An. 1688. inquiens &c. (ſiehe oben.) Was aber die Töchtern belangt, ſiehe hernach. Teſtamente.

Schilter (2) ſchreibt: Cautelæ inſtar ſuggerunt, poſſe Principem conſentiente Conjuge de ejus Hæreditate Teſtamentum

(1) in Diſſ. de Legitima &c. §. 22.
(2) in Inſt. Jur. publ. Lib. 2. Tit. 9. §. 6.

tum condere, idque eo effectu, ut, defuncto Teſtatore, ſuperſtes Conjux revocare id non poſſit: Sed quum nemo alieno nomine teſtari poſſit, & voluntas ultima ſit perſonaliſſimum quid, nec ultima voluntas Mariti voluntas uxoris ſit ultima, ſed ambulatoria debeat eſſe usque ad mortem, itaque conſenſum talem ſuum ſemper etiam poſt mortem teſtantis Mariti revocare poterit. Atque ſolide refutavit hanc opinionem Ill. Dn. de EYBEN. - - Ratio dubitandi quidem eſt, quod Uxor Marito conſentiens videtur per modum conventionis ſe obligare; ſed ratio decidendi id limitat, ſi quidem Maritus & de ſuis & de Uxoris Bonis teſtatur ea conſentiente: Non ſi de Uxoris ſolius Bonis; poteſt enim hoc caſu utique revocare ſuperſtes Uxor. 2. Non omnis conſenſus eſt irrevocabilis, ut in Contract. innom. in mandato re adhuc integra & ſine præjudicio Tertii, quod probandum. 3. Eſt ultima voluntas Uxoris; ergo ab eadem revocabilis.

§. 85.

Colliſio Principiorum.

Was für beſchwerliche Streitigkeiten daraus entſtehen, wann man nicht Vorſichtigkeit gebraucht, daß die Familien-Verträge, Ehe-Pacten, auch väter- und mütterliche Teſtamenten einander nicht widerſprechen? ſiehe z. E. unter **Brandenburg, Braunſchweig**, ꝛc.

§. 86.

Umſtände, worauf bey dem Herkommen zu ſehen iſt.

Wo keine Ehe- oder Familien-Pacten, Teſtamente, u. d. vorhanden ſeynd, ſondern es auf das, was unter denen groſſen Häuſern in Teutſchland Herkommens iſt, ankommt, ſeynd die wichtigſte Umſtände, ſo in Betrachtung zu ziehen ſeynd, folgende.

1. Entweder ſtirbt die Gemahlin vor ihrem Gemahl, oder nach ihm, und zwar 2. in beeden Fällen mit oder ohne überlebende Kinder, aus einer oder mehreren Ehen, und 3. mit oder ohne Teſtament.

Die Perſonen, ſo an die Erſchafft Anſprache machen können, ſeynd Kinder, oder, in deren Ermanglung, der Gemahlin nächſte Anverwandte; jenen Falles ſeynd entweder nur Söhne, oder nur Töchtern, oder Söhne und Töchter zugleich, vorhanden.

Die Erbſchaffts-Stücke aber, ſo bey allen, oder einigen, diſer Fälle in Betracht kommen, ſeynd 1. das Heurath-Gut, 2. die Ausſteuer, 3. die in die Ehe gebrachte Paraphernalien, 4. das in ſtehender Ehe vom Gemahl erhaltene, 5. das ſonſt erworbene, ererbte, erſpahrte, geſchenckte, vermachte, 6. die Morgengabe, 7. die Wiederlage, 8. der Wittum, 9. das währenden Wittums erſpahrte, oder ſonſt erworbene, ꝛc. 10. die zum Wittwen-Sitz verſchaffte Mobilien, 11. das einer

ſich

ſich wieder vermählenden Wittwe zur Ablöſung von dem Wittum bezahlte Capital; deme man 12. auch noch die Hochzeit-Geſchencke beyfügen könnte, davon aber in dem T. Famil. Staator. nachzuſehen iſt.

§. 87.

1. Stirbt nun eine Gemahlin vor ihrem Gemahl, und hinterläßt Kinder, und zwar nur aus diſer Ehe, und ſie will ein Teſtament machen; ſo iſt meiſtentheils diſes Herkommens: a) Ueber das Heurath-Gut kan ſie teſtiren; doch wird meiſtens bedungen, daß es denen Kindern bleiben muß, welches aber in dubio diſpoſitionem inter Liberos nicht hindert. b) Ueber die Ausſteuer kan ſie auch diſponiren. c) Die Paraphernalien, (wann anderſt ſelbige mit keinem Fideicommiſs belegt ſeynd,) ſeynd auch der teſtamentariſchen Diſpoſition unterworffen. d) Wegen des vom Gemahl erhaltenen hat es in dubio die Bewandtniß damit, wie mit den Paraphernalien. e) Das ſonſt erworbene ꝛc. hat auch naturam Paraphernalium. f) Ueber die Morgengabe kan eine Dame regulariter frey diſponiren; zuweilen aber nur inter Liberos. g) Die Wiederlage iſt keiner Diſpoſition der Gemahlin unterworffen. Allerley Fälle.

2. Stirbt eine Gemahlin vor ihrem Gemahl und hinterläßt Kinder, und zwar aus mehreren Ehen, und ſie will ein Teſtament machen; ſo verhält es ſich ordentlicher Weiſe mit a) b) c) wie bey dem erſten Fall; bey d) e) und f) zwar auch; doch wird öffters bedungen, die Kinder jeder Ehe ſollen das bekommen, was aus ſelbiger Ehe herkommt. Bey g) endlich verhält es ſich, wie zuvor.

3. Stirbt eine Gemahlin vor ihrem Gemahl, und hinterläßt Kinder, und zwar nur aus diſer Ehe, macht aber kein Teſtament; ſo fällt von a) biß f) alles auf die Kinder beederley Geſchlechts zu gleichen Theilen, g) die Wiederlage aber fällt gemeiniglich dem Gemahl heim; doch heißt es zuweilen: Sie ſolle auf die Kinder kommen; welches mit jenem gar nicht einerley iſt: Dann jenen Falles wird es ein Theil des väterlichen Vermögens, von welchem nicht nur die Töchtern meiſtens, ſondern auch zuweilen die Nachgebohrene, nichts bekommen; letzteren Falles aber erben alle Kinder daran.

4. Stirbt eine Gemahlin vor ihrem Gemahl und hinterläßt Kinder, und zwar aus mehreren Ehen, macht aber kein Teſtament, ſo erben bey a) b) und c) die Kinder beeder Ehen zugleich, und zwar meiſtentheils in Capita; doch wird auch öffters bedungen, daß es in Stirpes gehet, oder, daß die Kinder aus zwey Ehen jede die Helffte, die aus drey Ehen jede ⅓. u. ſ. w. bekommen ſollen. Bey d) e) und f) wird meiſtens bedungen, daß die Kinder jeder Ehe das bekommen, was

aus solcher Ehe herrührt, ausgenommen, was Anfälle von mütterlicher Seiten und Fremden seynd, an welchen alle Kinder participiren. g) Die Wiederlage jeder Ehe fället wieder an selbigen Gemahl, oder dessen Kinder.

5. Stirbt eine Gemahlin vor ihrem Gemahl, und hinterlässet Kinder aus diser Ehe, der Gemahl heurathet aber wieder, und zeuget in solcher zweyten Ehe ebenfalls Kinder; so haben dise letztere an die Verlassenschafft der ersten Gemahlin nichts zu suchen, sondern sie bleibt nur gedachter ersten Gemahlin Kindern allein.

6. Stirbt eine Gemahlin vor ihrem Gemahl, und hinterlässet Kinder, welche aber hernach noch vor dem Vater sterben; so fället das mütterliche Vermögen auf die Kinder und von denen Kindern auf den Vater; es wäre dann, (wie jezuweilen geschiehet,) in denen Ehe-Pacten in Ansehung des letzteren ein anderes beliebt worden.

7. Stirbt eine Gemahlin vor ihrem Gemahl, und hinterläßt keine Kinder, sie will aber ein Testament machen; so muß a) in dubio dem Gemahl der Genuß des Heurath-Guts Lebenslang gelassen werden; ferner wird gemeiniglich das Heurath-Gut durch Familien-Verträge, oder Ehe-Pacten, von der Gemahlin Disposition eximirt und der Rückfall bedungen; wo aber keine dergleichen Pacta, oder doch kein erweisliches Herkommen des Hauses, vorhanden ist, da kan sie darüber disponiren. Bey b) biß g) aber hat das zuvor bey dem 1sten Fall gesagte statt: Doch wird zuweilen bedungen, daß die Gemahlin nur über die Helffte der Morgengabe disponiren darff, die andere Helffte aber dem Gemahl zurückfällt.

8. Stirbt eine Gemahlin vor ihrem Gemahl, und hinterläßt keine Kinder, macht auch kein Testament; so hat a) und b) der Gemahl wiederum den Genuß des Heurath-Guts und der Aussteuer Lebenslang; nach seinem Tod aber fällt beedes extra casum Pacti der Gemahlin Erben heim. c) biß e) fallen ebenmäßig der Gemahlin Verwandten heim, und zwar so, daß sie gleich extradiret werden müssen; f) und g) hingegen fallen dem Gemahl zurück. Zuweilen aber wird bedungen, daß der Gemahl den Dotem, ganz oder zum Theil, behalten darff, item, daß er die Paraphernalien, ganz oder zum Theil, gegen ein Inventarium darüber, Lebenslang geniessen darff, oder daß die mobiliar-Verlassenschafft (zuweilen mit Ausnahm des zugebrachten Geldes,) halbiert wird; oder daß die Morgengabe oder Wiederlage, ganz oder zum Theil, der Gemahlin Erben zukommt; oder, daß der Gemahl nur den Genuß der Helffte des Heurath-Guts behält, oder es gar gleich

nach

nach dem Tod der Gemahlin reſtituiren muß; oder daß der Gemahl von Kleidern, Kleinodien, u. ſ. w. das, was zu der Gemahlin Leib gehörig geweſen iſt, gleich nach ihrem Tod extradiren ſolle; u. ſ. w.

9. Stirbt eine Gemahlin vor ihrem Gemahl, mit Hinterlaſſung Kinder, aber nur von ihrem vorigen Gemahl, und ſie will ein Teſtament machen; ſo iſt meines Erachtens idem Juris, wie in dem erſten Fall.

10. Stirbt eine Gemahlin vor ihrem Gemahl, mit Hinterlaſſung Kinder, aber nur von ihrem vorigen Gemahl, und ſie macht kein Teſtament, ſo gehört a) und b) des Heurath-Guts und der Ausſteuer Eigenthum denen Kindern, die Nutznieſſung aber dem überlebenden Gemahl auf Lebenslang; bey c) biß f) kommt es darauf an: Ob in ſelbigem Haus oder Gegend der Gemahl den uſumfructum aus ſeiner Gemahlin Vermögen Lebenslang behält oder nicht? das Eigenthum aber ſtirbt allemal denen Kindern an. g) Die Wiederlage ceßiert.

11. Stirbt eine Gemahlin nach ihrem Gemahl, und hinterläßt Kinder, und zwar nur aus diſer Ehe, und ſie will ein Teſtament machen; ſo geht es von a) biß g) überall, wie bey dem erſten Fall. Was aber h) den Wittum betrifft, ſo höret ſolcher mit dem Tode auf; i) Das währenden Wittums erſpahrte ꝛc. iſt anderen Paraphernalien gleich zu achten; k) die Wittums-Mobilien aber müſſen ordentlicher Weiſe, ſo vil ihrer nicht durch den Gebrauch verdorben ſeynd, des Gemahls Erben reſtituirt werden. l) Das Capital, womit eine ſich wieder vermählende Wittwe vom Leibgeding abgelöſet worden iſt, pfleget nach ihrem Tod zur Helffte an die Kinder erſter Ehe, oder den Gemahl, zurück zu fallen; über die andere Helffte aber kan ſie diſponiren.

12. Stirbt eine Gemahlin nach ihrem Gemahl, und hinterläßt Kinder, und zwar aus mehreren Ehen, und ſie will ein Teſtament machen; ſo iſt das bey dem 2ten und 11ten Fall angemerckte auch hier die Regel.

13. Stirbt eine Gemahlin nach ihrem erſten Gemahl, und hinterläßt Kinder, und zwar nur aus der zweyten oder folgenden Ehe, und ſie will ein Teſtament machen; ſo gehet es von a) biß f) wie im erſten Fall; g) und h) ceßieren, i) iſt der Diſpoſition unterworffen, k) ceſſiert, l) die Helffte fällt meiſtens des erſten Gemahls Erben heim, die andere Helffte aber iſt ihrer Diſpoſition überlaſſen.

14. Stirbt eine Gemahlin nach ihrem Gemahl, und hinterläßt Kinder, und zwar nur aus diſer Ehe, will aber kein Teſtament machen; ſo findet das bey dem 3ten und 11ten Fall geſagte ſtatt.

15. Stirbt eine Gemahlin nach ihrem Gemahl, und hinterläßt

Kinder, und zwar aus mehreren Ehen, macht aber kein Teſtament; ſo iſt das ad Caſum 4. & 11. geſagte zu wiederhohlen; mit dem Zuſatz, daß das Capital, womit die Wittwe von ihrem erſten Leibgeding abgelöſet worden iſt, zwiſchen denen Kindern getheilt zu werden pflegt, und zwar ſo, daß die Kinder, von deren Vater es herkommt, die Helffte zum Voraus bekommen, und in dem übrigen ſuccediren alle zugleich.

16. Stirbt eine Gemahlin nach ihrem erſten Gemahl, und hinterläßt Kinder, und zwar nur aus der zweyten oder folgenden Ehe, macht aber kein Teſtament; ſo iſt von a) biß f) eben das zu ſagen, wie im 1ſten Fall, g) und h) ceßiren, i) fällt auf die Kinder beederley Geſchlechts, k) ceßirt, l) die Helffte fällt ordentlicher Weiſe des erſten Gemahls Erben, die andere Helffte aber beſagten Kindern beederley Geſchlechts zu.

17. Stirbt eine Gemahlin nach ihrem Gemahl, und hinterläßt keine Kinder, will aber ein Teſtament machen; ſo geht es nach dem 7den und 11ten Fall, auſſer daß der uſusfructus des Gemahls, deſſen bey dem 7den Fall gedacht iſt, ceßirt.

18. Stirbt eine Gemahlin nach ihrem Gemahl, und hinterläßt keine Kinder, macht auch kein Teſtament; ſo geht es nach dem 8ten und 11ten, mit Ausnahm deſſen, was von des Gemahls Nutznieſſung im 7den Fall gemeldet iſt, und daß bey l) die Helffte des Capitals vor das Leibgeding des Gemahls Erben, die andere Helffte aber der Gemahlin Erben ab inteſtato zufället. Zuweilen bedingen ſich auch der Gemahlin Erben in diſem Fall die Wittums-Mobilien aus; das iſt aber nicht Juris ordinarii: So wird auch etwa paciſcirt, daß der Wittwe Erben von der mobiliar-Verlaſſenſchafft zum Voraus wegnehmen, was ſie ihrem Gemahl zugebracht und im Wittwenſtand erſpahret hat, das übrige aber wird zwiſchen beederſeitigen Erben gleich oder ungleich getheilt. Was hingegen auch etwa des Gemahls Erben zum Voraus wegnehmen? ſiehe unter Sachſen-Altenburg ad An. 1583.

Wer ſich die Mühe geben wollte, diſe hier aus einander geſetzte Fälle und die Antworten darauf genauer zu prüfen, und ſo wohl die Reglen, als die Abfälle davon, mit denen vorhin beygebrachten, auch mehreren anderen, Exempeln zu beſtärcken, der würde dem Publico einen nützlichen Dienſt leiſten; indeſſen kan diſes bey Errichtung neuer Ehe-Pacten in manchen Stücken hoffentlich zu einem guten Leit-Faden dienen, und die vile oben angeführte Strittigkeiten belehren genugſam, daß man dißfalls nicht vorſichtig genug gehen könne, und daß es beſſer ſeye, auf zehnerley Fälle, die vermuthlich nicht exiſtiren dörfften, überflüßige Vorſehung zu thun, als Einen, von dem man glaubt, er

möchte

möchte nicht existiren, oder an den man nicht gedenckt, entweder gar zu übergehen, oder doch nicht klar genug nach allen seinen Umständen zu entscheiden.

§. 88.

Nun will ich noch verschidene weitere Anmerckungen hinzuthun, oder doch kurz auf selbige deuten, und zwar 1. was die Personen derer Erbs-Interessenten betrifft, unter welchen sich forderist der Gemahl darstellt. Mehreres von dem Gemahl.

Wo das Sachsen-Recht gilt, und in einem Hause herkommlich ist, sich dessen in Familien-Sachen zu bedienen; da ist der überlebende Gemahl seiner mit oder ohne Kinder verstorbenen Gemahlin Hæres mobiliaris.

Bey GRIBNERN (1) heißt es zwar: „Auch glaube ich, daß, wann es ein Sächsischer Herr ist, er Successionem mobiliarem nicht prætendiren könne, wenn er es nicht expresse bedungen. Es ist wahr, es kan seine Intention seyn, daß er hierinn Jus Saxonicum adhibiren wolle, allein er sollte es deutlich declariren, se velle quoad mobiliarem Successionem & usumfructum Jure Saxonico uti; dann es soll es doch der andere contrahirende Theil auch wissen; ausser dem gelten die Leges privatæ inter Principes nicht.„ Ich hingegen halte dafür, es komme extra casum Pacti, bereits erinnerter massen, darauf an: Ob das Sächsische Recht überhaupt bey solchem Haus oder Linie in Familien-Sachen recipiret seye oder nicht? Ist jenes; so bleibt es auch hierinn dabey, und das principium de usu Legum privatarum inter Illustres ist von mir schon so offt untersucht worden, daß ich nicht nöthig habe, es hier nochmals zu wiederhohlen. Wie aber das, was das ältere und neuere Römische Recht von der Erbschafft derer Eheleute disponiret, auf irgend einige Weise bey disem Capitel applicabel seyn möchte? kan ich dermalen nicht sehen.

Zuweilen wird bedungen, daß der Vater das Mütterliche seinen Kindern gleich nach der Gemahlin Tod herausgeben solle; oder auch alsdann, wann sie ihre eigene Oeconomie anstellen; oder wann der Gemahl zur anderen Ehe schreitete: Ordentlicher Weise aber behält er die Nutznieſſung Lebenslang.

§. 89.

Von einem Streit, da in einem Hause, wo die Primogenitur eingeführet ware, der regierende Bruder vor seinen übrigen Geschwistrigten aus der mütterlichen Erbschafft ein Præcipuum verlangt hat, siehe Söhnen.

(1) im Disc. über die Princ. Jurispr. priv. ill. p. 304.

ſiehe unter Holſtein. Ordentlicher Weiſe aber hat das Primogenitur-Recht ganz und gar keine Influenz hierin.

§. 90.

Töchtern. Die meiſte Streitigkeiten, was die Perſonen derer Erbs-Intereſſenten belanget, entſtehen wegen der Töchtern, ob und wie ferne nemlich dieſelbige bey der mütterlichen Erbſchafft zu concurriren haben oder nicht? Conf. hiebey forderiſt das im T. Staatsr. *Tom. 16. p. 86. ſeq.* geſagte.

Weiter habe ich an unten (1) angezeigtem Ort geſchriben: Filiæ in nonnullis Familiis illuſtribus ab Hæreditate materna vel ſimpliciter, (Exempla è Domo *Saxonica*, *Brandenburgica*, *Würtembergica* & *Haſſiaca* vide ſupra;) vel ſaltem, ſi cum Fratribus concurrunt, (in Domo *Haſſiaca* vi Pacti de An. 1568. obtinet, ut Filiæ ab Hæreditate materna excludantur, ſi cum Fratribus concurrant; his vero deficientibus ad eandem admittantur;) arcentur; in aliis vero eidem vel non renunciant, (Sic in Pactis dotalibus Adolphi Friderici, Ducis *Megapolitano-Strelicenſis* & Johannæ, Ducis Saxo-Gothanæ, de An. 1702. tantum legitur &c.) vel diſerte ad eam admittuntur, (exempli loco producimus Pactum Principum *Anhaltino-Serveſtanorum* de An. 1676. &c.) idque in dubio Juris eſſe cenſemus; quia, quantum nobis conſtat, deficit peculiaris Obſervantia Imperii, & ſic obtinet Jus commune.

Zur Warnung, daß man ſich wohl vorſehe, damit nicht einer Tochter Verzicht und ihre oder ihrer Mutter Ehe-Pacten, oder des Vaters Teſtament, oder die Familien-Verträge, einander wegen der mütterlichen Verlaſſenſchafft widerſprechen, oder doch nicht lauter genug ſeyen; dienet das, was oben wegen der Strittigkeiten zu leſen iſt, die über Chur-Fürſts Auguſts zu Sachſen erſter- und Chur-Fürſt Friderich Wilhelms zu Brandenburg zweyter Gemahlin Erbſchafft entſtanden ſeynd.

Wann eine Tochter aber auch gleich der mütterlichen Erbſchafft renuncirt hat; ſo verſtehet es ſich doch, wann die Familien- oder andere Pacten nicht entgegen ſeynd, in dubio nur auf den caſum inteſtati, ex Teſtamento aber kan ſie Mit-Erbin ſeyn.

Einen Streit wegen der von einer Dame beſchehenen Ceſſion ihrer mütterlichen Erbſchaffts-Prætenſion an einen Agnaten, ſiehe unter Sachſen-Jena.

Streitigkeiten wegen der Succeſſions-Fähigkeit gewiſſer Enckel, deren Müttern der mütterlichen Erbſchafft renuncirt hatten, aber

(1) Diſſ. de Legit. &c. §. 23.

aber dannoch von der Groß-Mutter zu Erben eingeſetzt worden waren, wie auch wegen Töchtern, die gleicher Geſtalt renuncirt hatten, oder zu renunciren ſchuldig waren, aber ebenfalls das mütterliche Teſtament für ſich hatten, ſiehe unter **Brandenburg, Braunſchweig, Anhalt, Holſtein, ꝛc.**

Daß man endlich ehedeſſen dafür gehalten habe, wann gleich eine Tochter der mütterlichen Erbſchafft renunciret habe, ſeyen doch ihre Kinder nicht daran gebunden, daß man aber jezo das Gegentheil denen Rechten für gemäſſer achte; ſiehe unter **Sachſen.** Von der Töchtern Gerade ſiehe hernach.

§. 91.

Daß Kinder aus ungleicher Ehe ihre Mütter erben, habe ich im T. Staater. *Tom. 22. p. 304.* behauptet; doch iſt deutlicher, was ich an unten (1) angezeigtem Ort geſchriben habe: In Bonis Maternis immediatis & feudalibus eadem eſt ſuccedendi ratio, quæ in Paternis; in allodialibus vero æquali jure ſuccedunt Liberi ex pari & impari Matrimonio nati, & quidem neceſſario, (ceſſante enim reſpectu Matris tum Imperii Obſervantia & ejus cauſa finali, tum Jure feudali, Succeſſio fieri debet ſecundum Jus Juſtinianeum,) hinc & Legitima iis omnino eſt relinquenda. Kinder aus ungleicher Ehe.

§. 92.

Was endlich die natürliche Kinder anlangt, vid. *l. c. Tom. 22. p. 396.* woſelbſt das zu End des §. 55. geſagte, wie es die Connexion gibt, von väterlichen Teſtamenten zu verſtehen iſt und kan damit verbunden werden, was ich anderswo (2) geſagt habe: De materna Succeſſione minus dubitandum eſt, naturales quoque Liberos ad eam admitti, & quidem una cum Legitimis, (per *L. 2. L. 8. ff. unde cogn. L. 1. §. 2. ff. ad SC. Tert. §. 3. J. & L 5. C. de SC. Orbit.* recte enim dictam Legem 5. de Spuriis loquentem ad alios non extendendam eſſe monet LAUTERBACH, - - etſi alii diſſentiant,) niſi Immobilia immediata contineat; cum enim in his ne quidem ex inæquali Matrimonio natos admittat Imperii Obſervantia, in reliquis vero Bonis Jus commune mutatum non ſit, firmo utique talo ſtat noſtra ſententia. Natürliche Kinder.

§. 93.

Einen Streit wegen einer mit einem Fideicommiſs belegten mütter- Mütterliches Fideicommiſs.

(1) Diſſ. de Legit. &c. §. 28.
(2) l. c. §. 32.

mütterlichen Erbschafft siehe unter Sachsen-Jena; und noch einen anderen unter Solms.

Von einem Fideicommiß, welches eine gebohrene Gräfin von Limburg-Styrum, nachmals vermählte Gräfin von Bentheim, und endlich von Oxenstirn, An. 1722. zum Besten der Häuser Limburg-Styrum und Bentheim-Bentheim, gestifftet hat, denen darüber entstandenen Streitigkeiten, und darinn am Cammergericht An. 1755. 66. und 67. ergangenen Urtheilen, kan der Freyherr von CRAMER (1) nachgesehen werden.

§. 94.

Heurathgut. Was nun weiter die Erbschafftsstücke anlanget; so entstehen die meiste Händel über dem Rück- oder Wiederfall des Heurathguts.

Wann eine Gemahlin vor dem Gemahl stirbt, da ist wohl kein Zweifel, daß er, wann keine Pacta in contrarium vorhanden seynd, das Heurath-Gut wieder herausgeben müsse: Wann aber auch der Rückfall des Heurath-Guts bedungen wird, lässet man doch insgemein den Genuß desselbigen dem überlebenden Gemahl auf Lebenslang, welches in vilen Ehe-Pacten die Leibzucht genannt wird. Wann dem Gemahl also der Genuß des Heurath-Guts, u. s. w. auf Lebenslang bleibt, muß er genugsame Versicherung geben, daß es nach seinem Absterben der Gemahlin Erben restituiret werden solle.

Hingegen ist ein grosser Streit: Ob nicht Dos per Dotalitium absorbiret werde? und es ist nicht zu laugnen, daß die gemeine Meinung dahin gehe; wie wir dann auch oben gesehen, daß die Hallische Rechts-Gelehrte etlichemal also gesprochen haben: Meines Erachtens aber hat der Herr G. R. ESTOR vollkommen Recht, und wann man die Sache nach denen Familien- und Ehe-Pacten betrachtet, so ist unwidersprechlich, daß, nach Teutschem Herkommen, das Wittum den Dotem nicht absorbire, sondern daß eine sich wieder vermählende Wittwe, sie mag den Wittum genossen haben, so lang sie will, den Dotem, nebst denen Wiederlags-Interessen, auf Lebenslang, einer im Wittwenstand verstorbenen Wittwe Anverwandte aber das völlige Heurath-Gut, ordentlicher Weise wieder zurück bekommen. Vile indessen darüber: Ob das Leibgeding das Heurath-Gut absorbire? entstandene Strittigkeiten siehe oben unter Sachsen, Brandenburg, Holstein, u. s. w. Es muß aber freilich ein Heurath-Gut, so zurückfallen solle, inferirt und dises erwisen seyn; was aber versionem in rem betrifft, da kommt eben das pro & contra für, was im T. Famil. Staats-

(1) in seiner Nebenst. 67. Theil, S. 129.

Staatsr. davon gemeldet worden iſt. Sonderlich pfleget auch wohl die eventuale Wittums-Huldigung auf diſen Wiederfall mit eingerichtet zu werden; ſiehe l. c. unter Oeſterreich ad An. 1546. ꝛc. ꝛc. Eine Formul einer Vollmacht zu Anweiſung derer Unterthanen, wegen des Rückfalls Pflichten zu leiſten, ingleichem einer Rückfalls-Verſchreibung, ſiehe unter Mecklenburg ad An. 1704.

Der Herzog zu Holſtein-Plön belangte An. 1744. den Fürſten zu Naſſau-Oranien, als Naſſau-Dillenburgiſchen Landesfolgern, vor dem Reichs-Hofrath pto Reſtitutionis Dotis; (1) davon in der oben angezeigten Schrifft das mehrere nachzuſehen iſt, und welcher Fall einen neuen Beweis abgibt, wie fürſichtig derer Standesperſonen Ehepacten abzufaſſen ſeyen; ſo doch gar zu offt nicht geſchiehet.

Was wegen Rückfalls eines nicht bezahlten Heurath-Guts geſtritten worden iſt? ſiehe unter Würtemberg. Ob ein Landes-Succeſſor an Ehe-Pacten, darinn der Rückfall des Heurath-Guts bedungen worden iſt, in welche Ehe-Pacten er aber nicht conſentiret hat, verbunden ſeye? ſiehe unter Pfalz-Simmern. Einen Streit wegen des vorbehaltenen Rückfalls eines Heurath-Guts, welches doch der Gemahlin Vater ihro hernach per Teſtamentum vermacht hat, ſiehe unter Sachſen-Merſeburg. Ob einer Gemahlin Schulden von dem mit einem Rück-Fall afficierten Heurath-Gut bezahlt werden können? ſiehe auch unter Sachſen-Merſeburg. Wie Landes-Succeſſores vom Reichs-Hof-Rath zur Reſtitution eines Heurath-Guts, (welches doch nicht in Feudum vertirt worden ſeyn ſolle,) in contradictorio condemnirt worden ſeyen, ſihe unter Hohenlohe. Wann das Heurath-Gut ſtarck iſt und es ſolle an der Gemahlin Erben zurückfallen, werden auch wohl einige geraume Termine geſetzt, inner welchen es heimbezahlet werden ſolle. Wann man ſich den Rückfall des Heurath-Guts bedingt, pfleget ferner offt ſtipuliret zu werden, daß es in eben dem Valor und Sorten, wie die Zahlung geſchiehet, auch wieder zurück bezahlt werden ſolle.

Das Heurath-Gut fällt ordentlicher Weiſe an den zurück, der es bezahlt hat; nur wann es vom Land præſtiret wird, iſt nicht Herkommens, daß es dem Land wieder zu gut gehe, (wie es doch wohl billig wäre,) ſondern der oder die regierende Herrn caßieren es ein. Ob das eines nicht regierenden Herrns Gemahlin vom Land bezahlte Heurath-Gut dem regierenden Herrn, oder beſagten nicht regierenden Herrns Linie, zurück- und anfalle? ſiehe unter Heſſen-Bingenheim. So

(1) ſ. Staatsſchrifft. unter K. Franz, 7. Theil, S. 815.

auch: Ob das eines regierenden Herrns an einen nicht regierenden Vetter vermählten Prinzeßin vom Land bezahlte Heurath-Gut disem oder jenem heimfalle? Wie ferne die nicht regierende Herrn an dem Rückfall derer Wittume und Heuraths-Güter participiren sollen? dißfalls haben die Grafen Reuſſen in einem Geſchlechts-Receß Vorsehung gethan. Was es für Streit zwischen dem Landes-Successore und seinen Geschwistrigten darüber: Ob das mütterliche Heurath-Gut unter sammtlichen Geschwistrigten zu vertheilen seye? gegeben habe, siehe unter Brandenburg bey Chur-Fürſt Friderich Wilhelmen.

Wie bey einer Doppel-Ehe der Wieder-Fall gegen einander aufgehoben worden ist? siehe unter Sachsen ad An. 1458.

§. 95.

Aussteuer. Einen Streit: Ob eine Gemahlin ihre Juwelen, ꝛc. so der Gemahl, auf den Fall ihres Absterbens ohne Kinder, denen ihrigen zu restituiren versprochen hat, ihrem Gemahl verehren könne? gabe es Streit im Hause Liegniz. Wann dergleichen Aussteuer-Stücke währender Ehe oder Wittwen-Standes abgenutzet, oder durch den Gebrauch gar zu Schanden gehen, ist der Gemahl oder dessen Erben ordentlicher Weise von der Ersezung des Werths befreyet.

§. 96.

Gemahlin, die nichts in die Ehe bringt, Verlassenschafft. Von einer Gemahlin, die ihrem Gemahl nichts zugebracht hat, Verlassenschafft siehe unter Sachsen ad An. 1463. und 1542.

§. 97.

Hochzeit-Geschencke. Von denen Hochzeit-Geschencken ist im T. Famil. Staator. gehandelt worden; sonderlich aber siehe unter Würtemberg, bey Herzog Eberharden III.

§. 98.

Morgengabe. Anlangend die Morgengabe; gleichwie aus häuffigen Exempeln ersichtlich ist, daß, wann schon eine Gemahlin währender Ehe aus dem Capital der Morgengabe Zinsen erhält, selbige dannoch über das Capital ordentlicher Weise allerdings disponiren könne; also muß man auch, wann die Frage davon ist: Was secundum Pacta meistens Herkommens seye? sagen: ab intestato falle die Morgengabe gemeiniglich dem Gemahl oder dessen Erben heim. Der Herr von Ludolf hingegen schreibt (1): Conventum est interdum, ut, deficientibus Liberis ex Uxore, reverteretur Morgengaba ad Successores Mariti, quod, nisi Pacto expressum, non intelligetur.

§. 99.

(1) l. c. p. 109. n. 63.

§. 99.

Seynd keine Kinder vorhanden, ſo fället, es mag die Gemahlin vor oder nach ihrem Gemahl ſterben, die Wiederlage ordentlicher Weiſe allemal dem Gemahl, oder deſſen Erben, heim: Ob aber, wann Kinder da ſeynd, die Wiederlage mit in die mütterliche Erbſchaffts-Maſſam gehöre? ſiehe unter **Holſtein**, **Würtemberg**, (welches letztere Exempel zur Probe dienen kan, wie vorſichtig diſe Sachen gefaßt werden müſſen,) u. ſ. w. Meines Erachtens gehöret ſie durchaus nicht darunter. Wiederlage.

§. 100.

Von der Gerade meldet Herr von LUDOLF (1): Rara hodie exempla Succeſſionis Geradæ inter Illuſtres, nam Uxores non ſemper ex Gente Saxonica adſciſcunt ſibi Principes Saxones. Unde fit, quod Cognatæ proximæ ex alia Familia Geradæ Succeſſio non tribuatur, cum æquali Jure non ſint gaviſuræ Fœminæ Saxonicæ in illis locis, ubi Jus Geradæ non obtinet. Quemadmodum enim Geradæ Jus retorquetur contra Saxones, *3. Conſtit. 38. def.* ita etiam negabitur Jus Geradæ a Saxonibus extraneis. LYNCKER *Dec. 1311.* Was gegen den Beweis des angegebenen Herkommens in Anſehung der Gerade excipirt worden ſeye? ſiehe unter **Sachſen** bey Chur-Fürſt Auguſts erſter Gemahlin Verlaſſenſchafft. Einen anderen Streit darüber: Was zur Gerade gehöre oder nicht? ſiehe unter Sachſen bey Herzog Johann Friderichen II. Wie ſich die Häuſer, wo ſonſten die Gerade üblich iſt, dannoch gegen denen, welche dergleichen nicht paßiren laſſen, des Juris retorſionis bedienen, ſiehe oben unter **Reuß**. Gerade.

§. 101.

Was wegen der Nutzungen des Sterbe-Jahres eines der Wittwe auf Lebenslang zum Genuß überlaſſenen Guts geſtritten worden ſeye? ſiehe unter **Würtemberg**: Einen anderen Streit wegen der Wittums-Revenüen des Sterbe-Jahrs ſiehe unter **Heſſen-Rheinfels**. Nutzungen des Sterbe-Jahres ꝛc.

§. 102.

Wie bey verſchuldetem Zuſtand des Debitoris einer Wittwe Erben die rückſtändige Wittums-Gelder durch eine Kayſerliche Commißion heraus zu bringen haben trachten müſſen? ſiehe unter **Heſſen-Homburg**. Und eine ſehr merckwürdige Diſpüte: Nach was für einem Fuß der Wittums-Rückſtand berechnet werden ſolle? ſiehe unter **Würtemberg**. Rückſtand.

(1) l. c. p. m. 95. n. 72.

§. 103.

Reſtituenda. Einen Streit: In was für einem Stand einer Wittwe Erben, Schäfereyen, Melckereyen, Mayereyen und Kellereyen zu reſtituiren ſchuldig ſeyen? ſiehe ebenfalls unter **Würtemberg**: Und was wegen des Rückfalls der unter einer Wittwe Erbſchafft ſich befundenen Naturalien geſtritten worden iſt? ſiehe auch allda. Ob aus Silber, u.ſ.w. ſo reſtituirt werden ſolle, ein Intereſſe gefordert werden könne? ſiehe unter **Sachſen-Jena**.

§. 104.

Meliorationen, ꝛc. Einen Streit wegen Melioration und Deterioration des Wittums und derer daher an einander gemachten Anſprüche zwiſchen einem regierenden Herrn und einer Wittwe Erben, ſiehe unter **Würtemberg**. Was wegen der von einer Wittwe erhobenen Wald-Nutzungen, verkaufften Lehen, eingezogenen Steuren, und geführten Gebäuden, zwiſchen ihren Erben und dem Landes-Succeſſore für ein Streit entſtanden iſt? ſiehe unter **Naſſau-Diez**.

§. 105.

Begräbniß. Wer zu denen Begräbniß-Koſten einer Dame zu concurriren habe? ſiehe unter **Heſſen-Rheinfels**, **Würtemberg**, ꝛc. In dubio ſcheint diſes Herkommens zu ſeyn: Stirbt ſie vor, ſo läßt ſie der Gemahl begraben; ſtirbt ſie nach, ſo läßt man ihre Erben dafür ſorgen.

§. 106.

Schulden. Von denen von einer Gemahlin oder Wittwe hinterlaſſenden Schulden ſiehe **das T. Famil. Staator.**

§. 107.

Wie der Rückfall verſicheret werde? Auf die Fälle, da der Gemahlin Erben, ex Teſtamento vel ab inteſtato, ihre Verlaſſenſchafft ganz oder zum Theil bekommen ſollen, pfleget voraus bedungen zu werden, daß, nach der Gemahlin Tod von dem überlebenden Gemahl, mit ihrer Erben Vorwiſſen, ein ordentliches Inventarium über die Verlaſſenſchafft errichtet werden ſolle. Gemeiniglich wird auch der Gemahlin Erben, zur Sicherheit deſſen, was ſie auf einen oder anderen Fall erben ſollen, das conſtituirte Leibgeding verſchriben, und ſo lang eingeraumt, biß ſie wegen ihrer Forderung befridiget ſeynd, und zwar entweder ſo, daß ſie indeſſen überhaupt das Leibgeding ſtatt der Zinſen zu genieſſen haben, oder ſie genieſſen es auf Rechnung, oder nach einem gewiſſen Anſchlag, alſo, daß, was die Summ der Zinſen überſteigt, am Capital abgehet. Ob ein Succeſſor, der ſeines Anteceſſoris Ehe-Pacten mit unterſchriben hat, ſchuldig ſeye, wann diſer ſein Anteceſſor ſeiner Gemahlin Vermögen conſumirt

ſumirt hat, und nicht ſo vil hinterläßt, daß es aus ſeiner Verlaſſenſchafft wieder erſezet werden könnte, deſſen Töchtern ſolche conſumirte Materna ex proprio gut zu thun? ſiehe unter Heſſen-Bingenheim.

§. 108.

Was eine Waldeckiſche Wittwe ſich vom Reichs-Hof-Rath eventualiter für eine Manutenenz ihrer Erben bey dem Wittum biß zu ihrer Befridigung ausgebeten, auch wie ſie ſolche erhalten habe? ſiehe oben. Und wie ſich eine andere Wittwe ein Kayſerliches Conſervatorium habe ertheilen laſſen, damit nicht ihre Verlaſſenſchafft ihren teſtamentariſchen Erben von einem Dritten præripirt werden möge? ſiehe unter Pfalz-Simmern. (1) Manutenenz der Erben.

§. 109.

Eine Probe eines Vergleichs, welchen ein Gemahl mit ſeiner ohne Kinder verſtorbenen Gemahlin Erben wegen ihrer Verlaſſenſchafft getroffen hat, ſiehe unter Mecklenburg ad An. 1704. und eines Vetters mit ſeines Vetters Wittwen Erben unter Sayn. Vergleich.

§. 110.

Ein Bedencken wegen des modi, wie dergleichen Strittigkeiten via Juris am beſten anzugreiffen ſeyen? wie auch wegen des Judicis competentis, ſiehe unter Sachſen bey Chur-Fürſts Auguſti erſter Gemahlin Erbſchafft. Von Remediis Juris in Theilungs-Strittigkeiten über der mütterlichen Erbſchafft ꝛc. ſiehe unter Holſtein. Streitigkeiten.

§. 111.

Schließlichen habe ich beobachtet, und kan unter anderem die Streitigkeit wegen Herzog Eberhards III. zu Würtemberg Gemahlin Verlaſſenſchafft zur Probe dienen, daß ſich jezuweilen regierende Herrn durch das anhoffende Lucrum, oder ihre Räthe, ſo es nicht beſſer verſtehen, oder les bons valets machen wollen, wann es um einer Dame Erbſchafft zu thun iſt, verleiten laſſen, Sätze zu vertheidigen, welche in vilen anderen Fällen ihrem eigenen Hauſe und Deſcendenten zu unſäglichem Nachtheil gereichen können. Schluß-Anmerckung.

* * *

Von der Kinder Verlaſſenſchafft.

§. 112.

Ordentlicher Weiſe erben die Eltern ihre ohne Nachkommenſchafft vor ihnen abſterbende Kinder; doch nicht allemal. Regel.

§. 113.

Im Hauſe Oeſterreich hätte, wann die Kayſerin-Königin, und Exempel.

(1) add. unten §. 205.

und nach Derſelben Ihre Kinder, vor der K. Königin Gemahl, Kayſer Franzen, mit Tode abgegangen wären, der Herr Vater ſeiner Kinder Lande nicht erben können.

Ehe-Pacten, wodurch das Erb-Recht eines Vaters, im Fall die Kinder nach der Gemahlin, aber vor ihm, dem Vater, oder in ihrer Minderjährigkeit, mit Tod abgiengen, eingeſchräncket worden iſt, ſiehe unter **Bayern ad An. 1635.** Und eine Teſtamentliche Diſpoſition aus eben diſem Hauſe, da eine Mutter ihrem Kind deſſen mütterlichen Groß-Vater in gewiſſen Erb-Stücken ſubſtituiret hat, ſiehe *ibid.*

Eben dergleichen Ehe-Pacten, als erſt remiſſive angeführet worden, ſiehe auch unter **Sachſen-Weiſſenfels ad An. 1671.**

Ob und wie aber ein Teſtament, darinn die Eltern übergangen worden ſeynd, beſtehen könne oder nicht? ſiehe einen ebenfalls in dem Hauſe Sachſen-Weiſſenfels ſich ereigneten Streit im **T. Famil. Staatsr.**

Wie ein Vater, in eventum, wann ſeine Kinder ohne Leibes-Erben und ſelbſt-eigene Diſpoſition abſterben würden, wegen ihrer mütterlichen Erbſchafft Ordnung gemacht habe? ſiehe unter **Sachſen-Altenburg ad An. 1668.**

Von einem Streit, der ſich im Hauſe **Sachſen-Weimar** wegen der Erbſchafft eines Kindes zugetragen hat, zeuget diſes Reichs-Hof-Raths-Concluſum:

4. Februarii 1716.

Zu Sachſen-Weimar verwittibte Herzogin, Frau Charlotta Dorothea Sophia, contra Herrn Ernſt Auguſten, Herzogen zu Sachſen-Weymar, ſive Implorantiſcher Anwald von Praun, ſub præſentato 24. Januarii nuperi, zeiget allerunterthänigſt an, wie daß dero Sohn, weyland Herr Johann Ernſt Herzog zu Sachſen, im 19. Jahr ſeines Alters verſtorben, und ſeine Frau Principalin als Allodial Erbin conſtituiret hätte, mit gehorſamſter Bitte, ſelbe dafür allergnädigſt zu erklären, und per Mandatum S. C. pœnale die Ausantwortung ſothaner Verlaſſenſchafft allermildeſt anzubefehlen; appon. Lit. A. usque F. incluſive in duplo.

1. Cum incluſione Exhibiti reſcribatur dem Herrn Herzogen zu Sachſen-Gotha: Nachdem die Sache ſo nahe Anverwandten betreffe, und Ihro Kayſerliche Majeſtät allergnädigſt gerne ſehen, daß dieſelbe ohne Weitläufftigkeit in der Güte beygeleget würde; als wollten Sie dem Herrn Herzog Ihre Kayſerliche Commiſſion dahin gnädigſt aufgetragen haben, daß derſelbe zufor-

zuforderiſt die Partheyen in der Güte nach Recht und Billigkeit zu vergleichen ſich bemühe, in Entſtehung deren aber dieſelbe ſummariter zu vernehmen und ſodann cum voto anhero zu berichten. etc.

Was in Schwarzburg- und Braunſchweigiſchen Ehe-Pacten de An. 1684. auf den Fall beliebt worden iſt, wann während der Gemahlin Wittwenſtandes eines ihrer Kinder mit Tod abgienge? ſiehe im T. Staatsr. *Tom. 21. p. 497.*

In Sachen der Rheingräfin zu Dhaun wider die jüngere verwittwete Rheingräfin Caroline Friderike, ergienge am Cammergericht An. 1757. 19. Febr. (1) der Beſcheid: Daß beklagte Gräfin ſich erklären ſolle: Ob ſelbige ſich für eine Allodialerbin aller von ihrem leztverſtorbenen Sohn beſeſſenen unbeweglichen Allodialgüter angebe, und in ſolcher Qualität einige derſelben in Beſiz genommen habe? Sie erklärte ſich auch: Ja! und kame darauf interveniendo ad cauſam der Dhauniſchen allodial-Erben wider Salm ein, um, nach Abgang des Mannsſtamms, die Allodialgüter zu vindiciren. Darauf wurde ihr An. 1764. 16. Maj. als Erbin (ab inteſtato) ihrer Söhne von dem Ottoniſchen Stamm eine Terz allein, von dem Waldradiſchen Stammen aber eine halbe Terz, zuerkannt. Was aber ſo dann ferner in der Sache vorgegangen iſt, ſehe man in des T. perſönl. Staatsrecht. 3. Buch, 13. Cap.

Ob und wie ferne eine Wittwe ihre Kinder, ſo nach dem Vater, aber vor ihr, der Wittwe, verſtürben, erben ſolle oder nicht? ſiehe auch die Waldeckiſche Ehe-Pacten de A. 1604. das T. St. R. 21. Th. p. 521.

Bey dem Herrn von Ludewig (2) findet ſich die zwiſchen zweyen Reichs-Ständen um das Jahr 1733. vorgekommene Frage: Im Fall eine gewiſſe Scheda teſtamentaria, mithin auch die darinn enthaltene Subſtitutio pupillaris, gültig ſeyn ſollte, ob nicht wenigſtens denen Gräflichen mütterlichen Groß-Eltern der Pflicht-Theil als Legitima gebühre? dergeſtalt beantwortet: Daß, im Fall auch die Scheda teſtamentaria, mithin die Subſtitutio pupillaris, gültig ſeyn ſollte, dannoch denen mütterlichen Groß-Eltern der Pflicht-Theil als Portio legitima gebühre.

§. 114.

Sterben Kinder vor Vater und Mutter, und hinterlaſſen keine eigene Mehreres davon.

(1) Freyh. von Cramer Nebenſt. 71. Theil, 63. S.
(2) in ſeinen gelehrt. Anzeig. Tom. 1. p. 778.

gene Kinder, wohl aber eine Erbschafft; so erben, was die Mobilien und privat-Güter betrifft, Vater und Mutter ordentlicher Weise zugleich: Verlassen sie aber Immobilia, so kommt es auf die Natur derselbigen an, da dann zuweilen nur der Vater, oder nur die Mutter, oder auch keines von beyden, darinn succediren.

Stirbt der Vater vor dem Kind, so erbet, Falls keine Pacta ꝛc. im Wege stehen, die Mutter die Mobilien und privat-Güter, die Immobilia aber kommen ordentlicher Weise auf den oder die nächste Agnaten.

Stirbt die Mutter vor dem Kind, so trägt der Vater die Mobilien und privat-Güter davon; bey denen Landen aber kommt es wieder auf deren Natur an.

Hinterlässet aber eine solche Person eines Theils Eltern, oder doch den Vater, oder die Mutter, und anderen Theils eine Wittwe, so kommt es forderist auf die Ehe-Pacten, Haus-Verträge, u. s. w. so dann aber auf das Jus commune an.

Die übrige Anmerckungen, so hiebey gemacht werden könnten, seynd bereits bey Erzählung dessen, was facti ist, angeführet worden; und im übrigen kommt es bey sich ergebenden Fällen auf die Jura communia, so weit sie applicabel seynd, und auf die andere öffters angezeigte Principia, deren man sich in der Jurisprudentia Illustrium überhaupt bedienet, an.

* * *

Von der Collateralen Verlassenschafft.

§. 115.

Eingang. Stirbt ein Reichs-Stand, oder jemand aus einem solchen Hause, und hinterlässet weder Kinder, noch Eltern, aber Geschwistrigte, oder andere Bluts-Freunde; so seynd denen Rechten und dem Herkommen nach dise ab intestato die nächste Erben. Dergleichen Fälle haben sich nun bey uns in Teutschland vile hundert ereignet: Weil aber von denen meisten nichts offentlich bekannt worden, oder doch nichts sonderliches dabey zu beobachten ist, auch, was die Collateral-Succession in Land und Leute betrifft, davon in dem Familien-Staatsrecht weitläufftig gehandelt wird; so bleibet nur noch folgendes hieher anzumercken übrig.

§. 116.

Von Oesterreich. Wie Herzog Friderichs zu Oesterreich, des letzten seines Stammes, drey Schwestern Sec. 13. seinen hinterlassenen Schatz getheilet haben? vid. das T. Staator. *Tom. 16. p. 290.*

K. Ferdinand I. disponirte An. 1543. „Welche dann aus Unsern Töchtern

Töchtern nach ſolcher Vertigung und Thaylung, vor oder nachdeme Sy verheyrat, an eeliche Leibs-Erben Todts vergiengen, die ſollen von den andern Iren Schweſtern, und derſelben Kindern, wie ſich gepürt, geerbt werden. „

§. 117.

Prinz Ernſt in Bavern, der An. 1560. geſtorben, hatte einen Bruder, Wilhelmen, (welcher vor beſagtem Ernſten und der Sabina ſtarb,) ſo dann unter anderem zwey Schweſtern, Sabinam, vermählte Herzogin zu Würtemberg, welche Ernſten überlebte, und Suſannam, vermählte Marggräfin zu Brandenburg, ſo vor Ernſten ſtarb, und deren Tochter Chur-Fürſt Friderichen zu Pfalz ehlichte. Diſes Chur-Fürſtens Sohn Johann Caſimir machte an Herzog Ernſtens Erbſchafft Anſprach; man hielte ihme aber ſeiner Groß-Mutter Verzicht entgegen, den ſie auf alle väterliche, mütterliche und ſonſten im Fürſtenthum Bayern anerſtorbene, auch hernach fallende, Erbſchafften gethan hätte. Bayern.

Ein darüber conſulirter Cameraliſte ware (1) der Meinung: Daß zwar ſolcher Verzicht in Rechten kräfftig und beſtändig ſeye: Jedoch, weil der Fall mit Herzog Ernſtens Ableiben bey der Marggräfin Suſannen Leben nicht, ſondern erſt hernach, ſich begeben und zugetragen; ſo habe auch derſelbe auf ſolche Verlaſſenſchafft ſich nicht erſtrecken, noch der Marckgräfin Prinzeßin an der Succeſſion Verhinderung bringen können. Ein anderer Rechts-Gelehrter habe die Sache nicht gar richtig gehalten, weil Herzog Ernſt hinter ſich im Leben gelaſſen habe 1. ſeine Schweſter Sabinam, 2. ſeiner Schweſter Suſannen Tochter, 3. ſeines Bruders Wilhelms Sohn, welche alle drey, vermöge gemeiner Rechten, zu der Verlaſſenſchafft berechtiget geweſen ſeyen: Und obwolen beede leztere einen Grad entfernter geweſen, als die Schweſter; ſo tretten ſie doch per Jus Repræſentationis an ihrer Eltern Stelle: Wann dahero der Pfalzgraf an ſeiner Großmutter Stelle zur Erbſchafft kommen wolle; ſo lige ſeiner Mutter ihrer Mutter Verzicht im Wege, welcher ſie nicht weniger von der Verlaſſenſchafft ausſchlieſſe, als die Marckgräfin Suſannen ſelbſt, weil des Pfalzgrafens Mutter nicht anderſt, als per Jus Repræſentationis, zur Succeſſion gelangen könne, und ſich demnach keines anderen Rechtens zu erfreuen habe, als ihrer Mutter, wann ſie im Leben geweſen wäre, gebühret hätte; diſer aber habe wegen des Verzichts nichts an der Verlaſſenſchafft gebühret. Ein Anderer habe zwar der Sache da-

(1) in HOFFMANNS ſelect. Jur. Reſp. p. 76.

durch zu helffen gesucht, daß er des Pfalzgrafens Mutter und Herzog Albrechten in gleichen, und zumal in den dritten, Grad gesezet habe; alleine sie succediren eben doch nur Jure repræsentationis, und wann Bruders- und Schwester-Kinder mit Brüdern und Schwestern erben, tretten sie nicht nur in den Grad ihrer Eltern, sondern erben auch ex persona illorum & Jure illis competente: Indessen könne doch wohl neben einander stehen, daß einer Jure Repræsentationis des anderen Grad einnehme, und doch sich nicht des Repræsentati, sondern seines eigenen, Rechtens gebrauche, zumalen in subſtrato.

§. 118.

Sachsen. Nach Kinder-losem Absterben der Herzogin Johannetten Antonietten zu **Sachsen-Weissenfels**, oder damahls zu Dahme, entstunde An. 1726. die Frage: Ob der Defunctæ Prinzeßinnen Schwestern die Gerade zu forderen befugt seyen? Die Juristen-Facultät zu Halle antwortete (1): Daß, bewandten Umständen nach, die Prinzeßinnen Schwestern, die Gerade zu fordern, nicht berechtiget seyen.

Was nach Absterben Herzogin Dorotheen Marien zu Sachsen-Weimar wegen der von ihrer Schwester geforderten Nifftel-Gerade für Streit entstanden seye? siehe im T. Staater. *Tom. 25. p. 391.*

In dem An. 1672. zwischen **Gotha** und **Weimar** wegen der Altenburgischen Succession getroffenen Vergleich wurde *§. 1.* die ganze Erbschafft überhaupt Gotha zugeeignet, *§. 6.* aber heißt es noch weiter ins besondere: „Wegen der Mobilien und Inventarien, es seye an Pretiosis, Geschmeiden, Baarschafft, Silber-Werck, Geschütz, Munition, Rüstung, Kleidung, Gewand, Haus- und Zierrath-Stücken, Getraide, Viehe, Pferde, und alles andern, wie es Nahmen hat, desgleichen auch auffenstehender Schulden und Forderungen, sive actionibus realibus & personalibus, bleibt es bey dem, was im ersten Punct insgemein gesetzt, zuförderst mit diser Ausnahme, daß Uns, den dreyen Gebrüdern, alle Mobilia und Inventaria, in denen Uns entweder aus denen Altenburgischen oder Gothaischen Landen zukommenden Aemtern, wie solche die Amts-Inventaria, und die Rechnungs-Schlüsse, (die auf den Abend vor Walburgis nechst-verwichen zu machen und damit auch die heurige Wolle bey den Aemtern zu lassen, hierdurch verglichen wird,) mit sich bringen, zuforderst mit den Aemtern folgen, gleichwohl das aufgeschüttete Getreyd und vorhandene Wein-Vorrath nicht mit gemeinet; so dann und ferner verwilligen Wir, Herzog Ernst, hierüber Ihrer Ld. Ld. Ld. den vierten Theil alles aufge-

(1) vid. BOEHMERS Consult. & Decis. Vol. 1. Part. 2. p. 196.

aufgeſchütteten Getraides im Altenburgiſchen und Coburgiſchen, auch Hennebergiſchen Orten, alſo, wann der Calculus und Sturtz nach der Juſtification der Rechnungen (die Wir Ihren Ld. Ld. Ld. getreulich communiciren, dero habende befugte Erinnerung gern vernehmen, auch, nach deren Beliebung, jemanden zum Sturtz, gleich Uns in denen Ihnen überlaſſenen Aemtern auch freyſtehet, admittiren wollen,) ſeine Richtigkeit hat, wollen Wir, oder auch immittelſt in Abſchlag des vermuthlichen Quanti, ſo vil als der vierte Theil des Vorraths beträgt, Ihren Ld. Ld. Ld. zuforderſt in denen Ihnen zukommenden Orten, überweiſen und innen laſſen: Würde aber, wie wegen des anſehnlichen Vorraths zu Allſtätt zu ermeſſen, ein mehrers in deroſelben Orten, als zum vierten Theil erfordert wird, ſich finden, das ſoll Uns, Herzog Ernſten, vorbehalten bleiben. Hierüber ſollen auch Ihre Ld. Ld. Ld. den vierten Theil an vorhandenen Pretioſis oder Jubelen, incluſive Schatz-Geld, deßgleichen an Silber-Geſchirr und Jagd-Zeug, nach Ausweiſung der Inventarien, wie ſich ſolche biß auf erwehnten Rechnungs-Schluß finden müſſen, empfahen; jedoch alles dermaſſen, daß ſie nicht alleine von aller übriger Fahrniß und auſſenſtehenden Schulden und Reſten abſtehen, ſondern auch für allen Dingen mit Uns gegen = = = Frauen Johannen Magdalenen, gebohrnen und vermählten Herzogin zu Sachſen, Ld. Anſpruch und Prætenſiones, zu Beybehaltung rechtlicher Befugniß und Abwendung widrigen Præjudicien, umtreten und Aſſiſtenz leiſten, auch die Tractaten mit derſelben nebſt Uns antreten und abhandeln. „

In dem Theilungs-Receß zwiſchen S. Weimar und Eiſenach de An. 1691. wegen der Jeniſchen Erbſchafft lautet es: „So vil dann, zum 14den, die zu diſer Fürſtlichen Erbſchafft gehörige Mobilia und Moventia betrifft; ſo hat Sachſen-Weymar Uns, Herzog Johann George, alle in dem Reſidenz Schloſſe zu Jena befindliche Tapeten, Spiegel, Aſche, Stühle, ſamt darzu gehörigen Teppichen und Ueberzügen, Vorhängen vor den Fenſtern, und Gueridons, ausgenommen was etwa der Prinzeßin Charlotten Marien davon gehören möchte, ingleichen alles hölzerne Haus-Geräthe in dem Jeniſchen Schloſſe und in der Zillbach, zum Voraus freund-vetterlich bewilliget: Alles übrige an Meublen, Mobilien und Moventien, wie es immer mag Nahmen haben, inſonderheit die acht Kuxen zu Ilmenau, aller Jeniſche Jagd-Zeug, und darzu gehörige Wagen in der Zillbach und andern Orten, deßgleichen das zu Jena vorhandene Floß-Holz, ſollen durch gewiſſe Deputirte mit eheſten nach den ſämtlichen Inventarien in zwey gleiche

Theile geſetzet und jeglichem ſeine Helffte gefolget werden: Was aber den auf denen Aemtern und Forwergern vorhandenen hölzernen und andern Hausrath belanget, wird ſolcher billig darbey ohne Theilung gelaſſen. Weilen, vors fünffzehende, von beeden Fürſtl. Theilen bißhero aus denen Jeniſchen Cammer-Intraden an Gelde, Getraidig und Wein, auch aus dem Inventario an Kutſchen, Pferden und dergleichen, ein und anders gehoben worden; ſo ſollen durch gewiſſe hierzu Deputirte die Jeniſchen Cammer- und Amts-Rechnungen cheſtens aufgenommen, juſtificiret, und, was ein Theil zu vil bekommen, dem andern wieder herausgegeben werden. „

Nach dem Tode des letzten Prinzens zu S. Jena forderte deſſen Schweſter unter anderem (1): Adquiſita omnia à Parente & à Fratre poſt factam Territorii diviſionem, ædificia omnia recens exſtructa, hortos & reliqua. Die Agnaten aber antworteten: Pacto Familiæ, quo Filia nitebatur, id minime aſſeri; diſponi ibi de caſu, quo ſine maſcula prole Linea aliqua extingueretur, Fratrem autem fuiſſe Hæredem Patris & Filiam renunciaſſe paternæ fraternæque Hæreditati. Ferner verlangte ſie omnem Hæreditatem Allodialem fraternam, cui ipſa non renunciaverit. Fuiſſe minorem Filiam, non informatam de voluntate Parentum, non juraſſe, læſam fuiſſe enormiter in Legitima; poſito etiam, Renunciationem factam eſſe legitime, non intelligi factam favore Agnatorum, ſed tantum Fratris. Neque ad Fideicommiſſa materna poſſe extendi. Die Agnaten antworteten: Renunciationem eſſe neceſſariam, Familiis illuſtribus conſuetam, Solennibus non indigere, Querelam læſionis locum non habere; factam denique renunciationem non Fratris tantum, ſed & Agnatorum, intuitu: Fideicommiſſa materna eſſe nulla. Die Halliſche Rechts-Gelehrte (2) antworteten in eben diſem Fall auf die Frage: Ob der Tochter der Fürſt-Brüderliche Vergleich de An. 1662. §. 25. zu ſtatten kommen könne, vermöge deſſen, wann einer oder der andere von denen Fürſtlichen Pacilcentibus, (darunter der Herzogin Herr Vater mit geweſen,) ohne männliche Leibs-Lehens-Erben mit Tode abgehen würde, deſſen Portion unter die übrigen in gleiche Theile getheilet werden, jedoch, dafern alsdann ein oder der andere Theil etwas über dasjenige, ſo ihm bey der Diviſion zugeſchlagen, eingelöſet, oder ſonſten an ſich gebracht hätte, es deſſen Fürſtlichen Landerben folgen, auch er davon, auſſer der Lehen-

(1) vid. de LUDOLF de Jur. Fœm. ill. p. m. 124. ſqq.
(2) vid. Conſil. Halens. Tom. 2. Lib. 1. p. 366.

Lehenſchafft, nach Belieben zu diſponiren befugt ſeyn ſollte? Es möge der Herzogin beſagter Vergleich gar nicht zu ſtatten kommen.

Herzog Friderich zu S. Gotha ordnete An. 1685. Die ſchweſterliche Erbſchafft ſolle, wann keine Diſpoſition vorhanden, unter denen ſämtlichen Brüdern oder Vettern, nach denen bekannten Succeßionsrechten, vertheilet werden.

Herzogs Albrechts zu S. **Coburg** Verordnung vom Jahr 1694. wegen ſeiner hinterlaſſenden Mobilien, ſiehe **im T. Staator. 25. Theil**, 406. S.

Die S. Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche Agnaten und Landesfolgere trafen wegen diſer abgeſtorbenen Herzoge mobiliar-Verlaſſenſchafft einen Vergleich.

Als Herzog Friderich Wilhelm zu **Sachſen-Meiningen** (1) ſeine Frau Schweſter, die Herzogin zu Sachſen-Gotha, zur Erbin einſezte, und dieſelbe bey dem Reichs-Hofrath um Manutenenz dabey bate, darauf aber An. 1746. 18. Mart. erſtlich ein Vorbeſcheid, wegen Beybringung des original-Teſtamentes, ergienge, wurde zugleich dem Herzogen Anton Ulrich zu S. Meiningen reſcribirt: Der Kayſer verſehe Sich zu ihm, daß derſelbe weitere Kayſerliche Verordnung abwarten, und indeſſen nichts thätliches gegen die Herzogin, als inſtituirte Erbin, vornehmen, ſondern ſie bey der ergriffenen Poſſeß unberuhiget laſſen werde.

Nachdeme hierauf die Herzogin dem Vorbeſcheid ein Genügen geleiſtet, reſolvirte der Reichs-Hofrath den 6. Apr. unter anderem ferner:

„2. Wird die Frau Herzogin von Sachſen-Gotha in dem ruhigen Beſiz der ex hoc Teſtamento erhaltenen Erbſchafft hierdurch confirmirt.

3. Fiat Reſcriptum dehortatorium, caſſatorium & inhibitorium, de non amplius turbando in rite & legitime apprehenſa poſſeſſione, non moleſtando aut impediendo quoscunque in libero aditu & reditu, nec via facti, ſed iuris, procedendo &c. mit dem Anhang, daß ſonſten der Frau Herzogin von Sachſen-Gotha eine Commißion ad manutenendum wider alle Thätlichkeiten ertheilet werden werde.

Anno 1752. 30. Jun. (2) wurde wieder an den Herzogen zu S. Meiningen reſcribirt: Der Kayſer hätte Sich wohl nimmermehr verſehen, daß der Herzog, der allergerechteſten und ſo wohlgemeinten

Kayſer-

(1) ſ. Staatsſchrifft. unter K. Franz, 2. Band, S. 394.
(1) v. Staatsarch. 1752. 2. Band, 929. S.

Kayserlichen Ermahnung entgegen, doch noch immer fortfahren sollte, die Herzogin zu S. Gotha aus ihrem theils so gar manu militari wieder herausgesezten Besiz noch immerfort zu lassen, und seine gewaltthätige Unternehmung dagegen fortzusezen: Der Kayser würde ihme, Herzog, zwar das Gehör in rechtlichem Weg und Ordnung in Petitorio & separato nicht versagen; könnte aber bey dem allem der Herzogin nicht entstehen, ihr den gehabten Besiz von der allodial-Erbschafft, nach Innhalt des Testaments Herzogs Friderich Wilhelms, vor allen Dingen wieder einzuraumen und evacuiren zu lassen; wie dann er, der Herzog, solches von selbsten binnen Zeit zweyer Monathe zu thun, und alles wiederum in den vorigen Stand der von der Herzogin zu S. Gotha ergriffenen Possession zu sezen habe; als widrigen Falles der Kayser nicht entstehen könnte, denen Ober-Sächsischen und Fränckischen Crays-Ausschreibämtern aufzugeben, sie, nach Innhalt obbesagten Testaments, auf des Herzogs Kosten, ohne ferneren Anstand zu reimmittiren, und dieselbe bey dem ruhigen Besiz kräfftigst zu manuteniren. etc.

Darauf kamen die Herzoge zu S. Saalfeld und Hildburghausen interveniendo ein: Den 2. Oct. aber wurden der Herzogin zu S. Gotha Vorstellungen dagegen ermeldten beeden Herzogen bloß ad notitiam communicirt; mit dem Anhang: Nachdeme es noch zur Zeit bloßhin um die Restitution des der Herzogin zu S. Gotha durch den Herzogen zu S. Meiningen gewaltthätig und via facti entrissenen Possessis zu thun seye; als hätten die Herzoge zu S. Saalfeld und S. Hildburghausen, im Fall sie super validitate des Testaments Herzogs Friderich Wilhelms, und überhaupt über der potestate testandi eines Sächsischen Herzogs, zu handlen gemeinet seyen, solches, evacuato Spolio, rechtlicher Ordnung nach, besonders anzubringen und die den Herzog Anton Ulrich allein angehende Turbationssache durch die in dises Factum turbativum gar nicht einschlagende Interventionen nicht in Verwirrung zu bringen.

Anno 1754. 5. Apr. (1) ergienge ein inhäsiv-Conclusum in diser Sache.

§. 119.

Brandenburg. In Sachen: Zu Dänemarck verwittwete Königin contra Brandenburg-Onolzbach und Culmbach, wurde An. 1770. 14. Maj. vom Kayser an den Herrn Marckgrafen reseribirt: Er werde aus der Anlage ersehen, was die Königin in Betreff der allodial-

(1) l. c. 1754. 2. Band, 91. S.

dial-Verlaſſenſchafft des leztverſtorbenen Herrn Marckgrafens zu Brandenburg-Culmbach, Chriſtian Friderichs, beſchwerend vorgeſtellet habe: Wie nun Kayſerliche Majeſtät des Herrn Marckgrafens Verfahren nicht genehmigen könnten; als befehleten Sie ihme, mit allen eigenthätigen rechts-widrigen Unternehmungen ins künfftige an ſich zu halten, das von denen bereits inventirten und unter gemeinſamen Sigeln aufbewahrten allodial-Stücken etwa entnommene wieder ad locum unde zu reſtituiren, und alles in den vorigen Stand zu ſezen; ſo dann aber das ſchon am 3. Mart. a. p. angefangene Inventarium, mit Zuziehung des Impetrantiſchen Mandatarii, fortzuführen und zu beendigen, die vorlängſt expromittirte über jedes Schloß vorhandene Inventarien, und ſonſtige ad Maſſam allodialem gehörige Scripturen und Documenten, beregtem Mandatario zu communiciren, und ſo fort ſothanes Erbſchafftsgeſchäfft gänzlich zu berichtigen, etc.

Die Königin lieſſe ſich noch über diſes durch ein bey dem Reichsconvent ausgetheiltes pro memoria von 1770. 10. Maj. (1) beklagen, daß der Herr Marckgraf zu Br. Onolzbach ihro, als alleiniger Allodial-Erbin, das Recht nicht angedeyen laſſen wolle, ſondern endlich zu erkennen gegeben, daß von einiger allodial-Verlaſſenſchafft keine Rede ſeyn könne, auch zulezt die unter gemeinſchafftlichem Siegel verwahrt geweſene Effecten und Baarſchafften, aller Vorſtellungen ohngeachtet, eigenmächtig zu ſich genommen habe; ſo, daß die Königin ſich nunmehro nothgedrungen fände, zu Rettung ihrer Allodialgerechtſamen, ſich an Kayſerliche Majeſtät, als obriſten Richter im Reich, zu wenden.

Brandenburg-Onolzbach aber lieſſe durch ein anderes pro memoria vom 22. Jun. 1770. (2) kurz antworten: Man habe zum Theil die Urſachen, warum von keiner allodial-Erbſchafft die Rede ſeyn könne, dem Holſtein-Glückſtättiſchen Geſandten bereits eröffnet, und habe keine Urſach, den Richter zu ſcheuen ꝛc.

§. 120.

Als die Herzogin von Orleans ihren Bruder, den Churfürſten Pfalz-Carl zu Pfalz, in Allodialibus erben wollte, excipirte Chur-Fürſt Philipp Wilhelm als Agnat: Sie habe Verzicht geleiſtet. Orleans replicirte: Renunciatio hæc facta eſt tantum ſucceſſioni paternæ

&

(1) H. Oertels R. Tags-Diar. 1770. S. 53.
(2) H. Oertel S. 68.

& maternæ, hoc eſt, ſucceſſioni in linea aſcendente; In hoc Arbitrio autem quæritur de ſucceſſione fraterna, ſive de ſucceſſione in linea collaterali: ideoque hac etiam ratione non ultra valere poteſt, quam Sereniſſima Duciſſa renuncians ſponte permittet: unde ſequitur, interpretationem etiam & effectum eidem attribuendum, qui Serenisſ. Dominæ Renunciantis prætenſioni quam minimum adverſetur. Juxta Jurisprudentiam Germanicam renunciationes fœminarum etiam juratæ & ad caſus ſuos ſpecificos qualificatæ, ſtrictiſſime ſunt interpretandæ & effectus illarum arctiſſimis limitibus coërcendus: quanto magis non jurata & ad aliam, quam de qua quæritur, ſucceſſionis ſpeciem determinata. Ein mehreres von diſer Sache kommt im T. Famil. Staator. vor.

Was nach Abſterben König Carls XII. in Schweden in Anſehung deſſen Zweybrückiſcher Lande, ingleichem nach Pfalzgraf Guſtavs zu Zweybrücken Tod, auch in anderen Fällen, wegen der mobiliar-Verlaſſenſchafft vorgekommen ſeye? in ſpecie: Wem die vorräthliche oder noch auſſenſtehende, aber ſchon bewilligte, Landes-Gelder gehören? ſihe das T. Staator. *Tom. 20. p. 311. ſeqq.* und *Tom. 23. p. 508.*

§. 121.

Braunſchweig. Was nach Abgang der Braunſchweig-Grubenhagiſchen Linie wegen derſelbigen Verlaſſenſchafft am Reichs-Hofrath vorgekommen ſeye, davon kan ich nur diſes wenige mittheilen:

19. Dec. 1633.

Gruebenhagiſche Allodial-Erbſchafft ſive Herzog Chriſtian Alexander, Friderich vnd Philipß zu Schleßwig-Holſtain Gebrüeder, per mandatarium ſuum Johann Rebeinckh de præſ. 15. Novembris jüngſthin, contra die Herrn Herzogen zu Braunſchweig executionis prædictæ hæreditatis, petunt, demnach Herr General Tilli alß Executions-Commiſſarius mit Todt abgangen, ſolche Commiſſion Ihrer Königl. Würden zu Dennemarckh, Herrn Herzog Chriſtian zu Braunſchweig vnd Lünenburg vnd Herrn Herzog Friderichen zu Holſtain ſambt vnd ſonders aufzutragen. apponunt A. B. ſententiam definitivam & mandatum Executionis.

Fiat renovatio Commiſſionis auf Herrn Herzogen Auguſten zu Lünenburg vnd Herzog Friderichen zu Holſtain ſambt vnd ſonders.

Weſſen ſich Herzog Ludwig Rudolph zu Braunſchweig-Wolfenbüttel mit ſeines Herrn Bruders, Auguſts Wilhelms, Wittwe

Wittwe An. 1731. wegen ihres Herrn Gemahls mobiliar-Verlaſſenſchafft verglichen habe? ſihe *l. c. Tom. 21. p. 248.*

§. 122.

Marckgraf Philipp zu Baden teſtirte An. 1533. „Daß omnia Mobilia ipſius, als Bett, Bettgewand, Hausrath, Uffſchlag, Gewürck, Tuch, leinin und wöllin, Püchſen und Pulver, und was zur Wehr gehörig, ſolche Stück alle und jede, bey und in den Häuſern und Schlöſſern Marchiæ Badenſis, wie die jetzo ſeyn, auch alſo gelaſſen werden und bleiben ſollen, prout & pater in paterna diſpoſitione jam antea diſpoluerat. Ferner, daß Executores Teſtamenti ſui ſein Barſchafft, die er hinder ſich unverſchafft verlaſſen, auch das Türckengeld, ſo von den Subditis gefallen wird, cum omnibus creditis, laut der Schuld-Brieff, wenn die eingebracht worden, alles und jedes absque mora zu Löſung der Pfandſchafft, ſo vil und was man zu löſen hat, oder zu Ablöſung der Gülten, auf Marchionis Herrſchafft verſchrieben, alſobald anlegen ſollen und dieſelbe erlöſte Gülten und Gefäll kommen laſſen in des Kammer-Schreibers einnemmen und ausgeben und zu Vollführung des Baues Mülberg anwenden. Mandat porro celari & taceri ſuam Barſchafft. „ Baden.

In denen hernach über diſer Erbſchafft entſtandenen, erſtlich vor Chur-Pfalz, hernach vor dem Cammer-Gericht, ventilirten Theilungs-Differentien wurde wegen der Baarſchafft, Geſchüzes, Harniſch, und was zur Wehr gehörig, geſtritten.

Der Chur-Fürſt zu Pfalz, als Arbiter, ſprache: „M. Philipſen ſeel. verlaſſene Baarſchafft ſolle zu gleicher Theilung kommen, und jeder Parthey ihr Gebür ohne fernern Ufzug werden und gepeyen. Auf den vierzehenden Puncten, Geſchütz, Harniſch, und was zur Wehr gehörig, erkennen und entſcheiden Wir, daß alles Geſchütz, mit ſeiner Zugehör, auch Harniſch, und anders, was zur Wehr gehört, zugleich getheilt, und jedem ſein gebührender Theil gefolgt werden ſoll. Der Referens hielte dafür: Der Chur-Fürſt habe bey dem Articul der Baarſchafft wohl geſprochen; bey dem anderen ſagt er: Supereſt difficultas illa, quam parere videtur Teſtamentum Marchionis Philippi, in quo clare diſponitur, daß die Büchſen und Pulver, Zeug, und was zur Wehr gehöret, ꝛc. alle und jede bey und in den Häuſern und Schlöſſern Marchiæ Badenſis, wie die jezo ſeynd (hoc eſt, ut Erneſt. interpretatur, tempore mortis Philippi) auch alſo gelaſſen werden und bleiben ſollen. Veruntamen quia in exordio iſtius §. Philippus ſe retulit ad teſtamentum & voluntatem patris

ſui, M. Chriſtophori, puto, hanc diſpoſitionem ſecundum illam intelligendam & accipiendam eſſe, nec conſiderandum, quod à morte Marchionis Chriſtophori, ex incidente calamitate bellica, pro neceſſitate provinciæ, nonnulla tormenta bellica & arma alio translata ſunt, maxime cum diſpoſitio illa inter Liberos, quam fecit M. Chriſtophorus, ab omnibus tribus fratribus jurata fuerit, ita, ut etiam per Jurisjurandi religionem videatur, non fuiſſe integrum Philippo, ex diſpoſitione paterna quicquam mutare. Quare non iniqua videri potuiſſet ipſorum Badenſium petitio, qui voluerunt, das Geſchütz wiederum an die Orth zu ſtellen, da es zuvor ante tumultum ruſticum geſtanden. Cæterum, quia omnimodam æqualitatem ſpectavit Elector, ad quam fratres non minus ratione teſtamenti, quam inteſtati, tenebantur, reſpexiſſe videtur, & ejus in hoc judicio arbitrario latiſſimum fuit officium, non video, qua ratione læſus dici poſſit Erneſtus ex eo, quod laudavit Elector, Bombardas & arma ex æquo dividenda eſſe, ita ut concluſive putem, etiam in hoc puncto Electorem bene laudaſſe & male reductum eſſe. Es heißt auch in diſen Acten unter anderem: „Bernhardi Verſchreibung belangend, = = thue hiehero gar nicht und ſey ſolches lang vor der Abtheilung und zu Handhabung ſolches Teſtaments wider Herzog Wilhelmen in Bayern und S. F. Gn. Gemahl, Frauen Jacobe, Philippi Tochter, beſchehen, wie man dann derhalben coram Electore vilfältig gehandelt, aber das Teſtament dermaſſen nicht handhaben mögen, daß nicht die Tochter und Herzogin in Bayern auch das väterlich Silber-Geſchirr, Kleinodien, Kleider und anders mehr gar hingenommen hätte. „

Marckgraf Bernhard III. zu Baden ſtarb darüber; darauf machten ſeiner Kinder Vormünder mit Marckgraf Ernſten zu Pforzheim einen Vertrag, welchem aber hernach Marckgraf Bernhards Prinzen nicht nachgekommen ſeyn ſollen.

Der An. 1771. verſtorbene lezte Herr Marckgraf B. Badiſcher Linie, Georg Auguſt, ſezte den Herrn Marckgrafen zu B. Durlach zum Erben ſeiner allodial-Verlaſſenſchafft ein: Der Herr Marckgraf zu Durlach erklärete ſich aber, daß er ſolche Erbeinſezung nicht annehme, und die Erbſchafft repudiire.

Ueber des nachgebohrenen Prinzens Carl Guſtavs zu B. Durlach Verlaſſenſchafft entſtunde zwiſchen deſſen Prinzeßin, vermählter Herzogin zu Sachſen-Eiſenach, und dem regierenden Hauſe Durlach Streit, welcher An. 1704. den 3. Mart. durch einen Vergleich beygelegt

legt wurde; deſſen Innhalt bey Herrn Profeſſor SCHOEPFLIN (1) und Herrn Kirch. Rath SACHS (2) anzutreffen iſt.

§. 123.

Anno 1595. teſtierte Landgraf Ludwig zu Heſſen-Marburg: Heſſen.
„Nachdem Wir auch in der Veſtung Gieſſen, nach derſelben Gelegenheit, ein anſehnlich Zeughauß nicht alleine auferbauet, ſondern dasſelbige auch mit nothwendigen Geſchütz, Munition und andern Vorrath verſehen, und dann gleichwohl des Landes Nothdurfft erfordert, daß ſolches alles bey der Veſtung gelaſſen und nicht zertheilet werde; ſo wollen Wir, daß bemeltes Geſchütz, Munition und Vorrath, ſo zu Zeit Unſers tödtlichen Abgangs in berührter Veſtung und Zeughaus vorhanden ſeyn wird, darbey unzertheilt bleiben, und derjenige, welchem unter Unſern eingeſetzten Erben die Veſtung Gieſſen in der Theilung zukommen wird, dem andern vor ſeinen Theil an ſolchem Geſchütz, Munition und Vorrath billigmäßige Erſtattung an Geld thun, und ſie ſich auch deßwegen freundlich und einträchtig mit einander vergleichen ſollen.„ Uebrigens aber ſetzte er Caſſel und Darmſtatt zu univerſal-Erben auch in ſeiner mobiliar-Verlaſſenſchafft ein; doch daß ſie ſeiner Wittwe das im T. Staator. *Tom. 21. p.* 277. ſpecificirte daraus abfolgen laſſen.

Anno 1627. verglichen ſich Caſſel und Darmſtatt wegen ſolcher Mobilien dahin: „Zum 13den überlaſſen Wir, Landgraf Wilhelm, vor Uns, und alle Unſere Erben und Nachkommen, und insgemein vor Unſere ganze Caſſeliſche Linie, Unſerm Vettern, Landgrafen Georgen, erblich, alle Mobilien, wie ſich dieſelbe im Ober-Fürſtenthum Heſſen, Marpurgiſchen Theils, auf den Fürſtlichen Häuſern befinden, und Unſerer Caſſeliſchen Linie biß dahin zuſtändig geweſen ſind, ſie beſtehen gleich in Tapecerey, Bett-Geräth, Leinwand, Zinn, Eiſen, Kupfer, Holtz-Wahr, Waffen, Munition, oder wie und worinn ſie immer wollen, auſſer den zweyen gröſten Stücken auff Marpurg, ſo ins Zeughaus Ziegenhain gehörig, die Wir, Landgraf Georg, wieder ausfolgen zu laſſen zugeſagt.„

Nach Abſterben Landgraf Wilhelms des jüngeren zu Heſſen-Rheinfels-Wanfrid entſtunde über ſeine allodial- oder mobiliar-Verlaſſenſchafft ein Concurs; von welchem ich anderwärts (3) gehandelt habe.

(1) Hiſt. Zaring. Badenſ. Tom. 4. p. 353.
(2) Badiſch. Geſchicht. 4. Theil, S. 709.
(3) im Tr. vom R. Ständiſch. Schuldenweſ. S. 76.

Als Landgraf Christian zu Hessen-Rheinfels-Eschwege im Jahr 1755. starb, unterzoge sich der Landgraf zu Hessen-Cassel der Sperr dessen mobiliar-Verlassenschafft, u. s. w. berichtete es auch an den Kayser. Der Reichs-Hofrath aber resolvirte 1756. den 3. Dec.

„2. Fiat, (mit Aufhebung, Caßir- und Annullirung alles dessen, so von denenselben (besagtem Landgrafen und seiner Regierung,) in Ansehung der Verlassenschafft weyl. Landgrafens Christian zu Hessen-Rheinfels-Eschwege biß hichin ganz incompetenter vorgenommen worden,) Mandatum S. C. cassatorium, inhibitorium & restitutorium dahin: Daß der- und dieselbe über dise allein der Kayserl. allerhöchsten Jurisdiction unterworffene Erbschafft, so wie auch über die dazu gehörige nachgelassene Fürstliche Officianten und Dienerschafft, wie nicht minder über das Fürstliche Wohnhaus zu Eschwege, worinnen solche Verlassenschafft befindlich, sich keiner Jurisdiction oder Cognition anmassen, sondern vilmehr alles, so bißhero, zu Abbruch der Kayserlichen allerhöchsten Autorität, obsignando, citando, subhastando, solvendo, resignando & inventarisando, wie auch mit Einlegung einiger Soldaten in prætensam Hæreditatis custodiam, geschehen, alsofort revociren, aufheben, und die Mannschafft zurückziehen, auch von allweiterer Einmischung in dises Erbschafftsgeschäfft und anmaßlich-richterlichen Verfahren abstehen, nicht weniger die immittelst ungebührlich aufgenommene Inventarien-Rechnungen, Versteigerungsprotocollen, und sonstige dise Fürstliche Verlassenschafft betreffende sämtliche Acta, mit denen aus denen immittelst versteigerten Effecten erlösten, oder etwa sonst zu dessen Handen gekommenen, Geldern, ohne geringsten Abzug, alsofort an die anheut von Ihro Kayserl. Majestät zu Besorgung diser Erbschafftsangelegenheit auf die ausschreibende Herrn Fürsten des Ober-Rheinischen Crayses erkannte Commißion getreulich auslifern und einschicken, auch alle der Erbschafftsmassa durch das incompetente Verfahren verursachte Kosten und Schaden erfezen solle; hæcque omnia sub pœna 20. Marcarum auri &c.

3. Fiat ex officio Commissio auf die ausschreibende Herrn Fürsten des Ober-Rheinischen Crayses, & - - - rescribatur iisdem: Denenselben seye ohnehin bekannt, = = = welcher gestalt Landgraf Christian zu Hessen-Rheinfels-Eschwege allschon im vorigen Jahre, ohne Hinterlassung ehlicher Leibeserben, und, so vil der Zeit bewußt, ohne Testament Todes verblichen seye. Nun hätten zwar der Herr Landgraf zu Hessen-Cassel sich, der Cognition über dessen Fürstli-

Fürſtliche Verlaſſenſchafft zu unterziehen, und diſerwegen bereits verſchidenes zu verfügen, angemaſſet: Gleichwie aber in derley die Erbſchafft eines kundbarlich immediaten Fürſten des Reichs betreffender Angelegenheit die Jurisdiction Niemanden, als Ihro Kayſerlichen Majeſtät, Krafft Dero obriſtrichterlichen Gewalts, allein gebühre, folglich Allerhöchſtdieſelbe, den Heſſen-Caſſeliſchen Eingriff in Dero eigene und die dem Hauſe Heſſen-Rheinfels zuſtehende Immedietätsrechte mittelſt des erkannten Mandats zu ahnden, nicht hätten auſſer Acht laſſen können, dabey aber auch der Nothdurfft zu ſeyn befunden, in Anſehen der erwehnt-Fürſtlichen Verlaſſenſchafft, zu Behuf der bißhero mit der Erbserklärung zurückbleibenden Hæredum ab inteſtato, und etwa ſich vorfinden mögenden Creditorum, die behörige Vorſorge zu treffen, und überhaupt diſes Erbſchafftsgeſchäfft dahin einzuleiten, womit daſſelbe in rechtlicher Ordnung zu ſeinem Ende gereiche; worzu Sie dann vorzüglich in Sie, die Craysausſchreibende Herrn Fürſten, das Vertrauen geſezet hätten; als geſinneten Ihro Kayſerliche Majeſtät an dieſelbe gnädigſt, der ihnen hiemit auftragenden Kayſerlichen Commißion, doch mit möglichſter Erſpahrung des ex Maſſa hæreditaria zu leiſtenden Vorſchuſſes, und dahero, ſo vil immer thunlich, von Haus aus, ſich ungeſaumt zu unterziehen, und in Gefolg nicht nur die geſammte Erbſchafftsmaſſam, biß zu völligem der Sachen Austrag, in ihre Verwahr- und Beſorgung zu nehmen, ſondern auch die Hæredes ab inteſtato zu förmlicher Einreichung ihrer Erbserklärung autoritate Commiſſionis Cæſareæ vorzuladen, und überhaupt alles dasjenige vorzukehren, ſo, nach Anleitung der Rechten und der ſich ergebenden Umſtänden, bey diſer Erbſchafftsangelegenheit erforderlich und zu deren baldiger Beendigung gedeylich ſeynd; wie dann Ihro Kayſerliche Majeſtät hierüber ihr, der Commiſſariorum, forderſame Anzeige, ſo dann in der Folge, ſonderlich wann etwa unverhoffte Anſtände ſich ergeben ſollten, von Zeit zu Zeit ihren Bericht, am Ende aber, nach vollkommen inſtruirter Sachen, deren Hauptbericht, ſamt denen verhandelten Acten und abgehaltenen Protocollen, wie auch ihrem räthlichen Gutachten, zu vollſtändig-allerhöchſter Entſcheidung, gewärtigen, etc.

Martis 24. Maji 1757.

Zu Heſſen-Rheinfels weyl. Herrn Landgrafen Chriſtian Todtfall, Sperr und Mobiliar-Verlaſſenſchafft betreffend etc.

4. Fiat gegen denſelben (Heſſen-Caſſel,) das à Parte impetrante gebetene Mandatum ulterius inhibitorium factorumque novorum

vorum caſſatorium, ſimul ac ablatorum & extortorum reſtitutorium, ſub pœna dupli, reſervata illa priori Mandato inſerta, & ſub comminatione realis Executionis.

5. Cum incluſione des in Membro Concluſi præcedente erkannten Mandati ulterioris in Copia, wie auch einer Abſchrifft des den 3. Dec. vorigen Jahres an die Kayſerliche Commißion erlaſſenen Reſcripti, reſcribatur Eidem Commiſſioni Cæſareæ: Ihro Kayſerliche Majeſtät zweifelten nicht, es werde Derſelben das den 3. Dec. vorigen Jahres erkannte, zu allem Ueberfluß auch hiemit nochmals abſchrifftlich anfügende, Reſcript behörig zugekommen, und in Verfolg deſſelben bereits das nöthige vorgekehret worden ſeyn: Gleichwie aber der Herr Landgraf von Heſſen-Rheinfels ſeit deme verſchidene neue Thätlichkeiten angebracht und beſcheiniget, welche der Herr Landgraf von Heſſen-Caſſel und Deſſen Regierung, mit unverantwortlicher Verachtung des unter obigem dato zugleich erlaſſenen Kayſerlichen Mandats, zu Fortſezung der ſich in diſer die Fürſtlich-Eſchwegiſche Erbſchafft betreffende Angelegenheit ganz incompetenter arrogirten Jurisdiction, manu militari, und ſonſt, auf die gewaltſamſte Weiſe ausgeübet habe, die mithin Ihro Kayſerliche Majeſtät zu Erkennung des mit-anverwahrten Mandati ulterioris inhibitorii, caſſatorii & reſtitutorii, und zugleich zu Verwilligung der von erwehntem Herrn Landgrafen zu Heſſen-Rheinfels gebetenen Manutenenz-Commißion, gerechteſt bewogen hätten; als verſeheten Sich Ihro Kayſerliche Majeſtät gegen Sie, die ausſchreibende Herrn Fürſten des Ober-Rheiniſchen Crayſes gnädigſt, es würden Dieſelbe ſolcher Ihnen hiemit von obriſt-richterlichen Amts wegen auftragenden Manutenenz-Commißion ſich ebenfalls bereitwillig unterziehen, mithin die ungeſaumte Vorſorge dahin verwenden, daß allen dergleichen gegen die Kayſerliche bißherige Inhibitionsbefehl, und die Fürſtlich-Rheinfelſiſche Immediatät ſo wohl, als deren Canzley und Beamten Sicherheit, anſtößigen ferneren gewaltſamen Caſſeliſchen Unternehmungen ernſtlich- und ausgiebiger Einhalt geſchehe; wo im übrigen Ihro Kayſerliche Majeſtät Ihnen auch die Beſchleunigung der in der Erbſchafftsſache Ihnen aufgetragenen Commißion nochmalen beſtens empfohlen haben, und über ein- und das andere ihre Befolgungs-Anzeige nächſtens, und längſtens in Zeit zweyer Monathe, gewärtigen wollten.

6. Re-

6. Reſcribatur quoque dem Herrn Fürſten Joſeph zu Hohenlohe-Pfedelbach: Ihro Kayſerlichen Maj. ſeye die beſcheinigte Anzeige geſchehen, welcher geſtalten Derſelbe, in eigenem und angeblich anderer Fürſtlich-Heſſen-Rheinfels-Eſchwegiſcher Cohæredum Vollmachts- und Vertrettungs-Namen, die gemeinſchafftliche Fürſtlich-Hohenlohiſche Regierungscanzley dahin, daß ſie ſich diſer Fürſtlichen Verlaſſenſchafft halber an die Landgräflich-Caſſeliſche Regierung zu wenden hätte, anzuweiſen, ſich angemaſſet, iene auch daſſelbe würcklich befolget, und dadurch zu höchſtbedencklichen, Caſſeliſcher Seits angemaßten, Verfügungen die Veranlaſſung gegeben habe. Nachdeme nun diſe Anerkennung einer in der Erbſchaffts-Angelegenheit eines immediaten Fürſten ganz incompetenten Jurisdiction der eigenen in ſolchen Fällen allein gegründeten Kayſerlichen allerhöchſten Gerichtbarkeit offenbar zuwider lauffe, und die Kayſerliche gerechteſte Ahndung billig verdiene; als befehlten Ihro Kayſerliche Maj. ihme, Herrn Fürſten Joſeph, hiemit, ſich in Zeit zweyer Monathen über diſes unziemliche Unternehmen gebührend zu verantworten, auch von allem weiteren Recurs an die in Sachen incompetente Caſſeliſche Regierung fürohin ſo gewiß ſelbſt müſſig zu gehen, und deſſen ſeine Conſorten zu erinneren; wo im widrigen Kayſerliche Maj. es gegen Ihne und Dieſelbe mit aller Schärffe anzuſehen, nicht entſtehen würden.

Sabbathi 4. Aug. 1759.

Zu Heſſen-Rheinfels weyl. Herrn Landgrafen Chriſtian Todesfall, Sperr und mobiliar-Verlaſſenſchafft betr.

1. In puncto Mandati expediatur nunc, mit Verwerffung des ſo offt wiederhohlten Impetratiſchen, bloß aufzüglichen, Zeitſuchens, und nach ſo lang vergeblich geſtatteter Nachſicht, Commiſſio ad exequendum auf die ausſchreibende Herrn Fürſten des Ober-Rheiniſchen Crayſes, und, mit Beziehung auf die bereits den 3. Dec. 1756. und 24. Maj. 1757. an ſie erlaſſene Kayſerliche Verfügungen, und denenſelben beygeſchloſſen geweſene, unter denen nemlichen Datis erkannte, Mandata Cæſarea, reſcribatur iisdem: Dem Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel, autoritate Commiſſionis Cæſareæ, einen nochmaligen Termin von zwey Monathen zu Befolgung gedachter Kayſerlicher Verordnung anzuberaumen, nach deſſen fruchtloſen Verlauff aber Ihn, auf Deſſen Koſten, hierzu executive an-

zuhalten, und, wie es geſchehen, zu ſeiner Zeit allergehorſamſt zu berichten.

2. In Betreff des zu berichtigenden Erbſchafftsgeſchäffts, ponatur der von der Kayſerlichen Commißion erſtattete Bericht ad Acta.

3. Reſcribatur Eidem in ſeparato: Es habe ſich Commiſſio Cæſarea durch die Caſſeliſche ungegründete Einwendungen an Fortſezung des Ihr beſchehenen allerhöchſten Auftrags nicht irre machen zu laſſen; ſondern, wie es bißhero von Ihr allenthalben wohl geſchehen, auch fürohin in rechtlicher Ordnung fortzufahren, und Sich die Beendigung diſes Geſchäffts, in der Maaß, wie es die vorige Kayſerliche Verordnungen vermögen, eyfrigſt angelegen ſeyn zu laſſen, beſonders aber gegen den Caſſeliſchen Reſervaten-Commiſſarium Keßler, im Fall derſelbe wegen der an dem Commißions-Einſpänniger begangenen Vergewaltigung, auf weitere Vorladung nicht erſchiene, in Verfolg des hiemit beſchehenden weiteren Auftrags, dergeſtalt zu verfahren, wie es die Rechte gegen derley Frevlere an Hand geben.

Lunæ 5. Maji 1766.

Zu Heſſen-Eſchwege weyl. Herrn Landgrafen Chriſtian Mobiliarverlaſſenſchafft betr.

- - - Reſcribatur iisdem, (beſagten Landgrafens Mobiliar-Erben:) Es habe der Landgraf zu Heſſen-Rheinfels bey Ihro Kayſerlichen Maj. angezeiget, welcher geſtalten ſie ſich, an denſelben einige Forderung zu haben, verlauten lieſſen, die aus der Verlaſſenſchafft weyl. des Herr Landgrafen Chriſtian von Heſſen-Eſchwege herrühreten: Nachdeme nun alles, ſo diſe Erbſchaffts-Angelegenheit betrifft, und mit derſelben einigen Zuſammenhang hat, bereits vorlängſt bey Kayſerl. Reichs-Hofrath rechtshängig, und diſerwegen von da aus allbereits verſchidene Verordnungen ergangen wären; als erachet an ſie, die Allodialerben, der allerhöchſte Befehl, daß ſie vorerwehnte etwa habende Forderungen nirgend anderſtwo, als allein bey erwehntem Dero Reichs-Hofrath, vor- und anbringen, und bey demſelben die gebührende Juſtizpflege ſuchen und erwarten ſollen. ꝛc.

Anno 1766. 9. Maj. wurde die denen ausſchreibenden Fürſten des Ober-Rheiniſchen Crayſes aufgetragene Commißion erneuert.

Anno 1602. 26. Apr. paciſcirten die Landgrafen zu Heſſen-Darm-

Darmſtatt: „Würde aber der Ueberlebende forters auch ohne männliche Leibs-Lehens-Erben verfallen; ſo ſollen ſolche 30000. fl. (die Apanage) und was derſelbige verlaſſen, gleich, als wann es Land und Leute wären, Landgraf Ludwig dem jüngern, oder Unſern männlichen Erben, heimgefallen ſeyn, und, da Fräulein vorhanden, dieſelbige, wie bey dem Fürſtl. Haus Heſſen herkommen, von Uns und der Landſchafft ausgeſteuert werden.„

Und Anno 1606. 13. Aug. verglichen ſie ſich wiederum: „Sollte dann, nach dem Willen GOttes, der lezt-lebende Unſerer, beyden jüngern Gebrüder, auch ohne männliche Leibs-Lehens-Erben Todes verfahren; alsdann ſollen jeztmeldte 30000. fl. und was derſelbige lezтlebende ſonſten verläßt, gleich als wären es Land und Leute, Landgraf Ludwigen, oder Unſern männlichen ehlichen Erben, heimgefallen ſeyn, und, da Fräulein vorhanden, dieſelbige, wie beym Fürſtl. Haus Heſſen herkommen, von Uns und der Landſchafft ausgeſteuert werden.„

Nach Abſterben der Prinzeßin Eleonoren zu Heſſen-Homburg erkannte das Cammergericht Anno 1764. 16. Jan. an Heſſen-Darmſtatt ein Mandatum dehortatorium: Daß der Landgraf durch die Seinige mit Arreſtbedrohungen und anderweiten Thätlichkeiten nicht verfahren laſſe: Der Heſſen-Homburgiſchen Vormundſchafft aber wurde Commißion aufgetragen: Daß ſie das bey dem Cammergericht nidergelegte und von der Commißion an dieſelbe überſandte Teſtament formlich publiciren, es ſo dann zurückſenden, die ganze Erbſchafft legaliter inventiren, und, biß auf weitere Verordnung, verwahrlich aufbehalten, ſo fort über den Vollzug berichten, und Alle, ſo an die Erbſchafft Anſprach machen, an das Cammergericht verweiſen ſolle.

§. 124.

In der zwiſchen König Friderich II. in Dänemarck und Herzog Adolfen zu Holſtein-Gottorff getroffenen Theilung über Herzog Johanns des Aeltern Verlaſſenſchafft heißt es: „Daß die ganze Erbſchafft - - an beweglichen Gütern Uns, Herzog Adolfen, alleine vorausfolgen ſolle,„ u. ſ. w. Holſtein.

§. 125.

Im Hauſe Würtemberg wurde Anno 1498. auf den Fall des Abſterbens Herzogs Eberhards II ohne Kinder verglichen: „Was Herzog Eberhard nach ſeinem Tod, über die Bezahlung ſeiner Schulden, ichts an Baarſchafft, Kleidern, Clainoten, Silbergeſchirr, Würtemberg.

Pfandschafften, oder andern Gütern, ligenden oder fahrenden, hinder ihme verließ, das alles soll alsdann benanntem Herzog Ulrichen und dem Fürstenthum Würtemberg, von allermänniglich unverhindert, auch verfolgen und werden.„

§. 126.

Nassau. Was bey dem Reichs-Hofrath wegen des ohne Kinder verstorbenen Fürstens Hyacinth zu Nassau-Siegen Verlassenschafft vorgekommen seye, davon gibt dises Anno 1751. 5. Jul. an die Oesterreichische Niderländische Canzley erlassene Insinuatum Nachricht: Innotuit S. Cæs. Maj. Principem Wilhelmum Hyacinthum Nassavio-Sigenensem, qui in Anno 1743. fatis concessit, varia reliquisse Bona, & super iisdem Testamentum condidisse: Clausum illud adhuc in Scriniis publicis Hadamarienſibus, ubi repositum, asservatur, nemine hactenus Hæreditatis petitore, nec de aperiendis Tabulis sollicitato; quamvis non desint, qui pecunias Principi creditas repetunt, jamque ex mutuo actiones instituerunt. Poscunt utique in tali casu Leges aperturam Tabularum, vel nemine petente, ex officio peragendam, quo, si Hæres adsit, Creditores sciant, cum quo rem habeant; si desit, ut Bona dirimantur, & iis, qui vel pari vel potiori gaudent jure, cedant: Ideo, omnes, quorum interest, per Edictum citari, jus est. Mandavit horum omnium curam S. Cæs. Maj. Principi Nassavio-Aurionensi, utpote in cujus Territorio Hæreditas jacet, & in cujus Scriniis Testamentum reconditum, eumque delegavit, ut autoritate Commissionis Cæsareæ omnia ad præscriptum Legum peragantur. Jam vero constat, dictum Principem Wilhelmum Hyacinthum in Belgio sat longum temporis degisse; possent itaque facile ibidem inveniri, qui vel hæreditario jure, vel ex credito, jus sibi in Bona asserant, quorum omnium interest, ut de præsenti Commissionis negotio sciant, ne ignari rei suæ consulere negligant, ideoque præcludantur. Foret quidem & hoc haud citra eorum culpam, cum quilibet gnarus esse debet conditionis ejus, cum quo ipsi res est, & nihilominus præclusionis effectum essent experturi; hoc tamen non obstante, & velut ex superabundanti, Consilium Imperiale aulicum inclyto Consilio Belgico hoc notum facere voluit, ejus curæ reliquens, quomodo Subditi in Ducatu Brabantiæ, aliisque Terris Belgicis, degentes de eo certiores fieri possunt. Habet jam Commissarius Cæsareus in mandatis, ut supremo

premo Brabantiæ Conſilio, nec non Senatui Mechlinenſi, terminum præcluſionis, annexa copia Edictalium, quæ emanarunt, ſignificet, nec dubium, quin jam morem geſſerit, eademque debito modo ad utrumque transmiſerit. Sicut autem cura & intentio Conſilii Imperialis aulici unice eo collimeat, ut Subditis in Belgio habitantibus ſuccurratur, atque rei ſubminiſtretur notitia, quam indagare alias ipſorum eſſet; ita hæc omnia nullum plane præjudicium ſummis juribus & Imperio S. Imperatricis-Regiæ Maj. Eiusque Collegiis Judiciisque in Belgio conſtitutis reſpectu Bonorum, tam mobilium, quam immobilium, ad hæreditatem defuncti Principis ſpectantium, quæ ibi forſan ſita, afferre debent, nec illis nocere, qui coram Tribunalibus Belgicis jam actiones fundatas inſtituerunt, aut adhuc in Forum deducunt; quandoquidem Subditis illorum locorum integrum erit, præterquam, quod Commiſſionem Cæſaream adire poſſint, etiam alibi, ubi è re ſua judicent, jure experiri; uti è contrario Commiſſioni Cæſareæ reſervatur, ut, quamvis ſpecialis in Belgio propalatio termini præcluſionis non ſubſequatur, nihilominus Edictales à Commiſſario Cæſareo emanatæ indubitatum, uti omnino juris eſt, ſortiantur effectum, neque in hoc præſentem hanc Inſinuationem ullo præjudicio eſſe debere &c.

Anno 1752. 17. Mart. wurde die Commißion wegen Publication des Fürſtens Wilhelm Hyacinths Teſtaments, und die demnach etwa nothwendige Regulirung der Verlaſſenſchafft betreffend, auf die Naſſau-Oraniſche Vormundſchafft tranſcribirt.

§. 127.

Im Hauſe Schwarzburg-Sondershauſen ware um das Jahr 1750. wegen Theilung des Prinzens Rudolphs Erbſchafft ein Proceß am Reichs-Hofrath anhängig, und eine Kayſerliche Commißion darinn auf Schwarzburg-Rudolſtatt erkannt. Schwarzburg.

Anno 1760. 30. Mart. erkannte der Reichs-Hofrath gegen den Fürſten Chriſtian Günther zu Schwarzburg-Sondershauſen ein Mandat dahin: Daß derſelbe, mittels eines behörig verfertigten Inventarii, oder beſchworenen Specification, die von dem Fürſten Heinrich zu S. Sondershauſen denen klagenden Legats-Intereſſenten verſchaffte Legata, nemlich alle bey deſſen Tod da geweſene Vorräthe an Holz, Getraide und betagten Gefällen in denen Fürſtl. Schwarzburgiſchen Landen, nach Innhalt derer Codicill de reſp.

20. Dec. 1751. und 1. Oct. 1756. herausgeben und einhändigen, immittelſt aber, biß diſe Ausfolgung geſchiehet, davon nichts veräuſſern oder entkommen laſſen, ſondern vilmehr biß dahin, auf ſeine Gefahr und Verluſt, fleißig verwahre und handhabe, auch vor das künfftige, in Beytreibung des bey anderen Ausſtändigen, ihnen ohne alle Weigerung auf rechtliche Art an Handen gehe; da hingegen, wo er auf eines oder anderes etwa Anſprüche zu machen vermeinte, ſich nicht ſelbſten Recht ſchaffe, ſondern diſſfalls bey dem Kayſerl. Reichs-Hofrath, wo die Hauptſache ohnehin anhängig, ſolches in der Ordnung ein- und ausführe ꝛc.

Ferner gehöret diſes hieher:

Veneris 18. Maji 1759.

Zu Sachſen-Coburg-Saalfeld Herr Erbprinz contra den Herrn Fürſten zu Schwarzburg-Sondershauſen, des Herrn Fürſten zu Schwarzburg-Sondershauſen allodial-Verlaſſenſchafft betr.

1. Fiat gegen den Herrn Fürſten zu Schwarzburg-Sondershauſen petitum Mandatum dahin: Daß er gegen den Herrn Impetranten, als teſtamentariſchen und ſelbſt erkannten allodial-Erben weyl. Herrn Fürſten Heinrichs, ſich aller Thätlichkeit enthalten, vilmehr beſagtem Herrn Teſtaments-Erben an Beziehung diſer Erbſchafft nichts in den Weg legen, oder daran hinderlich ſeyn, ſonderheitlich aber die zur Zeit des Abſterbens des Herrn Erblaſſers auf Fürſtl. Rentcammer zu Sondershauſen geweſene baare Geldvorräthe, beweislich anzeigen, und ſelbige, an den eingeſezten Teſtaments-Erben verabfolgen laſſen, und ſo er etwas an Erbſchafft anzuſprechen vermeine, ſolches debito loco & ordine an- und vorbringen, ſo fort rechtlichen Beſcheid erwarten ſolle, S. C. ſub pœna 10. marcarum auri & Citatione ſolita, ſub termino duorum menſium.
2. Reſcribatur erſagtem Herrn Fürſten ex officio: Nachdeme aus dem Anbringen ſich ergeben, daß Derſelbe ſich bey diſer Sache als Richter aufzuführen vermeinet, da doch dergleichen Erbſchafft eines unmittelbaren Fürſten des Reichs allein Kayſerlicher Maj. allerhöchſtem Richteramt unterworffen ſeye; als werde Ihm, ſolches ſich zu enthalten, von Allerhöchſtbeſagter Kayſerlicher Maj. wegen ernſtgemeſſen bedeutet, damit nicht im widrigen Fall ſchärffere Verordnung erfolgen müſſe ꝛc.

Martis 3. Maje 1763.

Zu Sachſen-Coburg-Saalfeld Herr Erbprinz contra den Herrn

Herrn Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen, Mandati & Paritoriæ, des Herrn Fürsten Heinrichs zu Schwarzburg-Sondershausen allodial-Verlassenschafft betr. nunc vice versa Revisionis &c.

Wird die gesuchte Restitutio in integrum brevi manu, als bey dem Remedio Revisionis ohnehin unzuläßig, hiermit abgeschlagen, mithin Revisio, ob defectum Formalium, pro deserta erkläret.

§. 128.

Graf Philipp zu Schaumburg-Lippe disponirte Anno 1668. Lippe.

„Wobey Unser Wille ist, daß Unsere Töchter alles, was Wir ihnen verordnet, von der einen zu der anderen vererben solle: Wann aber sie Alle ohne Leibeserben versterben; alsdann solle alles, was an dieselbe von Uns gekommen, auf Unsere Söhne und derselben männliche Leibeserben verstammen. = = = Sollte aber einer von ihnen (den Söhnen) ohne Leibeserben versterben; soll, was Wir an Silbergeschirr, Tapezereyen, Creditis, groben Geschüz und unbeweglichen Gütern hinterlassen, auf den Ueberlebenden, oder dessen männliche Leibeserben, verstammen: Wann aber von Unsern Söhnen Töchtern hinterbleiben, und keine Söhne, sollen dieselbe die Halbscheid von denen von Uns hinterlassenen Creditis zu erben haben.„

§. 129. a.

Anno 1741. hatten die Grafen zu Löwenstein wegen des ver- Löwenstein.
storbenen Grafens Ludwig Morizens Erbschafft einen Proceß am Reichs Vicariats-Hofgericht zu Augspurg. (1)

§. 129. b.

Von dem Reußischen Hause habe ich in dem Reichs-Hofraths- Reuß.
Protocoll folgendes angetroffen:

1. Sept. 1550.

Henrich Reuß von Plawen der Elter Herr zu Graitz und Cranichfeld. Pitt dem hieuor erkannten Mandat wider den Burggrauen zu Meissen einzuverleiben, daß gedachter Burggraue von des Herrn von Gera verlaßnen beweglichen Güetern vnd Varnus biß zu Austrag der Sachen nichts zu verendern.

Dem Supplicanten solle das hieuor erkannt Mandat auch auf die bewegliche Güeter Varnus erstreckt, auch seinem Gegenthail verpotten werden, mittler Zeit vnd in anhangender Sachen desselben dem Supplicanten zu Nachthail Ichts zu veräussern.

§. 130.

(1) v. R. Vic. Hofger. Concl. Part. 1. p. 274. 551.

§. 130.

Stollberg. Die Grafen von Stollberg paciſcirten Anno 1548. unter einander: „Doch ſoll es Uns, und Unſern obberührten männlichen Erben, und deren Nachkommen, freyſtehen, mit Unſerer Baarſchafft, Kleidern, Kleinodien und fahrenden Haab, ſolches ſeines Gefallens hinzugeben, oder zu verteſtiren, oder zu vermachen, ſo einer über ſeine Schuld, die von ihme nach Aufrichtung diſes Vertrags hergefloſſen wäre, hätte: Es ſoll aber Baarſchafft, ſo von erlöſeten Pfandſchafften, oder Verkauffung Erb-Güther, oder entlehnt und aufgebrachte Geld, für keine fahrende Haab geachtet werden: Und was von Alienirunge aus Land und Leuthen herkäme, ſoll derſelbig unter Uns, Unſern Erben, oder deroſelbigen Nachkommen, von ſolchen Gütern zu teſtiren, legiren, oder zu vermachen, nicht Macht haben, und die, ſamt dem Viehe und Pferdten auf den Vorwercken, hierinnen ausgenommen ſeyn, auch nicht gemeint werden, auch die wilden. In allweg aber wollen Wir und Unſere Erben in dem teſtiren für Uns eine Maaß zu treffen wiſſen, damit Unſere Brüder und deren männliche Nachkommen von Uns in dem auch bedacht werden, und Uns, Unſere Nachkommen, gegen gedachte Unſere Gebrüder, und Dero Erben, in ſolchem freundlichen erzeigen und halten.„

§. 131.

Wied. Anno 1613. verglichen ſich die Grafen von Wied: „Es iſt aber gleichwohl hierbey abgeredet, daß durch diſe Stamms-Verein keinem die Teſtamenti factio benommen, ſondern einer jeden Linie erlaubt ſeyn ſoll, von ihren Mobilien und acquiſitis zu teſtiren, und dieſelbe, wem ſie will, durch ein rechtmäſſiges Teſtament zu übergeben: Begäb ſichs aber, daß die eine oder andere Linie ohne Teſtament verſtorben, und die Mobilien niemanden gegeben haben würde; ſo ſollen dieſelbe demjenigen, welcher die Land und Leut, oder reſpective obgedacht Capital, ererben würde, gelaſſen und demſelben in keine Wege entzogen werden.„

Im vorigen Jahrhundert kame diſes beym Reichs-Hofrath vor:

28. Jan. 1651.

Wiedt contra Wiedt ſive nomine Joannæ Walpurgis Gräfin von Wied Dr. Mayr, de præſ. 13. Dec. 1650. pittet um allergnädigſte Umbfertigung des am 5. Jul. ejusdem anni erkanndten Kayſerl. Reſcripti an die jezige Churfürſtl. Durchl. zu Cölln ad transmittendum acta Commiſſionis cum voto.

Idem ejusdem nomine exhibet ſub præſ. 19. ejusdem copiam

piam eines von Chur Heidelberg an Herrn Graf Friderichen von Wied abgegangenen Befelchs, daß ohne Ihrer Churfürſtl. Durchlaucht Conſens von der Grafſchafft, als einem Pfälziſchen Lehen nichts veralienirt, auch das veräuſſerte wieder herbeygebracht vnd ſolches auch Ihr der Gräfin notificirt werden ſolle, weilen ſie ſich nun daher beſorgt, es mögte wider ſie ein mehrers vorgenommen vnd ſie in ihrem habenden Recht vnd Beſitz ihrer erblichen vnd allodial-gütter vnter wehrender Litispendenz noch weiters turbirt werden, als bittet ſie, Ihre Churfürſtl. Durchlaucht zu erinnern, vor die Kayſerl. Erkanndtniß die geſchloſſene Commiſſions-Acta, ſie in ihrer poſſeſſion vel quaſi nit zu beläſtigen.

Eadem ſub præſentato 21. hujus, bittet hierinn Beſcheid ob periculum in mora.

In primo fiat tranſcriptio.

In ſecundo würdt die Supplicantin die Notturft gehöriger Orten ſelbſt vorzubringen wiſſen.

19. Febr. 1653.

Wied contra Wied, abſolvitur relatio & concluſum:

Fiat Sententia in Sachen Freylin Johanna Walpurgis, Gräfin zu Wied, Klägerin eines wider Herrn Friderich Grafen zu Wied, beklagten andern Theils Commiſſionis weyland Graf Philipp Ludwigs zu Wied Verlaſſenſchafft betr. iſt, nach zerſchlagener Güte, allem der Partheyen Vor- und Anbringen nach zu recht erkannt, daß ermelter Graf Fridrich zu Wied ſich mit der Freylin Klägerin, anſtatt ihres Bruders Graf Philipp Ludwigen mobilien und Errungenſchafft, Krafft der in Anno 1613. aufgerichter Wiediſchen Erb-Verein, mit 20000. fl. nach Abzug deſſen, was Klägerin an mobilien oder ſonſten bereits empfangen, auf ziemliche Friſten, wie ſolche Ihr Churfürſtl. Durchlaucht zu Cölln nach Geſtaltſame des jezigen Zuſtands der Grafſchafft Wied, auf vorhergangene liquidation determiniren wird, darzu dann deroſelben hiermit anderweite Commiſſion und völliger Gewalt aufgetragen wird, abzufinden, bis die Friſten völlig erlegt, das Capital zu verzinſen, und deßwegen genugſame Verſicherung zu thun, hingegen die Klägerin die von der Grafſchafft occupirte und inhabende liegende Güter zu reſtituiren ſchuldig und beede Theil darzu zu condemniren und zu verurtheilen ſeyen, alsdann ſie hiermit darzu condemnirt und verurtheilt werden.

2. Scribatur ad Electorem Colonienſem, Es hätten Ihr Kay-

ſerl. Majeſtät deſſelben relation cum voto und neben den von beeden Theilen gewechſelten Actis in dieſer ſachen wohl empfangen und gereiche Ihrer Kayſerl. Majeſtät des Herrn Churfürſten darunter angewendte Bemühung zu danckneh̃igen gnädigſten Gefallen, weilen nun der Freylin von Wied auf beſchehenes bewegliches Zuſchreiben Ihrer Churfürſtl. Durchlaucht gethane wohlgemeinte Vorſchlag nit annemlich geweſen, und ſich alſo die Güte zerſchlagen; So hätten Ihr Kayſerl. Majeſtät zu dieſer Sachen endlicher Erörterung der Dero Reichs-Hof-Rath beyliegende Vrtel abfaſſen laſſen, mit dem gnädigſten Begehrn, Ihr Churfürſtl. Durchlaucht wolten dieſelbe prævia citatione denen Partheyen publiciren, und dieſelbe in allen Puncten zur Würcklichkeit bringen, geſtalten Ihr Kayſerl. Majeſtät Ihro hierzu vollkommenen Gewalt geben, dabey Ihre Churfürſtliche Durchlaucht auch dieſes beobachten wollten, damit die Grafſchafft vermög Gräflich Wiediſchen Stamms-Verein conſervirt und in præjudicium der Lehenherrn, der Agnaten und Creditorn nicht zerriſſen werde.

23. Jun. 1653.

Zu Wied Graf Friderich bewirfft ſich uf den am 19. February jüngſthin zwiſchen Graf Fridrichen und Fräulen Annen Walpurgis Gräfin zu Wied ertheilten Beſcheid, weilen aber derſelbe den pactis familiæ in deme nicht conform, angeſehen darinn dem Manns-Stammen die Election gelaſſen, daß ſie den Töchtern entweder die Errungenſchafft und mobilien, oder an deren ſtatt 20000. fl. ausfolgen laſſen ſollen, vermög extractus Stamms-Vereinigung lit. A. bittet ſolches in Conſideration zu ziehen, und bey Ausfertigung der Urthel Herrn Graf Friderichen die Wahl erſtverſtandener maſſen einzurichten.

Includatur Commiſſario, mit dem Befelch, daß, wie Ihre Kayſerl. Majeſtät gern ſehen mögten, daß die Sach vom Herrn Grafen vorgeſchlagener Weiß verglichen wäre, alſo wolltens Ihre Churfürſtl. Durchlaucht dahin zu richten ſich bemühen, ſollte aber der Vergleich nit zu erheben ſeyn, uf des Herrn Grafen Suppliciren Freulein Walburgis hören und anhero cum voto berichten.

§. 132.

Witgenſtein. Graf Wilhelm zu Witgenſtein diſponirte An. 1553. „Wäre es aber Sache, daß ſie (ſeine Tochter,) ehe zuvor ſie verheurathet würde, oder aber ſie vermählet wäre, und ſonder Leibs-Erben, ꝛc. ꝛc. mit

Tode

Tode abgienge, und der Fall etwas geben würde, das alles und jedes ſoll bey Unſerm eltiſten Sohn Wilhelmen oder ſeinen Erben bleiben und zu guten kommen. „

Graf Ludwig zu Witgenſtein diſponirte An. 1601. „Würde auch wohlgedachter meiner Töchter eine, oder mehr, ſo jetztgedachtes Capital empfangen, oder in den abgelauffenen Jahren noch erſchienen, unverheurathet mit Tod abgehen, und ſolch Peculium bey ihrem Leben nicht anderswo vermachet oder legiret, ſoll daſſelbe den anderen ihren Schweſtern, ſo noch unbeſtattet, zuwachſen, und allen zu gut kommen. „

§. 133.

Ein Reſponſum über die Frage: Ob eines gewiſſen Fürſtens Schweſter Kinder, diſer Schweſter geleiſteten Verzichts ohnerachtet, an ſeine allodial-Verlaſſenſchafft Anſprache machen können? ſiehe im T. Staator. *Tom. 16. p. 262.* Unbenahmte Fälle.

Der Herr von Ludolf (1) meldet: Filia renuncians paternæ maternæ fraternæque hæreditati reſervat Succeſſionem, ſi Fratres ſine Maſculis deceſſerint. Abeunt è vita Fratres, relictis Filiabus. Alter è Fratribus maſculos Liberos ſuſceperat, ſed Patri præmortuos. Integrum eſſe jus Filiæ renuncianti ejusque Hæredibus, non eſt dubium, neque per nativitatem maſculorum, quibus Pater ſupervixit, excludi, Juri eſt conſentaneum.

Ferner ſagt er (2): Caverat Parens ultimo judicio, ut Filiæ paternæ, maternæ fraternæque Hæreditati, accepta dote 4000. ornamentisque & ſuppellectile, ut moris eſſet in aliis Familiis nominatis, renunciarent, addita pœna exhæredationis, ni facerent. Extinctis maſculis revocat Filias ad Succeſſionem Teſtator. Elocatæ fuere Filiæ omnes & renunciaverant. Moriuntur Fratres, primus, ſecundus, tertius. Superſtitibus Sororibus reliqui Fratres ex Hæreditatibus fraternis aliquot millia liberaliter erogant. Defunctis tandem Filiis omnibus, quorum ultimus Philibertus, controverſia exoritur inter ſuperſtitem Filiam & Nepotes ex Fratribus de Succeſſione, cujus etiam partem Neptes Teſtatoris petunt, quod de Filiabus tantum loquatur Teſtamentum. Reſponſum: Maſculi donec ſupereſſent, neque Filiam, neque Neptes ſucceſſuras; non obſtante, quod dixerit Teſtator: So lange meine Söhne und deren Erben, ꝛc. Heredum enim nomine Maſculos descenden-

(1) de Jur. Fœm. ill. p. m. 84.
(2) l. c. p. m. 87.

cendentes intelligendos, nec aliam Teſtatoris fuiſſe mentem. 2. Cum Teſtator tantum de rebus primum quæſitis, maximam partem numerata pecunia, diſpoſuiſſet, neque legem Familiæ condere eum voluiſſe ullum appareret fundamentum, excluſas iri Filiam & Neptes à Bonis paternis & avitis, non iis, quæ Fratres & Patrui acquiſiviſſent. Hoc ſenſu enim Renunciationem ſtricti Juris cenſeri.

§. 134.

Mehreres davon.

Von denen Streitigkeiten, welche ſich wegen der Sperr, Inventur ꝛc. eines nicht regierenden Herrns Verlaſſenſchafft zu ereignen pflegen, kan das, was oben von Heſſen-Rheinfels vorgekommen iſt, zum Beyſpil dienen.

In Anſehung derer Manns-Perſonen kommt es ſonſt bey der Collateral-Succeſſion, nach Beſchaffenheit derer Umſtände, auf das an, was bey denen Materien von dem Erſtgeburts-Recht, von Theilungen, von der Gemeinſchafft und von der Collateral-Succeſſion gemeldet worden iſt.

In Anſehung derer Töchtern aber iſt forderiſt die Abſicht auf ihre Verzichte und andere ihretwegen meiſtens vorhandene Stamm-Verträge, oder doch das Herkommen des Hauſes, zu nehmen; davon ich im T. Famil. Staator. gehandelt habe: Wo diſe ihnen nicht in dem Wege ſtehen, da concurriren ſie ab inteſtato mit denen Manns-Perſonen, und erben mit ihnen zu gleichen Theilen. Wie ferne ſie aber, ihrer Verzichte ohnerachtet, ex Teſtamento zur privat-Erbſchafft gelangen können? ſiehe oben. Und wie die Töchtern unter ſich concurriren? v. das T. Famil. St. R. Mit der bey der Collateral-Succeſſion vorkommenden Nifftel-Gerade endlich hat es eben die Bewandtniß, wie mit der Gerade, davon oben gehandelt worden iſt.

Endlich ſo iſt auch noch das jezo folgende hiebey zu conferiren.

* * *

Von Scheidung der Staats- und privat-Erbſchafft.

§. 135.

Schrifften.

Herrn Hoffmanns Diſſ. de jure ſeparandi Allodium à Feudo gehöret völlig ins Jus privatum, und ſo weiß ich auch unter denen übrigen in der Bibliotheca Juridica Lipenio-Jenichiana, und deren Supplementen, angeführten Schrifften von diſer Materie keine, welche ſonderlich hieher taugte.

Von

Von der Staats- und privat-Erbſchafft ſehe man ſonſten auch den Freyherrn von KREITTMAYR. (1)

§. 136.

Wann der Manns-Stamm einer Linie, oder auch eines ganzen Hauſes, abgehet, oder auch wohl noch in anderen unten angezeigten Fällen, gibt es eine gedoppelte Art der Erbſchafft eines Standes des Reichs; gemeiniglich pflegt man die eine das Lehen und die andere das Eigenthum, Erbe, oder Allodium, die aber, ſo jenes erhalten, Lehens- und die andere Allodial- oder Land-Erben zu nennen: Weil jedoch in Teutſchland gar offt, ja meiſtens, auch ein Theil des Allodii denen Lehens-Erben gelaſſen werden muß; ſo iſt die Eintheilung in die Staats- und privat-Erbſchafft der Sache gemäſſer. Wer nun eines oder das andere bekomme? auch, was zu diſem oder jenem gehöre? wer endlich die Schulden des Erblaſſers bezahlen müſſe? das wollen wir jezo vernehmen. Jedoch gehet meine Abſicht in diſem Capitel nur auf die Mobiliar- und übrige dergleichen Erbſchafft; dann was Land und Leute betrifft und wie bey ſelbigen das Feudum ab Allodio ſepariret werde? davon iſt anderwärts (2) nachzuſehen. Eingang.

§. 137.

Wie in Herzog Leopolds zu Oeſterreich Ehe-Pacten de An. 1310. denen Töchtern eventualiter die allodial-Erbſchafft vorbehalten worden ſeye? vid. im T. Staator. *Tom. 25. p. 284.* Von Oeſterreich.

§. 138.

Wie in dem Hauſe Bayern in dem wichtigen Streit über Herzogs Georgs des reichen Verlaſſenſchafft durch den Spruch An. 1504. zu Augſpurg und 1507. zu Coſtanz das Feudum & Allodium aus einander geſezet worden ſeye, ſehe man den Freyherrn von KREITTMAYR (3) und mein T. Famil. Staator. Cap. *18.* Bayern.

§. 139.

Wahrſcheinlich betrifft es des An. 1712. verſtorbenen Herzogs Johann Georgs zu Sachſen-Weiſſenfels Verlaſſenſchafft, was bey Herrn Canzlar BOEHMERN (4) geleſen wird, nemlich: Es habe ein Prinz, ſo vor einiger Zeit verſtorben, ſeine Gemahln, nebſt zweyen Prinzeſſinnen, hinterlaſſen, und die Regierung des Landes deſſen nächſter Agnat angetretten; über dem vile Pretioſa und Mobilia an Geſchmuck, Sachſen.

(1) ad Cod. civil. Bavar. p. 1346. ſqq.
(2) im T. Famil. Staatsr.
(3) im Bayr. Staatsr. §. 122. p. 227.
(4) Conſult. & Decis. Vol. 1. Part. 2. p. 186.

ſchmuck, Jubelen, Silber-Werck zur Tafel, Hang- und Wand-Leuchter, eine Garderobbe, vilerley koſtbare Degen, rare Gelder, Medaillen, Bücher, Büchſen, vile Meublen in denen Zimmern, angehefftete Tapeten, Schildereyen, Betten, Tafel-Geräthe, Gutſchen und Pferde, und an Immobilibus zwey Häuſer, verlaſſen; da dann gefragt werde: 1. Ob nicht alle diſe und andere Stücke an Mobilien und Immobilien zum Erbe gehörig, mithin denen Prinzeßinnen, als leiblichen Erben und Kindern, abgefolget werden müſſen? Die Halliſche Rechts-Gelehrte antworteten: Daß die obgedachte Stücke zum Erbe gehörig, mithin denen beyden hinterblibenen Prinzeßinnen folgen müſſen. Qu. 2. Ob auch nicht zum Erbe, einfolglich denen Prinzeſſinnen, diejenige Meublen gehören, welche zeithero in denen bewohnten und Gaſt-Zimmern gebraucht worden, als angehefftete Tapeten, aufgeſchlagene und angemachte Leuchter, das ordentliche Tafel-Silber, ꝛc. Reſp. Es mögen auch diſe Stücke, geſtalten Sachen nach, denen Prinzeßinnen nicht geweigert werden. Qu. 3. Ob in ſolchem Fall die Schulden von denen Prinzeßinnen oder Agnaten zu bezahlen? Reſp. Daß zwar die Prinzeßinnen von aller Bezahlung der Schulden nicht gänzlich frey ſeyen, inzwiſchen ſie doch mit der Exception, daß dieſelbe intuitu Principatus & Dignitatis geſchehen, und alſo von dem Succeſſore in Principatum bezahlt werden müſſen, ſo lange ſich ſchützen können, biß das Gegentheil klar erwiſen ſeye.

Zu eben diſes Herzogs Bruders und Succeſſoris, Chriſtians, Succeſſion gehöret folgendes Ludewigiſches Reſponſum (1): Stirbt ein gewiſſer Reichs-Fürſt, und hinterläßt eine zimliche Baarſchafft an Geld, Capitalien und Koſtbarkeiten, dabey aber auch vile auf das lehenbare Fürſtenthum mit Einwilligung der Mitbelehnten und des Lehenherrn aufgenommene Schulden: Die Gläubiger dringen auf ihre Bezahlung, der Lehensfolger weiſet ſelbige auf die Verlaſſenſchafft des Allodii, der Erb-Stücke. Diſe Landes-Erben weigern ſich der Bezahlung, und geben vor, daß ſolches Lehen-Schulden, die aus dem Lehen zu bezahlen. Wurde demnach gefragt: Ob die von den Herrn Agnatis conſentirte Schulden ex mero Allodio zu bezahlen, die Lehen- und Fideicommiſs Güter aber nur in ſubſidium haffteten? und man antwortete: Daß in dem Fürſtlichen Hauſe Weiſſenfels die auf das Lehen und Fideicommiſs vorconſentierte Schulden zuvörderſt ex Allodio zu bezahlen, und die Lehen- und Fideicommiſs-Güter nur in ſubſidium allenfalls haffteten.

Herr

(1) in ſeinen gelehrt. Anzeig. Tom. 2. p. 375.

Herr STRUVE (1) berichtet: Licet autem dicto Pacto (der Erb-Verbrüderung zwiſchen Sachſen, Brandenburg und Heſſen) latis fuerit proviſum, Principem Filiam, præter viginti quatuor millium florenorum dotem, nihil amplius ex hæreditate ſuæ gentis ultimi petere poſſe, neque huic ultra triginta florenorum millia licere teſtari, in controverſiam tamen venit, ſi non ultimus ſuæ gentis, ſed, maſculis deficientibus, ad Adgnatum ſaltim ſucceſſio devenerit, annon Filiæ in allodialem hæreditatem poſſint prætendere? Controverſia oriebatur, dum cum Friderico Guilielmo *Altenburgenſis* linea annô 1672. fuiſſet extincta, Soror illius unica, Joanna Magdalena, Jo. Adolpho Weiſſenfelſi nupta, hæreditatem peteret allodialem. Objiciebatur pactum confraternitatis, ex ea ratione, quod filia Princeps Saxonica hæreditate in extraneum plane devoluta, ſecundum illud Confraternitatis pactum, præter ſummam illam viginti quatuor millium florenorum, petere nihil poſſet; paciſcentium mentem omnino aliam non fuiſſe, quam, ut idem etiam circa agnatos obtineat, maxime dum faciat ad conſervandum familiæ ſplendorem, quo omnia pacta ſint dirigenda. His autem fuit regeſtum, pacta Confraternitatis eſſe Juris ſtricti, nec de caſu ad caſum eſſe extendenda. Cum enim illis pactis derogatum ſit ſucceſſioni Juris communis, quod fœminas ab allodii ſucceſſione, niſi eidem ſolenniter renunciaverint, non excludit, ſine dubio reſtrictivam hic adhibendam eſſe interpretationem, & cum res adhuc inter ejusdem Domus adgnatum & cognatum verſetur, potius ad æquitatem, quam ſanguinis communio urget, & communis Juris proviſionem, quam ad illa in remotiſſimum eventum concepta pacta, reſpiciendum eſſe. Licet autem Sereniſſima Duciſſa prætenſionem ſuam urgeret, nihilominus mobilia pleraque inter Sereniſſimos adgnatos fuerunt diviſa.

In dem Sachſen-Jenaiſchen mobiliar-Succeſſions-Streit wurde unter anderem gefragt: An ad mobiliarem Hæreditatem Filiarum pertineat omne inſtrumentum Præfecturarum, ſupellex ædificiorum, frumentum, pecunia, reliqua? - - Ratio dubitandi: Pacto familiari reſervaſſe Parentem diſponendi de acquiſitis facultatem. Ratio decidendi: Non habere locum iſtam reſervationem, niſi quoad patrimonium privatum: quæ actione petebantur, publicæ erant acceſſiones. Deinde ex Actis conſtabat, clauſu-

(1) de Allod. Imper. Cap. 4. §. 39.

clauſulam Pacto additam caſum aliquem ſingularem unius ex paciſcentibus reſpexiſſe.

Die Herzoglich Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche Erbs-Intereſſenten ſchloſſen An. 1720. 19. Jul. „Als bey dem Punct der Allodial-Erbſchafften und Verwaltungen in allen dreyen noch nicht gänzlich erörterten Succeſſionen vorkommen, daß derſelbe, ſo wohl ohne Gefährde und Vernachtheiligung derer Hoch-Fürſtl. Landes-Succeſſoren, als auch ohne der Allodial-Creditoren unbillige Verkürzung, zur Richtigkeit zu bringen ſey; ſo hat man ſolches mit einander reiflich erwogen, und, nach Befinden, ſich darauf folgender maſſen entſchloſſen. Anlangend 1. die Separation der feudal- und derſelben ex Pacto anhängigen Succeſſion von der eigentlichen Allodial-Hæreditát an ſich und überhaupt: Weilen dieſelbe, wider die faſt gemeine Obſervanz derer hohen Häuſer in Teutſchland, abſonderlich wider die Erb-Verbrüderung zwiſchen Sachſen und Heſſen, und des erſtern alte Compactaten, (nach welchen der Manns-Stamm Succeſſor & hæres univerſalis ſeyn ſolle,) nach hochſeel. Ableben derer Herren Herzoge Albrechts, Heinrichs und Chriſtians, occaſione deſſen, was dero auch hochſeel. älteſter Herr Bruder in denen Theilungs-Receſſen mit Herrn Herzog Albrechten An. 1687. §. 19. in fine, und mit Herrn Herzog Bernhard, eod. anno §. 21. in fine, wegen Bedenck- und Verſorgung ihrer Wittwen und weiblichen Nachkommen, eingegangen hat, und aus andern Motiven oder Conſiderationen, bißher eingeräumet worden, und man annoch der Meinung bleibet, es ratione diſer drey Succeſſionen dabey bewenden zu laſſen, ſolches aber etwa künfftig zur Regul und Conſequenz und dem Fürſtlichen männlichen Stamm zu groſſem Præjudiz angezogen werden, oder wenigſtens allerhand ſchädliche Differenz im Hauſe, und diſes Inconveniens veranlaſſen dörffte, wenn die zweyerley Succeſſores & Heredes über dem, was active oder paſſive da oder dorthin gehöre? ſtreiten, viles verderben, und die auch redlich gemachte Schulden, zum Deſpect derer Verſtorbenen, unbezahlt bleiben laſſen; als will man ſich gegen dieſe Succeſſions-Irregularität fürs künfftige omni meliori modo durch einen beſondern Receſs verwahren und proteſtiren, auch daſſelbe einſtweilen hiermit gethan haben, daß es nicht wider die Reguln derer im Fürſtl. Hauſe recipirten Rechte und Herkommen, zumahl nicht wider die Erb-Verbrüderung, gelten oder angeführet werden ſolle. 2. Die Determination desjenigen betreffend, was in die eigentliche Allodial-Heredität von deren dreyen ohne männli-

männliche Erben verſtorbenen Fürſten Verlaſſenſchafft active und paſſive gehöret; ſo wird bey diſen dreyen Fällen feſtgeſtellet, daß die Hochfürſtl. Herren Feudal-Succeſſoren von denen verlaſſenen Allodialien dasjenige, was Sereniſſimi Defuncti vor die aufgehobene Aemter-Capitalia, wie auch die Anno 1677. um durch deren Einheb- und Verkauffung ihr Beſtes zu werben, oder ſich aus Schulden zu ſezen, Ihnen zugetheilte, aber nicht weiter, als biß zu 15000. Thlr. in freye Diſpoſition gegebene, activ-Schulden und Cammer-Güter angeſchafft haben, als ein Surrogatum zu conſideriren, folglich als quaſi-Fideicommiſſa Familiæ voraus abzuziehen und zu retiniren, befugt ſeyn; dahero auch aus denen gefertigten general-Inventariis über derer drey hochſeel. Herren Herzoge Mobiliar-Verlaſſenſchafft, alles, was ein Feudal- und fideicommiſſariſches Pertinens iſt, und aus denen, theils ſchon verfertigten, theils noch zu verfertigenden, Rechnungen von ſolcherley Mobilien aus Irrthum, als wenn ſie pura Allodia wären, an Geld erlöſet, oder von dem Cammer-Güter-Ertrag darein gebracht worden, durch Rechts- und Rechnungs-Verſtändige extrahiren, auch dem Inventario und Rechnungen appendiciren zu laſſen, geſchloſſen worden; welches jedoch dahin nicht zu verſtehen, als wollte man dadurch denen Allodial-Creditoren ihre Forderungen unrechtmäßig zu Waſſer machen, oder, einigen Hofürſtlichen Herren Principalen ſelbſt zum Nachtheil, die Ver- und Erkauffung derer Cammer-Güter, welche von denen Sereniſſimis Defunctis, oder zwiſchen denen Hochfürſtlichen Herrn Feudal- und quaſi-fideicommiſſariſchen Succeſſoren geſchehen, vernichten oder hindern, oder auch alle Peræquation bey denen zu theilenden obiger maſſen afficirten Im- und Mobilien in Zweifel ziehen und verneinen; ſondern es ſollen die Hochfürſtl. Herrn Feudal- und quaſi Fideicommiſſ. Succeſſores, ſo vil möglich und billig, indemniſiret, die durch Verkauffung eines und andern Theils vor ein ſolch Cammergut fürohin etwa erlöſende Gelder wieder zu des geſammten Fürſtlichen Hauſes Beſten angelegt, und dieſelbe zum Theil ererbende, zum Theil erkauffende, quaſi-Fideicommiſſariſche Güter ſo wenig als die Feudal Immobiliar-Pertinentien und Inventarien-Stücken, nicht entblöſſet werden. 3. Wegen der Allodial-Adminiſtrations-Richtigmach- und Endigung aber findet man für gut, und hat beſchloſſen, ſo balden, obbeſchriebener maſſen, die pure Allodialia von denen feudalibus Pertinentiis und quaſi-Fideicommiſſariis Bonis, ſeparirt und die Rechnungen juſtificiret ſeyn

werden, daß die Balance zwiſchen denen activis und paſſivis Allodialibus gezogen, und, nach deren un- oder zulänglichen Bewandtniß, in ſo weit nemlich, als das cum Beneficio Inventarii & Legis angetrettene Allodium zureichen wird, mit denen Creditoren ihrer Bezahlung halber gehandelt, und ſo dann der Ausgang diſes ſeparaten Allodial-Succeßions-Wercks dem dermahleinſtigen Haupt-Theilungs-Receß über die Feudalia und quaſi-Fideicommiſſaria, mit Wiederholung obiger Verwahrung und Proteſtation, einverleibet werden ſoll.„

§. 140.

Pfalz. Was in dem Hauſe Pfalz wegen der mobiliar-Verlaſſenſchafft Herkommens, und ins beſondere von Herzog Wolfgangen, dem Stammvater des jezigen geſammt-Hauſes, deßwegen verordnet worden ſeyn ſolle? ſihe im T. Staatsr. *Tom. 20. p. 322.* add. *Tom. 25. p. 296.*

Eine derer wichtigſt- und berühmteſten Streitigkeiten, ſo jemalen wegen Separation der Staats- und privat-Erbſchafft vorgekommen, iſt die, ſo Anno 1685. nach dem Tode Churfürſt Carls zu Pfalz, des lezten der Simmeriſchen Linie, zwiſchen ſeinem Nachfolger an der Chur, und des verſtorbenen Schweſter, der Herzogin von Orleans, entſtunde; davon *l. c. Tom. 16. p. 166. ſeqq.* viles erzählet worden iſt, das aber, ſo Land und Leute betrifft, vorhin berührter maſſen, anderwärts nachzuſehen iſt: Das übrige, ſo hieher taugen möchte, kommt darauf an.

Anno 1687. 11. Sept wurde zwiſchen denen Chur-Pfälziſchen Miniſtris und dem Orleaniſchen Bevollmächtigten wegen der mobiliar-Verlaſſenſchafft und der Gegen-Prätenſionen an dieſelbe diſer Tractat geſchloſſen: Poſtquam à morte Sereniſſimi Domini Electoris Palatini Caroli, pie defuncti, Sereniſſimorum Principum, Ducis & Duciſſæ Aurelianenſium Regiarum Celſitudinum, Dominus Plenipotentiarius ad aulam Electoralem Palatinam miſſus per aliquod temporis intervallum, rerum ad allodialem hæreditatem ſpectantium, mobilium & fungibilium, per Serenitatis Suæ Electoralis aulam & Cameram hucusque partim conſumptarum, partim vero emptarum, æſtimationem & ſolutionem, tum per memorialia tum oretenus poſtulavit & tandem, habitis aliquoties Conferentiis & facto in iis diligenti examine ac diſcuſſione tam Prætenſionis allodialis, quam debitorum per Cameram Electoralem ſolutorum & erogatorum, ad id perven-

ventum, ut hæc res, in ſublequentibus Articulis ſigillatim deſignatis exiſtens, amicabiliter diremta & compoſita fuerit:

Prætenſio Allodialis.

	Floreni.	Cruc.
In parata pecunia, juxta tabellam ex Camera traditam, Inventario inſertam, tempore mortis Domini Electoris Caroli, nimirum 22. Menſis Maji 1685. adfuit.	26579.	57.
In vino 497. cadi 3. ohmæ 6. quadr. Inventario fuerunt inſerti; de hiſce, deductis 6. cadis per Dominam Electricem ſeniorem viduam conſumptis & ad vendendum accepta quantitate, nec non in repletionem doliorum hucusque impenſis, & in ſalarium promeritum datis, ſuperfuerunt 226. cadi, 9. ohmæ, 4 quadr. 2 ½. menſuræ, quæ ſumma, juxta taxationem ab allodio factam, infert	12132.	58.
Vina Boxbergenſia viliora 125. cadis, 8. Ohmis exiſtentia, faciunt ſecundum æſtimationem in loco paractam	2178.	
Siligionis quantitas reperta fuit ad 1142⅛. moderato Salario 459⅛. mod. reſiduum in taxationem venit.	1611.	10.
In tritico adfuerunt 79½. mod.	198.	45.
In Piſis 11¼. mod.	22.	15.
In Frumento Saracenico 159⅛. mod.	213.	10.
In Hordeo 130⅜.	360.	30.
In fari, ſive Zea, 1065. mod.	2753.	20.
Avena comprehendebat 2692 ⅔ m. detractis detrahendis in ſolutionem venerunt 1705⅞. mod.	1421.	6.
In ligno Heidelbergæ, Franckenthaliæ & Fridericoburgi, computatis ſummis 1409. currus	1060.	
In Bobus 192.	6528.	
In Vervicibus 1452.	4296.	
In Agnis 211¼.	242.	54.
In aromatibus & victualibus.	3450.	
In Confectionibus, ſive rebus conditis.	1000.	
Equi ex Stabulo Electorali empti fecerunt in computo 2851. fl. 30. er. & cælum ex rubro holoſerico 1500. fl. in horum pretii defalca-		

	Floreni.	Cruc.
tionem antea ſoluti fuere 3333. fl. Reſtat igitur ex dictis equis.	1018.	30.
Equi ex Architecturæ domibus 90.	1444.	30.
Mobilia Heydelbergenſia & Fridericoburgenſia.	6036.	44.
Tapetes 10. de Tobia 5. de Moſe & Aarone communes.	1000.	
In Panno Damaſceno viridis coloris	49.	30.
In ſtanno 978½. libræ.	326.	
In cupro trito 46. libræ.	11.	30.
Libra Aulica cum ponderibus.	34.	
Pro rivis ad capiendum pisces, trutas & fundulos, aſſignandis.	60.	
Pro ligno Dotalitii.	188.	24.
Pro Luciis & Ciprenis.	83.	30.
Pro Cervis & apris.	89.	53.
Pro Rhedis & vectoriis rebus ſolummodo taxatis.	594.	
Mobilia Franckenthalenſia.	110.	
Summa Prætenſionis allod.	75003.	42.

Contraria Prætenſio Electoralis ex parte Allodii agnita.

	Floreni.	Cruc.
Pro victu & conſumtis per Dominam Electricem Viduam.	5000.	
In fœno pro Dominæ Electricis Viduæ ſtabulo plus erogatum, quam adfuit.	67.	30.
In fœno adhuc vivente Domino Electore emto.	194.	
In ſtramine.	44.	27.
Dimiſſis pueris Nobilibus aulicis datum.	949.	30.
Expenſæ Culinariæ.	4841.	27.
Pro victu Nobilium & aliorum usque ad 23. Maji 1685. debito.	350.	36.
Concionatori Achenbach, Secretariis Eiler & Knierimio pro victu & Salario.	528.	
Cellario Aulico pro vini allodialis expenſis factis.	107.	
Summa.	11813.	17.

	Floreni.	Cruc.
Ratione ſumptuum lugubrium permittuntur, usque dum hæc res compoſita ſit, in retentione permanere.	11512.	24. 4.
Pro cera alba.	331.	46. 4.

Pro

	Floreni.	Cruc.
Pro facibus paratis.	20.	16.
Pro Vaſallorum conſcriptorum ad funerationis actum expenſis.	210.	
Pro plauſtro 8. Ohmis, 5. quadr. vini in excubiis & humationis actu conſumpti.	92.	12.
In avena.	14.	50.
In fœno 3½. vehicula.	10.	30.
Summa	12192.	2.
	Floreni.	Cruc.
Summa utriusque Debiti paſſivi conjuncta facit.	24005.	19.
Hac quantitate ex præcedenti ſumma allodialis Prætenſionis deducta, remanet Allodio reſtituendum, ſive ſolvendum.	50998.	23.
Sequentes articuli hucusque fuerunt controverſi:		
Prætendebatur ex Camera Electorali pro Dominæ Electricis Viduæ victu ulterius.	750.	
Pro plauſtro 2. ohmis 9. quadr. 3. menſuris Baccaracenſis & Moſellani, nec non 7. cadis, 3. ohmis, 1. quadr. 3. menſuris Rhenani vini, quæ quantitas juxta Cellari aulici aſſertionem etiam conſumta eſſe debuit, & quidem pro cado prioris ſpeciei 120. fl. de altera vero cadus æſtimatus 50. fl.	519.	28.
Pro reliquorum allodialium Miniſtrorum Salario & victu	1156.	55.
Pro vino 1. cad. 3. quadr.	41.	
Pro ſiligine 20. modi, 3. menſuræ.	47.	50.
Pro Avena 52½. mod.	43.	36.
Pro Fœno 5. vehiculis.	15.	
Pro 66. equis ex architecturis, quoniam ex dimachis venerint.	1056.	
Pro detractione facta in debito culinario.	150.	40.
Pro detractione à taxatione vinorum per Allodium facta.	226.	15.
Pro veſtimentis lugubribus quibusdam officiariis noviter attributis in deductione pecuniæ pro veſtimentis ordinatæ.	466.	48. 4.
Summa debiti controverſi.	5699.	39.

Hac deducta à quantitate allodialis Prætenſionis remanet Allodio.	Floreni. 45298.	Cruc. 34.
Cum de ſumma controverſa Dominus Plenipotentiarius, finiendi negotii cauſa, in ſe receperit Prætenſioni allodiali defalcanda 3699. fl. 39. cr.		
Et Sereniſſimus Dominus Elector per ſuos Miniſtros declaraverit, reſiduum 2000. fl. in ſe recepturum Allodio præſtandum, quod ſupra dictæ Allodii Prætenſionis ſummæ iterum adjectum facit ſimul.	47298.	34.

Reſervato ab utraque Parte circa plus vel minus calculo in Rationum Reviſione & examine impoſterum apparente.

Igitur Serenitatis Suæ Electoralis Domini Deputati non ſolum præcedentem pro Allodio, deductis erogationibus & Prætenſione Electorali, ut & retenta pro veſtibus lugubribus deſignata quantitate, usque dum hæc quæſtio diremta erit, reſultantem ſummam 47298. fl. Cr. agnoverunt, ſed etiam, juſſu & mandato alte memorati Sereniſſimi Domini Electoris, promiſerunt, quam primum hæcce Conventio ſubſcriptionibus perfecta, in defalcationem dictæ ſummæ ad debitam apocham 20000. fl. numerare, reſiduum 27298 fl. 34. Cr. vero intra illud tempus, de quo, facta à Domino Plenipotentiario Relatione ad Sereniſſimos ſuos Principales & deſuper obtento mandato, amicabiliter convenietur, ſine ulla mora in bonis Florenis, dimidiis, quadrantibus & denariis, ſive groſſis, Francofurti valentibus, ſolvere, eamque ſolutionem in dicto tempore ſub nullo Juris vel facti prætextu vel exceptione retardare, aut cujusdam ceſſione, quæque ſit, niſi Regiæ Suæ Celſitudines in id conſenſerint, uti, eum in finem pollicentes, à Sua Serenitate Electorali Domino Plenipotentiario in ſui certiorationem ſubſcriptam confeſſionem ſe extradituros. Viciſſim ſpoſpondit Dominus Plenipotentiarius ſuper hac Conventione ab alte-memoratis Regiis Celſitudinibus ſpecialem ratihabitionem quam primum ſe obtenturum & Serenitati Suæ Electorali exhibiturum.

In dem Eingang des nach dem Ryswickiſchen Friden (bey denen zu ſolchem Ende Kayſerlich-Königlich-Franzöſiſcher Seits Subdelegirten) erhibirten Orleaniſchen Libells wird kürzlich die Hiſtorie diſes Streits erzählt, und unter anderem gemeldet: Es wäre ein Anfang

an

an der Theilung gemacht und der Herzogin Bevollmächtigten von Moravas ein Theil derer Mobilien zugeſtellet worden; das weitere Geſuch aber gienge, ſo weit es in diſes Capitel gehörig iſt, dahin, zu ſprechen: Quod Sereniſſ. D. Johannes Wilhelmus inchoatam hæreditatis controverſiæ partitionem teneatur abſolvere & ad debitum usque finem perducere; adeoque omnia Inſtrumenta & Documenta neceſſaria, quæ ſibi communicata hactenus non ſunt, Sereniſſ. D. Hæredi, ejusque Plenipotentiario, exhibere & communicare, interque ea inprimis Inventaria, ſive Deſcriptiones univerſæ Succeſſionis à Sereniſſ. Carolo Electore Fratre relictæ; Deinde eidem reddi atque reſtitui allodialia Mobilia, ea ſcilicet, quæ moriente Sereniſſ. Electore Carolo, tum in Arce Heidelbergenſi, tum in aliis Sereniſſ Domus Palatinæ Arcibus, Caſtellis, ædificiis &c. reperta: Ut ſunt ſupellex omnis generis, veſtes, ſtragula, periſtromata, margaritæ, vaſa aurea, argentea, &c. in ſupra memorata partitione non comprehenſa, Pecuniam numeratam, quæ in ſcriniis, ſive apud Collectores, tum publicos tum privatos, Sereniſſ. D. Electoris tunc extabat; Vina, Frumenta, aliasque omnes ejusmodi ſpecies, quæ in cellis vinariis, horreis & apud redituum Electoralium Collectores & Adminiſtros ſervabantur; Equos, Greges & Armenta cujuscunque generis, quæ in prædiis Electoralibus, vel in Domuum Electoralium equilibus, alebantur; Nomina, Jura, Actiones & prætenſiones, quæ ipſi Sereniſſ. Electorali Domui in quoscunque, ſive Communitates, ſive particulares debitores, competebant; Quicquid tum à Collectoribus ex præcedentium annorum adminiſtratione, vel a Vaſallis, ſive ſubditis, Sereniſſ Domni Elect. debebatur. - - - Hæc omnia cum Fructibus, Intereſſe & omni cauſa; ſalvo Jure, præſentibus petitionibus addendi, quicquid poſtea ex Inventariorum, aliorumque Inſtrumentorum repræſentatione, aut alia quacunque ratione, ad Sereniſſimam Hæredem dignoſcetur pertinere & ſi quid melius conſultum videbitur. In einer beygefügten Deductione Fundamentorum wurde diſes ferner ausgeführt; davon und denen darauf gefolgten weiteren ſchrifftlichen Handlungen aber hier ſich kein Auszug machen läſſet.

Die Juriſten-Facultät zu Ingolſtatt behauptete auch in einem ausgeſtellten Reſponſo (1): Der Churfürſt habe Jure ſingulari ſuc-

(1) In Thucelii Act. publ. Sec. 18. Tom. 3. p. 347.

ſuccedirt, mithin habe weder petitio Hæreditatis, noch judicium familiæ hærciſcundæ, ſtatt.

Die Juriſten-Facultät zu Franckfurt an der Oder wurde ebenfalls bey diſer Gelegenheit um ihr Gutachten befragt: 1. an Elector Palatinus eo in leges Pacis Ryswicenſis commiſerit, quod primo ab exhibitione libelli termino reſponſiones ediderit? 2. an in hac cauſa potuerit conveniri Hæreditatis petitione & Familiæ erciſcundæ judicio? 3. an Libellus exhibitus ſuſtineri judicio poſſit? Sie antwortete ad 1. Nein; ad 2. Nein; ad 3. Nein. Das mehrere kan, weil es nur Formalia Proceſſus betrifft, wobey ich mich nicht aufhalten mag, in des Herrn von COCCEJI *Deduct. Conſil. & Reſponſ. in cauſ. Illuſtr. p. 584. ſeqq.* nachgeleſen werden. In einem anderen Reſponſo aber entdeckte ſie ihre rechtliche Gedancken in der Hauptſache, welche dahin giengen (1): 1. Non in eo verti cauſæ hujus & litis ſtatum, ut feudalia ſeparentur ab allodialibus, ſed ut bona publica a privatis; nec principaliter quæri, quæ ſint allodialia, quæ feudalia? ſed: quæ ſint bona Principatus, quæ privata Principis? 2) Ab omnibus publicis, & quæ cum Imperio ſunt bonis, fœminas omni jure naturali & communi gentium conſenſu excluſas eſſe, niſi probent, ſpeciali lege loci eas admitti ad ſucceſſionem. 3) Hoc quoque probato, non tamen ullo jure naturali vel gentium eas admitti, extantibus adhuc maſculis; niſi & hoc ſpecialiter doceant. 4) Omni quoque Jure Imperii communi ab iisdem publicis bonis eas excludi: nedum maſculis exiſtentibus inde prohiberi, ni jus aliud ſingulare in certis bonis vel locis ſpeciatim oſtendant. 5) Statutis, legibus, pactis, conſuetudine domus Palatinæ non poſſe ſuccedere filias in bona publica ac territorialia. 6) Iisdem ſtatutis & pactis terras ab Electoribus & Comitibus Palatinis quocunque titulo comparatas cedere Electoratui & Principatui Palatino, niſi appareat alia lege & in uſus privatos quæſitas &c. 7) Jure publico in Principatibus & inter Illuſtres rem in dubio potius præſumi Principatui, quam rei privatæ, quæſitam & jura publica ac regalia magis credi feudalia, quam allodialia. 8) Nec res immobiles tantum, ſed & mobiles, in dubio videri quæſitas Principatui, 9) Meliorationes item & impenſas in apparatus bellicos &c. 10) Potuiſſe tamen, his juribus

(1) v. COCCEJI l. c. p. 598.

juribus & pactis non obſtantibus, tum primos acquirentes rebus a ſe quæſitis legem, quam vellent, dicere, tum inter agnatos ſucceſſionis capaces diſpoſitiones fieri, nec illas prædictis vel juribus vel pactis quicquam officere. 11) Sereniſſimum Reum conventum, hactenus moram feciſſe, non videri.

Weiter findet ſich bey COCCEJO (1) ein Reſponſum über die Frage: Ob ein Succeſſor in der Landes-Regierung ſeines Vorfahrers allodial-Erben ea, quæ in Principatus Meliorationes, Ædificia, aliaque augmenta impenſa ſunt, reſtituiren müſſe? Worauf mit Nein geantwortet wird.

Endlich trifft man noch einen Aufſatz von dem Herrn von COCCEJI an (2), ſo diſe Sache angehet und die Frage abhandelt: Wann, nach Abſterben eines regierenden Fürſtens, die Regierung auf eine andere Linie und den nächſten Agnaten ex providentia Majorum falle, was ſo dann für allodial zu achten, oder zum Lehen gehörig ſeye? Seine Meinung ware: Forderiſt ſeye anzumercken, daß man das allodial-Gut diſſfalls nicht immediate dem Lehen entgegen ſezen ſolle, weil auch vile allodial-Herrſchafften ſeyen, die ebenfalls mit allem, was darzu gehöre, nicht den Erben, ſondern den nächſten Stamms-Verwandten, ex providentia Majorum gehören, und denenſelben nichts davon vergeben werden könne; wäre demnach die Frage immer dahin zu richten: Was entweder zur allodial-Erbſchafft, oder aber zum Lehen, Land und Stamm gehörig ſeye? Diſemnach nun gehören vor allem dem nächſten Agnato und Succeſſori das Land, oder Chur-Fürſtenthum, und alle durch den lezten Todes-Fall erledigte Fürſtenthümer und Herrſchafften: Zu dem Chur-Fürſtenthum nun, darinn der Agnatus ſuccedire, gehöre das ganze Chur-Fürſtliche Territorium, mit allen ſeinen territorial-Rechten, Unterthanen, Bedienten, Mannſchafften, Veſtungen und Schlöſſern, ſamt alle dem, was zur Regierung, Defenſion und Nuzen des Landes, wie auch zur Erhaltung des Landes-Fürſtens Dignität und Hoheit, gewidmet, verordnet oder beſtimmet ſeye, und zwar um ſo vil mehr, wann ſolches von den Vorfahren ſchon dahin deſtinirt geweſen, oder auch von dem lezteren Poſſeſſore aus des Landes Mitteln und Einkommen darzu angewendet ſeye, als wie Geſchüz, Munition, Volck, u. d. ſo alles nicht nur zum Land und deſſen Defenſion gehörig, ſondern auch unter dem Jure Territorii begriffen

(1) l. c. p. 631.
(2) l. c. p. 636.

griffen seye und dem Possessori nicht anderst, als Landes-Fürsten, der alleine Jus armorum & habendi milites habe, nicht aber als Privato und als ein privat-Eigenthum, zustehen könne. Ferner gehöre dem nächsten Agnato Successori alles das, was von dem gemeinen Stamm der Pfalzgrafen herrühre, als die Römische Cron Königs Ruperti und übrige Cleinodien, so etwan daher noch vorhanden. Eben dise Bewandtniß habe es auch mit den Kleinodien, die von der vorigen Linie Chur-Fürst Ludwigs mit dem Bart, (so in Ott Heinrichen ausgestorben,) herrühren, als welche nicht von Erbschaffts-wegen, (massen Simmern Ott Heinrichen nicht geerbet,) sondern als ein Stamm-Gut, auf die Simmerische Chur-Linie kommen, also zu deren allodial-Erbschafft nicht gehörig seye. Ja auch, was von der Simmerischen Chur-Linie selbst herrühre und in die Theilung mit den Töchtern oder nachgebohrenen Prinzen nicht kommen seye, oder zu kommen pflege, könne vor keine allodial-Erbschafft gehalten werden, weil sonsten die gemeldte Postgeniti ac Filiæ so wohl, als der erstgebohrene Herr, Theil daran hätten haben müssen. Hieraus weise sich nun: Was zur allodial-Erbschafft zu rechnen seye? nemlich, was ein Fürst als Privatus und für sich besessen habe, und durch privat-Succession und letzten Willen von Verwandten und Freunden, oder durch privat-Schenckungen, Kauff, und dergleichen Erwerbungen, erhalten und überkommen: Und seye die allodial-Erbschafft ein blosses privat-Werck, darinn ein Landes-Fürst wie sonsten ein Privatus considériret werde. Es werde aber gefragt: 1. Ob die Bau- und andere Kosten, oder Meliorationen, zur allodial-Erbschafft gehören, und von dem Agnato succedente den allodial-Erben restituret werden müssen? Resp. In Landes-Herrschafften und Fürstenthümern seyen die Einkommen hauptsächlich zu des Landes und der hohen Landes-Fürstlichen Dignität Erhaltung, Defension und Besten, gewidmet und seyen kein blosses Eigenthum des Landes-Herrns; welchemnach dann, was auf das Land davon verwendet worden, dahin angelegt seye, worzu es principaliter gewidmet, und könne also nicht wieder gefordert werden: Und wie einem Landes-Herrn, ausser der Nothwendigkeit, keine Maaß und Zil gesezet werden könne, was zum Nutzen des Landes zu verbauen; also seyen alle Kosten, die er dafür halte, daß sie dem Lande nützlich und darinn zu verbauen seyen, gehöriger Orten angelegt. 2. Ob Pferde, Kutschen und dergleichen Geräthe zu der allodial-Erbschafft gehören? Resp. Ja, ausser, was zu des Landes, oder des Staats, nothdürfftigem Gebrauch gehörig gewesen, welches, wie gemeldet, dem Landes-

Folger

Folger zukomme, wie auch die Tapezereyen und andere Zugehör in den Chur-Fürſtl. Gemächern, die der verſtorbene Chur-Fürſt mit der Landes-Regierung, und nicht aus privat-Mitteln oder Erbſchafften, daſelbſt überkommen. 3. Ob die Medailles und Bibliothec unter die allodial-Erbſchafft zu rechnen? Reſp. Was der verſtorbene Chur-Fürſt ſelbſten von Büchern und Medailles bey ſeinen Lebzeiten bekommen, ſolches ſeye Zweifels-ohne ſein völliges allodial-Eigenthum. 4. Ob das Gold- und Silber-Geſchirr für allodial-Erbſchafft zu halten? Reſp. Ja, auſſer, was vor Alters bey dem Chur-Hauſe geweſen, und zuvor in die allodial-Theilung nicht kommen, oder von den Vorfahren darzu beſtimmet worden, oder was ſonſt bey dem Hauſe Herkommens ſeye. 5. Ob diejenige Stücke, Geſchütz und Munition, ſo in der Chur-Pfalz Veſtungen, Stätten, Schlöſſern und Zeughäuſern vorhanden, zu der allodial-Erbſchafft gehörig, alſo durch Teſtament, oder letzten Willen, verſchafft und auſſer der Chur-Pfalz veräuſſert werden können? Reſp. Es werde dafür gehalten, daß dasjenige Geſchütz und Munition, ſo zu des Landes Beſten, Wehr und Beſchützung, in deſſen Veſtungen gebraucht, oder zum Nothfall in denen Zeughäuſern und ſonſten verwahret werde, nicht in die allodial-Erbſchafft, ſondern zu der Chur, gehörig ſeye, und mit ſelbiger dem Succeſſori folge, nicht aber darüber als über ein allodial-Gut diſponiret werden möge: Dasjenige Geſchütz aber, ſo etwan der verſtorbene Beſitzer bloß und allein zu ſeiner privat-Uebung oder Ergötzlichkeit villeicht gehabt habe, und zu des Landes-Defenſion nicht ſeye verfertiget oder beſtimmet worden, möchte etwan zu deſſen freyer Diſpoſition, als wie ein jedes Eigenthum, geſtanden ſeyn.

Wie gar ſehr unterſchiden nun das Laudum, oder derer Compromiſſariſchen Subdelegatorum Ausſpruch, in diſer Sache ausgefallen ſeye? ſiehe im T. Staator. *Tom. 16. p. 186.*

Des Chur-Fürſtens gegen das Franzöſiſche Laudum an den Pabſt gethane Vorſtellung iſt in THUCELII *Act. publ. Sec. 18. Tom. 3. p. 354. ſeqq.* zu leſen, und heißt es unter anderem darinn: Iniquum inſuper eſt nono, ex parte Laudi per D. Subdelegatum Regium pronuntiati, quod allodialia, prout in libello Aurelianenſi enumerantur, ſi quæ à Sereniſſimo Electore Carolo tempore obitus ſui poſſeſſa fuerint, & vel adhuc penes Nos extant, vel in uſum Noſtrum converſa ſint, & pretio ſoluto non redemta, quod ſub Fide Principis à Nobis reſtitui, vel pecunia numerata ſolvi debeant, quia nondum probatum eſt, quod ea ſint talia allodialia, quæ rationem privati patrimonii ingrediuntur, & ſi quid etiam Elector Ca-

rolus, vel ipſius Pater Ludovicus Carolus, in contrarium diſpoſuiſſent, id totum nihil valeret, niſi doceatur, ea Allodialia non ex ipſo Electoratu Comitatuque Rhenano & in connexis bonis deſcendiſſe, ſed ſpecialius ratione Perſonæ eſſe acquiſita, cujus rei probandæ eo major eſt difficultas, quod juxta ſupra memoratam auream Bullam, Conſtitutionem Rupertinam, & Pacta Gentilitia Archidomus Palatinæ omnia Bona, præſentia & futura, immobilia & mobilia, ita Electoratui uniantur, ut tota fere ratio etiam Allodii ita privati, & privati patrimonii in Domo Palatina ceſſare videatur, ut clarum fit legenti Scriptum, in quo Sereniſſimæ Duciſſæ Aurelianenſis Sereniſſimus Dominus Parens Ludovicus Carolus cauſam Electoralis ſuæ Succeſſionis contra reliquos Agnatos, & in ſpecie contra Ludovicum Philippum, propoſuit; clarum quoque ex eo eſt, quod in caſu toties inter Principes & Palatinos Comites eveniente nulla unquam fuerit Fœmina Palatina, quæ vel circa tale Principis decedentis patrimonium privatum allodiale auſa fuiſſet quæſtionem movere.

Pfalzgraf Guſtavs zu Zweybrücken zweyte ſo genannte Gemahlin, deren er ſeine Mobilien vermacht hatte, fragte nach ſeinem Tode zu Halle an: (1) 1. Ob die Einkünffte des lezten Jahres denen feudal- oder allodial-Erben zukommen? Reſp. Daß dem Succeſſori feudali ſchlechterdings die Revenüen des letzten Jahrs anheimfallen. Qu. 2. Ob nicht zuforderſt die Schulden aus ſothanen fructibus ultimi Anni von dem Succeſſore feudali zu bezahlen ſeyen? Reſp. Daß von denen Revenüen des letzten Jahres die Schulden nicht zuforderſt abgezogen werden müßten. Qu. 3. Ob die Vidua Donataria zu Bezahlung der Schulden mit angehalten werden könne? Reſp. Daß zwar die Creditores directo die Donatariam nicht belangen könnten, die allodial-Erben aber, wann das übrige Vermögen zu Bezahlung der Schulden nicht zureichen ſollte, ſo vil von denen rebus donatis abzuziehen befugt ſeyen, als zu Bezahlung der Schulden noch nöthig ſeyn möchte. Qu. 4. Ob die Schulden, die von ſolchen Dingen herrühren, ſo dem Succeſſori feudali bleiben, als Gebäude und Soldaten ſind, als Lehen-Schulden anzuſehen, wenigſtens auf den Fall die ausſtehende Gefälle zu Zahlung ſamtlicher Schulden nicht hinreichen möchten, von ihm abzutragen ſeyen? Reſp. Es ſeye der Succeſſor nur allein diejenige Schulden zu bezahlen ſchuldig, die wegen nöthiger und nüzlicher Reparaturen, wie auch wegen der Montur des Crayscontingents

(1) vid. H. BOEHMERS Conſult. & Decis. Vol. 1. Part. 2. p. 510.

tingents und anderer Soldaten, so zu des Landes Nothwendigkeit, und nicht zum blossen Staat, angeworben und unterhalten seyen, gemacht worden.

§. 141.

Nach Absterben des lezten Marckgrafens Christian Friderich zu Brandenburg-Bayreuth entstunden zwischen der verwittweten Königin in Dänemarck, gebohrener Prinzeßin zu Br. Bayreuth, und dem Landesfolger, Marckgrafen zu Brandenburg-Onolzbach, wegen Separirung der allodial-Erbschafft von dem Lehen Streit. Brandenburg.

Die Königin gienge endlich an den Reichs-Hofrath, und bate um ein Mandatum S. C. wie auch um eine local-Commißion; der Reichs-Hofrath resolvirte aber den 14. Maji 1770. nur ein Rescript an Br. Onolzbach: Wie der Kayser des Marckgrafens Verfahren nicht genehmigen könne; als befehle der Kayser ihme, mit allen eigenthätigen rechtswidrigen Unternehmungen ins künfftige an sich zu halten, das von denen bereits inventirten und unter gemeinsamen Sigeln aufbewahrten Allodialstücken etwa entnommene wieder ad locum unde zu restituiren, und alles in den vorigen Stand zu sezen; so dann das allschon am 3. Mart. 1769. angefangene Inventarium, mit Zuziehung der Königin Mandatarii, fortzuführen und zu beendigen; die vorlängst expromittirte, über jedes Schloß vorhandene, Inventarien, und sonstige ad Massam allodialem gehörige Scripturen und Documenten besagtem Mandatario zu communiciren, und so fort sothanes Erbschaffts-geschäffte gänzlich zu berichtigen.

Ingleichen beschwerte sich die Dänisch-Holsteinische Comitial-Gesandtschafft in einem pro memoria (1): Daß Br. Onolzbach die Hände zur Güte nicht bieten wolle, sondern deutlich zu erkennen gegeben habe, daß von einiger Allodialerbschafft keine Rede seyn könne, auch die gemeinschafftlich versigelt geweste Effecten und Baarschafft zu sich genommen habe.

Brandenburg-Onolzbach aber versezte in einem Gegen-pro memoria (2): Man habe zum Theil die Ursachen, warum von keiner allodial-Erbschafft die Rede seyn könne, in verschidenen pro memoria, unter Einsicht der nöthigen Documenten, ohne allen Rückhalt vorgelegt, und habe keine Ursach, den Richter zu scheuen.

§. 142.

Anno 1568. verglichen sich die Landgrafen zu Hessen: „Deß- Hessen.

(1) Neue Staatscanzl. 30. Theil, S. 312.
(2) S. 314.

gleichen, wo auch Unſer, der vier Gebrüder, oder Unſerer Nachkommen, einer, ſo kein eheliche mannliche Leibs-Lehens-Erben hätte, ſeinen Töchtern durch Teſtament, oder dergleichen Diſpoſitionen, etwas von ſeiner mit guter vorſichtiger Haushaltung, ohne Veräuſſerung, Verpfandung und Beſchwerung ſeiner Rent-Cammer, Lande und Leute, eroberter und vorerſpahrter Baarſchafft, Kleinoder, oder Silber-Geſchirr, teſtiren oder beweislich vermachen würde, ſolches, was deſſen, nach beſchehener Abſtattung und Bezahlung der Schulden, ſo derſelbige abgeſtorbene Fürſt ſelbſt gemacht, noch übrig im Vorrath ſeyn würde, ſollen die Erben und Nachkommen, Fürſten zu Heſſen, Ihnen, den Töchtern, zu obberührter Legitima und mütterlicher Verlaſſenſchafft auch folgen laſſen; doch daß von Landen und Leuten, auch anererbter Baarſchafft, derwegen nichts überall verpfändet, veräuſſert, oder ſonſt in andere Wege beſchwert ſeye oder werde, daß auch zuvor von der hinterlaſſenen Baarſchafft die Schulden, ſo der abgeſtorbene Fürſt auf ſeinem Ort Landes gemacht, gänzlichen, wie vorſtehet, abgeſtattet und bezahlt ſeyen; aber ohne ſolche Verteſtirung und Diſpoſition ſollen die Töchter zu allen diſen Dingen kein Recht oder Anforderung überall haben, ſondern mit ihrer Ausſteuer, als der verordneten Legitima, endlichen zufriden ſeyn und bleiben. „

§. 143.

Mecklenburg. Anno 1705. fragten die **Mecklenburg-Güſtrauiſche Prinzeſſinnen** zu Halle an: Ob nicht alle Meliorationes an Schlöſſern, Aemtern, aufgerichteten ganz neuen Gebäuden, item die Tormenta & Inſtrumenta bellica, wie auch die auf Aufrichtung einiger Milice verwandte Koſten, als ein Allodium zu conſideriren? Man antwortete (1): Daß dergleichen Meliorationes, Inſtrumenta & Tormenta bellica, wie auch die zur Aufrichtung einer beſonderen Milice verwandte Koſten, pro Allodio zu achten, und denen Land-Erben von dem ſuccedirenden Agnato gut gethan werden müſſen.

§. 144.

Sachſen-Lauenburg. Von **Sachſen-Lauenburg** berichtet Herr STRUVE (2): Defuncto An. 1689. Julio Franciſco, Duce Saxo-Lauenburgenſi, ſuæ gentis ultimo, dum Brunſuico-Lüneburgenſis Elector easdem terras occupaſſet, atque in poſſeſſorio obtinuiſſet, ipſius relictæ Filiæ, Anna Maria Franciſca, Jo. Gaſtoni, Principi Florentino, & Franciſca Sophia Auguſta, Ludovico Guilielmo, Badenſi Marchioni,

(1) vid. Conſil. Halenſ. Tom. 2. Lib. 2. p. 1052.
(2) de Allod. Imper. p. m. 705.

chioni, nupta, a Sereniſſimo Electore, Feudi Regalis poſſeſſore, prætendebant omnia mobilia, quæ alias ex feudis privatorum hæredibus allodialibus præſtari ſolita, alles auf den Vorwercken und Aemtern vorhandene Viehe und Getreide, ingleichen alle daſelbſt vorhandene und eingemauerte Braupfannen, Butten, Küfen, wie auch die zu Lauenburg und Neunhaus verhandene Fehre, Böthe und Transport-Schiffe, wie nicht weniger die zu Ratzeburg hinterlaſſene Artiglerie, ſo auf 15000. Rthl. angeſchlagen worden; Ueber dem die bey allen Vorwerckern befindliche Düngung, Gaile und Gare, wie auch das gebrauchte Saat-Korn, das vorhandene Holz, Karren und Steine zum Veſtungs-Bau, nebſt allen auf Michaelis 1689. fälligen und von der Cammer gehobenen Revenüen: (zuſammen 22815. Thl.) Quod tamen per transactionem fuit compoſitum.

Stryck (1) ſagt: Verum cum hæc puncta nulla Judicis ſententia, ſed amica conventione compoſita & in plerisque Hæredibus allodialibus, certo licet jure deſtitutis, ex ſingulari amicitia & favore à Sereniſſimis Ducibus delatum fuerit, non inde exemplum peti poterit in caſibus ſimilibus, præſertim cum in Succeſſione *Oldenburgenſi* in non paucis capitibus circa Allodium hoc motis aliud obtinuiſſe conſtet. Imo ſi Deciſio circa Allodialia Saxo-Lauenburgica ex Jure Saxonico petita fuiſſet, ad cujus Juris ductum regulariter & in ipſis Saxoniæ Ducatibus ſucceditur, fuiſſet ſane, quod in certis punctis adhuc amplius prætendere valuiſſent Filiæ Principes Saxo-Lauenburgicæ, ſed fuiſſet etiam, quod ex ſponte conceſſis juſte ipſis denegari potuiſſet.

§. 145.

Herzog Carl Alexander zu Würtemberg diſponirte An. 1737. §. 3. „Wir wollen auch, zu Abkommung alles Streits und Stabilirung einer gegründeten, beſtändigen Regul bey Unſerm Fürſtlichen Haus, und deſſen hinkünfftigen Regenten, die Principia veſt obſervirt wiſſen, daß, was ſo wohl Wir, als auch ein jeder anderer von Unſeren Succeſſoren, in das Land an Schlöſſern und Häuſern von denen Landes-Gefällen gebauet, melioriret, oder ſonſten angewendet und beygeſchaffet hat, als eine Acceſſion Unſeres Herzogthums und Herrſchafften gehalten und zu ewigen Zeiten von ſolchen nicht getrennet, noch deßwegen von eines verſtorbenen regierenden Herrns allodial-Erben etwas prætendiret, ſondern es damit eben, wie mit Unſeren Haupt-Landen, gehalten, und ſolche in gleicher Maaß mit denenſelben auf den Erſtgebohrnen und Würtemberg.

Regen-

(1) de Jur. Allod. Princ. Imp. Cap. 6. n. 114. ſq.

Regenten transferiret werden ſollen; in Betracht ſonderheitlich, daß die Landes-Revenüen und Einkünfften hauptſächlich zu des Landes Aufnahm und Beſten, auch Zierde, gewidmet; folglich, wann davon etwas in und auf das Land verwendet wird, ſolches eigentlich dahin angeleget worden, wo es herkommen und wohin es vorzüglich gewidmet iſt, daß alſo von keinen Unſerer Erben und Nachfolgern deſſentwegen per ultimam Voluntatem, oder per Donationem inter vivos, etwas anderſt diſponirt, oder denen Eigenthums-Erben zugewendet, oder in deren Betracht ſolchen andere lucra vermacht werden, ſondern dergleichen Köſten, ſo von des Landes Nutzungen, deren hauptſächlichen Abſehen gemäß, auf die Beſſerung gewendet ſeynd, bey dem Land verbleiben, nicht weniger auch die Fructus ultimi anni, oder was ſonſten daran vorräthig, zu keiner Fürſtlichen Allodial-Erbſchafft gezogen werden ſollen, es ſeyen dann vorhero erſt die onera Territorii & Regiminis davon beſtritten, auch die etwa vorhandene Schulden nach allgemeinen Reichs-Fürſten-Rechten abgeführet. „

Was, nach Abſterben Herzog Leopold Eberhards zu **Würtemberg-Mömpelgart**, zwiſchen deſſen Landes-Succeſſore und jenes unehlichen oder doch unſtandesmäßigen Kindern wegen des Silber-Geſchirrs und Haus-Schmucks, ſo dann auch der Succeſſionis allodialis privatæ, vorgekommen ſeye? ſiehe im T. Staater. *Tom. 19. p. 182. 183. 186.* und *194.*

Nach dem Tode Herzog Friderich Ferdinands zu **Weiltingen** ohne Prinzen ware die Frage: Was dem Hauſe heimfällig, oder denen Prinzeſſinnen zu überlaſſen ſeye? Der Würtembergiſchen Ober-Räthe Gutachten gienge dahin: Diſes regulire der Vergleich de An. 1617. welchen die fünf Brüder damahlen vor ſich und ihre Erben beſchworen, der auch in Teſtamento Eberhardino wiederhohlt und agnoſcirt, mithin ſeye auch diſe Diſtinction noch vor gültig zu halten, quatenus nimirum & in quantum cum tabulis Erectionis hujus Ducatus & prioribus Familiæ Pactis conſpiret, weiters aber nicht, etc. In Quæſtione ipſa ſeye zu diſtinguiren inter bona Allodialia, Apanagialia & meliorationes Apanagii. Die erſtere ſeyen diejenige, welche auf der Weilting- und Brenzer Marckung ligen, und von der Weiltingiſchen Linie quovis modo acquirirt worden. Die andere, nemlich Apanagial-Güter, ſeyen diejenige Herrſchafften, ſo An. 1617. dem Herzog Julio Friderich von dem regierenden Haus übergeben worden. Die leztere aber nicht allein alle innerhalb der Weilting- und Brenzer Marckung, nach der An. 1617. geſchehenen Uebergabe, erworbene Immobilia,

mobilia, ſondern auch was nach derſelben vor Meliorationes mit neuen Gebäuden, vel mutationes culturæ, oder in andere Wege, vorgenommen worden. Diſe Eintheilung vorausgeſezt, und mit zu Hülf genommenem Brüderlichen Vergleich de Anno 1617. worinn der Weiltingiſchen Linie die facultas alienandi ſothanen Apanagii beſonders eingeraumt worden, und dagegen gehaltenem Weiltingiſchem Codicill, in welchem der Teſtator den regierenden Herzog erſucht, ſeinen Prinzeſſinnen alles, was ihnen vi Pactorum Familiæ an Allodialien und Meliorationibus Apanagii gebühre, zuzuſcheiden, waren einige der Meinung: Es wären forderiſt ſo wohl die in Anno 1617. an Herzog Julium, ſub forma Apanagii, quamvis ob facultatem alienandi valde improprii, übergebene Güter dem regierenden Herrn, als Chef de la Maiſon, propter renunciationem generaliſſimam in Anno 1650. à linea Brenziana factam, nunmehr wieder anheimgefallen, und diſes zwar nach dem klaren Buchſtaben bemeldten Receſſes. So ſeye man auch der Meynung, daß die bey dem Apanagio vorhandene Meliorationes mit-heimgefallen ſeyen, jedoch cum annexo, daß beyden Prinzeſſinnen deren præſens valor, als rerum mobilium hæredibus, abzutragen ſeyen. Bey denen extra limitites Apanagii acquirirten Gütern aber hätte es diſe Bewandtniß, daß ſolche ad literam Receſſus de Anno 1617. dem proximo Agnato zuzukommen ſchienen: Ob aber, habito reſpectu ad Succeſſionem primi acquirentis, der regierende Herzog zu Stuttgardt, oder aber, inſpecta proximitate cum ultimo Defuncto, die annoch in Schleſien florirende Julianiſche Linie, oder aber, in caſum valentis renunciationis ad hæc bona, die Vettere von Mömpelgart und Neuenſtatt, es ſeyen? müſſe der Vergleich de Anno 1660. geben; es ſeye dann, wie Einige davor hielten, daß die Prinzeſſinnen per viam Fideicommiſſi in Codicillo dazu beruffen wären, welchen Falls diſer Zweifel fallen und vor ſie, excluſis Agnatis, zu ſprechen ſeyn würde: Es ſeye gleichwohl in Anno 1617. ein ſolcher caſus conceptis verbis ausgenommen worden, und daß in ſubſtrato Herzog Ferdinand per teſtamentariam diſpoſitionem, utut in odium inſtitutæ hæredis iterum revocatam, denen ſämmtlichen Agnatis ſolche bereits entzogen gehabt, in Codicillo aber zu der Prinzeſſinnin Vorſtand herkommen laſſen, denenſelben auch an denen Bonis allodialibus dasjenige, ſo ihnen gebühret, zukommen zu laſſen, welche Worte keine virtutem operandi haben könnten, man ſage dann, es ſeyen dieſelbe ihnen per viam inſtitutionis obliquæ, ſeu

fideicommiſſariæ, zugeſchiden worden, cum nemo alienas Succeſſiones proprio ſanguini anteferat, es ſeye auch die revocatio Teſtamenti nicht in favorem Agnatorum, ſondern intuitu der Prinzeßinnen, geſchehen, ut illæ, præter Legitimam, plus conſequantur. Ad fundandum Fideicommiſſum ſufficere nudas conjecturas, modo graves & arduas. Benebens ſeyen diſe beyde Prinzeßinnen a Succeſſione Mompelgardica, donec deficiant Maſculi, zu excludiren. Wegen des zur Weiltingiſchen Tafel gehörigen Silber-Geſchirrs komme hier deſſen dreyerley in Conſideration: 1. Dasjenige, ſo vi Receſſus dem Herzog Julio Friderich vor eine Fürſtliche Tafel überlaſſen und, à 3000. fl. äſtimirt, in partem Apanagii gegeben worden, ſo zwar, indem die Julianiſche Linie noch nicht erloſchen, des Herzogs Chriſtian Ulrichs Prinzen zuzukommen ſchiene: Weil aber, ob renuntiationem generaliſſimam, diſe davon excludiret, könne der Herzog das Surrogatum davon, nehmlich das Pretium der 3000. fl. prätendiren; es ſeye denn, daß die beſchehene Alienation diſes Silbers pro Conſervatione Apanagii erweislich geſchehen, z. E. an Brandſchatzung. 2. Komme in Conſideration dasjenige Tafelgeſchirr, ſo über den Werth der 3000. fl. noch vorhanden ſeyn möchte: Diſes würde in dem §. Sollte dann ſich ꝛc. zuſamt denen anderwärts her erworbenen ligenden Gütern, proximo Agnato, ob majorem Familiæ Ducalis ſplendorem, mithin denen Schleſiſchen Prinzen, abſtrahendo à Renunciatione, durch welche aber dem Herzog, vel reliquis Agnatis, diverſo conſiderandi modo, Plaz gemacht worden, und wann man dafür halten würde, daß oberwehntes Fideicommiſſ, juxta quorundam Vota, ex Codicillo præſumendum, nicht ſtatt finden ſollte; wiewohl auch in caſum Fideicommiſſi die Weiltingiſche Prinzeßinnen mit dem proximo Agnato ſich zwar ratione quartæ Trebellianicæ abzufinden, nicht aber nach dem Receß de Anno 1617. die Allodialia, ſive Immobilia, (welche nehmlich nicht pro Meliorationibus zu halten) zu theilen hätten. Das 3te ſey, das über alles Tafel-noch weiter vorhandene Silber-Geſchirr, welches nach beſagtem Receß denen Prinzeßinnen ob verba: übrig erzeugten, als erblich zufalle, denen auch ¼. von denen eigenthumlichen Kleinodien, denen nächſten Agnaten aber ¾. davon zufielen. Von dem Anno 1617. mit in Apanagium gegebenen Hausrath werde vel uſu vel bello tricennali alles alterirt ſeyn; doch ſeyen die in natura noch vorhandene Stücke dem Herzog, als Succeſſori Apanagii, heimfällig: Die Häuſer

und

und Eigenschafften aber seyen inzwischen so gut als möglich zu besorgen, und plus offerenti in Bestand zu überlassen.

§. 146.

Nach Abgang des Nassau-Hadamarischen Mannsstamms führten die hinterlassene Prinzeßinnen mit denen Landes-Successoribus vor dem Reichs-Hofrath Proceß in puncto Separationis Feudi ab Allodio; ich weiß aber von demselben, so ferne er die Mobilien und privat-Erbschafft betrifft, nichts speciales zu melden. Nassau.

§. 147.

Fürst Günther zu Schwarzburg-Sondershausen, so Anno 1740. verstorben, sezte seine Gemahlin zur Erben seiner Allodialerbschafft ein: Weil aber der Fürst Heinrich und die Wittwe sich nicht darüber vergleichen konnten, gediehe die Sache erstlich an das Sächsische Vicariats-Hofgericht und dann an den Reichs-Hofrath; es wurde auch eine Commißion auf Chur-Sachsen erkannt. Schwarzburg.

Anno 1743. 28. Nov. wurde der Commißion unter anderen reſcribirt: Gleichwie beyde Fürstliche Theile beständig darüber streiten: Ob dann die Holz-Getraid- und dergleichen Vorräthe zum Allodio oder aber Fideicommiß gehören? auch leicht vorzusehen, daß die local-Commißions-Subdelegati wegen dises Streits mit ihren Geschäfften nicht werden fortkommen können, sondern bald da, bald dort, einen neuen Anstand finden dörfften; so hätte der Kayser, (zumalen da Partes über disen Punct in denen Reichs-Vicariats- und Localcommißions-Acten vilfältig gehandelt,) vor nöthig ermessen, hiemit, (jedoch nur provisorie, & salvo jure utriusque Partis, auch damit die Localcommißion ihr Geschäfft nicht, wie angegeben werde, ohnnüzlich oder vergeblich vornehmen, sondern selbiges mit mehrerem Effect vollführen möge,) zu verordnen, daß alle nur benannte und andere Vorräthe, mithin die nach dem Todesfall des Fürstens Günther & usque ad trigesimum annoch ausstehende, und entweder vorhero oder nachhero schon eingegangene, mithin vorräthige, Früchte, Zinsen, Pachtgelder, Getraid, Gehölz, so vom Stamm separirt worden, ingleichem alles rohe und geschmidete Eisen bey denen Eisenhütten, Bergwercken, und dergleichen Vorräthe, insgesammt in das Inventarium ad interim mit-eingetragen werden solle; inmassen obiges alles zu seiner Zeit decidiret werden müsse, jezo aber noch nicht thunlich seye, weilen die samtliche Acten beym Reichs-Hofrath noch nicht complet vorhanden seyen ꝛc. Da übrigens der Kayser, so bald der Status der Allodialerbschafft in seine Richtigkeit gebracht

bracht ſeye, nicht nur wegen der Immiſſion in die Erbſchafft ohne weiteren Anſtand die rechtliche Gebühr zu verfügen, ſondern auch zu ſeiner Zeit alle übrige ſtrittige Puncten auf einmal erörteren zu laſſen, gemeint ſeye.

Anno 1744. 29. Oct. (1) wurde unter anderem ferner reſolvirt:

1. Es habe das abermalige Begehren puncto revocandæ Commiſſionis localis, ſive Subdelegationis, zumalen da ſelbige vor jezo mit dem Inventario der Schwarzburg-Sondershauſiſchen, dann derer Gehriſchen, Vorräthe würcklich beſchäfftiget, mithin ſolches nicht gleich in ipſo negotio zu unterbrechen ſeye, noch zur Zeit nicht ſtatt.

2. So vil aber den Subdelegations-Unkoſten-Vorſchuß anbetreffe; ſo laſſe es der Kayſer zwar, Einwendens ungehindert, dermalen bey der nur proviſorie und ſalvo jure cujuscunque deßfalls ergangenen Kayſerlichen Verordnung, geſtalten Umſtänden nach, der Zeit noch bewenden; jedoch ſolle nach geendigtem Commißionalgeſchäfft über den Punct, welcher von beyden Fürſtl. Theilen die Subdelegationskoſten in totum oder in tantum zu tragen, oder reſp. zu erſezen ſchuldig ſeye, hauptſächlich nach gleich durchgehender Gerechtigkeit erkannt werden.

3. Wurde, ſo vil die von der Kayſerl. Subdelegations-Commißion liquidirte wenige Immobilien und Holz-Frucht-oder andere Vorräthe, ſo eine Summ von 9171⅛. fl. Meißniſch - - ausmachen, betreffe, gegen den Fürſten Heinrich zu Schwarzburg-Sondershauſen ein Mandatum de immittendo in poſſeſſionem rerum hæreditariarum allodialium, & reſp. eventualiter de præſtando pretium der liquidirten Holzvorräthe u. d. S. C. erkannt.

4. Was aber das Begehren wegen des Floßholzpreiſes anbelange; ſo ſolle, da die Commißion es nur nach dem im Wald gewöhnlichen Preis angeſchlagen, ſolches inter Partes noch weiter ausgeführet werden.

5. Wurde genehmiget, daß nur allein die leztere Jahrrechnung, oder diejenige, welche hierzu am allernöthigſten ſeyn mögten, unterſuchet werden ſollen; und diſes um ſo mehr, als dadurch die immerwährende Klagen wegen der allzulang daurenden local-Commißion, und derer daher entſtehenden Commißionskoſten, vil vermindert und ab-

(1) Freyh. von CRAMER Opuſc. Tom. 2. p. 538.

abgeſchnitten werden; wollte aber der klagende Theil mehrere Rechnungen, als abſolute nöthig ſeyen, (worüber die Kayſerl. Subdelegation zu erkennen habe,) zu inſpiciren oder zu unterſuchen verlangen, ſolle ſolches auch auf deſſen alleinige Unkoſten geſchehen.

6. Wurde der Commißion unter anderem reſcribirt: Nachdeme in der Arnſtättiſchen Landesportion ein ordentliches Inventarium, mit viler Mühe, Fleiß und Unpartheylichkeit errichtet worden; ſo ſollte nun auch über die Sondershauſiſche und Gehriſche Holz-Frucht- und andere Vorräthe, auch beſonders noch über den Statum paſſivum, ein ſtandhafftes Inventarium gefertiget werden: Weil aber beyde Fürſtliche Theile einer dem andern gefliſſentliche Verzögerung und dadurch verurſachende Koſten Schuld gebe, ꝛc. ſo möchte der Commiſſarius ſeiner Subdelegation nochmalen befehlen, daß ſie diſes (ob zwar ohne ihr Verſchulden,) allſchon über 8. Monathe gedauerte Geſchäfft, (da bey den Allodial-paſſivſchulden ſich gar nicht vil aufzuhalten ſeyn dörffte, weil hierüber ſchon bey der Commißion ſchrifftlich gehandelt ſeyn ſolle,) beſtmöglichſt beſchleunigen und zu Ende bringen, auch keinem Theil einige Aufzüglichkeit geſtatten, ſondern alle unnöthige Weitläufftigkeiten gleich autoritate Cæſarea abſchneiden, auch, wer dann an der Mora Schuld trage, gründlich und pflichtmäßig berichten ſolle, damit ſo dann auch hierüber die Kayſerliche rechtliche Verordnung verfüget werden könne. ꝛc.

Um das Jahr 1759. hatte der Erbprinz zu Sachſen-Coburg-Saalfeld am Reichs-Hofrath einen Proceß gegen den Fürſten zu Schwarzburg-Sondershauſen, des Fürſten Heinrich zu S. Sondershauſen allodial-Verlaſſenſchafft betreffend, und es ware darinn gegen den Beklagten ein Mandat und eine Paritoria ergangen.

§. 148.

Schenckens Erasmi, Herrn zu Erpach, Kinder wurden wegen ſeiner hinterlaſſenen privat-Erbſchafft mit dem Lehensfolger, Schencken Eberhard, ſtreitig. Herr SCHNEIDER (1) meldet davon: „Es gab allerhand Zwiſtigkeit, weilen Schenck Eberhard, nebſt dem ergriffenen Beſitz derer Lande, auch Silberwerck, und andere koſtbare Fahrniſſe, des abgegangenen Schenck Erasmus zu ſich genommen, wie nicht weniger deſſen Haus zu Heydelberg bezogen hatte. Man verſtand ſich zu einem gültlichen Austrag der Sachen, und Erbach.

(1) in der Erbach. Hiſtor. S. 160.

ſollten vier von Adel die Schieds-Richter, der Graf Johann von Montfort aber Obmann oder Gemeiner, d. i. von beyden Theilen Bewilligter ſeyn, und der Handel binnen Jahr und Tag ausgetragen, indeſſen, das Erasmiſche Silber-Geſchirr beym Rath zu Heilbrun, 1500. fl. aber bey dem Grafen von Montfort von Schenck Eberhard hinterleget werden, wie der Anlaß-Brief von 1516. = = = ausweiſet. Der Handel kam doch nicht zum Stande, vilmehr zur Klage vor das Rothweiliſche Gerichte, und ergieng die = = Ladung an Schenck Eberharden Anno 1517. Nach verſchidenen Unterhandlungen gediehe es dahin, daß Schenck Eberhard denen Erasmiſchen Töchtern 1500. Gulden für die fahrende Habe ihres Vaters bewilligte, und das Haus in Heydelberg behielt. So lange er das Geld nicht zahlte, verſprach er ſelbiges zu verzinſen; es ſteckte ſich aber auch hiermit, daß es eines anderweitigen neuen Vergleichs bedurffte, den Anno 1521. auf dem Reichstage zu Worms Michael Graf zu Wertheim, Sigmund Graf zu Lupffen, Rudolf Graf zu Sulz, Philipps Graf zu Hanau, Schweigker Herr zu Gundelfingen, Schenck Valentin Herr zu Erpach, dahin vermittelten: Daß Schenck Eberhard denen zwey Erasmiſchen Töchtern 1500. Gulden, nebſt dem davon gebührenden Zins, bezahlen, ihnen auch das zu Heilbrun hinterlegte Silber-Geſchirr ausantworten, dargegen das Schenck Erasmiſche Haus in Heidelberg behalten ſollte ꝛc. Die Zahlung des obgedachten hemmete ſich wiederum, daß die Sache deshalber am Hof-Gericht zu Rothweil abermal anhängig gemacht wurde, biß ſie endlich, beſage vorhandener Quittung, Anno 1537. erfolgte und dergeſtalt die Erasmiſche Töchter abgefunden waren.„

§. 149.

Fugger. Zwiſchen des Grafen Euſtachii Mariä **Fugger** allodial-Erben und dem Grafen Johann Carl Fugger zu Nordorff entſtunden Streitigkeiten, welche vom Reichs-Hofrath Anno 1754. 25. Oct. an die Familien-Austräge verwiſen wurden. (1)

§. 150.

Hanau. Anno 1642. forderte die Landgräfin zu Heſſen-Caſſel, als die letzte Tochter Hanau-Münzenbergiſchen Stamms, vi Pacti de An. 1610. für ſich und ihre Schweſtern 30000. fl. Und weil Graf Philipp Moriz in ſeinem Teſtament ſeiner Mutter und drey Schweſtern 100000. Rthl. an ſtatt der fahrenden Haab und Nahrung, Mo-

(1) Staatsarch. 1755. 1. Band, 27. S.

Mobilien, und was deme anhängig, dergestalt vermacht, daß die Wittwe 50000. die Schwestern aber auch 50000. bekommen sollten; als forderte sie auch dise leztere 50000. fl. Man wollte sich aber Hanauischer Seits nicht darzu verstehen, und ich weiß nicht, wie die Sache ausgegangen ist.

Anno 1714. vergliche sich der Graf zu Hanau mit Hessen-Cassel, qua eventualen Hanau-Münzenbergischen Successore: „Was nun 2tens die bewegliche Verlassenschafft belangt, welche von weyland Herrn Graf Philipp Rheinharden hochseel. Andenckens, oder auch des jezt regierenden Herrns zu Hanau Hochgräflichen Gnaden selbsten, oder Dero hinterlassenden ehelichen Manns-Stamm, herrührig, und hiernechst bey Ausgang des Hochgräfl. Hanauischen Manns-Stamms vorhanden seyn wird, es bestehe solche in Haus-Mobilien, oder andern als Frucht, Wein, baarem Geld, Capitalien, Obligationen, Geld, oder Silberwerck, rückständigen Renten und allem, was zur fahrenden Haab gerechnet werden mag, deßhalben ist man dahin einig worden, daß solche denen aus dem Hochgräflichen Haus-Hanau-Lichtenberg vorhandenen und eines solchergestalt zulezt abgelebten Hochgräflich Hanauischen Mannlichen Successoris nächsten Weiblichen Erben und deren Posterität, als ein Ihnen zustehendes Eigenthum, doch mit diser bey einigen Puncten angemerckten Maas, gelassen werden soll, daß 1) diejenige Haus-Mobilien, welche von der Hochgräflichen Hanau-Münzenbergischen Linie herrühren und etwa bey Abgang des Hochgräflichen Hanauischen Manns-Stamms noch vorhanden seyn möchten, dem hiernächstigen Successori aus dem Hochfürstlichen Haus Hessen in die Grafschafft gelassen werden sollen. Sodann haben Ihro Hochgräfliche Gnaden zu Hanau 2. Sich von Selbsten erboten, wegen der von dem Hochgräflichen Hanau-Lichtenbergischen Stamm in denen zur Grafschafft Hanau-Münzenberg gehörigen Häusern, nemlich denen Schlössern zu Hanau und Steinau an der Strassen, angeschafften Meubles eine solche Verzeichnüß noch vor Ihrem Tode zu verfertigen und zurück zu lassen, daß darunnen an solchen Mobilien, woran kein Gold oder Silber ist, oder welche nicht in kostbahren Tapeten und Betten bestehen, eine ziemliche Nothdurfft dem Hochfürstlichen Haus Hessen zum besten zurück bleiben möge: Und zu einem gleichmäßigen soll auch, in dem Fall Sie mit Zurücklassung Männlicher Descendenz versterben, solglich Ihre über solche Meubles gemachte Disposition ohne Würckung seyn würde, der leztere aus dem Hochgräflichen

Hanau-

Hanauiſchen Manns-Stamm verbunden ſeyn. So vil aber hierbey das gantz neuerbauete Herrſchafftliche Haus zu Keſſelſtatt, die Philippsruh, angehet; da haben Jhro Hochgräfliche Gnaden ausdrücklich reſervirt, daß, wann Sie wegen der darin befindlichen Meubles keine Diſpoſition machen würden, ſolche ohne Unterſcheid, ſie ſeyen koſtbar oder nicht, Jhren Weiblichen Erben und deren Poſteritæt zuſtehen ſollten. 3) Soll all dasjenige, was von denen von der Hanau-Müntzenbergiſchen im Jahr 1642. ausgegangenen Linie angelegten Capitalien diß-malen vorhanden, dem künfftigen Landes-Succeſſori aus dem Hochfürſtlichen Haus Heſſen-Caſſel nach Ausgang des Hochgräflichen Hanauiſchen Manns-Stamms verbleiben; dargegen aber auch, wie billig, 4) von ſelbigem die von diſer Hanau-Müntzenbergiſchen Linie etwa erweislich vorhandene wenige und ſich mit allen ſo liquid- als illiquiden und theils auch noch im Proceß verfangenen auf keine 18000. Gulden belauffende paſſiv-Schulden, ſo vil indeſſen noch nicht abgetragen ſeyn wird, mit übernommen werden: Doch will man ſich Hochgräflicher Hanauiſcher Seiten angelegen ſeyn laſſen, ſo vil deren immittelſt liquid werden, ſolche der Gebühr ſelbſten abzutragen, und die eingelöſete Obligationes, oder die darüber zurückgegebene Quittungen, dem künfftigen Landes-Succeſſori zum beſten zu conſerviren und zu gehöriger Zeit zu extradiren. Doch was von diſen vorgemelten 18000. Gulden Schulden zur Zeit des Zurückfalls noch nicht abgetragen ſeyn wird, ſolches bleibt der Landes-Succeſſor, weilen Derſelbe Land und Leute bekommt, zu bezahlen verbunden, wie bereits droben verſehen iſt. So vil aber 5) das an das Hochfürſtliche Haus Heſſen-Caſſel wegen Ueberlaſſung des Schloſſes, Stadt und Amt Homburg prætendirtes Capital derer 12000. Goldgulden anbelangt; ſeyn zwar Jhro Hoch-Gräfliche Gnaden zufriden, daß es auch mit ſolchem auf obberührte Weiſe, auf den Fall Jhro Hochgräfliche Gnaden ohne männliche Succeſſion verſterben würde, gehalten werde: In dem Fall aber ſie von GOtt mit männlicher Deſcendenz geſegnet werden ſollten, reſerviren Sich ſelbige expreſſe, ſich diß-falls etwan auf eine andere Weiſe, der Billigkeit nach, mit dem Hochfürſtlichen Haus Heſſen-Caſſel zu vergleichen, und mag dahero diſer Punct wegen des Capitals, ſo lang Hochgräfl. Jhro Gnaden mit ehelichem Manns-Stamm nicht begabet ſeyn, wegen der Penſionen aber biß nach Jhrem Tod, in ſtatu quo verbleiben; doch will man ſich deßhalben Hochfürſtlicher Heßiſcher Seiten quævis competentia vorbehalten haben, und wegen

diſes

diſes Poſtens, bevor derſelbe güt- oder rechtlich ausgemacht, die Hoch-Gräfliche Hanauiſche Allodial-Erben, dem Heßiſchen künfftigen Herrn Landes-Succeſſori inmittelſt keinen Vorenthalt, noch den Zutritt zu der Grafſchafft Hanau-Münzenberg ſchwer, machen ſollen. Aber wegen der Geld- und Frucht-Gefällen und übrigen Renten und Einkünfften in der Grafſchafft Hanau-Münzenberg des letzten Sterb-Jahrs ſoll 6) zu der Zeit des Abgangs des Hoch-Gräflich Hanauiſchen Manns-Stamms ꝛ ꝛ ꝛ der ganze Jahrgang, worinnen diſer Fall geſchiehet, vom 1. Januarii bis letzten Decembris zuſammen gerechnet, und des letztern Regentens aus dem Hoch-Gräflichen Haus Hanau Weiblichen Erben, und deren Poſteritæt, ſo vil davon entrichtet werden, als die von ſelbigem Jahr bey erfolgendem Fall ſchon vergangene Zeit nach Proportion des ganzen Jahrs mit ſich bringt; dem dann auf gleiche Weiſe und in gleicher Proportion noch ein Sterb-Quartal mit beygefüget werden ſoll, doch derogeſtalt, daß dem Herrn Landes-Succeſſori die Wahl verbleibe, diſes Sterb-Quartal entweder in natura verabfolgen, oder an deſſen ſtatt 20000. Gulden Franckfurter Währung denen Hanauiſchen Herren Allodial-Erben dafür erlegen zu laſſen; dargegen aber der letztere Herr aus dem Hoch-Gräflichen Haus Hanau, ſo vil die Grafſchafft Hanau-Münzenberg angehet, über nichts weiter, als was Ihm in diſem Recels zugeſtanden wird, diſponiren, noch ferner über obiges noch einige beſondere Diſpoſition über 30000. Gulden, welche ohne dem in dem Erb-Vertrag de anno 1610. nur auf beyderſeits Hoch-Gräflichen Manns-Stamm gerichtet geweſen, prætendiren, ſondern alles übrige dem Landes-Succeſſori aus dem Hoch-Fürſtlichen Haus Heſſen gelaſſen werden ſolle. 7) Die von dem letzten Regenten auf ſeinen Höfen ausgeſäete und noch nicht eingeerndete Früchte aber ſollen, nebſt dem alsdann noch ohnabgeleſenen Wein, ſonder Abzug des auf das Bauen der Felder und Weinberge, wie auch auf den Unterhalt des Geſindes und Viehes, aufgegangener Koſten, zwiſchen dem künfftigen Heßiſchen Herrn Landes-Succeſſore und berührten Hanau-Lichtenbergiſchen Allodial- oder Weiblichen Erben gleich getheilet; doch hiervon der ſo genannte Kintzingheimer Hof, welchen des jezo Regierenden Herrn Hoch-Gräfliche Gnaden Dero Hoch-Fürſtlichen Frau Gemahlin ad dies vitæ zu genieſſen übergeben, ausgenommen, und Derſelben ſo wohl, als auch, Falls an deren ſtatt etwa, nach Ungewißheit des menſchlichen Lebens, eine andere Wittib von Ihro Hoch-Gräflichen Gnaden zurückgelaſſen werden ſollte, uſufructuarie überlaſſen, folglich auch in ſolcher Zeit auf

derſelben Koſten in gutem Stand und Beſſerung unterhalten werden.

Was aber, drittens, obberührten von dem lezt-verſtorbenen Regenten, weiland Herrn Grafen Philipp Reinhard zu Hanau hochſeeligen Andenckens, zu Keſſelſtatt aufgeführten koſtbaren Bau, die Philippsruhe genannt, und die davon ohngefehr à 80. bis 100000. Gulden Franckfurter Währung noch rückſtändige Schulden betrifft; ſo iſt das jezo Regierende Hoch-Gräfliche Haus erbietig, ſolchen Bau noch weiters zu beſſerm Stand zu bringen, und deßwegen eine Allée von dem Canal-Thor der Neuſtadt an, längſt dem Mayn-Fluß biß dahin, wie ingleichem auch einen mit einer Mauer umgebenen Phaſanen-Garten und darzu gehörigen Haus, verfertigen zu laſſen: Dargegen aber der künfftige Herr Landes-Succeſſor aus dem Hoch-Fürſtlichen Haus Heſſen-Caſſel, welcher den Philippsruher Bau nach Abgang des Hoch-Gräflichen Hanauiſchen Manns-Stamms in ruhigen Beſitz bekommt, denen Hoch-Gräflichen Hanauiſchen Weiblichen Erben die Summe von 100000. Gulden, wann ſolche mit Urkunden beſchienen werden, nicht aber darüber, wann gleich derſelben noch mehrere angewendet, oder beſcheiniget werden können, wegen ſolcher Gebäu abſtatten ſoll; doch daß erwehnte weibliche Erben dem Landes-Succeſſori zu deren Erlangung in ruhigen Beſitz, ſo viel an Ihnen, beförderlich ſeyn und daran keine Verhinderung verurſachen: Wegen der in ſolchem Bau bey Abgang des Hoch-Gräflichen Hanauiſchen Manns-Stamms befindlicher Mobilien aber iſt oben ſchon Verſehung geſchehen.

Dieweilen auch, viertens, die Grafſchafft Hanau-Münzenberg ſeiter dem im Jahr 1643. aufgerichteten Pacto ſucceſſorio durch den hernach genoſſenen langwierigen Ruheſtand, geführte gute Oeconomie, und ſonſten, in Capitali weit über Eine Million Gulden an Jährlichen Revenuen, wann man auch fünff Gulden jährlicher Renten zu einhundert Gulden in Capitali anſchlagt, beſage des von Hoch-Gräflich Hanauiſchen Præſidenten und Cammer-Räthen unterſchribenen Atteſtati, verbeſſert worden; hat man Hoch-Fürſtlicher Heßiſcher Seiten, zu Erhaltung guter Harmonie mit dem Hoch-Gräflichen Hanau-Lichtenbergiſchen Haus, und Vermeydung allerhand unnöthiger Weitläufftigkeiten, in Krafft diſes, ſich anheiſchig gemacht, daß der aus ſolchem Haus nach Abgang des Hoch-Gräflichen Hauſes Hanau zu der Grafſchafft Hanau-Münzenberg gelangende Herr Succeſſor denen Weiblichen Erben des leztern Regenten aus dem Hoch-Gräflichen Haus Hanau die Summe von 250000. Gulden Franckfurter Währung, den Gulden zu 15. Batzen oder 60. Kreuzer gerechnet, für obberührte Meliora-

liorationes und Ehe-Ausſteuer, eins für alles, ſonder einige Gefährde, heraus zu geben, bey Abgang aber des leztern Succeſſoris eigenen Weiblichen Deſcendenz, und, da es ad Lineam collateralem kommen würde, dem leztern Succeſſori über eine Summe von 150000. Gulden, zu faveur der hinterlaſſenden Schweſtern und derſelben Poſteritát, oder auch, geſtalten Sachen nach, des Hoch-Fürſtlichen Hauſes Heſſen-Caſſel ſelbſten, zu diſponiren frey bleiben, und der aus dem Hoch-Fürſtlichen Haus Heſſen kommende Succeſſor ſolche zu erfüllen ſchuldig ſeyn, ſolchenfalls aber und da hierunter eine zu faveur der Gräfinnen Schweſtern und deren Poſteritát gereichende Diſpoſition gemacht worden, oder da auch diſer leste Succeſſor aus dem Hoch-Gräflichen Haus Hanau ohne dergleichen Diſpoſition verſtorben wäre, (als in welchem Fall ebenmäßig denen hinterlaſſenden Gräfinnen Schweſtern und Ihren Erben die 100000. Thaler gebühren) alsdann alle übrige Anforderungen obbemelter Gräflichen Hanau-Lichtenbergiſchen Gräfinnen wegen Ehe-Ausſteuer, oder Abfindung wegen fahrender Haabe, gänzlich ceſſiren, und deßhalben an den Heßiſchen Herrn Landes-Succeſſorem keine fernere Anſprache gemacht werden ſolle; inſonderheit da Derſelbe ohne das die fahrende Haabe nicht bekommt, ſondern dieſelbe, nach Anleitung des §. 2. denen Hanauiſchen Allodial-Erben verbleibt.

Fünfftens, wegen der auf die hinkünfftig noch nöthige und nüzliche oder einträgliche Gebäude etwa anzuwenden ſtehender Meliorationen hat man ſich diſſfalls dahin verglichen, daß 1.) der aus dem Hoch-Fürſtlichen Haus Heſſen folgende Landes-Succeſſor, ſo weit ſolche Meliorationes aus denen dadurch établirten Land-Revenüen und Gefällen vor des jezt Regierenden Herrn und Dero Manns-Stamms Abgang nicht erſezt ſeyn würden, die alsdann noch reſtirende Summe auf deren vorgängige Beſcheinigung zu erſezen habe: Damit aber auch hierinnen aller Miſſverſtand zwiſchen beyderſeits Nachkommen vermieden bleibe; ſoll, ſo vil immer thunlich, und ſonderlich da die Auslage in einer conſiderablen Summe beſtehen würde, bey Aufrichtung ſolcher einträglichen Gebäuen die Communication mit dem Hoch-Fürſtlichen Haus Heſſen gepflogen werden; als welche Communication auch ferner 2.) bey Aufführung anderer Gebäuen, davon zwar keine Renten einfallen, ſelbige aber gleichwohlen dem Hoch-Fürſtlichen Haus Heſſen hiernächſt zu einer mehrern Bequemlichkeit gereichen könnten, genau beobachtet, und das hiernächſt zu reſtituiren ſtehende Quantum zwiſchen beyden Hoch-Fürſtlichen und Hoch-Gräflichen Häuſern, denen bewandten Umſtänden und der Billigkeit nach, verglichen werden; ſodann auch ſchließ-

lich 3.) der Hoch-Fürſtliche Heßiſche Landes-Succeſſor, bey Erlangung der von Ihro Hoch-Gräflichen Gnaden, oder Dero Manns-Stamm, bey der Grafſchafft Hanau-Münzenberg ſonſten noch neuerworbener, und vorhero darzu, oder deren bißherigen Domainen, nicht gehörig geweſenen Renten und Gefälle, deren erweißlich ausgelegten billigmäßigen Preis erſezen ſolle. ꝛ ꝛ ꝛ

Damit nun, Sibendens, bey hiernächſtem Succeſſions-Fall die hinterbleibende Hoch-Gräfliche Hanau-Lichtenbergiſche Töchter, oder Allodial-Erben, und reſpective Wittiben, alles deſſen, was in denen vorhergehenden Puncten zu Ihrem Beſten enthalten, deſto mehr geſichert ſeyn mögen; ſo wird hiermit die ganze Grafſchafft Hanau-Münzenberg zu einer general-Hypothec denenſelben dergeſtalt eingeſetzt, daß, wann die zu der Zeit in der Grafſchafft Hanau-Münzenberg ſuccedirende Herrn Landgrafen zu Heſſen die verglichene Summen in denen utrinque beliebten Jahrs-Friſten wider Verhoffen nicht abſtatten würden, die Hanau-Lichtenbergiſche Töchter und Wittiben die Ihnen alsdann beliebige Pertinenz-Stücke der Grafſchafft Hanau-Münzenberg, entweder privata autoritate in Beſitz zu nehmen, die in Beſitz habende zu retiniren, oder auch in ſolche Pertinenz-Stücke durch Kayſerliche Mandata immiſſorialia oder Executorialia ſine Clauſula ſich reſpective einſezen und manuteniren zu laſſen, auch darinnen biß zu Ihrer völligen Vergnügung zu verbleiben, befugt ſeyn, über diſes alles aber auch von dem Hoch-Fürſtlichen Landes-Succeſſore gleich bey Antretung ſeiner Hanauiſchen Regierung der Anſtalt verfüget werden ſolle, daß die Ablage berührter Forderungen innerhalb ſechs bis acht Jahren beſchehen könne, daran wenigſtens jeden Jahrs 30000. Gulden abzutragen: Und obwohl wegen obbemelter Forderungen in dem erſten Jahr kein Intereſſe abzuſtatten; ſo ſoll doch das übrige nach Ablauff des erſten Jahrs noch reſtirende Quantum jedesmahl mit 4. pro Cento verpenſioniret, auch deßwegen die Hanau-Münzenbergiſche Rent-Cammer zu ordentlicher Entrichtung diſer Gelder, welche aus denen parateſten Mitteln jedesmal zu nehmen, und in derſelben in ſpecie der Rechnungs-Führer deßwegen mit würcklichen Eydes-Pflichten an berührte hinterlaſſende Hanau-Lichtenbergiſche Weibliche Erben und deren Deſcendenten, (welche auch ſo lang, bis ſolche Veranſtaltungen würcklich geſchehen, aus denen Hanauiſchen Schlöſſern zu weichen nicht gehalten ſeyn ſollen,) angewieſen werden; geſtalten auch dasjenige, was Dieſelbe in der Grafſchafft Hanau-Münzenberg nach Innhalt diſes errichteten Haupt-Receſſus zu fordern haben, mit keinen Arreſten beleget oder

vorent-

vorenthalten, ſondern Ihnen vilmehr auf alle Weiſe in Ihrem Anligen geholffen werden ſoll. „

In dem Neben-Receß heißt es §. 5. „Und gleichwie man Hoch-Gräflich Hanauiſcher Seiten das Hoch-Fürſtliche Heßiſche Intereſſe bey ſich über kurz oder lang zutragendem Fall ſich beſter maſſen wird laſſen angelegen und demſelben in alle Wege beförderlich ſeyn, damit hochgedachtes Haus ſolchen Falls zur Poſſeſſion Hanau-Münzenberg vor Andern, denen Hanauiſchen und Heßiſchen Verträgen gemäß, gelangen möge; als hat man auch hinwiederum Hoch-Fürſtlich-Heßiſcher Seiten verbindlich zugeſagt, hiernächſt, nach Ausgang des Hochgräflichen Hanauiſchen Manns-Stamms, ſich der hinterlaſſenden weiblichen Erben, auf ihr Verlangen, auf alle nachdrückliche Weiſe, und, da es nöthig, auch mit Ueberlaſſung einiger Mannſchafft, nach vorgängiger Concertirung, gegen ihre Widrige mit Rath und That anzunehmen. „

Anno 1718. wurde zwiſchen Heſſen-Caſſel, Heſſen-Darmſtatt, (deſſen Erb-Prinz die Hanauiſche Erb-Tochter geheurathet hatte,) und Hanau ein weiterer Vertrag errichtet: So wichtig aber auch ſolcher in diſer Materie iſt; ſo kan ich ihn doch, Weitläufftigkeit halber, hier nicht anführen: Wer will, ſchlage ihn in meinem Teutſch. Staatsrecht, *Tom. 26. p. 137.* nach.

Uebrigens iſt im T. Staator. *Tom. 16. p. 371. ſeqq.* zu ſehen, daß Heſſen-Caſſel nachhero ſich nicht an diſe Pacta verbunden hat achten wollen; ins beſondere iſt auch *ibid. p. 380. ſeq.* zu leſen, was, als die Sache zu gütlichen Tractaten kame, dißfalls vorgekommen, aber damals zu keinem Schluß gediehen iſt.

§. 151.

Anno 1627. verglichen ſich die Gräflich Helffenſteiniſche allodial- Erben ad interim: „Und weilen auch, zum 9ten, um viler Urſachen willen ein Notturfft iſt, daß man ein Inventarium über die acquiſita mobilia & immobilia, nicht weniger den Hausrath, Schulden und Gegenſchulden, rechtlicher Ordnung gemeß, verfertige; als ſolle einem jeden Intereſſenten glaubwürdige Copia davon zugeſtellt, und ſolche Stück obſignirt, auch unverrückt und bey einander verwahrlich bleiben und gelaſſen werden, biß mehrbeſagter Ausſpruch von Kayſerlicher Majeſtät (puncto Separationis Feudi ab Allodio,) einlangt. „ **Helffenſtein.**

§. 152.

Nach dem An. 1767. erfolgten Abſterben des Grafens Chriſtian Carl Reinhards zu Leiningen-Heydesheim ereigneten ſich zwiſchen dem Landesfolger und des leztverſtorbenen Grafens Allodialerben **Leiningen.**

Streitigkeiten, welche durch eine Kayserliche Commission untersucht, und so dann durch eine Cammergerichtliche Urthel entschiden wurden.

§. 153.

Limburg. Als der Manns-Stamm derer Grafen von Limburg abgienge, wurde dem zu Ergreiffung der Possession derer Reichs-Lehen bevollmächtigten Königlich-Preußischen Ministre unter anderem in seine Instruction gesezt: In denen Mobilien und allodial-Vermögen an Früchten, Wein, ꝛc. solle man alles der Gräfinnin Disposition überlassen; doch, weil Preussen post obitum der Grafen die Landes-Superiorität und omnimodam Jurisdictionem hätte, keinen fremden Rath obsigniren lassen.

§. 154.

Mannsfeld. In der Gräflich-Mannsfeldischen Erb-Einigung de An. 1520. wurde beliebt: „Wir wollen, bewilligen und ordnen auch, daß hinfort zu ewigen Zeiten, dieweil der männliche Stamm und Geblüte des Nahmen Mannsfeld lebet, daß alle Unsere Büchsen, mit ihren zuhörenden Kugeln, Salpeter, Pulver, und andern darzu gehörend, desgleichen alle Unsere Kleinot und Gefässe, sie seynd silbern oder gülden, Perlen oder Edelgestein, versatzt und unversatzt, für kein Erbgut oder erbliche Gerechtigkeit geacht und gehalten werden soll; also daß keine von Mannsfeld weibliches Geschlechts in Ewigkeit solche angezeigte Güter als Erb-Gut und erbliche Gerechtigkeit möge oder soll haben, und darinn succediren; sondern solche obberührte Güter sollen allezeit auf den nechst-Gesippten des männlichen Stamms und Nahmens fallen, und kommen, damit derselbe mannliche Stamm und Nahmen desto stattlicher und wesentlicher erhalten werden und bleiben möge.„

§. 155.

Oettingen. Anno 1495. verglichen sich die Grafen von Oettingen: „Die fahrende Haab antreffend; soll das Geschoß und was zu der Wehre gehört, bey der Grafschafft in alle Wege bleiben, der andern fahrenden Haab, auch Paarschafft halben an Geld, nichts ausgenommen, was der durch einen nit vergeben oder verschafft würdet, soll den nechsten mannlichen Erben des Verschaffers und Vergebers zustehen und verbleiben, und ausser denselben niemands Gerechtigkeit darzu haben, in keine Weis: Doch soll sich keiner der Gefährlichkeit gebrauchen, daß Er im Leben ichts von liegender Haab verkaufft, damit er baar Geld überkomme, sonder ohn Argelist vermieden seyn und bleiben.„

Als des Grafen zu Oettingen-Wallerstein Primogenitur-Ordnung An. 1766. von dem Kayser bestättiget wurde, verordnete der Kayser

Kayſer zugleich, wie es, nach Abſterben eines Primogeniti, in allerley Fällen in Anſehung des Silbers, Juwelen und Spizen, ſolle gehalten werden. (1)

§. 156. a.

Einen Vergleich in dem Gräflichen Hauſe Reuß, daß die von denen Wittwen erhandelte weibliche Gerechtigkeiten denen Lehen-Folgern zuſtehen ſollen, ſiehe im T. Staator. *Tom. 21. p. 473.* Was aber wegen derer Schulden, welche von denen Lehens-Folgern übernommen werden ſollen, paciſciret worden iſt, ſiehe oben. Reuß.

§. 156. b.

In Sachen: der Rheingräfinnin contra Salm, entſtunde, nach Abſterben der Dhauniſchen Linie, am Cammergericht ein Proceß wegen der Allodialverlaſſenſchafft: Als aber die Mutter und Erbin des lezten Grafens zu Dhaun dabey interveniendo einkame, kame es darauf an (2): 1. Ob die in dem erſten Proceß beſtrittene Erbgüter die ſamtliche ligende Dhauniſche Allodialverlaſſenſchafft ausgemacht und von welcherley Qualität ſolche erfunden worden ſeyen? 2. Im Fall, daß vorbenahmste ohnbewegliche Allodialgüterſtücke nicht die ganze Dhauniſche Immobiliarverlaſſenſchafft ausmachten, wer dann alſo die übrige ohnbewegliche Allodialgüterſtücke beſize, und von welcher Qualität diſe Stücke ſeyen? 3. Ob auch Dhauniſches Mobiliarvermögen vorhanden, und ob ſolches auch unter die ganze Dhauniſche Allodialverlaſſenſchafft mit zu rechnen ſeye? 4. Ob und wie ferne des lezten Grafens Mutter berechtiget ſeye, ſich die ganze Mobiliarverlaſſenſchafft ohne Beytrag zu der Schuldenzahlung zuzueignen? Es ergabe ſich dabey, daß ein Unterſchid zu machen ſeye unter denen vor oder nach dem Hausvertrag von 1696. erworbenen Allodialien. Ferner wurde gefragt: 1. Ob die Dhauniſche Erbgüter Stammgüter ſeyen, mithin bloß denen Stamms-Vettern gebührten? Antw. Nein. 2. Ob ſolche Fideicommißgüter zum Beſten des weiblichen Geſchlechts? oder 3. wenigſtens dem Rück- und ledigen Fall der Töchter unterworffene Güter? oder 4. bloſſe Allodien, und was davon altväterliche Erbſtücke, oder neuerlich erworbene Allodialgüter ſeyen? Rheingrafen.

Endlich condemnirte das Cammergericht die Mutter und Erbin zu Bezahlung der Schulden; mit dem Vorbehalt: Wofern ſie wegen eines derſelbigen einigen Anſpruch an die Landesfolgere zu haben vermeinte, ſolches wider ſie gebührend auszuführen.

§. 157.

(1) ſ. mein R. Staatshandb. 2. Theil, S. 360.
(2) Freyh. von Cramer Nebenſt. 71. Theil, 65. S.

§. 157.

Solms. Anno 1744. m. Jul. kamen die Gräfinnin Wilhelmina Amalia, Louysa Friderica Christiana und Ernestina von Hohen-Solms, bey dem Reichs-Hof-Rath um ein Rescriptum regulativum, tam intuitu Successionis in Allodio, quam in constituenda Dote, nec non præstandis aliis consuetis, ein, und der Kayser rescribirte den 30sten ejusdem an die Gräfliche Vormundschafft: Ueber alle in disem Exhibito angezogene Forderungen einen umständlichen Bericht und billigmäßiges Gutachten, zu Fassung weiterer fordersamster Resolution, längstens innerhalb zwey Monathen zu erstatten.

§. 158.

Witgenstein. Anno 1607. verglichen sich die Grafen zu **Witgenstein**: „Jedoch, so aus der erworbenen und erspahrten Baarschafft etwas an Land und Leuten erkaufft und erlangt; so soll zu Erstattung diser Verbesserung deme, so dieselben zuwegen bracht, entweder seinen Kindern, Gemahlin, oder Andern, etwas davon zu verschaffen, oder zu prælegiren, freystehen.„ Was weiter folgt, siehe im T. Staator. *Tom. 25. p. 332.*

§. 159.

Wolfstein. In der An. 1696. von dem Kayser an Chur-Bayern ertheilten Expectanz auf die **Wolfsteinische** Reichs-Lehen findet sich die Clausul: „Doch denen Wolffsteinischen Erben an der fahrenden Haab = = unschädlich: „ Und in der vom Reichs-Hof-Rath in diser Sache An. 1732. 18. Dec. gefällten Definitiv-Urthel heißt es: „Der Beweis der particular-Güter, welche in den Reichs-Lehenbaren Orten und anderswo dem Grafen von Wolfstein quoad Dominium privatum zustehen sollen, werden ad separatum Processum verwisen.„

§. 160.

Ysenburg. Was Anno 1680. das Cammer-Gericht Gräflich-Ysenburgischen allodial-Erben zu bezahlen auferlegt habe? siehe *l. c. Tom. 24. pag. 151.*

§. 161.

Unbenahmster Fall. In gewissen Acten über einem puncto Separationis der Staats- und privat-Erbschafft entstandenen Streit ware unter anderem zu lesen: „Da dann generaliter zu præmittiren, daß bey Successionen in grossen Reichs-Lehen und Fürstenthümern die dabey vorfallende Fragen nicht wohl ex Jure civili & Longobardico, sondern vielmehr aus denen natürlichen Rechten & ex genuinis principiis Juris publici, Praxi & Observantia Imperii, decidiret werden können.„ Ferner: „Wobey auch denen Rechten gemäß ist, daß, was ad conservandum, ornandum

dum & meliorandum Territorium von denen Landes-Revenuen verwendet worden, von Allodial-Erben um ſo weniger angeſprochen werden möge, als jene reditus eigentlich darzu verordnet ſeynd, und ein Fürſt des Reichs aus ſolchen vorgedachtes zu beſtreiten ſchuldig iſt.„ Noch: „Bey diſem allem läßt ſich kein ſicherer und zuverläßiger Ausſchlag geben, oder mit einer Gewißheit determiniren, was hier- und dahin zu referiren ſeye? und iſt mithin allerdings ein Objectum transactionis vorhanden; zumalen diſe ganze Materie ſo problematiſch iſt, daß man pro & contra vil ſagen kan und darüber zu allen Zeiten geſtritten worden iſt.„ Und endlich: „Die ganze Materie iſt bekannter maſſen ſehr problematique, und wann man dasjenige, was die zwey berühmteſte Juriſten, welche ſtatt 50. anderer dienen können, nemlich der Cammergerichts-Aſſeſſor von Ludolf zu Wezlar in ſeinem Tractat *de Jure Fœminarum illuſtrium* und der Geheimde Rath Boehmer zu Halle *in Tom. 1.* ſeiner *Conſult. & Deciſionum* anführen, in reiffe Ueberlegung ziehen will; ſo wird ſich gar leicht ergeben, wie wenig man in einer ſo ſehr controvertirten Materie einen gewiſſen Ausſchlag ſich verſprechen könne.„

§. 162.

Die Separation eines Reichsſtandes hinterlaſſenen Vermögens, davon hier gehandelt wird, kommt, ordentlicher Weiſe, bald ex Teſtamento, bald ab inteſtato, in allerley Fällen vor, nemlich: 1. Wann ein ſolcher Herr Kinder beyderley Geſchlechts hinterläßt, und die Töchtern an der allodial- oder privat-Erbſchafft participiren, aber nicht an dem Lehen und der Staats-Erbſchafft; 2. wann er zwar mehrere Söhne hinterläßt, aber nur einer oder etliche davon zur Regierung gelangen und Staats-Erben ſeyn ſollen; 3. wann der Landesfolger nicht Erbe ſeines Regierungs-Vorfahrers ſeyn will; 4. wann der Manns-Stamm einer Linie eines Hauſes abſtirbet, und die Succeſſion der Lande auf den Manns-Stamm einer anderen Linie eben diſes Hauſes fället; 5. wann der Manns-Stamm des ganzen Hauſes abgehet, ſolchemnach Land und Leute auf eine fremde Familie kommen. Auſſerordentlicher Weiſe aber kan diſe Materie auch einen Nuzen haben in dem Schulden-Weſen eines Reichsſtandes, und zwar ſo wohl bey ſeinen eigenen Lebzeiten, als auch wann ſeine Erben die Erbſchafft cum Beneficio Legis & Inventarii antretten. Wann diſe Separation vorkomme?

§. 163.

Daß es in diſer Materie an genugſamen ſicheren Principiis Principia.

fehle, ist gewiß keine ungegründete Klage. Kein Reichsgesez haben wir; in manchen Stücken möchte man noch so ziemlich auf ein Herkommen fussen können, wann nicht die meiste Acta von denen Fällen, wo dergleichen Separation vorgegangen ist, noch im Verborgenen lägen, auch es nicht meistens durch Vergleiche geloffen wäre: In manchen Stücken aber, die doch von Zeit zu Zeit vorkommen, möchte man gar überhaupt wenig oder keine Exempel vor sich finden; und die Jura subsidiaria seynd, wann es ad specialia kommt, meist platterdings inapplicabel, weil unsere Staatsverfassung in solchen Dingen anderst beschaffen ist, und man bey denen Römern und Longobarden von denen Sachen, worüber die Frage entstehet, nichts gewußt hat. Den sichersten Grund gibt das special-Herkommen eines Hauses ab: Wann es aber daran ermangelt, muß man gewisse Principia generalia zu Hülffe nehmen, welche aber freylich, nach der Verschidenheit derer Einsichten, u. s. w. gar sehr variiren, und variiren können; dahero ich auch meine Meinung niemand obtrudire; sondern sie nur zur Prüfung vorlege.

§. 164.

Grundsäze. Was nemlich die facultatem testandi anbelangt; so ist wohl die sicherste Regel: Was ein Regent bey seinen Lebzeiten hätte consumiren, alieniren oder verschencken können, ohne daß die Agnaten, oder andere Successores in Land und Leuten, etwas mit Bestand Rechtens dagegen hätten einwenden können, darüber kan er auch per ultimam voluntatem disponiren. Die von einigen gegen disen Saz machende Einwendungen halten weder nach der Theorie noch Praxi Stich. Ab intestato aber scheinet es darauf anzukommen. 1. Daß bey denen Teutschen grossen Häusern sehr auf das Lustre des Hauses gesehen und dabey dafür gehalten werde, das Lustre eines Hauses beruhe auf dem Manns-Stamm, und nicht auf dem weiblichen Geschlecht; dahero solches auch meistens mit dem Heurath-Gut und Aussteuer, als ihrer Portion von der väterlichen Erbschafft, vergnügt seyn müsse, ist ein unwidersprechlicher Saz, der keines Beweises bedarff. Daraus dünctet mich so vil zu folgen: So lange ein Manns-Stamm in einer Linie übrig ist, und die Töchtern concurriren mit demselben, seye in dubio allemal für den Manns-Stamm für allem dem zu sprechen, was zu dem Lustre eines Hauses etwas beytragen kan. 2. Eben so gewiß ist, daß, wo das Recht der Erstgeburt eingeführet worden ist, die Absicht seye, daß der Erstgebohrene die Kräfften des Hauses, zu Unterhaltung und Vermehrung dessen Lu-

Luſtre, beyſammen behalten, die nicht regierende Herrn dagegen ſich mit ihrer Abfindung an Land oder Geld begnügen ſollen: Daraus nun folget abermals, daß, wann der oder die regierende Herrn mit denen nicht regierenden bey Theilung der Erbſchafft concurriren, in dubio allemal für den oder die regierende Herrn in allem dem zu ſprechen ſeye, was zu dem Luſtre eines Hauſes etwas beytragen kan. 3. Wann der Manns-Stamm einer ſpecial-Linie abſtirbet, aber weibliche Deſcendenten oder Geſchwiſtrigte vorhanden ſeynd, da concurriren, ja collidiren faſt, die Liebe zu denen Kindern oder Geſchwiſtrigten, die zwar, das Luſtre des Hauſes zu erhalten, nicht fähig, aber doch eben Kinder oder Geſchwiſtrigte ſeynd, und die nun einmal denen groſſen Herrn, auch in Teutſchland, eingeprägte Begierde, ihr Haus erhalten und es empor bringen zu helffen: Es ſcheinen aber beede Affecte (wo das Herkommen und andere nähere Principia aufhören,) ſich alſo conciliren zu laſſen, wann das von der ausgegangenen Linie erworbene deren allodial-Erben zu Theil wird, hingegen das, ſo, erweislicher maſſen, aus älteren Zeiten herrühret, oder diſem ſurrogiret, oder ſonſt zum beſtändigen Gebrauch der Familie gewidmet iſt, dem Hauſe verbleibet: In dubio ſcheinet es am billigſten zu ſeyn, daß gleich getheilet werde. Es iſt aber übrigens nicht zu laugnen, daß bey diſem Fall ſich vil mehr Schwürig- und Streitigkeiten ereignen, als bey denen übrigen, und iſt es meiſtens am beſten, man vergleiche ſich ſelbſt in Güte, oder laſſe gute Freunde Mediatores darinn abgeben. Der Pfälziſche Fall kan nicht allemal zur Regel dienen; dann der Succeſſore thate, gröſſeres Uebel zu verhüten, allerley, wovon ſich ſonſt noch wohl hätte ſprechen laſſen. 4. Wann hingegen der Manns-Stamm ganz erloſchen, mithin das Haus gar dahin iſt; ſo ceſſieret auch das Luſtre deſſelben, und die zu deſſelben Erhaltung und Beförderung ſonſt gehegte Abſichten und übliche Mittel ſeynd nunmehro unbrauchbar, und fallen von ſelbſten hinweg; mithin bleibt es bey denen gemeinen Erbſchaffts-Rechten, nach welchen des lezten Beſizers allodial-Erben alles zukommt, worüber er, oben beſagter maſſen, hätte teſtiren können; nemlich, (auſſer Grund und Boden, auch darzu gehörigen Unterthanen und Rechten,) alles, was nicht nach Teutſchen Rechten und Herkommen, zu allen Zeiten und in allen Fällen, bey dem Land verbleiben muß. 5. Dergleichen bey dem Lande verbleibende Stücke ſeynd, ſo vil Mobilia betrifft, alle diejenige, ſo zum Schuz des Landes gehören, nemlich Artillerie, Munition, u. ſ. w. von der auf denen Beinen habenden

Miliz aber so vil, als das Reichs- oder Crays-Contingent erfordert, oder sonst ex æquo & bono zum Schuz des Landes für nöthig gehalten wird.

Daß nun in allen disen Fällen die allodial-Erben weder mehr noch weniger bekommen, hat auch um deßwillen keine Unbilligkeit, weilen es resp. eines zur Regierung kommenden Apanagiati Manns-Stamm, oder des Regentens, dem ein Land von neuem anfällt, künfftige allodial-Erben ebenfalls dergestalten zu genieſſen haben.

§. 165.

Allodialvermögen.

Daß unter denen Worten: „All unser Allodialvermögen,„ so wohl die unbewegliche, als bewegliche, Güter verstanden werden, ist beym Freyherrn von CRAMER (1) mit Recht davor gehalten.

§. 166.

Privat-Immobilia.

Von Immobilibus gehöret in die privat-Erbschafft, wann z. E. ein Landesherr in seinem eigenen oder einem anderen Lande Ritter-Güter in solcher Qualität eines Ritter-Guts besizet, und sie wohl gar zu Lehen empfangt, oder doch sonsten die einem privat-Besizer obligende Onera davon prästirt, u. s. w. auch solche resp. dem Land, oder der Cammer, nicht incorporirt hat, sondern vilmehr a part administriren läſſet, also, daß weder die darzu nöthige Ausgaben aus der Rent-Cammer genommen werden, noch auch der Ertrag dahin, sondern ad manus, oder in die Chatoul, u. d. geliferet wird.

Wie aber, wann ein solches Gut zwar nicht ausdrücklich dem Land oder Cammer incorporirt wäre, aber die Onera von der Cammer bestritten werden, und die Gefälle diser Güter auch dahinein flieſſen? Es kommt mir wahrscheinlich vor, der Besizer gebe damit zu erkennen, er wolle, so lange als seine Descendenz dauert, dergleichen Güter als einen Theil seiner übrigen Lande betrachtet haben, und daß sie bey dem regierenden Herrn verbleiben sollen.

Gleiche Bewandtniß hat es dann auch mit einzeln Bürger- und Bauren-Gütern.

Nach disem Unterschid nun können Töchtern, oder nicht regierende Söhne, an solchen privat-Gütern Mit-Erben seyn oder nicht: Wann aber der Manns-Stamms einer Linie abgehet, und solche Güter seynd mit keinem Fideicommiß belegt, so auch, wann das Haus ganz ausstirbt, fallen sie allemal denen allodial-Erben heim.

§. 167.

Mobilien überhaupt.

Unter dem Wort: Mobilien kan man in weitläufftigem Verstand

(1) in seiner Nebenst. 71. Theil, 71. S.

ſtand alles verſtehen, was nicht unbeweglich iſt, mithin auch den Vorrath an Geld, Wein, Früchten, Wolle, ꝛc. in dem gewohnlichen Verſtand aber begreiffet diſes Wort nur die Stücke, welche zum Leib, zu den Zimmern, auch Küche und Keller, gehören, nemlich, was die leztere anlanget, nur die Gefäſſe, welche zum Gebrauch derſelbigen dienen. In ſenſu ſpecialiſſimo kan das Wort: *Meublen* auch nur das anzeigen, was in denen Wohn-Gemächern zur Nothdurfft, Bequemlichkeit und Pracht, vorhanden iſt: Es kommt auch wohl etwas auf die Landesart an, und es kan ſeyn, daß hier oder da mehr oder weniger darunter gerechnet wird.

So iſt es auch mit denen Worten: fahrende Haab beſchaffen. In denen Oeſterreich- und Bayriſchen Ehe-Pacten de An. 1546. heißt es: „Die fahrend Haab, als Kleinoder, Kleyder, Edelgeſtein, Gold- und Silbergeſchirr.„

An unten (1) angezeigtem Ort liſet man: „Mobilien, Fahrniß, fahrende Haab, heiſſet alles dasjenige, was nicht Erd- Nied- Band- Wand- und Nagel-feſt und zu ſeinem eigenen Gebrauch an einen gewiſſen Ort beſtimmet, oder daran befeſtiget iſt, ſondern von ſeinem Ort an einen andern gebracht werden kan. Dahin gehören Gold, Silber, Edelgeſtein, Kleinodien, Ringe, und anderer Schmuck, baar Geld, Keller-Gefäſſe, alles abgemähete Getraide und abgeſchüttelte Obſt, ingleichen das Wild, Vögel und Fiſche, ſo zur Luſt, oder in Vorrath, in denen ſo genannten Menagerien, oder kleinen Thier- oder Faſan-Gärten, in Volieren und Fiſchhaltern ꝛc. eingeſchloſſen werden: Hingegen werden die Thiere und Fiſche, ſo in groſſen Thier-Gärten, Sez- und Streich-Teichen, ſtehen, das Getrayde auf dem Halm, das Obſt, ſo noch an den Bäumen hanget, das Brau-Geräthe in einem Brau-Hauſe, die Brantewein-Blaſe in einem Brenn-Hauſe, nicht weniger das Acker-Vieh, nebſt Schiff und Geſchirre auf einem Mayer-Hofe, vor unbewegliche geachtet. In einem anderen Sinne werden unter dem Wort: Mobilien alle diejenige Sachen verſtanden, ſo zu täglicher Nothdurfft in Stuben, Kammern, Küchen und andern Gemachen, an Tiſchen, Stühlen, Bäncken, Betten, Bettſtatten, Vorhangen, Teppichen, Leuchtern, Spiegeln, Tiſch- und Küchen-Geſchirr, Schräncken, Käſten, u. d. gebraucht und ſonſten unter dem Wort: Haus-Rath begriffen werden.„

(1) Oeconom. Lexic. p. m. 1634.

§. 168.

Baarer Gld-Vorrath.

Bey dem nach des Erblassers Tod vorhandenen baaren Geld nun kommt es forderist auf die Qualität desselbigen an.

Steuren werden allemal zu einem gewissen Endzweck bewilliget; wann also ein Vorrath von dergleichen Steuer-Geldern da ist, muß er zu dem Ende angewandt und dahin gerechnet werden, wohin der Zweck gehet: Weil aber hier und da auch jezuweilen vom Land dem Regenten einiges bewilliget wird, nicht so wohl die Regierungs- und Landes-Onera davon zu bestreiten, als vilmehr zu seiner privat-Disposition, so hat dabey diser Unterschid statt: Ist es ein Cammer-Beytrag, so hat dise Baarschafft auch die Natur derer übrigen bey der Cammer vorhandenen Landesherrlichen Gelder; ist es aber ein Landes-Präsent, z. E bey angetrettener Landes-Regierung, zum neuen Jahr, u. d. so gehört es zu denen Hand- oder Chatoulle-Geltern. Hand-Spil-Chatoulle- u. d. Gelder nun seynd unstreitig in des Besizers vollkommensten Dominio, und er kan damit thun, was er will; folglich gehören sie zur privat-Erbschafft, für welcher Onera sie aber so dann freylich auch hafften müssen: Die Cammer-Einkünffte hingegen seynd abermals unwidersprechlich darzu da, daß forderist die einem Regenten obligende Onera davon bestritten werden müssen: Bleibt so dann was übrig, ist es zwar ohne Zweifel des Landes-Herrns freyes Eigenthum; doch präsumirt man billig, er wolle es lieber, auf einen Nothfall seines Hauses, oder doch seiner Descendenz, damit dieselbige in disem oder jenem Fall ihr Aufnehmen und Lustre damit beförderen könne, zum Besten beysammen erhalten, als dißipiret wissen; mithin käme ein solcher Cammer-Geld-Vorrath nicht in die Theilung der privat-Erbschafft.

In dem 1sten Fall also, wann nemlich alle Kinder erben, scheinet das, so in des Verstorbenen Chatoulle, oder anderer seiner eigenen Gewahrsame, befunden wird, zu der privat-Erbschafft, das bey anderen Cassen vorräthige aber, welches, wann der Regent noch lebte, allda geblieben und ad usus publicos verwandt worden wäre, zu der Staats-Erbschafft zu gehören; mithin erbten bey jenem die Töchtern mit, bey disem aber nur die Söhne. In dem 2ten Fall, (wann das Erstgeburts-Recht eingeführet ist,) hätte eben diser Unterschid statt; nur fiele derer Cassen-Vorrath alleine dem oder denen regierenden Herrn heim. In dem 3ten Fall, (wann nur eine Linie des Hauses abstirbt,) haben wir bey Bayern und Pfalz ꝛc. merckwürdige Exempel, daß der gesammte Geld-Vorrath denen allodial-Er-

Erben, resp. durch Urthel und Recht zuerkannt, oder auch ohne dises überlassen worden ist; doch halte ich dafür, wann ein erweislicher alt-väterischer Schaz da ist, der nicht erst von der abgegangenen Linie herrühret, müsse er beym Haus verbleiben, und noch gewisser ist dises, wann der Schaz zwar von der abgegangenen special-Linie acquirirt, aber dem gesammten Haus gewidmet worden ist. In dem 4ten Fall endlich, (wann ein Haus gar ausstirbt,) ist kein Anstand, daß der gesammte Geld-Vorrath denen allodial-Erben gebühre. Hätte auch gleich der verstorbene Landesherr seine Regenten-Pflichten nicht so erfüllet, daß man sagen könnte, er habe wohl regiert, doch sich auch nicht so schlecht gehalten, daß man sagen könnte, er habe das Land mercklich deteriorirt; so kann doch deßwegen der von ihme hinterlassene Geld-Vorrath meines Erachtens nicht in Anspruch genommen werden, um jene Mängel daher zu ersezen, sondern das laufft so mit unter denen erroribus, quorum in vita communi habemus bene multos, hin: Aeusserte sich aber eine solche Deterioration, die ex arbitrio Judicis vel boni viri ganz unentschuldbar ist; so erhohlet sich der Staat, und Namens dessen der Landes-Successor, in tantum billig an deme, was aus dem Land gezogen, aber nicht wieder, wie es sich gebühret hätte, zu dessen oder des Hauses Nothdurfft verwandt worden ist, und also noch vorräthig angetroffen wird.

§. 169.

Münz-Cabinete, alte oder neue Medaillen, u. d. betreffend, glaube ich abermalen, die von einem Regenten selbst bey Handen behaltene und verwahrte seyen als ein Stück seiner Chatoulle und privat-Verlassenschafft anzusehen; was aber grosse, bey Kunst-Kammern, ꝛc. aufbehaltene, oder sonst einem eigenen Aufseher untergebene, dergleichen Sammlungen seynd, die gehören mit zum Staat und Lustre und folglich zu der Staats-Erbschafft; nach welchem Unterschid dann das §. præc. gesagte auch hier Plaz greiffet. Münz-Cabinete u. d.

§. 170.

Bey activ-Capitalien ist meines Erachtens in dubio nicht so wohl darauf: Von was für Geldern sie angelegt worden seyen? als vilmehr darauf: Ob die Zinsen daraus zur Cammer, oder dem Regenten zu seinen Handen, geliferet worden? zu sehen; die von der lezteren Art rechnete ich zu der privat-Erbschafft, die erste aber zu der publiquen und spräche in Ansehung der einen und anderen widerum, wie §§. prox. præced. Activ-Capitalien.

Wann

Wann das baare Geld, oder die Capitalien, aus verkaufften Stücken Landes, Gefällen, Gerechtsamen, u. d. herrühren, ist darauf zu sehen: Ob das alienirte dem Haus afficirt gewesen ist, oder nicht? Ersteren Falles ist, nach Teutschen Rechten, das Capital allerdings als ein Surrogatum des Alienirten und als mit einem Fideicommiss behafftet anzusehen; lezteren Falles aber bleibt es theils bey dem Jure communi, quod pretium non succedat in locum rei, theils bey dem wegen derer activ-Capitalien überhaupt gemachten Unterschid.

§. 171.

Rester bey Unterthanen. Was bey denen Unterthanen an solchen Geldern und andern Gefällen, welche nicht in die Landes-Cassa, sondern dem Landes-Herrn, gehören, ausstehet, aber bereits verfallen ist, kan, meines Erachtens, auf eben die Weise, wie das baar vorhandene Geld, oder resp. der Vorrath an Getrayd, u. d. angesehen und darnach beurtheilt werden.

§. 172.

Kleider. An der Kleidung participiren im 1sten Fall die Töchtern und im 2ten alle Söhne an allem, was nicht Staats-Kleidungen, (z. E. ein Churhabit, Fürstenhut, sehr kostbare Garnituren, Agraffen, Schuhschnallen, Degen, Stöcke, Commando-Stäbe, u. d.) seynd; im 3ten Fall bekommen die allodial-Erben die Familien-Kleidungs-Stücke, z. E. den Churhabit, Fürstenhut, u. d. nicht, wohl aber andere kostbare Kleidungen, wann selbige nicht alt-väterliche oder Familien-Stücke seynd; im 4ten Fall aber behalten sie alles mit einander.

§. 173.

Geschmuck ꝛc. Geschmuck, Kleinodien, und andere solche kostbare Stücke, anlangend; so scheinet das, so zum täglichen Gebrauch gewidmet ist, zur privat-Erbschafft zu gehören, was aber nur zum Staat und in Gala getragen zu werden pflegt, zur Staats-Erbschafft: Solchemnach erbten im 1sten Fall jenes Söhne und Töchter, dises nur die Söhne; im 2ten jenes alle Söhne, dises nur der Regent; im 3ten kommt denen allodial-Erben das zu, was nicht unter die Stamm-Kleinodien gehört; im 4ten aber bleibt ihnen alles.

§. 174.

Meubles derer Gebäude. Die Mobilien der Schlösser, Häuser, Landgüter, ꝛc. scheinen im 1sten und 2ten Fall als ein accessorium dem principali zu folgen, und jedes dabey, wohin es gewidmet ist, oder wo es sich findet, zu verbleiben; mithin hätten im 1sten Fall die Töchter und im 2ten die Söhne,

Söhne, ſo nichts an Landen bekommen, nichts daran zu ſuchen, wogegen ihnen, nach Proportion des Standes und Vermögens, die nöthige Meublen zu ihrer neuen Oeconomie angeſchafft werden; im 3ten Fall hingegen ziehen die allodial-Erben alles an ſich, was nicht alt-väterliche oder andere Familien-Stücke ſeynd; und im 4ten Fall bekommen ſie auch ſo gar diſe: Nur ſcheinet, ad analogiam des in der Bayeriſchen Sache erlaſſenen Spruchs, in beeden letzten Fällen ſo vil an gemeinem Hausrath müſſen zurückgelaſſen zu werden, als die tägliche ohnumgängliche Nothdurfft ohngefähr erfordert, nemlich um ein Schloß, Haus, ꝛc. gebrauchen zu können, nicht aber was ein ordentlich formirter, oder wohl gar ein groſſer, Hofſtaat bedarff.

§. 175.

Gold- und Silber-Geſchirr betreffend; ſo ſcheinen in dem 1ſten Fall ganze Services, Aufſäze, Nacht-Tiſche, u. ſ. w. zur Staats- andere einzelne Stücke aber zur privat-Erbſchafft zu gehören; folglich bekämen jenes, (wo in einem Hauſe nicht ein anderes Herkommens iſt,) alleine die Söhne, in dem 2ten Fall aber allein der Regent; in dem 3ten hingegen bekommen es die Allodial-Erben, auſſer dem alt-väterlichen, ſo nicht erſt von der abgegangenen Linie angeſchafft oder ſonſt expreſſe vel tacite dem beſtändigen Gebrauch der Familie gewidmet worden iſt; in dem 4ten Fall aber bleibt es ſimpliciter denen allodial-Erben: Doch muß im 1ſten und 2ten Fall denen nicht regierenden Söhnen und unverheuratheten Töchtern auch etwas an dergleichen, nach Proportion ihres Standes und des Hauſes Vermögens, gegeben werden. Gold- und Silber-Geſchirr, ꝛc.

§. 176.

Das Geſchütz und Zugehörde u. d. wurde in dem Bayriſchen Fall, weil die allodial-Erben etwas an Land bekamen, getheilt; ſonſt aber findet man insgemein, daß die Teutſche von alten Zeiten her dafür gehalten haben, was zur Defenſion eines Landes, Orts, u. ſ. w. gehöre, müſſe auch dabey bleiben. Wann auch gleich heut zu Tag ein Herr, wie an Soldaten, ſo auch an Geſchütz, u. d. nicht nur einen groſſen Vorrath hätte, ſondern auch gewohnt wäre, damit zu handlen, oder Völcker Andern gegen Subſidien zu überlaſſen, und zu derſelben Behuf einen Vorrath von Gewehr, Artillerie, Munition, u. d. parat zu halten; ſo gehörte diſes dannoch, ob es gleich zum Schutz des Landes nicht nöthig wäre, in dem 1ſten und 2ten Fall zur Staats-Erbſchafft, alſo, daß weder in dem 1ſten die Töchtern, noch in dem 2ten die nicht-regierende Söhne, daran participirten; wohl aber wäre in dem 3ten Geſchütz, ꝛc.

und 4ten Fall das, was nicht, nach dem Urtheil der Sache verständiger Personen, zum Schutz des Landes nöthig, oder sonsten, um beständig dabey zu bleiben, gewidmet ist, denen allodial-Erben abzufolgen. Hätte endlich ein Herr nur zu seinem privat-Vergnügen einige Artillerie, eine Rüst-Cammer, u. d. scheinen selbige, nachdeme sie vil oder wenig zu bedeuten haben, entweder zur privat-Erbschafft zu gehören, oder denen Kunst-Kammern, u. d. gleich zu achten zu seyn.

§. 177.

Schiffe, ꝛc. Schiffe, Pontons, u. d. seynd meines Erachtens, nachdeme sie zu einem Gebrauch dienen, auf eben die Weise zu behandlen, wie das Geschütz, oder wie andere Mobilien und Hausrath.

§. 178.

Marstall, ꝛc. Pferde und Wagen, noch mehr ganze Marställe, Sattel-Cammern, u. d. gehören in dem 1sten und 2ten Fall zu der Staats-Erbschafft, mithin haben in jenem die Töchtern und in disem die nicht-regierende Söhne keinen eigentlichen Antheil daran; doch gehöret Chur- und Fürstlichen Söhnen und Töchtern Wagen und Pferd, und Gräflichen Söhnen, wo es das Vermögen zulässet, wenigstens ein Pferd für jeden, und eines für einen Knecht; in dem 3ten Fall scheinen die allodial-Erben so vil zurücklassen zu müssen, als der Stamm-Vater ihrer Linie angetretten hat; in dem 4ten Fall aber bekommen sie alles.

§. 179.

Stutterenen. Stuttereyen gehören zum Land: Wann aber der Regent gewohnt gewesen ist, etwas davon zu verkauffen, und es findet sich eine Anzahl dergleichen zum Verkauff tüchtiger Stücke, der Regent hat auch pflegen den Erlös aus den verkaufften Pferden zu seinen eigenen Handen zu nehmen; so gehören solchen Falles dise Stücke zur privat-Erbschafft, daran mithin im 1sten Fall die Töchtern und im 2ten die nicht-regierende Söhne participirten, und im 3ten und 4ten kämen sie in so weit denen allodial-Erben zu gut.

§. 180.

Vorrath an Vieh, ꝛc. Was an Vieh, Fischen, u. s. w. vorräthig ist, muß, meines Erachtens, nach der Absicht deren Gebrauchs beurtheilt werden. Schäfereyen, Melckereyen, u. d. so ein Regent nicht in qualitate Privati besizet, und deren Abnuzungen nicht ad manus, sondern zu denen Aemtern, oder zu der Cammer, gelifert werden, gehören zum Land; so auch die Teiche, u. d. Was aber, salva substantia derselben, zum Gebrauch oder Verkauff vorhanden ist, dißfalls bin ich der Meinung, wie bey dem nächstfolgenden §.

§. 181.

§. 181.

Der Vorrath an Getrayd, (bey Wein, Bier, Heu, Stroh, gefälltem Holz, ꝛc. iſt eadem ratio,) wurde in dem Bayriſchen Fall denen allodial-Erben zur Helffte zugeſprochen, in dem Pfälziſchen und einem ſich ohnelängſt ereigneten Gräflich Reußiſchen ꝛc. Fall aber bekamen ſie alles. Mich deucht: In dem oben erzählten 1ſten Fall gehöre, nach Proportion deſſen, was der Regent ſonſt davon hat pflegen verkauffen und von ſolchem Erlös zu ſeinem privat-Gebrauch zu ſeinen Handen nehmen zu laſſen, einiges davon zur privat-Erbſchafft, das übrige aber, als ein dem Haus zu ſeiner Nothdurfft und Luſtre gewidmeter Vorrath, zur Staats-Erbſchafft; mithin concurrirten im 1ſten Fall nur bey jenem die Töchter, gleichwie in dem 2ten hingegen alle Söhne; in dem 3ten Fall aber ſind mir mehr Exempel bekannt, da die allodial-Erben alles erhalten haben, als, da es getheilt worden iſt, und in dem 4ten Fall iſt vollends kein Anſtand, daß alles ab Allodium gehöre. Naturalien, ꝛc.

§. 182.

Orangerien, u. d. ſo nicht vil bedeuten, ſeynd privat-Erbſchafft-Stücke; die aber, ſo, nach Proportion anderer ſolcher Häuſer, von Wichtigkeit ſeynd, und zum Splendeur dienen, gehören zur Staats-Erbſchafft: Nach ſolchem Unterſchid nun haben in dem 1ſten Fall die Töchtern und im 2ten die nicht-regierende Söhne daran Antheil oder nicht; im 3ten müſſen die allodial-Erben ſo vil zurücklaſſen, als der Stamm-Vater ihrer Linie angetretten hat, oder ſonſt dazu beſtimmet iſt, daß es beſtändig bey einem Schloß, ꝛc. verbleiben ſolle; im 4ten aber bekommen ſie alles. Orangerien.

§. 183.

Der Punct wegen derer auf dem Felde ſtehenden, aber noch nicht eingeerndeten, Früchte, ingleichem derer noch nicht ganz, doch bald, zu erhebenden Gefälle, u. ſ. w. iſt offt einer der wichtigſt- aber auch beſchwerlichſten. Wo ein Herkommen iſt, (wie es ſich wohl bey denen meiſten Häuſern wenigſtens in dem 1ſten und 2ten Fall finden wird,) da bleibt es billig dabey; iſt keines vorhanden, aber ein ſicheres Jus commune, gehet man demſelben, wie in anderen ad Jurisprudentiam privatam Illuſtrium gehörigen Fällen, ſo auch hier, ebenfalls mit Recht nach; wo es aber auch daran fehlet, ſcheinet der Billigkeit am gemäßeſten zu ſeyn, daß das Commodum & Onus pro rata temporis getheilet werde. Fructus pendentes.

§. 184.

Die Kuxen oder Berg-Theile belangend, da halte ich es ledig- Berg-theile und Bergwercke.

lich mit dem oben angeführten Hälliſchen Reſponſo: Wann aber ein Landes-Herr ganze Bergwercke in ſeinem eigenen Lande bauet; ſo geſchiehet es entweder auf Koſten ſeiner Cammer, oder ſeiner Chatoulle: Jenen Falles gehöret die Ausbeute zu denen Cammer-Gefällen, letzteren Falles aber zu ſeinen Chatoulle- oder Hand-Geldern.

§. 185.

Sterbquartal. Daß die völlige Einkünffte des Quartals, darinn der Erblaſſer geſtorben, oder auch eines Viertel-Jahres, von ſeinem Tode an zu rechnen, zu der reſp. privat- oder allodial-Erbſchafft gehören ſollte, hat ſo wenig in denen Rechten, als in dem Herkommen, einen Grund.

Bey dem Freyherrn von CRAMER (1) findet ſich eine Erläuterung des Herkommens inter Illuſtris Imperii Rom. Germ. in ſolchen Fällen, wo das Land, nach Erlöſchung eines Stammes an andere Herren fället, daß diſen lezteren diejenige Reditus, welche ante obitum des Erblaſſers verfallen geweſen, allein gehören, die nach dem Todestage aber biß zum Ende des Sterbjahrs erſt fällig werdende, zwiſchen denen Allodialerben und dem Landesfolger pro rata temporis vertheilet werden müſſen: Aus Gelegenheit eines in dem Hauſe Leiningen An. 1767. ſich zugetragenen Falles.

§. 186.

Bibliothequen. Bey Bibliothequen findet allerley Unterſchid ſtatt. Solche, die zum Gebrauch derer Landes-Collegien gewidmet ſind, bleiben in allen Fällen bey denſelben; Die, ſo ein Herr zu ſeinem privat-Gebrauch hat, gehöret zur privat-Erbſchafft; andere Staats-Bibliothequen aber gehören im 1ſten und 2ten Fall zur Staats-Erbſchafft, bleiben mithin in jenem allein den Söhnen, und in diſem allein dem Regenten; im 3ten Fall gebührt denen allodial-Erben das, was der Stamm-Vater ihrer Linie, oder deſſen Nachkommen, erſt acquirirt und nicht zum beſtändigen Gebrauch des Hauſes oder Landes gewidmet haben; im 4ten aber bekommen ſie alles, was nicht, vi Deſtinationis, zu allen Zeiten beym Land bleiben ſolle.

§. 187.

Kunſtkammern, u. d. Kunſt-Naturalien-Antiquitäten-Cammern, u. d. anbelangend, dabey findet, meines Erachtens, das oben von denen Münz-Cabineten geſagte ſtatt.

§. 188.

Gemählde, ꝛc. Bey Gemählden ſcheinet abermalen mancher Unterſchid zu machen zu ſeyn. Ganze Suiten von Familien-Portraiten, u. d. gehören im 1ſten Fall

(1) Nebenſt. 76. Theil, 99. S.

Fall denen Söhnen, im 2ten dem Regenten, im 3ten denen Agnaten und im 4ten denen allodial-Erben. Gemählde, ſo ſtatt derer Tapeten dienen, haben mit diſen gleiche Natur, und ganze Sammlungen, Gallerien, u. d. von Gemählden ſeynd denen Kunſt-Cammern ꝛc. gleich zu ſchäzen.

§. 189.

Der Jagd-Zeug gehöret im 1ſten Fall ohne Zweifel denen Söhnen, und im 2ten dem Regenten; doch daß, wann nicht regierenden Herrn Jagden eingeraumt werden, ihnen, nach Beſchaffenheit derſelben und des vorhandenen Jagd-Zeuges, mit etwas davon an die Hand gegangen werde; im 3ten Fall ſcheinen die allodial-Erben dem Werthe nach ſo vil zurück laſſen zu müſſen, als der Stamm-Vater ihrer Linie überkommen hat; in dem 4ten Fall aber bleibt ihnen billig alles. Zwar hat in der Hanauiſchen Succeßions-Sache der Jagd-Zeug dem Landes-Succeſſori vindiciret werden wollen, weil 1. ohne ſelbigen das Regale der Jagd nicht exerciret werden könne, und weil 2. der Hanff darzu in denen angefallenen Landen gewachſen ſeye: Wie aber, ſo vil das leztere betrifft, auch das Geld, und was die allodial-Erben bekommen, ebenfalls aus dem Land erhoben worden iſt, und, wann diſes Argument gälte, dieſelbige gar niemalen etwas bekommen würden; alſo iſt, was das erſte belangt, es nicht an deme, daß das Jagd-Regale nicht ohne Jagd-Zeug exercirt werden könne, ſondern er wird nur zu gewiſſen Speciebus der Jagd-Uebung erfordert, und wann der Succeſſor nicht ohne diſe Art des Jagd-Plaiſirs ſeyn will, läſſet man ihn eben ſo wohl dafür ſorgen, wie er den Jagd-Zeug entweder de proprio, oder ſucceſſive aus denen Früchten des angefallenen Landes, anſchaffen wolle oder könne, als die allodial-Erben ihme überlaſſen, ob und wie er die Schlöſſer meubliren, ſein Tafel-Service beſorgen, den Marſtall und anderes einrichten will oder kan, deßwegen aber doch nehmen, was ihnen gebührt. Jagdzeug.

§. 190.

Von denen Soldaten habe ich meine Meinung bereits geſagt. In dem 1ſten Fall haben die Töchtern und in dem 2ten die nicht-regierende Söhne niemalen nichts mit ihnen zu thun; in dem 3ten und 4ten aber ſcheinet ein Unterſchid ſtatt zu finden: Hat nemlich ein Herr gleich mehrere Trouppen, als er zu ſeinem Reichs- oder Crays-Contingent, oder auch ſonſt nach Proportion, Situation, und übriger Beſchaffenheit ſeines Landes, nöthig hat, er hat aber, ſo zu ſagen, nicht damit commercirt; ſo bleiben ſie bey dem Staat und der Landes-Succeſſor mag ſie behalten, oder, was zu vil iſt, abdancken: Hat er Soldaten, etc.

hingegen (nach der heutigen Art,) Völcker auf fremden Beutel geworben und unterhalten, oder sie zwar selbst geworben, aber in der Absicht, selbige, gegen empfangende Subsidien, Andern zu überlassen; so halte ich, nebst Anderen, die das Reichs- und Crays-Contingent, oder die zum Schutz des Landes benöthigte Anzahl, übersteigende Mannschafft für ein Stück der privat-Erbschafft.

§. 191.

Schulden, und andere Erbschaffts-Onera.

Bey denen Schulden ist forderist ein Unterschid zu machen zwischen denen auf dem Lande hafftenden und denen blossen Cameral-Schulden: Was einmal auf eine rechtmäßige Weise, resp. mit oder ohne Consens der Land-Stände oder Unterthanen, auf das Land verschriben ist, bleibt auch auf demselbigen, & res transit cum suo onere in Successorem.

Mit denen Cameral-Schulden haben in dem 1sten Fall die Töchtern und in dem 2ten die nicht regierende Söhne ordentlicher Weise nichts zu thun: Wann sie aber an der Väterlichen privat-Erbschafft participiren, müssen sie auch pro rata an denen Schulden, welche, ihrer Eigenschafft nach, mehr für privat- oder Chatoulle- als Cameral- oder Staats-Schulden zu achten seynd, concurriren. In dem 3ten und 4ten Fall aber ist ein Unterschid zu machen unter denen Schulden, welche a) entweder mit Consens des jezigen Successoris, oder b) wenigstens ex intentione & bona fide zum Besten des Landes, oder c) nur zum Vortheil des Regentens und seiner Familie, gemacht worden seynd: Beede erstere Arten fallen dem Successori zur Last; die dritte aber der allodial- oder privat-Erbschaffts-Massæ: In dubio scheinet das billigste zu seyn, daß beede darzu, nach Beschaffenheit derer Umstände, ex æquo & bono, vel ex arbitrio Judicis, concurriren.

Was den Unterhalt derer Wittwen, Töchtern, u. s. w. anbelangt; so ist im Familien-Staatsrecht von ihnen mit mehrerem untersuchet worden: Ob und wie ferne ein Successor in Land und Leuten darzu gehalten seye oder nicht?

Ob und wie ferne endlich die Begräbniß- und Trauer-Kosten eines Landes-Herrns auf dessen Successorem in der Regierung, oder aber die allodial-Erben, fallen? siehe oben.

§. 192.

Consumirte Activa.

Hat der Erblasser oder seine Vorfahren Activa, welche sie in ehemahligen Theilungen überkommen haben, consumirt; so kommt es darauf an: Ob sothane Activa in totum vel tantum mit einem Fidei-

deicommiſs belegt geweſen ſeynd oder nicht? Jenen Falles müſſen ſie aus der privat-Erbſchafft erſezet werden; lezteren Falles aber nicht.

§. 193.

Hat ein Herr oder deſſen Vorfahren das Land deteriorirt, kommt es auf die Art der Deterioration an. Hat er Stücke, Rechte, Gefälle ꝛc. davon alienirt, ohne daß er es Macht gehabt, ſo muß freilich allenfalls die allodial-Erbſchafft dafür haffren; es wäre dann, daß er oder ſeine Vor-Eltern hingegen auch das Land in totum vel tantum um ſo vil auf andere Weiſe *de proprio* meliorirt hätten: Im übrigen findet das oben geſagte ſtatt. Deteriorationen.

§. 194.

Von denen Meliorationen melde ich nur ſo vil: Es gehören beſondere Umſtände darzu, wann allodial-Erben ex hoc capite etwas ſollen forderen können: Dann es iſt ein Stück des Regenten-Amts, das Land und ſeine Einkünfften auf erlaubte Weiſe, ſo vil möglich, zu melioriren, und der Regent, nebſt ſeiner mannlichen Deſcendenz, haben es ſelbſt mit zu genieſſen. Was auf Fortificationen, Artillerie, Soldaten, u. ſ. w. verwandt worden iſt, diſſfalls haben die allodial-Erben an den Landes-Succeſſorem gleichfalls nichts zu ſuchen; es wäre dann, daß die Landes-Einkünfften nicht darzu hingereicht hätten, und der Regent ſolchen Falles, bona fide, aus ſeinem anderweiten, (nicht aus dem Lande geſammleten,) oder aus ſeiner Gemahlin ꝛc. Vermögen, zu diſem Ende etwas vorgeſchoſſen hätte. Meliorationen.

§. 195.

Wann und in ſo ferne nun eine Separation der Staats- und privat-Verlaſſenſchafft Platz greiffet, in ſo ferne ſeynd auch beede Theile ſchuldig, einander die zu Formirung eines ſicheren Status activi & paſſivi nöthige Urkunden getreulich zu communiciren; worüber es aber zwiſchen Chur-Pfalz und *Orleans* groſſe Streitigkeiten geſezet hat. Communication der Urkunden.

§. 196.

Können ſich die über einer ſolchen Erbſchafft ſtreitige Parthien nicht in Güte vergleichen, und ſie erkennen beede die Jurisdiction des Reichs; ſo ſollten wohl die Austräge ordentlicher Weiſe die erſte Inſtanz ſeyn: Es können ſich aber leicht ſolche Neben-Umſtände ereignen, daß man die Sache in prima Inſtantia an einem Reichs-Gericht anhängig machen kan, worinn man auch, bey dem unerträglichen Mißbrauch der Auſtregal-Inſtanz, biß zu deren Remedirung, von GOtt- und Rechts-wegen billig nicht allzuſcrupulos iſt. Streit über diſer Separation.

Von

* * *

Von Erbschaffts-Inventarien, Antrettung der Erbschafft *cum beneficio Legis & Inventarii*, und Ergreiffung des Besitzes, etc.

§. 197.

Erbschaffts-Inventarium, was?

Zum Beschluß der Erbschaffts-Materie will ich noch wenige practische Anmerckungen von denen Erbschaffts-Inventarien und der Antrettung einer Erbschafft cum beneficio Legis & Inventarii, so dann der Traditione symbolica in diem, und der Ergreiffung des würcklichen Besitzes einer Erbschafft, anhängen.

Ein Erbschaffts-Inventarium ist eine glaubwürdige specifique Verzeichniß aller in einer hinterlassenen Erbschafft befindlichen Stücke, oder resp. wenigstens derer Mobilien, und was denen gleich gerechnet wird, wie auch derer Erbschaffts-Onerum.

§. 198.

Desselben Errichtung.

Wer allein Erbe ist, auch weder mit jemand wegen der Erbschafft Streit, noch sie mit dem onere Fideicommissi überkommen hat, der ist nicht schuldig, ein Inventarium darüber zu errichten; weil niemand als er dabey interessirt ist, noch darnach zu fragen hat: Wann aber der Erbe minorenn ist, muß dessen Vormundschafft allerdings ein Inventarium errichten, um vermittelst dessen dem Richter, und künfftig ihrem Pflegling, wegen ihrer geführten Administration gegründeten Bericht erstatten zu können.

Ob ein von der Succession in Land und Leute ausgeschlossener Sohn von dem zu gedachter Succession beruffenen regierenden Bruder, (item ein apanagirter Agnat von seinem regierenden Vetter,) ein Inventarium über die angetrettene Erbschafft forderen könne? siehe im T. Staator. *Tom. 13. p. 429.* woselbst es in Ansehung der Immobilium mit Nein beantwortet worden: Die Mobilien, u. d. aber anbelangend, ist mit Unterschid darauf zu antworten: Was Stamm- und Familien-Kleinodien oder andere solche Stücke seynd, oder worauf sonsten ein Fideicommiss hafftet, darüber muß allerdings ein Inventarium errichtet, denen Interessenten Copia davon mitgetheilt und deren Erinnerungen dabey attendiret werden: Bey denen des Besitzers freyem Gebrauch, Administration und Disposition, überlassenen Stücken aber ist es nicht nöthig. Wo aber ihrer mehrere, obschon zu ungleichen Theilen, an einer Erbschafft participiren, da muß nothwendig ein Inventarium errichtet werden, weil dises der Grund der Theilung, oder auch der gemeinschafftlichen Administration,

tion, iſt. Wie vom Reichs-Hofrath geſprochen worden ſeye: Daß, Falls die jüngere Grafen von Hazfeld ihren ältern Bruder wegen ihres prätendirten Supplementi Legitimæ der Anforderung nicht erlaſſen wollten, der ältere Bruder denen jüngeren ein in Rechten beſtändiges Inventarium der väterlichen Häredität, oder, in deſſen Ermanglung, juratam Specificationem, ebenfalls auf Anmelden, extradiren ſolle; ſiehe *l. c. Tom. 13. p. 288.*

Eben diſes muß auch geſchehen, wann eine Erbſchafft ſtreitig iſt, und von ihrer mehreren angeſprochen wird; jedoch ſo, daß, wann der Streit nur über einem gewiſſen Theil der Erbſchafft iſt, es ſich (ex hoc capite,) auch nur über denſelben eines Inventarii bedarff. Wie alſo Anno 1723. vom Kayſer, da er dem Herrn Herzog zu Würtemberg-Stuttgart die Mömpelgartiſche Succeßion in ſummariiſſimo zugeſprochen, beſagtem Herrn Herzog auferlegt worden, über das Archiv und die Mobilien ein richtiges Inventarium zu verfertigen? ſiehe *l. c. Tom. 19. p. 179.*

Endlich ſo iſt auch denen Rechten gemäß, daß der, ſo eine Erbſchafft cum onere Fideicommiſſi bekommt, zum Behuf derer, ſo nach ihme ad Fideicommiſſum vociret ſeynd, ein Inventarium machen laſſe; jedoch nur über die mit dem Fideicommiſs belegte Stücke: Auch findet bey Reichsſtänden in Anſehung derer Immobilium u. d. dasjenige ſtatt, was ſchon erinnert worden iſt.

§. 199.

Wann und worüber es errichtet werde?

Wann? über was? und wie? ein Erbſchaffts-Inventarium errichtet werde, diſſfalls geben die Lehrer des privat-Rechts umſtändliche Nachricht an die Hand; wobey ich es hier bewenden laſſe. In dem oben erzählten Streit zwiſchen Chur-Pfalz und Orleans wurde ſcharff darüber diſputirt: Uber was für Erbſchaffts-Objecta der ſuccedirende Churfürſt ein Inventarium zu errichten und zu ediren ſchuldig ſeye oder nicht? weil beede Theile zwar darinn eins waren, Orleans könne nur auf die allodial-Erbſchafft prätendiren, hingegen Orleans viles dahin ziehen wollte, was Chur-Pfalz als zu der Lehens- oder doch Fideicommiſs- und Staats-Erbſchafft gehörig angabe.

§. 200.

Communication und Edition deſſelben.

Wann nur eine derer bey der Erbſchafft intereßierten Parthien das Inventarium errichtet, oder bey Handen hat, communicirt ſie es entweder freywillig, oder auf Verlangen, denen übrigen Intereſſenten in glaubwürdiger Abſchrifft, oder ſie übergibt es, nach Be-

ſchaffenheit derer Umſtände, auch wohl bey einem Reichsgericht. Z. E. in einem Reichs-Hofraths-Concluſo d. d. 16. Dec. 1732. in cauſa: Oettingen contra Oettingen, in puncto des Fürſtlich Oettingiſchen Teſtamentes ꝛc. heißt es:

§. Ponatur quoque - - das ſub præſ. 7. Aug. nup. überreichte Inventarium über die Fürſtlich-Oettingiſche Allodial-Verlaſſenſchafft ad Acta.

Wann aber der, ſo das Inventarium in Handen hat, damit nicht heraus will, muß der Richter dißfalls angeruffen werden, der dann nach Befinden einen Spruch darinn ergehen läſſet. z. E.

Veneris 28. Apr. 1713.

Rittberg, nunc Kauniz, contra Oſt-Frießland, ꝛc. ſive Fürſtlich-Oſt-Frieſiſcher Anwald, Daniel Hieronymus von Praun, ſub præſ. 6. hujus = = bittet allerunterthänigſt, = = den gegentheiligen Anwald zu Edirung innen-vermeldten Teſtaments und Inventarii = = anzuhalten. = = =

Communicetur Exhibitum Parti adverſæ & injungatur huic, das darinnen angezogene Teſtament und Inventarium - - - dem Fürſtlich-Oſt-Frieſiſchen Anwald förderlichſt zu communiciren.

Und wie vom Reichs-Hofrath, nachdeme wegen einer ſtrittigen Erbſchafft der Spruch in Poſſeſſorio ergangen ware, befohlen worden ſeye, der erklärten Erbin, nebſt der völligen Verlaſſenſchafft, auch das darzu gehörige Inventarium auszuantworten, ſiehe im T. Staator. *Tom. 24. p. 444.*

§. 201.

Streit wegen deſſen Unrichtigkeit.

Es iſt ſo dann nichts neues, daß die Mit-Intereſſenten das Inventarium einer Unrichtigkeit oder Mangelhafftigkeit beſchuldigen, darinn ſie manchmalen bald mehr bald weniger Recht haben z. E.

Anno 1686. 21. Jun. legte der Orleaniſche Mandatarius wegen des über die mobiliar-Verlaſſenſchafft Churfürſt Carls zu Pfalz errichteten Inventarii diſe Proteſtation ein: In multorum recenti memoria adhuc verſatur, & Domini Notarii Imbreviatura clare demonſtrabitur, quomodo, facta Electoris Palatini Caroli Teſtamenti apertura, ſtatim circa ſuſceptam Inventationem Electoralium Mobilium, nec non rerum pretioſarum, tam Regis Chriſtianiſſimi Ablegatus Extraordinarius & Sereniſſimi Principis ac Ducis Aurelianenſis Plenipotentiarius, Dominus Abbas de Morell, quam Sereniſſimæ Viduæ Electricis Conſiliarii, ex-

expreſſe ſibi reſervarunt, hunc per Dominos Ablegatos præſentes, Electoralem Brandenburgicum & Brunſuicum-Lüneburgenſem, effectui datum actum, neque ad agnoſcendum dictum Teſtamentum Electorale, neque munus executorium prætenſum, multo minus ad propugnandum ſuo tempore plenum Inventarium, eum in finem conſiderari, aut reputari debere, quaſi alte memoratorum Sereniſſimorum Principum Ducis ac Duciſſæ Aurelianenſium Regiæ Celſitudines, vi hæreditatis Electoralis Palatinæ in ipſas devolutæ, nihil quicquam ulterius exigere poſſint; ſiquidem hæcce Reſervatio poſtea à dictis Dominis Miniſtris ſæpe palam repetita eſt. Cum vero nuperrime intellectum fuerit, poſthabita nomine prælte memoratarum Regiarum Celſitudinum apud citatum Dom. Notarium Zweiffelium per Dom. Plenipotentiarium Regiarum Celſitudinum hic præſentem interpoſita Proteſtatione ſpeciali, dictum Inventarium per Spectabiles Dominos Ablegatos Brandenburgicum & Brunsvicenſem nihilominus clauſum & ſubſcriptum fuiſſe; idcirco cauſæ ratio poſtulat, ut omnes deſuper factæ Proteſtationes ſolenniter, uti hisce fit, repetantur, annexa raſervatione expreſſa, quod nomine ſæpius alte citatarum Regiarum Celſitudinum, præfatum Inventarium, non omnes res ad hæreditatem Electoralem pertinentes comprehendens, ſolum pro nuda Deſignatione annotatarum & partim hactenus obſignatarum rerum Mobilium Electoralium habeatur & nullatenus concedatur, ut ulteriori proſecutioni ſive petitioni hæreditatis Electoralis per hancce deſignationem in minimo præjudicium fieri, ſed potius quæcunque Jura competentia reſervata eſſe debeant; ſicuti hisce ulterius reſervatur, ne, quod ſi ſuper inſtanti extraditione rerum annotatarum proxime quittantia exhibeatur, neque vocabulum Inventarii hactenus in Conſcriptione Mobilium uſitatum, neque ipſa Quittantia, ad realiter ſolum accepta per Dom. Plenipotentiarium Mobilia reſtrictive extradita, in damnum ſive diminutionem ulterіorum Jurium per mortem Sereniſſimi Electoris Palatini Caroli in ipſas Regias Celſitudines devolutorum allegentur, vel citari queant. De cætero rogatur, ut hæcce Proteſtatio & Reſervatio pro rei perpetua memoria Notariatus Protocollo inſeratur.

Und in Sachen derer Wild- und Rheingrafen zu Dhaun contra Hanau wurde das über Grafens Friderich Caſimirs zu Hanau

errichtete Inventarium von jenen verworffen, weil darinnen kein Silber-Service, Zinn, Kupfer, Meßing, Eisenwerck, und andere Meubles, rückständige Renten und Gefälle, Frucht und Wein bey denen Aemtern, und andere allda fallende Revenüen, sondern nur die in der Residenz vorräthig gefundene Weine und Rind-Vieh von ein paar Höfen, eingetragen worden seyen. Hanau anwortete darauf: Es komme darauf an: Was dann eigentlich unter die Bona avita, Majoratus & Primogenii zu referiren, so fort dem Successori ex Pacto & Providentia Majorum privative & absque aliquo onere gehörig seye? Hierinn nun gebe die auf die Primogenial-Rechte und Reichs-Observanz gegründete Lehre COCCEJI und GUNDLINGS den besten Ausschlag; wann man nun selbige mit deme vergleiche, was man Hanauischer Seits ad Inventarium gebracht habe, so werde sichs ergeben, daß dessen eher ein merckliches zu vil als zu wenig gewesen seye, bevorab wann man noch oben darauf in Betrachtung ziehen wolle, daß das bißgen Silberwerck, so aus der Hanau-Lichtenbergischen Verlassenschafft dem Grafen Friderich Casimir zu Theil worden, gleich in denen ersten Jahr schon verflogen gewesen, und alles, was nach dessen Tod zum Haus gehörig sich noch vorräthig gefunden, nicht aus der Hanau-Lichtenbergischen, sondern Münzenbergischen Verlassenschafft herrühre, woran der Gegentheil mit einigem Schein Rechtens seiner Forderung halber gar keinen Anspruch machen könne.

§. 202.

Antritt einer Erbschafft cum Beneficio Inventarii.

Weiter ist aus dem Jure privato bekannt, daß, wann ein Erbe besorgt, die ihme angefallene Erbschafft dörffte nicht zu Bezahlung des Erblassers Schulden hinreichen, ihme erlaubt ist, sich bey Antrettung der Erbschafft zu erklären, daß er nicht gehalten seyn wolle, ein mehreres an Schulden zu bezahlen, als so weit sich die Erbschaffts-Activa erstrecken. Eben dises geschiehet nun vilfältig auch bey Reichs-Ständen, nur mit disem Unterschid, daß, gleichwie sich bey ihnen eine gedoppelte Erbschafft, nemlich eine privat- und Staats-Erbschafft, findet, die Onera auch meistens, zum Theil auf diser, zum Theil auf iener, hafften; also gemeiniglich solche Erklärung des Antritts der Erbschafft cum Beneficio Legis & Inventarii nur von der privat-Erbschafft und deren Oneribus gemeint ist.

Wie der letzte Herzog Johann Adolf zu Sachsen-Weissenfels seines Bruders Verlassenschafft cum beneficio Inventarii angetretten habe? siehe im T. Staator. *Tom. 23. p. 384.*

Daß

Daß derer Herzoge zu Sachſen-Coburg, Eiſenberg und Römhild Landes-Succeſſores deren hinterlaſſene allodial-Erbſchafft cum beneficio Inventarii & Legis angetretten haben, erſiehet man aus deren Concluſo d. d. 19. Jul. 1720.

Wie zwiſchen Marckgraf Albrechts zu Brandenburg-Culmbach Landes-Succeſſore, Marckgrafen Georg Friderichen, und Marckgraf Albrechts Creditoren, darüber geſtritten worden ſeye: Ob Marckgraf Georg Friderich, wann er ſeines Vorfahrers Erbe nicht habe ſeyn wollen, deſſen Verlaſſenſchafft, über die von ihme diſſfalls beſchehene Proteſtation, nicht anderſt, als mittelſt Errichtung eines Inventarii, hätte zu ſich nehmen ſollen, u. ſ. w. ſiehe im T. Staator. *Tom. 24. p. 500. ſeqq.*

An unten angezeigtem Ort (1) findet ſich folgendes, ſo ohne Zweifel Churfürſt Friderichen IV. zu Pfalz betraffe. Es wurde nemlich gefragt: Ob dem Churfürſten zu rathen ſeye, ſich der angefallenen Verlaſſenſchafft cum beneficio Inventarii zu unterziehen, oder aber reſtitutionem ad ejusdem confectionem zu ſuchen? Darauf antwortete ein Cameraliſt: 1. Seyen alle Güter, ſo dem Churfürſten von ſeinen Alt-Vatern, Vatern und Vettern, angeſtorben, theils uralte Stamm-theils Lehengüter, & quidem ex pacto & providentia Majorum acquiſita, darunter in effectu hier kein Unterſchid ſeye; wie dann MENOCHIUS hoc ſenſu ſage: a Feudo ad Bona Familiæ recte duci argumentum. Ob nun wohl von denen Rechtsgelehrten communi calculo dahin geſchloſſen werde, quod Hæres cum beneficio Inventarii facto Defuncti contravenire & Feudum ex pacto & providentia a Defuncto alienatum revocare poſſit; ſo halte er doch nicht vor rathſam, die Inventationem Bonorum vor die zu Hand nehmen, ſintemal bey diſem Werck allein dahin zu ſehen ſeye, damit dem Churfürſten an den angeſtellten revocatori-Klagen gegen W. F. N. und L. (die Beſizere derer im Bayriſchen Krieg von Pfalz abgekommenen Stücke,) per omiſſionem Inventarii kein Nachtheil zugezogen werde: Nun diſputiren die Interpretes in ſolchem Fall allein de Hærede eorum, qui alienationem fecerunt, ob nemlich der zur Revocation befugt? Neben dem haben die Chur- und Stammgüter, darum es zu thun, Churfürſt Philipp und ſeine beyde Söhne Ludwig und Friderich in fremde Hände veräuſſert; Pfalz ſeye aber bißhero allezeit in Abrede geweſen, daß Churfürſt

(1) in ſelectiſſ. Jur. Reſponſ. a HOFFMANNO editis. p. 123.

fürſt Friderich III. diſer dreyen Churfürſten und deren Erbens, Churfürſt Ott Heinrichs, Succeſſor univerſalis & Hæres geweſen, welches auch in Rechten nicht übel zu vertheidigen ſeye: Daraus folge, das Churfürſt Friderich III. auch des Inventarii nicht bedörfft, und conſequenter der jezige Churfürſt um ſo weniger damit zu beladen ſeye. Woferne aber deſſen Vaters, Churfürſt Ludwigs, Verlaſſenſchafft reſpiciret werden wolle; ſo habe Herzog Johann Caſimir, als Vormund, dieſelbe ſchon vor vilen Jahren ſimpliciter angetretten, ſeye alſo jezo zu ſpat, des Beneficii Inventarii ſich behelffen zu wollen; & notum eſſe, Pupillum ex facto Tutoris obligari, nec aliter illi ſubveniri, quam per reſtitutionem in integrum, ſi privilegio ætatis uti velit; quod ſi vero ex generali clauſula, ſi qua mihi juſta cauſa, excipere intendat, Tutorem illiusque Hæredem, ſi modo ſolvendo ſint, convenire compelli. Ueber diſes ſeyen vil, und zumalen der gröſte Theil unter denen Rechtsgelehrten, die da wollen, quod Feudum antiquum ex Pacto & providentia, vel etiam mixtum, a defuncto alienatum, hæres revocare poſſit, etiamſi Inventarium non confecerit, 1. quia ad Filium, vel Agnatum hæredem non ex transmiſſione, ſed Lege & providentia, Feudum pertineat, 2. quia ad Feudum veniat Jure, non hæreditarie, 3. quia Defunctus privare eum non potuerit eo, quod ſibi ex beneficio Legis & providentia Anteceſſorum, non etiam ex Facto Defuncti, debeatur; idque tam in Filio, quam Agnato, verum & indubitatum eſſe: Wann man aber, deme zuwider, ſich des Inventarii doch gebrauchen wolle, ſeye aus obigem abzunehmen, daß der Churfürſt anderſt nicht, dann per Reſtitutionem in integrum, ad ejusdem confectionem gelangen möge; welche Reſtitutio am Cammergericht, citatis iis, quorum intereſt, per implorationem nobilis officii zu ſuchen wäre: Aber die Inventatio vor ſich ſelbſt könnte verrichtet werden nach dem gemeinen Landgebrauch, in Beyſeyn eines Notarii und zwey oder drey glaubwürdiger Zeugen. Licet enim Jure communi multæ requirantur Solennitates, eas tamen de conſuetudine non ſervari, & valere Statutum vel conſuetudinem, per quam Solennitates Inventarii remittantur: So ſeye auch nicht vonnöthen, jemand, ſo auſſerhalb der Statt geſeſſen, darzu zu citiren, ſondern es ſeye genug, an deren Stelle tres Teſtes divites, fide dignos & optimæ opinionis, adhiberi.

Von der im Hauſe Anhalt-Bernburg entſtandenen Frage:

Ob

Ob der Sohn von des Herrn Vaters Erbſchafft abſtiniren und nur zu dem Lehen greiffen könne? ſiehe oben, Cap. 12. §. 17.

Daß des Anno 1681. verſtorbenen Landgrafens Wilhelm Chriſtophs zu Heſſen-Bingenheim Erbſchafft durch ſeinen Bruder zu Homburg cum Beneficio Inventarii angetretten worden ſeye, ſcheinet aus COCCEJI (1) zu erhellen.

Ob und wie ferne folgendes mit hieher gehöre? kan ich nicht zuverläßig ſagen: Es wurde nemlich ſub dato Anno 1754. 20. Jun. denen öffentlichen Blättern einverleibt: „Nachdem Se. zu Mecklenburg-Strelitz regierende Herzogl. Durchl. zu Berichtigung des in einiger Unordnung zurückgebliebenen allodial-Nachlaſſes dero weyl. Herrn Vettern, Herzogs Adolph Friderich III. als Anteceſſoris in der Regierung, eine beſondere Commißion nidergeſezt; ſo wird ſolches allen denen, welche, an diſe Verlaſſenſchafft ex quocunque capite einige Anſprache zu machen, ſich berechtiget halten, hiedurch bekannt gemacht, um ſich diſer wegen, binnen drey Monathen à dato an, bey gedachter Commißion allhier zu melden; in Entſtehung deſſen aber eine gänzliche Abweiſung zu gewärtigen ꝛc.„

Die Prinzeßin Maria Ludovica zu Pfalz-Zweybrücken trate ihres Herrn Bruders, Herzog Guſtav Samuels, allodial-Erbſchafft cum beneficio Legis & Inventarii an: Hernach cedirte ſie ſolche Anno 1734. an Pfalz-Zweybrücken gegen ein jährliches Leibgeding.

Herzog Carl Alexander zu Würtemberg trate ſeines Vettern und Vorfahrers, Herzog Eberhard Ludwigs, Verlaſſenſchafft cum Beneficio Legis & Inventarii an.

Daß dem Fürſten von Naſſau-Dillenburg vom Reichs-Hofrath auferlegt worden ſeye, zu erweiſen, daß er die Schweſterliche Verlaſſenſchafft cum beneficio Legis & Inventarii angenommen habe, ſcheinet wahrſcheinlich. (2)

Ein Beyſpil aus dem Hauſe Hanau, da die Erbſchafft cum beneficio Legis & Inventarii angetretten worden iſt, habe ich anderwärts (3) angeführt.

Hieher gehöret auch diſes Reichs-Hofraths-Concluſum:

22. Nov. 1653.

Zu Hohen-Ems Graf Carl Friderich de præſ. 27. Octobr. nechſt-

(1) Deduct in cauſ. illuſtr. p. 1061.
(2) ſ. mein Teutſch. Staatsr. 24. Theil, S. 28.
(3) l. c. Tom. 21. p. 417. und Tom. 24. p. 39.

nechſthin, gratias agit pro reſtitutione in integrum ad beneficium legis & inventarii, mit Beklagen, daß Ihrer Erzherzogl. Durchl. zu Inſprugg von jemand disaffectirenden ungleich fürgebildet worden, als wann gemelte Reſtitution dero Hochlöbl. Erzhaus Oeſterreich habenden Kayſerl. privilegiis zuwider wäre, da doch er und ſein Bruder nit Kläger, ſondern Beklagte in dieſem Schuldweſen, auch unwiderſprechlich unmittelbare Reichs-Grafen und diſes ein perſonal-Werck; als bittet er für ſich und ſeinen Bruder, Ihr Kayſ. Mayi. wollen Sie dahin allergnädigſt recommendiren, daß Ihr Durchl. die erkanndte reſtitution in integrum gleichergeſtalt ſecundirn und ſie dabey handhaben wollen.

In eadem Johann Graaß de præſ. 3. hujus inſtat pro reſolutione Cæſ.

Includatur Ihrer Durchl. mit dem Erſuchen, daß dieſelbe dieſem Grafen die von Ihrer Kayſerl. Mayi. ertheilte reſtitution in integrum auch ihres Orts, weil ſolche zu Erhaltung des von Ihrer Erzherzogl. Durchl. ſelbſten confirmirten Fideicommiſs gereicht, gedeihen laſſen, und ſie dabey ſchüzen.

Was die Gräflich-Oettingen-Wallerſteiniſche Vormundſchafft diſsfalls bey dem Reichs-Hofrath angebracht habe, und darauf reſolvirt worden ſeye, ſihe an unten (1) angezeigtem Ort.

Anno 1567. 28. Jun. lieſſe der Dom-Dechant zu Coſtanz, Freyherr von Freyberg, vor einem Notario folgende Proteſtation einlegen: „Es iſt landkündig, welchermaſſen mein lieber Schwager, David Paumgärtner, Freyherr ꝛc. ſeliger in Zeit ſeines Lebens in Schuldenlaſt erwachſen, derohalben die Röm. Kayſ. Mayi. unſer allergnädigſter Herr mich neben dem Licentiat Bayrn ſelbigen ſeiner nachgelaſſenen Wittib, meiner freundlichen lieben Schweſter, Frau Urſula von Paumgartten, gebohrner von Freyberg, und Ihren Kindern zu gutem zu Curator und Vormundern allergnädigſt geordnet und beeidigen laſſen, derſelben Frauen Beſtes höchſtes und beſtes Fleiß zu ſuchen und Schaden zu warnen: Derohalben ſo thue Ich vor euch Herrn Notarien und gegenwärtigen Gezeugen diſe nachfolgende Proteſtation in optima, receptiſſima & ſolenniſſima proteſtandi forma, und wie die von allen Rechten, geiſtlicher und weltlichen am allerkräfftigſten, bündigſten und fürträglichſten beſchehen oder ſeyn ſoll, kan oder mag, nemlichen von mein ſelbſt auch künfftigen zugeordneten Cu-

(1) cit. Tom. 24. p. 121.

Curators wegen, was ich hievor in meiner Pfleg-Frauen und Kinder Namen in- und auſſerhalb Rechtens gehandelt, gethan oder gelaſſen, ſelbſt oder durch unſere Verordnete, oder wir noch hinführo und folgender Zeit in Ihrem Namen handlen, thun und laſſen werden, daß weder wir ſelbſt, von Ihrentwegen, noch unſere Pfleg-Kinder, uns paternæ hæreditati mit nichten immiſcirt, adirt noch angenommen und wohlermelts Herrn Davids Erbſchafft keineswegs ſucceſſionis hæreditariæ nomine zu unterfahen oder einzulaſſen gedencken, ſondern was von uns ermelter unſer Pflegfrauen und Kinder wegen beſchehen möcht oder wird, das alles beſchicht und wollen wir fürnehmen, handlen und thun zu Erhaltung derſelben unſerer Pfleg-Söhne rechtmäßigen Intereſſe, welches ſie von Lehens- und anderer Gerechtigkeit wegen an und zu obberührten Gütern haben, die wir Ihnen dann in allweg vorbehalten, und an denſelben das wenigſte nit begeben haben wollen, mit dem ferneren Anhang, daß wir zu aller, jeder und ewiger Zeit in allen und jeden Orten und Enden, ſo offt es die Nothdurfft und Geſtalt der Sachen erfordern möcht, oder wird, daß wir allwegen zu allen Zeiten, auch zu allen und jeden fürfallenden Handlungen, wie ſich das immer begeben möcht, dieſe Proteſtation durchaus wieder repetirt und erholt haben wollen. „

Graf Chriſtoph zu Stolberg-Königſtein trate ſeines Bruders Eberhards Verlaſſenſchafft cum ſolenni Proteſtatione & beneficio Inventarii an. (1)

§. 203.

Die reſp. Gräflich-Hanauiſche Landesfolgere, Landgrafen zu Heſſen-Caſſel und Darmſtatt, haben ſich An. 1718. per Pactum ausbedungen, daß ihnen noch bey des lezten Grafens zu Hanau Lebzeiten ein- und anderes von deſſen hinterlaſſender Erbſchafft ſymbolice in diem tradiret werden möchte; es geſchahe auch ſolche Tradition würcklich alſo. Traditio ſymbolica in diem.

Als aber hernach Heſſen-Darmſtatt ſich auf diſe Traditionem poſſeſſionis ſymbolicam in diem bezoge, wollte Heſſen-Caſſel ſelbige nicht gelten laſſen, hauptſächlich darum: 1. Habe ſich der Graf von Hanau dadurch ſeiner bißherigen Poſſeſſion im allergeringſten nicht begeben, ſondern biß in ſeinen Tod vollkommener Herr und Beſitzer bleiben wollen, des Endes er ſich in der Vollmacht ausdrücklich bedungen habe: „Daß ſothane Poſſeſſions-Uebergabe Ihro Röm. Kayſer-

(1) ibid. p. 144.

Kayſerlich- und Königlichen Majeſtät an Dero allerhöchſten Dominio directo keineswegs nachtheilig ſeyn, auch gegen Uns, ſo lange Uns GOtt das Leben friſten wird, auf keine Weiſe exerciret werden, wie ingleichem, wann deſſen Güte Uns noch Leibes-Erben verleihen würde, gänzlich erloſchen = = ſeyn ſolle; „ es ſeye alſo ein bloſſes Spiegelfechten geweſen, weil der Graf die Poſſeſſionem genuinam nach allen ihren Requiſitis vollkommen retinirt, und nicht das geringſte abgegeben habe, welches deſſen Fürſtl. Enckeln hätte tradirt werden können; ſiquidem plures eandem rem in ſolidum poſſidere non poſſint, und MASCARDUS mocquire ſich über eine ſolche Traditionem poſſeſſionis, wo der Tradens noch in vera & genuina poſſeſſione verbleiben wolle; 2. ſeye Babenhauſen je und alle Wege ein unzertrennliches Pertinenz-Stück der Grafſchafft Hanau-Münzenberg geweſen und verbliben; mithin ſeye nicht in des Tradentis Gewalt geſtanden, ſolche an jemand anderes, als an Heſſen-Caſſel, valide zu transferiren, und zu übergeben, ſondern diſe Traditio ſymbolica ſeye offenbar nichtig geweſen: Was ſich aber hierauf theils aus dem oben angeführten Pacto, theils ſonſt ex Jure, repliciren lieſſe, iſt leicht begreifflich; wie dann auch das Cammer-Gericht auf diſen ſchon längſt tradirt- und rechtmäßig ergriffenen Beſiz (wie die Worte des Mandati lauten,) geſprochen hat. Uebrigens findet ſich ein mehreres hievon ſonderlich in der „vorläuffigen kurzen Vorſtellung, wie es um die An. 1729. anmaßlich vorgenommene Traditionem Poſſeſſionis ſymbolicam in diem des Amts Babenhauſen eigentlich bewandt ſeye ꝛc.„ in denen *Act. Hanov. Part. 2. p. 154. ſqq.* (1)

§. 204.

Ergreiffung des Beſizes.

Endlich iſt auch von der Ergreiffung des völligen Beſizes einer angefallenen Erbſchafft etwas zu ſagen (2), und diſe Materie iſt um ſo wichtiger, je mehr Vortheil oder Nachtheil es öffters ſchaffen, wann man darinn fürſichtig oder unfürſichtig verfähret.

Ob die Poſſeſſio bey Land und Leuten auf die Succeſſoren ipſo iure ohne Apprehenſion übergehe? wurde An. 1766. nach Abſterben der Leiningen Heidesheimiſchen Linie geſtritten, und am Cammergericht dafür gehalten (3): Wo nichts beſonderes deßwegen verglichen oder Herkommens ſeye, nein.

Als An. 1736. der lezte Graf zu Hanau ſtarb, ſuchten Heſſen-Caſſel

(1) add. das Famil. Staatsr. 1. Cap. §. 7.
(2) ibid. §. 5.
(3) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 72. Theil, S. 65.

Caſſel und Heſſen-Darmſtatt jedes dem andern in Ergreiffung des Beſizes deſſen, was es gerne hätte haben wollen, zuvor zu kommen; und es iſt in meinem Teutſch. Staatsrecht, *Tom. 26. p. 202.* biß *220.* umſtändlich zu leſen, was hierinn vorgegangen ſeye. Ob und wie ferne nun diſe alſo ein- und anderer Seits ergriffene Poſſeſſio in Rechten zu behaupten ſeye oder nicht? darüber iſt beederſeits viles geſchriben worden. Unter anderm hat die Juriſten-Facultät zu Straßburg die Darmſtättiſche Beſiz-Ergreiffung ex Jure vertheidiget; Heſſen-Caſſel hingegen hat bey dem Cammer-Gericht in ſeine Exceptiones ſub- & obreptionis viles dagegen einflieſſen laſſen: Nun hat zwar das Cammer-Gericht, wie wegen Babenhauſen, ſo auch wegen der mobiliar-Verlaſſenſchafft, in poſſeſſorio gegen Caſſel geſprochen: Da aber diſes es dahin zu bringen gewußt hat, daß man von Reichswegen die Sache ad Auſtregas Domus verwiſen hat; ſo iſt auch ſothaner Spruch von keiner Würckung geweſen. Ein vil mehreres dergleichen findet ſich in denen reciproquen Deductionen wegen diſer Succeſſions-Sache.

Und ſo trifft man auch andere ſolche (reſp. merckwürdige) Berichte von Poſſeſſions-Ergreiffungen verſchidener Erbſchafften an in denen Deductionibus wegen der Brandenburg-Onolzbachiſchen Succeſſion in der Grafſchafft Sayn und daraus in meinem Staats-Recht diſer Grafſchafft *Cap. 2.* ferner in denen Löwenhauptiſchen Deductionen wegen Bretzenheim, und in vilen anderen Orten mehr.

§. 205.

Manutenenz.

Wann die Allodialerben in deme, was ihnen, proviſorie oder definitive, zuerkannt worden iſt, von dem Landesfolger turbiret werden, kommt ihnen der Kayſer mit einer Manutenenz-Commiſſion zu ſtatten.

So erhielte, nach Abgang des Naſſau-Hadamariſchen Mannsſtammens, die Wittwe, wie auch deren Tochter und Erbin, nachmals vermählte Marquiſin von Weſterloo, An. 1721. 11. Dec. und 1723. 19. Jul. eine Kayſerliche Manutenenz-Commiſſion. (1)

Dieſelbige wurde auch An. 1725. 20. Aug. (2) zwar nochmals beharret, zugleich aber auch denen Allodialerben aufgegeben, ſich derſelbigen nicht zu mißbrauchen, noch ſie zu weit auszudehnen, dem Commiſſario aber vorgeſchriben, wie er ſich diſſalls zu verhalten habe.

Anno 1747. 2. Mart. (3) wurde ſolche Manutenenz-Commiſ-

(1) ſ. merckw. R. Hofr. Concl. 5. Theil, 462. S.
(2) l. c. 7. Band, 16. S.
(3) Staatsſchrifft. unter K. Franz. 5. Band, S. 444.

sion auf Chur-Pfalz und Braunschweig-Wolfenbüttel erneuert.

Anno 1748. 12. Sept. (1) hingegen wurde sie, auf das von Oranien-Nassau, als Landesfolgern, gethane Versprechen, und unter denen Demselben vorgeschribenen Bedingungen, biß auf weitere Kayserliche Verordnung, wiederum suspendirt.

§. 206.

Cession. Anno 1622. 2. Maji cedirte Sibylla, verwittwete Marggrafin zu **Burgau**, gebohrene Herzogin zu **Jülich**, ihre an die Jülchische Succession habende Forderung, mit Consens Kayser Ferdinands II. und Erz-Herzog Leopolds zu Oesterreich, Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm zu Neuburg vor 30000. fl.

Wie der Reichs-Hofrath die von Lippe-Alverdissen beschehene Cession seiner Erbsportion der Brackischen Succession an Lippe-Detmold mißbilliget habe, sehe man in dem **Teutsch. Famil. Staator. Cap. 3. §. 23.**

§. 207.

Verlassene Erbschafft. Ein rares Beyspil, da zu eines verstorbenen Reichsfürstens allodial- und mobiliar-Verlassenschafft sich Niemand als Erben angegeben hat, und wie es solchen Falles von dem Reichs-Hofrath gehalten worden seye, sehe man oben bey **Nassau. Siegen.**

§. 208.

Erbschafft einer privat-Person ꝛc. Anhangsweise gedencke ich hierbey nur mit einem Wort folgender Schrifft und der darinn abgehandelten Materie:

AYRER (Ge. Henr.) Progr. de Principe, Hærede Privati. Göttingen, 1756. 4. v. Götting. gel. Anz. *1756. n. 69.*

Mir seynd selbst Fälle bekannt, da privat-Leute Fürstliche Personen zu Erben eingesezet haben:

Dieselbe werden aber solchen Falls als Repräsentanten ihres Erblassers angesehen und behandelt; doch können sich Umstände ereignen, da ihre persönliche Würde mit dabey in Betracht gezogen werden muß.

Hinwiederum gibt es auch, ob gleich seltene, Beyspile, da privat-Personen Fürstliche Erben worden seynd.

Von einem Fürsten, der seine Domestiquen und Bediente zu seinen Haupterben eingesezet hat, und einem darüber entstandenen Streit, kan bey dem Freyherrn von CRAMER (2) nachgesehen werden.

(1) l. c. 8. Band, 115. S.
(2) Opusc. Tom. 2. p. 565. sqq.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS.

Register.

Digitized by Google

Regiſter.

Wo eine Zahl allein ſtehet, bedeutet ſie den erſten Theil; wo aber 2. voranſtehet, den zweyten.

A.

Abbittung, der Vormundſchafft 503
Abdanckung; ſ. Reſignation.
Abfaſſung der Wahlcapitulationen 90
Abgekommenens Vindicirung 2, 237
Ab inteſtato Erben eines Geiſtlichen 2, 372. eines Weltlichen 2, 408
Abkürzung, des Termins der Volljährigkeit 589
Abſezung, Cath. Geiſtlichen 238
Abſicht, der Coadjutorien 203
Abſolutorium, eines Vormünders 543
Abſterben; geiſtlicher R. Stände 233. 2, 239. eines Vormünders 531. weltlicher R. Stände 2, 240
Abts- und Abtißin; Eigenſchafften 72. Wahlen 88. Confirmation und Benedicirung 164. Teſtamente 2, 258
Abweſende, bey den Wahlen 54
Abweſenheit, des Landesherrns; Landesregierung während ſolcher 2, 61. und Hofgottesdienſt 2, 113. wem die Einkünffte ſo dann zufallen 2, 116
Aciva; ſ. auch: Capitalien; conſumirte; wohin zu rechnen 2, 582
Actus, der Wahl 79. 209
Adminiſtration; ſ. auch: Regierung; des Landes und der Vormundſchafft getheilt 520. Uebergebung der Regierung in eine Adminiſtration 666
Adminiſtratores minderjähriger Geiſtlichen 185. ſ. auch: Stiffts ꝛc.
Aenderung der Umſtände, nach errichteten Teſtamenten 2, 332
Agnaten; ſ. auch: Churfürſten; Collateral; Verwandte; Vettern; Sorge für die Vormundſchafft 470. Vormündere 485
Agnition; ſ. Erkennung.
Allodial-Erben; deren Concurrenz zur Schuldenzahlung 2, 183
Allodial-Erbſchafft; ſ. privat-Erbſchafft.
Alter, eines Vormunds 488
Anfechtung, der Teſtamenten 2, 356
Anhalt; Vormundſchafft, 337.

Majorennität, 574. Regierungsantritt 2, 22. Hofgottesdienſt 2, 97. Schulden 2, 38. Teſtamente 2, 282. väterliche Erbſchafft 2, 389. der Gemahlin ꝛc. 2, 437
Annaten. Päbſtliche 168. Biſchoffliche 174
Anſtalten zur Begräbniß 2, 243
Antritt, der Vormundſchafft 517. der Regierung 2, 1. einer Erbſchafft cum Beneficio Legis & Inventarii 2, 588
Apanagirte; ſ. Nicht regierende.
Art, zu verfahren ꝛc. ſ. *Modus*.
Artillerie; ſ. Geſchüz.
Aßiſtenten, vormundſchafftliche 503
Aufenthalt im Land, des Regentens 2, 73
Ausfertigung, der Veniæ ætatis 605
Ausforderung, eines R. Standes 2, 58
Ausſchlieſſen von der Wahl, ob der Kayſer Jemand könne 65
Ausſtände; ſ. Reſtanten.
Ausſteuer, Vererbung 2, 500
Auswärtige; ſ. auch: Fremde. Ihre Einmiſchung in Vormundſchafftsſachen 474

B.

Baares Geld; ſ. Geld.
Baden; Vormundſchafft 337. Majorennität 574. Suſpenſion eines Regentens 614. Niderlegung der Regierung 669. väterliche Erbſchafft 2, 391. der Gemahlin ꝛc. 2, 437. der Collateralen 2, 517. Statthalter 2, 65. Schulden 2, 138. Teſtamente 2, 284
Bayern; Vormundſchafft, 297. Majorennität, 562. Niderlegung der Regierung 667. Regierungsantritt 2, 19. Statthalter 2, 64. Schulden 2, 123. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 216. Teſtamente 2, 261. väterliche Erbſchafft 2, 376. der Gemahlin ꝛc. 2, 414. der Collateralen 2, 507. Scheidung der Staats-ꝛc. Erbſchafft 2, 533
Bedingte Wahl 88
Begräbniß, der R. Stände, 2, 238. einer Gemahlin ꝛc. 2, 502
Benedicirung eines Abts ꝛc. 164
Beneficium Legis & Inventarii. 2, 588
Bentheim, Vormundſchafft. 559. Hofgottesdienſt 2, 100. Schulden 2, 160. Teſtamente 2, 299. Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 461
Bergtheile und Bergwercke; ob ſie zur Staats-ꝛc. Erbſchafft gehören 2, 579
Bentinck; Schulden 2, 176
Berlepſch; Schulden 2, 161
Beſchwerden, über die Annaten 171
Beſiz-Ergreiffung einer Erbſchafft 2, 594
Beſtändige Wahlcapitulationen 93
Beſtättigung; ſ. Confirmation.

Beſtellung, der Vormundſchafften 456
Beſtrafung; ſ. Strafen.
Bewegliche Güter, ſ. Meubles; Mobilien.
Bezahlung; ſ. Zahlung.
Bibliothequen; ob ſie zur Staats-Erbſchafft gehören 2, 580
Biſchöffe; deren Wahl ꝛc. ſ. Wahl ꝛc. ihre Annaten 174
Blödſinnige; deren Suſpenſion von der Regierung 664
Böhmen; ſ. Oeſterreich.
Brandenburg; Vormundſchafft, 329. Majorennität 566. Niederlegung der Regierung 668. Regierungsantritt 2, 21. Statthalter 2, 64. Schulden 2, 132. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 218. Teſtamente 2, 273. väterliche Erbſchafft 2, 382. der Gemahlin ꝛc. 2, 427. der Collateralen 2, 512. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 549
Braunſchweig; Vormundſchafft, 335. Majorennität, 570. Niederlegung der Regierung 669. Regierungsantritt 2, 22. 23. Hofgottesdienſt 2, 99. 101. Schulden 2, 137. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 222. Teſtamente 2, 281. väterliche Erbſchafft 2, 386. der Gemahlin ꝛc. 2, 434. der Collateralen 2, 516
Breve Eligibilitatis 69
Brüder; Vormündere 484
Bürgſchafften 2, 193
Bullen, Päbſtliche, für neuerwählte Geiſtliche 150

C.

Camerale; ſ. auch: Schulden; deſſen Beſorgung währender Sedisvacanz 272. Ev. geiſtlicher R. Stände, 2, 114. catholiſcher, 2, 115. weltlicher 2, 116
Cammergericht; deſſen Praxis in Vormundſchafftsſachen 515
Candidaten, zu Coadjutorien 208
Canzleyceremoniel, der Ev. geiſtlichen R. Stände, 2, 40
Capitalien (activ.) ob ſie zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehören, 2, 575
Capitul; deren Conſens zu einer Coadjutorie 205. und Reſignation 237. Ob und quo jure ſie die Regalien Sede vacante verwalten 273
Capitulation; ſ. Wahlcapitulation.
Caſtell; Vormundſchafft, 385. Majorennität 582. Schulden 2, 161. Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 462
Catholiſche; ſ. auch: Ceremonien; Geiſtliche, deren Wahl und Poſtulation 31
Ceremoniel; ſ. auch: Actus; Canzley-Ceremoniel; bey Reſignationen 237. der R. Stände, 2, 60. 91. bey Begräbniſſen 2, 246
Ceremonien, catholiſche bey Begräbniſſen 2, 245

Ceßion, der Vormundſchafft, 531. einer Erbſchafft 2, 596
Chur, Stifft; ſtreitige Wahl 128
Churfürſten; Vormundſchafften, 456. 493. Majorennität, 584. der Churfürſtlichen Agnaten 587
Clauſula, codicillaris, 2, 322. ſonſtige bey Teſtamenten 2, 326
Coadjutoren; Ev. Geiſtlichen, 196. Catholiſcher 202
Coadminiſtrator, Cath. Geiſtlichen 186
Codicille; ſ. auch: Clauſul 2, 325
Cölln; ſtreitige Wahl 135. Suspenſion eines Regentens 614. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 213
Cognitio cauſæ, vor Beſtättigung der Vormundſchafften 513
Collateral-Verlaſſenſchafft 2, 506
Colliſion, der Normen in gewiſſen Erbſchafftsſachen 2, 490
Commendam (in) gegebene Stiffter 195
Commiſſarien, Kayſerliche bey den Wahlen 65. 209
Communication; ſ. auch: Edition; der Urkunden, bey Scheidung der Staats- und privat-Erbſchafft 2, 583. der Erbſchafft-Inventarien 2, 585
Compactaten; ſ. Landesfreyheiten.
Concept, eines Teſtaments 2, 323
Concurrenz, der Mit- und Unter-Vormündere 502. mehrerer Vormündere 519. der Allodialerben zur Schuldenzahlung 2, 183
Concurſe 2, 187
Conditionirt; ſ. bedingt.
Confirmation, Ev. Geiſtlichen, 141. Catholiſcher, 142. der Coadjutoren 219. des Sede vacante verhandelten 279. der Vormundſchafften 506. der Contracte 2, 194. der Teſtamente 2, 328
Conſecration, Cath. Geiſtlichen, 161
Conſenſe, zu einer Coadjutorie 204. u. f. zu einer Reſignation 237. zu Teſtamenten 2, 325
Conſiſtorium, Päbſtliches; der Wahlen Vortrag darinn 146
Contracte, der R. Stände 2, 187
Creditor, ob er Vormund ſeyn könne? 496
Creuzvortragung 2, 45
Crönung, 2, 13
Curandus; ſ. Pupill.
Curatorium; ſ. *Tutorium*.

D.

Dames; ſ. auch: Weibliches Geſchlecht. Venia ætatis für ſie 609
Debitor, ob er Vormund ſeyn könne? 496
Decharge; ſ. Abſolutorium.
Deteriorationen, bey Erbſchafften 2, 502. 583
Diſpenſation, in Anſehung eines minderjährigen cath. Geiſtlichen 189. ein Teſtament machen zu dörffen 2, 256
Diſpoſitionen; ſ. Elterliche.
Domherrn; ihre Spolien 2, 367
Doppelte Wahlen 88
Duell; ſ. Ausforderung.

E.

E.

Edition; ſ. auch: Communication; der Teſtamente 2, 334. der Erbſchaffts-Inventarien 2, 585
Eheloſer Stand der Cath. Geiſtlichen 2, 45
Ehepacten; eine Norm in Erbſchafftsſachen 2, 488
Eheſtand; ſ. Vermählung.
Ehrerbietung; ſ. Reſpect.
Eichſtätt. R. Hofraths-Concluſum wegen daſiger Wahlcapitulation 114
Einkünffte, Ev. Geiſtlichen 2, 114. Catholiſcher 2, 115
Einſtandsrecht. 2, 193
Einwendungen; ſ. Recuſirung.
Einzug, eines neuen Regentens 2, 4
Election; ſ. auch: Wahl. Was? 68
Eligibel, wie einer zu machen 62. 69
Elterliche Diſpoſitionen; eine Norm der Vormundſchafften 464. wegen der Veniæ ætatis 601
Endigung, der Vormundſchafft, 528. deren Bekanntmachung 532
Enterbung 2, 334. 342
Entſcheidung ſtreitiger Wahlen Ev. Geiſtlichen 31. bey Catholiſchen 125
Entſezung, der Vormundſchafft 531. der Regierung 656
Epitaphia. 2, 252
Erbach; Vormundſchafft. 386. Schulden 2, 161. Teſtamente 2, 299. Erbſchafft 2, 397. Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 463. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 557
Erbämter, der R. Stände 2, 85
Erbeinſezung 2, 336. 349
Erbfolge, Geblüts-Erbfolge 283. catholiſcher Geiſtlichen 2, 46
Erblande, der Ev. geiſtlichen R. Stände 2, 42
Erbſchafftsſachen; Religionsclauſul dabey 2, 96. Ev. geiſtlicher R. Stände, 2, 364. catholiſcher, 2, 366. weltlicher. 2, 375
Ergreiffung des Beſizes; ſ. Beſiz.
Erkennung der Teſtamenten 2, 354
Ernennung der Adminiſtratorum in ſpiritualibus 185
Erneuerung der Vormundſchafft 516
Errichtung, der Wahlcapitulationen 92. der Erbſchafftsinventarien 2, 584
Erwählt werden könne, wer? 55
Erziehung des Pupillens 521
Erzſtiffter; ob Einer zwey beſizen könne 62
Evangeliſche geiſtliche R. Stände; ihre Wahl und Poſtulation. 16. ſ. auch vile ſpecial-Rubriquen.
Exceptiones; ſ. auch: Recuſirung. non numeratæ pecuniæ. 2, 192
Excluſiva; ſ. Ausſchlieſſen.
Execution, der Teſtamenten. 2, 327. 334. 355
Expectivirter auf ein Stifft 202

Eyde; Ev. Geiſtlichen, 27. Catholiſcher 156. 2, 9. der Vormünder 514. der R. Stände in Contractſachen 2, 192

F.

Facta; ſ. Handlungen. In Schuldenſachen kommt vil darauf an 2, 178

Familie, der Ev. geiſtlichen R. Stände 2, 42

Familien-Begräbniſſe 2, 241

Familienherkommen; eine Norm des R. St. privatrechts. 7. Verträge; eine Norm der Vormundſchafften 448

Familienverträge, wegen der Vormundſchafften 462

Feyerlichkeiten; ſ. Solennitäten.

Fideicommiſſe; 2, 338. mütterliches 2, 497

Form; ſ. auch: Actus. der Wahl Ev. Geiſtlichen 25. der Cath. Conſecration 163

Forum, in Vormundſchaffts-ſtreitigkeiten 474. in Contractſachen der R. Stände 2, 203. in Verbrechen derſelben 2, 208. in Erbſchaffts-ſachen eines geiſtlichen R. Standes 2, 273. bey Scheidung der Staats- und privat-Erbſchafft 2, 583

Franckreich; Wahlſachen der unter Demſelben ſtehenden Stiffter 58

Fremde; ſ. auch: Auswärtige; Vormündere 493. deren Zulaſſung zum Gottesdienſt 2, 113

Freyheit der Wahlen 63. der Religion 2, 95. zu teſtiren 2, 315

Freyſingen; ſtreitige Wahl 137

Frohnen; ſ. Hofſtaatsfrohnen.

Fructus pendentes; ob ſie zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehören 2, 579

Fugger; Vormundſchafft, 391. Majorennität, 582. Schulden 2, 161. Teſtamente 2, 300. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 558

Fürſten; deren Gräfliche Vormundſchafften 493

Fürſtenberg. Vormundſchafft 340

Fulda; ſtreitige Wahl 130. Abſezung eines Abts 244

G.

Gandersheim; Wahlſachen 21

Garde; ſ. Leibwache.

Gattungen; der Vormundſchafften 450. der Verbrechen der R. Stände 2, 206. der Teſtamente 2, 322

Gebäude; deren Meubles; ſ. Meubles.

Geblüts-Erbfolge 283. Vormundſchafft; 464

Geburtsſtand, der Cath. Geiſtlichen 60

Gefangenſchafft, Cath. geiſtlicher R. St. 2, 46. weltlicher 2, 60

Gehülffen; ſ. Regierungsgehülffen.

Geiſtliche; ob ſie Vormünder ſeyn können 490

Geiſtliche Güter; ſ. Mittelbare.

Geiſtliche R. Stände; 14. ſ. auch: Catholiſche; Erbſchafft; Evangeliſche.

Geiſtliche Sachen; deren Beſorgung während der Sedisvacanz 272

Geiſt-

Geiſtlicher Stand; ſ. Stand.
Geiſtlicher Vorbehalt; ſ. Vorbehalt.
Gelangung zur Regierung; ſ. Weltliche R. Stände.
Geld, baares; ob es zur Staats-ꝛc. Erbſchafft gehöre 2, 574
Geldaufnahm, der R. Stände 2, 197
Gemählde; ob ſie zur Staats-ꝛc. Erbſchafft gehören 2, 580
Gemahl; ſeine Verlaſſenſchafft 2, 414. 495
Gemahlin Vormundſchafft 483. Begräbniſſe 2, 252. Teſtamente 2, 322. Verlaſſenſchafft 2, 414
Gemeine Rechte; ſ. Rechte.
Gemeinſchafftliche Teſtamente 2, 316
Gerade 2, 501
Gerichtsſtand; ſ. Forum.
Geringere Perſonen, ob ſie Vormündere ſeyn können? 496
Geſchmuck; ob er zur Staats-Erbſchafft gehöre 2, 576
Geſchüz; ob es zur Staats-ꝛc. Erbſchafft gehöre 2, 577
Glaubensbekenntniß, eines Cath. Geiſtlichen 145
Goldgeſchirr; ob es zur Staats-ꝛc. Erbſchafft gehöre 2, 577
Grade, der Verbrechen der R. Stände 2, 208
Grafen; deren Vormundſchafften 493. 494
Gravirung, eines Regierungs-Nachfolgers 2, 350
Großeltern; Diſpoſition wegen der Vormundſchafft 467. Vormundſchafft 483
Gründe; ſ. auch: Norm. die Wahlen anzufechten 128
Güter, geiſtliche; ſ. Mittelbare.
Gumpenberg. Vormundſchafft 394

H.

Halb-untüchtiger Regenten Regierungsgehülffen 612
Hanau; Schulden 2, 161. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 229. Scheidung der Staats-ꝛc. Erbſchafft 2, 558
Handlungen, eines Vormunders; deren Verbindlichkeit 541. eines Regierungs-Vorfahrers; ſ. Regierungs-Nachfolger.
Hazfeld; Vormundſchafft 595. Teſtamente 2, 301. Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 464.
Helffenſtein; Scheidung der Staats-ꝛc. Erbſchafft 2, 565
Herford; Wahlſachen 17
Herkommen; ſ. Familien; allgemeines, eine Norm des R. St. privatrechts 7. Umſtände, worauf bey dem beſonderen zu ſehen 2, 490. ſ. auch: R. Herkommen.
Heſſen; Vormundſchafft, 340. 546. Majorennität 575. Niderlegung der Regierung 669. Regierungsantritt 2, 23. Statthalter, 2, 66. Hofgottesdienſt 2, 98. 99. 105. Schulden 2, 140. Verbindlichkeit eines Re-

gierungs-Nachfolgers 2, 218. 223. Testamente 2, 286. väterliche Erbschafft 2, 391. der Gemahlin ꝛc. 2, 438. der Collateralen 2, 517. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbschafft 2, 549.
Heurathguths Vererbung 2, 498
Hildesheim; Coadjutoriesachen 225. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 213
Hochzeitgeschencke Vererbung 2, 500
Hofbefreyte. 2, 90
Hofcapellen und Kirchen 2, 111
Hofceremoniel 2, 91
Hofdienste 2, 85
Hofgottesdienst, eines andern Rel. Verwandtens Regentens 2, 96
Hofoeconomie; s. Camerale.
Hofprediger 2, 113
Hofstaat, der geistlichen R. Stände, 2, 82. der weltlichen 2, 83. dessen Religionsübung 2, 113
Hofstaatsfrohnen. 2, 91.
Hohenems; Niderlegung der Regierung 670. Schulden 2, 163
Hohenlohe; Vormundschafft, 395. Majorennität, 583. Niderlegung der Regierung 671. Hofgottesdienst 2, 101. Schulden 2, 163. Testamente 2, 301. Gemahlin ꝛc. Erbschafft 2, 464.
Hohenzollern, Vormundschafft 373. Majorennität, 582. Schulden 2, 156. Testamente 2, 296. Gemahlin ꝛc. Erbschafft 2, 452
Holstein; Vormundschafft, 345. Majorennität, 579. Regierungsantritt 2, 24. Statthalter 2, 66. Schulden 2, 142. Contractsachen 2, 204. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 224. Testamente 2, 290. väterliche Erbschafft 2, 393. der Gemahlin ꝛc. 2, 440. der Collateralen 2, 523
Honorarii &c. s. *Tutores.*
Huldigung; vormundschafftliche 524. an einen neuen Regenten 2, 10. 14

J.

Jagdzeug; ob er zur Staats- ꝛc. Erbschafft gehöre 2, 580
Immobilien; s. Unbeweglich.
Injurien, der R. Stände gegen Andere 2, 59. gegen den Regenten. s. Respect.
Instruction, der Vormündere 522
Interims-Administration Ev. Stiffter 31
Inthronisirung, Ev. Geistlichen 142. Catholischer 225
Intriguen, bey Coadjutorien 208
Inventarium, vormundschafftliches 523. über der R. Stände ꝛc. Verlassenschafft 2, 584
Johannitermeister; Coadjutoriesachen 225. Testamentssachen 2, 257
Jus Canonicum; dessen Gebrauch bey Ev. geistlichen Wahlen 22
Justizverbrechen 2, 207
Juwelen; s. Geschmuck.

K.

Kayser; seine Rechte bey Ev. geistlichen Wahlen, 24. bey Catholischen;

ſchen; ob Er Jemand ausſchlieſſen könne? 65. Commiſſarien 65. 209. Verordnungen wegen der Wahlcapitulationen 109. was Er bey ſtreitigen Wahlen thun könne? 126. confirmirt Ev. Geiſtlicher Wahlen 141. und Coadjutorien 199. Erinnerung wegen einer Coadjutorie 207. Sorge für die Vormundſchafften 472. obriſte Vormundſchafft 499. gibt Veniam ætatis 590. ob auch motu proprio 603. ſein ehemaliges mobiliar-Erbrecht bey Geiſtlichen 2, 366

Kinder; ſ. auch: Unſtandesmäßige ꝛc. zu Biſchoffen erwählte 177. 187. Verlaſſenſchafft 2, 503

Kirchberg; Teſtamente 2, 302

Klagen über die Regierungen Sede vacante 278

Kleider; welche zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehören 2, 576

Königseck; Niderlegung der Regierung 671. Schulden 2, 164. Teſtamente 2, 303

Koſten, der Päbſtl. Confirmationen; Concurrenz darzu 154. Begräbnißkoſten 2, 248

Kunſtkammern; ob ſie zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehören 2, 580

L.

Land; des Regentens Aufenthalt darinn 2, 73

Landescollegien Verhalten in Vormundſchaffts-Streitigkeiten 474

Landesfreyheiten; deren Confirmation 2, 10. 14

Landesherrn, beſtellen Vormundſchafften 472

Landespräſenten, an einen neuen Regenten 2, 10. 36

Landesregierung; ſ. auch: Regierung; bey Abweſenheit des Landesherrns 2, 61

Landesverträge, wegen der Vormundſchafften 463

Landreiſen, landesherrliche 2, 91

Landſtände, Rechte bey Vormundſchafften, 544. ob ſie ſolche führen können? 498. Rechte und Pflichten bey Abſterben des Landesherrns, 2, 253. bey deren Teſtamenten 2, 359

Landtrauer 2, 247

Legale Vormundſchafft 469

Legaten 2, 340

Legitima; 2, 343. deren Berechnung 2, 410

Legitima Tutela; ſ. Gebürts ꝛc.

Lehen; deſſen Scheidung vom Eigenthum 2, 533

Lehenherrn; beſtellen Vormundſchafften, 472. oder confirmiren ſie, 516. ob bey ihnen Venia ætatis zu ſuchen? 607

Lehenhofdienſte 2, 85

Lehensverbrechen 2, 207

Leibwache, der geiſtlichen Reichs-Stände, 2, 88. der weltlichen 2, 88

Leiningen; Vormundſchaffe 397. Schulden 2, 165. Teſtamente 2, 303.

2, 303. der Gemahlin ꝛc. Erbschafft 2, 467. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbschafft 2, 565
Leiningen-Westerburg; Vormundschafft, 398. Schulden, 2, 165. Testamente 2, 303
Leyen; Vormundschafft, 398. Majorennität 583
Lezter, eines Hauses 2, 245
Lichtenstein; Vormundschafft 374
Limburg; Schulden 2, 165. Testamente 2, 304. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbschafft 2, 566
Limburg-Stirum; Vormundschafft 399. Testamente 2, 304. der Gemahlin ꝛc. Erbschafft 2, 467
Lippe; Vormundschafft 400. Schulden 2, 165. Testamente 2, 304. väterliche Erbschafft 2, 398. der Gemahlin ꝛc. 2, 468. der Collateralen 2, 527
Lobkowiz; Vormundschafft 374
Löwenstein; Vormundschafft 403. Niederlegung der Regierung 673. Schulden 2, 166. Testamente 2, 306. der Gemahlin ꝛc. Erbschafft 2, 468. der Collateralen 2, 527
Lübeck; Wahlsachen 17
Lüttich; streitige Wahlen 136. 138. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 214
Lustgärten 2, 82

M.

Majorennität 559
Mandata ad contrahendum 2, 190
Mannsfeld; Vormundschafft, 409 Majorennität, 583. Schulden, 2, 167. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbschafft 2, 566
Manutenenz, Mittel der Testamente 2, 327. und Erbschafften 2, 503. 595
Marck; Vormundschafft 412
Marstall; ob er zur Staats- ꝛc. Erbschafft gehöre? 2, 578
Materialia der Testamenten 2, 354
Mecklenburg; Vormundschafft, 348. Majorennität, 580. H. Carl Leopolds Suspendirung von der Regierung 628. Regierungsantritt 2, 25. Hofgottesdienst 2, 98. Schulden 2, 145. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 225. Testamente 2, 290. väterliche Erbschafft 2, 393. der Gemahlin ꝛc. 2, 445. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbschafft 2, 550
Meliorationen, bey Erbschafften 2, 502. 583
Metternich; Vormundschafft 412
Meubles; s. auch: Mobilien; der Gebäude; ob sie zur Staats- ꝛc. Erbschafft gehören? 2, 576
Minderjährige, Geistliche; Ev. 175. Cath. 185. Wer? 445. Vormundschafft der übrigen 529. ihre Contracte 2, 190
Minorenne; s. Minderjährige.
Mißbrauch der Wahlcapitulationen 108
Mitregenten; s. Regierungsgehülffen.
Mittelbare geistliche Güter; ob der geistliche Vorbehalt auf sie applicabel seye? 268

Mitvormündere 501
Mobiliar-Erbrecht, ehemaliges des Kayſers 2, 366
Mobilien; ſ. auch: *Meubles*; was? 2, 572
Modus, Adminiſtrationis, Sede vacante 277. procedendi in Vormundſchafftsſachen 475. die Publica bey Vormundſchafften zu tractieren 524. der Schuldenzahlung 2, 182. wegen Verbrechen gegen R. Stände 2, 209
Montfort; Schulden 2, 168
Morgengabe Vererbung 2, 500
Münſter, ſtreitige Wahlen 131. 137. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 214
Münzcabinete; ob ſie zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehören? 2, 575
Mütterliche Diſpoſition wegen der Vormundſchafft 469. Vormundſchafft 477. Erbſchafft; ſ. Gemahlin; Wittwe.
Mutuum; ſ. Geldaufnahm.

N.

Nachfolger; ſ. Reg. Nachfolger.
Nachgebohrene; wer ihrer Kinder Vormundſchafft beſtelle? 475 Begräbnißſachen 2, 252. Teſtamente 2, 322
Namen, der Vormündere 444. der weltlichen R. Stände 2, 46
Naſſau; Vormundſchafft, 374. Majorennität 582. Fürſtens zu N. Siegen Suſpenſion von der Regierung 615. Schulden 2, 157 Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 228. Teſtamente 2, 296. väterliche Erbſchafft 2, 395. der Gemahlin ꝛc. 2, 453. der Collateralen 2, 524. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 555
Natürliche Vormundſchafft 476
Natürlicher Kinder, mütterliche Erbſchafft 2, 497
Naturalien-Vorrath; ob er zur Staatserbſchafft gehöre? 2, 579
Nicht regierende Herrn. Ihr Hofgottesdienſt 2, 110. Venia ætatis 608
Niderlegung; ſ. Reſignation.
Norm, des R. St. privatrechts; z. in Vormundſchafftsſachen 448 des Hofgottesdienſtes 2, 106. in Contract ꝛc. ſachen 2, 189. bey Teſtamenten 2, 312. bey Erbſchafftsſachen der Gemahlinin ꝛc. 2, 488. bey Scheidung der Staats- und privat-Erbſchafft 2, 569
Notification der Wahl 89
Nuzen der Wahlcapitulationen 106

O.

Obervormundere 500
Obriſtvormundſchafft; Kayſerliche 499
Obſignationen 2, 240
Oeconomie; ſ. Cameral.
Oeſterreich; Vormundſchafft, 293. 544. Majorennität, 561. Niderlegung der Regierung 666. Regierungsantritt 2, 14. Statthaltere

haltere 2, 63. Schulden 2, 123. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 215. Teſtamente 2, 259. väterliche Erbſchafft 2, 375. der Gemahlin ꝛc. 2, 414. der Collateralen 2, 506. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 533

Oettingen; Vormundſchafft 413. Schulden 2, 168. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 229. Teſtamente 2, 306. der Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 472. Scheidung der Staats-ꝛc. Erbſchafft 2, 566

Offentlicher Gottesdienſt, eines Herrns anderer Religion 2, 113

Onera, der Staats- und privat-Erbſchafft 2, 582

Orden, der geiſtlichen R. Stände, 85. der weltlichen 86

Ordenszeichen; deren Zurückſendung 2, 241

Ordination, der Ev. Geiſtlichen 141

Oreingerien; ob ſie zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehören? 2, 579

Ortenburg; Vormundſchafft 416 Majorennität 583

Osnabrück, Wahlſachen 18. Streit wegen der Stifftsadminiſtration währender Minorennität 178. und Sedisvacanz 271. Verlaſſenſchafft eines Evangeliſchen Biſchoffs 2, 365

Oſtein; Vormundſchafft 416

Oſtfrießland; Vormundſchafft 557 Regierungsantritt 2, 25. Statthalterſchafft 2, 66. Hofgottesdienſt 2, 97. Schulden 2, 159. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 229

P.

Pabſt; Fälle, wo er Stiffter ꝛc. vergeben kan 37. Verordnungen wegen der Wahlcapitulationen 109. Entſcheidungsrecht ſtreitiger Wahlen 165. confirmirt die Erwählte 144. Eyd der Treue gegen ihm 156. Conſecration durch ihn 163. ernennt Stifftsadminiſtratores 185. 188. Erinnerung wegen einer Coadjutorie 207. Conſens zu einer Reſignation 237. ſeine Spolien 2, 368

Pacta; ſ. Verträge.

Pallium 165

Pappenheim; Schulden 2, 176

Particular-Statthaltere 2, 63

Particular-Verträge, wegen der Vormundſchafften 463

Perſönliche Sachen, allerley, der Ev. geiſtlichen R. Stände, 2, 38. der Catholiſchen, 2, 42. der Weltlichen 2, 46. der Vormündere 521

Pfalz; Vormundſchafft 332. Majorennität 567. Niderlegung der Regierung 668. Regierungsantritt 2, 22. Hofgottesdienſt 2, 100. 101. Schulden 2, 136. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 218. Teſtamente 2, 275. väterliche Erbſchafft 2, 382. der Gemahlin ꝛc. 2, 432. der Collateralen 2, 513. Scheidung

bung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 538
Pferde; ſ. Marſtall.
Plettenberg; Schulden 2, 168
Pluralitas Beneficiorum. 58
Pommern. Niderlegung der Regierung 670. Regierungsantritt 2, 30. Statthalterſchafft 2, 67
Poſtulation, der geiſtlichen R. Stände; 14. was? 68
Präparatorien; ſ. Vorbereitungen.
Präſentationsrecht eines Biſchoffs 28
Präſenten; ſ. Landespräſenten.
Prieſterſtand, der cath. geiſtlichen R. St. 2, 43
Principia; ſ. Norm.
Privatleben, eines R. Standes 2, 52
Privatperſonen; ob ſie eines R. Standes Vormündere ſeyn können? 496. R. Stände; privat-Perſonen ihre Erben 2, 596
Privatrecht, der R. Sände 1
Privatſchulden; ſ. Schulden.
Privatverbrechen der R. Stände 2, 208
Privatverlaſſenſchafft; ſ. auch: Väterliche; Gemahlin; Wittwe. Macht, darüber zu teſtieren 2, 405. deren Scheidung von der Staatserbſchafft 2, 532. Was darunter gehöre 2, 572
Privilegien; ſ. Landesfreyheiten; eine Norm des R. St. privatrechts 4
Proceßionen, ob ſie zum Hofgottesdienſt gehören 2, 114
Profeſſio fidei; ſ. Glaubensbekenntniß.
Publica; Art, ſie bey Vormundſchafften zu tractieren 524
Publication, der vormundſchafftlichen Diſpoſitionen 516. der Teſtamente 2, 332
Pückler; Schulden 2, 168
Pupillen; wer? 445. ihre Erziehung 522. Rechte 526

Q.

Quadt; Vormundſchafft 417. Regierungsantritt 2, 35
Quedlinburg; Wahlſachen. 19. Regierung währender Sedisvacanz 272

R.

Rang, der Vormündere 521
Rechnung; vormundſchafftliche. 535
Rechte, Teutſche; ob eine Norm der R. St. privatrechts? 9. ob die gemeine? 12
Rechtern; Vormundſchafft 417
Rechtmäßigkeit der Wahlcapitulationen 106
Rechtswohlthaten eines Vormunds 539
Recuſirung, eines Vormunds 505
Regalien; deren Verwaltung Sede vacante 273
Regent; ſ. auch: Halb-, untüchtige; üble; deſſen Conſens zu einer Coadjutorie 204
Regierung; ſ. auch: Landesregierung; Gelangung darzu; der geiſtlichen Reichsſtände 16. u. ſ. eines Coadjutors Rechte in

Regierungssachen 224. bey Evangelischen Sede vacante 271. bey Catholischen 272. der weltlichen Reichsstände Gelangung darzu 282. Rechte eines Vormunders darinn 524. Suspension davon 609. Uebergebung derselben in eine Administration 666. Niederlegung derselben 609. 666. ihr Antritt 2, 1. Bestellung währender Abwesenheit des Regentens 2, 61.
Regierungsgehülffen, 609
Regierungs-Nachfolger; dessen Verbindlichkeit, bey geistlichen R. Ständen; 2, 213. bey weltlichen 2, 215. dessen Gravirung 2, 350
Regimentsverbrechen. 2, 207
Reich; dessen Consens in die Regierungs-Suspension eines R. Standes 663
Reichs-Erbtruchsessen; Schulden 2, 168. der Gemahlin ꝛc. Erbschafft 2, 472
Reichsgerichte; ihr Stylus eine Norm des R. St. privatrechts. 13. bestellen Vormundschafften 472. ihr Verfahren in Schuldsachen 2, 186
Reichs Herkommen; s. auch: Herkommen. Eine Norm des Hofgottesdienstes 2, 110
Reichsritter, ob er eines Grafens Vormund seyn könne 494
Reichsstände; s. auch: Geistliche; Weltliche; ihr privatrecht 1. ob sie Veniam ætatis nöthig haben 589
Religionssachen; eines Vormunders 493. Evangelischer geistlicher R. Stände, 2, 95. catholischer 2, 95. weltlicher 2, 52. 95
Requisiten, zur Venia ætatis 603. bey Testamenten 2, 315
Rescißion der Contracte 2, 193
Reservatum ecclesiasticum. 2, 95
Residenz; der Ev. geistlichen R. Stände, 2, 72. der catholischen 2, 72. 75. der weltlichen 2, 73. 78. Freyheiten der Residenzien 2, 81. Res. in Ansehung des Hofgottesdiensts 2, 110
Resignation eines Stiffts, ad effectum Eligibilitatis 62. eines Coadjutors 224. Evangelischer Geistlichen 230. Catholischer 234. in favorem Tertii 237. der Vormundschafft 530. der Regierung 609. 666
Resignirtens Erbschafft 2, 373
Respects-Verletzung gegen R. Stände 2, 53
Restanten, bey den Unterthanen, ob sie zur Staats- ꝛc. Erbschafft gehören 2, 576
Restituenda, aus einer Wittwe Verlassenschafft 2, 502
Retractus jus; s. Einstand.
Revocation der Testamenten 2, 331
Reuß; Vormundschafft, 417. Majorennität 583. Ausschliessung von der Regierung 673. Schulden 2, 169. Testamente 2, 308. väterliche Erbschafft 2, 398. der Gemahlin ꝛc. 2, 473.

der Collateralen 2, 527. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 567
Rheingrafen; Vormundſchafft, 423. Schulden 2, 169. Teſtamente 2, 308. Erbſchafft 2, 398. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 567
Richter; ſ. Forum.
Ritterorden, der geiſtlichen R. Stände 2, 85. der weltlichen 2, 86
Rückfalls Verſicherung 2, 502
Rückſtände, einer Gemahlin ꝛc. deren Vererbung 2, 501

S.

Sachſen; Vormundſchafft, 298. 545. 557. Majorennität, 562. Niderlegung der Regierung 668 Regierungsantritt 2, 19. 31. Statthalter 2, 64. Hofgottesdienſt 2, 100. Schulden 2, 123. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 216. 218. Teſtamente 2, 263. väterliche Erbſchafft 2, 376. der Gemahlin ꝛc. 2, 417. der Collateralen 2, 508. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 533. 550
Sachſen-Lauenburg; Hofgottesdienſt 2, 99. Schulden 2, 149
Sächſiſche Stiffter, Wahlſachen 31. Ob der geiſtliche Vorbehalt auf ſie applicabel ſeye? 268
Salm; Vormundſchafft 379. Schulden 2, 159. Teſtamente 2, 298. Erbſchafft 2, 397
Salm-Reifferſcheid; Vormundſchafft 425
Sayn; Niderlegung der Regierung 673. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 230
Schaumburg; Schulden 2, 169
Scheidung, der Staats- und privat-Erbſchafft 2, 532
Schenckungen, der R. Stände, 2, 187. bey Lebzeiten 2, 489
Schiffe; ob ſie zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehören? 2, 578
Schloßbau 2, 80
Schloßkirchen 2, 111
Schloßwache 2, 87
Schönborn; Vormundſchafft 430 Schulden 2, 169. Teſtamente 2, 309
Schönburg; Vormundſchafft 430 der Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 475
Schulden; cameral- und privat-Sch. der Ev. geiſtlichen R. Stände, 2, 117. der catholiſchen, 2, 118. der weltlichen, 2, 120. einer Gemahlin ꝛc. 2, 502. was bey Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft dißfalls zu thun 2, 582
Schwarzburg; Vormundſchafft 379. Niderlegung der Regierung 673. Schulden 2, 160. Teſtamente 2, 298. der Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 460. der Collateralen 2, 525. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 555
Schwarzenberg; Vormundſchafft 380. Teſtamente 2, 298. Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 461

Schweſtern, ob ſie ein Recht zur Vormundſchafft haben? 485
Schwürigkeit, der Materie vom Schuldenweſen 2, 176
Secum, der Hofprediger 2, 111
Sedes impedita, 226. vacans 270
Separatio &c. ſ. Scheidung.
Sequeſter, zur Straf 665
Sigille, Vormundſchafftliche 523. der catholiſchen Geiſtlichen 2, 45. der Weltlichen 2, 49. deren Zerbrechung 2, 240
Silbergeſchirr; ob es zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehöre? 2, 577
Simonie, bey den Wahlen 58
Soldaten; ob ſie zur Staats-Erbſchafft gehören 2, 580
Solennia Juris civilis bey Teſtamenten 2, 316
Solennitäten, bey Antritt der Regierung 2, 13
Solms, Vormundſchafft, 430. Schulden 2, 170. Teſtamente 2, 309. väterliche Erbſchafft 2, 398. der Gemahlin ꝛc. 2, 476. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 568
Spatium deliberandi 2, 354
Spiritualium Adminiſtrator 185
Spolien, der Domherrn 2, 367. des Pabſts 2, 368
Staatserbſchafft; deren Scheidung von der privat-Erbſchafft 2, 532
Staatsſachen; deren Beſorgung nach der Wahl 2, 2
Staatsverbrechen 2, 206
Stammverwandte; ſ. Agnaten.
Stand, ſ. auch: Geburtsſtand; der Ev. geiſtlichen R. Stände, 2, 39. weltlicher der cath. Geiſtlichen 2, 43
Statthaltere 2, 63
Sterbejahr; deſſen Einkünffte 2, 366. 501
Sterbquartal; ob es zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehöre? 2, 580
Stiffts-adminiſtratoren 190
Stiffts-regierung; ſ. Regierung.
Stollberg; Schulden 2, 171. Teſtamente 2, 310. der Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 477. der Collateralen 2, 528
Strafen; der R. Stände 2, 209
Straßburg, ſtreitige Wahl 129
Streitige Wahlen, Ev. Geiſtlichen, 31. Catholiſcher, 1. 223. deren Entſcheidung 125
Streitigkeiten; welche die Vormundſchafft hindern 495. über Teſtamenten 2, 359. wegen geiſtlicher Stände Verlaſſenſchafft 2, 371. über Erbſchafften ꝛc. wie zu entſcheiden 2, 503
Stutterey en; ob ſie zur Staats ꝛc. Erbſchafft gehören 2, 578
Stylus; ſ. R. Gerichte.
Succeßion, ſ. auch: Erbfolge; eines Coadjutors 224. ab inteſtato 2, 372. 408
Succeſſor; ſ. Regierungs-Nachfolger.
Sulz; Schulden 2, 173
Supplirung der Wahlcapitulationen 125
Suſpenſion, eines catholiſchen Geiſtli-

Geiſtlichen 245. von der Regierung; 609

T.

Taxe, ſo neuerwählte Biſchöffe ꝛc. zu zahlen 150. für das Pallium 167. für die Veniam ætatis 605

Tecklenburg; Niderlegung der Regierung 673

Temporalien; Adminiſtration eines minderjährigen catholiſchen Geiſtlichen 188

Termin, der Wahlen 75

Teſtamente, Ev. geiſtlicher R. Stände, 2, 255. catholiſcher, ib. weltlicher. 2, 258. der Gemahlinnin ꝛc. 2, 489

Teſtamentliche Vormundſchafft. 464

Teutſche Rechte; ſ. Rechte.

Teutſcher Orden; Sedisvacanz bey demſelben 281

Teutſchmeiſter; ob es ein Prieſter werden könne 62. Streitige Wahl 139. Confirmation 165

Theilung; ſ. auch: Scheidung; der Vormundſchafft und Adminiſtration 520

Titul; der Ev. geiſtlichen R. St. 2, 39. der catholiſchen, 2, 44. der Weltlichen 2, 47. beeder 2, 41

Tod; ſ. Abſterben.

Töchtern; ihre Erbfähigkeit 2, 496

Tractaten; wegen der Wahl Ev. Geiſtlichen 24

Traditio Symbolica in diem 2, 593

Tranſferirung, eines catholiſchen Geiſtlichen 238

Trauer, für die R. Stände 2, 238

Trier, ſtreitige Wahl 131

Tutores honorarii; 502

Tutorium. 514

U. V.

Väterliche Diſpoſition wegen der Vormundſchafft 468. Vormundſchafft 476. privat-Verlaſſenſchafft 2, 375

Vaſallen; deren Pflichten bey Begräbniſſen 2, 246

Venia ætatis; Ev. Geiſtlichen, 183. Catholiſcher, 190. der Weltlichen. 559. ad certum actum 607

Veränderung der Religion eines R. Standes 2, 95. u. f.

Verbindlichkeit, der Wahlcapitulationen 91. eines Vormünders, 533. eines Regierungs-Nachfolgers 2, 211

Verbindungen, ob bey den Wahlen erlaubt 68

Verbrechen, der R. Stände 2, 205

Verdun; ſtreitige Wahl 129

Verlaſſene Erbſchafft 2, 596

Verlaſſenſchafft; ſ. Erbſchafft.

Vermählung, der Ev. geiſtlichen R. Stände, 2, 41. den catholiſchen verbotten 2, 45

Verträge; ſ. auch: Familien ꝛc. Landes ꝛc. Particular ꝛc. eine Norm des R. St. privatrechts, 4. Streit wegen gewiſſer 21. eine Norm des Hofgottesdienſtes 2, 106. Verträge gegen das Schuldenmachen 2, 178. wie, wo keine ſeynd 2, 181. in Erbſchafftsſachen 2, 503

Verwaltung der Vormundſchafft 521

Verwandte; ſ. auch: Agnaten; Collateralen; Vettern; ihre Sorge für die Vormundſchafft 470

Verzichte, auf Teſtamente, 2, 359. auf Erbſchafften 2, 413

Vettern; ſ. auch: Agnaten; Collateralen; Verwandte; Vormundſchafft 485

Uebernehmung (nicht.); ſ. Abbittung.

Uebler Regenten Regierungsgehülffen 613

Vieh; ob es zur Staats- ꝛc. Erbſchafft gehöre 2, 578

Vindicirung des Abgekommenen 2, 237

Unbezahlt hinterlaſſenes, geiſtlicher R. Sände 2, 120

Undeutliche Teſtamente 2, 351

Ungleiche Ehe; ſ. Unſtandesmäßige ꝛc. Theile, bey Erbeinſezungen 2, 350

Unkoſten; ſ. Koſten.

Unrichtigkeit der Erbſchaffts-Inventarien 2, 586

Unruhen währender Sedisvacanz 278

Unſtandesmäßige Kinder; deren väterliche Erbſchafft, 2, 411. mütterliche 2, 497

Unterhalt, eines Reſignirten 238

Untervormündere. 501

Völckerrecht; eine Norm des privatrechts der R. Stände 13

Volljährigkeit; ſ. Majorennität.

Vollziehung; ſ. Execution.

Vorbehalt, geiſtlicher 249

Vorbereitungen, zu den Wahlen der Geiſtlichen 76

Vorläuffige Wahl 79

Vormünder; wem gegeben werden 452. wann 454. wer dafür ſorge 455. wer ſie beſtelle 456. wer es ſeyn könne 476. Verbindlichkeit 533. Rechtswohlthaten 541

Vormundſchafften; Catholiſcher Geiſtlichen 2, 45. weltlicher R. St. 286. Worüber ſie ſich erſtrecken 518. von der Adminiſtration getheilt 520.

Vorrath; ſ. Geld, u. ſ. w.

Vorſchüſſe, geiſtlicher R. Stände 2, 119

Urkunden; deren Communication bey Scheidung der Staats- und privat-Erbſchafft 2, 583

Urſprung der Wahlcapitulationen 90

W.

Wahl, der geiſtlichen R. Stände, 14. weltlicher 283

Wahlcapitulation, Ev. Geiſtlichen, 28. Catholiſcher 89. 210. deren nicht-Erfüllung 244

Wahlrecht, wer es bey den Cath. habe? 50

Waldeck; Vormundſchafft 432. Majorennität 584. Regierungsantritt 2, 35. Schulden 2, 173. Teſtamente 2, 311. der Gemahlin ꝛc. Erbſchafft 2, 477

Wappen, der Ev. geiſtlichen R. Stände, 2, 41. der catholiſchen, 2, 45. der Weltlichen 2, 49. beeder 2, 51

Wartemberg; Schulden 2, 174

Weibliches Geſchlecht; ſ. auch: *Dames*; Vormundſchafftsſachen 484

Weltliche Reichsſtände; ihre Gelangung zur Regierung 281. ſ. auch vile ſpecial-Rubriquen.

Weltlicher Stand; ſ. Stand.

Welz; Vormundſchafft 435

Wichtigkeit, der Vormundſchafften 451. der Materie vom Schuldenweſen 2, 176

Wied; Vormundſchafft 436. Niderlegung der Regierung 673. Schulden 2, 174. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 230. Teſtamente 2, 311. väterliche Erbſchafft 2, 399. der Gemahlin ꝛc. 2, 480. der Collateralen 2, 128

Wiederlage Vererbung 2, 501

Wiederruffung; ſ. Revocation.

Witgenſtein; Vormundſchafft, 438. Schulden 2, 174. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 230. Teſtamente 2, 311. väterliche Erbſchafft 2, 401. der Gemahlin ꝛc. 2, 480. der Collateralen 2, 530. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 568

Wittwe; Verlaſſenſchafft 2, 414

Wolckenſtein; Vormundſchafft, 442

Wolfſtein; Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 569

Würckung der Veniæ ætatis, 607

Würde; eines Reſignirten 238. der weltlichen R. Stände 2, 46

Würtemberg; Vormundſchafft, 353. 558. Majorennität 581. Niderlegung der Regierung 670. Regierungsantritt 2, 33. Statthalterſchafft 2, 70. Hofgottesdienſt 2, 103. Schulden 2, 150. Verbindlichkeit eines Regierungs-Nachfolgers 2, 229. Teſtamente 2, 292. väterliche Erbſchafft 2, 394. der Gemahlin ꝛc. 2, 447. der Collateralen 2, 523. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 551

Wurmbrand; Vormundſchafft, 442. Erbſchafft 2, 402

Y.

Ysenburg; Vormundſchafft 443. Niderlegung der Regierung 674. Schulden 2, 175. Teſtamente 2, 312. väterliche Erbſchafft 2, 403. der Gemahlin ꝛc. 2, 488. Scheidung der Staats- ꝛc. Erbſchafft 2, 568

Z.

Zahlung; der Schulden. Modus. 2, 182

Zeit, der Wahl Ev. Geiſtlichen 23. bey Cath. 73. der Confirmation 144

Zerbrechung; ſ. Sigille.

Zurückſendung; ſ. Ordenszeichen.

Zwiſpaltige Wahlen; ſ. Streitige Wahlen.

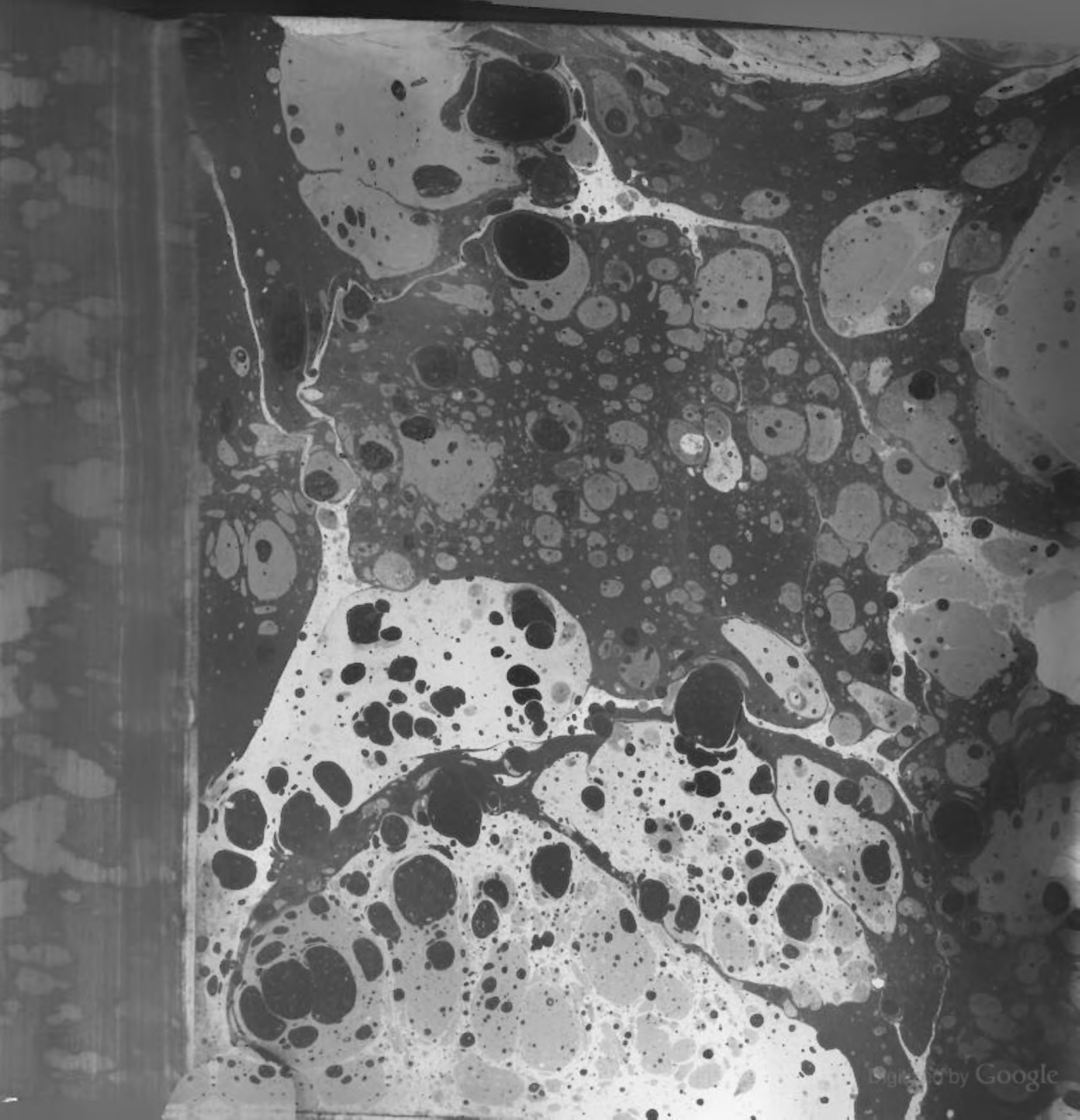
Druckfehler.

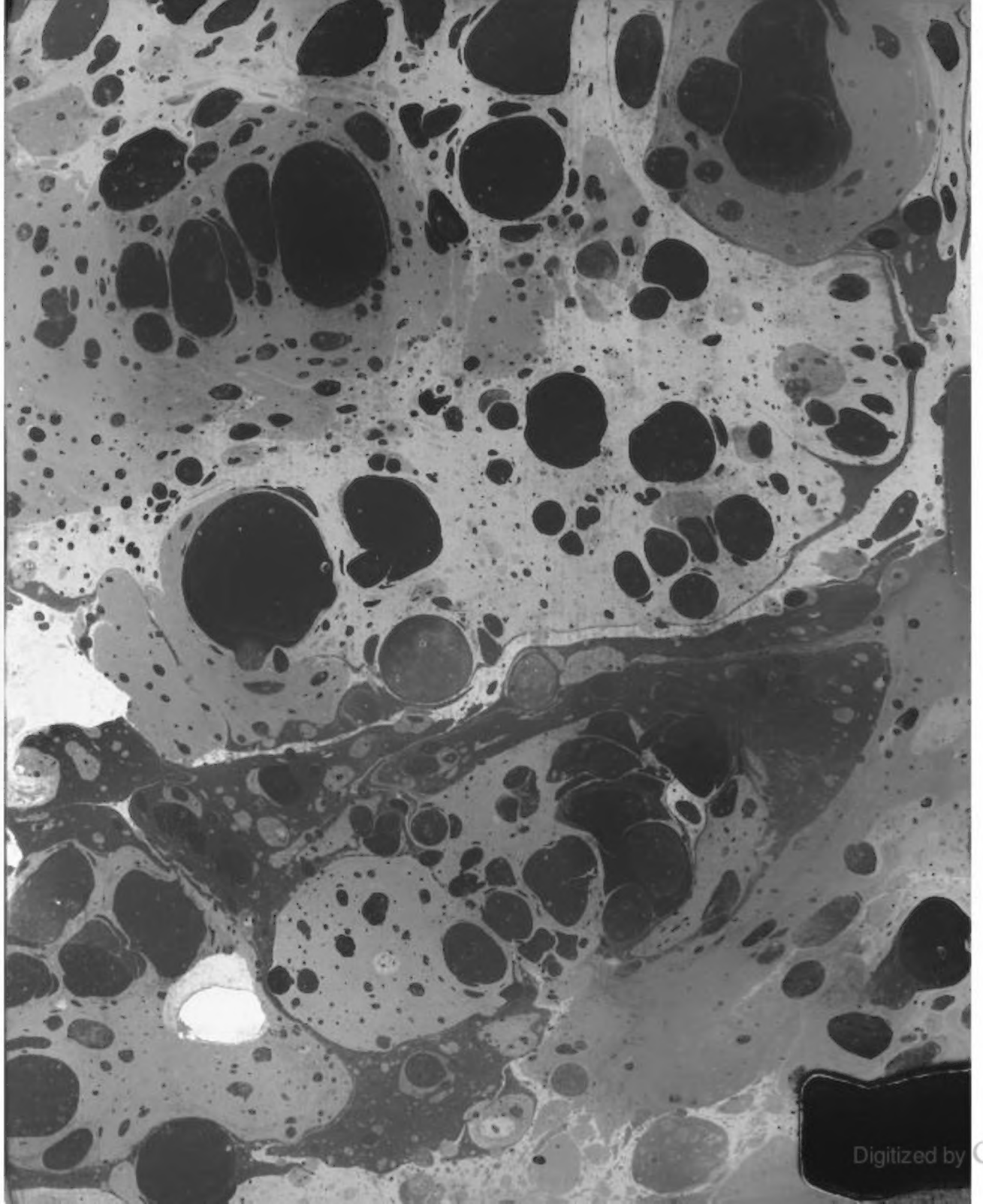
Im 1ſten Theil gehöret S. 49. 50. die Stelle: „Wann nun der Pabſt . . . Capitul zu ihrer Würde „ zu S. 48. zu Ende des §. 27.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google


Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google